





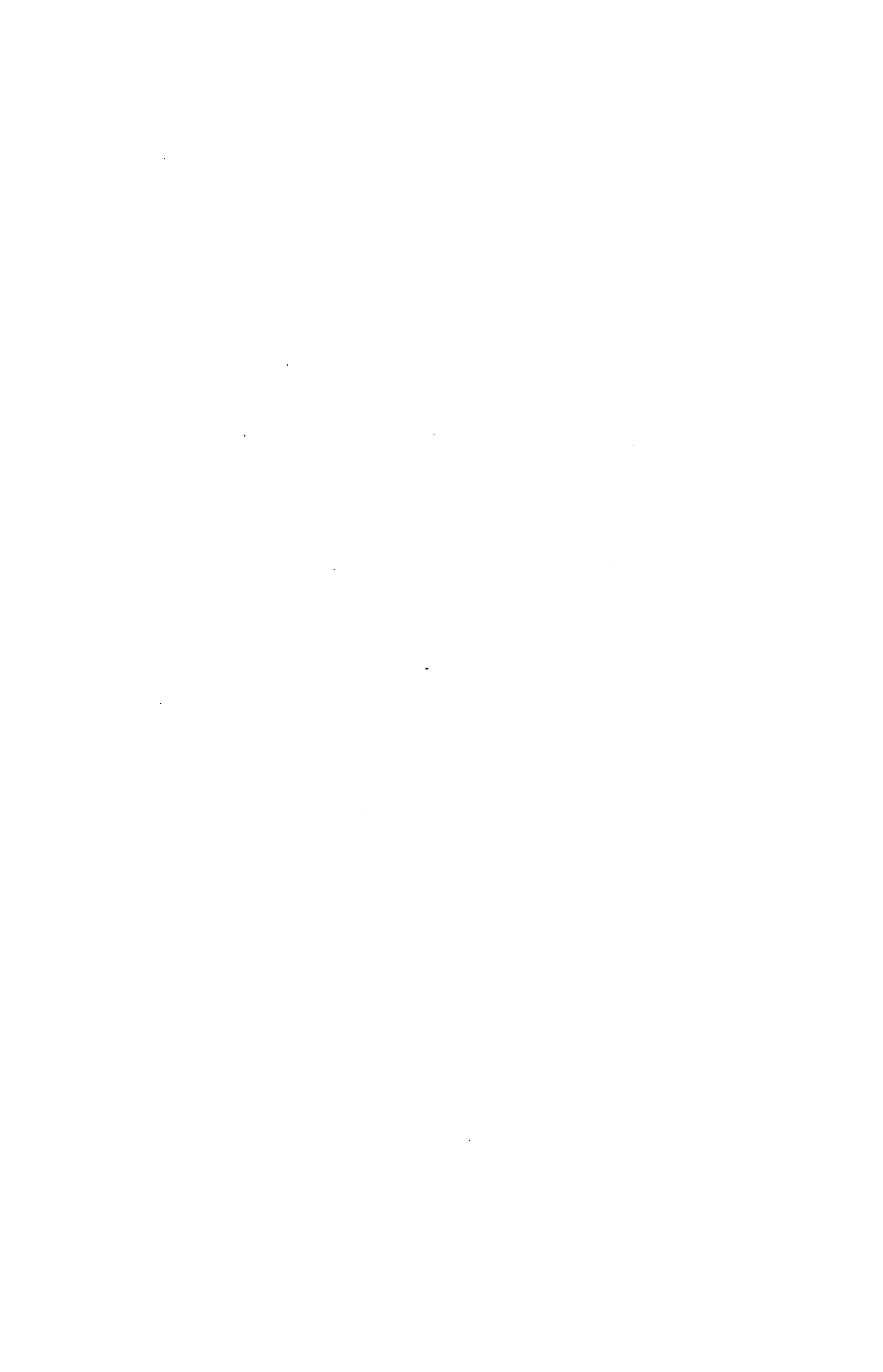
Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrgangs 1899

Erster Band.



Historisch-politische
Blätter

für das

katholische Deutschland

herausgegeben

von

Edmund Jörg und Franz Binder.

(Eigenthum der Familie Görres.)

Hundertdreiundzwanzigster Band.



München 1899.
In Commission der literarisch-artistischen Anstalt.

Inhaltsverzeichniß.

I.

Das Conferenz-Neujahr 1899

eröffnet zugleich die „Neue Welt“. Man kann sich darüber nicht täuschen, auch der Ausdruck von der „neuen Welt“ ist bereits Sprachgebrauch geworden. Was sie Alles bringen wird, muß die Zukunft lehren. Nordamerika hat angefangen, die hergebrachten Staatsordnungen im alten Europa mit unerhörter Frechheit zu erschüttern. Die herrschenden Geldmächte und Börsenkönige sehen darin überall den aufsteigenden Stern. Selbstverständlich wird die neue Lage der fortschreitenden Zersetzung der Gesellschaft nicht Einhalt thun. Ein weitverbreitetes Gefühl von der Unhaltbarkeit vererbter Zustände hat von dem alten Jahre auf das neue zwei Unternehmungen übertragen lassen, an die im Anfang vorigen Jahres noch Niemand gedacht hätte: die diplomatische Anti-Anarchisten-Conferenz und die Conferenz wegen des Abrüstungsvorschlags des Czaren.

Es ist fast schon vergessen, daß auf den Kaiser von Oesterreich in den ersten Jahren seiner Regierungszeit, dessen Jubiläum er kürzlich gefeiert hat, ein Mordversuch stattgefunden hat, der einen Dolchstich am Nacken des hohen Herrn herbeiführte. Von Anarchisten war damals noch keine Rede, man sprach nur von den sogenannten „Tyrannenmördern“. Damals war die Kaiserin Elisabeth, welche im vorigen Herbst in Genf der schauerlichen That zum Opfer

fiel, noch die holdselige Braut. Allerdings hatte der Mörder eigentlich den italienischen König für den Dolch in Aussicht genommen, aber um doch sich berühmt zu machen, begnügte er sich mit dem unschuldigen Opfer der hohen Frau. Seit mehreren Jahren waren in südlichen Ländern solche Attentate unzweifelhaft von anarchistischen Verschwörern ausgegangen, man setzte daher auch den Genfer Mordbuben unbedenklich auf die Rechnung der Anarchisten.

Aber was ist der Anarchismus? Die Socialdemokratie sagt mit Recht zu dem Versuch, den Anarchismus strafrechtlich zu definiren: „Nun, wir wollen es wünschen; eine Definition des Anarchismus hat es aber bis heute nicht gegeben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es gar vielerlei Anarchismus gibt, und schließlich ein Jeder seinen eigenen Anarchismus hat“.[1]) Es gibt darunter Leute, welche die Gesellschaft auf Adam und Eva zurückführen wollen. Aber die Verhetzung ist in dem Treiben das Lebenselement. So bildet sich die besondere Abtheilung der „Propaganda der That.“ Es erwachsen bis zu Bestien verthierte Mörder. Bismarck selber stimmte sogar dem bekannten italienischen Professor Lombroso zu: diese Anarchisten seien Geisteskranke, und die unbefriedigt bleibende krankhafte Eitelkeit führe zu herostratischen Thaten. Was aber der ehemalige Reichskanzler nicht beifügt, ergänzte ein Antrag der Socialdemokratie im österreichischen Reichsrath: „Die Bedingungen für die anarchistisch-terroristische Bewegung sind in den ungeordneten socialen und politischen Verhältnissen und in der daraus entspringenden allgemeinen geistigen Zerfahrenheit zu suchen, die sich in manchen Individuen zu einem wahnsinnigen Hasse und zur Unlust am Leben steigert.“[2])

Als das Verbrechen in Genf alle Welt erschütterte, ging gerade von Italien, dem der Mörder entstammte, die An-

---

1) Berliner „Vorwärts“ vom 24. November d. Js.
2) Berliner „Vorwärts“ vom 3. Dezember d. J.

regung zu einem Congreß der Mächte zur Abwehr des Uebels aus. Die Versammlung tagte in Rom, der unpassendsten aller Städte, nicht nur deßhalb, weil, wie ein englischer Vertreter auch gleich den Herren bemerkte, „ein ungewöhnlich großer Theil der Anarchisten aus Italien käme“. Der alte Crispi, der Mitbegründer und langjährige Regierer dieses Italiens, äußerte sich in einem Briefe nach London: „Anarchismus ist eine schwere sociale Krankheit, für die ich ein Heilmittel nur sehe in emsiger und gewissenhafter Arbeit jeder einzelnen Regierung, die Ursachen dieser schreienden socialen Ungleichheiten zu beseitigen, welche den traurigen und grausigen Samen socialer Zerstörung befruchten und entwickeln“.[1]) Kurz vorher hatte aber eine officiöse deutsche Correspondenz bezüglich Italiens der Wahrheit wenigstens zum Theile Zeugniß gegeben:

„Daß es fast immer italienische Anarchisten sind, welche die anarchistischen Ideen in die That umzusetzen beabsichtigen und zu diesem Zweck selbst in's Ausland reisen, liegt wohl zum Theil daran, daß das italienische Volk seine politische Einheit durch Verschwörungen und Geheimbünde vorbereiten mußte und dadurch die Freude an der politischen Verschwörung in die breite Volksmasse getragen wurde, z. Th. aber auch gewiß daran, daß die Analphabeten, trotz des nunmehr über 20 Jahre bestehenden Schulzwangs noch 40 Prozent der Bevölkerung betragen“.[2])

Daß die letztere Bemerkung unrichtig ist, hat der Mörder von Genf durch sein Verhör persönlich bewiesen. Er war von Mutterleib an ein vernachlässigter Mensch, aber an der Kenntniß des Schreibens, Lesens und Redens fehlte es ihm nicht. Kurz vorher hatte ein Professor der Rechte von der Universität Basel eine Schrift herausgegeben unter dem Titel: „Das Gewissen“.[3]) Er sagt: „Ueberall, wo eine

1) Berliner „Vorwärts“ vom 3. Dezember d. Js.

2) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 28. November d. Js.

3) Dr. Openheim s. Berliner „Vorwärts“ v. 22. Nov. d. Js.

allgemeine Gewissensverkehrung vorliegt, trägt die Gesellschaft selbst eine drückende schwere Schuld. Kein Volk und kein Jahrhundert, ja keine Generation ist frei von den furchtbaren Erscheinungen der Gewissensverkehrung. Jedes große gesellschaftliche Unrecht setzt sich in eine Gewissensverkehrung um, und führt so zu einer furchtbaren Rache an der Gesellschaft selbst". Was ist aber seit einem halben Jahrhundert in Italien, dem einst so blühenden Land, mit seiner so geistig regsamen und feurigen Bevölkerung Alles geschehen, um das Gewissen zu ertödten! Mußte sich ja bei der Berathung der Antwort auf die jüngste Thronrede in der Kammer das Ministerium unwidersprochen sagen lassen, daß „die Helden der italienischen Einheitsbewegung, wie Pisacane, eigentlich Anarchisten gewesen seien". [1]) Corruptio optimi pessima.

Das Gewissen wurzelt in der Religion und mit der wahren Quelle der Verbrechen, dem Abgrund der Religionslosigkeit, wird sich die Conferenz selbstverständlich nicht befassen. Insoferne wird es nicht einmal zum „Philosophiren" kommen, wie der französische Minister spöttisch gemeint haben soll. Der Versuch, aus jedem politischen Verbrechen ein anarchistisches und also ein gemeines Verbrechen zu machen, ist durch England und die Schweiz von vornherein ausgeschlossen worden; die bestehenden Asylrechte werden demnach erhalten. Es wird sich also nur um eine neue Institution der Geheimpolizei handeln. In dieser Richtung fehlte es schon nicht an bedenklichen Anzeichen. Man denke nur an den großen Lärm wegen des angeblich in Aegypten gegen den deutschen Kaiser vorbereiteten Dynamitattentats, von dem man bis heute keine Bestätigung mehr gehört hat, und an die Ueberwachung der Reiseroute des Kaisers von und nach Pola mit den Absperrungsmaßregeln selbst süd-

---

1) Römische Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 1. Dezember v. Js.

deutscher Bahnhöfe. Man kann von der neuen Geheimpolizei merkwürdige Dinge erleben; sie ist ohnehin schon eine finstere Macht.

Die Abrüstungs-Conferenz wird der zur Bekämpfung des Anarchismus, wenn auch nicht auf dem Fuße, folgen. Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen. Der Czar, der die Welt Ende August mit seinem Aufruf überrascht hat, wird die Vorschläge machen. Bis jetzt ist so viel bekannt, daß an dem Staatenbestand und an den Verträgen, wie wegen Elsaß-Lothringen, nichts geändert werden solle. Es handle sich nur um eine Verständigung der Mächte, ihre Rüstungen nicht zu vermehren, und zwar für eine jedesmal zu bestimmende Zeitdauer, und für den Fall drohender Feindseligkeiten es mit einer schiedgerichtlichen Vermittlung nach eigener Auswahl zu versuchen. Der Czar hat geltend gemacht, wenn die jetzige Lage sich noch weiter hinziehe, so würden die Völker wirthschaftlich unterdrückt und eine Katastrophe ausbrechen, deren Schrecken jeden Menschen schon bei dem bloßen Gedanken schaudern mache. Er hat auch durchblicken lassen, daß die vereinigten Kräfte Europa's von dem ewigen Bruderkriege sich abkehren, und außereuropäischen Aufgaben und damit der Weltpolitik sich zuwenden sollten. Die Idee ist gewiß ebenso wahr als schön.

„In dem Maße, wie sich das Rüstungsfieber eingestellt und bis zu seiner heutigen verzehrenden Stärke entwickelt hat, kann es nur zur Erschöpfung Aller oder zu einer ungeheuren Katastrophe fortschreiten, welche den Weltfrieden zerstört, anstatt ihn zu erhalten. Die Armeen vermehren sich in's Unabsehbare, die Militärbudgets steigern sich bis zur Unerträglichkeit, aber es wird darum keine Macht stärker als die andere, denn keine läßt der andern einen Vorsprung. Man kundschaftet einander aus, und ist auf der einen Seite eine Gewehr- oder Geschützverbesserung gefunden, ein neues Mittel zur Beschleunigung der Mobilisirung ersonnen, eine Erhöhung des Präsenzstandes in's Werk gesetzt, so wird ungesäumt auf der andern Seite das Beispiel nachgeahmt. Das ist die unendliche Schraube, durch

welche die Leistungsfähigkeit der Völker unerbittlich angespannt wird, bis schließlich der Moment eintreten muß, in welchem sie versagt. Das Stärkeverhältniß wird dadurch aber nicht verändert, der Punkt einer absoluten Ueberlegenheit wird nicht erreicht, es ist nur ein unausgesetztes Ueberbieten, mit der unheimlichen Perspective einer allseitigen wirthschaftlichen Erschöpfung oder verzweifelter Entschließungen, die zum Kriege treiben, den man doch zu vermeiden wünscht. Diesem furchtbaren Zustande dadurch zu steuern, daß den sich fortwährend steigernden Rüstungen Einhalt gethan wird, ist die Absicht und der Wunsch des Czars".[1])

Schon vier Jahre vorher hat der Heilige Vater in seinem Schreiben an „alle Fürsten und Völker" vom 20. Juni 1894 erklärt: „Wir haben die Lage Europa's vor Augen. Schon seit vielen Jahren lebt man in einem mehr scheinbaren als wirklichen Frieden. Sich gegenseitig mit Argwohn betrachtend, wetteifern fast alle Nationen in kriegerischen Rüstungen. Die unerfahrene Jugend wird der wachsamen Leitung der Eltern entzogen und den Gefahren des Soldatenlebens preisgegeben; der tüchtigste Theil der jungen Leute wird vom Landbau, vom Studium, vom Handel, vom Gewerbe weg zum Waffendienst gezogen. Daher die Erschöpfung der Staatskassen durch ungeheuere Auslagen, die Aufzehrung des Nationalvermögens, die Abnahme des Wohlstandes der Einzelnen; und schon jetzt ist der Zustand des bewaffneten Friedens kaum mehr erträglich. Ist das etwa der der Natur entsprechende Zustand des menschlichen Zusammenlebens?" Ein Jahr zuvor hatte der Abgeordnete Dr. Lieber in Ergänzung seiner Reichstagsrede vor seinen Wählern gesagt:

„Nicht nur gegenüber der wachsenden Kriegsnoth in Europa, die uns schon im Frieden auffresse, gebe es keine andere Rettung mehr als eine Friedensconferenz. Auch der wirthschaftliche Vernichtungskampf, den Nordamerika auf dem Weltmarkt gegen ganz Europa aufgenommen, erst in der Land-

1) Wiener „Neue freie Presse" vom 10. September d. Js.

wirthschaft, hernach auch in der Industrie, zwinge zur Schaffung der Vereinigten Staaten Europa's in irgend welcher, unserer Geschichte angemessenen, Form. Dies umsomehr, als alle Kenner einig darin seien: wie jener Zukunftskrieg, auf den sich Alles krampfhaft vorbereite, in welchem zehn Millionen Bewaffnete wider einander stehen und 10,000 Geschütze im Felde donnern würden, mit dem verheerenden kleinkalibrigen Gewehre und dem rauchlosen Pulver, mit allen andern Erfindungen seit 1871 verlaufen würde, könne der findigste Sachkenner nicht voraussehen, wohl aber stehe jetzt schon fest, daß er die Länder, die ihn führten, Sieger wie Besiegte, in einen Jammer und ein wirthschaftliches und finanzielles Elend stürzen müßte, wie kein Krieg zuvor".[1])

Allerdings war schon zu jener Zeit in England das Gerücht verbreitet, daß die russische Regierung die Absicht gehabt habe, den Vorschlag auf eine allgemeine Abrüstung zu machen. Aber es erfolgte alsbald die Berichtigung, daß in den unterrichteten russischen Kreisen die Ansicht vorherrsche, „es könne von einer freiwilligen Herabsetzung der Heeresstärke der einzelnen Staaten insolange nicht die Rede seyn, als die politischen Ursachen noch fortwirken, welche die Mächte zu ihren fieberhaften und unausgesetzten Rüstungen veranlassen".[2]) Der Gedanke schlief indeß doch in Rußland nicht ein. Bald darauf erschien von dem berühmten Publicisten Grafen Leo Tolstoj eine Schrift zur Untersuchung der Frage, was zu thun wäre, um den Triumph einer neuen, der Vernunft und christlichen Lehre entsprechenden Ordnung vorzubereiten. Ein Kenner der Verhältnisse sagte über die Schrift:

„Obwohl uns der russische Denker herbe Wahrheiten sagt und unsre Wunden und Gebrechen schonungslos aufdeckt, überschreitet er dennoch nicht die Grenzen einer berechtigten Kritik.

---

1) „Histor.-politische Blätter". 1893. Band 111. S. 221 ff.: „Liberalismus und Militarismus an der Zeiten Wende" I.

2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 19. April 1894.

Manche von uns meinen vielleicht, Leo Tolstoj male mit zu düsteren Farben; blicken wir aber um uns und sehen wir, wie man sich überall zu mörderischen Kämpfen rüstet, sagen wir uns, daß ein großer Theil der Menschheit ausschließlich damit beschäftigt ist, Vorbereitungen zu Massenmorden zu treffen, so müssen wir gestehen, daß, obschon wir uns Christen nennen, die Lehre des Stifters unsrer Religion noch weit davon entfernt ist, zur Richtschnur unsrer Handlungsweise zu werden. Niemand unter uns kann es bestreiten, daß wir, trotz unsrer vielgerühmten Civilisation, höchst bedenklichen und gefahrvollen Zuständen entgegeneilen". [1])

Der russische Czar steht in dem seltenen Rufe, ein ideal angelegter Herr an der Newa zu seyn. Aber das hindert ihn nicht, den realen Anforderungen seines Reiches gerecht zu werden. Rußland ist mit gewaltigem Schritt in die Weltpolitik eingetreten. Die europäischen Fragen, deren Lösung früher mit den Waffen versucht wurde, treten hinter den Weltfragen zurück, deren Entscheidung weit draußen über dem Meere erfolgen muß. China beschäftigt Rußland viel mehr als Constantinopel und vollends die französische Grenze von 1870. Hat doch der ehemalige französische Gouverneur von Indo-China über die russisch-französische Allianz gesagt: man wisse nicht, was Rußland thun würde, falls Deutschland einen ehrgeizigen Streich auf Holland oder Belgien versuchen würde. Dies war noch vor dem Abrüstungsvorschlag. [2]) Wäre Rußland im nähern Orient seiner Sache nicht schon ganz sicher, so wäre der Vorschlag ohne Zweifel noch nicht erfolgt. Daß dort seine Birne reif ist, hat der Ausgang der Kreta-Frage bewiesen, wo nun der Sultan thatsächlich abgesetzt ist, nachdem Deutschland und in dessen

---

1) Beilage zur Münchener „Allgem. Zeitung" vom 28. September 1894.

2) Pariser Correspondenz der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 4. September 1897.

Gefolge Oesterreich ihn im Stiche ließen, der deutsche Kaiser aber nach wie vor als sein „theuerster Freund" gilt. Indeß nennt die Thronrede vor dem neuen Reichstag auch den Czaren als „theuern Freund".

Am leichtesten kann England dem Vorschlag des Czaren entgegenkommen. Schon im Anfang des vorigen Jahres hat Lord Salisbury im englischen Oberhause gesagt: „So wie bisher könne es mit den stets sich steigernden Heeresrüstungen jedenfalls nicht weiter gehen, und er würde sich nicht wundern, wenn die allgemeine Stimmung in Europa einen wirklichen Krieg, der doch über kurz oder lang ein Ende nehmen müsse, dem gegenwärtigen Zustand anscheinend endloser Kriegsrüstungen vorziehen sollte".[1]) Er meinte natürlich den Landkrieg. Auch der russische Vorschlag bezieht sich nur auf die Landheere. Wenn die Mächte der Weltpolitik einmal die noch erübrigenden Reste der dunklen Erdtheile unter sich verloost haben, dann wird von einem Seekriege ohnehin keine Rede mehr seyn. Aber in Bezug auf die Landarmee hat England, als die wahre Colonialmacht, seine besonders vortheilhafte Stellung: es hat keine allgemeine Wehrpflicht, sondern nur sein Berufsheer. Es ist ja noch nicht lange her, daß unsere Nationalen England für bündnißunfähig erklärten, weil es die allgemeine Wehrpflicht nicht einführe.

Wie steht es dagegen mit dem Deutschen Reiche? Trotz des Eintritts in die Weltpolitik hat es nicht einmal eine eigentliche Colonialtruppe. Der auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Militarismus ist eine partikulare, für sich allein stehende, preußische Institution, mit der das Preußenthum steht und fällt. Mit Recht hat der obengenannte französische Generalgouverneur gesagt: „Czar Nikolaus kann von Frieden und Abrüstung sprechen, ohne sich um die Gedanken des

---

1) Aus London s. Münchener „Allg. Zeitung" v. 23. Januar 1897.

Adels oder der russischen Armee zu bekümmern, Kaiser Wilhelm kann nur darauf anspielen, indem er die Interessen der Heeresführer schont, auf die sein Reich gestützt ist. Er ist ein halbconstitutioneller Herrscher, der von einer mächtigen Aristokratie umgeben ist und seine Autorität nur aufrechthalten kann, indem er den Leidenschaften und den Interessen einer Militäroligarchie schmeichelt, die seit den Siegen von 1870 große Macht besitzt".[1])

Als in Folge der russisch-französischen Verbrüderung der Abrüstungsgedanke auch in Berlin besprochen wurde, äußerte sich das preußisch-conservative Hauptorgan: „Daß die Gesammtlage die gleiche geblieben ist, beweist die Thatsache, daß in voller Einstimmigkeit von allen Seiten, mit Ausnahme Englands, der Gedanke einer Abrüstung oder nur einer Minderung der Schlagfertigkeit zurückgewiesen wird. Daran ist nicht zu denken, und der ‚Standard' hat ganz recht, wenn er sagt, daß nur nach einem großen Kriege mit entscheidenden Erfolgen auf der einen oder der anderen Seite davon wird die Rede seyn können".[2]) Daß der endlich erfolgte russische Antrag in Folge von Verständigung mit Berlin an die Oeffentlichkeit kam, war nicht wahrscheinlich. Hat man sich dort ja plötzlich auch aus dem Concert wegen Kreta zurückgezogen. Ein hoher preußischer Justizbeamter schrieb um dieselbe Zeit: „Launenhaft und ziellos wechselte diese Politik unablässig die Richtung. Mit übertriebener Beflissenheit ist bald um Rußlands, bald um Englands, bald auch um Frankreichs Freundschaft geworben worden, um im nächsten Augenblick ohne Noth und ohne rechte Absicht die eine und die andere Macht wieder zu brüskiren. Mit seinen zwei Millionen Soldaten kann das Deutsche Reich freilich nicht ganz als unbeachtliche Größe behandelt

1) Aus Paris s. Münchener „Allg. Zeitung" v. 17. Sept. d. Js.
2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 3. April 1894.

werden. Aber wir sind längst nicht mehr Subjekt, sondern nur noch Objekt für die Spekulationen und Combinationen europäischer Diplomatie geworden. Der letzte Rest eigener Initiative ist abhanden gekommen". Nun, man wird ja sehen. Inzwischen blieb der freimüthige Verfasser dabei, nur noch Ein Mittel zu wissen, „das die Monarchie und den monarchischen Einheitsstaat aus der demokratischen Versumpfung herauszureißen geeignet wäre: das ist der Krieg".[1])

II.

Moderne Weltanschauung und katholische Renaissance.

Am Beginn des abgelaufenen Jahres ist in diesen Blättern von der katholischen Renaissance des XIX. Jahrhunderts die Rede gewesen. Es wurde u. A. gesagt, die geplante kirchliche Säcularfeier erhalte als große Danksagung für wahrhaft wiedergeborenen Glauben an Christus und wiedergeborenes katholisches Bewußtsein eine eigenartige zeitgeschichtliche Begründung und Bedeutung.[2])

Seitdem haben wir hier gelegentlich geäußert, die moderne Weltanschauung trete allgemach in ihrer ganzen Hohlheit, Haltlosigkeit und Zerrissenheit zu Tage.[3])

Von katholischer Renaissance zu sprechen, mag manchenorts als anspruchsvoller Optimismus, so scharfe Verurtheilung der modernen Weltanschauung als anmaßlicher Pessimismus beurtheilt werden, jener Leute würdig, die nichts

---

1) O. Mittelstädt, ehemaliger Reichsgerichtsrath, s. Berliner „Vorwärts" vom 4. November 1897.

2) Histor.-polit. Bl. 121, 21. 3) 121, 867.

Besseres zu thun wissen', als den Riß zwischen den „freien Geistern" im Sinne Nietzsche's und dem Katholicismus zu vergrößern, überhaupt alles, was sie nicht selbst sind, so schlecht als möglich zu machen.

Sollte wirklich die katholische Renaissance eine optimistische Phantasie sein, die bei nüchterner Erwägung zu „minderwerthigem" „Sakristei-Katholicismus" zusammenschrumpft? Gegner, denen es an Scharfblick gewiß nicht gebricht, sind nicht dieser Meinung.

„Ende des vorigen Jahrhunderts war der Katholicismus so verdorrt, daß, wer in katholischen Kreisen irgend bildungsbedürftig war, Anschluß an die protestantische Welt suchen mußte. Selbst die Männer, die den Katholicismus in unserem Jahrhundert wieder neu belebt haben, sind vielfach convertirte Protestanten. Heute hat der Katholicismus auf allen Gebieten des Lebens eigene Kräfte, welche sich in immer schärferen Gegensatz zu allem Protestantischen stellen. Nicht nur Philosophie, Geschichte, Recht, Belletristik wird in katholischem Geist behandelt, es wird auch systematisch dafür gesorgt, daß alle nützlichen Handbücher, Conversationslexika und was dahin gehört, in demselben Geiste bearbeitet, existiren. Zu hemmen, in eine andere Richtung zu drängen, ist dieser Strom nicht mehr. Die Idee, den Katholicismus direkt der modernen deutschen Bildung, die aus dem Protestantismus erwachsen ist, anzupassen, ist aufzugeben." So die Preußischen Jahrbücher 1887.[1]) Die römisch-katholische Kirche befinde sich heute „innerlich wohler, als jemals zuvor", schreibt O. Lorenz, was dann, in der bekannten Manier dieses Gelehrten, reichlich amplificirt wird: „die kirchliche Disciplin ist durch das tridentinische Concil zu einer Höhe emporgebracht, welche dem größten mittelalterlichen Idealismus nicht erreichbar geschienen hätte". „Der kirchliche und religiöse Unterricht hat heute eine Verbreitung, von der das

1) 60, 386.

Mittelalter keine Vorstellung hatte"; „in fünf Welttheilen wird heute nicht ein völlig Unwürdiger zum Priester geweiht"; „240 Millionen" haben „dem Statthalter des Reiches Gottes noch jüngst ihre ganz freiwillige Verehrung geleistet" [1]) u. s. f.

Gegen das erste Citat könnte man einwenden, es sei aus getrübter Stimmung geflossen, und stehe in betrübtem Context — da es sich dort um den Abbruch der Culturkampfgesetzgebung handelt —; betreffs des anderen könnte auf die ins Ironische spielenden Uebertreibungen des polemischen Zusammenhanges hingewiesen werden; andere Citate, die leicht zu erbringen wären, unterlägen anderen Einreden. Von den Gegnern haben wir übrigens die Ueberzeugung von der katholischen Renaissance nicht gelernt, sondern von den Thatsachen und Erlebnissen der Zeitgeschichte.

Wer die Allmachten kennt und zu würdigen weiß, die seit 150 Jahren dem Zeitgeist dienstbar waren und sind, der muß unseres Erachtens es für ein wahres Wunder ansehen, daß die Kirche, das Christenthum, die Religion überhaupt Stand hielten, daß die römisch-katholische Kirche, die sociale Verkörperung des christlichen Glaubens, unerschüttert sich behauptete, ja weit mehr noch that, als bloß dieses; daß der unter Ruinen wie verschüttete Katholicismus sich in der Wissenschaft, wie im Leben, wieder hervorgearbeitet, um die alten Zeichen gesammelt, geschlossene Reihen gebildet, neue Gebiete gewonnen hat.

Wir denken dabei an Augustinus' Wort: „hoc nobis unum grande miraculum sufficit". (De Civ. Dei 22, 5.)

Unterscheiden wir *das religiös-sociale Eigenleben der Kirche* von ihren gewissermaßen *„auswärtigen" Beziehungen zu allen profanen Culturgebieten*; eine Unterscheidung, die unseres Er-

---

1) Die Gesch. Wiss. 2 (1891) 156, 158, 157.

achtens übersichtliche Zusammenfassung von kirchenhistorischen und culturgeschichtlichen Entwicklungen zu fördern geeignet erscheint.

Es ist klar, daß die katholische Renaissance in ihrem eigentlichen Wesen ganz und gar auf dem Gebiet des religiös-socialen Eigenlebens der Kirche zu suchen ist. Dieses Eigenleben wuchs im XIX. Jahrhundert erst wunderbar in die Weite, die Katholicität der Kirche wurde Thatsache wie nie zuvor; und gleichzeitig ist die sociale Einheit kraftvoller bethätigt worden, als je; das verborgene Leben des Glaubens und der Gnade, des Gebetes und der Charitas ist wohl viel tiefer und inniger, verdienstreicher und wirksamer geworden, als es die Welt auch nur ahnt.

Die theologische Wissenschaft mußte einen unermeßlichen Kraftaufwand auf auswärtige Beziehungen, auf die Apologetik und Polemik verwenden, um nicht bloß den Katholicismus, sondern auch das Christenthum und die Religion zu vertheidigen — nothgedrungen sind die Beziehungen zu den profanen Wissenschaften vielfach sehr kriegerische gewesen; alle Fachwissenschaften schienen ja häufig genug gleich einer Liga zum Umsturz des Christenthums, wie die Encyclopädisten sich genannt haben.[1]) Darüber ward aber die positive Arbeit nicht vernachlässigt.

Im Uebrigen waren die Beziehungen des Katholicismus zur profanen Cultur des XIX. Jahrhunderts gerade in Grundfragen die gegenseitiger Förderung. Die katholische Renaissance hat mit einer der allgemeinsten und wichtigsten Aeußerungen des neuzeitlichen Geistes einen fruchtbaren und segensreichen Bund geschlossen, mit dem Bedürfniß und dem Drang nach socialer Organisation. Die katholische Renaissance hat in der That weit früher als die universitäre Nationalökonomie zur socialen Frage in weithin wirkender Weise Stellung genommen und es liegt

1) Vgl. diese Zeitschr. 121 (1898) 83.

klar am Tage, daß die Kirche für die socialen Zeitbedürfnisse Verständniß bekundet, deren Haupt in der Encyclica „Rerum novarum“ ein internationales Programm promulgirte. Auch dem politischen Liberalismus, wenn man den Constitutionalismus so nennen will, nebst allgemeinem und gleichem Wahlrecht, das doch viele Liberale für überliberal und zuviel-Güte hielten, ist die katholische Renaissance nirgends scheu aus dem Wege gegangen. Endlich wüßten wir nicht zu sagen, wann die Kirche oder ihre berufenen Vertreter sich im XIX. Jahrhundert zu einzelnen Fortschritten der Fachwissenschaft, oder den Wundern moderner Technik je feindselig gestellt haben, mag es sich nun um das moderne Verkehrswesen handeln, oder das Bibliothekswesen, oder Quelleneditionen, oder was immer.

Es ist ganz und gar Renaissance des XIX. und nicht eine des XIII. Jahrhunderts, die sich vollzogen hat, die wir feiern und preisen.

Gewiß, das religiöse Leben der Kirche im XIX. Jahrhundert war Erneuerung von Unvergänglichem und unveränderlich Bleibendem: „νυνὶ δὲ μένει πίστις, ἐλπίς, ἀγάπη, τὰ τρία ταῦτα“. (I. Cor. 13, 13.) Erneuerung im alten Glauben, in immergrüner Hoffnung und ewiger Liebe.

Allein sogar das jeweilige sociale Eigenleben der Kirche ist durch die jeweilige profane Culturlage in seiner Eigenart mitbedingt, wurde und wird durch sie mitgefördert; genauer, die Kirche benutzt, was in jeweiliger Culturlage dazu taugt, für die ihr eigenen Aufgaben und Ziele. Man denke nur an die so naheliegende und offensichtliche Bedeutung der modernen Verkehrsmittel für die Förderung der Katholicität wie der Einheit der Kirche.

Und was wir die auswärtigen Beziehungen der Kirche zu den profanen Culturgebieten nannten, das gestaltet sich erst recht verschieden nach deren jeweiliger Eigenthümlichkeit, anders im XIII., anders im XIX. Jahrhundert.

Das ist doch wohl einer der tiefstliegenden Unterschiede zwischen dem mittelalterlichen und dem neuzeitlichen Culturleben, daß im Mittelalter die gesammte weltliche Cultur unmündig und unselbständig gewesen ist, daß sie, um die banalen Schlagworte der Gegenwart zu brauchen, „clerical“ sein mußte, wenn sie überhaupt sein sollte, wie sie denn auch lange genug in ausschließlich „clericalem“ Betrieb stand. Ist nun die weltliche Cultur auf allen den Gebieten, welche die Kirche urbar gemacht und bebaut hat, zur Mündigkeit und Selbständigkeit herangewachsen, so denkt die Kirche nicht daran, die Eigenständigkeit aller einzelnen Culturfortschritte innerhalb ihrer eigenen Sphäre zu bestreiten oder zu hindern.

Und wenn einmal die Zeit kommen sollte, wo die Fachforschung den Anspruch aufgibt, Irreligionslehrerin zu sein, wird sich daran unverzüglich die erfreuliche Wirkung anschließen, daß die christliche Wissenschaft in viel sorgloserer Freiheit an der Förderung von deren Methoden und Resultaten sich betheiligen wird. Dann, wenn die Fachwissenschaften aufhören werden, den Antichrist zu spielen, wird es auch fürder nicht mehr so nöthig sein, „christliche“, „katholische“ Wissenschaft zu betonen. Diese Beifügung, gegenwärtig nothwendig und üblich, bedeutet im Grunde gar nichts anderes, als die Freiheit einer einzelnen Fachwissenschaft von dem Gelüste, ihre Competenz zu überschreiten. Oder was bedeutet denn etwa „katholische“ Naturforschung, Chemie, Biologie, Anthropologie anders, als eine Chemie u. s. w., die nichts anderes sein will, als Chemie oder Biologie oder Anthropologie, die nicht den unwissenschaftlichen, weil methodologisch falschen Anspruch erhebt, sein zu wollen, was sie nicht sein kann, geschlossene Weltanschauung nämlich oder deren Lehrerin.

Einem stand und steht die katholische Renaissance freilich unversöhnlich gegenüber: der modernen Weltanschauung als religiösem Unglauben. Versteht man unter dem „Geist der Neuzeit“ schlechthin und ohne Weiteres diese moderne Welt-

anschauung, wie es das Denken und der Sprachgebrauch heischt, so wird zwischen beiden, wie zwischen Glauben und Unglauben nur dann eine Versöhnung möglich sein, wenn einer von den beiden sich preisgibt. Spricht man vom Geist einer Zeit, so meint man ohne Zweifel herrschende Ansichten, Collektiv-Ueberzeugungen. Und zwar solche, denen allgemein menschliche Bedeutung eignet, weil alle Menschen darnach verlangen, alle sie erreichen können und sie für alle gleiche Geltung haben, weßhalb sie allgemeinst verbreiteter socialer Besitz sein sollen. Das gilt aber bloß von der Weltanschauung. Sonach wäre der jeweilige Zeitgeist zunächst die herrschende Weltanschauung; der Geist der Neuzeit die moderne Weltanschauung.

Ist der antichristliche, irreligiöse Zug der neuzeitlichen Wissenschaft, zumal seit 150 Jahren, eine Thatsache, oder eine Einbildung von Küstern? Ist das Bestreben „eine irgendwelche Hypothese ohne Gott", wie Paulsen so treffend sagt,[1]) an die Stelle der Religion zu setzen, erfolgreiche Wirklichkeit, oder eine Fabel, die geborene Hetzer aufgebracht haben? Wenn Ersteres, dann ist eben das und nichts anderes der eigentliche „Geist der Neuzeit".

Uebrigens ist der „Geist der Neuzeit" ein unbestimmtes Wort, dem jeder, der es braucht, ein bestimmtes Gepräge geben mag; in welchem Sinne das geschieht, ist seine Sache. Als allgemeines Interesse aber erscheint scharfumrissene Klarheit im Gebrauch von Worten, die laut tönen, sonst aber allzusehr „Universalia" „über" allen concreten Dingen sind. Mag also der Geist der Neuzeit mit glaubensloser Weltanschauung nicht identisch sein, oder doch, die moderne Weltanschauung ist zweifellos Thatsache, wie es auch zweifellose Thatsache ist, daß sie mit religiösem Unglauben als weitverbreiteter und herrschender Weltanschauung zusammen-

1) System der Ethik, 4. Aufl. (1896) 1, 394.

fällt. Es wäre doch im Ernste komisch, wenn man das erst beweisen sollte.

Die Renaissance katholischer Weltanschauung innerhalb der Philosophie wurde jüngst in einem Werk geschildert, dessen Grundriß eines wahrhaft hohen Geistes würdig ist, dessen Durchführung den Meister zeigt und lobt, wir meinen Willmann's Geschichte des Idealismus (Bd. III). Auch der große Widerpart des christlichen Idealismus, der Geist der Neuzeit, ward da mit unvergleichlicher Meisterschaft gezeichnet.

In der That ist die moderne Weltanschauung sehr geeignet, die Bedeutung der katholischen Renaissance hervortreten zu lassen. Die ungeheuren Machtmittel, welche die moderne Weltanschauung im modernen Leben durchgesetzt haben, zeigen, daß dem unbesiegten Katholicismus eine unvergleichliche Lebenskraft innewohnt. Die Krisis der Weltanschauung aber, die als Ergebniß des sogen. Unglaubens eintritt, zeigt, daß dem Katholicismus in der Zukunft eine rettende Aufgabe bereitet ist. Darum deucht uns an dem Standort der Säcularwende weder der Rückblick in die Vergangenheit, noch der Ausblick in die Zukunft ein solcher, daß Muth und Hoffnungsfreudigkeit uns darüber ausgehen könnten.

Der Ursprung der erwähnten Weltanschauungskrisis liegt auf der Hand. Die Machtmittel zur Erzeugung von Unglauben haben zu einer Massenerzeugung von Unglauben geführt, die in bedrohliche Ueberproduktion ausartete. Wie jede wirthschaftliche Ueberproduktion eine Produktionskrisis hervorruft, so auch eine Ueberproduktion im geistigen Leben. Die Waare, der Unglaube, kam so massenhaft auf den Markt und wurde so staunenswerth billig, daß jeder sie kaufen konnte und wollte. Zugleich wurde in Fülle minderwerthigste Pfennigbazarwaare, mit echter Marke „Denkfreiheit“ versehen, angeboten, so daß die Verwöhnteren bestens dafür zu danken anhuben. Und das ist die Krisis der modernen

Weltanschauung: Steigende Nachfrage nach ungläubiger Weltanschauung in den Kreisen des „ungebildeten Volkes", wo man die Einfuhr gern verböte; abnehmende Nachfrage nach allgemeiner Weltanschauung in den Kreisen von Bildung und Besitz. Mag sein, daß die Waare allgemach immer minderwerthiger wurde, aber gefälscht war sie von Anfang an. Paulsens Urtheile [1]) über Büchner und Nordau zeigen deutlich, daß man über die Massenproduktion zu erschrecken beginnt, zumal er ausdrücklich die Calamität hervorhebt, daß nichts so massenhaft gekauft wurde und noch wird, als derlei popularisirter Unglaube. Wir meinen aber auch, daß der Unglaube, wie er seit dem Beginn der Aufklärung und im Zeitalter des Liberalismus durch die Riesenmaschinen der Presse, der Literatur, des Theaters, der Gesetzgebung, des Schulwesens aller Stufen unaufhörlich erzeugt oder verbreitet wird, von vornherein gefälschte Waare gewesen ist.

Denn dieser angebliche Unglaube war im Grunde Glaube, da es ja unglaublich ist, was man glauben muß, um ungläubig zu werden. Er ist Glaube an das ausschließliche Lehramt der profanen Wissenschaften in Sachen der Weltanschauung.

Die negative Seite einer ungläubigen Weltanschauung ist durch die Behauptung nahezu erschöpft, daß es nichts ist mit Gott und Unsterblichkeit, die Religion also entweder das Uebel schlechthin ist, oder eine großartige Irrung, oder eine überwundene Entwicklungsstufe, oder eine geistige Krankheit. Die positive Seite hat zur Grundlage, daß keinerlei Ursprung, weder der Ursprung der Welt, noch der des Lebens, noch der des Menschen, keinerlei Ordnung, weder die kosmische, noch die sociale uns irgend etwas vom Schöpfer

1) Einleitung in die Philosophie, 5. Aufl. (1898), 69 Anm. und 85 Anm. System der Ethik, 4. Aufl. (1896) 2, 229 f.

und Gesetzgeber sagen, vielmehr „wissenschaftlich“ feststeht, daß Welt und Wir und alles ganz und gar aus sich ist. Wir möchten die nun zählen dürfen, die auch nur glauben, ihren Unglauben nach der negativen oder positiven Seite zu wissen, d. h. aus eigener Einsicht auf Grund unerschütterlicher Beweise ohne jeden Einfluß einer wissenschaftlichen Autorität festzuhalten; wird das alles doch in Fachkreisen sogar als Annahme, Vermuthung, Hypothese bezeichnet. Die große Zahl der nicht fachmännisch Gebildeten glaubt schlechthin, nimmt es an, entweder weil Gelehrte es sagen, oder weil so viele es behaupten. Der Unglaube der Bildungsmenschheit wird nothgedrungen gläubiger Unglaube, weßhalb die „wachsende Zerfahrenheit“ innerhalb der Philosophie und innerhalb der Naturwissenschaft, und zwischen beiden erst recht, dazu führen muß, daß man daran genug bekommt und ohne jede Weltanschauung auszukommen sucht.

Die Thatsache, daß die moderne Weltanschauung in den gebildeten Kreisen immer mehr gar keine wird, bereitet den Trägern des fachphilosophischen Lehramts schwere Sorgen. Es ist aber nichts als eine echte und rechte Nemesis, die da waltet und wirkt, wider die sie nicht aufkommen können.

W. Jerusalem[1]) beklagt die „gegenwärtige Zerfahrenheit auf dem Gebiet der Philosophie“ und bezeichnet als eine ihrer Folgeerscheinungen: „daß der Occultismus in seinen verschiedenen Gestalten geradezu erschreckende Fortschritte macht, und . . . auch Männer anlockt, die auf den Höhen der Wissenschaft standen“. Gideon Spicker scheint nicht davon überzeugt zu sein, daß „die Mehrzahl unserer heutigen Philosophen und freisinnigen Theologen“ „ein Bedürfniß nach einer universellen Weltanschauung“ habe.[2])
Paulsen charakterisirt weitere Kreise mit gewohnter Feinheit: „bis auf einen kleinen Rest gelegentlichen Aberglaubens

---

1) Die Urtheilsfunktion (1895) 249, 250.

2) Der Kampf zweier Weltanschauungen (1898) 174.

lauter aufgeklärte Leute, die an die Physik und die Atome und an ein paar Welträthsel glauben, weiter aber sich keine Gedanken über die Dinge machen".[1]) Und anderwärts schreibt er, „die materialistische und skeptische Richtung" walte gegenwärtig vor, „soweit unter den Gebildeten von philosophischer Weltanschauung überhaupt noch die Rede ist, die meisten behelfen sich ohne solche".[2]) Die gemeinte gebildete Welt wäre nun unseres Erachtens wohl berechtigt auf diesen Anwurf, wenn nicht gereizt, so doch gekränkt, etwa wie folgt zu entgegnen:

Aber eure Philosophie und sonstige Wissenschaft ist ja, so viel wir sehen, der Krieg aller gegen alle. Es geht vollständig auch über die Anspannung aller unserer Kräfte, uns einen eigenen Vers zu machen aus all dem Empirismus, Kriticismus, Phänomenalismus, Agnosticismus, Monismus, Voluntarismus, Evolutionismus, Transscendentalismus, wozu noch die Verbindungen kommen, an denen die Combinationslehre geübt werden mag: empirischer Kriticismus, empirischer Phänomenalismus u. s. f. Flüchten wir uns entsetzt zu den exakten Naturforschern, so kommen wir aus dem Regen in die Traufe: „Archigonie, Autogonie, Phylogonie, Plasmagonie; Archiplasson, Bioplasson; Monerula, Cytula, Morula, Planula, Plastula, Gastrula, Ascula et caetera wälzen sich nur so daher, wie die Maccaronilawine bei Molières Arzt."[3]) Man darf uns nicht sagen, derlei sei nur für Fachforscher und gehe uns weiter nicht an. Wir sind unserer Schranken uns wohl bewußt. Das Wissen der allgemein Gebildeten ist gläubige Hingabe an die Fachforschung. Aber sind wir deshalb nicht mehr befugt, für das alte „fides quaerens intellectum" einige Berechtigung zu verlangen? Uebrigens

1) Einleitung in die Philosophie, 5. Aufl. (1898) 248.

2) A. a. O. 244.

3) F. Duilhé de St. Projet. Apol. des Christenthums. Uebersetzt und bearbeitet von C. Braig (1889) 279.

werden die beregten Sachen ja auf allen Plätzen feilgeboten: Kauft moderne Weltanschauung, kauft!

Im Dezemberheft der „Deutschen Rundschau" nennt Max Müller diese Zeitschrift „so populär".[1]) Die ist also für uns. Im Novemberheft verbreitet sich daselbst E. Häckel „über unsere gegenwärtige Kenntniß vom Ursprung des Menschen".[2]) Wir wandeln durch 15 Seiten im Ahnensaal, den die Abstammungslehre erschlossen hat. Die ganze Menagerie der Altvorderen ist da wieder einmal los. Menschenaffen, Affenmenschen, Ostaffen, Westaffen, Hundsaffen kennt oder begreift man. Aber Platyrrhinen, Catarrhinen, Pantotherien, Allotherien, Pachylemuren, Palalemuren, Autolemuren, Stegocephalen, Dipneusten, Prochoriaten .... welche Wohlthat in dem Getümmel gelegentlich Landsleuten zu begegnen, z. B. den Quadrupeden, oder Zeitgenossen, wie Herbert Spencer.

Als ein Glück für uns müssen wir es ansehen, daß sich Einige unserer erbarmt und deutsch geschrieben haben. Kraft, Stoff und sonst nichts ist im Vergleich zu dem übergelehrten Hexensabbath unmöglicher Worte preisliche Weisheit. Stoff kann man doch packen, Kraft kann man doch spüren und die Entwicklung getrost den beiden überlassen. Bedauerlich nur, daß auch diese Theorie unserer Glaubensfreudigkeit, wie sich immer mehr herausstellt, zu viel zumuthet. Wie die Entwicklungen im Einzelnen alle verlaufen sind, überlassen wir mit tausend Freuden den Fachforschern als Fachwissenschaft. Von allgemeinem Interesse sind nur die Ausgangspunkte, die Anfänge und Ursprünge, auf die allein es ankommt.

Da ist es denn äußerst fatal, daß trotz der unübersehbaren Fülle von Kenntnissen diese immer da versagen müssen,

---

1) 97 (1898), 370.

2) 97 (1898) 179—194 (Vortrag, gehalten auf dem IV. int. Zool. Congreß zu Cambridge). Im Folgenden nur nach der Seitenzahl citirt.

wo man auf die maßgebende Frage die entscheidende Antwort hören möchte; wie es ja auch sehr peinlich ist, wenn ein Knabe immer alles weiß, schlankweg nichts aber, sobald er geprüft werden soll. Deßhalb sind uns die Welträthsel auch stets recht ärgerlich gewesen. Oder ist es etwa angenehm, wenn man sich voll Zuversicht an die berühmtesten Orakelstätten oder Auskunftsbureaux wendet, und dort auf die Frage nach dem Sichersten, was es gibt, dem Bewußtsein z. B., mit Achselzucken abgefertigt wird: Wir bedauern — ist Welträthsel.

Schon der selbsteigene Ursprung von Kraft und Stoff gehört zu den bösen Stellen, an denen unser Denken so wenig vorbeikommen kann, ohne unterzugehen, wie der Nachen an der Skylla und Charybdis. Mögen sie gesondert betrachtet werden, oder verbunden, als kräftiger Stoff, oder bewegte Materie, immer ist der Anfang unserer Weltanschauung das Ende des Denkens. Nichts wissen wir so gewiß, als daß die Materie an sich indifferent und träge oder beharrend ist. Sie kann in Bewegung oder in Ruhe sein, überhaupt so oder anders sein, das heißt Indifferenz. Hat sie aber einmal einen dieser Zustände, so kann sie ihn von selbst nicht verändern, das ist Beharrung. Nun versuche man es doch gütigst: An sich indifferente Materie und doch aus sich ewig bewegt — oder aber an sich träge Materie, die aus sich in Bewegung übergeht; denn das wird wohl zweifellos sein, daß die Bewegung entweder ewig ist oder nicht. Eines von Beiden muß man wählen, und keines von Beiden kann man wählen, weil eines schlimmer ist, als das andere.

Die zweite böse Stelle ist der Ursprung des Lebens. Hier wird unsere Lage noch übler. Dort, beim Ursprung des kräftigen Stoffes, kann uns doch die Phantasie etwas wie ein Bild vorgaukeln. Von Ewigkeit her tanzbereite oder „tanzbeflissene“ Atome, solch kosmogonische Fastnacht, gewissermaßen als Jugenderinnerung der alternden Welt,

mag ja manchem bezaubernd vorkommen. Aber hier, beim Ursprung des Lebens, starrt die Phantasie einen eigentlichen Anfang an, der immerfort Anfang bleibt, man mag thun, was man will. Erst der glühendflüssige Zustand, der eventuell vorhandene Lebenskeime dergestalt ausgekocht haben muß, daß man nicht mehr viel Sprünge von ihnen verlangen darf. Zum Ueberfluß belehrt man uns weiter über die ältesten *azoischen* Schichten; als rechtgläubigen Schülern unserer Lehrer ist uns also, als *sähen* wir unseren Planeten in maustodter Beschaffenheit.

Da steht breitspurig die große Entstehungsfrage des Lebens. Von unten herauf, aus dem Leblosen, führt nach Pasteurs Versuchen keine Evolution, welcher Art immer. Wir waren hier früher gewohnt, abermals unsere Vernunft nebst Causalitätsgesetz auszuschalten, um den Ursprung des Lebens aus dem Leblosen annehmen zu können. Nun sagt man uns, es sei vergebliche Liebesmüh gewesen, weil Pasteur dieser Lebenserklärung exakt den Todesstoß versetzt habe. Wenn wir grausam sein wollten, würden wir an Häckels Bathybius erinnern, der der kurzlebigste Glaubensartikel gewesen ist, den es je gab. Wozu die Verzweiflung führen kann, zeigte die Annahme, daß erste Lebenskeime auf Meteorsteinen hereinsausten. Die Vorstellung — es liegt ja nicht viel daran, wie man sich die Urmonere vorstellt — die Vorstellung, daß etwas wie ein Urlaubfrosch auf einem Meteoriten herangeritten kam, entbehrt nicht der Anmuth. Wenn man sich weiter vorstellt, wie spanisch ihm diese azoische Gegend vorgekommen sein mag, wird man von tiefer Rührung ergriffen, die man kaum mehr bemeistern kann, wenn man bedenkt, daß er sich auf dem glühenden Stein elend verbrüht haben und ohne antiseptische Behandlung seinen Wunden kläglich erlegen sein muß. Er war nicht in dem Thal geboren — Man wußte nicht woher er kam — Doch schnell war seine Spur verloren — Da bald das Fröschchen Abschied nahm. Um gar nichts weiter führt die Panspermie,

die Annahme, daß Myriaden von Lebenskeimen einfach da waren. In diesen Erklärungen wird, das sieht jeder, die Entstehungsfrage einfach abgeschoben und Rathlosigkeit zugestanden. Es ziemt uns zwar nicht, den Unternehmern moderner Weltanschauung Rathschläge zu ertheilen, könnte man aber nicht zwischen den einzelnen Planeten eine Art wechselseitiger Lebensversicherungsgesellschaft annehmen, und „getrost“ dann, Faust zeitgemäß corrigirend, „schreiben“: „Im Anfang waren die Gründer“.

Das dritte Pech, man muß uns gewöhnlichen Bildungsmenschen den unakademischen Ausdruck verzeihen, das dritte Pech sind die Ursprünge der Menschheit.

Was wir gern hören möchten, das wird uns vorenthalten; womit wir aber nichts anfangen können, das wird uns in Fülle geboten.

Das große jetzige Weltreich der Lebewesen gleiche einem Wald von Nadelhölzern, von dem man wüßte, oder annähme, daß er aus einem Samen so erwuchs, daß die verwandten Arten beisammen stehen. Die Menschheit erscheine dann als ein Zweig an dem Ast eines Baumes. Wir wollen hiermit versuchen, uns die anatomisch-physiologische Uebereinstimmung von Mensch und Thier, nebst behaupteter genealogischer Einheit zu verdeutlichen.

Das erstaunliche Phänomen, vor dem wir dann stehen, wird durch die Frage ausgedrückt: Wie kommt es, daß in einem Tannenbestand unter den vielen Bäumen ein Tannenbaum ist, der unter vielen gleichen Aesten einen hat, an dem man ein Zweiglein mit rothwangigen Aepfeln erblickt?

In der Erklärung dieser Merkwürdigkeit werde nun jeder künstliche Eingriff als transscendentes Wunder von vornherein ausgeschlossen; uns kann es recht sein, wenn anders man nur mit den Aepfeln fertig wird. Kein Mensch aber würde die gewünschte Erklärung dadurch zu fördern vermeinen, daß er unaufhörlich versichert: der Zweig ist mit dem Ast und den übrigen Aesten, dem Baum und den

übrigen Bäumen vollkommen gleich, oder ähnlich — so würde das Apfelwunder ja noch größer und zur gewünschten Lösung der Frage einfachhin gar nichts beigetragen. Jedermann ginge vielmehr zunächst an die Untersuchung der Aepfel.

Soll der Mensch so aus dem Thierreich hervorgegangen sein, daß darin die volle Lösung der Ursprungsfrage liegt, dann muß die Sache im Wesentlichen ohne Rest aufgehen. Man muß einsehen, daß überhaupt, auch einigermaßen einsehen, wie das specifisch Menschliche ausschließlich Thierprodukt sein könne. Das specifisch Menschliche ist aber nach allgemeinem Dafürhalten nicht das Anatomisch-Physiologische, sondern das Psychologisch-Culturelle. Wie man dieses bewerthen will, gilt hier gleich; als einzige und unerläßliche Aufgabe aber erscheint der Nachweis dafür, daß — oder die Erklärung davon, wie die psychologisch-culturelle Seite des Menschenlebens Produkt thierischen Lebens sein könne.

Das specifisch Menschliche umfaßt denn doch, Alles in Allem genommen, mancherlei nützlichen Hausrath, der nicht verdient, so schnöde übersehen zu werden. Wir erwähnen Ideen und Ideale, Freiheit und Männerwürde. Verbreiteter noch als diese Phantome aus abgelaufenen Entwicklungsphasen ist die Gabe der Rede. Wir beziehen uns nicht darauf, daß unter uns gesungen, eventuell geschrieen oder gekreischt wird; die musikalische Begabung zur Aeußerung von Affekten kommt hier gar nicht in Betracht, sondern daß wir sprechen oder reden: Urtheile in Sätzen formuliren. Ferner glauben wir auch bescheidentlich an die Gabe der Erfindung erinnern zu dürfen, an die Fähigkeit, Werkzeuge herzustellen, und an den Drang zu unaufhörlichem Fortschritt. Und wenn schließlich die sogen. Seele nebst Unsterblichkeit erfunden worden ist, und diese Erfindung eine noch größere Verbreitung erlangt hat, als augenblicklich selbst das Zweirad, so zeigt das eine überaus merkwürdige Erfindungsgabe und seltsam veranlagte Einbildungskraft.

Wenn man nun die anatomisch-physiologischen Uebereinstimmungen der gesammten Thierwelt mit Einschluß des Baumastzweiges, den wir Menschen nennen, noch so sehr häuft und zur Schau stellt, ist es nicht sonnenklar, daß in dem Maße, als das geschieht — das Apfelwunder größer, immer unbegreiflicher die psychologisch-culturelle Eigenart des Menschenthums wird? Und doch läuft alle Belehrung, die man uns gewährt, in den anatomisch-physiologischen Geleisen; eben dieses ist auch der einzige Inhalt von Häckels angezogener Rede, die doch „unsere gegenwärtige Kenntniß vom Ursprung des Menschen" betitelt ist und anspruchsvoll genug jede Spur von Ignoramus ignorirt.

Darum beschleicht uns zuweilen das peinliche Gefühl, als würde unsere Glaubensfreudigkeit einfach gefoppt.

Was wäre so wichtig, als irgend ein Aufschluß darüber, wie denn die einst sogenannten Ideale, die sich früher als weltbewegende Mächte erwiesen haben, Thierprodukte sein können, warum sie bloß bei der menschlichen Säugethiergruppe vorkommen, woran sich die beregte Gruppe bei deren Hervorbringung „anpaßte". Fragen wir aber darnach, so erzählt man uns — wie wir an unsere 5 Fußzehen kamen, „Pentadaktylen" wurden: Es war einmal, vor Jahrmillionen, in paläozoischer Zeit, ein Panzerlurch, einem „kleinen Krokodil" füglich vergleichbar. Dem Seekampf ums Dasein zu entfliehen, flüchtete er aufs Festland. Bald ward er inne, daß es sich mit Flossen schlecht krieche, „paßte" sich deßhalb dem neuen Lokal „an", indem er die Flossen in pentadaktyle Extremitäten verwandelte, die dann als kostbares Erbstück auf alle Nachkommen aller Linien, auf alle Sauropsiden und Mammalien, uns nicht ausgenommen, übergegangen sind . . . .[1])

Wir möchten überaus gern etwas über den thierischen Ursprung des ausschließlich menschlichen Dranges nach Cultur-

1) Vgl. Häckel 189.

fortschritt, dieses so ruhelosen und erfolgreichen Dranges hören — und man belehrt uns über die Entstehung des Zwerchfells aus der notorisch so anstrengenden Arbeit des Säuglings.[1])

Es liegt uns daran, zu erfahren, wieso und warum eine einzelne Thierart dazukam, Urtheile, besonnene und unbesonnene, in Sätzen auszusprechen — und man zählt uns die Kreuzwirbel unserer Ahnen vor, der geschwänzten, wie der ungeschwänzten;[2]) oder man beschreibt Onkel Pithecanthropus erectus,[3]) der nichts besessen zu haben scheint, als ein „Schädeldach", einen „Oberschenkel" und „einige Zähne", der jedenfalls in sehr mangelhafter Adjustirung überliefert ist und der Phantasie eines Porträtmalers weiten Spielraum gewährt.[4])

Man müßte uns darnach gütigst verzeihen, wenn wir unmuthig protestirten, und sagten, es sei unglaublich, was man glauben müsse, um ungläubig zu werden. Katholische Theologen sollen, in abergläubischen Zeiten, von einer Eigenschaft gesprochen haben, die sie pia credulitas nannten; was man aber uns, allgemein Gebildeten, zumuthet, ist nahezu impia crudelitas.

Wenn es doch wenigstens mit dem Anatomisch-Physiologischen stimmte! Aber auch da hapert es mächtig.

Häckels Ausführungen fußen auf dem „Huxleyschen Gesetz", dem „maßgebenden" „Pithecometrasatz" — die Aufmerksamkeit erweist man uns ja immer, daß man uns zu imponiren sucht. Er lautet in unverändertem, bloß gekürztem Abdruck: die „vergleichende Anatomie sämmtlicher Organe" ergibt, daß die anatomischen Unterschiede zwischen Menschen und Menschenaffen geringer sind, als die zwischen

---

1) Ebd. 188. 2) Ebd. 184. 3) Ebd. 184, 185.

4) Häckel selbst sagt: „ein abschließendes Urtheil war nicht möglich". Ihn „zwingt" aber „die Logik", darin das „vielgesuchte Missing link" zu sehen, 185.

diesen und den Hundsaffen.[1]) „Unbestreitbar“ ist nach Häckel dieser Satz, woraus sich dann leichtlich erklärt, daß die Anthropologen zumeist das Gegentheil behaupten, wie wir aus J. Ranke's Buch „der Mensch“ entnommen haben. Aber selbst bei den Biologen begegnen uns unaufhörlich klaffende Gegensätze in Beziehung auf die Fundamental-Artikel des neuen Glaubens, worüber etwa der zweite Theil von Kerners Pflanzenleben zu vergleichen wäre. Ja Häckel selbst muß es a. a. O. klärlich zugestehen: „Wenn man“ „die progressive Vererbung“, die „ein unentbehrlicher Faktor der monistischen Entwicklungslehre ist“, „mit Weismann leugnet, dann flüchtet man zum Mysticismus, und dann ist es besser, die mysteriöse Schöpfung der Arten anzunehmen“.[2])

Zu einem eigenen Urtheil sind wir in diesen Fragen unfähig; objektiv unfähig, weil uns die zu beobachtenden Objekte meistentheils unzugänglich sind, subjektiv, weil es uns an Fachbildung und an Muße gebricht. Wir „allgemeine Bildungsmenschen“ können es zu nichts bringen, als zu gläubigem Unglauben; nichts thun, als glauben, glauben, glauben. Allen Fachforschern zugleich, das geht über alle Leistungsfähigkeit; wenn aber einem allein, welchem und warum diesem?

Wenn nun vollends Philosophen zu Hilfe kommen und uns über den Werth der Beobachtungl, oder deren Unwerth belehren, dann hört auch der gläubige Unglaube auf. „Wirklicher Nonsens“ sei es, versicherte vor einiger Zeit das „Centralorgan“ „Gaea“[3]), „wirklicher Nonsens“, daß „außerhalb der Vorstellung“ irgend etwas „Reales“ „existire“. „Auf diesem Nonsens“, so heißt es da weiter, „beruht aber die ganze Lehre von der Realität der Materie und mit ihr die ganze Atomistik“, ja in Summa ist hinzuzufügen sämmtliche Gelehrsamkeit aller Fakultäten. Um uns nun ganz und gar phänomenalem Desperatismus zu überantworten, genügte die Anzeige eines „soeben erschienenen“ fachphilo-

1) 183. 2) 193. 3) 33 (1897) 645.

sophischen Werkes,[1]) darin dargethan wird, daß „unser ganzes Denken“ „nirgends objektive Erkenntniß gibt“, das „Wirkliche Schein“ ist, Principien, wie Ursache . . . Naturgesetz . . „leeres Spiel mit Worten“ sind. Gute Nacht Pithecometrasatz, du Unbestreitbarer! Darnach ist denn nur das Eine sicher: Inbegriff moderner Weltanschauung ist deren völliger Abgang. Aeußerst weise gehandelt ist es, wenn wir in Sachen der Weltanschauung alle fünf gerade sein lassen. Ungerechtfertigt erscheint es demnach, uns durch Vorwürfe in unserer Ruhe zu stören, da wir doch vielmehr wider das Lehramt der freien Forschung die Klage zu erheben Anlaß haben, daß es die Bildungsmenschheit definitiv auch von der Möglichkeit einer einheitlichen Weltanschauung befreit hat.

So könnten moderne Bildungsmenschen sich gegen den Anwurf mangelnden Bedürfnisses nach Weltanschauung vertheidigen, denn alles in ihrem Namen Gesagte liegt auf der Hand; so dürften sie reden, denn was wäre daran ganz unberechtigt? Und thun sie es schließlich nicht, um so schlimmer für sie. Eine Welt aber, die vorwärts schreitet, ohne zu wissen, woher, wohin und wozu, verliert alle Grundsätze, behält nur die Haltlosigkeit, verliert die Lebensfreude, behält nur die Gier darnach, verliert die Begeisterung, behält nur die Leidenschaft, verliert und verläugnet jeden Schwung, entfesselt und vergröbert jeden Hang. Ist das nicht eine von Ohnmacht und Erschöpfung, von Ueberdruß und Enttäuschung bedrohte, eine sinkende, einstürzende Welt?

Und wie kann man sie stützen? Ja, wer dieses Fragezeichen zu bannen vermöchte.

Jede katholische Ueberzeugung vermag dazu beizutragen. Aus der Summe solcher Ueberzeugungen erwuchs die katholische Renaissance des XIX. Jahrhunderts, die sichere Gewähr dafür, daß auch im XX. unser Glaube sich als der weltüberwindende Sieg erweisen wird.

Feldkirch in Vorarlberg. R. v. Nostitz-Rieneck S. J.

---

1) S. Philipp. Vier skept. Thesen. Leipzig, Reisld. (nach der Anzeige).

III.

Der Glaube an Oesterreichs Zukunft.

Es lohnt sich, im Interesse unserer Erwägung zu fragen, wenn es nicht geradezu nothwendig ist, welchem Umstande denn das deutsche Volk in der Völkerfamilie seinen thatsächlichen Vorrang, insbesondere vor den slavischen Völkern verdanke. In ihrer mittelalterlichen Blüthezeit finden wir die Deutschen keineswegs von jenem schroff nationalen, ausschließlichen Geiste beseelt, der gegenwärtig die Nationaldeutschen Oesterreichs ebenso kennzeichnet wie die Slaven. Die sprichwörtlich gewordene deutsche Wanderlust im Gegensatz zu der slavischen Anhänglichkeit an die Scholle entspringt einem weiten Blicke und großen Herzen, das mit der innigsten Liebe zum engen Vaterlande das universale Interesse zu vereinigen weiß. Eine gewisse Naturanlage wird hierbei schwerlich in Abrede gestellt werden können. Allein die Entwicklung und Ausbildung dieser natürlichen Begabung ist nach Ausweis der Geschichte einem anderen idealen Faktor zuzuschreiben, der mit dem nationalen Charakter nicht von vornherein verbunden war. Die beseligende Lehre des Christenthums ging den Deutschen frühzeitig in Fleisch und Blut über, sobald sie sich einer kirchlichen Verfassung erfreuten. Unter den Ursachen, welche den Frühling deutscher Poesie herbeiführen halfen, steht diese innige Hingabe an die christliche Lebensanschauung obenan, wie der Heliand be-

weist. Das christliche Deutschland trat hiermit in das Erbe des römischen Weltreiches ein. Die Kaiseridee, die ihre Wurzel in der christlichen Weltkirche mit dem Mittelpunkte in Rom hat, durchdrang die Deutschen; ihr Patriotismus blieb dank dieser universalen Anschauung der Menschheit von engherziger Beschränkung fern. Den großen Ruhm des Vaterlandes erblicken sie eben in dem thatsächlichen wenn auch nicht streng juristischen Vorrechte eines deutschen Fürsten, als Kaiser Schutzherr der Kirche zu sein: „Das mittelalterliche Kaiserthum und mit ihm das heilige römische Reich deutscher Nation trugen einen durchaus christlichen Charakter, waren eine Schöpfung des apostolischen Stuhles und hatten nur Bestand kraft der Krönung des jedesmaligen deutschen Königs durch den Papst, von dessen Entschluß die Erhebung eines Fürsten zur Kaiserwürde abhing". Eben dieser christliche Charakter bewahrte die nationale Größe Deutschlands vor jeder harten heidnischen Selbstüberhebung über andere Nationen, während die Deutschen damit doch thatsächlich an die Spitze der Völker gestellt erscheinen.

Die Durchdringung der deutschen Volksstämme vom Christenthum zeitigte auch jenes christlich-germanische Rechtsbewußtsein, das den Deutschen die Liebe zur wahren Freiheit und das offene Eintreten für Ehre und Recht zum obersten Lebensbedürfnisse machte. Den freien Deutschen war der Kaiser „der oberste Stärker des Rechts", aber nicht ein byzantinischer Autokrat. Als Brunnquell dieses christlich-germanischen Rechtes sind aber mit Recht die Dekretalen der Päpste bezeichnet worden.

Den Grund zu dem majestätischen Vorrange wie zu der großherzigen Gesinnung des deutschen Volkes werden wir daher im heiligen Bonifacius suchen müssen, welcher die deutschen Stämme mittelbar politisch einigte und sie in den innigsten Zusammenhang mit dem Mittelpunkt der kirchlichen Einheit, mit Rom brachte. Es ist sehr bezeichnend, daß der Apostel von Deutschland nie daran gedacht hat, bezw.

nicht daran zu denken brauchte, eine deutsche Liturgie einzuführen, während die hl. Cyrill und Methodius sich genöthigt sahen, den Gottesdienst durch das slavische Idiom ihren Neubekehrten sozusagen mundgerecht zu machen. Indem hierdurch das Studium der lateinischen Sprache in Deutschland eine Heimstätte fand, wurde der Aufschwung einer deutschen Volkspoesie vielmehr gefördert als gehemmt. Aber auch die wirthschaftlichen Verhältnisse erfuhren durch diesen universellen Geist, sowie durch die Pflege der lateinischen Sprache mittelbar eine bedeutende Förderung. Das Wort: „Gottesdienst und Handelsverkehr gingen immer Hand in Hand" machte sich hiebei in ganz hervorragender Weise geltend. „Der Aufenthalt und der Verkehr deutscher Kaufleute im Ausland und fremder Kaufleute in Deutschland machte den Gebrauch einer internationalen Sprache nöthig, die allen geläufig war. Die lateinische Sprache war daher in Deutschland nicht ausschließlich Gemeingut der Geistlichen und Gelehrten; auch der Kaufmannsstand war derselben großentheils mächtig. Die Handlungsbücher der Kaufleute sind bis in das 13. Jahrhundert, vielenorts bis in noch spätere Zeiten, in dieser Sprache geschrieben".[1])

So hat die Hingabe an das Christenthum und der enge Anschluß an Rom „jene Großthat des deutschen Volkes im Mittelalter" zu Stande gebracht, nämlich die friedliche Eroberung jener östlichen Ländermasse, die vom zehnten Jahrhundert an, aber ganz besonders im dreizehnten deutsch geworden ist. Fast drei Fünftel des mittelalterlichen Deutschland macht diese Besiedelung der ostelbischen Gebiete bis über die Weichsel hinaus aus. Sie ist „die vielleicht ruhmreichste That überhaupt" genannt worden, welche Deutsche

---

1) Michael, Culturzustände des deutschen Volkes während des dreizehnten Jahrhunderts. Freiburg 1897. S. 169. Vergl. Janssen-Pastor, Geschichte des deutschen Volkes. 17. und 18. Auflage. I, 580.

jemals als Volk ins Werk gesetzt haben; indeß ist diese That „noch weit mehr die That der Kirche und ihrer Orden als des deutschen Volkes". Von diesem Zusammenhange der Größe und Macht Deutschlands mit seiner Stellung zur und in der Kirche sind denn auch beim Ausgange des Mittelalters die begeistertsten deutschen Männer durchdrungen. Die kürzlich erschienene schöne Arbeit von Dr. Joseph Knepper, „Nationaler Gedanke und Kaiseridee bei den elsäßischen Humanisten", hat hiefür die überzeugendsten Belege gebracht. Wimpheling, mit dem bedeutungsvollen Ehrennamen „praeceptor Germaniae", um nur einen der bedeutendsten zu nennen, hat die Schäden und Mißbräuche in den kirchlichen Verhältnissen seiner Zeit aufs schärfste gerügt; aber sein begeistertes Eintreten für Deutschlands Vorrang begründet er darauf, daß eben die „Deutschen stets gern und freudig ihr Blut für die Vertheidigung ihrer höchsten Güter vergossen haben, indem sie immer mannhaft und furchtlos für den heiligen Glauben eintraten und der Kirche ebenso treue Söhne als tapfere Kämpfer schenkten". „Bedenken wir eben wohl", so bezeichnet Knepper das Resultat seiner Forschung, „daß diese Männer ihr Herz theilten zwischen Gott und Vaterland, zwischen Kirche und Reich, zwischen Papst und Kaiser, daß in ihnen der Katholik so echt und gut war, als der Patriot. Beiden, ihrem weltlichen wie ihrem kirchlichen Oberherrn, haben sie ihr Leben lang treu gedient, beiden werkthätig zur Seite gestanden und an den von ihnen vertretenen Institutionen, dem Staate und der Kirche zu bessern gesucht, was zu bessern war. Das Ideal unserer Humanisten war das einmüthige Zusammengehen beider Gewalten im Frieden und gegenseitiger Nachsicht; Conflikte und Reibereien zwischen Papst und Kaiser sind ihnen ein Gräuel und die Quelle aller Uebel bis in ihre Tage hinein". Dieser Quelle entfloß der starke Patriotismus dieser kleinen Schaar. „Wenn dieselbe damals an ihrem Theile der Dynastie der Habsburger das Diadem retten

half, wenn sie gegen das Liebeswerben französischer Unterhändler in mannhafter, oft derber und trutziger Sprache Front machten, dann hat sie nicht bloß der deutschen Sache schlechthin einen Dienst erwiesen, sondern sie hat namentlich auch gezeigt, daß in jenen Tagen das Deutschthum, und zwar das echte, unverfälschte Deutschthum noch seine entschiedenen Anhänger fand in einem Lande, das nicht gar lange darauf stückweise dem deutschen Adler entrissen wurde .... Diese Männer, die einst die Vorkämpfer des deutschen Gedankens in des Reiches Grenzmark waren, die dazu Heimat und Vaterland geistig zu heben und zu fördern suchten, wo und wie sie nur konnten: diese Männer haben einen berechtigten Anspruch darauf, noch jetzt von jedem gebildeten Deutschen beachtet und gewürdigt zu werden".

Letztere Worte verdienen nicht zuletzt in dem österreichischen Nationalitätenkampfe seitens der Deutschen Beherzigung. Neben diesen älteren Humanisten, die so ganz von Vaterlandsliebe und von wahrem Reformeifer für die Kirche beseelt waren, wuchs aber eine jüngere Humanistenschule von ganz anderer Gesinnung heran, die, losgerissen von der überlieferten Treue gegen Papst und Kaiser, nicht wenig dazu beitrug, die Deutschen der Kirche zu entfremden. Auf religiösem und socialem Gebiete hatte ihnen der Husitismus gewaltig vorausgearbeitet. Daß die falschen Lehren des Johannes Hus über die Gewalt geistlicher und weltlicher Obrigkeit und über das Privateigenthum von Böhmen nach Deutschland sich verbreitet haben, ist eine Thatsache. Die Erfolge Luthers sind nicht zuletzt durch das „böhmische Gift" vorbereitet worden.[1]) Die Lebensadern der Größe Deutschlands wurden durchschnitten, als die religiöse und sociale Revolution gegen Papstthum und Kaiserthum zugleich sich erhob. Im Beginne jenes dreißigjährigen Krieges, der das

1) Janssen-Pastor a. a. O. II, 421—42.

deutsche Volk aus seinem Glanze und Vorrange so furchtbar herabgedrückt hat, läßt sich ein deutscher Fürst als König von Böhmen an die Spitze einer slavisch-aristokratischen Bewegung stellen, die gegen den Kaiser und gegen deutsches Wesen gerichtet war. Wenn Ferdinand II. nach der Niederwerfung des Winterkönigs und des husitischen Geistes in der Schlacht am weißen Berge der katholischen Religion und der deutschen Sprache den Vorrang in Böhmen wieder verschaffte, so ist ihm das Christenthum ebenso zum Danke verpflichtet wie das deutsche Volk, während die Czechen ihn nicht der Ungerechtigkeit anklagen dürfen. Jene Deutschen dagegen, die heute in Oesterreich in Uebereinstimmung mit den Fanatikern des evangelischen Bundes in Deutschland rufen: „Los von Rom"! sündigen gegen das Interesse der eigenen Nation. Deutschthum und Protestantismus identificiren, oder die moderne Erhebung Deutschlands, die zu ihrer Solidität noch so viel zu wünschen läßt, aus dem Protestantismus hervorgehen lassen, ist eine ungeheuerliche Unwahrheit. Mit dem Takte eines deutschen Kaisers fürwahr hat dagegen Wilhelm II. den Zusammenhang mit dem päpstlichen Rom und den deutschen Katholiken aufrecht zu erhalten gestrebt. Hiergegen können alle Phrasen und alle Verherrlichungen Luthers auf Kosten der Wahrheit nicht aufkommen. Um die Gegenwart zu verstehen, wird man immer wieder auf diesen wahren Grund des Niederganges Deutschlands zurückgehen müssen; auch die Zurückdrängung der Deutschen in Oesterreich ist großentheils durch den Abfall der Deutschen selbst von ihrer idealen Stellung in der christlichen Völkerfamilie verschuldet. Hierbei gereicht es zum Troste, daß hinwieder gerade Deutsche, und zwar Vertreter der christlich-socialen Partei aus Deutschböhmen klar und scharf die Sünden der deutschliberalen Partei gebrandmarkt haben.

Gleich nach Erlaß der Badenischen Sprachenverordnung ist dies in einer Versammlung der christlich-socialen Partei zu Warnsdorf am 25. April 1897 durch den Landtags-

abgeordneten Ambros Opitz geschehen.[1] Die deutschliberale Partei, welche vor einigen Jahrzehnten auf dem Höhepunkt ihrer Macht die Gesetzgebung beherrscht hat, während heute ihre ehemaligen 200 Mandate auf etwa 70 reducirt sind, wurde hier geradezu die Ursache der Schwächung des deutschen Einflusses in Oesterreich genannt. Sie ist das Unglück auch der Deutschen in Böhmen geworden. An erster Stelle hat der Abgeordnete A. Opitz den deutschen Liberalen ihre kirchenfeindliche Gesinnung zum Vorwurf gemacht:

„Die bisherigen deutschen Reichsrathsabgeordneten Böhmens gehörten ausschließlich der liberalen, jetzt ‚deutschfortschrittlichen' Partei an. Mit welcher Eifersucht hat die Prager Parteileitung darüber gewacht, daß auch nicht ein deutscher Stammesgenosse die Wahlurne passire, der nicht auf das liberale Bekenntniß eingeschworen war! Die Bewerbung eines christlich gesinnten Candidaten galt schon als Attentat nicht bloß auf den Liberalismus, sondern auch auf das Deutschthum. Das letztere hatte der Judenliberalismus allein gepachtet. Deutschthum und Fortschritt ihres Sinnes galt der liberalen Parteileitung als identisch. Das Schiboleth des Deutschthums war nicht die deutsche Sprache, Abstammung und Gesinnung, sondern dazu gehörte auch die Beiseitesetzung der Kirche aus dem öffentlichen Leben. In ihrem Sinne war es nie möglich, daß es auch einen Fortschritt gebe in Harmonie mit und kraft der Religion! Das galt allen führenden liberalen Männern in Böhmen — wir können hinzusetzen: in ganz Oesterreich — als ausgemacht, daß Katholicismus und Deutschthum sich ausschließen".

Wir erinnern hier nur daran, daß die kirchenknebelnde, romfeindliche Politik Josephs II., der bis heute der Abgott der liberalen Deutschen Oesterreichs geblieben ist, diesen Abfall

---

1) Vgl. „Die badenische Sprachen-Verordnung vom 5. April 1897 und ihre Bedeutung für Deutschböhmen und Oesterreich". Warnsdorf 1897.

von echter und alter deutscher Gesinnung in Oesterreich eingebürgert hat. Die noch zu erwähnende, undeutsche und unchristliche Unduldsamkeit gegen die Slaven in Oesterreich haben die entarteten Deutschen gleichfalls unter der Fahne des Josephinismus bethätigt. Der im Ganzen gute Artikel „Joseph II.“ in dem tüchtigen „österreichischen Staatswörterbuch“ (Wien 1896) trägt diesem liberalen Charakter in den Schlußworten noch völlig Rechnung, wo es in vollem Ernste heißt: „Josephiner und Josephinismus sind in Oesterreich Ehrentitel geworden; Josephs Bild ziert heute in tausend Formen die Hütte (?) und den Palast, und ungezählte Denkmäler aus Erz und Stein bekunden die kindliche Verehrung, den unauslöschlichen Dank, den namentlich Oesterreichs deutsches Volk für ihn, den ‚Einzigen‘ im Herzen trägt“. — Die Wahrheit ist, daß kaum ein Habsburger das echte deutsche Wesen durch Cäsaren-Absolutismus mehr verleugnet hat, als der unglückliche Joseph II. Keiner hat das christlich-germanische Rechtsbewußtsein, das in der kirchlichen Gesetzgebung seine Stärkung und Verklärung fand, mehr unterdrückt und dafür ein römisch-byzantinisches Recht geltend zu machen gesucht als er. Glücklicherweise gilt unter dem Klerus wenigstens „Josephiner“ nicht mehr als Ehrentitel.

Um indeß zu der obigen Opitz'schen Philippika gegen den Liberalismus der Deutschen in Oesterreich zurückzukehren, so erhält dieselbe für die unmittelbare Gegenwart ihre größte Bedeutung dadurch, daß der Redner in diesen Sünden der Deutschen eine schwerwiegende Entschuldigung für die politische Haltung der katholischen Volkspartei beim Erlaß der Badenischen Sprachenverordnung erblickt.

„Und nun“, nachdem er den deutschliberalen Fortschrittsmännern bewiesen hat, daß ihre Resolutionen gegen die jetzige Lage eigentlich eine Selbstanklage ihrer Vergangenheit sind, „nun wundern sie sich, daß die oberösterreichischen und die alpenländischen deutschen Abgeordneten katholischer Richtung sich an die über sie seit 30 Jahren verhängte ‚deutsche Excommunication

bereits gewöhnt haben und gegen dieselbe abgestumpft sind! Ist es ein Wunder, daß die alpenländischen deutschen Abgeordneten gegen die liberalen deutschen Collegen auch jetzt völlig mißtrauisch sind, wo wirklich deutsche Interessen in Oesterreich auf dem Spiele stehen? Ist es ein Wunder, wenn die letztern von den Jungczechen, welche den Löwen sammt den Schwänzen neuerdings zu Hause lassen und sich in Wien mit dem Lammvließ kleiden, jetzt wieder umgarnt werden? Wir beklagen die Irrungen, wir bedauern das vorläufige Votum der Katholischen Volkspartei Dipaulis (s. oben Bd. 122 S. 861); aber in der Schuldfrage bleiben wir bei denselben nicht stehen, sondern gehen bei der Untersuchung tiefer auf die letzten, die — deutschliberalen Ursachen, welche obige Irrungen erklären. Es rächen sich alte Sünden!" —

Wir haben Eingangs dieses Artikels noch tiefer zu gehen versucht. Bei dieser Stellung aber der christlich socialen Partei — denn eben diese findet in den Opitz'schen Worten ihren Ausdruck — gegenüber der Verbindung der katholischen Volkspartei mit der gegenwärtigen Majorität des Reichsraths möchten wir stehen bleiben, um den letzten Streit dieser beiden deutschen Parteien und ihrer Organe zu beleuchten und die Antwort auf die Frage zu suchen, ob die Sünden der liberalen Deutschen den gegenwärtigen Bund der katholischen Volkspartei mit den Jungczechen bezw. mit der Reichsrathsmajorität völlig rechtfertigen.

Der heftige Zwist zwischen den beiden deutschen Parteien, welche für die Erhaltung Oesterreichs auf christlicher und katholischer Grundlage energisch eintreten, hat Ende Oktober eine Hauptnahrung erhalten durch eine Artikelreihe in dem christlich-socialen Blatte „Reichspost" unter dem Titel „Majorität und katholische Volkspartei".[1] Hierin wurde es der katholischen Volkspartei zum Fehler angerechnet, daß sie ihre Bestrebungen durch eine Vereinigung mit der Rechten zur Majorität zu verwirklichen hoffe. „Für unsere wesentlichen Forderungen",

1) In den Nummern vom 22. 23. 25. 26. Oktober.

hatte einer ihrer hervorragenden Vertreter in Linz gesagt, „werden wir auf der linken Seite nie Entgegenkommen, sondern nur die schärfste Gegnerschaft finden, während auf der rechten Seite die katholischen Südslaven, ein Theil der Polen, der conservative Grundbesitz uns in diesen Forderungen nahe steht, der andere Theil der Rechten (die Jungczechen) uns diesbezüglich wenigstens im Parlamente nicht bekämpft".

Diese Hoffnungen waren in jenen Artikeln der „Reichspost" als „Opportunitätspolitik" bezeichnet, dagegen die katholische Volkspartei aufgefordert worden, anstatt durchaus den Anschluß an eine Majorität zu suchen, im Vertrauen auf die Macht der christlichen Principien unabhängig und selbständig aufzutreten, wodurch von selbst der Zusammenschluß mit den Christlich-Socialen erfolgen würde.

„Dem entgegen", hieß es, „hat die Katholische Volkspartei die Verbindung mit den radikal-liberalen Jungczechen, um von den andern liberalen Gruppen der Majorität zu schweigen, geradezu gesucht, und sie hat andrerseits eben dadurch die Vereinigung der christlichen Elemente zu einem solidarischen Ganzen unmöglich gemacht, jene Vereinigung, in der man am ehesten die christlichen Grundsätze verwirklichen kann! Wenn man jene Verbindung suchen muß, in welcher man ‚am ehesten seine Grundsätze verwirklichen kann', dann müßte die katholische Volkspartei am Zusammenschluß mit den Christlich-Socialen festhalten und vereint mit ihnen darnach trachten, die christlich-gesinnten Gruppen der andern Nationen um diesen festen Kern herum zu gruppiren. Und dies war umso wichtiger in einem Zeitpunkt, wo die christliche Bewegung auch unter den andern Nationen mit einer so großartigen Expansivkraft sich zu entwickeln begann. Durch nichts hätte der da und dort fast unbewußte Drang zum Christenthum hin mehr gestärkt, durch nichts mehr geläutert werden können als durch eine derartige Sammlung der christlichen Elemente".

Es mag im Interesse objektiver Beurtheilung zunächst dahin gestellt bleiben, ob diese christlich-sociale Anschauung durchaus stichhaltig ist. Das indeß wird der über den

Parteien stehende objektive Beurtheiler der Sachlage sagen müssen, daß jene Artikel eine sachgemäße und begründete Meinungsäußerung ohne persönliche Angriffe enthielt.

Ueber andere Angriffe hatte die katholische Volkspartei mit Recht zu klagen, z. B. darüber, daß man ihren Führer Dipauli wegen der Annahme des Handelsministeriums des selbstsüchtigen Streberthums verdächtigte. Gegen jene Artikel der „Reichspost" dagegen haben die Preßorgane der katholischen Volkspartei eine unberechtigte Empfindlichkeit und eine Kampfesweise an den Tag gelegt, die nicht zu ihren Gunsten spricht. So heißt es in einem derselben aus der Feder eines Mitgliedes der katholischen Volkspartei: „Die längst geplante Hetze gegen die Katholische Volkspartei geht nun von allen Seiten gegen uns los: Schönerianer, Deutschvolkliche, Deutschfortschrittliche, Verfassungstreue und Christlichsociale oder mit einem Worte die ganze Minorität des Reichsrathes läßt ihre Preßmeute gegen uns los. Verrath! Verrath! schreien sie alle." — Dieses Zusammenwerfen der Christlich-Socialen, die ihrer katholischen und österreichischen Gesinnung wegen von den Deutschliberalen die schmählichsten Angriffe zu ertragen haben, ist einfach eine sophistische Entstellung. Unterstützt wird dieselbe durch die Erklärung einzelner Dekanatsconferenzen aus den Alpenländern, worin zur Vertheidigung der Vereinigung der katholischen Abgeordneten mit den Jungczechen auf eine vorgebliche Union der Christlichsocialen mit der lärmenden Obstruktion eines Schönerer und Genossen hingewiesen wird. Die Erklärungen des deutschen Klerus in Böhmen zu Gunsten der Stellung der Christlichsocialen zum Sprachenstreite werden dagegen herabgesetzt.

Erinnert man sich daran, daß die katholische Volkspartei in ihrem oben erwähnten Flugblatte sich als „fernstehend" über die Verhältnisse im Königreich Böhmen kein Urtheil erlauben wollte, so wird sie in dieser Frage durch ihre eigenen Worte genöthigt sein, sich letztere Erklärungen von Nahestehenden belehren zu lassen. Uebrigens ist der

Theil des deutschen Klerus der Alpenländer, der in dieser Frage entschieden auf christlich-socialer Seite steht, weder der Zahl noch dem Ansehen nach gering zu schätzen. Auch die Mahnungen des Apostels Paulus zur Eintracht sind von Organen der katholischen Volkspartei angeführt, und die Worte desselben an die Römer (c. 12, 15—21) als „das Programm bezeichnet worden, das er als Redakteur heute befolgen würde". Daß der Apostel auch im Interesse allgemeiner Interessen einem Mitapostel und zwar sogar dem hl. Petrus öffentlich ins Angesicht zu widerstehen und seine Ueberzeugung geltend zu machen sich für verpflichtet hielt, hätte man bei dieser Berufung auf den hl. Paulus um so weniger vergessen sollen, als jene Reichspost-Artikel thatsächlich nur eine offene Darlegung tiefer Ueberzeugung enthalten.

Gehen wir auf den Gegenstand des Streites selbst ein, so ist nach Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse doch vor allem zu bedenken, daß es sich in dem böhmischen Sprachenstreite, gegenüber der Separationssucht der Slaven, um eine völkerrechtliche und österreichische Staatsfrage handelt. Im Interesse des katholischen Oesterreichs haben hiebei die patriotisch gesinnten Deutschen ihre ererbte Führerrolle zu bethätigen, indem sie das durch den Liberalismus bedrohte Christenthum und das durch nationale Separationsgelüste gefährdete staatliche und wirthschaftliche Wohl Oesterreichs vertheidigen. Indem sie sich hiebei von den Deutschliberalen absondern, bezeugen sie als echte Deutsche alten Schlages, daß sie über engherzigen und selbstsüchtigen nationalen Interessen stehen. Sowohl die katholische Volkspartei wie die Christlich-Socialen haben dies gethan. Auf der erwähnten Versammlung in Warnsdorf hatte der Christlich-sociale Verband für Deutschböhmen in Form einer eigenen Resolution ausdrücklich „in patriotisch-österreichischer Treue jede national-radikale Demonstration verurtheilt, welche sich anläßlich dieser Sprachenverordnung illoyal ans Ausland wendet oder dort Rückenhalt sucht". In diesem Hauptpunkte läßt sich also

schlechterdings nur ein Wetteifern im Guten zwischen beiden Parteien behaupten. Hat nun aber die katholische Volkspartei der christlichen und österreichischen Sache einen Vortheil gebracht, indem sie sich in guter Absicht mit den vorhandenen slavischen Parteigruppen zu einer Majorität im Interesse der Regierung verband? In Beantwortung dieser Frage drängt sich dem unparteiischen Beobachter zunächst der Gedanke auf, daß die katholische Volkspartei für ihre Forderungen durch diese Vereinigung keine wesentliche Hilfe erreicht hat. Ist es den christlich gesinnten Slaven Ernst mit dem Christenthum und dem Volkswohle, so werden sie die Anträge der katholischen Volkspartei bezüglich der Schule und der wirthschaftlichen Reform auch ohne diese Vereinigung unterstützen müssen, da sie im allgemeinen österreichischen Interesse gelegen sind. Die Majorität wird alsdann bei der jeweiligen Abstimmung vorhanden sein. Der Parlamentarismus beruht zweifelsohne auf dem Princip der Majorität, aber diese Majorität braucht doch nicht zu Gunsten der jeweiligen Regierung als feststehend durch Parteien constituirt zu sein, die innerlich durch wesentliche Forderungen getrennt sind. Zwingen wird aber die katholische Volkspartei die mit ihr verbündeten Parteien auch nicht können, ihr Hoffnungen bezw. Forderungen zu erfüllen.

Fragen wir dagegen, ob nicht die katholische Volkspartei ihr Ansehen und ihre Thatkraft durch diese Vereinigung geradezu geschädigt hat. Zunächst ist es unrichtig, daß ihr die Vereinigung mit den Slaven an und für sich verübelt wird. Auch die christlichsocialen Deutschen streben die gemeinschaftliche Regelung der Verhältnisse und den nationalen Frieden mit den Slaven ernstlich an. Im Gegensatz zu den deutschen Liberalen, die in ekelhafter Selbstüberhebung die Slaven als „inferiore Race" betrachten, wollen die Christlichsocialen ebensowenig wie die katholische Volkspartei etwas wissen von einem Mißbrauche des Vorranges zur Unterdrückung der slavischen Sprachen und Eigenarten. Auch hierin sind

sie der altgermanischen christlichen Gesinnung treu.[1]) Daher stellte auch der „Christlichsociale Verband für Deutschböhmen“ auf der erwähnten Warnsdorfer Versammlung die Forderung:

„Der Verband hält eine auch die Deutschen befriedigende Lösung dieser folgenschweren nationalpolitischen Streitfrage in Böhmen nur auf der Basis beiderseitiger ähnlicher Ausgleichs-Abmachungen, wie sie im Jahre 1890 die Vertreter beider Volksstämme in Böhmen und die damalige Regierung bindend vereinbarten, und deren gesetzliche Durchführung Se. Majestät der Kaiser ausdrücklich als österreichische ‚Staatsnothwendigkeit‘ declarirt hat, als allein zum gedeihlichen Ziele führend. Der Christlichsociale Verband für Deutschböhmen verschließt sich aber auch nicht der Ueberzeugung, da gleichzeitig wichtige Culturfragen in Betracht kommen, daß zur Ebnung vieler Schwierigkeiten in Böhmen in Hinkunft der Unterricht in der zweiten Landessprache an allen deutschböhmischen Bürger- und Mittelschulen eingeführt und derselbe in einer Form ertheilt werden müsse, daß er auch die praktische Beherrschung dieser Sprache zu vermitteln vermag.“

Ebenso hatte die katholische Volkspartei in ihrem Flugblatte gerade darin eine Gefahr für das Deutschthum in Böhmen erblickt, daß die deutsche Jugend in Böhmen die zweite Landessprache so selten erlernt. Ist es nun aber bei dieser principiellen Uebereinstimmung der katholischen und christlichsocialen Deutschen möglich, mit der gegenwärtigen jungczechischen Partei zu paktiren, die nach den früher dargelegten Thatsachen mit einer solchen friedlichen Regelung im Sinne der österreichischen Monarchie nicht zufrieden ist? Wir glauben nein. Indem die katholische Volkspartei zum Zwecke des österreichisch-ungarischen Ausgleiches trotzdem auf diesen Pakt einging, wurde die Regelung des Sprachenstreites hinausgeschoben. Mit jedem Tage aber wächst hierdurch

---

1) Vgl. Janssen-Pastor, Geschichte des deutschen Volkes. 17. und 18. Auflage. 505.

der Anspruch der Czechen auf den erlangten Vortheil, während ebenso die Erbitterung der Deutschliberalen zunimmt. Die katholische Volkspartei gab durch ihre Vereinigung mit den Jungczechen den fanatisirten Deutschen einen willkommenen Vorwand zu der Behauptung, es läge ihr nichts an der Wahrung der deutschen Interessen. Ist es nicht geboten, diesem Vorwande auch jeden Schein der Berechtigung zu nehmen, wenn die deutsche gebildete Bevölkerung dadurch täglich mehr auf antikatholische und antiösterreichische Bahnen verlockt wird und die radikalen Jungczechen thatsächlich um gar nichts besser sind als die liberalen Deutschen? Würde nicht mancher liberale Deutsche durch ein selbständiges Auftreten der katholischen Volkspartei zu ähnlicher Ueberzeugung gelangen, wie der liberale Dr. v. Grabmayr, der am 1. November in Meran in seinem Rechenschaftsbericht die Heißsporne der deutschen Volkspartei scharf tadelte und sich also äußerte: „Bei unsern Radikalen ist es Mode, die Klerikalen als Volksverräther in allen Tonarten zu beschimpfen. Ich habe diese Mode nie mitgemacht und werde sie auch nie mitmachen, obwohl ich hoffentlich gegen den Verdacht des Liebäugelns mit der klerikalen Richtung gefeit bin. Unsere braven deutschen Bauern aber als Verräther hinstellen, weil sie an ihren religiösen und conservativen Ueberzeugungen festhalten, das scheint mir einfach abgeschmackt“. —

Die Preßorgane der katholischen Volkspartei suchen nun freilich den Liberalismus bezw. Radikalismus der Jungczechen als gar nicht so schlimm hinzustellen. Als die jüngste Interpellation des Abtes Treuinfels zu Gunsten der Zügelung der antichristlichen Lehrerschaft auch die Unterschrift von 16 jungczechischen Abgeordneten erhielt, äußerte sich eine katholische Zeitung: es müsse doch mit dem Husitismus dieser Partei nicht gar so weit her sein. Das den böhmischen Verhältnissen fernstehende Blatt könnte aber leicht an böhmischen und mährischen Mittelschulen von czechischen Religionslehrern, die selbst für das böhmische Staatsrecht

schwärmen, die Klage vernehmen, daß es ihnen unmöglich sei, den Schülern die fanatische Begeisterung für Hus auf Grund der geschichtlichen Wahrheit auszureden.

Was die Polen betrifft, so haben gegen Ende November die Verhandlungen auf Antrag des socialdemokratischen Abgeordneten Daszynski über die Verhängung des Ausnahmezustandes in Galizien die bekannte Thatsache leider nur bestätigt, daß viele polnische Abgeordnete für die traurige wirthschaftliche Lage des galizischen Volkes nicht einzutreten verstehen. Die katholische Volkspartei aber muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie von dem grundsätzlichen Zusammengehen mit solchen Leuten christliche und wirthschaftliche Reformen erhoffe, die von Socialdemokraten über die Verwerflichkeit des Duells belehrt werden müssen. Der katholische Graf Dzieduczycki, der ein besonderes Ansehen in seiner Partei besitzt, hat nach dem Vorgange des Ministers Badeni und des polnischen Abgeordneten Gniewosz den polnischen socialdemokratischen Abgeordneten Daszynski zum Duell fordern lassen. Der Geforderte hat die Cartellträger mit der Antwort abgewiesen, „er wolle dem alten Herren als Christen nicht zu einer Sünde verhelfen und sich selbst eine große Dummheit ersparen“.

Unter diesen Umständen hatte der Verfasser des Artikels „Aus Oesterreich“ (Histor.-polit. Bl. 122. S. 591) mit seinem Pessimismus doch wohl mehr Recht als die katholische Volkspartei mit ihren optimistischen Majoritätshoffnungen, wenn er schrieb: „Uebrigens, ist es denn möglich, auf dem Boden unseres Parlamentarismus zu einer katholischen Majorität zu gelangen? Es ist dies leider ein vielverbreiteter Irrthum. Was haben die Katholiken bisher auf parlamentarischem Boden erreicht? Nichts. (?) Nichts weiter, als daß Männer, auf die man im katholischen Lager mit vollem Vertrauen aufblickte, sich unfruchtbar abgemüht und unmöglich gemacht haben, daß Männer, die in den 1860er und 1870er Jahren Herren der katholischen Bewegung ge-

wesen, zu Opportunisten und Compromissisten herabgesunken sind". — Mit diesem harten Worte aber wird, sicher gegen den Willen des Verfassers, die Aufforderung jener Reichspostartikel an die katholische Volkspartei unterstützt:

„Für die katholische Volkspartei ist die Wahl nicht ‚rechts' oder ‚links', sondern ‚unabhängig' oder ‚abhängig', ‚selbständig' oder ‚gebunden', gebunden nach oben und gebunden an Parteien mit entgegengesetzten Tendenzen. Wenn sich die Partei unabhängig stellt, wie sie es in ihrem Wahlprogramm auch erklärt hat, dann folgt ganz von selbst eine neue und wahrscheinlich die einzig richtige Parteiengruppirung; dann ist nämlich der innige Zusammenschluß mit den Christlichsocialen von selbst gegeben. Wir zweifeln, ob andere christliche Parteigruppen mit ihrem Anschlusse recht lange auf sich warten ließen. Wenn eine solche Vereinigung mit ihren christlichen Grundsätzen Ernst macht, wird sie jedenfalls den Eckstein im Parlamente und im Reiche bilden, an dem alle außenstehenden Parteien ihre Widerstandsfähigkeit probiren könnten. Wenn die christlichen Parteien es dann auch verstehen, gerade auf dem Boden der socialen Reform ihre Grundsätze ins Werk überzuführen, dann werden sie auch als Minorität das Parlament beherrschen, sie werden für eine Reihe der mächtigsten Reformen die Majorität und die parlamentarische Erledigung so sicher und gewiß finden, als heute die ‚Rechte', trotzdem sie eine Majorität ist, mit nichts vom Flecke kommt".

Wir maßen uns nicht an, durch den Anschluß an diese Meinung den Ariadnefaden bezeichnet zu haben, der aus dem Labyrinthe der Schwierigkeiten führen soll. Allein auch die katholische Volkspartei hat ihre gegenwärtige Stellung in der Majorität durchaus nicht als die allein berechtigte begründet. Nach den obigen Darlegungen halten wir die Aufforderung der katholischen Volkspartei an die Christlich-Socialen, sie möchten zu ihr in die Majorität kommen, um dort den gebührenden Einfluß auszuüben, unter den gegenwärtigen Verhältnissen für unausführbar oder wenigstens für viel weniger begründet, als die obige Einladung der

Christlichsocialen an die katholische Volkspartei. Wir wissen allerdings nicht, welche verborgene Beweggründe das sicher gut gemeinte Auftreten der katholischen Volkspartei rechtfertigen; allein die veröffentlichten Vertheidigungen ihrer Stellung, die ja doch allein zur Besprechung kommen können, erweisen sich als nicht stichhaltig. Mit der Fiktion einer Nationalitätenharmonie, worauf die jetzige Majorität des Reichsrathes beruht, wird nach menschlichem Ermessen die katholische Volkspartei kaum etwas anderes erreichen, als die zu späte Einsicht in den Mißbrauch, der mit ihrer Gutwilligkeit getrieben worden ist. Stellt sich dagegen die katholische Volkspartei in der oben bezeichneten Weise selbständig auf, so braucht sie auch der Regierung keineswegs grundsätzlich zu opponiren; wohl aber dürfte sie derselben mehr imponiren als jetzt. Die Lage der Regierung ist doch eine derartig schwierige, daß sie auf die Vertreter der christlichen Grundsätze hören muß, und daß sie die wahren Repräsentanten des Deutschthums in Oesterreich nicht übergehen kann.

Die christlichen und katholischen Deutschen haben in Oesterreich nicht zuletzt auch einen Krebsschaden zu beseitigen, der dank der Herrschaft der deutschliberalen Partei in Oesterreich zur hochgradigen Gefahr in wirthschaftlicher und mittelbar auch nationaler Beziehung gediehen ist, nämlich die Verjudung. „Aus kirchenfeindlicher Gesinnung haben die Deutschliberalen zwar alle polnischen, ungarischen oder russischen Juden in Oesterreich zu ‚Deutschen' gestempelt, dagegen jedem überzeugungstreuen Katholiken das Deutschthum frech abgesprochen". Ohne eine Lösung der Judenfrage nach den Grundsätzen der christlichen Gerechtigkeit — und Liebe ist an eine Gesundung Oesterreichs nicht zu denken. Der unchristliche rohe Judenhaß, der als das andere Extrem bei manchem Deutschnationalen an die Stelle der deutschliberalen Humanitätsduselei getreten ist, wird diese Aufgabe nie bewältigen. Auch der Judenmacht gegenüber haben die katholischen Deutschen vor der Umwälzung des 16. Jahrhunderts die

Christlichsocialen an die katholische Volkspartei. Wir wissen allerdings nicht, welche verborgene Beweggründe das sicher gut gemeinte Auftreten der katholischen Volkspartei rechtfertigen; allein die veröffentlichten Vertheidigungen ihrer Stellung, die ja doch allein zur Besprechung kommen können, erweisen sich als nicht stichhaltig. Mit der Fiktion einer Nationalitätenharmonie, worauf die jetzige Majorität des Reichsrathes beruht, wird nach menschlichem Ermessen die katholische Volkspartei kaum etwas anderes erreichen, als die zu späte Einsicht in den Mißbrauch, der mit ihrer Gutwilligkeit getrieben worden ist. Stellt sich dagegen die katholische Volkspartei in der oben bezeichneten Weise selbständig auf, so braucht sie auch der Regierung keineswegs grundsätzlich zu opponiren; wohl aber dürfte sie derselben mehr imponiren als jetzt. Die Lage der Regierung ist doch eine derartig schwierige, daß sie auf die Vertreter der christlichen Grundsätze hören muß, und daß sie die wahren Repräsentanten des Deutschthums in Oesterreich nicht übergehen kann.

Die christlichen und katholischen Deutschen haben in Oesterreich nicht zuletzt auch einen Krebsschaden zu beseitigen, der dank der Herrschaft der deutschliberalen Partei in Oesterreich zur hochgradigen Gefahr in wirthschaftlicher und mittelbar auch nationaler Beziehung gediehen ist, nämlich die Verjudung. „Aus kirchenfeindlicher Gesinnung haben die Deutschliberalen zwar alle polnischen, ungarischen oder russischen Juden in Oesterreich zu ‚Deutschen‘ gestempelt, dagegen jedem überzeugungstreuen Katholiken das Deutschthum frech abgesprochen“. Ohne eine Lösung der Judenfrage nach den Grundsätzen der christlichen Gerechtigkeit — und Liebe ist an eine Gesundung Oesterreichs nicht zu denken. Der unchristliche rohe Judenhaß, der als das andere Extrem bei manchem Deutschnationalen an die Stelle der deutschliberalen Humanitätsduselei getreten ist, wird diese Aufgabe nie bewältigen. Auch der Judenmacht gegenüber haben die katholischen Deutschen vor der Umwälzung des 16. Jahrhunderts die

richtigen Mittel zu finden gewußt. Der deutsche Benediktiner-abt Trithemius († 1516) war es, der durch die Noth der Zeit gedrängt, geschrieben hat: „Ich billige alle gesetzlichen Maßregeln zur Sicherung des Volkes gegen dessen Ausbeutung durch den Judenwucher. Oder soll etwa ein fremdes, eingedrungenes Volk über uns herrschen, und zwar herrschen nicht durch größere Kraft, höheren Muth und höhere Tugend, sondern lediglich durch elendes, von allen Seiten und mit allen Mitteln zusammengescharrtes Geld, dessen Erwerb und Besitz diesem Volke das höchste Gut zu sein scheint? Soll dieses Volk mit dem Schweiße des Bauern und des Handwerksmannes ungestraft sich mästen dürfen? Das sei ferne! Aber ebenso ferne sei eine Verfolgung der Unschuldigen mit den Schuldigen, ein Jagen und Hetzen oder eine Einkerkerung aller derer, die nur den Namen eines Juden tragen".

Dieses Wort eines deutschen katholischen Mönches klingt ebenso christlich und vernünftig, wie das Auftreten des abgefallenen deutschen Mönches Luther gegen die Juden bis zu unvernünftiger und unchristlicher Raserei gelangte. Daß nun die christlich-sociale Partei in echt deutschem und christlichem Sinne ein gutes Stück Arbeit in der Befreiung Wiens von den Juden geleistet hat, dürfte wohl Niemand bestreiten. Daß noch viel zu thun übrig bleibt, ist ebenso sicher. Die deutsche katholische Volkspartei kann sich von der Mitarbeit an dieser österreichischen Aufgabe nicht deßhalb dispensiren, weil die Alpenländer von dieser Plage weniger heimgesucht sind. Der Fremdenverkehr gibt übrigens hier mehr als genug zu denken und zu rathen. Karl Domanig hat aus innigster Herzensüberzeugung eben seinen Roman aus der Gegenwart: „Die Fremden" veröffentlicht. Wir nennen ihn ganz vorzüglich, trotzdem sich Veremundus gegen die Tendenzromane so sehr ereifert hat. Indeß auch wenn die Alpenländer mit der Judenfrage gar nichts zu thun hätten, so wäre ein innigeres Zusammengehen der katholischen Volkspartei mit den Christlichsocialen in dieser eminent

Christlichsocialen an die katholische Volkspartei. Wir wissen allerdings nicht, welche verborgene Beweggründe das sicher gut gemeinte Auftreten der katholischen Volkspartei rechtfertigen; allein die veröffentlichten Vertheidigungen ihrer Stellung, die ja doch allein zur Besprechung kommen können, erweisen sich als nicht stichhaltig. Mit der Fiktion einer Nationalitätenharmonie, worauf die jetzige Majorität des Reichsrathes beruht, wird nach menschlichem Ermessen die katholische Volkspartei kaum etwas anderes erreichen, als die zu späte Einsicht in den Mißbrauch, der mit ihrer Gutwilligkeit getrieben worden ist. Stellt sich dagegen die katholische Volkspartei in der oben bezeichneten Weise selbständig auf, so braucht sie auch der Regierung keineswegs grundsätzlich zu opponiren; wohl aber dürfte sie derselben mehr imponiren als jetzt. Die Lage der Regierung ist doch eine derartig schwierige, daß sie auf die Vertreter der christlichen Grundsätze hören muß, und daß sie die wahren Repräsentanten des Deutschthums in Oesterreich nicht übergehen kann.

Die christlichen und katholischen Deutschen haben in Oesterreich nicht zuletzt auch einen Krebsschaden zu beseitigen, der dank der Herrschaft der deutschliberalen Partei in Oesterreich zur hochgradigen Gefahr in wirthschaftlicher und mittelbar auch nationaler Beziehung gediehen ist, nämlich die Verjudung. „Aus kirchenfeindlicher Gesinnung haben die Deutschliberalen zwar alle polnischen, ungarischen oder russischen Juden in Oesterreich zu ‚Deutschen‘ gestempelt, dagegen jedem überzeugungstreuen Katholiken das Deutschthum frech abgesprochen“. Ohne eine Lösung der Judenfrage nach den Grundsätzen der christlichen Gerechtigkeit — und Liebe ist an eine Gesundung Oesterreichs nicht zu denken. Der unchristliche rohe Judenhaß, der als das andere Extrem bei manchem Deutschnationalen an die Stelle der deutschliberalen Humanitätsduselei getreten ist, wird diese Aufgabe nie bewältigen. Auch der Judenmacht gegenüber haben die katholischen Deutschen vor der Umwälzung des 16. Jahrhunderts die

richtigen Mittel zu finden gewußt. Der deutsche Benediktiner-abt Trithemius († 1516) war es, der durch die Noth der Zeit gedrängt, geschrieben hat: „Ich billige alle gesetzlichen Maßregeln zur Sicherung des Volkes gegen dessen Ausbeutung durch den Judenwucher. Oder soll etwa ein fremdes, eingedrungenes Volk über uns herrschen, und zwar herrschen nicht durch größere Kraft, höheren Muth und höhere Tugend, sondern lediglich durch elendes, von allen Seiten und mit allen Mitteln zusammengescharrtes Geld, dessen Erwerb und Besitz diesem Volke das höchste Gut zu sein scheint? Soll dieses Volk mit dem Schweiße des Bauern und des Handwerksmannes ungestraft sich mästen dürfen? Das sei ferne! Aber ebenso ferne sei eine Verfolgung der Unschuldigen mit den Schuldigen, ein Jagen und Hetzen oder eine Einkerkerung aller derer, die nur den Namen eines Juden tragen".

Dieses Wort eines deutschen katholischen Mönches klingt ebenso christlich und vernünftig, wie das Auftreten des abgefallenen deutschen Mönches Luther gegen die Juden bis zu unvernünftiger und unchristlicher Raserei gelangte. Daß nun die christlich-sociale Partei in echt deutschem und christlichem Sinne ein gutes Stück Arbeit in der Befreiung Wiens von den Juden geleistet hat, dürfte wohl Niemand bestreiten. Daß noch viel zu thun übrig bleibt, ist ebenso sicher. Die deutsche katholische Volkspartei kann sich von der Mitarbeit an dieser österreichischen Aufgabe nicht deßhalb dispensiren, weil die Alpenländer von dieser Plage weniger heimgesucht sind. Der Fremdenverkehr gibt übrigens hier mehr als genug zu denken und zu rathen. Karl Domanig hat aus innigster Herzensüberzeugung eben seinen Roman aus der Gegenwart: „Die Fremden" veröffentlicht. Wir nennen ihn ganz vorzüglich, trotzdem sich Veremundus gegen die Tendenzromane so sehr ereifert hat. Indeß auch wenn die Alpenländer mit der Judenfrage gar nichts zu thun hätten, so wäre ein innigeres Zusammengehen der katholischen Volkspartei mit den Christlichsocialen in dieser eminent

österreichischen Angelegenheit doch zu wünschen. Dadurch würde manche unchristliche Härte, die jetzt noch bei manchem Christlichsocialen die echte altdeutsche Gesinnung Tritenheims nicht aufkommen läßt, vielleicht verschwinden. Auch Galizien, dessen armes Volk von den ritterlichen polnischen adeligen Abgeordneten wenig Hilfe zu erwarten hat, würde dem energischen Vorgehen der vereinigten christlichen Parteien am Ende zum Danke verpflichtet werden. Wir nennen keine andere wirthschaftliche Frage, die den Ausblick in die Zukunft Oesterreichs verdüstert. Jede sociale und wirthschaftliche Reform tritt ja gegenwärtig hinter dem Nationalitätenhader zurück.

Letztere ist aber zu einer solchen Krisis gediehen, daß eine Socialreform ohne die grundsätzlich gerechte Regelung der nationalen Ansprüche der Völker Oesterreichs unmöglich erscheint. Mit welchem Resultate diese Neuordnung der österreichischen Verhältnisse enden wird, läßt sich gegenwärtig, zumal bei der programmlosen Unschlüssigkeit der Regierung, nicht einmal ahnen. Werden die separatistischen Bestrebungen der Slaven befriedigt, dann werden sie ebendadurch wohl am meisten gestraft sein. Wird die deutsche Sprache in dem Maße wie bisher zurückgedrängt, so werden auch die Deutschen im Reiche mehr und mehr in Mitleidenschaft gezogen werden. In dem Maße als sie den Liberalismus der Deutschen in Oesterreich haben fördern helfen, werden sie durch das Vordringen der Slaven, das sich durch preußische Gewaltmaßregeln nicht wird eindämmen lassen, gestraft werden. Diese Furcht wäre nicht vorhanden, wenn alle Deutschen Oesterreichs im Herzen und in der That sich in dem Worte einigten, womit der christlich-sociale Bürgermeister von Wien kürzlich den 2. niederösterreichischen Katholikentag in Wien am 30. November eröffnet hat: „Wien ist eine katholische Stadt und es wäre eitel Menschenfurcht, wenn der katholische Bürgermeister es nicht wagen würde, seine Glaubensbrüder hier in Wien zu begrüßen . . . . Wir

sind entschlossen, zu vertheidigen die höchsten Güter eines Volkes: sein Vaterland und seinen Glauben. Man sagt, daß die Treue die schönste Tugend der Deutschen sei. Nun, wir wollen beweisen, daß wir echte, feste Deutsche sind, treu unserem Volke, treu unserem katholischen Glauben, treu unserem Vaterlande Oesterreich, treu unserem Kaiser. So wollen wir unentwegt zusammenstehen im Vertrauen auf Gott, der diejenigen nicht verlassen wird, die ihm dienen".

IV.

Der katholische Student.

Von dem deutschen Studenten ist in den letzten Jahren vielfach die Rede gewesen in Parlament und Presse. Auch verschiedene Einzelschriften sind ihm gewidmet.[1]) Es ist nicht

---

1) 1. Bericht über die Verhandlungen des christlichen Studentenkongresses, abgehalten zu Frankfurt a. M. am 18. und 19. Mai 1894 mit den Vorträgen: a) Manneswürde und Mädchenehre von J. Th. Bauer; b) das akademische Studium und der Kampf um die Weltanschauung von Prof. D. M. Reischle; c) der Student im Verkehr mit den verschiedenen Volkskreisen von Pfarrer F. Naumann, Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht. 1894. — 2. Korpsstudentische Betrachtungen von einem jüngeren A. H. Cassel 1895. Verlag von Th. G. Fischer & Co. — 3. Briefe eines Vaters an seinen Sohn nach dessen Abgang auf die Universität von * * *. Breslau, Schottländer. 1895. — 4. F. Ziegler: Der deutsche Student am Ende des 19. Jahrhunderts. — 5. Der Student und die sociale Frage von Prof. Dr. A. Philippi. Akademischer Verlag. München 1896. — 6. Ueber

viel Gutes, was man von ihm liest und hört. Man wirft ihm Mangel an idealer Gesinnung, Faulheit, Bierseligkeit und Unzucht vor. Nicht so steht es mit dem katholischen Studenten. Er ist bisher wenig Gegenstand literarischer Versuche gewesen. Ziegler hat den christlichen und damit auch den katholischen Corporationen so nebenbei die Existenzberechtigung abgesprochen, wenn er die Religion nicht als Princip studentischer Vereinigungen gelten lassen will.[1]) Aber sie existiren deßhalb munter weiter und werden auch in Zukunft existiren. Die Frankfurter zeitgemäßen Broschüren haben sich mit dem katholischen Studenten beschäftigt in der Schrift: „Die katholischen Studentenkorporationen, Bedeutung und Aufgabe derselben in der Gegenwart". Jüngst hat ein Anonymus J. S. in Dr. Kausens „Wahrheit" (Oktober 1898) in dem Artikel: „Eine neue Aufgabe der kath. Studentencorporationen" einige Gedanken, die ich über eine intensivere Pflege wissenschaftlicher Arbeit bei einem Commers der Markomannia zu Würzburg im Juli 1897 ausführte, breitgeschlagen und Schritte empfohlen, um die nun einmal für wissenschaftliche Arbeit nothwendigen Opfer an Zeit und Geld zu ermöglichen. Sieht man von den nur auf enge Kreise beschränkten akademischen Monatsheften ab, welche einige Abhandlungen zur Sache enthalten, so ist recht wenig Literatur über den katholischen Studenten vorhanden, der schon vom culturhistorischen Standpunkt eine besondere Würdigung verdient. Insbesondere fehlte es an einer Orientirung über akademisches Leben und Studium für den katholischen Studenten. Denn die diesem Zwecke dienende bisherige Literatur ist meist vom Standpunkte moderner Weltanschauung geschrieben, die der katholischen diametral und unversöhnlich gegenüber steht. Es ist daher lebhaft das Erscheinen eines Buches zu begrüßen, das

---

geschlechtliche Sittlichkeit von Dr. Fritz Schultze. Leipzig, Wallmann. 1897. — 7. Der Universitätsunterricht und die Erfordernisse der Gegenwart von E. Bernheim 1898. — 8. K. E. v. Baer und seine Weltanschauung von Stölzle 1897, p. 600—21: Hochschulwesen.

1) Ziegler: Der deutsche Student, 1895, p. 193.

diese Lücke ausfüllt und vom katholischen Standpunkte den katholischen Studenten über seine Aufgabe an der Universität orientirt. Die Schrift heißt: „Ernst Geradaus: Kompaß für den deutschen Studenten. Ein Wegweiser durchs akademische Leben".[1]) Es seien uns an dieser Stelle einige Bemerkungen über Form, Inhalt und schließlich über das Verhältniß des Buches zu Zieglers Schrift gestattet.

Der Verfasser heißt zwar nicht Ernst, sondern, wie man gerüchtweise hört, Julius, und nicht Geradaus, sondern anders. Aber seine Sprache ist ernst, und er geht mit seiner Meinung gerade heraus. Darum hätte er auch besser statt des langathmigen Titels seinem Büchlein einfach die dem Inhalt einzig entsprechende Aufschrift geben sollen: „Der katholische Student". Der Geist des ganzen Büchleins ist nämlich durchaus katholisch und lediglich auf Katholiken berechnet. Denn nur für solche hat die Empfehlung von Exercitien, der Verehrung Mariens, die Ermahnung zur Beicht und Communion Sinn und Bedeutung. Darum mit dieser katholischen Anschauung auch gleich heraus auf dem Titel! Geradaus kennt das akademische Leben und Treiben sehr genau und schildert es lebenswahr und packend. Seine Sprache ist edel, durch treffende Bilder belebt. Geschickt verwerthete Citate machen das Büchlein zu einer wahren Fundgrube von schönen und wahren Gedanken und bekunden die ausgedehnte Belesenheit des Verfassers. Das Urtheil ist freimüthig, aber doch billig und gerecht. Seine Vorschläge sind besonnen und praktisch, auf großer Menschenkenntniß beruhend. Das Ganze, hervorgegangen aus einer wahrhaft väterlichen Gesinnung und ein warmes Herz für die Jugend bekundend, ist getragen von einer idealen Begeisterung für die Wissenschaft, für wahre, echte Frömmigkeit, für das hohe Gut des katholischen Glaubens, der allein alle Stürme der Zeit, alle zersetzende Kritik und den jähen Wechsel der philosophischen Systeme überdauern wird.

---

1) Verlag von F. X. Bott. Tauberbischofsheim 1899. pp. 202. Preis M. 1.60.

Geradaus begleitet den katholischen Studenten durch alle Verhältnisse des akademischen Lebens und Studiums. Er spricht von Immatrikulation und Honorar, von Stipendien, vom Besuch der Vorlesungen, Nachschreiben derselben und Verhalten in denselben, von praktischen Uebungen und ihrer Bedeutung, von allgemeiner Bildung, von der Frage, ob und wie der Student zur socialen Frage Stellung nehmen soll, von Semestralprüfungen und Examina, von Lehr- und Lernfreiheit, von der Pflicht zu studieren und der Pflege der Wissenschaft, von Anschaffung von Büchern, von Benützung der Bibliothek und der Lesezimmer, von der Lektüre, was und wie man lesen soll, von der Anlegung von Florilegien, vom Bildungsdeficit der Katholiken und den Mitteln, ihm abzuhelfen. Aber nicht bloß in den Hörsaal und die Studierstube und in die Bibliothek geleitet der Verfasser den Studenten, auch für das akademische Leben hat er goldene Rathschläge. Die Berufswahl und ihre Schwierigkeiten und Conflikte, die Wahl der Wohnung und Hausleute, die Wahl der Freunde, der Eintritt in die katholischen Corporationen, die er angelegentlich und mit Recht empfiehlt, die Pflege der allgemeinen Bildung in diesen Vereinen, der geistige Meinungsaustausch, der studentische Frohsinn, die Gegensätze von arm und reich, von Protzenthum und bescheidener Sparsamkeit, Duell und Ehre, Unmäßigkeit und Unzucht, Kartenspiel und Kaffeehaussitzen, Besuch von Theater und Concert, Pietät gegen die Eltern und Sparsamkeit mit ihrem Geld, das Verhältniß des Studenten zu seiner Religion, Gebet und Gottesdienst, Exercitien und Congregationen, geistliche Lesung und öfterer Empfang der heiligen Sakramente, Sonntagsfeier und apologetische Studien; die Ferien und ihre Dauer, ihre Verwendung, aber auch der Beruf des Priesters, des Professors, des Juristen, des Arztes, Verbindung von Berufs- und wissenschaftlicher Thätigkeit, moderne Charakterlosigkeit und christliche Charakterfestigkeit — all das bildet den Gegenstand wohlerwogener, trefflicher Bemerkungen. Wenn wir etwas vermissen, so ist es ein Wort über den Verkehr des katholischen Studenten mit ehrbaren Damen, über Studenten-Verlobungen,[1])

---

1) Beachtenswerthe Gedanken darüber entwickelt der Anonymus: Briefe eines Vaters an seinen Sohn. Breslau 1895, p. 97:

über übertriebenen Luxus bei Tanzkränzchen und Bällen, über zu lange Ausdehnung der Stiftungsfeste, über die Gefahr, zu sehr das Aeußerliche zu betonen auf Kosten der Hauptsache, nämlich eines intensiven Studiums der Fachwissenschaft. Auch möchten wir einiges nicht unterschreiben, was der Verfasser für gut findet. Er schreibt z. B.: „Sei langsam im Anschaffen von Büchern. Frage in diesem Stücke stets einen deiner HH. Professoren oder aber einen tüchtigen Mann der Praxis, welcher der gleichen Fakultät angehört". Wir würden lieber sagen: „Schaffe dir so bald als möglich einige gute Bücher an, nachdem du dir zuerst bei sachkundigen Herren Rath erholt hast". Denn Sparsamkeit und Zurückhaltung beim Ankauf von Büchern braucht man den Studenten wahrlich nicht zu empfehlen. Geradaus mahnt: „Hüte dich vor glaubenslosen Büchern"! Er erzählt dazu eine Geschichte, wie der Sohn braver Eltern Selbstmord begangen habe; Kant, Fichte, Schopenhauer, Hartmann, Darwin, Haeckel, Büchner, Nietzsche auf dem Studiertisch, die Kugel im Herzen; hier sei Ursache und Wirkung bei einander (?) (nach Stimmen aus M. Laach 1898, Bd. I, 56). Geradaus erklärt: „Nein, der katholische Student liest nur gute Bücher". Gewiß ist das das Beste; aber der Rath, glaubenslose Bücher überhaupt nicht zu lesen, ist nicht durchführbar heutzutage. Wenn die ganze Umgebung mit den gewöhnlichsten antitheistischen Schriften bekannt ist, dann kann dem katholischen Akademiker, dem katholischen Gebildeten die Kenntnißnahme derselben nicht erspart werden. Er muß sie kennen, schon um im Disput

---

„Das Courmachen ist meist nur eine Sache der Eitelkeit, die Triumphe feiern will, und das schmetterlingsartige Flattern von einer Blume zur andern nimmt sich zwar in der Poesie z. B. bei Heine ganz artig (?) aus, taugt aber nicht fürs wirkliche Leben, wo alles ernsthaft genommen sein will, auch die Liebe". Schultze empfiehlt die Liebe zu einem reinen Mädchen als Schutzmittel gegen den sittlichen Fall (a. a. O. p. 18, 19), ebenso Björnstjerne Björnson in „Monogamie und Polygamie" (Berlin 1889, p. 24, 25) frühe Verlobungen. Die Weisheit des Volkes verurtheilt sie mit dem Spruche: „Erst Brod, dann Fleisch".

darüber seinen Mann zu stellen. Auch wird ihm solche Lektüre nicht schaden, wenn er über Richtung und Mängel und Irrthümer der betreffenden Schriftsteller unterrichtet ist. Darüber aber belehrt die Geschichte der Philosophie. Auch die Ausführungen unseres Verfassers über die Philologen (p. 114 ff.) möchten wir nicht in allwege unterschreiben. Gewiß soll der künftige Professor auch Erzieher und ein guter Lehrer sein, gewiß soll er möglichst allgemeine Bildung besitzen, aber der Verfasser übertreibt etwas, wenn er behauptet, die ganze moderne Universitätsbildung des künftigen Mittelschullehrers laufe darauf hinaus, Fachgelehrte, ein kleines Heer von Specialisten zu bilden. Wir müssen doch ernstlich von dem künftigen Professor, der einen bestimmenden Einfluß auf ganze Kategorien der Bevölkerung ausübt, verlangen, daß er auch wissenschaftlich zu arbeiten verstehe. Ein solcher Lehrer wird seine Schüler für die Wissenschaft ganz anders zu begeistern wissen, als ein Lehrer, der von wissenschaftlicher Arbeit keine Idee besitzt.[1]) Geradaus weiß den Werth der Wissenschaft wohl zu schätzen. Er ist durchdrungen von der Wahrheit des Ausspruchs des weitblickenden Freiherrn v. Hertling: „Die Förderung der Wissenschaft ist in der Gegenwart die wichtigste Aufgabe des katholischen Deutschland". Demgemäß betont er die Wichtigkeit wissenschaftlichen Strebens für den katholischen Studenten. Wir hätten gewünscht, daß der Verfasser den katholischen Studenten ganz speciell empfohlen hätte, noch ein größeres Contingent zu den literarisch Thätigen zu stellen, als bisher, daß er ihnen ans Herz gelegt hätte, womöglich sich mit einer wissenschaft-

---

1) Die Bedeutung wissenschaftlicher Arbeit für den Philologen habe ich näher beleuchtet in der Abhandlung: „Ueber den Rückgang der wissenschaftlichen Vorbildung der bayerischen Altphilologen". (Blätter f. d. bayer. Gymnasialschulwesen. 1898. Bd. 34, S. 10—35). Ueber die dort hervorgehobenen, durch die weitere Entwicklung der Dinge bestätigten Mängel und Härten und deren schlimme Folgen für unsere bayerischen Gymnasien helfen nicht große Worte und allgemeine nichtssagende Redensarten weg, sondern nur möglichst rasche Beseitigung der unzweckmäßigen Einrichtungen.

lichen Arbeit den Doktor zu erwerben und so in das wissenschaftliche Arbeiten eingeführt zu werden, daß er sie daran erinnert hätte, möglichst viele wissenschaftliche Leistungen der Mitglieder eines katholischen Vereins verschaffen demselben ein höheres und besonders dauernderes Ansehen, als vergängliche Geld und Zeit raubende Festlichkeiten. Indeß abgesehen von diesen kleinen Ausstellungen, denen ich noch andere bezüglich der aufgezählten Literatur anreihen könnte, bleibt das Urtheil bestehen, das Büchlein von Geradaus ist eine zeitgemäße Schrift, die ungemein viel Nutzen stiften kann.

Trotzdem der Verfasser den katholischen Studenten auf Schritt und Tritt begleitet, ist er nicht etwa ein Kopfhänger. Durchaus nicht. Er will Frohsinn bei der Jugend, aber er bemerkt sehr richtig: „Frohsinn ist eine Frucht gewissenhafter Arbeit“ (p. 133). An derartigen Kernsprüchen ist das Büchlein überhaupt reich. Dem Vereinsstudenten ruft er die beherzigenswerthe Mahnung zu: „Wende deinen ganzen Einfluß auf für Zucht, Ordnung und Arbeit gegen Nichtsthun und Genußsucht“ (p. 47). Und wieder: „Wer die Bücher liebt, den werden die Bücher retten. Wer sein Zimmer liebt, den wird sein Zimmer schützen. Wer den Büchern ein Fremdling bleibt, dem bleibt auch die Wissenschaft fremd“ (p. 73). Gegenüber der Forderung, der Student solle sich mit socialpolitischen Problemen beschäftigen, verhält sich unser Verfasser nicht ablehnend, aber er hat recht, wenn er schließt: „Die höchste socialpolitische That des Studenten ist und bleibt sein Fachstudium“ (p. 78). Da, wo die sonst in katholischen Corporationen üblichen wissenschaftlichen Vorträge etwa in den Hintergrund treten wollen, beherzige man die schöne Bemerkung: „Eine Vereinigung, welche allgemein wissenschaftliche Vorträge zu halten versäumt, schädigt die eigenen Interessen, läßt ihre Mitglieder ohne wissenschaftliche Anregung und Leitung, läßt dieselben sich gegenseitig entfremden, läßt sie in die niedrige, ja niedrigste Region geselligen Zusammenseins hinabsinken, ein beklagenswerther Fehler, der sich leider über die Universität hinaus im gesellschaftlichen Leben der Gebildeten nicht gerade vortheilhaft geltend macht“ (p. 78). Nicht genug beachtet werden kann das Verdikt, das der Verfasser über den Besuch von Variétés u. s. w. seitens der Studenten fällt. „Es

muß vollends als ein Armuthszeugniß für Bildung und Sitte bezeichnet werden, wenn sich ein Akademiker auf die Bänke von Theatern zweiter und dritter Ordnung setzt, um sich an zweifelhaften Produktionen zu erfreuen. Es muß ein Mann schon tief gesunken sein, wenn er Obscönitäten zuschauen mag. Und doch —"! (p. 101/2). Geradaus hat offenbar recht tiefe Blicke ins Studentenleben gethan. Das verräth auch sein Ausruf: „Was gäbe es Zeit, wenn die Zoten, das geistlose Blech, die Unterhaltung nach Unkenart aus den studentischen Kreisen verbannt würden. Wie viel Wissen, wie manche Anregung könnte gegeben werden"! (p. 109). Ueber das Hören von Vorlesungen, die ja heute lebhaften Angriffen ausgesetzt sind, urtheilt Geradaus treffend: „Verstanden wird am besten im Colleg beim lebendigen Vortrag" (p. 125). Er bewährt sich auch als nüchtern und klar denkender Mann, wenn er den Inhalt der Vorlesungen höher stellt als eine glänzende, aber inhaltsleere Form: „Steht dir die Wahl frei zwischen zwei Docenten, die dasselbe Fach lesen, so wähle jenen, dessen Vortrag klarer, inhaltsreicher, wenn vielleicht auch trocken ist. Phrasen und Sprüche kannst du um billiges Geld in den Zeitungen lesen oder im Theater hören. Was thut deine Seele mit einem bißchen Strohfeuer? Die Wahrheit ist's, was sie sucht und braucht" (p. 62/63). Ueber die Sonntagsfeier so mancher Studenten urtheilt Geradaus: „Die akademische Sonntagsheiligung ist wohl ein geschriebenes, aber von den Herren Studenten mehr verletztes als gehaltenes Kapitel der Moral und Religion" (p. 140). Besonders lesenswerth ist das Kapitel: „Die Karten". „Die Karten stehlen die kostbare Zeit, betrügen um Colleg und Studium, Erholung und Lebensfreude" (p. 144). Wer hat nicht lebendige Belege für diesen Satz vor Augen! Noch zwei Aussprüche zum Schluß: „Mitten in diesem Niedergang christlicher Charakterfestigkeit thut es doppelt noth, daß der einzelne junge Mann sich mit entschiedenen christlichen Lebensgrundsätzen ausrüste, bevor er in die Arena des Lebens eintritt" (p. 192). Und endlich: „Es ist nicht katholische Art, zum Streite herauszufordern, sondern Frieden zu halten; aber es ist auch nicht katholische Art, den Fehdehandschuh feige liegen zu lassen" (p. 197).

Ueberall tritt hier der katholische Charakter des Büchleins entschieden hervor. Diese Eigenthümlichkeit stellt ein Vergleich mit Zieglers bekanntem Buche noch besonders ins Licht. Es ist natürlich, daß, wenn zwei dasselbe Thema behandeln, sie oft dasselbe zu sagen haben, daß sie auch öfter dieselbe Ansicht haben werden, aber es bewährt sich doch gerade hier in mehr als einem Punkte der alte Spruch: „Si duo faciunt idem, non est idem". Man vergleiche z. B. die beiderseitigen Ausführungen über das Duell, über Trunkenheit, über Socialpolitik, Freiheit, Religion, um nur ein paar hervorstechende Themata herauszugreifen. Ziegler verwirft das Duell, vertheidigt aber inconsequenter Weise die Mensur, Geradaus zieht mit scharfen Waffen und schlagenden Gründen gegen beide zu Felde. Dort Halbheit und Inconsequenz, hier Entschiedenheit und Folgerichtigkeit. Ziegler verurtheilt die Unmäßigkeit, will aber doch nicht zu schroff über jeden Rausch zu Gerichte sitzen. Geradaus verurtheilt mit sittlicher Consequenz jede Ausschreitung im Trinken. Doch hat Ziegler in der Heidelberger Rede im August 1898 seinen Standpunkt verschärft. Ziegler spricht vom Socialismus in einer Weise, die Philippi[1]) mit Recht als wohlwollende Neutralität gegen den Socialismus bezeichnet. Ganz anders Geradaus. Er ist zwar der Ansicht, daß eine bestimmte Kenntniß der socialen Zustände von höchstem Nutzen ist, empfiehlt weniger theoretische Kenntnisse und Bücherweisheit (??) als praktische Erfahrungen in den Werken der Charitas, recht verständig aber bezeichnet er, wie erwähnt, als höchste socialpolitische That des Studenten das Fachstudium.

Wie betont Ziegler die akademische Freiheit: die Lehrfreiheit, die Lernfreiheit, die Lebensfreiheit! Jeden, der aus politischen oder kirchlichen Gründen daran rüttelt und rührt, will er als Feind betrachten. Die Wissenschaft könne nur gedeihen in der vollen Freiheit, in der absoluten Schrankenlosigkeit des Gedankens, die Wahrheit sei nie fertig und als fertige nur für einen Gott gemacht (S. 31). Ein Angriff

1) Der Student und die sociale Frage 1896. S. 20.

auf die Freiheit sei ein Verrath an der Sache der Wissenschaft und Wahrheit selber. Doch läßt Ziegler die Einschränkung nicht fehlen. Diese Freiheit habe ihre Schranke bei den Theologen an ihren Dogmen, außerdem bei allen am pädagogischen Takt. Man könne alles sagen, es komme nur darauf an, wie man es sage (S. 32). Wie für die Lehrfreiheit, so tritt Ziegler auch für die Lernfreiheit des Studenten ein, die sich trotz Mißbrauchs im großen und ganzen doch bewährt habe (S. 35). Ebenso will er die akademische Lebensfreiheit nicht angetastet wissen, sie sei richtig verstanden die Zeit des ethischen Zweifels am Recht alles in der Sitte und durch sie Bestehenden und Geltenden (S. 39). Doch verkennt er nicht, daß dieses Losgebundensein von den Schranken der Sitte auch seine schweren Gefahren habe, und daß es doch gut sei, daß jene Freiheit auch äußerlich keine schrankenlose mehr sei (S. 47). Der beste Schutz sei immer die Arbeit, denn Müssiggang sei aller Laster Anfang (S. 48). Man kann in diesen Darlegungen Zieglers ein gewisses Schwanken nicht verkennen, ein Zurückweichen von dem früher Behaupteten, was er mit der einen Hand gegeben hat, das nimmt er mit der andern wenigstens theilweise. Ganz anders und consequent Geradaus. Er betrachtet diese Freiheiten vom katholischen Standpunkte aus. Er erinnert daran, daß die Lehrfreiheit zwar die von Gott gesetzten Schranken niederreißen dürfe, aber aufhöre, sobald der Professor gegen den Staat, seinen Nährvater docire. Er hätte noch hinzufügen können, daß diese Lehrfreiheit lange Zeit überhaupt nicht bestanden habe, z. B. für Vertretung christlicher Weltanschauung. All diese Lehrstühle sind den Universitäten aufoktroirt, wie man sich im akademischen Jargon ausdrückt. Daß das Bekenntniß des katholischen Glaubens auch bei einwandfreien wissenschaftlichen Leistungen — und nur ernsthafte Neues bietende Forschung berechtigt zum akademischen Lehramt, nicht liederliche Compilation und belletristische Oberflächlichkeit — alles eher als eine Empfehlung für eine Berufung bedeutet, ist auch eine Illustration zur Lehrfreiheit. Im übrigen gibt es für den katholischen Gelehrten keine Lehrfreiheit in dem Sinne, wie Ziegler und alle Vertreter moderner Weltanschauung die Lehrfreiheit verstehen, nämlich als Freiheit von allem, was Dogma heißt.

Darum kann auch der consequent und klar denkende Katholik nicht von Freiheit reden in der Bedeutung, in welcher der freigläubige Forscher davon spricht. Der katholische Forscher ist frei in der Wahl des wissenschaftlichen Objektes, frei in der Wahl der Methode wie auch der freigläubige Forscher, aber er ist nicht frei in der Deutung da, wo diese Deutung zum Conflikt mit den katholischen Dogmen führt. Er darf bei der Deutung das katholische Dogma nicht außeracht lassen, das der freigläubige Denker ignorirt oder perhorrescirt. Freilich diese Rücksicht auf die geoffenbarte Wahrheit bewahrt den christlichen Forscher auch vor all den Verirrungen, denen die sogenannte Freiheit der Wissenschaft so vielfach verfallen ist.[1])

Ebenso weist Geradaus mit sittlichem Ernst auf die Schattenseiten der akademischen Lernfreiheit und Lebensfreiheit hin. Mehr als eine verlorene Carriere, mehr als ein verscherztes Lebensglück stehe auf Rechnung dieser akademischen Freiheit. Er hätte noch hinzufügen können, mehr als ein

---

1) Ziegler nennt in seinen Plaudereien über „Die geistigen und socialen Strömungen des 19. Jahrhs." 1899 p. 437 eine katholische Philosophie ein hölzernes Schüreisen; denn die Philosophie brauche Freiheit, unter Vormundschaft gehalten und mit gebundener Marschroute, mit Scheuklappen rechts und links könne sie nicht gedeihen und vorwärts schreiten. Und trotzdem, ja gerade deßhalb schreitet die katholische Philosophie sicher vorwärts, die ewigen Grundwahrheiten von Gott, Freiheit und Unsterblichkeit treu bewahrend und verfechtend und in dieser Constanz der Lehren echt wissenschaftlich. Die sogenannte freie Philosophie ist bei vielen ihrer Vertreter (z. B. Kant bis 1781, Schelling, Wund.) eine fortwährende Mauserung, in ihrer Gesammtentwicklung von der Renaissance bis heute einem Dialoge gleich in dem hunderte mitreden und jeder dem andern widerspricht und zwar in den fundamentalsten Lehren. Diesen freien Philosophen paßt ins Stammbuch der Vers:

Wessen Lehre die rechte gewesen,
Weiß man leider noch immer nicht.
Ihr widerlegt euch einander. — Und lesen
Kann man nur schlecht bei flackerndem Licht.

Menschenleben, mehr als der Ruin einer Familie steht im Schuldbuch von Aerzten, die die akademische Lernfreiheit mißbraucht, mit Noth das Examen bestanden haben, und die mit ihrem unzureichenden Wissen über Leben und Tod einer kinderreichen Mutter oder des Ernährers einer Familie entscheiden sollen. Die technische Hochschule entläßt keine Leute, die nicht ordentlich gearbeitet haben, und niemand bekommt das Zeugniß eines Ingenieurs, wenn er nicht wirkliche Beweise seines Könnens gegeben hat. Nicht so folgenschwer, aber doch auch nachtheilig genug äußert sich die mißbrauchte Lernfreiheit bei anderen Berufsarten. Hier können nur strengste Examina die Mängel der Lernfreiheit corrigiren, bis die von K. E. v. Baer[1]) schon 1864 als nothwendig erkannte, heute von Ziegler,[2]) Bernheim[3]) u. A. geforderte Reform der Universitäten an die Stelle schrankenloser Freiheit gesetzmäßige Ordnung gesetzt hat. Ziegler stellt die ungeheuerliche Behauptung auf, die akademische Lebensfreiheit sei die Zeit des ethischen Zweifels am Recht alles in der Sitte und durch sie Bestehenden und Geltenden. Also der eben vom Gymnasium kommende, in seinem Urtheil unreife, an Lebenserfahrung und Kenntnissen arme junge Mensch soll über alles, was in der Sitte gilt und besteht, zu Gerichte sitzen! Die sittliche Arbeit der Jahrtausende, die heiligsten Ueberzeugungen der Menschheit, die bewährten Grundsätze der Sittlichkeit haben sich erst vor dem Forum eines noch unfertigen Werdenden auszuweisen! Wer lacht da? Geradaus erinnert richtig daran, daß diese Lebensfreiheit für den gottgläubigen Studenten und für den katholischen besonders, wenn er ist, was sein Name sagt, keine Berechtigung hat. „Auch für den Akademiker hat Gott sein Gesetz gegeben, die Kirche ihre Gebote"! hält Geradaus dieser Lebensfreiheit mit Recht entgegen. Noch deutlicher zeigt sich der Gegensatz

---

1) cf. mein Buch: K. E. v. Baer und seine Weltanschauung. 1897, S. 600—21.

2) Die Fragen der Schulreform. 1891, S. 2 und 136.

3) Der Universitätsunterricht und die Erfordernisse der Gegenwart. 1898.

zwischen Ziegler und Geradaus in der Art, wie sie sich zur Religion stellen. Nach Ziegler hat auch hier der Student erst zu suchen (S. 182), die Religion ist ihm Sache des Gefühls, Privatsache (S. 190), er verkennt nicht, daß die Religion einen gemeinschaftbildenden Zug hat, die Gottesidee eine sociale Idee ist (S. 191), aber trotzdem scheint ihm die Religion schlechterdings nicht geeignet, Princip einer studentischen Corporation oder auch nur studentischer Privatfreundschaft zu werden (S. 193). Damit ist natürlich allen christlichen Corporationen, sowohl den protestantischen als den katholischen die Existenzberechtigung abgesprochen, denn sie ruhen ja in erster Linie auf religiösem Princip. Anders Geradaus. Der katholische Student braucht die Wahrheit, die Religion nicht erst zu suchen, sie ist ihm gegeben in den Lehren der katholischen Kirche. Geradaus empfiehlt dem katholischen Studenten, festzuhalten an der katholischen Kirche, die mitten in die brandenden Wogen der Meinungen und Irrthümer hineingestellt, auch nicht ein Körnchen von Wahrheit verloren habe. Indem Geradaus ferner die Religion als die einzig zuverlässige Grundlage für wahre Freundschaft bezeichnet, hat er schon die Existenzberechtigung der katholischen Corporationen ausgesprochen, die er mit gutem Grunde aufs wärmste empfiehlt. So stehen sich Ziegler und Geradaus in allen principiellen Fragen fast diametral gegenüber. Der Grund liegt in dem Gegensatz der Weltanschauungen. Ziegler geht von pantheistischer Grundlage aus; er ist ein Suchender; er hat keine festen Ideale; bekennt er doch, daß es in unserer Zeit schwerer ist als je, sich solche Ideale als feste Richt- und Zielpunkte, als die leitenden Sterne auf der Lebensfahrt zu gewinnen (S. 199). Daher auch das vielfach Schwankende in Formulirung seiner Ansichten, daher die schwächlichen Compromisse zwischen Princip und Leben, daher auch Wandelung in seinen Ansichten, die, früher laxer, da und dort später eine schärfere Haltung annehmen. Geradaus steht auf dem katholischen Boden. Hier ist alles fest und bestimmt, da wird nichts vom Princip abgelassen einer verdorbenen Praxis des Lebens zu lieb. Keine feige Anbequemung an geltende Vorurtheile, keine Inkonsequenz stört den Eindruck erfrischender Entschiedenheit und Bestimmtheit.

Geradaus zeichnet uns in seiner Schrift das Ideal des katholischen Studenten. Jede katholische Corporation sollte das Büchlein ihrer Bibliothek einverleiben, jeder Student dasselbe kaufen oder wenigstens lesen und immer wieder lesen, jeder Philister, dem das Wohl seiner Corporation noch am Herzen liegt, aus dem Büchlein Anregung schöpfen zur Einwirkung auf die Aktivitas, wenn er sie dem hier gezeichneten Ideal nicht entsprechend findet. Denn nur der wahrhaft christliche Student, der ist, was sein Name sagt, kann einst den Segen, der auf christlicher Lebensführung ruht, in Schule und Gerichtsstube, am Krankenbette und auf der Kanzel, im Hörsaal und im Parlamente, kurz im Privat- und öffentlichen Leben wirksam verbreiten.

Würzburg. Dr. Remigius Stölzle.

V.

Die confessionelle Verhetzung in der Schweiz.

Man findet nicht selten bei Protestanten eine souveräne Geringschätzung und Verachtung alles Katholischen, welche ins Aschgraue geht. Die Katholiken sind in ihren Augen geradezu eine inferiore Race, die tief unter den „Evangelischen" steht. Es beruht diese Despektion auf Jahrhunderte lang mit systematischer Beharrlichkeit betriebener Anschwärzung und Verläumdung des Katholicismus, auf mit der Muttermilch eingesogenen Vorurtheilen gegen die katholische Kirche, welche bei vielen Protestanten fester stehen als die Wahrheiten des Evangeliums. Was hierin in der Schweiz seit einiger Zeit geleistet wird, übersteigt alle Begriffe. Wir haben den ersten Jahrgang 1898 des Blattes „Der Protestant" (erscheint jede 2. Woche) vor uns und wollen zunächst aus demselben einige

wenige Stellen herausheben. Das Blatt trägt zwar an der Stirne die Aufschrift: „Organ für Wahrung und Pflege protestantischen Sinnes“. Wir finden aber höchst selten einen Artikel, der sich mit den inneren Angelegenheiten des Protestantismus befaßt. Fast immer wird die Kriegstrompete gegen „die römische Papstkirche“ geblasen und zum Kampfe aufgerufen gegen die „Umtriebe der Römlinge“ oder der „Römischen“.

In Nr. 8, S. 33 heißt es: „Heute aber ist klarer als je, daß die römische Kirche mehr und mehr den Boden des Christenthums verläßt. Wir bestreiten nicht, daß im katholischen Volk noch viel herzliche Frömmigkeit vorhanden ist, allerdings vielfach von krassem Aberglauben durchzogen und überwuchert. Diese Frömmigkeit ist die Frucht des Evangeliums Jesu Christi, das eben auch in der katholischen Kirche auf mancherlei Wegen ins Volk dringt. Aber die Lehre, wie die römische Kirche sie im Laufe dieses Jahrhunderts ausgebildet hat, ist eine entschiedene Abweichung von christlichen Gedanken . . . .“

In Nr. 17 wird Bischof Molo von Lugano einfachhin „der oberste kirchliche Beamte des Tessin“ genannt und über „die komische Figur dieses wuthschnaubenden Priesters“ die Lauge des Spottes ausgegossen und aus seinem Hirtenbriefe vom 17. Februar 1898 der Schluß gezogen, „daß die katholische Kirche der Gegenwart weder die Reformation noch die heilige Schrift verstehe“. Seine Darlegung wird ein System von Irrthum und Hochmuth genannt. Ohne Bedenken setze der Bischof an Gottes Stelle die Kirche, an Christi Platz den Papst, und stoße einen jeden ins ewige Verderben, der nicht zu allem Ja und Amen sage, was von der einen oder andern Instanz, von Kirche oder Papst ausgehe.

Auch der Hirtenbrief des hochwürdigsten Bischofs Dr. Abbet von Sitten wird in ähnlicher Weise in Nr. 22 einer hämischen Kritik unterzogen. Am Schlusse derselben Nummer verweist der Redaktor auf die Rede des Weihbischofs Dr. Schmitz auf dem Crefelder Katholikentage über die finanzielle Lage des Papstes und fügt dann bei: „Nun stellt es sich aber heraus, daß der Papst Leo XIII. ungefähr 40 Millionen Baargeld

erspart und in verschiedenen Banken deponirt hat. Die Sache erinnert an das feuchte Bettstroh, das z. B. in Deutschland als Stroh vom Bett des Gefangenen im Vatikan theuer verkauft wurde".

Wir sind leider noch nicht am Ende der eckelhaften und gemeinen Verleumdungen des „Protestant". Durch die Nr. 23 und 24 zieht sich ein langer Aufsatz über die „römische Kirche und die socialen Schäden". „Man kennt", ruft der Verfasser pathetisch aus, „nein, man kennt viel zu wenig den Geldschacher der Papstkirche; jene Ablässe, Dispense, Heilig- und Seligsprechungen, der Peterspfennig, die Ablaßstiftungen, die Wallfahrten, das alles sind Mittel, um Geld zu machen; dazu kommt die im Verborgenen schleichende Jagd nach Vermächtnissen und Nachlässen. Wer so beständig, auch im Heiligthum, auf Geldspekulation aus ist, dem steht die Klage des Papstes etwas sonderbar zu Gesicht, daß Reichthum und Armuth in der Welt bedauerlicherweise gar so große Gegensätze bilden. Und was thut denn diese Kirche, um den Gegensatz zu vermindern? Der Papst empfiehlt in seinem Rundschreiben gewissenhafte Arbeit, aber hat er denn je das Lotteriespiel bekämpft, welches in den katholischen Ländern am meisten grassirt und wie kaum sonst etwas die Freudigkeit der Arbeit tödtet? Was hat er für die Schulbildung der niedern Volksklassen gethan, welche das beste Gegengift der Trägheit und das wirksamste Mittel zu ihrer ökonomischen Hebung ist? Er wird sich daher nicht wundern dürfen, wenn er ungläubigen Ohren begegnet, wo er sich als den berufenen Führer zur praktischen Lösung der socialen Frage anerbietet. Und doch ist es in letzter Linie nicht dies, was uns zu dem Urtheil veranlaßt, die Ueberwindung der socialen Schäden der Gegenwart könne nicht vom Katholicismus, sondern nur vom protestantischen Geiste ausgehen. Wir denken an tiefer liegende und umfassendere Dinge. Der Katholicismus anerkennt — im strikten Gegensatz zum Protestantismus — diejenigen sittlichen Größen nicht, welche die sociale Entwicklung der Menschheit bedingen, von denen die wesentlichsten sind: die Selbständigkeit des Einzelnen, die Familie und die Arbeit; er stellt ihnen als die drei höchsten Tugenden

des Christen die mönchischen Forderungen: des Gehorsams, der Keuschheit und der Armuth entgegen" . . . Folgt nun eine nähere Beleuchtung dieser drei Punkte, welche die katholische Auffassung in schmähsüchtiger Absicht und in so heilloser Verzerrung der protestantischen gegenüberstellt, daß wir Anstand nehmen, sie hier wiederzugeben.

Der „Protestant" hat in allen Gemeinden seine Abonnenten, alle protestantischen Pfarrämter arbeiten für dessen Verbreitung; er hat viele Tausende von Lesern. Was müssen doch wohl diese von den Katholiken denken, wenn ihnen ein solches Zerrbild von der katholischen Kirche vor die Augen gestellt wird? Ist es da zu verwundern, wenn Haß und Verachtung gegen alles Katholische ihre Herzen erfüllt? Ist es zu verwundern, wenn in der Schweiz so wenig Protestanten sich zu einer vorurtheilsfreien Prüfung der katholischen Lehre herbeilassen und in den Schooß der Mutterkirche zurückkehren? Schreibt doch Professor Kern in Göttingen: „Unter den Nichtkatholiken, namentlich unter den Protestanten, haben sich von jeher die größten Köpfe und die edelsten Herzen den Katholiken oder den Jesuiten günstig erklärt, sobald sie nur mit dem Wesen derselben gehörig vertraut geworden und kein anderes näheres Privatinteresse sie von dieser ihrer Gesinnungsäußerung zurückhielt, z. B. Friedrich d. Gr., Katharina d. Gr., Napoleon I., ferner Franz Bacon, Hugo Grotius, Peter Bayle, Leibnitz, Herder, Johann v. Müller, Spittler, Blank, Beckedorff. Umgekehrt aber gerade die engsten Köpfe oder die unedelsten Herzen, die finstersten Parteilinge unter uns Protestanten ziehen immer am wüthendsten auf die Katholiken und die Jesuiten los".

Nur eines ist uns unbegreiflich, wie bis jetzt kein einziges bedeutenderes katholisches Blatt — ein bescheidenes, aber tapferes Lokalblättchen brachte einmal einige kräftige Bemerkungen — gegen die schamlosen Ausfälle und Entstellungen des „Protestant" sich erhob und zur Abwehr und Richtigstellung sich bemüßigt fand. Als vor einem Jahre der bekannte Volksschriftsteller Wetzel an der Hand von Thatsachen und von fast lauter protestantischen Zeugnissen die Wahrheit der katho-

lischen Kirche darthat, da ging ein Sturm der Entrüstung durch die ganze protestantische Presse. Der „Protestant“ aber darf über katholische Dinge die haarsträubendsten Lügen schreiben, kaum regt sich ein katholisches Blatt, um fest und ruhig den Kampf aufzunehmen. Pius IX. hat einmal gesagt: „Wenn die Lüge stets neuerdings vorgebracht wird, so muß man auch die Wahrheit immer wiederholen“.

Auch die schweizerischen protestantischen Tagesblätter kommen oft genug auf die katholische Kirche zu sprechen; sie verfallen gewöhnlich in denselben Ton, wie der in Zürich erscheinende „Protestant“. In drei Artikeln (Nr. 266, 67 und 68) stellt sich die „Neue Züricher Ztg.“ die Aufgabe, ihren Lesern eine gründliche Kenntniß der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert zu vermitteln und ihnen „eine von aller augenblicklichen religiösen Verbitterung freie, gerechte Beurtheilung des merkwürdigsten Phänomens, das die christliche Religionsgeschichte in diesem Jahrhundert darbietet, nämlich der Entwicklung des Katholicismus zum Triumph des unfehlbaren Papstthums oder zur Weltherrschaft der katholischen Hierarchie“ zu ermöglichen. Die Artikel leisten keineswegs, was sie versprechen. Sie geben eine Zeichnung der katholischen Kirche unserer Zeit, die rein der Phantasie des Verfassers und seines Gewährsmannes, Dr. Carl Sell, entsprungen ist; statt einer gerechten Beurtheilung der großen Erscheinung der Kirche finden wir eine von Unwissenheit und Uebelwollen diktirte Denunceirung derselben als einer geschworenen Gegnerin des modernen Staates und jeder modernen Cultur.

Wie in den gelben Blättern letztes Jahr berichtet wurde, hatte die kantonale protestantische Synode des Cantons Zürich am 27. Oktober 1897 sich in den schärfsten Ausdrücken über die katholische Propaganda beklagt und eine Enquete darüber beschlossen. In einer außerordentlichen Sitzung der Zürcher'schen reformirten Synode vom Juni 1898 wurde über diese Enquete Bericht erstattet. Wie vorauszusehen war, hat der Berg ein ganz winziges Mäuschen geboren. Dr. Escher referirte. Er sprach von römischer Propaganda bei gemischten Ehen, in den Spitälern, Instituten 2c.; bestimmte, greifbare Fälle

wurden wohlweislich gar keine angeführt. Dagegen wurde beschlossen: 1) Eine knappe, populäre, in friedliebendem Tone gehaltene Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse, welche die vorhandenen Gefahren kennzeichnet und die geeigneten Mahnungen und Warnungen enthält, ist an das landeskirchliche Volk zu erlassen. 2) Die Kirchenpflegen und Geistlichen sind einzuladen, dem Verhalten der römisch-katholischen Geistlichkeit ihre Aufmerksamkeit zu schenken und thatsächliche Uebergriffe abzuwehren oder dem Kirchenrath zur Kenntniß zu bringen.

Die Ansprache ist vor ein paar Wochen erschienen (20 Seiten stark, bei Zürcher & Furrer in Zürich zu beziehen). Es wird darin dargelegt, wie aus dem früher sehr friedlichen Zusammenleben der evangelischen Bevölkerung mit einer damals kleinen Anzahl von Katholiken allmählig die heutigen, weniger anmuthigen Verhältnisse entstanden seien, was um so wichtiger ist, weil heute ein Sechstel der Gesammtbevölkerung des Cantons katholisch ist. Dann wird von den Umtaufen, den gemischten Ehen und den Conversionen, von der Stellung der Katholiken (immer nur die römischen, nicht die Altkatholiken zu verstehen) zum Religionsunterricht der Schule geredet. Als bestes Gegenmittel wird empfohlen, einerseits dergleichen Fälle an die Oeffentlichkeit zu bringen, anderseits des eigenen evangelischen Glaubens wieder gewisser zu werden und wieder treuer und aus Ueberzeugung zu ihm zu stehen.

Als wesentlicher Inhalt des protestantischen Glaubens im Unterschied von der katholischen Lehre werden folgende Punkte fixirt: Die Sicherheit des Glaubens, das Heil, ist dem Protestanten nicht durch die „Kirche" garantirt, sondern direkt durch die Gnade Gottes selbst. Die historische Ueberlieferung des Glaubens ist nicht an die Auslegung der Päpste gebunden, sondern in den Evangelien jedem einzelnen, selbständig denkenden Christen direkt zugänglich. Die Verkündigung des Glaubens hat nicht durch die von den Laien abgesonderten Priester zu geschehen, die Mittelspersonen wären zwischen Gott und den gewöhnlichen Menschenkindern, sondern einfach durch religiöse Lehrer und Seelsorger als Vertrauenspersonen der Gemeinde

und des Einzelnen. Die höchste gottesdienstliche Darstellung des Heils besteht nicht in einem zauberhaften Verwandlungswunder — dem Meßopfer — sondern im heiligen Abendmahl, dem Sinnbild der welterlösenden Liebe und der brüderlichen Gemeinschaft. Die Aneignung des Heiles in einem christlich-sittlichen Leben kommt nicht durch einzelne gute Werke, unter denen vielfach bloß „äußerlich kirchliche Handlungen" verstanden werden, zustande, sondern durch glaubensvolle Hingabe des ganzen Herzens und ganzen Lebens an den Willen Gottes, und darum wird auch auf protestantischer Seite das Verantwortlichkeitsbewußtsein vor Gott stärker betont als auf katholischer. Zu sittlicher Vollkommenheit oder gar zu überschüssigen guten Werken, wie das die katholische Kirche von ihren „Heiligen" behauptet, bringt es der Mensch nicht. Befestigungs- und Förderungsmittel für das christlich-sittliche Leben ist einerseits das Gebet, der schlichte vernünftige protestantische Predigtgottesdienst, anderseits die Arbeit im Dienste der Cultur und der Humanität. — Führen wir aus der Ansprache noch zwei Stellen wörtlich an. S. 7 steht: „In immer neuen Rundschreiben, zuletzt in demjenigen bei der Canisiusfeier, spricht der Papst sein Verdammungsurtheil über die Protestanten aus, welche von der wahren Kirche abgefallen und darum des Heiles verlustig und des Christennamens unwürdig seien". S. 9 lesen wir: „Nach katholischer Lehre ist keine Ehe giltig, die nicht vom katholischen Priester eingesegnet wird". —

Endlich wird nebst der Presse und Predigt auch der Confirmanden-Unterricht zu allen möglichen Ausfällen auf die katholische Kirche benützt. Manche Prediger diktiren denselben. In einem solchen Diktate lesen wir von „falscher Werkheiligkeit der Katholiken", „von dem Handel mit Abläßen 2c." Es gibt auch protestantische Pastoren, die ihren Confirmanden das Büchlein in die Hand geben: „Leitfaden für den Confirmanden-Unterricht" von Dr. Schramm, Domprediger in Bremen (Halem, Bremen). Dorin wird alles geläugnet: die Dreifaltigkeit, die Gottheit Christi, die Wunder, die Geheimnisse; der purste Rationalismus wird gelehrt. Gegen die Katholiken kommen unter anderm folgende Liebenswürdigkeiten vor. S. 9:

„Gibt es noch grobe Götzendienerei in der christlichen Kirche? Eigentlichen Götzendienst gibt es da nicht, aber wenn das heißt Götzendienst treiben, daß man etwas Geschaffenes wie Gott verehrt, dann kann man den Heiligendienst in der katholischen Kirche kaum anders nennen. Zwar lehrt die Kirche, daß die Anbetung Gott allein gebührt, und die Heiligen nur verehrt werden sollen, aber der Altar, das Knieen und das Beten kommt in Wahrheit Gott allein zu, und darum macht auch das Volk jenen feinen Unterschied gar nicht, sondern betet meist lieber zu den Heiligen als zu Gott". S. 19: „Wie pflegen die Heiden zu beten? Sie betteln und sie plappern. Sie plappern, weil sie meinen, daß recht viele Worte die Gottheit erfreuen und bestechen, wenn sie auch nur hergeleiert werden. (Rosenkranz beten.)" S. 33: „Die römischen Priester übernehmen die Ehelosigkeit zwar scheinbar freiwillig, aber zu einer Zeit (als halbe Kinder), wo sie noch nicht verstehen, was sie thun, und hernach sind sie gebunden". S. 91: „Um die Lehre von der Dreieinigkeit auch in die Bibel einzuschwärzen, wurde etwa im 10. Jahrhundert ein Vers in dieselbe eingeschaltet, der sich in keiner der ältesten Handschriften findet und als eine Fälschung schon von Luther erkannt wurde. Er steht 1 Joh. 5, 7: Drei sind, die da zeugen im Himmel: der Vater, das Wort und der heilige Geist, und diese drei sind eins". S. 98: „Warum verwerfen die Reformatoren so eifrig die sogenannten guten Werke der katholischen Kirche? Weil die katholische Kirche unter guten Werken nicht bloß die wirklich aus dem Glauben und der Gesinnung hervorgehenden guten Handlungen versteht, sondern als gute Werke vor allem die kirchlichen Handlungen ansieht, wie Beten, Fasten Almosengeben, Messehören u. s. w., und von diesen sogar behauptet, daß sie auch ohne fromme Gesinnung bloß durch die äußerliche That das Heil des Menschen bewirken". S. 116: „Die Priester mißbrauchen den Glauben, um durch die Angst vor Hölle und Fegfeuer das Volk in Furcht, Dummheit und Knechtschaft zu erhalten". Solche Dinge müssen die 16jährigen Confirmanden über die katholische Kirche lernen.

Es ist geradezu empörend, wie von Seite des Protestan-

tismus in der Schweiz die confessionelle Verhetzung betrieben, und wie immer wieder von katholischer Propaganda gefaselt wird, während der Protestantismus selbst zur lebhaftesten Propaganda auffordert. Im „Protestant“ Nr. 12, S. 52 heißt es: „Die evangelische Kirche Italiens und die Waldenser sind die zwar leider getrennt marschirenden, aber vereint kämpfenden, kleinen protestantischen Heersäulen, welche das schöne, aber unsäglich unglückliche Land für das Evangelium erobern möchten“.

„In katholischen Gegenden“, so sagte Pfarrer Zimmermann an der Delegirten-Conferenz des „Blauen Kreuzes“ am 15. August in Aarau, „ist das ‚Blaue Kreuz‘ ein besonders gutes Evangelisationsmittel“. Also wird die Abstinenz als Mittel benutzt, um in katholischen Gegenden Proselytenmacherei zu treiben. Vor uns liegt der 6. Jahresbericht über die „Evangelisation im Canton Tessin“ pro 1897. Darin heißt es wörtlich: „Wir dürfen nicht vergessen, daß hier ein schweizerisches Werk, eine patriotische Arbeit, die Gewinnung eines ganzen noch so dunklen Cantons für das Licht evangelischer Wahrheit und christlicher Freiheit in Frage steht“.

Freilich sind nicht alle Protestanten durch die ewigen Hetzereien gegen die katholische Kirche erbaut. So schrieb im „Kirchenblatt für die reformirte Schweiz“ Pfarrer Güder aus Anlaß der Sitzung des kantonalen Pfarrervereins am 21. September 1898: „Nun gab's noch eine ordentlich lebhafte Diskussion über die ‚Uebergriffe des Ultramontanismus‘. Allein sie verlief ziemlich im Sande, weil niemand da war, der solche Uebergriffe handgreiflich hätte constatiren können. Mit allgemeinen, unbeweisbaren Behauptungen, dieser oder jener katholische Kleriker sei besonders aggressiv, oder es habe irgendwo in einer gemischten Ehe ein taktloser Eingriff eines katholischen ‚Stiefbruders‘ stattgefunden, ist es eben nicht gethan, sondern es müßten zunächst alle diese Einzelnzüge concret belegt werden, und auch dann wäre es noch sehr fraglich, ob und was man dawider thun könnte, da nicht wenige dieser sogenannten ‚Uebergriffe‘ einfach legale Ausflüsse

der gewährleisteten Glaubens-, Gewissens- und Cultusfreiheit sind, deren Inanspruchnahme natürlich den Katholiken genau so zusteht, wie uns“.

Doch solch ruhig und billig denkender Protestanten sind nur wenige. Besonders sind die protestantischen Prediger — fast alle sind Reformer d. h. Läugner der Gottheit Christi — voll Haß gegen die Kirche, den sie auch ihrem Volke systematisch einpflanzen. So wird die Kluft zwischen Katholiken und Protestanten immer größer, die Hoffnung gemeinsamer Arbeit gegen die Umsturzbestrebungen der Gegenwart dem entsprechend geringer.

VI.

P. Cathrein's Moralphilosophie in dritter Auflage.[1]

Die hervorragende Moralphilosophie, welche P. Cathrein, Professor der Philosophie im großen Jesuitencolleg der deutschen Provinz der Gesellschaft Jesu zu Valkenburg in Holländisch Limburg, vor acht Jahren an's Licht stellte, habe ich in dieser Zeitschrift Bd. 109, S. 61—73 ausführlich gewürdigt. Die hier gewonnenen Ergebnisse hat der geistvolle und emsige Mann unterdeß zum Gemeingut der ganzen katholischen Welt erhoben durch seine Betheiligung am Cursus philosophicus, welchen Jesuitenväter in den philosophischen und theologischen Lehranstalten des Ordens zu Exaeten in Holland und zu Stonyhurst

1) Moralphilosophie. Eine wissenschaftliche Darlegung der sittlichen, einschließlich der rechtlichen Ordnung. Von Victor Cathrein S. J. Dritte, verbesserte und vermehrte Auflage. 8°. Bd. I. S XX 630. Bd. II. S. XV. 728. Freiburg. Herder 1899.

im Herzogthum Lancashire in England geliefert haben. Cathrein lieferte die Philosophia moralis, welche, in der ersten Auflage schon großes Aufsehen erregend, bereits 1895 als „aucta et emendata“ erschienen ist.[1]) Die beiden letztern Worte gelten namentlich von den mit dem Texte und mit der Erläuterung der durch Schärfe und Kürze gleich ausgezeichneten Thesen in engstem Zusammenhang stehenden Einwendungen, welche regelmäßig eine gründliche Widerlegung empfangen. In der ersten Auflage waren die Einwendungen auf ein bescheidenes Maß beschränkt, dann aber hat der Verfasser, der sich auf dem unerschütterlich festen, von den Gegnern der katholischen Wissenschaft fast kindisch gefürchteten Boden der Scholastik bewegt, denselben einen viel breiteren Raum vergönnt, die modernen Gegner vollkommen zu Wort kommen lassen und durch Lösung ihrer Einwände seine eigene Doktrin in noch helleres Licht gestellt. Dem ansprechenden Lehrbuch steht eine dritte Auflage bevor.

Unterdessen erschien die große deutsche Moralphilosophie bereits 1893 in zweiter Auflage, auf welche Ende 1898 jetzt die dritte gefolgt ist. Die Entwicklung, welche die sociale Frage unterdessen genommen, der Erlaß weiterer Gesetze zur Lösung derselben, endlich der Fortgang der Wissenschaft auf dem in Rede stehenden Gebiete mit einer langen Reihe neuer literarischer Erscheinungen, deren Zahl nicht selten in umgekehrtem Verhältniß zu ihrer innern Bedeutung steht, gereichten dem Verfasser zum Sporn, seinem Werk durch Berücksichtigung neuer Geistesströmungen eine höhere Vollkommenheit zu verleihen. Glücklicherweise vermag das Aqua et igni interdicere die Thätigkeit im Reich der Ideale nicht zu hemmen. Oertlich vom Vaterlande getrennt, aber mit Verstand und Herz im

1) Cursus philosophicus in usum scholarum. Auctoribus pluribus philosophiae professoribus in collegiis Exaetensi et Stonyhurstensi S. J. Pars. VI. Philosophia moralis. Auctore Victore Cathrein S. J. Editio altera, aucta et emendata. Freiburg. Herder 1895. 8. S. XIX. 457. Vgl. darüber meine Besprechung im Literar. Handweiser Nr. 627.

Geistesleben der deutschen Nation stehend und jeder, auch der geringsten literarischen Erscheinung von Feind wie von Freund sorgfältigste Beachtung schenkend, hat P. Cathrein sein großes Lebenswerk in der dritten Auflage durchaus auf der Höhe der Wissenschaft erhalten. Die akatholische Forschung mag aus der neuen Auflage entnehmen, wie groß die Sorgfalt ist, mit der man innerhalb katholischer Kreise ihrem Werdegang folgt, wie unsicher der Boden, auf welchem die unchristliche Speculation sich bewegt, wie gefährlich die Ergebnisse, zu denen sie gelangt, und wie unglaublich groß die Unkenntniß katholischer Dinge ist, an welcher Lehrer des Rechts und der Moralphilosophie, die im Glanz der Gelehrsamkeit strahlen, nicht selten kranken.

Die neue Auflage ist „verbessert und vermehrt". In seinen wesentlichen Theilen die philosophia perennis der großen Denker des Alterthums, wie der christlichen Periode wiederspiegelnd, wird und muß sich Cathrein's Werk in allen Auflagen unverändert forterhalten. In Einzelpartien dagegen können Ergänzungen, Verbesserungen, schärfere Fassungen den spätern Auflagen zutheil werden. Und solche begegnen uns hier auf Schritt und Tritt. Aus dem ersten Bande heben wir hervor die neuen Ausführungen über das Verhältniß des sittlichen Guten zum Endziel des Menschen mit der Wiederlegung des Satzes, nach welchem „die sittliche Gutheit und Schlechtigkeit der Handlungen wesentlich und formell in ihrer Nützlichkeit oder Schädlichkeit in Bezug auf das Endziel des Menschen" bestehen soll (252). Immer und immer wieder sehen sich katholische Moralisten und Moralphilosophen genöthigt, ungenaue oder durchaus unrichtige Ansichten über die Natur und Bedeutung des Gewissens zu widerlegen. Bald soll es ein Gefühl, bald eine Fähigkeit der Seele sein, während es in der That ein praktisches Urtheil unserer Vernunft über die sittliche Güte oder Verwerflichkeit einer Handlung ist.

In Beziehung zu diesem Gegenstand befindet sich diejenige Partie, welche den neuesten Erörterungen über den Probabilismus gewidmet ist. Den sehr maßvollen Ausführungen des gelehrten Verfassers wünsche ich beizupflichten (397). Mit den von seinen angesehensten Vertretern ihm beigegebenen Grenzen,

innerhalb deren er zur Anwendung gelangt, dünkt mich der Probabilismus dasjenige Moralprincip, welches logisch consequent ist und für die Beurtheilung aller einschlagenden Fälle ausreicht. Auf der andern Seite bekenne ich zugleich, daß das genaue Studium der 1890 erschienenen dreibändigen Lettere di s. Alfonso die Ueberzeugung in mir befestigt hat, daß der Probabilismus auf St. Alfonso als seinen Vertreter verzichten muß.[1])

Als weitere Theile des ersten Bandes, welche durch den Verfasser in der neuen Auflage vertieft wurden, seien bezeichnet, die Abhandlungen über den modernen Rechtsempirismus mit der Betonung des Naturrechts, gegen welches die Abneigung mancher Kreise in stetem Wachsen begriffen ist. Wenn die letztere nur nicht einer gewissen Komik entbehrte, da die Thatsache vorliegt, daß Männer, welche entrüstet gegen das Naturrecht auftreten, von ihren Collegen auf „naturrechtlichen Pfaden" wandelnd dingfest gemacht werden. Wie beim Fortschritt der Ethnographie zu erwarten stand, hat der Verfasser dem Anhang des ersten Bandes „Ueberblick über die sittlichen Anschauungen der wichtigsten Cultur- und Naturvölker" ganz besonders seine verbessernde und ergänzende Hand gewidmet. Neu sind die Partien über die sittlichen Anschauungen der alten Römer, der Anhänger des Taoismus in China, der Futunier, Key-Insulaner und mehrerer afrikanischer Volksstämme.

Mit den aktuellsten Fragen der Gegenwart berührt sich zum Theil der zweite Band. Die Abschnitte über die Grundlagen des Socialismus und den Staat, sowie die sociale Frage wurden vertieft und erweitert. Ein Cabinetsstück ist der Excurs über die materialistische Geschichtsauffassung, auf welcher sich die Weltanschauung von Marx und Genossen erhebt. Hier, wie im ganzen Verlauf der Darstellung sind statistische Erhebungen über die Wirkungen der neuen socialen Gesetzgebung sehr fleißig zusammengestellt, so daß man ein vollkommenes Bild von den

1) Vgl. über diese Briefsammlung meine Artikel im Katholik 1891. II, 123—145. 237—254.

Wirkungen geregelter staatlicher Theilnahme an der Lösung der socialen Frage erhält. Die Betrachtungen des Verfassers über das Wahlrecht sind, der Natur seiner Arbeit entsprechend, abstrakter Natur. Aus ihnen Capital schlagen wollen für den Sturm gegen das allgemeine Wahlrecht zum deutschen Reichstag wäre Unverstand und Ungerechtigkeit. Besondere Aufmerksamkeit hat Cathrein der neuern criminal-anthropologischen und criminal-sociologischen Strafrechtsschule am Ende des zweiten Bandes gewidmet. Sammt und sonders hängen diese Theorien, wie sie durch Lombroso in Italien, durch Professor von Liszt in Deutschland (Halle) vertreten werden, mit grundstürzenden philosophischen Irrthümern innig zusammen und sind in der Praxis sehr zweifelhafter Natur. Hat doch jüngst ein rheinischer Staatsanwalt auf die völlige Unbrauchbarkeit der Theorien Lombroso's hingewiesen. Und nun denke man an Lucchesi und seine fluchwürdige That in Genf am Samstag den 10. September 1898!

Wir schließen, indem wir auf das genaue Namenregister und Sachregister hinweisen und nochmals die echt katholische, aber eben deßhalb gemeinverständliche und den weitesten Kreisen sich empfehlende Gelehrsamkeit dieses Werkes betonen, das den Männern von Fach, aber nicht minder allen, welche mitten im Leben stehend, die Pflege der höchsten Güter unseres Volkes besorgen, sich als geradezu unentbehrlich erweist.

A. Bellesheim.

VII.

Politische Schriften von Ludwig Bamberger.[1]

Bamberger ist ein kenntnißreicher Mann und gewandter Darsteller. Wenn man auch mit seinen politischen und wirthschaftlichen Ansichten nicht übereinstimmt, so folgt man ihm doch mit großem Interesse. Wir machen hier nur auf einige Aufsätze aufmerksam. Der erste Aufsatz „Deutschthum und Judenthum" ist gegen Treitschke gerichtet und enthält folgende merkwürdige Stelle: „Die Deutschen sind ein christliches Volk. Ja! Aber sie sind entschieden nicht christlicher als andere Völker; sie sind sogar bedeutend weniger christlich. In keiner Nation der Welt ist der Bruchtheil der Ungläubigen so groß wie in Deutschland — und dies gilt nicht bloß für Christen. Unter den gebildeten Juden Englands und Frankreichs gibt es viel mehr Fromme, als unter den deutschen Juden" (V. 31). In dem Artikel „Die Krisis in Deutschland 1892" sucht B. das Selbstbewußtsein und das Selbstvertrauen des deutschen Kaisers psychologisch zu erklären: „Was auf den Kaiser den tiefsten Eindruck gemacht hat", sagt B., „ist offenbar der Cultus für das Haus Hohenzollern, den so viele Geschichtsschreiber, und nach ihrem Vorgange viele Millionen Deutsche zu einer mystischen Religion erhoben haben, die die Dynastie der Hohenzollern in einer bisher in der Geschichte unbekannten Hingebung verehrt. Von keiner wurde je in so dithyrambischen Perioden behauptet, daß jeder Regent aus ihrem Hause einfach durch die Thatsache

---

1) Gesammelte Schriften von L. Bamberger. V. Band: Politische Schriften von 1879—92. SS. 439. Berlin 1897. VI. Band: Studien und Meditationen aus fünfundzwanzig Jahren. SS. 463. Berlin. Rosenbaum 1898.

seiner Geburt ein Muster übermenschlicher Vollkommenheit sein müsse. Hohenzollern, Bismarck, Willenskraft sind die Schlagwörter. Der Kaiser fühlt, er kann diese drei Attribute in seiner Person vereinen; sie legen ihm nahe, seinen hohen Beruf aufs effektvollste in Scene zu setzen" (S. 438).

Weniger gelungen sind die Ausführungen gegen die Schutzzölle, gegen den Staatssocialismus. B. sieht in dem Bemühen von Kirche und Staat, die socialen Uebel zu heben, nur Inkonsequenz und Widerspruch, wenn er sagt: „Wenn bei der Umkehr im Culturkampf nicht bloß die Logik, sondern auch ein Besseres zum Durchbruch kam, nämlich das Geständniß, daß mit äußeren Machtmitteln moralischen Mächten auf die Länge nicht beizukommen ist, so ward in dem Kampf gegen die socialdemokratischen Bestrebungen das socialistische Programm mit der einen Hand in den Himmel erhoben und mit der andern gegen seine Anhänger das Schwert gezückt. Man schrie: Es lebe der Socialismus, nieder mit den Socialisten" (253). Nach unserer Ansicht verdient die Regierung eher Lob als Tadel, weil sie das aus freien Stücken gewährt hat, was in England die Gewerkschaftsvereine nur nach langem Kampf und nicht so vollständig erlangt haben. Was wirklich zu rügen ist, ist die Schaukelpolitik Bismarcks, die Bamberger also geißelt: „Wie viele Kommando's Augen rechts, Augen links, haben wir schon nach auswärts rasch nach einander ausführen sehen! Krieg gegen Rom, Huldigung gegen Rom, Herrlichkeit Rußlands, Abscheulichkeit Rußlands, Pfui über England, Heirath mit England, Hohn über Italien, Umarmung mit dem Ministerium Crispi. Aber jeder fällt eben auf die Seite, nach der er neigt" (V, 258). Folgende Gegenüberstellung ist für Deutschland wenig schmeichelhaft. „Staatseinheit ist eine Wohlthat, Staatsallmacht ein Uebel. England besitzt die Einheit ohne die Allmacht, Frankreich hat beide, Deutschland hat die Einheit sehr unvollkommen erreicht und ist im Begriff, die Staatsallmacht zum obersten Gesetz seiner politischen und socialen Entwicklung zu machen" (260). Sehr lesenswerth ist der Artikel: „Das Reich und die Wissenschaft", der die schlimmen Folgen des großen Krieges mit Frankreich für die Wissenschaft und die Abschließung

der französischen Gelehrten gegen die deutschen schildert. Die Behauptung, daß die Aristokraten in England und Frankreich mehr für Wissenschaft und Kunst leben, als unser beinahe ausschließlich für die Uniform dressirter Adel, ist jedenfalls übertrieben.

Auch der sechste Band enthält manche beherzigenswerthe Bemerkung. Die politischen Mißgriffe und plötzlichen Schwankungen Bismarcks werden schonungslos aufgedeckt, z. B. sein Ausfall gegen den russischen Staatscredit, die Verzögerung eines Handelsvertrags mit Oesterreich. Die Charakteristik des Bischofs Ketteler verdient hier in Kürze angeführt zu werden: „Diese starke Persönlichkeit“, bemerkt B., „hat überhaupt an der confessionellen Gestaltung der deutschen Geschichte einen viel bedeutenderen Antheil, als man in großen Kreisen zu wissen scheint. Er war derjenige, der zuerst und mit energischem Vorbedacht daran ging, die katholische Kirche in Deutschland wieder zu einer aufwärtsstrebenden Großmacht emporzuheben, und ihm gelang es, die Unterlage für den Kampf herzustellen, auf welcher Windthorst später weiter arbeiten konnte. Ketteler war es, der zuerst die sociale Frage in den Bereich der geistlichen Thätigkeit zog“.

Der Aufsatz: „Die Französelei am Rhein, wie sie kam und wie sie ging“, ist ein wahrhaftes Cabinetstück. Es schildert die französischen Sitten, den Liberalismus und die Lüderlichkeit am Hof des Kurfürsten von Mainz. Die Jesuiten werden vertrieben, alle, die kirchlichen Sinn an den Tag legen, fallen in Ungnade, dagegen werden liberale Protestanten aller Schattirungen, besonders Freidenker und bittere Feinde der katholischen Religion ins Land gerufen. Wahrhaftig diese geistlichen Fürsten haben ihr Schicksal wohl verdient. In dem weiteren Essay: „Die Deutsche Colonie in Paris“ schildert B. nur die Bemühungen der Protestanten, die Deutschen zusammenzuhalten; was die Katholiken leisten, ist nicht erwähnt. — An den Schriften Bambergers kann man viel lernen, wenn man auch manchen seiner Ausführungen widersprechen muß.

VIII.

Ein geistlicher Fürst des 18. Jahrhunderts.

Ein Vortrag von Prof. Dr. Endres.

Wer das wissenschaftliche Leben und die geistigen Strömungen des 18. Jahrhunderts in Süddeutschland verfolgt, kann die allenthalben im Lande zerstreuten Klöster und Stifte nicht unbeachtet lassen. Trotz der manigfachen Veränderungen, welche seit den Tagen der Renaissance humanistische Tendenzen und ein allgemeinerer geistiger Aufschwung des Laienthums gezeitigt hatten, treffen wir auch jetzt noch die Insassen der Klöster und geistlicher Stifter in der vordersten Reihe jener, die der Cultur und Civilisation die Wege bahnen.

In den Klöstern hatte die Pflege des geistigen Lebens und höherer Bildung durch viele Jahrhunderte hindurch Asylrechte genossen. Sie stehen unter den mächtigsten Faktoren der geistigen Entwicklung der christlichen Nationen. Denken wir sie aus der Geschichte hinweg, und jene literarischen Schätze, die uns mit einer fern abliegenden Culturwelt verbinden, scheinen in Frage gestellt. Ohne ihre Aufzeichnungen breitet sich über weite Länderstriche und große Zeitperioden tiefes Dunkel. Ja, wir müssen zweifeln, ob wir ohne sie überhaupt auf der Culturstufe stünden, die wir einnehmen.

Darauf begann man seit den Säkularisationsplänen des vorigen Jahrhunderts zu vergessen. Es erhob sich ein Vernichtungssturm gegen sie, dem sie zu vielen Hunderten zum Opfer fielen. Es nochten ja in der That manche ihre

welthistorische Sendung erfüllt gehabt haben und gleich dürren Aesten am Lebensbaum der Geschichte gestanden sein. Aber es lag und liegt heute noch in der Absicht der Freunde des Untergangs der Klöster, jenes Urtheil zu verallgemeinern, trotz des großen Unrechtes, welches diese Verallgemeinerung in sich schließt.

Leider hat bisher die geschichtliche Forschung die letzten Zeiten der durch die Säkularisation vernichteten Klöster noch nicht genügend aufgehellt. Noch immer werden absichtlich ausgestreute Verläumdungen, welche in der öffentlichen Meinung auf die Säkularisation vorbereiten sollten, und doktrinäre Abstraktionen und Reflexionen, die sich an die vollzogene Thatsache knüpften, als baare Münzen hingenommen. Es gilt hier allem Anscheine nach viel derartiges Spinngewebe und Staub und Schmutz von dem geschichtlichen Bilde jener geistlichen Institute zu beseitigen, bis es in seiner eigentlichen und wahren Gestalt vor uns ersteht und uns ein Urtheil gestattet, wie Licht und Schatten sich auf ihm vertheilen.

Indes sprechen mehrere Anzeichen dafür, daß viele Klöster gerade im letzten Jahrhundert ihres Bestandes einen ganz besonderen Aufschwung genommen haben. An der uralten Abtei von St. Emmeram zu Regensburg wenigstens läßt sich jene Wahrnehmung machen. Dem Wirken der letzten Mönche von St. Emmeram kann Niemand seine Anerkennung versagen. Dank der Tüchtigkeit und geistigen Bedeutung seiner letzten drei Fürstäbte war es dem Emmeramskloster gestattet, den resignirten Rücktritt von der Schaubühne der Weltgeschichte in vollen Ehren zu thun.

Es wäre nun ein anziehendes, aber viel zu umfangreiches Thema, das Leben und die Regierungszeit dieser drei Klostervorstände zu behandeln. Vielleicht kann auch mit Rücksicht darauf davon abgesehen werden, daß von dem letzten derselben, Cölestin Steiglehner, bereits eine bescheidene Bio-

graphie existirt.[1]) Auch Frobenius Forster, der Vorgänger Steiglehners, ist von der Geschichte nicht ganz vergessen worden.[2]) Weniger beachtet wurde dagegen der zeitlich erste der drei genannten Männer, J. B. Kraus. Seinem Leben und Wirken möge die folgende Skizze gelten.

J. B. **Kraus** wurde am 12. Januar 1700 als Sohn eines Klosterbeamten von St. Emmeram, des sogenannten „Kastenbereiters", geboren. Bereits mit 15 Jahren legte er das Ordenskleid des hl. Benediktus an, und erinnert uns so lebhaft an das alte Institut der pueri oblati. Nachdem er im gemeinsamen Noviziate der bayerischen Benediktinerordensprovinz zu Mallersdorf das Probejahr vollendet hatte, widmete er sich den philosophischen und theologischen Studien an den im Turnus eben treffenden Klöstern zu Oberaltoich, Michelfeld und St. Emmeram in Regensburg. Die Leitung derselben war den Händen des Emmeramers Kaspar Erhard anvertraut. Dieser Mann sollte von entscheidendem Einflusse werden nicht nur auf das Leben von Kraus, sondern zugleich auf die ganze wissenschaftliche Richtung der Emmeramer.[3])

Es ist allbekannt, auf welch tiefes Niveau in Deutschland Wissenschaft und Bildung unter den Verheerungen des 30jährigen Krieges herabgesunken waren, wie lähmend derselbe nicht nur für die Zeit seiner Dauer, sondern infolge seiner bitteren Nachwehen auch noch lange nachher auf die literarische Thätigkeit gewirkt hatte. St. Emmeram, das während des Krieges außerordentlich gelitten hatte, weist hierin keinen Ausnahmezustand auf. Der erste Emmeramer,

---

1) Pl. Heinrich, Kurze Lebensgeschichte des letzten Fürstabtes zu St. Emmeram in Regensburg, Cölestin Steiglehner. Regensburg, 1819.

2) Vgl. Allgem. Deutsche Biographie und Wetzer & Weltes Kirchenlexikon s. h. n.

3) Ueber sein Leben und seine literarische Thätigkeit s. Baader, Das gelehrte Bayern. Sulzbach, 1804. Bd. I, 301—3

welcher sich nach dem Kriege wieder einen literarischen Namen schuf, war der Abt Cölestin Vogl.[1]) Wir verdanken ihm das jetzt noch viel benützte Mausoleum s. Emmerami.[2]) Bald nach ihm ist unter den Schriftstellern von St. Emmeram der erwähnte Kaspar Erhard zu nennen, welcher seit dem Beginne des 18. Jahrhunderts bis zu seinem frühen Tode (1729) mit einer Reihe von Druckschriften hervortrat. Was dem wissenschaftlichen Betriebe von damals in Deutschland fast allgemein mangelte — ein Leibniz bildet allerdings eine große Ausnahme —, das waren große Ziele. Die Wissenschaft war zu sehr auf einen kleinlichen und kümmerlichen Schulbetrieb eingeschränkt. Indem sie sich zu sehr auf die Schultraditionen steifte, entbehrte sie der mächtigen Anregungen, welche ihr anderwärts aus der Betrachtung der wirklichen Welt der Dinge und aus der historischen Forschung bereits zukamen.

Wie völlig anders waren hierin die Verhältnisse in Frankreich gelagert. Nicht nur die schöne Literatur und die Beredsamkeit, namentlich die geistliche, feierten hier ihre Triumphe, auch alle strengen Wissenschaften erstanden damals zu neuem Leben. Einen ganz hervorragenden Antheil an diesem Aufschwunge auf Seite der humanistischen Wissenschaften, namentlich der Geschichte und ihrer Hilfsdisciplinen hatte die französische Benediktiner-Congregation der Mauriner. Der größte derselben war Mabillon, der Begründer der

---

1) Eine biographische Skizze Vogls, eines Allgäuers von Geburt, s. im Allgäuer Geschichtsfreund 1895, S. 69 ff. Nach dem Vorgange anderer Schriftsteller (vgl. z. B. Braunmüller im Kirchenlexikon (2) II, 350) habe ich hier Vogl als Fürstabt bezeichnet. Aber das Fürstendiplom der Emmeramer Aebte datirt erst von 1732.

2) Mausoleum oder herrliches Grab des bayerischen Apostels und Blutzeugen Christi S. Emmerami etc. durch Coelestinum Abblen. Regensburg, 1661. Eine zweite und dritte Auflage erschien 1672 und 1680.

modernen, auf die wissenschaftliche Diplomatik gestützten Geschichtsschreibung. Wattenbach sagt von den Maurinern, ihre Verdienste in ein Wort zusammenfassend, sie haben „für die Geschichte ihres Ordens und der Kirche das Außerordentlichste geleistet". Und er anerkennt ihre auf die Geschichtsquellen bezüglichen Arbeiten mit der Bemerkung, sie haben „in verschiedenen Sammlungen unendliches Material zugänglich gemacht".[1])

Mit diesen Männern nun trat der strebsame Kaspar Erhard in literarische Verbindung. Noch jetzt bewahrt die Münchener Staatsbibliothek 60 Originalbriefe von der durch Erhard angeregten Correspondenz der Mauriner mit den Emmeramern.[2]) Es sind größtentheils Briefe von Celebritäten auf wissenschaftlichem Gebiete. Erhard wollte das Studienwesen jener Männer kennen lernen, deren gelehrte Riesenwerke die Welt in Staunen versetzten. Schon trug er sich mit der Absicht, eine Studienreform im Sinne der Mauriner durchzusetzen — wohl einer der frühesten süddeutschen Reformversuche unter den zahlreichen im 18. Jahrhundert, aber seine Vorgesetzten verhinderten ihn daran. Dafür drang er bei seinem Abte wenigstens mit dem Plane durch, den jungen talentvollen Kraus an den Hauptsitz der Mauriner, nach St. Germain-des-Prés in Paris, zur Vollendung seiner wissenschaftlichen Ausbildung schicken zu dürfen. Kraus sollte gleichsam als Ableger einer neuen fruchtbaren Geistesart aus Frankreich wiederkehren.

Gerade am Pfingstfeste des Jahres 1721 traf Kraus in Paris ein und wurde von seinen französischen Ordensmitbrüdern mit einer Herzlichkeit aufgenommen, die ihm sein anfängliches Heimweh glücklich überwinden half. Die Männer,

1) Deutsche Geschichtsquellen im Mittelalter (2) 9.

2) Patrum congregationis S. Mauri in regali S. Germani abbatia a Pratis literae ad Emmeramenses missae 1715—82. Starkiana, 21.

mit welchen er hier zu leben hatte, kamen dem „petit Allemand", wie er bald nur mehr hieß, mit einer wahrhaft freundschaftlichen Gesinnung entgegen, an ihrer Spitze der große Montfaucon. Von seinem Verhältnisse zu Kraus hat erst kürzlich Prinz Emmanuel von Broglie eine anziehende Schilderung entworfen in dem zweibändigen Werke: Montfoucon et les Bernardins.[1]) Hier sind zur Illustrirung dieses Verhältnisses auch einige französische Briefe von Kraus an Montfaucon mitgetheilt, deren Originalien die Pariser Nationalbibliothek aufbewahrt. Briefe von Montfaucon an Kraus besitzt die Münchener Staatsbibliothek in der bereits genannten Sammlung.

Kraus benützte den kurzen Aufenthalt von zwei Jahren bei den Maurinern gewissenhaft und hatte von ihnen eine mannigfache Förderung in seiner wissenschaftlichen Ausbildung erfahren, als er nach diesem Zeitraume wieder heimkehrte. Er hatte sich namentlich den biblischen Sprachen gewidmet, auf welche in der Heimat damals noch nicht der nothwendige Nachdruck gelegt wurde, so dem Griechischen unter Prudentius Maran, dem Hebräischen unter dem berühmten Orientalisten Petrus Guarin; er hatte sich neuerdings in die Theologie vertieft, welche die Mauriner durch biblisch-patristische Studien und durch die Kirchen- und Dogmengeschichte erneuerten und belebten. Er hatte in der überaus anregenden Umgebung Gelegenheit gehabt, sich in der allgemeinen Geschichte und in den klassischen und christlichen Alterthümern vielfach weiter zu bilden. Aber werthvoller noch als die positiven Kenntnisse, welche er sich aneignete, mußte es für ihn sein, daß er den Geist und die Methode der Mauriner kennen gelernt hatte. Dies ist einer der beachtenswerthesten Faktoren in der Erklärung der wissenschaftlichen Richtung, welche die Emmeramer in der letzten Zeit ihres Klosterbestandes nahmen. — Nicht unerwähnt kann ich hier lassen, daß Kraus bei

1) Paris. Libr. Plon. 1891.

den Maurinern zuerst auch die neue cartesianische Philosophie kennen gelernt hatte, welche bei ihnen bereits in den 60er Jahren des 17. Jahrhunderts die alte scholastische Lehrweise zu verdrängen begann.

Am 5. Mai 1723 war Kraus wiederum in St. Emmeram eingetroffen. Zu Anfang des folgenden Jahres erhielt er die Priesterweihe. Er wurde nunmehr zunächst beauftragt, seine jüngeren Mitbrüder in die französische Sprache einzuführen, auch hatte er mit einem Theile derselben philosophische Repetitorien abzuhalten, später theilte er sich mit seinem ehemaligen Lehrer K. Erhard in den theologischen Unterricht. Auch in der Seelsorge fand er in diesem und den folgenden Jahren vielfache Verwendung, so zu Ehebetten, wie damals Dachbetten noch allgemein genannt wurde, zu Gebraching und Schwabelweis, an der Stadtpfarrkirche zu St. Rupert und zu Hainspach bei Geiselhöring.

Bald scheint sein praktisches Talent entdeckt worden zu sein. Denn als es sich im Jahre 1727 um einen Neubau in Hohengebraching handelte, ward er zur Leitung desselben dahin abgeordnet. Seine Tüchtigkeit in der Verwaltung fand dadurch Anerkennung, daß er bereits nach 3 Jahren mit dem wichtigen Amte des Großkellners, welchem die ganze ökonomische Vertretung des Klosters oblag, betraut wurde. In den zwölf Jahren, welche er dieses Amt innehatte, war er in vorzüglicher Weise thätig für eine bessere Nutzbarmachung des Klosterbesitzes, für eine zweckmäßige Erweiterung desselben, in Klärung zweifelhafter Besitzverhältnisse und Aufhellung bedenklicher Machinationen auswärtiger Unterbeamten, in Ueberwachung der aufzuführenden Neubauten &c.

In die Zeit dieser Amtsführung fallen mehrere Ereignisse, welche theilweise mit dem Aufschwunge zusammenhängen, den das Kloster in finanzieller Beziehung damals nahm.

Schwere Schicksalsschläge hatten die Abtei im 17. Jahrhundert getroffen gehabt. Nicht nur daß sie ungeheure

Kriegskontributionen zu zahlen hatte während des 30jährigen Krieges, sie war einige Zeit, wie bemerkt, ihren rechtmäßigen Besitzern genommen gewesen. Als sie wieder zurückkehren konnten, fanden sie nur mehr die leeren Mauern vor. Zu allem Unglück brannte im Jahre 1642 durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters die Kirche bis auf die Mauern nieder. Eine drückende Schuldenlast ruhte auf dem Kloster, deren vollständiger Tilgung selbst der ausgezeichnete Abt Cölestin Vogl während seiner beinahe 40jährigen Regierung (1655—91) nicht gewachsen war, zumal er Kirche und Kloster wieder in Stand zu setzen hatte. Erst seinem zweiten Nachfolger, Joh. Bapt. Hemm (1694—1719), gelang es, wieder einige Ersparnisse zu machen. Die nunmehr wachsende günstige finanzielle Lage des Klosters war dem Abte Anselm Godin de Tampezzo, welcher auf Wolfgang Mohr (1719—25) gefolgt war, hochwillkommen; denn er liebte nicht nur den Glanz des Gotteshauses und des Gottesdienstes, sondern er war auch — als der einzige der emmeramischen Prälaten im 18. Jahrhundert — einem gewissen äußeren Glanze nicht abhold. Er, der sein Geschlecht von einem „uralten Stammen" herleitete, welcher in Regensburg nicht nur den Bischof, sondern auch zwei Aebtissinen mit fürstlicher Würde geschmückt sah, begnügte sich nicht mit den Insignien eines Reichsabtes; er wollte zu ihnen auch jene des Reichsfürsten fügen. Die Mehrzahl der Conventualen verhielt sich zu dieser Absicht des Vorgesetzten in stiller Resignation. Auch Kraus billigte sie keineswegs, zumal bei ihm als dem Oekonomen der Gemeinschaft auch die finanzielle Seite der Sache in die Wagschale fiel. Allein Abt Godin konnte sich in seinem Gesuche an den Kaiser darauf berufen, daß bereits in früheren Jahrhunderten seine Vorfahren von deutschen Königen und Kaisern, so von einem Adolph von Nassau, Albert I., Ludwig dem Bayern, Karl IV., Wenzel, Sigismund die Fürstenwürde zuerkannt erhalten hatten, und so wurde ihm 1732 gegen Erlag von 12000 fl. an die kaiserliche Kanzlei das Fürsten-

diplom zugestellt. Die vier letzten Aebte von St. Emmeram waren so Reichsfürsten, doch durften sie im Reichstage nur unter den Prälaten stimmen.[1])

Die soeben berührte Angelegenheit war nicht die einzige, welche die Leistungsfähigkeit des Verwalters in Anspruch nahm. Fürstabt Godin war ganz im Sinne der Prälaten des vorigen Jahrhunderts, wenn auch innerhalb bescheidener Grenzen, Bauherr. Ich vermag freilich nicht zu sagen, inwieweit vielleicht diese Baulust auf die Initiative seines Verwalters zurückzuführen sein wird. Thatsache ist, daß während der Verwaltung und der Abtsregierung von Kraus alle Hauptgebäude des Klosters vielfach erneuert und um ein Stockwerk erhöht wurden.

Im Jahre 1733 schreibt Kraus an Montfaucon[2]): „Es sind drei Jahre, daß ich mit der Verwaltung unseres Hauses betraut wurde. Ich fing gleich damit an, eine schöne Bibliothek zu bauen, an deren Vollendung wir nunmehr schreiten. Nun würde ich Aufschluß wünschen über neue Bücher und gute Werke in allen Wissenszweigen und ich bitte Sie demüthigst, mir solchen ertheilen zu wollen".

In der That gesellten sich in den neuen Bibliothekräumen zu den durch ihre Handschriften unschätzbaren Beständen neue kostbare Werke, namentlich auch die werthvolle patristische Literatur der Mauriner. Und so bekam das Kloster allenthalben nach außen und innen einen erfreulichen Zuwachs.

Die bemerkenswertheste bauliche Neuerung in jenen Jahren bildet die Restauration der Stiftskirche, an welche Godin auf Anrathen eines Linzer Baumeisters, Bruner, ging. Bekanntlich hatten die beiden Brüder Asam den Hauptantheil an der Restaurationsarbeit, welche den Zeitraum von 1731—33 in Anspruch nahm, und sie erfreuen uns hier wie anderwärts, wo sie thätig waren, durch ebensoviel Geschmack als

1) Vgl. Ficker, Vom Reichsfürstenstande Innsbruck 1861, I. 343.
2) Emman. de Broglie, Bern. de Montfaucon I, 298.

Originalität. Deßungeachtet kann ich der ganzen Restauration meinen ungetheilten Beifall nicht schenken. Denn nicht zu reden davon, daß der alte strenge Charakter der romanischen Basilika zerstört wurde, daß die alten Architekturtheile und die bis dahin, wenn auch bereits in schadhaftem Zustande, erhaltenen romanischen Fresken zugedeckt werden mußten, hatte die Restauration eine Zerstörung der bisherigen großartigen Raumverhältnisse zur Folge. Es wurde damals nicht nur der mächtige Westchor von der übrigen Kirche noch vollends abgeschnitten, sondern, was noch mehr zu bedauern ist, auch der historisch und liturgisch bedeutungsvollste Raum der Basilika, die Apsis, welche einstmals die bischöfliche Cathedra und die allerdings in Vergessenheit gekommene Confessio des Kirchenpatrons umschlossen hatte,[1]) zur Her-

1) Im Jahre 1894 wurde durch den verstorbenen Herrn geistlichen Rath Dengler von Regensburg inmitten dieses Apsisraumes das Grab des hl. Emmeram wiedergefunden. Ich ließ im Einverständniß mit Dengler über die hochbedeutsame Entdeckung eine Abhandlung erscheinen („Die neuentdeckte Konfessio des hl. Emmeram zu Regensburg". Röm. Quart.-Schrift 1895 und separat bei Coppenrath in Regensburg), in welcher ich die ganze Fundgeschichte darlegte und den Beweis zu erbringen versuchte, daß das Grab kein anderes als das des hl. Emmeram sein könne. Meine Argumente fanden den Beifall der Sachverständigen, die sich zu dem Gegenstande äußerten, so des uns unterdessen leider viel zu früh entrissenen Dr. A. Ebner (Histor.-polit. Blätter, Bd. 115, S. 535—42), des Bollandisten Delehaye (Analecta Bollandiana t. XIV [1895] S. 212 s.), des sehr unterrichteten Lokalhistorikers, Grafen von Walderdorff (Augsb. Postzeitung. 1895. Beil. Nr. 13). Auch Conservator Dr. Hager bezeichnet den von Dengler entdeckten Raum als „Grabkammer des hl. Emmeram" (in der geschichtlichen Einleitung S. 3 zu Otto Auflegers „Mittelalterliche Bauten Regensburgs" 1897). Nur eine Stimme hatte sich in einem anderen Sinne vernehmen lassen und zwar in zwei Artikeln des Regensburger Morgenblattes 1895, Nr. 40: „Ein Regensburger Martyrer aus der Römerzeit?" und 1897 Nr. 11: „Verhandlungen des historischen Vereins der Oberpfalz 1896". Bestimmte Gründe hatten mich

stellung eines Nachtchores durch eine Mauer von dem Innenraume des Gotteshauses getrennt.

bisher davon abgehalten, mich öffentlich gegen die meine Auffassung bekämpfenden Artikel zu wenden. Um nun aber doch Weiterungen im Sinne ihres Verfassers, wie sie in den an verschiedenen Orten zu lesenden, ungefähr gleichlautenden Recensionen einer kunstgeschichtlichen Schrift zu ersehen waren, zuletzt auch in Kinters „Studien und Mittheilungen" 1898 S. 151, hintan zu halten, ergreife ich hier die Gelegenheit, aus meinem Schweigen herauszutreten. Ich will die Art, wie die gegensätzliche Richtung vertreten wird, nur an dem Schlußpassus des ersten der obengenannten Zeitungsartikel zu charakterisiren versuchen. Jene resumirende Stelle lautet: „Fragen wir endlich nach dem Ergebnisse der Ausgrabung, so war es leider wenig bedeutend. In kirchengeschichtlicher Hinsicht könnte man sagen: Es ist nicht unwahrscheinlich, daß jetzt Regensburg einen Martyrer aus der Römerzeit aufzuweisen hat, wie Augsburg seine hl. Afra. Kunsthistorisch ist der Erfolg nur negativ: Dehio hatte frischweg behauptet, unter dem Hauptaltar müsse jedesmal (! — dieses Rufzeichen steht im Texte —) der Patron der Kirche ruhen; der mit der Kunstgeschichte Vertraute weiß, daß dieser Annahme Lübke, insbesondere der um die christliche Archäologie so sehr verdiente F. X. Kraus widersprachen, der denkende Katholik erinnert sich der Marienkirchen, Michaelskirchen u. s. w., die selbstverständlich unter ihrem Hochaltare (bezw. in ihrer Confessio) keine Muttergottes-, Michaels-Ueberreste bergen. Die Behauptung Dehio's, die zu der falschen Annahme von einem gefundenen hl. Emmeram verleitete, ist daher nichts weniger als ein Dogma". — Wie man sieht, bemüht sich der Verfasser, das Ergebniß der durch Dengler angestellten Nachforschungen „als wenig bedeutend" hinzustellen. In kirchengeschichtlicher Beziehung könnte man vielleicht sagen, daß die Ueberreste eines Martyrers aus der Römerzeit gefunden seien — von solchen Martyrern spricht nämlich in der That der in Regensburg gefundene Grabstein einer Christin, von der es im Contexte der Inschrift heißt: „martyribus sociata". Allein das wäre ja gerade die glänzende Bestätigung der Erwartungen gewesen, mit denen an jene Ausgrabungen geschritten wurde (s. meine Abhandlung S. 2 ff., 28 ff.). Und ein solches Resultat sollte für die Kirchengeschichte Regensburgs und Deutschlands „wenig bedeutend" sein? — Noch schlimmer soll es sich

Bei jener Restauration erhielt unser Kraus, ohne daß er anfänglich eine Ahnung davon haben mochte, bereits zu Lebzeiten ein Denkmal. Denn niemand anderen als ihn, den Ueberwacher der Arbeiten,[1]) konnte der launige Stukkator im Sinne haben, als er auf schwindelnder Fensterhöhe in beinahe erschreckender Lebenswahrheit einen die ganze Kirche überschauenden Benediktiner anbrachte, den „letzten Mönch von St. Emmeram“, wie man ihn später witzig genannt hat.

Aus jener Zeit der klösterlichen Verwaltung hat sich

gestalten mit dem kunstgeschichtlichen Ergebnisse jener ganzen Untersuchungen: „Kunsthistorisch ist der Erfolg nur negativ“. Also der unwiderlegliche Nachweis einer archaistischen Kryptenanlage, wie sie nördlich der Alpen nur noch in Werden an der Ruhr und in Chur in der Schweiz bekannt ist, einer Bauanlage, die sich aus der Karolingerzeit erhalten hat, soll kunstgeschichtlich ein rein negatives Resultat bedeuten? Der Artikelschreiber scheint mit Archäologie und Kunstgeschichte auf gespanntem Fuße zu stehen. Indeß weit bedenklicher sind die nun folgenden Sätze: „Dehio hatte frischweg behauptet, unter dem Hauptaltar müsse jedesmal (!) der Patron der Kirche ruhen“. Eine so kopflose Behauptung wagt der Artikelschreiber einem Kenner der kirchlichen Baukunst von der Bedeutung Dehio's unterzuschieben! Was Dehio und v. Bezold thatsächlich über die älteste Form der Kryptenanlage, wie wir sie in St. Emmeram sehen, behaupteten, ist bei mir S. 41 f. zu lesen. — Und nun gibt sich der Verfasser jenes Zeitungsartikels den Anschein des mit der Kunstgeschichte Vertrauten: „Der mit der Kunstgeschichte Vertraute weiß“ rc. und redet davon, daß Lübke und F. X. Kraus gegen jene Behauptung Dehio's Stellung genommen hätten. Allein die ganze Controverse ist selbstverständlich eine verwegene Fiktion! Doch genug. Ein solches Verfahren wird zwar geeignet sein, einem nicht selbständig urtheilenden Zeitungspublikum Sand in die Augen zu streuen, kann aber bei allen jenen, welche im Dienste ernster und redlicher Wahrheitsliebe arbeiten, nur tiefer sittlicher Entrüstung begegnen.

1) cf. Traditiones Mon. s. Emmer. tom. V. ad ann. 1731: Cura totius operis permissa fuit P. Cellerario P. Joanni Baptistae, qui statim omnia disposuit.

noch eine Reihe von Schriftstücken aus der Feder von Kraus erhalten, welche von dem Ernste und Geschicke Zeugniß geben, mit welchem er seinem Amte sich widmete, die nunmehr aber auch allgemeineres historisches und namentlich culturhistorisches Interesse besitzen. Eine dieser Schriften, welche sämmtlich die Klosterbibliothek von Metten gerettet hat,[1]) führt den Titel: „Kurtze relation yber die öconomie zu St. Emmeram von 1731—36". Hier finden sich unter anderem beachtenswerthe Notizen über die in die Zeit fallende Kirchenrestauration durch das Künstlerpaar Asam. Aus einer Anzahl von Blättern, „Notata" betitelt, erhalten wir Aufschluß über kleine tägliche Ereignisse im Kloster, über Zehenteinhebung, einen Streit mit der Stadt, über Anwerbung und Exercitium des Militärs, welches das gefürstete Stift zum Reichsheere stellte ꝛc. Andere Aufzeichnungen betreffen den Bauhof, das Bräuhaus, die Apotheke, Dienst und Einkommen sämmtlicher Klosterbeamten und Diener vom Kanzler bis herab zum Klosterboten und Kalkanten ꝛc.

Am 21. September 1742 starb Fürstabt Anselm Godin. Zu seinem Nachfolger erwählte der Convent am 24. Oktober des gleichen Jahres unseren Johann Baptist Kraus.

Die Regierungsepoche des Abtes Anselm hatte bei den Zeitgenossen Eindruck gemacht. Schon daß er sich den Fürstentitel zu verschaffen wußte, mußte bei vielen bestechend wirken. Sie sahen dann, wie die Kirche unter seiner Regierung sich mit neuem, der Zeit zusagenden Glanze schmückte, wie fast keiner der wesentlichen Theile der Klostergebäude von Erneuerungen und Vergrößerungen unberührt blieb. So erklärt sich, wie ein Zeitgenosse, der bekannte Paricius, von ihm sagen konnte, er habe dem Reichsstifte „also löblich vorgestanden, daß er meritiert secundus fundator genannt zu werden".[2]) Indeß das Wirken seines Nachfolgers ist doch

1) Sie sind hier eingereiht unter Benedictina I, 248.

2) Historische Nachricht von allen in .. der Stadt Regensburg gelegenen Reichs-Stifftern ꝛc. Regensburg, 1753. S. 153.

viel höher anzuschlagen. Kraus war eine viel mehr innerliche, eine tiefer angelegte Natur als Godin. Seine Regierungsgrundsätze, die er allerdings in sehr ernster Stunde, nämlich als ihn eine Krankheit an den Rand des Grabes gebracht hatte, gleichsam als geistiges Erbe für seinen Nachfolger zu Papier brachte,[1]) gipfeln in dem Gedanken, daß ein Mann in seiner Stellung sein Haus durch die Macht seines Beispieles leiten müsse und daß er zu diesem Behufe vor allem selbst in jeder Beziehung auf der nothwendigen Höhe innerer Verfassung stehen müsse. Das Ziel seiner Regierung war der innere Aufbau seines Hauses. Und so wird seine Regierung besonders auch charakterisirt durch die ernstliche Pflege wissenschaftlicher Arbeit, der er sich selbst widmete und zu welcher er seine Mitbrüder anregte. Hiedurch legte er den Grund zu dem „goldenen Zeitalter" von St. Emmeram, wie man die Epoche seines Nachfolgers nicht mit Unrecht genannt hat. Sein wissenschaftliches Streben stand zum Theil unter dem Einflusse der Mauriner, zum Theil erklärt es sich aus der allgemeinen Strömung der Zeit. Es mögen gegen die Wissenschaft des 18. Jahrhunderts sich noch so viele und verschiedenartige Bedenken geltend machen, wer sich mit der Entwicklung derselben befaßt, wird finden, daß der Ruf jener Zeit nach Aufklärung nicht allenthalben leerer Schall war.

Lindner[2]) zählt siebenunddreißig Druckschriften von Kraus auf, die allerdings nicht sämmtlich einen rein wissenschaftlichen Charakter besitzen. Fast diese ganze literarische Arbeit fällt in die zwanzigjährige Regierungszeit des fleißigen Abtes. Vorher war er nur dazu gekommen, eine Schrift Bossuets

1) Notata quaedam in casu mortis meae. Handschriftlich auf der Regensburger k. Kreisbibliothek Kat. ep. et cl. Nr. 255.

2) Die Schriftsteller des Benediktinerordens im heutigen Königreich Bayern vom Jahre 1750 bis zur Gegenwart. Regensburg, 1880. I, 53 ff.

aus dem Französischen zu übersetzen und eine nachgelassene Arbeit seines Lehrers Kaspar Erhard in die Oeffentlichkeit zu geben.

Es würde nun viel zu weit führen, wollte ich die ausgedehnte literarische Thätigkeit von Kraus nur einer halbwegs befriedigenden Würdigung unterziehen. Ich muß mich daher darauf beschränken, wenigstens die Hauptgegenstände seiner Schriften kurz zu nennen.

In einer aktenmäßigen Geschichte des Ablebens, der Exequien 2c. seines Vorfahrers und seiner eigenen Erhebung zum Fürstabte[1]) vom Jahre 1744 fügte er am Schlusse die Bemerkung an: „Was historiam nostri Monasterii anbetrifft, habe ich so vil mir möglich war, albereiths das nöthigste sowohl ex archivis als anderen Documentis zusammengetragen und in etliche tomos abgetheillet. In diesen tomis, so ich Traditiones Monasterii s. Emmerami benambset, kan ein neuer H. Praelath ganz geschwindt ein zimmlich guette Notitiam von der historia Monasterii, von denen Juribus, Privilegiis, Consuetudinibus etc. bekommen". Wirklich finden sich in der Regensburger Kreisbibliothek[2]) sechs Foliobände mit reichem Materiale zur Geschichte des Klosters. Werthvoll ist besonders der fünfte Band, in welchem Kraus annalenmäßig die Geschichte der Abtei von seinem Eintritte in den Orden bis gegen das Ende der Regierung Godins erzählt. Als Ergänzung zu der genannten Sammlung sind neun handschriftliche Oktavbände der gleichen Bibliothek[3]) zu be-

1) Mors Anselmi Principis et Abbatis ad s. Emmeramum etc. Handschrift der Regensburger k. Kreisbibliothek Rat. ep. et cl. Nr. 237.

2) Traditiones Monasterii s. Emmerami. T. I—VI, fol. Handschriften der Regensburger k. Kreisbibliothek Rat. ep. et cl. Nr. 359. Auch zwei Bände Consuetudines eccl. s. Emmerami von Kraus sind noch vorhanden und zwar der eine unter den Handschriften der eben genannten bibl. Rat. ep. et cl. Nr. 235, der andere in der Klosterbibliothek in Metten unter Bened. I, 273.

3) Rat. ep. et cl. Nr. 346.

trachten und ein zehnter, welchen die Bibliothek des historischen Vereins zu Regensburg besitzt.[1]) Letzterer enthält wiederum annalenmäßige Aufzeichnungen und zwar aus der Regierungszeit von Kraus.

Hatte Kraus zunächst vorzüglich aus praktischen Rücksichten die Schätze seines Archivs durchmustert, so sollten doch die Ergebnisse dieser seiner Arbeit auch der gelehrten Welt zu gute kommen. Die beste Gelegenheit hiezu bot sich dar, als er 1752 eine erweiterte, die vierte Auflage des von Cölestin Vogl edirten „Mausoleums“ besorgte.[2]) Hiebei zeigte sich nun aber deutlich die Nachwirkung der Schule der Mauriner, durch welche er durchgegangen war. Er begnügte sich nämlich nicht mit einer einfachen Darstellung der Geschichte seines Stiftes, sondern er fügte derselben im gleichen Jahre ein umfangreiches Urkundenwerk, den Liber probationum, an,[3]) zu welchem ein Appendix auf 22 Kupfertafeln die Abbildungen der Siegel brachte.[4]) Diese Urkundensammlung ist vielleicht die verdienstlichste literarische Leistung von Kraus und sichert ihm heute noch die Achtung und den Dank der Historiker, mag immerhin schon Thomas Ried das Bedürfniß gefühlt haben, eine Ergänzung und Verbesserung der Kraus'schen Ausgabe ins Werk zu setzen.[5]) (Schluß folgt.)

1) MS. R. Nr. 146.

2) Das Buch erschien nunmehr unter dem Titel: Ratisbona Monastica oder Klösterliches Regensburg, d. i. Mausoleum und herrl. Grab des bair. Apostels und Blutzeugen St. Emmerami nebst der Histori dieses Klosters und fürstl. Stifters. Regensburg, 1752.

3) Liber probationum sive bullae Summorum Pontificum, diplomata Imperatorum et Regum Ecclesiae S. Emmerami Ratisbonae. Regensburg, 1752.

4) Appendix sive sigilla quaedam cupro incisa ad bullas diplomata aliasque litteras libri probationum de histor. Monast. S. Emmer. spectantia. Regensburg, 1752.

5) Thomas Ried, Monumenta San-Emmeramensia a. s. VIII usque ad s. XVIII collecta anno 1811 (Regensburg k. Kreisbibliothek Rat. ep. et cl. 389). Die Arbeit wurde nie gedruckt.

IX.

Die Denkschrift über die Parität in Preußen

ist zu Beginn des neuen Jahres in „zweiter, neubearbeiteter und erweiterter Auflage" erschienen (Köln, J. P. Bachem, 242 S.). Daß es sich hier nicht bloß um eine Titel-Neuauflage handelt, läßt schon der um fast die Hälfte vermehrte Umfang erkennen, und eine genauere Vergleichung zeigt, daß wir es mit einem großentheils neuen Buche zu thun haben.

Verhältnißmäßig bescheidene Erweiterungen zeigt der wichtigste Theil der Denkschrift, die eigentliche Paritätsstatistik. Hier war die Thätigkeit der hochverdienten Verfasser eine vorwiegend revidirende. Das Ergebniß dieser „gewissenhaften Nachprüfung, um auch die letzten Ungenauigkeiten auszumerzen", ist ein recht tröstliches. Trotz einer langen Reihe ins Detail eingehender, überaus mühseliger Ermittelungen sind erhebliche Unrichtigkeiten nicht zu Tage getreten. Daß bei dem ersten Versuch einer nicht auf amtlichen Quellen beruhenden Statistik unbedingte Correktheit ausgeschlossen war, bedarf kaum der Bemerkung. War diese Statistik in wesentlichen Punkten angreifbar, so wäre die Feststellung dieser Thatsache eine Kleinigkeit gewesen — den zunächst interessirten Stellen war ja jeden Augenblick amtliches Material zur Hand. Aber es ist nicht einmal ein Versuch gemacht worden, diesen Nachweis zu erbringen, und die quantitativ sehr erhebliche Polemik liberaler und gouvernementaler Blätter hat sich durchweg auf allgemeine Redens-

arten beschränkt. Uns war es eine angenehme Ueberraschung, daß trotz aller Arbeit die Zahl der wirklichen Correkturen höchst bescheiden ist; erwähnt mag sein, daß sich am Landgericht zu Beuthen (Oberschlesien) drei katholische Direktoren fanden, die in der ersten Auflage fehlen. Die Tausende von Ziffern der Denkschrift erregten vor einem Jahr selbst bei solchen Erstaunen, die in puncto Parität nichts für unmöglich hielten; heute kann man sagen: sie sind unwiderlegt und unwiderlegbar; die geschichtlich erwachsene und systematisch aufrechterhaltene Zurücksetzung des katholischen Bevölkerungstheils in Preußen, die wächst, je weiter man von Westen nach Osten und von den unteren zu den oberen Beamtenstellen geht, ist eine wissenschaftlich festgestellte Thatsache, mit der jeder preußische Staatsbürger rechnen muß.

Es hat keinen Zweck, Dinge zu wiederholen, die schon vor einem Jahr aus der Denkschrift an dieser Stelle mitgetheilt worden sind; willkommen wird ein Hinweis auf die neu hinzugekommenen wichtigeren Ergänzungen sein. Die historische Einleitung (Zur Geschichte der Parität) war in der ersten Auflage ziemlich mager ausgefallen. Das lag zum Theil im Gegenstand. Dinge wie die planmäßige Verletzung der confessionellen Gerechtigkeit pflegt man nicht an die große Glocke zu hängen; so etwas thut man, aber man gesteht es nicht ein, und nur selten wird ein förmliches Geständniß durchschwitzen. Der quellenmäßige Nachweis aber, daß in der Entstehungsgeschichte Preußens die Bevölkerungsziffer der angegliederten Gebiete und die gemachten Zusicherungen, speziell in den Besitzergreifungspatenten und Staatsverträgen, mit der thatsächlichen Behandlung der Katholiken in den einzelnen neuen Territorien in Widerspruch standen, ist z. B. in unanfechtbarer und unseres Wissens auch niemals ernsthaft angefochtener Weise in den einleitenden Kapiteln von Jul. Bachem's Buch „Preußen und die katholische Kirche“ (5. Auflage 1887) geführt worden. Die Verfasser der Denk-

schrift konnten sich also darauf beschränken, diesen Punkt nur insoferne, als er mit der Paritätsfrage in engster Beziehung steht, einleitungsweise zu streifen. Immerhin ist er eingehender behandelt, als in der ersten Auflage. Wie im alten Deutschordensland Preußen seit 1618 die Versprechungen der vorausgehenden Lehensverträge gehalten worden sind, mag man in einer kürzlich erschienenen Schrift (Dr. Warmiensis, Katholicismus und Protestantismus in Ostpreußen einst und jetzt. Braunsberg, 1898) des Genaueren nachlesen, die in der Denkschrift mehrfach benutzt ist. „Die freie Religionsübung wurde vielfach beschränkt, der Uebertritt zur katholischen Kirche sehr erschwert, die landesherrliche Episkopalgewalt den Katholiken gegenüber, z. B. in Ehesachen, Anordnung von Kirchengebeten, beansprucht und geltend gemacht; bei Erwerbung von Landbesitz im Herzogthum wurden den Katholiken auf alle Weise Schwierigkeiten bereitet; im Laufe von zwei Jahrhunderten ist kein Katholik zu einem höheren Amte gekommen. Die rechtliche Stellung der Katholiken ließ so ziemlich alles zu wünschen übrig" (S. 2). Ein ähnliches Bild zeigt die an den Kaiser gerichtete Beschwerdeschrift von 1663 über die Behandlung des Religionswesens in den westlichen Landestheilen (S. 3), die Mittheilungen über „die systematisch durchgeführte Protestantisirung des großen Grundbesitzes" insbesondere in Ermland und die Protestantisirungsmachenschaften in Westpreußen (S. 5—6). Solche Dinge muß man gelesen haben, wenn man die heute namentlich im Osten herrschenden Zustände überhaupt verstehen will. Wenn es in den Rheinlanden nicht so weit kam, so ist dies hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß sie viel später an Preußen kamen und daß die katholische Bevölkerung zu einer Zeit, wo sie überhaupt noch widerstandsfähig war, anfing, sich ihrer Haut zu wehren.

Ein sehr interessantes neues Detail enthält die Statistik der allgemeinen Staatsverwaltung, die s. Z. durch das kolossale Mißverhältniß zwischen katholischen und protestan-

tischen Beamten in den höheren Stellen so besonders großes Aufsehen erregte. Schon in der ersten Auflage wurde scharf betont, daß bei der Justizverwaltung die Zurücksetzung unmöglich durch ungenügendes Angebot geeigneter Kräfte zu erklären sei, da wenigstens im Rheinland und ganz besonders in Westfalen die katholische Bevölkerung sich mit einer gewissen Vorliebe dem Rechtsstudium zuwende. Dieser Satz wird jetzt glänzend bestätigt durch die Einbeziehung der Amtsrichter. Es hat gewiß sehr große Mühe gekostet, die Confession dieser Hunderte von Amtsrichtern festzustellen, aber es war der Mühe werth. Jetzt wissen wir, daß das Rheinland 196 katholische und nur 56 protestantische Amtsrichter stellt, Westfalen 124 gegen 65. In beiden Provinzen, besonders aber in Westfalen, ist die Zahl der katholischen Amtsrichter erheblich stärker, als nach dem Confessionsverhältniß zu erwarten wäre. Und dabei sind in Westfalen sämmtliche Landgerichtspräsidenten und 11 von 14 Landgerichtsdirektoren protestantisch! Wer da noch von „Zufall" reden will, muß über einen wahren Köhlerglauben verfügen.

In dem großen Kapitel „Schulverwaltung" ist beim Abschnitt Universitäten die Statistik der Histor.-polit. Blätter (Bd. 121, S. 275 ff.) aufgenommen, laut welchem in Preußen auf 1182 Professoren und Privatdocenten 121 Katholiken kommen. Das ist kaum mehr als der zehnte Theil, und gerade hier wird neben dem nachdrücklichen Appell an die Gerechtigkeit die Initiative der Katholiken einzusetzen haben. Thatsächlich ist das Angebot von Privatdocenten gegenwärtig viel zu schwach, als daß an einen baldigen Ausgleich zu denken wäre. Daß man in den 70er Jahren einem katholischen jungen Manne nur dann zur Habilitirung rathen konnte, wenn er mit einem goldenen Löffel geboren war, ist ja richtig, und die Nachwirkung dieser Verhältnisse auch auf die spätere Zeit steht außer Zweifel, aber so schlecht wie vor 25 Jahren liegen die Dinge doch nicht mehr, und die Möglichkeit einer später wieder möglichen Verschlechterung

müssen die wohlhabenden katholischen Familien mit in den Kauf nehmen.

Aus dem Abschnitt Gymnasien und Realschulen heben wir die Bemerkungen über den katholischen Charakter des Gymnasiums zu Düsseldorf hervor (S. 119), sowie die Frequenz-Statistik, welche im letzten November-Ergänzungsheft des Centralblattes für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen erschien (S. 127). Sie ergibt eine weit stärkere Betheiligung des katholischen Elements an den humanistischen als an den Realanstalten. Dort beträgt die Procentziffer 29, hier nur 12, ein Verhältniß, das sich unbedingt ändern muß. Auch „die Zahl der Katholiken, die sich dem höheren Lehramte widmet, genügt dem stets wachsenden Bedürfnisse bei weitem nicht mehr". Der Grund ist jedenfalls zum Theil in dem wachsenden Andrang zur katholischen Theologie zu suchen; dorthin wenden sich jetzt manche Kräfte, die bei Fortbestand der Culturkampfszustände eher geneigt gewesen wären, sich dem höheren Lehramte zuzuwenden. Auch hier tritt die Bevorzugung der humanistischen Richtung deutlich zu Tage, während unter den Neuphilologen und Mathematikern der katholische Bevölkerungstheil entschieden rückständig ist. Aendert sich das nicht, „dann ist die äußerste Gefahr in Sicht, daß die Katholiken nicht bloß die ‚Simultan'-Anstalten wenigstens im Osten der Monarchie vollständig verlieren, sondern daß auch noch an die ohnehin so spärlichen rein katholischen Anstalten protestantische Lehrer in großer Zahl gelangen".

Für die Verhältnisse der Volksschulen konnten die Verfasser ausgiebig (S. 135—41) das Material einer soeben erschienenen Schrift des Abgeordneten Dasbach über die Imparität im Volksschulwesen benutzen. In derselben wird aktenmäßig dargelegt, wie es bei der Errichtung katholischer und protestantischer Schulsysteme bezw. ihrer Uebernahme auf die Gemeinde-Etats zugeht. Die in der Denkschrift mitgetheilten Fälle aus Hünfeld (Hessen-Nassau),

Eckenheim und Preungesheim bei Frankfurt a. M. stellen sich den Schulkämpfen in den katholischen Gemeinden der Umgebung Berlins zur Seite. Sehr lehrreich ist auch die vergleichende Tabelle (S. 143) der katholischen Diaspora-Schulen im Bezirke Merseburg, der protestantischen im Bezirke Minden: dort Privatschulen mit 118 und 202, hier öffentliche Schulen mit 7, 12, 13, 15, 16 und 18 Kindern!

Nur wenige Erweiterungen zeigt der Abschnitt über Säcularisation und Staatsleistungen, dagegen wird über die katholischen Stiftungsfonds eine Menge neuen Materials beigebracht. Man lese den Bericht, den 1854 Hermann v. Mallinckrodt Namens der Commission für die Otto'schen Anträge (betr. die im Besitz des Staates befindlichen katholischen Kirchen- und Schul-Fonds und Herstellung der verfassungsmäßigen Parität auf dem Gebiete des Unterrichtswesens) erstattete, die Ausführungen über den Provinzialschulfonds in Posen, den Erfurter Universitätsfonds und Amplonianischen Schulfonds, den Fonds des Marienstiftes zu Erfurt, den dortigen Kirchen- und Schul-Fonds — da sieht man, wie viel auch nach erfolgter Säcularisation noch ganz leise und allmählich wegverwaltet worden ist. „Die Wüste der Imparität", von der damals Mallinckrodt sprach, „tritt uns auch heute noch entgegen, wenn wir kritisch den Blick über die verschiedenen Verwaltungsarten der einzelnen Fonds schweifen lassen" (S. 196).

In der ersten Auflage war der historisch-statistischen Betrachtung nur ein knappes Nachwort über Bedeutung und Bekämpfung der Imparität beigefügt. Jetzt ist dasselbe von 14 auf 46 Seiten angewachsen, hauptsächlich durch den Umstand, daß aus den früheren kurzen Antworten auf die „Einwürfe der Gegner" ein eigenes Kapitel (S. 202—230) geworden ist. Laut dem Vorwort ist dasselbe „unter dankenswerthester Mitarbeit hervorragender Theologen" zu Stande gekommen. Die Tragweite der Aussprüche mittelalterlicher Päpste, die Verbindlichkeit päpstlicher Kundgebungen überhaupt (wobei

u. a. die Septennatsfrage zur Sprache kommt), die Mitwirkung katholischer Beamten bei Durchführung staatlicher Gesetze, der Syllabus, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der christlichen Confessionen, gewisse Lehren alter und neuerer Moraltheologen, Ultramontanismus, jesuitische Richtung, Patriotismus und Nationalgefühl der deutschen Katholiken — wie man sieht, alles Gegenstände, die zur Culturkampfszeit das stehende Thema der Zeitungspolemik und parlamentarischen Debatte bildeten und auch heute noch jeden Augenblick verwendet werden, sei es zur confessionellen Polemik im Allgemeinen, sei es speziell, um die Imparität principiell zu stützen. Namentlich dem katholischen Journalisten wird diese knappe, fast auf jeden Apparat verzichtende, lediglich die Hauptlinien zeichnende grundsätzliche Erörterung hochwillkommen sein. Es ist eine Art von kirchenpolitischem Programm, eine Sammlung von Thesen, an welche die weiter ausholende und tiefer eindringende Diskussion leicht anknüpfen kann und hoffentlich in der Fachliteratur anknüpfen wird. An Meinungsverschiedenheiten in diesen schwierigen Materien wird es ja nicht fehlen. Möge die weitere Behandlung erfolgen in einer Weise, wie sie die (uns bekannten) Mitarbeiter an diesem Abschnitt verlangen dürfen: Ernst, gründlich, ohne überflüssige Zugeständnisse an den „Geist der Zeit", das heißt die gerade überwiegende Tagesmeinung, aber auch ohne die vielfach so verhängnißvoll wirkende Engherzigkeit, welche das historisch Gewordene und geschichtlich Vergängliche mit dem ewig Gültigen, und diese oder jene Schulmeinung mit dem Dogma verwechselt.

Aus der Vorrede erfahren wir, es sei den Verfassern „hier und da in katholischen Kreisen verdacht worden, daß sie freimüthig und offen die im eigenen Lager noch bestehenden Mißstände dargelegt und auf deren Beseitigung gedrungen haben". Das ist thöricht. „Wir wollen uns weder von den andern etwas vormachen lassen, noch uns selbst etwas vormachen, sondern Klarheit und Wahrheit

nach allen Seiten schaffen". Jawohl, nach allen Seiten, auch nach der eigenen. Oder glaubt man denn wirklich, daß eine im Lebensinteresse der deutschen Katholiken liegende Aktion sich durchführen lasse bloß mit der Darlegung des fremden Unrechts, ohne die allseitige gründliche Erkenntniß der Entstehungsgründe des gegenwärtigen Zustandes? Ist man denn wirklich naiv genug, zu glauben, diese Aktion werde ihre anfängliche Energie bewahren, solange nicht die katholische Jugend und die auf sie Einfluß besitzenden Kreise moralisch gezwungen werden, nicht nur zu klagen, sondern auch zu handeln? Oder meint man, solche unbequeme Wahrheiten würden allgemein begriffen und in Thaten umgesetzt werden, solange man sich damit begnügt, sie einander in vertrautem Kreise einzugestehen, anstatt sie auf dem offenen Markt Allen in die Ohren zu schreien, die es angeht? Man breche doch am Ende des Jahrhunderts der Oeffentlichkeit mit der Arcandisciplin. Es mag ja lästig sein, wenn die Gegner sich hinter einem offenen Wort ehrlicher Selbstkritik verschanzen, es als Vorwand benutzen, um der Imparität das Leben zu fristen, aber ein Schaden sind diese papierenen Manipulationen doch wahrlich nicht. Helfen wird es den Herrschaften doch nichts auf die Dauer, dafür ist die Rechnung, die ihnen in dieser Denkschrift aufgemacht wird, doch gar zu klar, und auf der andern Seite können wir die Selbsterkenntniß und Selbstbesserung nicht entbehren. Sind wir erst einmal — und das gilt durchaus nicht nur vom Paritätsgebiet — mit uns selbst zufrieden, dann wird die lebendige Bewegung wieder einschlafen, und um unserer schönen Augen willen oder aus dem bloßen Gefühl begangenen und fortbestehenden Unrechts wird man da drüben nicht oft einen Finger rühren. Daß die Verfasser vor einem Jahr nicht nur statistisch gejammert, sondern auch dargelegt haben, was wir selbst thun können und müssen, um dem Jammer ein Ende zu machen, daß sie jetzt noch deutlicher geworden sind, rechnen wir ihnen zum besonderen Verdienste an.

Und so möge man fortfahren, ohne sich durch illoyale Polemik auf der einen, durch Aengstlichkeiten auf der andern Seite beirren zu lassen. Es hat schon geholfen. Seit dem Beginn der energischen Paritätsaktion, die bekanntlich nicht erst mit der Denkschrift eintrat, ist schon manche Ernennung erfolgt, die sonst ganz gewiß nicht erfolgt wäre, und wenn auch in letzter Zeit wieder Dinge vorgekommen sind, die optimistische Hoffnungen zurückdrängen, so dürfte doch die Kreuzzeitung noch häufiger Anlaß zu „Beklemmungen" bekommen, wie damals, als das Entsetzliche geschah und ein Katholik zum Oberpräsidenten ernannt wurde. Wenn man aus vertraulichen Aeußerungen hier und da erfährt, wie unbequem dieser „Rummel" solchen Leuten ist, denen früher die Reservirung der höheren Beamtenstellen für den Protestantismus als etwas vollkommen Selbstverständliches galt, wenn man das Vergnügen beobachtet, mit welchem katholische Beamtenkreise diese Bewegung verfolgen, auch solche, die den Trägern derselben politisch und selbst kirchlich mehr oder weniger fern stehen, dann sieht man keinen Grund, die Taktik zu ändern. Im Gegentheil, dieser Weg muß zielbewußt weiter verfolgt werden. Die Denkschrift von 1897 darf nichts sein als ein Markstein und Wegweiser, aber nicht das Ziel. Sie muß in angemessenen Zwischenräumen, stets „neubearbeitet und erweitert", wieder aufgelegt werden, und wenn die Detailuntersuchung für einzelne Landestheile und Materien ergänzend hinzutritt, desto besser. Auch die Beschränkung auf Preußen ist durchaus nicht nöthig. Wie wäre es z. B., wenn auch in Bayern einmal gründlich in gewisse Winkel hineingeleuchtet würde? An Beleuchtungs-Material soll es nicht fehlen.

X.

Zur Schulfrage in Oesterreich.[1]

Im Jahre 1844 schrieb Karl Ernst Jarcke in einer für einen hohen österreichischen Staatsmann (Metternich?) bestimmten, „über das Verhältniß der Staatsgewalt zum geistigen Leben der Nation" handelnden Denkschrift die tiefernsten Worte:

„Die Volksschule soll nicht eine Bildung in die niederen Klassen werfen, welche diese aus ihrer Sphäre reißt. Noch weniger soll sie sich zum Zwecke setzen, die Massen durch rationalistische Aufklärung der Kirche zu entfremden. Sie soll dem Volke die Elementarkenntnisse, d. h. außer der christlichen Glaubens- und Sittenlehre: Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen. — Die große Erzieherin des Volkes ist und bleibt die Kirche. So wird auch die Volksschule ihrer Idee nach als eine Hilfsanstalt der Kirche betrachtet, und in die nächste und innigste Beziehung zu den Bischöfen und Pfarrern gebracht werden müssen. Freilich hängt hierbei alles davon ab, ob die Geistlichkeit selbst von einem echt kirchlichen Geiste beseelt ist. — Der Radikalismus unserer Zeit hat es vornehmlich in allen deutschen Landen auf die Volksschullehrer abgesehen. Dieses Standes will er sich für seine Zwecke bemächtigen, sich in ihm ein weltliches Rabbinat bilden, um dieses dem Priester-

---

1) Vgl. den früheren Artikel in Bd. 122, S. 790—800.

thum gegenüberzustellen, und mit dessen Hilfe die niederen Stände für seine Umwälzungspläne vorzubereiten. Die Bildung der Elementarschullehrer darf daher keine Regierung aus dem Auge verlieren. Von dieser Seite her droht der bestehenden Ordnung Deutschlands eine Gefahr, die um so größer ist, je weniger sie erkannt oder beachtet wird".[1])

Jarcke, dieser seltene Mann mit dem weitausschauenden Geiste und mit dem für Oesterreichs Wohl so warmfühlenden Herzen, sank ins Grab — 1852, erst 51 Jahre alt — mit dem Bewußtsein, daß seine wohlbedachten und wohlgemeinten Rathschläge umsonst gewesen wären. Die Veröffentlichung der Denkschrift ist nämlich mit der Bemerkung versehen: „Diese Denkschrift hatte im praktischen Leben nicht den allermindesten Erfolg". Dies trifft indessen nicht zu. Das tolle Revolutionsjahr 48 hatte auch in den leitenden Kreisen Oesterreichs eine heilsame Lehre hinterlassen. Man fand es für gerathen, auf die Rathschläge und Warnungen Jarcke's einzugehen und das Schulwesen nach seinen Ideen einzurichten; dies um so mehr, als der jugendliche Monarch Franz Joseph I., der unter den denkbar ungünstigsten Umständen das Erbe seiner Ahnen angetreten, den entschiedenen Willen kundgegeben hatte, die Kirche der staatlichen Fesseln zu entkleiden und ihrer friedlichen Wirksamkeit freie Bahn zu schaffen.

1855 kam das österreichische Concordat zu Stande. Die Morgenröthe einer besseren Zukunft schien über der durch den Josephinismus so schwer geschädigten Kirche und damit auch über dem alten ehrwürdigen Kaiserstaate aufgegangen zu sein. Mit dem Concordate kam auch die sogenannte Concordatsschule. Dieselbe stand ganz unter der Leitung der Kirche, wie Jarcke es wollte; sie galt als eine Hilfs-

---

1) Vermischte Schriften von Karl Ernst Jarcke. Paderborn, Schöningh, 1854. 4. Bd. S. 228 ff.

anstalt der Kirche und die Lehrer galten als die Gehilfen der Pfarrer. Natürlich war auch die Bildung der Lehramtskandidaten der Aufsicht der Kirche unterstellt. Das war die Concordatsschule, die vielgeschmähte, bei deren Namen schon jeder liberale Lehrer ein geheimes Gruseln empfindet.

Nur 14 Jahre Lebenszeit waren der Concordatsschule beschieden. Sie erlag dem Ansturme ihrer Feinde, deren es gleich im Anfange sehr viele und einflußreiche gab. Der kirchenfeindliche Bureaukratengeist in der Beamtenwelt konnte sich mit ihr nicht abfinden; ferner war ihr der auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft herrschende Rationalismus spinnefeind; die große Masse der Bevölkerung stand ihr indifferent gegenüber. Ihr schärfster Gegner aber war der von der einflußreichen jüdischen Presse unterstützte religiöse und kirchenpolitische Radikalismus.

Auch wäre es falsch und den Thatsachen nicht entsprechend, wollte man behaupten, bei der Zerstörung der Concordatsschule wäre der Klerus ganz ohne Schuld gewesen. Wir dürfen es uns nicht verhehlen, daß auf Seiten der Geistlichkeit manche Fehler begangen worden sind. Es mangelte vielfach das Verständniß und auch das Geschick, die durch das Concordat geschaffene günstige Situation voll und ganz im Dienste der Kirche und des christlichen Volkes auszunützen. Vieles wurde versäumt, gerade auch auf dem Gebiete des Schulwesens. Und ganz gewiß wäre die jetzige Lehrerschaft nicht so bitter auf die Concordatsschule zu sprechen, wenn nicht ihre „Concordatscollegen" vielfach eine wenig würdige Behandlung seitens vieler Pfarrherren erfahren hätten. Die Lehrer sind ihrem Berufe nach Gehilfen, aber nicht Diener des Pfarrers.

Vergesse man indessen nicht, daß der unselige, bis auf den heutigen Tag noch nicht überwundene Josephinismus es eigentlich war, welcher den Klerus den rechten Standpunkt gegenüber der Lehrerschaft nicht finden ließ. Statt sich als Beamten ihrer Kirche zu fühlen, dazu berufen, die

Menschheit für Christus zu erziehen und das Reich Christi, des Sohnes Gottes aufzubauen, fühlten sich die meisten geistlichen Herren noch als Beamten des Staates, wie sie es in der Blüthezeit des Josephinismus zu thun gewohnt waren. Von dem staatlichen Beamtenthume wurden sie auch nicht anders denn als Diener des Staates, als eine Art staatlicher Sittenpolizei, betrachtet und behandelt. Und wie die staatlichen Bureaukraten die geistlichen Herren behandelten, so behandelten diese hinwiederum auch die ihnen unterstellten Lehrer. So übte der Josephinismus seine verderblichen Consequenzen überallhin aus.

Angesichts dieser Thatsachen ist es leicht erklärlich, daß der Radikalismus mit der Concordatsschule ein verhältnißmäßig leichtes Spiel hatte. Nach dem unglücklichen Kriegsjahre 66 glaubte er einen entscheidenden Schlag wagen zu dürfen. Es wurde die Märe ausgesprengt, daß das österreichische Heer bei Königgräß deßhalb unterlegen sei, weil es in Bezug auf Schulbildung dem preußischen Heere weit nachgestanden wäre und daß auf den böhmischen Schlachtfeldern eigentlich der „Schulmeister" gesiegt hätte. Man glaubte dieser Mär, ohne zu bedenken, daß sie ganz willkürlich aus der Luft gegriffen war. Um ein Haar wäre die Schlacht bei Königgräß für den preußischen Schulmeister verloren gewesen; nur das rechtzeitige Eingreifen des preußischen Kronprinzen und die dadurch gewonnene militärische Uebermacht führte den Sieg herbei. Doch soweit dachte man nicht. Die hochgradige Niedergeschlagenheit, welche sich damals der ganzen Bevölkerung Oesterreichs bemächtigt hatte, raubte ihr jede ruhige Ueberlegung und war nur zu sehr geneigt, die abenteuerlichsten und ungereimtesten Dinge für Wahrheit hinzunehmen. Man fand einen gewissen Trost bei dem Gedanken, daß es dem geschlagenen österreichischen Soldaten nicht an Muth, sondern nur an Schulbildung gefehlt hätte.

Den Fall auch gesetzt, daß das österreichische Heer wegen

mangelnder Schulbildung in dem böhmischen Feldzuge den Kürzeren gezogen hätte; was hatte die Concordatsschule damit zu schaffen? Hatte diese das vermeintliche Manco an Schulbildung auf dem Gewissen? Thorheit. Von den Soldaten, welche bei Königgrätz fochten, war nur ein minimaler Bruchtheil durch die Concordatsschule gegangen. Die meisten waren schon längst der Schulbank entronnen, ehe die Concordatsschule ihre Thätigkeit begann.

Wir wollen damit übrigens keineswegs in Abrede stellen, daß die Leistungen der Concordatsschule Manches zu wünschen übrig ließen. Das kam aber nicht daher, daß diese Schule mit der Kirche so enge verbunden war. Wahrlich nicht. Die Kirche und ihre Diener haben gar kein Interesse daran, das Volk in Unwissenheit aufwachsen zu lassen. Im Gegentheil kann es der Kirche nur erwünscht sein, wenn sie es mit einer Bevölkerung zu thun hat, die in allem für's Leben Nothwendigen Bescheid weiß, die klar im Denken und fest im Willen ist. Was der Concordatsschule fehlte, war eine thatkräftigere Unterstützung seitens des Staates und der Gemeinden. Wären für sie die Mittel aufgewendet worden, welche heutigentags der Neuschule zufließen, ohne Zweifel hätte die so viel verläumdete, weil mißkannte Concordatsschule eine glänzende Entwickelung genommen.[1]) Der heutigen Schule Preußens stünde sie ganz gewiß in nichts nach.

---

1) Professor A. L. Hickmann liefert in seiner anläßlich des jüngsten Kaiserjubiläums veröffentlichten „Jugendhalle" folgende interessante Daten: Schulbesuchende Kinder zählte man 1848: 1,425,000; 1875: 2,150,000; 1896: 3,400,000. Die Kosten des Volksschulwesens betrugen in den genannten Jahren: 2,800,000 fl.; 9,000,000 fl.; 45,000,000 fl., was auf einen Bewohner 15 Kr. — 41 Kr. — 1 fl. 90 Kr. ausmacht. Wäre für die Concordatsschule — von 1855 bis 1869 — 1 fl. 90 Kr. per Kopf ausgegeben worden, wie ganz anders wäre sie dagestanden! — In der Stadt Prag gibt es pro 1898 19,276 schulpflichtige Kinder; und das Schulbudget der Stadt hat 830,568 fl. ordentliche und 403,000 fl. außerordentliche Ausgaben, zusammen 1,233,568 fl. Für ein Schulkind gibt demnach Prag nicht weniger als ca. 64 fl. aus.

Aber man wollte sie überhaupt nicht. Sie war eine Hilfsanstalt der Kirche. Darum und nur darum hatte man ihr den Untergang geschworen. Man haßte die Kirche, darum haßte man auch die Concordatsschule. Statt der Kirche und durch die Kirche der monarchischen Staatsordnung zu dienen, sollte die Schule vielmehr ein Mittel sein, „die Massen durch rationalistische Aufklärung der Kirche zu entfremden“ und „die niederen Stände für die Umwälzungspläne (der geheimen Gesellschaften) vorzubereiten“. Nach 66 war denn die Zeit gekommen, zum Schlage auszuholen. Es kam der Minister Beust und mancher andere gleichgesinnte Staatskünstler. Sie alle arbeiteten, bewußt oder unbewußt, dem Radikalismus in die Hände.

Im Jahre 1868 erschienen die „grundsätzlichen Bestimmungen über das Verhältniß der Schule zur Kirche“. Der § 3 lautete: „Die vom Staate, von einem Lande oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten sind allen Staatsbürgern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zugänglich“. Damit waren denn die öffentlichen Schulen jeglichen confessionellen Charakters entkleidet und zu reinen Simultananstalten geworden. Die nächste Folge war, daß auch aller Unterricht, der Religionsunterricht natürlich ausgenommen, ein confessionsloses Gepräge erhalten mußte. Im § 2 wurde auch ausdrücklich gesagt, daß „der Unterricht in den übrigen Lehrgegenständen unabhängig von dem Einflusse jeder Kirche oder Religionsgesellschaft“ sei. Mit dieser „grundsätzlichen Bestimmungen“ war denn die alte Concordatsschule endgiltig abgethan. Das Volksschulwesen war auf eine ganz neue Basis gestellt. Die Schule erschien nicht mehr als eine Hilfsanstalt der Kirche; sie war etwas Selbständiges geworden, eine selbständige Anstalt mit selbständiger Aufgabe.

Die innere Einrichtung und genauere Zielbestimmung dieser Neuschule erfolgte durch das Gesetz vom 14. Mai 1869.

In diesem Gesetze wurde als Ziel der Neuschule die *sittlich-religiöse Erziehung* der Kinder hingestellt. Denn der § 1 sagt: „*Die Volksschule hat zur Aufgabe, die Kinder sittlich-religiös zu erziehen*". Der Anschauung des Christenthums entspräche es freilich besser, wenn es statt „sittlich-religiös" „religiös-sittlich" hieße, da im Christenthum jegliche Sittlichkeit auf der Religion basiren und aus ihr herauswachsen muß, wenn sie für die Erreichung des Lebenszieles, d. h. für die Vereinigung mit Gott, Werth haben soll. Indessen wollen wir nicht um Worte streiten. Sicherlich kann auch der Ausdruck „sittlich-religiös" nicht anders gedeutet werden, als daß die Kinder zu einer solchen Sittlichkeit erzogen werden, welche ihren *religiösen Begriffen und Anschauungen entspricht*.

Mit *diesem* Ziele könnte sich die Kirche schon zufrieden geben. Das Gesetz verspricht ja die sittlich-religiöse Erziehung der Kinder, natürlich für die katholischen Kinder die sittlich-religiöse Erziehung im Geiste der katholischen Kirche, was schon dadurch hinreichend documentirt ist, daß der katholische confessionelle Religionsunterricht als obligater Gegenstand in den Lehrplan aufgenommen ist. Das *Ziel*, das die Neuschule nach dem Gesetze erreichen soll, ist für die Kirche annehmbar. Wären mit diesem Ziele auch die rechten Mittel in Einklang gebracht worden, dann wäre gegen die Neuschule nicht viel einzuwenden. Aber das ist nicht geschehen. Das Mittel, welches das Gesetz für die Realisirung der Aufgabe der Schule in Anwendung bringt, ist total verfehlt.

Soll das Kind sittlich-religiös erzogen, soll es zu einem sittlich-religiösen *Charakter* durchgebildet werden, dann reicht es wahrlich nicht aus, daß das Kind nur zweimal in der Woche von einem Geistlichen Religionsunterricht empfängt. Mit zwei wöchentlichen Religionsstunden ist wohl etwas für die Erziehung gethan, aber nur der geringste Theil. Zur

Belehrung muß das Beispiel des Erziehers und die Gewöhnung hinzukommen. Fehlt das Beispiel und die Gewöhnung, dann hängt die Belehrung in der Luft; sie vermehrt wohl das Wissen, bleibt aber ohne bestimmenden nachhaltigen Einfluß auf den Willen. Und doch kommt bei der Erziehung alles auf die Bildung und Stärkung des Willens an. Dafür aber hat das Schulgesetz nicht gesorgt; es konnte auch nicht sorgen, ohne mit sich selbst in unlösbaren Widerspruch zu gerathen.

Beispiel und Gewöhnung muß der Lehrer bieten. Das liegt in der Natur seines Berufes und seiner Stellung dem Kinde gegenüber. Er ist der berufene Pädagoge. Er hat das Kind tagein tagaus in seinem Unterricht, unter seiner Zucht. In ihm sieht das Kind sein Vorbild. Seine Worte sind ihm Glaubenssätze, sein Beispiel ist ihm Richtschnur für sein eigenes Thun. Daraus ist klar, daß bei einem katholischen Kinde die sittlich-religiöse Erziehung im Geiste der Kirche nicht gelingen wird und auch gar nicht gelingen kann, wenn sein Lehrer nicht selbst ein musterhafter Katholik ist, der in all seinem Unterrichte, weit entfernt etwas vorzubringen, was im Widerspruche stünde mit den sittlich-religiösen Begriffen und Anschauungen der Kirche, vielmehr absichtlich und positiv darauf hinarbeitet, das Kind in der kirchlichen Welt- und Lebensauffassung, die es im Religionsunterrichte hört, zu bestärken und zu befestigen.

Nach dem Gesetze aber braucht der Lehrer von katholischen Kindern selber gar kein Katholik zu sein. Denn § 6 der „grundsätzlichen Bestimmungen“ lautet: „Die Lehrämter an den öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten sind für alle Staatsbürger gleichmäßig zugänglich, welche ihre Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen haben“. Darnach könnten selbst Juden und Muhamedaner Lehrer von katholischen Kindern sein! Und ist der Lehrer ein liberaler Katholik, dann wird er gewiß aus seinen liberalisirenden religiösen

Anschauungen kein Hehl machen. Er braucht dies auch gar nicht; denn § 2 der „grundsätzlichen Bestimmungen“ sagt: „der Unterricht in den übrigen Lehrgegenständen (außer der Religion nämlich) ist unabhängig von dem Einflusse jeder Kirche oder Religionsgesellschaft“. Ein liberaler Lehrer kann demnach in seinem Unterrichte einer Welt- und Lebensauffassung huldigen, welche in direktem Gegensatze zu derjenigen steht, welche das Kind in seinem Religionsunterrichte vernimmt; „gesetzlich“ ist ihm das erlaubt. Welch ein pädagogischer Unsinn!

Es wird behauptet, daß Minister Hasner, der Schöpfer der Neuschule, nur deßhalb Religion in den Lehrplan der Neuschule aufgenommen habe, um der Kirche einen Beruhigungsbrocken darzubieten. So schrieb die „Deutsch-österreichische Lehrerzeitung“ am 1. März 1897: „Das war der größte Irrthum Hasners, daß er glaubte, durch Festsetzung eines obligaten Religionsunterrichtes den Frieden mit der Geistlichkeit erkaufen zu können. Den Schulgegnern ist der Appetit mit dem Essen gekommen, sie wollen nichts oder alles; das Nichts hätte ihnen gebührt und der Friede hätte sich leichter sichern lassen. Aber was nicht ist, kann werden, es ist noch lange nicht aller Tage Abend“.

Ob Minister Hasner sich wirklich nur durch Opportunitätsgründe zur Aufnahme der Religion in seine Neuschule hat bestimmen lassen, mag dahingestellt sein. Jedenfalls ist es ein pädagogischer Nonsens, was er geliefert hat. Ein Nonsens aber hat keine Existenzberechtigung. Er muß früher oder später verschwinden.

Es gibt nur zwei Wege, diesen Nonsens aus der Schulgesetzgebung zu entfernen: Entweder wird die Schule wieder zu einer confessionellen umgestaltet und zu einer Hilfsanstalt der Kirche gemacht, wie es die Bischöfe haben wollen; oder sie wird ganz von der Kirche getrennt, die Religion wird aus dem Lehrplane gestrichen und die Schule

wird zu einer bloßen Unterrichtsanstalt für praktische Elementarkenntnisse degradirt. So wollen es die Lehrer.

Auf der Generalversammlung des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes“ zu Brünn (August 1898) wurde es unverhohlen und ganz offiziell herausgesagt, daß man die Religion in der Schule nicht weiter mehr haben wolle. Man berieth nämlich einen neuen Schulgesetzentwurf, als Gegenstück zu dem schon erwähnten Schulantrage Ebenhochs. Und der § 1, welcher das Ziel und den Zweck der Schule angibt, wurde also gefaßt:

„Die Volksschule, die sich in die allgemeine Volks- und in die Bürgerschule gliedert, hat die Aufgabe, die Kinder zu sittlich guten Menschen und festen Charakteren zu erziehen, ihre leiblichen und geistigen Anlagen zu entwickeln, sie mit den für jeden Staatsbürger erforderlichen Kenntnissen und Fertigkeiten auszurüsten und in ihren Herzen die Liebe zu ihrem Volke zu wecken und zu pflegen“.

Ganz die atheistische Schule des republikanischen Frankreich!

Referent dieses Lehrer-Schulgesetzentwurfs war Christian Jessen, ein aus Norddeutschland stammender Lehrer an einer protestantischen Privatschule in Wien. Er ist Redakteur des Organs des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes“, der „Deutsch-österreichischen Lehrerzeitung“, und gilt als Hauptführer des genannten Bundes. Zur Begründung des § 1 äußerte er sich also:

„Der Volksschule kann die Aufgabe einer religiösen Erziehung nicht gestellt werden. Die Religion kleidet sich immer in das Gewand einer Confession; da nun die Schule Kindern und Lehrern aller Confessionen zugänglich ist, so müssen sich zahlreiche Fälle ergeben, in denen für einen confessionellen Religionsunterricht die Lehrer fehlen . . . . Es wirft sich die weitere Frage auf: Hat der Staat ein Interesse daran, daß ein Religionsunterricht, der ja der Natur der Sache nach nur confessionell sein kann, in der Schule ertheilt werde? Die Antwort lautet: Nein, denn der Staat selbst ist bekenntnißlos,

es gibt keine Staatsreligion. Ob das Kind mit dem katholischen Glaubensbekenntnisse aufwächst, ob es protestantisch, jüdisch oder muhamedanisch ist — den Staat kümmert das nicht ... Aber, fragt der Staat Niemanden: Was glaubst Du? so richtet er dafür an Jeden die Frage: Wie handelst, was thust Du? Das Verhalten jeden Staatsbürgers muß sich innerhalb jener Schranken bewegen, die durch das Sittengesetz gezogen sind. Daß Niemand morde, stehle, falsche Eide schwöre, das muß der Staat im Interesse seiner Selbsterhaltung verlangen, das muß der Jugend von Staatswegen ins Bewußtsein gepflanzt werden. Folglich muß eine Unterrichts- und Erziehungsanstalt, die der Staat durch ein Staatsgesetz schafft, die Jugend sittlich erziehen. Die Heranziehung des religiösen Momentes bei Feststellung der Schulaufgabe ist ein Fehler; die Sittlichkeit allein, getrennt von der Confession, ist durch die öffentliche Schule zu pflegen. — Und wer kann sich im Lichte der Erfahrung der Erkenntniß verschließen, daß die Religion in den öffentlichen Schulen zu einem Einbruchsthore für die streitende Kirche geworden ist? Sie hat der Schule nicht den so oft und so heiß begehrten Frieden, sondern das Schwert gebracht. Ertheilt die Schule den Religionsunterricht, so fällt der Kirche, die gesetzlich das Recht hat, den Religionsunterricht zu überwachen, damit schon ein Stück Schulaufsicht zu. Beaufsichtigt die Kirche den Religionsunterricht, so fordert sie unter Berufung auf den pädagogischen Grundsatz, daß der Unterricht in allen Schulgegenständen harmonisch zusammenstimmen müsse, daß kein Gegenstand zu Widersprüchen gegen einen anderen führen dürfe, vielmehr einer den anderen zu unterstützen habe, die Mitaufsicht über die ganze Schule. Das ist der Schulkrieg, wie wir ihn haben".

Man muß gestehen, vorstehende Begründung der religionslosen Schule wäre nicht übel, wenn nicht eine doppelte falsche Voraussetzung zu Grunde läge. Erstens geht sie von dem heidnischen Gedanken aus, daß das Kind dem Staate gehöre und daß der Staat es erziehen könne, wie er es für gut finde. Dieser Gedanke spukt wohl in den Köpfen mancher Rechtslehrer, Staatsmänner, Bureaukraten und,

wie man sieht, auch mancher österreichischen „Pädagogen“, ist aber grundfalsch, durch und durch unchristlich, dem Naturrecht widerstreitend, das Produkt einer von Gott abgefallenen materialistischen Weltanschauung. Das Kind gehört den Eltern, nicht der Allgemeinheit, nicht dem Staate. Die Erziehungspflicht und damit auch das Erziehungsrecht ist Sache der Eltern. Sie sind es, welche vor Gott und ihrem Gewissen die Erziehung ihrer Kinder zu verantworten haben. Wohl hat der Staat ein Interesse an dem Erziehungs- und Unterrichtswesen; je blühender letzteres ist, um so größere Garantie ist vorhanden für die Entwickelung der staatlichen Wohlfahrt. Sicher hat der Staat auch das Recht, Erziehungs- und Unterrichtsanstalten zu gründen, um eben seine eigenen Interessen zu fördern; nicht aber hat er das Recht, die Rechte Anderer zu kassiren. Das Kind gehört seinen Eltern und das katholische Kind gehört der Kirche. Eltern und Kirche haben ihre Rechte und Pflichten gegenüber dem Kinde. Nimmt demnach der Staat das Schulwesen ganz in seine Hand, muß er es so ordnen, daß Eltern und Kirche in ihren Rechten und Interessen nicht zu kurz kommen.

Der zweite Fundamentalirrthum in der Auslassung Jessens ist die Anschauung, als ob es eine wahre Sittlichkeit ohne Religion gebe, und als ob das Kind zu einem wahren sittlich festen Charakter herangebildet werden könne ohne religiöse Erziehung. Das ist schon deßhalb falsch, weil die Religion geradesogut eine sittliche Pflicht ist, wie etwa die Pflicht, den Mitmenschen zu lieben. Der Mensch hat eben nicht bloß Naturpflichten gegenüber der Menschheit, zu der er gehört, sondern auch gegenüber der Gottheit, von welcher er Leben und Dasein hat. Nur die Pflichten gegen die Mitmenschen und gegen sich selbst als sittliche Pflichten hinstellen, dagegen die Pflichten gegen Gott beiseite lassen, das ist nur da möglich, wo der Glaube an Gott als den Schöpfer und höchsten Herrn aller Dinge aus dem Bewußt-

sein verschwunden ist, im Lager der Atheisten. Den Fall auch gesetzt, die Pflichten gegen die Mitmenschen und gegen sich selbst machten allein den ganzen Pflichtencodex des Menschen aus: von wem hat dieser Pflichtencodex seine Sanktion? Woher seine verpflichtende Kraft? Vom Staate? Von den Philosophen, die eine Ethik geschrieben? Oder gar etwa vom Lehrer, der dem Kinde sagt: Du sollst nicht stehlen? Gewiß, eine Pflichten*lehre*, aus welcher Gott gestrichen ist, und eine Pflichten*erfüllung*, hinter der nicht der allwissende heilige, gerechte, Lohn und Strafe ganz nach Verdienst austheilende Gott steht, ist nichts, ein tönendes Erz und eine klingende Schelle, den Menschen nicht wahrhaft bildend und veredelnd.

Jessen verlangt die Entfernung der Religion aus der Schule auch im *Namen der Religion*. Man höre nur, was er in Brünn darüber sagte:

„Wird nun die religiöse Erziehung, insoferne sie der öffentlichen Schule als Aufgabe zugewiesen ist, zu einem Fallstricke für die Freiheit der Lehrer, so folgt schon daraus, daß sie aus dem Pflichtenkreise der Schule herausgelöst und, wie es eine gesetzlich bestehende Vorschrift auch fordert, der Kirche zugewiesen werden muß. Diese Forderung erheben wir Lehrer nicht etwa aus Feindschaft gegen die Religion: *wir erheben sie aus Religion* .... Die religiöse Erziehung kann nur gewinnen, wenn sie ganz und gar jenem Stande überlassen bleibt, dessen Mitglieder sich aus freiem Entschlusse dem Dienste der Religion gewidmet haben, und wenn der Lehrstand, der seine Aufgabe auf anderen Gebieten hat (!!), nicht zwangsweise vor den kirchlichen Wagen gespannt wird. Hat das katholische Frankreich Kirche und Schule klar und scharf von einander geschieden und fährt das französische Volk dabei wohl (!), so liegt darin zu allem anderen ein schlagender Erfahrungsbeweis für die Zweckmäßigkeit der erhobenen Forderung vor".

Fürwahr, eine originelle Begründung der religionslosen Schule! *Aus* Religion, *keine* Religion in der Schule.

So sonderbar diese Begründung sich auch ausnimmt, so liegt darin bei den heutigen Verhältnissen doch viel Wahrheit. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die heutige österreichische Lehrerschaft mehr oder weniger den atheistischen Standpunkt Jessens theilt; daß sie, insofern sie katholisch ist, dem Glaubensbewußtsein der Kirche ablehnend gegenübersteht; daß sie von tiefem Mißtrauen gegen den Klerus erfüllt ist und daß sie deßhalb außer Stand ist, die religiöse Erziehung der katholischen Kinder günstig zu beeinflussen. Da wäre es, theoretisch gesprochen, im Interesse der Religion freilich besser, dieselbe würde aus der Schule ganz herausgenommen und sonst wohin geflüchtet, wo sie, die reine Himmelstochter, ihre veredelnden Einflüsse auf das kindliche Gemüth eher auszuüben im Stande ist. Aber, müssen wir fragen, ist denn die Schule für die liberale Lehrerschaft da? Hat diese zu bestimmen, wie die Schule eingerichtet sein soll? Wenn den liberalen Herren in der Schule die Religion unbequem ist, gut, dann sollen sie von ihrem Lehrberufe zurücktreten. Für das christliche Volk kann und wird die Beantwortung der Frage: Liberaler Lehrer oder Religion in der Schule? nicht schwer fallen.

Prag. * * *

XI.

Bismarck's Memoiren über den Katholicismus.

Fürst Bismarck war nicht nur ein Meister der Politik und Staatskunst, sondern auch des Stils und der Rede. Bisweilen freilich stockte der Fluß seines Vortrags; aber bei den oft sehr langen Perioden, welche er zu bauen pflegte, hatte der Zuhörer das beruhigende Gefühl, daß jedes Wort an seine richtige Stelle kam und auch der längste Faden kunstgerecht zu Ende gesponnen würde.

Von großer stilistischer Gewandtheit zeugen auch seine „Gedanken und Erinnerungen", welche er am Abend seines Lebens, bei Beginn seiner unfreiwilligen Muße im Sachsenwalde, geschrieben und welche — bis auf das gegenwärtige Jahrzehnt — vom Cotta'schen Verlage in Stuttgart der Oeffentlichkeit übergeben sind.

Bald nach dem Erscheinen derselben sprach sich die politische Tagespresse dahin aus, daß darin „nichts Neues" dem Leser geboten sei, daß das Wesentlichste daraus schon früher von Busch, Hahn, Horst Kohl, „Wiermann" (Geh. Rath Wagener) und auch von Bismarck selbst zur Publikation gelangt sei.

Redakteure und Correspondenten müssen indeß stets sehr flüchtig arbeiten, um ihre Elaborate noch mit den täglichen und nächtlichen Schnellzügen an ihr noch flüchtiger lesendes Publikum zu bringen. Es ist daher leicht erklärlich, wenn

ihnen in den Memoiren Manches entgangen ist, was früher weder Bismarck selbst, noch einer seiner Biographen der Oeffentlichkeit anvertraut hatte.

Es bezieht sich das sowohl auf rein politische wie kirchenpolitische Angelegenheiten. Ja der bekannte Satz des Bischofs v. Ketteler, daß jeder politischen Frage eine religiöse zu Grunde liege, findet gerade eine häufige und drastische Illustration in den Memoiren Bismarcks. Wohl bei zehn verschiedenen Gelegenheiten, außerhalb des vom „Culturkampf" handelnden Specialkapitels, werden wir mitten in einer scheinbar rein politischen Discussion plötzlich überrascht durch die Worte „Katholicismus", „Priester", „Jesuiten", „Freimaurer" u. s. w. Andererseits enthalten aber auch die Memoiren Manches nicht, was wir theils aus früheren Geständnissen des Kanzlers, sowie aus Mittheilungen seiner Freunde wissen. Eine völlig esoterische Geschichtsquelle bilden darum die „Gedanken und Erinnerungen" ebenfalls nicht.

Wir wollen dies an einem Beispiele illustriren. Welches war der innerste Grund, der den Fürsten Bismarck bewogen hatte, der Haupturheber und Hauptbeförderer des „Culturkampfes" zu werden?

Das eigentlich leitende Motiv hierzu dürfte uns der ehemalige Chefredakteur der „Kreuzzeitung", v. Nathusius-Ludom enthüllt haben, der s. Z. erklärte, Fürst Bismarck sei von der Ueberzeugung durchdrungen, er habe von Gott die Mission erhalten, für die „Ausbreitung des Evangeliums" seine Lebensaufgabe einzusetzen. Nach der Schlacht bei Sedan erachtete Fürst Bismarck die Zeit für gekommen, in der er „Herr des Katholicismus" werden konnte.[1]) „Wenn wir", d. h. die preußisch-deutsche neue Macht, „werden Herr des Katholicismus sein, werden die lateinischen Racen von selbst an Bedeutung verlieren".

1) Die Details hierüber sind in jeder ausführlicheren „Geschichte des Culturkampfes" nachzulesen.

Weder von dieser Aeußerung, noch von jener oben erwähnten „Mission“ ist irgendetwas in den Bismarck'schen Memoiren enthalten. Das ist begreiflich. Die Geschichte sagt, daß dem Altreichskanzler weder jene Mission gelungen, noch daß er Herr des Katholicismus geworden — im Gegentheil: Während gerade in Folge des „Culturkampfes“ der Katholicismus sich als die gewaltigste geistige Macht an der Neige des 19. Jahrhunderts darstellt,[1]) ist der Kanzler nicht einmal Herr des auf alle thunliche Art unterstützten Protestantismus geworden. Er mußte vielmehr zusehen, wie an dem seit dreihundert Jahren errichteten Gebäude ein Stein nach dem andern, von oben — durch das rationalistische Professorenthum — wie von unten, durch die Socialdemokratie, abgebrochen wurde, ohne daß er mit aller seiner äußern Macht, die im Vergleich zu der Scheinmacht eines Napoleon I. oder III. die consolidirteste Europas im 19. Jahrhundert war, im Stande gewesen wäre, dem Zerstörungsproceß Einhalt zu thun.

Nachdem der Kanzler den Mund einst gar so voll genommen, nachdem er den Katholicismus sich ebenso sicher wie Frankreich und Oesterreich unterworfen wähnte, nachdem er im öffentlichen Parlamente erklärt: „Nach Canossa gehen wir nicht“, und nachdem er zugelassen, daß dieser Satz zum beständigen Andenken in Stein gemeißelt wurde — ist es erklärlich, daß die Memoiren nichts von der einstigen Siegesgewißheit Bismarcks enthalten, wenn andererseits auch zugegeben werden muß — was s. Z. in diesen Blättern wiederholt hervorgehoben wurde —, daß der Kanzler als Staatsmann den Muth gehabt, die von ihm gemachten Fehler im Parlamente einzugestehen, wie er allein auch die Macht besaß, die von ihm hauptsächlich hervorgerufene Bewegung selbst rückgängig zu machen und dies nicht, wie es constitu-

1) Vgl. v. Hammerstein: Die Zukunft der Religionen, S. 153 f.

tionelle Grundsätze erforderten, einem Nachfolger zu überlassen.

Haben somit Bismarcks Memoiren eine zweifache Lücke in Bezug auf die Frage der Genesis des „Culturkampfes" aufzuweisen, so bieten sie andererseits wieder eine Vervollständigung, für welche der Historiker dankbar sein muß.

Der Kanzler gibt uns nämlich am Schlusse des über den „Culturkampf" handelnden Kapitels die Gründe an, aus welchen er glaubt, daß der in den Jahren 1886/87 zwischen Rom und Berlin getroffene modus vivendi kein dauernder sein werde. Hier begegnen wir zunächst bekannten Ladenhütern aus dem Bismarck'schen Culturkampfs-Arsenal; z. B. ein demnächst regierender „kriegerischer" Papst könnte das Werk des „friedliebenden" Leo XIII. wieder umstoßen; die „Fraktion der beiden Reichensperger" — der Person des Abgeordneten Windthorst ist in den ganzen Memoiren nicht gedacht — könnte aus Abneigung gegen das evangelische preußische Herrscherhaus, welche Abneigung diese Fraktion mit Rom theile, einen neuen „Culturkampf" entzünden; auch seitens der Polen drohe diese Gefahr; überdies sei der Streit zwischen Priestern und Königen uralt.

Mit diesen alten Ladenhütern verbindet Fürst Bismarck ein Argument, welches er bei Lebzeiten anzuführen nicht den moralischen Muth hatte, das aber seine innerste Anschauung über das Wesen des Katholicismus wiederspiegelt, somit auch sein Hauptmotiv bei Inscenirung des Culturkampfes.

Als letzten Grund nämlich, weshalb der 1886/87 vereinbarte modus vivendi nicht von Dauer sein werde, erklärt er den „durch die katholischen Priester genährten A b e r g l a u b e n d e r u n t e r n V o l k s s c h i c h t e n". Dieses Thema ist an und für sich werth, einer näheren Erörterung unterzogen zu werden.

Man würde hier zunächst meinen, daß Bismarck der

Ansicht sei, es sei Pflicht des Staates, diesem „Aberglauben" entgegenzutreten und daß deßhalb der mit Rom getroffene modus vivendi früher oder später staatlicherseits gebrochen werden müßte. Weit gefehlt! Bismarck weiß auch hier den Störenfried in Rom zu finden. In jenem „Aberglauben", sagt er mit einer ihm eigenthümlichen Ungenirtheit, liegt „für die römische Curie eine Versuchung zur Erneuerung des Streites in Deutschland".

Nunmehr wissen wir erst den wirklichen Grund, weßhalb der Kanzler einst nur „die Waffen auf dem Fechtboden niederlegen" wollte. Die „Curie" hätte einmal der Versuchung unterliegen können, den in den untern Volksschichten vorhandenen „Aberglauben" zum Bundesgenossen zu nehmen, um mittels desselben nicht etwa den noch nicht hergestellten status quo, z. B. Zurückberufung der Jesuiten, Wiederherstellung der Verfassungsartikel ꝛc. zu erlangen, nein, um aus purer Streitsucht einen noch nicht substantiirten Conflikt vom Zaune zu brechen.

Zum Beweise seiner weittragenden Behauptung vom katholischen „Aberglauben" weiß Bismarck nur einen einzigen Beleg anzuführen. Er hat ihn anläßlich seiner häufigen Badereisen nach Kissingen zu seinen Erfahrungen gesammelt. Er erzählt darüber (II, 136): „Ich habe im Kissinger Lande deutsche und schulgebildete Bauern gefunden, die fest daran glaubten, daß der am Sterbebette im sündigen Fleisch stehende Priester den Sterbenden durch Verweigerung oder Gewährung der Absolution direkt in die Hölle oder den Himmel schicken könne, man ihn also auch politisch zum Freunde haben müsse. In Polen wird es mindestens ebenso sein oder schlimmer, weil dem ungebildeten Manne eingeredet ist, daß deutsch und lutherisch ebenso wie polnisch und katholisch identische Begriffe seien".

Mit andern Worten heißt das: Katholisch ist abergläubisch, lutherisch aufgeklärt. Freilich soll der „Aberglaube"

nur in den „unteren" katholischen Volksschichten herrschen. Wir wissen nicht, ob Fürst Bismarck für den Protestantismus eine doppelte Religion zu concediren geneigt war, eine für sich und eine für seine lutherische Dienerschaft; im Katholicismus, das hätte er doch während der „Culturkampfs"-Zeit merken können, gibt es keine esoterische und exoterische Lehre. Das, was er Aberglauben nennt, ist genau dieselbe religiöse Ueberzeugung der katholischen Fürsten wie der Bauern.

Was der Kanzler von den Kissinger Bauern erzählt, beweist nur, daß seine lutherisch-theologische Bildung nicht so weit reichte, um die bayerischen Rustikalen richtig zu verstehen. Wenn der bibelfeste Staatsmann einmal in der heiligen Schrift hätte nachlesen wollen, so würde er verschiedene Stellen (Matth. 16, 18, Matth. 18, 18 u. s. w.) finden, aus denen hervorgeht, daß Gott — und Bismarck glaubte ja an die Gottheit Christi — dem Petrus und den Aposteln und damit eo ipso ihren Nachfolgern eine Binde- und Lösegewalt für den Himmel gegeben hat, es somit kein „Menschenwerk" ist, wenn Priester diese Gewalt ausüben. Auch lehrt die katholische Kirche ausdrücklich, daß, wenn es auf ordnungsmäßigem Wege einem Sterbenden unmöglich ist, einen Priester zu erlangen, die Erweckung einer vollkommenen Reue den priesterlichen Beistand zu ersetzen vermag. So lange aber ein Priester erreichbar ist, ist es die Vorschrift Gottes, nicht eines „kriegerischen" Papstes oder eines „streitbaren" Bischofs, daß derselbe geholt werden muß, um seines Amtes zu walten.

Die Kissinger katholischen Bauern haben also die heil. Schrift den göttlichen Absichten entsprechender ausgelegt, als der in den einseitigen Vorstellungen der Mährischen Brüder befangene Doktor der Theologie v. Bismarck. Auf des Letzteren Conto allein setzen wir auch die uncorrekte Ausdrucksweise, welche in den Worten „direkt in die Hölle oder den Himmel schicken" liegt. So spricht ein katholischer Bauer

niemals, selbst wenn er nur seinen Elementarschul-Katechismus gelernt hat, denn er weiß, daß das letzte Gericht immer Gott selbst vorbehalten bleibt, trotz aller Vollmachten, die Gott den „im sündigen Fleische stehenden Priestern“ auf Erden gegeben, deren Ausführung er anbefohlen und zu deren gewissenhaftester Beobachtung jeder Priester verpflichtet ist. Gott hat wiederum ein solches Gewicht auf die thatsächliche Ausübung dieser priesterlichen Funktion gelegt, daß er den Effekt der in seiner Stellvertretung vollzogenen hl. Handlung von der persönlichen Würdigkeit des Ausspenders gänzlich unabhängig sein läßt, wie ja auch jeder sündhafte Mensch giltig das hl. Taufsakrament ausspenden kann, wenn er die hl. Handlung nur in der Form und in der Absicht vornimmt, wie Gott es einst befohlen hat. Stirbt das getaufte Kind noch vor Erlangung des Vernunftgebrauches, so ist es von dem Täufer ebenfalls „in den Himmel geschickt“ worden. Die Taufe hatte aber Luther als Sakrament stets beibehalten und den sakramentalen Charakter der Beichte resp. Buße mit oder ohne Absolution hatte er wenigstens noch in der ersten Zeit nach seinem Abfall aufrecht erhalten.

Man sieht, Fürst Bismarck hat die confessionellen Vorurtheile, die er in frühester Jugend — als Jüngling war er nach seinem eigenen Geständniß nur kurze Zeit „Pantheist“ — eingesogen, bis an sein Lebensende beibehalten. Er fiel frühzeitig dem protestantischen Sektirerthum anheim und hielt sich zu den „Mährischen Brüdern“, deren „Brevier“ nach Versicherung von Busch er täglich recitirte. Das hinderte ihn nicht, einem wirklichen Aberglauben zu fröhnen, den man bei einem „im sündigen Fleische stehenden“ katholischen Priester vergebens suchen wird. Er setzte sich lange Zeit nicht zu 13 zu Tisch, unternahm nichts am Freitag oder am 14. eines Monats, weil an diesem Tage die Preußen die Schlachten von Hochkirch und Jena verloren hatten. Selbst Busch („Unser Reichskanzler“ I, 159) nennt dies „Aberglauben“.

Von den Mitteln, die er anwendete, um dem römischen „Aberglauben" entgegenzutreten, von seiner Allianz mit dem Setzer in der Herder'schen Druckerei in Freiburg i. B. — der ihm die Autorschaft der in der Druckerei gesetzten bischöflichen Manuscripte verrieth — bis zu den den öffentlichen Abmachungen zuwiderlaufenden geheimen Vereinbarungen mit Crispi ꝛc. — ist schon oft das Nöthige gesagt worden. Der „Aberglaube" selbst bezog sich auf ein noch ungedrucktes Kapitel.

Mit anerkennenswerther Offenheit hat soeben Dr. Falk erklärt, daß er einst seinen Abschied genommen, weil alle Freunde des Vaterlandes den kirchenpolitischen Frieden, den er durch seine verfehlte Gesetzgebung gestört, wieder herbeiwünschten. Fürst Bismarck, der früher den Mund viel voller als Falk genommen, muß jetzt sachlich wie Falk, gestehen, daß er die geistige Macht des Katholicismus an der Neige des 19. Jahrhunderts unterschätzt und gleich Heinrich IV. und den Hohenstaufen sammt Napoleon sich Rom unterwerfen mußte; formell kann er aber dieses Geständniß nicht ablegen, ohne dem siegreichen Gegner einen Fußtritt, oder um biblischer zu sprechen, einen Fersenstich („Aberglauben") zu geben. Den konnten und können wir ertragen!

Fürst Bismarck erfaßte den Katholicismus ebensowenig, wenn derselbe von Fürsten, Ministern, Geheimräthen ꝛc. bekannt wurde, als von Bauern. Fast Alles, was er über katholische Personen oder Zustände berichtet, ist durch ein Prisma mit verzerrter Strahlenbrechung gesehen, vom Fürsten Radziwill bis zu den Kissinger Bauern, vom Bischof v. Ketteler bis zum katholischen Vorleser der Kaiserin Augusta. Nicht nur protestantisch-sektirerische, sondern selbst paganistische oder selbst occultistische Vorstellungen beeinflussen sein sonst so klares und scharfes Urtheil, sobald er auf katholische Verhältnisse zu sprechen kommt. Als einmal ein katholischer Bischof in Varzin in Pommern ihm erklärte, er wolle in der nächsten, aber etwas weit entfernten katholischen Kirche am

nächsten Sonntagsmorgen die hl. Messe lesen, fragte er seinen bischöflichen Gast allen Ernstes, ob der katholische Priester zu diesem Geschäft nicht eines „goldenen Bließes“ bedürfe. (Das steht freilich nicht in den Memoiren.)

Daß er Herrn Geh. Rath Dr. Krätzig, den Direktor der ehemaligen katholischen Abtheilung im Cultusministerium und Freund des Fürsten Boguslav Radziwill, der mit Wilhelm I. auf Du und Du stand, zum „früheren Radziwill'schen Privatbeamten“ machte, mochte nur eine Verwechselung mit dem noch lebenden Abgeordneten v. Kehler sein; aber seine frühere gewöhnliche Anklage gegen Dr. Krätzig, daß dieser „ein Beamter des Papstes und nicht des Kaisers“ gewesen, schwindet auch aus den Memoiren nicht. Bismarck hat eben nie begreifen können, was es heißt, dem Kaiser geben, was des Kaisers und Gott was Gottes ist.

Den Vorleser der Kaiserin Augusta, Herrn Gerard, hält Bismarck für einen französischen Spion. Für diese schwerwiegende Behauptung wird auch nicht der Schatten eines Beweises beigebracht. Herr Gerard war der Correspondent der „Gazette de France“, des ältesten und legitimistischsten Blattes in Frankreich. Von Leuten wie Kossuth, Klapka, Mazzini u. s. w., von deren geheimer Verbindung mit Bismarck die Memoiren natürlich ebenfalls schweigen, von diesen wirklichen Spionen und Hochverräthern war der höchst ehrenwerthe Herr Gerard der denkbar größte Gegner. Derselbe hätte sich, wenn er nicht durch Bismarcks Polizeispione selbst aus dem Zimmer der Kaiserin ins Ausland ausgewiesen worden wäre, ein deutsches Anwesen — angewidert durch die französischen Republikaner — gekauft, wie er schließlich mehr Freunde und Bekannte in Deutschland als in Frankreich hatte. Daß er aber als Patriot zunächst sein Vaterland Frankreich lieb hatte, kann ihm wohl Niemand verargen. Seine Beziehungen zur Kaiserin Augusta datiren übrigens aus einer Zeit, in welcher der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich noch nicht in Sicht war und

zu welcher die französische Sprache noch die Weltherrschaft behauptete.

Die wenig ritterliche Verdächtigung, welche hier Fürst Bismarck gegen die Kaiserin Augusta richtet, wird bei Verständigen keine Wurzel fassen. Oder ist etwa die unlängst verstorbene Kaiserin von Oesterreich eine Griechin geworden, weil sie griechische Kunst bevorzugte, griechische Einrichtungen in ihrem deutschen Heim schuf, ein Schloß in Griechenland sich erbaute und mit einem griechischen Sprachlehrer am häufigsten verkehrte? Die Kaiserin Augusta kann sich überhaupt rühmen, daß sie — vielleicht nächst dem Geheimrath Dr. Krätzig — die von Bismarck mit den geringsten Sympathieen bedachte (um euphemistisch zu reden) Persönlichkeit der letzten Jahrzehnte gewesen ist. Wir begegnen ihr bereits im ersten Bande der Memoiren, als sie noch „die Prinzessin von Preußen" war. Als ihr Gemahl Prinzregent wurde, scheint Bismarck gemerkt zu haben, daß ihn ihr scharfer Blick zu einem zukünftigen Major domus der Hohenzollern qualificirte. Hinc irae. Auch die spätere Kaiserin Friedrich hatte Bismarck im gleichen Verdachte gehabt. Der Umstand, daß er zuletzt bereits eine erbliche Dynastie im Reichskanzleramte zu errichten sich bemühte, hat den beiden Frauen sicherlich nicht Unrecht gegeben. Die ans Lächerliche grenzende Abgötterei, welche gewisse „Deutsche" in Oesterreich mit Bismarck getrieben haben und noch treiben, gibt ihnen sogar doppelt Recht.

Und wenn die Kaiserin Augusta mit Vorliebe katholische Persönlichkeiten für ihre Umgebung wählte — nicht nur Vorleser, sondern selbst Ceremonienmeister und Kammerherren bis zu den untersten Domestiquen — so gesellte sich bei Bismarcks Urtheil hierüber zu der Antipathie, die er gegen die Person Ihrer Majestät hegte, noch die irrige und vorurtheilsvolle Anschauung hinzu, die sich bei ihm bezüglich des Katholicismus im Allgemeinen gebildet hatte.

Die innere Hinneigung zum Katholicismus, welche die

Kaiserin Augusta zwar nicht ostensibel, aber deutlich genug zu erkennen gab, weiß Bismarck nur so zu deuten, daß es nach der Meinung der hohen Frau „vornehmer" gewesen, katholisch zu sein. So erzählt er auch, daß sein Jugendfreund und späterer College v. Savigny — bekanntlich Sohn des berühmten Rechtsgelehrten und einer katholischen Mutter Brentano — sich deshalb für den Katholicismus entschieden habe, weil „protestantisch jeder dumme Junge" sei.

Hierauf fährt Bismarck fort: „Diese Verhältnisse und Stimmungen haben sich geändert in dem halben Jahrhundert. Heutzutage kann man durch die Kundgebung, katholisch zu sein, in keinem Berliner Kreise mehr Aufsehen erregen. Nur die Kaiserin Augusta ist von ihren Jugendeindrücken nicht frei geworden. Ein katholischer Geistlicher erschien ihr vornehmer als ein evangelischer von gleichem Range und gleicher Bedeutung".

Die Kaiserin Augusta bevorzugte auch die katholischen barmherzigen Schwestern vor den protestantischen Diaconissen. Sind etwa jene ebenfalls „vornehmer" als diese gewesen? War dies vielleicht auch die Ansicht des Kriegsministers v. Kameke, der im Jahre 1874, als im Ministerrathe der Antrag gestellt wurde, neben allen katholischen Orden auch die Krankenpflege-Orden aufzuheben, feierlich erklärte, ohne katholische barmherzige Schwestern könne er „keinen Krieg führen"?

Hier haben wir einen neuen Beweis, daß Bismarck das Wesen des Katholicismus niemals richtig begriffen hat. Die Animosität des Kanzlers gegen die Kaiserin Augusta geht sogar soweit, daß er Ihre Majestät hauptsächlich für das Ausscheiden des Ministers Falk aus dem Cultusministerium verantwortlich macht. Wie bereits bemerkt, hat letzterer demgegenüber jetzt öffentlich erklärt, daß er zu seinem Abgange durch keinerlei Hofintriguen, sondern lediglich durch die Wucht der öffentlichen Meinung, welche in seinem Verbleiben

ein Hinderniß in dem ersehnten Friedensschluß erkannte, genöthigt worden sei.

Auch die kleinliche Unterstellung Bismarcks, als habe Falk durch seine Taktik das Mißlingen des „Culturkampfes" verschuldet, ignorirt dieser in vornehmer Weise. Daß Bismarck dabei aber die „Geheimräthe" des Ministeriums anklagt, daß sie nicht zum Friedensschluß hätten schreiten wollen, um ihrer Hände Werk nicht zu zerstören, ist berechtigt. Selbst die „officiösen Professoren", wie Gneist und Hinschius, waren zuletzt mürbe geworden; die „Geheimräthe" konnten aber weder durch ihren Chef, noch durch die „deutsche Wissenschaft", welche sich freilich arge Blößen gegeben, sondern lediglich durch einen energischen Mann von der Thatkraft Bismarcks zur Raison gebracht werden.

Wohlthuend wirkt es, daß Bismarck sich insbesondere gegenüber dem mächtigen Freimaurerorden stets seine Unabhängigkeit gewahrt hatte. Er erzählt uns wiederholt, daß es ihm Mühe gekostet, Wilhelm I. von dem Einfluß seiner „Brüder" zu befreien. Viel Mühe kostete es ihn namentlich, den Gesandten v. Usedom, den Verfasser der berüchtigten 1866er „Stoß ins Herz- (Oesterreichs) Depesche", wegen seiner politischen Unfähigkeit und Nachlässigkeit außer Dienst zu stellen.

Daß die „freimaurerischen Hofintriganten" ihm einen „ununterbrochenen Kampf" bereitet und ihm dadurch „Nervosität erzeugt" hätten, versichert er uns (II, 290) ausdrücklich.

Papst Pius IX. hatte einst (1876) den Fürsten Bismarck einen „neuen Attila" genannt. Das trifft in Bezug auf seine kriegerische Periode in jedem Falle zu; denn er führte nicht nur materiellen, sondern auch den gewaltigen geistigen Krieg, den man den Culturkampf nennt. Er war eine Gottesgeißel zur Bestrafung wie zur Erneuerung der Völker, speciell des preußischen Volkes.

Wie hundert Jahre vorher Friedrich II. sich anschickte, um Voltaire's „Ecrasez l'infame" zunächst in Preußen zur Durchführung zu bringen, thatsächlich aber nur zur Kräftigung des Katholicismus in den preußischen Staaten beigetragen hat, ebenso hat auch Bismarck den Katholicismus in Preußen gegen sein Programm, das auf Vernichtung oder wenigstens Degenerirung oder Verstaatlichung der katholischen Kirche lautete, zu einer Machtentwicklung gebracht, wie sie das ganze 19. Jahrhundert hindurch nicht entfaltet worden war.

Daß die Katholiken in Preußen besser gerüstet waren, diesen welthistorischen Kampf siegreich zu bestehen, als sie in manchen katholischen Ländern vorbereitet gewesen wären, hatten sie wesentlich den Vorarbeiten Friedrichs II. zu danken. Daß sie zum nächsten „Culturkampf" gerüstet bleiben werden, haben sie zu danken den Vorarbeiten Bismarcks!

P. M.

XII.

„Kirchliche Fälschungen".

Unter diesem vielversprechenden Titel hat Fr. Thudichum, Professor des Kirchenrechtes in der juristischen Fakultät der Universität Tübingen, eine Publikationsserie eröffnet, von der Nr. 1 die Glaubensbekenntnisse der Apostel und des Athanasius behandelt (Stuttgart 1898. 86 S.). Es ist nicht das erstemal, daß der genannte Professor durch seine unfreiwillige Komik dazu beiträgt, daß in der wissenschaftlichen Welt die Heiterkeit nicht ausstirbt. Wenn Sophokles in der Antigone von der Liebe sagt: ὁ δ' ἔχων μέμηνεν, so kann man dies ebenso auch vom Fanatismus sagen, er macht blind

und führt in die Grube. Aus seiner Verbindung mit theologischer Ignoranz vollends können nur verkrüppelte Kinder entsprossen, Gegenstand des Mitleids für die einen, des Spottes für die andern, verhätschelte Lieblinge allein ihres Vaters.

Das „Resultat" der Thudichum'schen Untersuchung über das Apostolikum spricht sich S. 20 in dem Satze aus: „Das apostolische Glaubensbekenntniß ist eine Erfindung Roms aus dem 5. und 6. Jahrhundert". Also aus dem 5. und 6. Jahrhundert! Gut Ding braucht natürlich lang Weil. Fragt man, von wem die Fälschung stamme, so ist es bei Thudichum bald „der Papst", der in seinem Kopfe zu einem monstrum horrendum infandum ingens cui lumen ademptum wird, bald sind es „die Päpste", jedenfalls „ihre Rathgeber" (S. 22). Am Ende hat vom 5. bis 6. Jahrhundert ein Papst je einen Artikel gefälscht, wie ja die Legende erzählt, daß jeder Artikel von einem anderen Apostel stamme! Es fällt uns natürlich nicht bei, den „Beweisgang" Thudichums zu entkräften; das hieße der Schrift zu viel Ehre erweisen und den Leser beleidigen. Eine Schrift, die so kurzer Hand über das Apostolikum richtet, ohne einen Namen wie Caspari, Harnack, Kattenbusch, Bäumer, Blume auch nur zu nennen, richtet sich selbst. Nur einige Geistesblitze aus dem Thudichum'schen Beweisverfahren sollen dem Leser gezeigt werden, „zur Belustigung des Verstandes und Witzes", wie man früher sagte.

Ueber das Concil von Nicäa, seine Berufung und seinen Verlauf schreibt Th. wie ein Altkatholik vom Vatikanum, und richtig führt er auch für „die Unterwerfung der Bischöfe" zu Nicäa das Concil vom Jahre 1869/70 als Gegenstück an. Außerdem aber erinnert die Concilsberufung durch Konstantin etwas an das Vorgehen Napoleons I., „der im Jahre 1807 die Rabbiner der Juden aus Frankreich, Italien, Deutschland und der Schweiz zu einem Sanhedrin nach Paris berief, um die europäische Judenschaft unter seinen Einfluß zu bringen" (S. 9).

Der Herr Professor ist ein kritischer Theologe: „Sicher kann man über die Lehre des Arius nicht urtheilen, weil alle seine und seiner Anhänger Schriften verbrannt worden sind" (S. 8). Die bekannte Lehre der Arianer, daß Christus nur

einen menschlichen Leib, nicht auch eine menschliche Seele angenommen habe, erfährt Thudichum — aus dem Katechismus des Erasmus vom Jahre 1532 (Catech. 3). Ein Muster von Gedankenklarheit und Stilfeinheit ist der Satz S. 10: „Sie (nämlich die damaligen Christen) fanden sich vorzugsweise in Kleinasien, Syrien, Aegypten, Griechenland, Nordafrika, erst wenig im Westen, wie denn aus dem Abendland nur 6 Bischöfe in Nicäa erschienen waren, darunter der römische Bischof Silvester, vertreten durch zwei Presbyter"! αἱρετικοί bedeuten nach Th. „solche, die ihrer eigenen Meinung folgen, Eigensinnige, Sonderlinge" (S. 11). Daß das Wort αἵρεσις aus der Philosophensprache stammt und einfach eine Lehrmeinung, eine philosophische Richtung bedeutet, daß das Christenthum selbst nicht selten als αἵρεσις bezeichnet wird, davon hat Th. keinen blassen Schimmer. Köstlich ist die weitere Bemerkung: „später in der römischen Kirche ‚Sektirer' von secta, seit 1529 ‚Protestanten'" — als ob nicht die Bezeichnung ‚Sekte und Sektirer" gerade durch die das Wort „Häresie" perhorrescirenden Reformatoren in Schwung gekommen wäre! Es sind die „Rotten", von denen Th. selber im Anschluß an Luther S. 55 redet.

Unter den in can. I und VII von Konstantinopel aufgezählten Häretikern sind auch „die Eunomianer oder Eudoxianer (was wörtlich bedeutet: die von der guten Ordnung, von der guten Lehre)". In Wirklichkeit haben die Eunomianer ihren Namen von Bischof Eunomius, die Eudoxianer von Eudoxius und sie werden von dem Concil der 150 Väter nicht mit „oder" sondern mit „und" verbunden, da sie zwei verschiedene Parteien sind. In der Aufzählung der Häretiker vermißt Th. die Manichäer: „sie werden nicht genannt, weil es ein Schimpfname war oder weil dieser sich noch nicht im Gebrauche befand" (S. 12). Besten Dank für die Auskunft!

Die Termini des Nicänums „gezeugt aus dem Vater", „gezeugt, nicht geschaffen" bezeichnet Th. als Ausdrücke, „die menschlichen Begriffen von Abstammung entlehnt sind und zu allen Zeiten Millionen von Menschen den höchsten Anstoß erregt haben, einmal als der Größe und Heiligkeit Gottes unwürdig und sodann als eine Art von Vielgötterei in sich

schließend. Auch heutzutage zittert manchem vor tiefster Bekümmerniß die Hand, wenn er solch unselige Ausdrücke nothgedrungen wiedergeben muß, unverändert der Wahrheit gemäß und nicht wie gewöhnlich in deutschen Uebersetzungen wahrheitswidrig abgeschwächt in ‚geboren', was freilich auch noch kläglich menschlich genug lautet" (S. 14). Wie der Eifer für Gottes Ehre unsern Professor verzehrt! Jedenfalls stehen jenen angeblichen Millionen und den vereinzelten Zitterern viel mehr Millionen von Christen gegenüber, welche jene Termini in Ehrfurcht angenommen und im Glauben erfaßt haben als Ausdruck eines uns freilich völlig unbegreiflichen, ewigen Lebensvorganges in der Gottheit. Es ist freilich eine inadäquate, menschlich-analoge Bezeichnung, aber dessen sind wir uns völlig bewußt. Andernfalls müßten wir gänzlich darauf verzichten über Gott etwas zu denken oder zu sagen. Denn was menschlicher Verstand über Gott denkt und menschliche Sprache über ihn redet, ist doch stets „menschlichen Begriffen entlehnt", also analog und inadäquat, ohne deshalb falsch sein zu müssen. Die hl. Schrift selbst bequemt sich, menschlicher Fassungskraft an, bedient sich menschlicher Redeweise, greift zu menschlichen Bildern, wenn sie über die höchsten Geheimnisse Aufschluß gibt. Bitte, Herr Professor, schlagen Sie einmal nach Ps. 2, 7: Dominus dixit ad me: Filius meus es tu, ego hodie genui te, und Jes. 66, 9: Numquid ego, qui alios parire facio ipse non pariam? dicit Dominus: si ego, qui generationem ceteris tribuo, sterilis ero? ait Dominus Deus tuus. Die allegorisch-symbolische Redeweise der letztgenannten Stelle — die erste wird fast allgemein messianisch gefaßt — soll natürlich nicht verkannt werden. Mit dem Neuen Testamente darf man Th. nicht kommen. Denn er weiß: „Der Beiname ‚einziggezeugter Sohn Gottes' für Christus kommt in keiner echten Schrift des Neuen Testamentes vor und namentlich hat sich Christus selbst nie so bezeichnet" (S. 13). Der Commentar dazu lautet in A. 4, S. 80: „Filius unigenitus, μονογενής, hat nur das Evangelium Johannes 1, 14 und 18 und 3, 16; der Brief an die Hebräer 1, 6 dagegen den Ausdruck primogenitus, πρωτότοκος". Thudichum's Gezeter über die „wahrheitswidrige Abschwächung" ist dem nicht recht ver-

ständlich, der weiß, daß γεννᾶσθαι in dem damaligen Griechischen ebensowohl „geborenwerden“ als „gezeugtwerden“ bedeutet.

Die „Priesterpartei“ hatte aber, wie es scheint, doch von Zeit zu Zeit lucida intervalla; denn sie sah bald darauf ein, daß „die zu Nicäa gegebene Erklärung recht bedenklich sei, nach Heidenthum schmecke“. Und wie half sie sich aus der Verlegenheit? Sie schob noch ein: ante omnia saecula. Allein damit hat sie die Thatsache der Zeugung, der Geburt beibehalten und „nur in nebelhafte Ferne gerückt“. Die zu Konstantinopel tagenden Bischöfe haben also „nichts gebessert, sondern den menschlichen Verstand in einen Schraubenstock geklemmt“ (S. 14). Der Leser des Thudichum'schen Buches kommt auf den unwillkürlichen Gedanken, daß es für den menschlichen Verstand einen schlimmeren Schraubenstock gibt, als ein Symbolum!

Die Vertreter der neutestamentlichen Einleitungswissenschaft werden sich hoffentlich folgende werthvolle Entdeckung des Tübinger Juristen nicht entgehen lassen. Ueber die Art der Menschwerdung Christi wußten die Bischöfe zu Nicäa noch nichts Näheres zu sagen, die in Konstantinopel wußten es: „sie soll nicht durch Gott, sondern durch den hl. Geist, den die Bischöfe zu Konstantinopel ja nunmehr zum dritten Gott erhoben, und durch eine Jungfrau geschehen sein“. Und wie kamen die Väter dazu? „Zur Aufstellung dieses Satzes wurden die Bischöfe offenbar bewogen durch die Erzählung im Evangelium des Lukas 1, 35, welches sich also jetzt in Umlauf befand, wonach der Engel der Maria eine entsprechende Mittheilung machte“. Das Lukas-Evangelium „befand sich“ also in Umlauf erst zwischen 325 und 381! Nun kommt Erasmus wieder. Dieser „fand es im Jahre 1532 nicht einleuchtend, daß die Menschwerdung Christi nur ein Werk des hl. Geistes gewesen sei; man dürfe sie vielmehr der Dreieinigkeit Gottes, Vater, Sohn und hl. Geist zusammen zuschreiben; vielfach werde unter der einen oder anderen besonderen Bezeichnung doch das Ganze verstanden (Catech. 3)“. Das ist alles schön und recht, nur sagt das nicht Erasmus allein, sondern vor Erasmus sagen es die Scholastiker und nach Erasmus sämmtliche katholischen Dogmatiker.

Der Zweck, den die Päpste bei Fälschung des Symbolums verfolgten, ist etwas complicirt. „Zu Ende des vierten Jahrhunderts begannen die Bischöfe oder Päpste von Rom den Lehrsatz aufzustellen, daß Christus dem Apostel Petrus, oder auch den Aposteln Petrus und Paulus die Gewalt übertragen habe, die Kirche zu regieren, und daß durch diese Apostel die oberste Gewalt auf die jeweiligen Bischöfe von Rom übertragen worden sei . . . Nun hatten aber doch bisher die allgemeinen Synoden zu Nicäa und Konstantinopel die oberste Gesetzgebung ausgeübt; ihre Gewalt war vom Kaiser Konstantin und seinen Nachfolgern feierlich anerkannt worden und die Vorstellung von ihrer Oberhoheit war dem rechtgläubigen Klerus geläufig geworden, ja völlig festgewurzelt; wie wollte man diese Thatsache aus dem Weg räumen? Die Päpste wußten ein Mittel: sie fälschten ein dem Nicänisch-Konstantinopolitanisch.n ähnliches Glaubensbekenntniß und gaben es für ein Werk der 12 Apostel aus. Wenn bereits die Apostel das Bekenntniß längst festgestellt hatten, so enthielten die Beschlüsse der Synoden nicht Neues, es ließ sich daraus keine gesetzgebende Gewalt der Synoden folgern" (S. 20 f.). Doch sollen auch noch weitere sehr wichtige Zwecke obgewaltet haben.

Das apostolische Symbolum ist kürzer als das von Nicäa und Konstantinopel. Dies kommt natürlich daher, daß der Papst gestrichen hat, und was er ausgelassen, „braucht man also nicht zu glauben" (S. 23). Der böse Papst hat aber nicht bloß gestrichen, sondern auch eingeschoben, so namentlich die Worte descendit ad inferos, die allerdings erst im 5. Jahrhundert ins Symbolum aufgenommen wurden. „Von den vier Evangelien, die doch sonst Alles erzählen, was die Apostel von Christus vernommen haben, thut kein einziges dieser Niederfahrt Christi Erwähnung, dafür aber macht der Apostel Petrus ganz unzweideutige Angaben darüber, nämlich in seinem 1. Brief, Kap. 3, 17—22 und Kap. 4, 4—6" (S. 25). Letzteren behandelt Th. im 1. Anhang, mit welchem es einem geht wie jenem Mathematik-Professor mit einem Gedichte Lenau's: man weiß nicht, was damit „bewiesen" sein soll.

Im Symbolum von Konstantinopel steht: „Wir bekennen Eine Taufe zur Erlassung der Sünden". Der Papst aber ließ

in seinem gefälschten Symbolum „Eine Taufe“ aus, so daß als Glaubensartikel bloß noch die „Vergebung der Sünden“ blieb. Um den Grund dieser Auslassung ist Th. keinen Augenblick verlegen. „Im 5.—7. Jahrhundert gingen die Päpste darauf aus, die Germanen, welche Arianer waren und bisher keineswegs auf Vater, Sohn und hl. Geist getauft hatten, zum Uebertritt zur orthodoxen Kirche zu vermögen“ (S. 28). Diesmal bekommt der Papst von Th. ein Lob. „Uebrigens kann man den Papst für seine Veränderung nur loben, da die Väter zu Konstantinopel ihren Satz schlecht überlegt hatten, indem er das Mißverständniß zuläßt, entweder daß die Taufe alle Sünden, frühere und künftige, abwasche und etwas Weiteres nicht erforderlich sei, oder aber, daß es für die von der Taufe nicht getilgten Sünden keine Verzeihung gebe“. Es ist kein Zweifel, daß die Weglassung jener Worte nicht aus Furcht vor den genannten Mißverständnissen erfolgt wäre, da der Papst nicht schon den Hrn. Professor Thudichum und die moderne Pamphlet-Literatur im Auge haben konnte. Daß der Papst die Häretiker-Taufe als gültig anerkennt, ist für Th. vor dem 5. Jahrhundert undenkbar, weil er offenbar vom Ketzertaufstreit des 3. Jahrhunderts keine Ahnung hat.

In Deutungen und Erklärungen ist Th. unübertroffen. Die vom Papste an die Stelle des herausgeworfenen Satzes von der Taufe eingeschobene communio sanctorum bedeutet „einen besonderen Verband der Priester“, was alle Christen von da an auch glauben mußten (S. 29). Denn die Heiligen können natürlich nur die Priester, der Klerus sein. Wie kommt Th. auf diesen merkwürdigen Einfall? „Will man sich genauer darüber unterrichten, was die römische Kirche im 6. Jahrhundert unter den ‚Heiligen‘ verstanden hat, so braucht man nur die in dieser Zeit gefälschten Schriften des Dionysius Areopagita zu lesen, deren Zweck war, die Hierarchie mit allen ihren Ausflüssen als bereits gleich nach Christi Zeiten bestehend hinzustellen“ (S. 30). Also auch die pseudo-dionysischen Schriften werden auf die Rechnung der römischen Kirche geschrieben, wiewohl dieselbe an ihrer Abfassung so wenig betheiligt ist als die Berliner Akademie der Wissenschaften am Buche Thudichums. Bin ich recht orientirt, so kann als Heimat dieser Schriften bloß Aegypten oder Syrien in Betracht kommen. Der Anhang II, welcher sich

noch im Besonderen mit der dionysischen Schrift „von der kirchlichen Hierarchie" beschäftigt, bringt uns wieder hochinteressante Neuigkeiten. Wir erfahren nämlich, daß unter den Energumenen oder vom Teufel Besessenen bei Dionysius besonders die Häretiker verstanden seien, welche „schamlos die heilige Weise der Gotterzeugung leugnen" (S. 75). Die Schilderung, welche der Pseudo-Areopagite von der eucharistischen Feier gibt, „erweckt fast die Vermuthung, daß die römische Kirche im 5. oder 6. Jahrhundert daran gedacht habe, das Sakrament der Eucharistie lediglich für den Klerus vorzubehalten und die Uneingeweihten, die Laien, ganz davon auszuschließen" (S. 77). Dann wird wieder Erasmus, der Helfer in der Noth, angerufen. „Daß Erasmus einen Zusammenhang der communio sanctorum mit der gefälschten Schrift des Dionysius für möglich gehalten hat, läßt sich daraus schließen, daß er in seinem Katechismus (Catech. V.) für diese communio den Ausdruck σύναξις anführt, der gerade von Dionysius gebraucht wird". Als ob σύναξις nicht ebenso wie communio ursprünglich eben die Vereinigung, Versammlung, Gemeinschaft bedeutete, und als ob Dionysius der einzige oder auch nur der erste wäre, der die eucharistische Feier σύναξις hieße! Nach Th. wird der „Oberheilige" von Dionysius ἱεράρχος (sic!) und der Priester πρέσβυτευ (sic!) genannt (S. 75). Ja das Griechische! S. 30 traut Th. seiner klassischen Erklärung der Communio sanctorum selber nimmer. „Auf jeden Fall bezieht sich die Communio sanctorum wenigstens auf die durch die Sakramente, insbesondere Taufe und Eucharistie erzeugte geistige und ‚leibliche' Gemeinschaft der Gläubigen, wie auch der römische Katechismus von 1566 § 164—169 lehrt, der im übrigen dabei nicht unterläßt zu bemerken, daß in dieser Gemeinschaft verschiedene Aemter und Aufgaben seien, Apostel und Lehrer, welche oben stehen und lehren, und andere, welche zu gehorchen haben und unterworfen sind".

Die resurrectio carnis will Herrn Thudichum gar nicht gefallen. „Die Vorstellung von einer solchen Auferstehung desselben menschlichen Körpers, der durch Tod und Verwesung in seine chemischen Bestandtheile zerlegt worden ist, scheint schon im 3. Jahrhundert im Abendland vorgetragen worden zu sein" (S. 31). Er verweist auf die Schrift de resurrec-

tione carnis, „die man dem Karthager Tertullianus zuschreibt“, und weiß, daß Augustinus, Hieronymus, Rufinus „und andere Christen der römischen Kirche“ Aehnliches vorgetragen haben; daß aber schon Athenagoras in seiner Schrift de resurrectione und vor ihm die hl. Schrift (Job 19, 25 f. Joh. 5, 28 f. I. Kor. 15, 42—44. Philipp. 3, 21) „Aehnliches vorgetragen hat“, das weiß er nicht. Wenn er dann weiter sagt, daß der Asiate Irenäus „durch Gebete der Gläubigen Auferstandene mit eigenen Augen gesehen hat“, so bringt er damit ganz disparate Sachen in gegenseitigen Zusammenhang. Der Zweck der römischen Fälschung kann nicht zweifelhaft sein. „Das Höllenfeuer macht klärlich mehr Eindruck, wenn es um einen menschlichen Körper züngelt“ (S. 31). Damit steht auch der Hauptzweck, welcher den Einschub des descendit ad inferos veranlaßte, in Verbindung. „Die Menschen werden, so rechnete man sehr klug, das ewige Feuer lieber glauben, wenn man ihnen auch sagen kann, wo es brennt“ (S. 39).

Man sollte glauben, daß der Papst das Kind seines Herzens auch treu gehegt, das von ihm erfundene Symbolum auch weit verbreitet und namentlich in die Liturgie eingeführt hätte. Doch nein! „Merkwürdigerweise hat die römische Kirche, auch nachdem das apostolische Symbolum erfunden worden war, fortwährend bei der Messe das Bekenntniß von Nicäa-Konstantinopel in Gebrauch behalten“ (S. 36). Allerdings merkwürdig! Aber es erklärt sich „einfach daraus, daß man nicht wagte, diesen im 5. oder 6. Jahrhundert eingeführten, von den Päpsten selbst gebilligten, also festeingewurzelten Gebrauch zu ändern.“ Ebenda wird die Spaltung der abendländischen und morgenländischen Kirche just ins 9. Jahrhundert verlegt, während doch der definitive Bruch erst im 11. Jahrhundert erfolgte, die Anfänge der Spaltung aber beträchtlich über das 9. Jahrhundert zurückreichen.

Der römischen Kirche ist in Thudichums Kopfe Fälschen das Lebenselement. Auch das Symbolum von Nicäa-Konstantinopel hat sie durch Einschiebung des filioque „gefälscht“. Selbstverständlich ist der Beweggrund „ganz derselbe, welcher zur Fälschung des sogen. apostolischen Bekenntnisses geführt hat, nämlich die Absicht, die Unfehlbarkeit der allgemeinen Con-

cilien zu verneinen und zu zeigen, daß Rom und die Päpste den richtigen Glauben bewahrt haben. Möglich, daß auch der Wunsch, Gott den Sohn noch mehr zu verherrlichen, dazu beigetragen hat" (S. 37). Um dieses eingeschwärzte filioque als ächt zu beweisen, griff Rom zu einer neuen Fälschung, dem sogen. symbolum Athanasianum, welches auch das descendit ad inferos enthält wie das Apostolikum. Aber warum setzte die römische Kirche den Artikel qui ex patre filioque procedit nicht einfach auch in das Apostolikum? Wahrscheinlich hat der Papst das auch nicht „gewagt". Th. anerkennt, daß die römische Kirche selbst nicht behauptet, der Inhalt des Athanasianums rühre von den Aposteln her, sie darf ihm aber auch als bloßem Menschenwerk ein größeres Gewicht beilegen, „da sie den Mönchsfreund Athanasius heiliggesprochen, also unter die Halbgötter versetzt hat" (S. 39). Wie man sieht, ist Thudichum in der Geschichte der kirchlichen Canonisationen ebenso trefflich bewandert, wie in der dogmatischen Lehre von der Heiligenverehrung. Doch alle Schuld rächt sich auf Erden. „Die köstliche Streitfrage, ob Gott heiliger Geist ausgehe bloß von Gott Vater oder auch von Gott Sohn, hat übrigens noch im 15. Jahrhundert eine merkwürdige Rolle gespielt, die fast dem Gelingen nahen Versuche zu einer Wiedervereinigung der griechischen und römischen Kirche schließlich zum Scheitern gebracht." Sollte Th. wirklich nicht wissen, was im 15. Jahrhundert die Unionsversuche „schließlich" zum Scheitern brachte?

Ein besonnener Forscher, wie Th. es ist, rechnet natürlich auch mit den Symbolen oder Symbolspuren, wie sie bei Irenäus — weiter reichen sie für Th. nicht hinauf —, Cyprian, Tertullian, Ambrosius, Rufinus sich finden. Dieselben beweisen aber, wenn man sie auch zugeben will, nicht das Geringste. Denn „alle diese Bekenntnisse sind solche von Privatpersonen und zwar von Anhängern der Priesterpartei" (S. 41). Uebrigens kann ein rechter Forscher nicht kritisch genug sein. Das muß vor allem Irenäus erfahren. „Merkwürdig, was dieser Kleinasiate alles weiß! In der ganzen Welt ist er bekannt und weiß, wie man an allen Ecken derselben glaubt; auch von christlichen Gemeinden ‚in Germanien' weiß er zu berichten" (S. 43). Noch viel merkwürdiger, was der Hesse alles besser

weiß! „Ich gehe kühnlich weiter und behaupte: die ganze dem Irenäus zugeschriebene Schrift rührt, so wie sie vorliegt, nicht von ihm her, sondern ist ein Machwerk späterer Zeit, vielleicht des 5. Jahrhunderts, aus zahlreichen Gründen, die zum Theil dieselben sind, warum die römische Kirche diesen Lyoner Bischof unter die Heiligen versetzt hat." Natürlich hört Th. die „römische Melodie" von der potentior principalitas des Irenäus gar nicht gerne. Daß Hieronymus die Irenäische Schrift adversus haereses in seinem Schriftsteller-[illegible] [illegible], daß Tertullian adversus Valent. sie schon [illegible] [illegible] Th. aus bekanntem Grunde nicht heiß. [illegible] läßt er überhaupt gar nicht gelten. S. 26 [illegible] Th. die Echtheit seiner Schrift de anima: „dem Ter-[illegible] aus Berechnung gar viele Schriften zugeschrieben, [illegible] denen er ganz unschuldig ist, die in Wirklichkeit erst Jahrhunderte nach ihm fabricirt worden sind".

Nach S. 44 „soll" Rufin eine expositio symboli verfaßt haben — die Schrift heißt commentarius in symbolum apostolicum und Rufin hat sie thatsächlich verfaßt. Rufin ist ebenfalls nicht der Mann nach Thudichums Herzen; er hört auch bei ihm zuviel römische Melodie. Darum traut er dem Aquilejenser auch nicht, wenn dieser bemerkt, daß das descendit ad inferos sich im Symbol der römischen Kirche nicht befinde. Das soll „dazu dienen, seine Unparteilichkeit und Wahrheitsliebe ins volle Licht zu setzen" (S. 47). Doch das genügt noch nicht. Th. „behauptet zweitens" und bringt wieder das Radikalmittel: „Die Schrift rührt gar nicht von Rufinus her, sondern ist im Auftrag Roms mit feinster Berechnung angefertigt". Liegt die „feinste Berechnung" etwa in jener „pfiffigen Angabe" über die Worte descendit ad inferos? Aber sowas genirt nicht bloß die von der Kavallerie, sondern auch die von Rom nie. Rom hat sich dadurch „in keiner Weise beengt gefühlt und sie thatsächlich in sein ‚apostolisches Bekenntniß' eingefügt; Rufinus hat sich eben in diesem Punkte geirrt, konnte Rom ruhig erklären". Der Papst oder die römische Kirche Thudichums ist bald raffinirt listig, bald zum Erbarmen dumm; jetzt ist „der Papst" bodenlos frech, und jetzt „wagt" er etwas nicht. „Wir wissen aber auch aus Beispielen, wozu die angebliche

Canonensammlung Isidors von Sevilla und die gefälschten Pseudo-Isidorischen Dekretalen des 9. Jahrhunderts gehören, daß Rom gerne die Klugheit gebrauchte, seine Fälschungen zunächst an anderen Orten ans Licht treten zu lassen, um erst den Erfolg zu beobachten“ (S. 48). Th. „hat sich eben in diesem Punkte geirrt“, können wir „ruhig erklären“.

S. 45 gesteht Th. auf einmal, daß „die Apostel nach allgemeinem Glauben viele Briefe geschrieben haben, die nicht weniger Wichtiges und größtentheils dasselbe enthalten, wie das Bekenntniß“. Wozu also der Lärm wegen der angeblichen Fälschung? Es fällt doch keinem gebildeten Theologen ein, das Glaubensbekenntniß in dem Sinn für apostolisch zu halten, daß es genau in der heutigen Formulirung von den Aposteln stamme oder gar so, daß „jeder Apostel einen Satz dazu geliefert“ (S. 19). Immerhin besteht wenigstens die Möglichkeit, daß die kürzere Form des Apostolikums, von der die jetzige eine etwas weitere Ausführung ist, von den Aposteln herstammt. An die apostolische Zeit reicht sie jedenfalls hinan. Andererseits darf „der nicht-römische Ursprung der heutigen Form als ziemlich sicher gelten“ (Funk in der Tüb. Theol. Quart.-Schr. 1894 S. 649).

Gnade finden in Thudichums Augen bloß die Christen, welche die Bekenntnisse verwarfen, welche „sich einfach an die Worte Christi hielten und von theologischen und pfäffischen Spitzfindigkeiten nichts hielten“ (S. 41); es sind die „von der Priesterpartei als Häretiker gebrandmarkten Christen, welche sich lediglich an die in den Evangelien überlieferten Lehren Christi hielten“ (S. 49). Hier entpuppt sich Thudichum als Arnold redivivus! Ein Muster von Confusion ist der gleich daraussfolgende Satz: „Zu ihnen gehörten insbesondere die evangelischen Brüder, auch Katharer, Waldenser, Begharden genannt“, ebenso die Bemerkung S. 50, daß der evangelische Reformator Wiclif „sich in seinen späteren Lebensjahren die Anschauungen der Waldenser oder Lollarden fast völlig aneignete“. Den armen Protestanten „drohte überall Verbannung oder der Scheiterhaufen“ (S. 54). Ach ja! Und die Katholiken hatten es so nett, wo die Sonne des reinen Evan-

geliums leuchtete! Pflegte doch Luther „den Papst ganz gewöhnlich den Antichrist oder Teufel zu nennen“ (S. 54).

Amüsant zu lesen sind die Gründe, mit denen Th. S. 62 zu erklären sucht, warum die Concilsväter zu Trient in der 1. Sitzung nicht das apostolische Symbolum recitirten, sondern das von Nicäa-Konstantinopel „samt dem päpstlichen Einschiebsel filioque“ welches Symbolum dann auch „das Concil von Trient für verbindlich erklärt hat“ (S. 67), so daß an jenem eigentlich nur noch der leidige Papst „festhält“. Aber der Papst hat doch auch die Beschlüsse von Trient bestätigt!

Der Schlußsatz Thudichums lautet: „Rückwärts steuern heißt sich in den Zeiten irren! Es bricht das zwanzigste Jahrhundert an, in welchem der deutsche Geist, nachdem er von den Anstrengungen zur Erreichung der Einheit des Vaterlandes mehr ausruhen darf, sich Fragen der Religion und Wissenschaft mit verjüngter Kraft zuwenden und die Wahrheit ein gut Stück weiter bringen wird“. Wollte man aber allein nach Thudichums neuester Leistung urtheilen, so könnte man einen seltsamen Begriff bekommen von den „verjüngten Kräften“, welche sich in Deutschland „den Fragen der Religion und Wissenschaft zuwenden“ und von dem „guten Stück“, um welches sie „die Wahrheit weiterbringen“. Es liegt uns aber gänzlich ferne die evangelische Kirche oder die deutsche Wissenschaft für Thudichums Buch verantwortlich zu machen. Denn wir sind überzeugt, daß der auf anderem Gebiete verdiente Forscher von seinen eigenen „evangelischen Brüdern“ nicht mehr ernst genommen wird, sobald er auf den unglücklichen Gedanken verfällt in Theologie zu machen. Zu dem Scheffel'schen Worte: „s'ist ein eigen Ding, daß jeder das am liebsten thut wozu er just am wenigsten Geschick hat“ ist das Thudichum'sche Buch die passendste Illustration.

Das Motto auf dem Titelblatt heißt: liber delibero; den angeführten Proben zufolge ist es κατ' ἀντίφρασιν zu verstehen im Sinne von: captus deliro.

XIII.

Aus dem Leben des Generals de Sonis.[1]

„Miles Christi" steht auf der schlichten Grabschrift des französischen Edelmanns und Generals zu lesen, der in seiner Persönlichkeit den „Typus des Bundes zwischen Vaterlandsliebe und Religion" in solcher Vollkommenheit vereinigte, daß der angesehene Rektor der katholischen Universität in Lille, Msgr. Baunard, sich gedrungen fühlte, ihm ein biographisches Denkmal zu setzen, um seine Gestalt seinem Volke zur Auffrischung und zur Nacheiferung vor Augen zu stellen. In der That ein christlicher Held, ein Streiter Christi ist es, den der Biograph uns in diesem glänzend geschriebenen Lebens- und Charakterbilde zeichnet, und dieser Titel, nicht der unerhörte Erfolg des Buches in Frankreich ist es, was der Geschichte des tapfern Edelmannes eine erhöhte Bedeutung, ein über die nationalen Schranken hinausragendes Interesse verleiht. Man lernt in der Lebensgeschichte Gaston de Sonis' eine ritterliche Gestalt kennen wie aus den Zeiten der Kreuzzüge, einen durch Hoheit der Gesinnung und Glaubensmuth ausgezeichneten Reiteroffizier, der in den Wechselfällen eines bewegten Lebens alle Ideale des Soldatenstandes verkörpert und wie ein Heiliger stirbt. Es ist immerhin ein tröstliches Zeichen für den trotz aller feindseligen Gegenwirkungen noch lebendig fließenden Quell christlichen Denkens und Fühlens im französischen Volk, daß ein so grundkatholisches Buch ein halbes Hundert Auflagen erleben konnte. Eine Persönlichkeit, wie G. de Sonis, erweckt allgemeine Sympathie und hinterläßt der Nachwelt ein erhebendes Beispiel. Es war

1) Das Leben des Generals de Sonis. Nach seinen Aufzeichnungen und Briefen von Mgr. Baunard. Nach der 44. Aufl. des franz. Originals frei bearbeitet von L. van Heemstede. Fulda 1898.

daher wohlgethan von Leo v. Heemstede, dieses Werk für deutsche Leser zu bearbeiten.

Louis Gaston de Sonis war ein Kind der Tropen; er kam auf der (zu den französischen Antillen gehörigen) Insel Guadelupe zur Welt, 25. August 1825, als der Sohn eines französischen Offiziers, der mit einer adeligen Creolin verheirathet war. Mit sieben Jahren kam er mit seinem Vater nach Frankreich und erhielt seine Erziehung zu Paris in vorzüglich geleiteten Collegien, zuletzt (1844) in der Kriegsschule von St. Cyr, einer Musteranstalt, die von lange her als Sammelplatz der Söhne aus Frankreichs edelsten Geschlechtern galt. Im Jahr 1848, kurz nach dem Ausbruch der Revolution, wurde Gaston de Sonis Lieutenant in einem Husarenregiment zu Castres, und schon das Jahr darauf fand er dort in der Tochter des Notars Roger eine edle, würdige Lebensgefährtin. Noch ein anderes für seine Richtung entscheidendes Erlebniß knüpfte sich an Castres. In seiner jugendlichen Unerfahrenheit hatte er sich, als er die Schule von Saumür besuchte, in den Freimaurerorden aufnehmen lassen, ohne eine Ahnung zu haben von dessen Tendenz und dem kirchlichen Verbot. Er hatte übrigens noch nie eine Loge besucht, bis ihn sein Oberst eines Tages um die Vertretung eines Offiziers, der zu einer freimaurerischen Festlichkeit eingeladen war, anging. Als Gaston de Sonis bei dieser Versammlung auf einmal Angriffe auf den Katholicismus, seine Dogmen und seine Priester vernahm, da sprang er erregt von seinem Stuhl und rief: „In welche Gesellschaft bin ich gerathen, meine Herrn! Man hatte mir gesagt, daß die Freimaurer die Religion achten; das Gegentheil ist der Fall, man spottet ihrer; Sie haben Ihr Versprechen schlecht gehalten, ich sage mich von all meinen Verbindlichkeiten los; Sie werden mich hier nicht wiedersehen!“ Und seine Serviette von sich schleudernd schritt er in stolzer Haltung zur Thür hinaus, die Gesellschaft nicht wenig verdutzt und erbittert zurücklassend.

Im Herbst 1850 wurde Gaston mit seinem Regiment nach Paris und das Jahr darauf nach Limoges versetzt. In Paris hört er die Conferenzen des P. Lacordaire in der Notre Damekirche, die einen tiefen Eindruck auf ihn machten; in Limoges wird er ein eifriges Mitglied des Vincenz-Vereins, betheiligt sich an

allen guten Werken, die er dort vorfand, und erfüllt sich immer inniger mit dem Geist des kirchlichen Lebens.

In de Sonis lebte aber „neben dem Christen auch der Soldat, der vor Verlangen brannte, als solcher dem Vaterlande Dienste zu leisten.“ Am 1. Mai 1854 zum Rittmeister befördert, zog er mit dem 7. Husarenregiment nach Afrika, das nun für 16 Jahre der Hauptschauplatz seiner militärischen Thätigkeit wurde. „Dieses Land (Algier) mit seinen großen Erinnerungen und Gefahren war das rechte Terrain für den Sohn der Tropen, der dort fand, was sonst nirgend zu finden war: das Waffenhandwerk, das Soldatenleben im praktischen und zugleich poetischen Sinne des Wortes“ (47). In der That lebte er sich in Kurzem so eifrig in die neue Umgebung, in das Studium der eingebornen Bevölkerung und ihrer Sprache ein, daß er sich bald heimisch fühlte und den Wunsch hegte, in diesem Lande, dessen schönere Zukunft ihm vor Augen schwebte, bleiben zu dürfen und allda, in der alten Heimat des heiligen Augustinus, des Doctor Africanus, als Mitarbeiter an dem Werke der Civilisation zu wirken. Aber auch die andere Seite, die Romantik des kriegerischen Lebens unter den wilden Stämmen Kabyliens, lernte er zur Genüge kennen. Was er hier alles geleistet in Kämpfen, Gefahren und Wechselfällen der aufregendsten Art, wäre zu weitläufig zu erzählen.

Es ist bezeichnend für die Sinnesart dieses christlichen Kriegsmannes, daß der Feldzug vom Jahre 1857 gegen die aufständischen Kabylen, der Sturm auf die das Bergland beherrschenden Höhen, der die Unterwerfung dieser kriegerischen Stämme zur Folge hatte, mit der Aufrichtung des Kreuzes beschlossen und gefeiert wurde. Die Aufrichtung des christlichen Siegeszeichens geschah auf einem Felsen, wo ein altrömischer Stein mit christlicher Inschrift von den Soldaten gefunden worden war; die Inschrift aus der Römerzeit lautete: „O Christus! mögest du dieses Land, das unsere Blicke umspannen, dauernd mit den Deinigen besitzen!“ Dieser Wunsch, der dreizehn Jahrhunderte in dieser Felsenwildniß geschlummert hatte, wurde jetzt durch die Siegesfeier wieder wach. De Sonis sagte immer: Algier werde nur durch die Religion für Frankreich wahrhaft erobert werden.

Der österreichisch-italienische Krieg von 1859 rief ihn für kurze Zeit vom afrikanischen Kriegsschauplatz ab nach den Feldern der Lombardei. Das Neue Testament und die Nachfolge Christi begleiteten den braven Reiteroffizier überall hin, in Afrika wie in Europa. Er erwirbt sich bei Solferino eine Auszeichnung. Aber schon im August wird er wieder nach Algier zurück commandirt, um sich zu einer Expedition nach Marocco in Bereitschaft zu stellen. Seine Haltung in diesem kurzen Feldzug unter dem Oberst Montalembert trug ihm die Ernennung zum Obercommandanten des Bezirks von Tenez ein (1860). Später wurde er Commandant des noch südlicher gelegenen Laghuat, einer Oase an der Grenze der Wüste, wo er eine Reihe von Jahren seinen Sitz hatte. Zweimal mußte er von hier aus gegen rebellisch gewordene wilde Stämme zu Felde ziehen, beidemal mit glücklichem Erfolg. Die Beendigung dieser entscheidenden Wüstenritte, die für mehrere Jahre Ruhe schufen, erwarb dem tapferen Commandanten das Kreuz der Ehrenlegion.

Bis 1869 waltete de Sonis in Laghuat wie ein väterlicher Herrscher unter der arabischen Bevölkerung. Die Araber lernten ihn, der auch als kühner und schneidiger Reiter den Wüstensöhnen imponirte, hochachten; sie ehrten ihn vor allem nicht nur wegen seiner Gerechtigkeit, sie bewunderten ihn auch wegen der offenen und mannhaften Bethätigung seiner Gottesfurcht. Er war ein ganzer Christ, der jeder Probe Stand hielt. Die Briefe an seine Familie überströmen von Gedanken und Gefühlen wahrer Gottinnigkeit, und seine Handlungen gegenüber den militärisch Untergebenen wie gegen die Eingebornen standen damit in Einklang. Bei seinen Bestrebungen für das Werk der Civilisation, des Apostolats unter den Arabern, fand er bei dem Erzbischof Lavigerie, der den edlen Offizier liebte und verehrte, freudige Unterstützung.

Noch einmal flammte, im Jahre 1869, im Süden der afrikanischen Provinz der Aufstand unter einem der kriegerischen Stämme auf, die am Fuße des Atlas den „heiligen Krieg" ausriefen. De Sonis hatte die Aufgabe, auch diesen gefährlichen Aufstand zu dämpfen, was ihm unter den schwierigsten Verhältnissen gelang. Der Ueberfall in der Schlucht von Ain

Mahdi, wo die kleine französische Colonne, durch den Verrath der Söhne bisher freundlich gesinnter Häuptlinge, von einer vierfachen Uebermacht angegriffen wurde und nur durch die Geistesgegenwart des Führers von einem schnell verschanzten Lager aus den Ansturm des siegessicheren, mit frenetischem Jubel heranschwärmenden Feindes abzuwehren vermochte, gehört zu den packendsten Scenen dieser an gefahrvollen Wendungen so reichen Wüstenexpeditionen. De Sonis bekennt selbst von diesem heiß errungenen Sieg: „es war einer der glücklichsten Tage meines Lebens". Die heroische Waffenthat von Ain Mahdi machte ihn zum Oberst und trug seinen Namen durch ganz Frankreich. Kaiser Napoleon schickte ihm seine „Vie de César" und Marschall Niel rühmte ihn öffentlich vor dem Parlament „als einen der musterhaftesten Männer des Heeres sowohl wegen seiner Bravour als wegen seiner vortrefflichen Eigenschaften als Familienvater". Nur der Nachsatz „und als Christ" — setzt Baunard hinzu — wollte dem Marschall nicht über die Lippen.

Da kam das Jahr 1870 und mit ihm das Verhängniß über Frankreich: die Kriegserklärung gegen Deutschland, und bald darauf die Schlag auf Schlag sich folgenden Schlachten von Wörth, um Metz, bei Sedan. Es ist begreiflich, wie bei diesen erschütternden Nachrichten dem Oberst Sonis der Boden von Afrika unter den Füßen brannte. Aber erst zu Ende Oktober konnte er die Rückberufung nach Frankreich erlangen. Zum Brigadegeneral ernannt, erhielt er das Commando einer Cavallerie-Division der Loire-Armee. Mit der ihm eigenen Energie und Besonnenheit griff er in die nächsten Kriegsbewegungen ein, aus denen freilich zugleich ein grelles Licht auf die Verwirrung und Kopflosigkeit der französischen obersten Kriegsleitung fällt.

Aber in der blutigen Schlacht von Loigny am 2. Dezember wurde er bei einem letzten vergeblichen Angriff durch einen Schuß in den Unterschenkel schwer verwundet; es war schon gegen Abend, als die Deutschen bereits im siegreichen Vordringen begriffen waren. Sein Ordonanzoffizier und ein Zuavenlieutenant wollten den Verwundeten nicht verlassen. Aber der General nöthigte sie, sich zurückzuziehen, weil sie

sonst den nachsetzenden Siegern in die Hände gefallen wären. Er blieb die ganze Nacht auf dem Schlachtfeld liegen, bis endlich des andern Morgens gegen 10 Uhr ein französischer Geistlicher, Abbé Batard, den Verstümmelten auffand und in das Pfarrhaus von Loigny bringen ließ. Die Scenen, die der General in dieser Schreckensnacht, halb von Schnee bedeckt, unter Todten und Verwundeten und Vorüberstürmenden erlebte, sind höchst ergreifend zu lesen. Ein einziger versöhnender Zug, der wie ein Lichtpunkt aus dem Nachtgemälde herausschimmert, mag hier angeführt werden.

„Neue Truppen", erzählt der General, „marschirten heran, und ich glaubte mein letztes Stündlein gekommen, als einer der (deutschen) Soldaten mir fast auf den Leib trat; doch dieser war der gute Samaritan. Als er mich sah, blieb er stehen, drückte mir herzlich die Hand und sagte in mitleidigem Ton: ‚Kamerad!' Es war vielleicht das einzige Wort, womit er sich verständlich machen konnte, aber er legte sein ganzes Herz hinein. Dann neigte er sich zu mir herab und flößte mir aus seiner Feldflasche einige Tropfen Branntwein ein. Seit 24 Stunden hatte ich nichts genossen. Er legte den Sattel (den ein früher Vorüberstürmender auf die Seite geschleudert hatte) wieder behutsam unter meinen Kopf und breitete eine Decke, die in der Nähe lag, über mich aus. Ich suchte ihm mit einigen Worten meinen Dank auszusprechen; aber da ich bemerkte, daß er unsere Sprache nicht verstand, begnügte ich mich damit, zum Himmel empor zu weisen. Ich trug meine Schuld später ab, indem ich den Pfarrer von Loigny bat, das heilige Meßopfer für diesen edelmüthigen Feind darzubringen" (244).

General de Sonis mußte sich einer Amputation des linken Beins unterziehen, und es dauerte viele Monate, bis er sich eines hölzernen Beines bedienen konnte. Aber bei seiner robusten Gesundheit brachte er es dahin, daß er, der passionirte Reiter, trotz des Stelzfußes selbst wieder zu Pferde steigen konnte. Ende Oktober 1871 ward er von Thiers zum Commandanten der 16. Division in Rennes ernannt. Hiemit begann ein neuer Abschnitt seines Lebens. „Vom militärischen Standpunkt betrachtet, ist es eine Zeit unaufhörlicher angestrengter Arbeit, ganz und gar dem großen Werke der Reorganisation des Heeres

gewidmet. Und da nach seinem Dafürhalten die Besserung der militärischen Verhältnisse nur durch die Wiederbelebung des sittlichen und religiösen Geistes im Heere herbeigeführt werden kann, ist es sein eifrigstes Bestreben, allen Anfeindungen zum Trotz, Gott und seine Gebote wieder zu Ehren zu bringen".

Trotz seines gebrechlichen, oft mit Schmerzen verbundenen Zustandes kam de Sonis mit der gleichen Regelmäßigkeit wie früher seinen militärischen Obliegenheiten nach. Ein Mann der Pflicht bis ins Kleinste, vor allem gegen sich selbst, wußte der „General Stelzfuß" (Jambe de bois), wie er von den Soldaten genannt wurde, bei Jedermann sich in Ansehen und Respekt zu setzen. Von seiner unbestechlichen Gerechtigkeit und Integrität, von seiner musterhaften Handhabung der Mannszucht, seiner sittlichen Unbeugsamkeit gegenüber den Machthabern, seiner Seelengröße bei allen Prüfungen im Familien- wie im dienstlichen Leben werden zahlreiche Beweise der edelsten Art berichtet. Seine religiösen Grundsätze bewährten sich namentlich auch bei den mehrfachen Versetzungen, die er als Kränkungen von Seiten radikaler Kriegsminister empfinden mußte. Erst ward er nach St. Servan, dann nach Chateauroux versetzt, obgleich er, Soldat mit Leib und Seele und zu Pferd unermüdlich, an jedem Ort seinen Pflichten mit aufopfernder Pünktlichkeit nachkam. An dem Corpscommandanten General von Gallifet, seinem alten Waffengefährten von Afrika, fand er übrigens einen loyalen Vorgesetzten, der ihn mit Vertrauen behandelte und dem wiederholt Gekränkten das Großkreuz der Ehrenlegion erwirkte. Gallifet war es auch, der ihm das Zeugniß ausstellte: „Keiner weiß besser zu befehlen und zu gehorchen als er". Er nannte ihn „die Ehre der Armee".

Als im J. 1880 die Verfolgungsgesetze gegen die Ordensleute erschienen, weigerte sich General de Sonis, an der Ausführung der Dekrete durch seine Truppen sich zu betheiligen, und verlangte seinen Abschied. „Ich habe meinen Abschied erbeten", schreibt er einem Verwandten, „weil ich um keinen Preis als Helfershelfer der Ungerechtigkeit das Urtheil vollstrecken wollte, das die Klöster trifft". Er ward zur Disposition gestellt. Aber die wohlwollende Sorge und Sympathie des Generals Gallifet, der die äußeren Verhältnisse des mit einer

zahlreichen Familie gesegneten Mannes kannte, wußte es zu vermitteln, daß er nach sechs Monaten (2. Mai 1881) mit dem Posten eines Generalinspektors von vier Cavalleriebrigaden in Limoges betraut wurde, wo er einst als junger Offizier seinen Ausgang genommen und noch bei Vielen in gutem Ansehen stand. Indeß schon im folgenden Jahr legte ihm das Gefühl zunehmender Gebrechlichkeit, die ihm mehrmals einen Sturz vom Pferde zugezogen, den Gedanken dringender nahe, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Noch einmal sorgte die ritterliche Gesinnung des General Gallifet dafür, daß der hochverdiente Mann zu Anfang 1883 zum Mitglied einer Abtheilung des Kriegsministeriums ernannt wurde. Man sah auch im Kriegsministerium wohl ein, daß seine einfache Entlassung in der Armee sehr übel aufgenommen worden wäre. Die Commission war eine Sinecure, die ihm wenig zu thun gab, ein ehrenvoller Ruheposten in der Hauptstadt des Landes.

Vier Jahre eines friedlicheren Lebensabends waren dem Invaliden noch vergönnt, die indeß, bei dem kümmerlichen Zustand seines Körpers, selten von Schmerzen frei waren. Schmerz und Leid dienten dem ganz vom Glauben erfüllten, von Gottesliebe durchgeistigten Streiter Christi als willkommene Vorbereitung auf den Tod. Am Tage von Maria Himmelfahrt 1887 hauchte er seine mannhafte Seele aus. Seine Ruhestätte wurde ihm an dem Orte bereitet, wo er 17 Jahre zuvor, am 2. Dez. 1870, seine Wunde empfangen und eine Nacht unter Gefallenen verbracht hatte. In der Krypta der Kirche von Loigny, wo so viele von ihm in den Kampf geführte Waffenbrüder ruhen, ist er beigesetzt. Auf der Grabschrift steht zu lesen: Die XXII Sept. 1887 in spem vitae — hic depositus est — et requiescit — Miles Christi: — Gaston de Sonis.

XIV.

Knöpfler's Lehrbuch der Kirchengeschichte.[1]

Wir würden es als einen für Lehrer und Schüler gleich wohlthätigen Fortschritt begrüßen, wenn das lästige Diktiren und das geisttödtende Nachschreiben von Collegien aus dem Bilde des Universitätsunterrichtes allmählich verschwinden würde. Erst dann wird der Lehrer mit ungehemmter Begeisterung sprechen und der Hörer mit Verständniß und Genuß folgen können. Die erste Vorbedingung für jeden, der dieses Ziel anstrebt, sind gute, nicht allzu umfangreiche Lehrbücher, an die man sich halten könnte. So erklärt sich das allseitige Bestreben nach praktischen Handbüchern und die rasche Aufeinanderfolge von Neuauflagen derselben.

Im Sommer 1895 war die erste Auflage des vorliegenden Lehrbuches für Kirchengeschichte erschienen (vgl. Bd. 116, 310 ff.). Im Herbste 1897 war sie schon vergriffen. Vor Kurzem wurde eine zweite, vermehrte und verbesserte Auflage ausgegeben. „Wenn ich diese zweite Auflage", so lesen wir im Vorwort, „eine vermehrte und verbesserte nenne, so dürfte für ersteres der Umfang, für letzteres der Inhalt sprechen. Beide, Verbesserung und Vermehrung, sind in erster Linie das Resultat

1) Lehrbuch der Kirchengeschichte. Von Alois Knöpfler, Doctor der Theologie und der Philosophie, o. ö. Professor der Kirchengeschichte an der Universität München. Auf Grund der akademischen Vorlesungen von Dr. Karl Joseph v. Hefele, Bischof von Rottenburg. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Freiburg, Herder, 1898. XXXII, 783 S. 8°. (9,50 Mk.)

der praktischen Verwendung des Buches bei den Vorlesungen, nach dem bekannten Erfahrungssatz: Docendo discimus". Die Stoffvermehrung ist eine ganz ansehnliche. Da aber jetzt sehr häufig Kleindruck zur Anwendung gekommen ist, so wurde der Umfang der ersten Auflage doch bloß um 27 Seiten überschritten. Völlig neu sind § 38 über die pseudoapostolischen Schriften und § 214 über die Kirche in Nordamerika. Zu den früheren chronologischen Tabellen sind die der byzantinischen Kaiser, der Herrscher in Italien, Spanien, Frankreich und England hinzugefügt; und das Namen- und Sachregister ist, was wir mit besonderem Dank notiren, um volle fünf Seiten vermehrt. Dagegen ist der Abschnitt über „Die katholische Theologie des 19. Jahrhunderts in ihren namhaftesten Vertretern" weggelassen worden. Eine vollständige Umarbeitung — um die vielen übrigen Verbesserungen zu übergehen — hat der alte § 191 über „Lessius, Molina und die Congruisten" erfahren. Lessius ist zum vorausgehenden Capitel gezogen und § 192 dem „Molinismus und Thomismus" gewidmet. Dazu kommen einigemale Aenderungen in der Gruppirung des Stoffes. Aber erst eine Fülle von Kleinarbeit tritt dem kundigen Auge in den Anmerkungen entgegen. So gestaltet sich diese zweite Auflage zu einem neuen Beweise dafür, daß ihr Verfasser lebhaft durchdrungen ist von seiner heiligen Pflicht als Lehrer an einer Universität, die nicht nur Schule sein soll, sondern auch eine Stätte wissenschaftlicher Arbeit für Lehrer und befähigte Schüler. Diese Doppelaufgabe hat Professor Knöpfler auch in diesem Handbuch zu erfüllen gesucht. Es soll den Schülern ein Unterrichtsbuch sein, das ihnen die wichtigsten gesicherten Resultate der kirchenhistorischen Forschung in klarer Sprache vermittelt. Aber die reichen Quellen- und Literaturangaben auf den Seiten 5—24 und in den zahlreichen Fußnoten weisen darauf hin, daß es die Benützer auch zu eigener produktiver Thätigkeit anregen und anleiten will.

Möge uns der verehrte Verfasser erlauben, daß wir, an den ersteren Gesichtspunkt anknüpfend, an einem uns eben naheliegenden Beispiele zeigen, wie vielleicht Einzelnes in einer weniger mißverständlichen Weise zu fassen gewesen wäre. Wir lesen auf S. 201, daß uns die ältesten Aufzeichnungen der

römischen Liturgie „erhalten sind in den drei Sakramentarien der Päpste Leo I., Gelasius I. und Gregor d. Gr.". Diese Fassung dürfte dazu angethan sein, in dem Schüler die Meinung zu erwecken, daß die ältesten Aufzeichnungen, die uns über die römische Liturgie handschriftlich erhalten sind und die man conventionell mit den Namen Leonianum, Gelasianum und Gregorianum bezeichnet, auch wirklich direkt auf die Päpste Leo I., Gelasius I. und Gregor d. Gr. zurückgingen. Selbstverständlich weiß der gelehrte Autor ebensogut wie Referent (vgl. überdies auch S. 209: das sogenannte Sakramentarium Gelasianum), daß der Codex Veronensis 85 s. VII lediglich seinem ersten Editor J. Bianchini (1735) seine Verbindung mit dem Namen Leos I. verdankt; daß das sogenannte Sakramentarium Gelasianum die römische Liturgie, wie sie in Frankreich etwa zwischen 650 und 750 gebraucht wurde, repräsentirt; und daß das sogenannte Sakramentarium Gregorianum, wie es uns in der Ausgabe Muratoris vorliegt, das von Alcuin (vgl. S. 260) vermehrte Hadrianum ist, welches seinerseits charakterisirt werden muß als eine durch die natürliche Entwicklung der Liturgie seit den Tagen Gregors I. nothwendig gewordene neue Recension des ursprünglichen Gregorwerkes. Die Sakramentare Leos I. — wenn man diesem überhaupt ein solches zuschreiben darf —, Gelasius I. und Gregors d. Gr. sind uns nicht mehr erhalten; sie werden erst durch außerordentlich ausgedehnte und mühevolle Arbeiten, so gut es eben noch möglich ist, zu reconstruiren sein.

Wir glauben uns bei der Anzeige der zweiten Auflage eines so rasch bekannt und beliebt gewordenen Buches mit vorstehenden Zeilen begnügen zu sollen. Den nichttheologischen Lesern der gelben Blätter möchten wir bei dieser Gelegenheit eine Stelle aus der beachtenswerthen akademischen Antrittsrede des jüngst nach Wien berufenen Würzburger Kirchenhistorikers Prof. Dr. A. Ehrhard[1]) mittheilen, die geeignet sein dürfte, ihr Interesse für Kirchengeschichte wachzurufen oder neu zu

---

1) „Stellung und Aufgabe der Kirchengeschichte in der Gegenwart". Stuttgart, Roth, 1898. 42 S. 8°.

beleben. Nachdem Ehrhard die eminent wichtige Stellung der Kirchengeschichte innerhalb der theologischen Wissenschaften dargethan, fährt er (S. 17) fort: „Ich darf aber aus dieser Betrachtung noch eine weitere Folgerung ziehen. Es scheint mir daraus klar hervorzugehen, daß die Kirchengeschichte über die Bedeutung einer rein fachwissenschaftlichen Disciplin der Theologie hinausragt und einen Platz unter jenen Wissensgebieten, deren Kenntniß zur wahren Bildung der christlichen Gesellschaft gehört, mit Recht beanspruchen darf. Diese Eigenschaft theilt sie nun in erster Linie mit der Weltgeschichte". „Noch mehr! Durch die Kirchengeschichte kommt auch die öffentliche Bedeutung der Theologie, die noch kein christliches Volk ohne empfindlichsten Schaden für sein ganzes Geistes- und Gesellschaftsleben vernachlässigt hat, in prägnantester Weise zum Ausdruck".

Nach beiden Seiten hin gehört die Kenntniß der Kirchengeschichte in ihren Hauptzügen zur allgemeinen Bildung. Auf die Aneignung einer solchen auch hier hinzuweisen, möge man uns nicht übel nehmen in Tagen, wo philosophische und historische Fächer von einer großen Anzahl unserer akademischen Bürger wohl belegt, aber selten gehört und noch weniger studirt zu werden pflegen. Möge Knöpflers Kirchengeschichte auch in Laienkreisen, die auf allgemeine Bildung nicht freiwillig Verzicht leisten, fleißig zur Hand genommen werden. Auch hiefür eignet sie sich vorzüglich vermöge ihrer ganzen Anlage und namentlich wegen der kurzen, bündigen und doch leicht verständlichen Darstellung, die sich nie mit einer farb- und charakterlosen Contur zufrieden gibt!

XV.

Ein geistlicher Fürst des 18. Jahrhunderts.

(Schluß.)

Noch ehe Kraus an diese Publikationen gegangen war, hatte er ähnlich wie das Archiv auch die Bibliothek des Klosters einer gründlichen Musterung unterzogen, und um auf ihre reichen und kostbaren Bestände, namentlich auf die unschätzbaren Handschriften, aufmerksam zu machen und die Benützung der Bibliothek zu erleichtern und zu fördern, in vier Bänden einen gedruckten Katalog sämmtlicher Werke erscheinen lassen [1748] [1]). Besonderen Nutzen mußte für seine Zeit der vierte Band haben, welcher ausschließlich die Handschriftensammlung beschreibt.

Bei dieser Beschäftigung mit den Handschriften des Klosters war Kraus zu seiner ersten größeren historischen Publikation angeregt worden, welche im Jahre 1750 erschien, zu der Schrift De translatione corporis s. Dionysii Areopagitae. Darin nimmt er Stellung gegen die französischen Bestreiter der Thatsache einer Translation von St. Denis nach St. Emmeram, namentlich gegen Halloix, Launoy und Mabillon, und sucht ihre Argumente zu entkräften. Er fügt seiner Abhandlung auf den Gegenstand bezügliche Texte und Faksimilien solcher Texte wie auch ein Faksimile der drei

1) Bibliotheca principalis ecclesiae et monasterii Ord. s. Bened. ad s. Emmer. Ratisbonae. 4 Partes. Regensburg 1748.

merkwürdigen, jetzt noch in St. Emmeram aufbewahrten Inschriftsteine an, welche mit den Dionysiusreliquien in St. Emmeram gefunden worden sein sollen und von der angeblichen „pia fraus“ berichten. Indeß galt seine Vertheidigung, wie man jetzt, nachdem der „letzte Mönch von St. Emmeram“ längst verstummt ist, wohl unangefochten behaupten darf, in diesem Punkte einer unhaltbaren Position.

Es ist zu bewundern, welche Richtung die Wirksamkeit unseres Benediktiners wie mit einem Schlage nahm, nachdem ihn der Wille seiner Mitbrüder an die Spitze des Conventes berufen hatte. Früher schien die Eigenart seines Wesens vorzüglich in praktischem Schaffen aufzugehen, nunmehr spielt er eine führende Rolle in wissenschaftlicher Bethätigung. Sein Beispiel schon konnte nicht ohne Einfluß auf seine Untergebenen, namentlich auf den jüngeren Nachwuchs seiner Klostergemeinde bleiben. Allein er ließ es beim bloßen Beispiele nicht bewenden. In einem auf der Münchener Staatsbibliothek[1]) verwahrten eigenhändigen Briefconzepte schreibt Frobenius Forster, der spätere Nachfolger von Kraus, im Jahre 1760 an Dom Jos. François in Metz: man habe in St. Emmeram bereits vor mehreren Jahren mit einer Verbesserung des Studienwesens und zwar des philosophischen und theologischen begonnen und sich hiebei die tüchtigsten Männer auf französischem Boden zum Muster genommen. Gleichzeitig habe diese Studienreform auch an der Universität Salzburg und den damit zusammenhängenden österreichischen, bayerischen und schwäbischen Klöstern Platz gegriffen.

Es handelte sich bei den hier angedeuteten Bestrebungen, die sich durch das ganze 18. Jahrhundert hindurchziehen, sowohl um eine Reform der Studien-Methode, wie um die allmähliche Anbahnung eines philosophisch-theologischen Lehrplanes, wie er jetzt an deutschen akademischen Anstalten in entwickelter Form allenthalben zu Grunde liegt.

---

1) Stockiana 23.

St. Emmeram war gleich von Anfang in jene Reformbewegung eingetreten. Schon Kaspar Erhard hatte hierin die ersten Schritte gethan. Doch fällt der Zeitpunkt, welchen Forster mit obiger Mittheilung im Auge hat, erst in die Regierungszeit von Kraus, hier aber ganz in den Anfang. Auf Seiten der Theologie handelte es sich bei jenen Reformbestrebungen um eine Aenderung der Methode im Sinne der positiven Theologie und damit zusammenhängend um eine stärkere Betonung der biblischen Fächer und der Kirchengeschichte. In der Philosophie suchte man mit der damals noch allgemein in Deutschland, im Süden wie im Norden, herrschenden schulmäßigen Abgeschlossenheit zu brechen und mit der außerhalb der Schule aufkommenden neueren Philosophie Fühlung zu gewinnen. Die Absicht der Emmeramer war, alte und neuere Philosophie miteinander womöglich zu verbinden. Das Schlagwort hiefür lautete „eklektische Philosophie". Indem sie aber ihre Aufmerksamkeit der neuzeitlichen Entwicklung der Philosophie zuwendeten, konnte ihnen der große Aufschwung nicht entgehen, welchen die Physik damals nahm, welche sich in eben jener Zeit als eine besondere und neue, auf die Mathematik und das Experiment gegründete Disciplin von der eigentlichen Philosophie loslöste und verselbständigte. Schon 1744 trug Kraus dafür Sorge, daß auch in diesem Wissenszweige, in welchem sich der augenfälligste Fortschritt des wissenschaftlichen Forschens der Zeit kundgab, die Seinigen unterwiesen wurden. Er berief nämlich den bekannten Peter Osterwald, den nachmaligen Direktor der philosophischen Klasse der Münchener Akademie der Wissenschaften und kurbayerischen geheimen Rath, dazu, im Kloster Mathematik und Experimentalphysik vorzutragen. Von da an datiren die naturwissenschaftlichen Studien zu St. Emmeram, durch welche sich in der Folge einzelne Conventualen ein ebenso großes Ansehen in der gelehrten Welt erwarben, wie andere in der Geschichte. Denn nunmehr begann jene rege und vielseitige wissenschaftliche

Thätigkeit in St. Emmeram, welche mit dem fortschreitenden Jahrhunderte auch ihrerseits wuchs und sich zur schönsten Blüthe entfaltete, als bereits am Horizonte die Wetterzeichen des nahenden Vernichtungssturmes aufleuchteten. Eine Schilderung dieser späteren Blütheperiode, zu der unter Kraus die Keime gelegt wurden, fällt zwar über den Rahmen dieser biographischen Skizze hinaus. Indeß kann auch nicht verwehrt werden, mit einem Zuge wenigstens die Perspektive auf den höchst erfreulichen Anblick anzudeuten, den St. Emmeram nachmals darbot, als es im Begriffe stand, auf den von ihm bevorzugten Wissensgebieten mit nicht wenigen ähnlichen Pflegestätten des geistigen Lebens in weitem Umkreise nicht nur in Concurrenz zu treten, sondern sie selbst zu überflügeln. Ein Emmeramer dieser Zeit, welchen im Laufe der Jahre die Mitgliedschaft zahlreicher gelehrter Gesellschaften auszeichnete, der unter anderem auch Ehrenmitglied der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg wurde, Placidus Heinrich, machte im Herbste 1790 eine Ferienreise in mehrere Klöster der Oberpfalz und Frankens. Er besuchte auch die beiden Universitäten Altdorf und Erlangen. In einem Briefe an Roman Zirngibl, einen der Hauptvertreter der historischen Studien zu St. Emmeram, schreibt er, er habe in sieben Prälaturklöstern seine Beobachtungen machen können, aber nirgendwo, auch in dem gelehrten Banz nicht, ein St. Emmeram gefunden. Keines der Klöster sei weder mit Talenten noch mit wirklichen Gelehrten, noch auch mit den nothwendigen literarischen Subsidien so gut versehen, wie St. Emmeram. Von den beiden Universitäten rühmt er den Reichthum an kostbaren Werken, welche ihre Bibliotheken besaßen, namentlich hebt er die vorzügliche Bestellung der physikalischen Literatur Altdorfs hervor, herrührend von einer reichen Erbschaft an Büchern, welche die Universität kürzlich gemacht hatte. Aber die sonstige Vertretung des Faches entsprach nicht den vorhandenen Bücherschätzen. „Das physikalische und mathematische

Fach", sagt Heinrich, welcher damals diese beiden Disciplinen zu Ingolstadt lehrte, „ist an beiden Orten sehr schlecht bestellt. Die beiden Professoren haben ihren kleinen Vorrath von Instrumenten gleich bei sich zu Hause und sind auch Eigenthümer davon. Die Luftpumpe und Elektrisirmaschine ausgenommen, ist alles Uebrige weiter nicht mehr werth, als daß es nach unserer Sprache (Er meint St. Emmeram. D. Verf.) unter das Dach hinauf transportirt werde".[1])

Doch kehren wir zur Zeit unseres Kraus zurück. Im historischen Fache war damals namentlich Jakob Paßler thätig, dem wir zwei, leider unvollendet gebliebene, Foliobände zur Geschichte der Kirche und des Klosters von St. Emmeram verdanken.[2]) Mit der Unterweisung der Kleriker befaßten sich in hervorragender Weise Gregor Rothfischer und Frobenius Forster. Letzterer wirkte in den Jahren 1745—47 an der philosophischen Fakultät der Universität Salzburg und war durch die Ausbildung, die er zu Hause empfangen hatte, im Stande, als einer der ersten in Salzburg die Experimentalphysik vorzutragen.[3])

Mit Befriedigung konnte Kraus die geistige Regsamkeit der Seinen sich entfalten sehen und mit Vergnügen ergriff er die Gelegenheit, dieselbe auch einmal öffentlich zu dokumentiren.

Eine solche ergab sich, als im Herbste des Jahres 1748 Cardinal Angelo Maria Quirini, der Vorstand der vatikanischen Bibliothek, auf einer literarischen Reise durch Bayern einige Tage in St. Emmeram verweilte. Quirini, welcher unter anderem der Wiener und Berliner Akademie als Mit-

---

1) Ungedruckter Brief in den Tagebüchern Zirngibl's im Besitze des Herrn Domdekans Dr. Jacob zu Regensburg.

2) Der eine dieser Bände befindet sich im Pfarrarchive von St. Emmeram, der andere in der k. Kreisbibliothek von Regensburg (Rat. ep. et cl. 250).

3) Vgl. Hist. polit. Blätter CXXI (1898) S. 270 ff.

glied angehörte, war in den gelehrten Kreisen auch von Deutschland eine populäre Erscheinung. Noch zu seinen Lebzeiten ließ der Göttinger Akademiker Justus Friedrich Veit Breithaupt seine Biographie in deutscher Sprache erscheinen.[1]) In St. Emmeram sollten die Tage der Anwesenheit des Cardinals, mit dem der Fürstabt schon durch brieflichen Verkehr befreundet war und in dessen Angehörigkeit zum Benediktinerorden noch ein besonderer Grund zu Aufmerksamkeiten gegen ihn lag, nicht ohne festlichen Glanz verlaufen. Da ohnehin der Schluß des Studienjahres einfiel, so wurde an drei aufeinanderfolgenden Tagen jedesmal eines jener prunkvollen gelehrten Turniere abgehalten, welche die Zeit liebte. Forster und Rothfischer, die Leiter der Disputirspiele, legten wissenschaftliche Abhandlungen vor, der gelehrte Heerbann der Stadt fand sich ein, die verschiedenen Orden schickten ihre Vertreter, die widerstandskräftigsten Kämpen erschienen im Vordertreffen.

Der Cardinal, welcher nur fünf Mann hoch angeritten gekommen war, erwies sich als Muster der Anspruchslosigkeit; seine Ansprüche galten nur dem Bibliothekar des Klosters.[2])

Nicht immer kam die Ehre hoher Besuche so billig zu stehen. Als drei Jahre früher, 1745, Maria Theresia zur Wahl und Krönung ihres Gemahls nach Frankfurt zog, nahm sie mit ihrem ganzen großen Gefolge in der Fürstabtei zu St. Emmeram Absteigequartier und zwar so, daß das Gefolge sich in drei Gruppen theilte und in drei aufeinanderfolgenden Tagen die volle Gastfreiheit des Klosters genoß. Ebenso geschah es bei der Rückkehr von Frankfurt nach

1) Die Geschichte Seiner Eminenz, Herrn Angelus Maria Quirini, der römischen Kirche Kardinals 2c. von M. J. Fr. Veit Breithaupt. Erfurt, 1752.

2) Der ganze Besuch ist anziehend geschildert in **Notata Monast. s. Emmer.** unter den handschriftlichen Ratisbonensia des Hist. Vereins von Regensburg Nr. 164, p. 26 ff.

Wien.[1]) Damals wäre der Ehre für das Kloster bald zu viel geworden.

Wir haben früher des Paters Rothfischer gedacht. Schon vor seinem Eintritte in das Kloster hatte er die Wohlthaten desselben genossen. Durch die gründliche und vielseitige Ausbildung, welche er im Kloster erhalten, durch sein Talent und seinen Eifer hatte er sich einen über die Mauern von St. Emmeram hinaus geachteten Namen erworben. Man wußte, daß er sich nicht damit begnügte, die alten ausgetretenen Geleise hergebrachter Schullehre einfach nachzutreten; man kannte aber auch den Feuereifer, womit er noch im Jahre 1748 die Ansichten des berühmten Aufklärungsphilosophen Christian Wolff über die kirchlichen Befugnisse des Landesfürsten bekämpft hatte. Er hatte darüber eine eigene Schrift erscheinen lassen. Rothfischer scheint aber zu jenen mißlich veranlagten Charakteren gehört zu haben, welche die Neigung zu Extremen und Gegensätzen in sich tragen. Am Ende des Jahres 1751, als kein Mensch eine Ahnung davon hatte, verließ er plötzlich das Kloster, diesem und der alten Kirche zugleich den Rücken wendend. Er verstarb bereits vier Jahre darauf (1755) als Professor der Philosophie an der Universität Helmstädt.[2])

Auf den Fürstabt und sein Verhältniß zu den Wissenschaften scheint dieses Ereigniß nachhaltige Wirkungen ausgeübt zu haben. Er verräth jetzt in seinen Aufzeichnungen ganz im Gegensatze zu seinem bisherigen Verhalten eine Art pessimistische Stimmung gegen die Wissenschaft, spricht von einer Einschränkung des Studiums bei den jungen Ordensleuten auf das Nothwendige, und wendet sich mit besonderem Mißtrauen gegen die Naturwissenschaften. Als daher der weit und breit bekannte Oliverius Legipontius 1752 mit dem

1) Ib. p. 17 ss.

2) Baader, Bayerische Schriftsteller, II, 2. S. 52 ff. Allgemeine Deutsche Biographie 29, S. 361 ff.

großen Plane der Gründung einer deutschen Benediktiner-Gelehrtenakademie nach dem Muster der Mauriner an ihn herantrat, lehnte er das Präsidium dieser Akademie und den ganzen Plan ab mit dem Hinweise auf das sapienter indoctum esse der Regel des hl. Benedikt.[1])

Die Entwicklung der Dinge zeigt nun aber meist mehr Consequenz als die Neigungen der Menschen. Kraus konnte die begonnenen und fortschreitenden Studien der Seinigen, und zwar auch die naturwissenschaftlichen, nicht mehr aufhalten. Sie fanden überdies im Zusammenhang mit den Reformbestrebungen der Zeit einen thatkräftigen Anwalt in dem damaligen Prior Frobenius Forster, welcher dadurch unwillkürlich in einen gewissen Antagonismus gegen seinen Abt versetzt wurde, der aber infolge des taktvollen Verhaltens von Forster kaum ernstlich zur Empfindung kam.

Uebrigens sollte Kraus bald durch Thatsachen selbst belehrt werden, wie wenig mit einer Einschränkung des höheren Unterrichtes auf das eben Nothwendige gedient sei; wie unerläßlich derselbe jenes Maß positiver Kenntnisse und jene wissenschaftliche Selbständigkeit anzustreben habe, welche zum Verständnisse und zur Orientirung über schwebende Zeit- und Streitfragen befähigen; daß dieser Unterricht wenigstens als höchstes Ideal nie aus dem Auge verlieren dürfe die Befähigung zu eigener literarischer Thätigkeit und die Förderung des wissenschaftlichen Fortschrittes von Seite derjenigen, an welche er sich wendet. In der zweiten Periode seiner Regierung ergaben sich nämlich stets aufs Neue wirksame Antriebe zu literarischer Arbeit, so daß diese ungefähr 10 Jahre umfassende Zeit fast ganz ausgefüllt ist mit publicistischer Thätigkeit.

Die erste Anregung hiezu kam von dem Jesuiten Markus

---

1) Siehe meine „Beiträge zu der Biographie und den literarischen Bestrebungen des Oliv. Legipontius“ in Kinter's Studien und Mittheilungen, 1898. S. 5.

Hansiz, welcher in dem Prodromus zum dritten Bande seiner Germania sacra[1]) einen Ansturm unternahm gegen das theilweise mehr als 6 Jahrhundert alte Ideensystem, auf welches die Emmeramer nicht nur die Urgeschichte ihres Stiftes bauten, sondern worin sie auch die theoretische Grundlage ihrer rechtlichen Stellung gegen Bischof und Reich, namentlich aber ihrer Exemption von der bischöflichen Gewalt, erblickten. Schon die Art der Behandlung des Gegenstandes durch Hansiz an sich wäre für den Verfasser des Liber probationum und den Erneuerer des Mausoleum eine genügende Herausforderung zur Erwiderung gewesen; die Dedikation an Kraus, welche der Prodromus an der Stirne trug, nahm sich vollends aus wie ein absichtlich gereichter Fehdehandschuh. Kraus nahm ihn auf. Er ließ in den Jahren 1755 und 1756 nicht weniger als fünf theilweise umfängliche Streitschriften gegen Hansiz erscheinen, die sich auf die ursprünglichen Rechtsverhältnisse und die spätere Exemption des Klosters von der bischöflichen Gewalt bezogen.[2]) Mit einer gewissen Nervosität und Gereiztheit sucht er die alten Traditionen des Klosters zu retten. Er begeht hiebei den Fehler, daß er in seiner Voreingenommenheit Urkunden, deren zweifelhafter Charakter, ja deren Unächtheit schon längst von gewiegten Diplomatikern erkannt worden war, und die er unbedenklich in seinen Liber probationum aufgenommen hatte, zum Zeugnisse anruft. Es läßt sich nicht läugnen, daß Hansiz seinem Gegner überlegen ist, schon durch den ruhigen Ton, in dem er die Controverse führt, und namentlich durch zahlreiche Correkturen, welche er an der bisherigen Auffassung der alten Kirchengeschichte Regensburgs anbringt,

1) M. Hansiz, Germaniae sacrae tomi III. de episcopatu Ratisbonensi prodromus seu informatio summaria de sede antiqua Ratisbonensi, innovans omnia, nec non Salisburgensem et Frisingensem plenius illustrans. Viennae, 1755.

2) In dem Schriftenverzeichniß bei Lindner a. a. O. S. 54, die Nummern 22—26.

so wenn er die angeblich emmeramischen Aebte vor Gaubald streicht, wenn er außer den Abtbischöfen von Gaubald bis zum hl. Wolfgang keine besonderen Aebte des Klosters gelten läßt, wenn er St. Emmeram und St. Peter zugleich als Kathedralen bezeichnet, wenn er in dem seligen Ramwold den ersten Abt sieht, der ausschließlich dieses Amt bekleidete u. s. w.

Weiteren Anlaß für Kraus, die Feder zu führen, boten die öffentlichen und politischen Angelegenheiten, die er als Reichsfürst nicht aus dem Auge verlor. Neun seiner Schriften haben politische Fragen zum Gegenstand und behandeln unter anderem den westfälischen Frieden und einige Artikel desselben, das jus reformandi der Landesherren, das Normaljahr 1624 und daran sich knüpfende Controversen ꝛc.

Noch im letzten Jahre seines Lebens nahm er in zwei Schriften Stellung zu der bis zur Stunde noch schwebenden Frage nach der Autorschaft des berühmten ascetischen Büchleins „Von der Nachfolge Christi". Gegen Eusebius Amort sucht er die Hypothese seiner französischen Ordensgenossen Delfau und Mabillon aufrecht zu erhalten, welche Gersen für den Verfasser erklärten.

Diese Andeutungen mögen genügen, um zu zeigen, welch reiche und vielseitige Thätigkeit unser Fürstabt auf literarischem Gebiete entfaltete.

J. B. Kraus starb am 14. Juni 1762. Er wurde bestattet in der Stiftskirche und zwar in der Nähe des ursprünglichen Emmeramsgrabes, um das sich die Ruhestätten der alten Abtbischöfe reihen, wo auch viele seiner Vorfahrer ruhen. Ein anspruchsloses Monument hält dort die Erinnerung an ihn fest. Frobenius Forster ließ es nachmals setzen als gemeinsames Grabmal für sich und seine beiden Vorgänger.

Schlicht und einfach hat sich das Leben des drittletzten unter den Aebten von St. Emmeram abgewickelt. Es sticht nicht hervor durch irgend welche bedeutende Ereignisse der

Weltgeschichte, mit denen es in Berührung gestanden wäre. Aber es entbehrt doch nicht eines gewissen allgemeineren Interesses durch die lebhafte Fühlung, welche es mit den geistigen Bewegungen der Zeit hält. Die Bedeutung von Kraus liegt namentlich darin, daß er die Richtung der Mauriner auf deutschen Boden verpflanzte. Um deßwillen wird ihm die Geschichte eine Stelle neben einem Bernhard Pez von Melk, einem Marquart Herrgott von St. Blasien, einem Karl Meichelbeck von Benediktbeuern stets zuerkennen müssen.

Wenn wir bei Kraus in einer Person den Mönch, den Gelehrten, den Reichsfürsten vereinigt sehen, so war und blieb er in erster Linie doch stets Mönch. Ungeblendet durch den Glanz der Fürstenwürde und unverwandt behielt er zeitlebens die hohen, idealen Ziele im Auge, welche die Richtpunkte in der Regel des hl. Benedikt bilden, und in deren Verfolgung sein Orden, keiner der christlichen Culturaufgaben fremd, so Glänzendes geleistet hatte. In der Realisirung jener Ideale wollte er sich als Abt von keinem seiner Untergebenen übertreffen lassen.

Seine historischen Arbeiten bekunden noch nicht jenes Maß unbestechlicher wissenschaftlicher Kritik, welches der damalige Stand der Diplomatik ermöglicht hätte. Wenn er aber hierin von einer jüngeren und zwar der letzten Generation von Emmeramern übertroffen wurde, so geschah es doch nicht ohne sein Verdienst, daß sie ihn übertrafen.

Regensburg. J. A. Endres.

XVI.

Die socialdemokratische Gefahr im akatholischen Deutschland sehr groß, im katholischen sehr klein.

Ergebnisse der amtlich festgestellten Wahlziffern von 1898.

Die Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen, wie sie nunmehr vom Kaiserlichen Statistischen Amt festgestellt sind, bieten einer eingehenden Betrachtung ungemein interessante und lehrreiche Seiten.

Vor Allem geht aus denselben Eines zur Evidenz hervor:

In katholischen Gegenden Deutschlands hat die Socialdemokratie im Allgemeinen kaum nennenswerthen Boden gefaßt, während sie in akatholischen durchschnittlich ganz bedenkliche Fortschritte macht.

Das ist ziffermäßig nachweisbar, ob man nun ganz Deutschland als Vergleichungsgebiet nimmt oder einzelne Länder und Gegenden.

Bei unseren nachfolgenden Untersuchungen lassen wir die Reichslande ganz bei Seite und sehen vorerst auch von den 29[1]) städtischen Wahlkreisen Altdeutschlands ab.

1) Wir glaubten Düsseldorf zu den städtischen Wahlbezirken nehmen zu sollen.

Zur näheren Untersuchung kommen also zunächst 353 Wahlbezirke, welche zusammen 9,613,276 Wahlberechtigte hatten und der Socialdemokratie 1,523,825 Stimmen zuführten.

Hätten nun — um das Wesentliche des Gesammtergebnisses gleich von vornherein mitzutheilen — die vorwiegend akatholischen Gegenden in ganz gleichen Procentsätzen für die Socialdemokratie gestimmt, wie die vorwiegend katholischen, dann hätte dieselbe statt dieser mehr als $1^1/_2$ Millionen nicht einmal $^1/_2$ Million Stimmen erhalten: bloß **410,407.**

I.

Sehen wir uns zunächst die Gesammtstimmen-Contingente an.

1. Unter den in Betracht kommenden 353 Bezirken sind 284,[1]) welche 70% und darüber, also eine starke Mehrheit einer bestimmten Confession haben: 193 eine akatholische und 91 eine katholische.

Erstere hatten 5,323,171, letztere 2,276,524 Wahlberechtigte, zusammen also 7,599,695, von denen 1,282,313 — 16,87% — für socialdemokratische Candidaten gestimmt haben.

Vergleicht man nun aber die Gesammtgruppe der vorwiegend akatholischen mit der der vorwiegend katholischen Bezirke, so ergibt sich ein sehr großer Unterschied: erstere weisen 1,193,295 socialdemokratische Stimmen auf — **22,41%** —, letztere dagegen 89,018 — bloß **3,91%**.[2]) Hätten erstere gleichschwach für die Socialdemokratie resp. deren

---

1) Wir legen die Ziffern zu Grunde, die das Kaiserliche Statistische Amt in seiner „Statistik der Reichstagswahlen von 1898" mittheilt.

2) Wir legen durchgängig nicht die Zahl der thatsächlich Abstimmenden zu Grunde, sondern die der Wahlberechtigten. In Folge dessen erhalten wir etwas niedrigere Procentsätze; allein diese Rechnungsart ist correkter und sicherer.

Candidaten gestimmt wie letztere, dann wäre die Gesammtstimmenzahl derselben um nicht weniger als 985,492 kleiner geblieben. Sie hätte dann in diesen 284 Bezirken bloß 296,821 — statt 1,282,313 — Stimmen erhalten.

2. Ein Vergleich mit den Procentsätzen von 1893 ist sehr interessant. Damals hatten die 193 vorwiegend akatholischen Bezirke 19,22 und die 91 vorwiegend katholischen 3,58 % socialdemokratischer Stimmen. Erstere haben also eine Zunahme von 3,19, letztere von 0,33 % zu verzeichnen. Allein die letztere ist eigentlich nur scheinbar. Der Bezirk Köln-Land hat nämlich inzwischen eine andere Umgrenzung bekommen, in Folge deren seine Wählerschaft sich verdreifacht und auch sein socialdemokratisches Stimmenkontingent sich stark vermehrt hat. Wäre diese Aenderung unterblieben oder schon vor der Wahl von 1893 vorgenommen worden, dann hätten die 22 rheinländischen Bezirke mit 70 % Katholiken und darüber einen Rückgang des socialdemokratischen Stimmenkontingentes zu verzeichnen statt eines kleinen Anwachsens, und für die 91 Bezirke von ganz Deutschland würde es eine fast vollständige Gleichstellung der Procentsätze von 1898 und 1893 bedeuten.

Mit alleiniger Ausnahme von Schlesien weisen sämmtliche Gegenden mit 70 % katholischer Bevölkerung und darüber im Vergleich zur Wahl von 1893 eine procentuale Abnahme socialdemokratischer Stimmen auf. In Schlesien allein ist ein Ansteigen von 2,35 auf 7,58 % zu verzeichnen gewesen. Namentlich von socialdemokratischer Seite ist sehr viel Aufhebens davon gemacht worden. Indessen hat sich dasselbe eigentlich nur auf 3 oder 4 von 13 Bezirken erstreckt. In den übrigen 9 wurden sogar 1000 socialdemokratische Stimmen weniger abgegeben als 1893.

In den vorwiegend akatholischen Gegenden ist es gerade umgekehrt. Pommern allein hat einen ganz kleinen Rückgang von 0,15 % zu verzeichnen — von 9,75 auf 9,60 % — überall sonst tritt procentuales Ansteigen zu Tage:

in Ostpreußen	von 4,02 auf 10,40
in Brandenburg	von 21,96 auf 24,47
in Provinz Sachsen	von 20,46 auf 23,97
in Provinz Schleswig . . .	von 23,69 auf 23,90
in Provinz Hannover . . .	von 14,35 auf 16,18
in Provinz Nassau	von 15,23 auf 18,01 %.

Außerhalb Preußens kommt hier vor Allem das Königreich Sachsen in Betracht. Hier ist das Ansteigen winzig klein — von 36,76 auf 36,78 %, so daß man fast von einem Stillstand sprechen kann.

Anders dagegen liegt die Sache wieder in den kleineren Staaten und Staaten-Gruppen, die größtentheils akatholische Bevölkerung und recht starke socialdemokratische Stimmenkontingente haben:

im Großherzogth. Hessen (5 Bezirke) . .	von 12,33 auf 18,71
in Mecklenburg Schwerin (6 Bezirke) .	von 21,78 auf 29,91
in sächsischen Fürstenth. (8 Bezirke) . .	von 25,11 auf 28,46
4 kleinere Staaten (8 Bezirke)	von 25,00 auf 26,38
in 7 kleinsten mit je 1 Bezirk	von 24,95 auf 26,11 %.

3. Am interessantesten und lehrreichsten ist ein solcher Vergleich, wenn er im gleichen Lande oder in der gleichen Gegend zwischen vorwiegend akatholischen und vorwiegend katholischen Bezirksgruppen angestellt werden kann. Solche Gegenden sind Schlesien mit 15 vorwiegend akatholischen und 13 vorwiegend katholischen; Westfalen mit 6 akatholischen und 8 katholischen; Bayern mit 6 akatholischen und 27 katholischen; Württemberg und Baden zusammen mit 11 vorwiegend akatholischen und 7 vorwiegend katholischen Bezirken. Folgende Tabelle macht die großen Unterschiede anschaulich:

	Akath. Bezirke		Kathol. Bezirke	
	1893	1898	1893	1898
Schlesien	12,00	15,18	2,35	7,58
Westfalen	12,78	15,42	1,57	1,02
Bayern	11,82	16,77	5,89	4,12
Württemberg u. Baden .	12,31	18,07 %.	3,73	3,18 %.

Man mag also eine vergleichende Zusammenstellung für ganz Altdeutschland machen oder für einzelne Gegenden, im einen wie im anderen Falle begegnet man der Thatsache, die wir unter Beweis gestellt haben.

4. Eine vergleichende Zusammenstellung der Wahlbezirke mit minderstarkem Ueberwiegen einer bestimmten Confession ist gleichfalls sehr interessant und lehrreich, wenn auch die Ergebnisse nicht die gleiche Beweiskraft haben.

Wir haben 32 Bezirke mit 60—70% einer bestimmten Confession: 12 mit akatholischer und 20 mit katholischer Mehrheit. Zusammengenommen hatten sie 807,149 Wahlberechtigte, von denen 112,562 — 13,94% — für socialdemokratische Candidaten gestimmt haben.

Auch hier ist die Vertheilung eine sehr verschiedene: die Bezirke mit akatholischer Mehrheit haben 20,88, die mit katholischer Mehrheit bloß 6,62% socialdemokratischer Stimmen (78,850 und 35,712 bei 368,029 und 539,120 Wählern). Erstere haben seit 1893 um 3,02% zugenommen, letztere umgekehrt um 1,53% abgenommen.

Wäre auch hier in den Bezirken mit akatholischer Mehrheit im ganz gleichen Verhältniß für socialdemokratische Candidaten gestimmt worden wie in den Bezirken mit katholischer Mehrheit, so hätten dieselben **52,486** Stimmen *weniger* erhalten.

Endlich haben wir noch 37 Wahlbezirke mit 50 bis 60% einer bestimmten Confession: 22 mit akatholischer und 15 mit katholischer Mehrheit. Sie hatten insgesammt 1,076,452 Wahlberechtigte, von denen 128,950 — 11,96% — für socialdemokratische Candidaten gestimmt haben.

Die Bezirke mit akatholischer Mehrheit hatten 15,05 (1,98% mehr), die mit katholischer Mehrheit 4,83% (0,20% mehr) socialdemokratischer Stimmen (111,182 und 17,768 bei 738,695 und 367,757 Wählern). Hätten erstere in ganz gleichen Procentsätzen für die Candidaten der Socialdemo-

kratie gestimmt wie letztere, so hätte dieselbe weitere **75,503** Stimmen weniger erhalten.

5. Wenn also der Procentsatz socialdemokratischer Stimmen in sämmtlichen 227 akatholischen Mehrheitsbezirken ganz gleich gewesen wäre, wie in den 126 katholischen, dann hätten wir ein wesentlich anderes Bild. Wir hätten dann **1,113,418** (985,429 + 52,486 + 75,503) socialdemokratischer Stimmen weniger zu registriren gehabt. Die vorstehend erörterten 353 Bezirke Altdeutschlands hätten in diesem Falle bloß 410,407 — 4,25 % — socialdemokratische Stimmen aufzuweisen gehabt. Niemand hätte dann Anlaß, von einem bedenklichen Anwachsen der Socialdemokratie zu sprechen.

Wie bereits hervorgehoben wurde, ist in den katholischen Mehrheitsbezirken durchgängig ein Rückgang oder wenigstens Stillstand der socialdemokratischen Stimmenkontingente zu verzeichnen. Trotz den besonderen Umständen in einigen schlesischen Bezirken und in Köln-Land beträgt die Gesammtzahl der socialdemokratischen Stimmen in sämmtlichen 126 katholischen Mehrheitsbezirken bloß 70 mehr, als sie nach dem Procentsatze von 1893 betragen mußte.

Wesentlich anders liegt die Sache in den 227 akatholischen Mehrheitsbezirken. Diese hätten volle **195,937** (170,182 + 11,120 + 14,635) Stimmen weniger für die Socialdemokratie gestellt, wenn sie wenigstens bei dem Procentsatze von 1893 geblieben wären.

II.

Noch augenfälliger sind die Ergebnisse, die man durch eine vergleichende Zusammenstellung unter anderen Gesichtspunkten erhält.

1. Nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen ist das socialdemokratische Stimmenkontingent eines Wahlbezirkes beachtenswerth, sobald es 10% der Wahlberechtigten erreicht hat. Auf 15% angestiegen ist es beträchtlich.

Mit 20% beginnt die Gefahr, die mit 25% namhaft, mit 30% dringend, mit 35% sehr dringend und mit 40% nahezu unabwendbar wird. Wie schon 1893 so ist die Socialdemokratie auch jetzt wieder sehr vereinzelt mit weniger als 15% in die Stichwahl gekommen. In beiden Wahlen hat sie in je 14 Bezirken mit 15 bis 20% das Gleiche erreicht, ohne indessen auch nur in einem einzigen dieser Fälle zu siegen.

Auch in den Fällen, in welchen sie mit weniger als 20% in die Stichwahl gekommen war, hat sie nirgends den Sieg zu erringen vermocht.

Anders lag und liegt die Sache, sobald das Stimmenkontingent 20% erreicht resp. überschritten hatte. Diese Erfahrung hat man 1893 gemacht wie auch bei der letzten Wahl.

2. Unter den 193 Bezirken mit mehr als 70% akatholischer Bevölkerung sind nun nicht weniger als 87, die bei der letzten Wahl mit mehr als 20% der Wahlberechtigten für socialdemokratische Candidaten gestimmt haben:

1 mit über 50%
2 mit 50 bis 45
10 mit 45 bis 40
16 mit 40 bis 35
18 mit 35 bis 30
17 mit 30 bis 25
23 mit 25 bis 20%.

Unter den 91 Bezirken mit mehr als 70% katholischer Bevölkerung findet sich kein einziger, in welchem das socialdemokratische Stimmenkontingent auch nur bis 20% angestiegen wäre.

3. Wenn wir daran anschließend auch die 34 Bezirke mit 50 bis 70% akatholischer (12 mit 60 bis 70 und 22 mit 50 bis 60%), sowie die 35 (20 mit 60 bis 70 und 15 mit 50 bis 60%) mit katholischer Bevölkerung in gleicher Weise zusammenstellen, so begegnen uns in der ersteren

Gruppe (mit akatholischer Mehrheit) 11 Bezirke mit mehr als 20 % socialdemokratischer Stimmen: 3 mit 40 bis 35, 2 mit 35 bis 30, 2 mit 30 bis 25 und 4 mit 25 bis 20 %; in der letzteren (mit katholischer Mehrheit) dagegen nur 3: 2 mit 35 bis 30 und 1 mit 25,94 %.

4. Wenn man die vergleichende Zusammenstellung weiter herab durchführt und auf die Wahl von 1893 ausdehnt, so erhält man folgende höchst lehrreiche Tabelle:

Soc. Stimmen in Proc. s. der Wahlb.	Bez. mit akath. Mehrheit.		Bez. mit kath. Mehrheit.	
	1893	1898	1893	1898
über 50 %	2	1	—	—
50—45	3	2	—	—
45—40	6	10	—	—
40—35	10	19	—	—
35—30	16	20	2	2
30—25	21	19	1	1
25—20	19	27	—	—
20—15	31	30	2	4
15—10	10	38	8	6
10— 5	34	25	20	19
unter 5 %	46	36	82	81
gar keine	4	—	11	13
		227		126

Unter den 227 Bezirken mit akatholischer Mehrheit sind demnach nicht weniger als 98, über welche die socialdemokratische Gefahr schon jetzt hereingebrochen ist — 21 mehr als vor 5 Jahren. Weitere 30 Bezirke sind nicht sehr weit von dieser Gefahr, 9 davon sogar ganz nahe, da sie 18 % bereits überschritten haben.

Unter den 126 Bezirken mit katholischer Mehrheit sind bloß 3 gefährdet: 2 schon seit 20 Jahren und ein dritter seit 1890. Weitere 4 Bezirke sind anscheinend nicht sehr weit von der Gefahr. Unter diesen 4 erscheint einer ganz nahe daran — Kattowitz — (19,59 %); indessen gehört er jener Gegend an, in welcher man zum Bebel'schen Rosen-

kranz griff, um Erfolge zu erreichen, an die bis jetzt Niemand gedacht hatte. Ein zweiter dieser 4 Bezirke — Würzburg — hat schon vor 8 Jahren mit 23,55 % zu den gefährdeten gehört, ist aber 1893 auf 19,53 und jetzt auf 16,74 % zurückgegangen. Der dritte ist Krefeld und der vierte Köln-Land. Kann der wesentliche Unterschied zwischen der Ausbreitung der Socialdemokratie in akatholischen und der in katholischen Gegenden noch mehr dargethan werden, als in den unter II vorgeführten Wahlziffern?

III.

Betrachten wir nun auch noch die socialdemokratischen Wahlerfolge, soweit die Gewinnung von Mandaten oder der Eintritt in Stichwahlen in Frage kommt!

1. Von den 98 Bezirken mit akatholischer Mehrheit und mehr als 20 % socialdemokratischer Stimmen haben **37** auch socialdemokratische Vertretung bekommen: 17 gleich in der Hauptwahl und 20 in der Stichwahl.

Im Jahre 1893 sind nur **21** der Socialdemokratie zugefallen: 13 in der Hauptwahl und 8 in der Stichwahl. Einer davon ging in der Nachwahl wieder verloren, während andererseits 6 andere gewonnen wurden.

In 45 weiteren (von den 98) Bezirken ist die Socialdemokratie in die Stichwahl gekommen, ohne zu siegen.

Nur in 16 Bezirken ist sie sofort unterlegen, obwohl in 3 davon 25 bis 30, in 3 weiteren 30 bis 35 und in einem siebenten sogar 37,40 % der Wahlberechtigten für ihre Candidaten gestimmt haben.

2. Von den 45 Bezirken, in welchen die Socialdemokratie in die Stichwahl ohne siegreichen Erfolg gekommen ist, hat sie 4 früher schon erobert: Kiel und Lennep-Mettmann in der Wahl von 1893; Dortmund in der Nachwahl von 1895; Solingen in der Wahl von 1877 und dann in allen Wahlen von 1881 bis 1898.

Auch von den 16 Bezirken, in welchen sie nicht einmal in die Stichwahl gekommen ist, hat sie 2 schon wiederholt gewonnen:

Freiberg in den Wahlen von 1874, 1878 und 1881;
Mittweida in den Wahlen von 1874, 1878, 1881, 1890 und 1893.

In den 17 Bezirken, die sie gleich in der Hauptwahl gewonnen hat, bewegte sich ihr Stimmenkontingent zwischen 50,37 und 35,32%; in ihren 20 Stichwahlbezirken mit siegreichem Erfolg zwischen 42,28 und 27%. Das läßt im Allgemeinen auf eine sehr gute Wahlbetheiligung schließen.

Endlich verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die Socialdemokratie in 4 Bezirken ganz nahe an den Sieg hingekommen ist, während sie allerdings auch umgekehrt in 9 Bezirken nur mit knapper Mehrheit siegte.

In 8 Bezirken ist sie auch ganz nahe an die Stichwahl hingekommen; in einem fehlten ihr nur 8 Stimmen und in einem zweiten mußte sie mit den Linksliberalen loosen, wobei letztere glücklich waren und dann den Sieg über den national-liberalen Stichwahlgegner davon trugen.

3. Von den 126 Bezirken mit katholischer Mehrheit ist kein einziger in socialdemokratischem Besitze. Die 3 allein gefährdeten sind früher von der Socialdemokratie schon gewonnen worden: Mainz 1881, 1890 und 1893; Reichenbach 1877 und 1893 und Höchst 1893, und sind als sehr gefährdet zu bezeichnen. Von diesen 3 Bezirken abgesehen, ist aber auf längere Zeit hinaus kaum einer als ernstlich gefährdet anzusehen. Zwar ist die Socialdemokratie außer den Bezirken Mainz und Höchst auch noch in Würzburg und Kronach in die Stichwahl gekommen. Allein ihr Stimmenkontingent betrug bloß 16,74 und 12,95% und ist zudem in beiden Bezirken noch zurückgegangen.

Man mag also die Wahlergebnisse der vorstehend erörterten 353 Bezirke betrachten, unter welchem Gesichtspunkte man will, immer begegnet man der unumstößlichen Thatsache,

daß von einem bedenklichen Anwachsen der Socialdemokratie nur im vorwiegend akatholischen Deutschland gesprochen werden kann.

IV.

Nach den vorausgegangenen Feststellungen haben die 227 Bezirke mit akatholischer Mehrheit zusammen 6,429,895, die 126 mit katholischer Mehrheit 3,183,401 Wähler gehabt. Socialdemokratische Stimmen hatten

erstere 1.381.327 (1.193.295 + 76.850 + 111.182),
letztere 142.498 (89.018 + 35.712 + 17.768) —
in Procentsätzen ausgedrückt:
erstere 21,40 und
letztere 4,47% der Wahlberechtigten.

Diese Zahlen sind für den katholischen Theil ungemein günstig; die volle Wirklichkeit ist es noch mehr.

Dieses letztere bedarf um so mehr der näheren Erläuterung, als sie ja keineswegs ungemischt confessionelle Wahlziffern sind. Unter den 6,429,895 Wählern der 227 vorwiegend akatholischen Bezirke sind viele Katholiken, wie umgekehrt viele Akatholiken unter den 3,183,401 Wählern der 126 Bezirke mit katholischer Mehrheit.

Ist es nun möglich, die Zahl der einen wie der anderen festzustellen?

Wenn man mit einer annähernden Sicherheit sich zufrieden gibt, läßt es sich unschwer machen.

1. Aus dem Procentsatz der Bevölkerung kann man auf den der Wahlberechtigten schließen. Dabei empfiehlt es sich freilich nicht, gleich ganze Bezirkskomplexe zusammenzunehmen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken sind stellenweise nicht unbedeutend. Wir haben in Altdeutschland gegen 70 Bezirke, in welchen der Procentsatz der Wahlberechtigten unter 20 bleibt; daneben aber noch etwas mehr Bezirke, in denen er 23 übersteigt. (In 13 Bezirken, darunter 7 städtische, übersteigt er sogar

25 — in Hamburg I auf 28,3 und in Hamburg II auf 30,4 ansteigend).

Im Allgemeinen haben Gegenden mit ausgebreiteter Industrie einen stärkeren Procentsatz als Gegenden ohne eine solche; Gegenden mit vorwiegend katholischer Bevölkerung haben häufig einen geringeren Procentsatz, als solche mit vorwiegend akatholischer Bevölkerung. Derartige Unterschiede können sogar in einem und demselben Wahlbezirke sich mehr oder weniger geltend machen.

Darum empfiehlt es sich, die Berechnung jedenfalls *für jeden einzelnen Wahlkreis gesondert* anzustellen. Und auch so wird das Ergebniß immer nur ein *annähernd* sicheres sein.

2. Nach einer in solcher Weise durchgeführten Berechnung sind unter den 5,323,171 Wählern der 193 Bezirke mit über 70 % akatholischer Bevölkerung rund **360,000** *Katholiken* und unter den 2,276,524 Wählern der 91 Bezirke mit mehr als 70 % katholischer Bevölkerung rund 249,000 Akatholiken. Nach entsprechender Ab- und Zuschreibung erhalten wir für die 284 Bezirke mit mehr als 70 % einer bestimmten Confession rund

5.212.000 (5.323.171 — 360 000 = 4.963.000 + 249.000 = 5.212.000)
akatholische und
2.387.000 (2.276.524 + 360.000 = 2.636.524 — 249.000 = 2.387.524)
katholische
Wähler.

Bei den 69 übrigen Bezirken in gleicher Weise verfahrend kommen wir zu folgenden Ziffern: Unter den 1,106,724 Wählern der 34 Bezirke mit 50—70 % akatholischer Bevölkerung sind rund 456 000 Katholiken (132,083 in den Bezirken mit 60—70 und 323,769 in den Bezirken mit 50—60 %); unter den 906,877 Wählern der 35 Bezirke mit 50 bis 70 % katholischer Bevölkerung sind hinwiederum rund 343,000 Akatholiken (176,235 in den Bezirken mit 60—70 und 167,139 in den Bezirken mit 50—60 %).

Nach entsprechendem Abzug und Zuschlag erhalten wir für erstere rund

994.000 (1.106.724 — 456.000 = 650.724 + 343.000 = 993.724)

und für letztere

1.020 000 (906.877 + 456.000 = 1.362.877 — 343.000 = 1.019.877)

Wähler.

Die Gesammtziffern für alle 353 Bezirke sind demnach:

6.206.000 akatholische und
3.407.000 katholische Wähler
(5.212.000 + 994.000 = 6.206.000 und 2.387.000 + 1.020.000 = 3.407.000)

Diese Ziffern dürfen als *annähernd sicher* bezeichnet werden.

Wir haben demnach eine nicht unbeträchtliche Verschiebung der Wählerziffern zu verzeichnen. Die 126 Bezirke mit katholischer Mehrheit haben 2,276,524 = 33,11 % sämmtlicher Wähler der 353 nichtstädtischen Bezirke Altdeutschlands; die katholischen Wähler bilden dagegen nach diesen genaueren Feststellungen 35,44 % — 3,407,000.

3. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige genauere Feststellung der akatholischen und katholischen Wählerzahl die socialdemokratischen Stimmenkontingente der beiden Lager nicht unberührt lassen kann. Einer genaueren Feststellung der socialdemokratischen Stimmenziffern setzen sich aber große Schwierigkeiten entgegen. Man muß sich mit einer Wahrscheinlichkeits-Rechnung im eigentlichen Sinne des Wortes begnügen. Vielleicht wandelt Jemanden die Versuchung an, kurzer Hand einfach die Gesammtprocentsätze 21,40 und 4,47 anzuwenden und demgemäß zu rechnen:

Die 816,000 katholischen Wähler aus den vorwiegend akatholischen Bezirken haben, 4,47 % gerechnet, 36,475 socialdemokratische Stimmen abgegeben, die dem Contingent der akatholischen Wähler abzuziehen und dem der katholischen Wähler zuzuzählen wären. Wir erhielten dann zunächst 1,381,327 — 36,475 = 1,344,852 socialdemokratische Stimmen

im akatholischen und 142,498 + 36,475 = 178,973 im katholischen Lager.

Andererseits hätten die 592,000 akatholischen Wähler der vorwiegend katholischen Bezirke, 21,40 % gerechnet, 126,688 socialdemokratische Stimmen abgegeben. Genau so viele wären nun denen aus dem akatholischen Lager zuzuzählen und denen aus dem katholischen abzuziehen.

Auf diese Weise erhielten wir

1.471.540 (1.344.852 + 126.688) socialdemokratische Stimmen im akatholischen und
52.285 (178.973 — 126.688) im katholischen Lager.

Noch auf eine zweite Rechnungsart könnte Jemand verfallen:

Die 193 Bezirke mit mehr als 70 % akatholischer Bevölkerung haben, wie festgestellt wurde, ein socialdemokratisches Stimmenkontingent von 22,41 %. Nimmt man die mit 60—70 nebst denen mit 50—60 % zusammen, so erhält man 34 Bezirke mit 16,90 %. Diesen Procentsätzen entsprechen auf katholischer Seite 3,91 und 5,89 %. Wendet man nun diese Procentsätze auf die katholische Wählerschaft aus den vorwiegend akatholischen, wie umgekehrt auf die akatholische aus den vorwiegend katholischen Bezirken an, so erhält man für erstere:

360.000 zu 3,91 % = 14.076 und
456.000 zu 5,89 % = 26.857

zusammen 40.933 socialdemokratische Stimmen;

für letztere:

249.000 zu 22,41 % = 55.801
343.000 zu 16,99 % = 58.276

zusammen 114.077 socialdemokratische Stimmen.

Wie bei Feststellung der akatholischen und katholischen Wählerschaft müssen auch hier die gleichen Ab- und Zuschreibungen erfolgen.

Für den akatholischen Theil hieße es dann:
1.381.327 — 40.933 = 1.340.394
und dazu: 114.077

zusammen 1.454.471

für den katholischen Theil:
142.498 + 40.933 = 183.431
und davon abgezogen: 114.077

69.354 socialdemokratische Stimmen.

Auf beiden Wegen käme man also zu einem Ergebniß, welches noch unverhältnißmäßig günstiger für die Katholiken wäre.

4. Allein weder die eine noch die andere Rechnungsart ist angängig. So zweifellos im Allgemeinen ein sehr großer Unterschied ist zwischen der Ausbreitung der Socialdemokratie in akatholischen und katholischen Gegenden, so trifft es eben doch nicht überall zu und namentlich nicht überall in gleicher Weise. Es gibt vereinzelt auch vorwiegend akatholische Bezirke mit einem sehr geringen Procentsatz socialdemokratischer Stimmen. Und natürlich gibt es nach dieser Richtung auch in katholischen Gegenden und Bezirken Unterschiede. Neben dem confessionellen spielen ja noch andere Momente eine Rolle, wenn die größere oder geringere Ausbreitung der Socialdemokratie in Frage kommt.

Sehr verschieden ist sodann das Schicksal der Stimmen solcher Katholiken, die Bezirken mit vorwiegend akatholischer Bevölkerung zugehören. Es kommt sehr darauf an, ob sie mehr geschlossen beisammen sind oder vereinzelt unter den Akatholiken wohnen. Es kommt auch darauf sehr an, ob sie Aussicht haben, mit ihren Stimmen irgendwie auf die Vergebung des Mandates einzuwirken oder ob ihnen jede derartige Aussicht benommen ist. Vielfältig kommen solche Stimmen überhaupt nicht zur Geltung, weil sie nicht abgegeben werden. Oder sie stehen in Gefahr, an eine Partei zu kommen, der sie nicht zufallen würden, wenn die confessionelle Zusammensetzung des Bezirkes eine andere wäre.

Diese letztere Gefahr droht von socialdemokratischer Seite gewöhnlich weniger, als von anderer.

Sind in einem vorwiegend akatholischen Bezirke nur wenige socialdemokratische Stimmen gefallen, so ist natürlich in der Regel nicht anzunehmen, daß sie gerade aus dem katholischen Lager stammen.

Ist in einem Bezirke mit geringem Procentsatz katholischer Bevölkerung die Centrumsfahne aufgepflanzt worden, so weiß man von vornherein, daß diejenigen, die sich ihr etwa anschließen, dem katholischen Lager angehören. Und wenn die Zahl der Centrumsstimmen so groß ist, daß sie sich mit der von ihnen muthmaßlich abgegebenen Stimmenzahl fast deckt, dann weiß man ebenso sicher, daß nicht auch noch socialdemokratische Stimmen dorthin zu zählen sind.

Nur sehr ausnahmsweise kommt es vor, daß, vom Falle einer Stichwahl abgesehen, Akatholiken für einen Centrumscandidaten stimmen. Umgekehrt kommt es nicht leicht vor, daß nicht aus dem katholischen Lager heraus in größerer oder kleinerer Zahl Stimmen auf Candidaten von Parteien fallen, die dem Centrum feindlich gegenüberstehen. Naturgemäß tritt es nicht etwa weniger zu Tage, wenn die katholischen Wähler mehr oder weniger stark in der Minderheit sind.

Wenn man sich also daran macht, ein etwaiges socialdemokratisches Stimmenkontingent der katholischen Wählerschaft eines Bezirkes festzustellen, dann muß man zu allererst ein bestimmtes Stimmenkontingent für andere Centrumsgegner ausscheiden.

5. Solche Momente ständig im Auge behaltend, haben wir sämmtliche Bezirke im Einzelnen gemustert. Wo nicht ziemlich sichere Anhaltspunkte für eine zutreffende Feststellung der socialdemokratischen Stimmen geboten waren, lag uns vor Allem daran, in Sachen der Stimmabgabe für socialdemokratische Candidaten die katholische Wählerschaft unter keinen Umständen zu günstig einzuschätzen.

In all diesen Fällen sind wir nach dem Grundsatze verfahren: der katholischen Wählerschaft möglichst viel, der akatholischen möglichst wenig socialdemokratische Stimmen zuzuschreiben.

Es würde zu weit führen und bei der Allgemeinheit kaum genügendes Interesse erwecken, wenn wir nach diesen Erörterungen jeweils mit der entsprechenden Begründung darthun wollten, wie wir die vielen Berechnungen für einzelne Bezirke und kleinere oder größere Bezirksgruppen angestellt haben.

Nur das wollen wir bemerken, daß wir bei Feststellung der confessionellen Wählerziffern wie auch der socialdemokratischen Stimmen, die dem akatholischen und katholischen Theile zufallen, uns nicht mit den bezüglichen Ziffern des kaiserlich Statistischen Amtes zufrieden gegeben haben. Während dasselbe die Procentsätze der Wahlbetheiligung in den einzelnen Bezirken mit Beifügung einer Bruchstelle — also möglichst genau — mittheilt, sind die confessionellen Procentsätze in abgerundeten ganzen Zahlen angeführt. Dabei sind aber nur die beiden Rubriken „evangelisch" und „katholisch" angewendet, und es wird nur der Procentsatz derjenigen Seite mitgetheilt, welche im betreffenden Bezirke die Mehrheit bildet. Für die 227 Bezirke mit akatholischer Mehrheit könnte man also mit den Ziffern des kaiserlichen Statistischen Amtes die confessionellen Procentsätze überhaupt nicht feststellen und die anderen nicht genau. „Evangelisch" und „akatholisch" deckt sich natürlich nicht. Und es kommt vor, daß neben „evangelisch" und „katholisch" noch mehrere Procente vertreten sind. Behufs möglichst genauer Feststellung der hier einschlägigen Ziffern haben wir darum noch andere Quellen zu Rathe gezogen.

Im Uebrigen begnügen wir uns damit, die Ergebnisse unserer zeitraubenden, wiederholt revidirten Berechnungen mitzutheilen.

Für die 360,000 katholischen Wähler aus den 193 Be-

zirken mit mehr als 70% akatholischer Bevölkerung haben wir 30,082 socialdemokratische Stimmen zusammengestellt; für die 456,000 katholischen Wähler aus den 34 Bezirken mit 50 bis 70% akatholischer Bevölkerung 25,544. Nach gemachter Zusammenstellung haben wir auch die Procentsätze berechnet. Dieselben sind 8,35 und 5,70. Diese letzteren Zahlen beweisen an sich schon, daß die socialdemokratischen Stimmenkontingente jedenfalls nicht zu nieder angenommen sind.

Für die 249,000 akatholischen Wähler aus den 91 Bezirken mit mehr als 70% katholischer Bevölkerung haben wir 22,720 und für die 343,000 aus den 35 Bezirken mit 50 bis 70% katholischer Bevölkerung 30,390 socialdemokratische Stimmen zusammengestellt. Die (erst nachträglich berechneten) Procentsätze sind 9,12 und 8,83. Auch diese Ziffern beweisen an sich schon mehr als genügend, daß wir die socialdemokratischen Stimmenkontingente dieser beiden akatholischen Wählergruppen sicherlich nicht zu hoch angenommen haben.

6. Nunmehr gestaltet sich die Gesammtvertheilung der socialdemokratischen Stimmen folgendermaßen:

1. für den akatholischen Theil:
   1.381.327 — 55.626 (30.082 und 25.544) = 1.325.701 + 53.110 (22.720 und 30.390) = 1.378.811;
2. für den katholischen Theil:
   142.498 + 55.626 (30.082 und 25.544) = 198.394 — 53.110 (22.720 und 30.390) = 145.284.

So haben wir also folgendes Gesammtergebniß:

I. 6.206.000 akatholische Wähler mit 1.379.000 socialdemokratischen Stimmen (22,22%);
II. 3.407.000 katholische Wähler mit 145.000 socialdemokratischen Stimmen (4,25%).

Wenn man schließlich fragt, wie es mit der Gesammtzahl der socialdemokratischen Stimmen bestellt wäre, wenn die katholische Wählerschaft in gleichen Procentsätzen für die Socialdemokratie gestimmt hätte wie die akatholische, und um-

gekehrt, dann lassen die Antworten an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

Hätten die Katholiken in gleich starken Procentsätzen für socialdemokratische Candidaten gestimmt wie die Akatholiken, dann hätten sie 757,000 Stimmen für dieselben abgegeben. Die besprochenen 353 Bezirke hätten also **612,000** mehr socialdemokratische Stimmen gestellt, als thatsächlich geschehen ist.

Umgekehrt: hätten die Akatholiken in gleich schwachen Procentsätzen socialdemokratisch gewählt wie die Katholiken, dann hätten sie für socialdemokratische Candidaten bloß 264,000 Stimmen abgegeben. In diesem Falle hätte die Socialdemokratie in eben diesen 352 Bezirken **1,115,000** Stimmen weniger erhalten, als thatsächlich der Fall war.

Im ersteren Falle hätten wir: 2,136,000, im zweiten: 409,000, statt der thatsächlichen 1,524,000.

So glauben wir, den vollgiltigen ziffermäßigen Beweis dafür erbracht zu haben, daß im akatholischen Deutschland eine socialdemokratische Gefahr vorliegt, die einen bedenklichen Umfang angenommen hat, während im katholischen Deutschland von einer solchen Gefahr nicht gesprochen werden kann.

V.

Wir müssen nun auch noch den städtischen Wahlbezirken Altdeutschlands einige Aufmerksamkeit widmen.

1. Die 29 städtischen Wahlbezirke von Altdeutschland haben zusammen 1,482,843 Wahlberechtigte, von denen 531,261 — 35,82 % — für socialdemokratische Candidaten stimmten.

Nur 5 davon haben vorwiegend katholische Bevölkerung. Während das socialdemokratische Stimmenkontingent dieser letzteren bei 21,21 % verblieben ist, hat es in den 24 Bezirken mit vorwiegend akatholischer Bevölkerung die bedenkliche Höhe von 38,79 % erreicht.

Hätten die letzteren den ganz gleichen Procentsatz wie die ersteren, dann hätten sie der Socialdemokratie fast eine Viertelmillion — 216,742 Stimmen weniger zugeführt —, 261,414 statt 478,156 oder sämmtliche 29 Stadtbezirke 314,519 statt 531,261.

2. Diese 29 städtischen Bezirke, die 13,18 % sämmtlicher Wähler und 25,84 % aller socialdemokratischen Stimmen von Altdeutschland repräsentiren, haben eine angenehme Ueberraschung gebracht: seit 1893 haben sie nämlich keinen Fortschritt der Socialdemokratie zu verzeichnen.

In den 5 vorwiegend katholischen Stadtbezirken ist deren Stimmenkontingent von 22,82 auf 21,21 % zurückgegangen; in den 24 vorwiegend akatholischen ist es ganz gleich geblieben: 38,79 vor 5 Jahren, und 38,79 % auch jetzt wieder.

Der Rückgang tritt in jedem der 5 vorwiegend katholischen Bezirke zu Tage, am meisten in München II: von 29,68 auf 26,07 %.

Auch von den 24 vorwiegend akatholischen Bezirken haben 12 einen Rückgang zu verzeichnen, der sich zwischen 0,48 (Hamburg II) und 7,83 % (Stettin) bewegt.

3. Wenn man die socialdemokratischen Stimmenkontingente der einzelnen Bezirke genauer ansieht, dann erscheint in den 24 vorwiegend akatholischen Bezirken die Situation sehr bedenklich.

Blos 2 derselben (Danzig u. Berlin I) haben unter	20 %
2 (Stettin und Leipzig) etwas über . . .	29 „
4 (Berlin V, Breslau-Ost, Frankfurt u. Berlin II) zwischen	30 u. 35 „
6 (Breslau-West, Dresden links, Königsberg, Dresden rechts, Berlin III u. Hannover) zwischen .	35 u. 40 „
6 (Nürnberg, Berlin VI, Bremen, Magdeburg, Hamburg III und Hamburg II) zwischen .	40 u. 45 „
3 (Berlin IV, Hamburg I und Lübeck) zwischen .	45 u. 50 „
1 (Altona) über	50 „

Die 5 vorwiegend katholischen Stadtbezirke haben ungleich geringere Contingente socialdemokratischer Stimmen. Obenan stehen München II und München I mit 26,07 und 23,21%. Die anderen 3 haben unter 20% (Aachen bloß 11,62%).

4. In Hinsicht auf den Mandatsbesitz sind von den 24 vorwiegend akatholischen Bezirken 13 gleich in der Hauptwahl an die Socialdemokratie gefallen: Frankfurt mit bloß 33,42; Breslau-West mit 35,46; Königsberg mit 36,81; Hannover mit 39,64; die anderen 9 mit mehr als 40%; 4 weitere Bezirke hat sie in der Stichwahl gewonnen. Außerdem kam sie in 6 Bezirken in die Stichwahl, ohne zu siegen. In Berlin II und Berlin V blieb sie dabei mit bloß 15 und 58 Stimmen hinter dem siegreichen Freisin'n zurück. In Bremen allein ist sie sofort unterlegen, obwohl 41,44% der Wahlberechtigten für ihren Candidaten gestimmt haben. Die Wahlbetheiligung betrug dort 88,91% und die Stimmen vertheilten sich mit Ausnahme eines ganz kleinen Theiles nur in 2 Lager.

Seit 1893 sind verschiedene Verschiebungen eingetreten, obwohl der Mandatsbesitz bezüglich der Zahl der Bezirke gleich geblieben ist: 17 jetzt wie vor 5 Jahren. Damals wurden aber nur acht gleich im ersten Anlauf gewonnen — eines davon hat 1898 erst in der Stichwahl neuerdings gewonnen werden können (Breslau-Ost).

Fünf Bezirke (Königsberg, Magdeburg, Hannover, Frankfurt und Hamburg I) fielen 1898 gleich in der Hauptwahl an die Socialdemokratie, 1893 erst in der Stichwahl.

Drei Bezirke hat sie neu gewonnen, in welchen sie 1893 nur in eine Stichwahl ohne Erfolg gekommen war: Lübeck gleich in der Hauptwahl, Dresden rechts d. E. und Dresden links d. E. in der Stichwahl. Lübeck hatte sie allerdings früher (1890) schon einmal gewonnen, Dresden links d. E. sogar schon 2 mal (1877 und 1878).

Umgekehrt hat sie 3 Bezirke (Berlin II, Berlin V und Stettin) wieder verloren, die 1893 ihr zum ersten Male zugefallen waren. Auch Bremen hatte schon einmal (1890) socialdemokratische Vertretung.

Nur 3 Bezirke von den 24 — Danzig, Berlin I und Leipzig sind noch nie in socialdemokratischem Besitze gewesen.

5. Von den 5 vorwiegend katholischen Stadtbezirken ist München II gleich in der Hauptwahl an die Socialdemokratie gefallen. In 3 anderen kam dieselbe in die Stichwahl, ohne siegreichen Erfolg zu erringen. München I mit 23,21; Düsseldorf mit 18,98 und Köln mit 17,96 %. München II hat sie schon 1893 gleich in der Hauptwahl, 1890 und 1884 in der Stichwahl gewonnen. München I hatte sie in den beiden letzten Wahlen 1893 und 1890 jeweils in der Stichwahl gewonnen.

München II ist nun seit Jahren immer und immer wieder ins Treffen geführt worden, um glauben zu machen, die vorwiegend katholischen Stadt- und Landbezirke seien der socialdemokratischen Gefahr gegenüber so widerstandsunfähig wie die vorwiegend akatholischen. Dem gegenüber braucht nur auf das procentuale Stimmenkontingent von München II hingewiesen zu werden. Wenn dort 26,07 % genügen, um den socialdemokratischen Candidaten mit einer absoluten Mehrheit von 1513 Stimmen siegen zu lassen, dann ist es doch Beweis genug dafür, daß die bayerische Hauptstadt an etwas Anderem krankt, als an der Socialdemokratie. Uebrigens ist das socialdemokratische Stimmenkontingent seit 1890 procentualiter ständig zurückgegangen: von 32 % auf 29,68 im Jahre 1893 und von da auf 26,07 bei der letzten Wahl. Unter sämmtlichen 54 übrigen Mandaten der Socialdemokratie (in Altdeutschland) ist kein anderes, welches sie auf Grund eines so schwachen Stimmenkontingentes hätte gewinnen können, auch wenn sie zunächst nur in die Stichwahl gekommen wäre.

Schulgesetzentwurfe des „Lehrerbundes“ bezüglich der Lehrerbildung folgende Bestimmungen getroffen:

„Die Heranbildung der nöthigen Lehrkräfte für allgemeine Volks- und für Bürgerschulen erfolgt in nachstehender Weise:

1. Absolvirung einer staatlich anerkannten vollständigen Mittelschule;

2. Absolvirung einer vom Staate errichteten höheren Fachschule für die Heranbildung von Lehrern und Lehrerinen (Lehrerbildungsanstalt, Lehrerinenbildungsanstalt)“.

„Die Studiendauer an diesen Bildungsanstalten für Lehrer und Lehrerinen beträgt 2 Jahre (4 Semester)“.

„In den Bildungsanstalten für Lehrer und Lehrerinen wird gelehrt: Erziehungs- und Unterrichtslehre und deren Geschichte; Schulhygieine; Psychologie, Ethik, Logik und Aesthetik; Methodik der einzelnen an der allgemeinen Volksschule gelehrten Unterrichtsgegenstände auf Grundlage ihrer geschichtlichen Entwicklung; Schulgesetzgebung; Organisation der Kindergärten (Kleinkinderbewahranstalten) und des Fortbildungsschulwesens. Nichtobligater Lehrgegenstand ist die Landwirthschaftslehre mit besonderer Rücksicht auf die Bodenverhältnisse des Landes. In welcher Weise für die Vor- und Ausbildung der Hörer im Zeichnen und Turnen, im Gesange, im Violin-, Klavier- und Orgelspiel vorgesorgt werden soll, ist durch besondere Bestimmungen festzustellen“.

Die Hebung der Lehrerbildung wurde zunächst damit begründet, daß „wegen der Wichtigkeit und Schwierigkeit eines wahrhaft erziehenden Volksschulunterrichtes die Lehrerbildung zu erweitern und zu vertiefen sei“. In Wirklichkeit aber handelt es sich weniger um den Volksschulunterricht, als vielmehr um etwas ganz Anderes. Hören wir, was der Referent, Lehrer Fr. Legler von Reichenberg, auf der Brünner Versammlung darüber äußerte:

„Die absolvirte Mittelschule würde den Lehrer in seiner Vorbildung mit allen gebildeten Berufsklassen, mit den Geistlichen und den schulbehördlichen Vertretern, den politischen Beamten, gleichstellen. Nur auf diesem Wege

wäre es möglich, einmal zu jener **Autonomie des Lehrstandes** zu kommen, die uns seit Rottenhanns[1]) Zeiten, also durch das ganze Jahrhundert, verweigert und vorenthalten wurde, und zwar einestheils deßhalb, weil die Volksschule leider immer noch als ein Politicum wie zu Maria Theresiens Zeiten angesehen und behandelt wird, daher auch nicht zur Ruhe kommen kann, anderentheils deßhalb, weil man die Vorbildung des Lehrers für zu gering ansieht, als daß dem Lehrerstande auch die volle Selbstverwaltung in den Schulämtern und Schulbehörden übertragen werden könnte. Darin liegt auch zum Theil mit die Ursache für die Einrichtung der Orts- und Bezirksschulräthe, in denen Laien über alle Schul- und Lehrerangelegenheiten in erdrückender Mehrheit zu beschließen haben. **Eigene Schulämter — ähnlich den Pfarrämtern — müssen wir anstreben**, und dazu würde uns erhöhte Vorbildung wesentlichen Vorschub leisten. In Schulangelegenheiten muß mit der Zeit dem **Lehrer** das entscheidende Wort zufallen, das ist aber nur zu erreichen, wenn er in Bezug auf seine Bildung den **Vertretern der geistlichen und weltlichen Behörden gleichwerthig ist**".

Hier wird also mit aller nur wünschenswerthen Offenheit eingestanden, um was es sich eigentlich handelt, wenn auf eine erhöhte Lehrerbildung gedrungen werde. Die erhöhte Lehrerbildung soll ein Mittel sein, das „weltliche Rabbinat", welches durch das Gesetz von 1869 wohl angebahnt, aber nicht zur vollen Durchführung gebracht worden war, zu vollenden. Volle Gleichstellung des Lehrers mit dem Geistlichen, ein selbständiges Schulamt neben dem Pfarramt, der Lehrer alleiniger Herr in der Schule: **das** ist des Pudels Kern. Die Erreichung dieses Zieles muß aber für solange

---

1) **Heinrich Franz Graf von Rottenhann** war ein hervorragender österreichischer Staatsmann aus der josephinischen Zeit. Kaiser Joseph berief ihn 1782 als Hofrath in die damalige böhm. Hofkanzlei nach Wien; später kam er ins Ministerium. An den Reformarbeiten auf dem Gebiete des Schulwesens nahm er wesentlichen Antheil. Er starb 1809.

als unmöglich angesehen werden, als nicht die Lehrer, gleich den Geistlichen und staatlichen Beamten, das Gymnasium absolviren und Hochschulstudien betreiben müssen.

Das Interesse der Schule erheischt eine solche hochgeschraubte Ausbildung der Lehrer gewiß nicht. Was soll z. B. das Studium der lateinischen und griechischen Sprache dem Volksschullehrer für einen Nutzen bringen? Was er für die Ausbildung seiner 6 bis 14jährigen Kinder braucht, das kann er sich, wenn er Liebe und Eifer für seinen Beruf hat, leicht erwerben ohne Gymnasium und ohne Hochschule. Und was sollen die Lehramtskandidatinen anfangen? Gymnasien für weibliche „Studenten" gibt es bis jetzt noch nicht; sie müßten also zuerst geschaffen werden. Oder sollen gar die Lehrerinen auf den Aussterbeetat gesetzt werden? Es sollte uns nicht wundern, wenn die „erhöhte Lehrerbildung" auch als Mittel zur Beseitigung des ganzen Lehrerineninstitutes gedacht ist. Denn diesem Institute war die Lehrerschaft nie recht hold.

Daß es dabei auf die Erwürgung unserer Ordensschulen abgesehen ist, dürfte keinem Zweifel unterliegen. Bei der jetzigen Schulgesetzgebung ist der Errichtung von Ordensschulen ein weiter Spielraum gelassen. Die Schulschwestern z. B. können sich in eigenen Anstalten für ihren Lehrberuf vorbereiten; nur das Lehrbefähigungs-Examen müssen sie vor einer staatlichen Prüfungscommission erstehen. In besonderen Fällen kann ihnen selbst dieses Examen vom Unterrichtsminister erlassen werden. In dem Schulgesetze, wie es der Brünner Lehrertag ausgeklügelt hat, bestimmt der § 61 dagegen Folgendes:

„Die Errichtung von Privatlehranstalten, in welche schulpflichtige Kinder aufgenommen werden, dann die von Anstalten, in welchen solche Kinder auch Wohnung und Verpflegung finden (Erziehungsanstalten), ist unter folgenden Bedingungen gestattet: 1. Vorsteher und Lehrer haben jene Lehrbefähigung

nachzuweisen, welche von Lehrern an öffentlichen Schulen gleicher Kategorien gefordert wird u. s. w."

Das heißt mit anderen Worten: Ordensschwestern können keine Lehrerinen mehr sein und können keine Pensionate für schulpflichtige Kinder mehr gründen, beziehungsweise erhalten. Denn die geforderten Gymnasial- und Hochschulstudien können sie nicht haben und auf Dispens von dem staatlichen Examen dürfen sie nicht hoffen, weil dieselbe im Gesetze nicht vorgesehen, dem Minister also nicht gestattet ist.

Es ist tief bedauerlich und für unser katholisches Oesterreich unsagbar beschämend, daß am Ende des 19. Jahrhunderts der größte Theil seiner Lehrerschaft dieselben geistigen Bahnen wandelt, welche die Kirchenstürmer der französischen Revolution gegangen sind. Bei den damaligen Umsturzhelden galt es als feststehend, daß die Kinder der Nation, dem Staate gehören; daß die Erziehung dieser Kinder Sache des Staates sei und von staatlichen Organen durchgeführt werden müsse; daß dabei jeder kirchliche und priesterliche Einfluß fern zu halten sei, weil unvereinbar mit den „Menschenrechten", abträglich der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" aller Staatsbürger und leicht zurückführend in die alte „monarchische Tyrannei". In einem ähnlichen Gedankengange bewegt sich die auf dem Brünner Lehrertage vertretene Lehrerschaft, das „weltliche Rabbinat", wie Jarcke sagt. Die Herren wollen keine Religion in der Schule haben; den Geistlichen mit seinem Katechismus und mit seinen religiösen Uebungen weisen sie hinaus; sie wollen allein Herren in der Schule sein und allein bestimmen, wie die Kinder erzogen werden sollen; sie wollen eine selbständige, autonome Corporation im Staate bilden, gleich dem Klerus, und verlangen, daß die ganze österreichische Jugend zur Erziehung und Ausbildung ihnen ausgeliefert werde.

Etwas ruhiger denkende Elemente in der liberalen Lehrerschaft warnen vor allzu radikalem Vorgehen. So ist auch auf der Brünner Versammlung ein Lehrer aus Böhmen

aufgetreten, und hat sich darüber aufgehalten, daß die deutschen Priester aus der Schule ausgewiesen werden sollen und daß ein Protestant das Referat über den neuen Schulgesetzentwurf erstattet hätte. Doch er wurde buchstäblich niedergeschrieen; er konnte vor lauter Tumult nicht zu Ende reden, und auf einigen späteren Lehrerconferenzen wurde sein Auftreten noch einmal ausdrücklich mit „Entrüstung" verurtheilt.

Ein anderer Lehrer meinte, man müsse die Religion in das neue Schulgesetz deshalb aufnehmen, weil sonst keine der großen deutschen Parteien im Parlamente dieses neuen Gesetzes sich annehmen und es vertreten werde. Doch auch er fand keine Gnade. Ein radikaler Stimmführer aus Wien antwortete ihm:

„Wir haben uns als Lehrer nicht zu kümmern, ob wir eine politische Partei finden, sondern wir sprechen als Fachleute, die berufen sind, zu constatiren, was für die Jugend noththut, und es ist Pflicht jedes ehrlichen Politikers, jedes Menschen, der wirklich für das Volk fühlt, gehört er der einen oder anderen Partei an, zu den Fachleuten zu gehen und von ihnen zu hören, was sie verlangen".

Wie bescheiden doch diese Herren sind! Sie halten sich für unfehlbare Fachleute; für berufen, die Erziehung der Jugend, die ihnen notabene gar nicht gehört, zu bestimmen, und alle Politiker und alle ehrlichen Menschen haben sich in Demuth vor diesen Bestimmungen und Forderungen zu beugen! Und obendrein erklären sie noch, daß eine Schule ohne Gott und Religion im Interesse des Volkes gelegen sei!

Dem Referenten des neuen Schulgesetzentwurfes, Chr. Jessen, hatte man vorgehalten, daß die Religion eine natürliche Anlage des Menschen sei, und daß sie deshalb in die Schule gehöre, damit sie daselbst wie jede andere menschliche Naturanlage ihre Ausbildung fände. Darauf antwortete

Jessen am 1. Dezember in seiner „Deutsch-österr. Lehrerzeitung“ (Nr. 23) also:

„Die Religion, die Gemeinschaft mit Gott ist ein ursprüngliches Herzensbedürfniß aller Menschen . . . . Verschieden ist nur die Vorstellung, welche sich die Menschen von Gott machen . . . . Eine Vorstellung, ein Begriff, den sich die Menschen in ihrer Gesammtheit machen und nur verschieden ausprägen, muß naturnothwendig, naturgemäß sein. Man kann daher mit Recht sagen: *der Mensch ist religiös veranlagt*. Da nun die Pädagogik die Aufgabe hat, die im Menschen vorhandenen Anlagen zu entwickeln, *so ist der Religionsunterricht pädagogisch vollkommen gerechtfertigt*, er entspricht dem Entwickelungsprincip“.

Dieses Raisonnement läßt sich hören. Hier spricht die Vernunft und das pädagogische Gewissen. Nun sollte man denken, Jessen würde zu dem Schlusse kommen: der Religionsunterricht muß in der Schule bleiben. Doch weit gefehlt. Einen solchen Schluß kann Jessen nicht brauchen; darum macht er ihn auch nicht. Er kommt vielmehr zu dem anderen Schlusse: *Religion aus der Schule hinaus!*

Er calculirt nämlich so: Wohl ist die Religion eine natürliche Anlage des Menschen und wohl muß deßhalb dem Kinde Religionsunterricht gegeben werden; *aber das muß nicht immer in der Schule sein*. In den *protestantischen* Ländern kann der Religionsunterricht in der Schule ertheilt werden; denn da ertheilt ihn der Lehrer und er ist dabei vollkommen frei, er steht unter keiner priesterlichen Controle, da im Protestantismus jeder Gläubige selbst Priester ist. Anders aber liegen die Verhältnisse in den *katholischen* Ländern, wie zum Exempel in Oesterreich. „Die katholischen Lehrer stehen hier, sobald sie den Religionsunterricht ertheilen, *unter dem Banne der missio canonica* und sind auf den Buchstaben des von den Kirchenobern vorgeschriebenen Katechismus sozusagen eingeschworen“. Weil also die katholischen Lehrer im katho-

lischen Religionsunterrichte nicht frei sind, sondern unter kirchlicher Controle stehen, deshalb muß in den katholischen Ländern der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden.

Diese merkwürdige Schlußfolgerung entspricht freilich nicht den Denkgesetzen, nicht den Forderungen der Pädagogik; wohl aber dem sinnlosen Kirchen- und Priesterhasse, dem Jeffen verfallen ist. Und die katholische Lehrerschaft Oesterreichs sagt dazu Ja und Amen! Sonderbare Erscheinung am Ende des 19. Jahrhunderts. Der größte Theil unserer katholischen Lehrer steht der Kirche fremd und feindselig gegenüber und erklärt sich zur Gefolgschaft eines ungläubigen aus Norddeutschland eingewanderten Protestanten.

Aber so mußte es kommen. Das Schulgesetz von 1868 resp. 1869 beseitigte die kirchliche Schulaufsicht und etablirte eine Lehrerbildung im Geiste des Indifferentismus. Gleichzeitig mit dem Infrafttreten des neuen Schulgesetzes trat in Wien ein Mann auf, der wie kein zweiter es verstand, die katholische Lehrerschaft gegen ihre Kirche aufzuwiegeln. Es ist Dr. Friedrich Dittes. Er war bis 1868 Seminardirektor in Gotha und gothaischer Schulinspektor. Als nach dem Jahre 66 die Wiener Stadtgemeinde daran ging, ihr Schulwesen zu heben durch Errichtung von Bürgerschulen, gründete sie ein sogenanntes Pädagogium behufs Heranbildung der erforderlichen Lehrkräfte für diese Bürgerschulen. Und an die Spitze dieses Pädagogiums ward Dittes berufen.

Bevor er die Berufung annahm, stellte er die Forderung: „Nie darf der Fuß eines Geistlichen diese Anstalt betreten“. Auf Zureden und um den gut dotirten Wiener Posten nicht zu verlieren, stand er wohl von seiner Forderung ab, nicht aber von der Gesinnung, welche in dieser Forderung ihren Ausdruck gefunden hat.

Zur Charakteristik dieses Mannes sei hier noch eine Stelle aus seiner „Schule der Pädagogik“ angeführt:

„Der Lehrer ist Pädagog, der Geistliche ist Theolog. Zwischen rationeller Pädagogik und confessioneller Theologie bestehen unausgleichliche Differenzen. Wenn das Kind an zwei gleichberechtigte Autoritäten gewiesen ist, so wird sein Gemüth, sein Denken und Wollen nur zu leicht nach entgegengesetzter Seite gezogen . . . Man muß dies offen aussprechen; denn es ist ein thörichtes Unterfangen, oder ein Zeichen geistiger und sittlicher Schlaffheit, unvereinbare Gegensätze ausgleichen zu wollen. Wie die kirchlichen und pädagogischen Verhältnisse im Großen und Ganzen liegen, kann ein bekenntnißtreuer und eifriger ‚Seelsorger' mit einem pädagogisch gebildeten und gewissenhaften Lehrer nicht zusammenarbeiten, ohne daß sie einander direkt oder indirekt befehden".

Diese Anschauung von einem wesentlichen Widerspruche zwischen Pädagogik und Theologie und von einem dadurch bedingten wesentlichen und unvereinbaren Gegensatze zwischen Lehrerschaft und Geistlichkeit hat Dittes von Gotha nach Wien verpflanzt, darnach hat er seine vielen Schüler belehrt und erzogen. Dreizehn Jahre wirkte er am Pädagogium. Und als er 1881 seine Stelle aufgeben und in Pension gehen mußte, schrieb er die Worte: „Wenn meine Gegner sich freuen sollten, endlich erreicht zu haben, was sie solange angestrebt hatten, so sage ich ihnen: Zu spät! Ihr könnt nicht mehr vernichten, was ich geschaffen habe. Möge die Zukunft entscheiden, welche Aussaat kräftigere Halme treiben wird, die euere oder die meinige. Gewiß ist, daß auf dem Boden, den ich bearbeitet habe, euer Unkraut gründlich ausgerottet ist und niemals wieder gedeihen wird".

Schauerliche Worte! Wollte der Himmel, daß sie falsch wären. Aber sie sind es nicht. Der Brünner Lehrertag ist Zeuge.

Nach seiner unfreiwilligen Pensionirung fuhr Dittes fort, seine christenthum- und kirchenfeindlichen Ideen weiter zu propagiren. Der Pädagogiums-Katheder war ihm nicht mehr zugänglich; dafür war er in der Presse und auf den Lehrerversammlungen um so thätiger. Am 15. Mai 1896 starb er in Wien. Aber die Bewegung, die er in die öster-

reichische Lehrerschaft geworfen hatte, ist mit ihm nicht gestorben. Sie geht weiter. Denn seine vielen Schüler und Gesinnungsgenossen arbeiten in seinem Geiste weiter. Der Ersten einer ist der wiederholt genannte Jessen. Die von ihm redigirte „Deutsch-österr. Lehrerzeitung“ ist eine wahre Ablagerungsstätte von Verunglimpfungen, Ehrabschneidungen, Verdächtigungen gegen den katholischen Klerus. Wo nur irgendwie und irgendwann ein katholischer Geistlicher sich etwas hat zu Schulden kommen lassen: in dem Wiener Lehrerorgan wird darüber sorglich Buch geführt — natürlich zur größeren Ehre der Lehrerschaft!

Unmöglich hätten Dittes und Consorten einen so bestimmenden Einfluß auf unsere katholische Lehrerschaft gewinnen können, wenn ihnen nicht unsere k. k. Lehrerbildungsanstalten in die Hände gearbeitet hätten. Hätten unsere katholischen Lehramtscandidaten in den Bildungsanstalten etwas von einer christlichen Pädagogik gehört, hätten sie eine christliche Erziehungslehre studirt, selbe in Kopf und Herz aufgenommen, sich liebevoll in sie vertieft und ihr Streben und Denken darnach gebildet: gewiß hätten sie die Kraft zum Widerstande gegen die Lockungen ungläubiger Hetzer gefunden. Der Schaden, den die interconfessionellen Lehrerbildungsanstalten mit ihren indifferenten, rationalistischen, auf der Grundlage einer ungläubigen Philosophie aufgebauten Erziehungslehren angerichtet haben, ist unberechenbar. Die angehende Lehrerschaft ist durch eine unchristliche pädagogische Ausbildung auf ein Geleise gerathen, das nothwendig dahin führt, wo die Lehrerschaft jetzt steht, ins Lager des Antichristenthums.

Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß die Verfasser der in den Lehrerbildungsanstalten gebrauchten Lehrbücher der Erziehungslehre es absichtlich darauf abgesehen hätten, für das Antichristenthum Propaganda zu machen; oder daß die Lehrer der Pädagogik an den genannten Anstalten mit Bewußtsein den Anschauungen des Christen-

thums entgegen gearbeitet hätten. Das nicht. Aber jedes Ding hat die Consequenzen, die seiner Natur entsprechen; mag man sie wollen oder nicht, sie werden sich zu gegebener Zeit einstellen. Die Distel bringt nur Disteln hervor und nie Weintrauben; und an den Dornhecken wird man niemals Feigen sammeln können. Das Wort des Herrn: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich", bleibt ewig wahr. Wer nicht für Christus arbeitet, der arbeitet gegen ihn, und wer eine indifferente Pädagogik lehrt, lehrt eine unchristliche, und wer eine indifferente Pädagogik studirt, studirt eine unchristliche und seine spätere pädagogische Wirksamkeit kann nur unchristliche Früchte tragen.

Es unterliegt keinem Zweifel: die immense Mehrzahl der österreichischen Bevölkerung will ihre Jugend nach den Principien der christlichen Pädagogik erzogen wissen, und nicht nach den pädagogischen Phantastereien einer ungläubigen Lehrerschaft, wie sie sich auf der Brünner Versammlung in so anmaßlicher Selbstgefälligkeit breit gemacht hat. Das christliche Volk will christliche Lehrer. Der Staat muß sie ihm verschaffen, das ist er dem Volke, das die Kinder hergeben, die Schulpaläste bauen und unterhalten und die Lehrerbesoldungen bezahlen muß, von Rechtswegen schuldig. Mit dem jetzigen Lehrerbildungswesen muß deshalb der Staat gründlich aufräumen.

Unserer katholischen Lehrerschaft ist, Gott sei's geklagt, der Begriff einer christlichen Pädagogik ganz abhanden gekommen. Dank der indifferenten pädagogischen Ausbildung an der Bildungsanstalt und dank dem kirchenfeindlichen Gebahren einer rührigen Lehrerpresse hat sich in unserer Lehrerwelt der Wahn festgesetzt, daß Glauben und Wissenschaftlichkeit sich gegenseitig ausschließen, daß eine wissenschaftliche Pädagogik mit dem christlichen Glauben nicht bestehen könne. Dieser Wahn — etwas anderes ist es nicht — muß ausgetrieben oder wenigstens die kommende Lehrerschaft davor geschützt werden. Christus, „der Weg, die Wahrheit

und das Leben", muß auch in den Lehrerbildungsanstalten wieder zu seinem Rechte, das heißt, zur Herrschaft kommen. Geschieht das nicht, dann ist die Auflösung der jetzigen christlichen Gesellschaftsordnung nur eine Frage der Zeit. Denn wie die Lehrer, so die Jugend, und wie die Jugend, so die Zukunft. Das ist die Logik der Geschichte.

Auch der Wahn muß der Lehrerschaft genommen werden, als ob die Schule eine selbständige, autonome Institution und demgemäß die Lehrerschaft eine selbständige autonome Körperschaft im Staate wäre. Schwarz-Curtman sagen in ihrer „Schulerziehungslehre"[1]) sehr richtig:

„Die Schule ist zwar ein vollständiges Produkt und Vehikel der gestiegenen Cultur, aber sie ist trotzdem nicht eine selbständige Größe, wie die drei Grundordnungen des Lebens: die Familie, der Staat und die Kirche, sondern sie ist den letzteren untergeordnet und steht in ihrem Dienste. Die Kinder, welche die Schule zu erziehen hat, sind nicht Menschen schlechthin, sondern sie gehören der Familie, dem Staate und der Kirche an. Die Erziehung hat also nicht zum Ziele ein allgemeines Menschen- und Weltbürgerthum, sondern sie soll dazu helfen, daß die Kinder brauchbare, mündige Glieder der Familie, des Staates und der Kirche werden. Von diesen dreien hat die Schule den Auftrag zur Erziehung und ihnen ist sie auch verantwortlich".

So ist es. Die Volksschule ist ihrer Natur nach nur eine Hilfsanstalt, eine Hilfsanstalt für Familie, Staat und Kirche. Denn diesen gehören die Kinder, die in der Schule erzogen werden sollen. Das ist die beste Schule, in welcher die Interessen der Familie, des Staates und der Kirche gleichmäßig gewahrt sind, und das ist deshalb das

1) „Schulerziehungslehre" von Schwarz und Curtman. Herausgegeben von H. Freienjehner, evang. Pfarrer. 8 Aufl. Leipzig, Winter'scher Verlag. 1888. 2. Bd., S. 39.

beste Schulgesetz, in welchem der ganze Schulbetrieb so geordnet ist, daß Familie, Staat und Kirche gleichmäßig zu ihrem Rechte kommen. Ohne confessionelle Einrichtung des Schulwesens ist das aber, wie von selbst einleuchtet, nicht möglich.

Die österreichische Schulgesetzgebung hat die Interessen der Kirche an der Schule tief geschädigt und hat der religiösen Erziehung der katholischen Jugend wesentlich Abbruch gethan. Die Lehrerschaft ist mit dieser Schädigung der kirchlichen Interessen noch nicht zufrieden. In ihrem Uebermuthe will sie jegliche Verbindung zwischen Schule und Kirche vernichten. Diesem Uebermuthe gegenüber muß jetzt mehr denn je immer wieder betont werden, was Jarcke sagte: „Die große Erzieherin des Volkes ist und bleibt die Kirche. So wird auch die Volksschule ihrer Idee nach als eine Hilfsanstalt der Kirche betrachtet, und in die nächste und innigste Beziehung zu den Bischöfen und Pfarrern gebracht werden müssen". 30 Jahre lang hat die österreichische Regierung unbegreiflicherweise diese Anschauung ignorirt, mißachtet, bei Seite gelassen — zum unberechenbaren Schaden der christlichen Bevölkerung und des österreichischen, auf monarchischer Grundlage beruhenden Staatswesens. Ob die Regierung in absehbarer Zeit geneigt ist, ihre verfehlte Schulpolitik zu ändern; wer kann das sagen? Schon seit Monaten gehen Mittheilungen durch die Blätter, wonach im Unterrichtsministerium unter dem Vorsitze des „klerikalen" Prof. Dr. Hirn von Innsbruck eine Commission tage, welche die Aufgabe hätte, Gesetzesvorlagen behufs Abänderung der Lehrerbildung vorzubereiten. Möge diese Commission den rechten Standpunkt gewinnen, der Kirche und dem christlichen Volk geben, was ihnen gebührt, und ihre Arbeiten — mit Erfolg gekrönt sehen.

Prag. ***

XVIII.

Ueber die neue kritische Gesammtausgabe der Werke des hl. Bonaventura.

Im verflossenen Jahre erschien Band VIII der durch den Orden der Franziskaner besorgten Ausgabe der Opera omnia S. Bonaventurae ad Claras Aquas (Quaracchi) ex Typographia Collegii S. Bonaventurae. Derselbe enthält der Hauptsache nach die ascetischen und Ordensschriften. Es geht damit ein bedeutendes literarisches Unternehmen seinem Ende entgegen. Der letzte neunte Band wird noch die Reden des hl. Bonaventura enthalten und zwar, wie uns von authentischer Seite mitgetheilt wird, eine Reihe der herrlichsten Sermones, welche keine der früheren Ausgaben enthält. Die Vorarbeiten dafür sind bereits so weit gediehen, daß gegründete Hoffnung besteht, daß wir bei dem Beginne des neuen Jahrtausends den Schluß dieses in seiner Art einzigartigen Unternehmens vor uns haben werden, nämlich die eigentlich erste kritische, dem Stande der modernen Textes-Forschung entsprechende Ausgabe der Gesammtwerke des hl. Bonaventura. Nachdem Referent jeden der früher erschienenen Bände für sich in einer literarischen Zeitschrift (Lit. Rundschau) besprochen, möge es demselben gestattet sein, hier den Lesern der Histor.-polit. Blätter eine kurze allgemeine Uebersicht über den Inhalt sämmtlicher Bände zu geben, ohne des Näheren auf die Einzelheiten derselben hier einzugehen.

Die erste Gesammt-Ausgabe der Werke Bonaventura's ist die Vatikanische von 1588—1596. Dieselbe ist mehrfach

fast unverändert abgedruckt worden in Mainz (1609),
(1668), Venedig (1751—56) und endlich Paris (Vives 1
Doch schon im vorigen Jahrhundert macht sich innerhal
Ordens des hl. Franziskus das Bedürfniß geltend nach
den Gesetzen der Kritik entsprechenden Ausgabe. Uebe
Gründe hiefür unterrichtet uns die höchst instruktive Vo
des Herrn Pater Ignatius Jeiler, des hochverdienten
fekten und Leiters des Unternehmens, welche dem ersten B
der 1882 erschien, vorausgeht. (T. I. praef generalis p. I
Wir werden hier auf den Brief des Ordens-Generals P
Johannitius de Molina an P. Benedikt Bonelli vom 23.
1763 verwiesen, über dessen Leistungen und theilweise
griffe sich P. Jeiler einläßlich verbreitet (ib. p. VII). E
erfahren wir Näheres über die Vorarbeiten des gele
Minoriten Johannes Hyacinth Sbaralea, der schon 176
storben.

Die ungünstigen Zeitverhältnisse am Ende des vo
Jahrhunderts bildeten das Haupthinderniß des mit gr
Eifer betriebenen Unternehmens. Es erschien ein Prodr
ad opera omnia S. Bonaventurae in typographia Bassa
1767 und ein Supplementum operum omnium S. Bonaven
Tridenti 1772—74. Wie wenig die im J. 1864 bei
in Paris erschienene Ausgabe eine kritische genannt w
kann, wird nur kurz angedeutet (S. VIII).

Aus diesen Gründen faßte der hochverdiente Genera
Ordens P. Bernardinus a Portu Romatino den Ents
im J. 1871 einen der gelehrtesten Theologen, den Lekto
Provinz Venedig P. Fidelis a Fanna, mit den Vorar
zu einer nach den Anforderungen moderner Kritik ange
Gesammtausgabe zu beauftragen. P. Fidelis war für ei
schwierige Arbeit wie geschaffen. In den besten Mannesj
(geb. 1838), ausgestattet mit rüstiger Gesundheit und
außerordentlicher Arbeitskraft, machte er sich an's Werk.
einem Empfehlungsschreiben des Generals versehen bereiste
Fidelis a Fanna, theilweise allein, theilweise mit tüch
Hilfsarbeitern fast ein Decennium so ziemlich alle bedeut
Bibliotheken Europa's, um den Handschriftenbestand der
kennen zu lernen. Schon 1874 hat er eine eigene E

veröffentlicht, nämlich die Ratio novae collectionis operum omnium Seraphici Doctoris S. Bonaventurae. Gleichzeitig wurde von dem besagten General in Quaracchi bei Florenz unter dem Titel des Collegium Bonaventurae ein eigenes Haus und eine für die Herausgabe bestimmte Anstalt gegründet, in welcher ungefähr ein halbes Dutzend gelehrter Männer des Ordens in aller Stille und Zurückgezogenheit sich ausschließlich diesen Arbeiten widmen sollten. Eine eigene Druckerei wurde später eingerichtet, während schon 14. Juli 1879 das Collegium selbst eröffnet worden war. Doch schon zwei Jahre darauf, den 12. August 1881 erlag P. Fidelis a Fanna im besten Mannesalter seiner übermenschlichen Anstrengung. Von gut unterrichteter Seite wird uns versichert, daß der unermüdliche P. Fidelis selbst an seiner Befähigung, das ungeheure herbeigeschaffte Material entsprechend zu gestalten, Zweifel hegte.

Ein so großer Verlust für die Sache der frühe Hingang desselben war, so fand doch das scharfe Auge des Ordens-Generals die Männer heraus, welche in jeder Hinsicht geeignet waren, die Lücke auszufüllen. Die norddeutsche Ordensprovinz vom hl. Kreuze, deren Klöster in der Rheinprovinz und in Westfalen liegen, wurde durch die preußischen Maigesetze ebenso wie die übrigen Orden dem Absterbeetat überantwortet. Die gelehrten Ordensmitglieder, welche als Magistri und Lektoren der Philosophie und Theologie für die Bildung des Nachwuchses gesorgt hatten, waren einfach brach gelegt. Vielleicht darf auf den preußischen Culturkampf, sowohl was das heutige Blühen der genannten Ordensprovinz betrifft, als auch namentlich was das Gedeihen der Bonaventura-Ausgabe anlangt, das Wort der Charsamstags-Präfation: O felix culpa! angewendet werden.

An die Spitze des Unternehmens traten nun die Lehrer der Theologie und Philosophie, der Präfekt P. Ignatius Jeiler und der Subpräfekt P. Hyacinth Deimel, nebst mehreren Mitarbeitern aus der genannten norddeutschen Provinz vom hl. Kreuze.

Jedem, dem es seitdem etwa vergönnt war, die Arbeitsstätte des Collegiums, Quaracchi zu betreten, wird der inter-

nationale Charakter der Mitglieder desselben im Gedächtniß bleiben. Man hört daselbst fast alle bedeutenden modernen Sprachen sprechen, während das Italienische und Lateinische die leitenden Verkehrsmittel bilden. Die Forschungen nach den besten handschriftlichen Texten wurden durch einzelne Mitglieder des Ordens in den verschiedenen Ländern und Bibliotheken besorgt. An der Münchner Hof- und Staatsbibliothek z. B. war eine schon durch ihre äußere Erscheinung markante Persönlichkeit von ascetischem Aeußern, einer scharf prominenten Nase und in sich gekehrtem Blick, ein edler Ordensmann P. Victor thätig. Er hatte es durch seine große Demuth dem damaligen Vorstande der Bibliothek Dr. v. Halm angethan und rühmte die Zuvorkommenheit desselben. Als P. Victor eines Tages von dem Hinscheiden des Direktors benachrichtigt wurde und erfuhr, daß derselbe zu den Altkatholiken zählte, seufzte er laut auf: „Warum hab' ich es nicht rechtzeitig erfahren? Ich bin gewiß, der gute Direktor wäre als Katholik gestorben!" Da das Grab jetzt beide Männer zudeckt, mag diese kleine Indiskretion, welche ja doch beide als Menschen ehrt, gestattet sein!

Schon im Herbst 1882 erschien unter der neuen Leitung die erste Abtheilung des Commentars des hl. Bonaventura zu dem ersten Buch der Sentenzen des Petrus Lombardus. So prompt arbeitete die erst kurz vorher im Hause selbst eingerichtete Typographie. Bald folgte die zweite Abtheilung desselben Buches. Das II. Buch desselben Commentars erschien 1885, die beiden folgenden 1887 und 1889. Der ganze große Commentar füllt vier starke Bände in groß Quart. Auf eine eingehende Kritik derselben kann selbstverständlich hier nicht eingegangen werden; wir können unsere Leser eventuell auf die betreffenden Anzeigen der „Lit. Rundschau" verweisen.

Nur so nebenbei mag ein Blick auf die Außenseite gestattet sein! Von allen Seiten wird jedem Bücherkenner das ausgezeichnete, fast unverwüstliche Handpapier auffallen, wie es kaum eine Prachtausgabe in gleicher Weise bietet. Die Lettern sind ebenfalls vortrefflich. Der Text der früheren Editionen ist vielfach verbessert und mit Hilfenahme von wenigstens dreißig der ältesten Handschriften collationirt. Die größte Mühe und Gelehrsamkeit ist sowohl auf die einleitenden Scholien

verwendet, welche vielfach von großem literargeschichtlichen Werthe, förmliche philosophische und theologische Traktate bilden, als auch auf die zahlreichen Citate. Der ersteren Arbeit hat sich in diesen und den folgenden Bänden P. Ignatius Jeiler unterzogen, der letzteren, welche oft geradezu beispiellose Geduld und Erudition fordert, P. Hyacinth Deimel. In den Noten nämlich wird der Versuch mit Erfolg gemacht, die gemeinsame scholastische Tradition auf ihre ursprünglichen Quellen, die betreffenden Autoren zu reduciren, eine Arbeit, welche für den modernen wissenschaftlichen Betrieb von größter Wichtigkeit ist.

Um den Anfängern das Studium zu erleichtern, sind die schwierigen Sätze in den Noten kurz erklärt und nach jeder Quästion noch außerdem ein Scholion beigefügt, in welchem die Quästionen der bedeutendsten Scholastiker über das gleiche Thema citirt und zugleich die Stellung des hl. Bonaventura zu denselben des Näheren angegeben wird. Besonders das Verhältniß des hl. Bonaventura zu St. Thomas wird des Näheren erörtert; wo Mißverständnisse in diesem Punkte vorlogen, werden dieselben in eigenen Abhandlungen (Scholien) kritisch zurechtgelegt. In einem eigenen Breve, welches an der Spitze des 3. Bandes steht, hat Papst Leo XIII. die Vortrefflichkeit und Nützlichkeit dieser Arbeiten rühmend hervorgehoben: „Maxime autem placuit propositum“, heißt es, „opportunas animadversiones seu scholia singulis libris adjiciendi, ut ea doctrinarum harmonia manifeste appareat qua praecellentes illas duorum Doctorum mentes instinctas fuisse ante diximus“.

Von besonderem Werthe für ein gründliches Studium dieser vier Bände wird der überaus reichhaltige index rerum sein, der einen ganzen Band füllt und nach zehnjähriger Arbeit soweit gedruckt ist, daß nur noch der index philosophicus in Arbeit ist.

Von dem Inhalt des fünften Bandes sind die bekanntesten Schriften, nämlich das Breviloquium, Itinerarium mentis in Deum und Reductio artium in theologiam in einer Separatausgabe in Oktav bereits in zweiter Auflage erschienen. Außerdem befinden sich in demselben die bis jetzt in keiner Ausgabe gedruckten Quaestiones disputatae, nämlich die quaestiones

de scientia Christi, welche sozusagen den Schlüssel zur Erkenntnißlehre des Bonaventura bilden. Es folgen dann acht quaestiones über Trinitätslehre, welche durch Originalität und Tiefsinn unser Interesse in ganz hervorragender Weise in Anspruch nehmen.

Der scheinbare Widerspruch der Einheit des Wesens und der Dreiheit der Personen wird in ganz besonders lichtvoller Weise erläutert und gelöst. In derselben Weise wird in den folgenden Quästionen die weitere Schwierigkeit bezüglich der übrigen Attribute der Gottheit zurecht gelegt.

Höchst lückenhaft waren bis jetzt die folgenden Quästionen de perfectione evangelica gedruckt; namentlich die erste gegen Wilhelm von St. Amour gerichtete Quaestio de paupertate ist zum erstenmal vollständig veröffentlicht. Ebenso interessant für die ganze Geschichte der Streitfrage ist die in den Prolegomena p. VII ff. zum erstenmal gedruckte Replik Wilhelms und Duplik Bonaventura's.

Derselbe Band enthält ferner noch das letzte und tiefsinnigste Werk des Bonaventura, welches früher in kaum lesbarer Form gedruckt war, nämlich die von den Schülern nachgeschriebenen oder reportirten Collationes in Hexaemeron, ferner die Collationes de donis Spiritus Sancti, de decem praeceptis nebst mehreren Sermones de rebus theologicis, welche namentlich dem Prediger überreiches Material und eine Reihe der herrlichsten Gedanken liefern. Wie großartig ist z. B. der sermo de Sanctissimo corpore Christi (T. V, p. 553—566)!

Die beiden folgenden Bände VI und VII enthalten die echten Commentare zur hl. Schrift, unter denen die Erklärung des Lukasevangeliums besonders zu beachten ist. Nach dem Commentar zum Johannesevangelium folgen die bis jetzt unbekannten Collationes in Johannem, nämlich treffliche Predigtskizzen über auserwählte Stellen dieses Evangeliums. Durch einen durchaus exakten index rerum von 200 Seiten zu Bd. VII wird namentlich für den praktischen Gebrauch z. B. für Prediger und Katecheten das Ganze vortrefflich zum Abschluß gebracht. Für denjenigen Theologen, der sich mit der Methode des heil.

Bonaventura einmal vertraut gemacht hat, ersetzen die beiden Bände ganze Sammlungen von Predigtwerken.

Endlich der VIII. jüngst erschienene Band enthält die ascetischen und Ordensschriften. Ein Theil derselben ist ebenfalls separat in einer Oktavausgabe erschienen, nämlich in drei kleinen Werkchen: **decem opuscula mystica selecta**, dann: **opuscula pro instruendis Fratribus ord. min. scripta s. Bonaventurae** und **Legendae duae s. Francisci.**

Wir müssen auf die Inhaltsanzeige p. VI u. VII verweisen, und möchten nur auf die in den Prolegomena an die Spitze gestellte Notiz aufmerksam machen, welche auf die für die Herausgeber bestehende große Schwierigkeit hinweist, aus der großen Zahl mystischer Schriften, welche in der Vatikanischen Ausgabe kritiklos dem Bonaventura vindicirt werden, die echten von den unechten zu scheiden. Ausdrücklich an das Ende sind eine Anzahl sogenannter dubia gestellt, von denen nicht mit Sicherheit festgestellt werden kann, ob sie echt sind oder nicht.

Ein Meisterwerk, welches die hohe wissenschaftliche Befähigung, die Schärfe des Urtheils und die edle Objektivität nebst einer flammenden Begeisterung für die Sache in schönster Harmonie uns zeigt, ist die Apologia Pauperum, eine Vertheidigung der religiösen Orden überhaupt, insbesondere des Mendikantenordens. In unseren Tagen, in welchen ja die Ordensfrage da und dort immer aufs Neue auftaucht und die von Bonaventura so glänzend widerlegten Vorurtheile in der trivialsten und gehässigsten Form immer wiederkehren, weil einfach die Gegner den Mißbrauch und das Zerrbild der Sache mit dem Gebrauch und dem Ideal verwechseln, um ja das Kind mit dem Bade auszuschütten: gerade da wäre es doppelt wünschenswerth, wenn einmal manche Herrn von den grünen Tischen die große Idee des Bonaventura von der inneren und wahren Freiheit des Christenmenschen und von dem Wege dazu, wie sie in dieser Apologie klassisch gezeichnet ist, etwas näher kennen lernen würden.

Einen fast riesigen Apparat von Texteskritik und Akribie verbunden mit einem ganz gewaltigen Material von bibliothekarischer und historischer Erudition, bieten die 124 Seiten der Prolegomena, in welchen nicht weniger wie 1290 Hand-

schriften citirt, kritisirt und nach Alter und Inhalt verwerthet sind. Schon im vorigen Jahrhundert wurden etwa 14 angebliche Bonaventuraschriften von berufenen Kritikern als unecht bezeichnet (Prolg. p. CX sqq.). Die vorliegende Edition hat aber die Zahl der unechten bedeutend vergrößert. Doch lassen sich einige davon als Auszüge oder Umarbeitungen echter Schriften bezeichnen.

Jedem Sterblichen, der etwas höher an der mühevollen Leiter hinaufgeklettert ist, deren erste Stufe mensa und typto bilden, ist vielleicht hie und da der Geduldfaden gerissen, wenn er durch Nachschlagen in Wörterbüchern oder sonstigen gelehrten Werken seinen Bildungskreis erweitern wollte, oder sonst eine Arbeit fertig zu stellen im Begriffe war, und nach langem mühevollem Suchen — nichts gefunden, sondern höchstens zur Gewißheit gekommen ist, daß das fragliche Wort ein Druck- oder Schreibfehler ist.

Bei dem eigenartigen Bestand der mittelalterlichen Büchereien, der Materialien, mit denen man vor der Erfindung der Buchdruckerkunst arbeiten mußte, nemlich der großen oft unerschwinglichen Kosten der Manuskripte, welche nicht selten durch Schreiber besorgt waren, welche den Text selbst nicht verstanden, läßt sich der oft keineswegs erfreuliche Beruf eines gelehrten Correktors und Leiters der kritischen Ausgabe eines Werkes aus dieser Zeit erklären. In den Sammelwerken der damaligen Zeit, den sogenannten „Catenen“ und „Autoritäten“, an welche ja jeder Autor sich halten mußte — also auch Bonaventura — wimmelt es oft von Schreibfehlern, falschen Citaten u. s. w., welche durch eine Reihe von Handschriften und älteren Drucken sich verfolgen lassen. Wenn wir nun bedenken, daß in jedem der vorliegenden Bände nicht bloß hunderte, sondern etwa sechs- bis achttausend Citate zu collationiren, durch ganze Reihen von Drucken und Handschriften zu verfolgen, nachzuweisen, die falschen zu corrigiren, d. h. bei den citirten Autoren erst aufzufinden, und wenn die Autoren selbst falsch citirt sind, erst der wahre und eigentliche Autor zu entdecken und nachzuweisen war — wenn, sage ich, der gelehrte Leser sich an eigene Geduldproben erinnert und diese vorliegende Arbeit der Herstellung der Fußnoten allein damit vergleicht:

so wird er doch die Männer, die seit mehr als zwei Decennien solche Feuerproben bestanden, mit dem gehörigen Respekt betrachten.

Fügen wir aber noch hinzu, daß für die Abfassung der Einleitungen und sogenannten Scholien, d. h. der Sacherklärungen der fraglichen einzelnen Werke die gründliche Kenntniß der philosophischen und theologischen Fragen nicht bloß der patristischen und mittelalterlichen Zeit, sondern auch der Gegenwart unbedingte Voraussetzung ist: so mag vielleicht unsere Hochachtung noch zunehmen.

Ohne im Vollbesitze der Detailkenntnisse der Geschichte der Philosophie, der Theologie, theilweise auch der Jurisprudenz und vor allem der Literaturgeschichte zu sein, ist es keinem Sterblichen möglich, die vorliegenden Nachweise der Texte des Bonaventura auf ihren Ursprung in der Weise herzustellen, wie sie H. P. Hyacinth und seine gelehrten Gehilfen in den gesammten Bänden hergestellt haben.

Zur Vollführung derartiger Aufgaben genügt die allerdings unentbehrliche philosophische und theologische Schulung allein noch nicht, dazu gehört die Schule der Demuth und Entsagung der Jünger und Schüler des hl. Franziskus, es gehört dazu das Gefüge der corporativen Arbeit einer Reihe von Ordensmännern, welche von derselben Liebe zur Sache, dem gleichen Geiste des Gehorsams beseelt sind, abgeschieden von allen störenden Einflüssen des Geistes und Treibens dieser Welt, von aller Eitelkeit und Ehrsucht, ihre Freude und Befriedigung einzig allein in der Sache selbst suchend und findend.

Die vorliegende Ausgabe, welche für den eigentlichen literarischen Betrieb alle früheren Ausgaben zu veralteten und entbehrlichen macht, hat für den Philosophen und Theologen allgemein literärgeschichtliche Bedeutung. Sie behandelt bei jedem einzelnen Werke des Bonaventura die allgemeinen Beziehungen zu dem Gesammtbestande der philosophischen und theologischen Forschung der Gegenwart. Wir werden vertraut mit der wissenschaftlichen Methode der Scholastik überhaupt, mit der Verwerthung der Patristik der früheren Mystiker z. B. der Victoriner, namentlich des hl. Bernhard, von Seiten der Franciskaner, ihrem Verhältniß zu der Schule der Dominikaner,

einem Albertus, Thomas u. s. w. Die vier ersten Bände, der Commentar zu den Sentenzen des Lombarden, sollten in keiner Bibliothek fehlen.

Es wäre vollständig unrichtig, wenn wir uns bei allen Mühen und Geduldproben die Arbeit der Herausgeber als eine bloß langweilige, geisttödtende Buchstabenarbeit vorstellen würden. Auch hier gilt das Wort der Schrift: „Der Geist ist es, der lebendig macht" ꝛc. Gerade diese Gemeinschaft des Geistes, dieses Sichhineinleben in die Ideen eines Bonaventura und die Geistesbahn eines hl. Franciskus ist es, welche die ganze Arbeit durchleuchtet und erwärmt. „Tretet herein, auch hier sind Götter!" könnten die gelehrten Editoren mit dem alten Heraklit rufen. Hier in den alten Codices, den Zeitgenossen des Bonaventura und des hl. Franciskus weht ein so eigenartiger, so unmittelbar das Gemüth und den Verstand packender Geist, der vielleicht noch mehr als die gleichzeitigen durch diese Geistesfunken entzündeten Schöpfungen eines Giotto, Cimabue, Fiesole u. s. w. uns überwältigt, und über die Jämmerlichkeiten des Lebens hinausträgt und einmal unsere arme Seele vollauf befriediget.

Ein Bonaventura ist ja nicht bloß Denker, Scholastiker, wie man sie nennt nicht ohne einen Beigeschmack von Selbstgefühl; er ist auch Dichter; und manche seiner Schriften reihen sich stilistisch — wir wagen das trotz des Hohngelächters unserer Ciceronianer zu sagen — unter die wahrhaft klassischen Werke. Wenn wir in den Werken eines hl. Bernhard, den Schriften eines hl. Franz von Assisi eine ganz eigenartige Stilform, eine hochromantische Phantasie gewahren, so begegnen wir namentlich in den mystischen Schriften des Bonaventura einer ähnlichen Romantik, welche neben dem epischen Pathos die zartesten lyrischen Stimmungen in sich birgt. Da ist z. B. die Rose es, deren Farbe und Bild als das Symbol von Christi Blut und Christi Liebe in den manigfachsten Abwechslungen geschildert und besungen wird.

Die gelehrten Mitarbeiter an der vorliegenden Herausgabe haben und hatten somit manchen poetischen Genuß bei ihren oft mühevollen, Geduld fordernden Collationen sozusagen gratis. Noch sehe ich z. B. das sonst so matte Auge des sel. Pater

Victor in verklärtem Glanze leuchten, als er mir einen der ältesten Codices des Lignum Vitae zeigte. So war er von dem Inhalt und der Form dieser Schrift ergriffen.

Es wäre vielleicht keine so schwierige Arbeit, wenn ein Philologe von Fach einmal einen Vergleich der „barbarischen" Sprache, des „Küchenlatein" eines Hugo von St. Victor, eines Rupert von Deutz, eines Bernhard, etwa der Briefe Abälards, der Schriften des Bonaventura mit dem Stile der Humanisten des 16. Jahrhunderts herstellen würde.

Wir schließen unsere Betrachtung mit dem aufrichtigen Wunsche, das Studium des hl. Bonaventura möge durch die vorliegenden Hilfsmittel gefördert werden.

München. J. Bach.

XIX.

Zeitläufe.

Zum Reichstag: Aeußeres und Inneres. I.[1])

Den 24. Januar 1899.

Der neue Reichstag hat sich namentlich dadurch verändert, daß das Centrum jetzt die stärkste Partei ist. Es ist von 98 Mitgliedern auf 107 gestiegen, und je nachdem es sich nach rechts oder nach links wendet, gibt es den Ausschlag für Bewilligung oder die Abwehr. Die nächst größte Zahl hat die Socialdemokratie erreicht. Sie ist von 48 auf 56 Stimmen gewachsen, nachdem sie diesmal in allen Wahlkreisen eigene Candidaten aufgestellt und namentlich selbst in den ostpreußischen Provinzen eine bedeutende Zunahme ländlicher Wähler erreicht hatte. Die Conservativen blieben mit 52 Mitgliedern hinter den Socialdemokraten zurück,

1) „Rückblick auf die Wahlen zum Reichstag". S. „Histor.-polit. Blätter". 1898. Band 122. S. 142 ff.

und auch die drei „freisinnigen“ Fraktionen rückten ihnen, zusammengerechnet, mit einem Zuwachs bis auf 49 Stimmen in die Nähe.

Am ungünstigsten hatten die „Nationalliberalen“ abgeschnitten. Sie besaßen in den ersten Reichstagen fast die Hälfte aller Stimmen, jetzt sind ihnen nur 46, zumeist erst bei den Nachwahlen erreichte, Sitze übrig geblieben. Zudem haben sich eine ganze Anzahl ihrer bedeutendsten Vertreter, Bennigsen an der Spitze, zurückgezogen oder sind durchgefallen. Die einst so mächtige Parlaments-Partei ist jetzt nicht einmal mehr im Präsidium des Reichstags vertreten. Es standen zur Wahl des dritten Vorsitzenden nur ein Socialdemokrat oder einer aus den „freisinnigen“ Gruppen, welcher auch als Nothbehelf durchging. Ueber die Flauheit bei den Wahlen hatten die nationalliberalen Bewerber genug zu klagen, und es ist bezeichnend, was das protestantische Pastoren-Blatt in Berlin bereits über das Absterben der Partei zu sagen wagte:

„Die gesammte liberale Presse huldigt derselben naturalistischen Weltanschauung wie die Socialdemokratie; sie sträubt sich nur, dieselben politischen und socialen Folgerungen daraus zu ziehen wie diese; allein das hilft ihr nichts, denn sobald sich ihre Anhänger mit diesen Anschauungen erfüllt haben, laufen sie ihr aus der Schule und gehen zu den Socialdemokraten, welche die letzten Consequenzen dieser Anschauungen ziehen. So wird dieser Liberalismus durch die Socialdemokratie aufgesogen, und was zurückbleibt ist das faule, genußsüchtige bürgerliche Rentnerthum, welches nur noch Interesse für seinen Geldbeutel und sein Vergnügen hat und selbst seine liberale Parteipresse elend zu Grunde gehen läßt, weil es nur noch die sogen. parteilosen Zeitungen hält, welche keinerlei Ansprüche mehr an politisches oder sittliches Denken stellen, sondern deren ganzes Streben darauf ausgeht, diesem gesinnungslosen Bürgerthum den Klatsch in die angenehmste Form zu kneten und ihm jede Erinnerung an unangenehme politische Zeiterscheinungen vom Leibe zu halten. Es ist deshalb

auch thöricht, daß die Regierung noch mit diesem faulen liberalen Bürgerthum rechnet, welches, auf sein Geld protzend, vom Staate verlangt, daß er es vor allen Unannehmlichkeiten schützt, das aber selbst nur noch eine politische Null ist".[1])

Indeß hätte doch vor 25 Jahren schwerlich eine Thronrede zur Eröffnung des Reichstags eine Stelle enthalten, wie die vom 6. Dezember v. Js., in welcher der Kaiser sagte: „Daß es Mir vergönnt war, die Erlöserkirche zu Jerusalem dem Dienste des Herrn zu übergeben, ist Mir ein neuer Antrieb, die Mir von Gottes Gnaden verliehene Gewalt auch weiter einzusetzen für die ewigen Grundwahrheiten des Christenthums. Von solchen Gefühlen geleitet, hat es Meinem Herzen besondere Genugthuung gewährt, einen langgehegten Wunsch der deutschen Katholiken durch Erwerbung eines ihnen durch weihevolle Erinnerungen geheiligten Besitzthums auf dem Berge Zion in Erfüllung zu bringen".

Die darauf folgende Budget-Debatte hat vier Tage gedauert. Während der ersten drei Tage hatte der Reichskanzler kein Wort gesprochen, am vierten Tage hörte das Parlament zu seinem Erstaunen, daß der verantwortliche Vertreter der Regierung in Folge kaiserlicher Einladung zu Hofe auf „die Saujagd" gegangen sei. Beschwichtigend gegenüber dem aufgeregten Reichsrath meinte übrigens das Berliner Börsenblatt: vielleicht sei die Anwesenheit des Reichskanzlers auf der Saujagd in der That wichtiger als im Reichstage. „Es sei doch gut, daß er dabei sei, wenn dem Monarchen inofficiell und gemüthlich wieder Mancherlei nahegelegt werde; an den Kaiser drängten sich naturgemäß Elemente heran, deren Einfluß in höherem Interesse einer sofortigen Correktur bedürftig sei".[2]) Vielleicht war dabei des „zähen, oft verbissenen Herrn Geheimraths" gedacht, dessen

1) Aus dem „Reichsboten" s. „Kölnische Volkszeitung" vom 20. Juni 1898.

2) Berliner „Börsenzeitung" s. Kölnische Volkszeitung" vom 17. Dezember 1898.

in derselben Sitzung der Abg. Dr. Lieber als des andauernden Uebels erwähnte.

Am gespanntesten war man natürlich darauf, was der Staatssekretär des Aeußern über die diplomatische Lage sagen würde. Herr von Bülow hielt eine sorgfältig zubereitete, wie gewohnt mit Witz-Bonbons verzierte, Rede, in der er nichts besonders Neues vorbrachte. Ueber die „immer größere Festigung des Weltfriedens" hatte auch schon die Thronrede gesprochen; nur auf die Verhältnisse im nahen Orient ging der Redner näher ein. Hatte ja auch die Thronrede wieder „Meines theuern Freundes", des Kaisers von Rußland, Erwähnung gethan. Unter Uebergehung jeder ihm unangenehmen Auskunft, wie der armenischen Ereignisse und der Einmischung in den ersten Verlauf der kretischen Frage, äußerte sich der Minister:

„Die orientalische Frage befindet sich augenblicklich im Großen und Ganzen in einer friedlichen Phase. Damit will ich nicht sagen, daß das orientalische Problem endgiltig gelöst sei. Die orientalische Frage gleicht einigermaßen der Seeschlange, von der ein Stück nach dem andern zum Vorschein kommt; die endgiltige Lösung wird keiner von uns erleben. Wir müssen unseren Kindern und Kindeskindern einige Nüsse zum Knacken übrig lassen; aber die Frage erscheint gegenwärtig für den Weltfrieden weniger bedrohlich als in früheren Epochen. An und für sich ist die Frage vielleicht complicirter geworden, als sie vor 20 Jahren und vor 4 Jahren war. Die Gegensätze, nicht sowohl zwischen Christen und Mohammedanern, als zwischen den einzelnen Balkanvölkern haben sich seitdem zugespitzt. Mit dem Selbstständigkeitstriebe dieser Völker ist auch ihr Expansionsbedürfniß gestiegen. Auf der Balkanhalbinsel gibt es Punkte, die unter Umständen Erisäpfel werden können. Die türkischen Sympathien für uns beruhen auf dortiger Einsicht, daß Deutschland meint, ‚Völkerrecht bleibe Völkerrecht, auch gegenüber der Türkei', daß wir im Oriente keinen Unfrieden wollen, sondern wirklichen Frieden".

Aber wie räumt sich mit der verkündeten Enthaltsamkeit des Deutschen Reichs in den Streitfragen des Orients der nachfolgende Schlußsatz der Ministerrede: daß Deutschland für die Erhaltung und Integrität des türkischen Reiches eintrete? Eine solche Verpflichtung und Bindung ist früher nie so deutlich ausgesprochen worden. Freilich paßt dieß auf den Sultan als „theuern Freund"; ob es sich aber mit dem Czaren als „theuern Freund" verträgt: das ist eine andere Frage. Allerdings weiß man in Berlin so gut, wie in Constantinopel, daß für Rußland im Augenblicke nichts in der Welt unangenehmer wäre, als neue kriegerische Verwicklungen auf dem Balkan; Rußland kann und wird jetzt keinen Krieg wegen der Türkei führen.[1]) Aber wer kann von heute auf morgen schließen?

Bezüglich der Orientreise des Kaisers haben sich denn auch die beiden Minister des Aeußern und des Innern im Reichstag besonderer Zurückhaltung beflissen; der Eine hat nur das religiöse, der andere nur das commercielle Moment hervorgehoben. Dennoch war in dem preußisch-conservativen Hauptorgan über die Petersburger Stimmungen, gegenüber dem freundschaftlichen Verhältniß beider Herrscher, zur selben Zeit zu lesen:

„Dagegen läßt sich nicht verkennen, daß die Palästinareise Kaiser Wilhelm's alle bösen Leidenschaften eines Theils der russischen Presse aufgeregt hat. Wir haben darüber lange geschwiegen, weil wir erwarteten, daß ein Quos ego! dazwischen fahren würde. Aber die gegen die Person unseres Kaisers gerichteten gehässigen und dabei unerhört sinnlosen Angriffe steigern sich von Tag zu Tage. Allen zuvor thut es das Organ des Fürsten Uchtomski, den der Nimbus umgibt, daß er für einen Freund des Kaisers Nikolaus gilt. Am letzten Freitag brachte dieses Blatt einen Leitartikel unter der Ueberschrift: ‚Gift oder Salböl', der das von Deutschland

1) Petersburger Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 11. Januar 1898.

ausgehende Gift der Verleugnung des Christenthums und des Militarismus mit frecher persönlicher Zuspitzung zum Gegenstande hatte. Am Sonnabend folgte ein neuer Artikel (Nr. 327), der den Gedanken breittritt, daß der neueste Plan der deutschen Regierung darin bestehe, auf Grund der ewigen unerschütterlichen Freundschaft mit dem Sultan ‚alle treuunterthänigen Deutschen zu Janitscharen zu machen'. Diese Themata werden in's Endlose variirt und spitzen sich dahin zu, daß der Abfall Deutschlands zum Islam den gläubig aufhorchenden Russen gepredigt wird. Diese Dinge verdienen mehr Beachtung, als man ihnen zuwendet, jedenfalls sollten sie von denjenigen unserer Zeitungen bemerkt werden, die von der sympathischen Aufnahme erzählen, welche die Palästinafahrt in Petersburg und Moskau gefunden habe. Gerade das Gegentheil ist wahr".[1])

Man darf sich nicht täuschen: die Orientfrage ist jetzt die Zukunftsfrage des gesammten Slavismus und seines Vordringens nach dem Westen. Im April 1897 ist der unglückliche Kaiser von Oesterreich nach Petersburg gereist, um sich mit dem Czaren wegen der Balkanverhältnisse zu verständigen. Es soll ein geheimes Abkommen über ein freundschaftliches Zusammenwirken dort erreicht worden seyn. Dennoch ist es dem Fürsten von Montenegro, dem russischen Schützling, der vom Czaren mit Geld, Waffen und Munition reichlichst unterstützt wird, gestattet, seit Monaten in seiner Presse für die Vertreibung Oesterreichs aus Bosnien und der Herzegowina zu agitiren. Zu einem der neuesten Ausfälle des fürstlichen Organs in Cetinje jubelte der mehrgenannte Fürst Uchtomski in seinem Petersburger Blatte: „Die unglücklichen Serben Bosniens und der Herzegowina haben unter den Ersten ihre Waffen gegen das türkische Joch erhoben, aber das egoistische Europa hat sie aus seinen politischen Erwägungen der Sklaverei Oesterreich-Ungarns überantwortet. Hoffen wir, daß die Stimme des kleinen

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 14. Dezember 1898.

Montenegro's, welche von den Höhen seiner unzugänglichen Berge erschallt, in Europa Widerhall finden und das unglückliche Schicksal der Serben in den occupirten Provinzen die Aufmerksamkeit der Großmächte auf sich lenken wird, damit diese Mittel und Wege finden, der magyarisch-deutschen Vergewaltigung des orthodoxen Serbenvolkes Einhalt zu thun".[1]) Dazu bemerkte ein deutscher Correspondent von der Newa: „Einstweilen hat zwar die russische Diplomatie andere Schmerzen. Aber sobald Rußland aus seiner wirthschaftlichen Krisis herauskommt und wieder aktionsfähig wird, wird sich auch die russische Diplomatie dem starken Drucke der Gesellschaft fügen müssen, welche sich offenbar mit dem Gedanken nicht aussöhnen kann, daß Bosnien und die Herzegowina zu Oesterreich gehören". Wie lange wird denn noch ein Mensch an dem Aberglauben des Dreibunds festhalten wollen, der auch auffallender Weise in der Thronrede nicht erwähnt wurde.

„Immer größere Festigung des Weltfriedens" verspricht die Thronrede anzustreben. Aber soll man da noch an eine andere Festigung dieses Friedens als durch endlose Vermehrung der Rüstungen der Militärmacht zu Land und zu Wasser glauben? Vor der Annahme des Flottengesetzes haben im Jahre 1896 und 1897 die damaligen Kriegsminister vertröstet, daß Neuorganisationen bei der Landarmee nicht zu befürchten seien. Jetzt werden sie doch gefordert für die Infanterie, Cavallerie und Artillerie. Die auf fünf Jahre festzusetzende Friedenspräsenz-Stärke wird nach der Volksvermehrung berechnet, also eine Schraube ohne Ende; für jetzt eine Mehrung von 26,576 Soldaten mit einer jährlichen Mehrausgabe von über 27 Millionen und an einmaligen Ausgaben von mehr als 132 Millionen. Dazu kommt noch eine Anleihe von 90 Millionen. Schon in den

---

1) Aus Berlin s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 1. Jan. d. Js

letzten zehn Jahren betrugen die Ausgaben für Heer und Marine 5966 Millionen, also im Vergleich zu dem vorhergehenden Jahrzehnt um 1668 Millionen mehr, und Milliarden der Reichsschuld sind bis auf ungefähr 400 Millionen für Militärzwecke verwendet worden.

Was wird nun das Centrum im Reichstag thun? Diese Frage drängt sich überall auf. Man nennt die Fraktion, halb spöttisch, die „regierende Partei", aber ausschlaggebend könnte sie seyn. Eine norddeutsche Stimme wendete sich warnend an eine Anzahl von Zeitungen und Abgeordneten der Centrumspartei; sie sagt: „Für das Centrum würde die letzte Möglichkeit, jemals zu einer wirklichen deutschen Volkspartei zu werden, endgültig schwinden, wenn es sich auch der neuen Militärvorlage gegenüber wieder auf Compromisse und Bewilligungen einlassen wollte, anstatt mit einem runden und deutlichen ‚Daraus wird nichts' allen derartigen Ueberraschungen endlich Ein- für Allemal den Riegel vorzuschieben". Der Mahner zieht aus der Vergessenheit eine Rede Mallinckrodt's vom 14. Mai 1874 hervor, worin dem Reichstag mit Seherblick ein Bild der Zukunft vorgehalten wurde:

„Der Militarismus in dem geeinigten Deutschland nimmt nun aber auch in Beziehung auf die bürgerlichen und politischen Verhältnisse, eben weil er alle Verhältnisse durchdringt, ein eigenes Gepräge an. Wir befinden uns auf dem Wege zu einer Entwicklung deutscher Verhältnisse, wie Deutschland sie nie gekannt hat, so lange ein deutsches Reich bestand. Wir sind in der Entwicklung begriffen von dem deutschen Fürstenthum, dem deutschen Königthum zu einem Imperatorenthum, wie wir es als näheres Beispiel in dem Napoleonismus in Frankreich gehabt haben, wie wir es auf der andern Seite in dem Czarenthum in Rußland haben. Wir haben in diesem Augenblick noch keinen Imperator auf dem Throne, und ich hoffe, es werden die Verhältnisse in der Beziehung auch in andere Bahnen einlenken; aber doch, einen Imperator auf dem Ministerstuhl, den haben wir heute schon, und vor dem beugt sich

alles, was sich gern mit nationalen Worten schmückt, sei es hoch, sei es niedrig".[1])

Der Absolutismus ist schon zu Zeiten Bismarck's kein ungewöhnliches Wort mehr gewesen; aber es war von Rechtswegen, wenigstens auf dem Papier, ein „verantwortlicher". Als er seinen Abschied erhielt, sprach der alte Kanzler das bedeutsame Wort aus: der Kaiser wolle sein eigener Kanzler seyn. Der letzte Theil der vielbesprochenen „Erinnerungen" des Gewalthabers aus der Zeit seiner Abschiebung steht noch aus; vielleicht dachte er damals schon an den „Imperator auf dem Thron". Bekanntlich war der Kanzler ursprünglich kein Freund der preußischen Colonialpolitik, und man dürfte begierig seyn, was er im Vertrauen seines erzwungenen Ruhestandes über den völligen Sturz in die Weltpolitik verrathen haben mag.

Der Eintritt des Reichs in die Weltpolitik ist die vollendete Thatsache, und zuletzt noch hat der amerikanische Völkerrechtsbruch die Folgen der Thatsache unabsehbar gemacht. In dieser neuen Welt ist der Deutsche Reichstag keinen Tag sicher, ob ihm nicht neue Ocean-Länder an den Hals geworfen werden, deren Umschlingung er sich nicht erwehren könnte, so wenig wie des Experiments mit dem chinesischen Kiautschau. Der kaiserliche Wahlspruch lautete: das Reich müsse größer seyn und unsere Zukunft liege auf dem Wasser. Industrie und Handel sind damit einverstanden, und der Profit ist die Lockspeise der Weltpolitik. Vor einem Jahre hat der nationalliberale Führer Hammacher im Reichstag gesagt: „Es bleibt für Deutschland nur die Alternative offen, Menschen zu exportiren oder Waaren".[2])

Die Verhandlung über die Militärvorlage im Reichstag war lau und gedrückt. Er fühlt gegenüber dem Militaris-

1) P. Pr. aus Rostock in den „Mecklenburgischen Blättern" vom 9. und 30. Dezember 1898.

2) „Berliner Germania" vom 10. Dezember 1897.

mus seine Hände mehr als je gebunden. Aber hinter dem Militarismus tritt namentlich Eine brennende Frage neu auf. Er beginnt zum Ruin der Landwirthschaft anzuwachsen. Handel und Industrie haben von ihm den Vortheil, denn er kettet die Ausgedienten massenweise an die Städte und die Industrieorte, während auf dem platten Lande das Wort von der „Leutenoth" bereits sprichwörtlich geworden ist. Wie verträgt sich ferner der Eintritt in die Weltpolitik mit dieser allgemeinen Wehrpflicht? Als Preußen die Institution der allgemeinen Wehrpflicht erfand, da war nur an innere Kriege und Ausdehnung innerhalb deutscher Grenzen zu denken. Jetzt besitzt das Reich bereits Ländermassen in zwei fremden Welttheilen, und hat nichteinmal eine Colonialarmee. Die Socialdemokraten eifern für das Milizsystem. Das geht nicht, schon wegen der stetig anwachsenden Macht der Umsturzpartei. Aber warum hört man nicht endlich auf, das Beispiel Englands, der größten Colonialmacht der Welt, mit seinem Berufsheer zu verachten, bei dem doch auch „Junker" fortkommen könnten?

Bezüglich des Centrums wurde allerdings von vornherein angenommen, daß der ausreichende Theil, und zwar ohne „Schacherpolitik" treiben zu wollen, in der Frage der verstärkten Wehrkraft zu haben seyn werde. Nur die bayerischen Centrumsabgeordneten hätten beschlossen, die Militärvorlage abzulehnen, wie zuvor die Marinevorlage.[1]) Warum? Weil zu der allgemein herrschenden „Reichsverdrossenheit" auch noch das Gefühl immer stärker anwächst, daß dem Süden wohler wäre, wenn er sich nach dem Osten anstatt nach dem Norden verheirathet hätte.

---

1) Berliner Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 1. Januar d. Js.

XX.

Die Parität in der Schweiz.

Es fehlt ein deutsches Centrum in der Schweiz, das Ungerechtigkeiten auf allen Gebieten immer wieder markirt und energische Abhilfe verlangt. Noch immer bestehen in der schweizerischen Gesetzgebung eine ganze Reihe von Ausnahmsbestimmungen gegen die katholische Kirche und die Katholiken; nur selten wird in der Tagespresse und in den gesetzgebenden Versammlungen darauf hingewiesen. So gewöhnt man sich allmählig an das Unrecht und meint, es müsse so sein; der grundsätzliche Standpunkt und die grundsätzliche Auffassung aller religiös-politischen Fragen tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Daher wird es gut sein, die Katholiken wieder einmal an das zu erinnern, was ihnen noch fehlt.

Nehmen wir zuerst einige Artikel der „Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft" vom 29. Mai 1874. Der Ingreß lautet: „Im Namen des Allmächtigen! Die schweizerische Eidgenossenschaft, in der Absicht, den Bund der Eidgenossen zu befestigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bundesverfassung angenommen". Artikel 54 aber lautet: „Das Recht zur Ehe steht unter dem Schutze des Bundes. Dieses Recht darf weder aus kirchlichen oder ökonomischen Rücksichten, noch wegen bisherigen Verhaltens oder aus anderen polizeilichen Gründen beschränkt werden". Und in Artikel 58 heißt es: „Die geistliche Gerichtsbarkeit ist abgeschafft". Und das Bundesgesetz, betreffend Feststellung

und Beurkundung des Civilstandes und die Ehe, vom 24. Dez. 1874 bestimmt (in Ausführung der Art. 53, 54 und 58 Satz 2 der Bundesverfassung) Artikel 45: „Wenn beide Ehegatten die Scheidung verlangen, so wird das Gericht dieselbe aussprechen rc." Art. 46: „Auf Begehren eines der Ehegatten muß die Ehe getrennt werden wegen Ehebruchs rc." Art. 47: „Wenn keiner der genannten Scheidungsgründe vorliegt, aber gleichwohl das eheliche Verhältniß als tief zerrüttet erscheint, so kann das Gericht auf gänzliche Scheidung erkennen". In wieweit die vollständige Verkennung und Mißachtung des katholischen Eherechtes „die Kraft und Ehre der schweizerischen Nation fördern", wollen wir unerörtert lassen. Ist es doch eine traurige Thatsache, daß die Schweiz in der Statistik der Ehescheidungen in der vordersten Reihe steht.

Art. 4 der Bundesverfassung lautet: „Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich". In Art. 75 aber heißt es: „Wahlfähig als Mitglied des Nationalrathes ist jeder stimmberechtigte Schweizerbürger weltlichen Standes". Also sind die katholischen Geistlichen heute noch von der obersten Bundesbehörde ausgeschlossen, während in Frankreich, Deutschland und Oesterreich auch Priester in den gesetzgebenden Körpern sitzen.

Art. 44 lautet: „Kein Kanton darf einen Kantonsbürger aus seinem Gebiete verbannen (verweisen) oder ihn des Bürgerrechtes verlustig erklären". Deßungeachtet hat man in den 70 ger Jahren den Generalvikar Mermillod aus Genf und zahlreiche katholische Priester aus dem Jura ausgewiesen.

Art. 45 lautet: „Jeder Schweizer hat das Recht, sich innerhalb des schweizerischen Gebietes an jedem Orte niederzulassen, wenn er einen Heimatschein oder eine andere gleichbedeutende Ausweisschrift besitzt. Ausnahmsweise kann die Niederlassung denjenigen, welche in Folge eines strafgerichtlichen Urtheils nicht im Besitze der bürgerlichen Ehren und Rechte sind, verweigert oder entzogen werden. Weiterhin kann die Niederlassung denjenigen entzogen werden, welche wegen schwerer Vergehen wiederholt gerichtlich bestraft worden sind". In Art. 51 aber heißt es: „Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden und es ist ihren Gliedern jede Wirksamkeit

in Kirche und Schule untersagt. Dieses Verbot kann durch Bundesbeschluß auch auf andere geistliche Orden ausgedehnt werden, deren Wirksamkeit staatsgefährlich ist oder den Frieden der Confession stört". Wenn auch vor einigen Jahren eine Kantonsregierung die lustige Entscheidung gab, daß die Liguorianer nicht als Affiliirte der Jesuiten zu gelten hätten, wohl aber die Redemptoristen, so sind doch die schweizerischen Jesuiten bis heute aus ihrem Vaterlande verbannt und werden somit auf gleiche Stufe mit ehr- und rechtlosen Bürgern oder mit schweren Verbrechern gestellt. Dieser Art. 51 ist ein Hohn auf jedes republikanische Freiheitsgefühl und ein völkerrechtlicher Skandal. Für Anarchisten, Nihilisten, Freimaurer hat man Platz; nur für den Jesuiten-Orden macht man eine Ausnahme. Das ist und bleibt ein unbegreiflicher Affront gegen die katholische Schweiz. Gegen eine solche ausnahmsweise Behandlung muß man protestiren, so lange noch ein Tropfen Schweizerblut durch unsere Adern rollt.

Art. 49 lautet: „Niemand ist gehalten, Steuern zu bezahlen, welche speziell für eigentliche Cultuszwecke einer Religionsgenossenschaft, der er nicht angehört, auferlegt werden". Gleichwohl müssen die Katholiken beisteuern an den Unterhalt der altkatholischen Fakultät in Bern, der Kirchen in Zürich, Schaffhausen 2c.; dazu haben sie noch an diesen Orten durch Privatmittel für alle ihre Cultuszwecke selbst aufzukommen.

Art. 50 lautet: „Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet". In Art. 52 aber heißt es: „Die Errichtung neuer und die Wiederherstellung aufgehobener Klöster oder religiöser Orden ist unzulässig". Wie ängstlich getreu dieser Artikel gehandhabt wird, ergibt sich aus der bisherigen Praxis der Bundesbehörde (vgl. das im Auftrag des Bundesrathes herausgegebene „Schweizer Bundesrecht" von Dr. jur. Salis in Basel). In einem Entscheide vom Jahre 1883 sagte der Bundesrath: „Sobald es feststeht, daß einzelne Mitglieder eines Ordens ihr Kloster verlassen und in einem bis anhin nicht als Kloster dienenden Gebäude sich niedergelassen haben, um dort nach den für das Kloster geltenden Regeln zu leben, so ist damit eine Anstalt gegründet, welche

im Sinne des Art. 52 der Bundesverfassung als Kloster erklärt werden muß und nicht geduldet werden kann". Aus den Jahren 1882 und 1883 datiren folgende Entscheide des Bundesrathes: „Entgegen der Anschauungsweise der Regierung von Freiburg erblickte der Bundesrath in der wenn auch nur vorübergehenden Ansiedelung französischer Maristen, Mitglieder bezw. Novizen eines in Frankreich aufgelösten und bisher im Kanton Freiburg nicht bestehenden religiösen Ordens, in einem von ihnen gemietheten Hause in Givisiez einen Verstoß gegen Art. 52 der B. V.; ebenso in der Aufnahme von zwei Kapuzinern und etlichen Novizen in einem Privathause von Guschelmuth". Anno 1883 erklärte der Bundesrath Folgendes: „Da wo es sich um eine provisorische Niederlassung von Ordenspersonen handelt, trifft der Bundesrath keine unmittelbar eingreifenden Maßnahmen. Er läßt sich aber angelegen sein, den provisorischen Charakter einer solchen Niederlassung jeweilen zu constatiren, und wacht unablässig darüber, daß derselbe nicht etwa in einen definitiven Zustand ausartet". (Es handelte sich damals um die provisorische Duldung französischer Ordenspersonen, welche aus ihrem Vaterlande infolge Bedrängung seitens des Staates ausgewandert waren). Im Jahre 1888 suchten zwei Mitglieder des „Institut des franciscaines, Missionaires de Marie" beim Bundesrath die Bewilligung nach, in Freiburg ein Haus zu erwerben, das den durch ihre Thätigkeit in heißen Ländern erschöpften Missionären, Mitgliedern des Instituts, als Absteigequartier und Erholungsort dienen könnte. Der Bundesrath erklärte, daß seine Bewilligung zur beabsichtigten Erwerbung nicht nothwendig sei, daß er sich aber genöthiget sähe, Art. 52 der Bundesverfassung zur Anwendung zu bringen, falls versucht würde, das zu erwerbende Haus in ein Kloster umzuwandeln, oder in der Schweiz als religiöser Orden thätig zu sein. Es mag hier auch noch Erwähnung finden, daß im Jahre 1881 der Procureur de la Grande Chartreuse in Isère den Bundesrath anfragte, ob die Errichtung einer Liqueurfabrik in Romont, welche von zwei Religiosen und sieben Laienbrüdern, die sich in keiner Weise mit geistlichem Dienst befassen, betrieben würde, und welche nicht den Charakter eines Klosters haben werde, zulässig sei. Der Bundesrath antwortete: Ueber die Errichtung von

Liqueurfabriken sind die Kantone zuständig. Ob es zulässig sei, daß eine solche Fabrik im Besitze eines auswärtigen Klosters stehen und von Angehörigen dieses Klosters betrieben werden dürfe, sei er nicht im Falle, einen Entscheid zu treffen; denn er müsse sich vorbehalten, jederzeit zu erwägen, ob der Stand und die Leitung einer solchen Anstalt einen klösterlichen Charakter hat und sich dadurch mit der Verfassung in Widerspruch setzt.

Da kann doch von wahrem Liberalismus keine Rede mehr sein; denn Art. 52 ist ein Widerspruch gegen die Gewährleistung oder Duldung der katholischen Kirche. Es ist geschichtlich wohl verbürgte Thatsache, daß die kirchlichen Genossenschaften eine gesunde Lebensseite der katholischen Kirche sind und auf die Rechtstitel derselben — wenn nicht den besten, doch vollen Anspruch haben. So sagt der für die geistlichen Orden unverkennbar nicht voreingenommene J. J. Döllinger: „Das Bedürfniß, in möglichster Ablösung von irdischen Dingen und in ununterbrochener durch die Außenwelt nicht gestörter Gemeinschaft mit Gott ein wahrhaft geistiges Leben zu führen, und ferne vom Getümmel der Welt für das eigene Heil zu wirken, ist ein rein geistliches und in irgend einer Form gehört das Mönchthum wesentlich zur christlichen Kirche und hat sich darum immer auch in ihr gefunden“.[1])

Artikel 52 ist auch ein Widerspruch gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die in Art. 49 der Bundesverfassung gewährleistet ist, sowie ein Widerspruch gegen die Vereinsfreiheit. Mehr als je fühlen wir heute den allgewaltigen Aufschwung des Associationsgeistes. Und wenn wir diesen im Spiegel der Thatsachen — auf dem socialen Gebiete ist nie eine Erscheinung für sich allein zu beurtheilen — erkennen lernen, können wir uns nicht der Wahrnehmung verschließen, daß jene große sociale Rolle, die im Mittelalter die Klöster führten, nun im gegentheiligen Sinne die — Internationale aufgenommen hat. Diese predigt offen die sociale Revolution, und — man läßt sie frei schalten und walten. Mehr als ein Jahrtausend hindurch haben die religiösen Genossenschaften der Menschheit Culturaufgaben gelöst, und nun

1) Lehrbuch der Kirchengeschichte. 2. Aufl. Bd. I., S. 106.

soll die Neubildung von solchen verboten sein, es soll im freien Schweizerlande keine freie Zuflucht geben für den, der enttäuscht aus dem Geräusche des Lebens fliehen und in sich selbst schauen will! —

Wie die Bundesverfassung, so enthalten auch manche Kantonsverfassungen überaus harte und ungerechte Bestimmungen gegen die Kirche. Vor seinem Amtsantritte hat der gewählte Bischof von St. Gallen gemäß Art. 10 des Concordates in die Hände der Abgeordneten der Regierung nach folgender Formel den Eid der Treue zu leisten: „Ich schwöre und gelobe auf das hl. Evangelium Gottes, Treue und Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des Kantons. Auch gelobe ich das Wohl des Staates zu fördern und dessen Schaden zu wenden, und zu wachen, daß in meinen Bisthumsangehörigen die Liebe zum Vaterlande und die Achtung vor der verfassungsmäßigen Obrigkeit gepflegt und vermehret werde. Dieses verspreche ich vor Gott, treu zu halten, in der Ueberzeugung, daß in der durch die Kantonsverfassung selbst gewährleisteten freien und uneingeschränkten Ausübung der katholischen Religion mir die volle Befugniß zugesichert ist, alle meine Pflichten gegen Gott und die Kirche gewissenhaft zu erfüllen". Trotzdem muß der Bischof für alle seine Erlasse, sowie bei Pfründebesetzungen für jeden Geistlichen das Placet der Regierung einholen, und allen auf St. Gallische Pfründen gewählten Geistlichen, welche vom Oktober 1873 an ihre theologischen Studien oder die Kurse des Klerikalseminars in Lehranstalten der Jesuiten oder in Anstalten der den Jesuiten affiliirten Orden und Congregationen machen, ist das Wahlplacet zu verweigern (vgl., Gesetzessammlung, Bd. II. Neue Folge. S. 78 und 79). Am 19. August 1873 wurde ein Verbot der Theilnahme St. Gallischer Geistlicher an Priesterexercitien in auswärtigen Diöcesen aufgestellt und am 3. Juni 1874 wurde durch Großrathsbeschluß der Regierung das Recht der Zurückziehung des für Verleihung geistlicher Aemter ertheilten Placets eingeräumt (vgl. l. c. S. 237 und ff.). Am selben 3. Juni 1874 wurde durch den Großen Rath das bischöfliche Knabenseminar in St. Georgen bei St. Gallen aufgehoben

und ist bis heute nicht wieder hergestellt worden. Schon im J. 1838 wurde als Grundsatz ausgesprochen: „Der Ueberschuß des Vermögens säkularisirter Klosterkorporationen, welcher, nach Auslösung der auf demselben haftenden Verpflichtungen und Lasten, übrig bleibt, wird als Eigenthum des Staates erklärt; und es soll derselbe zu allgemeinen, frommen und milden Zwecken verwendet werden" (vgl. Band III S. 572). Im Verzeichniß der von Pius IX. unterm 8. Dezember 1864 verdammten Lehrsätze befindet sich unter Nr. 45 folgender Satz: „Die ganze Leitung der öffentlichen Schulen, in denen die Jugend eines christlichen Staates erzogen wird, — kann und muß der Staatsgewalt zukommen und zwar so, daß kein Recht irgend einer andern Autorität, sich in die Schulzucht, in die Anordnung der Studien, in die Verleihung der Grade und in die Wahl und Approbation der Lehrer zu mischen, anerkannt werde". Die „Verfassung des Kantons St. Gallen vom 30. August 1890" aber sagt im Art. 2: „Die Aufsicht, Leitung und Hebung des öffentlichen Unterrichtes ist Sache des Staates". Pius IX. sagt in seiner Allocution im Consistorium vom 1. November 1850: „Die oberste Leitung der öffentlichen Schulen, in denen die Jugend eines christlichen Staates erzogen wird, kommt der Kirche zu". In Art. 4 der St. Gallischen Verfassung aber heißt es: „Die oberste Leitung des Erziehungswesens steht beim Regierungsrathe". Auch sind laut „Statuten der Unterstützungskasse für die Volksschullehrer" vom 25. Oktober 1886 die Ordenspersonen von der Pensionsberechtigung ausgeschlossen, die Beiträge aber an die Kassa müssen für sie gezahlt werden.

Ein weiterer unheilvoller Schlag gegen die Katholiken der ganzen Schweiz war der Entscheid des Bundesgerichtes in der St. Galler Altkatholikenfrage vom 10. November vergangenen Jahres. Am 7. März 1894 stellte die Commission der altkatholischen Genossenschaft der Stadt St. Gallen an den Regierungsrath das Gesuch, „die christkatholische Genossenschaft auf Grund eines eingesandten Organisationsstatutes gemäß Art. 23 und 24 der kantonalen Verfassung vom 10. November 1890 als eine gesetzliche Kirchengemeinde und als ein organisches Glied des nach der St. Gallischen Kantonsverfassung

als Einheit zu behandelnden katholischen Confessionstheiles anzuerkennen, in dem Sinne, daß in dieser Sanktion selbstverständlich die grundsätzliche Anerkennung des Rechtes der neuen Kirchengemeinde zur Erhebung von Steuern, sowie die gesetzliche Stimmpflicht der Mitglieder im Sinne des Art. 41 der Kantonsverfassung inbegriffen sein soll". Inzwischen kam eine neue katholische Organisation zustande, welche in Art. 1 die katholische Kirche des Kantons St. Gallen als Glied der römisch-katholischen Kirche erklärte. Im Großen Rathe remonstrirten die Altkatholiken gegen diesen Artikel und verlangten Aufhebung desselben. Doch der Große Rath genehmigte in Uebereinstimmung mit dem katholischen Collegium den Artikel, allerdings erst nach langer und hitziger Debatte. Nun wurde ersterwähntes Gesuch von den Altkatholiken zurückgezogen, und sie rekurrirten gegen diesen Großrathsbeschluß beim Bundesgericht und verlangten Aufhebung des Art. 1 des katholischen Organisationsstatutes im Sinne folgender Feststellung: a) daß die katholische Kirche im Kanton St. Gallen aus den Angehörigen der römisch-katholischen Kirche bestehe in dem Sinne, daß jede Abtheilung sich eine eigene Organisation gebe; b) daß neben den römischen Katholiken auch die Christkatholiken vollberechtigte Glieder der katholischen Landeskirche seien. Am 3. April 1895 wurde dieser Rekurs abgewiesen. Am 2. Februar 1896 gelangten die Altkatholiken wieder an den Regierungsrath mit dem Gesuche um Anerkennung als öffentlich-rechtliche Kirchengemeinde. Das Gesuch war nicht begründet und wurde deßhalb unterm 15. Mai 1896 von der Regierung abgewiesen. Am 14. September 1896 wurde das Gesuch erneuert in langer Begründung, worauf die Regierung dasselbe an den Großen Rath leitete mit wohlmotivirter Botschaft und Antrag auf Ablehnung. Nun folgte die lange und sehr erregte Debatte im Großen Rathe vom 18. November 1897. Mit 81 gegen 72 Stimmen wurde das Gesuch, trotzdem die liberale Partei ihre erprobtesten Führer in die Redeschlacht schickte und die Frage zur Parteisache machte, wider alles Erwarten abgewiesen, worauf die Altkatholiken an das Bundesgericht rekurrirten. Und dieses entschied dann am 10. November 1898, über Kantonsverfassung, Regierung und Großrathsbeschluß hinweg sich

setzend, daß der Kanton St. Gallen gehalten sei, der altkatholischen, 1300 Seelen zählenden Sekte dieses Kantons die Eigenschaft einer öffentlich-rechtlichen Corporation zu verleihen.

Das Bundesgericht (es saßen vier Protestanten, zwei radikale und ein einziger conservativer Katholik) stellte sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt, daß Art. 23 und 24 der Kantonsverfassung den Großen Rath zwar nicht verpflichten können, die altkatholische Genossenschaft als öffentlich-rechtliche Corporation anzuerkennen, aber ebensowenig könne die Verfassung den St. Gallischen Großen Rath hindern, der christkatholischen Genossenschaft die Eigenschaft einer öffentlichen Corporation zu verleihen. Dagegen liege eine Verletzung der Art. 50, Abs. 3 in Verbindung mit Art. 4 der Bundesverfassung vor. Der christkatholischen Genossenschaft können wegen der Trennung von der römisch-katholischen die Vortheile, die ihre Bekenner als frühere Glieder der letzteren besaßen, nicht entzogen werden. Um auf allfällige Ausscheidungen des Kirchenvermögens Anspruch erheben zu können, müsse die Rekurrentin sich als öffentlich-rechtliche Corporation constituiren, und da ihr die ersten Ansprüche gemäß Art. 50 der Bundesverfassung nicht abgesprochen werden könnten, dürfe ihr die zur Geltendmachung derselben nothwendige Verleihung des öffentlich-rechtlichen Corporationscharakters nicht verweigert werden.

Man sieht, daß hier protestantische Richter in einer Sache entschieden, die sie absolut nicht verstehen; sie kennen das Wesen der katholischen Kirche nicht und urtheilen von ganz falschen Voraussetzungen aus.

Die nächste Folge dieses Entscheides wird nun sein, daß die Altkatholiken St. Gallens Vermögenstheilung und ev. Mitbenutzung von Kirchen verlangen können. Die weiteren Folgen aber sind nicht abzusehen, weil überall, wo eine beträchtliche Anzahl Altkatholiken sich als Kirchengenossenschaft constituiren, sie behufs Verfolgung ihrer civilrechtlichen Ansprüche nunmehr staatliche Anerkennung, Vermögenstheilung und Mitbenutzung verlangen können. Bis jetzt waren nach der Bundesverfassung von 1874 die Kantone in der kirchlichen Gesetzgebung souverän. Durch den Bundesgerichtsbeschluß vom 10. Nov. aber ist auch diese kantonale Selbständigkeit verloren gegangen und sind

zumal die katholischen Kantone der Willkür der Staatsallmacht ausgeliefert. Selbst angesehene protestantische Organe, wie die Gazette de Lausanne und das Journal de Genève finden die bundesrichterliche Auslegung von Art. 50 der Bundesverfassung als mit dem Rechte der Kantone im Widerspruch stehend. Die einzig richtige Lösung der Frage wäre ohne Zweifel eine Revision des ziemlich dunklen Art. 50 gewesen; denn dieser Artikel geht in seinem Endziele auf eine Expropriation der kantonalen Gesetzgebung zu Gunsten des Bundesgerichtes hinaus, was jedenfalls nicht normal ist. Statt bestimmte Regeln aufzustellen, die geeignet wären, den confessionellen Conflikten vorzubeugen, begnügt sich dieser Artikel, den Bund als obersten Richter über kirchliche Streitigkeiten aufzustellen, oder mit andern Worten, um den confessionellen Frieden zu bewahren, werden die Leute eingeladen, zu streiten, anstatt sich zu versöhnen.

Um die ganze Ungeheuerlichkeit vorstehenden Entscheides zu begreifen, darf man endlich nicht außer acht lassen, daß verschiedene protestantische Blätter es wiederholt ausgesprochen haben, der Altkatholicismus sei für die protestantische Landeskirche nothwendig als das wichtigste Bollwerk gegen Rom. Darum sucht man von Staatswegen die Bildung von altkatholischen Kirchgemeinden zu erleichtern und zu ermöglichen.

Weisen wir zum Schlusse noch auf einige andere recht frappante Fälle der Imparität hin. Man hat auf der auch in diesen Blättern besprochenen protestantischen Kirchensynode des Kantons Zürich vom 27. Oktober 1897 mit großer Heftigkeit von katholischer Propaganda, von katholischen An- und Uebergriffen gesprochen. Das hat zur Folge gehabt, daß die Katholiken des Kantons Zürich ein wenig Umschau hielten und sich fragten, wie weit sie denn schon den Protestanten über den Kopf gewachsen, und sie haben nun Folgendes herausgefunden: 1) Haben die 65,000 Katholiken — der sechste Theil der Gesammtbevölkerung — weder in kantonalen noch in eidgenössischen Behörden eine Vertretung. In den Gemeindebehörden findet man höchstens in vier Ortschaften Katholiken. 2) Müssen die Katholiken wenigstens indirekt die Pfarrer der protestantischen Landeskirche erhalten helfen; denn für Besoldung dieser Herren

leistete der Staat z. B. im Jahre 1895 einen Beitrag von nahezu einer halben Million Franken. Die katholische Geistlichkeit hingegen erhält vom Staate für Kirchenbau und Besoldung keinen rothen Heller. 3) Die verschiedensten Schulbehörden versuchen trotz der Bundesverfassung, welche die Glaubens- und Gewissensfreiheit schützen soll, katholische Kinder bis zum 16. Altersjahr in die Singschule (am Sonntag Vormittag) zu nöthigen. Wehrt sich ein Priester im Interesse verbriefter Rechte, dann ist er ein „jesuitischer Hetzkaplan". 4) Sind die katholischen Kinder gezwungen, Schulbücher zu kaufen, welche die gehässigsten, gemeinsten Verläumdungen gegen die katholische Kirche und ihre Diener enthalten.

Die beiden Bezirke Pruntrut und Delsberg im Berner Jura sind ihrer immensen Mehrheit nach katholisch. Und doch stehen in Pruntrut an der Spitze der Kantonsschule ein protestantischer Rektor und ein protestantischer Schulpräsident; der Direktor des Lehrerseminars ist ein protestantischer Freimaurer; der Rektor der Sekundarschule ist Protestant; der Schulinspektor ist ebenfalls Protestant; und im Lehrerseminar ertheilt ein protestantischer Freimaurer den Zöglingen — auch den katholischen — Religionsunterricht. Sein Name heißt Renk. In Delsberg ist der Direktor der Normalschule (Lehrerinenseminar) ein protestantischer Freimaurer. Die Leitung der Sekundarschule untersteht ebenfalls einem protestantischen Freimaurer; der Inspektor ist ebenfalls Protestant. „Suchet einen Katholiken", ruft das „Pays" aus, dem wir diese Thatsachen entnehmen, „keinen einzigen werdet ihr in der Leitung des Erziehungswesens in den zwei bevölkertsten Bezirken des Jura finden. Das nennen wir himmelschreiend. Würde etwas Aehnliches im Bezirke Murten von Seite des katholischen Freiburg geschehen, schon längst hätten die Berner einen eigenen Freischarenzug gebildet, um ihren bedrängten Brüdern Hilfe zu bringen".

In der Stadt St. Gallen wohnen etwa 19,500 Protestanten und 10,500 Katholiken. Nun bewundere man die Parität: von 18 Großräthen gehört keiner der katholischen Partei an; von 15 Gemeinderäthen ist einer katholisch conservativ; von 13 Schulräthen ist einer katholisch-conservativ.

Ziemlich ähnlich verhält es sich mit den katholischen Lehrkräften an der städtischen Primarschule. Im Ganzen sind 3470 Schüler, davon 1411 katholische, also 2/5 der Gesammtzahl. Mit den Lehrkräften verhält es sich folgenderweise: Knaben-Unterschule besitzt 13 Lehrer, davon 3 katholische; Knaben-Oberschule besitzt 18 Lehrer, davon 5 katholische; Mädchen-Unterschule besitzt 14 Lehrerinen, davon keine katholisch; Mädchen-Oberschule besitzt 20 Lehrer, davon 1 katholisch. Zusammen 65 Lehrkräfte, von denen 9 katholische, anstatt 26 katholische Lehrer, wie es der Zahl der katholischen Kinder entspräche. Diese Zahlen bezeugen die offenkundigste Vergewaltigung und die Verletzung der primitivsten Gerechtigkeit von Seite der Protestanten.

Wir schließen für heute. Es wird sich später Gelegenheit bieten, auf dieses Thema zurückzukommen. Denn das ist klar, daß die katholische Schweiz nicht ruhen darf, bis sie auf allen Gebieten volle Parität errungen hat.

XXI.

Ein Roman aus der Gegenwart.

Gegen Tendenzdichtung, gegen Tendenzromane besteht ein begreifliches Vorurtheil. Und doch sind sie nicht zu umgehen! Wenn Historiker es nicht fertig bringen, objektiv zu sein, wie viel weniger die Dichter, bei denen die Leidenschaft, das Temperament gewissermaßen zum Wesen des Berufes gehört. Wenn ein Dichter Katholiken oder Protestanten, Süddeutsche oder Norddeutsche, Deutsche und Franzosen auftreten läßt, wird man bald merken, auf wessen Seite seine Sympathie steht, wenn ihn nicht Religion und Volksthum ganz kalt läßt. Je wärmer einer in dieser Hinsicht fühlt, desto mehr wird sich die Sympathie verrathen. Das kann man unmöglich verargen.

Und dann ist es ganz unwahr, daß die Kunst nur für die Kunst da ist. Auch ein Kunstwerk muß einen Zweck haben, es muß den Menschen innerlich erheben, innerlich befreien und durch einen tiefern Einblick in die Weltordnung beruhigen und festigen. Nur darf natürlich die Tendenz nicht aufdringlich werden und es muß das richtige Maß eingehalten werden. Der Künstler muß es machen, wie der Schöpfer, der seinen Zweck und seine Absichten verbirgt und nicht in den Vordergrund rückt.

Diese Grundsätze sind selbstverständlich, und doch wird viel dagegen gesündigt, fast regelmäßig von nicht katholischer Seite, manchmal auch von katholischer. Es ist natürlich unrecht, wenn von vornherein die Gegner, seien es confessionelle oder politische Gegner, als unklug, beschränkt oder als weniger charakterfest und sittlich dargestellt werden. Wie es protestantische Schriftsteller, angefangen von Dahn, Gustav Freytag bis zu Taylor und Conrad Ferdinand Meyer machen, ist ja bekannt. Es wäre nicht gut, wenn es Katholiken nachmachen würden. Die Gefahr ist nicht ganz ausgeschlossen. Jüngst las ich einen Roman von ganz hervorragendem Werthe, der Aufbau, die Kunst der Darstellung verdient alles Lob; auch über die Tendenz konnte man sich im Grunde genommen nur freuen. Aber einen Fehler hat der Roman, einen Fehler, der ihm leider jede tiefe Wirkung auf die Protestanten von vornherein unmöglich macht. Die Protestanten machen in dem Roman sehr dumme Antworten und Ausflüchte, wenn sie von den Katholiken in die Enge getrieben werden. Wenn man solche Controversen behandelt, muß man doch genau orientirt sein über protestantische Theologie! Ein Muster, wie man die Gegner behandeln kann, bilden immer die geistvollen Gespräche von Radowitz über Staat und Kirche.

Nicht ganz auf der Höhe von Radowitz steht ein Roman, dem wir ein paar Zeilen widmen möchten, aber er ist durchaus nicht ungerecht; ich meine „Die Fremden, ein Roman aus der Gegenwart" von Karl Domanig. Stuttgart, Roth 1898.

Domanig behandelt die Protestanten ohne jegliches Vorurtheil, durchaus objektiv. Er hat wahrlich die Vorwürfe, die

man ihm von protestantischer Seite machte, nicht verdient.[1]) Daß er den katholischen Glauben höher hält, als den protestantischen, und ihn auch siegen läßt, kann ihm doch niemand verargen; höchstens könnte man wünschen, daß er den Glaubensgegensatz mehr vertieft hätte; zurückzunehmen oder zu mäßigen hätte er aber deßhalb nichts gebraucht.

Der Gegensatz zwischen katholisch und protestantisch ist nicht die Hauptsache in Domanigs Roman, viel wichtiger ist der Gegensatz zwischen gläubig und ungläubig, und mit letzterem Gegensatz verflicht sich der zwischen Stadt und Land. Der Gegensatz zwischen Großstadt und dem einfachen Landleben ist das Hauptproblem, mit dem sich der Dichter abgibt. Die Art und Weise, wie der Verfasser dies thut, verdient alle Anerkennung. Er stellt sich mit Entschiedenheit auf die Seite des Landlebens und schildert mit herrlichen Farben sein liebes Tirol. Nur auf dem Lande, meint der Verfasser, gelte der Mensch noch etwas, er sei ein Individuum, in der Großstadt sei er ein Tröpfchen im Meere. Auf dem Lande sei die Religion noch natürlich, sie sei verflochten mit dem ganzen Leben, die Natur selbst predige Religion, auf dem Lande herrsche noch Offenheit, Ehrlichkeit, Natürlichkeit; in der Großstadt aber herrsche Unglaube, Verführung, Falschheit, Intrigue. Der Erzähler stellt diesen Gegensatz nicht in trockenen Auseinandersetzungen, sondern in lebendigen Typen und in wirklichen Erlebnissen klar und anschaulich vor's Auge. Dadurch hat er sich ein großes Verdienst erworben. Möchte der Roman recht weite Verbreitung finden!

---

1) Vergl. Oesterr. Literaturblatt vom 15. Oktober 1898.

XXII.

Die Biographie des Grafen von Montalembert.

Zweiter Band.[1])

Meine Begeisterung und Bewunderung für Charles de Montalembert ist im Hörsaal der Kirchengeschichte an der Universität Tübingen im Sommer des Jahres 1860 entzündet worden. Da war es der berühmte Professor der Theologie, der unsterbliche Verfasser der Conciliengeschichte, der nachmalige Bischof von Rottenburg, Carl Joseph v. Hefele, welcher seine Schüler für die hohe Gestalt des Vorkämpfers der französischen Katholiken mit einer Gewalt einzunehmen verstand, welche sich bis zum heutigen Tage ungeschwächt forterhalten hat. Selbst ein Mann von echt kirchlicher Gesinnung, allen Neuerungen und gefährlichen Sätzen abhold, besaß er für die Bemühungen der Katholiken Frankreichs zur Erlangung der Freiheit des Unterrichts das tiefste Verständniß und verfolgte die Entwicklung Frankreichs auf dem Gebiete der Religion mit gespanntester Aufmerksamkeit. Was seinen Vorträgen einen besonderen Reiz verlieh, das waren seine persönlichen Beziehungen zu Montalembert.

---

1) R. P. Lecanuet, prêtre de l'oratoire. Montalembert d'après son journal et sa correspondance. Tome II. La liberté d'enseignement (1835—1850). Paris. Ch Poussielgue. 1898. 8°. p. XI. 519. Mit dem Brustbilde Montalemberts in Heliogravüre. (5 Frcs.)

Schon in den Tagen der Kämpfe aus Anlaß der Haltung des „Avenir“ und des Rundschreibens Gregors XVI. ‚Mirari‘ vom 15. August 1832 war Montalembert zu ihm in Beziehung getreten und hatte ihn zu einem Besuch nach Paris eingeladen. Auf einer Reise nach Frankreich hat Hefele dann Montalembert in Paris (1846 oder 1847) aufgesucht und dabei einer Sitzung der Pairskammer im Palais Luxembourg beigewohnt. Hefele schilderte die langweiligen Ausführungen des damaligen Marineministers und dann die überwältigende Beredsamkeit, welche der unmittelbar darnach auf die Tribüne gestiegene Graf v. Montalembert entwickelte.

Aber auch wer nicht Augen- und Ohrenzeugen der Thätigkeit Montalemberts vernommen hat, sondern lediglich Lecanuets zweiten Band[1]) der Biographie des großen Mannes studirt, wird nicht umhin können, dem Grafen den Zoll seiner Bewunderung zu entrichten. Der gelehrte Pariser Oratorianer schildert uns den Grafen in seinen besten Mannesjahren, auf der Höhe seiner politischen und kirchenpolitischen Thätigkeit, unermüdlich wirkend zur Erkämpfung der Freiheit des Unterrichts, die französischen Bischöfe für die Erreichung dieses Zieles gewinnend, in den Kreisen der Laien das rechte Verständniß für die Bedeutung dieser Aufgabe erschließend, in ganz Frankreich corporative Gruppen in der Form von Comités gründend und der an den ärgsten Auswüchsen krankenden akatholischen und freigeisterischen Presse ein katholisches Zeitungswesen entgegenstellend. Die Worte des Titelblattes „d'après son journal et sa correspondance“ haben in der Darstellung ihre volle Verwirklichung empfangen. Den Grundstock der letztern bildet das geheime Tagebuch, in welchem Montalembert Tag für Tag seine Eindrücke niederzulegen bemüht war. Diese erscheinen stets frisch, lebendig, fesselnd. Sie berühren die höchsten Personen in

1) Der erste Band wurde von mir in dieser Zeitschrift besprochen Bd. 119, S. 63 ff., S. 138 ff.

Kirche und Staat. Die über den König Louis Philippe dürften wohl die erste Stelle einnehmen. Montalemberts Briefwechsel aus diesen sturmbewegten Jahren füllt ganze Bände. Hier mußte Lecanuet nach dem Grundsatze handeln: In der Beschränkung zeigt sich der Meister. Dabei ist es ihm dennoch gelungen, hinter der machtvollen Person seines Helden vollkommen zurückzutreten und Montalembert sich von dessen eigener Hand schildern zu lassen. Endlich benützte der Verfasser die Akten des durch Montalembert von 1846 bis 1850 geleiteten Comité, und gerade diese sind es, welche uns einen Begriff von Montalemberts Schaffensfreudigkeit, Geduld und echt katholischer Geistesrichtung vermitteln. In Verbindung mit der gedruckten Literatur hat der Biograph auch in diesem zweiten Bande ein Buch geliefert, welches mich an einen Ausspruch erinnert, den Alfred von Reumont einmal bezüglich eines andern französischen Werkes gethan: Nur Franzosen können solche Bücher schreiben. Das gilt insbesondere von der Zusammenfassung der Thatsachen und der kunstvollen Gruppirung solcher Ereignisse, die ein einheitliches Ganze bilden und die Lecanuet, ohne den Gang der Darstellung zu verdunkeln, geschickt herauszuheben und in besonderem Rahmen einzufassen versteht. Sehr wohlthuend berührt die Unabhängigkeit des Urtheils, das Lecanuet an den Tag legt. Das gilt von Personen auf allen Stufen der gesellschaftlichen Leiter, insbesondere aber von Montalembert selbst, dessen Urtheile nicht selten an Uebertreibung leiden, und die dann in spätern Jahren der Ruhe des Mannesalters in ritterlicher Ehrlichkeit durch den Grafen zurückgenommen wurden. So ist ein Werk der Gerechtigkeit, aber auch der Dankbarkeit entstanden. Wenn Lecanuet in der Einleitung an den Vorwurf der Undankbarkeit erinnert, mit dem jüngst ein außerhalb der Kirche stehender Mann die französischen Katholiken mit Bezug auf Montalembert belastet, dann enthält sein Werk die ausgiebigste Widerlegung dieser Anklage.

Die Jahre von 1836 bis 1842 zeigen uns Montalembert, wie er den Kampf für die Erlangung der Freiheit des Unterrichts vorbereitet. In der Pairskammer steigt zusehends sein Einfluß, die Zeitung „Univers" wird in den Dienst seiner Sache gestellt, und namentlich war er bemüht, im System der Berufung der Bischöfe eine Veränderung herbeizuführen und Männer, die ein Verständniß für die damaligen Bedürfnisse der Kirche besaßen, an die Spitzen der Sprengel zu bringen. Durch Gregor XVI. ermuthigt, trennte sich Montalembert von den Legitimisten, deren Sache der aus der Bretagne stammende Erzbischof von Paris, Msgr. de Quélen, mit einem Eifer vertrat, der nur durch seine Einseitigkeit und seinen Chauvinismus überboten wurde. Die Sache Gottes und der Kirche trennte Montalembert von den Schicksalen der Bourbonen. Seit zwei Jahrhunderten bestand zwischen Kirche und der Monarchie „eine Verbindung, in welcher die eine zu Gunsten der anderen ausgebeutet, der Thron über den Altar gestellt und durch beispiellose Verkehrtheit und Verblendung der Glaube Platz gegriffen hatte, die Religion bedürfe der Bourbonen, um in Frankreich bestehen zu können" (6). Diese Bemerkung Montalemberts in einem ungedruckten Briefe an Abbé Trou vom Juli 1837 erklärt seinen etwas heftigen Bruch mit den Bourbonen und etwas raschen Uebergang zur Juli-Monarchie. Das anfangs sehr günstige Urtheil über die letztere hat er schon 1837 in den Worten gemildert, daß „die Juli-Revolution dem Recht und der wahren Freiheit Eintrag gethan hat" (6). In der That ließ er sich nicht selten durch die Macht seiner Leidenschaften und Affekte in seinem Urtheil beherrschen, doch war er zugleich aufrichtig genug, seinem Freunde Guerrier de Dumast am 15. Dezember 1841 zu bekennen: „O, wie sehr sind Sie im Recht, wenn Sie den Finger auf die Wunde legen, welche beinahe allen Menschen, und mir besonders anhaftet, nämlich Uebertreibung im Urtheil nach der guten, wie nach der schlimmen Richtung hin" (7).

Wenn die Mitglieder der Pairskammer erst mit dreißig Jahren eine berathende Stimme hatten, besaßen sie doch vor diesem Zeitpunkt das Recht, von der Tribüne zu reden. Montalembert, durch seine ausgezeichnete Rednergabe von der Natur auf dieselbe hingewiesen, betrat sie 1835 zum ersten Mal aus Anlaß der Berathungen über ein Gesetz zur Verhinderung von Attentaten auf die Person des Königs oder die Verfassung von 1830. Sogar der Ausdruck eines Wunsches oder einer Hoffnung gegen die Charte unterlag schweren Strafen. In einer Rede, die, wenngleich nach damaliger Sitte vorgelesen, dennoch durch seine abwechselnd sanfte, heftige, schneidende Sprache, durch den Reiz seiner Jugend und den aristokratischen Stolz seiner ganzen Haltung bedeutende Wirkung erzielte, trat er den Doktrinären jener Tage mit Macht entgegen. Durch die Freiheit der Presse an das Ruder des Staates gelangt, waren sie nunmehr geneigt, den Ast, der sie trug, abzusägen. Montalembert wirft ihnen vor, daß sie Eigenthum, Eid, öffentliche Gewalt, deren sie genießen, mit schweren Strafen schirmten, während man die großen Wahrheiten, welche die Basis des ganzen Lebens bildeten, fast schutzlos ausgehen lasse.

In die Anfänge seiner parlamentarischen Thätigkeit fällt auch Montalemberts Beschäftigung mit den socialen Fragen, die unter Louis Philipp durch den Bau des ersten Eisenbahnnetzes und durch das Aufkommen des Industrialismus in den Vordergrund traten und in Gefahr standen, durch Pierre Leroux, Fourier, Louis Blanc, Proudhon u. A. in einem für Kirche und Staat feindlichen Sinne behandelt zu werden. Montalembert, den Standpunkt Leo's XIII. im voraus vertretend, möchte um keinen Preis die Behandlung dieser Fragen dem bloßen Gutdünken eines Ministers überlassen. Er verlangt das Einschreiten des Gesetzgebers. „Wäre das nicht eine Thorheit, wenn wir das Schicksal unserer armen Kinder ewiger Unsicherheit überantworten wollten. Heute mehr denn je scheint mir die

Pflicht des Gesetzgebers, in socialen und moralischen Fragen direkt einzugreifen, erwiesen zu sein". Und dann kommt seine ebenso strenge wie allseitig bewiesene Anklage wider die „industrielle Barbarei", die er zuletzt in die Worte des Cardinals de Croï zusammenfaßt: „Auf der äußersten Schwäche lastet der schwerste Druck". „Nachdem ich", meldete er seinem Schwiegervater Graf v. Merode am 12. März 1840, „den Gegenstand gründlich studirt hatte, darf ich behaupten, daß meine Rede sehr ehrenvoll aufgenommen wurde von der Kammer". Mit 91 gegen 35 Stimmen hat sie ihm Recht gegeben. Dagegen wandte er sich gegen die staatliche Beschlagnahme der charitativen Thätigkeit der Kirche, welche das Ministerium durch Berufung staatlicher Oekonomen für die von Ordensgenossenschaften geleiteten Hospitäler 1840 anstrebte. Denn dieser „heillose Geist der Centralisation, welcher das geistige und das politische Leben in Frankreich ertödtet, wird schließlich auch noch die Charitas erwürgen" (14).

Montalemberts Haltung in der belgischen Frage von 1838, welche die Herausgabe von Nord-Luxemburg und der Hälfte des Herzogthums Limburg an Holland betraf, war die eines warmfühlenden, aber doch etwas starren belgischen Patrioten. Die Ausantwortung dieser Gebietstheile an Holland war durch den Vertrag von London 1831 festgesetzt und nur durch den Eigensinn des Königs von Holland, welcher die Annahme des Vertrags ablehnte, aufgehoben worden. Wenn die belgische Kammer 1838 nachgab, dann geschah es im Interesse des politischen Friedens, aber, wollen wir beifügen, auch der religiösen Interessen. Denn heute sind die Katholiken in Holland und Luxemburg wahrlich durchaus nicht schlimmer gestellt, als ihre Glaubensbrüder in Belgien. Immerhin verdient die Thatsache Erwähnung, daß Montalembert im Sinne des belgischen Heeres dachte und redete, welches ihm am 25. August 1838 im Lager zu Beverloo einen begeisterten Empfang bereitete (21).

Vor allen Dingen aber waren es die religiösen

Interessen, deren Pflege innerhalb wie außerhalb der Pairskammer Montalembert mit dem ganzen Schwung seiner hochgemutheten Seele sich widmete. Er vertrat das Eigenthumsrecht der Kirche an den ihren Zwecken gewidmeten Immobilien, vertheidigte ihre Freiheit in der Spendung der Sakramente aus Anlaß der Verweigerung derselben an Herrn de Montlosier in Clermont, der es ablehnte, einen schriftlichen Widerruf seiner gegen die Kirche geschleuderten Bücher zu unterzeichnen, im übrigen aber erklärte, als Katholik leben und sterben zu wollen. Entrüstet über den „Pharisäismus" des Bischofs Féron von Clermont, forderte Montalembert in der Kammer dennoch Freiheit für die Spendung der Sakramente und die Veranstaltung von Gebeten und tadelte die Verurtheilung des Bischofs durch den Staatsrath wegen Mißbrauchs des Amtes. Denn „die Gebete für die Verstorbenen wie für die Lebenden sind freie und geistige Handlungen, und die Kirche ist mit nichten eine Begräbniß-Gesellschaft, bei welcher man Särge und Leichenpferde bestellt" (34). Insbesondere hat Montalembert, der unsterbliche Verfasser der „Mönche des Abendlandes", sich damals der aus den Ruinen der Revolution neu erstehenden Orden der Benediktiner und Dominikaner angenommen. Wenn die 1837 in Rom genehmigte Congregation der französischen Benediktiner am Widerstande der auf ihre Jurisdiktion eifersüchtigen Bischöfe, an der Abneigung der Cultusminister Salvandy und Barthe und an der zögernden Haltung Gregors XVI. und des Cardinals Sala nicht gescheitert ist, dann hatte sie das Montalembert und seinem Freunde Lacordaire in Rom zu verdanken. „Ich war so glücklich", meldete Lacordaire an Montalembert aus Rom am 25. Juli 1837, „den Benediktinern von Solesmes einen Dienst zu leisten, der sie vor einem schweren Schlag bewahrte. Eine Denkschrift, welche ich dem Cardinal Sala beim Ende einer Unterredung überreicht, hat die entgegenstehenden Maßnahmen, die man zu treffen im Begriffe stand, verändert.

Der aus einer Audienz beim Cardinal Sala zurückkehrende General der Jesuiten bemerkte mir gestern dreimal: ‚Für diese Angelegenheit sind Sie im richtigen Zeitpunkt gekommen'“ (40).

Wenn der Predigerorden heute in Frankreich eine blühende Provinz besitzt, wenn Mitglieder derselben als Lehrer der Jugend, als Kanzelredner, insbesondere als theologische Schriftsteller namentlich im Gebiete der thomistischen Philosophie glänzen, wenn endlich unser deutsch-österreichischer Landsmann, der Dominikaner P. Heinrich Denifle, mit Unterstützung der französischen Staatsregierung das epochemachende, von der Akademie mit dem höchsten Preis gekrönte Werk das Chartularium Universitatis Parisiensis sammt dessen vielbändigen Auktarien herstellt, dann sind das die Nachwirkungen der Bemühungen Lacordaires. Aber ohne Montalembert hätte Lacordaire in Frankreich nie Boden fassen können. Nach Ausweis des von Lecanuet verwertheten Briefwechsels hat Montalembert seinem Freund in schweren Stunden stärkenden Trost gespendet, beim Pariser Erzbischof de Quélen und dem Cultusminister Barthe, die von verschiedenen Standpunkten aus gegen Mönche eine tiefe Abneigung bekundeten, ihn kräftig vertheidigt und endlich erreicht, daß Lacordaire nach seiner definitiven Rückkehr nach Frankreich öffentlich das Gewand der Dominikaner tragen durfte. Tief entmuthigt durch das Mißtrauen des Cardinals Lambruschini, und vor der Opposition radikaler Deputirten sich beugend, stand Lacordaire auf dem Punkte, sich nachgiebig zu erweisen. „Auf einer französischen Kanzel wieder auftreten in einem andern Gewande, als dem des hl. Dominikus“, schrieb Montalembert, „wäre für Dich eine wirkliche und schmähliche Niederlage“; dann stimmte er den Minister Martin (du Nord) um und erreichte Freiheit für das Tragen des Mönchsgewandes, in welchem Lacordaire im Dom zu Bordeaux seinen ersten Triumph feierte. „In dieser ganzen Angelegenheit“, so dankte Lacordaire, „bist Du unser Schutzengel, und der meinige insbesondere gewesen“ (48). In der

That: Liebe weckt Gegenliebe. Hatte Lacordaire, wie wir aus dem ersten Bande Lecanuets wissen, Montalembert vor dem Fall in den Abgrund, den La Mennais ihm geöffnet, bewahrt, so vergalt jetzt der Freund dem Freunde diesen Dienst damit, daß er ihm den Weg zur christlichen Vollkommenheit offen hielt. Denn ein Mönch ohne Ordenskleid ist kein Mönch.

Zusehends steigt unser Interesse am Grafen v. Montalembert bei der Lektüre des dritten Kapitels mit der Ueberschrift: „Die ersten Jahre des Univers. M. Thiers und Mfgr. Affre". Das Wort Univers erinnert an die unsäglichen Bemühungen und Geldopfer, die Montalembert aufwenden mußte, um ein Preßorgan ins Leben zu rufen, welches in der Geistlichkeit und den Kreisen der Laien erst das Bewußtsein ihrer Aufgaben zu wecken vermöchte. Nach den intimsten Briefen wird uns die Entstehung der Freundschaft zwischen Montalembert und jenem burgundischen Richter Foisset geschildert, der an Tiefe des Wissens und Auffassung der Bedeutung der Kirche Montalembert erreichte, an Klugheit und feiner Maßhaltung des Urtheils ihn überragte. Zu Thiers, der damals bald Minister, bald Deputirter war, ist Montalembert in vielfache Berührung gekommen. Das Bild, welches Thiers beim Leser hinterläßt, ist das eines ebenso ehrgeizigen wie charakterlosen Politikers. Bald Gallikaner, bald Ultramontaner, heute Feind, morgen Freund der Jesuiten, in einem Jahre Bekämpfer, dann Förderer der Freiheit des Unterrichts, scheint er nur ein einziges Ziel im Auge zu haben: Sitz und Stimme im Ministerrath. In der Opposition stehend, warf Thiers dem Minister Molé klerikale Neigungen vor, ans Staatsruder gelangt, erscheint er wie ein Santino, wie der römische Volksmund sich auszudrücken pflegt. „Ich bin Papist, Monsieur", bemerkte Thiers zu Montalembert, „ich sage das nicht zu laut, weil man mich sonst befehden würde, aber ich bin es. Ich verabscheue den Gallikanismus, er ist der Weg, der zum Protestantismus

führt. Die Jesuiten können auf meinen Schutz rechnen, schon lange habe ich das ihrem Provincial P. Renaud erklärt“ (65).

Bei der Erneuerung des Episkopats hatte Montalembert erfolgreich die Hand im Spiele. Männer, die nicht in Gallikanismus und Legitimismus erstarrt, der Forderung auf Freiheit des Unterrichts ein Verständniß entgegenbrachten und zu der Juli-Regierung ein friedliches Verhältniß pflegten, das waren seine Leute. Wenn Gousset nach Reims, de Bonald nach Lyon, Raeß, unser Landsmann, nach Straßburg kam, dann waren diese Berufungen das Werk Montalemberts. Schwieriger erschien die Besetzung von Paris. Nach den Erfahrungen mit dem starren Msgr. de Quélen lehnte die Regierung jeden Legitimisten ab. Spaltungen drohten in der Pariser Geistlichkeit auszubrechen. Montalembert brachte Msgr. Affre in Vorschlag. Er führte Affre zu Thiers und vereinbarte mit dem letztern eine kleine List, um den König zu gewinnen. Affre brachte eine kurze, aber geschickte Anrede zu Papier, die Montalembert verbesserte. Nachdem de Quélen, ungeachtet aller Ermunterungen Gregors XVI., zehn Jahre lang vom Hofe sich ferngehalten, erschien Affre als Verwalter des Erzbisthums am Namenstag des Königs Louis Philipp am Hofe zur Gratulation und hielt diese kleine Ansprache. Der König war außer sich vor Freude über die Versöhnung mit der Kirche und ernannte Affre zum Erzbischof von Paris. Daß der letztere Montalemberts Absichten entsprochen habe, läßt sich nicht behaupten. Im Kampfe um die Freiheit des Unterrichts ließ er es bedenklich an Energie fehlen, der Wiederherstellung der Sorbonne setzte er unbeugsamen Widerstand entgegen. Und besonders hochgradig war seine Abneigung gegen die Jesuiten. Den P. Boulanger, der mit einigen seiner Ordensbrüder ihn zu beglückwünschen kam, herrschte er mit Worten an, die nur elend seine Feindseligkeit verhüllen: „Ich weiß nicht, was Sie von mir denken, denn es ist schwer zu wissen, was

die Jesuiten denken. Wenn ich es aber jetzt nicht weiß, werde ich es binnen zehn Monaten oder eines Jahres erfahren. Und wenn ich finde, daß Sie mir feindlich sind, da Sie schließlich hier nur zur Aushilfe zugelassen, dann bitte ich Sie, mich von Ihrer Beihilfe zu entbinden" (71). Das ist eine wenig verbindliche Sprache. Im Munde des Generalstaatsanwalts Dupin, der mit seinem Lehrbuch des Kirchenrechts damals die Bischöfe zur Verzweiflung trieb, oder des Eklektikers Cousin, wären diese Worte verständlich. Im Munde eines katholischen Prälaten sind sie ein Frevel gegen den heiligen Stuhl, welcher die Verfassung der Jesuiten in öffentlich-rechtlichen Urkunden der katholischen Kirche gebilligt hat. Im Angesichte des Todes hat der Erzbischof widerrufen. „Vor seinem Tode", schrieb Montalembert am 28. Juni 1848 an Dupanloup, „hat Msgr. Affre seinen Sekretär Delange mit einer Mission an unsere Freunde (die Jesuitenväter) mit folgenden Worten beauftragt: ‚Gehen Sie und sagen diesen Vätern, daß ich hart und strenge gegen sie gewesen; ich empfinde das, es thut mir leid, aber in seinem tiefsten Grund ist ihnen mein Herz stets gewogen geblieben'" (467).

Lecanuet versteht es meisterhaft, die Spannkraft seiner Leser zu schonen, indem er in den ermüdenden Verhandlungen im öffentlichen Leben seines Helden einige Ruhepunkte eintreten läßt, von denen aus wir einen Blick in Montalemberts Familienleben thun dürfen. Es sind reizende Interieur-Scenen, in denen wir ihm begegnen, zunächst im Schloß Villersexel in der Freigrafschaft Burgund, welches dem Marquis von Gramont, dem Großvater seiner Gemahlin gehörte, wo er in Gemeinschaft mit der Familie Merode die Ferien zuzubringen pflegte. Hier bildete die ehrwürdige Marquise de Gramont, welche ihre Großmutter Marschallin v. Noailles, ihre Mutter Herzogin v. Ayen und ihre Schwester Vicomtesse de Noailles zusammen das Blutgerüst besteigen sah, den Mittelpunkt der Gesellschaft. Hier

hat Montalembert seinem Schwager, Felix v. Merode, Liebe zum Kriegerstande eingeflößt und ihn vermocht, seinen Heiraths-plänen zu entsagen und sich dem Heere zu widmen.

In das Jahr 1839 fallen Montalemberts erste Beziehungen zu Gladstone. Nach England zu seiner sterbenden Mutter gerufen, deren letzten Seufzer er noch aufzunehmen das Glück hatte, trat Montalembert nur mit zwei Männern in Beziehung, alle übrigen Verbindungen ablehnend, es waren der Dichter Samuel Rogers[1]) und der jugendliche Staatsmann William Ewart Gladstone († 1898). Als Ergänzung zu meinen Aufsätzen über Gladstones Verhältniß zu den Katholiken[2]) sei hier erinnert an die tief empfundenen Briefe Gladstones an Lecanuet vom 17. November 1896, in welchen er mit der Wärme eines Jünglings der Erörterungen gedenkt, die er damals mit Montalembert über die brennende Frage nach der wahren Kirche Christi gehabt. „Er (Montalembert)", schrieb Gladstone, „machte einen tiefen Eindruck auf mich . . . Wir begegneten uns in einer Epoche religiöser Todtenstarre, die sich namentlich darin kundgegeben, daß sie das Laster unseres Insularstolzes auf dem Gebiete der Religion bis zum Uebermaß ausgebildet. Kaum schienen wir zu ahnen, daß es außer uns noch andere Christen gäbe. Niemand schien mehr geeignet, uns dieser Gefühllosigkeit zu entreißen, als diese beiden Männer (Montalembert und Rio). Denn während sie uns über andere Länder aufklärten, verstanden sie es zugleich vermöge der seltenen Weite ihrer Auffassungsgabe die Eigenschaften unserer Volksseele und öffentlichen Einrichtungen zu würdigen" (86).

Was ich schon früher mit Bezug auf Gladstone's katho-

---

1) Ueber den Dichter Samuel Rogers (1763—1855) handelt: Dictionary of National Biography 49 (London 1897), 139.

2) Vgl. meine Abhandlung: Gladstone und seine Stellung zum Katholicismus in dieser Zeitschrift. Bd. 122, S. 309, ff. S. 420 ff.

liche Auffassung der Ehe in diesen Blättern vorgetragen, empfängt durch seinen Briefwechsel mit Montalembert das Siegel einer neuen Bestätigung. Von malerischer Schönheit und von bleibendem Werth ist Gladstones Urtheil über Montalemberts Leben der heiligen Elisabeth. „Ich habe es gelesen“, schrieb er, „mit heißer und beinahe ungemischter Freude. Es hat mich erinnert an Dante's Paradies, welches eine landläufige Auffassung mir als eine Rhapsodie von unerfaßbarem Fluß geschildert, in dem ich aber auf Grund persönlicher Erfahrung mit einer durch Bewunderung gesteigerten Freude das Wesen der christlichen Wahrheit gefunden. Ihr wunderbares Buch hat mir eine neue Idee vom Geiste des dreizehnten Jahrhunderts gegeben und in mir die traurige Ueberzeugung befestigt, daß sich ähnliche Ergebnisse in unseren Tagen nur schwer erzielen lassen, in denen es schwieriger denn je ist, Kind zu werden und so in das Himmelreich einzugehen“ (87).

Gedenken wir auch des Aufenthalts, den Montalembert Ende 1842 auf der Insel Madeira nahm, wo er mit seiner Gemahlin, welche hier Wiederherstellung ihrer tief gesunkenen Kräfte suchte und fand, in wahrhaft apostolischem Geiste gewirkt hat. Nachdem beide, von Xaver v. Merode begleitet, die Schauer einer mit Lebensgefahr verbundenen Landung verkostet, konnten sie die Herrlichkeit des in tropischem Pflanzenwuchs glänzenden Eilandes länger als ein Jahr genießen. Auf dem Gebiete des Geistes aber lagerte hier tiefe, schauervolle Nacht. Zum Glück hatte der Graf sich eine kleine Bücherei von 130 Bänden mitgebracht. „Denn“, schrieb er am 2. November 1842 an Cornudet, „es gibt nicht einmal eine Bibliothek auf der Insel, die lediglich von Weinhändlern bevölkert ist . . . Nicht einmal eine Zeitung erscheint hier“. Am 10. Dezember 1842 klagt er dem nämlichen Freunde den gänzlichen Mangel an geistigem Verkehr mit „allen Portugiesen und Engländern, von denen auch keiner im geringsten Maße in irgend einer Beziehung unser

Interesse erregt. Sie befassen sich mit nichts, das uns berührt, wissen nichts, lesen nichts, das ihnen einen Berührungspunkt mit uns geben könnte" (157). Förmlich wie ein Verbannter auf der Teufelsinsel kam Montalembert sich vor, angesichts des „entsetzlichen Zustandes der Geistlichkeit und des gänzlichen Mangels geistlicher Erhebung. Die Priester unterhalten keine Beziehung zu Rom; sie vertheilen die Bücher der Bibelgesellschaft". Und den von der Regierung ernannten Bischof, M. Camacho, bezeichnet er als „notorischen Freimaurer, welchem Rom die Anerkennung versagt. Und er seinerseits will Rom nicht anerkennen und unterdrückt mit Absicht den Namen des Papstes im Canon der Messe; seine Sitten sind in dem nämlichen Maße skandalös, als seine Unwissenheit in der Theologie tief ist". Bei der Schwierigkeit, einen passenden Beichtvater zu finden, erhielt Montalembert vom apostolischen Nuntius Msgr. Cappaccini in Lissabon den tröstlichen Bescheid: „Zum voraus ertheile ich demjenigen Priester, den Sie sich als Beichtvater wählen, für die Dauer der Zeit, in der Sie seine Dienste beanspruchen, die geistliche Jurisdiktion" (160, 161). — In nicht wenigen Priestern hat Montalembert das Bewußtsein ihrer Würde wieder geweckt. Und so oft der Graf mit seiner hinreißenden Rednergabe die Wunder der geistigen Erneuerung in Frankreich schilderte, insbesondere das Schauspiel der Fastenvorträge des Jesuitenpaters de Ravignan, aus dessen Händen zweitausend Männer in Notre-Dame zu Paris die heilige Communion empfangen — dann ergriff tiefes Staunen „jene unglücklichen Priester" (161).

Und in demselben Geiste echt katholischer Weltanschauung hat in Madeira Madame de Montalembert gewirkt. Sie errichtete die Erzbruderschaft vom unbefleckten Herzen Maria's, „welche reiche Früchte der Frömmigkeit und Wiederbelebung getragen hat" (161). Ein ideales Ehepaar, innigst verbunden in den höchsten Principien des Lebens, glänzend durch unerschrockenes Bekenntniß der katholischen Wahrheit,

zu dem jeder Katholik auch heute noch mit Bewunderung zurückblicken darf.

Die Erinnerung an Montalembert's Aufenthalt auf der Insel Madeira hat uns schon mitten in die Zeit des Kampfes um die Freiheit des Unterrichts geführt. Die unausgesetzte Theilnahme an diesen Bemühungen bildete das Lebensziel Montalembert's in den Jahren 1835 bis 1850. Stellen wir zunächst folgende Thatsachen fest: 1. Unter der alten Monarchie gab es Staatsschulen und freie Schulen, beide waren gleich berechtigt. „Zwei Klassen von Schulen", schrieb König Ludwig XVI. im Jahre 1783, „befinden sich heute in unserm Reiche, die einen, von der Universität geleitet, sind deren Gesetzen und Statuten unterworfen, die andern bestehen kraft besonderer Stiftung. Beiden schulden wir unsern königlichen Schutz und unsere väterliche Fürsorge" (139). Der Convent und die gesetzgebende Versammlung haben den Grundsatz der Freiheit des Unterrichts aufrechterhalten. 2. Erst Napoleon war es, der ihn antastete durch die Errichtung der Universität, die aber nicht ein Lehrkörper, sondern lediglich eine centralisirende Behörde war, ohne deren Genehmigung kein Franzose Unterricht ertheilen durfte. 3. Während der Restauration behielt man die Universität bei, suchte sie aber unter den Einfluß geistlicher Elemente zu bringen und so ihr die Spitze abzubrechen. 4. In der Charte von 1830 wurde die Freiheit des Unterrichts ausdrücklich gewährleistet. Wer den betreffenden Paragraphen hineingebracht, ist bis zur Stunde unbekannt. 5. Unter Louis Philipp 1830 an das Staatsruder gelangt, haben die Liberalen in echt illiberaler Weise die Freiheit des Unterrichts dem Lande vorenthalten. 6. Nachdem Montalembert selbst, wie bei der Besprechung des ersten Bandes seiner Biographie erzählt wurde, als Schüler eines Pariser Staatscollegs nur mit Mühe die Einflüsse des Unglaubens und der Sittenlosigkeit von sich fern gehalten, setzte er sich jetzt als Aufgabe vor, die Freiheit des Unterrichts zu erringen.

7. Unter der letztern verstand er durchaus nicht die Auslieferung aller Schulen an die Kirche, sondern lediglich die Beseitigung des erdrückenden Monopols der Universität und die Gewährung gleicher Freiheit für alle hier in Betracht kommenden Faktoren, insbesondere die Kirche und die Gemeinden.

Im siebenten und achten Kapitel schildert Lecanuet die verschiedenen Bemühungen der Cultusminister Guizot, Salvandy und Villemain zur Lösung der Frage des Unterrichts. Guizot hatte bereits 1833 die Elementarschule freigegeben. Sein Entwurf zu einem Gesetz über Mittelschulen, um die fortan die Debatten sich bewegten, war sehr annehmbar, fiel aber in Folge des von der Kammer genehmigten Antrags, jeder Lehrer habe zu erklären, er gehöre zu keiner vom Staate nicht genehmigten Congregation. Gegen die ebenso unbegründeten, wie beleidigenden Vorwürfe und Eingriffe des Ministers Villemain richtete Montalembert am 3. August 1839 ein klassisches Schreiben, das Lecanuet nach dessen Papiers inédits mittheilt (147—149). Im Jahre 1842 wiederum Cultusminister geworden, legte Villemain einen neuen Entwurf vor, der einige Fesseln löste, andere dafür neu schmiedete. Sein Angriff auf die kleinen Seminare rief die Bischöfe zur Wehr. Auf der Insel Madeira schrieb Montalembert seine berühmte Broschüre: „Von der Pflicht der Katholiken in der Frage der Freiheit des Unterrichts", welche fortan das Programm für die Forderungen der Katholiken blieb. Jetzt erhielt er von den angesehensten Prälaten des Landes Zustimmungsadressen. Indirekt trat auch Msgr. Affre auf seine Seite, durch eine für den Bischof de Prilly von Châlons beim König eingereichte Bittschrift, der im Sinne Montalemberts thätig gewesen und deßhalb vom Staatsrath verurtheilt worden war.

In ihrer Bestürzung brachte die Regierung durch Villemain am 2. Februar 1844 ein neues Unterrichtsgesetz ein. Sofort trat Montalembert die Heimkehr von Madeira an, um sich an den denkwürdigen Verhandlungen der Pairs-

kammer zu betheiligen. Der neue Entwurf Villemain's verletzte die Freiheit des Unterrichts, wie die Bischöfe und Montalembert sie anstrebten, in ihren feinsten Nerven. Namentlich war es die Verpflichtung zum Studium der Philosophie unter Professoren in Staatsschulen, die eine wahre Bestürzung hervorrief. Man lese einmal die von Lecanuet mit größtem Fleiße besorgte Auswahl der packendsten Stellen aus den damaligen öffentlichen Kundgebungen der französischen Bischöfe über die für Religion und Sittlichkeit gefährlichen Vorlesungen über Philosophie in den Staatsschulen, und man begreift die Bemerkung des Biographen, daß „der französische Episkopat ein herrlicheres Beispiel von Einheit und heiliger Energie in unserm Jahrhundert nicht geliefert habe" (180). Statt aller sei der Bischof von Limoges, Msgr. de Mailher, ein ehrwürdiger Greis von reifem Urtheil erwähnt. „Das heilige Amt, welches ich bekleide", schreibt er, „mein hohes Alter, mein gebleichtes Haar und meine geschwächte Gesundheit, die den Gedanken an den Tod und das Gericht Gottes in mir lebendig machen, legen mir die Pflicht auf, mit Wahrheit, Liebe und Mäßigung zu reden. Die Hand auf meinem Gewissen und im Angesicht der Ewigkeit erkläre ich kurz: In den meisten Schulen der Universität ist die Erziehung sehr schlecht. Anstatt den in der menschlichen Natur liegenden bösen Hang beim heranwachsenden Geschlecht zu bessern, unterhält und entwickelt sie denselben. Wird diese Lage forterhalten, dann werden in nicht ferner Zukunft unberechenbare Uebel für die Religion und die Gesellschaft entstehen" (181).

Diese Haltung der Bischöfe brachte die Wuth der Universitarier zum Siedepunkt. Quinet und Michelet, die ungläubigen Professoren im Pariser College de France, überboten sich in Angriffen auf Christenthum und Kirche; Bischöfe kamen vor den Staatsrath, auf einfache Geistliche regnete es Geldstrafen, Louis Veuillot wurde wegen der Haltung

des Univers vor die Assisen verwiesen. In seinem Journal intime berichtet Montalembert über seine Unterredungen mit dem Minister Thiers am 19. und mit dem König am 20. März 1844. „Thiers empfängt mich gut, spricht von meiner Broschüre, behauptet, er sei voll von Liebe und Bewunderung für den Katholicismus, aber noch nicht für den Glauben, was ihn aber nicht hindert, die Freiheit des Unterrichts abzulehnen. Doch verspricht er, sich aller Beleidigungen gegen die Geistlichkeit und die jüngste Haltung der Bischöfe auf der Tribüne enthalten zu wollen" (183). Und der König? „Eine halbe Stunde", schreibt Montalembert, „in der herzlichsten und innigsten Weise mit mir sich unterhaltend, erzählte er mir tausend sonderbare und ungereimte Dinge". Eine ernste Bemerkung sei hier eingeflochten. „Wir befinden uns", sagte der König, „in einer fatalen Lage, und Sie wollen sie noch verschlimmern ... Ich, ich bin der große Placateur ... Die ganze Frucht meiner Bemühungen ist verloren ... Wollen die Bischöfe ihre Geistlichen aus den Collegien des Staates entfernen, dann wird der Atheismus, Communismus und Fourierismus dort überhand nehmen". „Aber Sire", entgegnete Montalembert, „das ist ja schon alles da!" (184)

Zwischen beiden Audienzen hatte der Generalstaatsanwalt Dupin in der Kammer die Bischöfe in der bittersten Weise angegriffen und schließlich die Träger der Regierung aufgefordert: „Seien Sie unerbittlich" (184). Ihm erwiderte Montalembert in einer seiner denkwürdigsten Reden, die mit den Worten schließt: „Wir sind Söhne der Kreuzfahrer, vor den Söhnen Voltaire's werden wir nicht zurückweichen" (190). In 45,000 Exemplaren über ganz Frankreich verbreitet, brachte Montalemberts Rede vom 16. April 1844 eine tiefe Wirkung hervor und rief namentlich in den Kreisen der Bischöfe eine wahre Begeisterung wach. „Ihre Rede", schrieb Msgr. Sibour, „ist durchaus würdig eines Bekenners des Glaubens und wird die ganze Kirche erfreuen". „Ich danke Gott", meldet Cardinal de Bonald, „für dieses so edle, so christliche,

so katholische Wort, das Gott auf Ihre Lippen gelegt hat“ (191).

Das waren indeß nur Vorspiele der Berathungen über das Unterrichtsgesetz Villemain in der Kammer der Pairs während der Monate April und Mai 1844. Cousin, in der Philosophie der Vater der eklektischen Richtung, bekämpft die Freiheit des Unterrichts. Guizot verspricht für sie eine unabsehbare Zukunft. Montalembert dagegen zeigt die Unhaltbarkeit des Monopols der Universität sowie die Nothwendigkeit der Freiheit des Unterrichts. Bei der Specialdebatte griff Cousin in unverantwortlicher Weise die Jesuiten an, wobei Dupin und Villemain ihm Gevatter standen. Dieser Entfeßlung von Haß und Ungerechtigkeit setzte Montalembert am 8. Mai jene machtvolle Vertheidigung des Ordens entgegen, die namentlich denkwürdig ist wegen der meisterhaften Schlußabtheilung, in welcher er, der größte politische Redner jener Tage, die zwei vornehmsten Vertreter der christlichen Kanzelberedsamkeit, den Dominikaner Lacordaire und den Jesuiten de Ravignan, in ihren charakteristischen Vorzügen schildert. Dieses Cabinetsstück feinster psychologischer Auffassung würde allein genügen, um Montalemberts Ruhm für alle Zeiten zu sichern (207). Am 11. Mai schreibt er in seinem Tagebuch: „Abends bei Lamartine, wo man mich von allen Seiten umgibt und beglückwünscht“. Schließlich fiel das Gesetz Villemain, und der Minister selbst wurde Ende Dezember ein Opfer des Wahnsinns.

(Schluß folgt.)

XXIII.

Volkswirthschaft und Staatsordnung.

I.

Früher war man immer der Ansicht, das Recht sei ein Ausfluß des Gerechtigkeitsgefühls und werde im Einzelnen wohl positiv bestimmt durch wirthschaftliche Verhältnisse und einigermaßen auch durch den Volksgeist. Das positive Recht hielt man für eine Wiederspiegelung des Vernunftrechtes und Naturrechtes, für eine praktische Anwendung auf konkrete Verhältnisse unter dem Einflusse des Volksgeistes. Heute herrscht eine andere Theorie und breitet sich mehr und mehr aus. Nicht bloß, daß man das ewige, mit der Menschennatur geborene Recht leugnet und nur positives Recht kennt, sondern man zieht auch rücksichtslos die Consequenzen dieser positivistischen Theorie. Das positive Recht, sagt die immer mehr anschwellende socialistische Literatur, sei dazu da, um den besitzenden Klassen ihre Herrschaft zu erhalten. Daher werde der große Besitz durch das Recht mit einem heiligen Schutze versehen, die Arbeit aber werde in ihren Rechten verkürzt. Das Naturgemäße wäre die freie Vereinigung, gemeinsame Arbeit und gemeinsamer Besitz.[1]) Sobald sich aber das Privateigenthum bilde, entstehe Ungleichheit. In letzterer Hinsicht hat jene Ansicht nicht ganz Unrecht.

---

1) Ueber den Zusammenhang von Wirthschaft und Recht s. meine zwei Aufsätze in der Allg. Zeitung 1898, Beil. Nr. 12 und 41.

Wie man weiß, bildet sich das Privateigenthum zuerst an Werkzeugen, dann an Thieren und dann auch an Grund und Boden. Demgemäß gibt es schon bei Hirtenvölkern Ungleichheiten. Wie aus der Bibel bekannt ist, haben schon die nomadisirenden Patriarchen Knechte und Mägde gehabt. Aermere entlehnten Vieh und geriethen dadurch in starke Abhängigkeit, da auf der Stufe der Hirtenvölker der Zins für geliehenes Vieh 100 % zu betragen pflegt. Das führt dann zu Schuldknechtschaft. Die Ungleichheit und Abhängigkeit der Aermeren von den Reichen nahm noch zu, als sich das Grundeigenthum bildete.

Das Grundeigenthum hat immer etwas von einer Grundherrlichkeit und ist ursprünglich weniger begründet in der Arbeit, die der Bauer dem Boden zu Theil werden ließ, als in der Macht, die es schützte.[1]) Wenn das im alten römischen Recht weniger erkennbar ist, als im alten deutschen, so ist nur der Umstand schuld, daß dort ein mächtiges Gemeinwesen, ein mächtiger Staatsbegriff grundherrliche Tendenzen verhinderte. Das Grundeigenthum verlangt überall die Arbeit von mehr oder weniger abhängigen Wirthschaftsgehilfen; auch bei den alten Deutschen lag die Arbeit meistens in Händen von Frauen und Knechten. Die Abhängigkeit der Wirthschaftsgehilfen wurde um so stärker, je werthvoller das Grundeigenthum war und man hat daraus nicht mit Unrecht den Unterschied zwischen römisch-griechischer Sklaverei und germanischer Hörigkeit erklärt. Die deutsche Hörigkeit war milder als die Sklaverei, nicht bloß weil die Deutschen einfacher lebten und keine Haussklaven kannten, sondern gewiß auch deshalb, weil auf die Bodenproduktion weniger Gewicht gelegt und kein Gewinn erstrebt wurde.

Das Eigenthum, sowohl das bewegliche als das unbewegliche, gab vor allem den Anstoß zu Rechtsordnungen,

---

1) Hildebrand, Recht und Sitte auf den verschiedenen wirthschaftlichen Culturstufen Jena, 1896.

da es zuerst Streit und Eifersucht erregte; es war in gewisser Hinsicht Quelle von Recht und Unrecht. Locke sagt: wenn es kein Eigenthum gäbe, gäbe es auch keine Ungerechtigkeit. Auf primitiven Culturstufen werden daher Eigenthumsverletzungen ärger bestraft, als Körperverletzungen. Im alten germanischen Recht wurden Diebe mit dem Tode bestraft, Mörder aber mußten nur das Wergeld zahlen.[1]) In England wurde noch in der Neuzeit der Dieb so gut gehenkt, wie der Mörder, und noch heute sollen dort Mörder viel weniger Unmuth erregen, als Diebe. Auch bei uns ist das Strafgesetz bei Geldfragen strenger, als bei anderen Verbrechen, wie auch Bismarck hervorhob, ebenso in Italien.[2])

Aber nicht bloß die Rechtsordnung, sondern auch die Staatsordnung beruht in ihren frühesten Gestaltungen zumeist auf dem Eigenthum, und zwar auf dem Grundeigenthum. Grundeigenthümer waren zugleich Souveräne, sei es, daß sie zusammen oder jeder für sich die Souveränität darstellten, Souveränität freilich in einem beschränkteren Sinne gefaßt. Die Collektivsouveränität bestand in Rom, die Einzelsouveränität in Deutschland, aber weder hier noch dort ausschließlich.

Auf dem Uebergewicht des Grundbesitzes beruht die Macht der alten Aristokratien, die im Süden wie im Norden

---

1) Daher sagt Theodulf im 8. Jahrhundert in seiner comparatio legis antiquae et modernae (M. G. poetae latini I, 519):

> Hirsutam capiat si forsan quisque capellam,
> Stipite suspensus excruciatus obit;
> Si furibundus, atrox homines percusserit amens, ...
> Vile datur pretium tanti pro crimine facti
> Aut nummi aut pecudis.

2) Loria, Die wirthschaftlichen Grundlagen der herrschenden Gesellschaftsordnung S. 83. Nach demselben S. 199 ist es den Reichen in Italien leicht, dem Gefängnisse, in Nordamerika der Verurtheilung zu entgehen.

die ältere Geschichte beherrscht. Ihre Macht wird geschwächt, sobald das bewegliche Eigenthum, das produktive und unproduktive Kapital eine größere Ausdehnung gewinnt, aber konnte nie und nirgends ganz beseitigt werden. Die Grundeigenthümer wurden geadelt, und das erwies sich als ein gutes Mittel, die Vormacht des Grundeigenthums zu befestigen. Es ist freilich unrichtig, wenn behauptet wurde, der Adel beruhe überhaupt bloß auf dem Reichthum an Grundbesitz. Wie aus Tacitus und aus anderen Quellen bekannt ist, wurde in der Urzeit bei der Vertheilung des Landes die vornehme Geburt, die nähere oder entferntere Verwandtschaft mit dem Stammeshäuptling berücksichtigt und nach der höheren Würde (secundum dignationem, solonque son antiquity) erhielt einer mehr oder weniger. Der Adel ist also älter, als das Grundeigenthum, richtig aber ist, daß das Grundeigenthum ein fortwährendes Aufsteigen in den Adelstand ermöglichte. Nach der karolingischen Gesetzgebung waren die Reichen, die Besitzer von vier Huben zum Ritterdienst verpflichtet und berechtigt. Wer nicht soviel besaß, gerieth in Abhängigkeit und Hörigkeit. Aber auch der Hörige konnte als Dienstmann eines Adeligen aufsteigen. Das Lehensrecht ermöglichte das, ein fortwährendes Aufsteigen von unten nach oben, selbst noch als die Stände sich mehr abschlossen.[1]) Der ganze niedere Adel hat sich aus den unfreien Ministerialen gebildet.

Im späten Mittelalter machte der Ritterdienst, nicht die Größe des Grundbesitzes ein Gut zum Rittergut. Selbst

1) Rothe schreibt im Adelsspiegel: Der eigene Mann kann durch die Hand des Herrn freigegeben werden und dann, selbst wenn er nicht ein Freigut erwirbt, als frommer Zinsbauer leben. Seine Kinder ziehen in die Stadt, mehren das Gut im Schutz der Stadtfreiheit, und wieder ihre Kinder reiten in einen Herrenhof und treten in den Dienst eines Edlen und sind sie brauchbar bei Fechten und Streiten, so belohnt sie der Herr mit einem Freigut, das ihm durch den Tod der Besitzer zufällt.

wenn man ein freies adeliges Gut besaß, war man nicht ohne weiteres Standesmitglied und landtagfähig, sondern nur wenn man im „Ritterzettel“ stand. Aber das ganze Mittelalter wurde die Erlangung des „Heerschildes“ und Lehensfähigkeit erleichtert durch großen Besitz. Noch im 16. Jahrhundert wurde auf die Ahnenreihe kein großer Werth gelegt und noch in der Neuzeit war in vielen Ländern mit dem Besitz des Rittergutes ohne weiteres Sitz und Stimme im Landtag verknüpft. In England wurde nach dem Statute Quia emptores jeder Erwerber eines Kronlehens Lehensmann der Krone und damit parlamentsfähig.

Im Allgemeinen ist es also richtig, daß das Grundeigenthum oder der Reichthum — auf der Stufe der Naturalwirthschaft gibt es keinen andern Reichthum als den Grundbesitz — die Grundlage des Adels bildete. Der Adel, die Eingliederung in das Feudalsystem, die Lehensfähigkeit gewährten viele Rechte, die an sich dem Grundeigenthum nicht zustanden, ich meine vor allem die Gerichtsbarkeit, den Zwang und Bann. Man kann zwar darüber verschiedener Ansicht sein, ob ursprünglich der Adel und die Lehensherrlichkeit oder nicht doch das Grundeigenthum Quelle der vielen grundherrlichen Rechte war, die wir schon früh antreffen.[1]) Zu Frondiensten und Naturalleistungen konnte gewiß jeder Grundeigenthümer die auf seinen Gütern sitzenden Leute zwingen, auch hat es nichts Ueberraschendes, wenn er eine gewisse Polizei ausübte und sich den Alleinbetrieb gewisser ländlicher Gewerbe, die Brauerei, den Mühlen- und Bäckereibetrieb d. h. die Bannrechte vorbehielt. Aber die grundherrliche Gerichtsbarkeit ging darüber hinaus, und concurrirte mit der

1) In einseitiger Weise läßt Lamprecht das Grundeigenthum Quelle aller politischen Rechte sein; die Grundherrlichkeit entwickelte sich nach ihm zur, Landesherrlichkeit. Dagegen stellt Rachfahl die Herausbildung der Landesherrlichkeit als das Ergebniß politischer Combinationen dar. (Preuß. Jahrbücher 1896, Bd. 83, S. 52 ff.)

öffentlichen Gerichtsbarkeit, der die causae maiores vorbehalten blieben.

Durch Erbauung von Kirchen auf seinem Grund und Boden für seine abhängigen Leute, der sogenannten Eigenkirche, wurde der Grundherr auch Patron und Zehntherr. Eigentlich war der Kirchenpatron, „der Heilige", zehntberechtigt, aber seine Stelle ersetzte der Grundherr. Auch bei älteren Kirchen erwarben sich die Grundherren das Zehntrecht. Als der Zehntherr war er verpflichtet, gemäß der kirchlichen Bestimmung für den Unterhalt des Geistlichen, die Kirchenfabrik und die Armen zu sorgen. Der Grundherr wurde so gewissermaßen zum Souverän seiner Unterthanen, und die Grundherrschaften wurden kleine Staaten im Staate.

Die grundherrlichen und adeligen Rechte waren nicht abhängig von der Größe des Besitzes, sie hafteten in der Hauptsache am Besitze eines Stammgutes und Stammhauses, des adeligen „Seeß", mochte es auch eine zerfallene Burg sein. Dadurch gewährleisteten sie gewissen Familien ein Vorrecht unabhängig von ihrer materiellen Macht.[1]) Daher behauptet ein italienischer Wirthschaftshistoriker, Loria, der Adel habe nur dazu gedient, die Reichen und Mächtigen zu sichern vor allem Wechsel socialer Geschicke, der Adel habe mit seinen Vorrechten dazu gedient, die errungene Stellung auch dann aufrecht zu erhalten, wenn der Untergrund weggefallen war, d. h. kräftig ausgedrückt, eine Wirkung zu erhalten ohne Ursache. Bei dem beweglichen Kapitalbesitz ist dies weniger möglich, aber auch der Kapitalismus scheut sich nicht, den Staat und die Rechtsordnung zu seinen Gunsten einzurichten, wie dies Loria in dem oben angeführten Buche, weit besser aber der von Loria nicht gekannte Hansen in seiner „Bevölkerungsstufe" thut. Ueber Hansens interessante Darlegungen wurde im 112. Bande der Hist.-polit. Blätter S. 81 berichtet und muß ich hierauf verweisen. G. G.

(Zweiter Artikel folgt.)

1) England macht hierin eine Ausnahme.

XXIV.

Wahlkreiseintheilung und Zukunft der katholischen Partei in Belgien.

I.

Eine sehr wichtige und folgenschwere Frage, deren Lösung in kurzer Zeit, jedenfalls noch vor den Wahlen von 1900 erstrebt werden muß, beschäftigt augenblicklich alle politischen Kreise Belgiens. Es ist dieses die Frage der Wahlkreiseintheilung. Innerhalb der katholischen Partei herrscht leider in Bezug auf diese Frage die größte Uneinigkeit. Die einen, zumal die Genter Katholiken sowie der Kammerpräsident Herr Beernaert, wollen die bestehenden Riesenwahlkreise beibehalten, jedoch für die Stichwahlen das Proportionalsystem einführen, wie dieses schon für die Gemeindewahlen besteht. Andere wollen diejenigen Wahlkreise, welche über 300,000 Einwohner zählen, theilen, und damit ebenfalls das Proportionalsystem verbinden. Ein sehr großer Theil der Katholiken, zumal auf dem Lande, will eine Fraktionirung der bestehenden Wahlkreise in einnamige (scrutin uninominal). Dieses System besteht darin, daß die Wahlkreise in Bezirke von 40,000 Einwohnern getheilt würden, so daß, wie in Deutschland und allen anderen Ländern, jeder Wähler nur mehr einen einzelnen Abgeordneten zu wählen hätte.

Bekanntlich hat diese Frage der Wahlkreiseintheilung die jüngste Ministerkrisis veranlaßt. Die beiden ab-

getretenen Minister, die Herren de Smedt de Nayer und Nyssens sind ganz überzeugte und entschiedene Anhänger des Proportionalsystems und haben sogar, wie es heißt, die bestehenden Riesenwahlkreise, wenigstens vorläufig, für die nächstjährigen Wahlen beibehalten wollen, da für ihr Lieblingssystem, den Proporz, innerhalb der katholischen Partei keine Mehrheit besteht und sogar mit Hilfe der Socialisten keine solche zu bilden wäre. Die andern Glieder des Kabinets, namentlich Eisenbahn- und Kriegsminister Vandenpeereboom sowie Unterrichtsminister Schollaert sind ebenso entschiedene Gegner des Proportionalsystems und sollen sich zu Gunsten der Theilung aller bestehenden Wahlkreise in einnamige ausgesprochen haben. Es scheint jedoch, daß innerhalb des abgetretenen Ministeriums keinerlei Beschluß über das einnamige System gefaßt worden ist, nur die Proportionalvertretung soll durch die Mehrheit des Ministerrathes verworfen worden sein. In Folge dessen haben die Herren de Smedt de Nayer und Nyssens dem Könige ihre Entlassung eingereicht. In besser unterrichteten Kreisen wird es jedoch als sehr unwahrscheinlich betrachtet, daß die beiden Minister sich ausschließlich oder auch nur vorwiegend durch die innerhalb des Ministeriums bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Wahlkreiseintheilung zu ihrem Rücktritte haben bewegen lassen, da über diese Frage eine Verständigung nicht ausgeschlossen war. Gewisse indiskrete Andeutungen in hervorragenden Preßorganen haben die ganze Krisis auf ein direktes und entscheidendes Eingreifen des Königs zurückgeführt; diese Mittheilungen haben bei nahezu der gesammten katholischen Presse einen wahren Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Der König der Belgier ist ein hochbegabter, thatkräftiger Regent, der viel intensiver in den Gang der Ereignisse eingreift, als dieses im Allgemeinen angenommen wird. Daß der König sozusagen ganz eigenmächtig die auswärtigen Angelegenheiten leitet, ist bekannt, jedoch auch in die innere Politik hat er oft, über die Köpfe seiner Minister

hinweg, eingegriffen. Leider ist der Einfluß des Königs, wenn auch nicht immer, so doch sehr oft, zu Ungunsten der Katholiken in die Wagschale gefallen. Die belgischen Katholiken haben es Leopold II. nie vergessen und nie verziehen, daß er 1857 und 1884 durch den Einfluß liberaler Rathgeber sich dazu hat bewegen lassen, hochangesehene und verdienstvolle Minister, welche sich auf eine starke und fest geschlossene katholische Kammermajorität stützen konnten, ganz eigenmächtig zum Rücktritt zu zwingen. Die Meldung, daß der König unmittelbar vor der jüngsten Ministerkrisis den liberalen Ehrenstaatsminister Bara zu einer politischen Besprechung ins Palais hat befehlen lassen, ist unwidersprochen geblieben. Wenn nun, wie es heißt, Leopold II. gegen den Proporz und für das einnamige System sich ausgesprochen hat, so ist diese Stellungnahme höchst wahrscheinlich auf liberale Einflüsse zurückzuführen, denn durch das einnamige System wird dem heute von jeder Vertretung in der Kammer ausgeschlossenen doktrinären Liberalismus eine Anzahl Mandate gesichert.

Die tiefere Ursache der jüngsten Krisis scheint jedoch weniger in der Frage der Wahlkreiseintheilung wie vielmehr anderweitig zu liegen. Seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts und zumal seit der Berufung des Herrn Arbeitsministers Nyssens, hat die Regierung auf die Einführung einer wirksamen socialen und Arbeiterschutzgesetzgebung thatkräftig hingewirkt. Herr Nyssens hat ganz umfangreiche Erhebungen über die Arbeiterverhältnisse auf allen Gebieten der Gewerbthätigkeit anstellen lassen. Eine Anzahl höchst wichtiger Gesetzvorlagen sind in Vorbereitung und sollen in allernächster Zeit eingebracht werden. Diese Thätigkeit der Regierung und zumal des Arbeitsministeriums hat bei einigen Großindustriellen Beklemmungen verursacht. In Folge dessen soll der Einfluß der liberalen Hochfinanz und Großindustrie sich schon seit längerer Zeit bei dem Könige gegen den Arbeitsminister geltend gemacht und die Stellung desselben

untergraben haben. Die Frage der Wahlkreiseintheilung ist also mehr äußerer Anlaß wie Ursache der Krisis gewesen. Wie dem nun auch sein mag, der Rücktritt der Herren de Smedt de Nayer und Nyssens ist sehr zu bedauern, denn dieselben haben der katholischen Sache und ihrem Lande sehr große Dienste geleistet. Seither haben die Herren Liebaert die Finanzen, Herr Coreman die „Arbeit" und Herr Vandenpeereboom den Vorsitz des Ministeriums übernommen. Die beiden neuen Minister sind sehr tüchtige Kräfte und anscheinend den Schwierigkeiten der Situation gewachsen. Die Majorität der Rechten in der Kammer ist eine geradezu enorme, 112 gegen 12 Radikalliberale mit 28 Socialisten. Leider ist die Rechte in verschiedenen Fragen und zumal in der augenblicklich gerade im Vordergrund stehenden Frage der Wahlkreise sehr getheilt. Jedoch abgesehen von einigen auf den Proportionalismus eingeschworenen Persönlichkeiten, sowie von gewissen haupt- und großstädtischen Abgeordneten, welche bei dem Listenskrutinium als Candidaten aufgestellt und gewählt worden sind, ohne außerhalb eines engen politischen Kreises bekannt zu sein, und die nun befürchten, daß man in den getheilten Wahlbezirken nicht mehr leicht einen passenden Wahlkreis für sie wird ausfindig machen können, scheint die Majorität der katholischen Mitglieder des Senats und der Kammer für die Theilung der bestehenden Wahlkreise und sogar für das Uninominalsystem günstig gestimmt zu sein.

In der katholischen Presse, wenigstens in der hauptstädtischen, wird allerdings das Uninominalsystem auf das heftigste bekämpft. Diese Haltung der katholischen Blätter von Brüssel und anderen Großstädten läßt sich sehr leicht erklären. Einzelne Organe, z. B. „Journal de Bruxelles" und „Bien Public", haben sich seiner Zeit unter dem Einfluß von Ministern wie Beernaert, de Smedt de Nayer und andern für das Proportionalsystem ausgesprochen und bleiben sich nur consequent, wenn sie dasselbe weiter vertheidigen;

auch ist zu berücksichtigen, daß die Journalisten, in der Großstadt lebend, jederzeit geneigt sind, alles vom Standpunkte der haupt- und großstädtischen Verhältnisse zu beurtheilen, und nur selten Gelegenheit haben, die Dinge auch einmal von der Kehrseite zu betrachten. Es ist aber auch noch ein anderer Umstand, der auf die Stellungnahme der Presse nicht ohne Einwirkung geblieben sein dürfte. Die Theilung der bestehenden Wahlkreise in einnamige würde für die meisten hauptstädtischen Blätter einen sehr namhaften und empfindlichen materiellen Verlust bedeuten. Als Hauptagitationsmittel bei den Wahlen kommt natürlich in Belgien wie überall die Presse in Betracht. Bei dem jetzigen System der Listenwahl wird diese Agitation wenigstens für den Brüsseler Bezirk, sogar auch noch für andere Bezirke durch die Presse der Hauptstadt besorgt. Während der ganzen Wahlperiode werden die katholischen Blätter von Brüssel auf Kosten der Wahlkomités täglich allen Wählern gratis zugeschickt. Wenn man bedenkt, daß allein in dem Wahlkreise Brüssel bei den letzten Kammerwahlen nicht weniger als 216,971 gültige Stimmen abgegeben wurden, so kann man sich einen Begriff machen von den Geldeinnahmen, welche eine solche Wahl für die betreffenden Zeitungen bedeutet, ganz abgesehen von den sonstigen Vortheilen, die eine solche Massenreklame auf Kosten des Wahlkomités für die betr. Blätter bringt. Daß unter solchen Umständen die hauptstädtischen Zeitungen eine Theilung der Wahlkreise und somit eine Verlegung der Wahlagitation in besondere Flug- oder Wahlblätter oder in kleinere Lokalzeitungen nur sehr ungern sehen und mit allen Mitteln bekämpfen, ist leicht erklärlich, denn in Geldsachen soll auch bei denjenigen Herren von der Presse, welche die Verantwortung für die finanzielle Seite des betreffenden Unternehmens zu tragen haben, jedwede Gemüthlichkeit aufhören.

Eine ziemlich heftige Agitation gegen die Theilung der bestehenden Wahlkreise in einnamige wird durch verschiedene

großstädtische katholische Vereinigungen und Wahlkomités betrieben. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Vereine der katholischen Sache sehr große Dienste geleistet haben. Eine erfolgreiche Wahlagitation gleichzeitig gegen Liberale und Socialisten zu betreiben in Riesenwahlkreisen, in denen bis über 200,000 Stimmen abgegeben werden, ist keine Kleinigkeit. Die Leiter dieser Vereinigungen sind auch durchweg hervorragende und ganz opferwillige Katholiken, an deren redlichen Absichten nicht zu zweifeln ist; jedoch sind dieselben so sehr von der Detailarbeit dieser riesigen Wahlagitation in Anspruch genommen und haben sich so sehr in die bestehenden Verhältnisse eingelebt, daß sie jeder Aenderung derselben, durch welche der weitaus größte Theil der jetzt bestehenden Wahlkreise ihrem Einfluß entzogen würde, eine gewisse Voreingenommenheit und großes Mißtrauen entgegenbringen. Uebrigens betreiben diese Vereine nicht bloß die ganze Wahlagitation, sondern sie stellen auch die Candidatenlisten auf und verfügen somit gewissermaßen über alle politischen Ehrenstellen. Durch eine Theilung der Wahlkreise würde der Einfluß der bestehenden Vereine ganz gebrochen, dieselben müßten sich unbedingt einer vollständigen, den neuen Verhältnissen entsprechenden Reorganisation unterwerfen. Wenn diese heute noch allgewaltigen politischen Vereine den katholischen Senatoren und Abgeordneten in der Wahlkreisfrage eine gebundene Marschroute vorschreiben und dieselben veranlassen wollen, bindende Versprechen abzugeben, so thun die Parlamentarier sehr wohl daran, sich vollständig ihre Freiheit zu wahren. — In den achtziger Jahren haben dieselben Vereine einen Druck auf Senat und Kammer auszuüben versucht, um die Verfassungsrevision zu verhindern und das äußerst beschränkte Censuswahlrecht beizubehalten; nachdem jedoch die Verfassungsrevision beschlossen und durchgeführt war, blieb den Wahlvereinen nichts anderes übrig, als sich in die neuen Verhältnisse zu fügen und eine ent-

sprechende Revision ihrer Statuten vorzunehmen. Genau so dürfte es mit der Wahlkreiseintheilung gehen.

Im Großen und Ganzen kann man sagen, daß die jüngsten politischen Ereignisse das Volk ziemlich kalt gelassen haben, nur durch den Wald der Blätter geht ein Rauschen und auch dieses wird bald von selbst verstummen. Alsdann wird es die Aufgabe der neuen Regierung sein, eine endgiltige Lösung der Wahlkreisfrage zu erstreben, denn darüber ist jedermann einig, daß das jetzige System durchaus nicht beibehalten werden kann.

In einem constitutionellen Staate wie Belgien, wo die Geschicke des Landes nahezu ausschließlich in den Händen des Wählercorps ruhen, ist alles, was mit der Wahlgesetzgebung zusammenhängt, von der allergrößten Wichtigkeit. Wenn in diesem wirthschaftlich so hoch entwickelten Lande der moderne Industrialismus die schlimmsten socialen Zustände zeitigen konnte, ohne daß die Gesetzgebung dieser Entwickelung entgegengewirkt hätte und daß es der blutigen Ereignisse von 1886 bedurfte, um der belgischen Bourgeoisie zum Bewußtsein zu bringen, welche faule Zustände sich vielfach unter den äußerlich blühenden Verhältnissen verbargen und wie sehr bis dahin die besitzenden und dirigirenden Stände die untern Volksklassen vernachlässigt hatten, so ist dieses vor allem dem äußerst beschränkten Wahlrecht zuzuschreiben, welches von 1830 bis zur jüngsten Verfassungsrevision in Belgien bestand. Nur wer 42 Franken direkte Staatssteuern bezahlte, also ein ganz engbegrenzter Theil der Bevölkerung, besaß damals das Wahlrecht. Es gab ganze Gemeinden, und zwar nicht wenige, wo kaum 5 bis 6 Bürger auf der Liste der Kammerwähler figurirten und in öffentlichen Angelegenheiten ein Wort mitzureden hatten.

Daß unter diesen Umständen und so lange eine durchschnittlich engherzige und exclusive Bourgeoisie ganz allein die Klinke der Gesetzgebung in der Hand hielt, von irgend einer, auch nur der elementarsten Socialgesetzgebung keine

Rede sein konnte, ist leicht einleuchtend. — Die ganze Weisheit der während einem halben Jahrhundert tonangebenden liberalen Bourgeoisie bestand in Voltairianismus und Gottlosigkeit, kein Wunder, wenn auf socialem Gebiet regiert wurde nach dem Princip „die Dividende heiligt die Mittel“. Nicht einmal bis zu einer gesetzlichen Regelung der Arbeit der Frauen und Kinder in den Fabriken hatte man es gebracht. — Tausende von Kindern wuchsen in den Großstädten und Industriedistrikten so zu sagen ohne jede Schulbildung und ohne Religionsunterricht auf.

Ebenso sehr wie die untern Volksklassen unter der Herrschaft der Censiten vernachlässigt worden sind, ist seit 1830 die Landbevölkerung durch die Einwohner der Städte politisch und wirthschaftlich zurückgesetzt, ausgesogen und ausgepovert worden. Unter dem herrschenden System der Wahlkreiseintheilung sind die Bauern nur eine quantité négligeable, von einer ernstlichen Interessenvertretung der Landwirthschaft ist nie die Rede gewesen und somit wurde die ganze Gesetzgebung zu Gunsten der Stadtbewohner und zu Ungunsten der Landbevölkerung zugeschnitten.

Die wirthschaftliche Lage der Landbevölkerung in Belgien ist durchweg eine sehr gedrückte, und es dürften in nur wenigen Ländern die Bauern ein so ärmliches Dasein fristen, wie in den reichen Provinzen Flandern, Antwerpen und Brabant. Es ist zwar vorläufig nicht zu befürchten, daß diese Zustände zu irgend einer Jacquerie führen wie die socialen Mißstände, welche die Katastrophen von 1886 bewirkt haben, denn der flämische Bauer ist durchweg ein fleißiger, nüchterner, bedürfnißloser, dabei auch ein tief religiöser Mann, der aus Princip und religiöser Ueberzeugung zur katholischen Sache hält. Ein unbestimmtes Gefühl, daß ihm von Seiten der Politiker und der tonangebenden Stände schweres Unrecht gethan worden ist, scheint doch bei dem flämischen Bauer aufzudämmern. Die Erfolge, welche der Daensismus ungeachtet seiner primitiven Parteiorganisation

und seiner sehr ungeschickten Leitung in den sichersten katholischen Wahlkreisen Flanderns erzielt hat, beweisen dieses zur Genüge. Geschickten Demagogen, welche die katholische Ueberzeugung der Bauern schonen, oder sogar sich ein religiöses Mäntelchen umhängen würden, dürfte es kaum schwer fallen der katholischen Partei auch die sichersten Wahlkreise zu entreißen. Um derartiges zu verhüten, ist vor allem eine gesunde und vernünftige *Agrarpolitik* von nöthen. Vom Standpunkte der höheren Interessen des Landes ist dieselbe noch dringender nothwendig wie die Socialreform zu Gunsten des industriellen Proletariates.

Die Industriearbeiter sind so wie so zum Theile dem Socialismus verfallen, und auch die weiseste und weitgehendste Socialgesetzgebung wird sie nicht dazu bewegen, sich von der Tyrannei der socialdemokratischen Syndikate und Führer loszusagen. Es ist dieses gewiß kein Grund, in der von dem katholischen Ministerium so glücklich eingeleiteten Socialreform einen Stillstand eintreten zu lassen, aber es sollte doch über der Fürsorge für das industrielle Proletariat die festeste und sicherste Stütze der katholischen Sache und der christlichen Gesellschaftsordnung, der brave katholische Bauer nicht vergessen zu werden. Eine ernstliche Agrarpolitik ist jedoch unter den jetzt obwaltenden wahlpolitischen Verhältnissen ebenso unmöglich wie eine wirksame Socialgesetzgebung unter der Herrschaft der Censiten von 42 Franken.

Es dürfte in der ganzen Welt kaum ein so ungerechtes und absurdes System der Wahlkreiseintheilung bestehen wie in Belgien. Die Wahlkreise sind geographisch und ganz ohne Rücksicht auf die Bevölkerungs-Ziffern abgegrenzt und berechtigt, auf je 40.000 Einwohner einen Abgeordneten und auf 80.000 einen Senator zu wählen. So bilden die Großstädte mit den umliegenden Landbezirken Riesenwahlkreise, welche acht, zehn und Brüssel sogar 18 Abgeordnete wählen; es ist sehr wahrscheinlich, daß in Folge der nächsten Volkszählung dem Wahlkreise Brüssel zwei oder vier neue Ab-

geordnete zuerkannt werden. Die Ungerechtigkeit dieses Systems liegt auf der Hand. Während ein Einwohner von Bastnach, Ecloo oder Maseyk nur einen einzigen Abgeordneten wählen darf und somit nur einen sehr geringen Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse des Landes ausüben kann, steht dem Wähler von Antwerpen das Recht zu 11 und demjenigen von Brüssel 18 Vertreter in die Kammer zu senden. Ein einziger Wähler von Brüssel kann eine Verschiebung von 36 Stimmen in der Kammer veranlassen, hält also unter Umständen das ganze Schicksal des Landes vollständig in seiner Hand. Bei jeder Volkszählung wird dieses exorbitante Recht der hauptstädtischen Wähler noch verstärkt und zwar sind es hauptsächlich die ausländischen und fremden Elemente, welche dazu beitragen. Es ist nicht so sehr die alteingesessene und eingebürgerte Bevölkerung, welche in den Großstädten sich vermehrt, als vielmehr das flottirende ausländische Element. Jemehr somit Ausländer aller Art der Großstadt zuströmen, umso mehr wird der ohnehin schon überwiegende Einfluß der Großstadt der Landbevölkerung gegenüber gestärkt.

Jedoch das bestehende System ist nicht blos im höchsten Grade ungerecht gegenüber der Wählerschaft der kleinen Wahlbezirke, sondern auch die Bevölkerung des ländlichen Kreises, welche mit den Großstädten zusammen die Riesenwahlkreise bildet, muß nothwendiger Weise und unter allen Umständen zu Gunsten der Stadtbevölkerung vernachlässigt oder unterdrückt und majorisirt werden. In diesen Kreisen bildet die Landbevölkerung durchschnittlich ein starkes Drittel. Die Mehrheit der Wähler innerhalb des Weichbildes der Stadt hielt früher zu den Liberalen und wählt heute liberal und socialdemokratisch, während die Landbevölkerung durchgehends für die Katholiken ihren Stimmzettel abgibt.

Wenn früher die Liberalen siegten und die Bürgermeister und Schöffen der Städte Brüssel, Antwerpen und Gent mit ihren nähern Freunden in die Kammer gewählt wurden

und die Majorität bildeten, so war selbstverständlich an eine Interessenvertretung der Landbevölkerung nicht zu denken, obschon die Abgeordneten von Brüssel, Antwerpen und Gent u. s. w. in der Kammer Wahlbezirke vertraten, zu denen hunderttausende von Landbewohnern gehörten. Heute nun siegen in den Riesenwahlkreisen die Katholiken, jedoch von einer ernstlichen Interessenvertretung der ländlichen Bevölkerung kann nicht die Rede sein. Zwar stammen von den 111.363—110.749 Stimmen, welche 1896 zu Brüssel, den 62.282—61.817, welche zu Antwerpen, und 56.354—55.899, welche 1898 zu Gent für die Liste der Katholiken abgegeben worden sind, vielleicht zwei Drittel aus den ländlichen Theilen der Wahlbezirke, und trotzdem fällt der Einfluß der braven katholischen Bauern von Nederoverhembeek und von Brecht nicht schwerer in die Wagschale wie früher. Die Bauern bilden das Gros der katholischen Wähler, die Parteileitung kann immer fest auf dieselben rechnen, der Kanton Brecht gibt uns soviele Stimmen, heißt es, und damit ist die ganze Wahlagitation für diese Gegend abgethan; ganz anders jedoch verhält es sich mit der katholischen Minderheit der Stadt, hier werden die Candidaten aufgestellt, nicht bloß politische Fragen, sondern auch Interessen-Fragen debattirt. Die ländlichen Wähler sollen fein ruhig und bescheiden schweigen, und nur ja keinen Interessen-Gegensatz zwischen Stadt und Land berühren, um die schwankenden Elemente unter den städtischen Wählern, welche ganz allein die Entscheidung in der Hand haben, nicht kopfscheu zu machen. Wie wenig die Interessen der Landbevölkerung heute in Belgien vertreten sind, hat sich vor einigen Jahren bei Gelegenheit des Schutzzollantrages bewiesen. Eine übertriebene Schutzzollpolitik wie die Melinische in Frankreich wäre für Belgien jedenfalls verfehlt, doch wäre es nicht zuviel für die nothleidende belgische Landwirthschaft, wenn derselben ein mäßiger Schutz, wie er in Deutschland besteht, gewährt würde. Ein derartiger Antrag

war jedoch in Belgien weder durchzupeitschen, noch auch nur einzubringen.

Die Abgeordneten von Antwerpen und Brüssel vertreten zwar nicht bloß die freihändlerischen Wähler der Stadt, sondern auch und in viel größerem Maße die schutzzöllnerischen von Nederoverhembeek und Brecht, zwei Seelen wohnen in ihrer Brust, eine freihändlerische und eine schutzzöllnerische, doch muß die freihändlerische die schutzzöllnerische tödten; die schwankenden Elemente der Stadt sind zu fürchten, die liberale Presse würde über Brodvertheuerung schreien, während diejenigen, welche im Schweiße ihres Angesichtes die Brodfrucht säen und ernten, in Folge des Mangels an Schutz ihr Produkt und somit ihren Verdienst so sehr entwerthet sehen, daß sie kaum mehr das Wasser verdienen, das sie trinken. Doch die braven Bauern müssen dulden und schweigen, sie stimmen ja so wie so für die ganze Liste der Katholiken, „der Kanton Brecht wird immer die gleiche Stimmenzahl geben, deßhalb bei Leibe keinen Schutzzoll, denn wenn auch nur eine geringe Anzahl städtischer Wähler unzufrieden wird, so fällt die ganze Deputation und mit ihr das gesammte Ministerium".

Wie in der Schutzzollfrage, so ist seit 1830 die Landbevölkerung in allen Interessen-Fragen behandelt worden. Um nur von der Steuergesetzgebung zu reden, kann man sagen, daß kaum in der ganzen Welt ein so ungerechtes, ja ungeheuerliches Steuersystem besteht, wie in Belgien, und dieses dank dem überwiegenden Einfluß der Großstädte. Man kann in Belgien ein vielfacher Millionär sein, ohne auch nur einen Pfennig Steuer zu bezahlen. Thatsächlich nehmen zahlreiche wohlhabende Ausländer, zumal deutsche und holländische Rentner, ihren Wohnsitz in Belgien, um jeder Steuer zu entgehen. Weder von Renten, noch von Gehältern, noch von sonstigem Geld-Einkommen wird irgend welche Steuer bezahlt, dagegen ruht nahezu die ganze Last der direkten Steuer auf dem Grundbesitz. Der arme Bauer aus den

Ardennen oder dem Kempenlande muß von der geringsten Parzelle Haideland nicht bloß Grund-, Communal- und Provinzialsteuern bezahlen, sondern bei Kauf und Verkauf die drückende Einregistrirungs- und Hypothekensteuer, bei der Vererbung vom Vater auf den Sohn die unnatürliche direkte Erbschaftssteuer, und sogar bei Aufnahme einer Hypothekar-Anleihe die grausame und odiose Schuldensteuer (droit d'obligation). So einseitig und ungleich das Steuersystem die Landbewohner bedrückt, ebenso ungerecht werden die Gelder vertheilt, welche der Staat an die Gemeinden überweist, so z. B. ist der belgische fonds communal, eine an und für sich sehr gute und nützliche Einrichtung, ganz einseitig zu Gunsten der städtischen Gemeinden zugeschnitten.

Der größte Theil der Ueberweisungen an die Gemeinden wird ausschließlich berechnet im Verhältniß zum Steuerertrag des gebauten Eigenthums. Die Städte haben also hier den Vortheil wie überhaupt bei allen gesetzlichen und Verwaltungs-Maßnahmen, welche in Belgien seit 1830 erlassen worden sind. Diese schreienden Mißstände werden bestehen bleiben so lange wie die Riesenwahlkreise.

Eine Theilung der Wahlkreise in einnamige, wie dieselben in Deutschland, Holland, Frankreich und fast allen Ländern bestehen, ist die nothwendige Vorbedingung einer gesunden Interessenpolitik und einer wirksamen Social- und Agrar-Reform. Nur dann wird sich die katholische Partei auf die Dauer am Ruder halten können, wenn sie das beste und sicherste Element, die ländliche Bevölkerung, wirthschaftlich zu stärken und treu bei der katholischen Fahne zu halten vermag, und dieses wiederum ist nur dann möglich, wenn durch gleichmäßige Theilung der Wahlkreise die Landbevölkerung der großstädtischen politisch vollständig gleichgestellt wird.

5. Februar 1899. K. P.

(Zweiter Artikel folgt.)

XXV.

Savonarola und das heutige Italien.

Gelegentlich der 400. Wiederkehr des Todestages Savonarola's hielt der durch seine zweibändige Lebensbeschreibung über den Florentiner Reformator weit über die Grenzen Italiens hinaus rühmlichst bekannte Professor P. Villari am 10. Juni v. J. zu Florenz einen sehr bemerkenswerthen Vortrag,[1]) den wir im Folgenden im Auszuge geben und der ernsteste und weiteste Beachtung umsomehr verdient, als Villari über den Verdacht des Klerikalismus erhaben ist. Nachdem er die nöthigsten Daten aus der Lebensgeschichte des Priors von S. Marko gegeben, stellt sich der Redner die Frage, wie es wohl komme, daß derselbe nicht bloß zwischen Protestanten und Katholiken, sondern auch im Schoße der letzteren selbst eine so verschiedene Beurtheilung gefunden hat? Während Männer wie Guicciardini, Nardi, Comynes nur mit Ausdrücken höchster Bewunderung von Girolamo sprechen, überhäufen ihn Andere mit Schmähungen und Vorwürfen und noch heutzutage sind ihm viele Gelehrte, Historiker und Philosophen entschieden abgeneigt und gestehen offen, diesem phantastischen Visionär keine Sympathien abgewinnen zu können. So äußerte sich ein Villari befreundeter Schriftsteller bei der Lektüre einiger schlechter Piagnoneverse: „Wenn ich solches Zeug lese und die Piagnonen

---

1) Veröffentlicht in der bekannten Zeitschrift Rivista d'Italia, 1898, fasc. 7°., und als Sonderabdruck aus dieser in Form einer eigenen Broschüre unter dem Titel: P. Villari, Girolamo Savonarola e l'ora presente. Roma, Società editrice Dante Alighieri 1898.

unter Absingung solcher Verse durch Florenz tanzen sehe, — wahrhaftig, hätte ich in der Nähe des Scheiterhaufens gestanden, ich fürchte, ich hätte ihn auch mitanzünden helfen, um diesem Fanatiker einmal den Garaus zu machen". „Wie kann man doch, rief ein anderer gelehrter Freund Villari's aus, einen Mann bewundern, der mitten im Glanze der Renaissance, im goldenen Zeitalter der Künste und Wissenschaften, im Jahrhundert der Unabhängigkeit der Vernunft Florenz, den ruhmvollen Mittelpunkt dieser Cultur, zur Barbarei des Mittelalters zurückführen und in ein Kloster verwandeln wollte? Einen blinden Reaktionär, der herrliche Kunstwerke verbrannte und aus den Florentinern zeitweise Narren zu machen verstand?"

Aber, hält Villari ihnen entgegen, wenn ihr euch in Assisi befunden hättet, als sich der hl. Franz im Angesicht einer Menge von Leuten nackt seinem Vater zeigte, oder wie er halbnackt predigte oder die Straßen durchwanderte, den Wolf seinen Bruder, den Mond seine Schwester nennend, verfolgt von den Kindern, die ihm nachriefen: Narr, Narr, was hättet ihr da gesagt? Vernünftiger Weise hättet ihr euch unter diese Kinder mischen und einen Thoren jenen Mann schelten müssen, der ohne Zweifel einer der edelsten Charaktere in der Geschichte Italiens war. Man darf eben religiöse Erscheinungen nicht nach den Regeln der Gelehrsamkeit und Vernunft beurtheilen, denn das hieße soviel, als die Farben mit dem Ohre, die Töne mit dem Auge unterscheiden wollen. Vielmehr handelt es sich hier um zwei wesentlich verschiedene Gebiete, die eine verschiedene Untersuchung und Prüfung erheischen. Sicher gehörte Savonarola zu jenen, die das Gewissen über das Wissen stellen, und mit diesem Maßstab muß er gemessen werden. Und was das Mittelalter angeht, diese Zeit des „Aberglaubens, der Barbarei und dichten Finsterniß", in die Savonarola uns habe zurückführen wollen, da wir uns bereits in der Renaissance befanden, im Jahrhundert der „Kunst, des Lichtes, der Wissenschaft, der unabhängigen menschlichen Vernunft", so sollte man doch den Dingen ihren wahren Werth geben.

Unser gegensätzliches Verhältniß zur Kirche (fährt Villari fort) verleitet uns, die Geschichte Italiens in einem so über-

trieben papstfeindlichen Sinne zu schreiben, daß eine große Verwirrung entstehen muß. Und eine große Uebertreibung ist es meiner Meinung nach, der Renaissance als dem Jahrhundert des Lichtes und der wahren Bildung das Mittelalter als das Zeitalter der Finsterniß und Barbarei gegenüber zu stellen. Ich möchte mir die Frage erlauben: hat je der menschliche Geist etwas Schöneres, etwas Erhabeneres geschaffen als die gothischen Dome, wie sie das Mittelalter über ganz Europa zerstreut hat? Das Mittelalter hat die Gemeindefreiheiten begründet, welche die Renaissance zerstört hat. Jene Fremden, welche die Renaissance ungehindert von einem Ende Italiens bis zum anderen ziehen ließ, hat das Mittelalter bei Legnano geschlagen und über die Alpen gejagt. Das Mittelalter schloß ab mit der Divina Commedia, der großartigsten Schöpfung, deren der italienische Geist je fähig war. Das Mittelalter hatte einen starken religiösen Glauben, den die Renaissance zu zerstören suchte und großentheils auch wirklich zerstört hat, was die auswärtigen Geschichtsschreiber, die unsere Geschichte nur zu oft lediglich nach der Renaissance beurtheilen, zu der Behauptung veranlaßte, die Italiener hätten damals ihren Glauben verloren, ja sie seien ihrer Natur nach ein jedes religiösen Gefühles, jedes tieferen Christenthums bares Volk. Und wir haben ihnen dies nicht bloß geglaubt, sondern uns dessen in übel verstandener Vaterlandsliebe gar noch gerühmt. Und ein solches Urtheil mußte ein Volk über sich ergehen lassen, das die katholische Kirche gegründet (!), die Orden eines heil. Benedikt, Franz, Dominikus gestiftet, ein Volk, das eine Reihe von Päpsten und Bischöfen hervorgebracht hat, wie Leo I., Gregor den Großen, Ambrosius! Wohl gab es in der Renaissance eine heidnische, naturalistische Richtung; aber es fehlte auch nicht an einer christlichen und es ist unverkennbar, daß unter den Gelehrten selbst die Empfindung herrschte, daß sie, wenn sie die Nachäffung des Heidnischen noch weiter trieben, die religiösen Grundwahrheiten, in welchen sie selbst erzogen waren und die sie nicht völlig preisgeben konnten, untergraben würden. So erklären sich nicht bloß die vielen Versuche, welche damals Ficinus und andere machten, um Heidenthum und Christenthum mit einander auszusöhnen; man versteht jetzt

auch, wie Savonarola auch unter den Gelehrten soviele Bewunderer und Anhänger finden und sich Pico von Mirandola und sogar Angelo Politiano in S. Marko im Kleide des heil. Dominikus begraben lassen konnten. Die erste der beiden angedeuteten Richtungen brachte es zu einer Literatur von Novellen und Lustspielen, die ihren Höhepunkt in der Mandragóla Machiavelli's erreichten. Hier wohnen wir nicht bloß einer Scene bei, in der alles verlacht wird; wir sehen auch eine Mutter, die mit Hilfe eines Mönches in einer Kirche ihre eigene Tochter zu einem Ehebruche zu verleiten sucht, und nachdem ihnen dies gelungen, Gott ob des guten Werkes danken, das sie vollführt haben! Wenn nun angesichts solcher Schriften Savonarola, der Freund sovieler Maler und Gelehrten, der soviele Handschriften der Laurenziana vor der Zerstreuung gerettet hat, zuweilen mit heiligem Ungestüm dazwischentrat und ausrief, solche schamlose Schriften gehörten in's Feuer, — fordern denn nicht auch wir heutzutage noch dasselbe von Büchern, in denen wohl viel Wissen, aber zu wenig Gewissen steckt?

Aber noch eine andere, außerordentlich wichtige Aufgabe sah Savonarola vor sich. Er schaute es klar und war hierin wirklich ein Seher, daß die Verhältnisse Italiens, das Verderbniß des Papstthums und der Klerisei auf einem Punkte angelangt waren, daß dem Staate wie der Kirche sicherer Untergang drohte. So konnte es nicht weiter gehen, eine Reform mußte kommen. Kam sie nicht aus dem Schoße der Kirche selbst heraus, so würde sie von außen kommen und die kirchliche Einheit zerreißen. Das gerade war es, was er aus allen Kräften zu verhüten suchte und weßhalb er so dringend die innere Reform empfahl und furchtbares künftiges Weh verkündete, wenn es nicht sofort geschehe. Sein Ruf wurde in seinem Blute erstickt und die Reformation Luthers triumphirte, die Einheit der Kirche zerbarst und Italien wurde gezüchtigt, wie es Savonarola vorausgesagt hatte.

Italien wurde politisch und moralisch gezüchtigt; es ertrug Schläge aller Art, die sich im Laufe von vier Jahrhunderten beständig wiederholten und uns in die Lage gebracht haben, in der wir uns heute befinden. Dazu nahm der religiöse Sinn

allmählig mehr und mehr bei uns ab. Und hierin sind wir soweit gekommen, daß es zuweilen nicht mehr bloß der Religion, sondern sogar dem Gemeingefühl widerspricht. Wollte ich mich über diesen Punkt länger aufhalten, ich könnte ein Buch schreiben. Nur einige wenige Bemerkungen will ich machen. Wir mußten die Fakultäten aufheben und glaubten so einen gewaltigen Schritt in der Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft vorwärts zu thun. Und doch führte dies nur dazu, daß man nun in der Universitas studiorum, die wie eine Encyclopädie alles Wissenswerthen sein sollte, gerade das vermißt, was mit dem zukünftigen Geschicke des Menschen zusammenhängt, und die Studierenden verlernten immer mehr, sich mit der Untersuchung religiöser Fragen zu beschäftigen.

Einzigartig fürwahr ist die Lage, in welche der italienische Geist auf diese Weise gerathen ist. Jedesmal, wenn ich mich in dem Prüfungsausschusse befinde, kann ich bei mir selbst den Gedanken nicht unterdrücken: Wenn Einer von uns die Schüler um etwas fragte über die Wunder Christi oder die Legende der Heiligen, die Leute würden in ein verwundertes Lachen ausbrechen und sagen: Kommt denn der vielleicht vom Mond herab? Fragte dagegen einer von uns nach dem Mythus der Venus oder des Merkur und ein Schüler bliebe die Antwort schuldig, so fänden es alle ganz natürlich, daß er zurückgewiesen würde. Wir haben vom Unterrichte der Volksschulen jede religiöse, ich sage nicht bloß confessionelle, sondern christliche Unterweisung bis zu einem Grade ausgeschlossen, so daß es einfach absurd ist. Ich erinnere mich, einmal mit einem Collegen einem Ausschusse angehört zu haben, welcher die Prüfungsfragen festzustellen hatte. Wir bemerkten: „Aber warum muß man denn von Muhamed und vom Koran sprechen und von Christus und dem Evangelium nicht?“ Doch wir mußten nachgeben. „Das Evangelium, entgegnete man uns, ist Religion, und es ist Sache des Priesters, es mit dem Katechismus, den der Bischof macht, zu lehren. Sie würden auf unsere Ideen nicht eingehen, und wenn wir sie gewähren ließen, nur den Kampf gegen den Staat eröffnen. Besser, man kümmert sich nicht darum“. Kann es ein verwickelteres Labyrinth geben als dieses? Noch deutlicher spricht ein anderes

Erlebnis von mir. Ich hatte in einem öffentlichen Vortrage zu Rom die Behauptung aufgestellt, daß die Wissenschaft allein fürs Leben nicht genüge. „Wenn wir, sagte ich, am Lager eines Verwandten oder Freundes stehen, der unerbittlich dem Tode verfallen ist, welche Hilfe gewährt sie uns? Und wenn sie uns keine zu bieten vermag, warum sollen wir uns von ihr jenes Trostes berauben lassen, den uns die Religion gewährt?" Nach Beendigung des Vortrages, mitten im Gedränge die Treppen heruntersteigend, hörte ich vor mir zwei Lehrer über denselben sprechen. Der eine, ein wackerer, edelgesinnter junger Mann, sagte zum andern: „Sollte denn Villari wirklich die Gefahr nicht erkennen, in die man sich mit solchen Reden begibt?" „Was für eine denn?" „Wie? siehst Du es denn nicht? Man muß gewärtigen, bei der Encyclica „Pater „Aeternus [1]) anzukommen". Es war, als hätte er sagen wollen: Man läuft Gefahr, auf die Galeeren zu kommen!

Ich spreche hier nicht als Gläubiger, ich spreche als Geschichtsforscher, der den wirklichen Stand der Dinge untersucht, und ich sage: Wir kennen keine bürgerliche Gesellschaft ohne Religion; ein Verfahren, das Volk ohne Religion moralisch zu erziehen, hat bis jetzt noch niemand gefunden. Die Religion besteht nun einmal in der Gesellschaft, das ist eine unbestreitbare Thatsache. Es handelt sich nur darum, ob wir sie uns zur Freundin oder Feindin machen wollen. Die Wahl scheint mir nicht zweifelhaft sein zu können. Der Weg, wie wir ihn einzuschlagen uns vermessen, ist ohne Ende. Jeder kann es an sich selbst erproben. Eines Tages bemühte ich mich, meinem Söhnchen mittels Vernunftschlüsse das Pflichtgefühl beizubringen. Ich sah, er kam aus dem Gähnen nicht heraus, wobei er unablässig auf die Thüre schaute, um möglichst bald der tödtlichen Langweile los zu werden. Bald darauf wollte ich ihm, bevor er einschlafe, den Nachtkuß geben, und fand ihn, wie er mitten im Bette kniete und mit gefalteten Händen betete. Die Magd hatte zu ihm gesagt: Kniee dich nieder und bete für deinen

1) Soll wohl heißen: Pastor Aeternus, wie die vatikanische Constitutio Dogmatica prima über die päpstliche Unfehlbarkeit beginnt.

Vater und deine Mutter: Der Du bist in dem Himmel! Und ohne einer weiteren Erklärung zu bedürfen, hatte das Kind sofort begriffen, um wen es sich handle. Müssen wir uns nun auflehnen gegen die Gesetze der menschlichen Natur? Und was werden wir davon haben? Wir haben die Menschen nicht gemacht und können sie nicht ändern.

Von dem Augenblicke an, da wir in Sachen der Religion den von der Renaissance eingeschlagenen Weg betraten, ohne auf die Warnungen Savonarolas, der uns deutlich auf die Gefahren aufmerksam machte, zu achten, begannen wir, die erhabensten und sittlichsten Ideale im Bewußtsein der Volksklassen, die hiefür in der Literatur, Kunst oder Wissenschaft keinen wirksamen Ersatz zu schöpfen vermögen, zu zerstören. Wir haben sie so den materiellen Interessen, dem Klassenhaß, den wildesten Leidenschaften überantwortet, deren Folgen wir diese Tage zu sehen begonnen haben.[1]) Und als nun diese Folgen vor aller Augen offenbar waren, da fragte man sich mit Entsetzen: Was ist denn Neues geschehen? Gar nichts. Wir haben nur geerntet, was wir gesät haben, und die Ernte ist noch nicht beendet.

Zwei große Fragen drängen sich dem heutigen Italien auf, und mit der einen wie mit der anderen hat sich Savonarola beschäftigt. Die eine ist die social-ökonomische, die andere ist eine wesentlich und ausschließlich moralische. Bei der ersten will ich mich nur ganz kurz aufhalten, da auch er darüber nur in allgemeinen Redewendungen sich verbreitet hat. Savonarola glaubte, daß die sociale Frage', die mehr oder weniger immer vorhanden war, dadurch gelöst werden könnte, daß man den Armen Gerechtigkeit widerfahren läßt und auf jede Weise die Verbrüderung der verschiedenen gesellschaftlichen Ordnungen befördert. Die Liebe, wiederholt er unabläßig, hat eine große Gewalt, sie ist allmächtig. Wenn die Armen sehen, daß wir Mitleid mit ihnen haben, sie lieben, ihnen Gerechtigkeit angedeihen zu lassen entschlossen sind, so sind sie moralisch bereits

1) Erinnern wir uns, daß die in Florenz für den 23. Mai 1898 geplanten Feierlichkeiten zu Ehren Savonarolas unterbleiben mußten wegen der dort ausgebrochenen bedenklichen Volksunruhen.

gewonnen. Gerade hierüber möchte ich mir zwei Bemerkungen erlauben, welche Savonarolas Worte bestätigen, und zugleich denen — und es gibt ihrer viele in Italien — zur Antwort dienen, die da glauben, daß nichts zu geschehen brauche für die sogenannten Enterbten, daß wir keine eigentlichen Pflichten gegen sie haben, daß die Welt gehen werde wie sie immer ging, und es unnütz ist, sich darüber zu beunruhigen: in schwierigen Fällen hilft die Gewalt. Savonarola dagegen gehörte zu den Leuten, die da glauben, daß wenn auch die Anwendung der Gewalt in gewissen Augenblicken nothwendig ist, für diese Aufgaben, für diese Uebel das Blei nicht das einzige Heilmittel ist, daß etwas geschehen könne und geschehen müsse, um sie zu heilen, wenn sie sich nicht verschlimmern sollen.

Die andere schwerwiegende Frage, die eine viel nähere Beziehung zu den Lehren Savonarolas hat, ist wesentlich moralischer Art. Wir haben zu Beginn der Revolution eine so große Anzahl hervorragender Männer gezählt, als wären sie aus dem Boden hervorgewachsen. Kaum war dieselbe vorüber, so verschwand einer nach dem andern, ohne daß neue Kräfte an ihre Stelle getreten wären, und so ging es von Tag zu Tag schlechter. Und wenn ich klage über den Wechsel der Zeiten und den Unterschied zwischen einst und jetzt, dann stehen die Jungen gegen mich auf und sagen: Du verleumdest uns, Du bist alt, Du kennst die italienische Jugend nicht, siehst nicht, wie das Feuer unter der Asche glimmt. Was sollen wir jetzt thun? Wenn aber die Gelegenheit sich bietet, wenn die feierlichen Augenblicke wiederkehren, dann wirst Du sehen, wessen auch wir fähig sind. Und ich glaube es. Ich glaube, daß sich auf dem Grund des Nationalgewissens ein Fond wahren Idealismus angesammelt hat, der in den Zeiten der Noth mit wunderbarer Macht emporlodern wird. Doch das genügt nicht. Für die wahre Größe eines Volkes genügt es nicht, eine Handvoll Helden zu haben, die in der äußersten Bedrängniß große Dinge vollbringen; wir brauchen vielmehr Millionen von Ehrenmännern, die unaufhörlich das öffentliche Interesse ihrem persönlichen vorziehen. Es ist ein Irrthum, zu glauben, das Ideal, die Pflicht sei wie ein Luxusgeschirr,

dessen man sich nur bei großen Gelegenheiten, bei feierlichen Banketten bedient. Vielmehr muß uns das Ideal beständig begleiten, zu jeder Zeit, vom Augenblicke unseres Aufwachens an bis zum Schlafengehen, und ohne daß wir auf der Bühne stehen vor einem Publikum, das uns Beifall klatscht, ohne den Glanz des Ruhmes, der vor uns leuchtet. Nach Savonarolas Lehre muß der wahrhaft Gläubige mitten in der Wüste, im Winkel seiner Hütte, wenn er von Allen verlassen, von seinen Freunden gemieden, von seinen Feinden verlästert ist, immer wieder zu sich selbst sprechen: Hier ist der Ort, dies ist die Stunde für das Gott wohlgefälligste Werk! Unserem Leben thut es noth, daß es das ewige Licht des Ideals, dem es geweiht sein will, vor sich brennen sehe, denn von diesem Opfer, ohne welches es sich zu leben nicht verlohnt, empfängt es seinen Werth und seinen Adel. Und in diesem Gefühle, das sich selbst genügen muß, ohne einen Entsatz irgend welcher Art, beruht die wahre Größe der Völker wie der Individuen. Ohne Religion hat es sich dauernd ins Gewissen der Völker noch niemals einpflanzen lassen. Die christliche Liebesglut, die nicht von anderen gekannt und belobt sein will und von niemanden einen Lohn fordert, den sie in sich selbst findet, braucht nicht auf die großen Gelegenheiten und auf die feierlichen Augenblicke zu warten, sie läßt sich von jedermann an jedem Ort, zu jeder Zeit, in jeder Stunde des Lebens bekunden.

Dies war die Grundanschauung eines hl. Franz, es war auch die Savonarolas, die er sein Leben lang predigte. Um sie, wie er es zu thun pflegte, dem Volke einzuprägen, bedarf es der Religion, und zwar einer Religion, wie Savonarola sie wollte, einer Religion, die mit ihrem Sittengesetz Freiheit und Vaterland heiligt und jeden bürgerlichen Fortschritt begünstigt, einer dem Staate befreundeten Kirche. Und die Priester, die diese Kirche ausmachen und darstellen, berufen, das Volk zu führen, müssen in ihrem Wirken die Lehre, die sie mit Worten verkünden, verkörpern und personificiren.

Dillingen. J. Schnitzer.

XXVI.

Die Lücken in Bismarcks Memoiren.

Bereits im zweiten Hefte dieses Bandes (S. 120 f.) hatten wir darauf hingewiesen, daß die „Gedanken und Erinnerungen" Bismarcks zahlreiche Lücken enthalten, d. h. daß bei Niederschrift seiner Biographie der Verfasser sich an Vieles nicht erinnert hat, oder wohl richtiger, sich nicht erinnern *wollte*.

Da indeß die Memoiren des gewaltigen deutschen Staatsmannes nicht nur noch lange auf der Tagesordnung der Gegenwart bleiben werden, sondern auch weil sie insbesondere von den Historikern späterer Zeiten als eine Hauptquelle für die Geschichte des deutschen Volkes im neunzehnten Jahrhundert werden angesehen werden, und da man in ihnen vorzugsweise solches historisches Material, welches in Archiven und Bibliotheken *nicht* aufgesammelt zu werden pflegt, zu finden vermuthen wird, so dürfte es angemessen sein, das Werk in Bezug auf seinen esoterischen Geschichtswerth noch näher zu prüfen, d. h. die *auffälligeren* Lücken, welche es enthält, dem Leser und späteren Geschichtsforscher in ihrer Gesammtheit vor Augen zu führen.

Wenn wir von „auffälligeren" Lücken sprechen, so drücken wir schon damit aus, daß wir nur solche Vorgänge aus der Geschichte Bismarcks oder des von ihm geleiteten Volkes im Sinne haben, von welchen früher bereits in der Oeffentlichkeit in irgend einer Weise, sei es in Zeitungen,

Zeitschriften oder Büchern die Rede war. Daß Bismarck hierüber in seinen Memoiren schweigt, beweist, daß er sie zu seiner Geheim-Geschichte gezählt haben will; indirekt liegt in ihrem Verschweigen eine Bestätigung der Wahrheit früherer Enthüllungen, wie ja diesen auch niemals der sonst zu Berichtigungen, ja zu Strafanträgen sehr geneigte Kanzler einen Widerspruch entgegengesetzt hat.

Wir sagen nicht, daß Bismarck moralisch verpflichtet gewesen wäre, das, was er geheim gehalten, der Nachwelt mitzutheilen; aber bei der bisweilen überraschenden Offenherzigkeit, mit der er über manche hochgestellte Personen des In- und Auslandes, z. B. die Kaiserin Augusta und ihre Umgebung, Graf Arnim, Fürst Gortschakow u. s. w. seine innerste Galle ausschüttet, befremdet es, daß er bei vielen anderen Personen und Verhältnissen so schweigsam vorübergeht. Seine eigene Person mochte ihm eben hier stets in einem minder günstigen Lichte erscheinen.

Bluntschli hatte Recht, wenn er in seinen Memoiren (III, 218) den Kanzler also charakterisirte: „Es ist in dem antediluvianischen Mann eine seltsame Verbindung von lautester Offenheit und tiefster Verschlagenheit, von rückhaltloser Wahrhaftigkeit und bewußter Täuschung".

Doch wir wollen die Bismarck'sche Geschichtsschreibung nicht weiter psychologisch zu ergründen suchen — unser Zweck bleibt nur, Thatsächliches anzuführen und demzufolge einige auffälligere Lücken in den „Gedanken und Erinnerungen" auszufüllen.

Zu seiner späteren ministeriellen Thätigkeit hatte Herr v. Bismarck bereits den Grund gelegt, als er preußischer Gesandter am Frankfurter Bundestage, sowie in Petersburg und Paris gewesen war.[1])

1) Nach Petersburg ist übrigens Bismarck nicht gern gegangen. Er hatte seine seit Januar 1859 geplante Versetzung dorthin zuerst „aus dem Jesuitenlager", mit dem er aus Klugheit

In Frankfurt hatte er den österreichischen Krieg und den preußischen „Culturkampf", in Petersburg und Paris den Krieg mit Frankreich „eingefädelt", um einen bezeichnenden Ausdruck des seligen Herrn v. Mallinckrodt zu gebrauchen.

Die Memoiren enthalten über diese politischen und kirchenpolitischen Vorarbeiten nicht die geringste Andeutung. Sie erzählen uns selbst von Straßenvorgängen aus den drei Großstädten, sie berichten von Hofessen und Etiquettenstreit; sie sind voll von interessanten und originellen persönlichen Erlebnissen; aber sie hätten auch ebensogut von einem beliebigen Privatmann, einem Baron oder einem Banquier, der wegen seiner Geburt oder wegen seines Geldes zu Hoffesten geladen wurde, geschrieben sein können.

Wie der Gesandte v. Bismarck einst in Frankfurt a. M. den preußischen „Culturkampf" vorbereitet hat, dies wissen wir aus dem vierbändigen Werke v. Poschinger's: „Preußen

„alte Fühlung" hatte, nämlich aus der Umgebung der Prinzessin (späteren Kaiserin) Augusta erfahren. Seine Bemühungen beim Prinzregenten, die Versetzung rückgängig zu machen, waren erfolglos geblieben — Ein wirklicher Jesuit hat natürlich niemals in der Umgebung der Prinzessin resp. Kaiserin Augusta verkehrt. Ein Sohn des Fürsten Boguslav Radziwill war in den sechsziger Jahren in den Jesuitenorden eingetreten, ist aber in demselben früh verstorben. Der Bruder desselben, Prinz Edmund Radziwill, starb 1895 als Benediktiner. Letzterer, lange Zeit Vikar von Ostrowo (wo Cardinal Ledochowski zwei Jahre gefangen saß) und Reichstagsabgeordneter, war Anfangs der achtziger Jahre als Erzbischof von Posen oder als Fürstbischof von Breslau (wo er 1867 die Priesterweihe empfangen) von den beiderseitigen Domkapiteln in Aussicht genommen; die Antipathie aber, welche Bismarck gegen die Radziwill'sche Familie hegte, weil sie „staatsfeindlich", d. h. bismarckfeindlich, nämlich nicht „culturkämpferisch" war (vgl. Memoiren II, 128 und den dagegen erhobenen Protest seitens des Fürsten Ferdinand R. in der „Germania" vom Dezember 1898), ließ das Projekt nicht zur Ausführung gelangen.

im Bundestag von 1851 bis 1859" (Leipzig 1882—85). Die politische Thätigkeit Bismarcks in Petersburg und Paris liegt freilich noch nicht in Aktenstücken so vollständig vor, wie sie uns die Arbeit Poschingers enthüllte, indeß sind wir darüber durch die Biographen Bismarcks ausreichend unterrichtet. Die Literatur hierüber ist am vollständigsten zusammengestellt in dem Artikel „Bismarck" in der von v. Nathusius-Ludom herausgegebenen (wie es scheint, unvollendet bleibenden) „Deutschen Encyclopädie", Berlin 1888.[1])

1) Der Verfasser — nach der Chiffre v. Nathusius-Ludom selbst — muß u. A. zugestehen, daß Bismarck im „Culturkampfe" der Besiegte gewesen, sucht aber den Reichskanzler wegen Inscenirung des Kirchenconflikts wie folgt zu entschuldigen: „Daß der Staat, soweit es sich um politische und nicht rein kirchliche Fragen handelte, Herr im eigenen Hause sein mußte, und dieses sein Souverainitätsrecht gegenüber der in ungeheurem Aufschwung begriffenen römisch-katholischen Kirche sorgfältig zu wahren hatte, war der richtige Gedanke, welcher den Kanzler veranlaßte, eine Correktur dieser Verhältnisse vorzunehmen". Nur die Ausführung dieses Gedankens durch Bismarck, Falk und dessen Räthe sei fehlerhaft gewesen — Wir zweifeln, daß der Verfasser es hätte besser machen können. Der Fehler war, daß man gerade „in rein kirchlichen" Fragen „Herr des Katholicismus" werden wollte; in „politischen" Angelegenheiten haben die Päpste und Bischöfe Preußen seit Friedrich II. die möglichst weitgehenden Concessionen gemacht. Aber schon Friedrich II. und Friedrich Wilhelm III waren hiermit nicht zufrieden; sie wollten ganz Preußen „evangelisch" machen; ebenso Bismarck; jene auf absolutistischem, dieser auf constitutionellem Wege. — Bei dieser Gelegenheit möge eine tendenziöse Entstellung berichtigt werden, welche Prof. Oncken in seiner Biographie Wilhelms I. begangen. Er sagt dort (S. 255), der „Culturkampf" sei beendigt worden, weil Leo XIII. die „Anzeige" bei Ernennung zu geistlichen Aemtern bewilligt habe, die Pius IX. „verweigert". Dem gegenüber ist darauf hinzuweisen, daß Leo XIII. die „Anzeige" erst dann bewilligte, nachdem die preußische Regierung die — in die innere Verwaltung der Kirche eingreifenden — Consequenzen derselben beseitigt. Diese „Anzeige" hatte

Daß der preußisch-österreichische Krieg von 1866 von Bismarck schon im Jahre 1857, als er noch Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. war, vorbereitet wurde, wissen wir aus einer Rede, welche der ehemalige italienische Ministerpräsident Crispi 1887 in Turin öffentlich gehalten hatte. „Bismarck war schon 1857 von uns ins Geheimniß gezogen" sagte derselbe. Das „Geheimniß" bezog sich nicht nur auf den 1859 ausgebrochenen österreichisch-französisch-italienischen Krieg, sondern auch auf die 1866er Ereignisse. In den Memoiren ist von allem dem nichts enthalten. Als die Kanonen vor Magenta und Solferino donnerten, war Bismarck bereits in Petersburg.

In den Memoiren wird die Sympathie getadelt, welche damals der Czar gegenüber Oesterreich bewies; es wird Manches aus dem Privatleben des Kaisers Nikolaus erzählt — z. B. daß derselbe sich von Friedrich Wilhelm IV. zwei preußische Grenadiere kommen ließ, welche ihn massiren (kneten) sollten, da er keinem Russen traue, wenn er auf dem Rücken liege[1] —; aber von dem „Geheimniß" mit Italien ist nirgends die Rede. Ebenso wenig später bei Schilderung von Ereignissen des Jahres 1866. Hier wird Graf Usedom, der 1859 Bismarcks Nachfolger in Frankfurt, dann Gesandter in Turin und Florenz wurde, wiederholt

---

Pius IX. längst schon andern Regierungen, z. B. der österreichischen, württembergischen ꝛc. bewilligt. Herr v. Mallinckrodt hatte 1873 und 74 Bismarck wiederholt vergebens aufgefordert, das Beispiel Oesterreichs und Württembergs bezüglich der „Anzeige" nachzuahmen. Der Hofhistoriker Oncken scheint den Unterschied noch heute nicht zu fassen.

1) Der Enkel des Kaisers Nikolaus, Alexander III., fürchtete sich vor seinen Russen sogar im Auslande. Als er vor einigen Jahren mit dem Kaiser von Oesterreich im erzbischöflichen Schlosse zu Kremsier zusammentraf und ihm die Beletage angewiesen war, ließ er aus Furcht vor Nachstellungen um Mitternacht sein Bett in der Rumpelkammer des Schloßthurmes aufschlagen.

als „hoher Freimaurer“ geschildert, er wird „unterirdischer Verbindungen“, namentlich mit Mazzini, Garibaldi rc. beschuldigt; der „Maurerglauben“, mit dem Wilhelm I. an dem „tief eingeweihten Verschwörer Usedom“ lange Zeit festhielt, wird getadelt, selbst bis zur nachträglichen Reue Bismarcks; daß dieser aber damals selbst die 1859er geheimen Verbindungen, die er mit Cavour und Crispi rc. angeknüpft, auf Kossuth, Klapka u. s. w. ausdehnte — davon verrathen die Memoiren wiederum nicht eine Silbe und doch hatte hierüber der italienische General Lamarmora ein ganzes Buch[1]) geschrieben und der selige v. Mallinckrodt hatte auf Grund dieses Buches dem Fürsten Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause vorgehalten, daß derselbe die Kriege von 1866 und 1870 „eingefädelt“ habe, ein Vorwurf, den Bismarck durch Klagen über „amtliche Indiskretionen“ von Seiten Lamarmoras nur begründet hatte.

Eine weitere Lücke in den Memoiren bemerkt man in der Chronik der ersten Ministerjahre Bismarcks. Ende der siebziger Jahre erzählte der ehemalige nationalliberale Abgeordnete von Unruh in der Berliner „Gegenwart“, Bismarck habe im Jahre 1862/63 den preußischen Verfassungsconflikt, der bekanntlich sich um Competenzen der Regierung und der Abgeordneten in Budget-Angelegenheiten drehte, absichtlich verschärft, um sich dem König Wilhelm als Ministerpräsident unentbehrlich zu machen. Schon damals, d. h. als das Gerücht in der „Gegenwart“ publicirt wurde, ließ Bismarck seine „Sauhirten“, wie er selbst seine offiziösen Sold-Journalisten nannte, nichts darauf erwidern, und jetzt enthalten auch die Memoiren nichts darüber.

Peter Reichensperger hat seinen späteren Freunden im Centrum oft erzählt, wie er im Jahre 1863 einen Vermitte-

1) „Etwas mehr Licht“. Im Jahre 1874 in deutscher Uebersetzung bei Kirchheim in Mainz erschienen.

lungs-Antrag eingebracht, dem damals nicht nur die „katholische Fraktion“ und die — zuletzt allerdings nur elf — Conservativen, sondern auch ein großer Theil der Fortschrittspartei, späteren Nationalliberalen, namentlich Lasker und Gneist, zugestimmt hätten, wenn seitens der Regierung Geneigtheit vorhanden gewesen wäre, auf diesen Vermittlungs-Vorschlag einzugehen. Selbst die gewissenhaftesten Personen in der Nähe des Kanzlers versicherten damals mit Bedauern, derselbe wolle nichts von Nachgiebigkeit wissen, weil er Alles von einer siegreichen Schlacht hoffe und seine ganze Staatskunst vorläufig nur darin bestehe, diese herbeizuführen. Er kenne, fügte man bei, seine „Fortschrittsmänner“, und wisse, daß diese ihm Alles vergeben und noch mehr hinzugeben würden, wenn erst einmal „Blut und Eisen“, und nicht graue parlamentarische Theorie entschieden habe.

Die Thatsachen haben dem Kanzler gewiß Recht gegeben; aber ebenso wahr ist der Umstand, daß er das Wohl des Landes auf eine Karte, auf einen Zufall gesetzt hatte. Wäre der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm eine Stunde später auf dem Schlachtfelde bei Königgrätz erschienen, und wären die Oesterreicher Sieger geworden, so wäre die Herrschaft Bismarcks gebrochen gewesen, wie die Napoleons III. durch Sedan. Einer damals durch die fortschrittliche Berliner Presse laufenden Nachricht, daß Bismarck im Falle einer preußischen Niederlage bei Königgrätz freiwillig den Tod gesucht hätte — wie es Napoleon vergeblich bei Sedan gethan haben soll —, ist bis heute nicht widersprochen worden, auch durch Bismarcks Memoiren nicht.[1])

---

1) Daß der Kanzler 1866 beim Friedensschluß, nicht auf dem Schlachtfelde bei Königgrätz, einmal an einen Selbstmordversuch gedacht hat, gesteht er (II, 47) offen ein. Er erzählt daselbst, wie Wilhelm I. und seine Generäle für ihre Siege Gebietsabtretungen in größerem Umfange sowohl von Oesterreich als von den mit diesem verbündeten Staaten verlangten, was Bismarck

In diesen berührt der Autor die schwebende staatsrechtliche Frage des Verfassungsconflikts mit keiner Silbe; er spricht nur von Personen. Hierbei erhalten wir allerdings die dankenswerthe Mittheilung, daß der damalige Minister des Innern, Graf Friedrich Eulenburg und der Minister der Landwirthschaft v. Selchow mit dem Könige „in maurerischen Beziehungen“ standen. In sachlicher Hinsicht, d. h. in Bezug auf den Verfassungsstreit, theilt Bismarck nur einen Brief des Königs an den Abgeordneten v. Vincke-Olbendorf mit, von welchem Schriftstück der Autor meint, daß es bisher noch nicht veröffentlicht worden sei. Das ist ein Irrthum. Das Schreiben ist bereits publicirt in der Biographie, welche der Hofrath Schneider, der Vorleser Wilhelms I., über seinen Herrn herausgegeben hatte.[1]) Auch

---

in Befürchtung einer Intervention Napoleons III. für bedenklich hielt. Als der Kanzler so nach langer Diskussion mit dem König sich nicht einigen konnte, und wieder in sein Zimmer im Nicolsburger Schlosse zurückgekehrt sei — erzählt er —, sei ihm „der Gedanke gekommen, aus dem offen stehenden, vier Stock hohen Fenster zu fallen“, als in diesem Moment der Kronprinz zu ihm eingetreten sei und seine Intervention bei seinem Vater angeboten habe. Hierauf ging alles nach Wunsch, und Bismarck machte das Fenster wieder zu. Daß seine Aufregung bei Königgrätz noch größer war, bis auch hier der Kronprinz sein Retter wurde, ist erklärlich.

[1]) Schneider, Aus dem Leben Wilhelms I., Band I, S. 4—197. Die zahlreichen in den Memoiren mitgetheilten Briefe Wilhelms I. an Bismarck beweisen, daß im Allgemeinen beide gut zu einander paßten; meist freilich war der Kaiser der nachgebende Theil. — Auch der Briefwechsel zwischen Bismarck und König Ludwig II. von Bayern nimmt in den Memoiren einen breiten Raum ein. Es geht daraus hervor, daß der König sowohl sachlich wie persönlich mit dem Kanzler harmonirte. Was aber geschehen wäre, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, kann man daraus entnehmen, daß Bismarck im Jahre 1879 über einen anderen süddeutschen (protestantischen) Souverain äußerte: „Wir dulden ihn nur, weil er uns entgegenkommt.

über die persönliche Stellung des Kronprinzen zum Verfassungsconflikt geben die Memoiren einiges Material, welches indeß sachlich von keinem Belang ist, da der König nur auf Bismarck, nicht auf seinen Sohn hörte.

Man kann freilich, wie schon oben bemerkt, von einem politischen Memoirenschreiber nicht verlangen, daß er alle seine innersten Gedanken und Pläne der Oeffentlichkeit anvertraut; und wir verstehen es, weßhalb der Kanzler nicht sagen will, daß er absichtlich den Streit zwischen König und Volk verschärft habe; indeß wenn derselbe Bismarck später in demselben Memoirenwerke (II, 90) es als eine besondere patriotische That hinstellt, daß er die berühmte „Emser Depesche" aus dem Jahre 1870 über das Auftreten Benedettis so „redigirt" habe, daß er aus der „Chamade" eine „Fanfare" machte, d. h. das deutsche Volk zum Kriege gegen Frankreich angereizt habe, so hätte es nur zu derselben Gattung von „Patriotismus" gehört, wenn er offen eingestanden hätte, er habe sich durch Verschärfung des Verfassungs-Conflikts beim Könige unentbehrlich machen wollen, um damit zwei Schlachten zugleich, eine im Parlament und eine in Oesterreich gewinnen zu können.

Nach dem Kriege mit Frankreich beginnt das Hausmeierthum Bismarcks in deutlichere Phasen zu treten. Der Selbstbiograph hütet sich natürlich gleichfalls, dies merken zu lassen; aber wer aufmerksam seine „Gedanken und Erinnerungen" studirt, erkennt seine zunehmende Macht mit jedem Tage.

Zum Schweigen sind gebracht die „weiblichen" Einflüsse bei Hofe, d. h. die Einflüsse der Kaiserin Augusta und der Kronprinzessin Viktoria. Die eine wird als „Katholikin",

---

Würde er dies nicht thun, so würden wir ihn mediatisiren". — So wörtlich der Reichskanzler zu einem bekannten Abgeordneten des Centrums. Mit Bayern würde wohl freilich das Mediatisiren nicht so schnell gegangen sein, als mit B.

die andere als „Engländerin“ beseitigt;[1]) der Kronprinz selbst wird von seinem eigenen Vater bei Seite gestellt; er wird beinahe 60 Jahre alt, ohne daß er über die Gestaltung seines zukünftigen Reiches ein Wort mitsprechen darf; Niemand wird Minister, der nicht zuerst von Bismarck das Placet hat. Die Geheimnisse des Auswärtigen Amtes weiß Bismarck allein und wenn dieser in Kissingen, Varzin oder Friedrichsruhe weilt, so weiß niemand in Berlin bei Anfragen von Gesandten oder auswärtigen Mächten Bescheid — bis Herbert Bismarck, ältester Sohn des Kanzlers, Staatssekretär des Auswärtigen geworden ist.

Daß es unter diesen Umständen unter einem späteren Kaiser, der sein eigener Kanzler und Staatssekretär sein wollte, zum Bruche kommen mußte, war begreiflich und bedürfen wir zur Erkenntniß dessen nicht des noch ausstehenden dritten Bandes der Bismarck'schen Memoiren.

Daß Bismarck seit 1871 die Centralgewalt in Preußen und Deutschland in eigener Hand hatte, geht namentlich aus dem Verlaufe der wiederholten Entlassungsgesuche hervor, welche der Kanzler bei Wilhelm I. eingereicht hatte, und welche zuletzt mit einem „Niemals“ von Seiten des alten Kaisers geendigt hatten. Von allen diesen Vorgängen schweigen die Memoiren wiederum.

Die Entlassungsgesuche von Seiten des Fürsten Bismarck wurden in den siebziger Jahren so häufig, daß man ihnen schließlich eine ernsthafte Bedeutung garnicht mehr beilegte, sondern sie in parlamentarischen und sonstigen

---

1) Diese hatte einmal Bismarck direkt gesagt, er wolle „König“ werden (Memoiren 1, S. 150). Die Kaiserin Augusta höhnte ihn zuletzt ins Angesicht: „Unser allergnädigster Herr Reichskanzler“ (II, 285). Wenn er in ihrer Gegenwart den Kaiser traf und sie bat, ihn mit dem Monarchen allein zu lassen, so ging sie bei offengelassener Thür ins Nebenzimmer (II, 284). So wurde der Hausmeier behandelt; nichts desto weniger blieb er.

politischen Kreisen wie periodische Börsenmanöver ignorirte. Die Memoiren handeln eingehend nur von dem Entlassungsgesuch, das Bismarck 1869 (wegen Graf Usedom) eingereicht hatte. Dann wird nur vorübergehend das Demissionsgesuch von 1877 erwähnt.

Der Erfolg, den der Kanzler schon vor dem Kriege von 1870 durch die kaiserliche Nichtbewilligung seiner Entlassung errungen, machte ihn sicher, und abgesehen von verschiedenen minder scharf betonten Drohungen im Parlamente, hat er mindestens dreimal seit 1871 sein Entlassungsgesuch schriftlich beim Kaiser eingereicht. Zweimal hatten ihn die Nationalliberalen, insbesondere der Abgeordnete Lasker, geärgert; einmal die Conservativen. Indem wir bezüglich seines Streites mit Lasker auf die 1890 bei Schöningh in Paderborn erschienene Volksausgabe der „Culturkampfs-Geschichte" (S. 136 f.) verweisen, müssen wir hier des Confliktes mit den Conservativen etwas eingehender gedenken, da die Memoiren durch ihre diesbezüglichen Andeutungen kein klares Bild verbreiten.

Schon im Jahre 1872 und 1873 hatte Bismarck im preußischen Herrenhause, wo er wegen des Schulaufsichtsgesetzes und wegen der Kreisordnung, d. h. wegen einiger den preußischen Gutsbezirken zu nehmender Vorrechte, mit der conservativen Partei zusammenstieß, mit der Drohung debutirt, daß er, wenn die Conservativen nicht regierungsfreundlicher würden, das Regieren Anderen überlassen müßte. In den Memoiren klagt er nun, daß ein Theil der conservativen Opposition so weit gegangen sei, daß sie durch das Preßorgan „Reichsglocke" ihn bezichtigte, schmutzige Gründergeschäfte staatlich unterstützt zu haben, um sein Privatvermögen durch Betheiligung an solchen finanziellen Unternehmungen zu vergrößern. Er erinnert ferner daran, daß das Hauptorgan der Conservativen, die „Kreuzzeitung", unter v. Nathusius-Ludom aus der Feder des conservativen Abgeordneten Dr. Perrot, eine Anzahl Artikel veröffentlicht,

worin die Beschuldigungen der „Reichsglocke“ wiederholt, endlich daß eine große Anzahl Adeliger unter Betheiligung einiger Hundert evangelischer Pfarrer die Anklagen Perrots trotz oder wegen der im Reichstage von Bismarck erhobenen Reklamationen erneuert habe. Weiteres zur Sache bieten die Memoiren nicht; ihr Autor setzt offenbar voraus, daß den Lesern die causa litis anderweitig bekannt geworden. Indeß wird schon die Mehrheit der heutigen Generation hier eine Lücke in den Memoiren empfinden; noch mehr die zukünftige.

Die „Reichsglocke“, welche im kaiserlichen Palais und von den obersten Hof- und Staatsbeamten eifrig gelesen wurde, war der Tummelplatz jener Elemente, welche Bismarck wegen Betheiligung an „unsaubern“ finanziellen Geschäften aus seinen Aemtern entfernen wollten. Obgleich von allen Parteien das Centrum am meisten Ursache hatte, mit Bismarck unzufrieden zu sein, so hatte sich doch kein einziges Centrumsmitglied — bis auf einen rheinischen Adeligen, der wegen parlamentarischer Unklugheiten bald aus der Partei entfernt wurde — mit dem „Revolverblatte“ eingelassen. Versuche, die „Germania“ zur Unterstützung desselben heranzuziehen, scheiterten, und da auch die conservative Presse neutral blieb, hätten die Coulissenmänner der „Reichsglocke“ nichts ausgerichtet, wenn nicht im Juni 1875 Dr. Perrot in der „Kreuzzeitung“ eine Serie von Artikeln: „Die Aera Bleichröder-Delbrück-Camphausen“ veröffentlicht hätte, in deren zweitem es hieß: „Die intimen Beziehungen des Herrn v. Bleichröder zum Fürsten Bismarck dürften, mindestens indirekt, schon an die vorministerielle Zeit des Fürsten anknüpfen, als derselbe, um mit spärlichem preußischen Gesandtengehalte und ohne eigenes Vermögen seinen Souverain in Petersburg, Paris und Frankfurt repräsentiren zu können, allerdings guten Rath in finanziellen Dingen haben mußte“.

Der vor einigen Tagen in Dessau verstorbene conservative Socialpolitiker Dr. Rudolf Meyer sagt in seinen

1877 erschienenen „Politischen Gründern“[1]) zu vorstehender Stelle: „Die Veranlasser der Perrot'schen Artikel wollten andeuten, daß Herr v. Bleichröder das Vermögen des Fürsten Bismarck verwalte und zwar in sehr vortheilhafter, aber wenig ehrenvoller Weise für letztern. Sie sprachen es offen aus, daß der Fürst sogar bei verrufenen Gründungen, wie die der ‚Preußischen Central-Boden-Credit-Aktiengesellschaft‘ durch Herrn v. Bleichröder ‚betheiligt‘ worden sei. Indeß haben diese Herren, die vorsichtig im Hintergrunde sich hielten, diese Angaben niemals bewiesen“.

Ein Beweis gelang auch Herrn von Diest-Daber nicht, der im Oktober 1876 in einer Broschüre: „Der sittliche Boden im Staatsleben“ nur Vermuthungen und Andeutungen über die Betheiligung von Staatsmännern an „faulen Gründungen“ aussprach. Auch der schlesische Centrumsabgeordnete v. Ludwig, ein überaus ehrenwerther und im Volke hochangesehener Herr, der die Anklagen v. Diest-Dabers auf die Parlaments-Tribüne brachte, vermochte nichts Bestimmtes auszusagen, noch weniger die Fortsetzungen seitens der „Reichsglocke“.[2])

Die Fassung der Perrot'schen Anklage war zudem — wie Jeder oben sieht — so gehalten, daß ein gerichtlicher Beleidigungsprozeß von Bismarck nicht angestrengt werden konnte, was der Kanzler damals gleich im Reichstage hervorhob und was er jetzt in den Memoiren bestätigt.

---

1) Auf Veranlassung eines noch jetzt funktionirenden Ministers wurde die Schrift beschlagnahmt.

2) Dagegen hatte der Abgeordnete v. Ludwig in überzeugender Weise nachgewiesen, daß u. A. eine von einem berühmten nationalliberalen Parlamentarier gebaute Eisenbahn, welche bald „krachen“ gegangen wäre, ihre Aktien in einem staatlichen Fonds anlegen durfte, wodurch der Staat resp. das Reich eine Garantie für die Aktien wie für die Bahn übernahm — dem Nationalliberalismus und der Gründerei zuliebe.

Sonderbar aber ist es, wenn er sich in den Memoiren darüber beklagt, daß ihm die nationalliberale Partei und Presse in jener Bedrängniß nicht zu Hilfe gekommen sei. Daher kam ja gerade der Aerger der Conservativen, daß er diese verstoßen und die Nationalliberalen zu — wenn auch stillen — Mitregenten erhoben hatte! Und gerade die Nationalliberalen hatten es ja seit 1867, seit Gründung des Norddeutschen Bundes, verschuldet, daß das wirthschaftliche laissez aller, die Manchesterpolitik mit der Gewerbefreiheit, Wucherfreiheit, Freihandel, Abschaffung der Grenzzoll-Schranken, Freizügigkeit, kurz alle „Freiheiten" bis zur schrankenlosesten und schwindelhaftesten Gründerfreiheit zur „deutschen" Gesetzgebung erhoben wurden. Fast alle nationalliberalen Abgeordneten, von den hohen Chefs bis zum letzten Cigarrenhändler hatten — um einmal im Jargon der „Reichsglocke" zu sprechen — „Gründerbutter auf dem Kopfe und durften nicht an die Sonne gehen". Die nationalökonomischen Redakteure der nationalliberalen Zeitungen waren so reich mit Gründungsaktien beschenkt worden, daß es ihnen gar „eine Lust zu leben" geworden war. Wenn nun alle diese „Vorkämpfer für Recht und Sitte" dem Fürsten Bismarck hätten „helfen" wollen!

Was übrigens der Reichskanzler durch etwaigen persönlichen materiellen Gewinn in Folge Betheiligung an finanziellen Unternehmungen auf den Rath v. Bleichröders dem deutschen Volke geschadet hat, können wir tausendmal übersehen gegenüber dem Milliarden-Nachtheil, in welchen das Volk durch die Manchester-Gesetzgebung gerathen war.[1] Daß der Kanzler als Privatmann sein Vermögen

---

1) Der erste Präsident des Reichskanzleramtes, Delbrück, sagte einst auf die Beschwerde eines Centrumsmitgliedes über die Ausbeutung des Volkes durch schwindelhafte Gründungen: „Wenn die Leute so dumm sind, daß sie ihr Geld zu Schwindelunternehmungen hergeben, kann ihnen der Staat nicht helfen!" —

zu vermehren sucht, kann ihm Niemand verargen." Er gesteht uns selbst (Memoiren II, 148), daß er den Fürstentitel nicht annehmen wollte, weil er kein Geld zur Repräsentation hatte; er erzählt uns, wie die Nachkommen des Fürsten Blücher auf den Titel verzichten mußten, bis sie ihn erst in Folge einer „reichen und katholischen Heirath" erneuern konnten. Herr v. Bleichröder scheint seinem Clienten obendrein noch garnicht einmal den besten finanziellen Rath gegeben zu haben, sonst hätte er demselben empfohlen, sein Geld in Patzenhofer Bier anzulegen, dann hätte sich das Vermögen des Fürsten, das hauptsächlich durch Dotationen entstanden, in kurzer Zeit verdoppelt und es hätte im Hause Bismarck manchmal nicht gar so sparsam — wie die Sage geht — zugehen dürfen.

Jedenfalls darf man sagen: Wäre Bismarck nicht eben Bismarck gewesen, so hätte man seinen finanziellen Operationen nicht die große Beachtung geschenkt; andere Minister haben durch Börsenspekulationen sicher viel mehr „verdient", als er.

Nach christlich-socialer Auffassung kann und muß freilich der Staat helfen Bei entsprechender Gesetzgebung darf es erst garnicht vorkommen, daß z. B. ein Fabriketablissement, das aus Privatbesitz an eine Aktiengesellschaft übergeht, Aktien zum drei- bis vierfachen Werthe des bisherigen Etablissements ins Publikum bringt. Den Schaden tragen dann eben die Aktionäre, welche sich aus Volkskreisen rekrutiren, während die Gründer, welche wußten, welchen wirklichen Werth ihre Aktien hatten, dieselben bei Zeiten mit sicheren Papieren vertauschten (vgl. Otto Glagau, Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin, 1876), oder durch die Baareinzahlungen der Aktionäre, selbst wenn diese nicht al pari erfolgt waren, bisweilen um den doppelten Werth sich entschädigt hatten. Hier darf der Staat, der die kleinen Diebe bestraft, die großen nicht frei schalten lassen! — Diese „Freiheit" über ein Jahrzehnt erleichtert zu haben, ist eines der schwersten Vergehen Bismarcks gewesen.

Resumiren wir uns, so müssen wir sagen, daß die Memoiren Bismarcks eine sehr lückenhafte Geschichtsquelle bilden. Der Verfasser selbst scheint dies auch herausgefühlt zu haben, da er seinem Werke den Titel „Gedanken und Erinnerungen“ gegeben hat. Häufig sind gerade solche Dinge übergangen, über welche man in den Memoiren am besten und aufs eingehendste glaubte informirt zu werden. Schon in unserm voraufgegangenen Artikel zeigten wir, daß bezüglich des „Culturkampfes“, bei dessen Beginn und Ende Bismarck die Hauptrolle spielte, der Kanzler nur zum Theil sein Inneres uns erschließt, um seine Haltung beim ersten und letzten Akt uns zu erklären. Wir sahen, daß Personen, die durch den Kampf mit Bismarck ebenfalls einen welthistorischen Namen sich erworben haben, wie Windthorst oder v. Schorlemer-Alst, garnicht oder nur obenhin genannt werden.[1])

In unserm heutigen Artikel zeigten wir, daß auch in rein politischen Fragen die Memoiren mehrfache Lücken enthalten.

Der Zweck, den Bismarck mit der Herausgabe seines Werkes verfolgte, bestand jedenfalls darin, seine Gesammtpolitik, die innere, äußere, kirchliche und sociale Politik vor der Mit- und Nachwelt zu rechtfertigen.

Gelungen ist ihm dies nur bezüglich der äußern Politik, die auch am ausführlichsten behandelt wird; in der socialen Politik verschweigt er sehr viele Maßregeln, die er in der Gesetzgebung getroffen und später wieder rückgängig gemacht hat. Seine Maßnahmen gleichen hier vielfach seinem Vor-

1) Ohne einen persönlichen Ausfall gegen den Erstgenannten geht es aber doch nicht ab. Im II. Band wird bemerkt: „Windthorst, politisch latitudinarian, religiös ungläubig (!), ist durch Zufall und bureaukratisches Ungeschick auf die feindliche Seite geschoben worden“.

gehen in der Kirchenpolitik. Wie hier, hatte er auch auf socialem Gebiete sich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre mit dem „Liberalismus" verbunden, um nach dessen Vorschlägen das Vaterland zu „reformiren". Aber auf dem einen wie auf dem andern Gebiete erkannte er bald, daß die erstrebten „Freiheiten" das Vaterland ins Verderben führen müssen und radikale Umkehr geboten sei. Hätte er dies in den Memoiren offen eingestanden, so hätte seine staatsmännische Größe nur gewinnen können; daß diese ihm erhalten geblieben, verdankt er den Geständnissen, die er darüber seiner Zeit vor offenem Parlamente gemacht hatte.[1])

1) So z. B. versucht er auch in den Memoiren, ein von ihm fast ein Jahrzehnt mit allem innern und äußern Nachdruck probirtes Mittel, der katholischen Kirche „Herr zu werden", als einen lächerlichen, der Probe erst garnicht werthen Vorschlag des Grafen Arnim hinzustellen. Er sagt, Arnim habe in der Presse vorgeschlagen, die katholische Kirche durch das Vaticanische Concil als „verändert" hinzustellen, so daß ihr alle früher gewährten Rechte fortan vorzuenthalten seien. Bismarck bemerkt hierzu: „Ich habe dieses Mittel früher als Arnim erwogen, glaube aber nicht, daß es eine stärkere Wirkung auf den Austrag des Streites geübt haben würde, als die Gründung der altkatholischen Kirche es vermochte". Hierauf spottet Bismarck über die Schwäche des „Altkatholicismus". — Thatsächlich müssen wir darauf hinweisen, daß mit dem Argumente von der „veränderten" katholischen Kirche Bismarck bereits 1871 die Aufhebung der kath. Abtheilung im Cultusministerium, 1872 das Vorgehen gegen Bischof Dr. Kremenz (wegen zweier „altkatholischer" Professoren), die Maigesetze von 1873 und 74 u. s. w. motiviren ließ, bis er sah, daß die Rücken, mit denen die „altkatholischen" „Gelehrten" vor dem Cultusminister erschienen, immer schiefere Winkel bildeten, während im Lande nicht ein einziger „Bauer" zur Reinkens'schen Heerde hinzukam. Dann erst, etwa ums Jahr 1880, wurde der Grundsatz von der „veränderten" katholischen Kirche aufgegeben, nachdem er ein Jahrzehnt hindurch mit Geld- und Gefängnißstrafen vergeblich durchgeführt wurde! — Und Fürst Bismarck stellt sich

Bismarck, 1815 geboren und 1898 gestorben, wird für alle Zeiten der Säcularmensch unseres Jahrhunderts bleiben. Er hat Europa eine dauerndere Gestaltung gegeben, als die Napoleoniden.

Manche haben ihn mit Pipin, Andere mit Cromwell, wieder Andere mit Wallenstein verglichen. Er gleicht keinem von diesen dreien; aber er besaß von Jedem Etwas.

Das Hausmeierthum hat er sicherlich weniger mit Bezug auf die Krone als hinsichtlich eines erblichen Ministerpräsidiums erstrebt; auch ist es im constitutionellen Verfassungsstaate nicht so leicht, Major domus zu werden, wie im absoluten; endlich gehört auch zu einem siegreichen Pipin ein blödsinniger Childerich.

Ein Thomas Cromwell, d. h. ein Generalvicar für die verstaatlichte katholische Kirche in Preußen wäre er eventuell noch geworden, wie er es in oberster Instanz für die protestantische Kirche war;[1]) aber ein Oliver Cromwell, der seinen Souverain auf das Schaffot brachte, niemals. Selbst seine Verbindungen mit der Umsturzpartei, mit Lassalle und v. Schweitzer — von denen die Memoiren ebenfalls schweigen — galten nur der Stärkung des Royalismus in einem Zeitalter, in welchem dem „vierten Stande“ Concessionen gemacht werden mußten. Alle Parteien, mit denen er in Verbindung stand, waren nur Werkzeuge in seiner Hand; er hat sie, nicht diese ihn geschoben.

Aber Wallenstein! Gegen den Titel „Herzog von Lauenburg“ hatte Bismarck wiederholt protestirt; aber

---

jetzt so, als habe er dieses Mittel nur „erwogen“, von vornherein aber als unpraktisch verworfen! — Wir zweifeln auch nicht, daß dies für manchen spätern „Bismarckforscher“ ein historisches Dogma bleiben wird, denn es steht ja schwarz auf weiß in den „Memoiren“, der „primärsten Quelle“ zur Geschichte Bismarcks!

1) So z. B. war die Berufung des Prof. Harnack nach Berlin sein Werk.

regierender Herzog von Elsaß-Lothringen mit der erblichen Reichskanzlerwürde — diese Würde hätte er vielleicht ebensowenig verschmäht, wie der Herzog von Friedland und Sagan die böhmische Königskrone.

Freilich weiß man nicht, wohin die Leidenschaft des Kanzlers, wie die des Volkes zuletzt noch hätte führen können. Nachdem er sich ins unfreiwillige Privatleben zurückgezogen, hat Fürst Bismarck jedenfalls seinem Kaiser und seinem Volke gegenüber nicht immer die sittliche Größe bewahrt, zu der er als Christ, zumal als Vorbild des Reiches verpflichtet gewesen wäre. Die hinterlistigen Pfeile, welche manchmal aus Friedrichsruhe dem Kaiser, selbst mit direkter Gefährdung unseres Ansehens im Auslande, in den Rücken fuhren, haben nicht dazu beigetragen, die Sympathien für den Schützen zu vermehren, denn Bismarck hatte auch in Friedrichsruhe noch mehr zu sagen, als Napoleon I. auf Helena oder der dritte in Chiselhurst. Es war die höchste Zeit, daß das gefährliche Spiel ein Ende nahm!

Größer wäre Bismarck aus der Weltgeschichte geschieden, wenn er vor seiner Entlassung aus dem Reichsdienste gestorben wäre und wenn er seine Memoiren nicht geschrieben hätte.

Doch eine Lehre hat er gleich den beiden andern Titanen des neunzehnten Jahrhunderts in die Welt- und Kirchengeschichte für ewige Zeiten eingemeißelt. Sie lautet:

Laßt in Ruh' den Papst!

P. M.

XXVII.

Zeitläufe.

Zum Reichstag: Aeußeres und Inneres. II.[1])

Den 12. Februar 1899.

Ende Oktober v. Js. hatte sich einer der literarischen Tischfreunde des ehemaligen Gutsherrn von Friedrichsruh vor dem Berliner Landgericht wegen der Anklage auf viermalige Majestätsbeleidigung zu verantworten. Der Angeklagte hätte sich wohl verschiedentlich auch auf Bismarck's Urtheile zu seinen Gunsten berufen können. Aber der Gerichtshof beschloß, ihn hinter verschlossenen Thüren zu verhören, und in dreitägiger geheimer Verhandlung wurde er zu sechsmonatlicher Festungsstrafe verurtheilt. „Weil", sagt er in seinem Blatte, „er in literarisch anständigen Formen zu sagen gewagt hat, was mindestens neun Zehntel des Volkes denken, und was auf allen Bierbänken, in allen Amtsstuben sogar, täglich beseufzt, bespöttelt und bezischelt wird".[2]) Zu derselben Zeit ist das neue Wort von der „Reichsverdrossenheit" aufgekommen.

---

1) „Ereignisse und Stimmungen in Berlin", s. „Histor.-polit. Blätter", 1897, Bd. 119, S. 221, 302, 534, 915.

2) Maximilian Harden's „Zukunft". Berlin vom 12. November 1898. S. 282. — Der oft genannte Herausgeber ist Pole und von Hause aus Jude. Sein Styl ist modern manierirt und strotzt von stacheligen Spitzen.

Es muß damit in der That weit gekommen seyn. Das beweist die erschreckende Zunahme der Majestätsbeleidigungen und ihre strenge Verurtheilung. Nicht nur in der Presse wuchert das Unkraut, sondern auch in den Gesprächen der untern Volksklassen. Die obern Klassen sind vorsichtiger, aber die Erscheinungen in den untern Schichten lassen darauf schließen, welche Stimmungen in den oberen um sich gegriffen haben. Jüngst ist berechnet worden, daß in den letzten 10 Jahren über dritthalb Tausend Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung stattgefunden haben, zum Theil zu sehr hohen Strafen. Kürzlich wurde der Redakteur einer socialdemokratischen Zeitung in Magdeburg zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt wegen Abdruck eines persischen Märchens, in dem eine Anspielung auf den Kaiser und einen von dessen Söhnen entdeckt werden wollte. Hintennach meldete sich ein anderer „Genosse“ als verantwortlicher Thäter vor Gericht.

Der Glaube an eine Kabinetsregierung an der Spitze Preußens und des Reichs ist allgemein verbreitet. Früher hatte Fürst Bismarck mit seinen gedruckten Formularen für Beleidigungsanklagen zu schaffen; jetzt geht Alles gegen den Kaiser. Dazu kommt noch, daß er sich in der Oeffentlichkeit so gerne als gewandten Redner zu zeigen liebt. Bezeichnender Weise richten sich die Majestätsbeleidigungen, die fast jeder Tag bringt, immer bloß gegen den König von Preußen, fast nie gegen einen andern Bundesfürsten. Auch in Oesterreich gibt es so gut wie gar keine Majestätsbeleidigungs-Processe. Nur so läßt es sich verstehen, daß in Preußen die „Freisinnigen“ sogar auf den Gedanken kommen konnten, die Einleitung solcher Strafprocesse solle ohne persönliche Genehmigung des Kaisers nicht mehr zulässig seyn.[1]) Uebrigens ist es eine bekannte Thatsache, daß Duellvergehen sich einer milden Bestrafung und baldiger Begnadigung zu erfreuen

1) Stuttgarter „Neue Zeit“ vom 21. Januar d. Js.

pflegen, während man von Strafnachlaß bei Majestäts-Beleidigern nichts zu hören gewohnt ist.

In weiten Kreisen der Bevölkerung scheint geradezu die Meinung um sich gegriffen zu haben, daß man den Staatsanwaltschaften und den Gerichten einen Gefallen thue, wenn man ihnen Material zu derlei Verhandlungen liefere. Von Zurückweisungen hört man nicht viel. Es deutet auf eine Vergiftung der Volksseele hin, wenn man immer mehr daran glauben muß, daß Denunciationen aus Rachsucht, oder sogar um Erpressung zu üben, bei den Gerichten vorkommen. Darum wird auch eine Erweiterung der Befugnisse der Staatsanwälte verlangt, um solchen Anklägern auf die Finger zu sehen. Ein gewiß nicht verdächtiges Blatt schreibt über diese Zustände:

„Daß mittelst Anzeigen wegen Majestätsbeleidigung eine geradezu schamlose Erpressung betrieben wird, konnte im Laufe der letzten Monate nicht allzu selten beobachtet werden. In der Beschränkung auf Majestätsbeleidigungen würde die Abschwächung des bestehenden starren Systems, dem zufolge der Staatsanwalt die Anklage erheben muß, wenn sie glaubhaft gemacht wird, ohne jeden Zweifel höchst bedeutsame Vortheile bieten; wir meinen, daß die meisten mit Anzeige wegen dieser Verfehlungen getriebenen Erpressungen nicht vorkommen würden, wenn der Staatsanwalt in der Lage wäre, nach freiem Ermessen darüber zu befinden, ob die Anklage zu erheben ist oder nicht. Etwas muß jedenfalls geschehen, um der nichtswürdigen Ausnutzung der öffentlichen Strafgewalt für private Zwecke ein Ende zu machen, sonst gelangen wir schließlich noch zu Zuständen, die an die Zeiten des sittlichen Niedergangs mahnend erinnern. Die Häufung der Majestätsbeleidigungsprozesse ist kein Ruhmesblatt in der politischen Entwicklung des neuen Reichs“.[1])

---

1) Berliner Correspondenz der Münchener „Allgem. Zeitung“ vom 4. Januar d. Js.

Eine andere, gleichfalls tief bedauerliche, Angelegenheit beschäftigte den neuen Reichstag: der seit 1895 dauernde Streit um die Erbfolge im Fürstenthum Lippe-Detmold. Der letzte Detmolder, vermählt mit einer badischen Prinzessin, hatte den Prinzen zu Schaumburg-Lippe zu seinem Nachfolger ernannt. Derselbe ist seit 1890 mit einer Schwester des Kaisers Wilhelm vermählt. Aber als wirklich erbberechtigter Fürst trat der Graf Ernst zu Lippe-Biesterfeld auf. Es kam zum Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Königs von Sachsen, und dasselbe entschied am 30. Oktober 1896 zu Gunsten des Grafen Ernst. Fürst Bismarck hatte über den Streit geurtheilt: „Selbst wenn die Rechtslage weniger klar wäre, als sie in Wirklichkeit sei, müsse man, schon um die für die Reichseinheit wichtige Stimmung der Bundesfürsten nicht leichtfertig zu verbittern, den Schein vermeiden, als könne der Schwager des Kaisers mit besonders zärtlicher Rücksicht behandelt werden".[1])

Als Graf Ernst in Lippe die Regierung antrat, wurde er von Reichswegen von den Officieren behandelt, als ob er gar nicht da wäre, und als er sich demüthig bei dem Kaiser beschwerte, erhielt er das bekannte Telegramm, dessen Ton alle Welt in Erstaunen versetzte. Nun schob aber Schaumburg den Streit auf eine andere Bahn: der Bundesrath sollte über die Ebenbürtigkeit der Söhne des Grafen von Lippe-Biesterfeld entscheiden. Auf die kaiserliche Rückendeckung auch bei diesem Schritt brauchte man nicht lange zu rathen. Selbst conservativ-preußische Blätter schüttelten überhaupt den Kopf über das gewohnte persönliche Vorgehen: „dieses gern beliebte Heraustreten sei bisher überwiegend von Mißerfolgen begleitet gewesen, wie auch seine Reden im Großen und Ganzen nicht dazu beigetragen hätten, den kaiserlichen Einfluß im Lande zu stärken".[2]) Das Organ

1) Max. Harden's „Zukunft". Berlin vom 30. Juni 1898.
2) „Rhein. Westf. Zeitung" s. Wochenschrift der „Frankfurter Zeitung" vom 26. November 1898.

der sächsischen Conservativen ersah in dem Hereinbeziehen des Bundesraths im vorliegenden Falle Seitens der Urheber „eine gewisse Unlauterkeit“, die dem Rechtsgefühl im deutschen Volke einen empfindlichen Stoß ertheile:

„Ein Umstand von höchster Bedeutung, den wir nicht mit Stillschweigen übergehen können, fällt noch besonders in's Gewicht: In den deutschen Bundesstaaten ist unter dem klugen, die Versailler Verträge mit peinlicher Gewissenhaftigkeit achtenden Regiment des großen Kaisers Wilhelms I. ein Vertrauen in die Selbstlosigkeit und Unparteilichkeit des Reichsoberhauptes erwachsen, das jeden Gedanken an die Wiederaufnahme der Hauspolitik, welche Preußen auf Kosten seiner Nachbarn in den zwei letzten Jahrhunderten eingeschlagen hat, im Keime erstickte. Dieses Vertrauen hat den Partikularismus der Stämme niedergehalten und den Fürsten ermöglicht, freudig und mit aufrichtiger Hingebung die großen Opfer zu bringen, die des Reiches Einheit erheischt. Wir können nicht glauben, daß es nunmehr anders werden soll“.[1])

Es war zur selben Zeit, wo dem zweitgrößten Bundesstaat Bayern das Reservatrecht des eigenen Militär-Gerichtshofs abgerungen wurde. Es tauchte die Erinnerung auf an das Diktum des Historiographen Neu-Preußens, Treitschke: „Die Gliederstaaten Deutschlands sind nicht wirkliche Staaten; sie müssen gefaßt seyn, daß ihnen morgen von Reichswegen ein Recht genommen wird, das sie heute noch haben; Preußen allein ist noch ein wirklicher Staat; das Reich ist ja bloß das verlängerte Preußen; verbriefte Rechte gibt es nicht“. Gerade jetzt werden auch wieder die Versuche zur Annäherung an die Alt-Welfen in Hannover dahin gedeutet, daß ebenso Braunschweig keine Hoffnung habe, jemals wieder in den Besitz seines angestammten Fürstenhauses zu kommen. Unmittelbar nach der angerufenen Entscheidung des Bundesraths hat der Präsident des neu eröffneten Lippe'schen

1) Dresdener „Vaterland“ s. daselbst.

Landtagsi n Detmold sich auf Bismarck berufen, „nach dessen Sinn das Reich ein Hort für die Existenz seiner größten wie seiner kleinsten Glieder, des Fortblühens der eigenen geistigen Entwicklung und des Festhaltens am eigenen Recht und Rechtsbewußtseyn seyn solle“.[1]) Zwei Tage vorher aber hatte die amtliche Lippe'sche „Landeszeitung“ geschrieben: „Seit mehr als drei Jahren wird im Lande in unerhörter Weise gehetzt und geschürt; der wirthschaftliche Niedergang oder der Stillstand in unserem Lande ist zum großen Theile auf die unsicheren politischen Verhältnisse zurückzuführen“. Das Blatt schließt:

„Das Deutsche Reich ist geschlossen zum Schutze des Bundesgebietes und seines Rechts, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes, aber nicht, um durch Beschlüsse des Bundesraths Haß und Zwietracht in einem Bundesstaate zu erhalten und einem Bundesstaate die Möglichkeit zu rauben, in seinem Innern Friede und geordnete Verhältnisse zu schaffen. Letzteres geschieht aber thatsächlich durch den Bundesrathsbeschluß. Das monarchische Gefühl im Reiche und besonders im lippe'schen Lande hat durch die Ereignisse der letzten Jahre unendlich gelitten und wird sicherlich auch dadurch nicht gekräftigt und belebt, daß die Bevölkerung nicht weiß, ob die Familie des Herrschers, der heute unsere Geschicke leitet, fürderhin unser Herrscherhaus bleibt oder nicht. Was das deutsche Volk von dem viel gepriesenen Gottesgnadenthum halten soll, wenn es sehen muß, wie der Eine Fürst dem andern jahrelang den Thron streitig macht, mag nur angedeutet sein“.[2])

Die angesehensten Lehrer der Jurisprudenz waren entschieden gegen die Hereinziehung des Bundesraths in den Streit; sie hielten allein die gesetzgebenden Faktoren des Lippe'schen Landtags für zuständig, wie vor Kurzem auch in Sachsen-Meiningen der Fall war. Der Bundesrath ist eben kein gerichtliches Collegium, sondern eine politische

---

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 11. Januar d. Js.

2) Berliner „Germania“ vom 8. Januar d. Js.

Körperschaft, deren Mitglieder die Kammerdiener der auftraggebenden Mächte sind. Es handelte sich auch nicht um einen Streit von Bundesstaat zu Bundesstaat, sondern um eine Frage des Privatfürstenrechts. Dennoch erklärte der Bundesrath seine Zuständigkeit. Der Beschluß erfolgte mit den 17 Stimmen Preußens und seiner Gefolgschaft. Er hat böses Blut gemacht, zudem Jedermann die „mächtigen Einflüsse", die dahinter standen, kannte und den „allmächtigen Fürsprecher", wie der Abgeordnete Lenzmann im Reichstage sagte.

Das Wunderbarste ist noch, daß der Bundesrath nur seine Competenz erklärte, aber von einer Entscheidung über die Streitfrage selber Abstand nahm. Diese sollte verschoben werden bis zum Ableben des Grafen Ernst, des Vaters, also auf unabsehbare Zeit, bis zu welcher Zeit die unleidlichen Zustände im Lippe'schen fortzudauern hätten Die klägliche Verlegenheit schaute auch aus dem Zettel heraus, den der Reichskanzler verlas, und auf dem eigentlich nur stand, daß er weder über die Competenz, noch über den Hauptstreitpunkt Erklärungen geben könne. Der Staatssekretär des Innern hat sogar in Aussicht gestellt, daß über diesen letztern Punkt seinerzeit doch ein Austrägalgericht oder ein Schiedsspruch entscheiden könnte. Der Abg. Dr. Lieber urtheilte vernichtend über das ganze Schaumburg'sche Vorgehen: „Auch aus politischen Rücksichten mußte der Bundesrath sagen: principiis obsta. Das hat er versäumt und damit dem Rechtsbewußtseyn schweren Schaden zugefügt. Da ist es Sache des Reichstags, seine Pflicht wahrzunehmen, und an dieser Stelle dem Wort (in dem Telegramm des Kaisers) praktische Geltung zu verschaffen: Recht muß doch Recht bleiben".

Noch ein anderer Stein fiel dem neuen Reichstag über den Weg: die Ausweisungen aus Nordschleswig und das Auftreten des Professors Dr. Delbrück in seinen „Preußischen Jahrbüchern", welches derart scharf war, daß über ihn das Disciplinar-Verfahren verhängt wurde, mit der

Absicht auf Entfernung aus dem Amt. Der Uebelthäter gilt eigentlich als conservativ, aber gegenüber der „nächsten Umgebung des Kaisers" war er immer wieder mißtrauisch. „Es sind", schrieb er vor anderthalb Jahren in seinem Blatte, „Leute an der Arbeit, die ein ehrliches constitutionelles Regiment nicht mehr wollen, sondern ganz direkt auf den Conflikt und den dahinter drohenden Staatsstreich hinarbeiten; hier ist in Wahrheit der Schlüssel zu der sonst so räthselhaften Unklarheit und Verworrenheit in der Regierung".[1]) Als der Oberpräsident von Köller gegen Nordschleswig den Schritt wagte, verbreitete sich die Meinung, der Reichskanzler sei gar nicht gefragt worden, und es handle sich um den Versuch, den müßigen alten Mann zu stürzen.[2]) Allein der Kieler Präsident war jedenfalls der Zustimmung des Kabinets sicher. Das mußte auch Dr. Delbrück wissen, als er in seinem Blatte schrieb:

„Die jüngsten Ausweisungen in Schleswig schreien zum Himmel. Wenn man in der Darstellung der deutschen Geschichte zum schleswig-holstein'schen Kriege kommt und die Unthaten der Dänen an dem verrathenen Bruderstamm schildern möchte, dann stockt die Stimme und das Wort erstirbt auf der Zunge, denn die peinliche Wahrheit legt sich dazwischen: es war Alles Kinderspiel, was die Dänen damals gethan haben und was den sittlichen Zorn des damaligen deutschen Volkes erregte, gegen die Gewaltsamkeit, mit der wir heute selber jene Landschaft regieren. Und noch schlimmer als die Brutalität, die uns zum Abscheu der gebildeten Welt macht, ist die Verblendung, die da glaubt, mit solchen Mitteln im Kampfe der Nationalitäten dauernde Erfolge erzielen zu können".[3])

Die Maßregel hat gegen dreihundert Person getroffen, meist unschuldige Leute, darunter Knechte und Mägde, um ihre dänisch gesinnten Dienstherren zu strafen. Den Optanten

1) Aus dem Berliner „Vorwärts" vom 29. Oktober 1897.
2) „Kölnische Volkszeitung" vom 30. Dezember 1898.
3) Wiener „Neue freie Presse" vom 21. Dezember 1898.

wurde auch das Erziehungsrecht der Kinder in dänischer Sprache entzogen. Die preußisch-conservative Presse war aber sogar mit der disciplinarischen Maßregelung des Universitätslehrers Delbrück einverstanden, indem sie in seinem Auftreten eine nahezu landesverrätherische Haltung erblickte. Das Berliner Hauptorgan sieht in demselben auch die versteckte Majestätsbeleidigung, da kein Zweifel über die Stelle bestehen könne, gegen die allein die Spitze des Angriffs sich richte:

„Unmittelbar auf die erste Beleidigung läßt Herr Delbrück eine zweite folgen, indem er von der ‚Brutalität' spricht, die ‚uns' zum Abscheu der gebildeten Welt mache, und die Verblendung, die da glaubt, mit solchen Mitteln im Kampfe der Nationalitäten dauernde Erfolge erzielen zu können, für noch schlimmer als jene Brutalität erklärt. Der Vorwurf der Brutalität kann sich ebenfalls selbstverständlich nur gegen die Stelle richten, die die Ausweisungen veranlaßt hat. Er wird noch verschärft, indem behauptet wird, daß jene Brutalität ‚uns', d. h. das deutsche Volk, zum Abscheu der gebildeten Welt mache. Aber auch diese bereits gesteigerte Beleidigung genügt Herrn Delbrück nicht, er steigert sie vielmehr noch weiter, indem er dem Urheber der Ausweisungsmaßregeln einen, wenigstens nach seiner Auffassung noch schlimmeren Vorwurf macht als den, daß er durch die Brutalität seines Vorgehens Deutschland zum Abscheu der gebildeten Welt gemacht habe".[1])

Mit solchen preußischen Gewaltaugen sieht in Süddeutschland selbst der Nationalliberalismus die Sache nicht an. Wenigstens gesteht er: „die landesfeindliche Agitation werde nicht nur nicht aufhören, sondern sich steigern, wenn man die Unschuldigen ausweist und die Schuldigen im Lande bleiben".[2]) Im Süden ist überhaupt von einer Ausweisungs-Manie nichts zu bemerken, die im Norden zum System werden zu wollen scheint. Die Dänen wehren sich

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 23. Dezember 1898.

2) S. Leitartikel der „Allg. Zeitung" vom 23. November 1898.

handelspolitisch, allem Anschein nach nicht ohne Erfolg. Mit Oesterreich hat es bereits wegen der preußischen Ausweisungen wenig bundesfreundliche Auseinandersetzungen gegeben. Der Ministerpräsident Graf Thun hat öffentlich mit „Repressalien" gedroht: wie Du mir, so ich Dir, und zwar nicht nur wegen reichsdeutscher Arbeiter, sondern auch wegen solcher Deutschen, die jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle gute Geschäfte machen. Noch mehr ist Rußland, in Folge der Ausweisungen russisch-polnischer Unterthanen aus Preußen, veranlaßt, auch mit der Ausweisung Deutscher zu drohen, die in Rußland nicht nur ihr karges Brod verdienen, sondern auch große Reichthümer erwerben. Schon ein Verbot der russischen Regierung an die Arbeiter nach Deutschland zu gehen, würde für die deutsche Landwirthschaft von den schwersten Folgen seyn.[1])

Wie verträgt sich überhaupt dieses Ausweisungs-System mit der bereits sprüchwörtlich gewordenen „Leutenoth" in den bäuerlichen Provinzen gerade in Preußen. Selbst auf liberaler Seite wird zugegeben, daß diese Leutenoth gerade jetzt eine brennende Frage geworden ist.[2]) Es stund von einem schlesischen Abgeordneten die wiederholte Anfrage an die Regierung bevor: was sie zur Abhülfe des Mangels an landwirthschaftlichen Dienstboten und Arbeitern zu thun gedenke. Es werde ihr reiches statistisches Material vorgelegt werden zu dem überzeugendsten Nachweis, daß die Leutenoth überall zu einer wahren Calamität der Landwirthschaft geworden ist, die den Ruin des Ackerbaus zur Folge haben müsse, wenn nicht Abhülfe geschaffen werde. Schon früher hat der Provicialverband des ostpreußischen „Bundes der Landwirthe" an die Oberpräsidentschaft das Verlangen gestellt: wenn keine anderen Mittel zur Abhülfe der Abeiternoth auf dem Lande

1) Berliner „Germania" vom 22. Januar d. Js.

2) Aus Berlin s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 20. Januar d. Js.

wirksam seien, den dauernden Aufenthalt von russischen und polnischen Arbeitern zu gestatten. Freilich meinten die Herren, man könnte ja den jüngern Arbeitern die Bedingung stellen, mit deutschen Mädchen sich zu verheirathen.[1]) Andere Vereine des Bundes fordern ohne weiters die Oeffnung der Grenze für polnische und russische Arbeiter. Aber was werden die „Alldeutschen“ und der große Verein zur „Förderung des Deutschthums in den Ostmarken“, die berüchtigten „Hakatisten“, dazu sagen?

„Die große Ketzerei unseres Jahrhunderts ist das Nationalitäten-Princip“. Sehr wahr. Kein anderes Volk hat darunter größeren Schaden erlitten als unser ehemaliges geachtetes Deutschthum. Und wer trägt die Schuld und Verantwortung?

XXVIII.

Wilperts Gewandstudien.[2])

Seitdem vor mehr wie einem Jahrzehnt die Forschung nach dem Ursprung der christlichen Cultusgewänder in Belgien und England wieder aufs Neue angeregt worden war, ist dieses Thema aus der wissenschaftlichen Discussion nicht wieder verschwunden. Ganz neuerdings sind einige umfangreichere Untersuchungen darüber erschienen, die allseitige Beachtung gefunden

---

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 2. Dezember 1898.

2) Wilpert, Joseph, Die Gewandung der Christen in den ersten Jahrhunderten. Vornehmlich nach den Katakomben-Malereien dargestellt. VI und 58 Seiten, mit 22 Seiten Abbildungen. Köln 1899. Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft.

haben. Auch ohne daß jedes Mal Beiträge in der Oeffentlichkeit bekannt gegeben wurden, ist die Frage unter den Gelehrten und im Schoße gelehrter Gesellschaften eingehend besprochen worden. Nachdem Wilpert durch seine seit längerer Zeit betriebenen Studien über die auf den Katakombenbildern sichtbaren Gewandstücke auf die Frage hingeführt worden war, erkannte er, daß die bisherigen Kriterien der Altersbestimmung der genannten Malereien wesentlich vertieft werden konnten, wenn die Frage der Geschichte der Gewandung einmal gründlich in Angriff genommen werden würde. Die Erkenntniß dieses Umstandes und die Umsetzung in die That war bei einem Forscher wie Wilpert ein und dasselbe. Die erste Frucht seiner diesbezüglichen Studien erschien im vergangenen Jahre unter dem Titel: Un capitolo di storia del vestiario. Weitere Studien unter Berücksichtigung der Bedürfnisse eines weiteren Leserkreises liegen in der untenangezeigten Schrift vor, und die Fortsetzung des italienischen Buches erscheint in diesen Tagen.

Principiell ist zu bemerken, daß Wilpert nicht nur die Dokumente, sondern vor Allem die Monumente für seine Studien heranzieht, was bisher noch Niemand mit der annähernden Gründlichkeit und derselben Sachkenntniß unternommen hatte. Daß sich eine Frage von dieser Wichtigkeit in edel volksthümlicher Darstellung auf nur 58 Seiten erschöpfend darstellen läßt, zeigt, daß der Verfasser das Material in einer Weise beherrscht, die staunenswerth ist. Es wäre sonst nicht möglich gewesen auf so engem Raume wirklich Abschließendes zu bieten.

Die Schrift, der sowohl Inhaltsverzeichniß wie Index bedauerlicher Weise fehlt, handelt in drei großen Abschnitten von der männlichen Gewandung (1—22) in 10 kleineren Kapiteln, von der weiblichen Gewandung (22—26) in 5 Kapiteln und von der liturgischen Gewandung (33—57) in 6 Kapiteln. Eingestreut sind die Abschnitte über die Verzierung der Gewänder, die Farbe derselben und die Fußbekleidung. Ich stehe nicht an diese Schrift als eine epochemachende für das in Frage kommende Gebiet zu bezeichnen. Methodisch wichtig ist sie deswegen, weil sie auf das klarste zeigt, daß derartige Studien nicht gemacht werden können, wenn nicht die ein-

gehendste Kenntniß der Monumente dem Verfasser zur Seite steht. Bedeutsam ist dieselbe auch deswegen, weil indirekt erwiesen wird, daß die meisten Veröffentlichungen der Katakombenbilder nicht so genau gemacht worden sind, daß sie dem Forscher die feine Unterscheidung aller einschlägigen Einzelheiten ermöglichen. Eine solche Arbeit ist also zum wesentlichsten Theil das Resultat seiner jahrelangen Bemühungen, sich von allen Malereien solche gemalte Copien anzufertigen, die bis auf die geringste Kleinigkeit genau sind.

Man muß dem Verfasser völlig zustimmen, wenn er in seinem Schlußworte schreibt: „Wer die vorstehenden Untersuchungen überschaut, wird finden, daß wir der eingangs geäußerten Versicherung, in erster Linie aus den Monumenten zu schöpfen, in vollem Maße gerecht geworden sind. Eben deshalb glauben wir auch positive Resultate erzielt zu haben. Wir konnten an der Hand der cömeterialen Gemälde nicht bloß die Form der einzelnen Gewänder genauer bestimmen, als es bisher geschehen ist, sondern von einigen auch gewisse Unterarten feststellen. Das Gesetz oder die Mode der Contabulatio (Zusammenfaltung, Zusammenlegung), die man bisher viel zu wenig beachtet und meistens mißverstanden hat, ermöglichte uns ferner, mehrere Gewandstücke in ihrer ganzen, bis zur Unkenntlichkeit sich steigernden Entwicklung zu verfolgen. Hieraus ergaben sich sichere Schlüsse auf das Alter der Monumente, in denen die verschiedenen Entwicklungsstufen auftreten. Der Chronologie fließen aus dem Studium der Gewandung aber auch sonst noch werthvolle Kriterien zu . . . . . . Ueberhaupt läßt sich jetzt zwischen den Fresken der zwei ersten und denen der späteren Jahrhunderte eine scharfe Grenze ziehen. — Bei der Frage nach dem Ursprung der liturgischen Gewänder war es nicht nöthig, die Zahl der Hypothesen durch neue zu vermehren; ihre Beantwortung ergab sich uns eigentlich überall von selbst; nirgends hatten wir Gelegenheit auf die Cultkleider des alten Testamentes Rücksicht nehmen zu müssen. Die liturgischen Gewänder waren wirkliche Gewänder, wie sie der anständige Mann zum Ausgehen anlegte, sie konnten sich also schon darum von den Profankleidern nicht wesentlich in Form und Schnitt unterscheiden".

Die letzten Bemerkungen des Verfassers, für die er im Buche vollwichtige Beweise beigebracht hat, enthalten das für die meisten Gelehrten wichtigste und interessanteste Resultat seiner Untersuchungen. Daß dasselbe überraschend ist, kann nicht geleugnet werden; doch liegt die Schuld nicht an seiner Untersuchung, sondern an dem „undurchdringlichen Dunkel", das sich über den Ursprung der liturgischen Gewänder in Folge der gewagtesten und gesuchtesten Hypothesen gelagert hat. Daß diese Confusion für die Zukunft völlig beseitigt ist, dafür gebührt dem Verfasser der wärmste Dank und die aufrichtigste Bewunderung aller gebildeten Kreise.

Die reiche Ausstattung mit Bildern war bei einer solchen Schrift, die sich als bahnbrechend auf einem vielumstrittenen Gebiete darstellt, ganz unerläßlich, damit der Leser die wichtigsten Resultate des Verfassers an den Monumenten nachprüfen kann. Die 39 auf 22 Seiten vertheilten Bilder sind vorzüglich ausgewählt, ihr Druck ist im Allgemeinen klar und deutlich und die technische Einordnung derselben ist, trotz der großen Mühe, die sie verursachte, doch recht gut gelungen.

Man braucht kein Prophet zu sein, um dieser Vereinsschrift der Görres-Gesellschaft eine baldige zweite Auflage in Aussicht zu stellen. Für eine solche wird sich die Beifügung einer oder mehrerer Tafeln sehr empfehlen, auf denen die sämmtlichen Gewandstücke für sich nach modernen Rekonstruktionen zur Anschauung gebracht werden.

Paul Maria Baumgarten.

XXIX.
Der Niedergang der katholischen Völker.

Die Niederlage Spaniens in dem freventlich von den Vereinigten Staaten hervorgerufenen, seit einem halben Jahrhundert vorbereiteten und schamlos ausgenützten Kriege hat wiederum den „Niedergang der katholischen Völker", die Rückständigkeit der katholischen Lateiner gegenüber den protestantischen Germanen und ähnliche Schlagwörter in Schwung gebracht. Nun, die Mißerfolge katholischer Staaten sollen nicht geläugnet, aber auch deren Ursachen hervorgehoben werden. Es sind jetzt gerade 250 Jahre, seitdem im westfälischen Frieden Frankreich den Gipfel seiner Macht erreicht, Deutschland um ein Viertel verkleinert und zerrissen worden ist. Damals und dann zu Anfang dieses Jahrhunderts stand Frankreich in höchster Machtfülle da, Deutschland zählte nicht mehr, war vernichtet. Und doch ist es wieder erstanden, nachdem es noch nach 1848 eine recht klägliche Rolle gespielt hat. Man lese doch einmal die Schriften von 1815 bis 1866 nach, um sich der hoffnungslosen Klagen zu erinnern, von denen damals ganz Deutschland wiederhallte. Warum sollen denn Frankreich, Spanien, Portugal u. s. w. nicht noch einmal emporkommen? Die Ursachen ihres Rückganges sind bekannt.

Durch Unterdrückung des aufrührerischen, mit dem Ausland zettelnden Calvinismus haben die Könige Frankreich

vor einer ähnlichen Zerreißung und Niedergang bewahrt, wie sie Deutschland hauptsächlich durch die Glaubensspaltung bereitet wurde. Aber die Macht der Könige stieg dabei ins Ungemessene, besonders da mehrere derselben mit Hilfe ihrer Staatsmänner ihre Stellung ganz unerbittlich ausnutzten. In ihrer Ueberhebung suchten die Könige auch die Kirche zu unterjochen. Die berüchtigten vier Artikel von 1682, durch welche der Papst für Frankreich sozusagen abgesetzt wurde, sind die Uebertragung des protestantischen Grundsatzes des Landeskirchenthums und der oberbischöflichen Gewalt der Fürsten auf Frankreich. Die Folge des also von den Königen eingeführten Gallikanismus war die Verkümmerung des kirchlichen Lebens, die Verbreitung des Jansenismus und anderer Irrlehren, welche die unheilvollsten Wirkungen hervorbrachten. Der gegen die kirchliche Gewalt empörte Hof förderte namentlich die Aufklärerei, die Geheimbünde, überhaupt alle widerchristlichen Lehren und Strebungen, aus denen die Revolution hervorging. Diese mußte sich gegen den König wenden, welcher durch Mißbrauch seiner Allgewalt große Unzufriedenheit und viele Uebelstände hervorgerufen hatte. Der Abfall von der Kirche hat dem Königthum den Sturz gebracht, alle Staatseinrichtungen zerstört und umgekehrt. Seitdem ist Frankreich nicht wieder zu einer dauerhaften Ordnung gekommen. Keine der vielen sich ablösenden Regierungen hat versucht, Staat und Gesellschaft wiederum fest auf dem Boden des Christenthums zu gründen. Daher die Haltlosigkeit der Zustände, die Unfähigkeit und Ohnmacht der Regierungen, trotz ungeheurer äußerer Machtfülle, weßhalb das hochbegabte, thätige und unternehmende Volk mit seinen fast unerschöpflichen Hilfsquellen nicht mehr entsprechende Leistungen aufzuweisen hat. Politisch ist Frankreich seit 1682 kirchenfeindlich geblieben, die Regierung steht beständig in einem mehr oder minder großen Gegensatze zu den katholischen Ueberzeugungen der Mehrheit. Daher die Schwäche und die Niederlagen des politischen Frankreich. 1870 war

dabei Wilhelm I. dem Kaiser Napoleon III. in der Heerführung unendlich überlegen.

Das kleine Spanien war unter den Habsburgern die erste Macht der Welt. Mit dem Erbfolgekrieg begann das Verderben. Durch die nichtswürdigsten Mittel, List und Bestechung brachte Ludwig das Testament fertig, durch welches Karl II. gegen alles Recht einen französischen Prinzen zu seinem Erben einsetzte. Dieser verstand es, durch dieselben Mittel sich Anhänger zu verschaffen, mit französischer Hilfe sich in Besitz des Königreiches zu setzen. Dieses konnte er wiederum nur mit denselben Mitteln behaupten, durch welche er es erworben; der durch Erbschleicherei auf den Thron gekommene König stützte sich auf den schlechteren Theil des Volkes, suchte die französischen Grundsätze des Gallikanismus, der Freigeisterei zu verbreiten. Dabei wurde Spanien ganz von Frankreich abhängig. Der spanische Bourbon handelte fast nur als Vasall der Versailler Bourbonen, Spanien wurde französischen Zwecken dienstbar, überdies kirchlich, geistig und sittlich durch den französischen Einfluß geschwächt, zerrüttet. Die bourbonischen Könige von Frankreich, Spanien und Neapel setzten alle ihre Macht gegen den Jesuitenorden ein, welcher ihnen gegenüber die wahren Grundsätze der Kirche unerschrocken vertrat, drohten selbst mit dem Abfall von Rom, um die Auflösung des Ordens zu erzwingen. Die Vertreibung der Jesuiten, der Kampf gegen die geistliche Gewalt, die Kirche, bereiteten den Verlust der Siedelländer vor, wo auch Engländer und Holländer gegen Spanien zettelten und schürten. Der Bourbone Ferdinand VII. lieferte sein Königreich förmlich Napoleon I. aus. Die Verderbniß im Lande wurde gefördert durch die gewaltsame Aenderung der Thronfolge für Christina. Diese hatte zur Folge, daß die von Frankreich entliehene revolutionäre Gleichmacherei und der ödeste Parlamentarismus in das unglückliche Land eingeführt wurden. Das Volk verlor seine Rechte, die Kirche wurde mißhandelt, ihrer Orden und Güter beraubt. Das

Land ist der Spielball einer Kaste von Abenteurern geworden, die sich des Heeres zu ihren eigensüchtigen, verrätherischen Unternehmungen bedienten. Wäre der General, welcher das erste Pronunciamiento beging, einfach erschossen worden, so wäre er ohne Nachfolger und dem Lande unsägliches Unglück erspart geblieben. Aber die selbst durch Rechtsbruch auf den Thron gelangte Christina mußte sich auch unlauterer Mittel bedienen, sich auf die Liberalen stützen, um sich auf demselben zu halten. Sie war deshalb nicht im Stande, Gerechtigkeit gegen Empörer und Verräther walten zu lassen. Durch die Parteiwirthschaft wurde Spanien mit Schulden überladen, die Seemacht und die Sicherung der Siedelländer vernachlässigt. Die Flotte Cervera's, sowie die Befestigungen Santiago's hatten keine schweren weittragenden Geschütze, um es mit den Amerikanern aufzunehmen, keine Vorräthe, um eine Belagerung aushalten zu können. Aehnlich auf den Philippinen. Aber auch, wenn kriegerisch für Alles ausgiebig gesorgt gewesen wäre, würden die Amerikaner schließlich doch zu ihrem Zweck gekommen sein, den sie seit einem halben Jahrhundert verfolgten. Die Vereinigten Staaten haben 60 Millionen Einwohner, besitzen im eigenen Lande alles, was als Kriegsbedarf angesehen werden kann, ganz ausgiebig. Dabei sind sie Cuba und den Philippinen zehnmal näher als Spanien, das kaum zwanzig Millionen Einwohner zählt. Ohne starke fremde Hilfe hätte Spanien doch auf die Länge unterliegen müssen. Unter solchen Umständen von einer Ueberlegenheit der protestantischen germanischen Nordamerikaner über die katholischen romanischen Spanier reden zu wollen, heißt die Thatsachen auf den Kopf stellen. Spanien ist der Uebermacht erlegen, wobei sich die seit den Bourbonen eingeführte, seit Christina noch verstärkte Mißwirthschaft bitter gerächt hat. Schon während des Krieges hatte sich dabei gezeigt, daß die Nordamerikaner Verräther in Cuba und auf den Philippinen geworben hatten.

Trotz aller politischen Mißstände hat sich Spanien in

diesem Jahrhundert gehoben besonders auch wirthschaftlich. Ungeachtet vielfacher Gebrechen und Schwierigkeiten sind Cuba, Portorico u. s. w. unter spanischer Verwaltung zu großer Blüthe und Reichthum gelangt. Havana ist einer der ersten Häfen der Welt, Cuba die reichste Insel, die es gibt, trotzdem das ungesunde Klima, Sümpfe u. s. w. ein großes Hinderniß gedeihlicher Entwicklung sind. Jetzt schon beginnen für die Amerikaner die Schwierigkeiten, da sie die „befreite" Insel mit 50,000 Mann besetzen müssen, dabei aber noch lange nicht Herr der Bevölkerung sind. Und von den Philippinen könnten die Amerikaner sogar verjagt und so das Werk der Gesittung zerstört werden, welches die Spanier seit einigen Jahrhunderten dort gegründet haben.

Das Unglück Frankreichs, Spaniens und auch Portugals besteht darin, daß diese Staaten im Gegensatz zu den religiösen Ueberzeugungen der Volksmehrheit regiert werden. Aehnlich verhält es sich mit Oesterreich, dem durch den Josephinismus das Lebensmark genommen wurde. Der Josephinismus, dann die vor dreißig Jahren eingeführten kirchenfeindlichen Gesetze haben das religiöse Leben gelähmt, das Volk irre, theilweise auch ungläubig gemacht, die Regierung in einen unheilvollen Gegensatz zu der Mehrheit gebracht. Alle Kräfte des Reiches werden erschöpft, aufgerieben, um gegen die Mehrheit zu regieren. Da muß auch der stärkste Staat schwach und ohnmächtig werden. Die Schwächung des katholischen Bewußtseins, das ungläubige Beamtenthum, die religionslose Schule haben dem unheilvollen Liberalismus und Nationalismus auf die Beine geholfen. Der bis zum Wahnsinn gesteigerte Nationalitätenstreit wird erst aufhören, wenn eine Aussöhnung auf dem Boden der gemeinsamen Kirche und der ewigen Rechtsgrundsätze stattfindet. — —

Sind überhaupt die katholischen Völker etwa deshalb im Verfall, weil sie im Kriege Niederlagen erlitten, schlechte oder doch solche Regierungen haben, welche die Zeit, die Verhältnisse nicht verstehen, das eigene Volk nicht kennen

wollen? Alle Völker sind schon im Kriege unterlegen, aber oft nachher erst recht wieder emporgekommen und mächtig geworden. Siehe — um nicht weit zu gehen – Preußen 1806, 1815 und 1870! Frankreich ist durch die hundertjährigen Kriege mit England an den Rand des Abgrundes und der Vernichtung gekommen, hat aber dann die Engländer doch vertrieben, ist groß und stark geworden. Nach 1871 hat sich Frankreich überraschend schnell wirthschaftlich und geistig erholt, einen Aufschwung gewonnen. Nur zeigte sich die Nationalversammlung unfähig, ihm eine gute Staatsform und Regierung zu geben. Deshalb reibt seit mehr als zwanzig Jahren die Regierung alle Kräfte auf, um die Kirche zu vernichten, wobei sie mit abgefeimtester Geriebenheit zu Werke geht. Sie vermeidet sorgfältig jede offene, gewaltthätige Verfolgung und Unterdrückung, durch welche das Volk aufgeregt, Martyrer und Opfer geschaffen würden. Sie sucht die Kirche auszurotten, indem sie die Religion aus der Schule und aus allen öffentlichen Einrichtungen verbannt, um eine immer größere Zahl Neuheiden zu schaffen, das ganze Volk gleichgiltig zu machen. Dazu Ehescheidung und Staatsehe ohne kirchliche Weihe, unkirchliche pomphafte Leichenfeiern auf Staatskosten. Pfarrer und Bischöfe werden verhindert, größere Berathungen zu pflegen, durch willkürliche Entziehung der kärglichen Staatsrente in steter Besorgniß erhalten, die kirchlichen Lehr- und wohlthätigen Anstalten und Ordensgemeinschaften durch doppelte Besteuerung ausgeplündert, das Einkommen der Pfarrkirchen staatlich verwaltet und beschnitten. Es ist die stille, schleichende, beharrliche Verfolgung, welche ermattet, das Lebensmark angreift, deshalb am schlimmsten wirkt, die Widerstandsfähigsten auf die Dauer aufreibt.

Und trotz all dieser erdrückenden Hindernisse und unablässigen Verfolgungen behauptet sich die Kirche, entfaltet eine großartige, besonders auch wirthschaftliche und sociale Thätigkeit. Trotz aller Mißregierung erwehrt sich das Volk, be-

hauptet sich. Die kirchlichen Schulen zählen jetzt zwei Millionen (der 5½ Millionen) Kinder, die Missionen mehren sich, die Ordensleute sind seit Beginn der Verfolgung (1881) von 160,000 auf 180,000 gestiegen. Gesetzgebung und Einrichtungen wirken gegen Eheschließung und Kindersegen, deshalb mehrt sich die Bevölkerung nur um ein Geringes. Aber die Zahl der Auswanderer ist von 6—7000 auf 20—30,000 gestiegen — also jetzt sogar stärker als in Deutschland — und dieselben gedeihen ganz vorzüglich, besonders in Tunis, Mexiko und Südamerika, vor allem in Argentinien. Der Beweis, daß die geringe natürliche Mehrung nur in Gesetzgebung und Einrichtungen ihren Grund hat, geht daraus hervor, daß die Franzosen in Canada sich stärker mehren als selbst die Engländer. Trotz seiner widersätzlichen Regierung hebt, erneuert sich das französische Volk, so daß an seiner Zukunft nicht gezweifelt werden kann.

Dasselbe läßt sich von Spanien sagen. Trotz Unglück und der vielen Gebrechen und Fehler der Regierung, oder vielmehr der sich ablösenden Regierungen, macht das Land Fortschritte, ist wohlhabend, freilich lange nicht so sehr, als es sein könnte. Die spanischen Einwanderer in Algier und den südamerikanischen Staaten gedeihen vorzüglich, sind fleißig, betriebsam, kommen so gut vorwärts als irgend andere. Auch Bildung, geistiges und kirchliches Leben heben sich in Spanien wie in den spanischen Staaten Amerikas. Der spanische Stamm bewährt sich überall als ebenso gesund und lebenskräftig, als seine Regierungen oft minderwerthig, schlecht und angefault sein mögen. Einige der südamerikanischen Republiken sind sogar, trotz mancher politischer Mißstände, in sehr lebhafter wirthschaftlicher Entwickelung begriffen. Man darf nicht vergessen, daß die Nordamerikaner beständig alle Verschwörungen und Umwälzungen in den spanisch-amerikanischen Staaten schüren, unterstützen, wo nicht hervorrufen, da sie diese Länder nicht zur Ruhe und Macht kommen lassen wollen. Dadurch würde ja die Vormacht der

Vereinigten Staaten beeinträchtigt. Das Kaiserreich in Mexiko wurde von Nordamerika aus durch Hervorrufung und Unterstützung des Aufstandes vernichtet. Ecuador hatte unter der Verwaltung Garcia Morenos sich schnell erholt, Fortschritte gemacht, Ruhe und Ordnung schienen auf lange Zeit gesichert. Gedungene Mörder stürzten das Land in neue Umwälzungen, indem sie Moreno umbrachten. Portugal war einst, trotz seines kleinen Gebietes, eine wirkliche Großmacht, dank seiner großen Besitzungen in Afrika, Asien und Südamerika. Es rettete einst durch sein kriegerisches Eingreifen Abyssinien vor der muselmanischen Herrschaft. Der Niedergang wurde hauptsächlich durch die von Pombal begonnene Verfolgung der Kirche verursacht. Auch jetzt noch läßt die Regierung die Kirche nicht wieder zu freier Entfaltung ihrer Kräfte gelangen.

Sind etwa die katholischen Völker des habsburgischen Reiches im Rückgang, trotzdem das Reich stets in politischen Nöthen sich befindet? Trotz Liberalismus, Josephinismus, Aufklärerei und unkirchlicher Staatsschulen hält die Bevölkerung an der Kirche fest, arbeitet sich vorwärts. Auch zum Widerstand, zum Aufbau hat sich das Volk aufgerafft. In mehreren Landtagen haben die Kirchlichgesinnten die Oberhand, Wien, das „leichtsinnige“ Wien hat einen christlich gesinnten Gemeinderath gewählt, sowie einen Bürgermeister, der sich offen und entschieden als Katholik bekennt. Trotz aller Schwierigkeiten wird einmal eine Verständigung aller Katholiken des Reiches eintreten und dieses dann neu aufleben.

Die Schwäche der katholischen Staaten besteht darin, daß ihre Regierungen meist unkatholisch sind, zum Theil die Kirche bitter bekämpfen. Die Kräfte des Volkes werden durch diesen Kampf aufgerieben, das Land deshalb ohnmächtig, die eigentlichen Staatsaufgaben dadurch vernachlässigt. Jedes Volk hat nur die Regierung, die es verdient, versichern gern gewisse Staatsweisen. Die Geschichte aber lehrt, daß die Staaten, gleichviel ob Monarchien oder Republiken, stets

nur das sind, wozu sie durch ihre Regierer und großen Männer gemacht wurden. Was bleibt einem Volke übrig, wenn es schlecht regiert wird? Landesvertretungen hat es nicht immer gegeben, oft haben dieselben auch wenig geleistet, keine durchgreifende Besserung zu bewirken vermocht. Mit Revolutionen ist meist nicht viel gewonnen, wie namentlich das Beispiel Frankreichs zeigt. So lange es seinem Glauben treu bleibt, wird ein katholisches Volk keine Revolution machen, sondern lieber sein Unglück in Geduld tragen, mit friedlichen, gesetzlichen Mitteln seine Erneuerung, eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen suchen.

Spanien und Portugal haben in Amerika Länder besiedelt, welche doppelt so groß sind, als ganz Europa. Man wirft ihnen Grausamkeiten, abscheuliche Mißhandlungen der Eingebornen vor. Vieles hievon ist übertrieben, auch erfunden, anderes wahr. Jedoch darf nicht vergessen werden, daß nicht immer die bravsten, ordentlichsten Leute nach Amerika gingen, oder hingeschickt wurden. Auch unter den hingesandten Priestern befanden sich minderwerthige. Aber die Spanier haben (auch auf den Philippinen) die Eingebornen nicht ausgerottet — wie die Engländer und Holländer in Nordamerika, Afrika, Australien thaten und noch thun —, sondern zu Christen und gesitteten Menschen gemacht. Vielfach haben sich die Eingebornen mit den Spaniern verschmolzen, deren gute Eigenschaften angenommen. So namentlich in Cuba, wo nur noch die Farbigen nicht eingeschmolzen sind, noch ein Unterschied mit ihnen gemacht wird. In Portorico aber bilden Spanier, Eingeborne und Schwarze nur ein Volk, haben sich gänzlich zu einem einheitlichen Menschenschlag verschmolzen, der sehr tüchtig ist, spanischen Charakter zeigt. Auch in andern Theilen Amerikas sind die Ureinwohner, wenigstens theilweise, in die Spanier aufgegangen. Es gibt in diesen Ländern vielfach eine sehr tüchtige spanisch-amerikanische Aristokratie, welche der Bevölkerung als Vorbild dient, ihr einen gewissen Halt gewährt. Trotz aller politischen

Umwälzungen und Uebelstände, trotz vieler sonstigen Hindernisse und Schwierigkeiten, mehrt und verstärkt sich diese spanisch-europäische Bevölkerung fortwährend durch Nachschub aus dem alten Welttheil, besonders aus Spanien und den lateinischen Ländern. Und alle sind stolz darauf, Spanier, Hidalgos zu sein, halten spanische Ueberlieferungen und Sitten hoch. Aus diesen Ländern sind 5 Millionen freiwillige Beisteuern zu den Kriegskosten nach Spanien geschickt worden, aus Cuba zehn Millionen. Trotz nunmehr neunzigjähriger Trennung haben diese Bevölkerungen noch Anhänglichkeit an das Mutterland. Auf den Philippinen haben die Eingebornen vor hundert Jahren aus eigener Kraft und Antrieb die Engländer aus Manila u. s. w. vertrieben.

Mit der Mißwirthschaft der Spanier in ihren Siedelländern kann es deshalb nicht so weit her sein. Sie haben überall diesen Gebieten nicht bloß Christenthum und Gesittung gebracht, sondern auch den spanischen Stempel so fest eingeprägt, daß derselbe wohl sobald nicht ausgewischt werden dürfte. Durch Mißwirthschaft ist doch Cuba nicht zur Perle der Antillen, Havana zu einem ersten Handelshafen geworden!

Ein Gebrechen kann den katholischen, lateinischen Ländern freilich nachgewiesen werden: sie sind alt, sowohl als Völker wie als Staaten. Frankreich war schon über fünf Jahrhunderte lang von den Römern besiedelt, gesittet worden, als es durch die fränkische Eroberung erneuert wurde. Das Reich der Franken beginnt eigentlich mit der Taufe Clodwigs (496) zu Reims. Als christlicher Staat ist daher Frankreich vierzehn Jahrhunderte alt, hat seine Einigkeit, seine Ausgestaltung schon im sechszehnten Jahrhundert erhalten und dann, namentlich unter Ludwig XIV. beendigt, vervollständigt. Neben den Erfolgen, Verbesserungen, Fortschritten aller Art stellen sich auch Schäden und Gebrechen im Laufe einer so langen Zeit ein. Die Regierer verstehen es nicht immer, dieselben zu verhüten, zu verringern. Daher Umsturz, Zu-

sammenbruch, Zeiten des Niederganges und der Zerrüttung, der Mißerfolge. Frankreich hat solche Zeiten schon viele durchgemacht, befindet sich wegen der unstäten Staatsform jetzt in einer solchen; es zeigt sich vielerlei Verderbniß, gewisse Entartungen in Sitten und Gewohnheiten. Aber trotzdem ist der Kern noch gesund, stärkt sich und wächst. Geistig und wirthschaftlich ist Frankreich noch so thätig und schöpferisch als irgend ein Land. Die geringe natürliche Mehrung der Bevölkerung ist auf besondere Ursachen, Gewohnheiten, Gesetze und Einrichtungen zurückzuführen. In Canada und jetzt auch in Algier — wo unter 207,000 Ackerbauern sich 72,000 Personen unter 15 Jahren befinden — bethätigt sich die Lebenskraft des Stammes durch sehr starke natürliche Mehrung.

Spanien hat eine ähnliche Geschichte, erlangte vor vierhundert Jahren seine Einigkeit. Die überseeischen Besitzungen haben ihm drei Jahrhunderte hindurch seine besten Kräfte entzogen, es erschöpft. Jetzt, wo es die letzten derselben verloren, wird die Bevölkerung gezwungen, die heimischen Hilfsquellen auszunutzen. Hierdurch kann Spanien einen neuen Aufschwung nehmen, denn das Land vermag, bei guter Wirthschaft, das Doppelte seiner jetzigen Bevölkerung zu ernähren. Natürlich sind gute Gesetze, Verwalter und Regierer nothwendig. In Amerika, Algier u. s. w. bewähren sich die spanischen Ansiedler vorzüglich, kommen vorwärts.

Italien besitzt die älteste Gesittung in Europa; es war schon vor der Einführung des Christenthums ein viele hundert Jahre altes, mächtiges Staatswesen, das Römerreich. Durch das Christenthum wurden ihm neue Blüthezeiten, es glänzte wiederum viele Jahrhunderte hindurch nach jeder Richtung. Trotz aller politischen Verderbniß und Mißwirthschaft seit der Einigung ist das Volk tief religiös, sittlich, gesund geblieben. Es mehrt sich ungemein stark, schickt Millionen Auswanderer nach allen Richtungen, besonders Südamerika. Sie kommen überall fort und gedeihen.

Aehnlich in Portugal. Wie gesund und unternehmend die belgischen Stämme sind, sehen wir jeden Tag.

England ist auch ein altes Reich, hat aber wegen seiner Eigenschaft als Insel eine besondere Entwickelung durchgemacht, wurde ganz Seemacht, Besiedler und Eroberer großer Länder, der größte Handelsstaat, der sich dabei fast nach Belieben ausdehnen kann.

Das Neue Reich ist aber ganz neu. Preußen, der Kern desselben, beginnt ja kaum im elften Jahrhundert, ist erst im sechszehnten Jahrhundert zu einiger Bedeutung gelangt, wurde eigentlich erst von Friedrich II. geschaffen. Die andern deutschen Staaten, Bayern ausgenommen, sind meist nicht älter, wenn auch die Herrscherfamilien schon früher bestanden haben mögen. Sehr bezeichnend, daß der Mittelpunkt des Neuen Reiches in einem Gebiete liegt, welches erst christlich und deutsch wurde, als das Alte Reich schon viele Jahrhunderte bestand, Ruhm und Macht ausstrahlte. Der entsetzliche Aderlaß des dreißigjährigen Krieges, die dabei erfolgte Zerreißung und Zerrüttung erscheinen heute sozusagen als eine Art verjüngender Kur, indem das deutsche Volk sich aufraffte, allmählig, durch lange mühsame Anstrengungen wieder erstarkte, und seine Einigkeit gefunden hat.

Wahrscheinlich wären Frankreich und Spanien besser daran, ihnen vieles Uebel erspart worden, wenn die Einigung bei ihnen nicht so vollständig geworden wäre. Die Beibehaltung des Bundesstaates erscheint als eine gute Bürgschaft für die Zukunft Deutschlands.

XXX.

Die Biographie des Grafen von Montalembert.

(Schluß.)

Man muß Kapitel 11 und 12 bei Lecanuet durchlesen, um sich einen Begriff von den erstaunlichen Bemühungen Montalemberts zur Bildung der katholischen Partei in Frankreich zu machen. Es gab Männer im Episkopat, die seine Rolle scharf tadelten. Von Lyon dagegen erfuhr er kräftige Förderung. Die Bischöfe Parisis von Langres und de Montals von Chartres richteten herrliche Lobschreiben an Montalembert. „Man wirft Ihnen vor, Herr Graf", bemerkte Parisis in seinem Briefe über den Apostolat der Laien, „Sie hätten keine Mission. In der That fehlt Ihnen die Sendung, in einer Kirchenversammlung zu tagen und an lehramtlichen Urtheilen der Kirche theilzunehmen. Aber hat nicht St. Paulus gesagt, daß selbst unter den Gläubigen jeder die Gaben des hl. Geistes zum Nutzen Aller empfängt. Hat nicht jeder Christ die Pflicht, nach seiner Stellung und seinen Mitteln die Feinde Gottes zu bekämpfen?" In warmen Worten schildert der Bischof die höhere Bedeutung dieser Pflicht, sobald Jemand in öffentlichen Körperschaften sitzt, wenn hier gegen Gott, Religion und Kirche die Leidenschaft ihre Angriffe schmiedet (225). Montalemberts Besuche bei den französischen Bischöfen 1844 und 1845 glichen einem Triumphzug, wie ihn nur ein Bekenner feiern kann. Nur wenige Prälaten bezeugten ihm ihr Mißtrauen. „Geißeln

der Kirche" wurden diese Männer vom Nuntius Msgr. Fornari bezeichnet, der zugleich Montalembert des Vertrauens Sr. Heiligkeit des Papstes versicherte (224). Den schärfsten Widerstand vielleicht erfuhr Montalembert durch den Erzbischof von Paris Msgr. Affre, mit dem er ernste Auseinandersetzungen hatte. „Vergebens", bemerkt er im Tagebuch am 27. Juni 1844, „bemühte ich mich, ihm ein besseres Verständniß der Rolle, die er zu spielen habe, und der Bedeutung des katholischen Comités beizubringen. Ich machte ihm bittere Vorwürfe wegen seiner Winkelzüge und seines Gallikanismus, den er wie eine Kugel nachschleppe. Und das alles wegen des verkehrten Buches von Lamennais, das Jedermann, nur er nicht vergessen habe. Aber es gelang mir nicht, ihn umzustimmen" (223). Die ganze Haltung des Erzbischofs in dieser Frage, wie in andern gleich bedeutenden Angelegenheiten erinnert mich an den Professor v. Hefele, welcher in einer Vorlesung uns ein Wort von Thiers vortrug. Es lautet: Ich habe viele bedeutende Erzbischöfe von Paris gekannt — aber Notre-Dame liegt nahe bei den Tuilerien.

In den Kreisen der Laien begegnete Montalembert nicht geringeren Schwierigkeiten. Hervorragende katholische Personen versagten ihre Betheiligung am katholischen Comité. Zwar hat Louis Veuillot die Leitung des Univers übernommen. Indeß bei all seiner Hingebung an die Sache seines Freundes, unter dem er als treuer Soldat kämpfen zu wollen erklärte, und ungeachtet der Hochachtung und Liebe, die ihm Montalembert widmete, konnte doch ein herzliches Verhältniß zwischen beiden Männern nicht aufkommen. Veuillots Sprache war stets heftig, und ebenso stark sein Widerstreben gegen jedwede Controle des von ihm geleiteten Univers durch das katholische Comité, welches doch Eigenthümer des Blattes war und dem Publikum gegenüber für die in der Zeitung vertretenen Anschauungen die Last der Verantwortlichkeit übernehmen mußte. Nur mit äußerster

Anstrengung gelang es Montalembert, die in ihren Schlössern begrabenen Legitimisten aufzuwecken und für die Freiheit des Unterrichts zu begeistern, und für die Schöpfung von Comités in den Departements und die Gründung von katholischen Zeitungen zu gewinnen. Die katholischen Comités boten erst die Möglichkeit zur Erwirkung von Massenpetitionen der Katholiken an die Träger der Staatsgewalt.

Ein Buch, auf welches Professor v. Hefele in Tübingen 1860 in seinen Vorlesungen sehr übel zu sprechen war, und zwar mit vollem Recht, ist die 1845 erschienene Neuausgabe des Manuel de droit public ecclésiastique von Dupin. Es trug den Gallikanismus nicht einfach vor, sondern vertheidigte ihn mit solch cynischer Rücksichtslosigkeit, wie sie bis dahin unerhört war. Cardinal de Bonald trat öffentlich dagegen auf, und nach energischem Betreiben Montalemberts schlossen sich ihm sechszig Bischöfe an. Kapitel 13 und 14 schildern nun auf Grund eines umfassenden, bisher nie benützten Briefwechsels zwischen Montalembert und den beiden berühmten Jesuiten de Ravignan in Paris und Rozaven in Rom, sowie dem Nuntius Fornari in Paris Montalemberts heldenmüthige Vertheidigung der Jesuiten in der Pairskammer im Jahre 1845. Die katholische Erhebung ihnen zur Last legend, hat Cousin, dem vor dem Verlust des Monopols der Universität bangte, sie bei den Pairs, dann Thiers sie in der Kammer der Deputirten nicht mit Gründen — denn nicht das Mindeste war auch nur gegen ein einziges Mitglied der Gesellschaft Jesu bewiesen —, sondern mit längst verbrauchten Phrasen angegriffen. Msgr. Affre, den Montalembert in einem Briefe vom 13. Mai 1845 auf seine gefährliche Haltung hinwies (255), blieb ebenso unthätig, wie Lacordaire. Der Graf dagegen trat mannhaft, wenngleich ohne Erfolg, für sie ein. Lecanuet schildert uns nach geheimen Akten die Bemühungen des vom Minister nach Rom gesandten Diplomaten Rossi (des nachmaligen Ministers Pius' IX.) an der Curie. Durch

Versprechungen und Drohungen erreichte er endlich, daß der Cardinal Lambruschini den General des Ordens, P. Roothaan[1]), vermochte, den Wünschen Guizot's zu entsprechen und die Häuser der Gesellschaft in Frankreich aufzulösen. Alle, oder nur einige? Nur einige in den hauptsächlichsten Städten. Denn sobald die Regierung der verfolgungssüchtigen gebildeten und ungebildeten Menge die Befriedigung ihrer Rache melden konnte, wurden die abseits der großen Heerstraße befindlichen Collegien der Jesuiten in Ruhe gelassen. Die Nachricht von Rossi's Siegen bei der römischen Diplomatie machte in Montalembert den inneren Menschen knirschen und gab ihm jenen Klagebrief an P. Rozaven ein, den Lecanuet einen seiner „beredtesten“ nennt (263). Beredt ist der Brief, aber an einigen Stellen nicht ohne eine Färbung von Heftigkeit gegen die römische Diplomatie.

Der intime Briefwechsel zwischen Montalembert und den damaligen namhaftesten Mitgliedern der Gesellschaft Jesu bezeugt das Verhältniß innigster Freundschaft, wie sie nur schweren Opfern und tiefer Dankbarkeit für dieselben entsteigen kann. In seiner Aufrichtigkeit glaubte Montalembert indeß gegen die Jesuiten zwei Vorwürfe erheben zu sollen. In seinen Briefen an Ravignan tadelt er, daß sie in Rom einen Geist der Reaktion förderten und bisher trotz ihrer Bemühungen auf den Gebieten des Unterrichts und der Erziehung einen wirkungsvollen Vertheidiger der Kirche im öffentlichen Leben nirgendwo gestellt hätten. Ravignan erwidert darauf eingehend und bemerkt, daß der Orden keine Politik treibe und unter allen Staatsverfassungen seine Thätigkeit entfalte. Den zweiten Vorwurf möchte Ravignan mit dem Hinweis auf die unzulängliche häusliche Bildung und Erziehung der in ihre Collegien gebrachten Jünglinge beseitigen (276).

1) Beachtenswerth, wenn auch nicht erschöpfend, ist die Schrift: Johann Philipp Roothaan, 21. General der Gesellschaft Jesu von Jos. Martin, Priester derselben Gesellschaft. Ravensburg 1898.

Zum großen Theil war Montalemberts Thätigkeit 1846 darauf gerichtet, die Bemühungen des französischen Diplomaten Rossi in Rom zu Gewinnung der Curie für die Politik des Ministeriums zu vereiteln. Es geschah das in Form eines an den Nuntius Fornari in Paris gerichteten, aber für den Cardinal Lambruschini in Rom bestimmten Briefes. Letzterer darf für alle Zeiten und alle Länder, in welchen die Katholiken in die Lage kommen sollten, ihre religiösen oder staatsbürgerlichen Rechte schützen zu müssen, hohes Ansehen beanspruchen. Dem Verfasser der Biographie, P. Lecanuet, sind wir für die Mittheilung dieses den Papiers inédits Montalemberts entlehnten Aktenstückes zu Dank verbunden. Die Uebernahme der Vertheidigung des Univers, dessen an Maßlosigkeit streifende Kühnheit in Rom Bedenken erregte und namentlich Cardinal Lambruschini tief verstimmte, war für Montalembert nicht leicht. Aber auch hier weiß er, ohne die Schwächen des Blattes zu leugnen, dessen Vorzüge zu betonen. Im Uebrigen ist der Brief eine durchaus sachgemäße, unwiderlegliche Vertheidigung der Haltung der französischen Katholiken in der Universitätsfrage. In Rom hatte sie den Erfolg, daß Rossis diplomatische Winkelzüge scheiterten, wenngleich das unzufriedene Antwortschreiben Lambruschinis mit unverblümtem Tadel über die Herrschaft der Laien in der Kirche nicht geeignet war, Montalembert besonders zu ermuthigen. Dennoch fuhr er mit ungebrochener Kraft fort im Kampf für die Freiheit des Unterrichts und schrieb 1846 die Broschüre: Von den Pflichten der Katholiken bei den Wahlen, welche der Saumseligkeit der Glaubensgenossen erschütternde Wahrheiten predigte und durchschlagenden Erfolg erzielte. Auch diese Arbeit des edlen Grafen besitzt unverlierbaren Werth und wird sich in dem Maße behaupten, als die Betheiligung am öffentlichen Leben der Nationen ein hervorstechendes Merkmal der modernen Völker ist.

Die Jahre 1846 und 1847 sahen Montalembert noch höher steigen. Seine politische, publicistische und rednerische

Thätigkeit erzielte dadurch greifbaren Erfolg, daß die Neuwahlen 140 Anhänger der Freiheit des Unterrichtes in die Kammer brachten. Die Vertreter des Monopols der Universität waren von panischem Schrecken ergriffen. Dazu kam der Tod Gregors XVI., der von Montalembert gesagt: parla troppo, und die Wahl Pius IX., der von Montalemberts Reden und Schriften hingerissen, von ihm bemerkte: E un vero campione. In dem nämlichen Jahre sehen wir an Montalemberts Seite einen Abbé aufsteigen, der von kleinen Anfängen zu hohem Ansehen sich durchgerungen und fortan auf den Führer maßgebenden Einfluß üben sollte. Es war Felix Dupanloup, der nachmalige berühmte Bischof von Orleans. Hier schöpft Lecanuet wieder aus dem Vollen, einer ungedruckten Denkschrift über die Stellung der französischen Regierung zu der Kirche und dem heil. Stuhl, welche Montalembert verfaßt hatte und Dupanloup im Herbst 1846 Pius IX. in Rom einhändigte. „In ernstem, würdevollem Stile, wie es sich für ein derartiges Schriftstück geziemt, ist diese Arbeit abgefaßt, in welcher die Ideen derart aufeinanderfolgen, sich verketten und fortgleiten, daß sie eine unerschütterliche Ueberzeugung hervorbringen" (312). Montalembert betont den Unterschied zwischen absoluter und beschränkter Monarchie und hebt die Bedeutung der öffentlichen Meinung und der Volksvertretung in den neueren Staaten hervor. Geheime Verhandlungen der Diplomatie in Sachen der Religion seien mit dem bei den modernen Völkern angenommenen Grundsatz der Oeffentlichkeit nicht vereinbar. Daß die französische Regierung, deren Mitglieder zum Theil nicht einmal Katholiken seien, die Privilegien des ancien régime beanspruche, erscheine unerträglich. Die Dotation der Geistlichkeit bilde einen Theil der öffentlichen Schuld und sei von der Regierung unabhängig. Und wenn die französische Diplomatie zur Erlangung neuer Vortheile Frankreich als ein in Aufruhr befindliches Land schildere, mache sie sich einer Unwahrheit

schuldig. Seit wann datirt denn der ungeahnte Aufschwung der Religion in Frankreich? Unter der Juli-Regierung haben die Katholiken sich ermannt und gelernt, auf sich selbst zu vertrauen. Gibt Rom nach, dann, bemerkt Montalembert, „werden die Katholiken einmüthig die Waffen niederlegen. Ihre Redner schweigen in den Kammern, die katholische Presse ist vernichtet und der Episkopat wird sich wieder in jenes Stillschweigen hüllen, das schon so viele verhängnißvolle Wirkungen hervorgebracht hat“ (313—14).

Diesen Auslassungen der für Rom bestimmten Denkschrift Montalemberts haben wir um deßwillen Raum gestattet, weil ähnliche Stimmen bei Beendigung des Culturkampfes auch in gewissen Kreisen Deutschlands sich kundgaben. Montalemberts Anschauungen dürften denn doch mit denen des heiligen Stuhles nicht ganz übereinstimmen. Mit wem soll denn der Papst, wenn es sich um Herstellung des religiösen Friedens handelt, in Verbindung treten? Mit den Führern der katholischen Volksparteien? Deren Rath wird er vernehmen, und wenn es angeht, gern befolgen. Aber zuerst und vor Allem wird er sein Augenmerk auf die Träger der Staatsgewalt richten, welche die Macht inne haben, aber auch die Verantwortlichkeit tragen. Die Einmischung der Diplomatie in religiöse Fragen, welche Montalembert entsetzlich vorkommt (288), wird sich wohl auch in Zukunft, wie die Menschen nun einmal sind, nicht vermeiden lassen.

Die weitere Entwicklung des Kampfes um die Freiheit des Unterrichts in den Jahren 1846 und 1847 kann hier nur leicht gestreift werden. Von Rom zurückgekehrt, verfaßte Dupanloup seine berühmte Broschüre über „die gegenwärtige Lage der Frage“, welche zu einem Vergleich aufforderte, indem sie, die Frage des Universitäts-Unterrichts bei Seite lassend, nur Freiheit für die Mittelschulen begehrte. Obwohl eine Veränderung des ursprünglichen Programms, fand dieser Vorschlag einen warmen Verthei-

diger an Montalembert, senkte aber auch zugleich den Samen der Zwietracht in die Reihen der Katholiken. Veuillot und Parisis traten gegen den Vergleich auf und sind von da an mehr oder weniger Gegner des Grafen geblieben. Dennoch gelang es Montalembert durch seine Beredsamkeit und seine Broschüren ein neues Unterrichtsgesetz des Ministers Salvandy, das kaum besser war als seine Vorgänger, zu Fall zu bringen. Eine Art Beendigung des Gallikanismus erblickte Montalembert in der auf Antrag der Regierung durch Pius IX. 1847 vollzogenen Erhebung der Kirche von St. Denis zu einem vom Erzbischof von Paris unabhängigen Collegiatstift mit der Bestimmung, verdienten und arbeitsunfähigen Bischöfen einen Ruheposten zu gewähren. Er nahm diese Gelegenheit wahr, um dem Gallikanismus die Leichenrede zu halten (333).

Den Höhepunkt der Beredsamkeit Montalemberts dürfte seine große Rede in der Pairskammer am 14. Januar 1848 über den Radikalismus bezeichnen. Sehr streng war darin das Gericht über Lord Palmerston, der die schweizer Wirren schürte. Die Aeußerungen der bedeutendsten Staatsmänner, Literarhistoriker und Vertreter der Presse, welche Lecanuet auf drei Seiten zusammenstellt, unterstützen dieses Urtheil. Zugleich entwirft der Verfasser aus diesem Anlaß ein anmuthendes Bild von dem Redner Montalembert. Bei allen glänzenden Gaben des Geistes und des Herzens, die Montalembert zierten, darf man sich nicht der Täuschung hingeben, als ob er mühelos und sozusagen aus dem Stegreif seine bewunderten Reden in der Pairskammer gehalten. Wochenlang sie vorbereitend, die Schriften und Reden der Gegner auf das eingehendste prüfend, die Beweise für seine eigenen Behauptungen mit Schärfe und Ausführlichkeit darstellend — so gerüstet betrat er die Rednerbühne. Bis 1848 hat er seine Reden fast ausnahmslos zu Papier gebracht. Von da an genügte ihm ein bloßer Entwurf, den er in gegebener Stunde meisterhaft auszuführen verstand. Vor-

wiegend im Dienste der höchsten Interessen der Menschheit und der Religion thätig, suchte und fand er seine Stärke in der Kraft, die von oben kommt. Am Morgen des Tages, an welchem er die Tribüne bestieg, empfing er den Leib des Herrn im Sakrament des Altars, und unmittelbar vor der Sitzung der Pairs im Palais de Luxembourg verrichtete er in der nahe gelegenen Kirche Saint-Sulpice vor dem Bilde der Muttergottes, dem Sitz der Weisheit, ein frommes Gebet. Auf der Rednertribüne der Kammer lag in seinem leuchtenden Auge der Widerschein seines reinen Gewissens und der Hoheit und der Selbstlosigkeit seiner Bestrebungen. Die klassische Ungezwungenheit seines Auftretens bezeugte den vollendeten Edelmann. Um seine Lippen spielte ein sanftes Lächeln, das nicht frei war von einem Zug von Verachtung und Herausforderung wider seine politischen Gegner. Seine Bewegungen waren maßvoll, fast nüchtern. Lecanuet hebt den kriegerischen Charakter seiner Beredsamkeit hervor. Nur mit einer gewissen Einschränkung möchten wir diese Auffassung annehmen. Kriegerisch war sie im edelsten Sinne des Wortes. Denn jedem Redner, welcher diesen Namen verdient, ist das Element des Kampfes eigenthümlich. Eher kann er nicht ruhen, als bis er das Herz des Hörers erobert, und zur Huldigung vor der Wahrheit gezwungen hat.

Zu näherer Würdigung der oratorischen Leistungen Montalemberts sollen zwei Aeußerungen der bedeutendsten modernen französischen Literaturkritiker angezogen werden. „Thiers, Guizot sind Meister der Rede“, sagte Désiré Nizard zu seinem Schüler Ollé Laprune,[1] „aber um wie viel mehr Montalembert. Thiers ist stets ein wenig Journalist, Guizot immer ein wenig Professor, Montalembert

1) Eine Würdigung der Stellung Ollé-Laprunes († 1898) in der Geschichte der französischen Philosophie bringen soeben die: Études publiées par des Pères de la Compagnie de Jésus. 20. Octobre 1898, p. 145—64.

aber, mein theurer Sohn, ist ein Herr der spricht, ein beredter Herr. Thiers für die Werktage, Guizot für die Sonntage, aber für die vier großen Festtage des Jahres [1]) Montalembert" (339). Sainte-Beuve, der weltberühmte Verfasser der Causeries du Lundi, der Freund Lamennais, bemerkte schon 1848 zu P. Dechamps, dem nachmaligen Cardinal-Erzbischof von Mecheln, unter allen zeitgenössischen politischen Rednern weise er Montalembert den ersten Rang an (340). „Oft", schreibt Sainte-Beuve, mit Bezug auf dessen Rede gegen den Radikalismus, „hat man das menschliche Wort hinreißend genannt. Nie war diese Bezeichnung mehr am Platze, als in diesem Falle. Nie hat es eine hinreißendere Rede gegeben" (369). [2]) Jedermann wird einen ähnlichen Eindruck gewinnen bei der Lektüre der gedruckten Reden des Grafen. Wie aber der Edelstein erst in kunstvoller Fassung seinen höchsten Werth empfängt, wie der Rahmen es ist, der dem Gemälde zu bleibender Wirkung verhilft, so möchte ich behaupten, wird man erst durch Lecanuets Darstellung, welche die Umstände des Ortes, der Zeit und der Personen so anziehend zu schildern weiß, in das richtige Verständniß und den Genuß der Reden Montalemberts eingeführt. Was innige Verkettung der Gedanken, Fülle der Bilder, Tiefe der Empfindung, Glanz der Sprache, Umfang der Kennt-

1) Das französische Concordat von 1801 bestimmte nur vier Feiertage, die nicht auf einen Sonntag fallen.

2) Msgr. Professor Dr. Weinand in Aachen, dem wir so manche geistvolle Artikel im neuen katholischen Kirchenlexikon (Freiburg, Herder) über Frankreich verdanken (Bossuet, Fenelon, Französische Literatur, Lacordaire, Lamennais, Guyon, Loménie de Brienne), hat ein Bild von Sainte-Beuve gezeichnet in drei Programmen des Gymnasiums zu Neuß und des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums in Aachen (Programmsammlung von Teubner in Leipzig, Nr. 372, 392, 396) unter dem Titel: ‚Quelques remarques critiques sur les idées littéraires de M. Ch. A. Sainte-Beuve'.

nisse anlangt, ist Montalembert ein Redner von unvergänglichem Glanze.[1])

Wir stehen am Vorabend der Revolution im Februar 1848. Die große Rede gegen den Radikalismus hatte Montalembert ein Stück Leben gekostet. Er fiel in eine schwere Krankheit, erholte sich aber auffallend rasch, so daß er am 21. Februar dem Empfang in den Tuilerien beiwohnen konnte. Kaum hatte der König ihn erblickt, als er auf ihn zuging, sich nach seinem Wohlbefinden erkundigte, ihm zu seiner Triumphrede Glück wünschte, und auf einen Fauteuil niedergelassen ihn ins Gespräch zog. Mit unglaublicher Verachtung sprach Louis Philipp von den Revolutionen, die kommen und vergehen. Von den schweizer Radikalen bemerkte er: „Auch sie sind in ihr Nichts versunken“. „Jawohl, Sire“, erwiderte Montalembert, „nachdem sie viel Unheil angerichtet“. Dann fügte er bei, seinen Freund Siegwart-Müller hätten sie nicht bloß des Landes verwiesen, sondern auch seiner Kleider beraubt. „Das nimmt mich durchaus nicht Wunder“, entgegnete der Monarch, „es ist den Revolutionen eigenthümlich, die Menschen eher zu entkleiden, als zu bekleiden“ (374). Zwei Tage darauf — und der König theilte das Schicksal des Siegwart-Müller.

Während der Revolution war Montalemberts Haltung würdig eines Sohnes der Kreuzfahrer. Muthig und unerschrocken hielt er in Paris aus. Während Louis Blanc ihn öffentlich der Feigheit zieh, trat er in Saint-Sulpice ein. „Ich kniete nieder“, heißt es in seinem Tagebuch vom 27. Februar 1848, „in der Kapelle der allerseligsten Jungfrau, wo ich meine Reden aufzuopfern gewohnt war. Heute bringe ich hier dem Herrn dar meinen Schmerz und meinen

1) Es liegt mir vor die Ausgabe der Discours Montalemberts in drei Bänden, Paris 1860 (Lecoffre). Eine neue Ausgabe, Paris 1892, hat Prof. Weinand besprochen im Literarischen Handweiser Nr. 579.

Fall. Reichlich und bitter sind meine Thränen. Möchte er diese nur zu gerechte und zu geringe Sühne meiner Fehler annehmen: intra tua vulnera absconde me . . . Ich fühle mich gebrochen durch den Fall von der Höhe einer eminenten einzigartigen und fürstlich unabhängigen Stellung, der mich auf das Niveau der großen Menge versenkt hat" (377). Der Republik gegenüber gab es unter den Katholiken eine Partei des Vertrauens und des Mißtrauens. Jene war vertreten durch Lacordaire, diese durch Montalembert. Wie er sich der Juli-Monarchie nicht rückhaltslos hingegeben hatte, so bewahrte er auch der Republik gegenüber eine vorsichtige Haltung. In unseren Tagen, wo das Phantom der christlichen Demokratie so viele Geister berückt, dünken uns Montalemberts Bemerkungen über dieselbe im Jahre 1848 beachtenswerth. „Ich vermag mich", schrieb er, „eines Lächelns nicht zu enthalten, wenn ich sagen höre, das Christenthum sei die Demokratie . . . nein, das Christenthum ist ebensowenig Demokratie, als es Monarchie oder Aristokratie ist. Die mächtige Zuneigung des Christenthums zu den Armen und Schwachen darf man nicht im Sinne einer Uebereinstimmung in den Principien mit der demokratischen Verfassungsform deuten. Man würde in den nämlichen Irrthum fallen, wie jene, welche die Lehre des monarchischen Absolutismus aus der Hochachtung ableiten wollten, die das Evangelium für den Cäsar gebietet . . . Das Christenthum verträgt sich mit allen Formen menschlicher Regierungen, während es mit keiner derselben sich identificirt" (385).

Unter allen Umständen glaubte Montalembert handeln zu sollen. In der Geistlichkeit suchte er das Gefühl ihrer Würde und Unabhängigkeit zu wecken. Auf seine Einwirkung hin hat der Episkopat sich lebhaft an den Wahlen betheiligt. Selbst Thiers, der sich zur Anschauung von der Freiheit des Unterrichtes durchgerungen, wird von Montalembert zur Wahl in die constituirende Versammlung empfohlen in welche er auch selbst als Deputirter eintrat.

Montalembert's Beschreibung der Scenen des 15. Mai 1848, wo zwanzigtausend Mann gegen den Sitzungssaal der Assemblée rückten, die Tribünen eroberten, von da zum Theil in den Saal sich hinabließen und die Deputirten bedrohten, liest sich heute wie ein Roman. Eben hatte er sich erhoben, um auf die Rednerbühne zu steigen, als auch ihm durch einen Schneider der Weg verlegt wurde. Und dennoch barg sich unter der Hülle dieses Handwerkers ein Schutzengel. „Man fahndet auf Sie", raunte er Montalembert ins Ohr, „vier Deputirte sind als Geisel auserseben, Peupin, Senard, Taschereau und Sie". Montalembert blieb unbeweglich auf seinem Sitz. „Fürchten Sie sich nicht", fuhr jener Mann fort, „ich werde Sie vertheidigen. Gestern Morgen sah ich Sie in Saint-Thomas d'Aquin communiciren. Ich wollte Sie von der Gefahr benachrichtigen, aber der Portier ließ mich nicht zu Ihnen". Darauf den Rosenkranz aus seiner Tasche ziehend, sagte er zum Grafen: „Sehen Sie, es gibt noch gutes Korn zwischen dem Unkraut" (399). Drei volle Stunden schwebte Montalemberts Leben in Gefahr — aber auch dasjenige seiner Gemahlin, welche in der Loge der Diplomaten Platz genommen hatte. Sie wollte fliehen und bat den neben ihr sitzenden Lord H., sie bis zum Ausgang zu begleiten. Als der Lord mit einem Cynismus, wie ihn nur englischer Insularstolz zu erzeugen vermag, sich dessen mit dem Bemerken weigerte, „er wolle dieses Schauspiel bis zum Ende genießen", bot der bayerische Gesandte Baron v. Wendland Madame de Montalembert seinen Arm und geleitete sie durch die tobende Menge in ihre Wohnung (400), von wo sie dann nach Brüssel sich begab. An nicht wenig Stellen seines Tagebuches gedenkt Montalembert der Kämpfe auf den Barrikaden, sowie des Heimgangs des Erzbischofs Affre in Paris. Eines Tages der Nationalversammlung zustrebend, begegnete der Graf dem Erzbischof, der sich zum Faubourg Saint-Antoine begab. „Ich blieb nicht stehen, um ihn anzureden", bemerkte er,

„kaum ahnte ich, daß er dem Tode, und zwar dem erhabensten entgegenging. Sein Opfer ist das schönste Blatt in der Kirchengeschichte des neunzehnten Jahrhunderts. Dieser in so manchem Betracht mittelmäßige Mann ist plötzlich auf eine der höchsten Stellen aufgestiegen. Gott hat ihm die Krone des Martyriums auf das Haupt gesetzt“ (407).

Mit dramatischer Lebendigkeit und auf Grund vieler ungedruckten Aktenstücke und Briefe schildert Lecanuet das allmählige Emporkommen der für den Posten des Präsidenten der Republik bestimmten Candidaten, des Generals Cavaignac und des Prinzen Louis Bonaparte. Den Ausschlag für die Katholiken gab vorwiegend die Beantwortung der Frage: Wie stellen Sie sich zur Unterrichtsfrage? Weit gingen die Meinungen der Führer der Katholiken auseinander. Als indeß Cavaignac die Uebernahme jedweder Verbindlichkeit ablehnte, wandte Montalembert sich an Bonaparte und hatte mit ihm eine längere Unterredung, welche ausführlich zur Mittheilung gelangt. Entschiedene Abneigung bekundete Napoleon gegen Klöster, hinsichtlich der Frage des Unterrichts bemerkte er, daß er sie prüfen wolle (417). Einige Wochen nachher sprach er sich in einem Manifest für dieselbe öffentlich aus. Leider gab seine Haltung in der römischen Frage, als er die von Cavaignac beantragten Gelder für die römische Expedition ablehnte, Anlaß zur Bezweiflung der Echtheit seiner Gesinnung. Es bedurfte einer Entschuldigung beim Nuntius Fornari. „Ich vereinbare“, schreibt Montalembert in seinem Tagebuch am 2. Dezember 1848, „mit dem Prinzen Louis einen Brief, worin er seine Enthaltung in der Abstimmung über die motivirte Tagesordnung in der römischen Frage erklärt. Mit berechneter Absicht habe ich die Einfügung der Worte: ‚Auctorität des heiligen Stuhles‘ einschalten lassen“ (419).

Das neunzehnte Kapitel zeigt uns Montalembert 1849 nach den verschiedensten Richtungen thätig. Am 10. April 1849 vertheidigte er die von der constituirenden Versamm-

lung angetastete Unabsetzbarkeit der Richter in einer Rede, welche die erhabene Würde des Richterstandes meisterhaft schildert und ihm eine Dankadresse sämmtlicher Präsidenten der französischen Appellations-Gerichtshöfe eintrug (429). Keine Verleugnung seiner Ansichten über den Gebrauch der Freiheit war es, wenn Montalembert am 21. Juli 1849 jene berühmte Rede wider unbeschränkte Freiheit der Presse hielt, über welche Fürst Metternich von seiner Verbannung in London an den Grafen v. Sainte-Aulaire schrieb: „Nie ist die Rednertribüne durch eine Kundgebung geziert worden, die ehrenvoller gewesen für denjenigen, der sie erlassen und in höherem Grade würdig der Zustimmung der Freunde der Ordnung" (437). Aber in noch weit reinerem Lichte strahlt Montalembert durch seine Reden in der Nationalversammlung über die freie Bethätigung der christlichen Charitas, in welcher er, der Freund der Armen, der Charitas ein nie verklingendes Loblied sang, sowie über die römische Frage. Die letztere Rede mit der großartigen Apostrophe: L'église est une mère! veranlaßte die Assemblée, die Sicherstellung der Freiheit des apostolischen Stuhles mit 467 gegen 168 zu beschließen, und rief in der ganzen katholischen Welt einen Sturm der Begeisterung hervor. Sainte-Beuve nannte diese „pathetische Bewegung eine der glücklichsten Eingebungen der Beredsamkeit" (451). Montalembert selbst bezeichnete „diesen Augenblick als den schönsten seines Lebens". „Aber zu Hause angelangt", nach diesem großartigen rednerischen Triumphe, meldet sein Tagebuch am 19. Oktober 1849, „bete ich das Miserere und Te Deum. Es durchdringt mich ein Gefühl tiefer Dankbarkeit gegen Gott, der mich auserwählt hat, um diesem Lande einen solchen Akt des Glaubens zu entreißen, aber auch ein Gefühl tiefer Demuth über meine eigene Unwürdigkeit" (452).

Insofern die Ereignisse der Jahre 1849 und 1850 sich auf die Frage nach der Freiheit des Unterrichts beziehen, können sie wenigstens nach einer Richtung nur einen be-

trübenden Eindruck hervorrufen. Lecanuet zeichnet ein sehr eingehend gehaltenes Bild von den Verhandlungen in der Unterrichtskommission, in welcher Dupanloup unter der Oberleitung Montalemberts eine Hauptrolle spielte, und zwar im Sinne einer Ausgleichung und Versöhnung zwischen Staat und Kirche. Dieses sogenannte Unterrichtsgesetz Falloux (Cultusminister) wurde vom Staatsrath und der Regierung genehmigt, in dem nämlichen Maße aber nicht etwa bloß von Louis Veuillot, dem Unerbittlichen, sondern auch von dem engern Freundeskreise Montalemberts eifrig bekämpft. Lacordaire, Guéranger, Foisset u. A. trennen sich in dieser Frage von Montalembert und wenden sich im Geheimen gegen das Gesetz. Wenigstens einem dieser Kritiker hat der Graf eine deutliche Antwort ertheilt. „Was!“ ruft er dem berühmten Wiederhersteller des Ordens der Benediktiner, Dom Guéranger, entgegen, „Sie sind es, der mir dreimal geschrieben hat, um mich zu ermuthigen, dieses Gesetz zu vertheidigen . . . Und Sie sind es, der jetzt kommt und mir schreibt, ich könne mich der Verpflichtung nicht entziehen, dieses nämliche Gesetz anzugreifen. Und woher kommt diese unfreundliche Veränderung? . . . Von Ihnen und Ihrer jüngsten Reise nach Paris werde ich sagen: Als Mönch sind Sie gekommen, als Journalist sind Sie abgereist“ (469). Der Zwiespalt ergreift bald den Episkopat. Zwei Männer aber waren es, die unerschrocken Montalembert schützten: Bischof Dupanloup von Orleans und der Jesuitenpater de Ravignan, dessen Briefe an Montalembert die zärtlichste Freundschaft athmen (477), und der auch dann noch bei ihm ausharrt, als man ihn beim Ordensgeneral als Förderer schismatischer Bestrebungen darzustellen versuchte.

Je mehr die Kluft zwischen den Katholiken sich ausbreitete, um so dringender machte sich die Nothwendigkeit einer obrigkeitlichen Entscheidung geltend. Am 18. März 1850 richtete Montalembert einen Brief an Pius IX., in welchem er die Lage der Dinge eingehend darlegt, und um Entscheidung

bittet. Zwei Monate später erfolgte die Antwort in zwei Briefen des Oberhauptes der Kirche. In dem ersten gibt der Papst den Bischöfen Maßregeln für ihr Verhalten bei der Anwendung des neuen Gesetzes, im zweiten belobt er die Verfasser und Freunde des Gesetzes wegen ihrer Bemühungen beim Zustandekommen desselben. In richtiger Würdigung aller Verhältnisse glaubte der heilige Stuhl die dargebotene Wohlthat annehmen zu sollen, die Erreichung weiterer Vortheile, nämlich vollständige Freiheit der Universitäts-Bildung, einer bessern Zukunft überlassend. Bei einem Besuche in Rom wurde Montalembert im Herbst 1850 durch Pius IX. und die Cardinäle auf das ehrenvollste empfangen. Nur mit Rührung kann man jene Stellen im Tagebuch Montalemberts lesen, in denen er seine Begegnungen mit dem vielgeprüften Pio nono darlegt.

Wir sind am Ende unserer Berichterstattung über den zweiten Band der Montalembert-Biographie angelangt. Daß das Gesetz Falloux alle daran geknüpften Hoffnungen erfüllt habe, wird Niemand zu behaupten wagen. Wie mangelhaft aber auch immer es sein möge, „bis zur Stunde ist es die Hoffnung und das Palladium der christlichen Gesellschaft“ (498).

Aachen. Alfons Bellesheim.

XXXI.

Volkswirthschaft und Staatsordnung.

II.

Der Eintritt und die Herrschaft der Geldwirthschaft bietet die schönsten Beweise dafür, daß die Staatsordnung von der Wirthschaftsordnung und die Staatsleitung von den Wirthschaftsmächten beeinflußt wird und bis zu einem gewissen Grade abhängig ist.

Die Bildung kapitalistischer Kreise, die Entwickelung der Geldwirthschaft übt auf das Rechts- und Staatswesen einen umgestaltenden Einfluß aus. Natürlich vollzieht sich diese Entwicklung sehr langsam, die Anfänge der Geldwirthschaft haben sogar dazu gedient, das Grundeigenthum noch zu stärken. So lange Haus- und Naturalwirthschaft bestand, konnte das Grundeigenthum nicht in vollem Umfange ausgenützt werden. Da keine oder nur unbedeutende Märkte bestanden, so war mit dem überschüssigen Getreide, den Eiern und Hühnern, die die Hörigen lieferten, nicht viel anzufangen; man konnte sie höchstens in Orgien vergeuden. Das Einkommen war auch weniger wichtig, als die Macht und Gewalt. Das wurde anders, sobald die Geldwirthschaft aufkam, sobald man auf Absatz arbeitete und Naturalleistungen in Geld umgewandelt wurden. Damals begann man die Grundabgaben stark zu steigern, nicht zwar direkt, sondern durch allerlei Umwege, durch Verwandlung der Hörigen in Pächter, durch Ueberwälzung der Militärlasten auf unter-

thänige Güter u. s. f. Eine Unzahl kleiner Ritter wurden Grund- und Gutsherren.[1]) Die großen Grundherren verwandelten sich in Landesherren, centralisirten die Verwaltung der Domänen, warben Söldner und erhoben Kriegssteuern.

Besonders günstig waren die Bedingungen für die Entwicklung der Landesherrschaft da, wo bedeutende Städte mit mächtigem Produktivkapital sich befanden. Die Städte waren von ihrem Anfang an gleichsam geldwirthschaftliche Oasen inmitten der herrschenden und bis zur Neuzeit fortdauernden Naturalwirthschaft. In Italien, wo sie sich am kräftigsten entwickelt, wurden sie daher selbst Mittelpunkt und Träger von Landesherrschaften. Sie haben hier am frühesten das feudale Element aufgesogen und im Bunde mit dem Papstthum den ghibellinischen Adel besiegt.

Auch in Deutschland waren die Städte immer dabei, wenn es galt dem Feudalismus einen Abbruch zu thun, sie haben den Bauernkrieg gefördert und seine Richtung gegen die geistlichen und weltlichen Grundherren gestärkt. Es ist bezeichnend, daß die Städte die Bauern nur unter der Hand unterstützten. Das deutsche Kapital und die deutschen Städte waren nicht mächtig und selbständig genug, um eigene Politik siegreich durchzufechten, wie in Italien. Die Fugger wurden nicht, was die Medici. Das städtische Kapital diente bald dem Reiche bald dem Landesherrn und ausländischen Fürsten. Die Fugger dienten dem Kaiser oder, vielleicht richtiger gesagt, den Spaniern; war doch schon das Gebiet ihres Geschäftes mehr in den Niederlanden und Spanien als in Deutschland. Die Welser und einige kleinere Bankgeschäfte haben ebenso sehr Frankreich wie deutsche Fürsten unterstützt.

Erst das städtische Kapital ermöglichte eine Politik im großen Stile. Der feudale Apparat war für politische Aktionen zu schwerfällig geworden, und wie das Vasallenheer

1) Vgl. Brunner über den Leihezwang in der Allgem. Zeitung 1897, Beil. Nr. 177 S. 2.

durch das Söldnerheer, wurde die alte Domänen- und Regalienverwaltung mit Naturaleinkünften durch eine beweglichere Finanzverwaltung ersetzt. Dies geschah durch die Verpfändung der Einkünfte an bedeutende Geldmächte entweder direkt oder indirekt durch Anweisung auf bestimmte Kassen, man vollzog also entweder eine fundirte oder schwebende Schuld, diese als Anticipation bestimmter Einkünfte. Auf der direkten Verpfändung beruhten die so viel beklagten Monopole des ausgehenden Mittelalters, die Silber-, Kupfer- und Quecksilbermonopole der deutschen Handelshäuser. Die Geldwirthschaft war so am Schluß des Mittelalters bereits in voller Blüthe und ihr konnte auch nicht mehr das schwerfällige deutsche Recht entsprechen. Die neuen Verhältnisse erheischten dringend ein neues Recht und dieses war das römische. Das römische Recht hat die neuen Verhältnisse nicht erst geschaffen, es wurde vielmehr als Ausdruck einer neuen Lage übertragen, wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß es die Macht sowohl des Kapitalismus als besonders des Grundeigenthums verstärkte; besonders des Grundeigenthums, denn es kannte kein Theil-, kein Untereigenthum und nicht die deutsche Erblehen und Hörigkeit.

Sei es mit Hilfe des römischen Rechtes, sei es ohne diese Hilfe, der Kapitalismus entwickelte sich frei. Die mittelalterlichen Maßregeln zur Verhinderung des Vor- und Aufkaufes, des Zwischenhandels geriethen in Vergessenheit. Die Monopole wurden sogar von den Staaten aus fiskalischem Grunde begünstigt und die Handelscompagnien nahmen eine ungeheure Ausdehnung an. Der Kapitalismus drang aber auch in die kleinen Verhältnisse ein. Schon mitten im 15. Jahrhundert strebten die Handwerksmeister nicht vergebens nach kapitalistischen Betrieben. Die Gesellen, die Lohnarbeiter wurden nach Möglichkeit ausgenützt, besonders stark wurde dies im 16. Jahrhundert, wo die Löhne durch die gewaltige Preissteigerung wohl auf ein Drittel ihres ursprünglichen Werthes zurücksanken. Ein hastiges Gewinn-

fieber fuhr damals besonders auch in das deutsche Volk und man drängte sich zu den großen Geldanlehen, welche die Fugger und andere Kapitalmächte den Staaten vermittelten, die nachmals glänzenden Bankerott machten. Das Gewinnfieber ergriff auch den deutschen Handel und das Gewerbe. Der Handel stürzte sich in unsichere Unternehmen, wie der Augsburger Roth in den portugiesischen Pfefferhandel, der dann auch kläglich zusammenbrach. Die deutschen Handwerksmeister wollten Gewinn machen und ein feines Leben führen, ohne zu arbeiten.

Die Gewinnsucht hat die ehrliche Arbeit und ihre Organisation zerstört. Handel und Gewerbe wurde durch den Kapitalismus verdorben. Dem Mißlingen des Bauernkrieges folgte bald der Zusammenbruch großer kapitalistischer Unternehmungen und diesem eine naturalwirthschaftliche Reaktion. Die territoriale Zersplitterung und Zerklüftung wuchs noch, begünstigt durch die Religionskämpfe. Die Freiheit und Selbständigkeit des Volkes, die sie noch aus dem Mittelalter gerettet hatten, schwand dahin. In den Städten kam eine Oligarchie empor, die sich dem Landadel gleichstellte. Der Feudalismus stand wieder in Blüthe. Die Grundherrlichkeit bildete sich noch stärker aus.

Auch entwickelte sich die Landesherrlichkeit weiter und wuchs den Städten über die Köpfe. Umsonst versuchten die Hansestädte gegenüber Dänemark, Holland und Schweden ihre Stapelrechte aufrecht zu erhalten und das Handelsübergewicht, richtiger gesagt das Handelsmonopol, zu sichern. Es stand kein mächtiges Reich hinter ihnen, sie waren unter sich uneins und die Fürstenmacht erdrückte sie vollends. Die Landesherren suchten Adel und Städte gegen einander auszuspielen, wobei aber meistens die Städte verloren. Für den Verlust politischer Rechte ließen die Landesherren sowohl die Städte als die Grundherren auf wirthschaftlichem Gebiete sich schadlos halten. Wie die Gesellen den Meistern, die Arbeiter einer Zunftoligarchie ausgeliefert wurden, so

war das Verfügungsrecht der Grundherren über die Bauern fast völlig unbeschränkt.

Die Ausnützung der Lohnarbeit in jeder Form blieb bis in die neueste Zeit herein ziemlich unbeschränkt. Zwischen dem Grundeigenthum und dem Kapital, sowohl dem produktiven als dem unproduktiven herrschte in dieser Hinsicht kein Gegensatz, so haben beide ihre Macht nach Kräften ausgenutzt. Der Pächter und Miether wurde von dem Gesetze nicht besser behandelt, als der Schuldner und der Bauer genoß gegenüber dem Arbeiter nur insofern manchmal einen bessern Schutz, als die Rücksicht auf die Steuerfähigkeit es gebot.

Auch war es den Bauern immerhin besser, vom Feudalismus als vom Kapitalismus abhängig zu sein. Hätte im 16. Jahrhundert der Kapitalismus gesiegt, so wäre es den deutschen Bauern ergangen wie den italienischen. Mit Hilfe des römischen Rechtes wären die Bauern zu Zeitpächtern, Halbpächtern gemacht worden. Ohnedem drang das Pachtrecht überall durch, nur behielten die Bauern immer ein dingliches, meistens ein erbliches Recht am Boden, das sogenannte Untereigenthum. Ungünstiger standen sie nur da, wo der Gutsbetrieb großkapitalistisch geworden war und man für den Export arbeitete, wie in Norddeutschland.

III.

Die kapitalistische Produktion im Gewerbe und Ackerbau hat in politischer Hinsicht die Eigenthümlichkeit, daß sie viel weniger als die alte Grundherrlichkeit es den Besitzenden ermöglichte, selbst immer die Souveränität auszuüben. Vielmehr suchten bei der neuen Wirthschaftsart die Besitzenden ihren Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung auf einem Umwege zu erreichen, nämlich durch Vertretung. Mit der kapitalistischen Produktion verband sich daher die Repräsentativverfassung.[1])

1) Diese Wahrheit hat ganz richtig Loria in dem oben angeführten

Zuerst bildete sich die Repräsentativverfassung aus in England. Die Art und Weise, wie sie sich hier ausbildete, ist der beste Beweis dafür, daß ihre wirthschaftliche Grundlage die kapitalistische Produktion ist. Die Verfassung wurde errungen nicht von den hochadeligen und geistlichen Großgrundbesitzern, diese standen auf Seiten des absolutistischen Königthums. Sie waren auch nicht die Träger der kapitalistischen Produktion, auf welcher der Reichthum Englands beruhte, sie hatten nicht nöthig, sich damit zu befassen. Ihre Träger waren vielmehr die Landlords, das städtische Gewerbe und der Handel. Sie waren vertreten in dem Hause der Gemeinen, und dieses erlangte ein entschiedenes Uebergewicht über das Haus der Lords. Im Widerstand gegen die stuartfreundliche Geistlichkeit und den Hochadel errang der verbündete Geld- und Landadel, die Gentry, das parlamentarische System und damit gewissermaßen die Souveränität. Die wichtigsten Maßregeln in der langen Regierungszeit Walpoles kamen denn auch vor allem den Landlords zu gut. Die Grundsteuer wurde immer weiter herabgesetzt und die Colonien dafür belastet.[1]) Die Grundsteuer betrug 1696 40% aller Steuereinnahmen, unter Walpole ist sie bereits auf 23% und heute noch tiefer ge-

---

Buche S. 104 erkannt und ausgesprochen, nur meint er einseitig, die Lohnarbeit allein sei die Voraussetzung der Repräsentativverfassung, während die Lohnarbeit allein nur einen Theil der kapitalistischen Produktion deckt und ein anderer auf der Fronarbeit und den Pachtzinsen der Bauern beruht. Richtig ist aber wieder, wenn Loria sagt, Mommsen, der es als den größten Fehler der römischen Staatsverfassung hinstellt, daß sie sich nicht zu dem Repräsentativsystem entwickelte, verkenne, daß hiefür die wirthschaftlichen Voraussetzungen fehlten.

1) Koch, Beiträge zur Gesch. der politischen Theorie, I, 134, meint zwar, auch das mobile Kapital sei dafür belastet worden, bringt aber keine Beweise dafür, und andere behaupten direkt das Gegentheil.

sunken. Die unter ihnen stehenden Klassen drängte die Gentry immer mehr von ihrer rechtlichen und wirthschaftlichen Stellung weg. Sie legten die Bauern, kauften sie aus und hegten ihre Güter ein, um rationelle Großbetriebe einzurichten, ohne daß der Staat sie daran hinderte; ja sie wurden von den staatlichen Beamten bei ihren Legungen unterstützt. Die Gemeinden verloren ihre Autonomie, die Gemeindebeamten wurden von den Friedensrichtern d. h. von den Adeligen ernannt. Die Verwaltung der Grafschaften war so gut wie die des Reiches durch das Parlament Sache der Landlords. Das Wahlrecht zum Parlament war so eingerichtet, daß die unteren Klassen fast vollständig ausgeschlossen waren; nur wer 600 Pfund einnahm, konnte gewählt werden, und wer 40 Schilling Grundsteuer zahlte, konnte wählen.

Die Landlords vertrugen sich gut mit dem Kapital.[1]) Der Landadel und Geldadel floß in einander und gehört zur gleichen Klasse der Gentry. Geld- und Geburtsadel war unter den Whigs vertreten. Besonders mächtig war das reine Geld- und Handelskapital. Die Handelscompagnien übten einen großen Einfluß auf die Staatsverwaltung. Die Bank von England hatte einen großen Antheil an der Vertreibung des Stuarts und war mächtig genug, feindliche Kabinetsbildungen zu verhindern. Das mobile Kapital bestimmte zum Theil die Parlamentswahl. Nicht selten schlugen die Kapitalisten die Grundherren durch Bestechung der grundherrlichen Pächter.[2])

G. G.

1) Etwas Aehnliches gilt von den preußischen Junkern.
2) Lecky, Gesch. Englands im 18. Jahrh. 3, 186

XXXII.

Zur Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung.[1]

Dr. Ignaz Beidtel hat in seinem Nachlasse ein umfassendes Werk über die Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung in den Jahren 1740—1848 hinterlassen. Professor Alfons Huber in Wien hat diesen Nachlaß gesichtet und das Material in zwei Bänden herausgegeben, von denen wir den ersten Band in diesen Blättern ausführlich besprochen haben. Soeben ist auch der zweite Band erschienen, von welchem der Herausgeber selbst urtheilt, er sei an positiven Daten ärmer, als der erste, was um so auffallender erscheine, als der zweite Band die Zeit behandle, in welcher Beidtel selbst gelebt und gewirkt habe.

Was Beidtel bietet, ist weniger eine Geschichte der Verwaltung Oesterreichs, als eine sehr bittere Kritik des Geistes dieser Verwaltung. Beidtel zeigt sich als unbarmherziger Tadler des Regierungssystems von 1792—1848. Seine Darstellung ist eine fortgesetzte Anklage gegen Kaiser Franz I. und seine Werkzeuge. Ferdinand I. wird als ohne jegliche Begabung und Thatkraft geschildert. Den Kaiser Franz charakterisirt der Verfasser als Gegner constitutioneller Regierungsformen mit allem, was damit zusammenhängt. Der Kaiser sei

---

1) Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1740—1848 von Dr. Ignaz Beidtel, k. k. Appellationsgerichtsrath. Herausgegeben von Alfons Huber. Innsbruck, Verlag von Wagner, 1898. S. 492. (3 fl. 80 Kr.)

ein Feind der freien Presse, größerer Unabhängigkeit der Kirche und Schule, der offenen Kritik der Staatsverwaltung und der Publicität des Staatshaushaltes gewesen. Dadurch mußte die Macht der höheren Bureaukratie ins Ungemessene steigen und wurde der Corruption in der Verwaltung, der Verschwendung im Staatshaushalte und der Zerrüttung der Staatsfinanzen Thür und Thor geöffnet. Die Sache erscheint um so schlimmer, als die höheren Staatsstellen ausschließlich in den Händen des hohen Adels waren, welche nur ab und zu einem Günstling aus bürgerlichen Kreisen das Emporkommen ermöglichten. Männer von Talent und Charakter konnten nicht leicht zur Geltung kommen. Kaiser Franz I. hegte Mißtrauen gegen die Talente und zog nur Mittelmäßigkeiten in den Kreis der höheren Staatsverwaltung. Ein Muster solcher Mittelmäßigkeit war nach Beidtel der in den Jahren 1789—1806 allmächtige Reichsvicekanzler Franz v. Colloredo, dessen System auch nach seinem Tode fortdauerte: „Die Minister, welche, wenn auch mit geringerem Einfluß, dem Grafen Colloredo folgten, fanden das System, welches unter ihm gegründet worden, für ihre Herrschaft vortrefflich, und da der Kaiser sich die meisten politischen Ansichten Colloredo's angeeignet hatte, fand weder in den Regierungsmaximen, noch in der Geschäftsbehandlung im Centralpunkte der Regierung ungeachtet mehrfacher Ministerwechsel eine wesentliche Veränderung statt". Aehnlich unfähige Männer wie Colloredo waren der Präsident der Polizeihofstelle Graf Sedlnitzki, ein Bruder des berüchtigten Breslauer Bischofs, die Finanzminister Graf Wallis und Graf Stadion, welche in den Günstlingen von Pillersdorf und von Kübeck Rathgeber der Börsen hatten, wodurch die Zerrüttung der Staatsfinanzen heillos wurde und die Steuerkraft erlahmte. Als den eigentlichen Todtengräber Oesterreichs schildert Beidtel den ebenso herrschsüchtigen als kurzsichtigen Staatsminister Grafen Kolowrat, welcher „die czechische Nation entdeckte und so lange hätschelte, bis der nationale Hader in hellen Flammen emporloderte"; Kolowrat war ein Gegner des bürgerlichen Elementes und verlieh nur an Adelige einflußreiche Staats- und Kirchenämter; er war ein Feind der Deutschen und trug den nationalen Gegensatz in die alte habsburgische Monarchie hinein.

Den Grafen Metternich kennzeichnet Beidtel viel günstiger. Metternich habe in der inneren Politik wenig Einfluß gehabt. „Seit dem Jahre 1826 erhielt der Minister Franz Anton Graf Kolowrat auf die inneren Angelegenheiten einen solchen Einfluß, daß ihm gegenüber Metternich oft zurückstand. Dazu kam noch, das Kolowrat seine Stütze im österreichischen Adel hatte, während diese Aristokratie den Fürsten Metternich stets als Fremden behandelte". Auch Graf Hartig, welcher von 1840—48 selbst eine der höchsten Staatsstellen inne hatte und einen klaren Blick besaß, urtheilt in seinem vortrefflichen Buche: Genesis der Revolution, also: „Es ist eine, vorzüglich außerhalb Oesterreichs, sehr verbreitete Meinung, daß Fürst Metternich einen unbeschränkten Einfluß auf Kaiser Franz I. hatte. Diese Meinung ist ganz irrig, denn in der inneren Verwaltung wurde der Fürst selten gehört und absichtlich ferngehalten".

Metternich kannte auch die inneren Verhältnisse Oesterreichs so wenig, daß er selbst bei diplomatischen Aktionen bedenkliche Belehrung einstecken mußte. So erzählt Beidtel, daß Metternich im Jahre 1825 gegen den badischen Gesandten sich über Maßnahmen beschwerte, welche die badische Regierung gegen die katholische Kirche ergriffen hatte. Metternich war nicht wenig erstaunt, als der Gesandte ihm aus der österreichischen Gesetzessammlung und aus Rechbergers Handbuch des Kirchenrechtes bewies, daß in Oesterreich genau dieselbe Rechtsnorm existire. Ferner hatte Professor Schnabel in Prag ein Werk geschrieben, welches die Volkssouveränität lehrte, worauf ein deutscher Gesandter für Maßnahmen seiner Regierung sich berief. Metternich war empört, daß ein solches Werk die österreichische Censur passirt hatte, und beschied den Censor Regierungsrath Egger zu sich. Egger bewies aber dem Fürsten, daß das Staatsrecht von Martini, welches gesetzlich für alle österreichischen Rechtsschulen vorgeschrieben war, denselben Grundsatz enthielt und lehrte.

Beidtel erklärt es für ungerecht, wenn man das österreichische Regierungssystem unter Franz I. als Metternich'sches System bezeichne. Es war das System des Grafen Colloredo, welches vom Kaiser selbst vertreten wurde. „Daß Metternich

sich die Vortheile des von ihm vorgefundenen Systems aneignete, ist um so natürlicher, als er schwerlich den Ministerposten hätte behaupten können, wenn er ein anderes System hätte emporbringen wollen".

Ist die innere Politik nicht in dem Maße dem „Metternich'schen Systeme" zur Last zu legen, wie es üblich zu sein pflegt, so ist keine Anklage scharf genug, welche gegen die äußere Politik des langjährigen österreichischen Staatskanzlers ausgesprochen werden muß. Der erste falsche Schritt ist allerdings nicht Metternich, sondern dem Grafen Franz v. Colloredo zuzuschreiben, welcher durch das Patent vom 11. August 1804 ein Kaiserthum Oesterreich schuf, worauf die Auflösung des deutschen Reiches und der Verzicht auf die deutsche Kaiserwürde folgte. Von da ab war es Bestreben der österreichischen Politik, aus dem Conglomerate der habsburgischen Länder einen Einheitsstaat Oesterreich zu formen, dagegen das Band, welches mit Deutschland verknüpfte, möglichst locker zu halten. Die nationalen Bestrebungen, wieder ein kraftvolles deutsches Reich herzustellen, wurden von Metternich als gefährlich behandelt und zurückgewiesen. Und doch wäre es ureigenste Aufgabe Oesterreichs gewesen, den Bestrebungen nach einem einigen deutschen Reich Halt, Norm und Ziel zu geben. Wer sich einem Berufe hartnäckig entzieht und die Pflichten desselben versäumt, verliert diesen Beruf. So ist es beim Individuum, so ist es auch bei Völkern und Reichen. Oesterreich hat unter Franz I. und seinen Ministern Colloredo und Metternich den Beruf zur Führung der deutschen Nation so sehr mißachtet, daß es sich sogar gegen die Zollvereinsgründung sperrte. Als im Jahre 1849—50 der geniale Fürst Felix Schwarzenberg den schweren Fehler der Regierung des Kaisers Franz I. gut machen wollte, war es zu spät. Das unglückliche Jahr 1866 vollendete die Fehler einer früheren Generation; das dünne Band, welches das Ostreich noch mit Deutschland verknüpft hatte, wurde gänzlich zerrissen; das von Franz I. angestrebte Kaiserthum Oesterreich aber hatte in der Absonderung von Deutschland die hundertjährige deutsche Grundlage verloren, kam im Streite der Nationalitäten in's Schwanken und hat heute noch seinen Ruhepunkt nicht gefunden.

Eine wesentliche Aufmerksamkeit schenkt Beidtel den Verhältnissen zwischen Staat und Kirche, Kirche und Schule. Es ist hier freilich wenig Neues zu sagen, nachdem durch die Schriften von Sebastian Brunner der ganze Jammer dieser ehemals österreichischen Zustände längst enthüllt ist. Das ganze Kirchenwesen wurde unter Franz I. von einem ungläubigen Josephiner, Lorenz, nach dessen Tode im Jahre 1828 von einem Gesinnungsgenossen Jüstel geleitet. Lorenz, welcher spottweise der österreichische Papst betitelt wurde, war das Oberhaupt der gesammten geistlichen Administration, welchem gegenüber die Erzbischöfe und Bischöfe wenig zu sagen hatten und, wenn es sich um legislative Gegenstände handelte, nicht einmal gefragt wurden.

Staatsrath Lorenz, früher Rektor eines der berüchtigten josephinischen Generalseminarien, hatte die Stellung eines Leiters der katholischen Kirchenangelegenheiten und des öffentlichen Unterrichtes 26 Jahre inne (1802—28). „In dieser langen Zeit widersetzte er sich stets allen römisch-katholischen Ideen und übte großen Einfluß auf die Ernennung der Bischöfe aus. Er gab nach, wo es die Klugheit zu fordern schien, wie denn 1816—35 die vierte Gemahlin des Kaisers Franz, Carolina Augusta von Bayern, einen bedeutenden Einfluß auf die Besetzung der Bischofsstühle nahm. Aber Lorenz gab niemals nach in den Grundsätzen des Josephinismus. Diese Consequenz sicherte ihm einen gewissen Ruf und dieser war von Macht begleitet. Auch sein Nachfolger Alois Jüstel, welcher diesen Posten noch bei Ausbruch der Revolution von 1848 inne hatte, und ganz im Geiste seines Vorgängers verwaltete, war Vorsteher eines josephinischen Generalseminares gewesen“.

Den kirchlichen Angelegenheiten wandte Beidtel große Aufmerksamkeit zu und er trat schon vor 1848 in Schriften, welche im Manz'schen Verlage zu Regensburg erschienen waren, für die freie Kirche im freien Staate ein, wie das spätere Axiom lautete. Er wollte für Oesterreich werden, was Montalembert in Frankreich war. Aber dazu fehlten ihm die Gaben und dafür mangelte in Oesterreich die freie Rednerbühne des Parlaments. Nach der Revolution von 1848 wurde Beidtel kurze Zeit zu den Berathungen für die künftige Ge-

gestaltung des katholischen Kirchenwesens in Oesterreich beigezogen, aber rasch wieder zur Seite geschoben, worüber er seinen ganzen Grimm in seinem Werke offenbart. Er bietet über diese Entwicklung der Dinge in einem Anhang unter dem Titel: „Uebersicht der österreichischen Kirchengeschichte von 1848—61“ nähere Aufschlüsse. Nicht die freie Kirche im freien Staate, sondern die Concordatsidee des damaligen Fürstbischofs von Seckau, Ritter Othmar von Rauscher, siegte. Beidtel verschwand im Pensionsstande, Rauscher rückte auf den erzbischöflichen Stuhl in Wien vor und setzte seine Ideen in die That des Concordats von 1856 um, mußte aber nur allzubald dessen Unterwühlung mitansehen. Die Kritik, welche Beidtel daran übt, ist sachlich und macht den Eindruck der Berechtigung. Beidtel wollte die josephinische Kirchenpolitik Stück für Stück durch die Gesetzgebung ebenso beseitigen, wie sie durch die Gesetzgebung einseitig entstanden war. Beidtel sagt (S. 444): „Da das österreichische Kirchenrecht, welches von 1770—1848 bestand, blos durch Regierungsdekrete eingeführt worden war, so lag der Gedanke nahe, daß man diese Dekrete aufhebe, worauf auch der Kirche die nothwendige Freiheit gewonnen werde“.

Eine Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhle wünschte Beidtel nur, um den Bischöfen einheitliche, von Rom und der Staatsverwaltung gutgeheißene Direktivmaßregeln zukommen zu lassen. „Man mußte vermeiden, daß der eine Bischof zu rasch, der andere zu langsam vorgehe, daß der eine so weit möglich josephinischen, der andere römisch-katholischen Tendenzen huldige. Man sollte auf Uebereinstimmung sowohl in der Sache, als auch in Ansehung der Zeit hinwirken, um alles Gewünschte zur einheitlichen Ausführung zu bringen“.

Beidtels Buch umfaßt das gesammte Gebiet der österreichischen Staatsverwaltung: Justiz, innere Verwaltung, Polizeisystem, Finanzverwaltung, Steuerwesen, Gliederung der Stände und Berufsklassen, Landwirthschaft und Gewerbe, Handel und Börsen, Dienstbotenwesen und Armenverhältnisse, Kirche, Unterrichtswesen an den Universitäten bis zur Volksschule, Militäreinrichtungen und Kriegswesen. Rechnet man dazu die politischen Fragen, nationale Bestrebungen, Zeitungswesen, Partei-

leben, Vereinsbildungen u. s. w., so wird klar, daß das Beidtel'sche Werk über die Geschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wesentliche Aufschlüsse und vielfache Belehrungen für Gegenwart und Zukunft bietet. Viele Gestaltungen der Gegenwart werden ja erst vollständig klar, wenn man die Entwicklung in der Vergangenheit kennt und die Keime des Werdens verfolgt hat. In dieser Beziehung verdient das Beidtel'sche Werk volle Beachtung für alle diejenigen, welche am öffentlichen Leben der Gegenwart mitzuarbeiten haben.

München. Dr. Ratzinger.

XXXIII.

Aus Frankreich.

Paris, 15. Februar.

Die Zeit thut ihre Wirkung. Angesichts der raschen Entwickelung aller Verhältnisse heutzutage erlahmt schließlich jede Beharrkraft. Wenn die politischen Zustände, die Machtverhältnisse fortwährend sich verschieben, wird es unmöglich, daß ein Staat sich ausschließt, seine ganze Politik unabänderlich von einer Bedingung, einem Ziel abhängig machen will. Dergleichen vermag selbst nicht eine Macht, welche den anderen überlegen ist, eine führende Stellung einnimmt, geschweige wenn sie in zweiter Reihe steht. Dies erfährt jetzt Frankreich. Seit 1872 war die Rücknahme Elsaß-Lothringens Ziel und Angelpunkt seiner ganzen Politik. Aber statt näher ist es nur weiter von dem Ziele abgekommen. Die Machtverhältnisse haben sich zu seinem Nachtheil verschoben. Statt 37 Millionen Franzosen gegen 43 Millionen Deutsche stehen jetzt 39 gegen 53 Millionen. Und weil Deutschland die stärkste Macht Europas ist, blieb seinem Willen gemäß seit 1871 Europa der Frieden erhalten. Frankreich hat dies schließlich eingesehen, ist aber auch inne geworden, daß es unterdessen einen Verlust erlitten,

der fast noch schlimmer ist, als derjenige Elsaß-Lothringens: Aegypten, welches jetzt von England gänzlich als seine Besitzung, sein Schutzstaat behandelt wird. Deshalb hat sich jetzt in der öffentlichen Meinung, besonders auch unter den Gebildeten, eine Strömung zu Gunsten einer Annäherung zu Deutschland bemerklich gemacht.

Bekanntlich hat ein gewisses Einvernehmen mit Deutschland unter dem Ministerium Ferry bestanden, durch welches Tunis, Tonkin, das Congogebiet u. s. w. für Frankreich gewonnen wurden. Der Berliner Afrika-Vertrag (1886) war das letzte Ergebniß dieses stillen Zusammengehens, von welchem der Figaro sagen konnte: „Zwei Jahre, nicht aber des Bündnisses, sondern des Nebeneinandergehens mit Deutschland haben uns mehr genützt, als fünfzig Jahre des herzlichen Einvernehmens mit England". Trotzdem wurde diese Politik heftig bekämpft, wäre ohne die Entschlossenheit und das Geschick Ferrys gar nicht möglich gewesen. Ferry wurde wegen eines kleinen Mißerfolges der französischen Waffen in Tonkin unter schallendem Jubel gestürzt. Seither hat man die Erfahrung mit dem so siegesbewußt begrüßten russischen Bündniß gemacht. Rußland verschwindet jedesmal wie ein Schatten in dem Augenblick, wo es uns zur Seite stehen sollte. Es ist nur da, wenn es Geld braucht; wir haben ihm schon fünf Milliarden geliehen, um sich mit Eisenbahnen und gewerblichen Betrieben auszurüsten. So lauten die Klagen der Presse. Selbst Blätter, welche stets für Rußland begeistert waren, mußten einstimmen.

Dabei erinnerte man sich, daß Deutschland immer, selbst seit Abgang Ferrys, sich sehr zuvorkommend und gerecht gegen Frankreich benommen hatte, namentlich bei überseeischen Fragen. Ueberdies hatte Wilhelm II. bei jedem Anlaß Frankreich Aufmerksamkeit erwiesen. Bei der Ermordung Carnots hatte er sofort sein ehrendes Beileid ausdrücken lassen, dann bei dessen Beerdigung zwei wegen Ausspionirung verurtheilte französische Offiziere begnadigt, bei Unglücksfällen seine Theilnahme kundgegeben, bei dem Bazarbrand auch eine Beisteuer für die wohlthätigen Anstalten gesandt, denen durch den Brand eine Einnahme entgangen war. Er hatte all dies gethan, trotzdem seine Mutter, die Kaiserin Friedrich, bei ihrem Besuch vor

zehn Jahren in Paris mehrfach von der Presse schnöde behandelt worden war. Daß der Kaiser ein besseres Verhältniß zu Frankreich anstrebte, war also schon längst von Allen begriffen worden.

Aber erst Faschoda brachte die deutschfreundliche Strömung zum Durchbruch und rief entsprechende Aeußerungen der Presse hervor. Als England auf der Räumung Faschoda's bestand, sah sich Frankreich von Rußland verlassen, welches durch einige Truppenbewegungen, oder vielmehr den Anschein derselben in Asien den Engländern ein Halt hätte zurufen können. Dabei hatte der Major Marchand mit zwei Compagnien afrikanischer Soldaten einen wahrhaft außerordentlichen Marsch vom Senegal aus dorthin ausgeführt. Dritthalb Jahre hatte der Marsch quer durch Afrika gedauert, welcher mit unsagbaren Beschwerden, Schwierigkeiten, Entbehrungen, Mühseligkeiten und Gefahren aller Art verbunden war. Denn die Truppe führte, außer den eigenen Bedürfnissen, zwei zerlegbare Boote mit sich, um sie auf den Bahr-el-Arab oder Gobat, Nebenflüsse des Nil, zu setzen und sich das südlichste Nilgebiet zu sichern. Der französische Plan ging dahin, quer durch Afrika, vom Senegal und Tschadsee, eine Verbindung der französischen Besitzungen bis zum Rothen Meer (Obock) herzustellen, wo man auf die Bundesgenossenschaft Meneliks von Abyssinien zählen zu dürfen glaubte. Der Plan ist nun durch England zum Scheitern gebracht, welches dagegen seinem Plan einer Verbindung von Aegypten bis zum Cap um einen wichtigen Schritt näher gekommen ist. Mit Faschoda erstreckt sich der Einfluß oder die Macht Englands von Kairo bis zum Albert-Nyanza.

Deutschland ist diesem Plan zweimal hindernd in den Weg getreten. Das erste Mal als es nicht einwilligte, daß der belgische Congostaat einen von Norden nach Süden gehenden Landstreifen auf fünfundzwanzig Jahre an England verpachten wollte. Frankreich und die andern Mächte des Berliner Afrika-Vertrages stellten sich auf Seite Deutschlands; der Pachtvertrag unterblieb. Vor drei Jahren hat dann das Deutsche Reich Partei für Transvaal ergriffen, indem der Kaiser den Präsidenten Krüger ob des Sieges über den Einbruch Jamesons

telegraphisch beglückwünschte. In ganz Europa, und nicht am wenigsten in Frankreich, trat die öffentliche Meinung sehr lebhaft für Transvaal ein, dem Kaiser zustimmend. Aber Frankreich hatte damals ein radikales Ministerium, dessen Haupt, Leon Bourgeois, nach London melden ließ: Wir sind nicht mit Deutschland. Deshalb ist auf diesem Punkt den Plänen Englands nur zeitweise Halt geboten, nur eine Verzögerung bereitet. Dabei hätte Frankreich alle Ursache gehabt, für die Unabhängigkeit Transvaals (und des Orangestaates u. s. w.) einzutreten, da die Franzosen ein bis zwei Milliarden in den Goldgruben und sonstigen Unternehmungen des Transvaal angelegt haben. Hätte damals Frankreich offen auf Seite Deutschlands gestanden, so würden die anderen Mächte mit ihnen gewesen sein, und England hätte wohl kaum versucht, die Franzosen aus Faschoda zu vertreiben. So aber stand Frankreich allein dem siegreich von Aegypten her vordringenden England gegenüber. Dieses macht immer seine besten Geschäfte, wenn die festländischen Mächte uneinig sind.

Ein Schrei der Entrüstung, des rücksichtslos und ohne Ursache gekränkten Ehrgefühls entrang sich dem ganzen Volk. Alle Erinnerungen früherer Kränkungen und Benachtheiligungen wurden wach, verschärften den Unwillen, um so mehr, als England auch diesmal wieder sehr drohend und herausfordernd vorging. Alle fühlten sich tief verletzt, und in Allen stieg das Bewußtsein auf: mit Deutschland wäre so etwas nicht vorgekommen. Was die Einsichtigen, die Gebildeten schon längst unter sich gesagt, wurde nun offen in der Presse ausgedrückt: das natürlichste, beste Bündniß für uns ist Deutschland; in einem Monat hat England mehr für die Annäherung Frankreichs zu Deutschland gethan, als vorher in 25 Jahren erreicht wurde. Man erinnerte sich, wie während der Zeit Ferrys England in Tunis, Tonkin u. s. w. immer zurückgewichen ist, weil Deutschland stets neben oder hinter Frankreich stand.

Dabei drängten sich die alten Erinnerungen auf, welche die Abneigung gegen England zu einer erblichen Eigenschaft jedes Franzosen gemacht haben; besonders beim Volk kann man sagen sogar unauslöschlicher Haß, unüberwindliches Mißtrauen gegen England. England hatte auch während des langen Zeit-

raumes des herzlichen Einverständnisses mit Frankreich nie eine Gelegenheit versäumt, sich auf Kosten seines Freundes besondere Vortheile zu verschaffen. Verrath, Hinterlist, Heimtücke sind daher seit vielen Jahrzehnten der stehende Vorwurf gegen England geworden. Diesmal hieß es denn auch wieder: England hat uns immer und bei jedem Anlaß, selbst unter dem Schein der Freundschaft geschädigt, Deutschland war ein hartherziger Feind, der den errungenen Vortheil bis zum äußersten ausnutzte. Aber es hat uns nur einmal geschädigt, fast immer rechtlich behandelt. Es hat gewiß etwas zu bedeuten, wenn ein Heißsporn wie Cassagnac schreibt: Lieber ein verstümmeltes Vaterland behaupten, als nochmal Alles aufs Spiel setzen! Rußland hat uns mit seinem Bündniß den status quo (bezüglich Elsaß-Lothringens) zur Pflicht gemacht. Warum sollen wir da noch zögern, die Folgerungen der geschaffenen Lage zu ziehen? Warum sollen wir nicht uns mit einem ehrenhaften Gegner abfinden, mit dem wir seit achtundzwanzig Jahren in Frieden leben? Es ist keine Demüthigung, nach den gegebenen Umständen zu handeln.

Die Franzosen haben begriffen, daß mit Schmollen nichts zu gewinnen ist, man sich dadurch nur Schädigungen aussetzt. Und so ist, fast mit einem Schlag, die Bündnißfrage auf die Tagesordnung gekommen, sogar schon Schritte zur Annäherung sind geschehen. Als der Kaiser wegen einer Erkältung das Zimmer hüten mußte, begab sich der französische Botschafter, Graf de Noailles, nach Potsdam, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen. Nach der Genesung machte der Kaiser in Berlin dem Botschafter einen längern Besuch. Dann war von einer Zusammenkunft des Kaisers, des Czaren und des Präsidenten der Republik in der Nähe von Nizza die Rede. Offenbar nur ein Fühler, da zu einer solchen Zusammenkunft noch allerlei Vorbedingungen gehören. Unterdessen sind, zum ersten Male seit 1871, deutsche Kriegsschiffe in französischen Häfen erschienen. Die Schulschiffe Stosch und Charlotte liefen im Februar Oran, Algier und Tunis an, wurden von allen Behörden und auch von der Bevölkerung freundlich begrüßt und tauschten Besuche aus. Jedenfalls ist mit der feindlichen Zurückhaltung gebrochen, welche seither die Regel war. Doch hatte dieselbe

gegenseitige Dienstleistungen nicht verhindert. Im Hafen von Portonovo brachte einmal ein deutsches Kriegsschiff der hartbedrängten Besatzung und Bevölkerung Hilfe, vertrieb die Dahomeer. Dann nahm auch ein deutsches Kriegsschiff, während des Feldzuges in Madagaskar, ein französisches Kriegsschiff (im Rothen Meere) in's Schlepptau, sandte ihm seine Mechaniker um die gebrochene Maschine auszubessern.

Zuletzt (Januar) sind verschiedene Kundgebungen der Presse zu verzeichnen. Die Wochenschrift ‚Vie illustrée' ließ eine Reihe deutscher Politiker — worunter ein aktiver Staatsmann — befragen. Alle fanden die Annäherung, das Zusammengehen beider Staaten in jeder Weise gerechtfertigt, auch vortheilhaft für beide Theile. Aber die deutschen Politiker versicherten auch ebenso einstimmig, von einer Rückgabe Elsaß-Lothringens könne heute, nach achtundzwanzigjährigem Besitz, weniger als je die Rede sein. In diesem Punkt seien alle Deutschen einiger als jemals. Namentlich wurde auch hervorgehoben, der Anschluß Süddeutschlands an das Reich sei nicht möglich gewesen, solange es von Straßburg her durch die französischen Geschütze bedroht geblieben war. Frankreich müsse ausdrücklich auf die Rücknahme verzichten.

Dieser letztere Punkt ist etwas kindisch. Frankreich hat durch den Frankfurter Frieden Elsaß-Lothringen abgetreten, „für ewige Zeiten", wie es in allen Friedensverträgen heißt. Dies hat aber noch nie einen Staat verhindert, einen neuen Krieg zu unternehmen und das Verlorene wieder zu erobern. Dieser stille Vorbehalt ist bei Allen selbstverständlich. Etwas anderes als die geleistete Abtretung kann von Frankreich nicht verlangt werden. Wenn in seiner Bevölkerung die Hoffnungen und Bestrebungen auf Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens fortbestehen, so kann die Regierung dies nicht verhindern. Deutschland mag mit diesen Verhältnissen rechnen, sich vorsehen, ganz ebenso wie es seine Vorkehrungen gegen Feindseligkeiten anderer Staaten trifft. Ist doch Deutschland, trotz der thurmhohen herkömmlichen Freundschaft, auch auf Abwehr gegen Rußland eingerichtet. Eine Verpflichtung für alle Zukunft hat Frankreich bezüglich Elsaß-Lothringens nicht zu übernehmen, die Zumuthung einer solchen ist einfach eine Beleidigung.

welche ein wirklicher Staatsmann selbst gegen einen schwächern Staat vermeidet, als es die Großmacht Frankreich ist. Wenn Deutschland und Frankreich sich nähern, über irgend eine Frage oder gemeinsames Handeln verständigen, so ist es auf dem Boden des Bestehenden, unter stillschweigender Hinnahme des Frankfurter Friedens, als der Grundlage des heutigen Verhältnisses. Für das, was in einem oder einigen Jahrzehnten geschehen kann, hat heute Niemand bindende Verpflichtungen zu übernehmen. Die Weltgeschichte ist eine unaufhörliche Entwickelung, bei der oft das Unerwartetste möglich wird, das Wahrscheinlichste, das sehnlichst Gehoffte, wie ein Nebelbild aus der Bildfläche verschwindet.

Die befragten französischen Persönlichkeiten stellten alle eine Regelung der elsaß-lothringischen Frage als Vorbedingung der Annäherung, des Einvernehmens hin. Doch gingen ihre Ansichten nicht auf Rücknahme des ganzen Landes, sondern nur auf eine theilweise, meist auf Herstellung der Neutralität desselben. Ein geborener Elsäßer jedoch verlangte unbedingte Rücknahme, Herausgabe seines Heimatlandes an Frankreich. Ein Staatsmann und Gelehrter (Melchior de Vogüé) erklärte, die Aussöhnung, Freundschaft mit Deutschland dem kommenden Geschlecht zu überlassen; das jetzt abtretende Geschlecht stehe unter dem Eindruck des 1870/71 Erlittenen. Im Ganzen ist eine Milderung der Ansichten zu bestätigen. Man ist nicht mehr so feindlich, stellt auch keine so schroffen Forderungen auf, wie früher, rechnet mit den Umständen. Das Geständniß, daß ein freundliches Verhältniß zu Deutschland vortheilhaft, ja eine Nothwendigkeit sei, ist schon etwas werth. Am weitesten geht hierin der Volkswirth Paul Leroy-Beaulieu, welcher die Aussöhnung als eine wirthschaftliche Nothwendigkeit darstellt. Alle übrigen Staaten des Festlandes werden sich den beiden Vormächten anschließen, es werde sich ein europäischer Zollbund bilden, um Rußland, England und den Vereinigten Staaten, den drei wirthschaftlichen Riesen, die Spitze bieten zu können. Die Staaten des Bundes würden gemeinsam ihre Sache wahren, unter sich den Zollsätzen gewisse Schranken setzen, so daß jeder Staat immer noch seine wirthschaftliche Selbständigkeit behaupten würde. Den Bestrebungen Nordamerikas, die europäischen Staaten

wirthschaftlich zu überziehen und von dem amerikanischen Markt auszuschließen, wäre durch solchen Zollbund wirksam zu begegnen, ebenso der russischen Abschließung. Die Herrschaft Englands zur See wäre eingeschränkt, gebrochen. Besonders könnte das vereinigte Europa auch die lateinischen Staaten Amerikas an sich fesseln, ihnen einen Rückhalt gegen nordamerikanische Pläne und Ausbeutung bieten, sich dabei zugleich einen großartigen Markt sichern. Die meist durch Nordamerika geförderten politischen Umwälzungen würden bekämpft, all diese Länder rasch aufblühen, wie es bei mehreren derselben jetzt schon der Fall ist. Dies ließe sich um so eher erreichen, als all diese Länder fortwährend zahlreiche lateinische und deutsche Einwanderer aus Europa aufnehmen, dagegen fast keine Engländer und Nordamerikaner bei ihnen einziehen.

Ein anderer Gelehrter (Ledrain) führte aus, Frankreich und Deutschland seien die großen geistigen Arbeitsstätten der Welt. Die Fortschritte der Wissenschaften und Kunst, die Erfindungen und Entdeckungen gingen von ihnen aus, während andere Länder, besonders England, nur die betreffenden Leistungen der Deutschen und Franzosen geldlich auszunützen suchten. Beide Völker hätten also einen gemeinsamen Zug der Großherzigkeit und Selbstlosigkeit, der sie unwillkürlich näher bringen müßte. Auf die eigentliche politische Frage lasse er sich nicht ein, sie den zukünftigen Politikern überlassend.

Seit einiger Zeit hat die Presse sich wiederum mehr andern Fragen zugewandt, da das Bündniß keine Fortschritte machte. Etwas einfältig ist es, wenn deutsche Blätter erklärten, Frankreich habe nur aus Besorgniß wegen England sich nach Deutschland gewandt. Aber ohne Grund und Zweck ist noch niemals ein Bündniß, ein Einvernehmen geschlossen worden. Sind Vertragschließende nicht immer Anbieter und Bieter zugleich gewesen? Jeder sucht bei einem Bündniß Vortheile für sich, muß aber auch solche seinem Partner bieten. Man einigt sich gewissermaßen auf einer Mittellinie. Jeder verlangt Entgelt für das, was er dem Bundesgenossen leistet. Wo ist der Staat, welcher ein Bündniß anders als wegen des eigenen Bedürfnisses anbietet? Hat nicht Deutschland seit den letzten Jahrzehnten sich um Bündnisse mit Rußland, Oesterreich und

Italien beworben, weil es das Bedürfniß dazu empfand, sich gewisse Vortheile, Sicherheiten verschaffen wollte?

Für Frankreich hat seine Bündnißsuche eine weit über die gewöhnlichen Erwägungen und Rücksichten hinausgehende Tragweite. Seit 1871 hatte es nicht thatsächlich eingestehen wollen, daß ihm die führende Stellung in Europa entgangen ist. Es hatte sich gleichsam in den Wahn eingelebt, daß Europa seine Führung nicht entbehren könne, dieselbe ihm daher wieder verschaffen müsse. Es machte Europa verantwortlich für das, was es selbst oder doch Napoleon III. durch unvorsichtige Politik eingebüßt hatte. Seit dem Frankfurter Frieden wurden alle Anschauungen, alle Handlungen der Franzosen gewissermaßen von dem Grundgedanken, dem Leitsatz beherrscht: „Frankreich muß Elsaß-Lothringen wieder haben, andernfalls wird es nie zufrieden sein. Von seiner Zufriedenheit hängt aber das Schicksal Europas ab, welches ohne dieselbe weder Ruhe noch Frieden genießen, noch sich gedeihlich entwickeln kann. So lange diese Zufriedenheit nicht wiederhergestellt ist, fehlt Europa das wesentlichste Glied an seinem Leib". So etwa lautet die Staatslehre, welche seither jeden Tag in allen Blättern erläutert ward, in gelehrten und ungelehrten Abhandlungen, in allen politischen Reden widerhallt, überall in irgend einer Form wiederkehrt. Europa hat sich entwickelt, Deutschland sogar einen ungeahnten Aufschwung genommen, ist auch in wirthschaftlicher Hinsicht die erste Macht des Festlandes geworden. Nicht bloß sein politischer, auch sein sittlicher, geistiger Einfluß ist gewachsen, vielfach auf Kosten Frankreichs. Trotz aller ihm gewidmeten Theilnahme ist Europa über das Leid, über die Forderungen Frankreichs zur Tagesordnung übergegangen, um den eigenen Angelegenheiten nachgehen zu können. Frankreich hat in Erwartung, daß man sein Verlangen, seinen Willen erfüllen müsse, die besten Gelegenheiten versäumt, wirkliche Einbußen erlitten. Dank der seinem Volke innewohnenden unerschöpflichen Thaten- und Unternehmungsluft hat es sich ein ungeheures Siedelreich in Afrika und Asien erworben, neue Länder erschlossen. Nicht bloß die englischen Drohungen, auch der spanisch-amerikanische Krieg haben die Franzosen eindringlich belehrt, daß überseeische Besitzungen gegen rücksichtslose Gegner

auf die Dauer nicht zu behaupten sind, ausgenommen, daß man nicht bloß selbst dort ist, sondern auch auf tüchtige Bundesgenossen zählen kann. In Afrika und Asien aber ist Deutschland der natürliche Bundesgenosse Frankreichs, kann ihm helfen, seine Erwerbungen nutzbar zu machen. Denn Deutschland besitzt nicht bloß Kriegsschiffe und die stärkste Handelsflotte nach der englischen, sondern es stellt auch Auswanderer, Ansiedler, Kaufleute für die neuerschlossenen Länder. Der „Figaro“ sagte denn auch richtig: „Warum sollen wir nicht zugeben, wünschen, daß deutsche Kapitalisten und Siedler die ungeheuren Gebiete befruchten, in Ertrag bringen, welche wir z. B. in Siam und Hinterasien erworben haben?“ Thatsächlich haben denn auch schon früher deutsche, hanseatische Kaufleute mit ihren Faktoreien Frankreich die Besitznahme gewisser Länder erleichtert, seither dessen Herrschaft gestützt.

Durch das Hinstarren nach der Lücke im Waskenwald, besonders auch die traurige parlamentarische Wirthschaft ist in Frankreich ein förmlicher wirthschaftlicher Stillstand eingetreten. Der Außenhandel bleibt auf demselben Fleck, 1898 zeigte sich besonders ein namhafter Ausfall bei der Ausfuhr, während das Jahr gerade ganz besonders gut für Deutschland gewesen ist. Daß die Republik nicht entfernt gehalten, was sie versprochen, ist eine schon altbekannte Thatsache. Deshalb werden hier immerfort alle Verhältnisse von der Staatsfrage beherrscht, was Fernerstehende weniger sehen, meist nicht glauben wollen. Dies tritt jetzt ganz schlagend bei der Dreyfus-Frage hervor, in welcher sich die Staatsfrage tiefer verkörpert als mit jeder andern Tagessache.

Wiederholt haben die französischen Blätter bekennen müssen, ganz Europa sei Dreyfusisch, halte den „Verräther auf der Teufelsinsel“ für nichtschuldig. In Frankreich aber stehen die Mehrheit der Presse und neun Zehntel des Volkes für die Schuld Dreyfus', haben sich auf dieselbe eingeschworen und kämpfen mit größter Leidenschaft und Erbitterung für ihre Ansicht. Sind etwa die Schuldbeweise die Ursache hievon? Ganz im Gegentheil. Gegenwärtig liegen, durch die bei verschiedenen Rechtsfällen zu Tage gekommenen Thatsachen, durch die

Aussagen mehrerer Betheiligten, die veröffentlichten Schriftstücke jeder Art, die Dinge günstiger als jemals für Dreyfus. Der Général Mercier versicherte einem Ausfrager, der Begleitschein sei das Hauptbeweisstück, welches durch die andern, die Geheimstücke, gestützt sei. Mercier gesteht also, daß dem Kriegsgericht heimlich Beweisstücke zugesteckt wurden, von denen der Angeklagte und sein Anwalt nichts wußten. So begreift sich auch, daß alle Kriegsminister, welche Mercier seither nachgefolgt, versicherten, durch Einsicht der Geheimstücke seien sie von der Schuld Dreyfus überzeugt worden. Mercier versicherte des Weiteren, der Begleitschein sei nicht in einer Botschaft entwendet worden, sondern auf dem gewöhnlichen Wege, durch einen Geheimagenten, ins Kriegsministerium gekommen. Aber wenn derselbe nicht an eine Botschaft (oder Militärattaché) gerichtet war, entfällt ihm jede Beweiskraft, denn er konnte eben so gut für eine französische Stelle bestimmt gewesen sein.

Mercier erzählt weiter: „Die Veröffentlichung der Geheimstücke würde sofort eine Erkaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Italien zur Folge haben. Es würden Spannungen, Reibungen eintreten, diplomatische Noten gewechselt werden. Dergleichen haben wir jetzt am wenigsten nöthig, da die Lage ohnedies schwierig und verwickelt genug ist. 1894 würde die Veröffentlichung die schlimmsten Folgen gehabt haben. Heute kann ich sagen, daß seither Wasser genug nach dem Meer gelaufen ist. Die Dreyfus-Mappe enthält sehr schlimme, bloßstellende Stücke. Die vom Oberst Henry begangene Fälschung war ein Fehler, aber er hat mildernde Umstände. Der Oberst hatte den Beweis der Schuld Dreyfus' und wollte diesen Beweis in den Augen der Richter entscheidend gestalten. Er hat auf die Fälschung des Obersten Picquart durch eine andere Fälschung geantwortet. Aber so schuldvoll seine That, so wenig wird dadurch die Schuld des Verräthers vermindert. Für Henry wie für mich war Alfred Dreyfus ein Verräther, welcher das Vaterland dem Ausland überantwortete".

Mercier gesteht hier also, daß Henry ein falsches Beweisstück anfertigte, weil die anderen Beweisstücke nicht genügten. Die Ueberzeugung Henrys und Merciers von der Schuld

Dreyfus' ist kein gerichtfähiger Beweis. Mercier hätte besser gethan, zu sagen, worauf sich diese Ueberzeugung stützt. Hiemit scheint es aber erst recht schlecht bestellt zu sein, denn Mercier erzählt im selben Athem, er habe den „Obersten Du Paty de Clam nach der Verurtheilung zu Dreyfus geschickt, um ihm im Namen der Regierung Erleichterungen bei seiner Strafgefangenschaft anzubieten, wenn er uns Zahl und Werth der ausgelieferten Urkunden angeben wolle. Dreyfus aber lehnte ab, trotz aller eindringlichen Fragen". Seltsam: Du Paty de Clam sollte von Dreyfus ein Eingeständniß erpressen, was nicht gelang zum großen Verdruß Merciers, der ihm dies bitter vorwirft. Der Unparteiische aber muß fragen: Wegen was ist denn Dreyfus verurtheilt, wenn seine Ankläger und Richter erst nach dem Urtheil von ihm herauspressen wollten, worin seine Schuld bestand? Es war doch am Generalstab, als Ankläger, nachzuweisen, welche Stücke Dreyfus dem Auslande ausgeliefert oder nur einfach entwendet hatte. Mercier legt also nur dar, daß bei der Verurtheilung Dreyfus' mit einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit vorgegangen, die ersten Regeln aller Rechtspflege mit Füßen getreten wurden.

Weiter behauptet Mercier: „Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen, die getroffen werden könnten, glaube ich, daß der Entscheid des Kassationshofes, gleichviel in welchem Sinn er ausfällt, durch Mißtrauen und Verdacht entkräftet werden wird. Man kennt sehr genau diejenigen Räthe, welche des Dreyfusism verdächtig sind. Ihre Meinung ist bekannt; sie haben vor dem Urtheil Stellung genommen. Wie sollen sie jetzt ein gerechtes Urtheil fällen, welches als solches von der Masse aufgenommen wird? Die Räthe des Kassationshofes hatten den Wunsch, sowohl Dreyfus als Picquart unschuldig zu erklären". Mercier wirft hier den Mitgliedern des obersten Gerichtes des Landes genau dasselbe vor, was er selbst gethan. Als Dreyfus sich in Untersuchung befand, erklärte Mercier im „Figaro", er sei vollständig von der Schuld Dreyfus' überzeugt, habe dem Ministerrath die erdrückendsten Beweise derselben vorgelegt. Und darauf bezeichnete Mercier die Offiziere, welche als Kriegsgericht über Dreyfus zu entscheiden hatten! Man muß wissen, daß in dem republikanischen Frankreich der Offizier wegen

seines Schicksals und seiner ganzen Zukunft sich durchaus in der Gewalt des Kriegsministers befindet. Die hiesigen Verhältnisse, Ordnungen und Gesetze gewähren ihm keine solche Bürgschaften wie in anderen Heeren, zumal in Deutschland. Für die Mitglieder des Kriegsgerichtes wäre es schlimm gewesen, wenn sie durch Freisprechung Dreyfus' den Kriegsminister Lügen gestraft haben würden. Und doch waren sie auf dem Punkte, ihn freizusprechen, als ein Bevollmächtigter des Kriegsministers erschien und die geheimen Schriftstücke brachte, von denen er im voraus versicherte, daß sie den untrüglichen Beweis der Schuld enthielten.

Die Dreyfus-Geschichte begann also mit der ungeheuerlichen Gesetzwidrigkeit, einen Angeklagten auf Grund geheimer Schriftstücke zu verurtheilen, von welchen derselbe und sein Anwalt nichts wissen. Und jetzt hat dieselbe zu einer Vergewaltigung des höchsten Gerichtshofes des Landes, zu einem juristischen Staatsstreich geführt. Nachdem der Oberst Henry, Haupt des Nachrichtenamtes, nach zehnmaligem Läugnen, eingestanden hatte, daß er das hauptsächlichste, entscheidendste der geheimen Beweisstücke angefertigt; nachdem der Oberst Du Paty de Clam, neben Henry Werkzeug und Hauptzeuge gegen Dreyfus, wegen Fälschungen aus dem Heere gestoßen, war die Neuprüfung der Verurtheilung nicht mehr zu vermeiden. Sie wurde von Regierung und Kammer beschlossen. Aber die Gegner der Revision wurden nun nur noch heftiger, rasender. Namentlich gelang es Drumont, die Dinge wirklich auf den Kopf zu stellen. Er schilderte Henry als treuen Patrioten, dem seine Pflicht gegen das Vaterland über alles ging, welcher ein falsches Beweisstück anfertigte, um nicht ein anderes preisgeben zu müssen, durch welches der Feind die Geheimnisse der National-Vertheidigung erfahren haben würde. Kurz, er verstand es, in seiner „Libre Parole" Henry als Nationalhelden, als Opfer der Juden und Verräther zu verherrlichen. Im Dezember veranstaltete er eine Sammlung, um die arme Wittwe Henry in den Stand zu setzen, den Juden Josef Reinach wegen der gegen ihren Gatten geschleuderten abscheulichen Verläumdungen gerichtlich zu verfolgen. Reinach hatte Henry im Siècle als Verräther bezeichnet, da er es gewesen, welcher die Auf-

schlüsse, Urkunden lieferte, welche Esterhazy gegen gute Bezahlung an den deutschen Militärattaché (Schwarzkoppen) verkaufte. Natürlich habe Henry ebenfalls von dem Gelde erhalten. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß Henry und Esterhazy alte Kameraden waren, auch geldliche Beziehungen zwischen ihnen bestanden hatten. Jedenfalls kannte Henry sehr genau die Handschrift Esterhazys, ließ aber trotzdem geschehen, daß Dreyfus als Urheber des Bordereau verurtheilt wurde, war dazu ein Hauptzeuge gegen denselben. Jedenfalls muß dies ein höchst bedenkliches Licht auf Henry werfen. Die Sammelliste umfaßte wohl 15 000 Namen, füllte zehn Tage lang alle Spalten der „Libre Parole“, wurde zu einer gewichtigen Kundgebung, an der die Conservativen, obenan Graf de Mun und andere Abgeordnete sich betheiligten. Die Namen waren meist von schändlichen, bluttriefenden, ja kannibalischen Bemerkungen gegen Dreyfus u. s. w. begleitet, die Sammlung wurde dadurch zu einer gewichtigen Kundgebung, über welche sich selbst katholische Blätter freuten, da dadurch die Sache der Partei einen neuen Aufschwung gewann.

Aber der stärkste Schlag gegen die Neuprüfung wurde mit Hilfe Quesnay de Beaurepaire's geführt. Derselbe hat einst als Oberstaatsanwalt die Anklage gegen den General Boulanger geführt, dann aber die Vertuschung der Panama-Gaunereien gar keck durchgeführt, die schlimmsten Panamiten einfach außer Verfolgung gesetzt, die andern gerettet, indem er ihre Sache verjähren ließ. Es war daher ein öffentliches Aergerniß, daß Beaurepaire zum Lohn für solche Dienste von Carnot zum Präsidenten der Civilkammer des Cassationshofes, also einer der ersten Richterstellen Frankreichs, befördert wurde. (Der Cassationshof besteht aus drei Kammern von je 15 Räthen und einem Präsidenten; über allen steht der Erste Präsident, jetzt Mazeau.) Die Kammer hat Quesnay de Beaurepaire wiederholt, zuletzt im Mai 1898, wegen Panama rc. gebrandmarkt. Seit Dezember waren in den sogenannten Blättern des Generalstabes Mittheilungen erschienen, durch welche die Räthe der Strafkammer der Parteilichkeit und Pflichtverletzung bei der Untersuchung der Dreyfussache bezüchtigt wurden.

Die Nationalistenpresse, obenan immer die Libre Parole,

erhob ein furchtbares Geschrei ob dieser Anschuldigungen, nannte die Räthe der Strafkammer Schufte und Schurken. In der Kammer wurden Interpellationen gestellt, wobei der Nationalist Lasies (Offizier a. D.) Loew (Präsident), Manau (Oberstaatsanwalt) und Bard (Rath der Strafkammer) ein Spitzbuben-Kleeblatt nannte. Gleich nach Neujahr legte Beaurepaire seine Stelle nieder, um offen (im „Echo de Paris") als Ankläger der Mitglieder der Strafkammer aufzutreten, täglich lange Artikel gegen dieselben zu schreiben. Die Regierung zeigte sich bereitwillig, ließ nacheinander vier Untersuchungen gegen die Mitglieder der Strafkammer vornehmen. Mazeau gab sich hiezu her, mußte aber schließlich in seinem Bericht bekennen, die von ihm und den Räthen Dareste und Voisin geführte Untersuchung habe die Haltlosigkeit aller gegen die Strafkammer erhobenen Anklagen ergeben, die Rechtschaffenheit und Gewissenhaftigkeit all ihrer Mitglieder ständen über allen Zweifel erhaben. Jedoch sei es bei den heutigen Verhältnissen nicht gerathen, der Strafkammer allein die Verantwortung für den zu fällenden Entscheid zu überlassen. Die Anklagen gegen die Strafkammer bestanden in der That nur aus Klatsch der Kanzleidiener, der Gendarmen und Gendarmerie-Offiziere, welche den als Zeugen aus dem Gefängniß herbeigeführten Obersten Picquart begleiteten. (Dieser wird vom Generalstab wegen Fälschung eines Kartenbriefes, angeblich von Schwarzkoppen an Esterhazy, verfolgt, wofür er schon einmal vor Gericht gezogen und bestraft wurde.) Dann hatten sich auch der General Roget und der Bewahrer der Geheimstücke, Hauptmann Cuignet, beschwert, weil sie vom Präsidenten und den Räthen der Strafkammer eingehend (als Zeugen) ausgefragt wurden.

Dieser Bericht Mazeau's wurde zur Grundlage für ein Gesetz, durch welches die Dreyfussache der Strafkammer entzogen und dem gesammten Kassationshof (den vereinigten drei Kammern desselben) übertragen wird. In der Deputirten-Kammer, am 8. Februar, mußte der Ministerpräsident Dupuy ausdrücklich zugestehen, alle Mitglieder der Strafkammer hätten gewissenhaft und unparteiisch ihres Amtes gewaltet, es treffe sie kein Schatten. Aber die öffentliche Meinung habe sich drohend erhoben, werde ein ausschließlich von der Strafkammer gefälltes

Urtheil verwerfen, müsse deshalb befriedigt sein. Also das höchste Gericht des Landes soll sich der öffentlichen Meinung beugen! Es ist das erste Mal, daß in Frankreich der Erste Minister und der Erste Richter (Mazeau) die öffentliche Meinung gegen einen Gerichtshof, dazu den höchsten des Landes, anrufen. Es ist das erste Mal, daß ein Gesetz gemacht wird, eigens um einen im Zuge befindlichen Rechtsfall dem zuständigen Gericht zu entziehen. Der Bonapartist Cassagnac freute sich ungemein, daß durch diesen juristischen Staatsstreich alle früheren Staatsstreiche gerechtfertigt und neue vorbereitet werden.

Drumont und die anderen Nationalisten haben auch nie den Zweck verhehlt, den sie mit ihrem Kampf gegen die Strafkammer verfolgen. Sie erklären offen, daß sie das Urtheil des Kassationshofes nur annehmen, wenn dasselbe die Verurtheilung Dreyfus' bestätigt, oder denselben an das Kriegsgericht zurückweist. Andernfalls greifen sie das Urtheil an, weil die entwürdigte Strafkammer bei demselben mitgewirkt hat. Sie werden ihren Willen auch durchsetzen, nöthigenfalls ein neues Gesetz erzwingen, welches ein anderes Urtheil durch die zwei übrigen Kammern des Kassationshofes ermöglicht. Sie selber und die herrschenden Zustände lassen kaum einen Zweifel: die Freisprechung würde das Zeichen zu Unruhen werden, bei denen der Generalstab, der Gouverneur die Gewalt in die Hände bekommen, also einen Staatsstreich machen könnten. Es scheint kaum anders möglich, als daß die Sache schließlich mit einem Staatsbruch enden wird.

Die Heftigkeit und Wuth, die Raserei, welche jetzt bei dem Dreyfus-Kampfe herrschen, spotten aller Schilderung, die ehrenrührigsten Beschimpfungen, die gehässigsten Verdächtigungen, die schlimmsten Anklagen sind gang und gäbe, die tägliche Arbeit der Blätter, die sich dabei stets zu übertrumpfen suchen. Dieser Preß- und Redekampf ist unsagbar widerwärtig, herabwürdigend für das ganze Volk, oder vielmehr für die Regierung, welche es soweit kommen läßt. Die Leidenschaften sind furchtbar aufgeregt, indem das Volk nun seit Jahren an seinen empfindlichsten Stellen gefaßt, unerhört gereizt wird. Mit seiner nationalen Ehre wird ein freventliches Spiel aufgeführt,

sein nationales Dasein, die Sicherheit des Staates, die Wehrfähigkeit des Heeres als gefährdet dargestellt. Die Franzosen sind durch diesen inneren Bürgerkrieg wirklich aus dem Häuschen gekommen. Die Zerrüttung ist größer, als sie jemals gewesen.

Die dritte Republik droht in der Geschichte einen besonderen Namen zu erhalten wegen der Vertuschung großartiger Aergernisse: Wilson, Panama, Dreyfus. Wilson hatte als Schwiegersohn Grevys seinen berüchtigten Ordens- und Gönnerei-Schacher betrieben, wurde aber freigesprochen und blos einige seiner Mitschuldigen gestraft. Mindestens eine Mordthat ist mit der Sache verwickelt gewesen, aber nie aufgeklärt worden. Bei Panama gab es Selbstmorde und andere Verbrechen, von einigen Hundert Bestochenen und Betrügern, welche hunderte Millionen verschluckten, wurde keiner bestraft. Seit 1889 ist die Vertuschung der Panama-Gaunereien der Eckstein aller Politik gewesen; alle anderen öffentlichen Angelegenheiten mußten diesem Zweck untergeordnet werden. Seit 1894 dreht sich alle Politik um die Verhinderung der Neuprüfung der Dreyfus-Verurtheilung; das Urtheil des Kriegsgerichtes soll um jeden Preis aufrecht erhalten bleiben. Bis jetzt war das Ansehen der Gerichte aus alter Ueberlieferung unangetastet geblieben, die 1883 durch Unterbrechung der Unabsetzbarkeit der Richter entstandene Scharte hatte sich ausgewetzt, dank der angeborenen Ehrenhaftigkeit des Volkes und dem im Richterstand herrschenden Herkommen und Standesbewußtsein. Jetzt ist, dank der unheilvollen Wühlerei der Nationalisten, die Verdächtigung und Herabwürdigung des Richterstandes zu einer vaterländischen That geworden.

Es soll also nichts mehr aufrecht bleiben in diesem hart geprüften Lande! „Was schadet es, wenn nun auch der Richterstand vernichtet wird? Es wird doch Alles zerstört, vernichtet werden müssen, ehe es besser gehen, der Neubau von Staat und Gesellschaft beginnen kann“, antwortete dieser Tage ein angesehener, politisch und social sehr thätiger Katholik, dem gewiß das Heil seines Landes am Herzen liegt. Auch ein Beitrag zu den herrschenden Zuständen.

Nachschrift.

[illegible] aus zur Post gegangen, [illegible] am 16. Februar Abends 10 Uhr, der Präsident Felix Faure [illegible]. Das ganz unerwartete Ereigniß machte [illegible]. Zwei Tage darauf, am 18. Februar [illegible] mit starker Mehrheit ([illegible] Stimmen gegen [illegible]) im ersten Wahlgang den früheren Ersten Minister und [illegible] Präsidenten des Senates, Loubet, zum Präsidenten der Republik. Schon beim Hinaustreten aus dem [illegible] zu Versailles wurde er mit [illegible] Rufen verfolgt. [illegible] die erregte, vom Bahnhof bis zu den Palästen der [illegible]schaft und des auswärtigen Amtes [illegible] Menge: [illegible], vive l'armée, à bas les Juifs, Panama, mort aux traîtres. Auch die folgenden Tage fanden Kundgebungen statt, wobei viele Ausschreitungen begangen, die Fenster in den [illegible] Palästen (Rue Laffitte) eingeschlagen wurden, in denen das Rothschildsche Bankgeschäft seinen Sitz hat. Die Radikalen, Socialisten, Dreyfusler, besonders auch die Panamiten traten wie ein Mann für Loubet ein, der als Antiklerikaler und Dreyfusfreund hingestellt wurde. Jedenfalls ist seine Wahl durch Panama und Dreyfus entschieden worden, deßhalb eine ganz unerhörte Thatsache. Als Erster Minister hatte Loubet (1892) von seinem Freunde Carnot den Auftrag erhalten, Panama um jeden Preis zu vertuschen. (So heißt es wenigstens, wie denn [illegible] wird, was zu Paris in allen Zeitungen zu lesen, in der Oeffentlichkeit als feststehende Thatsache gegolten hat.) Am Morgen der Wahl hatte Quesnay de Beaurepaire mit [illegible] in den Blättern erzählt, wie [illegible] habe (als Staatsanwalt) gegen die Panamiten vorzugehen. Loubet habe den Ministerialbeamten [illegible] in einer Flugschrift erzählte) zu [illegible] wegen Herausgabe seiner Beweis[illegible]. Und anderes mehr. Begreiflicherweise [illegible] — es gibt deren noch in Kammer und [illegible] nur antreiben, für Loubet zu [illegible] Panamas ist eine Lebensfrage für [illegible] deshalb für die Republik. Es trifft sich [illegible] der schlimmsten Panamiten

(Ranc, Clemenceau, Henry Maret, Yves Guyot ꝛc.) in erster Reihe für Dreyfus kämpfen. Ein Großpanamit, Freycinet, ist Kriegsminister. All diese Leutchen sind gehässige Kirchenfeinde, und Loubet, dessen Familie übrigens religiös ist, gilt wenigstens als Antiklerikaler, da sein Nebenbuhler Meline, als Gemäßigter, sich die Bezeichnung Klerikaler seitens der Radikalen gefallen lassen muß. Inzwischen haben Drumont und sein Anhang bereits angekündigt, daß nach der Beisetzung Felix Faure's die Hetze erst recht losgehen werde.

XXXIV.

Neue Arbeiten über das Jesuitendrama.

Zu den fleißigen Forschern über das Jesuitendrama hat sich unlängst ein neuer gesellt, dessen Arbeiten alle Anerkennung verdienen. Wir meinen den Regensburger Gymnasialprofessor Dr. Anton Dürrwächter. Im Sammelblatt des Histor-ischen Vereins Eichstätt (X, 1895 S. 42—102) veröffentlichte Dürrwächter eine tüchtige Arbeit über das Jesuitentheater in Eichstätt, die sich hauptsächlich auf Druck- und Hand-schriften der Eichstätter Ordinariatsbibliothek stützt. Mit vollem Recht betont der Verfasser, daß eine solche Arbeit selbst nach Reinhardstöttners schöner Monographie über München noch Werth beanspruchen kann. Die Arbeit selbst ist der beste Erweis hierfür. In Eichstätt wurde viel und gut gespielt und die Aufführungen brachten vielfache Anregung und Bildung für die Geistes- und Seelen-Fähigkeiten der Schüler und reiche Ab-wechslung in das eintönige Schulleben. Neben den großen lateinischen Schluß- und Festdramen finden wir auch in Eichstätt in der Charwoche Passionsspiele in deutscher Sprache, zu Fast-nacht heitere Comödien, in den einzelnen Klassen und Marian-ischen Congregationen wieder eigene Aufführungen mit ihren

besonderen Zwecken der Schulung bezw. der Erbauung. Wenn man dazu berücksichtigt, daß manche Stücke wiederholt, zuweilen sogar dreimal gegeben werden mußten, so kann man sich „einen Begriff machen von der unermüdlichen dramatischen Thätigkeit der Jesuiten in Eichstätt, von der Bedeutung ihres Theaters für den Hof, der sich lebhaft dafür interessirte, und für die Bevölkerung, die ihre Schaulust und ihr Interesse für die dramatische Kunst hier lange und nicht zu ihrem Schaden befriedigt sah".

Meist wurde bei Tageslicht gespielt, Vormittags oder Nachmittags, die Klassenstücke, die 1/2—2 Stunden in Anspruch nahmen, durchgehends Vormittags, die Meditationen der Congregationen dauerten bis 2 Stunden. Das große Schlußdrama begann durchgehends 1 oder 2 Uhr und dauerte durchschnittlich 4 Stunden. Während die Passions- und Congregationsspiele meist in der Kirche aufgeführt wurden, war dies für die großen Dramen nur ausnahmsweise der Fall. Diese wurden unter freiem Himmel im Hofe des Collegs oder (seit 1663) in der Aula gespielt.

Die Bühne war so eingerichtet, daß ein häufiger Scenenwechsel auch innerhalb der nämlichen Scene stattfinden konnte. Doppelten Vorhang, Versenkungsvorrichtungen und dergleichen scheinen die Regisseure der Jesuiten auch in Eichstätt angewandt zu haben. Beachtet man neben den vielfachen Geistererscheinungen und Beleuchtungseffekten „noch die lebenden Bilder, die in zahlreichen Stücken in reicher Aufeinanderfolge stumm oder sprechend zur Veranschaulichung des Dialogs über die Bühne ziehen, das Theater auf dem Theater, die zahllosen und kühnen Allegorien, deren Ausstattung und Gewandung oft eine Aufgabe für sich war, die Chöre und die so mannigfaltig wechselnden Tänze, so wird man gestehen müssen, daß auch auf dem Eichstätter Jesuitentheater in bühnentechnischer Hinsicht nicht Unbedeutendes geleistet wurde".

Theaterzettel, Periochen genannt, wurden seit 1656 für die Hauptdramen jährlich gedruckt und zwar lateinisch und deutsch, manchmal auch nur deutsch. Sie enthielten eine kurze Erzählung des dem Drama zu Grunde gelegten Stoffes nebst

Quellenangabe, dann nach Akten und Scenen gegliedert den Verlauf des Drama's, endlich ein Verzeichniß der Schauspieler, nicht aber den Namen des Verfassers oder Componisten, falls dieselben Jesuiten waren.

Was den Stoff der gespielten Stücke angeht, so seien von den kleineren Stücken genannt die Kindheit Jesu, ein deutsches Drama über den Jesuknaben im Tempel, die Erweckung des Lazarus, von größeren Dramen die biblischen: Joseph, Abraham, Salomon, Moses, Amon, Jakob, David; die historischen: Thomas Morus, Maria Stuart, Bartholomäusnacht, Julian, Untergang von Konstantinopel u. s. w. Eine ganze Reihe von Dramen beschäftigt sich mit den Türkenkriegen des 17. und 18. Jahrhunderts. Auch an lustigen Stoffen fehlt es nicht. Selbst sehr ernste Dramen werden durch lustige Zwischenspiele unterbrochen. So bleiben im „Moses" nach dem großen Blutbad, das der Küchenjunge unter den Fröschen angerichtet hat, vier übrig, welche sich als schwäbische Frösche Jägle, Hansi, Hainz und Cuenz zu erkennen geben und einen Preisgesang auf die Schwaben anstimmen.

Deutschlands allergrößter Ruhm
Ist das ganze Schwabenthum,
Denn wo's um Kampf und Streit sich dreht
    Koax, koax, koax,
Nichts grimmiger im Felde steht,
Nichts schrecklicher, entsetzlicher,
Nichts muthiger und blutiger
Als wir vom Schwabenlande.
    Koax, koax, koax, koax, koax!

So ein Schwab ist lauter Muth,
In den Adern stockt sein Blut,
Und wie das Espenblatt am Baum,
    Koax, koax, koax,
So zittert er und hält sich kaum,
Wenn Pauke und Trompetenstoß
Ihn ruft ins wilde Kampfgetos
Den Mann vom Schwabenlande.
    Koax, koax, koax, koax, koax!

Ihrer neune folgen nur
Eines einz'gen Hasen Spur.
Und ist vor Angst er schon halb todt,
Koax, koax, koax,
Sie bringen ihn in große Noth,
Und in die gräßliche Gefahr
Stürzt ohne Straucheln sich die Schaar
Der neun vom Schwabenlande.
Koax, koax, koax, koax, koax!

An gesundem Humor fehlt es auch in andern Stücken nicht. So z. B. kommt im „Arsenius" Stolonius, ein Trabant des Theodosius, in gehobener Stimmung — denn Arsenius hat ihm soeben einen Beutel voll Gold geschenkt — zu seinen sechs hungernden Buben. Zunächst befiehlt er ihnen, ihn nunmehr nicht bloß „Vater" sondern „Herr Vater" zu tituliren. Da sie ihm ihren Hunger klagen, tröstet er sie. Dem einen räth er, weiter zu fasten, weil das Fasten den Himmel öffne; den zweiten, welcher jammert, daß schon drei Tage lang sein Bauch vor Hunger belle, fragt er, was denn wohl da drinnen belle, und als der Kleine erwidert, der leere Raum drinnen sei es, beglückwünscht ihn sein Vater mit den Worten:

Der leere Raum? Merkwürdig! Schon lange suchten die Philosophen den leeren Raum. Jetzt endlich ist er gefunden. O mein Sohn, Du trägst ein Wunder der Natur in Deinem Magen herum.

Der sechste Knabe jammert:

Drei Tage lang habe ich schon gefastet.

Vater: Gut hast Du Dich aufgeführt.

Knabe: Ich bin fast todt vor Hunger.

Vater: Desto besser! Da Du in der äußersten Noth bist, so geh und nimm, was Dir vor die Hand kommt. Denn in der äußersten Noth ist Alles Gemeingut.

Knabe: Aber wenn sie mich aufhängen?

Vater: Was dann? Um so näher hast Du zum Himmel. Merke Dir indessen: die großen Diebe läßt man laufen, gehängt werden nur die kleinen. Stiehl also viel, damit man Dich laufen läßt.

Knabe: Herr Vater, ist in dem Beutel da viel drinnen?

Vater: Warum fragst Du darnach?

Knabe: Weil ich an diesem Beutel Deinen Rath gleich erproben möchte.

Vater: Nichtsnutziger Bub! Du willst Deines Vaters Beutel stehlen?

Knabe: In der äußersten Noth ist ja alles Gemeingut.

Vater: Das ist wohl wahr. Aber keine Regel ohne Ausnahme. Ich wollte sagen: man kann alles stehlen, nur diesen Beutel nicht.

Was die Sprache angeht, so behauptet Dürrwächter wohl mit Recht: „Die Verfasser beherrschten nicht alle gleichmäßig, aber einzelne ganz vorzüglich den Plautinisch-Terenzianischen Wortschatz und die metrischen Formen der lateinischen Poesie und sie haben die lateinische Sprache um manches schön und ansprechend erfundene Wort bereichert".

Gewiß sind die Dramen des Jesuitentheaters in Eichstätt nicht unberührt geblieben von den „Haupt- und Staatsaktionen" des 17. und der gespreizten italienischen Oper des 18. Jahrhunderts, „aber fern gehalten hat sich diese Bühne von den rohen und gemeinen Hanswurstiaden . . . Die Jesuiten hatten nicht bloß ihren Schülern den Besuch dieser Hanswurstiaden untersagt, sondern auch selbst durch bessere und edlere Stücke den Geschmack zu bilden gesucht und den reinen Charakter der Muse hoch gehalten über 150 Jahre lang".

2. Eine weitere tüchtige Arbeit hat Dürrwächter i. J. 1897 im Jahrbuch des historischen Vereins zu Dillingen veröffentlicht. „Aus der Frühzeit des Jesuitendramas". Er behandelt darin handschriftliche Jesuitendramen in Dillingen. Diese stammen zum größeren Theil aus dem Nachlasse Gretsers und enthalten Stücke von Gretser, Pontan, Campion (Ambrosius), Crendel, Benci (Hercules, Baal eversus) und außerdem eine Anzahl von Dramen und Dialogen, deren Verfasser unbekannt sind. Den literarischen Antheil Gretsers und Pontans an der Gestaltung des Jesuitendramas will D. später würdigen, eine Absicht die nur lebhaft zu begrüßen ist. In Bezug auf Pontan haben schon Wolkan (Geschichte der deutschen Literatur in Böhmen bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts, Prag 1894, S. 151 ff.) und Scheid (Der Jesuit Jakob Masen, Köln 1898, S. 6 ff.) Andeutungen in dieser Richtung gegeben. Als Stücke, die Gretser in Freiburg (Schw.) 1584—86 verfaßt, sind erhalten die Erweckung des Lazarus, der geheilte Blindgeborene, ein Fastnachtsspiel Humanitatis Regnum und ein Fronleichnams-

spiel Dialogus de s. Eucharistiae Sacramento. Von den Anonyma stammt ein großes ergreifendes Drama „Vom jüngsten Gericht“ aus Rom, zwei andere ein Fronleichnamsspiel „Manna“ und das schöne Drama Barlaam und Josaphus aus Antwerpen. Auch manche deutsche Zwischenspiele finden sich vor, ferner mehrere Dialoge für die Preisvertheilung, Weihnachten u. s. w.

D. untersucht das Verhältniß der Dillinger Dramen zum antiken Drama in Vers, technischem Aufbau und Stoff. Er sieht in den Jesuitendramen eine Mischung von engem Anschluß an die Alten und einer oft etwas oppositionell gefärbten Neuerungslust. Besonders zeige sich die Neuerungslust in der Stoffwahl: „man will eben ernstlich sittlich reine Stoffe auf die Bühne bringen, und von diesem Gesichtspunkte aus ist auch noch für die spätere Zeit das Verhältniß des Jesuitendrama's zu Plautus-Terenz wie zu den Alten überhaupt aufzufassen. Nur hat man es später aufgegeben, den Plautus, auch den sittlich gereinigten, aufzuführen. Schließlich waren, wie man zugeben wird, auch die dahin gehenden Versuche in der Frühzeit des Jesuitendramas verunglückte, zu denen der Respekt vor den Alten einerseits und vor christlicher Sitte anderseits die Veranlassung gaben. Denn diese war kein bloßer Vorwand wie so oft bei der ältern Schulkomödie“.

Für die Wahl der Stoffe aus dem alten Testament wirkte wahrscheinlich das Beispiel der ältern Schulkomödie. Während sich aber die protestantischen Schulkomödien in maßloser Polemik gegen die Katholiken mit langen Ergüssen ergehen, macht sich die Tendenz der Jesuitendramen in viel maßvollerer Weise geltend: es ist meist die indirekte Polemik der Geschichte. „Die eigenen tragischen Zeiten, das eigene religiöse Ideal, das eigene Streben und Leben wollen diese Dichter doch auch in ihren dramatischen Schöpfungen verkörpern“, so, wenn der Prolog zum Joas die Stimmung der Katholiken des 16. Jahrhunderts schildert:

> Das ist die schlimme Lage unsrer Zeit:
> Wohin du nur dein Auge wendest, da
> Erblickst ein Trauerspiel du, alles herb
> Verbittert; und gar viele siehst du muthlos,
> Die weichlich nur erzogen, ohne Uebung
> Im Dienst des Leids vor jedem Sturm sofort
> Wie vor dem allerschlimmsten Unheil zittern.

Wie schon Reinhardstöttner betont hat, ist das Jesuitentheater nicht wie die protestantische Schulkomödie polemisch. Neben der größern Toleranz, welche man nicht so sehr durch das öftere Aussprechen des Wortes Toleranz als vielmehr in der That übte, mußte ein anderer Grund sich nahelegen: wo die bittere Polemik anfängt, hört die Poesie auf. Für die spätere Zeit ist die Polemik auf dem Jesuitentheater fast ganz verschwunden.

Aus einigen Stücken wie dem jüngsten Gericht und Barlaam-Josaphus gibt D. ausführlichere Proben. Das Mitgetheilte scheint ihm „genug, um zu beweisen, daß formelle Schönheit, dramatische Kraft und Spannung und realistische Naturtreue der Frühzeit des Jesuitentheaters nicht fehlten . . . . es ist ein Irrthum, dieses Gebiet der Literaturgeschichte für öde und unfruchtbar zu halten. Hier wächst vielmehr frisches Leben, genährt vom Boden der eigenen Zeit, fruchtbar für eine künftige". Wenn dem so ist, darf wohl auch dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, es möchten gerade aus dieser ersten Zeit die ungedruckten Stücke gesichtet und die besseren vollständig veröffentlicht werden. Dazu wäre D. mit seinen vielseitigen Kenntnissen und seinem feinen Takt der berufene Mann.

(Schluß folgt.)

XXXV.
Eine neue Tetzel-Biographie.[1]

Dr. Nikolaus Paulus in München, welcher durch seine ebenso emsigen wie umfassenden und erfolgreichen Studien im Bereiche der Literatur der großen Glaubensspaltung des 16. Jahrhunderts sich einen höchst ehrenvollen Namen erworben, hat seinen vielen Verdiensten soeben ein neues beigefügt durch seine Arbeit über den Dominikaner und Ablaßprediger Johann Tetzel.

1) Johann Tetzel der Ablaßprediger. Von Dr. Nikolaus Paulus. Mainz, Franz Kirchheim, 1899. 8. VIII und 187 S.

Die bisherigen Forschungen zusammenfassend, mit kritischer Sonde prüfend, durch neue Entdeckungen weit über sie hinausschreitend und sie zum Abschluß bringend, hat er eine Leistung hervorgebracht, welche auch den strengsten Forscher befriedigen wird. Seine Verwendung der gedruckten Literatur ist schon geeignet, in hohem Grade günstig für ihn zu stimmen. Seiner Schrift wird ein noch höherer Werth verliehen durch die Aufdeckung und Verwerthung solcher Schätze der k. Hof- und Staatsbibliothek in München, welche sämmtlichen bisherigen Forschern entgangen sind. Insbesondere ist aber zu betonen die leidenschaftslose Ruhe seiner Untersuchung, die unbestechliche Gerechtigkeit seines Urtheils, die Sicherheit seiner Doktrin. Sind es auch zunächst die Männer der Geschichtsforschung, denen er einen sehr bedeutenden Dienst erwiesen, dann wird auch der Dogmatiker gerne zu dieser Schrift greifen wegen der kostbaren Darlegungen über die Lehre vom Ablaß beim scheidenden Mittelalter und dem Aufleuchten der Neuzeit, die von so weittragenden Umwälzungen begleitet war.

In sieben Kapiteln behandelt Paulus: 1. Lehrjahre, 2. die Ablaßpredigt für den deutschen Orden 1504 bis 1510, 3. die Ablaßpredigt für die Peterskirche, 4. Tetzel und Luther, 5. Tetzel und Miltitz, 6. Tetzels letzte Tage, 7. Tetzels Ablaßlehre und zwar: den Ablaß für die Lebenden, die Beicht- oder Ablaßbriefe, den Ablaß für die Verstorbenen. Die beiden ersten Kapitel machen uns mit Tetzels Jugend und seiner ersten Thätigkeit als Prediger des Ablasses für den deutschen Orden bekannt. Schon hier ist Paulus in der Lage, eine Menge falscher Nachrichten zu berichtigen und zahlreiche neue Notizen vorzulegen. Diese letzteren, welche sich mit Tetzels Thätigkeit als Generalsubkommissar im Dienste des von Julius II. zum Commissarius für Verkündigung des dem deutschen Orden bewilligten Ablasses berufenen Christian Bomhauer (Sekretär des Ordensmeisters Eberhard Schelle) befassen, ist der Leser um so dankbarer, als diese Periode in Tetzels Leben gewöhnlich sehr stiefmütterlich behandelt wird. Ungenaue Berichte über Tetzel, wie die des katholischen Stadtschreibers Haß von Görlitz und des Friedrich Mykonius, Tetzel-Schwänke und falsche Ablaßbriefe desselben zerfließen wie Wasser unter der scharfen Kritik

unseres Verfassers. Vom Juli 1510 bis April 1516 verschwindet Tetzel, um dann als Prediger des Ablasses für den Bau der **Peterskirche** in Rom im Dienste des Erzbischofs von Mainz, Albrecht von Brandenburg, aufzutreten. Auch hier ist Paulus' Arbeit ausgezeichnet durch Genauigkeit und Ausführlichkeit der Angaben über die in diesem Betreff ergangenen Papstbullen, sowie über ähnliche gleichzeitig bewilligte Ablässe für **Konstanz** und Augsburg. Was den Ablaß für St. Peter in Rom anlangt, so mag man aus Paulus' Darstellung entnehmen, daß man es mit der Verkündigung desselben in Rom gar nicht so eilig hatte, daß die letztere vielmehr in Deutschland verhältnißmäßig früh erfolgte.

Ausführlich schildert Paulus die Verhandlungen zwischen Albrecht von Brandenburg und Leo X. über die Verwendung der Ablaßgelder. Er nennt sie ein „unwürdiges Geschäft, das sowohl für Leo X. als für Albrecht von Brandenburg vor Allem eine Finanzoperation war" (31), und der Kurfürst „wollte die günstige Gelegenheit des Ablasses benutzen, um die Schulden zu bezahlen, welche er für die nach Rom zu entrichtenden Palliengelder bei den Fugger in Augsburg gemacht hatte" (30). Für den Papst kam doch das gute Werk der Erbauung der Peterskirche in Betracht, während der **Kurfürst** es war, welcher die Finanzoperation der Abtragung seiner Schulden in den Vordergrund stellte. Diese Schulden waren, wie er dem Papst vorgestellt, durch sein Unvermögen, die **Palliengelder** zu bezahlen, veranlaßt worden. Gewiß waren die Palliengelder hoch; aber sie überstiegen keineswegs die Ertragsfähigkeit des Erzbisthums Mainz, dazu kam, daß der Kurfürst neben Mainz noch andere Bisthümer verwaltete. Und da sollte er außer Stande gewesen sein, die apostolische Kammer in Betreff der Palliengelder zu befriedigen? Offenbar steckten hinter der Schuld der Palliengelder noch ganz andere, höhere Lasten, die er vermittels der Ablaßgelder zu beseitigen wünschte.

Das Kapitel „Tetzel und Luther" besitzt besondere Wichtigkeit, weil Paulus nach einem „allen Forschern unbekannt gebliebenen" **Einblattdruck** der Hof- und Staatsbibliothek in München die ursprünglichen Thesen, welche Tetzel am 28. Januar

Die bisherigen Forschungen zusammenfassend, mit kritischer Sonde prüfend, durch neue Entdeckungen weit über sie hinausschreitend und sie zum Abschluß bringend, hat er eine Leistung hervorgebracht, welche auch den strengsten Forscher befriedigen wird. Seine Verwendung der gedruckten Literatur ist schon geeignet, in hohem Grade günstig für ihn zu stimmen. Seiner Schrift wird ein noch höherer Werth verliehen durch die Aufdeckung und Verwerthung solcher Schätze der k. Hof- und Staatsbibliothek in München, welche sämmtlichen bisherigen Forschern entgangen sind. Insbesondere ist aber zu betonen die leidenschaftslose Ruhe seiner Untersuchung, die unbestechliche Gerechtigkeit seines Urtheils, die Sicherheit seiner Doktrin. Sind es auch zunächst die Männer der Geschichtsforschung, denen er einen sehr bedeutenden Dienst erwiesen, dann wird auch der Dogmatiker gerne zu dieser Schrift greifen wegen der kostbaren Darlegungen über die Lehre vom Ablaß beim scheidenden Mittelalter und dem Aufleuchten der Neuzeit, die von so weittragenden Umwälzungen begleitet war.

In sieben Kapiteln behandelt Paulus: 1. Lehrjahre, 2. die Ablaßpredigt für den deutschen Orden 1504 bis 1510, 3. die Ablaßpredigt für die Peterskirche, 4. Tetzel und Luther, 5. Tetzel und Miltitz, 6. Tetzels letzte Tage, 7. Tetzels Ablaßlehre und zwar: den Ablaß für die Lebenden, die Beicht- oder Ablaßbriefe, den Ablaß für die Verstorbenen. Die beiden ersten Kapitel machen uns mit Tetzels Jugend und seiner ersten Thätigkeit als Prediger des Ablasses für den deutschen Orden bekannt. Schon hier ist Paulus in der Lage, eine Menge falscher Nachrichten zu berichtigen und zahlreiche neue Notizen vorzulegen. Diese letzteren, welche sich mit Tetzels Thätigkeit als Generalsubkommissar im Dienste des von Julius II. zum Commissarius für Verkündigung des dem deutschen Orden bewilligten Ablasses berufenen Christian Bomhauer (Sekretär des Ordensmeisters Eberhard Schelle) befassen, ist der Leser um so dankbarer, als diese Periode in Tetzels Leben gewöhnlich sehr stiefmütterlich behandelt wird. Ungenaue Berichte über Tetzel, wie die des katholischen Stadtschreibers Haß von Görlitz und des Friedrich Myconius, Tetzel-Schwänke und falsche Ablaßbriefe desselben zerfließen wie Wasser unter der scharfen Kritik

unseres Verfassers. Vom Juli 1510 bis April 1516 verschwindet Tetzel, um dann als Prediger des Ablasses für den Bau der Peterskirche in Rom im Dienste des Erzbischofs von Mainz, Albrecht von Brandenburg, aufzutreten. Auch hier ist Paulus' Arbeit ausgezeichnet durch Genauigkeit und Ausführlichkeit der Angaben über die in diesem Betreff ergangenen Papstbullen, sowie über ähnliche gleichzeitig bewilligte Ablässe für Konstanz und Augsburg. Was den Ablaß für St. Peter in Rom anlangt, so mag man aus Paulus' Darstellung entnehmen, daß man es mit der Verkündigung desselben in Rom gar nicht so eilig hatte, daß die letztere vielmehr in Deutschland verhältnißmäßig spät erfolgte.

Ausführlich schildert Paulus die Verhandlungen zwischen Albrecht von Brandenburg und Leo X. über die Verwendung der Ablaßgelder. Er nennt sie ein „unwürdiges Geschäft, das sowohl für Leo X. als für Albrecht von Brandenburg vor Allem eine Finanzoperation war“ (31), und der Kurfürst „wollte die günstige Gelegenheit des Ablasses benutzen, um die Schulden zu bezahlen, welche er für die nach Rom zu entrichtenden Palliengelder bei den Fugger in Augsburg gemacht hatte“ (30). Für den Papst kam doch das gute Werk der Erbauung der Peterskirche in Betracht, während der Kurfürst es war, welcher die Finanzoperation der Abtragung seiner Schulden in den Vordergrund stellte. Diese Schulden waren, wie er dem Papst vorgestellt, durch sein Unvermögen, die Palliengelder zu bezahlen, veranlaßt worden. Gewiß waren die Palliengelder hoch; aber sie überstiegen keineswegs die Ertragsfähigkeit des Erzbisthums Mainz, dazu kam, daß der Kurfürst neben Mainz noch andere Bisthümer verwaltete. Und da sollte er außer Stande gewesen sein, die apostolische Kammer in Betreff der Palliengelder zu befriedigen? Offenbar steckten hinter der Schuld der Palliengelder noch ganz andere, höhere Lasten, die er vermittels der Ablaßgelder zu beseitigen wünschte.

Das Kapitel „Tetzel und Luther“ besitzt besondere Wichtigkeit, weil Paulus nach einem „allen Forschern unbekannt gebliebenen“ Einblattdruck der Hof- und Staatsbibliothek in München die ursprünglichen Thesen, welche Tetzel am 28. Januar

1518 zu Frankfurt a. O. in öffentlicher Disputation vertheidigte, bespricht und im Anhang zum Abdruck bringt. Es waren nicht 106 Thesen, sondern zu ihnen kommen noch sieben Antworten auf Luther's acht Fragen, sechs Gegenfragen, endlich noch drei Thesen gegen die vier letzten Thesen Luthers (170). Paulus vertheidigt Tetzel nicht nur gegen die bekannten Anklagen, die wegen seines sittlichen Benehmens und eines anstößigen Ausdruckes über die ὑπεραγία θεοτόκος wider ihn erhoben wurden, er bescheinigt ihm auch, daß er die Bedeutung des Ablaßstreites durchschaut, aber auch Schulmeinungen als Wahrheit ausgegeben habe. Auf Miltitz ist unser Verfasser sehr schlecht zu sprechen. Wir stimmen ihm vollkommen bei, wenn er zur Charakteristik dieses Mannes und zum Beweise seiner unglaubwürdigen Aussagen sich auf die von Friedensburg edirte Instruktion Aleander's für Morone hinweist (74).

Der Kern und Stern der ganzen Schrift liegt im Kapitel: Tetzel's Ablaßlehre. Hierorts kann nur die hohe Bedeutung desselben betont und gesagt werden, daß Paulus, auch wenn er nicht das in Aussicht gestellte besondere Buch über den Ablaß veröffentlichen sollte, schon durch das genannte Kapitel einen hochwichtigen Beitrag zum Verständniß der Ablaßlehre im ausgehenden Mittelalter geliefert hat. Die richtige Ansicht vom Ablaß ist der Kirche nie abhanden gekommen, konnte ihr nie verloren gehen. Schon die wichtige dogmatische Anmerkung S. 150: „Die Sünde kann nämlich, wie verschiedene mittelalterliche Theologen hervorheben, sowohl der Schuld nach (quoad culpam), als der Strafe nach (quoad poenam) vergeben werden. Erst wenn auch die Strafe erlassen ist, kann die Vergebung als eine vollkommene, plenaria, plenissima bezeichnet werden; daher bedeutet die vollkommene Vergebung der Sünden oft nichts anderes als die Vervollständigung der Sündenvergebung, d. h. den Erlaß der Sündenstrafen" — bietet für sich allein den Schlüssel zum richtigen Verständniß der verschiedenen, damals gang und gäben Bezeichnungen: Absolution von Schuld und Strafe, und Ablaß von Schuld und Strafe (133).

Tetzel's Charakterbild wird fortan in der Geschichte nicht mehr schwanken. Was er Ungenaues und Sicheres

gelehrt, und wie er gelebt, das hat Dr. Paulus in seiner gründlichen Schrift ein- für allemal festgelegt. Der Druck ist genau. Zu S. 28 bemerke ich, daß der mit „What between" beginnende Satz auch nach der S. 187 angebrachten Correktur eine Lücke enthält und unverständlich ist. Ein gutes Register, genaue Inhaltsangaben und lebende Columnen über jeder Seite erleichtern das Studium.

α. β.

XXXVI.

Piat über das Problem des menschlichen Daseins.[1]

Von dem Standpunkte der philosophischen Erfahrungswissenschaft, der Psychologie und Erkenntnißlehre aus das Problem des menschlichen Daseins, die Bestimmung des Menschen zu untersuchen, ist ein schwieriges Unternehmen. Das Fahrwasser der modernen Philosophie ist ein so unsicheres, daß gewöhnliche Fahrzeuge nicht an's Ziel kommen. Wir müssen den Muth des geistreichen Denkers gewiß respektiren, der hier einerseits die Untiefen, andererseits die Klippen zu vermeiden weiß, um das Schifflein des Gedankens dem sicheren Port entgegenzusteuern.

Professor Clodius Piat hat es verstanden die Thatsachen der Psychologie und die specifischen Lebensäußerungen der menschlichen Seele, das Leben und Wirken des Geistes zum Gegenstande scharfsinniger Untersuchungen zu machen, namentlich den Stand der modernen positivistischen Psychologie kritisch zu sichten, um sich eine feste Grundlage für seine Beweise zurecht zu richten. Es gelingt ihm dem Sensualismus gegenüber darzuthun, daß das Leben und Wirken der menschlichen Seele, der Gedanke ein für sich seiendes, alle Sinnlichkeit weit überschreitendes Gebiet umschließt.

1) M. L'Abbé C. Piat. Destinée de l'homme. Paris. Felix Alcan. 1898.

So schwierig es ist, aus der Natur des menschlichen Denkens, dem Charakter des Begrifflichen, ein sicheres Argument für die Persönlichkeit des geistigen Lebens, die Aktualität des Denkens und Wollens, des Liebens und Hassens zu gewinnen, und von da aus auf die Substanzialität zu schließen, so weiß der Verfasser dennoch die eigentlichen Hauptgesichtspunkte herauszugreifen.

Die menschliche Persönlichkeit, das Ich, erscheint als der eigentliche Grund der geistigen Energie, welche im Denken und Wollen sich äußert. Mit Leichtigkeit wird gegenüber positivistischen Ansichten deren Halbheit dargethan und an dem Grundgedanken der Aristotelischen Energie das Gebiet der Geschichte der Cultur, ihre Fortschritte und ihre Rückschritte, übersichtlich dargestellt.

Die Jagd nach dem Glück, das Ringen und Streben der Sterblichen nach einem letzten und höchsten Gute wird nach seinen Licht- und Schattenseiten geschildert. Die furchtbare Geistesleere unserer modernen von pessimistischen und buddhistisch-quietistischen Neigungen angekränkelten höheren Gesellschaft wird dargethan, die tödtliche Langweile und die Verödung des Seelenlebens der sogenannten modernen Welt — der scheinbar glücklichen, der besitzenden und genießenden Gesellschaft bildet die Schattenseite des Gemäldes, dem gegenüber dann das volle Licht und der ganze Reichthum der christlichen Cultur, das stille Wirken des christlichen Geistes in seiner vollen inneren Kraft sich vor unseren Augen enthüllt. Die Macht des Geisteslebens in der Bethätigung des Glaubens, Hoffens und Liebens tritt gegenüber der Rathlosigkeit und Ziellosigkeit des Positivismus uns entgegen.

Bach.

Berichtigung.

Im vorigen Heft S. 279 Z. 6 v. oben muß es statt „die Fakultäten" heißen: „die theologischen Fakultäten".

XXXVII.

Wahlkreiseintheilung und Zukunft der katholischen Partei in Belgien.

II.

Der Haupteinwand, der gegen die Eintheilung der bestehenden Wahlkreise in einnamige geltend gemacht wird, besteht darin, daß durch dieselben die Landbevölkerung politisch ein zu starkes Uebergewicht über die Stadtbevölkerung erlangen würde. In Belgien, sagt man, wählen durchschnittlich die Städte liberal, die Industriebezirke socialistisch, und die Landdistrikte katholisch. Falls bei Fraktionirung der Wahlbezirke in einnamige der katholischen Partei überhaupt noch eine Majorität in Kammer und Senat bliebe, so würde dieselbe ausschließlich durch die Vertreter der Landdistrikte gebildet. Das belgische Volk läßt sich jedoch eine Bauernherrschaft nicht gefallen „nous ne voulons pas être gouvernés par les ruraux" heißt es. Belgien ist vor allem ein Industrieland; eine Regierung, welche sich nicht auf das städtische Element stützt, kann sich in Belgien überhaupt nicht halten. „Man wird mit einem Scheine von Berechtigung die alte, heute nicht mehr gangbare These wieder ausbeuten, die katholische Regierung stütze sich auf das bäuerliche Element und regiere gegen die Städte und gegen die Industriebezirke. Welches Ansehen könnte einer Regierung noch bleiben, wie lange könnte dieselbe sich überhaupt halten,

wenn alles, was irgendwie zum Reichthum und zum Glanze der Großstädte beiträgt, ihr entgegenstünde?"[1])

Es muß zugegeben werden, daß Belgien Industrieland par excellence ist, an welches zur Schätzung der politischen Parteiverhältnisse nicht der Maßstab der mit dem Uninominalsystem versehenen benachbarten Länder Frankreich, Deutschland und Holland angelegt werden kann, in denen die landwirthschaftliche Bevölkerung nicht so sehr wie hier erst in die zweite Stelle rückt. Doch gerade der Umstand, daß Belgien vorwiegend ein Industrieland ist und daß der Einfluß der Großstädte dort jederzeit allein maßgebend gewesen ist, und auch in Zukunft unter allen Umständen vorherrschend bleiben wird, spricht zu Gunsten des Uninominalsystems.

Es handelt sich gar nicht darum, dem bäuerlichen Elemente die Alleinherrschaft im Staate zu sichern; es wäre dieses in Belgien ein Ding der Unmöglichkeit; die ländliche Bevölkerung soll nur der städtischen gleichgestellt werden, damit ihr rechtmäßiger Einfluß zur Geltung gelange. Seit 1830 ist die Landbevölkerung sozusagen ganz mundtodt gewesen und in allen Beziehungen übervortheilt worden. Verschiedene und dabei sogar ganz einschneidende Reformen sind dringend nothwendig, wenn die Schäden, welche durch die langjährige Uebervortheilung der Landdistrikte auf wirthschaftlichem, socialem und politischem Gebiete entstanden sind, wieder ausgebessert werden sollen. Ein großer Theil der belgischen Bourgeoisie scheint von den bestehenden Mißständen auch nicht die geringste Ahnung zu haben und zeigt für die Bedürfnisse der Landbevölkerung kein größeres Verständniß, wie vor 1886 für diejenigen der Industriearbeiter. Gerade diese Selbsttäuschung der belgischen Bourgeoisie beweist, wie dringend nothwendig die Wahlreform ist.

Es muß zugegeben werden, daß in Folge einer Theilung der bestehenden Wahlkreise in einnamige die enorme

---

1) Journal de Bruxelles, 18. Januar 1899.

Majorität, über welche die Katholiken heute in der Kammer verfügen, etwas zusammenschrumpfen würde. Diese Majorität ist übrigens zum Theile eine künstliche und deshalb auch die Lage eine unsichere. Bei einer jeden Wahl könnten die sogenannten schwankenden Elemente der Großstädte die erdrückende Majorität in eine Minorität verwandeln. Durch Einführung des Uninominalsystems würde den Katholiken eine etwas geringere, doch eine sichere und vollständig genügende Majorität in Senat und Kammer verbleiben. Dieses wird auch von den größten Pessimisten nicht bestritten. Der Liberalismus, alle Schattirungen zusammengenommen, verfügt kaum über ein Sechstel des Wahlkorps, es ist also vollständig ausgeschlossen, daß derselbe wieder zur Herrschaft gelange; ebenso unmöglich ist es, daß ein durchaus katholisches Land wie Belgien je von dem Socialismus ganz beherrscht werde. Wenn gewisse protestantische Nordlichter, den Balken im eigenen Auge nicht sehend, auf einzelne Wahlerfolge der Socialisten hinweisen und behaupten, der Einfluß der katholischen Kirche habe sich in Belgien dem Socialismus gegenüber als unwirksam erwiesen, so bezeugen derartige Redensarten nur, daß diese Pharisäer sich sehr viel durch ihre confessionellen Vorurtheile, jedoch nicht im mindesten durch irgend welche Kenntnisse der belgischen Zustände und Verhältnisse beeinflussen lassen. Es ist ja leider zu wahr, daß in Belgien einzelne Städte und Industriebezirke vom Socialismus ganz verseucht sind, jedoch darf nicht vergessen werden, daß kaum in einem andern Lande der moderne Industrialismus einen verhältnißmäßig so gewaltigen Aufschwung genommen hat wie in Belgien, und daß die langjährige, unbestrittene Herrschaft des Liberalismus kaum irgendwo anders durch eine echt manchesterliche Vernachlässigung der niederen Volksklassen dem Socialismus ein so günstiges Terrain vorbereitet hat, dennoch darf dreist behauptet werden, daß, eben weil Belgien ein durchaus katholisches Land ist, der Socialismus dort nie zur Herrschaft gelangen wird. Selbst in den

schlechtesten und bedrohtesten Bezirken steht der socialistischen Mehrheit eine starke und geschlossene katholische Minorität gegenüber, und im ganzen Lande verfügen die Katholiken über eine so erdrückende Majorität, daß an einen Sieg des Socialismus nicht zu denken ist.

Bei den Wahlen von 1896 und 1898 fielen auf die Katholiken 920,781, auf katholische Dissidenten 68,009 und auf die christlichen Demokraten 66,361 Stimmen, zusammen 1,055,151. Dagegen wurden abgegeben für die Liberalen 382,413, die Socialisten 423,259[1]) und für farblose Candidaten 13,295.

Die Katholiken haben also ein sehr starkes Uebergewicht, sie stehen außerdem einem uneinigen, in zwei Haupt- und in mehrere Nebenlager getrennten Feinde gegenüber. Es ist ja wahr, daß die Landbevölkerung durchschnittlich für die Katholiken ihre Stimmen abgibt, doch ist es nicht richtig, wenn behauptet wird, in eben demselben Verhältnisse wie die Landbewohner für die Katholiken, hielte es die Stadtbevölkerung zu den Liberalen und die Industriearbeiter zu den Socialisten; eine katholische Kammermajorität bei dem Uninominalsystem müsse ausschließlich durch Vertreter der Landdistrikte gebildet werden. In den Großstädten und Industriebezirken, auch den allerschlechtesten, ist ein erfreulicher Aufschwung des katholischen Lebens zu verspüren und die kirchlich treuen Katholiken sind dort auch auf politischem Gebiete noch lange keine quantité négligeable.

In Belgien erfreut sich die katholische Kirche der vollsten Freiheit und vor allem der kostbaren Unterrichtsfreiheit. Das katholische Unterrichtswesen hat in Folge dessen einen großartigen Aufschwung genommen. Gemäß der letzten Statistik

1) Dabei sind jedoch die für die gemeinsame Liste der Radikalliberalen und Socialisten abgegebenen Stimmen als socialistische gerechnet. Zu Lüttich z. B. hatten die Progressisten mit den Socialisten eine Allianz geschlossen.

stellt sich die Frequenz der höheren Lehranstalten des Landes wie folgt: Staatsgymnasien und Realschulen 5806 Schüler, städtische Anstalten 355, zusammen in allen weltlichen Anstalten 6161 Schüler, dabei ist hervorzuheben, daß heute auch in den staatlichen Gymnasien der katholische Religionsunterricht obligatorisch ist für diejenigen Schüler, welche davon nicht speciell dispensirt sind und daß im Gegensatz zu früher heute immer mehr katholisch und kirchlich gesinnte Lehrer an diesen Anstalten ernannt werden. Die rein kirchlichen Unterrichtsanstalten zählen 17,851 Schüler, und zwar die bischöflichen Gymnasien 9699, die Jesuitengymnasien und Realschulen 5538 und die von andern Orden geleiteten höheren Lehranstalten zusammen 2614.

Die weitaus große Mehrheit der belgischen Jugend aus den höheren und besseren Ständen wird also in kirchlichen Anstalten erzogen. Deshalb sind heute selbst in denjenigen Städten, wo noch vor einem Menschenalter der Liberalismus ganz unumschränkt geherrscht hat, die besseren Stände zum großen Theil der Kirche wieder ganz treu und ergeben. Dieser Umschwung, der sich allmählich vollzogen hat, kommt nicht bloß im kirchlichen und im Vereinsleben, sondern auch bei den politischen Wahlen zum Ausdruck. Schon vor der jüngsten Verfassungsrevision zur Zeit des Censuswahlrechtes haben die Katholiken dem Liberalismus einen Wahlkreis nach dem andern entrissen. Die protestantischen Nordlichter mögen doch einmal die Wahlresultate der vielgeschmähten belgischen Großstädte mit denjenigen protestantischer Städte Deutschlands vergleichen, etwa die Hafenstadt Antwerpen mit Hamburg oder die Provinzialhauptstadt Gent, den Centralsitz der belgischen socialistischen Parteiorganisation, mit Magdeburg und anderen deutschen protestantischen Großstädten, und sie werden zugeben müssen, daß die katholische Kirche einen ganz andern Einfluß auf das belgische Volk bewahrt hat, wie der Protestantismus auf das deutsche, und daß der Einfluß der Kirche in Belgien sich nicht auf

die unteren Volksklassen beschränkt, sondern daß auch die Kreise von „Bildung und Besitz" in einem viel größeren Maße als in irgend einem anderen Lande ernst gläubig und der Kirche treu ergeben sind.

So, um nur die Wahlresultate von einigen Provinzialhauptstädten anzuführen, haben bei den letzten Wahlen zu Antwerpen die Katholiken 56,689, die katholischen Demokraten 5984 und die vereinigten Liberalen und Socialisten 42,191 Stimmen erhalten. Zu Brügge fielen auf die Liste der Katholiken 27,069, auf die Socialisten 8039, zu Gent auf die Katholiken 53,670, die katholischen Demokraten 4757, die Liberalen 15,408, die Socialisten 20,834, auf farblose Candidaten 4550. Zu Hasselt, der allerdings kleinen Hauptstadt der Provinz Limburg, erzielte die Liste der Katholiken 19,161, die Liberalen 3261 und die Socialisten 282 Stimmen.

Es ist einleuchtend, daß unter diesen Verhältnissen auch bei dem Uninominalsystem die Katholiken nicht bloß in den von den großen Wahlkreisen abgetrennten Landdistrikten, sondern auch in einzelnen Stadtbezirken schon in dem ersten Wahlgang siegen können. Sogar in anderen Großstädten, welche heute in der Kammer ausschließlich durch Socialisten vertreten sind, bleiben für die Katholiken Erfolge in Einzelbezirken nicht ausgeschlossen.

Zu Lüttich hatten bei den letzten Wahlen die Katholiken 37,103, die Liberalen 25,748 und die Socialisten 62,421 Stimmen. Zu Verviers die Katholiken 21,957, die Liberalen 12,957 und die Socialisten 18,106 Stimmen. Zu Mons die Katholiken 17,668, die Liberalen 22,283 und die Socialisten 42,547 Stimmen. Zu Charleroi die Katholiken 34,024, die Liberalen 21,703 und die Socialisten 66,715 Stimmen. Auch in den allerschlechtesten und dem Socialismus ganz anheimgefallenen Distrikten bilden also die Katholiken noch eine recht stattliche und sogar, abgesehen von Mons, überall den Liberalen überlegene Minderheit. Dabei ist noch hervorzuheben, daß in diesen Kreisen die socialistischen Stimmen

weniger aus den Stadtbezirken selbst, wie vielmehr aus den heute zu denselben geschlagenen Arbeitervierteln und industriellen Vororten stammen. Wenn einmal letztere von den Städten getrennt sind und selbständige Wahlkreise bilden, werden in manchen Großstädten, z. B. Lüttich, wo heute an einen Sieg der Katholiken nicht zu denken ist, die Aussichten für dieselben sich viel günstiger gestalten. In einzelnen dieser Wahlbezirke dürften die Katholiken wohl im ersten Wahlgang durchdringen, in den meisten jedoch werden sie entweder mit den Liberalen oder mit den Socialisten in die Stichwahl kommen. Die Befürchtung, daß in Folge der Eintheilung der bestehenden Wahlkreise in einnamige die katholische Partei nur mehr durch Abgeordnete der Landdistrikte vertreten sein würde, ist also vollständig unbegründet. Nicht bloß würden in den meisten kleinen Provinzialstädten und in einzelnen Bezirken der heute im Besitz der katholischen Partei befindlichen Großstädte die Katholiken auch unter dem Uninominalsystem noch siegen, sondern auch in den heute vom Socialismus ganz beherrschten Distrikten sind Einzelerfolge der Katholiken sowohl beim ersten Wahlgang wie zumal in der Stichwahl sehr wahrscheinlich.

Ein Theil der parlamentarischen Mandate der bestehenden Riesenwahlkreise, die heute ausschließlich den Katholiken gehören, die jedoch in Folge eines nur geringen Umschwunges der öffentlichen Meinung sammt und sonders verloren gehen könnten, müßte allerdings unter dem Uninominalsystem an die Gegner abgetreten werden.

Ein Haupteinwurf, der gegen die Eintheilung der bestehenden Wahlkreise in einnamige geltend gemacht wird, besteht aber darin, daß durch dieselben der doktrinäre Liberalismus wieder zum Leben erwachen würde. Heute ist der Liberalismus nahezu von der Bildfläche verschwunden, und sozusagen von jeder Vertretung in der Kammer ausgeschlossen. Ueberall sind die Liberalen entweder durch Katholiken oder durch Socialisten verdrängt worden. Bei Eintheilung der

Wahlkreise würden wohl in einzelnen städtischen Bezirken, vielleicht in 20 bis höchstens 30 von 192, die Liberalen siegen. Sehr erfreulich wäre dieses ja nicht, doch würde es den thatsächlichen Verhältnissen besser entsprechen wie die heutige Situation, denn daß die Liberalen, welche doch immer noch einen ansehnlichen Theil des Wählerkorps bilden, aus dem Parlamente gänzlich ausgeschlossen sind, kann man nicht als eine normale und auf die Dauer haltbare Situation betrachten. Dieses wird auch von den Anhängern des Proportionalsystems zugegeben, dieselben wollen sogar dieser Partei vor jeder andern eine Anzahl Mandate in fast jedem Wahlkreise sichern.

Welches System nun auch schließlich eingeführt werden mag, Uninominal oder Proporz, eine gewisse Anzahl Sitze in der Kammer werden die Liberalen auf jeden Fall wieder erobern. Wenn man die schreienden Ungerechtigkeiten und die Unzuträglichkeiten, zu denen das heutige System führt, in Erwägung zieht und auch die Gefahr bedenkt, daß die so mühsam erworbenen Mandate der Riesenwahlkreise mit einem Schlage für die Katholiken sammt und sonders verloren gehen können, so muß man es doch als ein geringeres Uebel betrachten, wenn in Folge der Theilung der Wahlkreise in einnamige, einzelne großstädtische Distrikte, die nun einmal liberal sind, auch im Parlament eine liberale Vertretung haben werden.

Damit soll jedoch keineswegs die Gründung einer großen conservativen Partei aus liberalen und katholischen Elementen empfohlen sein. Ein Wahlbündniß der Katholiken mit den Doktrinärliberalen, wie dieses in der letzten Zeit vielfach vorgeschlagen worden ist, müßte nicht bloß für die katholische Sache, sondern auch für die Sache der christlichen Gesellschaftsordnung verhängnißvoll werden. Es wäre dieses eine Allianz der katholischen und der liberalen Bourgeoisie. Die neue rein conservative sogenannte staatserhaltende, bürgerliche oder Ordnungspartei wäre von vornherein zur Ohnmacht

verurtheilt, denn das gesammte Bürgerthum, liberal und katholisch, welches unter dem Censuswahlsystem allein herrschend war, bildet heute, nach Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, unter allen Umständen nur die Minderheit des Wählerkorps.

Wenn trotzdem die große Mehrheit der neuen Wählermassen sich der katholischen Partei angeschlossen hat, so ist dieses nur aus religiösen Beweggründen geschehen. Es läßt sich ganz genau und ziffermäßig nachweisen, daß das Wählerkorps unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechtes, soweit dasselbe sich nicht durch religiöse Motive leiten läßt, sich in zwei ganz ungleiche Gruppen theilt; kaum ein Drittel der Stimmen fällt den verschiedenen liberalen Parteien und zwei Drittel den Socialisten zu. Dieses ist nicht bloß in Belgien, sondern auch in den katholischen Gegenden Deutschlands der Fall. So läßt sich z. B. ganz genau nachweisen, daß in den rheinischen Großstädten Köln, Düsseldorf u. s. w., wo früher eine sehr mächtige liberale Partei bei den Reichstagswahlen den Katholiken gegenüberstand, heute, seitdem diese Wahlkreise durch die Socialisten stark bearbeitet wurden, die Centrumspartei ihren Besitzstand nahezu ganz ungeschmälert erhalten hat, die frühere liberale Wählerschaft jedoch zu einem Drittel noch liberal und zu zwei Drittel socialdemokratisch wählt.

Durch eine unnatürliche liberal-katholische Allianz würden die Wähler aus dem Volke förmlich in das socialistische Lager getrieben. Für jeden einzelnen liberalen Wähler aus den höheren Ständen, welcher für eine gemeinsame Liste gewonnen werden könnte, gingen hunderte von Wählern aus dem Volke verloren. Eine derartige monströse Allianz des katholischen mit dem liberalen Bürgerthum, d. h. der geborenen Minderheit, wäre von Seiten der Katholiken ein politischer Selbstmord. Es wäre jedenfalls ein viel geringeres Uebel, wenn bei Theilung der Riesenwahlkreise die Katholiken in einigen Wahlbezirken in ehrlichem und offenem Kampfe

unterliegen würden, sollte auch dadurch die übermäßig starke katholische Kammermehrheit um ca. 20 Einheiten geschwächt werden und der Liberalismus es wieder zu einer kleinen politischen Vertretung im Parlament bringen; die anderweitigen Vortheile des neuen Systems würden diesen Schaden aufwiegen.

Eine Theilung der Wahlkreise in einnamige würde die katholische Partei innerlich sehr befestigen. Die Spaltung zwischen Demokraten und Conservativen müßte von selbst nachlassen. Die Ursachen dieser Differenzen, welche in der letzten Zeit den Zusammenhalt der Partei so sehr zu bedrohen schienen, liegen hauptsächlich auf dem Gebiete der wirthschaftlichen Interessen. Unter dem Uninominalsystem könnte jeder einzelne Wahlkreis so viel als möglich einen Abgeordneten wählen, welcher die lokalen und wirthschaftlichen Interessen seines Kreises nicht bloß in der Kammer, sondern auch innerhalb der eigenen Fraktion vertreten könnte. Man sagt, das hieße den Kirchthurmsinteressen eine zu große Bedeutung beimessen. Es ist dieses grundfalsch. Auch heute machen diese Interessen sich vielfach geltend, jedoch werden dieselben, soweit sie nur im geringsten den Sonderinteressen der Großstädte entgegenstehen, gewaltsam unterdrückt. In Zukunft könnten alle diese Gegensätze in ehrlicher Weise zum Austrag gelangen, innerhalb eines Kreises von Männern, welche in den höheren und idealen Zielen ein gemeinsames Band besitzen. Auch in Deutschland haben die Interessen-Gegensätze der Centrumspartei viel Schwierigkeiten bereitet, und es ist vielfach dem Umstande zuzuschreiben, daß man in Deutschland nur einnamige Wahlkreise kennt, wenn die deutsche Centrumspartei alle diese Schwierigkeiten ohne Schaden hat überwinden können. Gerade diese Wahlkreiseintheilung erlaubt es für jeden einzelnen Bezirk einen Candidaten auszuwählen, der nicht bloß am gemeinsamen Parteiprogramm festhält, sondern der auch in den Fragen von lokalen und

wirthschaftlichen Interessen dem Wahlkreise soviel als möglich nahe steht.

In den vorwiegend landwirthschaftlichen Kreisen stellt man einen Candidaten auf, der mehr die eigenen wirthschaftlichen Interessen des Bauernstandes vertheidigt; in den Großstädten einen solchen, der Verständniß hat für die städtischen Angelegenheiten und die wirthschaftlichen Interessen der Beamten, des Handels- und Bürgerstandes; in den Industrie-Gegenden kann man einen mehr demokratischen Candidaten wählen, welcher sich vorwiegend mit den speziellen Arbeiterfragen beschäftigt; so und nur so hat das Centrum es vermocht, die verschiedenartigsten Wahlkreise, sowohl großstädtische wie ländliche und industrielle zu erobern und festzuhalten. Diese auf das Uninominalsystem begründete Auswahl der Candidaten ermöglicht es dem Centrum, so verschiedenartig ausgebildete Männer in der Fraktion zu vereinigen, und in allen wichtigen Fragen Specialisten zu stellen.

Es ist vielfach behauptet worden, „unter dem einnamigen System würde eine zu große Zahl minder begabter und weniger gut für das öffentliche Leben vorgebildeter Abgeordneten aus rein ländlichen Distrikten in das Parlament gewählt; diese Vertreter der Landdistrikte blieben zu sehr von ihren Wählern abhängig und würden sich auch in Principienfragen mehr von Lokal- und Regionalinteressen beeinflussen lassen, überhaupt müsse durch das Ueberwiegen der Vertreter der Landdistrikte das parlamentarische Niveau herabgedrückt werden und da nun gerade die Landdeputirten größtentheils der katholischen Partei zugehören, müßte unter dem Uninominalsystem diese Partei am meisten von ihrem Ansehen verlieren“.[1])

Derartige in keiner Weise begründete Behauptungen zeugen von der kaum glaublichen Einseitigkeit, welche in

1) J. van den Heuvel, Contre la généralisation du scrutin Uninominal en Belgique.

manchen großstädtischen Kreisen vorherrscht, und beweisen besser als alle Raisonnements, wie dringend nothwendig es ist, daß auch einmal das ländliche Element politisch zur Geltung gelange.

Selbstverständlich würden die katholischen Abgeordneten der Landdistrikte mit ihren Wählern mehr Fühlung halten wie die heutigen Parlamentarier, und sie würden die bisher ganz vernachläßigten wirthschaftlichen Interessen der Bauern in wirksamerer Weise vertreten, jedoch eben weil sie einen großen Theil des Jahres in der Hauptstadt sich bewegen und zu den höchsten Kreisen Zutritt haben, würden sie auch für die städtischen Interessen mehr Verständniß haben wie die heutigen Abgeordneten für die ländlichen.

Weßhalb sollten aber die Abgeordneten der Landdistrikte abhängiger oder unfähiger sein wie die städtischen, oder sogar das parlamentarische Niveau herabdrücken?

Die Erfahrung aller Länder hat bewiesen, daß gerade das Gegentheil der Fall ist. Man kann sogar behaupten, daß immer und überall die hervorragendsten parlamentarischen Führer der Katholiken in Landdistrikten gewählt worden sind. Gerade die Vertreter ländlicher Distrikte, sogenannter Stammsitze der Partei, deren Wiederwahl unter allen Umständen gesichert ist, sind in der Lage sich nach allen Seiten hin ihre Unabhängigkeit zu wahren und unbeeinflußt von allen Nebenabsichten die katholischen Principien jederzeit hochzuhalten.

Wurde nicht Montalembert, der große Vorkämpfer der Unterrichtsfreiheit, von den Gebirgsbewohnern des Doubsdepartements und Windthorst von den Bauern des Kreises Meppen gewählt? Oder ist es in Belgien etwas anders? Sind dort vielleicht die Führer der katholischen Partei zu finden unter den Vertretern großstädtischer Wahlkreise, in denen die katholische Partei aus Rücksicht auf die schwankenden Elemente sogar ihren Namen verläugnet und sich Unabhängige Partei (Brüssel) oder Meeting, antimilitaristische Partei (Antwerpen) betitelt?

Durch das Uninominalsystem würden die Gegensätze innerhalb der katholischen Partei leichter ausgeglichen und alle wirthschaftlichen Interessen eine bessere Vertretung finden; aber auch auf dem Gebiete der Principien und der Vertheidigung der idealen und höchsten Güter des Volkes, würden die Katholiken viel stärker sein und viel entschiedener auftreten können. Weßhalb hat die katholische Partei in Belgien immer so übermäßig ängstlich und zögernd auftreten müssen? Weßhalb hat seiner Zeit Staatsminister Malou das ganze Ergebniß einer achtjährigen Regierungsperiode der Katholiken nicht besser zusammenfassen können als in den Worten: „nous avons vécu?" Weßhalb hat Staatsminister Beernaert während seiner ganzen Amtsdauer und ungeachtet er über eine erdrückende Majorität in der Kammer verfügt, sich beharrlich geweigert, an eine Lösung der wichtigsten aller Fragen, der Schulfrage, heranzutreten? Nur einzig und allein, weil man den Einfluß der sogenannten éléments flottants, der zwischen beiden Parteien unsicher schwankenden Elemente der Großstädte befürchtete. Die geringste Schwankung dieser Elemente konnte plötzlich eine erdrückende Kammermehrheit in Minderheit verändern. Das Uninominalsystem würde den übermäßigen Einfluß dieser Elemente ein für alle Mal brechen. Mögen dieselben schwanken nach Rechts oder nach Links, die éléments flottants von Brüssel, Antwerpen, Gent u. s. w. würden nicht mehr, wie bisher, das Stimmenverhältniß in der Kammer um je 36, 22 oder 16 Stimmen ändern und die ganze Gesetzgebungsmaschine zum Stillstand bringen können.

Das soviel gepriesene Proportionalsystem, welches die Beibehaltung der Riesenwahlkreise oder doch größere Kreise bedingt, würde den Einfluß der schwankenden Elemente nur stärken. Kaum irgend ein Wahlkreis bliebe mehr einer bestimmten Partei gesichert, überall würden die schwankenden Elemente den Ausschlag geben und entscheiden, wie viele Mandate den einzelnen Parteien zukämen.

Uebrigens würde auch bei Anwendung des Proportionalsystems die katholische Partei in der Kammer mindestens eben so viele Sitze verlieren, wie bei dem Uninominalsystem. Gemäß den Berechnungen, welche von den Proportionalisten selbst aufgestellt worden sind, würden auf Grund der bei den jüngsten Wahlen abgegebenen Stimmenzahl und bei Anwendung des Houdt'schen Proportionalsystems der Rechten nur mehr 93 statt 112 Sitze zufallen. Falls die Vertheilung der Sitze nicht nach Bezirken (arrondissements) sondern nach Provinzen stattfände, blieben der Rechten nur mehr 90 Sitze in der Kammer, 4 Dissidenten und 6 christliche Demokraten eingerechnet. Das schlimmste jedoch bei dem ganzen System wäre nicht sowohl das schon an und für sich unerfreuliche Wahlresultat, sondern die Agitation. Heute, wo thatsächlich in den minder dicht bevölkerten Gegenden nur ein- oder höchstens zweinamige Wahlkreise bestehen, haben in dem größten Theile derselben weder die Liberalen noch zumal die Socialisten irgend welche Aussicht auf Erfolg. Die Wahlagitation wird deßhalb dort nur sehr mäßig betrieben, oder wie dies vielfach in flämischen Gegenden der Fall ist, es besteht überhaupt kein Wahlkampf. Sobald jedoch das Proportionalsystem eingeführt sein wird und die Minderheiten Aussicht auf Erwerbung von Mandaten haben, wird die Agitation eine viel intensivere werden. In alle, selbst die entlegensten und bis dahin ganz ruhigen und friedlichen Dörfer werden die socialdemokratischen Agitatoren dringen, denn wenn sie auch dort nur sehr wenige Stimmen für ihre Partei erhalten können, so werden auch diese wenigen Stimmen mitgerechnet bei der Abschätzung der Proportionalität und eventuell den Ausschlag geben zur Erlangung eines weitern Mandates für die Partei. Die Einführung des Proportionalsystems heißt deßhalb die socialistische Agitation auf das flache Land und in die ganz katholischen Bezirke hinaustragen. Wenn auch die proportionalistischen Doktoren sich von dieser systematischen Einimpfung und Uebertragung des

socialistischen Giftstoffes von dem kranken auf den gesunden Theil des Volkskörpers ganz wunderbare Wirkungen versprechen, so ist es doch leicht erklärlich, daß Männer wie Woeste, Helleputte u. A., welche als Vertreter ganz katholischer Distrikte dem gesunden Volkstheile näher stehen, sich gegen derartige Impfexperimente, auch wenn dieselben in kleinerem Maßstabe vorgenommen werden sollten, mit aller Entschiedenheit und mit allen Mitteln wehren.

Es ist kaum begreiflich, wie katholische Männer wie ein Beernaert, ein de Smedt, ein Nyssens u. A., sowie Blätter wie das „Bien Public“ von Gent sich so sehr von den Verhältnissen der städtischen Wahlkreise beeinflussen lassen können, daß sie darüber die hohen und höchsten religiösen und sittlichen Interessen der einzelnen Landdistrikte vergessen. Die Begeisterung der Socialisten für das Proportionalsystem, die Opposition der Vertreter der heutigen Landdistrikte, die Warnungen erfahrener Männer wie Staatsminister Woeste u. A. hätten sie doch über die großen Gefahren eines derartigen Experiments belehren sollen. Leider wird der verdienstvolle und uneigennützige Führer der Kammermajorität, Hr. Woeste, von gewisser Seite ganz systematisch bekämpft und verdächtigt, die Freunde aus den ländlichen Distrikten, wie ja überhaupt die Landbevölkerung als quantité négligeable behandelt; man bedenkt eben nicht, daß der Kanton Brecht auch einmal die übliche Stimmenzahl für die katholische Liste nicht mehr ergeben könnte. Wenn dieses geschähe, d. h. wenn die ländlichen Wähler theilweise sich von den socialistischen Agitatoren verführen ließen und zum andern Theile sich zu einer katholischen Agrarpartei vereinigten und so die größere Hälfte der Truppen, über welche heute der großstädtische Generalstab sozusagen bedingungslos verfügt, abschwenken würde, so dürfte die Berechnung der Proportionalität nach Hondt'schem und anderen Systemen denn doch höchst unerfreuliche Resultate bringen.

Die Proportionalisten sind durchweg sehr tüchtige, ver-

dienstvolle und hochgebildete Männer, dabei ganz überzeugungstreue Katholiken, doch scheinen sie nicht ganz unbeeinflußt von den liberalen Grundsätzen geblieben zu sein, von denen nun einmal in Belgien die Verfassung und die ganze Gesetzgebung durchtränkt und durchsäuert ist. Die Freiheit aller Lehrmeinungen und die absolute Gleichberechtigung von Irrthum und Wahrheit ist ein Grundsatz, den die Proportionalisten als Katholiken zwar im Princip verwerfen müssen, den sie jedoch praktisch und vom Standpunkte der belgischen Verfassung und Gesetzgebung aus nur zu oft als Axiom anzunehmen gezwungen sind. Persönlich fest durchdrungen von der Wahrheit der katholischen Doktrin, von der sie durch Denken und Studium eine tiefere Kenntniß erlangt haben, konnten diese Männer ohne Schaden für sich alle Irrlehren und falsche Lehrmeinungen ergründen und auf ihren Werth prüfen, sie wurden dabei in ihrer katholischen Ueberzeugung nur gestärkt. Aus diesem Grunde mögen sie sich täuschen über die Gefahr, welche ihrem Volke von einer weiteren Verbreitung der socialistischen Irrlehre droht. Fest davon überzeugt, daß die Wahrheit schließlich doch über den Irrthum siegen wird, wenn auch einzelne schwache Seelen durch die Propaganda der Irrlehre verführt werden, haben die Proportionalisten vor allem die guten Wirkungen im Auge, welche ihr System hervorbringen würde in den ganz vom Socialismus beherrschten Wahlkreisen, in denen heute die Katholiken einen hartnäckigen, aber hoffnungslosen Kampf kämpfen.

Diese Ansicht hat etwas Blendendes und Bestrickendes, hochmodern mag sie auch sein; jedoch katholisch ist sie keineswegs. Gut und löblich ist der Kampf gegen die Irrlehre in den vom Socialismus beherrschten Distrikten, jedoch viel nothwendiger, ja direkt geboten, ist die Präservirung des noch nicht vom Verderben angesteckten Volkstheiles. Nie und unter keinen Umständen ist es erlaubt, der Verbreitung der Irrlehre Vorschub zu leisten, und deßhalb halten wir das

proportionalistische System, welches die socialistische Propaganda in ganz katholischen Distrikten begünstigt und dem Socialismus, auch dort wo derselbe nur eine verhältnißmäßig schwache Minorität der Wähler zu gewinnen vermag, ein Recht auf Vertretung gesetzlich zuerkennt, vom katholischen Standpunkte aus als durchaus unannehmbar, und selbst der Vorschlag, welcher eine auch nur theilweise Anwendung des Systems bedingt, scheint uns unzulässig.

Auch nach einer anderen Richtung hin würde der „Proporz" in Belgien schädlich wirken. Das Recht wenigstens, als Minderheit vertreten zu sein, würde alle Schismen und Sonderbestrebungen innerhalb der katholischen Fraktion begünstigen. Auch die deutsche Centrumsfraktion hat sehr oft gegen derartige Sonderbestrebungen zu kämpfen gehabt. Wir erinnern nur an die lebhafte Agitation, welche in den letzten Jahren die katholischen Mitglieder des Bundes der Landwirthe in Bayern und am Niederrhein unterhielten, und die zeitweilig den einheitlichen Zusammenhalt und sogar den Bestand der Partei zu bedrohen schien. Auch die christlich demokratische Kinderkrankheit, welche in den ersten Zeiten nach Einführung des allgemeinen Wahlrechtes die katholischen Fraktionen aller Länder regelmäßig befällt, ist der deutschen Centrumspartei nicht erspart geblieben. Wer erinnert sich nicht der sogenannten christlich-socialen Sondercandidaturen, welche in den siebenziger Jahren in verschiedenen Wahlbezirken der Rheinprovinz und Westfalens dem officiellen Centrumscandidaten entgegengestellt und stellenweise sogar gewählt wurden. Wenn in Deutschland das Proportionalsystem eingeführt gewesen wäre, so hätte die Centrumspartei sich längst in Sondergruppen von Agrariern, Christlich-socialen u. s. w. auflösen müssen. In den bestehenden einnamigen Wahlkreisen jedoch hat nie oder nur selten ein auchkatholischer Candidat, der von der Centralleitung bekämpft wurde, durchzudringen vermocht.

Es wäre sehr zu bedauern, wenn die belgischen Katho-

liken ihr schönes, herrliches Land zu einem „Probierländle“ für „Proporz“ und andere Experimente hergeben wollten. Sie könnten dabei nur verlieren.

Der Gesetzgeber sollte eigentlich nur Bürger und Wähler, Wahlkreise und Gewählte kennen, durch das Proportionalsystem wird ein anderer Faktor, die politische Partei gesetzlich anerkannt und die einseitige Parteipolitik zu einer staatlichen Einrichtung erhoben. Es besteht eine sehr große Gefahr, daß in Folge dessen das ganze öffentliche Leben in falsche Bahnen gelenkt werde und auf allen Stufen der Gesellschaft sich ein förmliches Heer von Professionspolitikern ausbilde, die in den politischen Kämpfen weniger höhere und ideale Ziele verfolgen, wie vielmehr ihren eigentlichen Lebenserwerb suchen. In manchen südamerikanischen Staaten ist es ja soweit gekommen, daß die Parteien für jeden einzelnen Posten in den Staatsverwaltungen ihre eigenen Parteicandidaten halten. So oft es der einen Partei gelingt, die andere zu verdrängen, werden alle Staatsbeamten von den höchsten bis zu den niedrigsten, die von der besiegten Partei ernannt waren, mit oder ohne Wartegehalt zur Disposition gestellt und durch Titulare ersetzt, welche zu der siegenden Partei halten. Das sind die Früchte der reinen, einseitigen Parteipolitik.

Das Proportionalsystem stärkt zu sehr die künstliche und in allerlei Fiktionen sich bewegende und von allen lokalen und andern legitimen Interessen losgelöste Parteipolitik, welche Spanien und die südamerikanischen Republiken zu Grunde gerichtet hat. Bei dem einnamigen System hingegen bliebe dem Volke ganz ungeschmälert das Recht, Männer zu wählen, die ihm bekannt sind, die womöglich aus dem eigenen Wählerkreise stammen, dort fest eingewurzelt sind und beständig Fühlung mit ihm unterhielten. Diese Männer würden als wahre und wirkliche Volksvertreter einen frischen Zug in die ungesunde Luft des parlamentarischen Lebens in Belgien bringen.

Unbekümmert um die schwankenden Elemente der Großstädte, weil gestützt auf das katholische Volk ihres heimatlichen Kreises und getragen von dessen Vertrauen, würden sie stark und unüberwindlich stehen in der Vertheidigung der katholischen Sache und der höchsten und heiligsten Güter ihrer Nation.

25. Februar. E. P.

XXXVIII.

Gedanken eines in Norddeutschland reisenden Schwaben.

I.

Die Süddeutschen reisen nicht gerne nach dem Norden, der Zug nach dem Süden ist viel stärker. So erging es auch mir, nichts zog mich besonders dahin. Aber nachdem man einmal im Süden, Westen und Osten war, nachdem man Italien, Frankreich und Oesterreich einigermaßen kennen lernte, gehörte es doch gewissermaßen zur Vollständigkeit, auch den Norden in das Forschungsgebiet einzubeziehen. So fuhr ich im Herbst 1898 dahin, wo hauptsächlich Berlin und Preußen meine Aufmerksamkeit beanspruchte. Aber auch in Hessen, Hannover, Sachsen sah ich mich um.

Zog mich nichts Besonderes nach Norden, so fühlte ich mich andererseits auch vollständig frei von jener Abneigung gegen die norddeutschen Brüder, die man in Süddeutschland so häufig findet, ich fühlte mich vollständig frei von jedem Vorurtheil gegen den kühlen protestantischen Norden. Viel eher hegte ich eine gewisse Sympathie für die Rührigkeit, Strebsamkeit, die Kraft und die Energie der Preußen.

Die Preußen haben die Vormacht errungen und vor der Macht empfindet jeder Mensch eine gewisse Scheu, wo nicht Bewunderung. Die Macht imponirt, die Macht nöthigt zum Respekt, mag einer noch so wenig materialistisch angelegt sein. Beruht ja die Uebermacht Preußens nicht allein auf den Waffen und auf dem Gelde, sondern auch zum Theil auf geistiger Ueberlegenheit. Preußen ist ja der Staat der Intelligenz. Janssen führte einmal in der Unterhaltung aus[1]): „Während Kaiser Franz in Olmütz einmal zu den Professoren der Universität sagte, er brauche keine Gelehrten in seinem Staat, sondern nur treue Unterthanen, wurden in Preußen die Schulen gehoben, die Gebildeten geehrt und preußische Männer an alle deutschen Universitäten geschickt, die für ihren Staat Propaganda machten". Der Norden war überhaupt lange geistig rühriger als der Süden: man denke an die klassische Literaturperiode.[2]) Und Preußen wollte der führende Staat sein zuerst im Norden, dann auch im Süden, er suchte seit langem die besten geistigen Kräfte sich zu verschaffen. Brandenburg und Preußen waren an sich arm an großen, bahnbrechenden Männern, an führenden Geistern. Alle die großen deutschen Denker und Dichter, die großen Forscher und Schriftsteller stammen, auch wenn sie in Preußen wirkten, aus entlegenen Provinzen. Selbst im Militär, wofür die Preußen am meisten Begabung haben, stammen, wie das jüngst Bismarck, selbst ein Märker, ausführte, die führenden Feldherren nicht aus der Mark. Gneisenau, Blücher, Moltke, sagte er, seien keine Märker gewesen. Aber Preußen verstand es, die hervorragendsten Kräfte an sich zu ziehen. Seitdem am Anfang unseres Jahrhunderts die Berliner Universität gegründet und mit bedeutenden Kräften wie Hegel, Schleiermacher, Humboldt ausgestattet wurde,

1) Beilage zur Augsb. Postzeitung 1899, Nr. 8.

2) Leipzig war nicht ohne Ursache im 17. Jahrhundert Mittelpunkt des deutschen Buchhandels. W. H. Riehl, Freie Vorträge II, 70.

hat sie nicht aufgehört, einen gewissen Mittelpunkt des geistigen Lebens zu bilden. Berlin war sogar eine Zeitlang Sitz der Romantik. Man erinnere sich an die Gebrüder Grimm! [1]) Ranke stand noch unter dem Einflusse der Romantik. Dann folgten freilich Männer anderen Schlages, neben Mommsen und Curtius ein Sybel und Treitschke, Harnack, Virchow. Auch Eduard v. Hartmann kann hieher gerechnet werden. Mag man über Sybel, Treitschke, Harnack urtheilen wie man will, daß sie einen ganz gewaltigen Einfluß ausübten, wird niemand bestreiten können. In Göttingen wirkten vor kurzem noch Ritschl und Lotze, Waitz und Ihering. Leider waren sie alle dahingegangen, als ich dahinkam, und fühlte ich mich nicht verlockt, ihre geringeren Schüler und Nachfolger kennen zu lernen.

Die Ueberlegenheit des Nordens über den Süden kam nun gewiß nicht von ungefähr, sie ist kein Werk des Zufalles, nicht des bloßen Glückes; Preußen hatte Erfolge, aber diese Erfolge beruhen auch auf inneren Ursachen, auf tiefen Gründen. Dem Erfolg liegt eine tüchtige Arbeit zu Grunde, der Erfolg, das Glück krönte eine lange Arbeit. Preußen arbeitete, das ist das Geheimniß seines Erfolges. Das dürfen wir Süddeutsche nicht vergessen. Nicht die Gemüthlichkeit, nicht das stille Genügen erringt Einfluß und Macht, sondern da heißt es Energie brauchen, die Hände rühren, sonst bleibt man zurück. Schon diese eine Lehre ist eine Reise nach Norddeutschland werth.

Im Norden umfängt uns keine so liebliche, wohlige Luft, wie im Süden, das Leben ist nicht süß, der Tag nicht sonnig und die Natur hat etwas Trauriges. Etwas Trübes, Düsteres liegt über der norddeutschen Tiefebene, und namentlich die ostelbischen Gebiete muthen einen ganz melancholisch an, schon die vielen Windmühlen mit ihren geisterhaften

---

1) Schlegel, Jarcke, Eichendorff waren längere Zeit in Berlin. Der eigentliche Vertreter der Romantik war hier Tieck.

Armen erwecken eine trübe Stimmung. Das Geklapper der Holzschuhe in langweiligen Straßen vertreibt diese Stimmung nicht. Dann ist der Boden, bekanntlich in Brandenburg am meisten, grau, weiß, sandig und entbehrt der kräftigen Farben. Man durchfährt endlose Ebenen, kaum daß ein Dorf da und dort die Einförmigkeit unterbricht. Endlos dehnen sich die Beete und Gewanne, sie sind viel größer als in Süddeutschland, zugleich ein Zeichen des Großgrundbesitzes.[1])

Ungeheure gleichförmige Weidefluren wechseln mit endlosen Kartoffel- und Rübenäckern und großen zusammenhängenden Weidegründen. Es herrscht vielfach noch Graswirthschaft, namentlich in den Küstenländern. Die Gewanne sind erstaunlich groß und die Furchen sind breit gezogen. Es gibt offenbar noch viel Raum hier.[2]) Träge schleichen die Flüsse dahin, sie haben wenig Gefälle.

Dagegen gibt es herrliche Wälder, auch Eichen- und Buchenwälder, freilich weniger in Brandenburg als in Mecklenburg und Westfalen. In der Mark sah ich nirgends einen recht erhebenden, erfrischenden, kräftigen Wald, hohe Eichen und Buchen, meistens nur verkrüppelte Tannen und Fichten. Märker rühmen ihr Land als ein Land der Seen und Wälder, so als eine Art schottisches Hochland. Seen gibt es nun wohl, aber die Wälder namentlich bei Berlin machen keine gute Figur. Es gibt viele Schriftsteller und Dichter, die auch in dieser Tiefebene Poesie entdecken, z. B. Th. Fontane, ein naturalisirter Franzose. Einem der hier geboren, hier heimisch ist, mag das wohl möglich sein, aber einem Ober-

1) In Preußen sind 30% Großbetriebe, in Württemberg und Baden nur 5%.

2) Selbst in den Kirchhöfen sollen, wie Riehl berichtet, die Gräber weit auseinander liegen (Land und Leute 1861 S. 246); was aber jedenfalls ein Vorzug ist gegenüber den engen Kirchhöfen des Südens.

deutschen geht es doch schwer. Es fehlt hier und muß hier fehlen die Mannigfaltigkeit landschaftlicher Bilder, wie sie das gebirgigere Ober- und Mitteldeutschland bietet. Damit fehlt auch der Individualismus des oberdeutschen Lebens. Im Leben, in den Sitten, in der Sprache findet sich in Süddeutschland viel mehr Unterschied, viel mehr Mannigfaltigkeit. Es gibt eine Unzahl kleiner Kreise für sich. In Norddeutschland herrscht mehr Einförmigkeit in Sitte und Sprache und damit verbindet sich auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Die Bodenkultur läßt viel zu wünschen übrig. Es ist ja bekannt, daß hier noch viel zu cultiviren und zu colonisiren ist. So reich wie Norddeutschland war einst auch Süddeutschland an Seen und Sümpfen, vielleicht auch an Haiden. Treitschke meint, die Bodenkultur habe hier eine große Zukunft. Die Gebirgsländer Mitteldeutschlands seien leicht zu cultiviren gewesen. „Die Naturgaben,[1]) sagt er, liegen wie auf der flachen Hand. Die Naturschätze der norddeutschen Ebene waren schwerer zu sehen, sind auch wirklich noch nicht völlig erkannt und darum haben diese Flächen noch eine große Zukunft. Schon im Verlaufe der letzten zwei Menschenalter, meint er, ist die norddeutsche Ebene sehr viel mehr bevölkert worden als die Mittelgebirge Mittel- und Oberdeutschlands".

Mag sein; aber die Cultivirung des Bodens ist noch lange nicht abgeschlossen. So ein recht erquickendes Dorf sieht man nirgends. Scheunen und Stallungen sieht man kaum. Es scheint hier auch die Sitte zu herrschen, die einem schon in Mitteldeutschland auffällt, daß man diese Dinge allzusehr versteckt. Man will städtisch sein und läßt daher nichts sehen von der eigentlichen Intimität des ländlichen Lebens, von der „Seele" der Landwirthschaft.

Die Landhäuser, die man sieht, machen keinen gemüth-

1) Treitschke, Politik. Leipzig, 1897. I, 211.

lichen Eindruck und die Kirchthürme wirken noch abschreckender. Poesielos und gemüthlos scheint alles zu sein, und auch geschmacklos ist vieles, was man sieht. Die Häuser sind entweder breit hingelagert auf die Erde, oder sind einfache Kästen, einfache Umformung einer Hütte; grau oder lehmfarbig ist ihr Anblick. Die niederdeutschen Bauernhäuser sind ungewöhnlich breit, tief und geräumig, auch die Fenster sind breit und werden oft förmlich quadratisch. Ebenso sind die Schlösser und Kirchen ungewöhnlich breit und massige Bauten, sie wurzeln fest in der Erde und erheben sich nicht frei und leicht in die Luft. Die blockigen, lehmfarbigen Bahnhofbauten machen keinen feinen Eindruck. Nichts freudiges, freies, phantasievolles ergötzt das Auge. Bis tief nach Thüringen und Hessen hinein verfolgt einen das gemüthlose Wesen. Wie ganz anders erquickend und erfreuend wirkt in Thüringen die Mannigfaltigkeit der Häuserbauten und ihrer Umgebung!

Die trüben und einförmigen Eindrücke häufen sich in der Mark Brandenburg, der einstigen „Streusandbüchse des heiligen römischen Reiches". Man glaubt sich in einer Steppe, in einer Sanddüne zu befinden. Trotzdem wird auch dieser Boden mit Geduld bearbeitet, und mit Getreide, besonders aber mit Kartoffeln, Zuckerrüben und Mohn bebaut. Je mehr man sich Berlin nähert, desto trüber wird die Gegend. Nur Potsdam macht mit seinen tiefblauen Seen einen freundlichen Eindruck. Es ist in der That zu beklagen, sagt Treitschke, der begeisterte Lobredner alles Preußischen, daß „das Berliner Klima und die Umgebung der Stadt so wenig feine ästhetische Reize bietet. Das wirkt auf den Charakter der Gesellschaft zurück; daher hat das ganze Treiben hier etwas so außerordentlich Prosaisches. Es wird Künstlern und wirklich fein empfindenden Menschen immer schwer werden, dauernd in Berlin zu leben".[1])

1) Politik I, 226.

Wie in der Natur, herrscht auch in der Gesellschaft ein anderer Geist als im Süden. Allgemein vermißt man die süddeutsche Gemüthlichkeit, Herzlichkeit, Offenheit. Der Norddeutsche ist aus härterem Stoffe geschaffen, er ist nicht so weich wie der Süddeutsche, der sich leicht kneten läßt, d. h. sich leicht den Verhältnissen anpaßt. Kommt der Norddeutsche nach Süddeutschland, so meint er, es müsse alles so sein wie zu Hause. Die Norddeutschen bilden förmlich Colonien, verkehren möglichst unter sich und behalten ihre heimische Art bei.

Der Norddeutsche hat ein anderes Ideal als der Süddeutsche, er hat das Ideal der „kühlen Vornehmheit", des Gentleman. Es mag das wohl damit zusammenhängen, daß englische Einflüsse stark einwirkten. Für den Durchschnittsbürger, für den Städter ist England das große Muster. Die ganz von englischem Geiste erfüllte Fortschrittspartei hat in den norddeutschen Städten einen festen Sitz.

Dem Junker schwebt mehr Rußland vor, aber der Gegensatz ist doch nicht sehr scharf ausgeprägt. Die Ideale des Junkers und Bourgeois fließen manchmal ineinander wie in England. Gentleman will nicht bloß der Adelige, sondern auch der Geldmann sein. Der preußische Junker ist nicht nur Soldat, Vasalle, sondern wesentlich auch Geschäftsmann, wovon noch die Rede sein wird.

Den Zusammenhang Norddeutschlands mit England betonte früher schon entschieden der Culturhistoriker Riehl. Riehl wies namentlich hin auf das Hotelwesen, auf die großen Trinkgelder, die im Norden gebräuchlich waren, auf die vielen Bediensteten, die der Reisende brauchte. Die Gasttafel (table d'hôte) war nach Riehl die Familientafel des Wirthes. Inzwischen haben aber die Norddeutschen unser Wirthshausleben, die südliche Ungebundenheit und feuchte Fröhlichkeit angenommen. Der Norden war, wie ein Beobachter sagte, früher viel karger,[1]) die Geselligkeit mehr

1) Allg. Zeitung 1885, Beil. 117.

eine häusliche, wie in England.[1]) Der Salon war der Versammlungspunkt der Gesellschaft. Männer und Frauen scheiden sich nicht, wie im Süden, bei geselliger Unterhaltung. Theekränzchen mit gemischter Gesellschaft sind etwas Norddeutsches. Deshalb nahmen im Norden auch die Frauen einen größeren Antheil an der Literatur und Politik, als im Süden. Im Süden gibt es keine ähnlichen Erscheinungen wie die Rahel und Herz.

Die häusliche Geselligkeit reicht natürlich nicht aus, reicht namentlich heute nicht aus, sie bedarf einer Ergänzung. Hier zeigt sich aber gerade wieder das häusliche, das Familienprincip besonders stark in Norddeutschland, stärker als in England. Der Engländer, als Mann des öffentlichen politischen Lebens, hatte schon im 18. Jahrhundert seine Clubs, seine politischen und Sportclubs. So weit verstiegen sich die Deutschen nicht, sie blieben bescheidener, sie wollten das weibliche Element auch in ihrer Geselligkeit nicht missen. Da waren zunächst Konditoreien, also Orte, die in erster Linie von Frauen besucht werden; in Berlin gab es Konditoreien von geradezu geschichtlicher Bedeutung, so einflußreich waren sie auf die Literatur und journalistische Politik. Da waren ferner Kaffeehäuser, die ebenfalls nicht weit ablagen von dem häuslichen Princip. Da waren die Weißbierlokale, die noch heute ganzen Familien zum Absteigquartier dienen.[2]) In der Nähe von Berlin gibt es noch heute Bier- und Kaffeegärten, die die Inschrift tragen: „Mit altem Brauch wird nicht gebrochen, hier können Familien ihren Kaffee kochen". Auch in die modernen Restaurants gehen ganze Familien, wie man sich leicht überzeugen kann.

In England herrscht bekanntlich das System des Familienhauses und Einhauses. Wer es vermag, der wohnt mit seiner

1) Der Gesellschaftsabend heißt in England at home.

2) Lindenberg, Berlin, Stimmungsbilder S. 51.

Familie allein im Hause. Eine Nachahmung findet diese Sitte häufig in Norddeutschland, besonders in Hannover, wo die englischen Einflüsse deutlich auf der Hand liegen. In Göttingen z. B. zieht sich nördlich von der Universität eine lange prächtige Straße dahin, in der rechts und links solche Einhäuser stehen, alle in gehöriger Entfernung von einander, von schönen Blumen- und Baumgärten umgeben, ein wahres Professorenparadies.

Im Uebrigen hat sich der Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland mehr ausgeglichen.

Einst galt der Norden als das Thalerland, der Süden als das Guldenland. Was bei uns einen Gulden kostete, kostete dort einen Thaler. Nun ist freilich noch heute im Norden alles theuer genug, aber der Unterschied ist nicht mehr so groß. Manches ist sogar billiger, so viele Industrieartikel. Besonders auffallend ist einem in der unfruchtbaren Mark die Billigkeit des Brodes. Als Zugabe zu Speisen wird es ohnehin in Norddeutschland nirgends berechnet.

Der Norden braucht im Unterschied vom Süden mehr Alkohol und Fett, das kältere Klima erfordert das. Das gilt auch von Norddeutschland im Gegensatz zu Süddeutschland: es hat schwerere, feuchtere Luft, massenhaftere gleichförmigere Windströme. Im Norden Deutschlands wird daher viel mehr Branntwein und Thee getrunken und zu den Speisen viel Fett, namentlich Butter verwendet. Früher war der Unterschied noch stärker, inzwischen hat er sich etwas gemildert. Das Bier hat den Schnaps zum großen Theil verdrängt. An die alten Schnapsbuden erinnern noch die vielen Destillationen oder Destillen, in denen aber ebensoviel Bier wie Kümmel getrunken wird. Bier trinkt man mehr als genug, es wird überall angeboten. Im Theater z. B. kann man in Süddeutschland auch andere Getränke haben, in Berlin fast nur Bier. Man hat daher keinen Grund, sich über das Bierland Bayern aufzuhalten. Uebrigens ist Norddeutschland und Mitteldeutschland eine alte Heimat des

Bieres. Im spätern Mittelalter spielte das norddeutsche Bier die nämliche Rolle, wie heute das Münchner und Pilsener Bier.

Ueber die norddeutsche Küche lauten die Urtheile gewöhnlich ungünstig, vielleicht zu ungünstig, während umgekehrt die Norddeutschen über die süddeutsche Küche die Nase rümpfen. Ein objektives Urtheil ist schwer zu geben. Mir fiel bloß auf, daß die Auswahl der Gerichte nicht allzu groß ist, Rostbeef und Beefsteak, Beefsteak und Rostbeef ist das Gewöhnliche. Sodann nimmt die Butter und die Kartoffel einen breiten Raum ein. Ein Süddeutscher weiß mit den vielen Kartoffeln, die er zu jeder Speise erhält, nicht viel anzufangen. Im übrigen ist aber die Gasthofsküche im Norden ziemlich die gleiche wie im Süden, die Preise sind etwas theurer.

Die Wohnungsverhältnisse Norddeutschlands sodann scheinen nicht besser und nicht schlechter zu sein als in Süddeutschland, nur sind die Preise entschieden höher. Die Zimmer sind hoch und nicht so nieder und klein wie in Paris.[1])

---

1) Ramin, impressions d'Allemagne, p. 85. Allg. Zeitung 1898, Nr. 300, Feuilleton (Berliner Plauderei).

XXXIX.

Die Armenpflege und die verschiedenen Weltanschauungen.

Lassen wir an unserem Geiste die folgende Vorstellungsreihe vorüberziehen:

Diakon Stephanus versieht die Armenpflege in der ersten Christengemeinde zu Jerusalem.

In jeder neuen Mission schließen die Anfänge derselben die Vermittlungsthätigkeit des Missionärs zwischen den Armen und Reichen seiner jungen Gemeinde in sich.

Die Armenpflege im christlichen Abendlande entfaltet einen Reichthum von Spitälern, Waisenhäusern und Wohlthätigkeitsanstalten mannigfacher Art.

Es werden die halbstaatlichen, halbkirchlichen Pfarrarmeninstitute im absolutistischen Sinne gesetzlich reglementirt.

Dieselben werden laisirt und die Anstalten und Fonds verstaatlicht, verländert oder communalisirt (ähnlich wie die Schule und Ehegesetzdurchführung im modernen Staate).

Die Armenpflege und Unterstützungen aller Art werden zum Theil durch humanitäre Vereine in die Hand genommen.

Der liberale Rationalismus bekämpft in seiner Weise Armuth und Bettelei, und erklärt das Almosengeben als Unterstützung der Faulheit, des Müssigganges, der Heuchelei.

Der Socialismus und Communismus erklärt die Abschaffung der Armuth als selbstverständliche Aufgabe des

Gemeinwesens, das künftig Jedem sein Unterkommen und die irdische Glückseligkeit sicher zu stellen hat.

* * *

Welcher lange, wechselvolle Weg einer praktischen wie spekulativen Entwicklungs- oder Umgestaltungsreihe in der Culturgeschichte des christlichen Abendlandes!

Die spekulative Seite der Sache, der einerseits religiöse, andererseits philosophische Grundgedanke in der Behandlung des Armenwesens ist für die Praxis derselben von größter Bedeutung, obwohl es bei oberflächlicher Betrachtung gleichgültig zu sein scheint, ob man dem Nebenmenschen zu Hilfe kommt aus religiösen oder humanitären oder sonstigen Gründen, z. B. um sich beliebt zu machen und ehrgeizige Zwecke zu erreichen und dergleichen. Die allgemein-geschichtliche Thatsache, daß jederzeit ein größerer oder kleinerer Theil der Menschheit, in Noth und Elend, Krankheit und Armuth versunken zu Grunde geht, wenn ihm nicht der materiell besser gestellte Theil der Menschheit aus irgend welchen Motiven zu Hilfe kommt, sieht sich nämlich ganz anders an vom Standpunkte der positiv-religiösen, oder aber vom Standpunkte einer Weltanschauung, welche den Begriff eines persönlichen Gottes, „ohne dessen Wille kein Sperling vom Dache fällt", ausgeschaltet hat.

Vom Standpunkt des gläubigen Christen ist das ganze Erdenleben nur ein winzig kleiner Theil des Daseins der unsterblichen Menschenseele; und diese kurze Zeit ist entscheidend über die Gestaltung der Ewigkeit, ähnlich wie etwa der kurze Lauf der Kugel im Revolver über das Treffen oder Nicht-Treffen des Zieles am Ende ihrer langen Bahn außerhalb des Rohres entscheidet. In dieser kurzen entscheidenden Zeit des Erdenlebens ist ihm die Armuth nicht etwa nur ein nothwendiges Uebel, über das man sich durch die Hoffnung auf den Himmel tröstet und hinwegtäuscht, sondern sie ist ebenso wie der Tod von Angehörigen, die

Krankheit, Feuersbrunst, Erdbeben, Mißwachs und eine Fülle anderer Unglücksfälle und Leiden der Erdbewohner, ein Mittel, sich die Freuden des Himmels zu verdienen; die zeitlichen Leiden sind der Preis, mit welchem die Freuden des ewigen Glücks erkauft werden.

Im geraden Gegensatze hiezu sieht die das Erdenleben allein umfassende Weltanschauung in den Leiden dieser zeitlichen Erdenwelt das einzige Uebel. Und dessen Bekämpfung ist daher das Hauptziel der Wissenschaft und Klugheit „dieser Welt". An irdische Glückseligkeit als einziges Daseinsziel des einzelnen Menschen und der ganzen Menschheit glauben, den Himmel schon auf Erden für allgemein möglich halten, das ist eben der unchristliche [vorzugsweise jüdische][1]) Optimismus. Das Christenthum erscheint dieser utopistischen Anschauungsweise gegenüber als Pessimismus. Arme werdet ihr immer unter euch haben, sagt derjenige, welcher kam, den Armen das Evangelium zu predigen. Die Geduld und Opfer, Demuth und Selbstverleugnung fordernde Lehre vom Kreuze ist darum begreiflicherweise ein Aergerniß den Juden und eine Thorheit den Heiden.

Diese letzteren haben ursprünglich im ausschließlich egoistischen Genußleben, den Leiden der Menschheit, dem Elend der Armen, Sklaven, Heloten und vermögenslosen Arbeiter ungefähr mit denselben grausam-wollüstigen oder gleichgiltig-stolzen Gefühlen zugesehen, wie die Römer den Thierquälereien, Gladiatorenspielen und sonstigen Scheußlichkeiten des Circus. Der alt- wie neuheidnische Genußmensch steht dem von ihm verschuldeten, wie dem durch seine Fühllosigkeit veranlaßten Jammer mit der Ruhe des eingebildeten Uebermenschen, des Halbgottes gegenüber, der sich selbst genügt, und auf die Hilfsbedürftigen als inferiore Masse herabblickt. Es sucht der heidnische Egoismus die irdische Glückseligkeit nur für die höchst eigene Person des Besitzenden.

---

[1]) S. Schopenhauer.

Ein neuer scheinbarer Gegensatz ist der spätere, aber gleichfalls heidnische Altruismus. Seine Glückseligkeits-lehre ist ein auf den ersten Blick sehr bestechender, neuplaton-ischer Compromiß zwischen Judenthum und Heidenthum, eine Freundschaft ad hoc wie zwischen Pilatus, Herodes und den Schriftgelehrten, welchen Allen der für das Erden-leben Selbstverleugnung predigende Nazarener gleich verhaßt ist. Dieser Altruismus ist eine ins Unchristliche übersetzte Nächstenliebe; eine Nächstenliebe, die geübt wird, weil der humanistisch gebildete bessere Mensch im Wohle des Nächsten doch auch eine gewisse Befriedigung des Selbstgefühls findet. Das ist mein Werk! sagt sich der erfolgreiche Altruist, wenn er den Kranken geheilt, das Elend gelindert, die Armuth unterstützt hat; und er hofft auf diesem Wege in titanen-hafter Selbstherrlichkeit als göttergleicher Weltbeherrscher den Himmel auf Erden zu schaffen, welchen die Nazarener erst für das bessere Jenseits versprechen. Diese Gattung Optimismus ist eine Weltanschauung, welche (ähnlich wie der Homunculus im zweiten Theil des Faust) entstanden ist aus der Verbindung des schönheitliebenden Griechenthums mit dem opportunistischen Neujudenthum und seiner verwelt-lichten Messias-Idee. Es ist das schöngeistig-roman-tische Ideal im Gegensatz zu dem ascetisch-christlichen, welches die Kinder der Welt pessimistisch nennen, weil es die Selbstverleugnung predigt.

* * *

Gegen das letztere scheint nun eine bemerkenswerthe Einwendung naheliegend: Wenn die Armuth, wie andere Leiden, Krankheit, sonstiges Unglück, Pest, Krieg und Hungers-noth Mittel sind, den Himmel zu verdienen, sind dann nicht Almosen, Nächstenliebe, Arzneikunst, Bestrebungen für den Frieden, Vorsorge für gute Ernährung, Kleidung und Wohn-ung, endlich das ganze große Gebiet des modernen Ver-sicherungswesens gegen Todesfall, Krankheit, Feuer, Hagel,

auch jede sonstige Vorkehr gegen allerlei Unglück gottlose Werke? Wenn Kreuz und Leiden den Himmel erwirkt, ist dann nicht Alles, was sie mildert oder gar beseitigt, ein Werk der Hölle?

Ganz ernstlich, nicht bloß als auf die Spitze getriebene Thesen werden solche Sätze unterschoben als vorgebliche Folgerungen der positiv-christlichen Weltanschauung. Mit Hilfe solcher Unterstellungen wird Haß und Verachtung in die Massen getragen. Und ihnen — zunächst wissenschaftlich — zu begegnen, ist daher eine Hauptaufgabe der heutigen Apologie des Christenthums.

Die Leiden (also auch die Armuth mit ihren Folgeübeln) als Strafe für Sünde, als Prüfung heroischer Tugend, als übernatürliches Heilsmittel zu ertragen, steht weder theoretisch noch praktisch im Widerspruch mit dem natürlichen Streben des vernünftigen Menschen, also auch des gläubigen Christen, den Leiden zu begegnen. Abgesehen davon, daß in der christlichen Praxis das Heilen der Kranken, Trösten der Betrübten und alle Werke der Barmherzigkeit streng gebotene Pflichten der Nächstenliebe sind, die Armenpflege von Stephanus bis Vincenz de Paula und Don Bosco Zeugniß davon gibt, daß die Milderung und Beseitigung des Unglücks ein Werk ist, in welchem christliche Weltanschauung sich verwirklicht — ist auch theoretisch die Geduld im Leiden nicht im Widerspruch mit dem Streben, dasselbe zu lindern oder zu beseitigen. Selbst wenn es gelänge, durch sociale Reformen die heutige Form der Armuth ganz oder großentheils zu beseitigen, bliebe noch immer die Hilflosigkeit der Jugend und des Alters, Krankheit, Trennungsschmerz beim Tode lieber Angehörigen, Krüppelhaftigkeit Einzelner, dann aber mannigfaches Seelenleid, Eifersucht und andere Leidenschaft, Mißgunst, elementares und sonstiges Unglück genug. Und selbst wenn die ganze menschliche Gesellschaft eine allgemeine wechselseitige Versicherungsgesellschaft würde, bliebe den Menschen das Kreuz

und Leiden, eine Armuth in *anderer* Form nicht erspart. *Die* Sorge also, daß mit den Vorkehrungen gegen Lebens- und Feuersgefahr u. s. w. die Rathschläge Gottes jemals allerorten auf Erden vereitelt werden könnten, ist in jedem Falle sehr ferneliegend. Diese Skrupel brauchen wir armen Menschenkinder uns am wenigsten zu machen. Diese Sorge braucht uns von socialer Reform im Allgemeinen und Armenfürsorge im Besonderen nicht abzuhalten.

Unvergleichlich ernster und wichtiger ist dagegen die Beantwortung der Frage: Wie sollen sich die Anhänger der christlichen Weltanschauung, die werkthätigen Förderer der christlichen Charitas stellen zur humanitären Armenpflege und zur socialen Reform?

* * *

Es ist einerseits nicht zu verkennen, daß die humanitäre Armenpflege, auch wo sie nicht im äußern Gegensatz zur Charitas sich stellt, doch derselben eine gewisse Concurrenz macht. Die charitative Armenpflege hat als gutes Werk neben dem Gebete einen streng religiösen Selbstzweck; sie ist aber auch seelsorgliches, pastorales Mittel zum Zweck; sie soll den Reichen und den Armen im Gefühle christlicher Gemeinbürgschaft einander näher bringen, und beide fester binden an die Kirche. Sie soll den Einen wie den Anderen von bösen Abwegen möglichst fernhalten, Alle im religiösen Eifer und lebendigen Glauben bestärken.

Von alldem ist bei der humanitären Armenpflege nicht die Rede. Diese fragt allenfalls nach der Würdigkeit des Hilfeheischenden hinsichtlich seiner Mäßigkeit, Ehrlichkeit und Anständigkeit. Aber, ob er noch zur Kirche geht, die Sakramente empfängt, positiv gläubig ist, darnach wird von der weltlichen Armenpflege nicht gefragt. Ja, es kann sogar die letztere mißbraucht werden, um die Armen erst recht der Kirche zu entfremden, z. B. durch Zuwendung von Sonntagsarbeit, Verbreitung von gewissen Traktätchen, oder durch

geringschätzige Reden über religiöse Dinge, und vor allem durch das Beispiel des Unglaubens und der Irreligiosität. Gibt es ja doch Proselytenmacher und namentlich auch geheime Gesellschaften, denen die Humanität ebenso Mittel zum Zwecke der kirchenfeindlichen Propaganda ist, wie der Kirche die Charitas ein pastorales Werk.

Aber gerade um diesen geheimen Gesellschaften entgegenzuwirken, muß der Eifer verdoppelt werden, und man darf nicht muthlos ihnen das Feld überlassen, wenn sie da und dort bereits eingedrungen sind, z. B. der Spitäler, Waisenhäuser, Asyle, Krippen, Volksküchen, oft sogar ursprünglich kirchlicher Stiftungen sich bemächtigt haben. Es ist dies eine Art Krieg ganz eigenthümlicher Art, dem vielleicht größere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Dazu gehört vor Allem, daß man sich genaue Kenntniß verschafft über den Umfang auch der weltlichen, öffentlichen wie freiwilligen Wohlfahrts- und Armenpflege. Es dürfen die bezüglichen Bestrebungen, gut- und andersgemeinte Veranstaltungen keineswegs als Dinge betrachtet werden, von denen man sich ganz fremd abschließen müßte.

Allerdings werden Personen, welche bisher der eigentlichen Charitas mit Eifer sich gewidmet haben, selten die Zeit finden, sich auch noch um jene anderen vielen Dinge zu bekümmern. Aber es bleibt eben nichts anderes übrig, als dem Mißbrauch der Armenpflege zu gegnerischen Zwecken verdoppelte Arbeit gegenüberzustellen.

Besonders mag dies betont werden bezüglich der in anderer Hinsicht sehr anerkennenswerthen Reformbestrebung, welche die schablonenmäßige Gemeindearmenpflege ersetzen will durch das sogenannte Elberfelder-System. Durch dasselbe würden auch die Vincentiusconferenzen mit der Zeit verdrängt, wenn nicht rechtzeitig gerade die Leiter der Vincentiusvereine es sich angelegen sein lassen, recht viele Gesinnungsgenossen für die freiwillige Uebernahme des

Pflegschaftsamtes zu werben. Thut man dies nicht, so wird in wenigen Jahrzehnten auch diese Schöpfung christlicher Charitas den kirchlichen Kreisen ebenso entwunden sein, wie die obbezeichneten anderen ursprünglich kirchlichen Wohlthätigkeitsanstalten.

Zugleich ist andererseits nicht zu übersehen, daß die heutigen wirthschaftlichen und verwaltungspolitischen Verhältnisse, das staatliche Heimatsrecht, das obligatorische Versicherungswesen für Krankheit, Unfall und Alter, die Freizügigkeit, das Verkehrswesen und ganze gesellige Leben unserer Zeit, jedem der sich mit Armenpflege befaßt, ganz andere Aufgaben stellt und auch andere Mittel zu Gebote stellt, wie die gute alte Zeit sie kannte. Der Hausbettel z. B. hat heute eine ganz andere Bedeutung als damals, wo Jeder seine Hausarmen persönlich kannte; heute ist der Mißbrauch noch viel näher liegend, und gerade die raffinirtesten Professionsbettler kleiden sich heute oft sogar in das bescheidene Gewand der verschämten Armuth. Dem gegenüber ist die Armenpolizei auch der weltlichen Behörde und sind all die vielen Vorkehrungen der modernen Wohlfahrtspflege ganz wohl am Platze. Und so ist u. A. die Bestrebung mancher Gemeinden, einen Armenkataster zu Stande zu bringen, und die wirklich Hilfsbedürftigen in Evidenz zu halten, ganz anerkennenswerth. Es ist also auch diesen Dingen gegenüber Aufmerksamkeit, ja zielbewußte Mitwirkung sehr am Platze. Und wenn man auch nicht jedem einzelnen Vincentiusbruder zumuthen wird, sich für diese Dinge etwa zu begeistern, so wäre es doch sehr wünschenswerth, daß die leitenden — und nach Maßgabe ihrer Zeit auch die seelsorglichen — Kreise mit diesen Dingen etwas näher sich vertraut machen würden; nicht aus irdischer Rücksicht und Wohldienerei, sondern als gutes Werk in neuerer Form, sollten sie dabei sich nützlich machen.

Gerade in den Kreisen der wohlwollenden, aber oft religionslosen Intelligenz, welche sich mit diesen Dingen

heute befaßt, würde solche Mitarbeit von gutem Einflusse sein. Diese Kreise würden mit den sachverständigen, ernsten Mitarbeitern zugleich neuerdings Achtung gewinnen vor der Weltanschauung, welche diese letzteren beseelt; es wäre also diese Arbeit eines der Mittel, in diesen Kreisen wenn nicht durch Worte so durch Beispiel dieser Weltanschauung, der positiv religiösen Ueberzeugung, neue werthvolle Anhänger zu gewinnen.

* * *

Die anfänglich begreifliche Verwechslung der Werke christlicher Charitas mit der sogenannten socialen Reform ist längst einem tieferen Verständnisse der letzteren gewichen. Die Zeit ist glücklich überwunden, in welcher man noch diese beiden Dinge durcheinanderwarf. Man hat längst völlig einsehen gelernt, daß es sich bei der socialen Reform nicht um ein Werk der Barmherzigkeit (im engeren Sinne des Wortes), sondern um eine Forderung der Gerechtigkeit handelt.

Der Arbeiter ist seines Lohnes werth, und ihm einen Theil des gerechten Lohnes vorzuenthalten, ist eine himmelschreiende Sünde. Diese ist nicht gesühnt, wenn man ihm einen Theil des vorenthaltenen Liedlohnes etwa als Almosen restituirt. Diese beiden Dinge theoretisch strenge auseinanderzuhalten, war anfänglich umso schwerer, als ja die Armenfrage und die Arbeiterfrage in der Praxis oft in Bezug auf die gleichen Personen zu stellen war. Der brodlos gewordene, kranke, alte, verunglückte Arbeiter ist schon ein Armer; und seine Angehörigen sind es bei unzulänglichem Lohne auch bei seinen Lebzeiten; umso mehr, wenn ihnen dieser Ernährer stirbt. Auch sonst hat die einst so genannte Arbeiterfrage mit der Armenfrage zahlreiche sachliche Berührungspunkte. Die Wohnungsnoth, die Theuerung der Lebensmittel betrifft den noch erwerbsfähigen Arbeiter sowie den eigentlichen Armen; das Versinken des Mittelstandes

in's Proletariat vermehrt die Menge der Armen; und so gibt es zahlreiche Umstände, welche es entschuldigt hätten, wenn man sogar noch länger den Unterschied der socialen Reform und der Armenpflege (in einem nur etwas erweiterten Sinne dieses Wortes) anerkannt hätte. Besonders in Deutschland und Oesterreich haben aber schon vor einem Menschenalter erleuchtete Männer die christlich-socialen Bestrebungen zur Herstellung regelrechter wirthschaftlicher Verhältnisse streng geschieden von den charitativen Bestrebungen, welche die Ausnahmszustände der Armuth lindern sollen. Beweis dessen u. A. die Bildung besonderer Sektionen bei den Katholikentagen einerseits für „christliche Charitas", andererseits für „sociale Reform". Vielleicht ist sogar der geringere Einfluß der kirchlich gesinnten Laien auf die sociale und sonstige Politik und Gesetzgebung in romanischen Ländern zum Theile darauf zurückzuführen, daß man dort zu dieser scharfen wissenschaftlichen Unterscheidung sich nicht so rasch entschließen konnte; man blieb dort wohl zu lange auf dem Wege unklarer Gefühlsbestrebungen, während die Gegner sich in zielbewußter Weise der öffentlichen Meinung, der Gesetzgebung und Verwaltung bemächtigten. Sie haben von diesem festen Boden rücksichtsloser Staatsgewalt aus alsbald auch die Laisirung der Spitäler und Wohlthätigkeitsanstalten noch viel unerbittlicher durchgesetzt, als es in deutschen und österreichischen Landen geschehen konnte. Und so sieht sich dort die Kirche von ihrem eigentlichsten Gebiete, der Pflege der christlichen Barmherzigkeit, noch viel mehr verdrängt als hier. Der glückliche Umstand, daß in solcher Weise die Anhänger der positiv christlichen Weltanschauung im vorwiegend deutschen Mitteleuropa noch nicht so mundtodt gemacht sind, wie in anderen fast ausschließlich katholischen Staaten Europas, muß aber daher umso fleißiger benützt werden. Und um zunächst auf dem eigenen Gebiete keinen zollbreit Boden mehr zu verlieren, ist es auch nöthig, daß man nicht in den entgegengesetzten Fehler verfällt, und etwa die Werke

der eigentlichen Charitas unterschätzt, auf dieselben als eine gleichsam untergeordnete Nebenbeschäftigung herabsieht.

* * *

Man verkenne ja nicht den tiefgehenden Unterschied in der Auffassung der Armuth je nach der religiösen oder, wenn man es so nennen will, philosophischen Auffassung. Man suche sich namentlich zu vergegenwärtigen, wie auch die atheistischen und materialistischen Schulen sich (durch die Socialdemokratie) Eingang verschaffen in die Herzen der Armen; aber nur um dieselben zu vergiften und mit größtem Hasse zu erfüllen gerade gegen die eifrigsten Pfleger der Armuth. Die Apostel des Unglaubens stellen ihren Jüngern die christliche Armenpflege dar als eine betrügerische Täuschung durch kleine Abschlagszahlungen seitens der reichen Ausbeuter. Sie reden ihnen vor, „laßt euch durch diese Brosamen von der Tafel der Reichen nicht beschwichtigen und bestechen! Nicht Dank seid ihr diesen Leuten schuldig; sie heucheln euch nur Barmherzigkeit, weil sie sich fürchten, daß ihr sonst selbst euch die gebührenden Plätze an der reich besetzten Tafel erobern würdet!" Hatte die humanistische Schule noch eine gewisse Duldsamkeit gegen die christliche Armenpflege und Wohlthätigkeit, die sie nicht leugnen konnte, — so ist das für die radikale Richtung der heutigen Weisheit dieser Welt ein längst überwundener Standpunkt.

Auf diesen Wechsel in der Frontstellung der Feinde müssen wir gefaßt sein, wir dürfen dieselbe nicht übersehen, sondern müssen ihr begegnen durch den verdoppelten Eifer sowohl in der charitativen als auch in der social-reformatorischen Thätigkeit. Nur wenn wir mit vollem Zweckbewußtsein hinsichtlich der nächsten irdischen, als auch hinsichtlich der weiter über die Grenzen irdischer Vorsorge hinaus gehenden höheren Ziele den Kampf des Verstandes und Herzens für die christliche Cultur führen, werden wir die historisch politischen Ziele erreichen.

Die Kirche, und ihre laikale Gefolgschaft hat sich immer den Zeit- und Ortsverhältnissen angepaßt. Sie hielt nicht starr fest an der Armenpflege, wie sie unter Stephanus und Paulus in den ersten Gemeinden der Judenchristen bestand. Sie fand andere Formen für die gleiche Bestrebung während der Christenverfolgungen, andere nach der Völkerwanderung in den Anfängen der christlichen Feudalstaaten. Die Söhne des hl. Benedikt verfuhren anders in Mitteleuropa, wie die Söhne Ignatius' in Paraguay, die heutigen Trappisten und die Missionäre in überseeischen Ländern vollziehen ihre welterobernde Propaganda mit den Verkehrs- und sonstigen Hilfsmitteln der Neuzeit. Denn die Liebe ist erfinderisch, sie duldet Alles, sie erträgt Alles, sie überwindet Alles, sie wird nicht aufhören das Angesicht der Erde zu erneuern auch im Zeitalter der Eisenbahnen, der Elektricität, der Automobile und Kinematographen. Wir müssen Alles in unsere Dienste nehmen und die christliche Culturarbeit eifrigst fortsetzen auch mit den Hilfsmitteln, Wissenschaften, gesetzlichen und verwaltungstechnischen Einrichtungen der neueren und neuesten Zeit. Das ist die historisch politische Aufgabe der Bekenner des Christenthums bis an's Ende der Zeit.

R. v. M.

XXXX.

Das Vater Unser.

I.

Professor Knöpfler und Maler Ludwig Glötzle in München haben im August vorigen Jahres die reifen Früchte ihrer Studien zusammengelegt und zu einem Werk vereint, welches das andachtsvolle Verständniß des Herrengebetes zum Zwecke hat: der eine sucht diesen Zweck zu erreichen mit der Feder des Gelehrten, der andere mit dem Pinsel des Künstlers.[1]) Wer möchte nicht ein solches Unternehmen mit Freuden begrüßen, der Ausführung bestes Gedeihen wünschen, das vollendete Werk mit gespanntem Interesse lesen und betrachten, zumal, wenn zwei so bedeutende Kräfte sich zu solch erhabenem Zwecke zusammenthun? — Professor Knöpfler ist den Lesern der „Histor.-polit. Blätter" durch eine Reihe von Aufsätzen längst rühmlichst bekannt. Auch Maler Glötzle dürfte wohl den meisten Lesern nicht fremd sein. Wer schon zu Immenstadt seine dortigen Bilder sah, oder wer sich an Glötzle's „Golgatha" auf der Ausstellung christlicher Kunst auf dem Katholikentag in München 1895 erinnert, die Besucher

---

1) Das Vater Unser im Geiste der ältesten Kirchenväter in Bild und Wort dargestellt von Ludwig Glötzle, Historienmaler in München, und Dr. Aloys Knöpfler, Prof. der Kirchengeschichte an der Universität München. — Neun Heliogravüren. Freiburg i. Br., Herder'sche Verlagsbuchhandlung. Großfolio. 44 S. Preis in elegantem Original-Einband 14 M.

Münchens, die ihn in der Heiliggeistkirche als tüchtigen Meister des Rococo kennen lernten, oder endlich wer im Salzburger Dom sein farbenprächtiges Gericht gesehen hat, der weiß, daß wir es mit einem Künstler zu thun haben, der in der Schule der Alten groß geworden und zur Selbständigkeit sich durchgeschult hat.

Es entspricht ganz der historischen Methode unserer Zeit, daß wir auch in der Ascese und Betrachtung wieder zu den Alten gehen, daß wir die Väter der hl. Kirche bitten: „Lehret ihr uns beten und das Gebet des Herrn verstehen". Kostbare Perlen sind es, die Professor Knöpfler aus den geistigen Schatzkammern der Kirchenväter hervorgeholt und uns vorgelegt hat. Es sind duftende Geistesblüthen, aus christlichem Denken und Fühlen emporgesproßt, die hier zu einem farbenprächtigen Kranze zusammengewunden sind. Die Sammlung von Väteraussprüchen über das Gebet im Allgemeinen und das Vater Unser im Besonderen ist nicht systematisch vorgenommen worden, da ja das Buch zunächst nur erbauliche Zwecke verfolgt. Wir dürfen aber an den geehrten Herrn Verfasser die Bitte richten, seine Notizen und Studien über das Vater Unser in erweiterter Form und systematischer Arbeit auch der Gelehrtenwelt noch vorzulegen: Eine Vater-Unser-Erklärung auf Grund der Väterschriften oder eine Geschichte der Vater-Unser-Erklärung müßte eine hochwillkommene Fundgrube von Gedanken sein, hochwillkommen dem Exegeten, wie dem Homileten.

Verwerthet wurden die Erklärungen des Vater Unsers von den morgenländischen Kirchenschriftstellern: Origenes († 254), Cyrill von Jerusalem († 386), Gregor von Nyssa († ca. 395), Chrysostomus († 407); ferner einige syrische Schriftsteller, nämlich Aphraates von Mar-Matthai († ca. 350), Ephräm († 373), Isaak von Ninive (um die Mitte des 6. Jahrhunderts, vgl. Kirchenlexikon s. h. v.). Von den Abendländern kommen zum Wort: Tertullian († ca. 230), Cyprian († 258), Augustinus († 430), Cassian († 435), Chrysologus († 450). — Eben weil das Werk vornehmlich erbaulichen Zwecken dienen soll, ist man nicht berechtigt, zu sagen: diese und jene Stelle hätte auch noch aufgenommen, dieser oder jener Vater hätte auch noch beigezogen, die mittelalterliche Vater-Unser-Erklärung

hätte nicht übergangen werden sollen. All das durfte und mußte in diesem Falle, wo es sich nicht um eine gelehrte, systematische Arbeit handelt, ganz und gar dem Belieben des Verfassers überlassen werden. Nur will es uns scheinen, daß auch der erbauliche Zweck leichter erreicht und die Benützung des Buches eine bequemere würde, wenn die Stellen nach gewissen Gesichtspunkten gruppirt und diese etwa als Stichworte angegeben worden wären. Niemand aber wird verkennen, mit welch' gutem Geschmack und Geschick wirklich gehaltreiche und schwungvolle Stellen für die einzelnen Bitten herausgesucht sind.

Die großartigen und vieldeutigen Gedanken des Herrengebetes in Linien und Farben wiederzugeben, hat Maler Ludwig Glötzle übernommen. War auch durch Joseph Führich — freilich in der ihm eigenen romantisch-mystischen Weise — bereits ein Vorgang geschaffen, so begreifen wir es vollauf, wenn es im Nachwort (S. 43) heißt: „Als wir an die Ausführung des Planes gingen, zeigte es sich, wie schwer es ist, für abstrakte Sätze passende, sinnentsprechende Darstellungen zu finden". Die Schwierigkeit mußte sich naturgemäß erhöhen, wenn der Künstler, wie es hier geschieht, die verschiedenen biblischen Gedanken und Erinnerungen mit modernen Verhältnissen verbinden und zu einem einheitlichen Bilde gestalten wollte. — Es will uns scheinen, als würden diese Vater-Unser-Bilder einen Fortschritt in Glötzles Kunst bedeuten, einen Fortschritt zu größerer Freiheit vom Conventionellen und zu größerer Selbständigkeit in Composition und Darstellung. Glötzle zeigt in diesen Bildern einen durch edlen Idealismus gemäßigten und geläuterten Realismus, welch letzterer sich besonders in Behandlung des Nackten, in der Kleidung, in den porträtartigen Gesichtern zeigt: seine Figuren sind Kinder unserer Tage und unseres Volkes. Soll die Kunst, wie im vorliegenden Fall, uns erbauen, uns predigen, so muß sie lebenswarme Figuren bieten, die zu uns sprechen können, die uns aber auch als Ideale gegenüberstehen: sie darf ihre Gestalten nicht von der Gasse hereinholen, behaftet mit allen Erbärmlichkeiten und Unvollkommenheiten — solche haben kein Recht, uns zu lehren, weil sie nicht über uns stehen; — sie darf aber auch nicht in reinen Typen erstarren, sonst wird sie für uns todt und vermag

uns nicht den Odem religiösen Lebens einzuhauchen. Glötzle zeigt sich als Meister in der Wiedergabe der Affekte. In einzelnen dieser Bilder verräth sich liebevolles und eingehendes Studium der alten Meister, besonders Raffaels und Dürers.

Die Bilder sind als Heliogravüren hergestellt, d. h. mittelst der Photographie auf Metallplatten erzeugt und durch die Buch- und Kupferdruckpresse vervielfältigt. Sie zeichnen sich — einige Unebenheiten abgerechnet — aus durch scharfe Wiedergabe von Licht und Schatten, deutliche Linien bis ins Einzelne. Es wäre zu wünschen, daß den einzelnen Bildern die ihnen entsprechende Vater-Unser-Bitte beigedruckt wäre.

II.

Der Erklärung des „Vater Unsers" geht voraus eine Sammlung von Stellen über das „Gebet im Allgemeinen". Das Gebet als Blüthe des christlichen Lebens und seine Frucht, als Himmelfahrt des Geistes und Herzens, seine große Macht und Wirksamkeit, die Art und Weise wie man beten soll, die innere Sammlung und äußere Haltung, all dieses — man könnte es einen einleitenden Gebetsunterricht nennen — enthalten die aus Origenes, Cyprian, Ephräm u. s. f. geschöpften Einleitungsstellen.

1. Nun folgt die schönste Gebetsform und heiligste Gebetsnorm, vom Himmel herab den Menschen gegeben, die Menschen zum Himmel verweisend und führend: das „Vater Unser". — Das Menschenherz weiß sich seinem Schöpfer verpflichtet und verbunden, es weiß sich auch von ihm abhängig; es weiß, daß seine Geschicke in Gottes Hand liegen, der Alles leitet und leiten kann nach seinem Wohlgefallen. Wo immer also ein theistischer Gottesglaube vorhanden ist, da ist auch das Bewußtsein der Gebetspflicht zu finden. Aber in welcher Form sollen wir Gott anreden? Wie ihn anrufen? Was besonders ihm vortragen? Es müßte eine sehr interessante Untersuchung sein, die Gebetsversuche der Menschheit zu sammeln, ihren religiös-philosophischen Voraussetzungen nachzugehen, bis zu dem Zeitpunkte, wo endlich die Apostel in denkwürdiger Stunde die Rathlosigkeit der Menschheit bekannten und den Sohn Gottes um Abhilfe baten mit den kindlichen Worten: „Herr

lehre uns beten" (Luk. 11, 1). Da wies sie der Herr nach oben und sprach: „So sollt ihr beten" (Matth. 6, 9; Luk. 11, 2), und er lehrte sie das Vater Unser und gab mit diesem Gebete ihnen und uns das Bittgesuch an den himmlischen Vater in die Hand.

Die hl. Väter werden nicht müde, dieses Gebet zu preisen. Sie nennen es „breviarium totius evangelii" (Tertullian) und „compendium coelestis doctrinae" (Cyprian), sie heben den hohen Werth, den reichen Inhalt, die Kraft dieses Gebetes hervor, das wie ein einigendes Band die ganze Christenheit umschlingt. All diese Gedanken faßt Chrysologus zusammen, wenn er sagt: „Er selbst, den du anzurufen hast, hat dir das Thema des Gebets, den Inhalt der Bitten, die Norm demüthigen Flehens gnädig gewährt, auf daß du daraus den Geist des Gebetes schöpfest, dir das Verständniß der Bitten aneignest und das Maß des Verlangens lernest, und so durch den gedrängtesten Unterricht die Wissenschaft des Betens erlangest. Zudem übernahm der König selbst aus unendlicher Liebe das Amt des Fürsprechers, so daß er selbst die Bitten, die er gewähren will, dir in den Mund legt. So ist denn jeder Grund des Zögerns zum Bitten beseitigt. Furcht kann da nicht statthaben, wo der Sohn vom Vater, wie es die Liebe eingibt, nur was heilig ist, verlangt" (S. 8).

Das Bild stellt jenen Moment dar, wo der Herr anhebt, zu sprechen: „So sollt ihr beten". — Lichtumflossen und groß steht die erhabene Gestalt des göttlichen Heilandes auf der Höhe des Berges, seine linke Hand weist die Apostel nach oben, dem Ziele des Gebetes, die Rechte hält die Hand des Lieblingsjüngers umfaßt. Johannes selbst ist in lebhaftester Bewegung vor ihm niedergesunken: „sein Auge hängt an seinem Angesichte, an seines Mundes Harmonie sein Ohr". In gespanntester, erwartungsvoller Aufmerksamkeit umstehen und umknieen die Apostel den Lehrmeister des Gebets voll andächtiger Ergriffenheit: Bewunderung, Andacht, Erwartung, Freude, Ergebung, all diese Affekte klingen und stimmen auf dem Bilde so harmonisch zusammen. Im Vordergrund sprudelt eine muntere klare Quelle. Zwei Hirsche sind herbeigekommen, um ihren Durst zu stillen: eine liebliche Idylle und sinnreiche Illu-

stration der Stelle: „Wie der Hirsch sich sehnt nach den Wasserquellen, so sehnt meine Seele sich nach Dir, o Gott“ (Ps. 41, 2). Das ganze Bild ist ein wunderbar liebliches „Sursum corda“ — wo alle Linien nach oben führen, zu froher Gebetshoffnung stimmen und dem Gebete festes Ziel und sichere Richtung geben.

2. Die Anrede: „Vater unser, der du bist in dem Himmel“. — Ehe wir das Bild betrachten, fragen wir zuerst die Schrift und die Väter, was sie uns zu der Anrede des Vater Unsers zu sagen haben. Gott den Herrn dürfen wir „Vater“ nennen. Wie viel Trost und Zuversicht enthält dieses Wort für uns! Darin sind enthalten Gottes Vaterrechte gegen uns, unsere Kindespflichten gegen ihn. Darin wurzeln unsere Geschwisterpflichten gegen einander. Aber seitdem die ewige Liebe des Vaters zu uns gekommen ist, seitdem Gottes geliebter Sohn unser Bruder geworden ist, sind nicht mehr Furcht, Gesetz und Strafe die Faktoren und Exponenten dieser Verhältnisse, sondern Liebe, Freude, Friede. In ihm sind wir zu einer Familie geworden, an einander gekettet und mit einander verbunden durch das Band der Liebe. Ja, so verschieden unsere Lebensstellung, Alter, Talent auch sein mögen, in einem finden wir uns alle zusammen: im Namen unseres himmlischen Vaters. Seine Kinder sind wir in der Ordnung der Natur wie der Gnade, darum unter uns Brüder, mehr noch Brüder seitdem Jesus unser Bruder geworden. Daß das Recht zu dieser Anrede zugleich auch die Pflicht in sich schließt, als „Kinder unseres himmlischen Vaters“ zu leben, dem apostolischen Worte gemäß: Nostra autem conversatio in coelis est (Phil. 3, 20), bemerkt schon Origenes. Die immense sociale Bedeutung derselben wird man nicht übersehen. Schon Augustinus hebt sie ausdrücklich hervor mit den Worten: „Unter diesem Vater sind alle Brüder, der Herr und der Knecht, der Kaiser und der Soldat, der Arme und der Reiche“ (S. 12), und: „der Herr scheue sich nicht, seine Sklaven Brüder zu nennen, da Christus selbst ihn zum Bruder haben wollte“ (ebd.).

Diese Gedanken haben auch den Vorwurf zum Bilde gegeben: Oben auf dem Wolkenthron sitzt majestätisch Gott Vater, die Hände segnend über die Erde ausbreitend. Er ist

umgeben von anbetenden Engeln, die auf Harfen und Lauten spielen. Als Inbegriff und höchsten Erweis seiner väterlichen Liebe und seines Segens hat Gott seinen eingebornen Sohn in diese Welt gesandt, damit er als Mittler zwischen Erde und Himmel das Kindschaftsverhältniß wieder herstelle, Frieden bringe auf Erden, das zerrissene Band der Liebe wieder zusammenknüpfe. Das Bild zeigt uns, wie aus dem Munde des Allerhöchsten ein Lichtstrahl ausgeht; in diesem Lichtstrahl steht im hellsten Lichtglanz, umgeben von 2 Engeln, Jesus Christus als lumen de lumine de ore altissimi procedens. Er steigt hernieder, um Frieden zu bringen, wie uns das Spruchband über ihm anzeigt. In ihm findet sich wieder zusammen, was auf Erden getrennt war; in ihm wird jenes ideale Verhältniß, das in der Anrede des Vater Unsers gezeichnet war, wieder hergestellt: In ihm ist Versöhnung; in ihm und im Glauben an ihn werden auch die socialen Klüfte überbrückt; die Liebe die er verkündet, schlägt ihre Brücken von Stand zu Stand, von Beruf zu Beruf. Gar schön hat der Maler diesen Gedanken uns vor Augen gestellt: Links unten reicht der Arbeitgeber seinem Arbeiter feierlich die Hand, während seine Gattin barmherzige Liebe übt an der armen hilflosen Arbeitersfrau, der sie eine Gabe reicht. Rechts unten finden sich friedlich wieder zusammen der König und der Unterthan und der Bettler. — Das Bild ist frei symmetrisch componirt. Der Engel links vom Jesuskind ist nicht sehr idealisirt, man könnte in seiner ganzen Haltung fast etwas Barockes finden. Ueberaus lebensvoll und lieblich ist das Jesuskind. Die Menschenfiguren sind durchaus porträtartig gehalten. Die Lichter gehen oben aus von Gott Vater (der in einem unzugänglichen Lichte wohnt), unten vom Jesuskind, dem Licht der Welt. Daß der Sohn Gottes als lumen de lumine in Form eines Lichtstrahls aus dem Munde des Vaters ausgeht, ist ein recht schöner Gedanke; doch dürfte hier der Symbolik auf Kosten der Schönheit eine kleine Concession gemacht sein.

3) Geheiligt werde dein Name. — Wie das vorige, so ist auch dieses Bild frei symmetrisch componirt. Oben: Gott Vater, den gekreuzigten Heiland in Händen haltend (an Dürersche Art gemahnend), umgeben von den Heiligen, welche seinen

stration der Stelle: „Wie der Hirsch sich sehnt nach den Wasserquellen, so sehnt meine Seele sich nach Dir, o Gott“ (Ps. 41, 2). Das ganze Bild ist ein wunderbar liebliches „Sursum corda“ — wo alle Linien nach oben führen, zu froher Gebetshoffnung stimmen und dem Gebete festes Ziel und sichere Richtung geben.

2. Die Anrede: „Vater unser, der du bist in dem Himmel“. — Ehe wir das Bild betrachten, fragen wir zuerst die Schrift und die Väter, was sie uns zu der Anrede des Vater Unsers zu sagen haben. Gott den Herrn dürfen wir „Vater“ nennen. Wie viel Trost und Zuversicht enthält dieses Wort für uns! Darin sind enthalten Gottes Vaterrechte gegen uns, unsere Kindespflichten gegen ihn. Darin wurzeln unsere Geschwisterpflichten gegen einander. Aber seitdem die ewige Liebe des Vaters zu uns gekommen ist, seitdem Gottes geliebter Sohn unser Bruder geworden ist, sind nicht mehr Furcht, Gesetz und Strafe die Faktoren und Exponenten dieser Verhältnisse, sondern Liebe, Freude, Friede. In ihm sind wir zu einer Familie geworden, an einander gekettet und mit einander verbunden durch das Band der Liebe. Ja, so verschieden unsere Lebensstellung, Alter, Talent auch sein mögen, in einem finden wir uns alle zusammen: im Namen unseres himmlischen Vaters. Seine Kinder sind wir in der Ordnung der Natur wie der Gnade, darum unter uns Brüder, mehr noch Brüder seitdem Jesus unser Bruder geworden. Daß das Recht zu dieser Anrede zugleich auch die Pflicht in sich schließt, als „Kinder unseres himmlischen Vaters“ zu leben, dem apostolischen Worte gemäß: Nostra autem conversatio in coelis est (Phil. 3, 20), bemerkt schon Origenes. Die immense sociale Bedeutung derselben wird man nicht übersehen. Schon Augustinus hebt sie ausdrücklich hervor mit den Worten: „Unter diesem Vater sind alle Brüder, der Herr und der Knecht, der Kaiser und der Soldat, der Arme und der Reiche“ (S. 12), und: „der Herr scheue sich nicht, seine Sklaven Brüder zu nennen, da Christus selbst ihn zum Bruder haben wollte“ (ebd.).

Diese Gedanken haben auch den Vorwurf zum Bilde gegeben: Oben auf dem Wolkenthron sitzt majestätisch Gott Vater, die Hände segnend über die Erde ausbreitend. Er ist

umgeben von anbetenden Engeln, die auf Harfen und Lauten spielen. Als Inbegriff und höchsten Erweis seiner väterlichen Liebe und seines Segens hat Gott seinen eingebornen Sohn in diese Welt gesandt, damit er als Mittler zwischen Erde und Himmel das Kindschaftsverhältniß wieder herstelle, Frieden bringe auf Erden, das zerrissene Band der Liebe wieder zusammenknüpfe. Das Bild zeigt uns, wie aus dem Munde des Allerhöchsten ein Lichtstrahl ausgeht; in diesem Lichtstrahl steht im hellsten Lichtglanz, umgeben von 2 Engeln, Jesus Christus als lumen de lumine de ore altissimi procedens. Er steigt hernieder, um Frieden zu bringen, wie uns das Spruchband über ihm anzeigt. In ihm findet sich wieder zusammen, was auf Erden getrennt war; in ihm wird jenes ideale Verhältniß, das in der Anrede des Vater Unsers gezeichnet war, wieder hergestellt: In ihm ist Versöhnung; in ihm und im Glauben an ihn werden auch die socialen Klüfte überbrückt; die Liebe die er verkündet, schlägt ihre Brücken von Stand zu Stand, von Beruf zu Beruf. Gar schön hat der Maler diesen Gedanken uns vor Augen gestellt: Links unten reicht der Arbeitgeber seinem Arbeiter feierlich die Hand, während seine Gattin barmherzige Liebe übt an der armen hilflosen Arbeitersfrau, der sie eine Gabe reicht. Rechts unten finden sich friedlich wieder zusammen der König und der Unterthan und der Bettler. — Das Bild ist frei symmetrisch componirt. Der Engel links vom Jesuskind ist nicht sehr idealisirt, man könnte in seiner ganzen Haltung fast etwas Barockes finden. Ueberaus lebensvoll und lieblich ist das Jesuskind. Die Menschenfiguren sind durchaus porträtartig gehalten. Die Lichter gehen oben aus von Gott Vater (der in einem unzugänglichen Lichte wohnt), unten vom Jesuskind, dem Licht der Welt. Daß der Sohn Gottes als lumen de lumine in Form eines Lichtstrahls aus dem Munde des Vaters ausgeht, ist ein recht schöner Gedanke; doch dürfte hier der Symbolik auf Kosten der Schönheit eine kleine Concession gemacht sein.

3) Geheiligt werde dein Name. — Wie das vorige, so ist auch dieses Bild frei symmetrisch componirt. Oben: Gott Vater, den gekreuzigten Heiland in Händen haltend (an Dürersche Art gemahnend), umgeben von den Heiligen, welche seinen

Namen anbeten und dem Herrn nach Offenbarung 4,4 ff. ihre Kronen entgegenbringen. Auf Erden sehen wir die verschiedensten Stände und Berufe thätig, um die Heiligung des Namens Gottes nach außen zu verbreiten und nach innen zu vertiefen. Seitdem die drei Weisen als die ersten Anbeter des Jesukindes aus der Heidenwelt den Namen Gottes geheiligt haben (einer derselben, der schwarze, ist auf dem Bilde dargestellt mit Weihrauch), seitdem hat eine unabsehbare Reihe die Huldigungsfahrt zu Krippe und Kreuz angetreten ex omni tribu et lingua et populo et natione. Die großen Missionäre (Las Casas, Franz Xaver u. a.) sind hinausgezogen und haben die Völker Asiens, Amerikas und Afrikas aufgerufen zur Heiligung des Namens Gottes, zur Anbetung der heiligsten Dreifaltigkeit. Auf der linken Seite des Bildes ist die Heiligung des Namens Gottes durch die einzelnen Stände und Berufsarten dargestellt: Kaiser Heinrich mit dem Bamberger Dom, ein Bischof (vielleicht St. Otto?), zwei Kreuzritter mit gesenkter Fahne und gesenktem Degen, Palestrina (kirchliche Musik), Fiesole (Kunst), St. Thomas (kirchliche Wissenschaft): alle verwenden uns zum Vorbild ihr Wissen und Können, ihre Macht und Kraft zu dem *einen* großen Zweck: zur Heiligung des göttlichen Namens.

Das Bild gehört unstreitig zu den edelsten, schönsten und gelungensten des ganzen „Vater Unsers" sowohl nach seiner Composition, wie nach seiner Durchführung. Nur das Eine wird man daran aussetzen müssen, daß nicht auch der hl. Geist zusammen mit Vater und Sohn dargestellt ist. Es ist doch die heilige Dreifaltigkeit Gegenstand und Inhalt der Heiligung des Namens Gottes. Selbst wenn im Bilde dargestellt werden sollte, wie die einzelnen Stände in Kraft des Opfertodes Christi an der Heiligung des göttlichen Namens arbeiten (vgl. S. 16), so ist doch der hl. Geist als Ausspender der durch Christus uns verdienten Gnade nicht zu übergehen, zumal da er nicht blos principium quo, sondern als dritte göttliche Person auch principium quod der Heiligung des göttlichen Namens ist. Oder ist er vielleicht deswegen fortgelassen, weil er in Gestalt einer Taube über dem hl. Thomas ruht? Dann müssen wir salvo debito honore S. Thomae gestehen, daß man den hl. Geist doch vor allem bei Gott Vater und Gott

Sohn sucht. Wohl auf Kosten der Heliogravüre ist es zu setzen, wenn gerade auf diesem so überaus schönen Bilde bei einzelnen Figuren die Augen weniger gut gerathen sind.

Die erklärenden Stellen der hl. Väter betonen außer den oben angedeuteten Gedanken besonders noch die praktische Verehrung des göttlichen Namens durch ein frommes Leben. Am kürzesten drückt dies Augustinus aus: „Wie wird Gottes Name in uns geheiligt? Wie anders, als indem er uns heilig macht? Denn wir waren unheilig, durch seinen Namen aber werden wir geheiligt" (S. 16).

4) „Zu uns komme dein Reich". — Je nachdem der Begriff des Reiches Gottes gefaßt wird, kommt der zweiten Bitte eine verschiedene Deutung zu. Wir flehen in dieser Bitte vor allem um die Gnade Jesu; er möge sein Gnadenreich in unseren Herzen aufrichten. Dies geschieht aber auf ordentliche Weise nur durch Vermittlung der vom Herrn eingesetzten Gnaden- und Heilsanstalt, der Kirche. Darum kann die Bitte auch so gedeutet werden, daß wir darin um die Zugehörigkeit zur Kirche als dem sichtbaren Gottesreich auf Erden, und um deren Verbreitung flehen. Fassen wir Ziel und Zweck der Gnadenvermittlung und Gnadenmittheilung ins Auge, so beten wir in dieser Bitte des Vater Unsers um Aufnahme in das Himmelreich. Alle drei Deutungen finden sich bei den Vätern ausgesprochen. Einzelne Kirchenschriftsteller fassen diese Bitte auch endgeschichtlich (z. B. Tertullian S. 17 f.). Im Allgemeinen wird man sagen dürfen, fällt der Gegenstand dieser Bitte zusammen mit dem Flehen um die Zugehörigkeit zur Kirche und ihre Ausbreitung unter den Menschen, als der von Gott eingesetzten Heilsanstalt, welche die Gnaden übermittelt und zum Himmel führt.

Darum ist es auch ein ganz glücklicher Gedanke gewesen, zum Vorwurf des Bildes einen rein biblischen Vorgang zu nehmen, der alle diese einzelnen Momente in sich schließt: die Predigt des hl. Petrus am ersten Pfingstfeste. Vor einem mit korinthischen Säulen geschmückten Prostylus auf dem äußersten Rande des Stereobats sehen wir den hl. Petrus vom hl. Geist erfüllt, mit höchster Begeisterung jene erste Pfingstpredigt halten, die so vielen durchs Herz ging, die der Kirche

so großen Zuwachs brachte und gegen 3000 dem Reiche Gottes zuführte. Hinter Petrus stehen noch andere Apostel, alle von charismatischer Begeisterung erfaßt. Eine große Menschenmenge sammelt sich vor dem Apostel; von links her, hinter einem griechischen Antentempel hervor, drängen die Scharen zunächst von Neugierde getrieben; die Neugierde steigert sich bei denen, die in der Mitte stehen oder auf dem Unterbau des Tempelchens sitzen, zu gespanntester Aufmerksamkeit: wie selbstverloren und vergessen oder von höchstem Staunen ergriffen sitzen oder stehen sie da; bei einigen hat der Bußruf des Apostels: Thut Buße und ein jeder lasse sich taufen im Namen Jesu Christi zur Vergebung eurer Sünden (Apg. 2,38) bereits zu thatkräftigem Entschlusse sich ausgereift: sie eilen zur Quelle des Heiles, um sich taufen zu lassen und durch die janua sacramentorum einzugehen in Christi Reich.

Das großartig componirte Bild mit seinen markigen kraftvollen Gestalten im Vordergrund (besonders der Taufende) erinnert etwas an Raffael. Auf den ersten Blick glaubt man Paulus auf dem Areopag vor sich zu haben, wenn nicht die feurigen Zungen an das Pfingstfest erinnerten. Das griechische Tempelchen trägt auch zu dieser Täuschung bei. An dem namentlich in der Composition groß angelegten Bild sind nur einige Kleinigkeiten auszusetzen: die weit gespreizten und spitzzulaufenden Finger, wie wir sie an Petrus wahrnehmen, machen sich, wo immer wir ihnen auch in der Kunst begegnen mögen, unschön. Zum mindesten möchten wir keinem Prediger unserer Tage anempfehlen, seine zehn Finger als ebensoviele Frage- und Ausrufzeichen in die Luft hinauszuhängen und mit solcher „Spannung" dem Erfolg seiner Rede entgegenzusehen. Auch das Motiv des weitgeöffneten Mundes als Zeichen des Staunens und Schreckens möchte unseres Erachtens etwas zu oft und zu kräftig verwendet sein. Das Bild ist sehr glücklich gewählt und gibt in viel größerem Umfang die Gedanken der entsprechenden Vater-Unser-Bitte wieder, als z. B. die schwermüthige Deutung dieser Bitte bei Führich.

5) „Dein Wille geschehe, wie im Himmel, also auch auf Erden". — Gottes Wille ist als die lex aeterna bestimmend für jede Creatur, die unvernünftige und vernünftige. Erstere

vollzieht ohne Wissen und ohne freiheitliche Selbstbestimmung den Willen Gottes, muß ihn vollziehen; die vernünftige Schöpfung aber, die angelica et humana creatio soll mit freiem Willensentscheid und ethischer Selbstbestimmung den Willen des Herrn zur Ausführung bringen, ob dieser nun in Gesetzesform ausgesprochen, oder durch die Verhältnisse, die außer dem Bereich unserer Macht liegen, nahegelegt sei. Wo immer jedoch Gottes Wille mißachtet wird, da kann nur Strafe die Folge sein: denn nur Einer ist der Herr. Diesen Gehorsam gegen das natürliche und positive göttliche Gesetz, gegen Gottes Leitung und Führung, uns einzuschärfen, ist das eifrigste Bestreben der hl. Schrift und der Väter. Sie stellen uns als nachahmungswürdigstes Beispiel Jesus am Oelberg vor (Tertullian), sie weisen uns hin auf das Vorbild der Engel, die, gewaltig an Kraft, Vollzieher des göttlichen Willens sind. (Die besondere Deutung Cyprians S. 22.)

Das zur dritten Bitte gehörige Bild hat wiederum rein biblische Vorgänge zum Inhalt, welche reichen Stoff zur Betrachtung bieten. Die Composition zerfällt in drei Theile: Rechts oben thront Gott Vater in ewigem Lichte. Majestät und Herrschermacht spricht aus seiner Haltung: „Ihm dienen Himmel und Erde und nach seiner Anordnung währet der Tag". Vor ihm knieen in Anbetung zwei Engel, die administratorii spiritus, bereit, jedem Winke zu gehorchen. — Nicht so Luzifer: In Hochmuth und Stolz hat er es gewagt, dem allmächtigen Willen Gottes sein „Non serviam" entgegenzusetzen. Aber Gottes Wille muß unter allen Umständen zum Vollzug gelangen, wenn nicht zum Lohne, dann zur Strafe der Geschöpfe. So ward Luzifer und sein Anhang vom Himmel herabgestürzt. Die hl. Schrift schildert den Vorgang unter dem Bilde eines Kampfes, den Michael mit den guten Engeln gegen die bösen führte. Unser Bild zeigt den hl. Michael mit statuarischer Ruhe dastehend, das Flammenschwert in seiner Rechten, in der Linken den Schild mit der Inschrift: „Quis ut Deus". Satan und seine Engel stürzen kopfüber vom Himmel herab, ihm voraus der Stern und die Krone, die er widerrechtlich sich angemaßt. Höchste Wuth und Verbissenheit malt sich auf seinem Gesichte. Wie krallen und ballen sich die Hände seiner Ge-

nossen, wie um sich festzuhalten: aber für sie ist nirgends mehr Halt zu finden, die Gottes Willen mißachtet haben und nun wie werthlose Dinge aus Gottes Nähe fortgeschleudert werden! Da spricht sich in den Mienen aus, was Hlatky in seinem „Weltenmorgen" (I, 44) von Luzifer so markig sagt:

„O quill hervor, du Haß, in glühnden Strömen
Und überfluthe und vernichte alles".

Wie eine dunkle Wetterwolke ergeht das Strafgericht über Luzifer.

„Ihr Himmel öffnet euch! Du Körperwelt
Empfang den Feind in feindlich rauhen Armen,
Der jetzt — ein finstrer Blitz — zu dir hinabfährt". (ebd. S. 67.)

Wieviele Geschöpfe hat seitdem Satan durch Verführung in seinen Sturz hineingezogen, zur Auflehnung gegen Gottes Willen verleitet, bis endlich der Herr kam, gehorsam, gestellt unter das Gesetz, und Buße that durch Gehorsam und Ergebung. Da kniet er am Oelberg in tiefster Traurigkeit dahingestreckt auf dem Felsen. Wie in einer gewaltigen Vision schaut er Satans Sünde, Satans Sturz, schaut die zahllosen Sünden, zu welchen Satans Verführungskunst die Menschen verleitete. Er kennt und weiß das Opfer, das seine eigene Liebe und des Vaters Wille zur Entsündigung der Menschheit ihm auferlegt hat. Seine menschliche Natur schaudert zusammen vor der Größe des bevorstehenden Leidens, vor dem gewaltsamen Tode. Aber er will und verlangt nichts gegen den Willen seines himmlischen Vaters: Groß ist das Opfer, aber er bringt es, er spricht es aus, das Wort der Ergebung: „Vater nicht mein, sondern dein Wille geschehe". Welch' ein Wort! Wie vermag es den Entmuthigten wieder aufzurichten! Wie bringt es uns die Wahrheit wieder zum Bewußtsein, daß Gottes Wille in allem geschehen und anerkannt werden soll! — So ist das gewaltige Bild eine ernste Mahnung für den Beschauer: Gottes Wille geschehe, wie im Himmel also auch auf Erden.

6) „Gib uns heute unser tägliches Brod". — Der himmlische Vater ist auch voll Fürsorge für unser leibliches Wohlergehen.

Auf ihn warten die Augen seiner Geschöpfe und er gibt ihnen Speise zur rechten Zeit. — Darüber sind die Väter einig, daß diese Bitte zunächst auf das leibliche Wohlergehen und die irdische Nahrung bezogen werden müsse. Allein damit erschöpft sich ihr Inhalt nicht: es gibt auch eine geistige Seelenspeise. „Quid ergo anima nulla habet alimenta propria?“ fragt der hl. Augustinus (de beata vita ep. 8) und Monica antwortet ihm: „Plane nulla re alia credo ali animam quam intellectu rerum atque scientia“. Die Schriftsteller und Väter der Kirche, von Tertullian angefangen, beziehen das „tägliche Brod“ auf eine zweifache Seelenspeise: auf die Predigt des Wortes Gottes und auf die hl. Eucharistie. Eine Zusammenfassung der verschiedenen Deutungen gibt der hl. Augustinus in der S. 27/28 angeführten Stelle, wozu auch de Serm. 2, 7. 27 verglichen werden mag.

Recht ungezwungen und glücklich sind diese verschiedenen Gedanken auf dem entsprechenden Bilde vereinigt, das einen ganz modernen Charakter trägt: die Köpfe sind Porträts, die Kleidertracht aus unserem Volke und unserer Zeit, es sind Menschen von unserem Schlag, die auf diesem Bilde abgebildet sind. Unter einer mächtigen Linde, an deren Stamm eine hölzerne Kanzel angebracht ist, hat sich eine andächtige Menge Volkes versammelt: Stadtleute, Bauern, Bettler (überaus realistisch und lebenswahr!), Greise, Frauen, Mädchen, Kinder. Sie lauschen andächtig auf den Mönch, der von der Kanzel herab ihnen das Brod des Wortes Gottes bricht. Unverwandten Blicks schauen sie zu dem Prediger auf, nachdenklich und sinnend, oder durchbebt und in reumüthiger Zerknirschung. Links aber vor der Kapelle mit ihrem Zwiebelthurm reicht ein Priester den Gläubigen die Engelsspeise des heiligen Sakramentes. Im Hintergrund sind Landleute damit beschäftigt, den Erntesegen nach Hause zu führen und bereits wieder neue Saat den Furchen anzuvertrauen, um die Nahrung des Leibes von dem zu erhalten, zu dem sie beten: Gib uns heute unser tägliches Brod. Freilich, wer ein recht schalkhaftes und boshaftes Gemüth hat, der könnte auch auf den Gedanken verfallen, es sei dargestellt, wie die Bauern Sakrament und Predigt „schwänzen“.

7. „Und vergieb uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“. — Tertullian hat vollkommen Recht: „Die Bitte um Nachsicht ist ein Schuldbekenntniß“ (S. 29). Wir alle sind ja Schuldner vor Gott, weil wir alle Sünder sind und keiner sagen kann: „Rein ist mein Herz und frei von Sünde“. „Debemus“, sagt der hl. Thomas (in orat. domin. XXV.), „Deo illud, quod auferimus de jure suo. Jus autem Dei est quod faciamus voluntatem suam praeferendo eam voluntati nostrae . . . . et hoc est peccatum. Peccata ergo sunt debita nostra“. Um ihre Nachlassung bitten wir den Vater. Aber gleichsam als Maßstab und Bedingung steht dabei: „wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“, dem Worte des Evangeliums entsprechend: „Vergebet, so wird auch euch vergeben werden“. Ja, wie unser Herr und Gott die ganze Schuld uns nachließ in dem Opfertode Jesu, so sollen auch wir unseren Beleidigern gerne verzeihen, indem wir uns erinnern, daß sie unsere Mitknechte sind und Brüder. Wenn aber wir nicht verzeihen, so werden auch wir keine Verzeihung von Gott zu erwarten haben. — Wer denkt hiebei nicht an die herrliche Parabel vom unbarmherzigen Knecht, an der Jesus diesen Gedanken so einfach schön illustrirt hat? Auch die hl. Väter bringen diese Bitte des Vater Unsers damit in Verbindung.

So durfte auch der Maler diesen Vorgang benützen zur malerischen Darstellung der fünften Vater-Unser-Bitte. In einem gothischen Saale, auf reichgeschnitztem, baldachin-überhangenem gothischen Throne, sitzt der König in lichtem Gewande, die Krone auf dem Haupte, das Scepter in der Hand. Eben hat er den unbarmherzigen Knecht, mit seinen harten, durch nichts gemilderten Zügen, dem Peiniger übergeben, der ihn schon fesselt. Der Soldat weist zum Gefängniß hinüber, in das er geworfen wird. Durch keine Bitte läßt der König sich erweichen: er weist hin auf die Missethat des Knechtes, der unbarmherzig seinen Mitbruder ins Gefängniß werfen ließ, obwohl der König gegen ihn Barmherzigkeit gezeigt hatte. Indem dieses letztere durch das Fenster hinaus sichtbar ist, ist auch die Einheit der Handlung aufgehoben. Etwas unschön macht sich der weit aufgesperrte Mund des rechts vom Throne

stehenden Knechtes. Sonst ist das Bild eine recht lebhafte und gute Composition.

8. „Und führe uns nicht in Versuchung". — Ein schwieriges Problem, diese Bitte darzustellen! Schwierig, weil eigentlich nur das äußere Zusammentreffen von solchen Umständen, die zum Anlaß der Versuchung werden können (aber nicht unter allen Umständen werden müssen), bildlich wiedergegeben werden kann. Die Versuchung selbst, sowie ihre Ueberwindung sind innere psychische Vorgänge: der Wille spricht das „Ja" oder „Nein". Freilich manifestirt sich dann alsbald dieser Schiedsspruch wieder in äußeren Handlungen. Schwierig ist es ferner, die äußeren Anlässe zu Versuchungen so darzustellen, daß ein unverdorbenes Herz und Gemüth nicht Schaden nimmt. Die im Texte angeführten Väterstellen (besonders zu beachten jene des Isaak von Ninive S. 35) beschäftigen sich theils mit der Erklärung der Bitte, theils weisen sie auf Jesus als Prototyp der Ueberwindung von Versuchungen hin. — Während Führich gerade bei dieser Bitte noch einmal den Hippogryphen sattelt zum wildesten Ritt ins romantische Land, bleibt Glötzle bei den historischen Vorgängen der hl. Schrift und den realen Geschehnissen des wirklichen Lebens stehen. Drei Thatsachen verbindet er in ganz origineller Weise zu einem einzigen Bilde: die Versuchung von Adam und Eva (Fall in der Versuchung), die Versuchung Jesu (Sieg über die Versuchung), die Versuchungen des täglichen Lebens in Genußsucht, Spiel und Tanz (tägliche Gefahr der Versuchung).

Die Versuchungsgeschichte im Paradies ist als Wandgemälde an der Schmalseite des Vorbaues angebracht: Eva nimmt eben, von der Schlange verführt, die Frucht vom Baum und reicht auch ihrem Manne davon.

Die Versuchung Jesu spielt sich ab auf einem hohen, mächtigen Felsrücken, der in weitem Bogen, wie eine Brücke, den Vordergrund der Landschaft überspannt und unten hindurch einen Blick auf den Hintergrund gestattet. Dargestellt ist jener Moment, wo der Herr dem frechen Versucher das Wort entgegenschleudert: „Weiche von mir, Satan". Die Auffassung ist jener bei Führich (Nachfolge Christi, Leipzig 1875, S. 24)

nicht ganz unähnlich. Satan erscheint ähnlich gekleidet wie der Heiland und mit einer Krone auf dem Haupte, und soviel es scheint, auch mit spitzen Nägeln an den Fingern. Aber bei Führich ist die abweisende Haltung Jesu doch hoheitsvoller aufgefaßt; in unserem Bild erscheint die Pose des Herrn etwas zu heftig und leidenschaftlich erregt. (Die Fußstellung Satans erscheint nach der Heliogravüre verzeichnet).

Unten, ganz im Vordergrunde ist dargestellt, wie die Versuchungen bei den verschiedensten Anlässen dem Menschen nahen: Tanz und Spiel und Genuß, drei Dinge, die Brennstoff für die gefährlichsten Versuchungen in sich bergen. An diesem Bild ist inhaltlich manches ausgesetzt worden. Es wurde getadelt, daß die Tyroler Kirmeß in den Vordergrund gerückt sei, während die biblischen Vorgänge in den Hintergrund gedrängt worden seien. Doch, wenn man einmal dieses Sujet festhalten wollte, so konnte nicht so leicht die figurenreiche Hochzeitsgruppe in den Hintergrund gestellt werden, wenn auch die Möglichkeit nicht zu leugnen ist. Aber man wird auch nicht sagen können, die Versuchung Jesu z. B. sei zurückgedrängt. — Andere wieder glaubten, in etwas zu großer Aengstlichkeit, durch die Darstellung dieser Scenen mit ihren Begleiterscheinungen könnte am Ende das Buch seine Berechtigung als Familienbuch verlieren. Diese Bedenken können wir nicht theilen: höchstens wird man sagen können, die Versuchung im Paradiese hätte mit leichten Mitteln etwas geändert werden können. Vielleicht wäre es das Beste gewesen, nur den e i n e n biblischen Vorgang der Versuchung Jesu als Gegenstand des Bildes festzuhalten. Niemand aber wird sagen können, die drei verschiedenen Gedanken, die nun einmal zur Darstellung kommen, seien nicht geschickt und originell verbunden zu einem einheitlichen Bilde, und Niemand wird der Lebensfrische und Lebenswahrheit dieser Hochzeitsscene seine Bewunderung versagen dürfen.

9. „Sondern erlöse uns von dem Uebel". — Gleichsam alles noch einmal zusammenfassend, sprechen wir zum Schlusse des Vater Unsers: „Erlöse uns von dem Uebel". Alles Uebel aber hat seinen Ursprung im „Bösen" κατ' ἐξοχήν im Teufel. Wenn wir also beten, vom Uebel befreit zu werden, so flehen

wir um Befreiung vom Satan (als dem Grund alles Uebels), um Befreiung von der Sünde (als dem Bindemittel, das uns an Satan kettet), um Befreiung von Noth und Elend (als den Folgen der Sünde). Für jede dieser Deutungen bietet das „Vater Unser“ (S. 37—39) Väterstellen.

Die Idee, welche dem entsprechenden Bilde zu Grunde liegt, ist zu loben: Auf schmaler Brücke müssen die Menschen das Thal dieses Lebens überschreiten; aber am einen Ende der Brücke lauert der Drache (Satan) und packt und zerfleischt die Menschen und hält sie fest durch die verschiedenen Sünden der Rachsucht, Fleischeslust, Habsucht u. s. f. Doch wer unter Führung des hl. Schutzengels und unter dem Zeichen des heil. Kreuzes diese Wanderschaft ausführt, der wird sicher sein Ziel erreichen. — Dies die Idee.

Wir haben auf dem Bilde vor uns eine enge, felsige, düsterbewaldete Thalschlucht (mit alpinem Charakter); sie ist durchrauscht von einem reißenden Sturzbach. Ueber diesen führt eine schmale steinerne Brücke, auf der unter dem Schutze des hl. Schutzengels und des Kreuzes gar manche Erdenpilger den Nachstellungen Satans entronnen sind. Andere freilich sind in seine Fallstricke gerathen: dem Neid ergeben, der den Mordstahl führt, oder dem Stolz, der sich die Krone aufs Haupt setzen will, oder der Ausschweifung, oder dem Geiz sind sie Satans Opfer geworden, die er mit seinen Krallen festhält und nimmer losläßt. Sie sind dem Tode geweiht, wie uns die herumliegenden Knochen und Todtenschädel sagen.

Am wenigsten hat uns der Drache befriedigt. Das ist ja ein merkwürdig phantastischer Leviathan oder wie man ihn heißen mag, mit einer Art Schlangenkopf, Schwanenhals, Pferdeleib, Drachenflügeln und unerklärlichen (scheinbar stilisirten) Vorderpranken — kurz, ein ganz singuläres mixtum compositum.

Das „Amen“ ist noch durch einige Stellen als Bekräftigung charakterisirt. Eine Illustration hat es nicht erhalten.

Fassen wir Alles zusammen, so können wir das von der Herder'schen Verlagshandlung überaus vornehm und glänzend ausgestattete Buch als ein sehr gutes Familien- und Erbauungsbuch aufs wärmste empfehlen, wie wir die Bilder hervorragende

Kunstwerke nennen dürfen. Wir wünschen dem Buch von Herzen die ausgedehnteste Verbreitung. Möge es das tiefere Verständniß des heiligsten und schönsten Gebetes vermitteln und in vielen Herzen die Liebe zum Gebet entflammen, damit sie jenes Wort Tertullians erkennen: Quid non coeleste, quod Domini Christi est, ut haec quoque orandi disciplina? (de or. cp. 1).

Tübingen. Ludwig Baur.

XLI.

Zeitläufe.

Ueber Oesterreich und über Ungarn.

Den 12. März 1899.

I.[1]

In der jetzigen Weltlage, die den entscheidenden Uebergang aus der alten in eine neue Zeit bedeutet, sind die zwei ehemals an der Spitze der Weltgeschichte stehenden Mächte zum allgemeinen Skandal und zum Spott ihrer Feinde geworden. Wie Frankreich über den Namen Dreyfus hinüberkommen wird, muß die Zukunft lehren, immerhin aber wird die Schande ihm im Gedächtniß der Menschheit ankleben. Dem alten Freunde der ehrwürdigen Monarchie der Habsburger aber blutet das Herz bei der Erinnerung an die Zeitungsberichte, die er seit Jahr und Tag von drüben täglich zu lesen hatte.

1) „Histor.-polit. Blätter, 24. April 1898. Bd. 121, S. 677 ff.: „Zur Charakteristik der politischen Lage in Oesterreich". — Bei der steigenden Verwirrung konnte die Fortsetzung des Artikels eines Außenstehenden damals zur Zeit nicht folgen.

Nur Einen Trost hat er: wenn die Großmacht Oesterreich wieder aufleben soll, so kann es nicht wieder unter der schrankenlosen Herrschaft des Liberalismus und des Nationalismus seyn, der die Grundlagen des Staatswesens unterwühlt hat. Selbst ein deutsch-liberales Blatt hat, unter ausdrücklicher Zustimmung des protestantisch-conservativen Hauptblattes in Berlin, geschrieben: „Ein Erforderniß der Gesundung ist, daß im Schoße des Deutschthums selbst die Pflege der gemeinsamen Volksinteressen neu belebt wird. Das ist keine leere Redensart, sondern der Hinweis auf die bestimmt umschriebene und sehr wohl durchführbare Aufgabe, durch schonende Behandlung kirchlicher Dinge, die in der breiten Masse der heutigen Bevölkerung Oesterreichs wirksamen katholischen Empfindungen zur politischen Bundesgenossenschaft für die Sache des nationalen Volksthums heranzuziehen. Auf dem Wege dieser Versöhnungspolitik muß es auch gelingen, das in Parteikämpfen erschütterte Bewußtseyn der engen Zusammengehörigkeit gerade des deutschen Stammes mit dem Träger der Krone wiederherzustellen".[1]) Das heißt: ein friedliches Zusammenleben dieser Nationalitäten ist nur möglich auf dem Boden des gemeinsamen christlich-katholischen Bewußtseyns.

Das war auch der Schrecken der Hauptanstifter der abscheulichen Auftritte im Reichsrath und außerhalb desselben, des bubenhaften Paars Schönerer-Wolf. Sobald sie mit ihrer Handvoll engerer Anhänger merkten, daß ihnen das Commando über die anderen deutsch-liberalen Parteien wenigstens einstweilen sicher sei, ließen sie den Aufruf erschallen: „Los von Rom". Es ist nicht bekannt geworden, daß von den übrigen deutsch-liberalen Vereinigungen, der „Deutschen Volkspartei", deren Stimmführer übrigens der berüchtigte Parlamentarier Wolf ist, den „Deutschen Fort-

1) Aus der „Kölnischen Zeitung" in der Berliner „Kreuzzeitung" vom 1. Februar ds. Js.

Kunstwerke nennen dürfen. Wir wünschen dem Buch von Herzen die ausgedehnteste Verbreitung. Möge es das tiefere Verständniß des heiligsten und schönsten Gebetes vermitteln und in vielen Herzen die Liebe zum Gebet entflammen, damit sie jenes Wort Tertullians erkennen: Quid non coeleste, quod Domini Christi est, ut haec quoque orandi disciplina? (de or. cp. 1).

Tübingen. Ludwig Baur.

XLI.

Zeitläufe.

Ueber Oesterreich und über Ungarn.

Den 12. März 1899.

I.[1]

In der jetzigen Weltlage, die den entscheidenden Uebergang aus der alten in eine neue Zeit bedeutet, sind die zwei ehemals an der Spitze der Weltgeschichte stehenden Mächte zum allgemeinen Skandal und zum Spott ihrer Feinde geworden. Wie Frankreich über den Namen Dreyfus hinüberkommen wird, muß die Zukunft lehren, immerhin aber wird die Schande ihm im Gedächtniß der Menschheit ankleben. Dem alten Freunde der ehrwürdigen Monarchie der Habsburger aber blutet das Herz bei der Erinnerung an die Zeitungsberichte, die er seit Jahr und Tag von drüben täglich zu lesen hatte.

1) „Histor.-polit. Blätter, 24. April 1898. Bd. 121, S. 677 ff.: „Zur Charakteristik der politischen Lage in Oesterreich". — Bei der steigenden Verwirrung konnte die Fortsetzung des Artikels eines Außenstehenden damals zur Zeit nicht folgen.

Nur Einen Trost hat er: wenn die Großmacht Oesterreich wieder aufleben soll, so kann es nicht wieder unter der schrankenlosen Herrschaft des Liberalismus und des Nationalismus seyn, der die Grundlagen des Staatswesens unterwühlt hat. Selbst ein deutsch-liberales Blatt hat, unter ausdrücklicher Zustimmung des protestantisch-conservativen Hauptblattes in Berlin, geschrieben: „Ein Erforderniß der Gesundung ist, daß im Schoße des Deutschthums selbst die Pflege der gemeinsamen Volksinteressen neu belebt wird. Das ist keine leere Redensart, sondern der Hinweis auf die bestimmt umschriebene und sehr wohl durchführbare Aufgabe, durch schonende Behandlung kirchlicher Dinge, die in der breiten Masse der heutigen Bevölkerung Oesterreichs wirksamen katholischen Empfindungen zur politischen Bundesgenossenschaft für die Sache des nationalen Volksthums heranzuziehen. Auf dem Wege dieser Versöhnungspolitik muß es auch gelingen, das in Parteikämpfen erschütterte Bewußtseyn der engen Zusammengehörigkeit gerade des deutschen Stammes mit dem Träger der Krone wiederherzustellen".[1]) Das heißt: ein friedliches Zusammenleben dieser Nationalitäten ist nur möglich auf dem Boden des gemeinsamen christlich-katholischen Bewußtseyns.

Das war auch der Schrecken der Hauptanstifter der abscheulichen Auftritte im Reichsrath und außerhalb desselben, des bubenhaften Paars Schönerer-Wolf. Sobald sie mit ihrer Handvoll engerer Anhänger merkten, daß ihnen das Commando über die anderen deutsch-liberalen Parteien wenigstens einstweilen sicher sei, ließen sie den Aufruf erschallen: „Los von Rom". Es ist nicht bekannt geworden, daß von den übrigen deutsch-liberalen Vereinigungen, der „Deutschen Volkspartei", deren Stimmführer übrigens der berüchtigte Parlamentarier Wolf ist, den „Deutschen Fort-

1) Aus der „Kölnischen Zeitung" in der Berliner „Kreuzzeitung" vom 1. Februar ds. Js.

kaum kenne. „Der Uebertritt in Oesterreich ist die einzige Waffe in diesem Kampfe, und er stellt sich uns dar als eine rettende That". Sammlungen waren bereits veranstaltet und wurden dringend empfohlen. Dritthalb Dutzend junge Prediger seien schon bereit zur Mission nach Oesterreich; die Wiener Regierung sei allerdings zu schonen.[1]) Aber dem Minister Grafen Thun war nun die Sache endlich doch zu arg; er erinnerte sich des Gesetzes von 1871 über das Abschaffungsrecht gegen Ausländer, von denen zu besorgen sei, daß ihr Auftreten die nationale Erregung steigern und hiedurch das öffentliche Wohl gefährdet werde. Was Preußen gegen die Dänen erlaubt war, das kann man auch einer österreichischen Regierung gegen fremde Hetzer um so weniger verargen.

Allerdings war das damalige Gesetz nicht gegen Deutsche gerichtet; jetzt aber haben sich die Verhältnisse umgekehrt, und ist auch der Ansturm für „Los von Rom" Wasser auf die Mühle der Czechen. An dem deutschen Liberalismus, welcher sich zum Abfall an den Protestantismus entschließt, verlieren die Katholiken nichts. Dem Czechenthum aber wird der Geschmack an dem Hussitismus verdorben. So lange sie die Unterlegenen waren, hörte man von Plänen, die unter ihnen herumliefen, im Einverständniß mit den Altkatholiken eine romfreie Nationalkirche des czechischen Neu-Hussitismus zu gründen.[2]) Jetzt werden sie vielleicht sogar auf den alten Plan verzichten, auf dem Prager Stadtplatz gegenüber der Marienstatue ein Hußdenkmal aufzustellen. Auch die Anschauung des altczechischen Führers Rieger scheint vergessen: die katholische Kirche Böhmens solle zu Rom in ähnliche Beziehungen gebracht werden, wie die griechisch-unirte.[3])

---

1) Berichte der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 2. und 4. März d. Js.

2) Wiener „Reichspost" vom 24. Juli 1898.

3) Berliner „Kreuzzeitung" vom 21. Januar d. Js.

evangelischen Oberkirchenraths, bei Uebertrittsanmeldungen strenge zu prüfen, ob sie wirklich auf religiöser Ueberzeugung beruhen. Dazu bemerkte das Blatt: „Ob aber die evangelische Kirche Ursache hat, über einen Zuwachs von Leuten, die ihr religiöses Bekenntniß lediglich aus national-politischen Beweggründen wechseln, erfreut zu seyn, ist eine andere Frage".[1]) Dagegen hatte unter Anderen der Superintendent in Zwickau erklärt: „Uns deutschen Protestanten erwächst die Aufgabe, die Oesterreicher in ihrem innerlichen Zuge durch materielle und geistige Mittel und Kräfte zu unterstützen; wir stehen an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt".[2]) Deutlicher hat sich ein anderes Berliner Blatt über diesen Wendepunkt ausgesprochen:

„Hinter der offenen Parole ‚Los von Rom!' verbirgt sich die wahre Meinung: ‚Hin zu Berlin!' Die katholische Kirche nennen sie, die katholische Krone meinen sie. Sie möchten Hohenzollern gegen Habsburg eintauschen. Wer die Deutschösterreicher kennt, weiß, daß seit lange, namentlich in der akademischen Jugend, solche Gedanken umgehen. Hin und wieder sind sie auch an die Oeffentlichkeit gedrungen. Nicht ohne Grund trägt man die schwarz-weiß-rothen Farben, schmückt sich mit der Kornblume, singt die Wacht am Rhein".[3])

Das ist aus dem Geiste des „Alldeutschen Verbandes" geschöpft. Der genannte Superintendent wurde auch in der Versammlung des Berliner Zweigvereins citirt, welche der „Evangelische Bund" am 1. März d. J. dort abgehalten hat. Man war einstimmig, daß „in dem Los von Rom vielleicht die Anfänge einer großartigen Entwicklung liegen". Das Germanenthum, sagte ein anderer Redner, liege in einem Kampf auf Leben und Tod, wie ihn die Weltgeschichte

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 14. Jan. und 17. Febr. d. Js.

2) Münchener „Allg. Zeitung" vom 15. Januar d. Js.

3) Aus dem „Berliner Montagsblatt" s. „Kölnische Volkszeitung" vom 9. Februar d. Js.

kaum kenne. „Der Uebertritt in Oesterreich ist die einzige Waffe in diesem Kampfe, und er stellt sich uns dar als eine rettende That". Sammlungen waren bereits veranstaltet und wurden dringend empfohlen. Dritthalb Dutzend junge Prediger seien schon bereit zur Mission nach Oesterreich; die Wiener Regierung sei allerdings zu schonen.[1]) Aber dem Minister Grafen Thun war nun die Sache endlich doch zu arg; er erinnerte sich des Gesetzes von 1871 über das Abschaffungsrecht gegen Ausländer, von denen zu besorgen sei, daß ihr Auftreten die nationale Erregung steigern und hiedurch das öffentliche Wohl gefährdet werde. Was Preußen gegen die Dänen erlaubt war, das kann man auch einer österreichischen Regierung gegen fremde Hetzer um so weniger verargen.

Allerdings war das damalige Gesetz nicht gegen Deutsche gerichtet; jetzt aber haben sich die Verhältnisse umgekehrt, und ist auch der Ansturm für „Los von Rom" Wasser auf die Mühle der Czechen. An dem deutschen Liberalismus, welcher sich zum Abfall an den Protestantismus entschließt, verlieren die Katholiken nichts. Dem Czechenthum aber wird der Geschmack an dem Hussitismus verdorben. So lange sie die Unterlegenen waren, hörte man von Plänen, die unter ihnen herumliefen, im Einverständniß mit den Altkatholiken eine romfreie Nationalkirche des czechischen Neu-Hussitismus zu gründen.[2]) Jetzt werden sie vielleicht sogar auf den alten Plan verzichten, auf dem Prager Stadtplatz gegenüber der Marienstatue ein Hußdenkmal aufzustellen. Auch die Anschauung des altczechischen Führers Rieger scheint vergessen: die katholische Kirche Böhmens solle zu Rom in ähnliche Beziehungen gebracht werden, wie die griechisch-unirte.[3])

---

1) Berichte der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 2. und 4. März d. Js.

2) Wiener „Reichspost" vom 24. Juli 1898.

3) Berliner „Kreuzzeitung" vom 21. Januar d. Js.

Jedenfalls ist es so weit gekommen, daß der Czechismus sich jetzt als die Mauer fühlt gegen den drohenden Pangermanismus. „Die deutsche Suprematie könne nicht ohne Gewalt und Unrecht aufrecht erhalten werden": sagt das jüngste czechische Manifest. Man rechnet, daß in zwanzig Jahren Wien selbst schon vorwiegend czechisch seyn würde. Als im Anfang des Jahres zweitausend Czechen vor dem Wiener Rathhaus aufzogen, um für eine öffentlich-rechtliche Komensky-Schule zu demonstriren, da schrieb selbst das seinerzeit allmächtige Wiener Judenblatt: „Wer sich nicht mit einem spöttischen Lächeln über den Nachtwächter von Czaslau begnügt, sondern beobachtet hat, wie in Böhmen und Mähren Städte, die vor dreißig Jahren noch eine deutsche Gemeindevertretung hatten, heute nicht einmal mehr als gemischtsprachig, sondern als rein czechisch gelten, wie aus Bezirken, die rein deutsch waren, gemischtsprachige geworden sind, wie diese Czechisirung, deren Pioniere überall die czechischen Beamten und Geistlichen waren, noch immer fortschreitet, und wie sie schließlich aus der ruhigen, besonnenen, arbeitsamen, reichstreuen deutschen Bevölkerung in Böhmen das gemacht hat, was sie heute ist: eine in allen Nerven überreizte, durch die staatliche Protektion der Slavisirung hoffnungslos gemachte und darum gegen Alles, was nicht die Nationalität betrifft, empfindungslose Wählerschaft, die ihre Abgeordneten in die Obstruktion treibt — für den wird die Kundgebung der Wiener Czechen nicht bedeutungslos seyn".[1])

Aber wer hat das Alles gemacht oder doch nicht das Anwachsen des Uebels verhindert? Der deutsch-liberale Nationalismus, der allerdings schon aus der Zeit der Josephinischen Regierung herstammte. In den sechsziger Jahren überwucherte die deutsch-nationale Propaganda des

---

1) Wiener „Neue freie Presse" vom 17. Januar d. Js.

Judenliberalismus jede Rücksichtnahme, und die deutschen Siege von 1870 versetzten die Deutschnationalen Oesterreichs in einen Schwindel, als ob sie selber die Unüberwindlichen geworden wären.[1]) Diese unselige Germanisirungs-Politik, wie damals ihr Titel lautete, hatte auch die deutsch-mittelstaatliche Presse derart bezaubernd beherrscht, daß diese „Blätter" mit ihren Befürchtungen fast allein standen. Von einem unterrichteten Beobachter wurde ihnen in der Blüthezeit der böhmischen Germanisirung geschrieben:

„Seit Jahren vermag Referent keine Correspondenz aus Böhmen in der ‚Allgem. Zeitung' ohne Entrüstung zu lesen. Alles, was die Czechen thun oder reden, ist lächerlich, perfid, dumm, anmaßend, fanatisch und wie die übrigen epitheta ornantia alle heißen. Um das Volk verdiente Männer werden als verschmitzte Betrüger und Staatsverräther gebrandmarkt. Aber das ist noch immer Honigbrod im Vergleich zu dem, was die Wiener Judenblätter, die sich an der Krippe des Dispositionsfonds mästen, Tag für Tag bieten. Die demokratische „Reform" des bekannten Schuselka bemerkt darüber: Wenn man eine Sammlung dieser Beschimpfungen liest, so ergreift uns wahrhaftig ein Schauder über die Ausbrüche roher Parteileidenschaftlichkeit, die geradezu kannibalisch genannt werden muß. Diese Leute schreiben so, als wenn sie eine besondere Sendung hätten, die sämmtlichen österreichischen Slaven durch immerwährende, unerträgliche und abscheuliche Beleidigungen zu Thaten der Rache aufzustacheln, ja dazu psychologisch zu nöthigen". [2])

Der neue Nationalitäten-Streit hat zuletzt auch noch das letzte Bollwerk der Einheitlichkeit der österreichischen

---

1) Histor.-polit. Blätter. 1885 und 1886. Band 96. S. 817 ff. und 97. S. 48 ff. bis Schlußwort S. 271 ff.: „Deutsche und Czechen in der Vergangenheit und Gegenwart". — Vgl.: „Die Palacky-Feier und ihre Widersacher. Ein Mahnruf an die wahren christlichen Völker Oesterreichs von Rudolf Urba. Prag 1899.

2) Histor.-polit. Blätter. 1869. Band 64. S. 552 ff.: „Oesterreichische Zustände in den böhmischen Kronlanden".

Monarchie angetastet: die Armee in ihrer verfassungsmäßigen deutschen Amtssprache. Ganze Gemeinden in Böhmen wollten bei Controllversammlungen deutsche Sprache nicht mehr dulden, und solche Zuschriften der Militärbehörden nicht annehmen. Rekruten wollten bei der Anmeldung nicht mit „hier", sondern czechisch antworten. In der zweitgrößten deutschen Stadt Oesterreichs, in Graz, kam es wegen der Zulassung der slavischen Amtssprache bei Gericht zu einer Rebellion unter den Reserveoffizieren, und das bosnisch-herzegowinische Regiment wurde aus der Besatzung der Stadt hinausgeärgert.[1])

Das Ueberfluthen des Slavismus aus und über Oesterreich erweckte schon zum Anfang des vorigen Jahres schwere Befürchtungen.[2]) Das geheime Einverständniß der beiden Kaiser Oesterreichs und Rußlands überhaupt und wegen der Balkanstaaten insbesondere war erfolgt, und in den Delegationen beider Parlamente Oesterreich-Ungarns schlug der Minister Graf Goluchowski eine mächtige Pauke, immer unter dem Beifall der Czechen. Seitdem ist aber dieser auswärtige Minister sehr stille geworden. Im Juni v. Js. fand die großartige Palacky-Feier in Prag statt, der auch polnische Vertreter beiwohnten. Ungeheures Aufsehen erregte das Auftreten des russischen Generals Komarow als Abgesandter der Czarenstadt Petersburg. Er sagte: die Deutschen seien seit Karl dem Großen als Mörder erschienen; er wagte es, zum Bürgerkrieg aufzureizen und zugleich die offizielle äußere Politik des Reiches geradezu als die Fortsetzung einer Raub- und Mordpolitik des Deutschthums wider die slavische Welt hinzustellen. Die Wiener Regierung hatte aber in diesem Falle auf das Ausweisungs-Gesetz von 1871 völlig vergessen, und ließ den Redner ruhig nach

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 22. und 29. Mai 1898

2) Histor.-polit. Blätter 1898, Bd. 121, S. 1 ff.: „Zum deutschen Neujahr".

Petersburg heimreisen, wo man sich über die czechische Hochfluth mehr oder weniger versteckt freut.[1]) Rußland, sagte der „Swjet" nachher, „begnügt sich mit der Erweckung des Gefühls slavischer Solidarität, und wir wissen nicht, auf welche Weise es Rußland unternehmen sollte, diesen Völkern die Liebe zu der österreichisch-ungarischen Politik aufzudrängen".[2])

In Ungarn sah man freilich die Prager Festfeier mit anderen Gedanken an. Angesichts der trostlosen Gestaltung der Dinge in Cisleithanien fragte man sich: „Kann Ungarn mit einem slavischen Oesterreich in einem innigen Verbande bleiben?"[3]) Im Abgeordnetenhause beklagte der bekannte Deputirte Geza Polonyi, daß „jenseits der Leitha der katholische großslavische Staatsgedanke immer mehr Interessenten gewinne und ein förderativer slavischer Staat mit einer slavischen Majorität etablirt werden solle; durch die Unterstützung einer solchen Politik könne auch Ungarn früher oder später in den Abgrund des Slavismus gestürzt und an den Rand des Abgrunds gebracht werden".[4]) Es ist bemerkenswerth, was aus den gemeinten Wiener Kreisen ein eingeweihter Mitarbeiter in einem französischen Blatte mittheilte:

„Es wird in dem betreffenden Artikel behauptet, die österreichische Armee, die zu mehr als zwei Dritteln sich aus den Slaven rekrutire, würde im Kriegsfall nicht neben der deutschen marschiren und ebensowenig gegen Rußland vorgehen, das den Slaven seinen Schutz angedeihen lasse. Auch den Franzosen wird versichert, daß die österreichische Armee lieber mit Frankreich als gegen dieses marschiren würde, während Italien als ein Land bezeichnet wird, in dem in Friedenszeiten die Hungersnoth endemisch sei und im Kriege allgemeine Verwirrung herrsche.

1) Aus Wien s. Münchener „Allg. Zeitung" v. 24. Juni 1898.
2) Aus Petersburg s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 7. Februar d. Js.
3) Aus Budapest s. Münchener „Allg. Zeitung v. 15. Juli 1898.
4) Aus Budapest s. Münchener „Allg. Zeitung" v. 4. Januar d. Js.

‚Nach unsrer Ansicht', schließt der Artikel, ‚wäre das einzige Mittel, eine deutsche Hegemonie in Europa zu verhindern: eine Allianz zwischen Frankreich, Rußland, Oesterreich". [1])

Zum Ueberflusse hat sich auch noch der „Alldeutsche Verband" in seiner Versammlung zu München im vergangenen Herbst mit der slavischen Gefahr für das Deutschthum im Deutschen Reiche beschäftigt. [2]) Aus diesem Kreise würde wahrscheinlich eine Broschüre stammen, die in München erschienen und zur Verbreitung in deutsch-österreichischen Kreisen bestimmt seyn soll. Darnach sollen die cisleithanischen Länder an das Deutsche Reich vertheilt, die Slaven in Oesterreich müßten germanisirt, die Czechen insbesondere als der Hauptanstoß vernichtet werden; die Habsburger als Herrscher müßten verschwinden oder sich nach Ungarn flüchten, dann könne das Deutschthum unter den Hohenzollern wirklich zur Weltmacht werden. Daß solches nicht nur gedacht, sondern sogar gedruckt und veröffentlicht würde, ist möglich. Aber damit wäre es auch genug, um die ganze Lage zu beleuchten.

---

1) Aus dem Pariser „Evenement" s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 9. Februar d. Js.

2) Bericht der „Kölnischen Volkszeitung" v. 12. Sept. 1898.

XLII.

Neue Arbeiten über das Jesuitendrama.

(Schluß.)

3. Einen dritten interessanten Beitrag bietet Dürrwächter in dem 5. Buche der „Forschungen zur Kultur- und Litteraturgeschichte Bayerns" (1897): „Die Darstellung des Todes und Todtentanzes auf den Jesuitenbühnen, vorzugsweise in Bayern".

Er zeigt, welche Rolle der Tod auf der Jesuitenbühne spielt, als Sensenmann, der sich beim Waffenschmied eine neue Sense machen läßt, weil die alte voller Scharten, als Schnitter, der Blume und Grashalm abmäht, als Maler, der den Sachen eine andere Farbe gibt, als Jäger, der mit Bogen und Pfeil auf Alt und Jung lauert, als Diener, der für den Armen und den König eine Hülle hat, als Koch, Kellner und Tanzmeister das Todesmahl bereitend, als Kriegherr im Bunde mit Mars, als Gebieter, der seine Untergebenen, Krankheit und Fieber, aussendet u. s. w. Der Tod ist aber nicht allgewaltig, er steht im Dienste einer höheren, mächtigen und versöhnenden Gewalt: er tritt auf als Tröster der klagenden Gefangenen, als Retter der Jungfrau vor der Bosheit der Welt; er wird besiegt von Christus, der Tod und Teufel in die Flucht jagt, er wird bekämpft von der Liebe, welche gegen den Tod Soldaten aus den alten und neuen Deutschen wirbt, dem Tode seine Waffen abnimmt und dem gehässigen Mordgesellen mit seinen eigenen Waffen die „Beiner" abhaut.

Aber auch „Todtentänze im gebräuchlichen Sinne des Wortes, d. h. dramatische Spiele, bezw. Zwischenspiele mit dem Tod als Reigenführer der Stände und Lebensalter im Sinne des mittelalterlichen Schauspiels, oder als wirkungsvoll eingreifende Figur in einer Kette von Scenen in der Art des Holbein'schen Todtentanzes, sind auf dem Jesuitentheater häufig über die Bühne gegangen". Ausführlich bespricht D. den Todtentanz in der Chorscene des Eichstätter Dramas „Franz Borgia" (1671), der sich auszeichnet durch „köstliche Frische und seinen rastlos und schlagend weiterschreitenden Dialog". Zuerst tritt der Tod auf die Bühne und rühmt sich seiner Macht. Er ruft den König, Höfling, Richter, Kaufmann, Studenten und Handwerker: sie erscheinen, klagen, jammern, bitten, alles vergebens, der Tod zeigt seine Allgewalt, in packender Rede und Gegenrede.

Mit Recht betont D. die kecke Meisterschaft der Sprache zu einer Zeit, wo die steifen Stücke eines Hoffmannswaldau über die deutsche Bühne gingen.

Aber nicht nur einzelne Chorscenen bieten Beispiele für den Todtentanz, auch mehraktige Stücke liegen vor, die den Todtentanz in wechselvolle Scenen zerlegen und einheitlich gestalten. So das Stück Aeternitas, das 1639 in Freiburg (Breisgau) gespielt wurde. In dem ersten Akt hält der Tod Abrechnung mit den Zechern, den Kaufleuten, den Studenten, dem alten Kranken, den Soldaten und dem König. Hier erscheint der Tod als Schiffsmann, der das Schiff so leitet, „daß es mit den Weinziehern zu Boden fährt". Den Geldherren erscheint er als General-Geldfresser. Er kommt in die Schule, wo eine große Disputation um die „Magisterkappen" stattfindet, und disputirt die ganze Gelehrtheit zu Tode. Drei Edelleuten aus Spanien, Frankreich und Deutschland, die sich ihrer Abkunft rühmen, tritt er als Bauer entgegen, nennt sie Brüder und wirft ihnen Asche in die Augen. Als Stadtphysikus und Apotheker schreibt er auf das Recept für einen alten am Leben hangenden Kranken: Et mortuus est, und als ihm der Alte doch entfliehen will, läßt er ihn in eine Grube

tanzen. Die Festung „Trutz-Tod“, welche die Soldaten wider ihn errichtet haben, sprengt er und veranstaltet darnach einen Waffentanz mit den Gebeinen des Darius, Alexander und anderer großer Kriegshelden der Geschichte. Endlich eilt er dem königlichen Triumphwagen mit einer Schubkarre nach und führt auf dieser den König davon. Der zweite Akt entspricht in seinen Scenen dem ersten Akt, in concreten geschichtlichen Bildern wird gezeigt, wie die Verächter von Wollust, Reichthum, Gelehrsamkeit, Adel, Gesundheit, Kraft, Ehre auch Verächter und Besieger des Todes sind: „In dem abschließenden Chor des zweiten Akts huldigt ihnen daher der Tod mit einem Kranze aus den Blumen, welche er im Chor des ersten Aktes abgemäht hatte. So ist also unser Stück eine eigenartige Weiterbildung des Todtentanzes der Bühne, indem sieben zumeist Holbein nachempfundenen, manchmal kühn ausgeführten Scenen vom Herrscher und Sieger Tod sieben ganz dem Stile des Jesuitentheaters angehörende Bilder von dem besiegten und huldigenden Tod entgegengestellt sind“.

Im Jahre 1606 wurde in Ingolstadt ein großes Drama „von dem Tod oder Todtentanz“ aufgeführt. Der Tod ist in diesem Stücke aufgefaßt als Folge und Strafe des Lasters: von Sünde und Laster weg ladet er die Menschen zu seinem Tanze. Die erste Scene beginnt mit einer Rede des Todes, in welcher er sich seiner Gewalt über König, Kaiser, Potentaten und die ganze Welt rühmt. Dann tritt der Satan auf und meldet, er habe den Erdkreis durchwandert und erfahren, daß sein Reich einen glücklichen Fortgang nehme. Nur fürchte er, der Tod werde ihm Abbruch thun, wenn er mit seiner Gegenwart die Leute erschrecke. Da sei keine Gefahr, erwidert der Tod, denn sie vergäßen es doch gleich wieder. Damit es aber „um so lieblicher zugehe“, wolle er die Menschen zu einem Tanze einladen. Es kommen die Diener des Todes, Zeit, Krankheit und Unglück und versprechen dem Tod zu helfen, allerhand Tänzer zu berufen.

Nun folgen eine Reihe einzelner Scenen, in welchen typische Vertreter der verschiedenen Lebensalter und Stände

zum Tanze geladen werden, sie sind so gewählt, daß jeder Stand ein bestimmtes Laster vertritt. Zuerst tritt auf der fluchende Knabe, den der Vater darob lobt und ihm noch dazu Würfel und Kartenspiel gibt. Die Krankheit ladet ihn zu einem Tanz, er flucht und spottet, aber umsonst, der Tod führt ihn mit sich und der Teufel in die Hölle. Es erscheint ein armer Holzsammler, der der Verzweiflung nahe, sich erhängen will: er ruft den Tod, der kommt und fragt nach seinem Begehr. Erschreckt fürchtet sich nun der Holzsammler zu sterben und bittet den Tod, er möge ihm helfen seine Bürde Holz aufladen. Dafür zieht dann der Tod zwei andere, einen Astrologen sammt einem Jüngling, dem er langes Leben verheißen, in die Grube. In der fünften Scene tritt ein frecher Kriegsmann auf, der seine Waffen bereitet zu einem Zug nach Ungarn. Die Zeit verkündet ihm den Tod. Der aber noch jung an Jahren will nichts vom Sterben wissen und richtet seine Waffen wider den Tod. Plötzlich läßt er die Büchse fallen und wird vom Tode erschossen, der zuvor die Büchse gelobt als ein taugliches und angenehmes Instrument, die Leute zu tödten.

Im zweiten Akt tritt zuerst die Zeit auf und verwundert sich, daß die Leute so sehr nach einem langen Leben begehren, trotz Bettel-Armuth. Da wird ein Blinder herausgeführt, der, um dem Tod zu entfliehen, sich an einen andern Ort führen läßt. Die Zeit will ihn bereden, daß kein Ort sicher sei, sondern wohin er auch fliehe, führe er den Tod mit sich. Der Blinde flieht trotzdem: der Tod holt ihn ein und führt ihn zu seinem Tanze. Es folgen Scenen von trunkenen Zechern, die der Tod beim Gelage ereilt, dann der Doktor von Paris, ferner der am Sonntage Geld zählende Kaufmann, der den Tod mit Geld bestechen will. Der dritte Akt zeigt unter anderem einen König, der zwei Trabanten vor seine Thüre stellt und dem Arzt und dem Apotheker befiehlt, weder Tod noch Krankheit einzulassen. Die Krankheit und der Unglücksbote werden nicht eingelassen. Da steigt der Tod zum Fenster hinein. Schnell wird der Arzt gerufen, der aber wider den Tod keine Arznei finden kann. Ein Geizhals rühmt sich seines Reichthums, will aber einem armen Bauern nicht einmal einige Metzen Korn

leihen. Die Krankheit redet ihm zu: du thörichter Mensch, heut wird der Tod dein Leben nehmen, und wer wird Erbe deiner Güter sein? Der Geizhals stört sich nicht daran, sondern spricht zu sich: Hab guten Muth, trink und iß. Er will neue Scheune: bauen, da begegnet ihm der Tod und sagt, es sei Zeit, daß er mit ihm gehe, denn er habe ihm drei Boten, wie er versprochen, geschickt, Fieber, Husten und graue Haare.

Den Schluß des Stückes bildet der Triumphzug des Todes. Der Tod befiehlt, daß Zeit, Krankheit und Unglück ihm aus allen Ständen der Welt solche vorführen, welche früher oder jetzt von ihnen zum Tanze berufen worden. Die Todten gehorchen und heben den Tanz an. Nachdem er schier vollendet, befiehlt der Tod, daß sie alle Zeichen der Würde und Hoheit vor seine Füße niederwerfen. Der Tod wirft alles durcheinander, Pickel und Hauben und Scepter und Bischofsstab. Die Todten ziehen traurig ab. Der Tod aber schließt seinen Triumph mit den Worten: Sehet, wachet und betet, denn ihr wißt weder Zeit noch Stunde.

So finden wir Scenen des alten Todtentanzes mit Stoffen, die dem Jesuitentheater eigenthümlich sind, in wechselnder Folge vermischt, und D. urtheilt wohl nicht zu günstig, wenn er sagt: „Zumeist waren es Stücke von großer dramatischer Wirkungsfähigkeit und Lebendigkeit und wurden oft mit vielem Geschick behandelt, so daß man es wohl aussprechen darf: die dramatische Bühne jener Zeit ist durch den Todtentanz auf dem Jesuitentheater mit eigenartigen und packenden Schöpfungen bereichert worden“.

Mit diesen Worten beschließt D. seine Arbeit über den Todtentanz und wir wollen damit unsere Auszüge aus D.'s verdienstvollen Studien beschließen: dieselben dürften gezeigt haben, wieviel noch zu thun übrig bleibt, bevor eine allgemeine Geschichte des Jesuitentheaters geschrieben werden kann. Und doch wäre eine solche so sehr zu wünschen in unserer vielfach gelehrtes Vollpfropfen der Schüler zu einseitig verlangenden Zeit, bei dem Bildung des Herzens und des Charakters zu

kurz kommen müssen. Gerade für die erziehliche Seite der Schule aber dürfte von dem alten Jesuitentheater noch Manches zu lernen sein.

Nachschrift.

Diese Zeilen waren eben geschrieben, als eine neue Arbeit Dürrwächters erschien: Jakob Gretsers De regno Humanitatis Comoedia prima. Herausgegeben und erläutert von Dr. A. Dürrwächter, K. Gymnasiallehrer. Programm zum Jahresbericht über das Kgl. Alte Gymnasium zu Regensburg im Schuljahr 1897/98. Stadtamhof 1898 (56 S.). Diese Satire behandelt den Kampf der Humanitas gegen ihre beiden Hauptfeinde, den Soloecismus und Barbarismus, in witziger Weise. Dreimal hat Gretser den Stoff überarbeitet, der vorliegende Druck gibt die Aufführung von 1587 (Ingolstadt). Eine weitere Fortbildung des Stoffes liegt vor in der 1590 zweimal in Ingolstadt aufgeführten Comoedia secunda de regno Humanitatis, die D. ebenfalls zu veröffentlichen gedenkt. Mit solchen Veröffentlichungen ganzer Stücke aus der ersten Zeit des Jesuitendramas ist unseres Erachtens der Weg beschritten, der für eine wissenschaftliche und abschließende Beurtheilung dieser Periode des Jesuitendramas als der geeignetste erscheinen muß. Auch die Art und Weise der Ausgabe darf als eine mustergültige bezeichnet werden.

LXIII.

Brück's Lehrbuch der Kirchengeschichte.[1]

Die Mainzer Gelehrtenschule des neunzehnten Jahrhunderts ragt hervor durch einen eminent conservativen Zug in der Behandlung der theologischen Wissenschaften, sowie durch eine ausgeprägte Anhänglichkeit an den apostolischen Stuhl, den Mittelpunkt der kirchlichen Einheit. Man braucht nur Männer zu nennen wie Räß und Weis, Liebermann und Geissel, Nickel und Himioben, Lennig und Hirschel, Moufang und Heinrich, Ketteler und Haffner, um sich von der Wahrheit dieser Behauptung zu überzeugen. Auch der Domkapitular und Professor Dr. Brück in Mainz, welcher heute den Veteranen im Fach der Kirchengeschichte beigezählt werden muß, huldigt durchaus dieser preiswürdigen Richtung und hat sie in seiner langjährigen gelehrten Thätigkeit unentwegt zum Ausdruck gebracht. Keine literarische Leistung desselben dürfte aber in höherem Grade geeignet sein, ein Spiegelbild seiner geistigen Richtung, sowie seiner Thätigkeit als Bildner und Erzieher der

---

1) Lehrbuch der Kirchengeschichte für akademische Vorlesungen und zum Selbststudium von Dr. Heinrich Brück, Domkapitular und Professor der Theologie am bischöflichen Seminar zu Mainz. Siebente vermehrte und verbesserte Auflage. Mainz, Kirchheim, 1898. 8°. XV, 958 S. (M. 11.)

jungen Theologen zu gewähren, als das Lehrbuch seiner Kirchengeschichte. Andere wissenschaftliche Arbeiten, mögen sie sogar epochemachend sein, lassen uns einen Blick thun in die geistige Richtung des Verfassers zu einer ganz bestimmten Zeit. Ein Lehrbuch dagegen, das jetzt seine siebente verbesserte Auflage erlebt hat, gewährt uns die Möglichkeit, den Fortschritt in der Behandlung der wichtigen Disciplin der Kirchengeschichte beim gelehrten Verfasser zu ermessen.

Von kleinen Anfängen seinen Ausgang nehmend, hat Heinrich Brück's Lehrbuch der Kirchengeschichte einen Umfang erlangt und eine Gründlichkeit gewonnen, welche demselben unter den vornehmlichsten Leistungen dieser Art einen sehr ehrenvollen Platz anweist. Die Eintheilung ist übersichtlich, die Darstellung knapp und klar, in kurzen Sätzen fortschreitend und deßhalb sehr geeignet, um sich dem Gedächtniß des Schülers einzuprägen, die Angaben der Zahlen sind sehr genau und zuverlässig. In erster Linie zum Zwecke akademischer Vorlesungen ausgearbeitet, besitzt es aber zugleich die Bestimmung, dem Selbststudium zu dienen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ist die neue Auflage dem praktischen Seelsorger, der die Kenntnisse des Studenten zu verstärken und zu vertiefen wünscht, aber nicht minder gebildeten Laien aus allen Ständen eindringlich und warm zu empfehlen. Diesem Zwecke entsprechend hat der Verfasser sich bemüht, der Literatur in den Anmerkungen eine Ausdehnung zu verleihen, welche allen berechtigten Anforderungen entspricht. Allen und jeden Wünschen gerade auf diesem unermeßlichen Gebiete zu genügen, ist eben ein Ding der Unmöglichkeit. Doch vermißt man ungern, weil aktuelle Interessen berührend, die Biographie des Grafen von Montalembert und der Cardinäle Guibert, Pie und Lavigerie, sowie des Bischofs Freppel, welche in unseren Tagen das religiöse Leben bei den französischen Katholiken so nachhaltig beeinflußt haben.

Auch wenn uns der Domherr Brück nicht so vortheilhaft bekannt wäre als Verfasser der Geschichte der oberrheinischen Kirchenprovinz, würde ein Blick in das Lehrbuch der Kirchengeschichte genügen, um uns davon zu überzeugen, daß er auch

den Vorzug kanonistischer Gelehrsamkeit besitzt. Es sei gestattet, an die vielbesprochene Frage nach der Theilnahme der Päpste an der Berufung der acht ersten allgemeinen Concilien zu erinnern. Die These, daß die letztere ausschließlich von den Kaisern ausgegangen, ist unbewiesen und unbeweisbar. „Die faktische Berufung der acht ersten ökumenischen Synoden", schreibt einsichtsvoll Professor Brück, „ging allerdings von den Kaisern aus; allein diese handelten hierin in Uebereinstimmung mit den Päpsten, deren Widerspruch eine vom Kaiser einseitig berufene Synode zu einem illegitimen Concil gemacht hätte" (157). Aus der Reihe weiterer Fragen, deren kirchenfeindliche Behandlung im Laufe der Zeit zu begründeten Klagen Veranlassung geboten, die aber Professor Brück als Kanonist und Vertreter der Kirchengeschichte mit wohlthuender Gründlichkeit in höchst befriedigender Weise zu erörtern weiß, sind namhaft zu machen die Excurse über die Päpste Liberius, Hormisdas und Honorius, die Entstehung des Kirchenstaates, die weltgeschichtliche Bedeutung Karl's des Großen und die Wahl, aber, was uns unendlich höher steht, außerdem die Weltanschauung Gregors VII. Als kundiger Pädagog hat Brück dabei die springenden Punkte zur Erleichterung der Schüler in Kleindruck gesetzt.

Sehr pietätsvoll hat der Verfasser das Mittelalter mit seinen großen Persönlichkeiten und seinem reichen Geistesleben behandelt. Was er über die Schulen der Thomisten und Scotisten und ihre Meinungsverschiedenheiten zu sagen weiß, genügt für den angehenden Theologen. Hervorheben wollen wir seine passenden Bemerkungen über die Kreuzzüge, wobei wir einen Hinweis auf die prächtige Charakteristik derselben in La France chrétienne dans l'histoire, Paris 1895, von Marquis de Vogüé ungern vermissen.[1]) Auch hätte dem Chartularium Universitatis Parisiensis von P. Denifle, der Biographie Innocenz V.,

1) Vgl. meine Besprechung im Katholik 1896, I 564, über dieses gediegene Werk. S. 206—225: Les Croisades par le Marquis de Vogüé.

dessen Cultus Leo XIII. soeben 1898 bestätigt hat,[1]) und der neuen, aber keineswegs genügenden Ausgabe des Opus maius von Roger Baco[2]) ein Plätzchen in einer Anmerkung vergönnt werden dürfen und sollen. Die warm empfundene Charakteristik der Orden und die treffenden Bemerkungen über religiöse Kunst (501. 556) sowie der Rückblick auf die Thätigkeit der Kirche im Mittelalter sind durchaus geeignet, den angehenden Theologen in der Liebe zur Kirche zu bestärken.

Unter den unsympathischen Erscheinungen jener Zeit ragen Wiclif und Hus hervor. Die Verhältnisse des letztern werden vorurtheilsfrei gewürdigt und dabei auf Grund objektiver Betrachtung die vielen falschen Anklagen gegen die Kirche, zu denen die Procedur in Konstanz Veranlassung geboten, sehr eingehend widerlegt. Brück's Darstellung über Savonarola (471) war bereits gedruckt, als der neueste Streit in der Literatur über den berühmten und unglücklichen Mann ausbrach. Brück's kurze, aber treffende Charakteristik desselben ruht auf dem dritten Bande von Pastor's Papstgeschichte. Aber gerade Pastor's Auffassung ist, unseres Ermessens, wahrheitsgetreu, sie entspricht den Thatsachen und den unerschütterlichen Principien der katholischen Kirchenverfassung. Wie vorurtheilsfrei aber zugleich Professor Brück die Auswüchse und Schäden der mittelalterlichen Kirche beurtheilt, wie ernst er über die Schatten denkt, die damals über der päpstlichen Curie und über einzelnen

---

1) Vgl. meine Besprechung im Literar. Handweiser Nr. 660 über: Vie du Bienheureux Innocent V. (Frère Pierre de Tarentaise), archevêque de Lyon, primat des Gaules et premier Pape de l'ordre des frères-prêcheurs. Par un religieux du même ordre. Rome 1896. Die werthvolle Biographie enthält auch die Regesten des geistesmächtigen Theologen, Philosophen und Papstes. Das Dekret der Bestätigung des Cultus des Seligen steht in der Civiltà cattolica, Ser. 17, vol. 2, 18. Giugno 1898, pag. 732.

2) The Opus maius of Roger Bacon. Edited by J. H. Bridges. Oxford, Clarendon Press. 1897. Eingehende Kritik in Tablet 90 (1897) 408.

Inhabern des höchsten Hirtenamtes lagerten, davon mag der Leser sich S. 477 bis 479 überzeugen. Hier, wie im ganzen Verlauf der Darstellung ist Domherr Brück keinen Augenblick dem Grundsatze untreu geworden: Ne quid falsi dicere audeat, ne quid veri non audeat.[1])

Der dritte Zeitraum mit den beiden Perioden von der Glaubensspaltung bis zur französischen Revolution und von da bis zur Gegenwart ist namentlich in seinem letzten Theile mit besonderer Ausführlichkeit und Vorliebe behandelt. Bildet doch die Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts, wie sein hier einschlagendes dreibändiges Werk „Geschichte der katholischen Kirche im neunzehnten Jahrhundert" (Mainz 1888—1896) beweist,[2]) ein Specialfach des Domherrn Brück, und pflegen die Thatsachen der allerneuesten Kirchengeschichte das Interesse der jungen Theologen am lebendigsten zu erwecken. Die Geschicke der Kirche in der französischen Staatsumwälzung, zur Zeit der Restauration im deutschen Vaterlande, die Pontifikate des siebenten und neunten Pius, und Leo's XIII. mit all den großartigen Thatsachen hat Brück viel eingehender denn irgend ein anderer seiner Collegen in diesem Fach geschildert. Gerade diese letztere Partie muß die jungen Leviten mit Liebe zum Mittelpunkt der kirchlichen Einheit erfüllen. Daß sie in solchen Gesinnungen zu erziehen sind, das ist die Anschauung des apostolischen Stuhles, dessen Wirksamkeit vorurtheilsfrei schildern, wie Pertz treffend bemerkt, ihn auch vertheidigen heißt. Zur Zeit des Vatikanischen Concils, als so viele Geister wankten und so viele Herzen bebten, empfing der Erzbischof Paulus Melchers von Köln von Papst Pius IX. den Auftrag, die Professoren der Theologie an der Universität Bonn auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen, die Studenten wie in der theo-

1) Leonis XIII allocutiones, epistolae. Brugis 1897. Epistola de studiis historicis II, 26.

2) Vgl. meine Berichterstattungen über dieses Werk in dieser Zeitschrift 101 (1888) 59 ff. 105 (1890) 72 ff. 118 (1896) 700 ff.

logischen Wissenschaft zu unterrichten, so auch in der Anhänglichkeit und Liebe zum heiligen Stuhl zu erziehen. Selbst ein Würdenträger, der von seinen Untergebenen kanonischen Gehorsam verlangte, verstand der Bischof es anderseits, auch seinen hierarchischen Obern Gehorsam zu leisten. Ein Wunsch des heiligen Vaters war ihm Befehl. Alsbald hat er das Collegium der Professoren in Bonn um sich versammelt und demselben die allerhöchsten Intentionen des Oberhauptes der Kirche zur Kenntniß gebracht. Brück's Lehrbuch der Kirchengeschichte ist in hohem Grade geeignet, den Absichten, die Pius IX. kundgegeben und die die unveränderliche Richtschnur des hl. Stuhles bilden, durchaus zu dienen.

Welchen Beifall das Lehrbuch von Brück in den katholischen Kreisen des Auslandes gefunden, mag man aus dem Umstand ersehen, daß eine englische Uebertragung in New York, eine französische in Paris, sowie eine italienische in Bergamo, und zwar jede derselben schon in zweiter Auflage, an das Licht getreten ist.

A. Bellesheim.

XLIV.

Religiös-sittliche oder sittlich-religiöse Erziehung?

Eine Bemerkung S. 112 dieser Blätter veranlaßt mich, einen Irrthum zu berichtigen, welchem man häufig begegnet. Dort wird über den § 1 des österreichischen Volksschulgesetzes: „Die Volksschule hat zur Aufgabe, die Kinder sittlich-religiös zu erziehen" gesagt: „Der Anschauung des Christenthums entspräche es besser, wenn es statt „sittlich-religiös" „religiös-sittlich" hieße, da im Christenthum jede Sittlichkeit auf der Religion

basiren und aus ihr herauswachsen muß". Der in der Begründung ausgesprochene Gedanke ist zweifellos richtig, aber die daraus gezogene Folgerung, daß gläubige Christen nicht sittlich-religiöse, sondern religiös-sittliche Erziehung schreiben und anstreben sollen, ist unrichtig und beruht auf einer Verkennung der Sprachgesetze. In der deutschen Sprache wird nämlich bei Zusammensetzung zweier Wörter oder Begriffe das Grundwort oder der Hauptbegriff nicht an die erste, sondern an die zweite Stelle gesetzt und ihm die nähere oder einschränkende Bestimmung vorausgestellt, z. B. Windmühle, Rathsdiener, Fremdenführer, Textkritik, Berlinerblau, hellblond, aschgrau, feuerroth, hochadelig, bettelarm, beutelustig ꝛc. Wollen wir also betonen, daß für uns die Religiosität die Hauptsache und die Quelle der Sittlichkeit ist, so müssen wir eine sittlich-religiöse Erziehung verlangen. In der religiös-sittlichen Erziehung ist der Ton auf die Sittlichkeit gelegt, man versteht darunter eine Sittlichkeit mit religiöser Verbrämung, eine Moralität, die nicht nothwendig ihren Ursprung und ihre Sanktion in der Religion, im Uebernatürlichen hat. Es wäre darum zu wünschen, daß gläubige Christen consequent „sittlich-religiös" und nicht „religiös-sittlich" schrieben.

Freiburg. F. J. K.

XLV.

Gedanken eines in Norddeutschland reisenden Schwaben.

II.

Brandenburg und Preußen hat keine alte Geschichte, es ist ein neues Land, Colonialland. Die geschichtlichen Erinnerungen reichen nicht in graue Vorzeit zurück. Während über West- und Süddeutschland schon längst die Tageshelle der Geschichte leuchtete, war dort noch tiefes Dunkel. Und doch war einst Norddeutschland frühe bevölkert. Es war sogar eine Heimat germanischer Völker, dort saßen einst die Langobarden und die Vandalen. Die Sachsen waren bereits seßhaft, fest angesiedelt, als die Sueben noch unruhig wanderten. Aber die Süd- und Westgermanen wurden früher cultivirt, sie hatten lang gegen die Römer zu kämpfen, in kriegerischer und friedlicher Berührung mit ihnen lernten sie viel, was sie förderte. Die römische Cultur wirkte tief ein, sie ist am Rhein noch beinahe mit Händen zu greifen. Der römische Cultureinfluß hob die Süd- und Westgermanen hoch über die übrigen Stämme. Bis tief in die Neuzeit herein lag der Schwerpunkt Deutschlands am Rhein und an der Donau. Das Gesichtsfeld, die Richtung der Politik lag mehr nach Süden; erst im 13. Jahrhundert drehte sich diese Richtung und wurde Brandenburg und Preußen colonisirt. Allerdings haben schon die sächsischen Kaiser begonnen, Brandenburg zu colonisiren, aber während der fränkischen

Kaiserzeit erfolgte wieder eine slavische Rückströmung und erst im 12. Jahrhundert konnte die Colonisirung ins Auge gefaßt werden. Im 13. Jahrhundert wurde die Colonisirung Preußens begonnen. Hier und dort standen bei der Colonisirung Mönche im Vordergrund. In gewissem Sinne verdankt Brandenburg und Preußen der Religion seine Entstehung. Cultivirt und colonisirt wurde Brandenburg von weißen Mönchen, von Cisterciensern und Prämonstratensern, West- und Ostpreußen aber von dem deutschen Orden. Diese Orden führten ein stetes Kampfleben, mühselig war ihre Arbeit und einförmig ihr Tagwerk. Sehr schön führte das Schmoller in einer Vorlesung aus, die ich von ihm hörte, er spendete den Orden großes Lob.

Die schönen Künste und Wissenschaft konnten nicht gedeihen in diesem harten Leben; in keinem dieser Klöster wurden Annalen geschrieben, wir wissen wenig von ihrem geistigen Leben. Selbst von Norbert in Magdeburg wissen wir nicht viel. Als Trithemius im 15. Jahrhundert dahin kam, war er erstaunt über die Unwissenheit und den Aberglauben, der da herrschte.

Man muß sich erinnern, daß alles Land jenseits der Elbe Jahrhunderte lang in den Händen der Slaven lag. Ihr Gebiet erstreckte sich noch weit diesseits herein nach dem heutigen Sachsen und Thüringen, wie schon der Name Leipzig beweist. Die Eroberung dieser Gebiete erforderte lange Kämpfe, erforderte lange Arbeit. Die sächsischen Kaiser machten den Anfang, ihr Ausgangspunkt war die Gegend um den Harz, wo noch viele Denkmale ihres Schaffens sich finden. Magdeburg war ihr Vorposten, dort ruht der große Otto und seine Gemahlin Editha und erhebt sich über seinem Grabe ein gewaltiger Dom.

Der Magdeburger Dom hat nichts Leichtes, Anmuthendes, sondern etwas Ernstes und Strenges, er nöthigt nicht zur Bewunderung durch den Reiz und Reichthum seiner Einzelheiten, sondern durch seine Wucht und seine Größe. Die

Phantasie schwelgt hier nicht in feinem Detail, das Aeußere ist nicht überkleidet von einer bunten Fülle leichter graziöser Gebilde, es ist viel einfacher als die meisten gothischen Dome. Dafür bleibt aber auch das Innere nicht zurück hinter dem äußeren Eindrucke. Im Innern steigen die Pfeiler zu gewaltiger Höhe, es ist weder zu hell noch zu dunkel. Unvergeßlich ist mir der Eindruck, den eine Wanderung beim Mondlichte auf dem weiten großen Domplatze auf mich hervorrief. Die Häuser verschwanden vor dem massigen Baue, kein Menschentritt störte die Einsamkeit des großen Platzes, der abseits liegt vom Menschengewimmel, nahe floß die Elbe und rauschten die Bäume der Elbanlagen. In der Mondnacht erweiterte sich noch die Anlage und schienen die Thürme noch höher zu steigen. Wie zwei gewaltige Riesen standen sie da als Vorposten gegen den Nordosten. Der kalte Wind pfiff um die Ecken, er kam von Norden, von der Ostsee. Ich wurde mir bewußt, daß ich in eine andere Welt eingetreten war, in eine Welt und Gesellschaft, die mehr nach dem Norden gekehrt ist, die einen andern Gesichtskreis hatte wie im Süden. Ein weiter, großer Gesichtskreis öffnet sich hier, kein Gebirge hemmt die Aussicht, hemmt aber auch nicht die einfallende Wucht kalter Strömungen. Mit der Weite des Gesichtskreises wächst nicht die Wärme des Lebens.

Kampf und Handel waren hier immer die Lebenselemente. Die hehren Gestalten des ernsten Norbert und des großen Otto traten vor die Seele, lichte Gestalten in langer Dunkelheit. Wie haben sie ritterlich gekämpft gegen die Unkultur! Und wie wenig entspricht ihnen das heutige Geschlecht, das ameisengleich um ihre Denkmäler sich drängt!

Ritterlich kämpften auch die deutschen Herren gegen die Unkultur. Der Deutsche Orden hatte ein schwieriges Arbeitsfeld, und nur durch eiserne Zucht mochte er erreichen, was er erstrebte, die Unterwerfung der fürchterlichen Preußen. Die strengste militärische Disciplin herrschte im Orden.

Häufige unvermuthete Visitationen zwangen zu steter Ordnung. Die Brüder mußten beständig auf der Wache sein. Pferde waren immer gesattelt, um den Kundschafterdienst zu verrichten. Keiner der Brüder durfte allein ausreiten, fremd, wie auf Vorposten, standen sie in der Gegend, kein Preuße durfte in den Orden aufgenommen werden. Sie ergänzten sich nur aus süd- und westdeutschem Adel. Junge Adelige zogen zahlreich dahin, da der Ritterrang, in Preußen errungen, besonders viel galt. Außerdem wanderten auch bäuerliche Colonisten ein. Aber die große Masse des Volkes war doch slavisch, und die Abhängigkeit von Polen, die nach der Reformation eintrat, stärkte das Deutschthum nicht. Die Kluft, die zwischen Herrscher und Beherrschten bestand, schloß sich auch nach der Reformation nicht, da das Volk von den Junkern noch tiefer herabgedrückt wurde.

Eines und zwar ein wichtiges Ding hat sich erhalten, der militärische Geist, der Geist der Zucht, der Unterordnung. Die Adeligen unter dem Landesherrn und die Bauern unter den Adeligen — das war die Ordnung. Mochten die Adeligen ihre Bauern bedrücken, wie sie wollten, wenn sie nur dem Markgrafen und dem Herzoge gehorchten. Man spricht gerne von dem Pflichtgefühle, von dem kategorischen Imperativ, der den Preußen angeboren sei, und schreibt diese Eigenschaft auf Rechnung des landesherrlichen Absolutismus, wie ihn Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. ausgebildet hat. Von Friedrich Wilhelm I. stammt der Ausdruck von der „verfluchten Pflicht und Schuldigkeit", der heute noch im preußischen Volke lebt, und von Friedrich II. der schauerliche Zuruf in der Schlacht, wo seine Truppen wankten: „Ihr Hunde, wollt ihr denn ewig leben". Kant hat bekanntlich den kategorischen Imperativ theoretisch formulirt, und daher stellte mancher sogar Kant als den eigentlichen Schöpfer dieser Geistesrichtung hin. Aber diese ganze Ableitung ist unrichtig. Der kategorische Imperativ geht weiter zurück, zurück in die Zeit des Deutschen Ordens. Das preußische

Pflichtgefühl ist eine tiefe historische Bildung, es ist freilich auch bedingt durch die Natur des Bodens. Der harte Boden erheischte strenge unaufhörliche Arbeit und zur Genußfreude blieb wenig Raum. Wozu die Noth nicht drängte, das erzwang die Zuchtruthe des Herrn.

Die Zuchtruthe des Herrn! Man ist hier nicht weit von der russischen Knute, Rußland ist das Ideal des preußischen Junkers, dort gibt es keine Schranken. Art und Wesen des Junkers ist ja bekannt, es braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Man braucht bloß an Bismarck zu denken, an seine „leichtfertige Gewaltthätigkeit", von der er selbst spricht, oder an einen forschen Korpsstudenten. Es wäre dem Verfasser ein Leichtes, über die Junker allerlei Ungünstiges zusammenzutragen, ihre Behandlung der Landarbeiter, ihre Behandlung der Patronatsschule, des Armenhauses u. s. f., aber er enthält sich dessen, weil er kein falsches einseitiges Bild zeichnen möchte. Was die Junker heute sündigen, ist eine Kleinigkeit gegenüber den Fabrikfreveln.

Anstatt über die Junker herzufallen, wollen wir lieber auf die rühmlichen Eigenschaften derselben hinweisen. Sie waren immer königstreu und kriegstüchtig, königstreu bis in die Knochen, sagt Bismarck. Durch ihre Königstreue haben sie sich wirkliche Verdienste um ihr Vaterland erworben. Treu nach oben und rücksichtslos nach unten hat sie die Geschichte gemacht. Ein deutlicher Beweis von dem Einfluß der Geschichte auf den Charakter eines Volkes!

Die preußischen Junker sind echter deutscher Adel, sie gingen meistens hervor aus den ritterlichen Eroberern und Colonisatoren der slavischen Lande, zu kleinen Tyrannen wurden sie erst durch die Bevölkerung, die sie antrafen. Wo immer Slaven im Lande saßen, sei es nun in Böhmen oder in Mecklenburg, bildeten sich ähnliche Verhältnisse heraus; das gibt zu denken. Schon der Rassegegensatz wirkte ungünstig. Zwischen den germanischen Eroberern

und Colonisatoren und den slavischen Bauern entstand ein scharfer Gegensatz, eine starke Kluft. Die Natur des Slaven verstärkte noch diesen Gegensatz. Die Slaven sind nicht so kriegerisch, energisch, freiheitsliebend angelegt, wie die Germanen, aber auch nicht so rechtlich gesinnt. Sei es schon ursprüngliche Anlage oder geschichtliche Bildung, etwas Sklavisches klebte den Slaven an. Man sagt, sie seien unehrlich, das 7. und 8. Gebot mache ihnen Schwierigkeiten, schon Abraham a St. Clara hebt das hervor. Sollten diese Eigenschaften nicht erst aus ihren Herren jene Tyrannen gemacht haben, als die sie uns nachmals in der Geschichte erscheinen? Wenn uns in der Geschichte Tyrannen entgegentreten, muß man immer noch fragen, ob nicht die Untergebenen daran schuld sind?

In der Bevölkerung Brandenburgs und Preußens fließt ungemein viel slavisches Blut. Die ganze Cultur ruht auf einer wendischen Unterschicht, und die polnische Einwanderung verstärkte noch das slavische Element. Wir begegnen überall slavischen Namen auf den Firmen der Geschäftshäuser. Der Häuserbau erinnert vielfach an slavische Länder. Genau wie in Böhmen sah ich Häuschen an Häuschen wie an eine Schnur gereiht. Die Dörfer bieten die bekannte Rundform oder Sackform böhmischer Dörfer. Der böhmische Ring, der Marktplatz, ist deutlich erkennbar, selbst die Marktplätze von Leipzig, Dresden und Breslau zeigen jene Viereckform, wie sie böhmischen Städten allgemein ist.

Die Gesichter, denen man begegnet, zeigen offenbar slavische Anklänge. Besonders bei der Frauenwelt ist dies auffallend. Eigentlich schöne Gesichter sah ich gar nie. Ein Berliner Schriftsteller behauptet zwar, Berlin beherberge unter den Großstädten den höchsten Procentsatz schöner Frauen.[1]) Aber es kommt eben sehr darauf an, was man

---

1) Lindenberg, Berliner Bilder und Skizzen, Leipzig. S. 77. Vgl. übrigens auch das Zugeständniß von Wyczewa.

unter schön versteht. Wenn man die Leistungen vieler Berliner Künstler ansieht, kommt einem ein gelinder Zweifel. Vor dem alten Schlosse steht ein großer Brunnen mit überlebensgroßen Flußgöttinen. Das sind nun recht große, stämmige, starkknochige, mächtige, männliche Weiber, aber die Anmuth fehlt. In Stuttgart kann man am Eugensbrunnen auch ein Berliner Schönheitsideal sehen, ein Muster von Häßlichkeit nach süddeutschen Begriffen. Wahrscheinlich soll das germanische Art sein? In Monbijou und Potsdam stehen marmorene Frauenzimmer herum, die wie eine Vermischung französischer und märkischer Typen aussehen: spitz, schlank, kokett, nur nicht schön.

Der französische Einfluß ist in der Mark, besonders in Berlin immer noch sichtbar. Man weiß ja, daß die französische Einwanderung nicht unbedeutend ist. Stadt Burg bei Brandenburg z. B. ist eine französische Colonie. Die Vorstadt Moabit bei Berlin ist eine französische Gründung. Ein Fünftel der Berliner Bevölkerung rechnete man vor einigen Jahrzehnten auf die französische Einwanderung.

Der französische, slavische und zuletzt auch der jüdische Einfluß machte den Märker beweglicher und geselliger, als er von Hause aus ist. In dem Umgang mit diesen fremden Bestandtheilen wurde die deutsche Gefühligkeit und Langsamkeit abgestreift. Von märkischen Bauern wird erzählt, sie räsonniren gerne, haben eine kräftige „Schnute“, lieben die Geselligkeit und unterscheiden sich hierin von den stilleren Niedersachsen.

Mit den verschiedenen fremden Einflüssen mag sodann die Neuerungssucht zusammenhängen, die dem Berliner eigen ist. Der Geschmack wechselt sehr rasch, in der Kunst und in der Literatur bildet sich kein bestimmter Stil heraus. Eine große Oberflächlichkeit, eine innere Leere, einen Mangel an innerem Sinne schrieb schon vor Jahrzehnten Richard Rothe den Berlinern zu.

Die innere Leere wird freilich durch blendenden Witz

verdeckt. Witz, nicht Humor besitzt der Berliner, wie der Jude, beißenden herzlosen Witz, scharfen Moquir- und Ironisirtrieb. Ein frivoles Parodiren mit Einsicht, superkluge, naseweise Reflektirerei bezeichnet nach F. Th. Vischer den Berliner. Es ist genau der jüdische Geist. Die Juden haben einen großen Einfluß auf das Berlinerthum geübt. Man hat Berlin schon mit einem Jahrmarkte verglichen, wo Käufer und Verkäufer immer kommen und gehen. Wo es aber einen Markt gibt, müssen auch die Juden sein, Juden mit ihrem Gelde und mit Jahrmarktsbuden. Die Juden haben eine gute Witterung, sie ziehen und zogen bei Zeiten nach Berlin. Sie stürzen sich auf den verarmten Adel, kaufen ihn aus und besetzen die adeligen Palais und die Rittersitze. Sie spielen eine große Rolle, bauen stolze Synagogen, neben denen die christlichen Kirchen verschwinden, und schließen am Sabbat ihre Geschäfte. Das Geld ist in ihren Händen und das gibt ihnen eine Macht, die nicht leicht zu unterschätzen ist. In der Presse, auf dem Theater dominiren sie, und dienen vorzüglich dazu, Glaube und Sitte aufzulösen. Heinrich Heine ist das Gestirn, dem die Massen folgen; man glaubt oft seinen Geist zu spüren.

Auf ihr Deutschthum brauchen die Preußen nicht stolz zu sein. Das deutsche Blut ist durch allerlei fremde Zuflüsse stark verdünnt worden. Das soll aber an sich kein großer Tadel sein. Denn daß die Blutmischung nachtheilig sei, ist ein überwundener Aberglaube. Auch die Wiener Bevölkerung ist ungemein gemischt durch den Zufluß aus dem bunten Völkergewühl, das zu Oesterreich gehört; auch Oesterreich ist ein Colonialland. Es war die Ostmark, wie Brandenburg die Nordmark. Brandenburg verhält sich zu Sachsen wie Oesterreich zu Bayern. Die Preußen wollen aber ebensowenig Sachsen sein, wie die Oesterreicher Bayern[1]) und die Engländer und Nordamerikaner Germanen. Sie sind

1) So Riehl ganz richtig (Freie Vorträge II, 89).

darüber hinausgewachsen. Dann sollten sie sich freilich auch nicht als die eigentlichsten und berufensten Vertreter des Deutschthums ausgeben wollen.

Allerdings gibt es eigenthümliche Auffassungen vom Deutschthum. Man hat Bismarck als den ächtesten Deutschen, den deutschesten der Deutschen, den Erzieher der Deutschen genannt, aber ist es denn so ausgemacht, daß er einen rein germanischen Typus darstellt? Das wäre eine Frage, die der Untersuchung werth wäre. Jedenfalls war er kein Langkopf. Sehr ähnlich im Typus ist ihm Luther, wie man ihn auch schon den zweiten Luther nannte. Aber auch Luther scheint kein rein germanischer Typus zu sein. Er machte auf den Cardinal Vergerio den Eindruck, ein dickköpfiger plumper Bauer zu sein, so unbeholfen benahm er sich und drehte verlegen seine Mütze. Mansfeld und Wittenberg liegt zu nahe am slavischen Gebiete. Wittenberg gehört geographisch noch zur Mark und trägt ganz den Charakter trauriger Oede und düsterer Schwermuth, der über der Mark liegt. In der Nähe von Mansfeld und Eisleben sah ich jene einförmigen Häuserzeilen, die mich in Böhmen oft genug gelangweilt haben.

Typen wie Luther und Bismarck begegnet man häufig, ihre Art und ihr Wesen wurde mir erst in dieser Umgebung klar. Dieses Wesen sticht vollständig ab gegen das gemüthvolle, wärmere, gehaltenere, bescheidenere Wesen der Süddeutschen. Leidenschaft, Kraft, Ungestüm, verbunden mit einer gewissen Pfiffigkeit, sind die Hauptzüge dieses Wesens.

Nächst diesem Typus fiel mir ein anderer auf, ein Typus wie ich ihn schon früher öfters an norddeutschen Handelsreisenden kennen lernte: jugendlichere regelmäßige Züge, die viel Selbstzufriedenheit verrathen; um die Lippen, die ein elegantes Schnurrbärtchen ziert, spielt ein überlegenes Lächeln und aus den scharfen Augen spricht etwas Kühnes, Trotziges, beinahe Freches. Nahe verwandt mit diesem Typus ist der des schnarrenden Offiziers. An ihrem Auftreten könnte

man von Männern dieser Art oft meinen, es gehöre ihnen die ganze Welt oder es sei niemand außer ihnen da. Sympathisch kann einem Süddeutschen ihr Wesen nicht werden. Es gibt freilich auch viele wohlthuende Erscheinungen, man erfährt auch viel Freundlichkeit und Höflichkeit. Aber im Allgemeinen bleibt es dabei: viel Sympathie erweckt Preußen nicht.

Aeußerlich betrachtet, hat allerdings Preußen die Macht in seiner Hand. Preußen kann die süddeutschen Staaten zwingen, ihm zu Willen zu sein. Süddeutschland ist abhängig, darüber gibt es gar keinen Zweifel, die süddeutschen Herrscher sind nur noch dem Namen nach, auf dem Papier Souveräne, eine volle Souveränität haben sie nicht mehr. Aber deßwegen braucht man nicht zu verzweifeln, das letzte Wort ist in diesen Fragen noch lange nicht gesprochen. Süddeutsches Leben, süddeutsches Wesen wird nicht zu Grunde gehen.

Vor einigen Jahren machte ein Buch „Rembrandt als Erzieher" ein großes Aufsehen und hatte einen überraschenden, fast unerklärlichen Erfolg. Die inneren Vorzüge des Buches erklären den Erfolg nicht, denn es herrscht in den Darstellungen ein reiner Wirrwar. Alles aber erklärt die Tendenz des Buches; es war antipreußisch durch und durch, es war antipositivistisch, antirationalistisch. Mit allen Waffen kämpfte der Verfasser gegen den kalten Rationalismus des Nordens und verherrlichte dafür die mehr sinnige Art Süddeutschlands und Niedersachsens. Echtes deutsches Wesen besteht nach dem „Rembrandt-Deutschen" nicht in überkluger Verständigkeit, sondern in einer Mischung von Naivität, Gemüthstiefe und unbestechlicher Wahrheitsliebe. Wenn diese Anschauungen so großen Beifall fanden, so ist das ein gutes Zeichen und kann man hoffen, daß auch süddeutsches Wesen wieder zur Geltung kommt.[1])

1) Im I. Artikel S. 410 Z. 12 v. o. bittet man das Wort „Graswirthschaft" zu verbessern in: „Feldgraswirthschaft".

XLVI.

Der Einfluß der Confession auf die Sittlichkeit.

Nach den Ergebnissen der Moralstatistik.

Wir Katholiken haben in den letzten Jahren wiederholt den Vorwurf hören müssen, daß wir den Protestanten an Wissenschaft, Cultur, Produktivität, überhaupt auf dem gesammten intellektuellen und wirthschaftlichen Gebiete nachstehen. Neuerdings glaubt man auch auf moralischem Gebiete eine Inferiorität der Katholiken entdeckt zu haben.[1])

1) So suchte (nach dem Berichte der „Augsb. Abendzeitung" Nr. 39 vom 8. Februar 1899) auf der letzten Versammlung des Evangelischen Bundes zu Augsburg der Senior Döderlein die größere sittliche Kraft des Protestantismus durch den Hinweis auf den höheren Procentsatz katholischer Mütter bei den unehelichen Geburten Augsburgs darzuthun. — Demselben Zwecke dient eine im vorigen Jahre erschienene Broschüre „Katholicismus und Protestantismus als Fortschrittsmächte" von Dr. K. Feyerabend (Heft 173 der „Zeitfragen des christlichen Volkslebens", Stuttgart bei C. Belser), worin der Verfasser neben vielem anderen statistisch nachzuweisen versucht, daß bei den Protestanten eine vollere, reifere, männlichere Sittlichkeit herrsche, als bei den Katholiken. — Was von solchen und ähnlichen Aeußerungen zu halten ist, wird sich ein jeder, der unbefangenen Sinnes unsere Ausführungen liest, selbst sagen können. Auf die Behauptungen der genannten Herrn im Einzelnen näher einzugehen, lohnt sich nicht der Mühe.

Man sucht die unleugbare Einigkeit und Macht der Kirche in unseren Tagen dadurch herabzusetzen, daß man dieselbe als eine rein äußerliche hinstellt, der ein innerer Gehalt, die Kraft, die Menschen edel und tugendhaft zu machen, abgehe. Zum Beweise für diese Behauptung weisen die Gegner hin auf die Häufigkeit der unehelichen Geburten in Oesterreich und Bayern, sowie auf die große Zahl der Verbrechen in Italien, Belgien und Frankreich, und erheben gegenüber dieser katholischen Immoralität die protestantische Sittenreinheit und Humanität bis zum Himmel. Es dürfte daher an der Zeit sein, von katholischer Seite dieser Frage näher zu treten.

Wir sind uns nun wohl bewußt, daß man ein klares und vollständiges Bild von dem sittlichen Zustand eines Volkes nur gewinnen kann, wenn man sowohl die positiven als die negativen Symptome der Sittlichkeit ins Auge faßt. Allein in dem beschränkten Rahmen eines Artikels läßt sich das offenbar nicht ausführen. Uebrigens bedarf es für jeden unbefangenen Beobachter der gegenwärtigen Zustände und noch mehr für jeden Kenner der Geschichte keines Beweises dafür, daß an praktischer Religiosität, werkthätiger Menschenliebe und anderen positiven Bethätigungen der Sittlichkeit die Katholiken hinter den Protestanten mindestens nicht zurückstehen.[1])

Wir beschränken uns daher auf die negative Seite der Moralstatistik, die Symptome der Unsittlichkeit, die uns im gesellschaftlichen Leben der Menschen entgegentreten. Die wichtigsten Symptome dieser Art sind ohne Zweifel: die unehelichen Geburten und die Prostitution, die Selbstmorde, die Vergehen gegen die Strafgesetze und die Ehescheidungen.

---

1) Eine gute Orientirung über diesen Zweig der Moralstatistik bieten mehrere der neuesten Schriften des auf diesem Gebiete unermüdlich thätigen P. v. Hammerstein S. J.: „Winfried oder das sociale Wirken der Kirche". Trier 1889. — „Katholicismus und Protestantismus", Trier 1894. — „Zukunft der Religionen", Trier 1898.

Zunächst geben wir nur eine Besprechung der unehelichen Geburten und der damit zusammenhängenden Erscheinungen, da gerade auf diesem Gebiete die meisten Anschuldigungen gegen den Katholicismus erhoben werden. Eine eingehende Erörterung der übrigen Punkte können wir vielleicht in einem weiteren Artikel bringen. Vorläufig begnügen wir uns, hervorzuheben, daß anerkanntermaßen Selbstmorde und Ehescheidungen bei Katholiken weit seltener sind, als bei Protestanten. Die Criminalstatistik aber kann nach dem Zeugniß der competentesten Autoren[1]) einen Maßstab für die Moralität schlechterdings nicht abgeben, weder bei Vergleichung verschiedener Staaten, noch bei Gegenüberstellung verschiedener Bestandtheile eines größeren Staatsganzen, zumal da es überhaupt an einer Criminalstatistik, die dieses Namens werth ist, noch fehlt.

Die unehelichen Geburten beanspruchen schon wegen ihrer Häufigkeit ein besonderes Interesse. Im deutschen Reiche werden durchschnittlich jedes Jahr 170,000—180,000 uneheliche Kinder geboren, in ganz Europa nach Oettingen[2]) 700,000. (Nach unserer Berechnung[3]) belief sich die Anzahl der unehelichen Geburten in ganz Europa mit Ausnahme der Türkei und Griechenlands zu Anfang der 90er Jahre bereits auf 820,000—830,000.) Zudem handelt es sich dabei

1) A. v. Oettingen („Moralstatistik" 3. Aufl., Erlangen 1882), der selbst dieser Ansicht ist, beruft sich (S. 440—443) auf Dr. v. Scheel, Dr. Krohne, Th. Schrader, Dr. Jellinek. — Wir verweisen außerdem auf den Artikel „Kriminalstatistik" von Dr. v. Scheel, im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" (Jena, G. Fischer), Bd. 4, S. 888 ff.

2) A. a. O. S. 296.

3) Diese Zahl erhält man durch Combination der absoluten Zahl der Geburten, die der Gothaische Hofkalender nach amtlichen Quellen jedes Jahr für alle Staaten Europas angibt, mit den Verhältnißzahlen der unehelichen Geburten, die sich in Bodio's Confronti internazionali finden.

um eine Erscheinung, die bei Beurtheilung der Moralität sehr schwer in die Wagschale fallen muß. Ein Selbstmord wird immerhin manchmal in einem Anfall von Geistesgestörtheit verübt und gestattet daher nicht immer einen sicheren Rückschluß auf eine moralische Schuld. Bei den Vergehen gegen die Strafgesetze schreckt nicht so sehr das Unsittliche der Handlung an sich, als die Furcht vor der Strafe des irdischen Richters, also nicht gerade ein ethisches Moment; auch wird die Schuld des Delinquenten durch materielle Noth, Uebereilung und Mißgeschick oft auf ein Minimum herabgedrückt. Eine uneheliche Geburt aber wird wohl kaum jemals eintreten, ohne daß wenigstens von einer Seite eine schwere Sünde vorliegt; meistens wird sie sogar mehrere, einen lange Zeit fortgesetzten, sündhaften Verkehr zur Voraussetzung haben. Sollte jedoch irgendwo in einzelnen Klassen der Bevölkerung das sittliche Gefühl so sehr abgestumpft sein, daß man den außerehelichen Geschlechtsverkehr nicht mehr für ein schweres moralisches Vergehen ansieht, so wird dadurch zwar im einzelnen Falle die Schuld herabgemindert, das Urtheil über den sittlichen Zustand der gesammten Bevölkerungsgruppe aber muß dann um so schärfer ausfallen. Die unehelichen Geburten scheinen sich daher vorzüglich zu eignen als Prüfstein für den Einfluß der Religion auf die Sittlichkeit ihrer Bekenner. Christus, der Herr, hat ja gesagt: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ (Matthäus 9, 20). Die Anhänger der wahren Religion müssen sich also vor den Andersgläubigen durch größere Sittenreinheit auszeichnen. Sehen wir uns nun daraufhin die Tabelle der unehelichen Geburten an (Tabelle A), so wird der erste Eindruck ohne Zweifel sehr deprimirend sein. Nach Bodio's Confronti internazionali[1]) kam auf je 100 Lebendgeborene folgender Procentsatz von unehelich Geborenen:

1) Wir citiren nach G. v. Mayr „Statistik und Gesellschaftslehre“ 2. Bd., S. 197 (Freiburg i. B., Mohr, 1897).

Tabelle A:

	1865/69	1876/80	1887/91
Italien	5,33	7,21	7,30
Frankreich	7,60	7,17	8,41
England und Wales	5,96	4,75	4,52
Schottland	9,92	8,49	7,93
Irland	3,26	2,40	2,78
Deutsches Reich	—	8,67	9,23 [1])
Preußen	8,14	7,53	7,81
Bayern	20,59	12,86	14,01
Sachsen	14,52	12,44	12,45
Württemberg	14,57	8,31	10,03
Oesterreich	14,52	13,84	14,67
Ungarn	7,66	7,54	8,61
Schweiz	—	4,70	4,63 [2])
Belgien	7,05	7,38	8,75
Niederlande	3,69	3,14	3,20
Schweden	9,75	9,96	10,23
Norwegen	8,13	8,39	7,33
Dänemark	11,21	10,09	9,43 [2])
Spanien	5,54	4,56	— [3])
Portugal	—	—	12,21 [1])
Griechenland	1,23	1,19	—
Rumänien	—	4,81	5,75 [1])
Serbien	0,37	0,65	1,00 [2])
Europ. Rußland	—	—	— [4])
Finnland	7,11	2,84	6,42

Am tiefsten steht jetzt das katholische Oesterreich mit 14,67 unehelich Geborenen auf je 100 Lebendgeborene. Den zweiten Platz behauptet das katholische Bayern mit 14,01%;

---

1) 1886/90. 2) 1887/89.

3) Nach Telesforo Aranzadi „Interpretacion de la nupcialidad y natalidad en España“ betrug die Unehelichenquote in Spanien 1886—92 = 4,7%.

4) In Rußland beträgt die Unehelichenquote durchschnittlich 2,8 bis 3%, s. „Bevölkerungsstatistik“ von Lexis, Handwörterbuch l. c. 1 Suppl.-Bd. 1895.

erst an dritter Stelle erscheint ein protestantischer Staat, Sachsen, mit 12,45 %, dem sich dann gleich das katholische Portugal mit 12,21 % anschließt. Das fast ganz protestantische England hat nur 4,52 und Holland gar nur 3,20 % uneheliche Geburten. Günstig stehen von katholischen Ländern nur das vielgeschmähte Spanien mit 4,70 und Irland mit 2,78 %. Den Beschluß endlich machen die griechisch-schismatischen Staaten Serbien und Griechenland, die durchschnittlich nur ca. 1 % uneheliche Geburten aufweisen. Das scheint wirklich ein ganz niederschmetterndes Resultat zu sein. Fügt man noch hinzu, daß unter den deutschen Großstädten München mit 31,61 % unehelicher Geburten alle anderen weit hinter sich läßt und die so verrufenen Städte Berlin und Hamburg um beinahe 20 % übertrifft, daß in Kärnthen die Anzahl der unehelich Geborenen 40 %, in einzelnen Bezirkshauptmannschaften Steiermarks 50 % und in Graz gar 60 % der Geburten übersteigt, so sollte man meinen, daß sich der Ausspruch des göttlichen Heilandes an den katholischen Völkern nicht bewahrheite. Und doch haben wir kein Bedenken getragen, diesen Schrifttext hier anzuführen, und erklären uns bereit, voll und ganz seine Consequenzen gegenüber den Ergebnissen der Statistik zu vertreten.

Zunächst muß hervorgehoben werden, daß diese Zahlen an sich kein Beweis für die größere oder geringere Immoralität der genannten Länder sind. Professor v. Mayr, unstreitig einer der bedeutendsten Statistiker der Gegenwart, sagt[1]) darüber: „Keinesfalls können die unehelichen Geburten ohne Weiteres als Maßstab der Sittlichkeit betrachtet werden“. Das ist auch die Ansicht anderer namhafter Statistiker, die

1) „Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben“ S. 256 (München, bei R. Oldenbourg 1877). — Auch in seinem jüngst erschienenen großen Werke „Statistik und Gesellschaftslehre“ (2. Bd., S. 196) vertheidigt er denselben Grundsatz.

sich mit dieser Frage befaßt haben.[1]) Man kann eben nicht Erscheinungen des Volkslebens in Ländern mit ganz verschiedenen culturellen, legislativen und socialen Zuständen einfach als gleichwerthige Faktoren einander gegenüberstellen; das sind vollständig incommensurable Größen. Wir werden weiter unten an einigen Beispielen zeigen, daß das Verhältniß ein ganz anderes wird, wenn man katholische und protestantische Gebietstheile mit gleichen Existenzbedingungen mit einander vergleicht. Vorher wollen wir noch auf einige andere Umstände hinweisen, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen, wenn man sich aus dem Zahlenmaterial der officiellen Statistiken ein Urtheil über den Stand der Sittlichkeit bilden will.

Abgesehen von der Gesetzgebung und den socialen Zuständen, von deren Einwirkung wir noch genauer zu reden haben, sind es vor allem vier Umstände, welche auf die höhere oder geringere Anzahl der unehelichen Geburten von großem Einfluß sind: die künstliche Verhinderung der Conception, die Fruchtabtreibung, die Prostitution und die Legitimation.

Die Verhinderung der Conception läßt sich natürlich nicht statistisch nachweisen. Aber der massenhafte Verbrauch gewisser Instrumente, sowie die Schamlosigkeit, mit der dieselben in Zeitungen, Ladengeschäften und Barbierstuben zum Verkauf angeboten werden, gibt doch einen gewissen Anhaltspunkt für die Verbreitung dieser schändlichen Unsitte. Ueberhaupt berechtigt die verhältnißmäßig niedrige uneheliche

1) Wappäus, „Handbuch der allgemeinen Geographie und Statistik" Bd. 1, S. 215 (Leipzig 1855). — Engel, „Das Königreich Sachsen in statistischer und staatswissenschaftlicher Beziehung", Bd. 1, S. 75 (Dresden 1853). — Oettingen, „Moralstatistik" a. a. O., S. 289. — Neumann, „Uneheliche Geburten", im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Suppl.-Bd. (Jena 1895).

Geburtenziffer einiger großer Städte gegenüber der notorischen Unsittlichkeit derselben, eine künstliche Verhinderung der Fruchtbarkeit anzunehmen. Mit Recht sagt daher P. v. Hammerstein:[1]) „Der Procentsatz der unehelichen Geburten ist ein zweischneidiges Schwert. Bei einer einfachen, ländlichen Bevölkerung ist die geringe Zahl derselben ein günstiges Zeichen. So war es gewiß für ein braves katholisches Dorf in Tyrol ein herrliches Zeugniß, wenn etwa während eines halben Jahrhunderts dort kein einziges außereheliches Kind geboren ward. Anders in den großen Städten. Dort ist die geringe Zahl der außerehelichen Geburten oft ein Zeichen des höchsten Grades der sittlichen Corruption. Wenn daher die fast 4 % London's in Pommern vorkämen, so würde das ein relativ gutes Zeugniß; in London, wo diese Zahl sogar hinter der von England überhaupt um 2 % zurückbleibt, ist sie dagegen ein Beweis, daß die sittliche Fäulniß eine furchtbare Höhe erreicht hat". Das ist keine leere Behauptung. Die schauderhaften Enthüllungen der Pall Mall Gazette über den Handel, der in London mit unschuldigen Mädchen getrieben wird, haben den Nimbus von Tugendhaftigkeit gründlich zerstört, den für Uneingeweihte die geringe Anzahl von unehelichen Geburten über die angelsächsisch-protestantische Metropole verbreitet hatte. — Man kann ganz allgemein sagen: je raffinirter das Laster wird, desto mehr wächst die Geschicklichkeit, die natürlichen Folgen der Unsittlichkeit zu hintertreiben. Und so parador es klingen mag, in gewissem Sinne ist es wahr, daß in unseren modernen Großstädten eine hohe Zahl von unehelichen Geburten gewissermaßen ein „gutes Zeichen" ist; sie zeigt wenigstens, daß die schlimmste Art von Corruption noch nicht eingetreten ist.

Was nun die Abtreibung der Leibesfrucht betrifft, so

---

1) „Konfession und Sittlichkeit" S. 13 (Trier 1893).

wäre es verfehlt, sich darüber aus der geringen Zahl der gerichtlich abgeurtheilten Verbrechen dieser Art ein Urtheil bilden zu wollen. Im ganzen Deutschen Reiche[1]) wurden im Jahre 1892 330 Personen wegen Abtreibung der Leibesfrucht verurtheilt, davon in Berlin allein 48. Daß diese Ziffer nicht entfernt der wirklichen Anzahl der genannten Verbrechen gleichkommt, versteht sich von selbst. Auch Dr. Neumann, ein gründlicher Kenner der Berliner Verhältnisse, hebt hervor,[2]) daß die 116 Anzeigen wegen abortus, die im Jahre 1890 in Berlin erfolgten, keine Andeutung geben könnten über die wirklich in Berlin stattgefundenen Verbrechen dieser Art. Es gibt eben so viele Mittel, das Geschehene zu verheimlichen, daß die Polizei nur in den seltensten Fällen einem solchen Verbrechen auf die Spur kommen wird. Hin und wieder führt wohl ein Zufall zu Aufsehen erregenden Entdeckungen, zu sensationellen Processen, welche über die schreckliche Ausdehnung dieses Lasters einiges Licht verbreiten. Aber das sind doch nur vereinzelte Symptome, die höchstens zu Muthmaßungen über die wirkliche Verbreitung der Fruchtabtreibung führen können. Eine statistische Feststellung ist absolut unmöglich; das liegt in der Natur der Sache.

Auch die Angaben über die Verbreitung der Prostitution können auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch machen. Es existiren freilich Tabellen über die Anzahl der Prostituirten in den größeren Städten. So gibt Hausner in seiner „Vergleichenden Statistik von Europa" (Bd. I, S. 179) eine Uebersicht (Tabelle B) über die Prostitution in 33 europäischen Städten.

1) Lindenberg, „Ergebnisse der Kriminalstatistik", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. f. Bd. 8., S. 718 ff. (Jena 1894).

2) Neumann, „Die unehelichen Kinder in Berlin und ihr Schutz", Jahrbücher . . . . Bd. 7, S. 528.

Tabelle B:

Es kam eine Prostituirte in:

1. Hamburg	auf je 48 Einw.		18. Dresden	auf je 236 Einw.
2. Berlin	„ „ 62 „		19. Madrid	„ „ 240 „
3. London	„ „ 91 „		20. Lemberg	„ „ 241 „
4. Pest	„ „ 103 „		21. Paris[1])	„ „ 247 „
5. Liverpool	„ „ 129 „		22. Haag	„ „ 248 „
6. Amsterdam	„ „ 153 „		23. Mailand	„ „ 248 „
7. Brest	„ „ 157 „		24. Brüssel	„ „ 275 „
8. Wien	„ „ 159 „		25. Marseille	„ „ 283 „
9. Rotterdam	„ „ 171 „		26. Rom	„ „ 288 „
10. Antwerpen	„ „ 185 „		27. Straßburg	„ „ 302 „
11. Palermo	„ „ 186 „		28. Bordeaux	„ „ 312 „
12. Florenz	„ „ 188 „		29. Nantes	„ „ 409 „
13. Dublin	„ „ 190 „		30. Genua	„ „ 410 „
14. Edinburg	„ „ 198 „		31. Lyon	„ „ 422 „
15. Neapel	„ „ 208 „		32. Manchester	„ „ 489 „
16. München	„ „ 220 „		33. Bologna	„ „ 590 „
17. Turin	„ „ 232 „			

Nach neueren Angaben[2]) gibt es in Berlin jetzt ca. 30.000[3]), in Wien 25.000, in Paris 40.000 und in London 60.000 Prostituirte. Diese Angaben beruhen zum großen Theil auf Schätzungen der Polizeiorgane der betreffenden Städte und geben daher immerhin einen gewissen Anhaltspunkt für die Verbreitung der Prostitution, aber auf Genauigkeit können sie, wie gesagt, keinen Anspruch machen. Sie sind daher nur mit großer Vorsicht zu moralstatistischen Vergleichen zu benutzen. Soviel aber ist sicher, daß die „Prostitution“ in England eine ungeheure Verbreitung hat.

---

1) Diese Zahl ist offenbar viel zu niedrig, was auch die weiter unten angegebene neuere Ziffer zeigt.

2) s. Artikel „Prostitution“ in Meyers Conversationslexikon (5. Auflage 1896.)

3) Nach Wagner „Die Sittlichkeit auf dem Lande“, 4. Auflage (Leipzig, R. Werther 1896) S. 16, sind es sogar 50.000 oder mit anderen Worten 1 Prostituirte auf je 33 Einwohner (bei Zugrundelegung der Einwohnerzahl vom 2. Dezember 1895.)

Oettingen[1]) verweist auf das Zeugniß der beiden Engländer Ryan und Talbot, wonach in England in den unteren Ständen auf drei honette Mädchen ein verderbtes kommt, im Ganzen auf je sieben weibliche Einwohner eine Prostituirte. „Nur Hamburg“, sagt Oettingen weiter, „läßt sich auf dem Festlande mit London vergleichen. Denn dort kamen im Jahre 1860 auf 34.207 Weiber zwischen 15—40 Jahren 3759 öffentliche H . . . ., also jede neunte halbwegs junge Frau war eine Prostituirte“. — Was beweisen solchen Angaben gegenüber noch die niedrigen Ziffern der unehelichen Geburten in London, Berlin und Hamburg! Denn daß eine große Anzahl von Prostituirten eine Verminderung der unehelichen Geburten zur Folge haben muß, liegt auf der Hand. Bei dem Geschlechtsverkehr der Prostituirten ist natürlich eine Kindererzeugung niemals beabsichtigt. Dieselben stehen zudem auf einem so niedrigen sittlichen Niveau, daß sie kein Bedenken tragen werden, prophylaktische Mittel anzuwenden, oder die Folgen einer trotzdem eingetretenen Conception zu hintertreiben. Dr. Neumann[2]) führt als Beleg für diese Thatsache eine Mittheilung des Vorstandes der Berliner städtischen Abtheilung für Geschlechtskranke an, wonach von 439 Prostituirten nur 32 lebende Kinder zur Welt gebracht hatten, und fügt hinzu, daß wiederholte Untersuchungen zu verschiedenen Zeitpunkten zu der Annahme berechtigten, daß sich unter den unehelichen Kindern nur wenige Kinder von Prostituirten befinden. Welche enorme Höhe würde aber die Ziffer der unehelichen Geburten in Berlin und Hamburg erreichen, wenn der gesammte außereheliche Geschlechtsverkehr, der jetzt mit Prostituirten stattfindet, seine natürlichen Folgen hätte. — Dabei ist noch in Rechnung zu ziehen, daß eine große Anzahl von Prostituirten eine weit größere sittliche Verkommenheit voraussetzt, als ein hoher

---

1) a. a. O. S. 197.
2) a. a. O. S. 519.

Procentsatz unehelicher Geburten. P. von Hammerstein bemerkt sehr richtig:[1]) „Die Prostitution ist deshalb ein so trauriges Zeichen sittlicher Verkommenheit, weil eine einzige Zahl in der Liste der Prostituirten Hunderte und Tausende von Verbrechen, ja einen ganzen verbrecherischen Lebensberuf anzeigt" und darum (wie er an einer anderen Stelle sagt) „eine Ziffer in dieser Statistik an Laster und Sündenschuld vielleicht Hunderte von Ziffern in den Statistiken über uneheliche Geburten aufwiegt".[2])

Wir glauben, schon nach dem bisher Gesagten wird ein jeder der Behauptung der obengenannten Statistiker beipflichten, daß die Anzahl der unehelichen Geburten allein nicht als Gradmesser der Sittlichkeit dienen kann, zumal wenn es sich um große Städte oder um eine mit den Nachtseiten der modernen Hypercultur vertraute Industriebevölkerung handelt. Allein es kommt noch ein Umstand hinzu, dem man bis in die neueste Zeit wenig Beachtung geschenkt hat und der doch geeignet scheint, eine vollständige Umwandlung der bis jetzt üblichen Methode der moralstatistischen Untersuchung herbeizuführen. Ein sächsischer Statistiker, Dr. Schneider,[3]) hat sich die Mühe genommen, aus den offiziellen Zählkarten festzustellen, in welchem Monat nach der Eheschließung das erste Kind geboren wurde. Dabei kam er zu dem verblüffenden Resultat, daß von 10.414 Dresdener Erstgeburten 4048 oder 39 % innerhalb der ersten sieben Monate (und zwar weitaus die meisten innerhalb der ersten fünf Monate) nach der Eheschließung erfolgten, also einer vorehelichen Conception zuzuschreiben waren. Genau das gleiche Resultat ergab eine Untersuchung der Statistiker Rubin[4]) und Westergaard, welche

1) „Winfried oder das sociale Wirken der Kirche" S. 193.

2) „Konfession und Sittlichkeit" S. 10.

3) Dr. Schneider „Ueber voreheliche Schwängerung". Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. 10. S. 554 ff.

4) Die Ergebnisse dieser Untersuchung, sowie der Geißler's, sind ebenfalls in dem genannten Artikel Dr. Schneiders mitgetheilt.

unter 999 beobachteten Erstgeburten 389 innerhalb der ersten sieben Monate constatirten, also ebenfalls 39%. Geißler fand bei Beobachtung der Mehrlingsgeburten im Königreich Sachsen sogar 45%, die eine voreheliche Conception voraussetzten. Ohne Zweifel war außerdem unter den 11,2%, die nach Schneiders Berechnung innerhalb des achten und neunten Monates geboren wurden, auch noch ein beträchtlicher Antheil unehelich Gezeugter. Nun darf man aber nicht meinen, daß diese Erscheinung sich auf einige große Städte oder ein eng umgrenztes Gebiet beschränke. Im Jahre 1895 erschien im Verlag der deutschen Sittlichkeitsvereine eine Schrift des Predigers C. Wagner,[1]) woraus hervorgeht, daß ein vorehelicher Geschlechtsverkehr bei den unteren Klassen der protestantischen Landbevölkerung allgemeiner Brauch ist. Der Verfasser verwahrt sich freilich gegen eine Verallgemeinerung seiner Ausführungen. Aber die angeführten Berichte aus allen Theilen der preußischen Monarchie, aus dem Königreich Sachsen, Thüringen, Oberhessen, Oberfranken u. s. w. berechtigen zu der Annahme, daß die von ihm gegebene Schilderung der sittlichen Zustände mit einigen Modifikationen für die meisten protestantischen Landgemeinden zutrifft. Einige Amtsbrüder haben ihm zwar berichtet, daß es in ihren Gemeinden besser stehe, gewöhnlich aber lautet der Refrain: „Leider nur äußerst selten tritt ein Paar an den Traualtar, das nicht schon lange im intimsten Verkehr gestanden“ (S. 47) oder — „Mindestens 90% aller Erstgeburten sind (in der sächsischen Lausitz) unehelich; nur daß viele der spurei nachträglich durch die Ehe legitimirt werden“ (S. 48). — „Kein Mädchen fast tritt vor den Altar, die nicht schon schwanger wäre“ (S. 55). — „Die Anticipation des ehelichen Zusammenlebens ist leider die Regel“ (S. 61). — „In verschiedenen Gemeinden mußten 75% aller Bräute ohne die jungfräulichen

1) C. Wagner „Die Sittlichkeit auf dem Lande“ 4. Aufl. (Leipzig, R. Werther 1896.)

Ehren getraut werden" (S. 64). — „Es erscheint mir fast unwahrscheinlich, daß ich je eine Jungfrau am Altar hatte" S. 113). — „Es ist eine sehr seltene Ausnahme, daß junge Leute vor den Altar treten, die nicht heiraten müssen, vielleicht kommt bei Bauern, Handwerkern und Arbeitern der Fall überhaupt nicht leicht vor" (S. 119) u. s. w. Der Verfasser, der bei seinen Veröffentlichungen nur von der Absicht geleitet wurde, Maßregeln zur Hebung der Sittlichkeit zu veranlassen, ist von manchen seiner Glaubensgenossen heftig angegriffen, keineswegs aber widerlegt worden. Im Gegentheil haben die 1100 Berichte, die seit dem ersten Erscheinen seiner Schrift eingesandt wurden,[1]) seine Ausführungen vollauf bestätigt. Auch die Schrift des Thüringer Pfarrers H. Gebhardt „Zur bäuerlichen Glaubens- und Sittenlehre",[2]) die ihrem Verfasser den theologischen Doktorhut eingetragen hat, gibt ganz dasselbe Bild, und viele seiner Amtsbrüder haben ihm, wie er versichert, zugerufen: „Bei uns ist es gerade so schlimm". — Ueber die dänischen Verhältnisse sagt der bereits mehrfach erwähnte Statistiker Dr. Neumann:[3]) „Hier (in Dänemark) wurden in den Jahren von 1878—82 von 100 Erstgeborenen nicht weniger als 39 noch nicht sieben Monate nach der Hochzeit geboren, weitere 9% kamen schon sieben bis neun Monate nach der Hochzeit zur Welt; außerdem hatte aber von den zur Zeit der Hochzeit nicht schwangeren Mädchen ein großer Theil schon vorher vom Bräutigam oder einem anderen uneheliche Kinder gehabt, so daß wahrscheinlich (bei Ausschluß der kinderlosen Ehen) in ²/₃ aller Heirathen die Mutter zur Zeit der Hochzeit schon geboren hatte oder schwanger war". — Gegenüber

---

1) Diese Berichte erscheinen in 2 Bänden bei R. Werther in Leipzig: 1. Bd. Ostdeutschland, 2. Bd. Mittel-, West- u. Süddeutschland.
2) 3. Aufl. (Gotha, G. Schlößmann. 1895), besonders S. 100—130.
3) Dr. H. Neumann, „Uneheliche Geburten", Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Suppl. Bd. (Jena 1895).

solchen Enthüllungen erscheint selbst die horrende Unehelichenquote einiger österreichischer Kronländer in milderem Lichte und man kann in der That auf weitere Untersuchungen in dieser Richtung gespannt sein. Daß das Gesammtresultat und dementsprechend das Gesammturtheil ein ganz anderes werden wird, wenn künftighin nicht mehr die unehelich Geborenen, sondern die unehelich Gezeugten gezählt werden, geht aus den angeführten Beispielen zur Genüge hervor.

Wir haben im Vorhergehenden die Umstände behandelt, welche ganz abgesehen von legislativen und socialen Unterschieden eine Vergleichung sittlicher Zustände in verschiedenen Gebietstheilen erschweren oder unmöglich machen. Bei internationalen Vergleichen oder bei Gegenüberstellung von verschiedenartigen Bestandtheilen eines größeren Staatsganzen dürfen auch diese beiden Momente nicht außer Acht gelassen werden.

Wie einschneidend der Einfluß der Gesetzgebung auf die Sittlichkeit ist, das kann man am besten an Bayern sehen. Hier hatten bis zum Jahre 1868 (auf Grund des Gesetzes über Ansässigmachung und Verehelichung vom 11./IX. 1825) die Gemeinden gegen die Verehelichung von Personen, die sich nur auf Lohnerwerb ansässig machen wollten, ein unbedingtes Veto ohne jegliches Beschwerderecht von Seiten der Betroffenen. Die Folge war, daß unverhältnißmäßig viele ihr ganzes Leben hindurch in ehelosem Stande verblieben oder erst in vorgerücktem Alter in die Ehe traten. So waren in Bayern[1]) von Mitte der dreißiger Jahre bis zum Jahre 1868 55% der Bräutigame und 38% der Bräute bei der Eheschließung über 30 Jahre alt, während in Preußen (in einer etwas späteren Periode) nur 33% der Bräutigame und 20% der Bräute über 30 Jahre alt waren, in England gar nur 23 bezw. 17%. In manchen altbayrischen Bezirken

1) Mayr, „Gesetzmäßigkeit ....“ a. a. O. S. 278.

fanden sich unter den über 50 Jahre alten Personen bis zu 39 %, die überhaupt ehelos geblieben waren.[1] Es liegt auf der Hand, daß eine solche unnatürliche Hinauszögerung der Eheschließung die nachtheiligsten Folgen für die Sittlichkeit haben und gewissermaßen naturnothwendig zu einer großen Zahl von unehelichen Geburten führen mußte. Das zeigte sich denn auch schlagend nach Einführung des Gesetzes über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt vom 16./IV. 1868, wodurch die meisten dieser Beschränkungen hinfällig wurden. Während nämlich in den Jahren 1860—68 in Bayern auf je 100 Geborene 22,2 unehelich Geborene kamen, sank diese Quote bis zum Jahre 1875 allmählich bis auf 12,6, also beinahe um volle 10 %. In München sank aus dem gleichen Grunde der Procentsatz der unehelichen Geburten von 49,61 im Jahre 1861 auf 24,57 % im Jahre 1874. — Alle Beschränkungen sind leider auch heute noch nicht gefallen; auch jetzt noch hat in Bayern die Civilgemeinde unter bestimmten Voraussetzungen ein Einspruchsrecht,[2] wodurch die Eheschließung erschwert wird, und das ist neben civilrechtlichen Bestimmungen und socialen Mißverhältnissen der Grund, weßhalb auch heute noch Bayern unter allen deutschen Staaten die höchste Anzahl von unehelich Geborenen aufweist.

Aehnlich liegt die Sache in Oesterreich. Auch hier bestanden und bestehen zum Theil heute noch staatliche bezw. communale Beschränkungen der Eheschließung.[3] In den meisten Kronländern wurden sie freilich im Laufe des

1) Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre Bd. II, S. 104.

2) Nach Art. 36 des Gesetzes vom 16./IV. 1868 in der Fassung der Novelle vom 21./IV. 1884 s. Reger „Handausgabe des Gesetzes über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt“ 3. Aufl. (Ansbach, Brügel und Sohn, 1892) S. 62 u. 63.

3) Rehm, „Eheschließung“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Bd. 3, S. 9.

Jahres 1868 abgeschafft,[1]) in Salzburg 1884;[2]) aber eine allgemeine Aufhebung für die ganze Monarchie hat nicht stattgefunden und so bestehen sie denn theilweise noch fort. Leider fehlt uns das Material, um für die betreffenden Kronländer eine Minderung der unehelichen Geburten nachweisen zu können. Man darf aber auch nicht erwarten, daß nach Abschaffung einer derartigen Beschränkung sich stets gleich in den nächsten Jahren ein auffallender Unterschied zeigen werde. Sittliche Mißstände, die seit langer Zeit in einem Volke bestehen und Wurzel geschlagen haben, ändern sich nicht von heute auf morgen, sondern brauchen, ähnlich wie sociale Uebelstände, Jahre und Jahrzehnte zu ihrer Heilung; es gibt eben auch auf moralischem Gebiete eine Trägheit der Massen. In Oesterreich kommt noch ein anderer Umstand hinzu, der bisher alle Bemühungen zur sittlichen Hebung des Volkes vereitelt hat, obwohl namentlich der jüngere Klerus in letzter Zeit mit anerkennenswerthem Eifer dieser Aufgabe sich hingegeben hat. Es ist der traurige Josephinismus, der durch seine berüchtigten Generalseminare erst den Klerus systematisch verdorben und durch ihn auch das brave katholische Volk in Mitleidenschaft gezogen hat. Zwar sind die Generalseminare längst wieder aufgehoben, aber der Geist, der in ihnen lebte, hat sich fortgepflanzt und erhalten und beherrscht noch heutzutage einen Theil des Klerus und des Volkes, vor allem aber das ganze öffentliche Leben, die Presse und die öffentliche Meinung. Es hat das zu einer vollständigen Verdunkelung des Sittlichkeitsbegriffes geführt, die eine Besserung der sittlichen Zustände außerordentlich erschwert; um so mehr, da die Bevormundung und Knechtung der Kirche auch heute noch fortdauert, und die Kirche auf Schritt und Tritt gehemmt ist, ihre

---

1) Vering, Archiv für Kirchenrecht, Bd. XX, S. 484 ff.

2) Ebendas., Bd. XXI, S. 171 und 454.

segensreiche Wirksamkeit auszuüben. In jenen Theilen Oesterreichs aber, wo der gesunde Sinn der Bevölkerung sich dem künstlich eingeimpften Gifte des Josephinismus und Liberalismus widersetzt hat, wo der Katholicismus nicht bloß eine äußere Bezeichnung, sondern wahrhaft Lebensprincip ist, da bewährt sich in Oesterreich, wie überall auf der ganzen Welt, die sittigende Kraft unserer heiligen Religion. So hatte in den Jahren 1880—84,[1]) wo das liberale Kärnthen 44,9 % uneheliche Geburten aufwies, das benachbarte katholische Tyrol deren nur 5,5 %, und das, trotzdem in Tyrol gesetzliche Ehebeschränkungen bestanden, in Kärnthen aber nicht. Das Verhältniß würde für Tyrol noch günstiger sein, wenn nicht der nachtheilige Einfluß Innsbrucks und anderer liberaler Städte die Ziffer bedeutend erhöhte. Fälle, wie der vorhin erwähnte, daß in einem Tyroler Dorfe Jahrzehnte hindurch keine uneheliche Geburt vorkam, werden in manchen Theilen Tyrols gar nicht zu den Seltenheiten gehören. Ein jeder, der die dortigen Verhältnisse genauer kennt, wird das bestätigen. Was übrigens Kärnthen betrifft, so dürften auch physische und psychische Umstände auf die außerordentlich hohe Zahl von unehelichen Geburten von Einfluß sein. Denn in keinem Kronland ist der Kretinismus so verbreitet, wie in Kärnthen, das außerdem auch die höchste Taubstummenquote der österreichischen Monarchie hat.[2]) Natürlich werden diese unglücklichen Geschöpfe keine Ehe eingehen und daher leicht zu außerehelichem Verkehr ihre Zuflucht nehmen.

Neben dem öffentlichen Recht kann auch das Civilrecht mitunter von großem Einfluß auf die Häufigkeit der unehelichen Geburten sein, z. B. durch gesetzliche Bestimmungen über Vaterschaft, Alimentation, Deflorationsentschädigung

---

1) Dr. v. Brachelli, Statistische Skizzen der europäischen und amerikanischen Staaten. 11. Aufl. (Leipzig, Hinrichs. 1887) S. 5.

1) Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre, 2. Bd., S. 95 ff.

u. s. w. So ist z. B. in der bayerischen Pfalz, wo das Verbot des code civil in Bezug auf die recherche de la paternité Eingang gefunden hat, die Anzahl der unehelichen Geburten verhältnißmäßig gering, während sie in jenen Theilen Bayerns, wo das bestehende Civilrecht der unehelichen Mutter beträchtliche Entschädigungsansprüche zuerkennt, wie z. B. in Oberfranken, außerordentlich hoch ist.[1]) Noch verhängnißvoller für die Sittlichkeit können erbrechtliche Bestimmungen und Volksgewohnheiten werden, wie z. B. Bestimmungen über ungetheilte Vererbung der Güter, über Zeit und Bedingungen der Gutsübergabe u. s. w. Professor v. Mayr sagt darüber mit besonderer Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse[2]): „Wenn der Vater oder die verwittwete Mutter bis ins höchste Alter die Gutswirthschaft leiten und die alternden Söhne nur als unverheirathete Knechte auf dem Gute dulden, kann man sich da wundern, wenn die unehelichen Geburten nicht selten sind? Gerade die aus solchen Ursachen fließende Häufigkeit der unehelichen Geburten ist aber ganz anders zu beurtheilen, als die Geburt unehelicher, in Wahrheit vaterloser Kinder“.

Damit sind wir bereits auf das Gebiet der socialen Mißstände übergegangen. Was nun den Einfluß wirthschaftlicher Unterschiede auf Vermehrung oder Verminderung der unehelichen Geburten angeht, so wird dessen Bedeutung von neueren Statistikern allgemein anerkannt. Professor Lexis bezeichnet die wirthschaftliche Lage sogar einfachhin als das Ausschlaggebende.[3]) Das geht nun freilich zu weit. Andererseits läßt sich aber auch nicht läugnen, daß alle Umstände, welche die Eingehung einer Ehe erschweren, nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu einem außerehelichen Geschlechts-

1) Mayr, „Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben“, S. 255.
2) Ebendas., S. 256.
3) Lexis, „Moralstatistik“, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 4, S. 1221 ff.

verkehr führen müssen. Wenn die wirthschaftlichen Verhältnisse günstig sind, und dem jungen Manne die Möglichkeit eines ausreichenden Erwerbes bieten, so wird er frühzeitig zur Gründung einer Familie schreiten und damit in der Regel allen Gefahren eines unerlaubten Verkehrs enthoben sein. Die Erfahrung bestätigt, sagt Prinzing,[1]) daß „in den Culturstaaten das Heirathsalter vor allem durch die Größe der Schwierigkeiten bestimmt wird, die sich den Bemühungen des Mannes entgegenstellen, wenn er sich selbständig machen will oder eine Anstellung oder Beschäftigung sucht, die die Gründung einer Familie gestattet". Vergleicht man die Anzahl der Frühheirathen in den einzelnen Ländern mit den Zahlen der unehelichen Geburten, so ergibt sich ein auffallender Parallelismus. So waren z. B. in Rußland bei 2,8—3% unehelicher Geburten unter 100 heirathenden Männern 66,12 in einem Alter von unter 25 Jahren; in England bei 4,52% unehelicher Geburten 44,45; in Oesterreich dagegen bei 14,67% unehelicher Geburten nur 17,19%, die in einem Alter von unter 25 Jahren in die Ehe traten. — Am deutlichsten tritt der Einfluß der socialen Stellung auf die Häufigkeit der unehelichen Geburten hervor, wenn man den Berufsstand der unehelichen Mütter untersucht. So gehörten z. B. im Jahre 1891 in Berlin[2]) 35% der unehelichen Mütter der Klasse der Dienstboten an; 25,5% waren Arbeiterinen ohne nähere Berufsangabe; 25% waren Näherinen und Wäscherinen. Diese drei Kategorien zusammen machen also bereits 85% aller unehelichen Mütter aus. Die übrigen waren beschäftigt in Handel, Gastwirthschaft, 0,9% in Kunst und Wissenschaft (!), bei 8,5% fehlte eine besondere Berufsangabe.

---

1) Dr. F. Prinzing, „Ueber frühzeitige Heirathen, deren Vorzüge und Nachtheile", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 15, S. 274 (Jena 1898).

2) Dr. H. Neumann, „Die unehelichen Kinder in Berlin", Jahrbücher . . . Bd. 7, S. 518. (Jena 1894.)

Ganz ähnliche Ergebnisse liefert die Leipziger Statistik. Auch die unehelichen Väter, soweit deren Stand ermittelt werden konnte, gehören ihrer Mehrzahl nach weder zu den wohlhabenden, noch zu den gebildeten Klassen der Bevölkerung. Ueber 60% derselben waren nach den Ermittelungen von Taube und Neumann[1]) Handwerker, Arbeiter, Händler, Kutscher, Kellner und Soldaten; etwa 4—5% waren Beamte, $2^1/_2$—3% waren Studenten, ungefähr ebensoviele gehörten außerdem noch gelehrten Berufsarten an. (Es handelt sich hierbei natürlich nicht um den außerehelichen Geschlechtsverkehr, der kinderlos bleibt; sonst würde sich das Verhältniß der verschiedenen Berufsstände ohne Zweifel erheblich anders gestalten). Endlich waren auch von den oben besprochenen 4048 Dresdener Erstgeburten, die vor dem 7. Monat nach der Eheschließung erfolgten, etwa $^2/_3$ den sogenannten unteren Klassen der Bevölkerung zuzuschreiben.

(Schluß folgt.)

XLVII.

Zur Geschichte des Sektenwesens in den Vereinigten Staaten.

Nach Bryce „American Commonwealth" II, 278 sind die Amerikaner ein religiöses Volk, das nicht nur die Religion und ihre Diener respektirt, sondern auch fleißig die Kirche besucht, und gern in den Sonntagsschulen die Kinder unterrichtet, überhaupt am religiösen Leben einen regen Antheil nimmt. „Sie sind gläubig, fromm, aber frei von Bigotterie. Der hohe Werth, den sie noch immer auf die christlichen

1) A. a. O. S. 517.

Dogmen legen, steht ihrer Hochschätzung der ethischen Seite der Religion nicht im Wege. Zwar übt das Christenthum auf ihr Leben nicht ganz die Wirkung aus, die man erwarten sollte, aber der Einfluß ist doch weit größer als bei andern Nationen und in andern Perioden, die man das Zeitalter des Glaubens genannt hat".

Bryce's Werk hat darum so großen Anklang in Amerika gefunden, weil es überall die Lichtseiten hervorhebt und wirkliche Schäden nur leise berührt. Amerikanische Schriftsteller, welche in die wirklichen Verhältnisse besser eingeweiht sind und eine gründliche Reform anbahnen wollen, beurtheilen die religiösen Zustände weniger günstig. Sie lassen sich durch den Bau von Kirchen, die Errichtung von theologischen Seminarien, die großen Schenkungen, welche denselben zugewandt werden, durch die großen Sammlungen für auswärtige Missionen, und so vieles andere, womit man die Fortschritte der christlichen Confessionen beweisen will, nicht täuschen, sondern fragen, wie ist es um den Glauben, wie um die Sitten bestellt, in welcher Weise werden die Grundsätze der christlichen Moral praktisch durchgeführt? Haben wir wirklich Fortschritte oder gar Rückschritte gemacht?

Fast alle bedeutenden Schriftsteller kommen darin überein, in dem Sektenwesen den Krebsschaden der „Vereinigten Staaten" zu erblicken. Die Zahl der Sekten ist vielleicht gerade so groß in England, aber infolge besonderer Verhältnisse treten die Uebelstände der Zersplitterung weniger hervor, weil auf dem platten Lande sich nur wenige Kapellen der Dissenter finden und weil die Staatsgeistlichen einen fixen, von Sammlungen unabhängigen Gehalt haben. Bei einem so gläubigen und von besonderer Ehrfurcht gegen den Klerus erfüllten Volke wie den Iren hat die Abhängigkeit des Geistlichen von den freiwilligen Gaben seiner Pfarrkinder das Band des gegenseitigen Wohlwollens und der Liebe nur enger geschlungen, bei andern Völkern hat dieses System fast nur nachtheilig gewirkt und den Klerus zum Sklaven

der Laien herabgewürdigt. Die Abhängigkeit von den Pfarrkindern, richtiger von einigen Tyrannen, die in der Pfarrei nach Willkür schalten und walten, ist bekanntlich weit unbequemer und schädlicher als die von der Regierung und ihren Beamten, die auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müssen.

Diese Abhängigkeit ist ein geringes Uebel, verglichen mit der leidigen Concurrenz zwischen den Predigern der verschiedenen Sekten, die sich kaum von der rivalisirender Firmen unterscheidet. Wenn ein Geistlicher für seinen Unterhalt, für Bestreitung der Unkosten, welche Kirche und Schule verursachen, einzig und allein auf das Eintrittsgeld und das Opfergeld angewiesen ist, da wird er manches thun und geschehen lassen, was er im Herzen verabscheut, weil es ihn auf dieselbe Stufe mit dem Kaufmann stellt und ihn in den Augen der Besseren und Besonneneren herabwürdigt. Dazu zählen wir das Versteigern der Sitzplätze. Wer einen Platz das letzte Jahr gemiethet und dafür einen hohen Preis gezahlt, kann denselben nur gegen Aufgeld für das nächste Jahr wieder erlangen, und muß bei bestimmten Feierlichkeiten gleich den übrigen Eintrittsgeld bezahlen. Der Unterschied zwischen Theaterdirektor und Prediger ist wirklich nicht sehr groß; beide brauchen Geld und beide erhöhen den Preis, wenn sie wissen, daß das Publikum denselben zu zahlen bereit ist. Noch schlimmer ist es freilich, wenn der Prediger in seinem Benehmen gegen die Reichen der Pflichten, die ihm sein Stand auferlegt, vergißt, wenn sein Hauptbestreben darauf geht, dem Reichen, der vielleicht Fabrikant, Wirth oder ein großer Arbeitgeber ist, nicht zu mißfallen; wenn er, anstatt denselben über seine socialen Verpflichtungen aufzuklären, in seinen Vorurtheilen bestärkt und seiner Ungerechtigkeit den Stempel der kirchlichen Gutheißung aufdrückt. Ein solcher Mann wird gar bald sehen, daß die Arbeiter von der Kirche wegbleiben und ihn als einen Miethling und Sklaven hassen und verachten. Die Geschenke

des Reichen, die Einladungen in sein Haus sind wahrlich zu theuer erkauft. Was soll der arme Prediger thun? Soll er mit seiner Familie hungern und darben? Soll er die Arbeiter, welche das schroffe Benehmen seines Vorgängers abgestoßen hat, zu gewinnen suchen und sich mit den Magnaten des Dorfes oder Städtchens entzweien, sich in seiner Stellung unmöglich machen, oder seinen Nacken unter das Joch der Dorftyrannen beugen? Er wird in den meisten Fällen das letztere thun, von Zeit zu Zeit sich bäumen und innerlich knirschen, bis er mit seiner Stellung als Sklave einer gewissen Clique sich aussöhnt.

In England fanden sich vor einigen Jahrzehnten nicht wenige Dörfer, in denen der Squire (Großgrundbesitzer) und der Parson (Pfarrer der Staatskirche) alle wichtigen Angelegenheiten in der Pfarrei entschieden; ähnliche patriarchalische Zustände bestanden auch in Neuengland, hörten aber schon vor mehr als fünfzig Jahren auf infolge der skeptischen Richtung unter den Gebildeten und infolge der Wanderungen der Bevölkerung, die von dem Osten nach Westen auswanderte und den europäischen Einwanderern Platz machte. Da die wenigsten derjenigen, welche durch die Fabriken und den Bau der Eisenbahnen angezogen wurden, sich zum Presbyterianismus bekannten, oder irgend eine Hinneigung zu einer so starren und harten Religion bekundeten, so nahm das Ansehen der Lokalprediger stetig ab. Nicht nur die Neuangekommenen, sondern auch viele von denen, deren Familien seit Generationen an dem Orte gewohnt hatten, ließen sich die Einmischung der Prediger und Aeltesten nicht länger gefallen und bestanden auf ihrem Rechte, sich selbst ihre Religion zu wählen. Obgleich viele dieser Leute skeptisch angelegt waren, so wollten sie doch nicht ohne Religion, ohne Kapellen und Prediger sein; in ihrem Ehrgeiz, einen eigenen Prediger und eine eigene Kirche zu haben, brachten sie oft große Opfer, und so entstanden mit der Zeit eine Menge von Kirchen, Kapellen und Betsälen, die

zu der Zahl der Kirchenbesucher in gar keinem Verhältnisse standen. Es wäre freilich viel besser gewesen, wenn die Gemeinden, statt sich in die Schulden zu stürzen und bei den Nachbargemeinden um Beiträge zu betteln, den Bau kostspieliger Kirchen verschoben hätten; aber von der Eitelkeit und der Eifersucht auf andere Sekten, die bereits schöne Kirchen hatten, verleitet, wollten sie hinter ihren Rivalen nicht zurückbleiben, und sahen meistens zu spät ein, daß sie die großen Kosten nur mit großer Mühe bestreiten konnten, sobald die Unterstützungen ihrer Glaubensgenossen, die in der Regel nach dem Bau der Kirche aufhörten, nicht mehr einliefen. Fanden sich reiche und freigebige Leute in der Gemeinde, die, um in der Gemeinde herrschen zu können, gerne einige Tausend Dollars jährlich beisteuerten, dann war die Noth am Ende. Bestand die Gemeinde aus Arbeitern und Krämern, da mußten andere Mittel angewendet werden. Das war nicht immer leicht, besonders wenn die Pfarrer der älteren Kirchen beredt und populär waren und einen zahlreichen Anhang hatten. Alles hing von der glücklichen Wahl des neuen Predigers ab. War er beredt und dreist, besaß er die Gabe, sich bei andern einzuschmeicheln, führte er Neuerungen in seiner Kirche ein, so konnte er darauf rechnen, daß die Angehörigen anderer Gemeinden in seine Kirche kamen. In England und Amerika tragen die Strengeren wohl Bedenken, dem katholischen Gottesdienste beizuwohnen, anderen Sekten gegenüber beanspruchen sie vollständige Freiheit, die ihnen schon deßhalb nicht verweigert werden kann, weil die Prediger selbst Andersgläubigen in ihren Kirchen zu predigen gestatten. Die Katholiken Amerikas handeln nach dem Grundsatz: Wer einer Pfarrei angehört, muß zur Erhaltung der Kirche und des Pfarrers beitragen; die Protestanten wahren sich ihre Freiheit und halten sich nicht verpflichtet, den Pfarrer zu unterstützen. So kommt es, daß einige Pfarrer, welche die Zuhörer anziehen, überreichliche Mittel besitzen, während andere in schmählicher Armuth sich befinden.

Selbst wenn der glückliche Rivale seinen Einfluß und seine Popularität den vortrefflichen Eigenschaften seines Geistes und Herzens verdankt, bleiben Reibungen nicht immer aus; hat aber derselbe durch schlechte Künste, durch Großthuerei, durch Schmeichelei und Kriecherei, durch Angeberei und Ehrabschneidung das Ansehen seiner Amtsbrüder untergraben, dann bleiben Fehden und gegenseitige Angriffe in der Unterhaltung, in der Presse und sogar auf der Kanzel nicht aus. Der Krieg beschränkt sich nicht auf die Geistlichen, sondern wird mit noch weit größerer Heftigkeit von den Anhängern der beiden Rivalen mit blinder Leidenschaft weitergeführt. Gehören die beiden verschiedenen Sekten an, da gibt es kein Schiedsgericht, das den Streitfall entschiede, auch eine Versetzung ist manchmal unmöglich. So führen manche Gemeinden jahrelang einen Krieg im Kleinen, wobei der Eine zerstört, was der Andere aufgebaut hat.

Lägen die Kirchen nicht so nahe bei einander, hätten die Prediger mehr zu thun, könnten sie von ihrem Einkommen standesgemäß leben, dann würden sie der Versuchung, das Schäflein aus der Hürde des Amtsbruders in die eigene zu locken, leichter widerstehen. Das System ist weit mehr zu tadeln als die Individuen: der Mann, der Frau und Kinder hat, kann fordern, daß die Gemeinde, die ihn als Hirten berufen hat, für ihn sorge. Die Gemeinde, respektive die Kirchenvorsteher weigern sich einen höheren Gehalt auszuwerfen, und weisen ihn auf den unlautern Wettbewerb hin als das einzige Mittel, seine materielle Lage zu bessern. Wenn die Versuche, alle amerikanischen Sekten zu vereinigen und eine Religion und eine Gottesdienstordnung einzuführen, die allen genügte, gelängen, so würde diese Vereinigung nicht lange dauern, denn die Rechthaberei auf religiösem Gebiete, die Sucht, keinen Höhern über sich anzuerkennen, ist dem Amerikaner so sehr zur zweiten Natur geworden, daß die unterdrückten Sekten gleich wieder aufleben würden. Die Differenzpunkte sind oft ganz unbedeutend, gleichwohl

widerstreben Congregationalisten, Methodisten einer Vereinigung gerade so hartnäckig, wie die Angehörigen der indischen Kasten die Aufhebung des Kastensystems bekämpfen. Es sind nicht immer religiöse Differenzen, welche eine Zersplitterung zur Folge gehabt haben, zuweilen arten Streitigkeiten betreffs rein weltlicher Angelegenheiten in religiöse Zänkereien aus. So in dem Städtchen Westerly auf Rhode-Island, wo der Streit vom weltlichen aufs geistige Gebiet übertragen wurde. Die Einen kamen zum Entschluß, den Sabbat zu feiern, und ihre Fabriken und Läden an diesem Tage zu schließen, die Andern blieben beim Alten und feierten den Sonntag. Die meisten Fabrikbesitzer und Arbeitgeber gehörten der neuen Sekte an und zwangen ihre protestantischen und katholischen Arbeiter, am Samstag müßig zu gehen und am Sonntag zu arbeiten. Trotz aller Bemühungen konnten die Arbeiter die Erlaubniß zum Besuch der Messe nicht erhalten.

Der aufmerksame Leser von Bryce's „Commonwealth" wird sofort einwenden, daß der Durchschnittsgehalt der amerikanischen Prediger größer sei, als in irgend einem andern Land, daß somit von großer Armuth keine Rede sein könne. Bryce gibt vielfach nur die Anschauungen gewisser gebildeter Kreise wieder, in denen er ein gern gesehener Gast war. Populäre Prediger in größeren Städten, die viele Geschenke erhalten, haben wohl ein Einkommen von 20,000 Dollars, manche Dorfpfarrer haben öfters nur einige Hunderte und stellen sich schlechter als geschickte Arbeiter. Ein Bischof der Episkopalkirche erzählt von sich, daß er in Pfarrhäusern, die er besuchte, große Armuth gefunden, daß er auf seiner Visitationsreise Glanzschuhe trage, um den Pfarrer, der gewöhnlich keine Magd habe, nicht zu nöthigen, seine Schuhe zu putzen. Die Pfarrer der Episkopalkirche stellen sich weit besser als die der übrigen Sekten, da ihre Pfarrkinder reicher und freigebiger sind, als Methodisten, Baptisten. Kirchenvermögen existirt nicht; reiche Gönner finden sich selten; die meisten ziehen es vor, Schulen oder Spitäler zu gründen. Daß

Geistliche, wie es bei den Katholiken geschieht, große Legate für kirchliche Zwecke zurücklassen, ist nahezu unerhört. Daß reichere Pfarrer ihre ärmeren Amtsbrüder unterstützen, mag wohl vorkommen, ist mir aber nicht bekannt.

Nun hat die Findigkeit der Amerikaner noch andere Erwerbsquellen entdeckt, die wir kurz besprechen wollen: das sind Theegesellschaften, Bazare, Tänze, Exerzierübungen der jungen Leute, Conzerte, in denen der Geistliche selbst sich als Sänger oder Spieler produzirt, und andere sonderbare Einfälle, die sich für die Theater der Armen wohl schicken mögen, aber der Kirche, die solche Dinge duldet, nur Schande bringen kann. Der Umstand, daß die Prediger, die man bei festlichen Gelegenheiten einladet, ganz widersprechende Lehren vortragen, muß die Zuhörer in ihrer Gleichgültigkeit gegen die religiöse Wahrheit bestärken. Nun der Hauptzweck, den leeren Geldbeutel zu füllen, wird dank der Neugierde des Publikums häufig erreicht; aber Erbauung und Belehrung wird mit nichten erzielt, im Gegentheil werden die Gläubigen verwöhnt und wollen einfache, aber gründliche Predigten, welche die Glaubenslehren erklären, nicht mehr hören. So paradox es auch klingen mag, so ist es doch wahr, daß die brillanten Vorträge großer Prediger die Scheu vor Predigten noch mehr befördert haben, als die mittelmäßigen und schwachen Predigten der einfachen Landpfarrer.

Ueber die Aufführung von Theaterstücken durch Schulkinder, durch die Lehrer in der Sonntagsschule oder die Mitglieder eines kirchlichen Vereins können wir uns kurz fassen. Wenn sie zu oft kommen, so sind sie für die besten Spieler besonders gefährlich, wenn die Ueberwachung nicht gut, wenn der Leiter keine Autorität besitzt. Ist der Inhalt schlüpferig, wird das Laster ziemlich klar angedeutet, werden laxe Grundsätze vorgetragen, dann wird ganz unbemerkt die Sittlichkeit der Spieler und der Hörer untergraben. Der Geistliche gibt gegen sein besseres Wissen den Forderungen der Spieler nach und läßt Stücke aufführen, die eine sehr

gefährliche Tendenz haben. Da das durch die Pennytheater verwöhnte Publikum Farcen und Possen mit besonderem Beifall aufnimmt und das Seltsame und Absonderliche am meisten beklatscht, so macht man dem schlechten Geschmack Zugeständnisse und läßt Possen aufführen, in denen die Tänze und Sprünge, welche junge Damen aufführen, aller Beschreibung spotten. Betrachtete man Dramen und Conzerte als Bildungsmittel, wären die Stoffe ernst und bildend, die Vorbereitung sorgfältig, dann könnten die Spieler und Zuhörer vieles lernen, edle Grundsätze sich aneignen, treffliche Ausdrücke ihrem Gedächtnisse einprägen. Jetzt wird in den Farcen das menschliche Leben verzerrt, alles von der lächerlichen Seite aufgefaßt und der Sinn für das Schöne und Edle ertödtet. Warum das? Weil der Kirchenvorstand und der Pfarrer Geld brauchen, und weil die Possen viele Zuschauer anziehen. Ueberall machte sich die Geldfrage geltend. Der Prediger Hales hat in der Zeitschrift „Forum" eine Charakteristik einiger der beliebtesten Dramen und Possen gegeben, die zeigt, daß Prüderie bei den Predigern nicht gesucht werden darf. Ein Stück handelt von dem Ehemann, der seine Frauen zu Tod gekitzelt hat; ein in den Concerten sehr beliebtes beschreibt die Kunst des Küssens in ekelerregender Weise. In jüngster Zeit sind die Vermummungen von Damen sehr häufig geworden; Damen schwärzen ihr Gesicht und gießen in den unter kirchlicher Leitung stehenden Abendunterhaltungen die Lauge ihres Spottes auf alle Bekannte, die irgend welchen leiblichen Fehler haben, aus; andere junge Damen streichen sich die Haare ganz ins Gesicht und führen auf der Bühne die possierlichsten Sprünge auf; wieder andere tanzen in hochgeschürzten Kleidern, während das Gesicht durch den zur Hälfte herabgelassenen Vorhang verdeckt wird. Daß die jungfräuliche Scheu und Reinheit bei derlei Vorstellungen Schaden leidet, wird kein vernünftiger Mensch bezweifeln.

Während man in Europa die Häuser, welche an die

alten Kathedralen im Laufe der Zeit angebaut worden, niedergerissen hat, so daß jeder die Schönheit und Pracht dieser Denkmäler des Glaubens und des frommen Sinnes unserer Väter betrachten könne, versteckt man in Amerika vielfach die Kirchen hinter hochragenden Häusern mit ihren herrlichen Schaufenstern und läßt nur einen dunklen engen Gang übrig, der zur Kirche führt. Man hatte in den meisten Fällen einen schönen freien Platz gekauft; die Kirche hätte gegen die Straße hin gebaut werden können; aber da die Bauplätze inzwischen sehr hoch im Werthe gestiegen waren, bestimmte man den schlechtesten Platz für die Kirche, den besten für Waarenhäuser. Warum alles das? Weil man Geld brauchte, um die Schulden zu zahlen, oder weil der Miethzins für den Unterhalt der Geistlichen bestimmt wurde. Wo und wie soll der ideale Sinn geweckt werden, wo soll der in den Geschäften fast ganz aufgehende Amerikaner, wo der von Morgen früh bis Abend beschäftigte Arbeiter den idealen Sinn schöpfen, was soll ihn daran erinnern, daß er ein Pilger der Ewigkeit ist, wenn das in den Himmel ragende, auf freiem Platze stehende Haus Gottes von weit höheren Häusern umgeben und im Innern dunkel und düster ist? Der Zersplitterung, der Sucht, neue Kirchen zu bauen, den überaus unglückseligen Verhältnissen müssen wir den Krämergeist, der unter den Sekten herrscht, beimessen, wie aus folgender Thatsache hervorgeht. Nach dem Bericht eines episkopalen Predigers („Forum" XVIII, 290) zählt die Stadt Fall River etwa 90,000 Einwohner, von denen die Hälfte katholisch ist. Die Katholiken haben 15 schöne Kirchen. Eine dieser Kirchen liegt auf einem schönen Hügel und ist von Vereinshäusern und Klöstern wie von einem Kranze umgeben. In je zwei katholischen Kirchen findet man Sonntags mehr Kirchenbesucher, als in allen protestantischen Kirchen zusammen. Unter den Protestanten gehen nicht mehr als fünftausend regelmäßig zur Kirche. Diese Kirchgänger vertheilen sich auf folgende Kirchen: Die Epi-

skopalen besitzen 5, die Baptisten 7, die orthodoxen Congregationalisten 6, die Episkopalen Methodisten 7, die Presbyterianer 4, die Primitiven Methodisten 3, die Christen 3, die Unitarier, die Vereinten Presbyterianer, die Neuen christlichen Freunde, die Afrikanischen Methodisten, die Leute der Wissenschaft, die Heiligen der letzten Tage (Mormonen) und endlich die Adventisten je eine Kirche. Wenn nun im Ganzen 5000 die Kirche besuchen, so entfallen für jede Kirche nicht viel mehr als 100 Kirchgänger. An andern Orten, wo die Gemeinde kaum einige Hunderte zählt, ist der Kirchenbesuch noch schlechter, können die Kosten nicht gedeckt werden, wenn man nicht zu außerordentlichen Mitteln seine Zuflucht nimmt. Neben den regelmäßigen Predigern gibt es noch viele Volontäre, die auf öffentlichen Plätzen und auf der Straße predigen und mit dem Teller herumgehen, wie die Salutisten, denn auch sie wollen für ihre Mühe bezahlt sein.

Während man in Städten wie Berlin, London, Liverpool die Erfahrung macht, daß, jemehr die Zahl der katholischen Kirchen vermehrt wird, desto mehr die Kirchenbesucher zunehmen, nimmt unter den Sekten Amerikas trotz der Vermehrung der Kirchen die Zahl derer, welche dem sonntäglichen Gottesdienst beiwohnen, eher ab als zu. Die Weisen zerbrechen sich den Kopf, wie dem Uebel abzuhelfen sei, und schlagen vor, man solle die Kirche unter das Volk bringen und nicht erwarten, daß das Volk in die Kirche komme. Wenn die Leute nicht in die Kirche kommen, das Wort Gottes an heiliger Stätte nicht anhören wollen, dann werden sie sich in den Vereinslokalen nicht einfinden, um Vorträge über die moralischen und socialen Pflichten anzuhören. Soll der Verkehr der Prediger oder Priester mit der niedrigen Volksklasse wirklich Segen stiften, dann darf sich der Prediger nichts vergeben, er muß dem gemeinen Mann Wohlwollen sowohl als Ehrfurcht einflößen, er darf sich nicht zu sehr herablassen, nicht gemein machen, wie das in Amerika geschieht. Da erscheinen die Pfarrer mit ihren Pfarrkindern

auf der Bühne und spielen ganz untergeordnete Rollen, wie die des Geistes aus „Hamlet“. Ein anderer Prediger kündete ein Concert an, in dem er allein als Sänger auftrat. Das Publikum ertheilte ihm eine derbe Lektion und blieb vom Concerte weg. Ein anderer glaubte die Schmiedezunft an einem ihrer Feste dadurch unterhalten zu müssen, daß er nach Beendigung des Gottesdienstes in dem Versammlungssaal als Barbier auftrat mit Bürsten, Seife und Parfümfläschchen. Wieder andere übernehmen die Rolle des Drillmeisters, organisiren Spiele der Schuljugend, und verwenden viele Stunden ihrer kostbaren Zeit auf Dinge, die ein Sergent oder einer der jungen Männer gerade so gut oder besser thun könnte.

Man klagt allenthalben, und nicht zum wenigsten in Deutschland, über die vielen Feste, Unterhaltungen, Spazierfahrten der verschiedenen Vereine, die zu vielen, ganz unnöthigen Ausgaben führen. In Amerika werden die meisten dieser Feste von Predigern organisirt; und doch ist es höchste Zeit, den Mißbräuchen, die mit derlei Festen verbunden sind, zu steuern und die Kinder sowohl als die Eltern daran zu gewöhnen, das wahre Glück im Familienkreise zu suchen. Das Familienleben, die Liebe, welche Eltern und Kinder verband, haben in erschrecklichem Maße abgenommen, der Opfergeist, die Uneigennützigkeit, mit der die älteren Kinder ihren ganzen Verdienst zur Bestreitung der Unkosten beisteuerten, hat einer rohen Selbstsucht und Gefühllosigkeit Platz gemacht, einmal, weil über die Pflichten der Kinder gegen die Eltern selten gepredigt wird, dann weil man die Jungfrauen und Jünglinge früh zum Eintritt in die Vereine veranlaßt und sie dadurch zu Fremden im Vaterhause macht. In Amerika wird auf Reinlichkeit und Enthaltung von allen alkoholischen Getränken ein ungebührlicher Werth gelegt. Reinlichkeit ist fast gleichbedeutend mit Heiligkeit, und wer Wein oder Bier trinkt, ist kaum weniger als ein öffentlicher Sünder. Einige Prediger versteigen sich zur Behauptung:

Mäßigkeit im Genuß geistiger Getränke sei der allerschlimmste Feind, denn viele würden von dem Versprechen der gänzlichen Enthaltsamkeit von geistigen Getränken abgehalten, weil sie irrig voraussetzten, sie könnten mäßig sein. Was erreichen die Prediger durch ihr beständiges Donnern gegen die Unmäßigen sowohl als die Mäßigen? Sie ziehen Heuchler groß. Hunderte und Tausende geberden sich öffentlich als Teatotalers, während sie im Geheimen in ihrem Cabinet die feinsten Liqueure und Weine und sich für die Entbehrung, die sie sich nach außen hin auferlegen mußten, schadlos halten.

Schon Wesley und Genossen haben statt des ganzen Evangeliums nur einen Bruchtheil, die Bekehrung und geistige Erneuerung gepredigt, unsere modernen Apostel haben sich auf die Nothwendigkeit der gänzlichen Enthaltung von geistigen Getränken beschränkt und glauben hierin ein Generalheilmittel gegen alle modernen Schäden entdeckt zu haben. Man darf sich nicht wundern, daß diese Herren sich gründlich lächerlich machen. Andere Prediger tragen die absonderlichsten Lehren vor, die sie in irgend einer Schrift gefunden haben, eben weil sie in der Schule ihr Gedächtniß mit unnützem Quark überladen und den gesunden Menschenverstand verloren haben.

Die Mannigfaltigkeit der amerikanischen Kirche, die Menge von Neubildung, die Kirchen, die aus dem Boden zu wachsen scheinen, sind nicht ein Segen, sondern eher ein Fluch für die protestantische Bevölkerung. Der erste Schritt zu einer gründlichen Reform ist das Schließen der vielen unnöthigen Kirchen, die Beschränkung der Zahl der Prediger, die Aufbesserung ihres Gehaltes, so daß sie standesgemäß leben können und den äußeren Anstand wahren. Was Bildung, taktvolles Benehmen und äußeren Schliff angeht, so stehen die protestantischen Prediger Amerikas weit tiefer, als ihre Amtsbrüder in England und Schottland, besitzen daher auch nicht das Ansehen derselben. In den größeren Städten

sind Geistliche, die mit Gelehrsamkeit große Beredsamkeit verbinden, nicht selten, wenn auch ihre Ueberschwänglichkeit und ihre Effekthascherei nicht nach unserem Geschmack sind.

Die Predigten, die auf dem Lande und in den weniger bedeutenden Kirchen von Städten gehalten werden, sind in der Regel erbärmlich und ganz geeignet, die Leute aus der Kirche zu treiben. Einige Prediger sind trocken ohne Saft und ohne Kraft, andere sentimental weinerlich, wieder andere wollen den Gelehrten spielen und behandeln philosophische und exegetische Fragen, von denen sie nichts verstehen. Da die Rhetorik in den Collegien nur höchst selten gelehrt wird, so erklärt sich der Mangel an guten Predigern von selbst. In manchen Fällen wäre die Lesung aus einem Buch oder das Ausfallen der Predigt weit besser, als die stümperhaften Vorträge, die eher verwirren und zum Lachen reizen, als belehren und erbauen.

Fein gebildete Männer aus guten Familien ersetzen durch ihren Eifer und ihre Begeisterung die Schulung und die specielle Vorbereitung auf ihren Beruf; aber die Zahl derselben ist nicht groß genug, um die übrigen mit fortzuziehen und sie für ihre Arbeit zu begeistern. Bryce, der den amerikanischen Klerus über den englischen zu stellen geneigt ist, kennt eigentlich nur einige hervorragende Geistliche, und ist mit den Zuständen auf dem Lande unbekannt.

XLVIII.

Zur Geschichte des westfälischen Friedensschlusses.[1]

1. Eine der interessantesten Fragen, die sich an die Geschichte des für die politische Gestaltung der meisten europäischen Länder so außerordentlich wichtigen westfälischen Friedens knüpfen, betrifft die Abtretung des Elsaß an Frankreich. Nicht bloß bei französischen, sondern auch bei deutschen Gelehrten obwalteten hierüber widersprechende Vorstellungen. Kraft des münster-osnabrückischen Friedensschlusses waren die bisher in habsburgischem Besitze befindlichen Ländereien des Elsaß aus dem deutschen Reichsverbande ausgeschieden und für immer mit der französischen Krone vereinigt worden. Doch nur das österreichische Elsaß war zu Frankreich geschlagen worden, die übrigen elsässischen Gebiete waren nach- wie vorher Bestandtheile des deutschen Reiches geblieben, wie die ersten Jahrzehnte nach dem westfälischen Frieden beweisen. Zu Ende des 17. Jahrhunderts war aber thatsächlich das ganze Elsaß, auch soweit es früher nicht österreichisch, sondern reichsunmittelbar gewesen war, vom Reiche losgerissen und für Frankreich in Anspruch genommen worden. Dieses Vorgehen

---

1) Jacob Dr. Karl, Die Erwerbung des Elsaß durch Frankreich im westfälischen Frieden. Straßburg, K. J. Trübner. 1897. 8° XIV und 329 S. (M. 8,50.)

Egloffstein, Hermann Freiherr von, Baierns Friedenspolitik von 1645 bis 1647. Ein Beitrag zur Geschichte der westfälischen Friedensverhandlungen. Leipzig, Hirzel. 1898. 8°. VIII und 176 S. (M. 3,60.)

suchte man nun französischerseits auf die Bestimmungen des westfälischen Friedens zu stützen. So meinte schon der Jesuit Laguille in seiner Geschichte des Elsaß (1727), nur um den Preis der Abtretung von ganz Elsaß sei Frankreich zur Eingehung des Friedens bereit gewesen. Der gleichen Ansicht huldigt sein Ordensgenosse Bougeant in seiner Geschichte des westfälischen Friedens (Paris 1744—51), deren Uebersetzer Rambach jedoch mit Recht hervorhebt, es sei ganz unzulässig, die Thatsache, daß Frankreich in späterer Zeit so weitgehende Ansprüche erhoben und auf den westfälischen Frieden gebaut habe, für die Auslegung des Friedens zu verwerthen, wie dem schon die von Frankreich lange Jahre nach dem westfälischen Frieden eingeschlagene Politik widerspreche. Die historia pacis Germano-Gallo-Suecicae, Monasterii atque Osnabrugae tractatae, Irenopoli anno MDCLXXIX berichtet ausdrücklich (S. 432), es sei von den Kaiserlichen an die Franzosen abgetreten worden Alsatia, quatenus Austriacis hactenus paruerat, adeoque Imperii in ea civibus libertati priscae servatis. Desgleichen erzählt eine „Geschichte des Dreyßigjährigen Krieges und des Westphälischen Friedens. Neue Auflage. Gotha, zu finden bey Christian Mevius 1760“ S. 169 f.: Die Franzosen „begehrten Ober- und Unter-Elsas samt dem Sundgau, Brisach, Briegau und denen darinnen gelegenen Städten, mit allen Rechten und Gerechtigkeiten, wie es das Haus Oesterreich vor diesem besessen hätte“. Dagegen suchte Pfeffel in seinen commentarii de limite Galliae (1785) darzuthun, das Elsaß sei in seiner ganzen Ausdehnung an Frankreich überlassen worden. Dem gegenüber erkannten schon Pütter und Senckenberg, daß die einschlägigen Bestimmungen des westfälischen Friedens nichts weiter besagen wollten, als daß die Krone Frankreich all' die Besitzungen und Rechte bekommen solle, welche das Haus Oesterreich bisher im Elsaß innegehabt habe, daß aber die Franzosen auf alles Uebrige einen Anspruch nicht erheben könnten. Als nun in den Stürmen der französischen Revolution die Sonderstellung, deren sich das Elsaß bisher in Frankreich erfreut hatte, durch Beschluß der Nationalversammlung aufgehoben worden war, wurde gerade von elsässischer Seite selbst daran erinnert, daß im westfälischen Frieden nur die

österreichischen Besitzungen und Rechte an Frankreich abgetreten wurden, daß aber für die übrigen elsässischen Landestheile die Landeshoheit den Ständen, die oberste Gewalt dem Reiche geblieben sei. Brennend wurde die alte Streitfrage, als infolge des großen deutsch-französischen Krieges Elsaß-Lothringen an Deutschland zurückfiel. A. Michiels suchte darzulegen (1871), es könne nicht dem leisesten Zweifel unterliegen, daß das Elsaß im westfälischen Frieden ganz und ohne jede Einschränkung, mit allen Hoheitsrechten an Frankreich abgetreten worden sei, und trotz Sybels allerdings nicht ganz glücklicher Gegenschrift stimmte eine Reihe französischer Historiker Michiels bei. Auf deutscher Seite glaubte nach Ranke's Vorgang die Mehrzahl der neueren Forscher die bestehende Schwierigkeit durch die Annahme beseitigen zu können, die fraglichen Bestimmungen des westfälischen Friedens seien absichtlich so dunkel und dehnbar abgefaßt worden, man habe französischer- wie kaiserlicherseits klare, zweifelsfreie, unantastbare Rechtsverhältnisse nicht schaffen, sondern unbeglichene und für den Augenblick unbegleichbare Streitfragen unter Vorbehalt entgegengesetzter Ansprüche in der Schwebe halten wollen (Erdmannsdörffer).

Dr. Karl Jacob gebührt das Verdienst, die Controverse, wie wir glauben, endgiltig, geschlichtet haben. Es gelang ihm dies durch Zurückgehen auf die französisch-kaiserlichen Friedensverhandlungen, — der einzige Weg, der sicher zum Ziele führte, und von dem man sich nur wundern muß, daß er nicht schon von früheren Forschern beschritten wurde. An der Hand jener Verhandlungen weist er nach, wie die Franzosen das erstemal in ihrer Replik vom 7. Januar 1646 offiziell die Forderung stellten, es solle ihnen vom Kaiser Ober- und Unterelsaß nebst dem Sundgau, Breisach, der Breisgau und die Waldstädte mit allen Rechten, mit welchen die österreichischen Fürsten diese Gebiete vor dem Kriege besessen hätten, abgetreten werden. Darauf erboten sich am 14. April die Kaiserlichen: es solle Ober- und Unterelsaß nebst dem Sundgau unter dem Titel „Landgrafschaft Elsaß“, womit eben der habsburgische Besitz im Elsaß bezeichnet werden wollte, mit den Rechten, unter welchen diese Landgrafschaft in österreichischem Besitz gewesen war, an Frankreich abgetreten werden; dagegen haben die Fran-

zosen sämmtliche von ihnen eingenommenen reichsunmittelbaren elsässischen Stände herauszugeben. Hiemit zeigten sich denn die Franzosen anfangs zufrieden; erst in ihrer schriftlichen Erwiderung auf das kaiserliche Ultimatum vom 29. Mai 1646 gingen sie über ihre ursprünglichen Forderungen hinaus, indem sie sich jetzt mit dem österreichischen Besitze im Elsaß nicht mehr begnügten, sondern neben den drei lothringischen Bisthümern Metz, Toul und Verdun und den Festungen Moyenvic und Pinerolo auch noch Breisach und die elsässischen Lande mit Einschluß aller reichsunmittelbaren Stände außer den Bisthümern und Städten Straßburg und Basel verlangten. Diese Forderungen wurden aber nicht bloß von den Kaiserlichen zurückgewiesen, sondern waren selbst dem die französischen Ansprüche sonst unterstützenden Kurfürsten Max I. von Bayern zu arg, so daß die Franzosen, denen es übrigens mit ihren neuen Prätensionen nie voller Ernst gewesen war, allmählig zurückwichen. Nachdem die Verhandlungen einige Wochen gestockt hatten, boten die Kaiserlichen am 31. August die Landgrafschaft Ober- und Unterelsaß mit dem Sundgau, sowie die Landvogtei über die zehn Reichsstädte im Elsaß an, mit einem Worte, die Gesammtheit der österreichischen Besitzungen und Gerechtsame im Elsaß, nicht mehr; die Reichsunmittelbarkeit der übrigen elsässischen Stände nahmen sie ausdrücklich in Schutz. Damit beruhigten sich denn auch die Franzosen, die ihre von den Kaiserlichen abgelehnten Ansprüche auf Einräumung des gesammten Elsaß nicht mehr zu wiederholen wagten.

War so der Umfang der abzutretenden Ländereien festgestellt, so fragte es sich, in welcher Form die Abtretung erfolgen solle? Es handelte sich darum, ob diese Gebiete ganz aus dem Reichsverbande ausgelöst werden oder aber demselben als Reichslehen auch ferner angehören und als solche an den französischen König übertragen werden sollten und ob in letzterem Falle der Krone Frankreich Sitz und Stimme auf dem Reichstage einzuräumen sei? Französischerseits war man sich hierüber anfangs noch nicht klar. Angesehene Staatsmänner, wie d'Avaux und Brienne waren für die Abtretung als Lehen, während der französische Hauptgesandte Herzog Longueville, sowie Mazarin's Vertrauter Servien für die Erwerbung zu

voller Souveränität waren; auch am Pariser Hofe waren die Meinungen getheilt, bis der Cardinal die Entscheidung zu Gunsten Serviens traf. Auf deutscher Seite hatte Maximilian I. ursprünglich der Belehnung, mit Sitz und Stimme auf dem Reichstag, das Wort geredet, da hiedurch ein Gegengewicht gegen die zu erwartende Reichsstandschaft der Schweden geschaffen würde; er meinte, auch für das Haus Oesterreich wäre eine infeudatio vortheilhafter, als die völlige Lostrennung vom Reiche, da, wenn die Belehnung agnatisch beschränkt würde, Aussicht auf künftigen Heimfall dieser Länder bestünde. Der Wiener Hof begegnete sich jedoch mit dem Cardinal Mazarin in dem Wunsche, daß die Abtretung in Form völliger Lösung vom Reichsverbande geschehe, wie schließlich auch vereinbart wurde. So hätte denn über Form und Umfang der Abtretung ein Streit nicht entstehen können, wäre nicht den an sich klaren Bestimmungen, es steht nicht fest, ob durch die Vermittler oder die Franzosen, jedenfalls nicht in bewußter, böswilliger Absicht, der berüchtigte Zusatz „Ita tamen“ beigefügt worden, der dann in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die willkommene Handhabe zu einer Auslegung, bezw. Verdrehung des Vertragstextes im Sinne der französischen Reunionen bot. Nachdem nämlich im § 87 den elsässischen Reichsständen die Erhaltung ihrer Reichsfreiheit in ea libertate et possessione immedietatis erga imperium Romanum, qua hactenus gavisi sunt, zugesichert worden war, wurde daran mit den Worten: Ita tamen, ut praesenti hac declaratione nihil detractum intelligatur de eo supremi Dominii jure, quod supra concessum est, die verfängliche Beschränkung geknüpft, daß durch vorgenannten, die Freiheit der reichsunmittelbaren elsässischen Stände schützenden Beisatz dem französischen Hoheitsrechte kein Abbruch geschehen dürfe. Die Kaiserlichen trifft allerdings der Vorwurf, daß sie, obgleich von den betheiligten Reichsständen auf die in diesem Schlußsatz liegende Zweideutigkeit aufmerksam gemacht, gleichwohl diese Fassung zugelassen haben; immerhin glauben wir, daß deren Tragweite auch nicht überschätzt werden darf, da Ludwig XIV. auch ohne den Zusatz Ita tamen Mittel und Wege gefunden hätte, den von ihm begangenen Länderraub zu beschönigen.

Wenn wir nun auch der Untersuchung Jacobs in ihrem Hauptergebnisse beistimmen, so können wir doch verschiedene Bedenken nicht unterdrücken. Wir geben ihm zu, daß der Gang der Verhandlungen über die Abtretung des Elsaß im Wesentlichen auch schon durch die reichen Bestände des Wiener Archivs festgestellt werden kann; doch dünkt es uns nicht unbedenklich, eine so wichtige Frage nur nach den Archivalien der einen dabei interessirten Mächte entscheiden zu wollen. Schon mit Rücksicht auf die französisch-bayerischen Unterhandlungen hätten auch die Pariser und Münchener Materialien herangezogen werden sollen, letztere besonders dann, wenn sich der Verfasser zu einem gerechten Urtheil über die Haltung des Kurfürsten Maximilian befähigen wollte. Solange er sich aber auf die Wiener Papiere einseitig beschränkt — die von ihm benutzten Archive von Colmar, Hagenau, Straßburg, Innsbruck, Bern kommen hier nicht in Betracht — entbehrte er der nothwendigen Grundlage, um gegen Max die Beschuldigung aussprechen zu können, er sei durch und durch unehrlich gewesen, habe Franzosen wie Kaiserliche hintergangen. Gewagt scheint die weitere Behauptung Jacobs, die einzige Aussicht, den Verlust des Elsaß zu vermeiden, wäre ein energisches Vorgehen Trauttmansdorffs gegen Bayern gewesen; wir glauben umgekehrt, daß ein solches Vorgehen Max I. nur um so rückhaltloser in die offenen Arme Frankreichs getrieben und die Lage des isolirten Kaisers erst recht verschlimmert hätte. Ueberhaupt hat sich Jacob durch Vernachlässigung des Münchener Archivs außer Stand gesetzt, der bayerischen Politik gerecht zu werden. Allerdings hat Max I. die Abtretung des Elsaß begünstigt. Allein, war letztere unter den damaligen Verhältnissen zu verhindern? War im Ernste anzunehmen, Frankreich, mit Holland und Schweden begünstigt, machtvoll und siegreich, werde dem bis zur Ohnmacht geschwächten Kaiser gegenüber die längst ersehnte Gelegenheit, das Elsaß zu erwerben, unbenutzt verstreichen lassen? War nicht vielmehr zu fürchten, daß im Falle einer längeren Fortsetzung des Krieges noch mehr verloren gehe? Konnte man es dem bayerischen Kurfürsten, der im Verlaufe des langen, blutigen Krieges so viele und

schwere Opfer gebracht hatte, verdenken, wenn er gleich allen anderen Fürsten das mühsam Errungene zu behaupten trachtete? Hätte er sich bei der notorischen Abhängigkeit, in der sich der Wiener Hof vom Madrider befand, bei der offenen Feindseligkeit, welche Schweden und die deutschen Protestanten gegen Bayern bekundeten, auf Gnade und Ungnade dem Belieben der ihn hassenden Spanier und Schweden überantworten sollen? Reiche und wichtige Aufschlüsse hätte Jacob ferner finden können in der Coleccion de documentos ineditos para la historia de España por el Marqués de la Fuensanta del Valle, D. José Sancho Rayon y D. Francisco de Zabalburu, Tom. LXXXII, Madrid 1884.

Wenn Jacob sodann wider den Kaiser den Vorwurf schleudert, derselbe habe im Friedensschlusse die Reichsinteressen nicht gewahrt, so genügen uns die von ihm vorgeführten Thatsachen zur Begründung einer so schweren Anklage keineswegs; im Gegentheil haben wir aus den Studien der westfälischen Verhandlungen den Eindruck gewonnen, der Kaiser habe das Menschenmögliche gethan, um unter den damaligen für ihn und das Reich so trostlosen Verhältnissen die Interessen des Reiches zu schützen und zu retten, was zu retten war. Recht engherzig erscheint es uns, wenn Jacob es dem französischen Gesandten d'Avaux wiederholt verübelt, daß sich derselbe der katholischen Sache annahm, und ihn deshalb „klerikaler Tendenzen" beschuldigt. Noch viel entschiedener als die Franzosen, bezw. d'Avaux für die Katholiken, haben sich die Schweden für die deutschen Protestanten verwendet; warum wirft er denn nicht auch den Schweden „klerikale Tendenzen" vor? Zu tadeln ist endlich, daß der Schrift kein alphabetisches Personen- und Sachverzeichniß beigegeben ist; der Preis des Buches (M. 8.50) ist unverhältnißmäßig hoch.

2. Der venetianische Botschafter Luigi Contarini, der auf dem Congresse zu Münster neben dem Nuntius Fabio Chigi als Friedensmittler eine sehr hervorragende Rolle spielte, sagt in dem nach seiner Heimkehr (1650) dem Dogen erstatteten Berichte: L'Elettor di Baviera per le adherenze della sua casa è stato uno dei prencipali agenti nei trattati,

e si può dire con verità, che sia seguita la pace, perch' egli l'ha voluta, niente curatosi che li Spagnuoli vi siano restati esclusi, indotto l'Imperatore ad assentirvi con le proteste e con la forza (bei Fiedler, Die Relationen der Botschafter Venedig's über Deutschland und Oesterreich im 17. Jahrhundert. Wien 1866. S. 318). Daher war es eine ebenso wünschenswerthe, als lohnende Aufgabe, Bayerns Stellung auf dem westfälischen Friedenscongreß zum Gegenstande einer eigenen Untersuchung zu machen. Hermann Freiherr v. Egloffstein, ein Schüler des jüngst verstorbenen Professors Stieve in München, hat diese Arbeit übernommen und in befriedigendster Weise erledigt. Der Verfasser begnügte sich nicht mit dem ohnehin schon außerordentlich reichhaltigen Briefwechsel des Kurfürsten mit seinen Gesandten zu Münster und Osnabrück, er durchforschte auch noch die Akten des K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien, das Archivio di stato in Venedig, das k. Staatsarchiv zu Hannover, das herzogliche Hauptstaatsarchiv in Wolfenbüttel. Einen ganz besonderen Werth erlangt aber seine Schrift dadurch, daß es ihm gegönnt war, das sonst schwer zugängliche Material des fürstlich Trauttmansdorffischen Archivs zu Bischofteinitz in Böhmen zu benützen, da ja bekanntlich ein Vorfahr des jetzigen Fürsten, der Graf Maximilian von Trauttmansdorff, der Vertraute und Hauptgesandte Ferdinands III. war, dessen Erscheinen auf dem Friedenscongreß die bisher nur lässig geführten Verhandlungen erst recht in Fluß brachte, und dessen Correspondenz mit dem Kaiser, mit Max I. von Bayern und anderen hervorragenden Persönlichkeiten uns einen ungemein interessanten Einblick in das Getriebe der damaligen Politik gewährt und zum Verständnisse derselben von wesentlicher Bedeutung ist.

Der leitende Grundgedanke für Maximilians I. Stellungnahme zu den Friedensverhandlungen ist sein durch die Rücksicht auf sein hohes Alter und die gänzliche Erschöpfung seines Landes hervorgerufenes sehnsüchtiges Verlangen nach Frieden; daher betitelt Egloffstein seine Schrift: Bayerns Friedenspolitik. Hatte Max seit dem Ausbruche des unheilvollen Krieges die kräftigste Stütze der kaiserlichen und katholischen Sache ge-

bildet, so setzte er sich vom Jahre 1639 an, gleich seinen übrigen Collegen durch den ungünstigen Verlauf der letzten Feldzüge entmuthigt und über den Kaiser, der weder den Willen noch die Kraft bekundete, den schreienden, im Heer- und Geldwesen eingerissenen Uebelständen abzuhelfen, den entsetzlichen Ausschreitungen der kaiserlichen Truppen und der Habgier ihrer Führer energisch entgegenzutreten und sich von dem ihn zu immer schrofferen Feindseligkeiten gegen Frankreich fortreißenden spanischen Königshause loszusagen, erbittert, in entschiedenen Gegensatz zum kaiserlichen Hofe. Während dieser die schon Jahre zuvor durch den päpstlichen Stuhl angeregten Friedensverhandlungen nur lau betrieb, verabredete der Kurfürst gemeinsam mit seinen Collegen von Mainz und Köln im Mai 1642 zwar die Fortsetzung des Krieges, aber zugleich eine Gesandtschaft an den Papst, um durch diesen die französische Krone für eine Beschleunigung des Friedenswerkes zu gewinnen. Die unglücklichen Feldzüge der folgenden Jahre veranlaßten ihn, seinen Hofkammerpräsidenten Johann Mändl an den Kaiser zu senden, um ihn eindringlichst zum Frieden zu mahnen, wie er denn auch unbekümmert um die tiefe Abneigung, die Ferdinand vor einer Theilnahme der Reichsstände, selbst der Kurfürsten, an den Friedensverhandlungen hegte, im Dezember 1644 eine Gesandtschaft, bestehend aus dem geheimen Rathe Georg Christoph von Haslang und dem Hofrathe Dr. jur. Joh. Adolf Krebs, nach Münster abordnete. Auf das lebhafteste befürwortete er beim Kaiser die von Frankreich und Schweden geforderte Zulassung der Reichsstände zum Congresse, wie die Verlegung des völlig ins Stocken gerathenen Frankfurter Deputationstages nach Münster, ein Verlangen, dem sich der Wiener Hof nach dem glänzenden Siege, den Torstenson am 6. März 1645 bei Jankau in Böhmen über die Kaiserlichen erfochten hatte, auf die Dauer nicht widersetzen konnte. Die Jankauer Hiobspost bestärkte den Kurfürsten in seiner Friedenssehnsucht. Hatte er, einem längst gehegten Wunsche folgend, am 3. März seinen Beichtvater, den Jesuiten P. Vervaux, zu geheimen Verhandlungen nach Paris gesandt, so schärfte er seinen Bevollmächtigten zu Münster ein, nicht bloß in eigener

Person, sondern auch durch die beiden Friedensmittler Chigi und Contarini die Franzosen, besonders d'Avaux, zur Förderung der Verhandlungen anzuspornen. In einer am 10. April zwischen d'Avaux und Haslang stattgehabten Unterredung gab ersterer zu verstehen, Schweden verlange als Siegespreis das Herzogthum Pommern, Frankreich aber die Landgrafschaft Elsaß, Breisach und Philippsburg; unterstütze der Kurfürst diese Forderung, so könne er darauf rechnen, daß Frankreich auch ihn in Wahrung seiner Hausinteressen, der Kur und des Besitzes der Oberpfalz, beschützen werde.

Max I. wußte sehr wohl, daß nicht bloß der Pfalzgraf Karl Ludwig, der Sohn des Winterkönigs, sondern auch die Schweden und Spanier seine Standeserhöhung und Machterweiterung aufs heftigste bekämpften; er erkannte, daß er angesichts des offenkundigen Uebergewichts, das die Spanier auf Ferdinand III. erlangt hatten, für sich allein dem Andrängen so mächtiger Feinde nicht gewachsen sei und sich daher um einen kräftigen Bundesgenossen umsehen müsse, und beschloß daher, sich durch Begünstigung der französischen Forderung den Beistand dieser Krone zu sichern. Hierin ließ er sich weder durch die kühle Aufnahme, die Mazarin dem P. Vervaux bereitet, und den schnöden Vertrauensbruch, den der Cardinal durch Bekanntmachung der bayerischen Anträge begangen hatte, noch durch das Mißtrauen, das er mit seinen Sonderverhandlungen bei den Kaiserlichen, den Protestanten und Schweden erregt hatte, im geringsten beirren. Immer wieder wies er seine Gesandten an, sich mit den Franzosen, besonders mit dem den Bayern wohlwollenden d'Avaux, auf guten Fuß zu stellen, unablässig drang er in sie, zu Gunsten des Friedenswerkes keine Mühe und Anstrengung zu scheuen. Im selben Sinne war er unaufhörlich beim Kaiser thätig, dem er Nachgiebigkeit gegen Frankreich empfahl. Wohl seien dessen Forderungen sehr groß, immerhin erscheine es besser, „einen partiel, wie schwer er auch ankömt, nachzusehen, dann das universale selbsten zugleich damit in augenscheinliche gefahr zu setzen". Sein Plan ging dahin, die beiden Kronen durch Befriedigung ihrer territorialen Ansprüche zum Friedensschlusse mit dem

Reiche zu bewegen, hiedurch ihre enge Verbindung mit den deutschen Protestanten zu lockern und so diese zu zwingen, ihre weitgehenden Forderungen herabzustimmen. Freilich hielt es sehr schwer, hiemit bei den Kaiserlichen durchzudringen, die der bayerischen Politik entgegenarbeiteten, wo sie nur konnten, ja selbst vor Verleumdungen nicht zurückschreckten, und trotz der fortwährend wachsenden Bedrängniß der katholischen Partei in unbegreiflicher Verblendung an der Einbildung festhielten, daß es einer Landabtretung an Frankreich zur Erlangung des Friedens nicht bedürfe. Max I. setzte alle Hebel in Bewegung, um diesen Irrthum zu bekämpfen, und ließ den Kaiserlichen ein Schreiben des mit ihm in regelmäßigem Briefwechsel stehenden Pariser Nuntius Bagni mittheilen, wornach die Krone Frankreich; trete man die von ihr gewünschten Gebiete nicht ab, fest entschlossen sei, den Krieg gegen das Reich und das Haus Oesterreich noch eifriger als je zuvor fortzusetzen, um nicht nur die bisherigen Eroberungen festzuhalten, sondern ihre Macht noch zu vergrößern; an der Ausführung dieses Vorhabens aber würde sie sich durch „einigen respect der katholischen Religion, ihrer aigenen gefahr und vergießung so viler christen, ia ihrer selbst angehorigen und underthonen bluts nicht abhalten lassen".

Zu demselben Zwecke sandte er Mändl abermals nach Wien, und wie es schien, verfehlten dessen Vorstellungen ihren Eindruck auf den Kaiser nicht, der nunmehr seinen vertrautesten Rathgeber, den Grafen Trauttmansdorff, einen der entschiedensten Gegner der spanischen Partei, zum Hauptgesandten in Münster ernannte und mit den weitesten Vollmachten ausrüstete. Um so größer war aber die Bestürzung des Kurfürsten, als er erfuhr, daß Trauttmansdorff, so sehr er auch mit ihm im Verlangen nach dem Frieden übereinstimme, doch über die Art und Weise, denselben zu erlangen, durchaus entgegengesetzter Ansicht sei. Der Graf beabsichtigte nämlich, den Frieden nicht, wie Maximilian, zunächst durch Befriedigung der Kronen und Isolirung der deutschen Protestanten herbeizuführen, da ja dies nicht ohne eine bedeutende, auf Habsburgs Unkosten zu bewerkstelligende Gebietsabtretung an Frankreich geschehen konnte, er strebte gerade umgekehrt in erster Linie den Ausgleich mit den

protestantischen Reichsständen und allenfalls auch mit den Schweden an, worauf man sich mit vereinten Kräften gegen Frankreich wenden und demselben jedenfalls günstigere Friedensbedingungen abringen, dem Hause Habsburg aber den Verlust des Elsaß ersparen konnte. Bei dem tiefen Mißtrauen, das man selbst auf Seiten der katholischen Abgeordneten in die Aufrichtigkeit der französischen Friedensbestrebungen setzte, fand Trauttmansdorffs Politik den Vorzug vor der des bayerischen Kurfürsten, und nicht bloß den Beifall Contarini's, sondern sogar der kurkölnischen, ja selbst bayerischen Gesandten, welch letztere hierin also in Gegensatz zu ihrem Herrn traten und den Anschein der Doppelzüngigkeit erweckten; hiemit erledigt sich, wie v. Egloffstein zeigt (S. 63, A. 7), der von Jacob (S. 100) erhobene Vorwurf über die Unehrlichkeit der Bayern.

Gleichwohl gab der Bayernfürst seine Auffassung nicht auf, wieder sandte er Mändl zum Kaiser, um diesen inständigst zur Beschleunigung des Friedensschlusses durch Abtretung des Elsaß zu mahnen, unermüdlich legte er dasselbe wie seinen eigenen Gesandten, so dem Grafen Trauttmansdorff an's Herz. Trotz seiner von der des Kurfürsten abweichenden politischen Anschauung und wiederholter scharfer schriftlicher Auseinandersetzungen mit demselben theilte der kaiserliche Hauptgesandte doch nicht die feindselige Gesinnung seines Collegen Vollmar gegen Bayern und widerstand besonnen und ehrenhaft der Versuchung, an dem langjährigen, treuen Verbündeten des Kaisers um seines jetzigen Verhaltens willen kleinliche Rache zu üben, ja er nahm sogar trotz der bayernfeindlichen Einflüsterungen der Spanier, mehrfach mit allem Nachdrucke für Maximilian Partei. Als er sich nun schließlich überzeugen mußte, wie seine Hoffnung, mit den Protestanten und Schweden in's Reine zu kommen, eine trügerische sei, da entschloß er sich endlich, dem Zureden der Mittler und dem Drängen Maximilians nachzugeben und ließ den Franzosen durch die Bayern eröffnen, wenn sie sofort einen allgemeinen Waffenstillstand eingingen, so bestünde Geneigtheit, mit ihnen wegen Ueberlassung des Elsaß zu verhandeln; nur hinsichtlich der Festung Breisach müsse er weitere kaiserliche Entschließungen abwarten. Kaum

hatte der Kurfürst hievon Nachricht erhalten, als er den Kaiser durch einen Eilboten beschwor, doch nicht um dieser letzten Forderung der Franzosen willen den Frieden in Frage zu stellen. Doch wollte weder Ferdinand III. noch Trauttmansdorff von einem Verzichte auf Breisach etwas wissen; daher redeten die bayerischen Gesandten den Franzosen auf das eifrigste zu, ihren Ansprüchen auf Breisach zu entsagen, ohne jedoch den geringsten Erfolg zu erzielen. Auch mit der ihnen von den Bayern angetragenen Schleifung der Festungswerke wollten sich die Franzosen nicht begnügen, weßhalb Max I. am 5. Mai 1646 unter ausführlicher Darlegung der Nothlage der katholischen Parteigenossen und Androhung seines Abfalles auf's neue die flehentliche Bitte an den Kaiser richtete, den Forderungen der übermächtigen Feinde nicht länger zu widerstehen. Das gleiche Ansinnen wiederholte er in einem dringenden Schreiben vom 19. Mai und hatte die Genugthuung, unter dem 27. Mai ein kaiserliches Schreiben mit der Einwilligung in die Abtretung Breisachs zu erhalten, wovon er seine Gesandten zu Münster sofort mit dem Auftrage benachrichtigte, auch dem Grafen Trauttmansdorff wie den Franzosen Mittheilung zu machen.

Trotzdem kam es zur gehofften Verständigung zwischen dem Kaiser und Frankreich noch nicht, da sich die Kaiserlichen ungeachtet der ausdrücklichen Ermächtigung ihres Herrn und der geradezu verzweifelten Lage der katholischen Partei noch immer sträubten, rückhaltlos auf Breisach zu verzichten, vielmehr die Abtretung dieses Platzes an Bedingungen knüpften, welche die Franzosen als unannehmbar erklärten. Die Bestürzung des Kurfürsten wurde durch die Meldung gesteigert, Turenne sei im Anmarsche gegen die kurkölnische Stadt Andernach begriffen, und auch die Schweden hätten ihr Heer beträchtlich verstärkt und unter den Oberbefehl Torstensons gestellt. Wieder bestürmte Maximilian den Kaiser, möglichst bald Frieden mit den Franzosen zu schließen, während er letzteren ihre maßlosen Forderungen und Unzuverlässigkeit vorstellen ließ; hatte doch Servien, der im Gegensatze zu seinem Collegen d'Avaux den Bayern durchaus mißgünstig gesinnt war, die Schweden in ihrem Hasse gegen Bayern noch bestärkt, ja die Franzosen

hatten sich mit diesen einen dreisten Betrug, an welchem sogar der Pariser Nuntius Bagni betheiligt war, erlaubt. Gleichwohl brach Max die Fühlung mit ihnen nicht ab, vollzog jedoch im Sinne der Politik Ferdinands III. und Trauttmansdorffs eine Schwenkung nach der Seite der Protestanten und Schweden, um sie für seine Ansprüche in der pfälzischen Sache zu gewinnen. Doch nur zu bald zerschlug sich die auf eine Verständigung mit Schweden gesetzte Hoffnung, und als nun die Kunde erscholl, Turenne habe den Rhein überschritten, das schwedisch-hessische Heer unter Wrangel in Hessen erreicht und mit diesem vereint den Marsch nach Süden eingeschlagen, da strengte der Kurfürst seine letzten Kräfte an, um im Bunde mit den Mittlern die Kaiserlichen dahin zu bringen, den Franzosen ein neues, der früheren Beschränkungen entbehrendes Angebot hinsichtlich des Elsaß mit Breisach zu machen. Wirklich gelang ihm dies, und die Franzosen nahmen denn auch die ihnen gemachten Zugeständnisse an. Dies hinderte freilich nicht, daß das französisch-schwedische Heer im September 1646 sengend und brennend in dem ohnehin schon schwer heimgesuchten Lande des Kurfürsten einfiel, der sich nach Wasserburg flüchten mußte. Um so glühender wurde sein Verlangen nach Frieden, den er beim Kaiser wie bei den Franzosen angelegentlicher denn je betrieb. Als jedoch die Verhandlungen auf neue Schwierigkeiten stießen und immer neue Stockungen eintraten, sah Max, um sich und sein Land vor dem völligen Untergange zu bewahren, nur mehr ein einziges Mittel übrig: die Trennung vom Kaiser und den Abschluß eines Waffenstillstandes mit den beiden Kronen. So kam es nach langen und schwierigen Verhandlungen zum Vertrage von Ulm, 14. März 1647, worin er gegen eine Reihe bedeutender Zugeständnisse von Frankreich und Schweden Waffenruhe erkaufte.

Hiemit bricht von Egloffstein seine Darstellung ab. Es ist zu bedauern, daß er dieselbe nicht bis zum Zustandekommen des westfälischen Friedenswerkes fortgeführt hat, nachdem er das gesammte Material nun doch schon vor sich liegen hatte und mit demselben wie kein zweiter vertraut geworden war. Seine Untersuchung bestätigt durchwegs das oben erwähnte

Urtheil Contarini's über die ausschlaggebende Rolle, die Bayern auf jenem in so mannigfacher Beziehung tiefeingreifenden und bahnbrechenden Congresse bekleidet hat. Den massenhaften, spröden Stoff hat der Verfasser gründlich verarbeitet und gewandt beherrscht; nur hätten wir gewünscht, daß er die etwas ermüdende Darstellung durch reichlichere Gliederung mehr belebt und veranschaulicht hätte. Dem Urtheile, welches in der Vorrede über Koch, Geschichte des deutschen Reiches unter der Regierung Ferdinands III., und Schreiber, Maximilian I., der Katholische, Kurfürst von Bayern und der dreißigjährige Krieg, gefällt wird, möchten wir in der vom Verfasser beliebten Härte nicht beipflichten; so „völlig unbrauchbar" sind diese beiden Arbeiten denn doch nicht, wenigstens werden sie noch jetzt, und nicht bloß von Anfängern oder Laien in der Historie, fleißig benützt.

Dillingen a. D. Dr. Jos. Schnitzer.

XLIX.

Zeitläufe.

Ueber Oesterreich und über Ungarn.

Den 24. März 1899.

II.

Baron Banffy war vier Jahre lang ungarischer Ministerpräsident. Bekannt war er als Obergespann in Siebenbürgen und Unterdrücker der sächsischen Nation. Niemand hätte geglaubt, daß der Mann einst die Zeitungen in aller Welt derart beschäftigen würde, wie es geschah. Er war aber eigentlich der Platzhalter der calvinisch-jüdischen „Clique

Tisza", welche durch 23 Jahre das Heft in Ungarn in Händen hatte. Bei den Neuwahlen im Herbst 1896 wußte er sich eine geradezu riesige Mehrheit im Reichstage zu erkünsteln, und als die Minderheit nach dem verlockenden Beispiel im Wiener Reichsrath zur Obstruktion griff, ließ er sich durch seinen Parteiclub die sogenannte „lex Tisza" unterfertigen, durch welche er ermächtigt worden wäre, in dem Zustand der Außergesetzlichkeit über die schwebenden dringlichen Angelegenheiten zu verfügen. Aber da kam das Maß zum Ueberlaufen. Dreißig angesehene Mitglieder der Regierungspartei, darunter der Präsident des Abgeordneten-Hauses, liefen als „liberale Dissidenten" zur Minderheit über, und nun ging die Todtrednerei erst recht los. Fast sechs Monate hindurch wüthete der Kampf und legte das Parlament vollständig lahm. Banffy rühmte sich aber immer noch des vollen fortdauernden Vertrauens der Krone und berief sich auf die ihm anhängende Mehrheit. Als er am 18. Februar in der Kammer endlich doch seinen Rücktritt anzeigte, konnte er sich des glänzenden Lobes in dem königlichen Verabschiedungs-Erlaß und der Verleihung eines vornehmen Hoftitels zum Uebertritt in das Magnaten-Haus erfreuen.

Im November v. Js. lautete ein Bericht über die Lage in Ungarn: „Es ist jetzt in Ungarn so weit gekommen, daß das Ministerium Banffy allen Ernstes damit rechnet, ohne Budget zu regieren, in der sicheren Erwartung, der Reichstag werde nach Beendigung der parlamentslosen Zeit später die Indemnität ertheilen. Man weiß, daß Tisza seinerzeit gleichfalls durch Straßenunruhen gestürzt wurde, und diese Erinnerung ist es, welche die Tisza, Vater und Sohn, bestimmt, die Säulen des jetzigen Kabinets zu bilden. In Ungarn besteht eine eigenthümliche Abart des Parlamentarismus: der Terrorismus; er war bisher das einzige Mittel, durch welches ein im Amt befindlicher Minister gestürzt werden

konnte." [1]) Kurz darauf hat sich ein urmagyarischer Magnat über den jetzigen Minister ausgesprochen: „Im Auslande gilt Banffy als großer liberaler Staatsmann, in Ungarn betrachtet man ihn als komische Figur. Mit Unrecht allerdings; denn Baron Banffy weiß, was er will, und er besitzt Kraft und Zähigkeit. Seine eiserne Hand bekam die Opposition bei den letzten Wahlen zu fühlen. Er hat durch alle Mittel der ‚Pression und Corruption', wie man in Ungarn zu sagen pflegt, was aber, deutlicher gesprochen, brutalste Gewaltthätigkeiten und schamloseste Bestechungen bedeutet, die oppositionellen Parteien von ungefähr 200 auf ungefähr 100 Stimmen reducirt. Denn das liberale Ungarn besitzt das reaktionärste, ungerechteste und abscheulichste Wahlgesetz in Europa. Ungarn zählt mehr als 16 Millionen Einwohner, von diesen sind aber nur 600,000 Steuerzahler wahlberechtigt". [2]) Immer wieder werden von solchen Berichterstattern die schreienden Uebelstände der einst vielgerühmten „Tisza-Aera" zur Schuld angerechnet. „Nicht um ethische Güter kämpfte die im Rahmen der Partei verbliebene Majorität, sondern um die Aufrechthaltung jenes politischen Systems, das an die Namen und an die Personen des Hauses Tisza geknüpft ist, des Systems der Trinkgelder, der Dotationen, der Verwaltungsrathsstellen. Die fünfzehn Jahre des Tisza'schen (Minister)-Regimes bedeuteten ebenso politische Stagnation, wie moralischen Rückschritt". [3]) Es muß wohl viel Wahres an diesen Klagen seyn, wenn selbst die Presse der Juden, für die das magyarische Ungarn

---

1) Aus Wien in der Münchener „Allg. Zeitung" v. 24. Nov. 1898.

2) Aus Budapest s. Harden's „Zukunft". Berlin vom 30. Dezember 1898. S. 469.

3) Aus Budapest s. „Wochenschrift der Frankfurter Zeitung" vom 24. Dezember 1898.

spekulativ ein wahres Paradies war, jetzt eine solche Sprache führt:

„Man weiß nicht, ob das nachfolgende Regime, wenn es zu Jahren kommt, nicht dieselben Gebrechen aufweisen wird, wie das jetzt gestürzte. Aber trotzdem muß man sagen: wenn es gelungen wäre, das jetzige noch weiter zu conserviren, so wäre Ungarn moralisch einfach zu Grunde gegangen. Hier konnte faktisch die Rede sein von einem Knirschen des ganzen inneren Menschen Angesichts der maßlosen politischen Corruption, zu deren Verherrlichung sich noch obendrein nicht nur feile Federn fanden, nein, die das Volk geradezu der Scham entwöhnte und jede Regung des öffentlichen Gewissens mit infamem Hohne schon im Keime erstickte. Nie ist der Name des Liberalismus so cynisch geschändet worden wie von dieser Interessencoterie, die unter Liberalismus nicht anderes verstand, als das Recht auf ungenirte Ausbeutung; nirgends haben sich die Behörden so rücksichtslos über den klaren Wortlaut der Gesetze hinweggesetzt, als unter diesem Regime, das sich ein liberales nannte und von seinen publizistischen Trabanten als den Hort des europäischen Liberalismus feiern ließ. Das Maß seiner Sünden war voll bis zum Ueberlaufen, und wenn der Moment der Justifikation nicht endlich eingetreten wäre, hätte man an aller Gerechtigkeit in diesem Lande verzweifeln müssen“.[1])

Als im Januar v. Js. eine siebenbürgisch-sächsische Frauen-Deputation bei Banffy um seine Fürsprache für eine Audienz bei dem Kaiser für ihre nationalen Beschwerden nachsuchte, sagte dieser Rathgeber der Krone: „In Ungarn mache der König keine Politik, sondern die Politik werde von der Regierung gemacht“. Das heißt von der parlamentarischen Parteiherrschaft. Ueber dieses im Herbst zuvor gewählte Parlament berichtete eine Zuschrift aus der Haupt-

1) Aus Budapest s. „Wochenschrift der Frankfurter Zeitung“ vom 4. Februar d. Js.

stadt: es sei das reinste Panama. „Heute haben mehr als fünfhundert Unternehmungen Reichstagsabgeordnete in ihren Direktions- oder Verwaltungsrathsitzen, und nahezu 75 Prozent aller Abgeordneten sind an diesen betheiligt". Der Bericht bemerkt, bloß die „katholische Volkspartei" habe keine Vertreter auf diesem Gebiete, dagegen sei „ein typisches Beispiel geriebener Profitjäger Graf Stefan Tisza, der Sohn des früheren Ministerpräsidenten, der ein halbes Dutzend Direktionsraths-Stellen in sich vereinige".[1]) Zwar existirt ein sogenanntes Incompatibilitätsgesetz vom Jahre 1875, welches mit dem Abgeordnetenmandat solche und alle anderen Abhängigkeitsverhältnisse als unvereinbar erklärt. Aber das war veraltet und vergessen. Als endlich doch aus der Mitte der „Volkspartei" einige der grassesten Fälle im Parlament zur Anzeige kamen, entstand ein gewaltiger liberaler Schrecken auf den Minister-Bänken:

„Die Presse präludirt bereits den Angriffen auf die materielle Abhängigkeit der Abgeordneten. ‚Budapesti Hirlap' charakterisirt scharf, aber treffend die herrschenden Verhältnisse mit den Worten: ‚Wer sieht und fühlt nicht den Unrath, welcher hinter den liberal angestrichenen Coulissen des herrschenden politischen Schauspiels sich aufgehäuft hat und reif geworden ist? So viele Affairen, so viele Symptome ein und derselben verabscheuungswürdigen Krankheit. Wohin sind die unabhängigen Männer gekommen, welche nicht kaufen, nicht verkaufen, mit ihrem Mandat keine Geschäfte machen, die nicht Einfluß, Vermögen, Rang und Ansehen, sondern Gewissenhaftigkeit und Ueberzeugung in die Kämpfe der Legislative tragen? Die siegreiche Strömung, welche die alten Sitten zerstört, hat sie theils verschlungen, theils niedergeschlagen. Jetzt jammert auch schon Jókai, bisher der unerschütterlich Getreue des herrschenden Systems: Die Schlagworte der Freiheit, Gleichheit, Brüder-

---

1) Aus Pest im Berliner „Vorwärts" vom 9. April 1897.

lichkeit sind vom Realismus, Streberthum, Eigeninteresse abgelöst worden'. Nun sieht es auch unser poeta laureatus ein. In der von der Regierung beabsichtigten Ueberweisung der Ehrenbeleidigungsprozesse von Privaten vom Schwurgericht an das ordentliche Gericht sieht nun die öffentliche Meinung einen Schutz für die bedrohte liberale Partei". [1])

Vor Jahr und Tag gab ein Abgeordneter Namens Rohonczy, welcher sich als früherer eifriger Verehrer Banffy's erklärte, vor dem in peinlichem Schweigen verharrenden Hause ein Bekenntniß ab, mit dem er sofort seine Mandats-Niederlegung verband. „Bei den letzten Wahlen, im Herbst 1896, habe die liberale Partei 3 Millionen Gulden zu Agitationszwecken vertheilt, er selbst habe 5000 Gulden bekommen, und Jedermann auf der rechten Seite des Hauses habe mehr oder weniger erhalten. Nicht der Ministerpräsident persönlich habe die Gelder herbeigeschafft und den Candidaten übergeben, sondern diejenigen, welche sich mit diesen Summen Titel und Würden erkauften". [2]) Dazu kamen noch anrüchige Eisenbahn-Concessionen und ähnliche Unternehmungen mit Staatsunterstützung für die Wahlhelfer. [3])

Eine eigentliche Wahlgesetz-Reform kam trotz aller Klagen nie zu Stande. Das neue Gesetz vor den letzten Wahlen behandelte nur Aeußerlichkeiten, und hatte vornehmlich den Zweck, den sogenannten „Kanzelparagraph" durchzusetzen und die Bethätigung der Geistlichen bei den Wahlen zu behindern. [4]) Die darauf folgenden Wahlen zeigten denn auch Erscheinungen, über die alle Welt sich scandalisirte. Selbst ehrlich

1) Aus Pest s. Berliner „Kreuzzeitung" vom 26. März 1897.

2) Münchener „Allg. Zeitung" vom 18. Februar 1898.

3) Aus Wien s. „Kölnische Volkszeitung" v. 29. Dez. 1898.

4) Aus Budapest in der Münchener „Allg. Zeitung" vom 24. Juni 1896; vgl. Berliner „Germania" vom 3. Okt. 1896.

liberale Blätter in Ungarn geriethen darüber außer sich. Eines derselben sagte, unter wegwerfendster Charakteristik Banffy's: „Lauter Männer, die kein anderes Verdienst haben, als daß sie den Karren des Ministerpräsidenten geschoben haben; daß sie gewählt werden, dafür garantirt Banffy, den selbst Koloman Tisza in der cynisch-gewaltthätigen Anwendung des amtlichen Apparats nicht überflügeln konnte". Der „Budapesti Naplo" fügte hinzu:

„Wenn dies weiter dauert, wenn das System sich einnistet, bei welchem nicht Verdienst und Talent, nicht die geistigen und moralischen Eigenschaften die Qualifikation für die Theilnahme an der Arbeit der Gesetzgebung bilden, sondern das Geld, die Macht oder der Tenor der Phrase, so muß der ungarische Parlamentarismus früher oder später auch jene Fähigkeit verlieren, der zuliebe wir ihm alle seine Mängel verzeihen konnten, die Fähigkeit, welche auf die Aufrechterhaltung der staatlichen Suprematie der ungarischen Race gerichtet ist. Das ungarische Parlament wird bei einem solchen System zum Trödelmarkte erniedrigt, die nationale Hegemonie gefährdet. Wir scheuen nicht mehr vor der Revision des Wahlgesetzes zurück, seitdem wir Augenzeugen der gegenwärtig geübten Machinationen geworden. Wir müssen endlich dem krankhaften Zustande, diesem Progresse der Destruktion ein Ende bereiten, welche mit dem Umsturze des ganzen constitutionellen Lebens drohen. Wir müssen endlich die constitutionelle Quelle, welcher die politische Machtführung entspringt, von dem Schmutze befreien, welcher ihr Wasser trübt. Wenn dies nicht geschieht, so gelangt die ungarische Constitution zum Rande des Ruins, so gehen die wichtigsten Garantien der öffentlichen Freiheit verloren". [1])

Es ist bezeichnend, daß Banffy am letzten Ende noch dem Monarchen zur Beseitigung der Obstruktion die Auf-

1) Wiener „Vaterland" vom 18. Oktober 1896.

lösung des Parlaments empfahl, denn einen günstigen Ausfall der Neuwahlen könne er verbürgen, und dann wolle er die dringendsten Aufgaben, den Ausgleich und die neue Geschäftsordnung, mit dem neuen Hause selbst noch in Ordnung bringen. Das war aber dem Kaiser doch endlich zu viel zugemuthet. Auch hatte Banffy als seinen Nachfolger im Ministerium den Honvedminister Fejervary vorgeschlagen, der am leichtesten mit der Opposition fertig werden würde. Der Kaiser aber wählte den Abg. Geheimrath Koloman von Szell, der seit seiner Ministerzeit im Jahre 1878 wegen seiner Haltung in der bosnischen Frage in Ungnade gewesen war. Herr von Szell trat nun die Regierung an mit dem gegenwärtigen Abgeordneten-Hause und unter Beibehaltung der meisten der bisherigen Minister. Er rechnet also auf Beider Biegsamkeit.

Die „liberalen Dissidenten" schlossen sich selbstverständlich der Mehrheit wieder an und diese sich ihnen. Auch die Tisza-Gruppe trat nach eintägigem Bedenken dem Club wieder bei, und nach kurzer Frist hatte der neue Ministerpräsident noch einen größeren Erfolg zu verzeichnen: den Anschluß der „Nationalpartei" mit ihrem Führer, dem vielgenannten Grafen Albert Apponyi, und ihrem Clubvorstand Ferdinand Horanszky. Man bezeichnet beide, namentlich ersteren, als Candidaten für demnächst vakant werdende Ministerposten. Apponyi steht in der Ausgleichsfrage auf der gleichen staatsrechtlichen Grundlage mit der vorigen Regierung, mit der er zuletzt in den erbittertsten Kampf gerieth. Auch in der Frage wegen der Zollunion stand er bis jetzt auf dem Standpunkt ihrer Erhaltung mit Oesterreich. Die Zahl seiner Partei ist allerdings klein, und zudem sollen auch noch ein paar Mitglieder der „katholischen Volkspartei" zufallen. Aber sie ist bei der neuen Wendung immerhin im Auge zu behalten:

„Zum Verständniß der Haltung der Nationalpartei ist eine gründliche Kenntniß der hiesigen Parteizustände erforderlich. Man muß nämlich wissen, daß die Nationalpartei sich seit 10 Jahren und länger, seitdem der jetzige Präsident des Abgeordnetenhauses, von Szilagyi, aus ihrer Mitte schied, in einem stetigen, wenn auch langsamen Abbröckelungsprozeß befindet. Ihre zweideutige Haltung in den kirchenpolitischen Fragen, welche die frühere Reichstagsperiode beherrschten, brachte sie großentheils um ihre politische Bedeutung im Lande. Mehrere ihrer bewährtesten Kämpen unterlagen bei den letzten Wahlen, und selbst der Führer Graf Apponyi konnte in seinem Wahlbezirk nur mit großen Anstrengungen durchgebracht werden. Man kann sich unschwer vorstellen, welches Schicksal der Nationalpartei harren würde, wenn es jetzt zu einer Auflösung des Reichtags käme. Es könnte leicht geschehen, daß die nächsten Neuwahlen die Nationalpartei vollständig aufreiben würden. Graf Apponyi dürfte der Allerletzte sein, der sich über die Zukunft seiner Partei einer Täuschung hingibt. Er weiß, daß er als Parteiführer für das Sein oder Nichtsein seiner Partei zu kämpfen hat. Der Sturz Banffy's allein könnte vielleicht dem gänzlich verblichenen Ruhme der Nationalpartei zu neuem Glanze verhelfen".[1])

Einer Mehrheit von dreihundert Stimmen stünde augenblicklich außer der Ugron'schen und der Kossuth'schen „Unabhängigkeits-Partei" nur mehr die „katholische Volkspartei" gegenüber. Die Partei ist noch im jugendlichen Alter, aber im Fortschreiten begriffen. Auch ihr Club in der Kammer ist gegen Banffy in die Obstruktion eingetreten, mit Ausnahme zweier adelichen Herren aus persönlichen Rücksichten. Das Partei-Manifest bezeichnete die „lex Tisza" als eine

---

1) Aus Budapest s. Münchener „Allg. Zeitung v. 22. November 1898. Vgl. Michael Arpad's Aufsatz in Harden's „Zukunft". Berlin vom 30. Dezember 1898. S. 466 ff.

Felonie Banffy's gegen die Verfassung. Diese liberale Partei, heißt es weiter, benütze ihre Macht zur Vernichtung der politischen Moral; sie habe sich zum Ziel gesteckt, den Staat von der Kirche zu trennen, und seit vier Jahren regiere sie ohne Gott und Moral; sie mißachte die Gesetze und greife zur Gewaltthätigkeit; sie verspotte das Recht und huldige dem Golde und der Macht.[1]) Auch der Abg. von Asboth, der in der Meinung, die Obstruktion dürfe dem Kaiser nicht vorgreifen, von derselben Abstand genommen hatte, erklärte vor seinen Wählern: Die Clique um Wekerle, den ministeriellen Urheber der kirchenfeindlichen Gesetze, habe den Baron Banffy als Nachfolger nur empfohlen, weil sie in ihm mit Recht den Mann gesehen, der bei den Wahlen Alles der Aufgabe unterordnen werde, die zerrüttete liberale Partei wiederherzustellen und die mächtig angewachsene conservative Gegenströmung zu erdrücken.[2]) Nun richtet sich die Aufmerksamkeit wieder auf die „Volkspartei".

„Die Opposition der Volkspartei wird sich vorläufig auf die Bekämpfung des Kanzelparagraphen im Gesetzentwurfe über die Judikatur der römischen Curie und auf die aussichtslose Forderung der Revision der kirchenpolitischen Gesetze beschränken, und den ihr gemachten Vorwurf, durch Betheiligung an der Obstruktion die ihr ganz besonders gebotenen dynastischen Rücksichten vernachlässigt zu haben — was ja auch den Austritt des Grafen Moritz Esterhazy und Johann Asboths zur Folge hatte — zu entkräften, beziehungsweise ihren Fehler, dessen sich übrigens die conservativsten Elemente schuldig gemacht haben, wieder gut zu machen suchen. Immerhin wird sie der Ansatz zu einer künftigen conservativen Partei bleiben, deren Bestandtheile sich früher oder später aus der ganz disparaten

1) Wiener „Reichspost" vom 15. Dezember 1898.

2) Wiener „Vaterland" vom 30. Dezember 1898.

Regierungspartei ausscheiden müssen. Noch trösten sich die Organe der letzteren mit der Selbsttäuschung, daß der Friedensschluß mit der Obstruktion ihrer Würde, Consistenz und Einheit keinen Eintrag gethan habe. Aber seit der Erklärung Koloman Szell's, daß er die Thüren des Clubs offen halte, damit jeder, der will, hereinkommen, aber auch hinausgehen könne, ist es auch der Tiszagruppe, die sich nach 24stündigem Bedenken für das Bleiben entschloß, ganz klar geworden, daß mit der Ministerpräsidentschaft Szell's ein ganz neuer Geist in die Partei eingezogen sei. Die laut geäußerte Zuversicht der Opposition, daß nunmehr eine Aera der Gerechtigkeit und Anständigkeit beginne, daß speziell der egoistische liberale Parteiterrorismus ein Ende haben werde, dürfte wohl etwas sanguinisch sein, allein sowohl der Charakter Szell's, wie die maßgebende Rolle, welche alsbald die hervorragende Persönlichkeit Apponyi's im Club spielen wird, geben eine Gewähr, daß eine ganz wesentliche Wendung zum Bessern eingetreten ist".[1])

Glück auf den Weg, vor Allem zur Reinigung des inneren Augiasstalls!

---

1) Aus Pest s. Berliner „Kreuzzeitung" vom 3. März 1899.

L.

Religiös-sittlich!

Erwiderung auf die Zuschrift im vorigen Heft: „Religiös-sittliche oder sittlich-religiöse Erziehung?"

Die Vorkämpfer der katholischen Sache in Oesterreich betrachten den Ausdruck „religiös-sittlich", namentlich in ihrer Forderung einer Schulgesetz-Reform, als eine Art Schibboleth gegenüber der „sittlich-religiösen" Erziehung, welche das liberale Schulgesetz verlangt. Das wird wohl auch so bleiben müssen, trotz des Wunsches, der in Heft 6, S. 468 dieser Blätter ausgesprochen worden ist: „Gläubige Christen sollten consequent ‚sittlich-religiös' und nicht ‚religiös-sittlich' schreiben". — Die Begründung dieses Wunsches a. a. O. enthält nämlich einen logischen Fehler, indem der Verfasser „Grundwort" mit „Hauptsache" verwechselt hat. Die Zusammensetzung eines Grundwortes mit einem Bestimmungswort hat zur Folge einen einzigen neuen Begriff, der durch die hinzugetretene differentia specifica zu dem ursprünglichen Grundwort in das Verhältniß von species zum genus getreten ist. Der Umfang des Grundwortes wird hiebei durch das hinzugefügte bezw. in der deutschen Sprache vorgesetzte Wort eingeschränkt und in der Art bestimmt, daß das Grundwort gleichsam unter die Herrschaft des einschränkenden Begriffes geräth. Den Vorrang der Herrschaft bekommt daher der einschränkende Begriff; während er selbst unverändert bleibt, wirkt er ändernd auf das Wort ein, dem er im Deutschen wenigstens vorgesetzt wird. In ontologischer Ausdrucksweise

würde man das Grundwort materia, das bestimmende Wort forma substantialis nennen. Nach hebräischen Sprachgesetzen bleibt auch sachgemäßer der bestimmende Begriff als nomen regens unverändert (in statu absoluto) an zweiter Stelle, während der beschränkte und veränderte Begriff als nomen rectum in veränderter Form (in statu constructo) voransteht. Nach deutschem Sprachgebrauch wird das herrschende Wort vorausgesetzt und gibt dann dem ganzen Begriffe die wesentliche Form, bezw. bildet die Hauptsache. So will ich mit der Bezeichnung des Menschen als „Vernunftwesen" ihn von allen anderen unvernünftigen Wesen unterscheiden; hiebei wird die an erste Stelle gesetzte „Vernunft" doch wohl vielmehr die Hauptsache sein, als das an zweiter Stelle genannte Wesen. Ebenso unterscheide ich von Sittlichkeit überhaupt durch den Begriff „Religionssittlichkeit" „religiöse Sittlichkeit" eine von der Religion beherrschte Sitte. Die Forderung einer religiös-sittlichen Erziehung will daher besagen: Die anzustrebende Sittlichkeit der Kinder soll von der Religion beherrscht sein, aus ihr, wie aus ihrem Grunde hervorgehen. Umgekehrt verbindet man nothwendig mit der Bezeichnung „Sittenreligion bezw. sittlich-religiös" eine solche Erziehung, wobei die Moral im Vordergrunde steht, die Religion gleichsam von der Sittlichkeit beherrscht wird, während die Glaubenswahrheit, das Dogma, Nebensache ist. In diesem Sinne faßt der Liberalismus den Begriff „sittlich-religiös" auf, und stellt ihn an die Spitze der interconfessionellen Schulgesetzgebung, deren Streben eben in Oesterreich dahin geht, die katholische, auf das Dogma aufgebaute Moral durch eine rein menschliche Sittlichkeit zu ersetzen. Nach den Gesetzen der deutschen Sprache entspricht diese Bezeichnung durchaus ihrem Zwecke. Alle vom Verfasser F. J. K. angeführten Beispiele in seiner oben erwähnten Kritik des „Religiös-sittlich" rechtfertigen daher wohl unsere Forderung, bei dieser Bezeichnung „religiös-sittlich" zu bleiben, aber nicht seinen Wunsch, dafür „sittlich-religiös" einzusetzen.

Um dies nur an dem ersten Beispiele „Windmühle" zu zeigen, so versteht eben jeder Deutsche unter Windmühle eine

von allen anderen Mühlenarten verschiedene, vom Winde derartig abhängige Mühle, daß sie ohne Wind ihre Existenzfähigkeit einbüßt. Hätte der von uns bekämpfte Verfasser mit seiner Anschauung Recht, wonach unter religiös-sittlicher Erziehung „eine Sittlichkeit mit religiöser Verbrämung, eine Moral, die nicht nothwendig ihren Ursprung und ihre Sanktion in der Religion hat", zu verstehen sein soll, dann müßte man auch beim Namen „Windmühle" an eine Mühle denken, wobei der Wind etwas Nebensächliches bedeutet. Dagegen ist das Namengebende entscheidend, und daher hat eben die Mühle vom Winde ihren Namen; nach unserem Gegner müßten wir dafür „Mühlenwind" sagen. Ebenso ist nur in der Bezeichnung „religiös-sittlich" die Religion als das Maßgebende aufgestellt, ohne das die Sittlichkeit ihre Kraft und Existenzfähigkeit einbüßt. Unter den verschiedenen Arten von Sittlichkeit, die man sich denken kann — so wollen die österreichischen Katholiken im Gegensatz zum österreichischen Schulgesetz sagen — verlangen wir eine religiöse Sittlichkeit. Eben deshalb müssen sie streng bei der Bezeichnung „religiös-sittlich" bleiben. „Eine Sittlichkeit mit religiöser Verbrämung" wird dagegen nach ächt deutschem Sprachgebrauch sehr wohl durch „sittlich-religiös" ausgedrückt werden.

Mautern in Steiermark. A. Rösler.

LI.

Weltgeschichte in Umrissen.[1]

Ein ganz interessantes Werk in schönem Gewande. Anonym. Reichstagsabgeordneter Graf zu Limburg-Stirum, welcher die Vorrede schrieb, bemerkt am Schlusse derselben: „er zweifle nicht daran, daß, wenn dereinst der Verfasser genannt werde, das Buch dazu beitrage, dem Namen auf dem Gebiete der Literatur eine hervorragende Stellung anzuweisen.“ Autor selbst, offenbar ein Mann von umfassendstem Wissen und reicher Lebenserfahrung, will keineswegs „Geschichte im eigentlichen Sinne“ liefern, sondern „den Versuch machen, die leitenden Ideen der Zeiten hervorzuheben, um die deutsche Nation zur Erwägung ihrer Anwendbarkeit auf unsere Geschicke zu veranlassen“. Ob das gelingen werde, erscheint uns zweifelhaft. Jedenfalls wird es nur in vereinzelten Fällen geschehen, da die religiösen, politischen und socialen Grundanschauungen des aristokratischen Verfassers im Allgemeinen wenig Anklang finden dürften, und seine Aeußerungen bisweilen schwach begründet sind, der historischen Wahrheit, ja sich selbst widersprechen.

1) Weltgeschichte in Umrissen. Federzeichnungen eines Deutschen. Ein Rückblick am Schlusse des XIX. Jahrhunderts. Berlin, 1897 (Mittler und Sohn). 8°. IV und 525 Seiten, nebst einer synchronistischen Tabelle.

So behauptet Anonymus (S. 73), daß „die Menschheit über die Lehre Christi niemals hinauskommen könne", und (S. 195), daß „in Christi Worten Ziel wie Inhalt der Weltgeschichte enthalten sei", untergräbt aber gleichzeitig das Fundament des Christenthums, indem er Schöpfungsgeschichte, Sintfluth, Aufenthalt der Juden in Aegypten, Gesetzgebung am Sinai u. s. w. in's Reich der „Sage" verweist. Christus ist für den Autor nicht Gottmensch und Erlöser, sondern lediglich ein geistvoller „Religionsstifter", der, obwohl „Orientale und Semit", es dennoch „verstand, den Wüstenhauch morgenländischer Systeme von seiner Lehre abzuhalten" (S. 254). „Christi Lebensverhältnisse sind nur in schattenhaften Umrissen bekannt", heißt es an anderem Orte (S. 191), „weder Jahr noch Ort seiner Geburt wissen wir mit Bestimmtheit anzugeben". Welcher gläubige Katholik oder Protestant möchte wohl solchen Sätzen beipflichten? — Für die katholische Kirche und deren Institutionen fehlt dem Herrn Anonymus keineswegs jedes Verständniß. Er lobt die „römische Disciplin" (S. 58), in der er eine Parallele zum preußischen Armee-Geist findet; gibt zu, daß „die germanische Cultur zum stärksten Theile aus der römischen hervorwuchs" (S. 157); plädirt gelegentlich und offenbar im Hinblick auf die „drohende Russengefahr" (S. 347) für „echte Parität der christlichen Confessionen" (S. 381), läßt es aber sonst an Hieben gegen Rom und Byzanz keineswegs fehlen. „Petri Bischofthum zu Rom ist Sage" (S. 2); „Heiligen- und Reliquienverehrung deckt sich mit altheidnischer Sitte" (S. 16 und 20); „Christi Lehre steht im Widerspruch mit abendländischem und morgenländischem Dogma" (S. 193); „die Verehrung der iberischen Gottesmutter" gilt als Fetischdienst (S. 20) u. s. w. „Die römische Kirche" — obwohl „durch das Vatikanum zu islamitischem Stillstand verdammt" (S. 494) — „wetzt neuerdings ihre Waffen gegen die Könige" (S. 319) und bedeutet für das „evangelische" deutsche Kaiserthum „neben der Socialdemokratie die größte Gefahr" (S. 493). Ein protestantischer Herrscher darf daher „politische Macht der römischen Kirche in seinem Staate nicht

dulden" (S. 398); „Deutschlands Zukunft und die weltgeschichtliche Zukunft der evangelischen Lehre fallen zusammen" (S. 438). Gleichwohl ist Anonymus so rührend naiv, die katholischen Deutschen zur Todtengräberarbeit am eigenen Leibe aufzufordern, ja dieselbe als ihre „nationale Pflicht" zu betrachten! (S. 318 u. a.)

Der großpreußisch-annexionistische Standpunkt des Verf. erhält wohl hier und da ein „föderatives" Mäntelchen umgehängt, bleibt aber durchsichtig genug. Die namentlich „an die Süddeutschen" gerichtete Mahnung, den schwächlichen „Kantönligeist" fahren zu lassen, „Opfer an Sonderrechten" zu bringen, läßt uns kalt. Wir halten fest an den Bestimmungen der Reichsverfassung und der Verträge: Dem Reiche, was des Reiches, den Souveränen und Einzelstaaten, was ihnen gebührt! Eine „absolutistische Regierungsform", der Autor zuzuneigen scheint, wird bei den reindeutschen Stämmen — die Preußen sind nach seinem eigenen Zugeständniß „slavische Mischrasse" (S. 311) — niemals Anklang finden. Wir „verlangen zu begreifen, daß wir vernünftig regiert werden und wollen unser Gewissen im Einklang mit seinem Gehorsam fühlen!" Auch glauben wir nicht daran, „daß nur eine aristokratische Natur die Massen dauernd zu leiten vermag" (S. 171), „Erbweisheit (ausschließlich) in Königsschlössern und auf Edelhöfen" erwachse (S. 365). Volksschule, Preßfreiheit und allgemeine Rechtsgleichheit sind für uns nicht bloß „Ventile gegen die Revolution", sondern schwer genug gewonnene Errungenschaften von eminent sittlicher Bedeutung. Daß unser Parlamentarismus wie jede menschliche Institution Schwächen zeigt, soll nicht geleugnet werden. Nimmermehr aber wird ein freier Bürger oder Arbeiter dazu beihelfen, auf dem Wege des Staatsstreiches die Massen einem unwürdigen Helotenthum zu überantworten. Am allerwenigsten aber wünschen wir wie der Verfasser in der Hand des Kaisers, dem wir als Repräsentanten der Nation in Treue ergeben sind, „das oberste, weltliche und kirchliche Regiment vereinigt" (S. 235).

Merkwürdig klingt die Behauptung (S. 387): „Die

Franzosen sind das begabteste Volk Europas" im Munde unseres Anonymus; noch eigenartiger berührt der Satz: „ihre Unterwerfung unter die strenge Sittenzucht des Calvinismus würde sie zur herrschenden Vormacht auf dem Continent erhoben haben" (S. 387) im Munde eines „deutschen Patrioten". Sollten wir uns täuschen, wenn wir ihn als Nachkommen emigrirter Hugenotten betrachten? —

Doch genug. Wir glauben nachgewiesen zu haben, daß das Buch auf die Massen gebildeter Deutschen kaum besonderen Einfluß üben könne, weil es eben nach den verschiedensten Richtungen hin Anstoß erregt und Widerspruch hervorrufen muß. Daß Autor bona fide schrieb, sind wir überzeugt. Auch bewundern wir die Gewandtheit, mit welcher ein harter Stoff dem Willen dienstbar gemacht wurde. Das Buch ist reich an geistvollen Thesen und eröffnet manch neue Perspektive. Sein Stil verdient Anerkennung. Wünschen wir, daß sich nunmehr durch das besprochene Werk auch andere berufene Kräfte veranlaßt fühlen, das Ergebniß ihrer geschichtsphilosophischen Studien weiteren Kreisen zu erschließen.

München. Dr. Pius Wittmann.

Berichtigung.

Im vorigen Heft S. 426 Z. 5 v. oben ist anstatt „anerkannt" zu lesen: „verkannt".

LII.

Der Einfluß der Confession auf die Sittlichkeit.

Nach den Ergebnissen der Moralstatistik.

II.

Wir haben jetzt die wichtigsten Umstände betrachtet, die eine Vergleichung verschiedener Länder in Bezug auf den außerehelichen Geschlechtsverkehr erschweren. Folgt nun daraus, daß moralstatistische Vergleiche auf diesem Gebiete überhaupt unmöglich oder werthlos seien? Das glauben wir nicht zugeben zu können. Man muß nur darauf verzichten, ganze Länder mit einander vergleichen zu wollen, in denen die erwähnten Verschiedenheiten das Resultat nothwendig stark beeinflussen werden. Man muß die Methode ändern, zu detailgeographischen Studien seine Zuflucht nehmen, kleinere Gebietstheile desselben Staates einander gegenüberstellen mit gleichen politischen Einrichtungen, gleicher Gesetzgebung, gleichen oder doch wenigstens ähnlichen socialen Verhältnissen, Gebietstheile, in denen Prostitution oder andere den natürlichen Verlauf störende Einflüsse nicht die Vergleichbarkeit beeinträchtigen. Nur wenn alle anderen Bedingungen einigermaßen analog sind, kann man unter der Masse der mitbetheiligten Faktoren den Einfluß der Religion auf die Sittlichkeit bestimmen. Wir müssen also suchen, kleinere Gebietstheile ausfindig zu machen, in denen die Anhänger der einen Confession, möglichst von Andersgläubigen gesondert, zu-

sammenwohnen, und ihnen gleichartige Gebietstheile gegenüberstellen, in denen die andere Confession in gleicher Weise vorherrschend ist. Nur vor einem Fehler muß man sich dabei hüten, man darf nicht zu allzu kleinen Einheiten herabsteigen, es muß immer eine einheitliche, compakte Masse von wenigstens einigen hunderttausend Katholiken oder Protestanten zusammenwohnen, damit sich der Einfluß der betreffenden Confession in durchgreifender Weise geltend machen kann. Ganz absurd aber ist es, einige Tausend Katholiken oder Protestanten, die unter Hunderttausenden oder Millionen von Andersgläubigen, weit von einander getrennt, leben und noch dazu einer geordneten Seelsorge entbehren, auf ihre Moralität untersuchen zu wollen. Kleinere Bevölkerungsgruppen werden, sogar wenn sie geschlossen zusammenwohnen, stets stark beeinflußt durch das sie umgebende größere Ganze und theilen bis zu einem gewissen Grade dessen Vorzüge oder Mängel. Auch können in diesem Falle lokale Besonderheiten bestimmend auf das Verhältniß der ehelichen zu den unehelichen Geburten einwirken, da ja die in Frage kommende absolute Ziffer der unehelichen Geburten nur gering ist. Ein schlagendes Beispiel dafür bietet der kleinste der preußischen Regierungsbezirke, Sigmaringen. Dieser kleine Bezirk, der mit seinen 65,000 Einwohnern die Größe eines gewöhnlichen Landrath-Kreises nicht übersteigt, bietet mit 7,36 % unehelicher Geburten (im Jahre 1895) einen auffallenden Contrast zu den übrigen rein katholischen Regierungsbezirken Preußens. Dagegen harmonirt diese Zahl einigermaßen mit den 9,49 % des vorwiegend protestantischen württembergischen Schwarzwaldkreises, der das genannte Ländchen umschließt, sowie mit der entsprechenden Ziffer der angrenzenden badischen Landestheile. Es kommt in Sigmaringen noch ein Umstand hinzu, der, ganz abgesehen von dem Einfluß der Umgebung, die relativ hohe Zahl von unehelichen Geburten leicht erklärlich scheinen läßt. Infolge der mißlichen wirthschaftlichen Verhältnisse verlassen nämlich ganze

Scharen von armen jungen Mädchen die Heimat, um im Ausland Dienste zu suchen. Besonders in Basel und Zürich sind schwäbische Dienstboten wegen ihrer Redlichkeit und Zuverlässigkeit sehr gesucht. Begreiflicherweise kommen aber die ganz alleinstehenden unerfahrenen Mädchen in den großen Städten leicht zu Fall, und kehren dann in die Heimat zurück, wenn die Niederkunft herannaht.[1]) Unter solchen Umständen kann man sich doch fürwahr nicht wundern, wenn unter 2160 Geburten (im Jahre 1895) 159 uneheliche sich finden. Sicherlich aber wäre es ungerecht, die auf solche Weise entstandene Vermehrung der unehelichen Geburten der braven Bevölkerung Hohenzollerns zur Last zu legen.

Als Vergleichsobjekte sollten daher eigentlich nur Gebietstheile angeführt werden, die einige hunderttausend Einwohner haben, von denen ungefähr $^{9}/_{10}$ der katholischen oder protestantischen Confession angehören, die aber im übrigen unter gleichen Existenzbedingungen leben. Das ist nun freilich ein Ideal, das sich in concreto wohl in keinem Falle vollständig verwirklicht finden wird; es wird bald an dieser, bald an jener Bedingung etwas fehlen. Wenn wir aber nachweisen können, zu wessen Gunsten der daraus sich ergebende Unterschied in die Wagschale fällt, so thut das der statistischen Vergleichbarkeit keinen Eintrag.

---

1) Gerade während wir mit dieser Arbeit beschäftigt waren, fiel uns zufällig die Nummer des „Badischen Beobachters" vom 24. Nov. 1898 in die Hände, in der sich die folgende Anzeige findet, die das Gesagte trefflich illustrirt: „Von der Schweizer Grenze, 23. Nov. In Zürich ist man am Werke, unter Führung des Herrn Stadtpfarrers Fr. Matt an der Liebfrauenkirche einen katholischen Dienstboten- und Arbeiterinnenverein zu gründen. Wenn man hört und liest, welch horrenden Gefahren die dortigen 5000 alleinstehenden und sich selbst überlassenen Mädchen aus der Fremde in Bezug auf Glauben und Tugend ausgesetzt sind, so muß man sagen, daß es nicht nur wünschenswerth, sondern absolut nothwendig ist, einen solchen Verein zu gründen". U. s. w.

Wir geben zunächst eine allgemeine Uebersicht der unehelichen Geburten in den einzelnen preußischen Regierungsbezirken für die Jahre 1881—90, die wir dem 138. Heft der Preußischen Statistik (herausgegeben vom Kgl. Stat. Bureau in Berlin) entnehmen. Die beigefügten Zahlen für 1895 sind den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches (1897. Erstes Heft) entnommen. Nur haben wir die dort angegebenen absoluten Zahlen der leichteren Vergleichbarkeit halber in Verhältnißzahlen umgerechnet. Bei den weiteren Ausführungen legen wir die Zahlen von 1895, als die neuesten, zu Grunde. Der Unterschied ist übrigens, wie ein jeder sieht, unerheblich; für unsere Frage ist er vollständig irrelevant.

Tabelle C:

Regierungsbezirke	Auf 100 Geborene kamen Uneheliche 1881—1890	Auf 100 Geborene kamen Uneheliche 1895
Königsberg	11,0	10,13
Gumbinnen	10,2	9,47
Danzig	10,0	8,75
Marienwerder	7,4	6,68
Berlin	13,2	14,53
Potsdam	9,9	9,75
Frankfurt a. O.	11,2	10,78
Stettin	10,7	10,51
Köslin	9,9	9,24
Stralsund	14,7	13,50
Posen	6,9	6,05
Bromberg	6,9	6,74
Breslau	13,5	13,69
Liegnitz	13,3	12,57
Oppeln	6,6	5,65
Magdeburg	9,8	10,52
Merseburg	10,2	10,33
Erfurt	7,4	7,67
Schleswig	9,3	8,96
Hannover	9,4	9,30
Hildesheim	7,6	7,39

Lüneburg	7,5	7,07
Stade	5,8	6,01
Osnabrück	4,0	4,18
Aurich	4,1	4,06
Münster	2,3	2,09
Minden	3,9	3,55
Arnsberg	2,5	2,40
Kassel	6,3	6,41
Wiesbaden	5,6	6,11
Koblenz	3,0	2,77
Düsseldorf	3,2	3,12
Köln	6,5	7,30
Trier	3,0	3,00
Aachen	2,5	2,42
Sigmaringen	8,1	7,36
Kgr. Preußen	8,15	7,74

Als erstes Beispiel wählen wir die Regierungsbezirke Münster in Westfalen und Köslin in Pommern. Beide haben eine überwiegend ländliche Bevölkerung, keine Großstadt innerhalb ihrer Grenzen oder in unmittelbarer Nähe. In beiden sind nicht nur die politischen Einrichtungen, die Verwaltung, das Unterrichtswesen, die Handhabung der Rechtspflege und das gesammte öffentliche Recht gleich, sondern auch das Civilrecht. Denn beide gehören zum Geltungsgebiet des preußischen Landrechtes mit Einschluß des Familien- und Intestaterbrechtes. Und nun hat der katholische Bezirk Münster unter 22,671 Geburten nur 475 uneheliche, der protestantische Bezirk Köslin unter 22,045 Geburten nicht weniger als 2037 uneheliche; oder in Procent ausgedrückt: Münster hat 2,09, Köslin 9,24 % uneheliche Geburten. Und dabei ist Köslin von den pommer'schen Regierungsbezirken noch der beste; von den beiden anderen, die auch rein protestantisch sind, hat Stettin 10,51, Stralsund gar 13,50 % uneheliche Geburten. Da aber Stralsund ein anderes Civilrecht und Stettin eine große Stadt hat, halten wir diese Bezirke für weniger geeignet zur Vergleichung. — Einen Umstand, der zu Gunsten Münsters in die Wagschale fällt,

glauben wir aber, damit das Urtheil ein in jeder Beziehung gerechtes sei, hervorheben zu müssen. Die ökonomische Lage der Münster'schen Landbevölkerung ist im allgemeinen eine günstigere, als die der Kösliner. Nach den Ergebnissen der Einkommensteuer[1]) war zwar die Anzahl der Personen oder Familien, die wegen ihres geringen Einkommens von der Steuer befreit waren, und die, wie wir oben gesehen haben, bei der unehelichen Procreation in erster Linie betheiligt sind, ungefähr gleich (in Münster 2336, in Köslin 2260), aber in den besser situirten Klassen zeigt Münster einen ziemlich beträchtlichen Vorsprung. Man kann daher die höhere Zahl der unehelichen Geburten in Köslin zum Theil auf Rechnung der weniger günstigen ökonomischen Verhältnisse schreiben; aber auch nur zum Theil. Denn die Behauptung, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse für die Häufigkeit der unehelichen Geburten das Ausschlaggebende seien, ist in dieser Allgemeinheit unrichtig und widerspricht den Thatsachen. So erreichen z. B. im Königreich Sachsen, das in ökonomischer Hinsicht geradezu glänzend dasteht, wo gerade der Mittelstand durch Emporsteigen der unteren Klassen sich bedeutend vermehrt und an Wohlstand zugenommen hat, die unehelichen Geburten die enorme Höhe von 12,54 %, während der notorisch sehr arme, aber katholische Regierungsbezirk Oppeln nur 5,65 % uneheliche Geburten zeigt. Selbst der Regierungsbezirk Posen, der ärmste in ganz Preußen, hat nur 6,05 % uneheliche Geburten. — Etwas anderes wäre es, wenn es sich um einen Industriebezirk oder eine große Stadt handelte. Da kann es geschehen, wie wir oben schon gesagt haben, daß die von auswärts zugezogenen unverheiratheten Arbeiter und Dienstboten, namentlich die weiblichen, infolge ihrer Unerfahrenheit und Verlassenheit

---

1) Dr. W. Böhmert, „Die Vertheilung des Einkommens in Preußen und Sachsen" (Dresden, bei O. V. Böhmert 1898), S. 29.

einfachhin dem Laster in die Arme getrieben werden, so daß man die Häufigkeit der sittlichen Fehltritte in erster Linie auf Rechnung der materiellen Noth setzen muß. Aber das ist eine Ausnahme, die bei der ländlichen Bevölkerung Köslins offenbar nicht zutrifft. Man kann daher unmöglich einen so gewaltigen Unterschied in der unehelichen Procreation auf eine etwas günstigere Vertheilung des Einkommens in den unteren Steuerklassen zurückführen, und es bleibt somit nur die Verschiedenheit der Confession zur Erklärung dieser auffallenden Ungleichheit übrig.

Im Osten der preußischen Monarchie scheinen die Regierungsbezirke Oppeln und Liegnitz am besten zur Vergleichung geeignet zu sein. Auch hier sind die staatlichen und rechtlichen Institutionen mit Einschluß des Civilrechtes vollständig die gleichen; sie liegen noch dazu beide in derselben Provinz. In beiden Regierungsbezirken ist sowohl Ackerbau, als Industrie stark vertreten. Sie haben beide eine Reihe von Städten mittlerer Größe, aber keine Großstadt. Die Einkommensteuer-Verhältnisse weisen keine bedeutenden Unterschiede auf, sind aber etwas günstiger für Liegnitz.[1]) Die Verschiedenheit der Nationalität (ein großer Theil der Bevölkerung von Oppeln besteht aus Polen) fällt nicht ins Gewicht; denn daß der Deutsche an und für sich mehr zu sittlichen Ausschweifungen disponirt sein soll, als der Pole, können wir doch nicht zugeben. Wenn sich also eine erhebliche Verschiedenheit in Bezug auf die Anzahl der unehelichen Geburten zeigt, müssen wir dieselbe wiederum in erster Linie auf die Verschiedenheit der Confession zurückführen. Es hat aber der zu $^{9}/_{10}$ katholische Regierungsbezirk Oppeln 5,65 %, der zu mehr als $^{8}/_{10}$ protestantische Bezirk Liegnitz 12,57 % uneheliche Geburten. Also abermals steht der katholische Bezirk weit besser.

1) Siehe Böhmert a. a. O., S. 29.

Außer Münster und Oppeln (und dem oben besprochenen kleinen Bezirk Sigmaringen) hat nur noch Aachen unter den preußischen Regierungsbezirken den zur Vergleichbarkeit erforderlichen Procentsatz von Katholiken. Nun ergibt sich aber die Schwierigkeit, daß Aachen im Gebiet des rheinischen Civilrechtes liegt, während von den rein protestantischen Regierungsbezirken keiner diese Eigenschaft hat. Diesen Unterschied müssen wir also mit in den Kauf nehmen. Wir werden aber einen der westlichen Regierungsbezirke zur Vergleichung heranziehen, der gleich wie Aachen eine große Stadt hat, so daß der Einfluß derselben sich auf beiden Seiten einigermaßen ausgleicht. Am geeignetsten scheint uns daher der Regierungsbezirk Hannover zu sein; um so mehr, da dort, wie in Aachen, die Industrie vorherrschend ist. Die ökonomischen Verhältnisse liegen günstiger in Hannover. Besonders hat die Stadt Hannover vor der Stadt Aachen einen bedeutenden Vorsprung,[1]) was in diesem Falle stark ins Gewicht fallen muß, da natürlich die Bevölkerung der genannten Städte an der unehelichen Procreation weit stärker betheiligt ist, als die Landbevölkerung der beiden Regierungsbezirke. Was nun die Anzahl der unehelichen Geburten betrifft, so belief sich dieselbe im Regierungsbezirk Aachen auf 2,42%, im Regierungsbezirk Hannover auf 9,30%. Im Stadtkreis Aachen waren es [1881—90[2])] 4,2%, im Stadtkreis Hannover 15,7% uneheliche Geburten.

Fassen wir das Resultat dieser Vergleichung der preußischen Regierungsbezirke zusammen, so können wir sagen: Die Anzahl der unehelichen Geburten ist in den rein katholischen Regierungsbezirken zwei- bis viermal geringer als in rein protestantischen mit ähnlichen Existenzbedingungen. Für diesen gewaltigen Unterschied läßt sich kein anderer hinreich-

---

1) Böhmert a. a. O., S. 19.

2) Die entsprechenden Zahlen für 1895 standen uns nicht zu Gebote.

ender Grund angeben, als die Verschiedenheit der Confession. Also ist er auf den segensreichen Einfluß der katholischen Religion zurückzuführen.

Wir sind zu einem solchen Schlusse um so mehr berechtigt, da in der ganzen preußischen Monarchie, in der doch die Katholiken anerkanntermaßen durchgängig der ärmere, wirthschaftlich schwächere Theil der Bevölkerung sind, bei katholischen Müttern 6,5 %, bei protestantischen aber 10,3 % uneheliche Geburten gezählt wurden.[1]) Von der katholischen Landbevölkerung kann man zudem nicht sagen, daß die voreheliche Gemeinschaft in den niederen Volksklassen allgemeiner Brauch sei;[2]) was man nach den oben angeführten Zeugnissen bei der protestantischen Landbevölkerung in der Regel voraussetzen muß. Daß die geringe Zahl der unehelichen Geburten unter den Katholiken Preußens nicht etwa auf größere Verbreitung der Prostitution zurückzuführen ist, braucht nicht hervorgehoben zu werden, da ja die Prostitution, wenigstens ihrer größten Intensität nach, auf die großen Städte beschränkt ist, die in Preußen bekanntlich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht katholisch sind. So fallen in Preußen alle Umstände, welche naturgemäß eine Verminderung der unehelichen Geburten herbeiführen müssen, zu Gunsten der Protestanten in die Wagschale und demnach sind die unehelichen Geburten bei den Katholiken weit seltener, ja bilden dort, wo die Katholiken unter einigermaßen günstigen Umständen unter sich allein wohnen, eine verschwindende Ausnahme.

Das zeigt sich am deutlichsten, wenn man noch mehr

---

1) Lexis „Moralstatistik", Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 4, S. 1221 ff.

2) Wir wollen natürlich nicht in Abrede stellen, daß ein derartiger sündhafter Verkehr auch beim katholischen Landvolk stellenweise recht häufig vorkommt, aber einen solchen Umfang hat das Uebel bei uns doch bei weitem nicht erreicht.

ins Detail geht. So hatten nach der oben genannten amtlichen Publikation des preußischen statistischen Bureaus in den Jahren 1881—90 im Ganzen 31 Kreise der preußischen Monarchie weniger als 2 % uneheliche Geburten. Von diesen waren 25 katholisch; in 2 Kreisen war die Bevölkerung ungefähr zu gleichen Theilen unter die beiden Confessionen vertheilt, und nur 4 waren protestantisch. Nach demselben Quellenwerk hatten im Jahre 1894 vier Kreise sogar weniger als 1 % uneheliche Geburten. Es waren dies die Kreise: Meppen mit 741 ehelichen und 7 unehelichen Geburten; Hümmling mit 508 ehelichen und 2 unehelichen; Malmedy mit 977 ehelichen und 7 unehelichen; Montjoie mit 568 ehelichen und 2 unehelichen Geburten. Alle vier Kreise sind rein katholisch.

Einen Einwand könnte man vielleicht gegen unsere Beweisführung erheben, nämlich, daß auch bei den Protestanten im Rheinland der Procentsatz der unehelichen Geburten ein niedriger sei. Das ist in der That der Fall; er erreicht durchschnittlich noch nicht einmal 4 %. Aber damit wird unser Beweis noch nicht umgestürzt. Confessionelle Minoritäten werden eben immer, wie schon hervorgehoben wurde, stark beeinflußt durch die Majorität, mit der sie zusammenwohnen. Man ist daher in diesem Falle nicht berechtigt, das günstige Resultat auf Rechnung des Protestantismus zu schreiben, da er ja dort, wo er selbst das ausschlaggebende Moment ist, nicht diese Wirkung erzielt. Auch ist bekanntlich die wirthschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Protestanten gerade im Rheinland eine außerordentlich günstige. Sie sind in Staat und Gemeinde, im öffentlichen Leben, wie im Erwerbsleben die bevorzugte, die herrschende Klasse, und werden daher viel leichter in der Lage sein, durch eine frühzeitige Heirath den sittlichen Gefahren des ehelosen Lebens zu entgehen.

Von den übrigen deutschen Staaten hat keiner gleichzeitig rein (bezw. zu 9/10) katholische und rein protestantische

Regierungsbezirke oder Provinzen.[1]) In Bayern bestehen zudem zwischen dem rechtsrheinischen Bayern einerseits und der Pfalz andrerseits, sowie zwischen den altbayrischen und fränkischen Kreisen so große legislative, sociale und andere Gegensätze, daß eine Vergleichung als unmöglich und werthlos erscheinen muß. Am ehesten könnte man noch Unterfranken (mit 79,7 % Katholiken) und Mittelfranken (mit 74,9 % Protestanten) einander gegenüberstellen. Unterfranken hat 8,28 %, Mittelfranken 17,37 % uneheliche Geburten. In wieweit aber dieser Unterschied auf die Verschiedenheit der Confession zurückzuführen ist, läßt sich aus den angegebenen Gründen nicht feststellen.

Nur im Großherzogthum Oldenburg scheint sich noch Gelegenheit zu einer Vergleichung zu bieten. Zwar bildet der katholische Bestandtheil desselben keine administrative Einheit, aber der bekannte Oldenburger Statistiker Dr. P. Kollmann hat in seinem jüngst erschienenen ausgezeichneten Werke „Statistische Beschreibung der Gemeinden des Herzogthums Oldenburg"[2]) die Ziffern der unehelichen Geburten für die fast ausschließlich von Katholiken bewohnte sogenannte Münstersche Geest, ebenso wie für die rein protestantische Oldenburger Geest und die Marsch zusammengestellt. Danach kamen in den Jahren 1886—95 auf die Münstersche Geest 1,9 %, auf die Oldenburger Geest 4,6 %, auf die Marsch 4,3 % uneheliche Geburten.[3]) Die Existenzbedingungen sind im übrigen im öffentlichen Leben wie im Privatleben ziemlich gleichartig, wie aus dem genannten Werke hervorgeht. Jedenfalls ergibt sich außer der Religion

---

1) Selbst Mittelfranken, derjenige der bayerischen Kreise, in dem das protestantische Element am stärksten vertreten ist, hat nach der Zählung vom 2. Dez. 1895 nur 74,9 % Protestanten.

2) Verlag von A. Littmann, Oldenburg 1897.

3) A. a. O., S. 119.

kein Umstand, welcher die geringe Zahl der unehelichen Geburten unter der katholischen Bevölkerung erklären könnte. Die von uns sonst als Vorbedingung zur Vergleichung geforderte größere, compakte Masse von Katholiken ist hier freilich nicht vorhanden (es sind nur 64,000); der Mangel wird aber dadurch ersetzt, daß das Oldenburger Münsterland zum größten Theil von katholischen Landestheilen des Regierungsbezirkes Osnabrück begrenzt ist, mit welchen ein reger Verkehr unterhalten wird.

Abgesehen von Deutschland, finden sich rein katholische und rein protestantische Gebietstheile, in einem Staatsganzen vereinigt, nur noch in der Schweiz, in Großbritannien und in Holland. Ueber letzteres Land steht uns leider gar kein Material zur Verfügung und auch in Bezug auf die beiden anderen Staaten müssen wir uns auf einige kurze Bemerkungen beschränken.

In der Schweiz ist eine Vergleichung deshalb schwierig, weil keiner der katholischen Kantone die dazu erforderliche Anzahl von Katholiken hat. Der größte derselben, Luzern, hat nur 127,000 katholische Einwohner und ist auch schon deshalb weniger zur Vergleichung geeignet, weil der riesige Fremdenverkehr hier einen äußerst ungünstigen, gar nicht berechenbaren Einfluß auf die Anzahl der unehelichen Geburten ausübt. Zur Vermeidung von Mißverständnissen machen wir darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Kantone als katholische oder protestantische bezeichnet zu werden pflegen, in denen ungefähr 9/10 der Bevölkerung der betreffenden Confession angehören. Katholische Kantone sind demnach: Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, Zug, Luzern, Wallis, Tessin und Appenzell Inner-Rhoden; protestantisch sind: Zürich, Waadt, Schaffhausen und Appenzell Außer-Rhoden; alle übrigen werden gemischte Kantone genannt. Wir geben nun eine Uebersicht über die unehelichen Geburten in sämmtlichen Kantonen für die Jahre 1886—96. Wir ent-

nehmen dieselbe dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz[1]) für 1898.

Tabelle D.

Auf je 100 Geborene kamen in den Jahren 1886—96 unehelich Geborene:

in Appenzell Inner-Rhoden	2,10	in Wallis	3,75
„ Schwyz	2,15	„ Graubünden	3,82
„ Nidwalden	2,18	„ Schaffhausen	4,45
„ Glarus	2,19	„ Luzern	4,61
„ Uri	2,40	„ Neuchatel	4,69
„ Obwalden	2,40	„ Bern	4,99
„ Zug	2,46	„ Waadt	5,35
„ Tessin	2,83	„ Freiburg	5,73
„ Aargau	2,89	„ Thurgau	5,86
„ Appenzell Außer-Rhoden	2,95	„ Zürich	6,27
„ Basel-Land	3,33	„ Basel-Sadt	9,12
„ Solothurn	3,52	„ Genf	10,20
„ St. Gallen	3,65		

Auffallend in dieser Tabelle ist jedenfalls die niedrige Zahl der unehelichen Geburten in den Urkantonen Zug und Appenzell Inner-Rhoden. Unter den 10 am günstigsten stehenden Kantonen sind überhaupt nur zwei protestantische: Glarus und Appenzell Außer-Rhoden. Der Durchschnitt für die ganze Schweiz beträgt 4,72%. Die katholischen Kantone stehen sämmtlich unter diesem Durchschnitt. Mit Ausnahme von Luzern und Wallis haben sie sogar alle weniger als 3%, was bei einer vorwiegend von Ackerbau und Viehzucht lebenden Bevölkerung auf eine sehr hohe Sittlichkeit schließen läßt. Ganz gewiß kann die günstigere Stellung der katholischen Kantone nicht auf Prostitution oder andere unsittliche Mittel zurückgeführt werden; das bedarf für jeden Kenner der dortigen Verhältnisse keines Beweises. Wie weit wirthschaftliche Verschiedenheiten in's

1) Herausgegeben vom Statistischen Bureau des eidgenössischen Departements des Innern (Verlag: Art. Institut Orell Füßli, Zürich). Die dort angegebenen absoluten Zahlen haben wir in Procentzahlen umgerechnet.

Gewicht fallen, läßt sich, mangels einer allgemeinen Einkommensteuer für alle schweizer Bürger, nicht feststellen. Daß sie aber zu Gunsten der Katholiken in die Wagschale fallen sollten, ist nicht gerade wahrscheinlich.

In Bezug auf Großbritannien müssen wir uns aus Mangel an anderweitigem zuverlässigen Material auf einige Referate beschränken, die wir einer der neuesten Schriften P. von Hammerstein's[1]) entnehmen. Froude, ein protestantischer, englischer Historiker sagt über die sittlichen Zustände unter den Katholiken Irlands:[2]) „Unter den zahlreichen Beschuldigungen, welche ich gegen die (irischen) Priester der letzten Jahrhunderte gefunden habe, begegnete ich nie einer Klage über die Unkeuschheit derselben. Die ausnahmslose und merkwürdige Reinheit der irischen katholischen Frauen in den niederen Klassen, die wahrscheinlich ihres Gleichen nicht in der civilisirten Welt findet, und die der Rasse, welche sich im 16. Jahrhundert nicht weniger durch ihre Ausschweifungen auszeichnete, durchaus nicht eigen ist, muß ganz und ausschließlich der katholischen Geistlichkeit zugeschrieben werden". Auch Lesker[3]) nennt die Keuschheit der irischen Frauen bewunderungswürdig und führt zum Beweise folgende Thatsachen an: „In Galway, einem der ärmsten Distrikte Irlands, ebenso in Claddagh wußte man während eines Zeitraums von 9 Jahren von keiner unehelichen Geburt. Jedes Vergehen dieser Art trifft die tiefste Verachtung. Wenn ein Mädchen zum Fall kommt, wird es von den Eltern aus dem Hause gejagt; die Verwandten wollen nichts mehr von ihm wissen; seine Gefährtinen und

---

1) Hammerstein, Katholicismus und Protestantismus. (Trier 1894) S. 99—102.

2) Froude, „The English in Jreland in the eighteenth Century" (London, Longmans, Green & Comp. 1872) Bd. 1, S 557.

3) Lesker, „Irlands Leiden und Kämpfe" (Mainz, Kirchheim. 1881) S. 135 ff.

selbst das ganze Dorf verweigern ihm sogar die Lebensmittel.[1]) Ganz anders sieht es in dieser Hinsicht in England und Schottland aus. „The Skotsman“, eines der hervorragendsten Organe des presbyterianischen Schottland, brachte im Jahre 1869 folgendes: „In Irland ist das Verhältniß der unehelichen Geburten zu den ehelichen 3,8 %, in England 6,4, in Schottland 9,9 %. Mit anderen Worten, England ist beinahe doppelt und Schottland dreimal so schlecht wie Irland. Schlimmeres noch müssen wir hinzufügen, das nichts Tröstliches mit sich bringt. Das Verhältniß der unehelichen Geburten ist in Irland sehr ungleich und diese Ungleichheit ist für uns Protestanten und noch mehr für uns Presbyterianer und Schotten sehr demüthigend. Wenn wir nämlich die verschiedenen Distrikte in Irland in's Auge fassen, so wechselt das Verhältniß der unehelichen Geburten von 6,2 bis 1,9 %. Die niedrigsten Ziffern zeigen die westlichen Distrikte, welche hauptsächlich Connaught umfassen, wo 19/20 der Bevölkerung keltisch und römisch-katholisch sind; die höchsten Ziffern finden wir im Nordosten, in der Provinz Ulster, wo die Bevölkerung zwischen Katholiken und Protestanten fast gleich getheilt ist, und wo die Majorität der Protestanten schottischer Abstammung ist und der presbyterianischen Kirche angehört. Das Ergebniß der ganzen Angelegenheit ist, daß das halb presbyterianische und halb schottische Ulster dreimal größere Immoralität zeigt, als das ganz papistische und irische Connaught — eine Thatsache, die genau der anderen entspricht, daß Schottland im Ganzen dreimal unmoralischer ist, als Irland im Ganzen. Das ist die Thatsache, was immer man auch daraus folgern mag“. —

Zu diesem Referat müssen wir zunächst bemerken, daß wir, wie oben schon mehrfach betont wurde, die Häufigkeit der unehelichen Geburten allein, ohne Berücksichtigung der

---

1) Diese Schilderung hat Lesker einer Schrift von F. B. Head „A fortnight in Ireland“ entnommen.

sie beeinflussenden Umstände, nicht als zuverlässige Gradmesser der Sittlichkeit ansehen. Thatsächlich wird aber durch Hereinziehung dieser Umstände das Verhältniß für England, Schottland und Ulster noch ungünstiger. Wir erinnern nur an das oben über die Verbreitung der Prostitution in England Gesagte, das in geringerem Umfange auch für die Industriebezirke und die großen Städte Schottlands und Ulsters, keineswegs aber für die arme Landbevölkerung Connaught's gilt. Daß die sociale Lage der Bevölkerung in Schottland und Ulster unvergleichlich günstiger ist, als in Connaught, braucht nicht hervorgehoben zu werden, da ja die schreckliche Noth der irischen Landbevölkerung in dieser Provinz fast sprichwörtlich geworden ist. So groß ist diese Noth, daß von allen Personen, die das heirathsfähige Alter erreicht haben, in Irland nur 39% in der Ehe leben,[1] ein Procentsatz der in ganz Europa ohne gleichen ist. Und doch hat dies Land, von einigen Balkanstaaten abgesehen, die geringste Zahl von unehelichen Geburten. Der Unterschied der Nationalität, der in dem angeführten Referat mehrfach betont wurde, ist für unsere Frage belanglos, da ja, nach der Versicherung Froude's, die Sittenreinheit der irischen Rasse, als solcher, durchaus nicht eigen ist. Sollte aber vielleicht jemand die Lobsprüche auf die Moralität der Irländer deßhalb für übertrieben halten, weil sie für die in England und Nordamerika lebenden Irländer vielfach nicht zutreffend sind, so glauben wir dem gegenüber darauf hinweisen zu müssen, daß die Irländer dort nicht, wie in ihrer Heimat, für sich gesondert leben, sondern unter einer akatholischen Mehrheit, deren nachtheiligem Einfluß das weniger günstige Resultat zuzuschreiben ist.

Zum Schluß möge es uns gestattet sein, einige allgemeine Bemerkungen zu machen über die Bedeutung der Moralstatistik für die Vertheidigung unserer heiligen Religion.

---

1) Mayr, „Statistik und Gesellschaftslehre" Bd. 2, S. 101.

Für uns Katholiken ist es vornherein klar, daß die Sittlichkeit bei unseren Glaubensgenossen, sofern sie wirklich, nicht blos dem Namen nach solche sind, höher stehen muß, als bei Andersgläubigen. Aber es genügt nicht, selbst diese Ueberzeugung zu haben, wir müssen ihre Berechtigung auch Anderen nachweisen können. Die vorliegende Arbeit sollte nun ein Beitrag in dieser Richtung sein. Sie ist zwar nur eine Skizze, aber das geht doch schon aus dieser kurzen Ausführung hervor, daß bei eingehender Prüfung aller in Frage kommenden Faktoren der Katholicismus auch auf sittlichem Gebiete den Vergleich nicht zu scheuen braucht, da ja, wie wir gesehen haben, unter sonst gleichen Verhältnissen der katholische Volkstheil stets sittlich höher steht, als der protestantische, und die anscheinend für den Katholicismus nachtheiligen Resultate sich nachweisbar auf Gründe zurückführen lassen, die mit der Religion nichts zu thun haben.

Aber auch das scheint uns aus dieser Untersuchung hervorzugehen, daß man nur mit großer Vorsicht sich der Statistik zur Vertheidigung unserer Kirche bedienen kann. Zwar bietet uns die Statistik ohne Schwierigkeit eine Handhabe, um Angriffe auf diesem Gebiete abzuwehren, aber um dieselbe positiv im Interesse der Apologetik verwenden zu können, muß das vorliegende ungeheure Material erst von katholischen Statistikern durchgearbeitet, gesichtet und verwerthet werden. Es ist uns daher vor allem darum zu thun, anregend in diesem Sinne zu wirken, denn bisher ist dieser Zweig der Apologetik auf katholischer Seite fast vollständig eine terra inculta geblieben. Hoffen wir, daß allmählich in katholischen Kreisen das Interesse und Verständniß für diesen wichtigen Gegenstand sich Bahn bricht und daß sich einige katholische Gelehrte finden, die ihre ganze Kraft dieser großen Aufgabe zuwenden.

H. K.

LIII.

Gedanken eines in Norddeutschland reisenden Schwaben.

III.

Im Norden ist man im Allgemeinen strebsamer, rühriger, das Familiengefühl ist stärker, das gesellige Leben geringer als im Süden. Aber die Strebsamkeit hängt mit Geldgier und Ruhmgier eng zusammen. Die Jagd nach dem Geld ist weit verbreitet. Man empfindet dies an nordgermanischer, englischer Handelslust.[1])

Im Norden Deutschlands reichen bereits nordgermanische Beziehungen herein. Die Nordgermanen, die Nordmänner hatten immer Freude am Handel und an der Seefahrt; man darf blos an die Wickinger und Normanen erinnern, das waren kühne Seefahrer, kühne Krieger, kühne Eroberer und Plünderer. Sie fuhren rücksichtslos in die Welt und waren gefürchtet wie die Hunnen. Verschont wurde von den Normanen niemand, sagt Steenstrup, wer ihnen nicht ebenbürtig oder überlegen war, wurde niedergedrückt.[2])

Etwas Entschlossenes, Vorwärtsdringendes ist dem Norddeutschen immer noch eigen. Ihre Sprachgewandtheit, ihre Raschheit und Entschiedenheit ist bekannt. Für den Handel

1) Kirchhoff in Hans Mayers „Deutsches Volksthum". 1899. S. 107.
2) Steenstrup, Normannerne I, 362 bei Mogk, Kelten und Nordgermanen 1896, S. 11.

sind sie gut befähigt. Es ist kein Zufall, daß die meisten Handelsreisenden, denen man auf süddeutschen Eisenbahnen begegnet, norddeutscher Herkunft sind. Dem Handel und der Industrie müssen sich in Norddeutschland schon deßhalb viel mehr Leute zuwenden, weil die unglücklichen Agrarverhältnisse viel weniger Raum bieten zur Unterbringung der überschüssigen Bevölkerung als in Süddeutschland. Trotz mancher ungünstigen Bedingungen entstand im Norden ein bedeutender Handelsverkehr. Der Handel ging seit den Tagen der Hansa nie ein. Die Könige begünstigten ihn, sie waren im 18. Jahrhundert starke Merkantilisten. Freilich beschränkte sich der Handel im Allgemeinen auf die großen Städte an Handelsstraßen und Wasserwegen. Das Land verblieb in einfachen Verhältnissen, obwohl die Ritter Getreide- und Holzhandel im Großen trieben. Wie in Bayern gibt es in Norddeutschland reine Dörfer und reine Städte. Der Gegensatz zwischen Dorf und Stadt ist hier sehr schroff ausgebildet.

Die Ritter, die Junker kämpften nun früher gegen die städtischen Bannrechte. Den Städten zum Trotze errichteten sie auf ihren Gütern nicht nur Brauereien, Schnapsbrennereien, Ziegeleien und Schmieden, sondern veranlaßten, daß auch Weber, Schuster und Schneider sich in ihrer Nähe niederließen. Die norddeutschen Gutsherrschaften waren förmlich kapitalistisch betrieben, wie Schmoller sagt, die ersten kapitalistischen Unternehmungen ihrer Art.[1]) Die Städte kämpften fortwährend dagegen, es kam zu förmlichen Kriegen.

Die Städte belegten ihrerseits die ländlichen Produkte, die in die Stadt kamen, mit Accise. In der Form der städtischen Oktroi bestehen diese heute noch fort. Nirgends wird so stark geklagt als gerade in Norddeutschland über

1) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung. 1890. S. 781. Vergl. Spahn, Verfassungs- und Wirthschaftsgeschichte Pommerns 1478–1625.

die große Höhe dieser Abgaben, die einen förmlichen Schutzzoll für die Städte bedeuten.[1])

Das ländliche Straßenwesen lag in Norddeutschland bis vor kurzem im Argen. Ob es inzwischen besser geworden ist und ob die Sorge für Handel und Verkehr dem Lande zu gut kam, weiß ich nicht. Nach den geringen Erfahrungen, die ich machte, dürfte es nicht der Fall sein und es scheint in Preußen auch nicht besser zu sein als in Bayern, wo das ländliche Straßenwesen gegen Württemberg und Baden weit zurück ist. An diesem schlimmen Zustand der Straßen sowohl in Bayern als in Preußen ist allerdings auch der Umstand schuld, daß es an gutem Materiale fehlt. Bruchsteine sind eine große Seltenheit, weßhalb auch im Hochbau der Backstein überwiegt.

Aber nicht nur die schlechten Straßen waren dem Handel ungünstig, sondern auch die kurzen Flüsse mit geringem Gefälle. Diese hemmten auch die Industrie, sie gestatteten nicht einmal die allgemeine Verbreitung der Wassermühlen. Daher die vielen Windmühlen!

Trotzdem entwickelte sich der Handel und erstreckte sich die Hansa weit in's Land herein. Aber in der Industrie blieb der Norden doch zurück hinter dem Süden. Städte wie Augsburg, Nürnberg, Ulm, Straßburg gab es im Norden nicht. Der nordische Handel mußte sich daher auf Rohprodukte und auf die Vermittlung der Waaren ferner Länder beschränken. Bis in die neueste Zeit herein waren die Norddeutschen dem Freihandel viel mehr geneigt, als die Süddeutschen; die einen, weil der Handel dadurch gefördert wurde, die andern, die Landwirthe, weil sie vom Schutzzoll eine Vertheuerung der ihnen nothwendigen Industrieartikel fürchteten. Die süddeutschen Staaten waren viel mehr für

---

1) Vgl. die genaueren Angaben in Naumanns „Hilfe“ 1898, Nr. 52, S. 4.

den Schutzzoll eingenommen und hofften von Oesterreich Förderungen ihrer Absichten.[1])

In Preußen war es vor allem Friedrich der Große, der mit aller Macht eine Industrie in's Leben zu rufen suchte. Zeitweise gelang ihm auch dieses, aber die Verwirklichung seines Ehrgeizes brachte Preußen erst die Erfindung der Dampfkraft. Die Dampfkraft ist flachen Gegenden günstig. Flaches Land ist der natürliche Boden der Eisenbahn und auch die Fabriken ziehen breite Gegenden engen und schmalen vor. Dies kam Preußen zu gute. Dazu kam die Gewinnung der Rheinlande, die es schon im Anfang des Jahrhunderts zu einem Industriestaat machten.[2])

Man stellt Preußen häufig als das Land des Junkerthums dar, wo feudale Anschauungen herrschen. Das ist sehr einseitig. Wenn man in Preußen reist, bekommt man nicht den Eindruck, in einem feudalen aristokratischen Lande zu sein. Ich hatte diese Empfindung viel weniger als in andern Ländern. Viel bedeutsamer tritt die kapitalistische Richtung des öffentlichen Lebens zu Tage.

Die deutsche Reichsgründung hat einen starken finanziellen Hintergrund; seit der Entstehung des Reiches steht der finanzielle Gesichtspunkt neben dem militärischen an erster Stelle. Süddeutsche Idealisten schwärmen gerne von der Herrlichkeit, von der Größe des deutschen Reiches, sie übertragen den Traum des alten Kaiserthums auf das neue Reich. Aber die Preußen selbst denken viel realistischer. Der Meister Bismarck lehrte Realpolitik, nicht Idealpolitik.

Das soll an sich kein Vorwurf sein; diese Realpolitik hatte und hat auch ihre unverkennbaren Verdienste. Preußen war es doch zuerst, das gegen die englische Uebermacht an-

1) Riehl, freie Vorträge II, 111.

2) Die ostelbischen Gebiete sind heute noch industrie- und verkehrsarm. Erst in neuester Zeit beginnt sich's allmählich zu rühren.

kämpfte, wenn auch andere Kreise früher dieses Bedürfniß empfanden. Preußen gründete den Zollverein und damit hörte Deutschland auf, der Markt für alle Welt zu sein, besonders für die Engländer.

Wenn Deutschland in 20 Jahren zu einem Industrie- und Handelsstaat wurde, so gebührt ein Hauptverdienst daran den Preußen. Die Preußen besitzen ohne Zweifel ein gewisses Organisationstalent und das kommt ihnen bei den heutigen Großbetrieben im Gewerbe und Handel zu gut. Die Franzosen staunen über die militärische Ordnung im Handelsgewerbe. Jeder Angestellte füge sich, meinen sie, gerne dem großen Räderwerk ein, das eine Unternehmung heute darstellt.

Die Preußen haben es mit überraschender Schnelligkeit verstanden, die Reichsgründung finanziell auszubeuten. Kaum war das Reich fertig, so begann ein Wettlauf um den Mammon. Man begann Gründungen ohne Zahl, die rasch wieder zusammenstürzten.

Ohne Zweifel hat Preußen den meisten Vortheil vom Reiche. Man sagt sogar, Süddeutschland verarme bei der heutigen deutschen Einheit. Ich weiß das nicht, glaube es auch nicht, aber die Geldströme des Verkehrs fließen nur spärlich über Süddeutschland. Namentlich Württemberg kommt schlecht dabei weg. Preußen hat den Verkehr in der Hand und es vermag mit seinen Tarifen die süddeutschen Bahnen zu meistern.[1]) Die hessische Bahn kam schon in seine Hand. Wie bald andere Bahnen daran kommen, weiß man nicht.

Uebrigens muß man anerkennen, daß die deutschen Eisenbahn- und Posteinrichtungen, die das Lob des Aus-

1) Von einem Eisenbahnbeamten hörte ich, Preußen habe durch einen Stückguttarif, den es aufdrängte, die baierischen Eisenbahneinnahmen um eine Million geschädigt. Ich gebe die Mittheilung nur als Gerücht wieder. In den Zeitungen stand nichts.

landes finden, im Wesentlichen von Preußen stammen. An manchen praktischen Einrichtungen z. B. in der Bahnhofanlage ist Preußen noch heute voraus, aber ohne Ruhmreden darf man sagen, daß überhaupt die übersichtliche Ordnung des Verkehrs einen Vorzug Deutschlands bezeichnet, den man im Ausland schwer vermißt.[1]) Wie schwer findet man sich in italienischen Bahnhöfen oder gar in ihren Fahrplänen zurecht! Ungeheuer billig ist der Portotarif für Drucksachen. Der billige Zeitungstarif, sagt Ramin, ermögliche die starke Verbreitung der Blätter in der Provinz. Frankreich könne das nicht leicht nachahmen, weil eine solche Verbilligung eine gewaltige Vermehrung der Postwagen und des Postpersonals erfordern würde. In Deutschland sei dies leichter, weil hier nicht alles von einem Centrum ausgehe, sondern es viele kleine Mittelpunkte für einzelne Länder und Ländergebiete gebe. Dagegen spielt in deutschen Großstädten der Zeitungsverkauf auf den Straßen und in Kiosken keine so große Rolle, wie in Paris oder auch in Rom. Die Franzosen pflegen das als einen Nachtheil zu betrachten, was aber nicht richtig ist. Der Deutsche liest seine Zeitung zu Hause mit viel mehr Aufmerksamkeit als der Franzose und Italiener. Bei diesen ist die Zeitung auf einen augenblicklichen Eindruck, eine flüchtige Erregung berechnet, in Deutschland hat die Zeitung wenigstens ein Tagesdasein.

1) Vgl. Ramin, impressions d'Allemagne, 53 ff. Ramin lobt auch die deutschen Schlaf-, Speise- und Harmonikawagen sehr. Er lobt sogar mehr, als eigentlich richtig ist; er meint, man müsse für das Aufbewahren der Koffer auf Bahnhöfen für das Stück nur 5 Pf. zahlen. Das ist nicht richtig; in Preußen kostet das 10 Pf., in Baiern 20, am theuersten ist Württemberg, wo das Stück jeden Tag 20 Pf. kostet. Wenn man, wie der Schreiber, auf Reisen an einem Tag manchmal 3—4 Orte anzusehen pflegt und dabei seinen Koffer an der Station abgibt, fühlt man den Unterschied sehr deutlich. Am billigsten war hierin noch vor einigen Jahren Italien. — Auch das Briefporto ist gerade nicht immer so viel billiger, wie es Ramin S. 63 darstellt.

Preußen ist ein großer Staat und große Staaten haben wenigstens das Vorurtheil für sich, nicht so kostspielig zu sein wie kleine Staaten, sie können vieles billiger leisten. Auch ist Preußen nicht verschuldet und hat eine Besteuerung, die die Hauptlasten auf die Schultern der Reichen abzuladen sucht. Eine große sociale Einrichtung, die nicht leicht unterschätzt werden kann, ist die vierte Klasse der Eisenbahnen.

Zahlreiche Volksküchen gewähren eine billige Nahrung. Billig, freilich sehr ungesund sind die Kellerwohnungen der Arbeiter in Berlin. Billig ist auch die Beschuhung, wenn sich einer mit Holzschuhen begnügt. Es mag daher wohl sein, daß der kleine Mann verhältnißmäßig billig lebt. Die Handarbeit ist nicht schlecht bezahlt, weßhalb viele Böhmen und Oesterreicher nach Norddeutschland wandern; freilich sind die Löhne nicht so gut wie in England. Für gute Wohnungsverhältnisse wird nach den Berichten Berliner Schriftsteller besonders gesorgt.[1])

Um so eifersüchtiger wacht in Preußen der Staat darüber, daß sich der kleine Mann nicht zuviel herausnimmt; er thut das möglichste, daß die besitzenden Klassen Macht und Vorrang behalten.

Preußen ist das bekannte Land der Polizeichikanen. Die schneidigste Polizei und die strammsten Polizeiminister findet man dort; man braucht nur an Köller zu denken, den Drangsalirer Schleswigs. Gegen Demonstrationen, Ansammlungen und Versammlungen kleiner Leute pflegt in Preußen die Polizei sehr rasch bei der Hand zu sein, wie oft geklagt wird.[2]) An Schutzmännern fehlt es in der That der Reichshauptstadt und anderen Städten nicht. Der Verfasser kann sich zwar über die Polizei und Polizeimänner nicht be-

1) Vgl. Rodenberg, Bilder aus dem Berliner Leben. 1885. S. 238. N. F. 1887. S. 93. Lindenberg, Berlin, Stimmungsbilder: Im Asyl für Obdachlose.

2) Vgl. Histor.-polit. Blätter. 117. Bd. S. 206.

klagen, im Gegentheil erinnert er sich mit Dankbarkeit an die freundliche Belehrung und Aufklärung, die ihm von dieser Seite auf seine Fragen wurde. Aber um so schärfer beklagen sich Ausländer, Franzosen über die beständige Ueberwachung.

Das Dreiklassenwahlrecht sorgt dafür, daß die kleinen Leute weder in der Gemeinde noch im Bezirk, weder in den Provinzial- noch in den allgemeinen Landtagen viel mitzusprechen haben.

Am auffallendsten zeigt sich die Tendenz zur Niederhaltung des niederen Volkes in der Studienordnung. Da wird einfach festgesetzt: wenn du Arzt, Richter, Rechtsanwalt werden willst, mußt du mindestens 17 Jahre lang auf eigene Kosten studieren. Die Kosten für eine so lange Studienzeit aufzubringen, ist natürlich nur reichen Leuten möglich, ärmeren Söhnen ist ein Emporsteigen dadurch sehr erschwert. Wer etwas vorstellen will, darf es übrigens nicht allein bei den nothdürftigen Studienkosten bewenden lassen, er muß irgend einem Corps beitreten, er muß jedenfalls Offizier werden und da gibt es unendliche Ausgaben. 3000 Mark das Jahr ist nicht viel.[1])

Leider hat man diese Studienordnung auch bei uns in Süddeutschland eingeführt. Hier war es früher Aermeren leichter, ihre Studienzeit schneller zu vollenden. Zumal in Württemberg, wo ein demokratischer Geist herrschte, hat sich mancher leicht emporgearbeitet, ein bekanntes Beispiel ist der Finanzminister Renner, der sogar aus der Schreiberstube hervorging; solche Beispiele gibt es noch viele.

Wenn in Preußen die Socialdemokratie gefährlicher ist, als in Süddeutschland, so dürfte daran wohl auch die ungleiche Behandlung der unteren Volksklassen schuld sein. Die sociale Kluft ist im Süden nicht so groß. Untere und

1) Wie es dabei zugeht, das hat Arth. Zapp in dem Feuilletonroman der Allg. Zeitung 1897 April: „der Muttersohn" gut geschildert.

obere Klassen verkehren mit einander gemüthlicher, als in Norddeutschland. Man ist hier demokratischer. In den Bierhäusern finden sich hohe Staatsbeamte neben dem einfachen Krämer zusammen.

In Süddeutschland sind die Stände nicht so scharf ausgeprägt, wie im Norden; wie Riehl meint, weil es gebirgiger ist. Je flacher im Norden das Land ist, um so mehr fühlt man das Bedürfniß nach einer horizontalen Gliederung der Gesellschaft, meint Riehl. Ausschlaggebend ist dieser Grund gewiß nicht, aber mitgespielt mag er haben.

LIV.

Zur deutschen Culturgeschichte.

Je größere Berücksichtigung die heutige Geschichtsschreibung mit Recht der Darstellung der socialen Verhältnisse der Vergangenheit widmet, um so stärker macht sich das Bedürfniß nach Publikation derjenigen schriftlichen Denkmäler geltend, die vor Allem einen Einblick in das Leben, Treiben und Streben der verschiedenen Stände bieten. Dazu gehören ohne Zweifel — abgesehen von Tagebüchern — die Privatbriefe. Aus dem amtlichen und aus dem lateinischen Briefwechsel des Mittelalters läßt sich verhältnißmäßig wenig für die Culturgeschichte des deutschen Volkes gewinnen. Denn hier herrscht die überlieferte Formel, das Conventionelle vor und unterdrückt die Individualität fast gänzlich. Ueberall standen in den Kanzleien die Formelbücher zu Gebote und selbst im lateinischen Privatverkehr überwiegt das Formular. Gab es doch selbst für die

Scholaren an den Universitäten Briefsteller, welche die Studenten benützten, um ihren Vätern Geld zu entlocken, oder Stipendien zu erringen, oder sich um Stellen zu bewerben. In einem uns bekannten derartigen, der Bibliothek des Prämonstratenserstiftes Schlägl in Oberösterreich gehörigen Formelbuche, welches in Prag am Beginn des 15. Jahrhunderts geschrieben ist, wechseln deutsche und lateinische Formulare ab. Jüngst hat Haskins im Januarhefte der Zeitschrift ,American historical review' (1898) den culturgeschichtlichen Ertrag solcher Studentenbriefsteller übersichtlich zusammengefaßt.

Während also hier die Formel Alles beherrscht, treten im deutschen Privatbriefe des Mittelalters trotz des vielen immer noch vorhandenen Conventionellen die Individualität des Schreibers und die Eigenthümlichkeit der besonderen Verhältnisse stärker hervor. Diese Briefe werden sonach als eine wichtige und ergiebige Quelle für die deutsche Culturgeschichte betrachtet werden können. Leider ist ihre Zahl vor 1500 noch gering. Die ältesten bisher bekannten deutschen Briefe sind politischen Inhalts und stammen von dem Grafen Rudolf von Habsburg — Lauffenburg — Rapperswyl aus dem Jahre 1313. Die bisher gedruckten wenigen deutschen Privatbriefe finden sich verstreut in verschiedenen Quellenpublikationen und Zeitschriften, ein großer Theil war bisher ungedruckt. Um so freudiger ist es zu begrüßen, daß nunmehr mit einer planmäßigen Publikation deutscher Privatbriefe des Mittelalters begonnen wird. Als erste Abtheilung der „Denkmäler der deutschen Culturgeschichte" sollen die „Briefe" publicirt werden. Von den „deutschen Privatbriefen des Mittelalters", deren Herausgabe der Weimarer Universitätsbibliothekar Georg Steinhausen, der Verfasser der „Geschichte des deutschen Briefes", besorgt, liegt nun der erste Band vor.[1]) Er enthält

1) Berlin, Gärtner 1899. SS. XIII, 454.

Briefe von Fürsten, Magnaten, Edlen und Rittern. Als zeitliche Grenze ist das Jahr 1499 angenommen, den Anfang bildet ein Brief aus dem Jahre 1340.

Der Herausgeber hat die bedeutendsten Archive Deutschlands durchforscht und ein großes Material mit staunenswerther Mühe gesammelt und mit Umsicht gesichtet. Er bietet 590 Stücke, von welchen nur ein kleiner Theil bereits gedruckt war. In den Anmerkungen beschränkt er sich auf das Nothwendigste, auf chronologische Angaben und Worterklärungen, nur selten gibt er sachliche Erläuterungen. Man kann sich auch mit dieser Methode im Allgemeinen einverstanden erklären; nur bei Namen vermißt man hin und wieder erklärende Notizen.

Die Bestimmung des Begriffes ‚Privatbrief' ist theoretisch nicht schwierig. Jedes briefliche Schriftstück, welches eines amtlichen Charakters entbehrt, wird ein Privatbrief genannt werden müssen, einerlei, wer es concipirt. Nicht der Schreiber, sondern Inhalt und Form machen den Privatbrief aus. Darum scheint mir Herr Steinhausen zu weit zu gehen, wenn er „Briefe von Räthen, Amtsleuten rc., die im Auftrage eines Fürsten in einer privaten Angelegenheit geschrieben sind", ausschließt. Er würde sicherlich einen Brief als Privatbrief ansehen, in welchem ein fürstlicher Rath für die Küche seines Herrn Wildpret bestellt oder eine Schneiderrechnung seines Herrn bezahlt. Man muß aber zugeben, daß die Grenzen zwischen Privatbrief und Amtsbrief für jene Zeit oft sehr schwer zu bestimmen sind, zumal Privat- und Amtsperson in den Fürsten weder theoretisch noch praktisch streng geschieden waren. Abgesehen davon hat der Herausgeber mit sicherer Hand das Material ausgewählt und sich im Interesse des Unternehmens auch manche Beschränkung auferlegt. Was er in den 590 Stücken bietet, kann als eine wesentliche Bereicherung des culturgeschichtlichen Quellenmaterials bezeichnet werden. In unmittelbarer Weise treten eine große Menge fürstlicher und adeliger Personen

vor uns mit ihrem Denken und Fühlen, ihren häuslichen Interessen, ihren familiären Beziehungen, ihren Derbheiten und ihrem Zartsinn, ihrer Weltlust und ihrer Frömmigkeit. Wir hören nicht über sie reden, sie reden selbst. Das verleiht der Sammlung ihren besonderen Reiz. Freilich kostet es Mühe, sich durch die ungelenken Sätze hindurchzuarbeiten, aber die Mühe wird durch den Genuß gelohnt, die vergangenen Zeiten in kleinen Bildern aus unmittelbarer Nähe betrachten zu können. Hoffentlich geht es noch manchem Leser so wie mir; dann besorge ich nicht, daß des Herausgebers pessimistische Vorhersagung: „Freilich fürchte ich, daß wie die Verhältnisse bei uns noch liegen, das hier gebotene Material nicht einmal ausgiebig benutzt werden wird“ (S. X), in Erfüllung gehen werde.

Die Privatinteressen der fürstlichen und adeligen Männerwelt des 14. und 15. Jahrhunderts werden in den Worten Jagd und Turnier gekennzeichnet. Daher befaßt sich ihre Correspondenz untereinander fast ausschließlich mit Bitten um Ueberlassung von Jagdhunden und Pferden, mit Einladungen zum „Rennen und Stechen“, mit Dispositionen über Turnier und Jagd. Selbst die Frauen waren von Jagdlust erfüllt und waren um ihre Jagdfalken sehr besorgt. Wie groß der Aufwand mancher Fürsten für Jagd und Pferde war, zeigen die ernsten Vorhaltungen, welche Graf Ulrich von Württemberg seinem liederlichen Sohne Eberhard im Jahre 1477 macht (Nr. 262, S. 181 ff.). Der Letztere war ein leidenschaftlicher Jäger und hielt sich „ain jäger und zwölf jagdhund und vier oder sechs hünd der falkner und zween leithund und ain laithündlein und zweintzig wind und darzu ain jägerknecht und ain jägerknaben und ain ryttenden wyndhetzer und ain knaben und ain windknecht und auch ainen knaben und ainen knecht zu den bluthunden, der sint unnder sechßenn nit, und als vil vogelhund, der ich an zal nit weiß“. Siebenhundert Pferde habe der noch unselbstständige junge Graf im Marstall füttern lassen, klagt der

alte Graf Eberhard. Von Rücksichten auf Land und Leute wollten jene Jagdliebhaber nichts wissen. „Die jeger haben 32 und 100 swein gefangen" — schreibt Kurfürst Albrecht von Brandenburg an seinen Sohn, den Markgrafen Johann am 1. Februar 1480 aus Ansbach (Nr. 313, S. 213) — „und sind noch uff acht hauffen bey 200 swein zwischen Beyerstorff, hie, der Neuenstat und Swabach in der rechten guten rifier (Revier). Wiewol sie den leuten schaden thun und dem wildpret unheimlich sind, so wollen wir sie doch sparen, ‚das wir zu jar auch zu jagen haben'." Von solcher landesväterlicher Gesinnung waren die Fürsten und Grundherren zumeist erfüllt, und die Klagen der Bauern über die unerträglichen Jagdschäden verhallten erfolglos. Aber nicht bloß der Bauer hatte schwer zu leiden unter der Jagdlust der Herren, auch die Klöster wurden oft genug von den Jagdherren, deren Gefolge und Meute unliebsam in Anspruch genommen (a. a. O. S. 182) — nicht zum Nutzen und Frommen der klösterlichen Disciplin.

Für die auch aus anderen Quellen bekannte Roheit, Habsucht, Derbheit und Frivolität der höheren Stände jener Zeit bieten die Privatbriefe überreiche Belege. Zoten und zweideutige Wendungen finden sich oft. Was der Kurfürst Albrecht von Brandenburg seiner Gemahlin zu schreiben wagt, läßt sich nicht einmal entfernt andeuten, ebensowenig auch die Antwort, mit welcher diese Fürstin auf den Ton des Gemahls eingeht (SS. 117, 127, 136). Dabei waren sicherlich die Kurfürstin, sammt ihren ‚Frauenzimmern' sehr ehrbare Damen. Der saubere Graf Eberhard junior quartirte sich mit seinem Troß in Frauenklöstern ein und trieb darin allerlei Unfug zum Aerger seines Vaters (S. 184), des Grafen Ulrich von Württemberg. In dem bereits oben erwähnten Schreiben aus dem Oktober 1470 macht der letztere seinem Sohne die herbsten Vorwürfe und weist ihn darauf hin, daß sein schlechtes Beispiel seine Leute zu ruchlosen Thaten verführe. „Last auch den buben (seinen ‚frommen

cantzler) und ander inn das clouster stygen by nocht mit wissen und willen din, unnd ist ain ieglicher schuldig vor gott, wa er weis, das die seinen unrecht tund, das er innen nit gestatten soll, und der sy darumb nit strafft und innen vergönnt zu tun, unnd bist daran glich als schuldig, als tattest du das selbs. Unnd ob du dann das selbs getan hest, so schribt Lucus nit vonn. Doch es ist ain sprüchwort: ‚wa der abt wurffel trett, so spilt der convent gern'." (S. 184.)

Aus den Briefen der Edlen und Ritter tritt uns eine typische Gestalt des Kleinadels entgegen, der ehrenfeste Bilgrin von Reischach, Vogt von Bregenz. Seine Vermögensverhältnisse waren ungeordnet. Er stand bei Juden hoch in der Kreide. Der Jude Leo von Villingen mahnt ihn 1455 ernstlich an die Zahlung einer Schuld und droht ihm mit gerichtlicher Klage (S. 366). Auch von anderen Seiten wurde er mit Mahnungen und Klagandrohungen bestürmt (S. 368, 369). Dabei war er von hohem Standesbewußtsein erfüllt und führte eine lange und ergötzliche briefliche Fehde mit dem „Bürger" Hans Besserer von Ravensburg oder Lindau, welcher ihn angeblich unbilliger Weise gedutzt habe (S. 370). Bilgrin rief selbst seinen Bruder an, um die Fehde gegen den Bürger mit auszufechten. Der letztere hatte den Junker freilich gedutzt, aber er wendet ein: „Tuot dir alles nach unser bayder herkommen, und ich main, du noch nit priester bist worden . . . ." Charakteristisch ist auch bei diesem Rangstreit, daß jeder Briefschreiber seinen Namen an den Anfang des Briefes setzt, um sich als Uebergeordneten hinzustellen. Das nimmt der Junker natürlich dem Bürger höchlichst übel. Der letztere gibt auch zu, daß ihm solches nicht gezieme, daß es aber ebensowenig seinem Gegner zustehe, „angesehen das wir bayd der herrschafften über ainander under unsz nit habend noch vermögend" (S 372). Der Bürger aber läßt sich Vorwürfe über seine Abkunft nicht gefallen. „ . . . . setzst auch" — schreibt er —

„min herkommen sy von burger und kauffleute: soltu wyssen, das min herkomen ist de sancta trinitate und von aller oberkait und adels eren . . .“ (S. 373). Das kränkt den Junker bitter und er verhöhnt seinen ehemaligen Dutzfreund, daß er in den Trinkstuben nachforsche, „wie der Pfeffer und koffmanschach von Alexandria und Parzalony gen Venedes (Venedig) kum, und wie die bairchatbücher gewechselt werden . .“ (S. 374). So geht der Streit hin und her; wie er beglichen, ob durch den vorgeschlagenen Rechtstag oder in anderer Weise, ist nicht ersichtlich. Bilgrin von Reischach hatte auch sonst allerlei Zwistigkeiten zu bestehen (S. 379 ff.) und scheint selbst bei seinen Standesgenossen nicht viel Vertrauen genossen zu haben. Hans von Klingenberg, der ihn ersucht für seine Frau und für einen von ihm unternommenen Bau zu sorgen, findet sich veranlaßt ihm zu schreiben: „Doch solt sy nit minnen!“ (S. 368).

Bis zum Ausgang des Mittelalters trieben bekanntlich Kleriker auch medicinische Praxis und docirten diese Wissenschaft auf den Lehrstühlen der Universitäten. Daß sich aber ein in hohen Würden stehender Kleriker damit befaßte, mag selten vorgekommen sein. Der Coadjutor des Bischofs von Augsburg, Graf Johann von Werdenberg that dies, allerdings bei einer erlauchten Patientin, der Gräfin Margarethe von Württemberg. Diese trotz ihrer Kränklichkeit zu Scherz geneigte Dame, hatte den Coadjutor in einem Briefe consultirt, der in „verkert geschrifft“ geschrieben war und von rückwärts gelesen werden mußte. Der mit solchen Kniffen nicht vertraute Coadjutor mußte Hilfe suchen, um den Brief zu verstehen. Er gibt nun in einem Schreiben vom 30. März 1467 (S. 78, 79) seine ärztlichen Rathschläge, die ihm ein „wiesser arzet“ bestätigt. Sie bestehen in Diät und Frottiren mit warmen Tüchern. Scherzhaft schreibt er seiner Patientin des großen Lehrers Avicenas Rath für alle Krankheiten. Der Kranke soll sich auf eine bloße Bank legen, zuerst auf die rechte Seite, ist er müde auf die linke Seite,

ist er auf beiden Seiten müde, auf den Rücken; „und wann er müd ist auff all weg, das er nit mer ligen mag, so muß er gewißlich auffstehen, und ist gesund". Zu ernstem Rath jedoch zurückkehrend, bittet er, ihm den „brunnen" zu schicken, „so will ich furter meine Bücher daruff sehen, was in solicher sachen gehört. Doch hoff ich zu got, es bedürfft das alles nit, üwer genad sy ganz gesund worden, wann ich hab üwer genad getrüwlich under den Kelch gestürz" (in der Messe ihrer gedacht). Dieselbe Patientin ließ sich 1479 von dem Meister Thomas Rüß von Gemmingen behandeln (S. 207).

Am sächsischen Hofe in Dresden stand zwischen 1470 bis 1480 Dr. Hildebrand als Arzt in hohem Ansehen (SS. 226 ff. 199). Daneben bediente man sich aber auch jüdischer Aerzte troß des kanonischen Verbotes, solche zur Behandlung herbeizurufen. Der Hofdiener Jorge Stange in Altenburg habe — schreibt die Kurfürstin Margarete von Sachsen 1469 (S. 88) — „von der joden (Juden) artztey, die bei im sint, wenig hulff"; darum bittet sie „den alten joden von Dresden" kommen zu lassen. Der arme Jorge Stange war nun aber wegen dieser ärztlichen Behandlung von der Osterkommunion ausgeschlossen. Die um den Hofdiener besorgte Fürstin schreibt daher: „bitten wir als ver, ir wullet solches doctor Tronitz zu Missen (Meissen) lassen fürlegen und an ym erwerben, das er ym eyn brive wulle senden, daruff er moge absolvirt und mit den sacramenten bewart werden".

Auch die Hausmittel waren in den fürstlichen Häusern zur Hand und „Heilwasser" genossen viel Vertrauen. Wiederum ist es die immer kranke Gräfin Margarete von Württemberg, welche 1478 von dem Hofmeister Conrad von Stein „zwey wasser" mit Gebrauchsanweisung erhielt (S. 193). Sie starb im September 1479. Ein besonders wirksames Wasser schickt die Kurfürstin Anna von Brandenburg ihrem Gemahl Albrecht (S. 139). Die Herzogin Helene von Braunschweig sendet 1468 ihrer Schwägerin Elisabeth von Cleve „pulver

und salff (Salbe) tegen den pestilent und sterbingt" (S. 85), und die Klosterfrau Dorothea von Brandenburg in Bamberg schickt ein gleiches Pulver ‚für den pestelenz, ganz frisch gemacht' ihrer Mutter, der Kurfürstin Anna (S. 309). Eine andere Klosterfrau, Gräfin Margarethe von Hanau in Liebenau, räth ihrem kranken Vater, welchem sie „ein regement" (Diät, Verhaltungsmaßregeln) schickt, „die herzlin oder ußsprüßlin an den wackeltterstüden" (Herzblätter und Schößlinge der Wachholderstauden), gepflückt zwischen „den zweyen unszer frauwen dagen", bemerkt aber vorsichtig, daß das, falls es nichts nütze, „doch on allen schaden" wäre (S. 308).

Für den damals herrschenden Aberglauben finden sich in den Briefen manche Belege. Die oben erwähnte kränkliche Gräfin Margarete von Württemberg scheint auch zu geheimen Künsten und zur Wahrsagerei ihre Zuflucht genommen zu haben. Sonst würde es wohl Hans Metzger in Straßburg nicht gewagt haben, ihr einen aus Arpruck (Aarburg in der Schweiz?) stammenden Wahrsager zu empfehlen. Die Kunst, mit welcher dieser „maister umbgät", bestand darin: „ . . wer da ist, der sinen namen schribet in ainen zedel und darzu die zit, da er uffgeborn ist worden, und im den zedel schicket, so sagt er im die warhait, was der mensch gelitten hät sin lebtag oder was er noch liden sol . . .". Was er sonst noch „wahrsagt", läßt sich nicht gut abdrucken; man war damals nicht sehr prüde. Der Mann war übrigens theuer; er verlangte für die Person 6 Groschen (S. 201). Auf Astrologie gab männiglich viel. Herzog Albrecht von Sachsen wollte 1472 eine Wallfahrt zum hl. Grabe unternehmen. Seine Mutter Margarete von Sachsen warnte ihn, in diesem Jahre dahin zu ziehen. „Als ist uns" — schreibt sie (S. 100) — „von mehir, danne eynem, die sich die astronomey und hymelsleuffte wol vorstehen, zu irkennen geben, wie sich disz jar in vil und mancherley ferliche vorwandelung erschreckliche, große, unglucks elige zufelle und selzame geschicht sulle begeben".

Herzog Albrecht verschob auch diese Reise bis ins Jahr 1476. An die Wirksamkeit geheimer Künste bei Turnieren glaubten die Betheiligten fast alle. Graf Eberhard von Württemberg ersucht den Markgrafen Albrecht von Brandenburg 1464 um Belehrung über „subtile verborgene Kunst, dienende zu vorteil dem rennen und stechen“ (S. 69). Diesen Aberglauben hat, wie so viele andere Thorheiten, das deutsche Mittelalter von den Griechen und Römern überkommen, in deren Wettkämpfen Zaubersprüche und geheime Künste eine große Rolle spielten.

Das obengenannte Ehepaar, Kurfürst Albrecht von Brandenburg und seine Gemahlin Anna, deren bedenkliche Correspondenz oben erwähnt wurde, zeigte sonst angenehmere Seiten. Ihr gemeinsames Schreiben (Nr. 289, S. 199. 21. Februar 1479) an den Herzog Heinrich von Münsterberg und an die Herzogin Ursula, ihre Tochter, verräth ein ernstes Interesse an der gewissenhaften Erziehung ihrer Enkelkinder. Sie bitten, die letzteren „zu versehen mit meistern, die sie ziehen und lernen nach christenlicher ordnung des glaubens halben und sunszt in all weg, das fromen, riterlichen und erlichen fürsten und fürstin in geistlichem oder weltlichem stand zimbt und geburt. Des seit ir in schuldig als die eltern und wert sein lon emphaen vom got hofentlich und guot gerucht von der welt . . .“ Der Kurfürst war in seiner Art ein frommer Herr; er besuchte den Gottesdienst, legte Gewicht auf religiöse Uebungen und vertraute auf die Macht der Kreuzreliquie, die er bei wichtigen Geschäften zu tragen pflegte. Eine kleine Partikel derselben sandte er seiner Tochter Ursula, und da diese mit einem so kleinen Theilchen nicht zufrieden war, schreibt er ihr (Nr. 315, S. 214. 1480): „Haben wir euch geben halp des bewerten heiligen creutz, sovil sein unnser vater erworben hat zu Costentz in concilio, das in dem creutzlein ist, das wir an unnserm hals tragen, so wir in geschefften sind. Hett ir uns aber geschriben, wir solten euch einen

span geben, das man für das heilig creuz hielt und nicht bewert wer, wir hetten euch sein mer geschickt. Aber des bewerten haben wir halp mit euch geteilt, und wolten wenen, wir hetten im gar recht gethan". Er bedankt sich herzlich und erfreut bei seiner Gemahlin, welche Wallfahrten unternahm und Messen lesen ließ, als er sich im Felde gegen den Herzog von Burgund befand (S. 127, 131).

An den Wallfahrten zu heimischen Gnadenstätten betheiligten sich fürstliche Frauen gern. Die Herzogin Margaretha von Braunschweig machte 1401 eine „bedefard zu unsrer lieben Frauwin zu Ache" (S. 20)) und die Gräfin Elisabeth von Leiningen ladet 1466 die Herzogin Anna von Bayern zu einer Wallfahrt nach Arnsheim (Kreis Oppenheim) ein, „da daz heylge blüt gar gnedelichen rast (risen, fallen, niederfallen) und groiz gnad und ablas da ist" (S. 75).

Die meisten der Frauenbriefe beschäftigen sich abgesehen von Familienangelegenheiten mit Fragen der Toiletten. Die eine bestellt Stoffe, die andere Kleider, diese Federn, jene Schmuck. In Geldsachen hielten manche — wie es ja auch heute vorkommt — wenig Ordnung. Ein Pelzhändler muß die Herzogin Mechthild von Geldern ernstlich um Bezahlung ihrer Schuld für „den lasten" (Pelz aus Wiesel) und „bontwerc" (Pelzwerk) mahnen (S. 13. 1372). In chronischen argen Geldnöthen muß die Gräfin Margaret von Württemberg gewesen sein; denn der Goldschmied Michael Daßbach in Straßburg konnte 1467 22 Gulden für Geschmeide nicht erhalten und der Kaplan Richard Reiner in Straßburg muß 1468 wiederholt um Bezahlung einer Schuld von 13 Gulden mahnen (S. 77, 83). So ärmlich war es zuweilen mit ihr bestellt, daß sie sich zwei Gulden leihen mußte (S. 207). Oft genug freilich mochten die verpflichteten Männer und Verwandten die Frauen recht spärlich mit Geld versehen. Mußte doch die Nichte des Brandenburger Kurfürsten Margarete von Brandenburg 1473 in Köln Schulden machen, um den nothwendigen Lebensunterhalt

zu bestreiten. Sie war mit ihrem Gefolge in solche Nothlage gerathen, daß es ihr sogar an Leibwäsche und Kleidungsstücken mangelte (S. 108).

Oeffentliche Angelegenheiten werden in den Frauenbriefen nur hie und da gestreift. Daß die Frauen auch Einfluß auf Besetzung geistlicher Pfründen zu üben gewußt haben, ist auch sonst bekannt. In den vorliegenden Briefen bittet die Gräfin Margarete von Nassau ihre Tante Margarete von Geldern (1371) einem ihrer Diener eine geistliche Stelle zu verleihen. „Fort herzeliebe frauwe“, so schreibt sie (S. 12), „so wollet wizzin, daz ich einen diener han, den ich gerne beriede unde em forthulfe um goddes willen ende um sines dienstes willen . . . Were sache, daz eingerley goddergabe gefiele in uherm lande, der ir macht hettit zu gebene, iz were kirche oder prebende, daz ir unsen diener domidde begnedigen wollet um unsers willen . . .“ Aehnliche Fälle mochten oft vorkommen; mischt sich doch auch heute noch das „fromme Geschlecht“ mit Vorliebe in die Verleihung großer und kleiner kirchlicher Stellen.

Man sollte erwarten aus den Briefen der fürstlichen und adeligen Klosterfrauen an ihre Bewandten über das geistliche Leben in den Frauenklöstern Einiges zu erfahren; aber man ist enttäuscht. Sie behandeln nichts als materielle Dinge: Wein und Bier, Mettwurst und Schweinefleisch, Leinen und Tuch. Es mochte aber auch in manchen Frauenklöstern zuweilen bittere Noth herrschen. Die Aebtissin Anna von Lindow bittet den Herzog Magnus von Mecklenburg 1483, von seiner Absicht in Lindow einzukehren, Abstand zu nehmen. Denn das „gadeshus“ sei sehr ärmlich bestellt, auf dem Kornspeicher sei kein Roggen, auch kein Malz zu Bier, sie könnte dem Herzog keine anständige Zehrung bieten (S. 255). In den Frauenklöstern Ribnitz und Rehna befanden sich Angehörige des Mecklenburg'schen Hauses; dort war Elisabeth von Mecklenburg Aebtissin. Ihre Verwandte, die Klosterfrau Anna von M. schildert ihrem

Vetter 1482 die Noth des Klosters in grellen Farben. Es ginge sehr knapp zu, sie litten oft an Mangel an Lebensmitteln und sie habe sich Geld von anderen Jungfrauen borgen müssen, um nicht Hunger und Durst zu leiden; auch fehle es ihr an Kleidungsstücken (S. 241). In Ribnitz war, wie es scheint, von der vita communis nicht mehr viel vorhanden. Das war leider in sehr vielen Frauenklöstern ebenso. Das ‚vitium proprietatis', das Laster des Eigenbesitzes herrschte darin und erschien trotz aller Bemühungen, die Grundlage der vita communis, das Gelübde der Armuth zur vollen Geltung zu bringen, fast unausrottbar. Die ascetische Literatur des 14. und 15. Jahrhunderts weist eine große Zahl von Traktaten auf, die sich in eingehenden Darlegungen und in eindringlichem Tone mit dem gemeinsamen Leben im Kloster und mit der klösterlichen Armuth befassen, aber die schlimme Gewohnheit war stärker, als die lauten Rufe unbequemer Mahner. So war es anscheinend auch in Ribnitz. Jede Schwester hatte ihren Kram für sich, jede sorgte für sich, und reichte es ihr nicht aus, so machte sie Schulden, wenn sie Credit hatte. Aber die Aebtissin Elisabeth scheint auch für den ganzen Convent besorgt gewesen zu sein, wenn sie ihre Schwägerin, die Herzogin Katharina von Mecklenburg in herzlicher Weise um Eßwaaren bittet. „Denkt an uns" — schreibt sie in plattdeutschem Idiom — wenn ihr Schweine schlachten lasset; wir essen ganz gerne „mettewurste unde leberwurste, de de gut sint, ok versche (frische) ribbesper". Von ihrem Bruder aber will sie „twe vlicken" (zwei Speckseiten) geschickt haben. Mit Wittstocker Bier wurde das Kloster euch vom Hofe aus versorgt (S. 251). Ein anderes Mal bittet sie aber ihren Vater um Geld für idealere Zwecke, um nämlich den Lohn für das Schreiben und Binden zweier Bücher zu bezahlen, vergißt aber nicht, gleichzeitig zwei Tonnen Bützower Bier zu verlangen (S. 163). Die Markgräfin Dorothea von Brandenburg war 1493 in ein Kloster zu Bamberg

eingetreten. Die Fastenkost schien der Dame nicht zu behagen, sie vertrug das Oel nicht, mit welchem in der Fastenzeit die Speisen zubereitet wurden. „ . . darum pit ich eur lieb daz ir mir schickt uberzogen mit zucker cobeben (Zibeben, große Rosinen) und uberzogen kümel auch mit zuckern, daz dint dem haupt fast wol" (S. 306). Der Klosterfrau Margaret von Brandenburg, die in St. Clara in Hof war, schickte ihr Stiefbruder als „leibgegnung" (Leibgeding) recht schlechten Wein. „ . . sünderlich heuer (1488)" — schreibt sie (S. 280) — „war er eitel waser. Ich kantsen nit verkaufen, ich het auf die lez gern einen halben gulden vor ein eimer genumen, esz wolten nimant kaufen. . . . Herzelieber bruder szeit nit so hert gegen mir: ist esz doch nor leibgegnung . . Ich hab werlich heuer grosen mangel und gebrechen gelyden, daisz weisz der richter der warheit". Die Leibgedinge galten auch damals für eine lästige Sache, in welcher den Berechtigten, zumal wenn es wehrlose Klosterfrauen waren, oft unangenehme und unanständige Schwierigkeiten gemacht wurden (vergl. S. 334, 394, 399).

Unter den Frauenbriefen zeichnen sich die der Herzogin Sidonie von Sachsen an ihren Sohn, den Herzog Georg[1]) durch den Ernst des Inhaltes, durch den herzlichen Ton und durch eine tiefsinnige Frömmigkeit aus. In mütterlicher Treue und Fürsorge bemühte sie sich, ihren Sohn zur Erfüllung der religiösen Pflichten, zu einem tugendhaften Wandel anzuhalten. Wie ernst weiß sie zu schreiben, wenn sie ihn ermahnt, einen Gefangenen mild zu behandeln! „Den nachdem als wir gerne sheen, das uns barmherzickeyt von got geschee, so schicken wir uns fast wenigk darzü. Und füricht, uns wirdt zu erzeit mit der ellen gemessen werden, als wir unserem nachsten messen, und vorshee mich, so eyner deyner rette an des geffangen sesse, er würd gedenken:

1) Herzog Georg war 1471 geboren, kam 1500 zur Regierung und starb 1539.

,o weld sych ymant obir mich erbarmen und mir aus dyser not hilffen' . . . Man sold gedencken, das der almechtige got allezeyt seyn gerechtigkeyt vormischt mit der barmherzickeyt, und sold nicht also geschwind mit der straff seyn" (S. 332). Wie herzlich wird ihre Sprache, wenn sie ihren schon erwachsenen Sohn zum Gebete und zur Erfüllung kirchlicher Pflichten mahnt! „Herzliebes sonichen" — schmeichelt sie (S. 313) — „vorgis nicht des rosenkranz und auch der 15 ave Marien und zu dem wenigst funff pater noster und so vil ave Marien! Und wen dir es wol ghet, gedencke auch an deyne getrau mutter!" „Ich schick dir hy den doctor Proles" — schreibt sie an den etwa 16 jährigen Herzog (S. 277) „dem hab ich beffollen, das er eyn frommen menschen ausz dir machen sol". Ihm solle er Weihnacht wieder beichten. Er bringe auch ein Muttergottesbild mit; dessen Jesuskindlein habe „schir eyn soliche fisomey (Physiognomie) des antlich (Antlitzes) halb, als du an dem wirdst erkennen, wy du geschtalt bist". Das solle er ihr zum neuen Jahre schenken. Sie schickt ihm Gebetbüchlein, die sie von Doctor Andreas Schwertfeger für ihn bekommen habe. Eines enthielt Gebete von den hl. fünf Wunden (S. 279); das andere ein kräftiges Gebet, welches angeblich vom hl. Augustinus stamme. Solcher Gebete waren viele verbreitet; man knüpfte an dieselben wunderbare Wirkungen. Für den Gebrauch dieses Gebetes gibt sie ihm folgende Anweisung: „ . . das solstu alle tag, wo du bist, dez morryngens bethen. Den es ist eyn bewert gebeth und dorch den heyligen geyst dem heyligen Augustino geoffenbart und ist nüz vor alle ferlichkeit der selen und der leyber und ist gut vor dy reyser (Krieger), dy dych von dem pferd werffen. Und der doctor meynt, es sey auch sunderwar gut vor alle feynschafft und vor dy feynt, dy dych yn irem zaun betreten mochten" (S. 278).

Von besonderem Interesse ist eine Instruktion, welche die um das Seelenheil der Ihrigen besorgte Herzogin ihrem

Sohne über den Ablaß gibt. Sie schickt ihm 1487 ein Büchlein, worin verzeichnet steht, „was, wie vil und auff welichen tag du aplas verdienen magst“. Wenn der Ablaß in zwei oder drei Kirchen ist, müsse er sich in jeder Kirche zwei Altäre wählen und an diesen die Gebete sprechen. Er möge sich hüten, die Ablässe, die nur auf ein Jahr oder auf noch geringere Zeit lauten, zu verschmähen: „nym yn mit an, den er ist dir nicht schedlich. Dynt er dir nicht vor dy peyn (Sündenstrafe), so meret er dir aber das vordinst pey got“. Er möge den für die bevorstehende Charwoche bewilligten Ablaß zu gewinnen trachten, der ihm Vergebung von „peyn und schult“ sichere. „Und auff dyselbing mitwoch haftu ein sel aufz dem fegfeuer zu verlesen (erlösen): ich bitt dych, kumm deyns fettern, herzog Ernests sel mit dem aplas zu hylff und ordens also, so es die sel nicht dirrfft, das der eneledesten selen, dy ym fegfeuer, zu hylff kum“. Kurfürst Ernst von Sachsen war am 26. August 1486 gestorben. „Auff diesen grundonerstag hast zweyerley vorgebung, peyn und schült[1]) des donerstag halb und auch der mitwochen halb, als ich dir vor geschriben hab“. Wie man sieht, war die Herzogin in der kirchlichen Praxis und Lehre gut bewandert, und sie verstand den Nutzen des Ablasses ihrem Sohne klar zu machen. Er solle sich nicht stoßen, schließt sie, daß der Ablaß zu groß sei: „Den wir kunnen ym nymmer zu vill thun“ (S. 275).

Im Jahre 1496 vermählte sich der Herzog Georg mit der Prinzessin Barbara von Polen, der Tochter des Königs

1) Der Ausdruck: Ablaß „von peyn und schült“ (a poena et culpa) war der damaligen Laienwelt ganz geläufig, ohne daß man ihn mißverstand. Der Begriff des vollkommenen Ablasses umfaßte eben zwei Momente: die Absolution a culpa in der Beichte und den Nachlaß der Sündenstrafen (a poena) in dem eigentlichen Ablaß. Vgl. darüber die vortreffliche Darstellung Nikolaus Paulus' in seinem „Johann Tetzel, der Ablaßprediger“. Mainz 1899. S. 130 ff.

Casimir. Die Herzogin versäumt nicht, ihren Sohn zu bitten, vorher zu beichten und dann „das hochwirdige sacrament der heyligen ee . . entpfahen . . .“ „Auch so du es thun kondest, weldest von jogunt auff alle deyne sund beychten und dich auf den briff von peyn und schult entpinden lassen, werr fast sere gutt“ (S. 321). Sie räth ihm also eine Generalbeicht vor Eingehung der Ehe abzulegen und sich dazu einen Brief zu verschaffen, kraft dessen er einen vollkommenen Ablaß gewinnen könne. Die fromme Uebung, bei wichtigen Lebensabschnitten eine Generalbeicht abzulegen, war damals schon üblich. Das junge Ehepaar wurde am 24. August 1498 durch die Geburt eines Sohnes erfreut. Es sollte als Johannes getauft werden. Die Herzogin Sidonie ist damit einverstanden, aber sie bittet, den Namen nicht in ‚Hans‘ zu verunstalten (S. 333).

Die vortreffliche Fürstin und Mutter interessirte sich aber auch für die religiöse Literatur. Im Jahre 1498 waren in Leipzig Taulers Predigten erschienen. Sie fanden Widerspruch und ihr Verkauf wurde verhindert. Die Herzogin, eine Verehrerin Taulers, bittet ihren Sohn am 29. März 1498, dafür zu sorgen, „das dy bucher auszghen und vorkaufft mogen werden“ (S. 329). Ihr scheint es, als ob „der veynt der menschlicher selickeyt“ die Vertreibung des ausgezeichneten Buches verhindere, weil er wisse, daß ihm durch dasselbe Seelen entzogen werden. „Du magst mir warlich glauben“ — versichert sie — „das sych des buchs, ausz dem dy andern gedruckt seyn, 6 menschen, dy ich weis, fast sere gebessert haben und von irem irrigen leben yn gütt, volkumen leben gegangen und von tage zu tage zunemen“.

Die rührende Fürsorge dieser fürstlichen Mutter blieb nicht ohne reiche Frucht. Herzog Georg wurde ein guter und gerechter Fürst, der sein Land nahezu 40 Jahre segensreich regierte. Wiewohl er, wie die Besten seiner Zeit, eine Reform der Kirche an Haupt und Gliedern für dringend nothwendig hielt, verabscheute er doch die Re-

bellion gegen die legitime kirchliche Autorität. Er blieb katholisch, treu den Lehren, die ihm seine fromme Mutter mit ebenso viel Eifer wie Liebe ans Herz gelegt hatte. Auch die nach seinem Tode eintretenden gewaltigen kirchlichen Veränderungen konnten das Andenken an die edle Fürstin nicht verwischen. Sie lebt auch heute noch im Andenken des Landes, dem sie einen der besten Fürsten gegeben hatte.

Gmunden. Adolf Franz.

LV.

Zur Vorgeschichte des Krieges von 1866. Graf Rechberg und von Biegeleben.

Der Tod des Grafen Bernhard von Rechberg hat zur Ausgrabung von Reminiscenzen an seine längstverflossene Ministerschaft Anlaß gegeben und es ist dabei an den politischen Gegensatz, der zwischen ihm und seinem Referenten für deutsche Angelegenheiten von Biegeleben bestand und der schließlich mit der Demission des Ministers endete, erinnert worden. Im Interesse geschichtlicher Wahrheit verdient diese Divergenz, die keine persönliche, sondern eine rein sachliche und mit dem Gange der Weltereignisse zusammenhängende war, in ein richtigeres und klareres Licht gestellt zu werden.

Das eigene Zeugniß Graf Rechbergs über jene Vorgänge liegt in dem noch bei seinen Lebzeiten erschienenen zweiten Bande des Friedjung'schen „Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland“ vor, ein Zeugniß, das, nachdem

es unwidersprochen geblieben, als Rechbergs eigene Aeußerung gelten darf. Ferner brachte nach dem Tode des Grafen die ‚Neue Freie Presse‘ im Morgenblatt vom 3. März d. Js. uncontrolirte Mittheilungen aus seinem Munde. Wenn auch beide Versionen von Erinnerungsfehlern des Neunzigjährigen nicht frei erscheinen, die Ansichten des Ministers dürften sie im Wesentlichen wiedergeben.

Darnach, sowie nach der Darstellung der Memoiren Bismarcks würde sich Folgendes als thatsächlich erweisen. Nach der am 22. August 1864 in Schönbrunn zwischen den Monarchen von Oesterreich und Preußen und ihren Ministern Rechberg und Bismarck stattgefundenen Unterredung, in welcher bekanntlich König Wilhelm durch direkte Fragestellung des Kaisers Franz Joseph etwas in die Enge getrieben, erklärte, auf die Herzogthümer kein Recht zu besitzen und deßhalb keinen Anspruch auf ihre Erwerbung zu machen, wurde eine kurze Niederschrift des Inhalts, daß die beiden deutschen Großmächte an ihrer Einigkeit festhalten wollen, ohne vorläufig über die Zukunft Schleswig-Holstein's zu entscheiden, von Rechberg und Bismarck entworfen und von ihren hohen Herren genehmigt. So Bismarck im 17. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“.

Rechberg aber hätte mehr als dieses wenigsagende Protokoll angestrebt. Wie er selbst erzählt, suchte er spät Nachts in Schönbrunn Bismarck für ein inniges Bündniß zu gemeinsamem Angriff auf Napoleon zu gewinnen,[1]) wogegen Bismarck einige Einwürfe hatte. Schließlich übernahm es Rechberg, den Entwurf zu einem solchen Bündniß vorzulegen, fuhr nach Wien in sein Ministerium, ließ um Mitternacht den Referenten für deutsche Angelegenheiten kommen und

1) Die Richtigkeit dieser Version wurde seither von Bismarck nahestehender Seite bestritten. Von so weit gehenden Vorschlägen Rechbergs sei nicht die Rede gewesen, wie es auch fraglich erscheint, ob er zu solchen die Ermächtigung hatte.

beauftragte ihn mit der Redaktion eines Bündnisses mit Preußen. Zu solchen Dingen gebe er sich nicht her, sagte ihm Biegeleben trocken ins Gesicht. „So werde ich es mir selber machen", erwiderte Rechberg. Er stellte die wichtigsten Punktationen fest und legte sie am nächsten Tage bei der Zusammenkunft der Monarchen vor. Sie billigten dieselben und damit trennten sich die Herrschaften. So Rechbergs Angabe. Diese genehmigten Punktationen aber waren nach Bismarcks Darstellung farblos, enthielten keinen Garantievertrag, geschweige ein Offensivbündniß gegen Napoleon. Rechbergs Allianzträume, die seine späte Erinnerung ihm noch lebhafter ausmalt, hätten demnach eine rasche Ernüchterung erfahren, zunächst durch Biegelebens Weigerung. In wie weit auch durch Ablehnung an höchster Stelle, muß dahingestellt bleiben.

Zwei Monate später erfolgte die Demission Graf Rechbergs, nachdem „inzwischen seine Position im Ministerium schwächer geworden" und die erhoffte Stärkung durch ein Entgegenkommen Preußens in der Frage der Zolleinigung ausgeblieben war. Der Kaiser ließ durch Graf Esterhazy Rechberg zur Demission veranlassen. Seinen Rücktritt erzählt er in folgender Weise. Er erhielt eine Einladung zu einer Ministerrathssitzung, der letzten, der er beiwohnte. Er war erstaunt, seinen Hofrath Biegeleben (auf allerhöchsten Befehl) dort zu sehen, der nicht hingehörte. Biegeleben legte den Entwurf einer Note gegen Preußen vor, der Rechberg opponirte, aber er wurde überstimmt und erklärte, in Folge dessen seine Entlassung geben zu müssen. Er gab eine Erklärung zu Protokoll, daß die Hervorkehrung des Gegensatzes zu Preußen zum Kriege führen müsse, und vor einem solchen Wagnisse müsse er warnen.

Der Minister hatte gegen seinen Referenten den Kürzern gezogen, doch beide waren zu vornehme Naturen, um in den Widerstreit ihrer Meinungen ein persönliches Element hineinzutragen. Trotz des Stachels, den es für Rechberg

haben mußte, daß er der Auffassung seines Untergebenen zu weichen hatte, zeigt sich in seinen späteren Aeußerungen über Biegeleben keine Animosität, kein Ausdruck der Verbitterung.[1])

Beide Staatsmänner waren reichsdeutschen Ursprungs, der schwäbische Herr aus altem Dynastenhause und der frühere hessische Diplomat von westphälisch-rheinischer Abstammung, beide conservative Großdeutsche, der österreichischen und der katholischen Sache ergeben. Durch fünfzehn Jahre, seit Biegeleben als Unterstaatssekretär im Reichsministerium Erzherzog Johanns in Frankfurt die auswärtigen Angelegenheiten Deutschlands leitete, standen Beide auf dem Felde deutscher Politik in Berührung. Wo lag der Gegensatz zwischen Beiden? Es war ein Unterschied im Temperament, in der Geistesrichtung, in der Schule, es war der Gegensatz zwischen Erregbarkeit, die zur Uebereilung neigt, und Umsicht und Ruhe, zwischen Routine, die am Hergebrachten hält, und freierem Geistesfluge, zwischen Vertrauensseligkeit und Scharfblick, zwischen veralteter und verjüngter Schule. Rechberg, dem Cabinetspolitiker vom alten Schlage, war es nicht gegeben den Geist der neuen Zeit zu erfassen und die wichtigste Aufgabe des modernen Staatsmannes, die Gewinnung und Lenkung der öffentlichen Meinung, ohne welche kein

---

1) Eine seltsame Verwechselung begegnet dem Hochbetagten, wenn er bei Friedjung, Bd. II, S. 531 erwähnt: „Aber ich erhielt durch Biegeleben selbst Genugthuung. Nach dem Kriege traf ich ihn einmal und er sagte zu mir: ‚Wenn Sie ein menschliches Gefühl besitzen, so sprechen Sie nicht über die unheilvolle Vorgeschichte des Krieges. Aber ich werde Ihnen in den Memoiren, an denen ich jetzt schreibe, Gerechtigkeit widerfahren lassen‘. Memoiren hat Biegeleben nie geschrieben und nie die Absicht an den Tag gelegt, solche zu schreiben. Seine kurze Ruhezeit gehörte der Kunst — als Kunstkenner und Sammler — und der Literatur. Wahr ist, daß es ihm Schmerz bereitete, an die Katastrophe von 1866 und ihre Vorgeschichte erinnert zu werden.

dauernder politischer Erfolg erreichbar ist, zu beherrschen. Ganz anders veranlagt war Ludwig Maximilian von Biegeleben. Warmer deutscher Patriot, auf der Höhe der Zeit stehender Conservativer, hatte er die deutschen Einheitsbestrebungen von 1848 — 1849 im leitenden Frankfurter Kreise an der Seite und als persönlicher Freund Heinrich von Gagern's, aber als politisch selbständiger Geist miterlebt und mitgethätigt. Der jugendfrische Idealismus jener Zeit beseelte ihn. In der Atmosphäre der Paulskirche an der Arbeit gewesen, perhorrescirte er nicht den bekannten Tropfen demokratischen Oels im besseren Sinne. Mit der Volksseele empfindend, tiefen Gemüths, ein Meister der Sprache, verstand er es nicht nur diplomatische Noten gediegensten Styls zu ciseliren, sondern zur rechten Zeit auch den Ton zu treffen, der zur Volksseele spricht. Der hinreißende kaiserliche Toast auf dem Fürstentage in Frankfurt war von ihm entworfen. Daß die deutsche Einheit nur durch die deutschen Fürsten zu Stande kommen, aber auch nur im Drange eines überwältigenden Aufschwungs des germanischen Volksgefühls geschaffen werden könne, in dieser Ueberzeugung begegnete sich Biegeleben von seinem österreichischen mit Otto von Bismarck — der danach handelte — von dessen preußischem Standpunkte, verfügte aber in seiner untergeordneten Stellung nicht wie der gewaltige Gegner über die Macht und den Einfluß zur Durchführung seiner Gedanken. Auf dem Fürstentage stand er als einziger Protokollführer der erlauchten Versammlung, die über die von ihm entworfenen Vorlagen berieth, thatsächlich mehr im Vordergrunde als sein Chef und war im Gegensatze zu diesem, dem die Frankfurter Aktion bekanntlich nichts weniger als homogen war, die Seele des österreichischen Reformversuches. Der Eindruck in ganz Deutschland von der Initiative Oesterreichs, von dem vollen Einsatze der so herzgewinnenden als imponirenden Persönlichkeit Kaiser Franz Josephs an der Spitze der versammelten deutschen Fürsten

für die Lösung der deutschen Frage — wenn auch Preußen fernblieb — war ein tiefer. Wäre Biegeleben für die Leitung verantwortlich gewesen, die Dinge hätten wohl einen anderen Verlauf genommen. Er erfreute sich des kaiserlichen Vertrauens in hohem Grade, allein Minister war er nicht. Der Fürstentag scheiterte nicht nur an der Enthaltung Preußens, die als ein sehr möglicher Fall wohl in Rechnung gestellt sein mußte, und an der preußischen Einschüchterung der Mittel- und Kleinstaaten, sondern auch an der durch den Druck von Weltereignissen noch nicht gedämpften übermäßigen Eifersucht der Fürsten auf die Wahrung jedes Titelchens ihrer Souverainitätsrechte und endlich auch, nicht zum wenigsten, an dem Mangel an Ueberzeugung und Entschlossenheit des österreichischen Ministers. Rechberg disgustirt, suchte und fand wieder Fühlung und Anschluß bei dem vermeintlich conservativen Preußen über die Köpfe der liberalisirenden „störrigen Mittelstaaten" hinweg. Die gemeinsame österreichisch-preußische Aktion in der schleswig-holsteinischen Sache kam in Gang. Nicht umsonst beantragte Bismarck eine hohe preußische Auszeichnung für den Grafen Rechberg, als den von allen bisherigen österreichischen Ministern um Preußen bestverdienten. Der wohlmeinende edle Graf war leider von der Zeit überholt, er baute auf ein Preußen, das nicht mehr oder nur noch in zersplitterten Fragmenten existirte, auf das Preußen der heiligen Allianz, der Partei von Gerlach und Stahl. Bismarcks Gewandtheit sorgte dafür, diese Illusion bei ihm zu nähren, wozu die damalige innere preußische Politik zu statten kam. Nicht einmal Preußens erklärtes Streben nach dem Alleinbesitz der Herzogthümer, ohne Oesterreich irgendwelche Territorialentschädigung zu gönnen, vermag Rechbergs tiefgewurzeltes Vertrauen zu erschüttern. Selbst da, nach dem dänischen Kriege, denkt er noch an ein Bündniß mit Preußen gegen Frankreich, als ob hiefür Gegenliebe in Berlin zu finden wäre.

Daß seit zwei Jahren, seit Bismarck am Ruder ist, Preußens Gesammtpolitik mit zäher Consequenz dem einen Ziele untergeordnet ist, die deutsche Frage im Sinne der Hegemonie Preußens zu lösen, das entgeht ihm. Er steht allerdings nicht allein in seinem verhängnißvollen Irrthum, Bismarck versteht es, noch Andere über seine wahren Ziele zu täuschen, sowie er Rechberg durch geschicktes Ausspielen der conservativen Interessengemeinschaft gegenüber der demokratischen Gefahr immer wieder zu bestechen weiß. Das Merkwürdigste ist, wie Rechberg noch bis ins höchste Greisenalter an seiner verkehrten Anschauung festhält, daß es für Oesterreich, solange es eine führende Stellung in Deutschland inne hatte, möglich gewesen wäre, einen ernstgemeinten Bund mit der Bismarck'schen Politik zu flechten, und wie er noch im Jahre 1892 auf seine Behauptung vom Jahre 1864 zurückkommt, das Hervorkehren des Gegensatzes zu Preußen müsse zum Kriege führen. Als ob es von Oesterreich abgehangen hätte, diesen Gegensatz zurückzudrängen, sobald einmal die Leitung der preußischen Politik in den Händen eines Bismarck lag, dessen Plan von Anbeginn unverrückbar feststand, die Vorherrschaft in Deutschland, wenn möglich im gütlichen Wege durch Ueberredung der österreichischen Minister vom Schlage Rechbergs, oder aber durch Blut und Eisen für Preußen zu erringen. Es liegt eine grausame unfreiwillige Selbstironie in der Rechberg nachgesagten posthumen Aeußerung, man müsse anerkennen, daß Bismarck großes Talent besessen, aber auch großes Glück gehabt. Gewiß gehörte es zu diesem Glück, daß zu Bismarcks Zeit ein Bernhard Rechberg und nicht mehr ein Felix Schwarzenberg für Oesterreichs äußere Politik maßgebend war, und die Memoiren von Friedrichsruhe bestätigen es dankbar. Nur zu sehr geben die Entwicklung der Dinge und Bismarcks eigenes Zeugniß der von Rechberg angefochtenen staatsmännischen Auffassung Biegelebens Recht. —

Wenn die neue Orientirung der preußischen Politik,

die Europa umgestalten sollte, vor dem Kriege von 1866 von Vielen nicht erkannt und nicht richtig beurtheilt wurde, so rückten sie doch bald die Ereignisse und, bezüglich der Einzelheiten, diplomatische Enthüllungen aller Art in ein so helles Licht, daß es füglich Wunder nehmen muß, wenn man noch heutzutage die damalige Rechberg'sche Illusion von der Möglichkeit einer Verhütung des Krieges durch österreichisches Entgegenkommen gläubig festgehalten und als Basis geschichtlicher Kritik verwendet findet. Wie ein rother Faden zieht sich diese durch die Thatsachen nicht gerechtfertigte Auffassung auch durch das neueste Geschichtswerk über jene Periode, durch das vorgeblich vom österreichischen Standpunkte geschriebene, sachlich aber der preußischen Tendenz näher verwandte Werk des Herrn Friedjung. Einer eingehenden Kritik aus competenter Feder wurde es in diesen Blättern[1]) bereits unterzogen. Als Sündenbock behandelt der Autor die „österreichische Kriegspartei". Die Minister Rechberg und Mensdorff waren Friedensfreunde, allein ihre einflußreichen Räthe Meysenbug, Gagern und besonders Biegeleben als Referent für die deutschen Angelegenheiten, im Bunde mit der Militärpartei, hätten zum Kriege gedrängt. Die Darstellung Friedjungs legt sonst ein gewisses Streben nach Objektivität, nach unparteiischer Würdigung der Charaktere und Motive an den Tag. Es muß um so mehr überraschen, daß diese Objektivität den Verfasser gerade in entscheidenden Punkten im Stiche läßt. Der Umstand, daß ihm die österreichischen Quellen nur in geringstem Maße zugänglich waren, vermöchte einzelne geschichtliche Unrichtigkeiten, aber nicht unhaltbare Urtheile über notorische und wesentlichste Thatsachen zu erklären.

Das heutige Freundschafts- und Bundesverhältniß zwischen Oesterreich-Ungarn und dem deutschen Reiche erfordert gewiß nicht das Opfer der historischen Wahrheit

1) Bd. 119, S. 853 ff.

über eine abgeschlossene Vergangenheit. Die Wahrheit ist: der Krieg war für Oesterreich nicht zu vermeiden. Die einzige Friedenschance, die in Betracht kam, Verdrängung des Ministeriums Bismarck mit Hilfe dynastisch-legitimistischer oder auch parlamentarischer Einflüsse, war nicht zu verwirklichen. Eine entschiedene Haltung Oesterreichs, welche die Krone Preußen darüber nicht im Zweifel ließ, daß der in letzter Zeit von ihr eingeschlagene Weg zum Kriege führen werde, mochte noch eine halbe Aussicht auf Erfolg versprechen. Jedoch Bismarck stand schon zu fest im Vertrauen seines Königs und war eins mit ihm in den Zielen. Bezüglich der Mittel zum Aeußersten entschlossen, hätte er den Krieg sich nur dann gespart, wenn er beiläufig den Preis des Krieges im Frieden hätte erreichen können. Diesen Preis, die Räumung der eigenen Stellung in Deutschland zu Gunsten Preußens, ohne Schwertstreich gutwillig zu gewähren, war für Oesterreich ein Ding moralischer Unmöglichkeit. Es galt, nicht nur den Alleinbesitz der Herzogthümer Preußen zu überlassen, sondern, wenn man darin willfährig gewesen wäre, alsdann das Präsidium in Frankfurt mit dem aufstrebenden Rivalen zu theilen, endlich, wenn auch dies zugestanden worden wäre, sich auf das Altentheil eines leeren Ehrenvorsitzes neben dem mit der Machtpräponderanz und der wirklichen Leitung Deutschlands ausgestatteten Mitpräsidium Preußens zurückzuziehen. Von keiner dieser Forderungen hätte Bismarck etwas nachgelassen, stark wie er sich fühlte durch die ihm günstige Conjunctur der sicheren Bundesgenossenschaft Italiens und der europäischen Isolirung Oesterreichs.

Was soll da der Vorwurf, Biegeleben habe aus Preußenfeindschaft zum Kriege gehetzt? — Von Hause aus war Biegeleben so wenig Preußenfeind, daß zur Zeit, als Fürst Schwarzenberg ihn für den österreichischen Dienst gewann, ein ähnlicher Antrag ihm von preußischer Seite durch General von Radowitz, der ihn kannte und schätzte, gestellt war.

Sein deutscher Patriotismus umfaßte auch ein starkes Preußen, wie zahlreiche von ihm verfaßte staatsmännische Denkschriften beweisen. Nur ein abgesagter Gegner war er der auf den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland gerichteten Bismarck'schen Politik, und die Karten des Herrn von Bismarck durchschaute vielleicht Niemand so gründlich als er. Daher die Schärfe seines Wortes an seinen vorgesetzten Minister: „Zu solchen Dingen gebe ich mich nicht her", nämlich zur Förderung von Bismarcks österreichfeindlichen Plänen. Biegeleben „gab sich auch nicht her" zur Gasteiner Convention, mit deren Unterhandlung sonach der ihm sonst gesinnungsverwandte Graf Blome betraut wurde. Den Krieg unausweichlich kommen sehend, erblickte Biegeleben in der Gasteiner Abmachung eine Schwächung der österreichischen, eine greifbare Stärkung der preußischen Stellung, abgesehen von der Vermehrung der materiellen Macht Preußens um das schleswig'sche Contingent. Vom diplomatischen Standpunkte das Uebereinkommen bekämpfend, ließ er allerdings die Möglichkeit einer militärischen Rechtfertigung gelten, falls nämlich die Armee nicht schlagfertig sei und einer längeren Frist zur Kriegsrüstung bedürfe. An schärfster Ausnützung des erlangten Aufschubes hätte es dann freilich nicht fehlen sollen. Biegelebens Einfluß war durch den Sieg seiner Auffassung über Rechberg erheblich gewachsen. Unter dem Nachfolger Grafen Mensdorff, der als Militär mit dem Detail der Politik nicht vertraut war, fiel dem das schwierige Terrain der deutschen Angelegenheiten in seltener Weise beherrschenden Referenten die Stellung einer maßgebenden Autorität von selbst zu. Die Einheitlichkeit in der Führung der Politik aber war damit nicht hergestellt, wie sie leider überhaupt die Geschichte der vielgestaltigen Monarchie so vielfach vermissen läßt. Der liberal-centralistische Versuch Schmerlings war an dem Widerstande Ungarns gescheitert. Im Ministerium Belcredi kam Ungarn wieder mehr zu Wort und auch in der äußeren Politik zu Einfluß in der Person des altconservativen Grafen

Moritz Esterhazy. Als Minister ohne Portefeuille und anerkannter Beirath Mensdorffs vertrat Esterhazy in der äußeren Politik eine conservative, jedoch die deutsche Stellung weniger accentuirende Richtung. Es war sein Einfluß, der gegen die Ansicht Biegelebens für die Gasteiner Abschlagszahlung an Preußen überwog. Während zwar auch Bismarck mit Gegenströmungen zu kämpfen hatte, aber immer in der Lage war, diese Strömungen wuchtig niederzukämpfen, befand sich das Wiener Cabinet im Nachtheil, einen Curs zu steuern, der kein sicherer war, mit halben Maßregeln operirte und von Fall zu Fall zwischen Nachgiebigkeit und Entschiedenheit schwankte.

Nichts andres als eine Spekulation auf diesen Mangel an Einheitlichkeit in der Führung Oesterreichs war später die Mission des preußischen Generals von Gablenz, Bruders des österreichischen Heerführers, der dem Wiener Hofe in den letzten Wochen vor der Entscheidung den Vorschlag der Mainlinie überbrachte. Was sollte man in Wien damit anfangen? Jedes ernsthafte Erwägen des Antrages wäre zur gefährlichsten Waffe gegen Oesterreich geworden, mußte das Kaiserreich in die Hände Preußens liefern. Ein vertraulicher Wink darüber von Berlin an die Mittelstaaten und nach Paris hätte genügt, Oesterreich jedes äußern Rückhalts zu berauben, und Preußen konnte seine Bedingungen diktiren. Die Unwahrscheinlichkeit des Gelingens der Mission Gablenz war für Bismarck selbst nicht zweifelhaft. Die Finte war darum nicht minder gut ersonnen und zweckdienlich in mehr als einer Richtung: zur Erlangung von Zeitgewinn für den preußischen Aufmarsch, zur Gewissensberuhigung König Wilhelms, zur Beleuchtung der preußischen Friedensliebe vor der öffentlichen Meinung, zur Beschäftigung der Aufmerksamkeit des Gegners, womöglich zur Beirrung seiner Rüstungen durch verstärkte friedensparteiliche Gegenwirkung. Wenn wider Erwarten Oesterreich sich dennoch auf die Sache einließ, hatte Preußen wenigstens den halben Preis eines

siegreichen Feldzugs im Frieden ohne alle Kosten und Gefahr sich gesichert. Und Geschichtsschreiber machen es Oesterreich zum Vorwurf, daß es die in berechnender List ausgestreckte Bruderhand nicht ergriff und es lieber auf einen unglücklichen Krieg ankommen ließ, als sich aus seiner ererbten Stellung in Deutschland unblutig aber sicher hinausmanövriren zu lassen!

Es ist zu unterscheiden zwischen Staatsraison und strategischer Erwägung. Eine objektive Geschichtsschreibung müßte anerkennen, daß es jedenfalls vom politischen Standpunkte für Oesterreich ausgeschlossen war, sich den preußischen Ansprüchen zu bequemen. Der gordische Knoten war nun einmal nur durch das Schwert zu entwirren. Vom militärischen Verhältnisse soll hier nicht gesprochen werden. Aber auch eine richtige strategische Einschätzung der damaligen Lage wird zu einem andern Resultate nicht gelangen können, als daß es für Oesterreich unvermeidlich geworden war, nach zwei Fronten hin zu fechten und unter diesen Umständen seine größte Macht dahin zu concentriren, wo die Hauptentscheidung fallen mußte — an die preußische Grenze. Die ungenügende Heeresstärke im Norden, nachdem ohnehin Venetien aufgegeben war, die fehlerhafte militärische Durchführung, der Mißerfolg, ändern nichts an der Beurtheilung der Lage vor dem Kriege. Selbst Spanien wird nicht getadelt, daß es zu ungleichem Kampfe gegen die Union den Handschuh in gerechter Defensive glaubte aufnehmen zu müssen. Oesterreichs Vertheidigungskrieg gegen Preußen aber ist es gang und gäbe — intra muros vielleicht noch mehr als außerhalb — blind zu verurtheilen.

Der Parteigeist mischt sich hinein. Bedeutende Männer, hervorragende Mitarbeiter an der österreichischen Politik, in der europäischen Diplomatie und bei ihren Zeitgenossen hoch angesehen, werden als mit dem Stigma einer confessionellen Richtung behaftet in der Presse des eigenen Landes kurz abgethan. Mit der Anheftung des Epitheton klerikal ist der

Stab über sie gebrochen. Eine außerösterreichische und preußenfreundliche Quelle, die Memoiren des Herzogs Ernst von Sachsen-Coburg, dieses aufmerksamen Beobachters der Zeitereignisse, brachte Genaueres und Zutreffendes über den Werth, die Stellung und den Einfluß der leitenden Räthe im kaiserlichen Ministerium des Aeußern. Auch bei Friedjung vermischen sich noch Wahrheit und Dichtung. Wohl aus Unkenntniß, aus falscher Deutung des Gegensatzes zu Rechberg, glaubt er bei Biegeleben Streberthum, das Ziel der Verdrängung Rechbergs, um an dessen Stelle zu treten (I, Seite 53), voraussetzen zu dürfen. Wie sehr der Charakter und ideale Sinn dieses deutschen Staatsmannes eine solche Unterstellung ausschließt, mag dem neuern Geschichtsschreiber allerdings entgangen sein. Männer von Werth, die über die menschlichen Schwächen der Eitelkeit erhaben sind, finden wir zu allen Zeiten nicht zu häufig, und das Lebensbild des Freiherrn Ludwig Max von Biegeleben, das als interessanten Beitrag zur Zeitgeschichte der österreichische Historiker Alfred von Vivenot in der Feder hatte, ist durch den frühen Tod des Verfassers leider unvollendet und der Oeffentlichkeit vorenthalten geblieben.

Manche Umstände erschweren eine vom österreichischen Standpunkte richtige Darstellung der Ereignisse von Villafranca bis Nikolsburg. Die Wiener Archive sind noch verschlossen. Aber auch wenn sie zugänglich und ihre geheimsten Akten ans Tageslicht gefördert würden, so hätten wir immer erst nur das geschriebene Wort und nicht die Fülle des Lichts über die Gestaltung der Dinge, über die Sprache, Haltung und Motive der Handelnden, wie sie auf der Seite des Erfolges in so überreicher Weise sich ergoß. Es liegt in der Natur der Sache. Der Sieger ist mittheilsam, der Erfolg wird gerne verewigt, jeder persönliche Antheil daran der Nachwelt eingehendst überliefert. Auf der unterlegenen Seite kommen einzelne Rechtfertigungsversuche vor, im Allgemeinen verstummt man. Die österreichischen Staats-

männer haben keine Aufzeichnungen hinterlassen. Die Memoiren der Sachsen Beust und Vitzthum können als österreichische Quellen für die Zeit vor dem Kriege nicht gelten. Die österreichische Diplomatie hält sich der mit der monarchischen Staatsform gegebenen Dienstestradition pflichtmäßiger Verschwiegenheit noch nicht entbunden. So erscheint denn die österreichische Geschichtsschreibung über jene Periode im Vergleich mit der preußischen verurtheilt, verhältnißmäßig lückenhaft zu bleiben. Ungeschrieben bleibt bis heute eine im österreichischen und im großdeutschen Sinne getreue und erschöpfende Darstellung jenes weltgeschichtlichen, entscheidungsvollen Kampfes um die Vorherrschaft in Deutschland.

R. v. B.

LVI.

Zeitläufe.

Die englisch-französische Verständigung in Mittelafrika.

Den 12. April 1899.

Es ist kein Zweifel, daß endgültig die Schicksale des alten Europa nach Afrika und Asien verlegt sind. Krieg und Frieden hängen jetzt von den Verwicklungen ab, die zwischen den europäischen Mächten auf ihren Colonialpfaden entstehen, ob sie ausgeglichen werden oder nicht. Dabei befindet man sich allerdings wie vor einer Menagerie von Raubthieren, die sich um die Beute fetter Cadaver streiten. So ist es augenblicklich noch in Ostasien und war es im vorigen Jahre noch in Mittelafrika. Wer hätte das noch

vor fünfzig Jahren von dem „dunklen Welttheile" geglaubt? Jetzt braucht man neue Karten, nicht von dem alten Europa einschließlich der Türkei mit ihrem Altersbrand an den Füßen, sondern insbesondere von Afrika.[1])

„Früher war der dunkle Erdtheil, mit Ausnahme seiner Küsten- und einiger Flußläufe nahe dem Meere, Niemandsland. Dann fing man an, das ‚Hinterland', von dem man gar nicht wußte, wie es aussah, wie es gegliedert war, wo seine natürlichen Grenzscheiden lagen, in Congressen und bei Conferenzen zu vertheilen; der Kürze wegen that man dies nach Graden und Meridianen, nach Wasserscheiden und Flußläufen, aber nach Graden und Meridianen, von denen man nicht wußte, wo sie lagen. Nun sind wir in eine neue Phase getreten".[2])

Damals, als dieß geschrieben wurde, handelte es sich um das Verhältniß des belgischen Congostaats zu England einerseits und Frankreich andererseits und die Verträge Belgiens mit diesem und jenem. Frankreich trieb seinen Wettbewerb gegen England nach dem Nil auf die Spitze, und als der englische Siegeszug gegen den Mahdi in Omdurman ihm den grausamen Strich durch die Rechnung machte, da steigerte sich die Erbitterung bis zum Kriegslärm. Um die endliche glückliche Lösung des Zwiespalts zu würdigen, ist ein Rückblick auf die vorherige Lage erforderlich.

„Die nördliche und östliche Grenze des französischen Congo oder richtiger des französischen Haut Ubangi konnte auf der Berliner Conferenz von 1885 noch nicht genau bestimmt werden und auf den ägyptischen Sudan erhebt Frankreich ebenso Ansprüche wie England. ‚Daily Mail' berichtet aus

1) Zeitläufe: „Faschoda zwischen England und Frankreich im Nilthal"; „England in der neuen Weltlage: und Deutschland?" s. „Histor.-polit. Blätter" 1898. Band 122, S. 763 ff. und S. 841 ff.

2) Pariser Correspondenz der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 18. August 1894.

Kairo, man glaube die französische Nilexpedition stände bereits ganz dicht bei Omdurman, der Hauptstadt des Mahdistischen Reiches am weißen Nil. Mögen auch diese Nachrichten vielleicht übertrieben sein, so steht doch fest, daß französische Expeditionen mit großer Schnelligkeit vorgedrungen sind und den Engländern den Weg südwärts zu verlegen suchen. Die Franzosen stehen im Freundschaftsverhältniß zum Herrscher von Abessynien und wünschen, wie England ein nord-südliches zusammenhängendes Afrikareich begründen will, ein west-östliches Französisch-Afrika zu gewinnen. Den Weg zu diesem Ziele haben sie ebenfalls bereits fast vollständig zurückgelegt. Von Algier bis Ober-Guinea, von der Mündung des Senegal bis Wadai und Darfur ist ein einheitliches französisches Gebiet geschaffen worden; in den Landstrichen östlich vom Tschad-See hängt dies Gebiet mit dem französischen Congo zusammen und von dort versucht nun Frankreich eine Landbrücke zu schlagen bis zu seinen Besitzungen am Golf von Aden. So rücken dort im oberen Nilgebiet die Interessen Frankreichs und Englands scharf auf einander".[1])

Noch am Beginn des Jahres und in Folge der Vereitelung der französischen Pläne durch die englische Verdrängung aus Faschoda war die Verstimmung zwischen beiden Mächten so gereizt, daß der französische Minister Delcassé das Wort fallen ließ: „Große Umwälzungen bereiten sich vor". Der englische Botschafter in Paris hatte sich in einer Rede an die Handelskammer über „französische Nadelstiche" beklagt und dafür Rippenstöße in Aussicht gestellt. Jetzt gehen die beiden Mächte Hand in Hand. England, sagen die Franzosen, habe sich freigebiger erwiesen, als man hoffen durfte; es habe den Franzosen ein Ländergebiet überlassen, das zweimal so groß sei wie Frankreich.[2]) Dahin gehören

1) Bericht im Berliner „Vorwärts" vom 4. Januar 1898.

2) Pariser Correspondenz der Berliner „Kreuzzeitung" vom 24. März d. Js.

außer der Sahara das Sultanat Bagirmi, Wadai und das Reich Kamen am Nordende des Tschad-Sees.

Es ist schwer, sich eine Vorstellung von den Riesengebieten zu machen, um die es sich handelt. Während England sein Reich im Norden und Osten consolidirt und aus dem Ostsudan gleichzeitig die Verlängerung Aegyptens und eine Verbindung mit Uganda macht, gestaltet Frankreich seinen algerischen, tunesischen, senegalesischen, sudanesischen, Dahome- und Ubangi-Besitz zu einem einheitlichen, und schafft sich ein weites ununterbrochenes Reich mitten im schwarzen Erdtheil von den Mittelmeerhäfen bis Centralafrika. Besonders bemerkenswerth für die europäischen Beziehungen ist, daß die früheren ägyptischen Provinzen Darfur und Bahr-el-Ghasal jetzt vertragsmäßig den Engländern, dagegen das ganze Hinterland von Tripolis den Franzosen zuerkannt sind.

„England sichert sich den Ost-Sudan bis zum Wadai, Frankreich den West-Sudan mit Einschluß des Wadai. An der Wadai-Darfur-Grenze also stoßen sie aneinander. England verzichtet damit auf eine direkte Verbindung seines westafrikanischen Besitzes mit dem Ost-Sudan, während Frankreich den Traum des französischen Afrikareiches vom Senegal bis zum Indermeer aufgibt. Dafür bleiben die Engländer im unbestrittenen Besitz des ganzen Nilthales und gewinnen Darfur und Bahr-el-Ghasal dazu, während den politisch von den Nilländern abgedrängten Franzosen doch die Errichtung von Handels-Etablissements am Nil und seinen Nebenflüssen zugestanden wird. Frankreich erhält seinerseits die Herrschaft über sämmtliche Tschadsee-Länder, womit dem Weitergreifen der Engländer von den Haussa-Ländern nach Osten der Riegel vorgeschoben wird und die Franzosen ihr Congo-Gebiet mit dem West-Sudan verbinden können. Der Tschadsee, jenes mächtige Binnengewässer, fast so groß wie Belgien, hat seit der Expedition Monteil nach Kuka das ersehnte Ziel des französischen Colonial-Ehrgeizes gebildet. Und als Lieutenant Gentil den Schari hinabfuhr, der an den Ufern dieses Speisestromes des Tschad Stationen anlegte und mit den Herrschern

von Bagirmi und Kamen Verträge abschloß, da war der Grund für die französische Vorherrschaft im West-Sudan gelegt, welche nunmehr von England anerkannt wird".[1])

Das neue Abkommen zwischen den beiden Mächten bedeutet ohne Zweifel eine weltgeschichtliche Wendung und ist ein Glück für das geplagte alte Europa. Namentlich seit dem Auftauchen der französisch-russischen Allianz wollte das Geschrei für die Vertreibung der Engländer aus Aegypten kein Ende mehr nehmen. „Gerade im Orient ist auch der Schein eines Zurückweichens vor einem concurrirenden Einfluß nicht unbedenklich, und da für Rußland das Ziel (der Allianz) nur eine Verstärkung des Einflusses am Goldenen Horn, für Frankreich aber nur eine günstige Wandlung in der ägyptischen Frage seyn kann, beides aber im engsten inneren Zusammenhange steht, wird England vor Allem zu beweisen haben, daß es an Einem Punkte und zwar in Aegypten festhält. Die Bereitwilligkeit, die Gladstone theoretisch zu einer Räumung Aegyptens gezeigt hat, darf nicht in die Praxis übertragen werden".[2]) In Wahrheit hat zunächst auch Rußland sein Ziel erreicht:

„Zu Beginn der zweiten Hälfte des Jahrhunderts dienstfertiger und gönnerhafter, gebieterischer und überzeugter Freund des osmanischen Reichs, verfiel Großbritanien in verhängnißvoller Weise dem historischen Gesetze. Czar Nikolaus I. bot (1853) in einem denkwürdigen Gespräche England eine Theilung der Türkei an, welche diesem den Löwenantheil gesichert hätte. England schlug das Anerbieten aus, und ein Vierteljahrhundert später besetzte es Aegypten, ohne Rußland den Löwenantheil zu gewähren, aber indem es sich mit der Zukunft der Türkei schadlos hielt. Die Politik Palmerston's und Stratford-Redcliffe's hatte sich überlebt, und England griff der Türkei gegenüber zum System der Theilungen. So ward es politisch und psycho-

1) Wiener „Neue freie Presse" vom 22. März d. Js.
2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 11. Juli 1893.

logisch zu dieser bald falschen, bald verlegenen und schließlich durchaus nicht wohlwollenden Haltung der Regierung des Sultans gegenüber hingeführt, welche derselben in unangenehmer und lästiger Weise von Zeit zu Zeit Verdrießlichkeiten und Verlegenheiten bereitete".[1])

So wird Rußland im natürlichen Verlauf der Dinge Constantinopel in die Hand bekommen, wie jetzt England Aegypten. Allerdings könnte Frankreich sich beschweren, daß die russische Allianz seine Erwartungen an den Mittelmeerküsten nicht erfüllt habe. Noch vor zwei Jahren erregten seine Befestigungen in Tunis starken Verdacht. Die englische Regierung wurde gewarnt: „das ägyptische Eisen zu schmieden, solange das tunesische noch heiß sei". Es wurde darauf verwiesen, wahrscheinlich wisse nicht Einer unter zehntausend Franzosen, daß Tunis nicht als französisches Gebiet anerkannt sei, sondern im Vertrag von Bardo feierlich das Versprechen abgegeben sei, daß keine Annexion stattfinden solle.[2]) Allem Anschein nach hat jetzt hauptsächlich die englische Anerkennung die Franzosen versöhnt, daß das ganze Hinterland von Tripolis zur französischen Einflußsphäre gehöre. Uebrigens sind schon vor Jahren manchen Franzosen die Augen aufgegangen:

„Man glaube nur nicht, daß die Engländer Aegypten aufgeben werden; dort sind sie und dort werden sie bleiben. Wir werden nicht aufhören, zu wiederholen, was wir von jeher sagten, daß unser Platz in Aegypten unwiederbringlich verloren ist, seitdem ein verhängnißvoller politischer Mißgriff uns bewog, Aegypten im Stiche zu lassen. Der unaufhörliche Hader, den diese Frage zwischen Frankreich und England schürt, ist für uns eine Ursache der Schwäche beim Abschlusse von Bündnissen. England in allen europäischen Combinationen um

1) Diplomatische Correspondenz der Wiener „Neuen freien Presse" vom 6. Juni 1895.

2) Londoner Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 14. August 1897.

einer verlorenen Sache willen zum Feinde zu haben, ist der thörichtste der Verstöße. Für uns ist Aegypten nur eine untergeordnete Frage, für England aber eine Lebensfrage. Die regelmäßigen Aufforderungen, die wir an England ergehen lassen, daß es den Zeitpunkt seiner Räumung bestimme, sind ein kindisches Spiel; denn wir müssen wissen, daß wir darauf nur ebenso höfliche als ausweichende Antworten erhalten werden, andrerseits aber einen Zwist nähren, der uns nichts einträgt, sondern nur schaden kann".[1])

Also gehört jetzt die Frage von der Räumung Aegyptens thatsächlich zum alten Eisen. Die Oberherrschaft des Sultans über Aegypten, welche sich indeß nur in der Tributzahlung ausdrückt, ist in dem Abkommen nicht einmal berührt. Es ist glaublich, daß die Pforte sich durch ihre Botschafter in London und Paris wegen ihrer vollständigen Ignorirung durch die beiden Mächte beschwert habe, besonders aber wegen der Abmachung bezüglich des Hinterlandes von Tripolis, auf das der Türkei ihr Recht durch die Verhandlungen von 1890 und 1895 garantirt sei. Es wurde erzählt, daß über diesen Hauptpunkt des Abkommens zum Schlusse der englische Minister gesagt habe: „Es ist also abgemacht, daß die westliche Grenze Aegyptens das Tibesti ist", darauf habe der französische Botschafter erwidert: „Verzeihung, es ist abgemacht, daß die Ostgrenze Frankreichs das Tibesti mit umfaßt".[2])

Für das ohnehin so schwer heimgesuchte Italien und seine Zukunftspläne ist diese Bestimmung ein furchtbarer Schlag. Vor drei Jahren hätte das Vorgehen Frankreichs in Tunis fast schon zu einer Ministerkrisis geführt. Es wurde in der italienischen Kammer die Frage wegen Tripolis

1) Aus dem Pariser „Matin" s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 21. April 1890.

2) Pariser Correspondenz der Berliner „Kreuzzeitung" vom 24. März d. Js.

aufgeworfen mit dem Vorwurf gegen England, daß es seine Pflicht nicht gethan habe, für Italien wie im eigenen Interesse dagegen zu wirken, daß Frankreich auf Tripolis die Hand lege.[1]) „Die Ausdehnung des französischen Einflusses auf Tripolis wäre mit den italienischen Interessen unverträglich. Tripolis gilt seit jeher für Italien als ein noli tangere. Der Gedanke hat in den italienischen Kreisen feste Wurzeln gefaßt, daß, wenn es einst zur Liquidation des türkischen Reiches kommen sollte, Tripolis der Italien zufallende Theil sein müßte". Der Verdacht war damals schon rege, daß England als Preis für die Festsetzung in Aegypten die Ausdehnung des französischen Einflusses auf Tripolis zugestehen könnte.[2]) Das ist nun in aller Form geschehen:

„Seit dem erzwungenen Verzicht auf Tunis, das die Franzosen sich nahmen, und noch mehr, seit man erkannt hatte, wie wenig Erythräa die im Jahre 1884 an seine Inbesitznahme geknüpften hochfliegenden Hoffnungen zu erfüllen vermag, hatte man insgeheim stets darauf gehofft, bei einer Liquidirung der Türkei die Hand auf Tripolis legen zu können. Dieser Strich der nordafrikanischen Küste bietet für Italien einen guten Theil der Vorzüge, die auch Tunis gehabt hätte. Es kommt dabei vor allem die Nähe von Sizilien, die Verstärkung der Stellung Italiens als Mittelmeermacht und die gute Aussicht auf commerzielle Entwicklung vermöge der ungeheuren Ausdehnung des natürlichen Hinterlandes in Betracht. Die Ereignisse der letzten Jahre haben ja freilich gezeigt, daß es mit der Theilung der Türkei noch gute Wege hat, und andrerseits konnte man in Italien vor der Thatsache des stets zunehmenden französischen Einflusses in Nordafrika unmöglich die Augen verschließen; aber man hoffte trotz alledem auf eine günstige Combination, vielleicht im Vertrauen auf die englische Freundschaft und auf die neuerdings so viel gepriesene Liebe Frankreichs zur lateinischen Schwesternation. Da kommt nun wie ein Blitz aus heiterem

---

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 6. Juli 1896.

2) Aus Rom s. Berliner „Kreuzzeitung" vom 7. Juli 1896.

Himmel die Kunde, daß in dem Afrika-Vertrag England das gesammte tripolitanische Hinterland ausdrücklich als französische Interessensphäre anerkenne. Mit Tripolis selbst kann sich der Vertrag natürlich nicht beschäftigen, da es noch immer einen der vollen Souveränität des Sultans unterstellten, integrirenden Bestandtheil des türkischen Reiches bildet; aber wem England gegebenenfalls die Küste zuwenden will, liegt in dem Augenblick, in dem es Frankreich das zur Entwicklung des Handels unentbehrliche Hinterland überläßt, klar zutage. Italien ist also um eine Hoffnung ärmer geworden, ohne sich doch gegen das Abkommen, das sie ihm raubte, offiziell auflehnen zu können".[1])

Es lohnt sich jetzt nicht mehr, auf die Handelschaften des belgischen Congostaats vom Jahre 1894 zurückzukommen. Umsomehr handelt es sich darum, wie das Deutsche Reich mit den damaligen Verhältnissen in Beziehung stand. „An dem Zusammenhang der süd- und mittelafrikanischen Gebiete Englands mit Aegypten fehlt aber noch ein Stück. Auch wenn Kordofan und das Bahr-el-Ghasal-Gebiet ihm gesichert wären, so würde in der begehrten Linie immer noch eine Lücke von annähernd 290 Kilometer zwischen Uganda und dem britischen Centralafrika bleiben. Lord Rosebery versuchte bereits im Jahre 1894 diese Lücke auszufüllen, indem er vom Congo-Staate einen 25 Kilometer breiten Streifen Landes zu erwerben trachtete, der Uganda mit dem Tanganjika-See und somit mit Britisch-Centralafrika verbinden sollte. Cecil Rhodes wollte über diesen Streifen den afrikanisch-britischen Ueberland-Telegraphen leiten. Damals scheiterte dieser Plan an dem Widerstande Frankreichs und Deutschlands, welche den Bestand des neutralen Congo-Staates in seiner ganzen Vollständigkeit erhalten wissen wollten".[1]) Bald nach dem englischen Siege bei Omdurman

---

1) Römische Correspondenz der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 31. März d. Js.

1) Aus der „Kölnischen Volkszeitung" v. 15. Sept 1898.

zeigte sich aber, was man von Berlin aus eigentlich wollte: nämlich den Bau der ungeheuren Bahnverbindung von Alexandrien mit dem Kap durch die Strecken des eigenen ostafrikanischen Gebiets. Und das ist nun erreicht.

Selbstverständlich wäre Cecil Rhodes, der Träger des Gedankens dieser Weltbahn in der Länge von 9000 Kilometer, ohne Verständigung mit dem englischen Kabinet nicht nach Berlin gekommen zum persönlichen Einvernehmen mit dem Kaiser. Ohne Zweifel ist die erfolgte Zustimmung auch mit dem noch immer geheim gehaltenen Uebereinkommen zwischen England und dem Reich wegen der Provinzen der Delagoa-Bai verknüpft, die aus dem portugiesischen Besitz an die beiden Colonialmächte ausgetheilt werden sollen. Jedenfalls ist die Abschwenkung nach England in Berlin thatsächlich geworden, und wird auch durch den häßlichen Zwischenfall auf Samoa schwerlich gestört werden. Wenn Fürst Bismarck die Akten der preußischen Weltpolitik durchzusehen hätte, so müßte er sich nun sagen: was war ich doch für ein beschränkter Kopf!

Uebrigens ist die Frage der Mittelmeer-Küsten noch in der Schwebe, insoferne über kurz oder lang zwischen drei Mächten entschieden werden muß, was in ihrer nächsten Nähe aus dem verfaulenden — Marokko werden soll.

LVII.

Eine Lehrer=Agitation in Oesterreich.

Ein Beitrag zur österreichischen Schulfrage.

Das österreichische Reichs=Volksschulgesetz vom 14. Mai 1869 bestimmt in seinem § 55 Folgendes:

„Die Regelung des gesetzlichen Diensteinkommens und der Art des Bezuges hat durch die Landesgesetzgebung zu erfolgen, wofür folgende Grundsätze gelten: 1. Die Minimalbezüge, unter welche keine Schulgemeinde herabgehen darf, sollen so bemessen sein, daß Lehrer und Unterlehrer frei von hemmenden Nebengeschäften ihre ganze Kraft dem Berufe widmen und erstere auch eine Familie den örtlichen Verhältnissen gemäß erhalten können; 2. die Lehrer haben ihr Diensteinkommen unmittelbar von der Schulgemeinde zu erhalten und dürfen mit der Erhebung des Schulgeldes nicht betraut werden; 3. über die rechtzeitige und befriedigende Verabfolgung der Lehrerbezüge wachen und entscheiden die Schulbehörden".

So das Reichsgesetz. Auf Grund und in Gemäßheit dieser reichsgesetzlichen Bestimmung haben dann die Landtage der einzelnen Kronländer anfangs der 70er Jahre die Besoldungsverhältnisse der an den Bürger= und Volksschulen wirkenden Lehrpersonen gesetzlich geordnet. Es war zu erwarten, daß diese Gehaltsregulirung in den einzelnen Ländern sehr verschiedenartig sich gestalten werde. Die finanziell besser gestellten Länder, wie Böhmen und Niederösterreich, vermögen natürlich reichlichere Gehälter auszuwerfen, als etwa Krain oder Tirol, wo die Bevölkerung in dürftigen

Verhältnissen lebt und ihre liebe Noth hat, die auferlegten Steuern aufzubringen. Auch liegt es auf der Hand, daß die Subsistenzbedingungen in einer Stadt wie Wien ganz andere sind als auf dem Lande.

Indessen wurden in keinem Kronlande die Lehrergehälter so bemessen, daß man von hohen Gehältern sprechen könnte. Man bewilligte eben nur, was unumgänglich zu bewilligen war, um dem Reichsgesetze zu genügen. Selbst in den Kronländern mit liberalen Landtagsmajoritäten ging man über das nothwendige Maß nicht hinaus, obwohl doch hier am ehesten, aus lauter Begeisterung für die „Neuschule", eine reichlichere Bemessung des Lehrereinkommens hätte erwartet werden dürfen. Freilich, liberale Gesinnung und Zahlungslust waren von jeher zwei sehr verschiedene Dinge und gewisse Herren lieben es sehr, liberale Gesetze zu machen, aber andere dafür zahlen zu lassen.

Verhältnißmäßig am besten sind noch die Lehrer in Böhmen gestellt. Es besteht hier das Ortsklassensystem; die Schulorte sind je nach ihrer Einwohnerzahl in fünf Gehaltsklassen eingetheilt. Dementsprechend variiren die Grundgehälter der definitiv angestellten Volksschullehrer zwischen 500 und 800 fl. Oe. W. (zwischen ca. 900 und 1500 M.) und die Gehälter der Unterlehrer zwischen 400 und 550 fl. (zwischen 700 und 950 M.); die höchsten Gesammtbezüge der Volksschullehrer nach 40jähriger Dienstzeit variiren zwischen 950 und 1250 fl. (zwischen ca. 1630 und 2150 M.). Das Grundgehalt der Bürgerschullehrer variirt zwischen 700 und 900 fl. (zwischen 1200 und 1550 M.) und das Höchstgehalt zwischen 1240 und 1440 fl. (zwischen ca. 2130 und 2480 M.).[1] Das sind keine großen Gehälter, aber immerhin mehr als ausreichend für jene, welche gewohnt sind, die Mittellinie eines anständigen bürgerlichen Haushaltes nicht zu überschreiten.

1) Nach den Angaben in der Prager Bohemia vom 22. Jan. 1899.

Am ungünstigsten scheint es in Galizien und Tirol auszusehen, wenn man der Eingabe, welche der „Deutsch-österreichische Lehrerbund" dem Reichsrathe überreichen ließ, glauben darf. In dieser Eingabe steht wörtlich:

„So müssen sich Lehrer in manchen Gegenden Tirols in den Sommermonaten als Viehhirten auf Almen oder als Feldarbeiter in der Schweiz verdingen, um überhaupt leben zu können, wie es auch nicht unbekannt ist, daß in Galizien mehrere Lehrpersonen am Hungertyphus gestorben sind".

Schreiber dieses ist augenblicklich nicht in der Lage, vorstehende Angaben auf ihre Wahrheit zu prüfen, möchte jedoch dahinter ein Fragezeichen setzen und zu bedenken geben, daß die Polen nicht minder wie die „schwarzen" Tiroler der „freisinnigen" Lehrerschaft, wie sie in dem „Deutsch-österreichischen Lehrerbunde" vereinigt ist, ein Dorn im Auge sind.[1])

Um die Gehaltsverhältnisse zu bessern, haben in den verschiedenen Kronländern die Lehrervereine sich wiederholt mit Petitionen an die Landtage gewendet. Sie fanden aber nirgends jenes Entgegenkommen, auf das sie rechnen zu dürfen glaubten. Mag sein, daß bei einigen Landtagen das mangelnde Entgegenkommen darin seinen Grund hat, daß der in der Lehrerschaft herrschende kirchenfeindliche Geist die Landtagsboten stutzig machte und ihnen jegliche Freigebigkeit gegenüber solcher Lehrerschaft verleidete. Vielleicht auch hielt man die Lehrerklagen für unbegründet. Der

1) Auf der berüchtigten Brünner Lehrerversammlung erzählte der Verwalter der „Deutsch-österr. Lehrerzeitung" Folgendes: „Als ich zu Beginn des heurigen Jahres in Tirol zu bohren begann und Probenummern mit Begleitschreiben an die mir vertrauenswürdig scheinenden Schulen schickte, kamen wohl die meisten zurück. Von den 500 ausgeschickten Nummern blieben nur 14 hängen, ein schwacher Erfolg, aber doch ein Erfolg, und wir werden nicht rasten, sondern immer wieder versuchen, dort neuen und breiteren Boden zu gewinnen". Hoffentlich werden die wackeren Tiroler Lehrer nach wie vor die Wiener Aufklärungshelden und deren Schandpresse von sich fern zu halten wissen.

Hauptgrund indessen ist in dem Mangel an den erforderlichen Mitteln zu suchen. Die Neuschule kostet Geld, viel Geld. In Böhmen z. B. belief sich der ordentliche Aufwand für die Bürger- und Volksschulen pro 1897—98, laut Bericht des Landesausschusses, auf 13,488,075 fl. Oe. W. (über 23 Millionen M.)! Von dieser Summe hatten die Schulbezirke 4,256,261 fl. und das Land 9,231,814 fl. aufzubringen — gewaltige Summen, von denen man in der „guten alten Zeit" keine Ahnung hatte. Wie in Böhmen sind auch in den übrigen Kronländern die Aufwendungen für die Schule ganz bedeutende, für Land und Bezirke sehr fühlbare. Kein Wunder deßhalb, daß die Landesvertretungen gegenüber den Bestrebungen der Lehrer um Gehaltsaufbesserungen sich mehr oder weniger abweisend verhielten. Sie konnten nicht anders, wollten sie nicht das steuerzahlende Publikum verbittern und sich entfremden.

Die liberale Lehrerschaft ist aber jetzt, wie sie erklärt, das unfruchtbare Petitioniren und Betteln „satt". Am 20. November vorigen Jahres entwarf der Ausschuß des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes"[1]) einen Feldzugsplan,

1) Der „Deutsch-österr. Lehrerbund" ist eine Vereinigung mehrerer deutscher Landeslehrervereine liberaler Couleur. Den Grundstock dieses Bundes bildet der große „Deutsche Landeslehrer-Verein in Böhmen", dem fast alle deutschen Lehrer Böhmens — ca. 6000 — angehören. Daran reihen sich die deutschen Lehrervereine Schlesiens, Mährens, Ober- und Niederösterreichs, Salzburgs, Vorarlbergs, Steiermark und Kärnthens mit einer Gesammt-Mitgliederzahl von ca. 9000, so daß also nicht weniger ca. 15,000 deutsche Lehrer in dem „Bunde" vereinigt sind — von etwa 18,000 im Ganzen! Die Leitung des „Bundes" ist in Wien. An der Spitze steht ein Wiener Bürgerschuldirektor, dessen Sohn, auch Lehrer, zu den „Jungen", d. h. zu den socialdemokratischen Lehrern gehört. Vereinsorgan ist die schon genannte „Deutsch-österr. Lehrerzeitung", deren Redakteur, Chr. Jessen, kein höheres Geschäft kennt, als in jeder Nummer über Kirche und Geistlichkeit gehässige Bemerkungen zu machen und die Kluft zwischen Geistlichkeit und Lehrerschaft immer mehr

um die Lehrergehalts-Frage im ganzen Reiche aufzurollen, alles, von unten bis oben, dafür zu interessiren, das ganze Volk mobil zu machen, und so eine „zeitgemäße“ Erhöhung der Gehälter zu erzwingen. Es wurde der Beschluß gefaßt, mit Eingaben und Denkschriften bei dem Kaiser, dem Ministerium, dem Reichsrathe und den Landtagen vorstellig zu werden; ferner Lehrerversammlungen unter Zuziehung der Reichstags- und Landtagsabgeordneten abzuhalten, ebenso Volksversammlungen in allen Gauen Oesterreichs. Auch beschloß man, mit den tschechischen, polnischen, slovenischen und italienischen Lehrerverbänden in Fühlung zu treten und dieselben für eine gemeinsame Aktion zu gewinnen.

Und was wollen die Lehrer? Erstens Abschaffung des Institutes der „Unterlehrer“, das sie als ein Ueberbleibsel aus der Concordatszeit von Grund aus hassen; zweitens Abschaffung des Ortsklassensystems und Einführung des Personalklassensystems und drittens Gleichstellung im Gehalte mit den aktiven Staatsbeamten der 4 niedrigsten Gehaltsklassen,[1]) nebst freier Wohnung oder einer ortsüblichen Miethsentschädigung. Käme dies zur Durchführung, dann würde dies eine Belastung des Schulbudgets um das Doppelte bedeuten. Wir haben gegen-

zu vertiefen. In 12,000 Exemplaren geht dieses giftige Blatt alle 14 Tage in's Land hinaus. Merkwürdigerweise hat es in Wien selbst nur etwa 300 Abnehmer. Nicht als ob es in Wien mit der Lehrerschaft besser stünde, als sonst wo, im Gegentheil. Die Lehrerverhältnisse in der Reichshauptstadt sind überhaupt ganz eigener Art; eine Besprechung derselben in diesen „Blättern“ wäre gewiß am Platze.

1) Es sind dies die XI. X. IX. und VIII. Rangklasse. Die XI. Rangklasse hat ein Grundgehalt von 800 fl.; in 20 Jahren erreicht dieses Grundgehalt durch Gehaltserhöhungen und Dienstalterszulagen die Höhe von 1200 fl.; die X. Rangklasse beginnt mit 1100 fl. und geht in 20 Jahren bis zu 1500 fl.; die IX. Rangklasse hat ein Grundgehalt von 1400 fl. und ein Höchstgehalt von 1800 fl.; die VIII. Rangklasse endlich ein Grundgehalt von 1800 fl. und ein Höchstgehalt von 2200 fl.

wärtig ca. 60,000 Lehrer im cisleithanischen Oesterreich. Das Durchschnittsgehalt würde für einen Lehrer — nach der geforderten Regulirung — sich auf mindestens 1200 fl. stellen, was für die Gesammtlehrerschaft eine Ausgabe von 72 Millionen Gulden ergeben würde. Dazu kämen dann noch die Funktionszulagen für die Schulleiter, die Miethsentschädigungen, die Pensionen und Anderes. In Böhmen gibt es 16,403 Lehrerstellen; rechnen wir für eine solche Stelle 1200 fl. Durchschnittsgehalt, dann erhalten wir das nette Sümmchen von 19,683,600 fl. Jetzt bezieht die Lehrerschaft in Böhmen, nach dem Berichte des Landesausschusses, ein Gesammtgehalt von 10,977,525 fl.; nach der neuen Regulirung würde sie demnach beinahe 9 Millionen mehr beziehen!

Um zum Ziele zu kommen, beschloß, wie schon erwähnt, der Ausschuß des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes", sich zunächst mit einer Eingabe an den Kaiser zu wenden. Die Eingabe wurde ausgearbeitet und beim Ministerium wurde um eine Audienz bei Sr. Majestät nachgesucht. Auch hatten sich die tschechischen, polnischen und slovenischen Lehrerverbände bereit erklärt, je ein Mitglied zu entsenden, um sich der Abordnung des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes" anzuschließen. Die italienischen Lehrer, die gleichfalls eingeladen worden waren, bei der Audienz in der Hofburg zugegen zu sein, lehnten dies mit der Begründung ab, daß sie sich mit einer eigenen Denkschrift bei Sr. Majestät vorstellen werden.

Die nachgesuchte Audienz wurde indessen nicht gewährt. Dem Ausschusse des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes" ging nämlich Mitte Februar folgendes Schreiben zu:

„Bürgermeister der Stadt Wien. Zufolge des Erlasses des Herrn Ministers für Cultus und Unterricht vom 25. Jänner 1899 hat der Herr Statthalter von Niederösterreich mit dem Erlasse vom 10. Febr. 1899 mir die im Anschlusse rückfolgende Eingabe mit nachstehender Eröffnung übermittelt:

‚In der Eingabe drückt sich das Bestreben aus, eine Durchführung des im § 55 des Reichs-Volksschulgesetzes niedergelegten Principes durch den Reichsrath zu bewirken, welche nach eben dieser Gesetzesstelle im Wege der Landesgesetzgebung zu erfolgen hat. Mit Rücksicht auf diese Verkennung der legislativen Competenzen ist der Herr Minister für Cultus und Unterricht nicht in der Lage, die angestrebte Audienz an Allerhöchster Stelle zu erwirken‘. Wien am 16. Februar 1899. Der Bürgermeister: Dr. Carl Lueger“.

Daß die Versagung einer Audienz beim Kaiser in den Kreisen der Lehrerschaft sehr unangenehm berührte und manche Hoffnung zerstörte, beweist folgende Auslassung des Organs des „Deutschen Landeslehrervereins in Böhmen“, der „Freien Schulzeitung“, in der Nummer vom 11. März:

„Da die Sanktion eines neuen Gesetzes von Sr. Majestät dem Kaiser vollzogen wird, und da bekannt ist, daß sich der Kaiser sonst für die Verhältnisse der Beamtenschaft, der Offiziere, des Heeres, der Geistlichkeit 2c. lebhaft interessirt, so glaubte die österreichische Lehrerschaft nur etwas vollständig Correktes zu thun, wenn sie auch um eine Audienz beim Kaiser bat. Leider ist das Ministerium angeblich nicht in der Lage gewesen, diese Audienz befürworten zu können, und so mußte sie denn vorläufig unterbleiben. Die Lehrerschaft bleibt trotzdem überzeugt, daß Se. Majestät auch für die österreichische Lehrerschaft ähnliche Worte gehabt hätte, wie seinerzeit für die Staatsbeamten, deren Führern er sagte: ‚Es freute mich herzlichst, für die Aufbesserung der materiellen Lage des Beamtenstandes etwas thun zu können, welche bereits zu einer dringend nothwendigen geworden war‘. In diesem Sinne hätte der Kaiser auch zur österreichischen Lehrerschaft gesprochen (?), wenn diese Audienz nicht vereitelt worden wäre. Gerade jene Kreise, welche von einer Besserung der materiellen Lage der Lehrer nichts wissen wollen, wußten aber sicherlich, was in Oesterreich ein solches Kaiserwort gilt; sie fürchteten den Trost des Kaisers und die Wirkung desselben, die sich bald in einzelnen Vertretungskörpern gezeigt hätte. Oder sollte, wie von einer Seite behauptet

wurde, dieser abweisliche Bescheid betreffs der Audienz die Antwort auf den Brünner Lehrertag[1]) sein? Eine solche Antwort wäre denn doch zu versteckt und kleinlich gewesen, nicht würdig derer, von denen sie ausgegangen".

Ob die Verweigerung der Audienz wirklich als eine Antwort auf den radikalen Brünner Lehrertag aufzufassen sei, mag dahin gestellt bleiben. Träfe dies zu, so wäre dies wahrlich nur eine sehr gelinde Antwort; die Brünner Lehrerversammlung hätte von Oben eine zehnmal schärfere Zurückweisung verdient, als die Versagung einer Audienz. Uebrigens ist es zweifellos, daß die antikirchliche Wühlarbeit der liberalen Lehrertage und der liberalen Lehrerpresse an höchster Stelle nicht unbekannt ist und entschieden mißbilligt wird. Sind doch selbst Mitglieder des Hofes vor den Anwürfen der liberalen Lehrerblätter nicht mehr sicher.[2])

---

1) Der bekanntlich im August vor. Js. stattfand, und auf welchem die Ausschließung aller Religion aus der Schule als das Ideal hingestellt wurde, das die Lehrerschaft mit allen Mitteln anstreben müßte.

2) Um nur ein Beispiel anzuführen. Im Frühjahre 1896 veranstaltete ein Wiener Lehrerinenverein eine Verlosung zu Gunsten eines zu gründenden Lehrerinenheims, für welche die Erzherzogin Valerie das Protektorat übernommen hatte. Als der hohen Frau jedoch bekannt wurde, daß unter den für die Verlosung bestimmten Büchern die Religion keine Vertretung fände, legte sie das Protektorat nieder. Darob Verblüffung in den Lehrerkreisen, Zorn, Aerger. Aber es war nicht zu ändern. Nun hätte man denken sollen, der Lehrerinenverein würde die Verlosung wenigstens sistiren. Doch das that er nicht. Die „Deutsch-österr. Lehrerzeitung" fiel dann in einem längeren Artikel gar grimmig über die — Ultramontanen her, daß sie „das Thierleben von Brehm, die Schriften des feinsinnigen Felix Dahn und andere gediegene Werke (!) auf den Index setzten"; diese Bücher seien Quellen der Bildung für das deutsche Volk; zu Zeiten entschlüpfte ihnen — den Ultramontanen nämlich — ein Wort, ein Citat, das verrätherisch bekunde, wie sie selbst, für ihre Person, auf die Genüsse nicht verzichteten, die das Studium

Mit der Audienz im Ministerium hatten die Lehrer, wie zu erwarten stand, auch kein Glück. Am 18. Februar stellte sich eine Deputation, bestehend aus vier Lehrern, zwei deutschen, einem tschechischen und einem slovenischen, im Unterrichtsministerium ein, traf aber den Minister, der über das Erscheinen der Deputation verständigt war, nicht; er war verreist. Statt seiner empfing ein Sektionschef die Herren, hörte ihre Klagen und Forderungen an und entließ sie mit dem Bemerken, „daß das Unterrichtsministerium den Bestrebungen der Lehrerschaft nach Verbesserung ihrer materiellen Lage wohlwollend gegenüberstehe, doch seien es vornehmlich die Landtage, welche hier bessernd eingreifen könnten". Auch beim Finanzminister sprachen die Herren vor und setzten ihm auseinander, wie es nothwendig sei, daß der Staat an den Lasten des Volksschulwesens mittragen helfe. Der Finanzminister erwiederte, daß er als Autonomist — Finanzminister ist bekanntlich ein Jungtscheche — für eine so weit gehende Unterstützung der Länder durch Uebernahme eines Theiles der Lasten für das Volksschulwesen nicht sein könne; wohl aber dürfte es möglich sein, den Ländern gewisse Einnahmen, die bisher der Staat bezog, zufließen zu lassen, wodurch die Landtage in die Lage versetzt werden, die Gehalte der Lehrer zu verbessern. „Nach diesen wenig Hoffnung erweckenden Erklärungen", so schließt der Bericht in der ‚Deutsch-österreichischen Lehrerzeitung', „verabschiedete sich die Deputation vom Herrn Finanzminister".

---

der klassischen Literatur unseres Volkes bereite, aber für das Volk, für die mittleren und unteren Millionen wollten sie unsere Denker und Dichter auf den Index setzen. „Ja, sie — die Ultramontanen — sind bildungsfeindlich und alle ihre Versicherungen, daß sie den Schulkampf nicht führen, um die Bildung herabzudrücken, sind eitel Lüge und Heuchelei". So das radikale Lehrerblatt. Ja, ja, die bösen Ultramontanen! Es ist doch gut, daß sie existiren; wer könnte sonst als Prügelknabe dienen?

Uebrigens hatte man in den Reihen der liberalen Lehrerschaft überhaupt keine sonderlichen Hoffnungen auf die hohen Kreise gesetzt. Vielmehr erwartete und erwartet man alles Heil für die „Neuschule“ vom Volke. Doch hielt man es für eine Forderung der Klugheit, erst in den oberen Regionen sich bemerkbar zu machen, ehe man in die unteren Regionen niederstieg. Wie in den unteren Regionen vorzugehen und was da zu thun sei, darüber erließ der Ausschuß des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes“ folgende Ordre:

„Die Landesverbände der Lehrerschaft mögen alle Kräfte anspannen, um die Landtage zur Lösung der Gehaltsfrage zu veranlassen; insbesondere sollen die Lehrer in allen Versammlungen, welche die Abgeordneten behufs Erstattung eines Rechenschaftsberichtes einberufen, diese Herren über die Gehaltsangelegenheiten interpelliren und ihnen das bindende Versprechen auf energische Förderung unserer Sache abnehmen; es sollen mehrere Bezirksvereine gemeinsame Lehrerversammlungen abhalten, zu denen die Abgeordneten der betreffenden Bezirke einzuladen sind und in denen nur die Gehaltsfrage besprochen werden soll; es möge jeder Zweigverein fleißig die Tagespresse benützen, um das Volk aufzuklären und für die berechtigten Forderungen der Lehrerschaft zu gewinnen; es sollen von den Nationalvereinen, ebenso von den politischen und nichtpolitischen Vereinen Entschließungen im Sinne der angestrebten Gehaltsregulirung gefaßt werden“.[1])

So der Tagesbefehl aus dem „Hauptquartier“. Gehorsam dieser Ordre legten die liberalen Lehrer der verschiedenen Kronländer bald Hand ans Werk. Allen voran die Lehrer Böhmens und Niederösterreichs. Am 19. Februar kamen die Lehrer der böhmischen Bezirke Aussig, Karbitz, Tetschen, Leitmeritz, Lobositz, Auscha und Wegstädtl in Aussig zusammen. Auch die Landtags- und Reichsraths-

1) „Deutsch-österr. Lehrerzeitung“ vom 1. Dezember 1898.

abgeordneten dieser Bezirke, 11 an der Zahl, waren dahin „citirt“ worden. Indessen erschienen nur 7, darunter ein Socialdemokrat; die 4 anderen hatten ihr Fernbleiben entschuldigt, zugleich aber auch den Bestrebungen der Lehrerschaft ihre „Sympathien“ zum Ausdrucke gebracht. Nachdem ein Lehrerredner die Forderungen der Lehrerschaft auseinandergesetzt und „begründet“ hatte, wobei er sich, unter dem „stürmischen Beifalle“ der anwesenden Lehrer, zu dem merkwürdigen Dictum verstieg: Mit dem Augenblicke, wo das Geschick der freisinnigen Lehrerschaft fällt, ist auch das Geschick des Volkes besiegelt; nahmen auch die anwesenden Abgeordneten der Reihe nach das Wort, um ihre Lehrerfreundlichkeit zu betheuern, „bindende Versprechen“ abzulegen und den Gehaltsbestrebungen unserer Jugendbildner den besten Erfolg zu wünschen.

Eine größere Lehrerversammlung fand am 6. März in Wien statt. Nach dem Berichte öffentlicher Blätter sollen da nicht weniger als 3000 Lehrpersonen aus Wien und Niederösterreich zusammengekommen sein, um die Rede eines gewissen Lehrers Ed. Jordan anzuhören, der seine Hauptkraft darauf verwendete, die christlich-sociale Partei mit ihren „bildungsfeindlichen“ und „volksverdummenden“ Plänen im Strome seiner Beredsamkeit total zu ertränken. Der anwesende liberale Landtagsabgeordnete Dr. Ofner secundirte dem Lehrerredner und erwarb sich vielen Dank durch den Ausspruch: „Jeder, dem es Ernst ist um das Wohl des Staates und der Gesellschaft, muß auf der Seite der Lehrer stehen“.

Um den Lehrerversammlungen zu helfen und den Forderungen mehr Nachdruck zu geben, hat die Leitung der Wiener socialdemokratischen Partei beschlossen, gleichfalls in eigenen Versammlungen zu demonstriren. Für den 5. März hatte sie eine Versammlung einberufen, die von 5000 „Genossen“ besucht gewesen sein soll. Die Sprache, die hier geführt wurde, war echt socialdemokratisch: anmaßend,

herausfordernd, drohend, revolutionirend. Sie klang aus in der Forderung: Beseitigung des Monopols der besitzenden Klassen auf Wissen und Bildung; darum vollständige Trennung der Schule von der Kirche, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel in allen Lehr- und Erziehungsanstalten, Beistellung ausreichender Nahrung für die Schulkinder aus Gemeindemitteln, eine menschenwürdige Stellung der Lehrer, die sie in den Stand setzt, ihrer wichtigen Aufgabe zu genügen.

So ergänzen und unterstützen sich Lehrerversammlungen und socialdemokratische Volksversammlungen! Man muß diese Thatsache wohl im Auge behalten. Sie erklärt vieles, was in der Lehrerschaft jetzt vorgeht, und läßt die Gefahr übersehen, in welche das christliche Oesterreich mit seiner „Neuschule" gerathen ist. Die socialdemokratische Partei ist die eifrigste Verfechterin der österreichischen confessionslosen Schule und der liberalen Lehrerschaft!

Die Agitation für die Aufbesserung der Lehrergehälter soll aber auch von den Lehrern selbst unter das Volk getragen werden. So lautet, wie wir gesehen, der Tagesbefehl aus dem „Hauptquartier". In Ausführung dieses Tagesbefehls schreibt das schon genannte liberale Lehrerorgan für Deutschböhmen, die „Freie Schulzeitung" in Nr. 24:

„Sobald die für heuer anberaumten Gau-Lehrerversammlungen vorüber sind, müssen die Volksversammlungen beginnen. Frühjahr und Sommer sollen hiezu benutzt werden. Jeder größere Ort, der der Mittelpunkt eines entsprechend weiten Gebietes bildet, eignet sich zu einer solchen Versammlung..." „Auf diesen Versammlungen gilt es, die freisinnigen und fortschrittlichen Elemente im Volke, bei denen das Verständniß für ein besser entwickeltes Schulwesen vorauszusetzen ist, oder geweckt werden kann, insgesammt für die bedeutsamen Fragen, welche Schule und Lehrerschaft betreffen, zu erwärmen..." „Als Verhandlungsgegenstand empfiehlt sich das Thema ‚Unser Volksschulwesen' in den verschiedensten Variationen. Freie

Schule, freie Lehrerschaft — das muß der Hauptton sein, auf den diese Versammlungen zu stimmen wären. . . . Daß einen gewichtigen Gegenstand dieser Darlegungen die *Gehaltsbestrebungen* der Lehrerschaft zu bilden haben und in diesem Sinne auch *die zu beantragenden Entschließungen eine passende Kundgebung* hiefür aufweisen werden, ist *selbstverständlich*; nur möge dies nicht *alleiniger* Zweck derartiger Volksversammlungen sein. . . ." „Als Redner wünschten wir allerorts zunächst den *Lehrer* zu sehen. . . Ein Mangel an Rednern dürfte kaum eintreten. . . Es wird natürlich Sache der Einberufer sein, Sorge zu tragen, daß auch *aus dem Volke heraus* das Wort ergriffen wird, um zu dem Gegenstande der Tagesordnung Stellung zu nehmen".

Als ob unser gutes altes Oesterreich dermalen an „Fragen" noch nicht genug hätte, kommt nun auch die Lehrerschaft mit ihrer Gehaltsfrage und schickt sich an, die ganze Bevölkerung in Aufruhr zu versetzen. Statt in so intensiver Weise zu agitiren, wie es das Hauptquartier commandirt, würde es dem Lehrerstande ohne Zweifel besser anstehen, bescheidener aufzutreten und wohl zu bedenken, daß ihre Gehälter aus den sauer erworbenen Steuerkreuzern der Bevölkerung aufgebracht werden müssen.

Es wäre ungerecht, dem Lehrer seinen verdienten Lohn vorenthalten zu wollen. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth; das gilt in ganz besonderer Weise auch in Bezug auf den Lehrer, der in seinem Berufsleben wahrlich nicht auf Rosen gebettet ist. Und berufstreue Lehrer, welche nichts anderes suchen, als gute Erzieher zu sein und die mit ganzer Seele diesem Berufe sich widmen, solche Lehrer sind doppelten Lohnes werth. Aber was die österreichische Lehrerschaft jetzt erstrebt und nach Demagogenart *erzwingen* will, das geht über das Maß des Berechtigten weit hinaus. Verlangen, daß in *ganz* Oesterreich, ohne Rücksicht auf Stadt und Land, *jeder* Lehrer ein Anfangsgehalt von *mindestens* 800 fl. (beinahe 1400 M.) und nach 16 Dienstjahren *mindestens* 1200 fl. (beinahe 2100 M.), außer

freier Wohnung oder entsprechender Miethsentschädigung, beziehen solle, das ist zu viel.

In seiner Eingabe an den Reichsrath exemplificirt der Ausschuß des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes" auch auf Deutschland und sagt:

„Gegenüber den Besoldungen, welche die größeren Städte des Deutschen Reiches den Lehrern gewähren, stehen die Städte und Landeshauptstädte, ja selbst die Hauptstadt Oesterreichs, die Großstadt ‚Wien', weit zurück. So bietet Hamburg den Leitern der Schulen 4000 bis 5200 M. Jahresgehalt, 50 Prozent der Lehrer erhalten 2600 bis 3600 M., die übrigen 1800 bis 2800 M. Die dreijährigen Zulagen betragen für die Schulleiter 300, für die Lehrer 250 M. Die Hilfslehrer — unsere provisorischen Unterlehrer — erhalten 1400 M. Anfangsgehalt.

Mit derartigen Gegenüberstellungen ist nicht viel gewonnen. Jedes Land hat, entsprechend seiner Leistungsfähigkeit, seine eigene Skala in der Bemessung der Gehälter. Damit muß man sich abfinden. Wenn die österreichischen Lehrer Hamburger Gehälter haben wollen, müssen sie nach Hamburg auswandern. Oesterreich sammt seiner Reichshauptstadt ist viel zu arm, als daß es Hamburger Gehälter zahlen könnte.

Wie weit die „freisinnige" Lehrerschaft Oesterreichs mit ihrer Agitation beim Volke kommen wird, wird schon die nächste Zukunft lehren. Wenn man bedenkt, daß das Volk überhaupt vom „Zahlen" nichts wissen will, wird man ganz gewiß nicht fehl gehen in der Annahme, daß die Lehrer mit ihren Gehaltsforderungen beim Volke noch weniger Entgegenkommen finden werden als in den oberen Regionen. Freilich soll auf den Volksversammlungen zunächst nicht vom „Zahlen" gesprochen werden, sondern mehr vom „Segen" einer freien Schule und einer freien Lehrerschaft; aber der Schlußrefrain muß doch immer ausklingen in der Forderung: Höhere Gehälter. Dafür aber hat das eigentliche Volk kein Verständniß; da hilft alle Beredsamkeit nichts.

Schule, freie Lehrerschaft — das muß der Hauptton sein, auf den diese Versammlungen zu stimmen wären. . . . Daß einen gewichtigen Gegenstand dieser Darlegungen die Gehaltsbestrebungen der Lehrerschaft zu bilden haben und in diesem Sinne auch die zu beantragenden Entschließungen eine passende Kundgebung hiefür aufweisen werden, ist selbstverständlich; nur möge dies nicht alleiniger Zweck derartiger Volksversammlungen sein. . . ." „Als Redner wünschten wir allerorts zunächst den Lehrer zu sehen. . . Ein Mangel an Rednern dürfte kaum eintreten. . . Es wird natürlich Sache der Einberufer sein, Sorge zu tragen, daß auch aus dem Volke heraus das Wort ergriffen wird, um zu dem Gegenstande der Tagesordnung Stellung zu nehmen".

Als ob unser gutes altes Oesterreich dermalen an „Fragen" noch nicht genug hätte, kommt nun auch die Lehrerschaft mit ihrer Gehaltsfrage und schickt sich an, die ganze Bevölkerung in Aufruhr zu versetzen. Statt in so intensiver Weise zu agitiren, wie es das Hauptquartier commandirt, würde es dem Lehrerstande ohne Zweifel besser anstehen, bescheidener aufzutreten und wohl zu bedenken, daß ihre Gehälter aus den sauer erworbenen Steuerkreuzern der Bevölkerung aufgebracht werden müssen.

Es wäre ungerecht, dem Lehrer seinen verdienten Lohn vorenthalten zu wollen. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth; das gilt in ganz besonderer Weise auch in Bezug auf den Lehrer, der in seinem Berufsleben wahrlich nicht auf Rosen gebettet ist. Und berufstreue Lehrer, welche nichts anderes suchen, als gute Erzieher zu sein und die mit ganzer Seele diesem Berufe sich widmen, solche Lehrer sind doppelten Lohnes werth. Aber was die österreichische Lehrerschaft jetzt erstrebt und nach Demagogenart erzwingen will, das geht über das Maß des Berechtigten weit hinaus. Verlangen, daß in ganz Oesterreich, ohne Rücksicht auf Stadt und Land, jeder Lehrer ein Anfangsgehalt von mindestens 800 fl. (beinahe 1400 M.) und nach 16 Dienstjahren mindestens 1200 fl. (beinahe 2100 M.), außer

freier Wohnung oder entsprechender Miethsentschädigung, beziehen solle, das ist zu viel.

In seiner Eingabe an den Reichsrath exemplificirt der Ausschuß des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes“ auch auf Deutschland und sagt:

„Gegenüber den Besoldungen, welche die größeren Städte des Deutschen Reiches den Lehrern gewähren, stehen die Städte und Landeshauptstädte, ja selbst die Hauptstadt Oesterreichs, die Großstadt ‚Wien‘, weit zurück. So bietet Hamburg den Leitern der Schulen 4000 bis 5200 M. Jahresgehalt, 50 Prozent der Lehrer erhalten 2600 bis 3600 M., die übrigen 1800 bis 2800 M. Die dreijährigen Zulagen betragen für die Schulleiter 300, für die Lehrer 250 M. Die Hilfslehrer — unsere provisorischen Unterlehrer — erhalten 1400 M. Anfangsgehalt.

Mit derartigen Gegenüberstellungen ist nicht viel gewonnen. Jedes Land hat, entsprechend seiner Leistungsfähigkeit, seine eigene Skala in der Bemessung der Gehälter. Damit muß man sich abfinden. Wenn die österreichischen Lehrer Hamburger Gehälter haben wollen, müssen sie nach Hamburg auswandern. Oesterreich sammt seiner Reichshauptstadt ist viel zu arm, als daß es Hamburger Gehälter zahlen könnte.

Wie weit die „freisinnige“ Lehrerschaft Oesterreichs mit ihrer Agitation beim Volke kommen wird, wird schon die nächste Zukunft lehren. Wenn man bedenkt, daß das Volk überhaupt vom „Zahlen“ nichts wissen will, wird man ganz gewiß nicht fehl gehen in der Annahme, daß die Lehrer mit ihren Gehaltsforderungen beim Volke noch weniger Entgegenkommen finden werden als in den oberen Regionen. Freilich soll auf den Volksversammlungen zunächst nicht vom „Zahlen“ gesprochen werden, sondern mehr vom „Segen“ einer freien Schule und einer freien Lehrerschaft; aber der Schlußrefrain muß doch immer ausklingen in der Forderung: Höhere Gehälter. Dafür aber hat das eigentliche Volk kein Verständniß; da hilft alle Beredsamkeit nichts.

‚In der Eingabe drückt sich das Bestreben aus, eine Durchführung des im § 55 des Reichs-Volksschulgesetzes niedergelegten Principes durch den Reichsrath zu bewirken, welche nach eben dieser Gesetzesstelle im Wege der Landesgesetzgebung zu erfolgen hat. Mit Rücksicht auf diese Verkennung der legislativen Competenzen ist der Herr Minister für Cultus und Unterricht nicht in der Lage, die angestrebte Audienz an Allerhöchster Stelle zu erwirken‘. Wien am 16. Februar 1899. Der Bürgermeister: Dr. Carl Lueger".

Daß die Versagung einer Audienz beim Kaiser in den Kreisen der Lehrerschaft sehr unangenehm berührte und manche Hoffnung zerstörte, beweist folgende Auslassung des Organs des „Deutschen Landeslehrervereins in Böhmen", der „Freien Schulzeitung", in der Nummer vom 11. März:

„Da die Sanktion eines neuen Gesetzes von Sr. Majestät dem Kaiser vollzogen wird, und da bekannt ist, daß sich der Kaiser sonst für die Verhältnisse der Beamtenschaft, der Offiziere, des Heeres, der Geistlichkeit ꝛc. lebhaft interessirt, so glaubte die österreichische Lehrerschaft nur etwas vollständig Correktes zu thun, wenn sie auch um eine Audienz beim Kaiser bat. Leider ist das Ministerium angeblich nicht in der Lage gewesen, diese Audienz befürworten zu können, und so mußte sie denn vorläufig unterbleiben. Die Lehrerschaft bleibt trotzdem überzeugt, daß Se. Majestät auch für die österreichische Lehrerschaft ähnliche Worte gehabt hätte, wie seinerzeit für die Staatsbeamten, deren Führern er sagte: ‚Es freute mich herzlichst, für die Aufbesserung der materiellen Lage des Beamtenstandes etwas thun zu können, welche bereits zu einer dringend nothwendigen geworden war‘. In diesem Sinne hätte der Kaiser auch zur österreichischen Lehrerschaft gesprochen (?), wenn diese Audienz nicht vereitelt worden wäre. Gerade jene Kreise, welche von einer Besserung der materiellen Lage der Lehrer nichts wissen wollen, wußten aber sicherlich, was in Oesterreich ein solches Kaiserwort gilt; sie fürchteten den Trost des Kaisers und die Wirkung desselben, die sich bald in einzelnen Vertretungskörpern gezeigt hätte. Oder sollte, wie von einer Seite behauptet

wurde, dieser abweisliche Bescheid betreffs der Audienz die Antwort auf den Brünner Lehrertag[1]) sein? Eine solche Antwort wäre denn doch zu versteckt und kleinlich gewesen, nicht würdig derer, von denen sie ausgegangen".

Ob die Verweigerung der Audienz wirklich als eine Antwort auf den radikalen Brünner Lehrertag aufzufassen sei, mag dahin gestellt bleiben. Träfe dies zu, so wäre dies wahrlich nur eine sehr gelinde Antwort; die Brünner Lehrerversammlung hätte von Oben eine zehnmal schärfere Zurückweisung verdient, als die Versagung einer Audienz. Uebrigens ist es zweifellos, daß die antikirchliche Wühlarbeit der liberalen Lehrertage und der liberalen Lehrerpresse an höchster Stelle nicht unbekannt ist und entschieden mißbilligt wird. Sind doch selbst Mitglieder des Hofes vor den Anwürfen der liberalen Lehrerblätter nicht mehr sicher.[2])

---

1) Der bekanntlich im August vor. Js. stattfand, und auf welchem die Ausschließung aller Religion aus der Schule als das Ideal hingestellt wurde, das die Lehrerschaft mit allen Mitteln anstreben müßte.

2) Um nur ein Beispiel anzuführen. Im Frühjahre 1896 veranstaltete ein Wiener Lehrerinenverein eine Verlosung zu Gunsten eines zu gründenden Lehrerinenheims, für welche die Erzherzogin Valerie das Protektorat übernommen hatte. Als der hohen Frau jedoch bekannt wurde, daß unter den für die Verlosung bestimmten Büchern die Religion keine Vertretung fände, legte sie das Protektorat nieder. Darob Verblüffung in den Lehrerkreisen, Zorn, Aerger. Aber es war nicht zu ändern. Nun hätte man denken sollen, der Lehrerinenverein würde die Verlosung wenigstens sistiren. Doch das that er nicht. Die „Deutsch-österr. Lehrerzeitung" fiel dann in einem längeren Artikel gar grimmig über die — Ultramontanen her, daß sie „das Thierleben von Brehm, die Schriften des feinsinnigen Felix Dahn und andere gediegene Werke (!) auf den Index setzten"; diese Bücher seien Quellen der Bildung für das deutsche Volk; zu Zeiten entschlüpfte ihnen — den Ultramontanen nämlich — ein Wort, ein Citat, das verrätherisch bekunde, wie sie selbst, für ihre Person, auf die Genüsse nicht verzichteten, die das Studium

Mit der Audienz im Ministerium hatten die Lehrer, wie zu erwarten stand, auch kein Glück. Am 18. Februar stellte sich eine Deputation, bestehend aus vier Lehrern, zwei deutschen, einem tschechischen und einem slovenischen, im Unterrichtsministerium ein, traf aber den Minister, der über das Erscheinen der Deputation verständigt war, nicht; er war verreist. Statt seiner empfing ein Sektionschef die Herren, hörte ihre Klagen und Forderungen an und entließ sie mit dem Bemerken, „daß das Unterrichtsministerium den Bestrebungen der Lehrerschaft nach Verbesserung ihrer materiellen Lage wohlwollend gegenüberstehe, doch seien es vornehmlich die Landtage, welche hier bessernd eingreifen könnten". Auch beim Finanzminister sprachen die Herren vor und setzten ihm auseinander, wie es nothwendig sei, daß der Staat an den Lasten des Volksschulwesens mittragen helfe. Der Finanzminister erwiederte, daß er als Autonomist — Finanzminister ist bekanntlich ein Jungtscheche — für eine so weit gehende Unterstützung der Länder durch Uebernahme eines Theiles der Lasten für das Volksschulwesen nicht sein könne; wohl aber dürfte es möglich sein, den Ländern gewisse Einnahmen, die bisher der Staat bezog, zufließen zu lassen, wodurch die Landtage in die Lage versetzt werden, die Gehalte der Lehrer zu verbessern. „Nach diesen wenig Hoffnung erweckenden Erklärungen", so schließt der Bericht in der ‚Deutsch-österreichischen Lehrerzeitung', „verabschiedete sich die Deputation vom Herrn Finanzminister".

---

der klassischen Literatur unseres Volkes bereite, aber für das Volk, für die mittleren und unteren Millionen wollten sie unsere Denker und Dichter auf den Index setzen. „Ja, sie — die Ultramontanen — sind bildungsfeindlich und alle ihre Versicherungen, daß sie den Schulkampf nicht führen, um die Bildung herabzudrücken, sind eitel Lüge und Heuchelei". So das radikale Lehrerblatt. Ja, ja, die bösen Ultramontanen! Es ist doch gut, daß sie existiren; wer könnte sonst als Prügelknabe dienen?

Uebrigens hatte man in den Reihen der liberalen Lehrerschaft überhaupt keine sonderlichen Hoffnungen auf die hohen Kreise gesetzt. Vielmehr erwartete und erwartet man alles Heil für die „Neuschule" vom Volke. Doch hielt man es für eine Forderung der Klugheit, erst in den oberen Regionen sich bemerkbar zu machen, ehe man in die unteren Regionen niederstieg. Wie in den unteren Regionen vorzugehen und was da zu thun sei, darüber erließ der Ausschuß des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes" folgende Ordre:

„Die Landesverbände der Lehrerschaft mögen alle Kräfte anspannen, um die Landtage zur Lösung der Gehaltsfrage zu veranlassen; insbesondere sollen die Lehrer in allen Versammlungen, welche die Abgeordneten behufs Erstattung eines Rechenschaftsberichtes einberufen, diese Herren über die Gehaltsangelegenheiten interpelliren und ihnen das bindende Versprechen auf energische Förderung unserer Sache abnehmen; es sollen mehrere Bezirksvereine gemeinsame Lehrerversammlungen abhalten, zu denen die Abgeordneten der betreffenden Bezirke einzuladen sind und in denen nur die Gehaltsfrage besprochen werden soll; es möge jeder Zweigverein fleißig die Tagespresse benützen, um das Volk aufzuklären und für die berechtigten Forderungen der Lehrerschaft zu gewinnen; es sollen von den Nationalvereinen, ebenso von den politischen und nichtpolitischen Vereinen Entschließungen im Sinne der angestrebten Gehaltsregulirung gefaßt werden".[1])

So der Tagesbefehl aus dem „Hauptquartier". Gehorsam dieser Ordre legten die liberalen Lehrer der verschiedenen Kronländer bald Hand ans Werk. Allen voran die Lehrer Böhmens und Niederösterreichs. Am 19. Februar kamen die Lehrer der böhmischen Bezirke Aussig, Karbitz, Tetschen, Leitmeritz, Lobositz, Auscha und Wegstädtl in Aussig zusammen. Auch die Landtags- und Reichsraths-

1) „Deutsch-österr. Lehrerzeitung" vom 1. Dezember 1898.

abgeordneten dieser Bezirke, 11 an der Zahl, waren dahin „citirt" worden. Indessen erschienen nur 7, darunter ein Socialdemokrat; die 4 anderen hatten ihr Fernbleiben entschuldigt, zugleich aber auch den Bestrebungen der Lehrerschaft ihre „Sympathien" zum Ausdrucke gebracht. Nachdem ein Lehrerredner die Forderungen der Lehrerschaft auseinandergesetzt und „begründet" hatte, wobei er sich, unter dem „stürmischen Beifalle" der anwesenden Lehrer, zu dem merkwürdigen Dictum verstieg: Mit dem Augenblicke, wo das Geschick der freisinnigen Lehrerschaft fällt, ist auch das Geschick des Volkes besiegelt; nahmen auch die anwesenden Abgeordneten der Reihe nach das Wort, um ihre Lehrerfreundlichkeit zu betheuern, „bindende Versprechen" abzulegen und den Gehaltsbestrebungen unserer Jugendbildner den besten Erfolg zu wünschen.

Eine größere Lehrerversammlung fand am 6. März in Wien statt. Nach dem Berichte öffentlicher Blätter sollen da nicht weniger als 3000 Lehrpersonen aus Wien und Niederösterreich zusammengekommen sein, um die Rede eines gewissen Lehrers Ed. Jordan anzuhören, der seine Hauptkraft darauf verwendete, die christlich-sociale Partei mit ihren „bildungsfeindlichen" und „volksverdummenden" Plänen im Strome seiner Beredsamkeit total zu ertränken. Der anwesende liberale Landtagsabgeordnete Dr. Ofner secundirte dem Lehrerredner und erwarb sich vielen Dank durch den Ausspruch: „Jeder, dem es Ernst ist um das Wohl des Staates und der Gesellschaft, muß auf der Seite der Lehrer stehen".

Um den Lehrerversammlungen zu helfen und den Forderungen mehr Nachdruck zu geben, hat die Leitung der Wiener socialdemokratischen Partei beschlossen, gleichfalls in eigenen Versammlungen zu demonstriren. Für den 5. März hatte sie eine Versammlung einberufen, die von 5000 „Genossen" besucht gewesen sein soll. Die Sprache, die hier geführt wurde, war echt socialdemokratisch: anmaßend,

herausfordernd, drohend, revolutionirend. Sie klang aus in der Forderung: Beseitigung des Monopols der besitzenden Klassen auf Wissen und Bildung; darum vollständige Trennung der Schule von der Kirche, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel in allen Lehr- und Erziehungsanstalten, Beistellung ausreichender Nahrung für die Schulkinder aus Gemeindemitteln, eine menschenwürdige Stellung der Lehrer, die sie in den Stand setzt, ihrer wichtigen Aufgabe zu genügen.

So ergänzen und unterstützen sich Lehrerversammlungen und socialdemokratische Volksversammlungen! Man muß diese Thatsache wohl im Auge behalten. Sie erklärt vieles, was in der Lehrerschaft jetzt vorgeht, und läßt die Gefahr übersehen, in welche das christliche Oesterreich mit seiner „Neuschule" gerathen ist. Die socialdemokratische Partei ist die eifrigste Verfechterin der österreichischen confessionslosen Schule und der liberalen Lehrerschaft!

Die Agitation für die Aufbesserung der Lehrergehälter soll aber auch von den Lehrern selbst unter das Volk getragen werden. So lautet, wie wir gesehen, der Tagesbefehl aus dem „Hauptquartier". In Ausführung dieses Tagesbefehls schreibt das schon genannte liberale Lehrerorgan für Deutschböhmen, die „Freie Schulzeitung" in Nr. 24:

„Sobald die für heuer anberaumten Gau-Lehrerversammlungen vorüber sind, müssen die Volksversammlungen beginnen. Frühjahr und Sommer sollen hiezu benutzt werden. Jeder größere Ort, der der Mittelpunkt eines entsprechend weiten Gebietes bildet, eignet sich zu einer solchen Versammlung..." „Auf diesen Versammlungen gilt es, die freisinnigen und fortschrittlichen Elemente im Volke, bei denen das Verständniß für ein besser entwickeltes Schulwesen vorauszusetzen ist, oder geweckt werden kann, insgesammt für die bedeutsamen Fragen, welche Schule und Lehrerschaft betreffen, zu erwärmen..." „Als Verhandlungsgegenstand empfiehlt sich das Thema ‚Unser Volksschulwesen' in den verschiedensten Variationen. Freie

Schule, freie Lehrerschaft — das muß der Hauptton sein, auf den diese Versammlungen zu stimmen wären. . . . Daß einen gewichtigen Gegenstand dieser Darlegungen die Gehaltsbestrebungen der Lehrerschaft zu bilden haben und in diesem Sinne auch die zu beantragenden Entschließungen eine passende Kundgebung hiefür aufweisen werden, ist selbstverständlich; nur möge dies nicht alleiniger Zweck derartiger Volksversammlungen sein. . . ." „Als Redner wünschten wir allerorts zunächst den Lehrer zu sehen. . . Ein Mangel an Rednern dürfte kaum eintreten. . . Es wird natürlich Sache der Einberufer sein, Sorge zu tragen, daß auch aus dem Volke heraus das Wort ergriffen wird, um zu dem Gegenstande der Tagesordnung Stellung zu nehmen".

Als ob unser gutes altes Oesterreich dermalen an „Fragen" noch nicht genug hätte, kommt nun auch die Lehrerschaft mit ihrer Gehaltsfrage und schickt sich an, die ganze Bevölkerung in Aufruhr zu versetzen. Statt in so intensiver Weise zu agitiren, wie es das Hauptquartier commandirt, würde es dem Lehrerstande ohne Zweifel besser anstehen, bescheidener aufzutreten und wohl zu bedenken, daß ihre Gehälter aus den sauer erworbenen Steuerkreuzern der Bevölkerung aufgebracht werden müssen.

Es wäre ungerecht, dem Lehrer seinen verdienten Lohn vorenthalten zu wollen. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth; das gilt in ganz besonderer Weise auch in Bezug auf den Lehrer, der in seinem Berufsleben wahrlich nicht auf Rosen gebettet ist. Und berufstreue Lehrer, welche nichts anderes suchen, als gute Erzieher zu sein und die mit ganzer Seele diesem Berufe sich widmen, solche Lehrer sind doppelten Lohnes werth. Aber was die österreichische Lehrerschaft jetzt erstrebt und nach Demagogenart erzwingen will, das geht über das Maß des Berechtigten weit hinaus. Verlangen, daß in ganz Oesterreich, ohne Rücksicht auf Stadt und Land, jeder Lehrer ein Anfangsgehalt von mindestens 800 fl. (beinahe 1400 M.) und nach 16 Dienstjahren mindestens 1200 fl. (beinahe 2100 M.), außer

freier Wohnung oder entsprechender Miethsentschädigung, beziehen solle, das ist zu viel.

In seiner Eingabe an den Reichsrath exemplificirt der Ausschuß des „Deutsch-österreichischen Lehrerbundes“ auch auf Deutschland und sagt:

„Gegenüber den Besoldungen, welche die größeren Städte des Deutschen Reiches den Lehrern gewähren, stehen die Städte und Landeshauptstädte, ja selbst die Hauptstadt Oesterreichs, die Großstadt ‚Wien‘, weit zurück. So bietet Hamburg den Leitern der Schulen 4000 bis 5200 M. Jahresgehalt, 50 Prozent der Lehrer erhalten 2600 bis 3600 M., die übrigen 1800 bis 2800 M. Die dreijährigen Zulagen betragen für die Schulleiter 300, für die Lehrer 250 M. Die Hilfslehrer — unsere provisorischen Unterlehrer — erhalten 1400 M. Anfangsgehalt.

Mit derartigen Gegenüberstellungen ist nicht viel gewonnen. Jedes Land hat, entsprechend seiner Leistungsfähigkeit, seine eigene Skala in der Bemessung der Gehälter. Damit muß man sich abfinden. Wenn die österreichischen Lehrer Hamburger Gehälter haben wollen, müssen sie nach Hamburg auswandern. Oesterreich sammt seiner Reichshauptstadt ist viel zu arm, als daß es Hamburger Gehälter zahlen könnte.

Wie weit die „freisinnige“ Lehrerschaft Oesterreichs mit ihrer Agitation beim Volke kommen wird, wird schon die nächste Zukunft lehren. Wenn man bedenkt, daß das Volk überhaupt vom „Zahlen“ nichts wissen will, wird man ganz gewiß nicht fehl gehen in der Annahme, daß die Lehrer mit ihren Gehaltsforderungen beim Volke noch weniger Entgegenkommen finden werden als in den oberen Regionen. Freilich soll auf den Volksversammlungen zunächst nicht vom „Zahlen“ gesprochen werden, sondern mehr vom „Segen“ einer freien Schule und einer freien Lehrerschaft; aber der Schlußrefrain muß doch immer ausklingen in der Forderung: Höhere Gehälter. Dafür aber hat das eigentliche Volk kein Verständniß; da hilft alle Beredsamkeit nichts.

Aus der ganzen Agitation wird sich möglicherweise das gerade Gegentheil von dem ergeben, was die liberale Lehrerschaft erstrebt. „Wer Wind säet, wird Sturm ernten“ — wie oft hat sich im öffentlichen Leben dieser Satz schon bewahrheitet! In weiten Gegenden Oesterreichs, besonders in Wien und Niederösterreich, herrscht ohnehin schon in allen Schichten des christlichen Volkes eine große Mißstimmung, um nicht zu sagen Erbitterung gegenüber der Lehrerschaft. Das maßlose kirchenfeindliche Treiben der zahlreichen Geistesverwandten eines Dittes und Consorten ist man schon längst satt. Die blöden Schimpfereien über die „bildungsfeindlichen“, „rückschrittlich gesinnten Römlinge“, über die „scheiterhaufenlüsternen klerikalen Dunkelmänner“, über die „Verpfaffung“ der Schule und derartiges mehr, das alles hat seine Zugkraft verloren. Damit sind keine Geschäfte mehr zu machen.

Dazu kommt noch, daß die Lehrer nicht bloß hohe Gehälter haben wollen, die in keinem Verhältniß stehen zu ihrer Vorbildung und Stellung im gesellschaftlichen Leben; sie verlangen auch noch, daß in jeder Klasse nicht mehr als 30 Kinder sitzen sollen. Käme dies zur Ausführung, dann brauchten wir in Oesterreich statt 60,000 Lehrer wenigstens 120,000, für welche mindestens 144 Millionen aufgebracht werden müßten.

So sehr es auch zu wünschen ist, daß ein jeder Lehrer materiell so gestellt sei, daß er anständig leben kann und nicht nöthig hat, auf Nebenverdienst zu reflektiren, so sehr ist es zu verurtheilen, daß von Seiten der Lehrer Forderungen erhoben werden, welche den Charakter der Maßlosigkeit an der Stirne tragen. Aber gerade diese Maßlosigkeit wird der ganzen Agitation das Genick brechen. Uns kann's recht sein. Je früher die österreichische Bevölkerung zur Einsicht kommt, daß die confessionslose „Neuschule“ viel kostet, geradezu horrende Summen verschlingt und doch nicht viel mehr leistet als die alte confessionelle Schule, vielleicht noch weniger: um so eher wird sie wieder nach der alten Schule rufen.

Aus Böhmen, Ende März. * * *

LVIII.

Gedanken eines in Norddeutschland reisenden Schwaben.

IV.

Die Reichshauptstadt Berlin erhebt sich mitten in einer Art Steppengegend. Es erscheint zunächst als ein großes Häusermeer, durchflossen von den übelriechenden Gewässern der Spree. Der unschönen Umgebung entsprach auch einstens Berlin selbst; es war ungemein schmutzig. Noch vor zwei Jahrzehnten sprach ein bekannter Franzose von dem Straßenschmutze in den stärksten Ausdrücken. Inzwischen ist es besser geworden. Berlin hat sich ungewöhnlich rasch entwickelt. Beim Beginn der französischen Revolution zählte Berlin 120,000, Paris 800,000 Einwohner, heute ist es nicht mehr allzu weit entfernt von 2 Millionen. Diese riesige Ausdehnung hob die Bodenpreise ins Ungeheuere; es ist nur gut, daß Berlin in einer unfruchtbaren Gegend liegt; so wird der Bodenkultur wenigstens kein fruchtbares Land entzogen.

Den einzigen natürlichen, von der Natur gegebenen, Vortheil hat Berlin durch seine günstige Lage zwischen Oder und Elbe. Diese Lage machte es schon im 13. Jahrhundert zu einem Handelsplatze, aber damit sind auch die natürlichen Vortheile erschöpft, im übrigen verdankt es seine Entwicklung der willkürlichen Gunst der Fürsten. Neben Brandenburg und Küstrin wurde es im 16. Jahrhundert Residenz, aber erst im Ausgang des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts

geschah so viel für Berlin, daß es ein würdigeres Ansehen bekam. Seine Entwicklung verdankte es dem günstigen Umstande, daß die Fürsten damals den Platz für ihre Residenzen nicht flach genug wählen konnten: es war ein Rückschlag gegen die Ritterzeit, wo man die Schlösser nicht hoch genug bauen konnte. Damals entstanden jene künstlichen Residenzen, die in möglichst langweiligen Gegenden sich erhoben, ohne besondere Rücksicht auf die Vortheile der Natur, wie Karlsruhe, Mannheim, Ludwigsburg, Kassel, Hannover. An diese künstlichen Städte mit ihren nach der Schnur gezogenen Straßen erinnert auch Berlin.

Die Entwicklung Berlins hat etwas Künstliches besonders seit 1870; sie hat etwas Gemachtes, Treibhausartiges, nichts Organisches. Das moderne Berlin hat mit dem alten nur einen losen Zusammenhang; man denkt in dem modernen Berlin nicht mehr daran, daß diese Stadt einst zur Hansa gehörte. Seine Bedeutung verdankt Berlin erst der neuesten Entwicklung; ohne Eisenbahn wäre es gar nicht denkbar.

Man hat es schon mit einer Theaterprinzessin verglichen, die sich künstlich schmückt und schminkt. Das ist nicht als blos bildlich zu verstehen. Sehr häufig verbergen schöne Façaden aus Stuck und Verputz rohe Ziegelbauten. Es ist nicht alles Gold, was glänzt, nicht alles ist massiv, was so aussieht. In den Vororten Berlins giebt es noch altmärkische Lehmhütten und Lehmhäuser.[1])

Ganz unverkennbar ist Paris für Berlin Modell gestanden. Ueberall sucht man Paris nachzuahmen, so in den Straßenanlagen, in der sauberen Asphaltpflasterung, in den öffentlichen Bauwerken, den öffentlichen Plätzen und Parken, in der Pflege von Straßenbäumen u. s. f. Einen wohlthuenden Eindruck macht die Aufmerksamkeit, die man baumbepflanzten Anlagen schenkt. Paris ist deutlich Vorbild, nur

1) Rodenberg, Bilder aus dem Berliner Leben. 1885. S. 36, 124.

ist das Vorbild nicht ganz erreicht. Solche reizende Anlagen, wie die elyseischen Felder, den Park Monceaux, den Luxemburggarten trifft man nicht in Berlin. Besser wird das Vorbild erreicht in den Straßenanlagen; manche Straße macht einen sehr eleganten Eindruck, so die Wilhelms- und Friedrichsstraße. Berlin vermag die modernen Städteeinrichtungen leichter zu schaffen, da keine winkeligen engen Straßen ein Hinderniß bilden, wie bei alten Städten. Die Straßenanlagen sind überhaupt sehr übersichtlich und man findet sich leicht zurecht.

Der Verkehr ist groß, sogar der Schiffahrtsverkehr ist sehr bedeutend.[1] Unaufhörlich rollen die Droschken und fliegen elegante Fiaker auf den spiegelglatten Flächen dahin. Dort laufen die Pferdebahnwagen, hier elektrische Bahnen und Omnibusse mit großem Gekrache und auf hohen Bögen rollt die Ringbahn. Berlin hat viel größeren Reichthum an billigen Fahrgelegenheiten als Paris und Wien. Dampf und Elektricität wird mehr benützt. Freilich sind bereits viele Städte ihm voraus in der Verwendung der Elektricität, aber ganz enorm weit zurück ist Paris. Das überwiegende Fuhrwerk ist hier der Fiaker und die Droschke; diese versperren einem unzähligemal den Weg. Auch in Berlin hat man an belebten Straßenecken Mühe sich durch das Wagengedränge durchzulootsen, aber lange nicht so oft, wie in Paris. Die Berliner Kutschen waren einst bekannt wegen ihrer Schwerfälligkeit, aber diese Zeit ist jetzt vorüber. Wien braucht nicht mehr stolz zu sein auf seine Fiaker, es wird ohnehin überflügelt von Berlin, ja wie man glaubt von Budapest. Freilich wird Wien immer eins voraus haben, die schöne Donau, wofür die Spree einen schlechten Ersatz bietet. Auch ist Wien wie Paris historisch viel interessanter.

---

1) Nach Treitschke (Politik I, 226) würde er sogar den Hamburger und Bremer übertreffen (?).

Die Geschichte Berlins reicht nicht weit zurück über den ersten König von Preußen, sie zählt eigentlich nur 200 Jahre.[1]) Berlin ist eine ganz moderne Stadt, fast alle historischen Denkmäler fehlen, der Reiz der Romantik geht ihm vollständig ab. Paris mit seinen alten gothischen Kirchen, seinen lieblichen Renaissancebauten ist weit überlegen, obwohl auch hier das moderne Leben darüber hinwegrauscht. Aber auch die moderne Eleganz, der moderne Comfort hat seine Reize. Die Preußen sind praktisch und wissen die Annehmlichkeiten des Lebens wohl zu schätzen. Viele praktische Einrichtungen erfreuen einen.[2]) Der Aufenthalt wird einem daher nicht gerade unangenehm. Auch der äußere Mensch, der sonst auf Reisen in der Wohnung und Nahrung ziemlich mitgenommen zu werden pflegt, findet seine Befriedigung. Einem Franzosen wird zwar manches roh und geschmacklos vorkommen, wie sich schon mancher aussprach; sie sind ja gewohnt, den Deutschen überhaupt den feinen Geschmack abzusprechen.[3]) Aber als Deutsche sind wir einander verwandt. Der Deutsche findet sein Bier und seine gewohnten Gerichte. An das Münchener Bier wird man hier mehr noch erinnert als in München selbst: an allen Ecken wird man zu Löwenbräu, Hacker-, Pschorr-, Hofbräu eingeladen. Das Bier tritt einem aufdringlicher entgegen als in München.

Zu besonderen Klagen ist kein Anlaß gegeben. Dennoch wird man nicht recht warm, das Leben geht einem nicht

---

1) Schwebel, Renaissance und Roccoco, Abhandlungen zur Culturgeschichte der deutschen Reichshauptstadt, Minden 1884, sucht zwar die Geschichte Berlins weiter hinaufzurücken: aber was er beibringt, ist doch unbedeutend.

2) Berühmt ist die Post und Feuerwehr von Berlin.

3) Wyzewa, chez les Allemands. Paris, 1895, S. 98: hier werden alle einzelnen Sinne durchgenommen, besonders Gehör, Gesicht, Geruch, Geschmack und die Inferiorität der deutschen Sinne „bewiesen“.

lieblich ein und so ganz heimisch fühlt man sich nicht Daher hat es Berlin trotz aller Anstrengungen nicht dahin gebracht, Fremde, Ausländer anzulocken, eine Fremdenstadt zu sein. Selbst preußische Unterthanen ziehen, wenn sie reich geworden sind, in die Provinz zurück. Es hat sich nicht viel verändert, seitdem der Geograph Ritter, selbst ein Norddeutscher, das Wort schrieb: „Es ist wenig Wärme hier, bei sehr viel Cultur und kalter Gutmüthigkeit, die mit jedem es gleich gut meint, Alle aufnimmt, an Alle sich anschließt und darum nirgends recht tief eindringt".

Den Mittelpunkt, das Herz von Berlin bildet das alte Schloß. Das ist eines der wenigen Bauwerke, die einen Charakter und eine Geschichte haben. Es läßt sich noch heute deutlich erkennen, daß es in verschiedenen Zeiten entstanden ist. Der älteste Theil liegt auf der Ostseite, der Altstadt Köln auf der Spreeinsel zu. Im Zusammenhang mit der Nikolaikirche in der Altstadt erinnert es an die alte Zeit der Markgrafen. Die Renaissance hat auch in Berlin geblüht und bescheidene Früchte gezeitigt. Weit bedeutender war natürlich die Barock- und Rokokozeit, die Zeit der ersten Könige Friedrichs I. und Friedrichs II. des Großen. Aus dieser Zeit stammt der Gesammtbau im Allgemeinen. Der Thronsaal, der schwarze und rothe Adlersaal, der weiße Saal mit ihren reichen Stukkaturen sind die bedeutsamen Reste jener Zeit, die den Aufschwung Preußens sah. Es fehlt nicht an Glanz und Prunk, aber man vermißt die frische Unmittelbarkeit, den naiven Schönheitssinn, den feinen Geschmack.

Gegenüber dem alten Schlosse, in dem nun Kaiser Wilhelm II. residirt, nimmt sich das Palais Wilhelms I. bescheiden aus. Dieses Palais, von Wilhelm I. als Kronprinz 1836 selbst erbaut, diente ihm als König und Kaiser zur Wohnung. Er weilte hier in soldatischer Einfachheit, das Glück, der Erfolg machte aus ihm keinen andern; er blieb in dem alten Erdgeschosse, in dem er den Sturm der Re-

volution erlebt hatte. Und neben ihm waltete die edle Augusta, deren Sinnen und Denken Liebe, Wohlthun und Frömmigkeit war. Sie soll das bedeutsame Wort oft wiederholt haben: „die Reiche vergehen, Gott allein bleibt".

An das alte Schloß reihen sich stolz als Trabanten die Museen, das Zeughaus, die Universität, das Opernhaus an. Diese Zusammenstellung ist sehr bezeichnend, sie hat einen tiefen Sinn. Das Zeughaus und die Ruhmeshalle sind für Berlin, was für eine andere Stadt ihre Kathedrale. Dazu kommen verschiedene kriegerische Standbilder: das Reiterbild des großen Kurfürsten auf der Spreebrücke, das Denkmal Friedrichs des Großen. Auch das Brandenburger Thor kann hieher gerechnet werden; es entstand zur Zeit der französischen Revolution, und erinnert an die Erniedrigung Preußens und an sein Emporringen.[1]) In dem Friedrichsdenkmal „pulsirt etwas von der ungeheuren Lebenskraft des preußischen Staates", sagt Rodenberg. Neuestens kam das mächtige Denkmal Wilhelms I. hinzu. Alle diese Denkmale lehren, wie wichtig die Macht sei. Der Staat ist Macht, ist ein alter preußischer Grundsatz.[2]) Aber auch das Wissen ist Macht.

Zum Zeughaus bildet die Universität, das Arsenal der Wissenschaft, keinen Gegensatz. Neben den Waffen des Kriegs, neben den eisernen Waffen, hält Preußen die Waffen des Geistes bereit, neben den Geschützen stellt es die Schätze der Kunst und des Wissens aus. An der Universität wird nach dem Ausdrucke Dubois Reymond's „die geistige Leibgarde der Hohenzollern" herangeschult. Es weht hier eine patriotische Luft das hängt schon mit der Entstehung der Universität zusammen. Gegründet zur Zeit der Erniedrigung Deutschlands, wurde die Universität zu einer Schule der

1) Rodenberg, Unter den Linden. 1888. S. 31.

2) Treitschke in seiner Politik variirt diesen Gedanken immer wieder.

Erhebung. Mit großer Begeisterung feuerten die Professoren die Jugend zum heiligen Kampfe gegen den Unterdrücker an, allen voran Fichte. Der patriotische Geist hat sich hier erhalten, er steckt auch die süddeutschen Professoren an, die hier wirken. Sie alle halten es für ihre Aufgabe Preußen zu verherrlichen. Wie viel Weihrauch wird z. B. Friedrich dem Großen gestreut. Ihn verherrlichte nicht bloß Trendelenburg, Ranke, Droysen, Lehmann, sondern auch pflichtschuldigst die Süddeutschen Schmoller, Zeller, Scherer, Pfleiderer.

Gegenüber der Universität liegt das Opernhaus und seitwärts von ihr sind die Museen. Die Kunst war lange vernachlässigt, aber man versuchte das Versäumte einzuholen. Musik und Malerei wird gepflegt, so wenig Sinn die Berliner Bevölkerung ursprünglich dafür hat. Berlin ist zur Musikstadt geworden, sagte jüngst ein Beobachter, man kann hier mehr Musik hören und bessere als in Paris.[1])

Für seine Museen, für alte und neue Bilder werden riesige Summen ausgegeben. Wo Bilder alter Meister verkauft werden, ist gewiß ein Berliner Museumsdirektor dabei, um das beste zu erwerben. Von Bode ist es ja bekannt, daß er immer seinen Koffer gepackt habe, um rasch an Ort und Stelle zu sein.

Die drei Museen, gegenüber dem alten Schlosse machen einen gewaltigen Eindruck und dürfen sich selbst neben dem Louvre sehen lassen. Sie sind schon äußerlich miteinander reizvoll verbunden und weichen durch ihre Anlage ab von der Schablone. Das alte Museum ist eine Schöpfung Schinkels, es sollte ein Gegenstück zum Schlosse bilden, und

1) Jagow in der Allgem. Zeitung 1898 Nr. 314. „Erst dieser Tage", schreibt Jagow, „sagte mir ein hier weilender Nordamerikaner, um so gute Musik zu hören, müssen wir bei uns mindestens zehnmal so viel Geld ausgeben, und selbst dann!"

das war keine kleine Aufgabe. Originell ist auch die Anlage der Nationalgallerie. Die Bibliothek, die sich unmittelbar an das Palais Kaiser Wilhelms I. anlehnt, wird vortrefflich verwaltet. An neuerer Literatur überflügelt sie jetzt schon die Münchener Staatsbibliothek; ich kann aus eigener Erfahrung nur die Unparteilichkeit ihrer Verwaltung rühmen. Es besteht die freundliche, nachahmungswerthe Einrichtung, daß der Lesesaal von 9—9 offen steht, also auch Abends zugänglich ist; eine Einrichtung, die übrigens auch Pariser Bibliotheken haben. Diese Gelegenheit wird fleißig benützt, ich fand alle Tische besetzt.

Das Waffenhandwerk und die Wissenschaft sind die beiden Grundpfeiler, auf die sich Preußens Größe stellte, was einem schon äußerlich klar gemacht wird. Die Religion spielt eine bescheidene Rolle, eine um so größere aber Geld und Reichthum. Die Börse nimmt einen hervorragenden Platz ein, schon der Bau ist bedeutend, und der Bankhäuser gibt es viele, voran die Reichsbank. Im Rechnen besaßen die Preußen immer eine gewisse Stärke und auf geordnete Staatsfinanzen wurde immer viel gehalten. In Preußen regte sich die Gewerbs- und Handelsthätigkeit sehr frühe, hier hat man den Gedanken einer Volks- und Staatswirthschaft am frühesten von allen deutschen Staaten erfaßt.

Die Jagd nach dem Gelde ist, wie gesagt, sehr verbreitet. Von einer Gastfreundschaft sieht man keine Spur, Barmherzigkeit, Mildthätigkeit sind Tugenden, mit denen die Norddeutschen sich ebensowenig wie die Engländer allzusehr plagen. Es gibt keine Orden, keine Klöster, die einen so milden Hauch der Güte verbreiten, die erst die rechte Wärme ins öffentliche Leben bringen. Das empfindet man wohl. Daher tauchen immer wieder Vorschläge zur Gründung eines protestantischen Mönchthums auf.

„Wir sind so nüchtern geworden“, sagt Naumann, „daß wir vor innerer Kälte fast umkommen. Wir sind reich an

Wissen und Bettler am Gemüth. Für unendliche Hingebung, für Liebe bis zum Tode, für Aufopferung und Andacht, für Gebet und ewiges Hoffen sind wir zu dürr geworden. Man hat uns gelehrt, daß wir saftlose, herzlose Halbmenschen sein müßten, wenn wir auf der ‚Höhe der Zeit' stehen wollten. O wehe über diese öde, dürre, o wehe über diese armselige Aufgeklärtheit!"

Die Religion spielt in Berlin eine bescheidene Rolle. Die Kirche steht im Hintergrunde, der Glockenklang wird ersetzt durch den Trommelwirbel. Man vermißt namentlich den Reichthum alter Kirchen, wie sie sonst große altberühmte Städte bieten. Der Kirchen gibt es wenige und diese sind verhältnißmäßig klein und ärmlich. Viel stattlicher nehmen sich schon die Synagogen aus. Wie bescheiden duckte sich der alte Dom in der Ecke zwischen Schloß und Museum. An hoher Stelle kannte man wohl diesen Fehler und suchte ihm durch neue Kirchenbauten abzuhelfen.[1]) Der alte bescheidene Dom wird jetzt ersetzt durch einen neuen prunkvollen Bau, der für Berlin sein soll, was die Peterskirche für Rom. Aber dieser Dom wächst nicht heraus aus dem gläubigen Bewußtsein des Berlinerthums, er ist eine künstliche Schöpfung, entstanden aus dem Ringen und Sehnen nach der entschwundenen Religiosität. Er wird künftig allerdings in äußerem Prunke die benachbarte katholische Hedwigskirche weit überragen, ob aber auch an innerem Gehalte? Wird er ein Mittelpunkt des religiösen protestantischen Lebens in Berlin sein, wie jene ein Mittelpunkt des religiösen Lebens der Katholiken? Die Hedwigskirche verkriecht sich

---

1) Den kaiserlichen Kircheneifer veranschaulicht folgende Anekdote: unter den Linden zogen mehrere Herrn ihren Hut vor dem kaiserlichen Wagen, da rief ein Bursche: „Gebt acht, wenn man einen leeren Platz sieht, wird man eine Kirche darauf bauen". Goyau, l'Allemagne religieuse. 1898, p. 39, 40.

bescheiden hinter dem Opernhaus; sie ist ein Rundbau wie die Eberhardskirche in Stuttgart und die katholische Kirche in Kassel, gebaut zu einer Zeit, wo man den katholischen Gottesdienst wie eine Art Theatervorstellung auffaßte, daher etwas Theaterstil verrathend. Man könnte vermuthen, daß schon die äußere Nähe der Theaterbauten nicht ohne Absicht gewählt wurde. Andererseits ist freilich auch die Toleranz anzuerkennen, mit der in Berlin wie in Stuttgart der katholischen Kirche ein Platz im Mittelpunkt der Stadt eingeräumt wurde.

Außer dem Dom und der Hedwigskirche fällt einem in Berlin keine Kirche besonders auf, sie sind entweder zu modern, zu entfernt oder zu klein, um Aufsehen zu erregen. Das kirchliche Leben ist die schwache Seite der Großstädte überhaupt, besonders aber Berlins. Man spricht so viel von der Religion und Gottesfurcht der Deutschen, aber wenn man die jetzige Hauptstadt ansieht, bekommt man keine Vorstellung davon. Und doch verdankt Preußen der Religion außerordentlich viel, Jahrhunderte lang waren nicht die Wissenschaft und die Waffen die Grundveste des Staates, sondern die Religion und die Waffen.

LIX.

Die neueren Forschungen über die pseudocyprianischen Schriften.[1]

Von Carl Weyman.

Es ist nur ein Ausdruck der ernsten Wahrheitsliebe, die jeden Wissenschaftsbetrieb beseelen muß, wenn die Geschichte der altchristlichen Literatur sich so vieler Composita mit „Pseudo-“ bedient. Man weiß in zahlreichen Fällen, daß eine Schrift nicht von dem Autor herrühren kann, dem sie Ueberlieferung oder Convention zuschreiben, man ist aber nicht im Stande, den wirklichen Autor zu ermitteln, daher läßt man sie bis auf weiteres unter der Flagge „Pseudo-X“ oder „Pseudo-Y“ segeln, und fast sämmtliche große Schriftsteller des Ostens wie des Westens müssen sich in Ausgaben und Darstellungswerken ein Gefolge von Pseudepigraphen[2])

---

1) Am 3. August 1898 habe ich in der philosophischen Sektion der zu Münster tagenden Generalversammlung der Görresgesellschaft über das obige Thema einen kleinen Vortrag gehalten (vgl. Jahresbericht der Görresgesellschaft für 1898 S. 6 f.), der zunächst nur den Zweck eines Lückenbüßers erfüllen sollte. Die Rechtfertigung seiner Drucklegung in diesen geschätzten Blättern liegt in den beigefügten Anmerkungen bezw. Literaturnachweisen. Publikationen, die nach der Abhaltung meines Vortrages erschienen sind, werden durch eckige Klammern gekennzeichnet.

2) Das Wort „ψευδεπίγραφος“ wird in den Lexika zuerst aus Polybios (XXIV, 5, 5) belegt. In dem uns geläufigen Special-

gefallen lassen, das mitunter an Buntheit nichts zu wünschen übrig läßt. Was die griechisch-christliche Literatur betrifft, so kann man z. B. aus der durchaus nicht nach Vollständigkeit strebenden „Notice des Pseudépigraphes“, die Pierre Batiffol[1]) seiner kürzlich erschienenen Skizze beigefügt hat, bequem ersehen, was für eine gemischte Gesellschaft sich unter das schützende Dach eines Justinos oder Athanasios geflüchtet hat, und dem Gelehrten, der das lateinische Seitenstück zu Batiffols Arbeit übernommen hat, wird es nicht schwer fallen, eine analoge Liste anzufertigen. Eine ganz besonders lebhafte Forschungsthätigkeit ist in den letzten Jahren durch eine Gruppe lateinischer Pseudepigraphen hervorgerufen worden, auf die ich die Aufmerksamkeit der Leser für kurze Zeit lenken möchte, durch diejenigen Schriften, welche mit Unrecht den klangvollen Namen des Blutzeugen und Bischofs Cyprianus von Karthago tragen, näherhin durch denjenigen Theil dieser Schriften, der in den 3. Band der Wiener Cyprianausgabe von W. von Hartel aufgenommen worden ist.[2]) Der Band trägt die Jahreszahl 1871 und

---

sinne scheint es zuerst der Literarhistoriker Dionysios von Halikarnaß gebraucht zu haben.

1) Anciennes littératures chrétiennes. La littérature grecque. Paris 1897[1] p. 327—331.

2) Vgl. im allgemeinen A. Harnack, Geschichte der altchristlichen Lit. I S. 717—723; G. Krüger, Gesch. der altchristlichen Lit. S. 186—190; dazu Nachträge (Freiburg i. B. 1897) S. 26 f.; M. Schanz, Gesch. d. röm. Lit. III (München 1896) S. 331—339; R. Leimbach in Herzogs Realencyklop. IV[3] (1898) S. 374 f. (wenig befriedigend); K. Götz, Gesch. der cyprianischen Litt. bis zu der Zeit der ersten erhaltenen Handschriften, Basel 1891 (Histor. Jahrb. XII 646). Ueber die „Ueberlieferungsgeschichte pseudocyprianischer Schriften“ einiges bei Harnack, Texte und Untersuch. XIII 4b (1895) S. 55—58, der zu weit geht, wenn er es als sehr wahrscheinlich bezeichnet, „daß alle fremden Schriften, die im Alterthum zum Corpus Cypriani hinzugetreten sind, römische Schriften waren“.

dürfte, nachdem die pflichtmäßigen Recensionen geschrieben worden waren, unter denen die von Peter Langen, dem gediegenen Münsterer Latinisten hervorragt,[1]) geraume Zeit hindurch ziemlich unbehelligt seinen Platz in den Bibliotheken behauptet haben. Denn das Interesse für altchristliche Literatur und für Spätlatein war damals noch kein sonderlich lebhaftes, und in den an das Vaticanum anknüpfenden Controversen griff man wohl hüben und drüben nach dem echten Cyprian, aber den unechten ließ man in Frieden.

Erst im Jahre 1883 lenkte die epochemachende Veröffentlichung der Didache die Blicke der Forscher auf die pseudocyprianische Schrift bezw. Predigt gegen die Würfelspieler (de aleatoribus oder vielmehr adversus aleatores), in deren 4. Capitel ein noch von Hartel mit einem Fragezeichen versehenes, nun aber zu identificirendes Citat „in doctrinis apostolorum" begegnet, und fünf Jahre später erschien Adolf Harnack, der übrigens schon vor der Entdeckung der Apostellehre der Schrift wegen ihrer Hermascitate hatte näher treten müssen, mit einer flott geschriebenen Abhandlung auf dem Plane, in der er die Schrift adversus aleatores für nichts geringeres als für ein Werk des Papstes Viktor I. (189—199), und, da er Minucius Felix hinter Tertullian stellte, für die älteste christlich-lateinische Schrift erklärte. Das Faktum, daß, und die Art und Weise, wie Didache und Hirt in der Schrift citirt werden, schienen ihm auf hohes Alter zu deuten, der autoritative Ton des Eingangs auf einen römischen Bischof, die strenge Bußdisciplin auf einen Papst vor Kallistus. Harnacks Abhandlung hatte die Wirkung eines Alarmschusses. Theologen aller Richtungen und klassische Philologen griffen zur Feder. Es wurde modern, sich mit de aleatoribus zu beschäftigen.[2])

---

1) (Bonner) Theolog. Literaturblatt VI (1871) Sp. 326—331. Langens Textkritik ist allerdings zu gewaltsam.

2) Vgl. die Literaturangaben bei O. Bardenhewer, Patrologie

Man kämpfte so heftig, daß Hilgenfeld mehrmals „vom Kriegsschauplatze de aleatoribus" schreiben konnte,[1]) und die Zeichen der Zeit traten auch in dieser Controverse in zum Theil belustigender Weise zu Tage. Während man in den Kreisen, aus denen zehn Jahre früher der Versuch hervorgegangen war, die Philosophumena vom hl. Hippolytos auf den bereits übel beleumundeten Novatian abzuladen, sich die Inaugurirung der christlich-lateinischen Literatur durch einen Papst nicht entgehen lassen zu sollen glaubte, und noch 1890 in der Person des später zu so trauriger Berühmtheit gelangten Grafen von Hoensbroech der Harnack'schen Hypothese „ein neuer unbedingter Kämpe"[2]) erstand, hielt man sich in anderen Kreisen für verpflichtet, der „Wirkung päpstlicher Irrthümer",[3]) entgegenzutreten und die haltlose Ansicht vorzutragen, es handle sich um eine echt cyprianische Predigt, deren vulgäre Sprache aus der Rücksichtnahme auf die Zuhörer zu erklären sei. In um so hellerem Lichte erscheint diesen Symptomen gegenüber die rein sachliche Argumentation, auf Grund deren der katholische Kirchenhistoriker Tübingens die Aufstellung des Berliner Theologen, die, „wenn sie eine Confession auf Kosten der andern begünstigt, der Vertheidigung der katholischen Lehren Waffen

S. 182; G. Krüger, Geschichte der altchristlichen Literatur S. 188 f. C. A. Bernoulli, Der Schriftstellerkatalog des Hieronymus. Ein Beitrag zur Geschichte der altchristlichen Lit. Freiburg i. B. 1895 S. 53 Anm. 1. Bernoulli sucht S. 53—56 (vgl. 285—287) besonders „die hieronymische Unterlage" der Harnack'schen Hypothese zu erschüttern. — Ueber die vulgäre Sprache der Schrift einige Bemerkungen schon bei Ph. Thielmann, Archiv für latein. Lexikogr. I (1884) S. 70.

1) Zeitschrift für wissenschaftl. Theologie XXXIII (1890) S. 382—384; XXXIV (1891) S. 256.

2) Funk, Theol. Quartalschr. LXXII (1890) S. 133.

3) Deutscher Merkur XX (1889) S. 33 f.

leihen kann",[1]) abgelehnt hat. Die verschiedensten Persönlichkeiten, z. B. Hippolytos, ein novatianischer Bischof und der Bekenner Celerinus, dem Haußleiter[2]) erst kürzlich wieder einen Liebesblick zugeworfen, suchten ihre Paternitätsansprüche auf „de aleatoribus' glaubhaft zu machen, aber als der Schlachtlärm, der mehrere Jahre gewährt, verklungen war,[3]) mußte die Schrift, deren Textkritik und Erklärung allerdings bedeutend gefördert worden war, in ihre Anonymität und Pseudocyprianität zurückkehren. Nur das hatte sich als sicheres Resultat ergeben, daß ihr Verfasser einen sehr ausgedehnten Gebrauch von Cyprians ‚testimonia' und sonstigen Schriften macht. Was seine hierarchische Stellung betrifft, so wird man wenigstens die Möglichkeit zugeben können, daß er römischer Bischof gewesen, seine Degradirung zum Presbyter aber entschieden ablehnen müssen. — Die Beschäftigung mit ‚de aleatoribus' mußte nothwendig dazu führen, auch auf andere Schriften des 3. Bandes der Wiener Cyprianausgabe ein Augenmerk zu richten.

Im Jahre 1892, also ein Jahr nachdem der besprochene Feldzug im wesentlichen beendet war, unternahmen es zwei

1) P. Lejay, Revue critique 1890 II p. 369.

2) Der Aufbau der altchristlichen Literatur, Berlin 1898 S. 27 und 29 = Götting. gel. Anz. 1898 Nr. 5 S. 361 und 363.

3) A. Jülicher, Theol. Literaturztg. 1890 Nr. 2. Sp. 38 schließt seine Besprechung der Hilgenfeldschen Ausgabe „mit dem Ausdruck des Wunsches, daß nun einmal eine Weile keine neue Hypothese über adv. aleatores auftauchen möchte, erstens, damit die bisherigen Hypothetiker Zeit bekommen, ihre Sache zu prüfen, und sodann, damit es nicht aussieht, als hätten wir Theologen für gewöhnlich gar nichts zu thun, fänden gar keine Aufgaben zu lösen, und warteten heißhungrig, bis irgend ein neues Schriftstück entdeckt wird, wie die διδαχή oder ein altes aus der Ecke hervorgezogen wird, wie adv. aleatores von Harnack, um insgesammt in besonderen Aufsätzen darüber abzustimmen und möglichst so viele Meinungen als Köpfe zu producieren".

Gelehrte,[1]) die an der Spitze des Bandes stehenden Schriften ‚de spectaculis‘ und ‚de bono pudicitiae‘,[2]) die sich als Hirtenschreiben eines von seiner Gemeinde getrennten Bischofs darstellen und das gleiche sprachliche Colorit aufweisen, als echt cyprianisch zu erweisen. Allein nach sorgfältiger Prüfung der vorgebrachten Argumente konnte man den beiden Gelehrten die Rettungsmedaille nicht zubilligen, denn die aus der Situation, der Sprache, dem Verhältniß zu Tertullian u. s. w. zu gewinnenden Beweismomente sprachen viel lauter zu Gunsten eines andern, allerdings zeitgenössischen Autors, des hochgebildeten[3]) römischen Clerikers und späteren Gegenbischofs Novatianus, des ersten christlichen Römers, der eine ausgedehntere literarische Thätigkeit in lateinischer Sprache entfaltet hat. Die vom Schreiber dieser Zeilen[4])

---

1) Ed. Wölfflin, Archiv für latein. Lexikographie und Grammatik VIII (1893) S. 1—22. Seb. Matzinger, Des hl. Thascius Caecilius Cyprianus Tractat de bono pudicitiae, Nürnberg 1892 (Gymnasialprogramm und Münchener Dissertation).

2) Eine englische Uebersetzung der beiden Traktate in The Ante-Nicene Fathers, vol. V (Buffalo 1888) S. 575—578 und 587—592.

3) Den Aufsatz P. Wehofers (in der Ephemeris Salonitana S. 18 ff.), in welchem „aus dem gehäuften Gebrauch juristischer Kunstausdrücke, die dem gewöhnlichen Latein sonst mehr oder minder fremd sind, der Nachweis erbracht“ wird, „daß Novatian ein Ju ri von Fach gewesen sein muß, ein Umstand, der uns die ganze Handlungsweise des Mannes in neuem hochinteressanten Licht erscheinen läßt“, kenne ich leider nur aus des Verfassers eigener Anführung in der Schrift: ‚Die Apologie Justins des Philosophen und Märtyrers in literarhistor. Beziehung zum erstenmal untersucht‘, Rom 1897 (6. Supplementheft der Röm. Quartalschr.) S. 5.

4) Histor. Jahrbuch XIII (1892) S. 737—748; dazu ein Nachtrag XIV (1893) S. 330 f. [Der daselbst S. 331 angeführte Autor des 2. von Caspari edirten pelagianischen Briefes, in dem sich ein Citat aus de bono pud. cap. 11 findet, ist nach G. Morin, Revue Bénédictine XV (1898) S. 483—493 Fastidius].

noch im nämlichen Jahre mit der bei derartigen Problemen dringend nothwendigen Zurückhaltung vorgetragene Ansicht, daß Novatian die zwei in Rede stehenden Schriften verfaßt habe, fand beifällige Aufnahme, und ein junger Philologe fügte in einer 1894 veröffentlichten Dissertation[1]) zu meinen Argumenten noch neue. Um so mehr hielt und halte ich mich für verpflichtet, gegenüber weiteren Versuchen, pseudocyprianische Schriften dem Novatianus zu vindiciren, auf der Hut zu sein. Solche Versuche ließen aber nicht lange auf sich warten.

Im Theologischen Literaturblatt von 1894[2]) erklärte sich zu meiner Freude Prof. J. Haußleiter mit mir einverstanden, benützte aber die Gelegenheit, auch den unter den echten Schriften Cyprians stehenden und schon von Hieronymus und Maximus von Turin als cyprianisch bezeugten Tractat

1) Ad. Demmler, Ueber den Verfasser der unter Cyprians Namen überlieferten Tractate de bono pudicitiae und de spectaculis, München 1894 = Theol. Quartalschr. LXXVI (1894) S. 223—271. Vgl. meine Anzeige in der Wochenschr. f. klass. Philol. 1894 Nr. 38 Sp. 1027—1032, [die Vervollständigung der Parallelen zwischen den beiden Tractaten und den sicher novatianischen Schriften in meiner und Landgrafs Ausgabe von Novatians epistula de cibis Judaicis, Archiv f. lat. Lexikogr. XI (1898) S. 221—249; Miszellanea zu latein. Dichtern, Freiburg i. d. Schw. 1898 S. 8 (Berührungen von de spect. mit Seneca und Martial); Revue d'histoire et de littérature religieuses III (1898) S. 564 (Berührung zwischen de bono pud. und Lucifer)]. Wie in de bono pud., so erscheinen Joseph und Susanna als Typen der Keuschheit bei Orig. (Rufin) hom. in Gen. XV 2 (VIII p. 261 L.); Ambros. de Joseph 5, 22 ff. (II p. 87 ff. Sch.; aus Ambrosius schöpft der Verfasser der Predigt bei Engelbrecht, Fausti Reiensis opp. p. 309 ff.; vgl. Lit. Centralbl. 1897 Sp. 1693); Alcim. Avit. carm. VI 534 ff.

2) Nr. 41 Sp. 481—487; gegen Wölfflin und Matzinger hat sich der nämliche Forscher bereits im Theol. Literaturbl. 1892 Nr. 39 Sp. 431—436 ausgesprochen.

quod idola dii non sint für Novatian in Anspruch zu nehmen. Die Schrift als echtes Werk des Bischofs von Karthago anzusehen, fällt auch mir außerordentlich schwer, denn sie ist nichts als eine Compilation aus Minucius Felix, Tertullian und — Cyprian selbst: aber um so weniger halte ich es für statthaft, mit ihr das Conto eines Mannes wie Novatian zu belasten. Was für Cyprian zu schlecht ist, ist es sicher auch für Novatian. Im Jahre 1895 schritt Harnack auf dem von mir zagend betretenen Pfade muthig vorwärts und reklamirte mit Entschiedenheit die Schrift bez. Predigt ‚de laude martyrii',[1]) die in der Hartelschen Ausgabe auf de bono pudicitiae folgt, für Novatian.[2]) Die Schrift ist ohne Zweifel alt, da sie schon von Lucifer von Cagliari, der sie vermuthlich bereits in seiner Cyprianausgabe las, benützt wird[3]) und in dem sogen. Mommsenschen Verzeichnisse der biblischen und cyprianischen Schriften vom Jahre 359[4]) figurirt, und sie ist sicher nicht von Cyprian,[5]) wie außer der grundverschiedenen Sprache die Jenseits-

1) Eine englische Uebersetzung in The Ante-Nicene Fathers a. a. O. S. 579—587.

2) Eine bisher nicht erkannte Schrift Novatians vom Jahre 249/50, Leipzig 1895. Texte und Untersuch. XIII 4 b.

3) Vgl. K. Göt, Gesch. d. cyprianischen Literatur S. 48—50.

4) Nach Mommsens editio princeps wiederholt z. B bei E. Preuschen, Analecta, Freiburg i. B. 1893 S. 138—141; vgl. dazu Haußleiter, Theol. Literaturbl. 1894 Nr. 7 Sp. 76 f. Abdruck nach dem codex Sangallensis in den Miscellanea Cassinese II 1 (1897) Biblica p. 6 f.

5) Ueber die angebliche Bezeugung durch Pontius vgl. Harnack a. a. O. S. 6 Anm. 2. — cap. 30 p. 51, 12 H. ‚si volueritis nostri memores esse cum in vobis Dominus martyrium coeperit honorare' ist dem Schlusse von Cyprians De hab. virg. cap. 24 p. 205, 4 H. ‚tantum mementote tunc nostri, cum incipiet in vobis virginitas honorari' nachgebildet. Damit fällt die Behauptung Harnacks S. 26, ‚Werke Cyprians sind in unserer Predigt nirgends benützt'.

schilderung in cap. 20 und 21 lehrt, zu der die Farben theils und hauptsächlich aus der apokryphen Petrusapokalypse,[1]) theils aus der Nekyia der Aeneis entlehnt wurden. Aber weil der Tractat alt d. h. vorkonstantinisch ist und nicht von Cyprian herrührt, ist er noch nicht Novatians Werk und was Harnack hiefür geltend macht — sprachliche Aehnlichkeit, die starke Vergilnachahmung, die Berührung zwischen de laude martyrii und dem einen novatianischen Briefe in der Fassung eines Bibelcitates und andere (hier nicht aufzuzählende) Momente — reicht nicht entfernt zum Beweise aus. Was das Bibelcitat betrifft, auf das Harnack großes Gewicht legt, so schwächt schon die Wahrnehmung, daß bei Victricius von Rouen, einem Zeitgenossen des Paulinus von Nola, die nämliche Fusion oder Contaminirung von Matth. 10, 33 und Luc. 12, 9 begegnet,[2]) seine Beweiskraft wesentlich ab, und was die Vergilimitation[3]) anbelangt, so dürfte eine Untersuchung über die Vergillektüre der vorkonstantinischen christlich-lateinischen Prosaiker ergeben, daß von Harnacks Material ein beträchtlicher Theil als ganz irrelevant zu streichen ist, und daß Novatian hinsichtlich seines Verhältnisses zu dem alten Sänger keineswegs die Sonderstellung einnimmt, die Harnack ihm anzuweisen geneigt ist.

---

1) Vgl. Harnack, Texte und Untersuch. XIII 1 (1895) S. 71—73.

1) Vergl. Wiener Studien XVII (1895) S. 317 [G. Morin, Revue Bénéd. XVI (1899) p. 108]. Auch Marc. 8, 38 konnte die Contamination begünstigen. — Zu Harnacks Zusammenstellung der Citate aus der römischen Bibel 250 — c. 260 (T. u. U. XIII 4b S. 48—55) sei bemerkt, daß sich das starke Zurücktreten des Marcusevangeliums auch bei Filastrius, in der Collectio Avellana und in der Regel des hl. Benedikt (vgl. Wochenschrift f. klass. Philol. 1896 Nr. 8 Sp. 206 f.) constatiren läßt.

1) Eine sichere Imitation trägt Wölfflin, Archiv IX (1896) S. 616 nach. [Ueber Vergilanklänge in Novatians epist. de cib. Jud. vgl. jetzt Archiv XI (1898) S. 242 u. 5.]

Der geniale Forscher hat sich durch meine Einwendungen [1]) nicht für widerlegt gehalten, aber m. W. hat von wirklich competenten Beurtheilern sich nur einer mit Harnacks Hypothese völlig einverstanden erklärt, und zwar gerade derjenige, von dem ich es nach seinen skeptischen Aeußerungen über die novatianische Provenienz von de spectaculis und de bono pudicitiae am wenigsten erwartet hätte.[2])

In der literargeschichtlichen Forschung scheint der Spruch ‚vestigia terrent' weniger Geltung zu besitzen als sein Gegentheil, und so brachte uns das letzte Heft des von Wölfflin redigirten Archivs für lateinische Lexikographie und Grammatik einen Aufsatz aus philologischer Feder,[3]) dessen Resultat dahin lautet, daß die pseudocyprianische Schrift adversus Judaeos, die, wie de laude martyrii, bereits im Mommsen'schen Verzeichniß steht, ‚höchst wahrscheinlich' von einem vertrauten Freunde Novatians, wenn nicht von diesem selbst, verfaßt worden sei. Muß auch der Ausdruck ‚höchst wahrscheinlich' sich die Herabstimmung auf ‚vielleicht' oder ‚möglicher Weise' gefallen lassen, so bleibt doch dem Verfasser das Verdienst, endgiltig gezeigt zu haben, daß der Traktat ein lateinisches Originalwerk, nicht eine Uebersetzung aus dem Griechischen ist,[4]) und dankenswerthe Beiträge zur Kritik des Textes und zur Bestimmung des Sprachcharakters geliefert zu haben.

---

1) Literarische Rundschau 1895 Nr. 11 Sp. 330–332.

2) Da diese Aeußerungen nicht in der Oeffentlichkeit erfolgten, so muß ich von der Nennung des ausgezeichneten Gelehrten absehen.

3) G. Landgraf, Archiv XI (1898) S. 87–97. [Die Ausgabe von Novat. de cib. Jud. hat inzwischen gezeigt, wie spärliche und bedeutungslose Parallelen aus adv. Jud. gegenüber de spect. und de bono pud. zu gewinnen sind.]

4) Ueber die lange Reihe von Schriften, der der Traktat seinem Inhalt nach angehört, vgl. z. B. die Festrede zur akademischen Preisvertheilung von C. Siegfried, Jena 1895 S. 7 ff.

Um die eifrige Thätigkeit der novatianischen Reunionskammer im Zusammenhange zu schildern, habe ich bis zum laufenden Jahre (1898) vorgegriffen und muß nun wieder zum Jahre 1895 zurückkehren, welches noch zwei Arbeiten über Pseudocyprianika hervorgebracht hat. Kurze Zeit vor der Veröffentlichung der Abhandlung über de laude martyrii hatte Harnack die in der Wiener Ausgabe darauf folgende Schrift ‚ad Novatianum',[1]) eine heftige, ganz ciceronianisch[2]) anhebende Polemik gegen des noch lebenden Novatian rigorosen Standpunkt in der Gefallenenfrage, zum Gegenstande einer eingehenden Untersuchung gemacht und, wie bei de aleatoribus, auf einen päpstlichen Verfasser erkannt, nämlich auf Sixtus II., der nach überaus kurzem Pontifikate im Jahre 258 den Martyrertod starb.[3]) Durchschlagende Gründe hat Harnack nicht beibringen können,[4]) aber man wird zugestehen müssen, daß seine Argumentation hier glücklicher war als bei de aleatoribus und de laude martyrii. Uebrigens hat die

---

1) Eine englische Uebersetzung in The Ante-Nicene Fathers p. 655 bis 663.

2) ‚cogitanti mihi et intolerabiliter animo aestuanti'; vgl. Cic. de or. I, 1, 1 ‚cogitanti mihi saepe numero et memoria vetera repetenti' (dazu Sorof), den Eingang des Octavius ‚cogitanti mihi et cum animo meo Octavi ... memoriam recensenti' und G. Landgraf zu Cicero pro Rosc. Am. S. 260 f. Archiv VIII (1893) S. 54.

3) Eine bisher nicht erkannte Schrift des Papstes Sixtus II. vom Jahre 257/58, Texte und Untersuch. XIII, 1. — Zu dem ‚runden', nach Harnack S. 32 (vgl. die Schrift über de laude mart. S. 16) spezifisch römischen Ausdruck ‚Judas-Deum prodidit' (cap. 14 p. 64, 20 H.) vgl. Prud. Psychom. 530 f. (von Judas) ‚magnus qui discipulorum et conviva Dei' und Ps.-Cypr. de rebapt. cap. 13 p. 86, 7 ‚sicuti et Deus ait' (folgt Joh. 3, 16).

4) Gegen seine Ansicht erklärten sich F. X. Funk, Theol. Quartalschr LXXVIII (1896) S. 691—693; Ad. Jülicher, Theol. Literaturzeitung 1896 Nr. 1 Sp. 17—22; E. W. Benson, Cyprian. His life, his times, his work, London 1897 p. 557—564.

Schrift ad Novatianum schon früher das Interesse der Theologen auf sich gelenkt durch das Citat aus dem lateinischen Henochbuche in ihrem 17. Capitel.[1]) Die zweite noch zu erwähnende Arbeit des Jahres 1895 gilt dem Autor der Schrift ‚de duplici martyrio ad Fortunatum' und hat im Gegensatz zu den meisten bisher besprochenen denselben mit voller Sicherheit zu bestimmen gewußt. Wehe dem Grammatiker oder Lexikographen, der, die literargeschichtliche Forschung ignorirend, noch mit Belegen aus dieser pseudocyprianischen Schrift operiren sollte! Sie ist nämlich, wie F. Lezius[2]) nachgewiesen hat, das Fabrikat ihres ersten Herausgebers, des Erasmus.

Im Jahre 1896 kam die Schrift über die Wiedertaufe (de rebaptismate)[3]) an die Reihe. Daß sie nicht von Cyprian herrühren kann, hatte man längst gesehen, denn sie tritt im Gegensatz zu diesem für die Giltigkeit der Häretikertaufe ein, aber eine genauere Untersuchung ihrer Abfassungszeit und ihres Entstehungsortes hat erst Johann Ernst, ein durch verschiedene Arbeiten vortheilhaft bekannter Gelehrter, geliefert.[4]) Nach Ernst's Forschungen fällt die Abfassung der Schrift in die Zeit von Herbst 255 bezw. Ostern 256 — 1. September 256 d. h. zwischen den 72. und 73. Brief Cyprians oder die 2. und 3. karthagische Synode, und dürfte als ihr Entstehungsort Mauretanien zu betrachten sein. Aber diese Ergebnisse blieben nicht unangefochten.

---

1) Vgl. E. Schürer, Theol. Literaturzeitg. 1893 Nr 16 Sp. 411 f.

2) Neue Jahrbb. f. deutsche Theologie IV (1895) S. 95—110 und 184—243. Von einer sonderlich raffinirten Fälschung kann allerdings nicht die Rede sein, da cap. 27 p. 238, 29 auf einen von Cäsar ‚ad Turcam' (!) überlaufenden Krieger exemplifizirt wird!

3) Eine englische Uebersetzung in The Ante-Nicene Fathers p. 665 bis 678. — cap. 17 p. 90, 92 eine Verweisung auf die ‚Paulli praedicatio'.

4) Zeitschrift für katholische Theologie XX (1896) S. 193—255; vgl. S. 360—362.

Ein junger Marburger Theologe, Wilhelm Schüler, trat im Jahre 1897 in seiner Dissertation[1]) Ernst entgegen und plaidirte für einen Bischof mit novatianischen Grundsätzen in der Gefallenenfrage, der die Schrift im Jahre 256 bald nach der karthagischen Septembersynode und zwar in Italien verfaßt habe. Auch ist Schüler geneigt, den Verfasser mit dem vom Literarhistoriker Gennadius (freilich an chronologisch unrichtiger Stelle) besprochenen ,Ursinus homo Romanus', der nach Gennadius' Angabe ,scripsit adversum eos qui rebaptizandos haereticos decernunt', zu identificiren, worin ihm der neueste Kritiker des gennadianischen Katalogs, Bruno Czapla,[2]) beistimmt, während Ernst, der der Lesart ,Ursinus monachus' bei Gennadius folgte, von dessen Angaben höchstens den Namen Ursinus auf den Autor von de rebaptismate übertragen zu dürfen glaubte. Neuerdings hat Ernst noch einmal in der Sache das Wort ergriffen, und das im Druck nahezu vollendete 3. Heft des Historischen Jahrbuchs von 1898[3]) wird den 1. Theil eines größeren Aufsatzes bringen, in dem er seine Position gegen Schülers Angriffe — m. E. mit Glück — vertheidigt.

Die wichtige Schrift über die Osterberechnung (de pascha computus) hat auf Anregung des Würzburger Philologen Martin Schanz, des ersten Geschichtsschreibers der römischen Literatur, der die christlichen Schriftwerke mit der ihnen gebührenden Ausführlichkeit behandelt hat[4]), ein junger Benediktiner, P. Eugen Hufmayr, untersucht, und der Lehrer konnte die Hauptresultate, zu denen der Schüler

1) Der pseudocyprianische Traktat de rebaptismate nach Zeit und Ort seiner Entstehung untersucht, Marburg 1897 = Zeitschrift f. wissenschaftl. Theologie XL (1897) S. 555—608.

2) Gennadius als Literarhistoriker, Münster 1898 S. 66—68 (Kirchengeschichtliche Studien IV 1).

3) [Vgl. jetzt Histor. Jahrb. XIX (1898) S. 399—422; 737—771 und G. Krüger, Theol. Jahresbericht XVII (1898) S. 196.]

4) Vgl. H. Koch, Histor.-polit. Blätter CXXI (1898) S. 587—592.

gelangte, noch vor dem Erscheinen von dessen Abhandlung für den einschlägigen Paragraphen seiner Literaturgeschichte[1]) verwerthen. Hufmayr hat in seiner 1896 als Dissertation und Gymnasialprogramm ausgegebenen Arbeit[2]) gezeigt, daß die Schrift de pascha computus bald nach 237 außerhalb Roms abgefaßt wurde und zur Verbesserung des hippolyteischen Ostercyklus dienen sollte, diesen Zweck aber nicht erfüllte. Ein interessantes Detail enthält ihr 17. Capitel, nämlich den Namen des reichen, im Evangelium des Lucas bekanntlich anonymen[3]) Prassers. Er heißt beim Computisten Finaeus, ein Name, den Harnack[4]) mit dem im alten Testamente begegnenden Phinees identificirt und ansprechend damit erklärt, daß man in Erinnerung an die alttestamentlichen Stellen, wo Phinees Sohn eines Eleazar genannt wird, den Prasser des Evangeliums Phinees ‚getauft' habe, um dadurch die Vorstellung wachzurufen, der arme Eleazar oder Lazarus,[5]) den der Reiche vor seiner Thüre darben ließ, sei dessen eigener Vater gewesen.[6])

1) Geschichte der römischen Literatur III (1896) S. 338 (§ 737).

2) Die pseudocyprianische Schrift de pascha computus. Würzburger Dissertation und Programm des Gymnasiums zu St. Stephan in Augsburg.

3) Darüber Gregor d. Gr. hom. in evang. 40, 3 ‚certe in populo plus solent nomina divitum quam pauperum sciri. Quid est ergo quod Dominus de paupere et divite verbum faciens nomen pauperis dicit et nomen divitis non dicit, nisi quod Deus humiles novit atque approbat et superbos ignorat?'

4) Texte und Unt. XIII 1 S. 75—78; dazu ein Nachtrag in der Theol. Literaturztg. 1895 Nr. 16 Sp. 428. — Die Perikope von Lazarus und dem reichen Prasser ist auch sonst gerne von den Späteren im Detail ausgestaltet worden; vgl. Philologus LV (1896) S. 470. Aug. civ. d. I 11 f.

5) [Vgl. Archiv f. lat. Lexikogr. XI (1898) S. 237 (Krit. Apparat).]

6) Vielleicht darf man auch an den Phineus der Argonautensage erinnern, von dem es bei dem schrecklichen Mytho- und Etymologen Fulgentius heißt: ‚Fineus enim in modum avaritiae

Die bisher besprochenen pseudocyprianischen Schriften mit Ausschluß der vollständig aus unserem Gesichtskreise ausscheidenden ,de duplici martyrio' und mit Einschluß der noch nicht zum Gegenstand einer speciellen Untersuchung gemachten ,de montibus Sina et Sion',[1]) deren Grundgedanke der ist, daß der irdische Berg Sina das alte, der himmlische Berg Sion das neue Testament bedeute, sind alt und zum größten Theile sicher vorkonstantinisch; die übrigen prosaischen Stücke des 3. Bandes fallen in spätere Zeiten. Bei der Schrift ,ad Vigilium episcopum de Judaica incredulitate', dem Widmungsbriefe zu einer (nicht erhaltenen) lateinischen Uebersetzung des alten zwischen 135—170 geschriebenen Dialogs zwischen Jason und Papiskos von Ariston von Pella,[2]) handelt es sich darum, den Bischof Vigilius zu bestimmen, dem ein gewisser Celsus die Uebersetzung widmet. Harnack und Zahn[3]) dachten an Vigilius Thapsus, mit dem wir ans Ende des 5. Jahrhunderts herabkämen, Bernardus Vindingus[4]) in einer 1621 er-

ponitur; a fenerando Fineus dictus est' (mitol. I 11 p. 79, 13 ed. Helm, Lips. 1898). — Die beim Computisten cap 22 p. 268, 15 und sonst in der altchristlichen Literatur (F. Diekamp, Hippolytos von Theben, Münster 1898 S. 83 f.) begegnende Ansicht, daß die Lehrthätigkeit Jesu nur ein Jahr gedauert habe, sucht neuerdings J. van Bebber, Zur Chronologie des Lebens Jesu, Münster 1898 S. 154—172; [Katholik LXXIX (1899 I) S. 205—222] wieder zu Ehren zu bringen.

1) Zu cap. 4 p. 108 (Jesus erreicht ein Alter von 46 Jahren) vgl. Diekamp a. a. O. S. 82 f.

2) [Die Abfassung durch Ariston bezweifelt neuerdings F. C. Conybeare, The Dialogus of Athanasius and Zacchaeus and of Timothy and Aquila, Oxford 1898 p. LI. Anecdota Oxon. Class. ser. VIII.]

3) Forschungen zur Geschichte des neutestamentlichen Kanons IV (1891) S. 310 Anm. 2 [vgl. Conybeare a. a. O. p. XLVI].

4) Vergl. G. Ficker, Studien zu Vigilius von Thapsus, Leipzig 1897 S. 5.

schienenen Schrift an Vigilius von Trient, der in den ersten Jahren des 5. Jahrhunderts als Martyrer starb. In der Schrift „de singularitate clericorum",[1]) einer eindringlichen Warnung vor näheren Beziehungen der Cleriker zum anderen Geschlechte, gibt vielleicht der Gebrauch von „erigere" im Sinne von „entfernen" einen chronologischen und lokalen Fingerzeig, indem dieser Gebrauch neuerdings als im 6. Jahrhundert und in Italien häufig nachgewiesen wurde,[2]) doch müssen sowohl „de singularitate clericorum", als die noch zu nennende Schrift „über die zwölf mißlichen Erscheinungen dieser Welt" (de duodecim abusivis saeculi), als welche z. B. der „rex iniquus" und der „episcopus neglegens" aufgeführt werden, und die paar Briefe[3]) bei Hartel p. 272—282 erst näher untersucht werden. Aber nicht nur bei den Schriften, über die noch keine Specialliteratur existirt, auch bei den schon bearbeiteten gibt es noch zu thun. Der Text der Wiener Ausgabe — um nur die philologische Seite zu berühren — bezw. die für die Wiener Ausgabe angefertigten Collationen lassen vielfach zu wünschen übrig, und eine eingehende sprachlich-stilistische

---

1) G. Morin, Revue Bénéd. VIII (1891) p. 234—237 möchte die Schrift dem von Gennadius cap. 5 (vgl. Czapla a. a. O. S. 15 f.) besprochenen Makrobius, Bischof der donatistischen Gemeinde zu Rom im 4. Jahrhundert, zuschreiben.

2) Vergl. L. Traube, Textgeschichte der Regula S. Benedicti, München 1898 (Abhandl. d. bayer. Akad. III. Cl. XXI. Band 3. Abth.) S. 620, 695. [Histor. Jahrb. XIX (1898) S. 730.] — Eine Bemerkung zu cap. 31 p. 207, 3 bei Ph. Thielmann, Archiv f. Lexikogr. II (1885) S. 64*.

3) Die beiden Gebete bei Hartel p. 144—151 gehören dem „Zauberer" Cyprian; vgl. Th. Zahn, Cyprian von Antiochien und die deutsche Faustsage, Erlangen 1882 S. 127. [Das Brieffragment (I) bei Hartel p. 272 sucht allerneuestens K. G. Goetz, T. u. Unt. N. F. IV 1 c (1899) als den echten, ursprünglichen Anfang von „ad Donatum" zu erweisen.]

Würdigung der Schriften mit Berücksichtigung der von Eduard Norden in seinem großartigen Werke über die antike Kunstprosa[1]) aufgestellten Gesichtspunkte wird gewiß nicht ergebnißlos verlaufen. Nicht jede Untersuchung eines Pseudepigraphon kann mit einem Taufschmause enden, wohl aber kann jede, sofern sie ehrlich und gewissenhaft geführt wird, dazu beitragen, ‚ex fumo dare lucem'!

LX.

Ein „Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen".

Professor Horst Kohl in Chemnitz, der schon Bismarcks Memoiren herausgegeben und mit einem Vorwort versehen hatte, läßt jetzt noch ein besonderes Buch unter obigem Titel folgen. (Leipzig, Goeschen'sche Verlagshandlung.)

Veranlassung geben ihm hierzu „gewisse Lücken, die Fürst Bismarck mit vollem Bewußtsein gelassen, weil er die Geschichte seiner Zeit nicht schreiben wollte". Diese Lücken will Horst Kohl „durch historische Erzählung überbrücken". Ein weiteres Motiv soll in der „Abwehr" liegen, zu welcher sich der Autor gegenüber den zahlreichen Angriffen bewogen sah, die von verschiedenen Seiten gegen Bismarcks Tagebuch gerichtet waren.

Leider müssen wir von vornherein sagen, daß der Verfasser durch seine Arbeit nur seine und Bismarcks Sache verschlimmert hat.

1) [Vgl. Histor. Jahrb. XIX (1898) S. 997—1002.]

Wenn der Kanzler „gewisse Lücken mit vollem Bewußtsein gelassen“, weil er „nicht die Geschichte seiner Zeit“ schreiben wollte, wozu werden dann die Lücken ausgefüllt? Ist das im Sinne Bismarcks gehandelt? Sachgemäßer wäre es auch gewesen, wenn H. K. das Geständniß bezüglich der Lücken schon im Vorwort zu den Memoiren gemacht hätte, damit nicht Leser dieses Werkes, welche einer späteren Generation angehören, zu der Vermuthung kommen, es werde ihnen darin eine vollständige Selbstbiographie Bismarcks geboten.

Thatsächlich „überbrückt“ nun H. K. obendrein nicht eine einzige der „Lücken“, welche wir in dieser Zeitschrift in einer zweifachen Abhandlung (Bd. 123, S. 120 ff. und S. 284 ff.) aufgedeckt hatten.

Daß Fürst Bismarck z. B. den „Culturkampf“ schon in den fünfziger Jahren vorbereitet, daß er zu Anfang der sechsziger Jahre den Conflikt mit der Volksvertretung absichtlich verschärfte, um sich dem König unentbehrlich zu machen, daß er 1866 für gewisse Eventualitäten seine Pistole für sich geladen, wie hundert Jahre vorher Friedrich II. sofort seine stets in Bereitschaft gehaltenen Giftpillen genommen hätte, wenn er in Feindeshand gefallen wäre (Preuß, Geschichte Friedrichs des Großen, II, 175), daß er eine erbliche Dynastie in der Reichskanzlerwürde für seine Söhne und Enkel unter Hintansetzung des Kronprinzen erstrebte, so daß zuletzt er und Herbert Bismarck die Alleinregierer des Reiches waren — kurz, daß Bismarck neben zweifellos großen Zielen in der äußeren und inneren Politik, welche das physische Entstehen und moralische Erstarken des Deutschen Reiches im Auge hatten, stark persönliche, oder wie man sonst sagt, stark egoistische Interessen verfolgte, diese Lücken läßt Herr Horst Kohl gänzlich unüberbrückt, von andern minder bedeutenden, aber von uns namhaft gemachten, zu schweigen.

Lediglich bestärkt muß diese Auffassung von Bismarcks

Charakter noch durch das Vorwort werden, welches H. K. über die Entstehung der Memoiren seinem jetzigen Werke beigegeben hat. Hiernach haben wir die „Gedanken und Erinnerungen“ ausschließlich „dem Grolle und der Beschäftigungslosigkeit“ zu danken, von denen Bismarck seit der Entlassung aus seinen Aemtern heimgesucht war. Das heißt nichts Anderes, als die ganzen Memoiren sind ab irato geschrieben. Das hatten wir schon früher gesagt, noch bevor wir uns auf das klassische Eingeständniß von H. K. berufen konnten.

Gewiß war Fürst Bismarck in seiner letzten Lebensperiode auf eine harte Probe gestellt. Wir geben Herrn H. K. unbedenklich zu, daß Bismarck „der Schöpfer des deutschen Reiches“ [1]) war und daß ohne ihn die Hohenzollern nicht zur Kaiserkrone gelangt wären, wenigstens nicht im 19. Jahrhundert; aber wenn H. K. die wahre und allseitige Größe Bismarcks auch für diese letzte Periode in Anspruch nehmen will, warum gibt er nicht sogleich den dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen“ heraus?

Darum, weil Bismarck für seine letzte Lebenszeit nicht mit sittlicher Größe in sein Schicksal sich finden konnte, weil er seine Person über die Sache, der er Jahrzehnte gedient, stellte, weil er zuletzt nicht mehr als Christ und Staatsmann, der er selbst noch „a. D.“ geblieben war, gehandelt hatte und weil deßhalb auf ihn die Worte des Buches der Weisheit: „Profugum justum deduxit Dominus per vias rectas et dedit illi scientiam sanctorum“, keine Anwendung fanden.

Wir haben unsererseits die staatsmännische Größe Bismarcks s. Z. rückhaltlos darin erkannt, daß er den Muth hatte, die verfehlten socialpolitischen und kirchenpolitischen Gesetze, welche einst unter seiner obersten Anführung erlassen worden waren, selbst wieder zurückzunehmen. Um

1) Wir wollen hier davon absehen, daß das neue Reich nicht mehr den Umfang und die Bedeutung des alten hat.

so mehr bedauern wir, daß dieser große Mann, der einst moralische Kraft genug besaß, aus Liebe zu seinem Vaterlande einen doppelten Canossagang öffentlich anzutreten, der Versuchung zum persönlichen Ehrgeiz zuletzt so weit unterlag, daß er in kleinlichem Zank mit seinem Nachfolger, ja selbst mit seinem Kaiser, das innere und äußere Wohl des Vaterlandes aufs Spiel setzte.

Gewiß soll uns der dritte Band der Memoiren beweisen, daß Bismarck in der Sache mehr Recht gehabt, als der Kaiser und der nun auch schon heimgegangene Kanzler Caprivi. Wir zweifeln auch gar nicht daran, daß der weite staatsmännische Blick Bismarcks sachlich meist das Richtige getroffen haben wird, aber für einen „profugum justum“ hätte es noch andere Wege gegeben, als der Canal der „Hamburger Nachrichten“, der Interviewers, der Ansprachen an Deputationen rc. gewesen war. Selbst durch völliges Schweigen wäre der achtzigjährige Mann größer gewesen, als durch sein unüberlegtes Reden.

Wir sahen einmal den aus seinem Amte geschiedenen Ministerpräsidenten eines katholischen Landes in einer Dorfkirche fern von der Hauptstadt eifrig den Rosenkranz beten. Wir kamen darauf im Pfarrhause mit ihm in ein Gespräch, worin er u. A. über seinen Nachfolger in einer Weise sich ausließ, daß man diesen für seinen Bruder oder besten Freund hätte halten können. Von Bismarck hätten wir gar nicht einmal regelmäßigen Besuch des protestantischen Gottesdienstes verlangt, aber daß die protestantische Orthodoxie, zu der sich der Kanzler innerlich bekannte, so wenig das Gemüth eines Christen beherrschen könne, daß derselbe sich nicht einmal zu dem „Aequam memento rebus in arduis servare mentem!“ des Heiden Horaz erschwingen könne — das hätten wir doch nicht für möglich gehalten. Die „Täglichen Losungen der (mährischen) Brüdergemeinde“, in welchen Bismarck nach Versicherung von Busch (Graf Bismarck und seine Leute, S. 128) regelmäßig las — diese Losungen

werden auch vom protestantisch-landeskirchlichen Adel in Brandenburg und Schlesien sehr begehrt — üben, das wissen wir jetzt durch Bismarck, nicht die Herrschaft über die Seele „in rebus arduis“ aus, welche der katholische Laie durch ein regelmäßig benutztes Betrachtungsbuch, oder gar der Priester oder Ordensmann durch das Brevier sich verschaffen kann.

Uebrigens muß Professor Horst Kohl selbst keine richtige Vorstellung davon haben, welche Anforderungen das Christenthum an die „Größe“ eines Menschen stellt, wenn er z. B. die „wahre Größe“ Wilhelms I. darin sieht, daß derselbe „in edler Selbstbescheidung dem kühnen Rathe des überlegenen Genies (Bismarcks) sich unterordnete“.

Dieser Satz ist wieder nur dann richtig, wenn Bismarck ein übermenschliches Wesen war; ist er aber ein Mensch mit Vorzügen und Schwächen wie alle andern gewesen — und gerade die Schwächen leuchten aus den Memoiren deutlicher als je hervor, auch aus dem 1. und 2. Bande derselben — dann wäre Wilhelm I. nicht „wahrhaft groß“ gewesen, wenn er stets nur auf Bismarck allein gehört hätte. In den wichtigsten Fällen ist ja der Rath Bismarcks freilich der entscheidende gewesen, z. B. bezüglich des 1866er Krieges, des „Culturkampfes“ und der gewerblich-socialen „Freiheits“-Gesetzgebung. Aber in den beiden letzteren Fällen hatte Bismarck selbst seinen Irrthum dem Kaiser eingestehen müssen und im Kriege von 1866 hatte der Kanzler mindestens eben so viel Glück als Verstand; im letzteren (1866er) Falle ist es ja auch nicht er, sondern zweimal der Kronprinz gewesen, der den Lauf der Dinge auf dem Schlachtfelde und in der Diplomatie entschieden hatte.

Ad vocem Kronprinz begrüßen wir es in dankenswerther Weise, daß H. K. hier diejenigen „Lücken“ ausfüllt, welche Bismarck bezüglich seines Verhältnisses zum Thronfolger gelassen hatte. Durch die Veröffentlichung von Briefen und Denkschriften, welche H. K. aus dem Bismarck'schen

Archive entnommen, ersehen wir, daß der Prinz sich viel mehr in politische Fragen eingemischt hatte, als es gemeinhin angenommen wird.

H. K. theilt insbesondere eine Denkschrift des Kronprinzen vom 14. August 1870 über die zukünftige Gestaltung Frankreichs und Deutschlands mit, welche Bismarck seinen Memoiren nicht einverleibt hatte. Es ist nicht unschwer, zu errathen, weßhalb Bismarck die Publikation unterlassen hatte. Der Kronprinz verlangte nämlich u. A. eine absolute Unifikation des deutschen Heeres, was man nicht nur in Bayern und Württemberg, sondern selbst in Sachsen gemißbilligt hätte. Am Schlusse seiner Denkschrift trat aber der Autor mit einer Forderung hervor, mit der er Bismarcks „Culturkampfs"-Plan durchkreuzte. Es sollten nämlich „geistliche und Schul-Angelegenheiten" aus dem ganzen Reiche auf die „oberste leitende Bundesbehörde" übergehen. Obgleich sich der Kronprinz über die Organisation und Competenz dieser Behörde noch nicht klar war, so ging doch so viel aus seinem Vorschlag hervor, daß Schul- und Kirchenangelegenheiten Reichssache, nicht ausschließliche Landessache sein sollten. Das hatte schon bei Constituirung des Norddeutschen Reichstags (1867) der selige von Mallinckrodt für Norddeutschland vergeblich verlangt, und noch während des französischen Krieges forderte es Bischof von Ketteler in einem Briefe an Bismarck, der die Antwort schuldig blieb. Bald nach Eröffnung des ersten deutschen Reichstags stellte das Centrum einen diesbezüglichen Antrag (Aufnahme von Grundrechten in die Reichsverfassung), der aber von der Regierung abgelehnt und im Reichstage nur im Centrum angenommen wurde.

Die „Culturkämpfer", welche schon 1870, ja schon 1867 wußten, wie die späteren preussischen Maigesetze ꝛc. lauten würden, konnten mit Rücksicht auf das überwiegend katholische Süddeutschland den „Culturkampf" nicht sogleich im ganzen Reiche eröffnen; erst mußte der Katholicismus im

überwiegend protestantischen Preußen vernichtet werden; dann erst konnten Baden, Württemberg und Bayern an die Reihe kommen. Bekanntlich umging man noch 1870 vor Ausbruch des Krieges selbst im preußischen Abgeordnetenhause kirchliche Debatten (über den Moabiter Klostersturm von 1869) trotz des Drängens des Herrn von Mallinckrodt, weil damals, wie uns erst 1873 der redselige Lasker verrieth, „das Dach noch nicht gewölbt war über das gemeinsame Reich". Es handelte sich also um eine direkte Dupirung der Süddeutschen von seiten der preußischen „Geistesheroen" von Bismarck, von Bennigsen, von Gneist, von Treitschke, Eduard Abraham Lasker ꝛc., für welche aber schon 1871 die für preußische Säbel auch im Frieden begeisterten Bayern Marquardsen, Marquard Barth, Völk, von Schauß ꝛc. ein so inniges Verständniß hatten, daß in ihrem Namen Dr. Marquard Barth bei der erwähnten Grundrechtsdebatte erklärte: „Wir haben den Kampf mit dem Ultramontanismus aufgenommen und wollen ihn zu Ende führen"; d. h. erst muß der „Ultramontanismus" in Preußen vernichtet werden, dann brauchen wir auch im Reiche keine religiösen Grundrechte mehr.

Die Indiskretion, welche Herr Horst Kohl mit der Publikation der kronprinzlichen Denkschrift begangen hat, beweist wiederum, daß der Thronfolger in Staatsgeheimnisse nicht eingeweiht war; unterrichtet war während des französischen Krieges auch sein Vater noch nicht. Während Bismarck im September 1870 zu Rheims dem Bürgermeister Werlé erklärte: „Wenn wir werden Herr des Katholicismus sein, werden die lateinischen Racen von selbst geschwächt werden", während der Kanzler am 24. Oktober 1870 dem Großherzog von Baden mittheilte, daß er „nach Beendigung des Krieges gegen die Unfehlbarkeit vorgehen wolle",[1]) wollte Kaiser

1) Tagebuch des Kaisers Friedrich in der „Deutschen Rundschau" vom September 1888. Beleuchtet und zugleich mit der hierauf ergangenen Antwort des Fürsten Bismarck besprochen in den

Wilhelm zu Gunsten der Katholiken sehr energische Maßregeln gegen die am 20. September 1870 erfolgte Einnahme Roms durch die Piemontesen ergreifen. Wilhelm I. hatte als Freimaurer eine Antipathie gegen das katholische Ordenswesen, die sein Sohn, der übrigens 1874 aus dem Freimaurerorden austrat, bis zu einem gewissen Grade getheilt haben mochte; trotz ihrer Freimaurerei waren sie aber beide nicht eingeweiht in die näheren Vorbereitungen zum „Culturkampfe"; dies besorgten die „Brüder" bei Bismarck, der, obgleich er selbst niemals Maurer war, nach seinen seit 1852/53 abgelegten Proben hierzu keiner besonderen Stimulation bedurfte. Später allerdings, nachdem der „Culturkampf" bald im „starken" Preußen bereits Fiasko machte, die Maurer aber den König zu weiteren unklugen Schritten drängen wollten, machte der Kanzler direkt Front gegen diese im Dunklen schleichenden Hofintriganten. Diese müssen es zuletzt sehr arg gemacht haben, denn Bismarck beklagt sich in den Memoiren (II, 290) darüber, daß der Kampf mit ihnen ihm eben so viel „Nervosität erzeugt" habe, als sein ununterbrochener Streit mit — der Kaiserin Augusta.

So sehr wir also Herrn H. K. für die die Denkschrift des späteren Kaisers Friedrich betreffende Vervollständigung der Bismarck'schen Memoiren dankbar sind[1]), so sehr bedauern wir es, daß er eine die *Person* des Fürsten so

---

„Histor.-polit. Blättern" vom 16. Oktober 1888. Gegen diesen, sowie gegen einen im November 1888 erschienenen Artikel der gelben Hefte (Bd. 102) zog Bismarck in der „Nordd. Allg. Ztg." zu Felde. (Vgl. Paderborner Volks-Ausgabe der „Culturkampfsgeschichte" S. 27.)

1) Einen wehmüthigen Eindruck macht es, wenn wir den Kronprinzen 1870 Bismarck gegenüber u. A. sagen hören, *er* sei „*der Repräsentant der Zukunft*" und deßhalb müsse er bezüglich der süddeutschen Anschlußfrage gehört werden. — Die Geschichte sagt bekanntlich, daß er nur 99 Tage „Repräsentant der Zukunft", d. h. Kaiser war. — Gott lenkt!

nahe angehende und in den Memoiren nicht genügend aufgeklärte Angelegenheit, wie die Betheiligung Bismarcks an Gründergeschäften war, nicht näher beleuchtet hat.

Wenn eine beträchtliche Anzahl bekannter Adeliger, wenn „mehrere hundert evangelische Geistliche" mit Nennung ihres Namens den Fürsten Bismarck öffentlich beschuldigen, daß er sein hohes Staatsamt benützt habe, um sich durch Begünstigung und Antheilnahme an bedenklichen Gründergeschäften sein Vermögen zu vergrößern, so muß doch an der Sache mehr gewesen sein, als wenn irgend ein Anonymus in der „Reichsglocke" diese Anklage erhoben hätte. Dazu kommt, daß, wie wir oben gesehen, das persönliche Conto des Kanzlers schon anderweitig stark belastet war.[1]) Wollte H. K. wirklich einen „Wegweiser" durch Bismarcks Memoiren liefern, wollte er seinen Heros in überzeugenderer Weise, als dieser selbst es gethan, vertheidigen, so mußte er wenigstens einigermaßen in die Materie eindringen und nicht wie Bismarck mit leeren Scheltworten über „Verleumdungen" sich begnügen. Zum mindesten mußten uns die Gründungen, an denen Bismarck betheiligt war, überhaupt die vom Kanzler vorgenommene Kapitalanlage mit einem oder einigen be-

1) Soeben bringt noch die Wiener „Neue Freie Presse", die wahrlich keine Gegnerin Bismarcks war, einen Bericht über eine Unterredung, welche der letztere mit dem österreichischen Minister Grafen Rechberg vor dem 1866er Kriege hatte. Hiernach hatte Rechberg statt des Krieges eine Allianz mit Preußen, ohne deren Genehmigung „in Europa kein Kanonenschuß erfolgen dürfe" (die alte großdeutsche Idee) vorgeschlagen, worauf Bismarck trocken erwiederte, er müsse den Krieg haben, um sich in seiner Stellung zu halten. Aus gleichem Grunde hatte er auch in Preußen den Verfassungs-Conflikt verschärft. Kann man einem solchen „Streber" nicht auch zutrauen, daß ihm ebenso die Vermehrung seines Vermögens mindestens sehr viel werth war? — Diese „neue freie" Pille wird manchem Bismarck-Enthusiasten diesseits und jenseits der Donau sehr dienlich sein!

stimmten Namen genannt werden – die Höhe der Anlage wollen wir gar nicht wissen — wir würden dann aus dem jeweiligen Stande des Courses mit Hilfe einigen anderen Materials ersehen können, ob und inwieweit die von „mehreren hundert evangelischen Geistlichen“ sowie fast vom gesammten gouvernementalen märkischen Adel erhobene Beschuldigung gerechtfertigt war. So aber wird diese dunkle Punkt trotz Bismarcks Memoiren und trotz Horst Kohls „Wegweiser“ nach wie vor für die Weltgeschichte ein Geheimniß bleiben.[1])

Ebenso mangelhaft wie die „Ueberbrückung“ der „Lücken“ ist bei H. K. die „Abwehr“, die er gegenüber den Angriffen versucht, die in einigen Preßorganen in Bezug auf Bismarcks Memoiren erfolgt waren.

Während der Kanzler den leisesten Angriff auf seine Person mit der größten Strenge verfolgte und zu diesem Zwecke den Staatsanwaltschaften bereits fertig gedruckte Strafantragsformulare zugehen ließ, die er behufs Anstrengung der Beleidigungsklage nur zu unterzeichnen brauchte — Rudolf Meyer (vergl. letzte Note) nennt ihn in seiner 1896 in Wien erschienenen Schrift: „Hundert Jahre conservativer Politik und Literatur“ S. 305 einen „guten Hasser“[2]) —

---

1) Wie schon im letzten Artikel (S 295) erwähnt, hatte Dr. Rudolf Meyer in den 1877 erschienenen „Politischen Gründern“ die Frage nur angerührt durch Nennung einer in Betracht kommenden Gründung, und sofort wurde seine Schrift confiscirt. Meyer war dadurch genöthigt ins Ausland zu fliehen, wurde aber von Kaiser Friedrich amnestirt. Nach dessen Tode befahl der Hausmeier einfach, daß die Amnestie bei Meyer nicht zu gelten habe, bis Wilhelm II. die Ordre seines Vaters aufrecht hielt und Meyer in Dessau sterben konnte. (Originalbriefe Meyers an den Schreiber dieser Zeilen von 1894–96.)

2) Es ist charakteristisch, daß der nächstgrößte Gegner Meyers der Freiherr von Hammerstein, Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, ehemals auch „Gründer“ und jetzt Zuchthaussträfling, war. Es

war er selbst in Angriffen und Verdächtigungen gegen andere Personen von der geringsten Scrupulosität. Mehrmals hatte er behauptet, daß der Cardinal Franchi, mit dem er 1878 die ersten Friedensverhandlungen eingeleitet und der in Folge einer heftigen Erkältung unerwartet verschieden war, von den „Unversöhnlichen“ im Vatican „vergiftet“ worden sei, und den Geh. Rath Dr. Krätzig, den Direktor der katholischen Abtheilung im Cultusministerium, ließ er in seiner Gegenwart im Abgeordnetenhause (am 28. Januar 1886) durch den Minister Dr. Goßler des „Aktendiebstahls“ beschuldigen. Bismarck hatte nämlich bei einem katholischen Journalisten, den er hatte ausweisen lassen, eine Haussuchung halten lassen und man hatte dabei Akten aus dem Ministerium gefunden, welche sich auf die Thätigkeit der katholischen Krankenpflegeorden während des Krieges von 1866 bezogen. Dem Reichskanzler war es noch 1886 unbekannt, daß Dr. Krätzig jenem Journalisten die betreffenden Akten auf Wunsch Ihrer Majestät der Kaiserin behufs Anfertigung einer Statistik gegeben hatte.[1])

In den Memoiren, nachdem Krätzig längst verstorben

---

ist kein Wunder, wenn Dr. Meyer bei solchen „orthodoxen“ Repräsentanten von „Politik und Literatur“ allen Respekt vor der protestantischen Orthodoxie verlor und seinen einzigen Sohn katholisch erziehen ließ, obschon auch seine Frau wie er protestantisch war.

1) Bei dieser Gelegenheit, d. h. in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. Januar 1886 erklärte Bismarck u. A., „Herr Krätzig habe ihn in den Culturkampf hineingezogen“. „Weil Krätzig ihm im Wege war, Deutschland protestantisch zu machen“, sagt Bismarcks Biograph Simon (Geschichte des Fürsten Bismarck, Berlin 1888, S. 288). Krätzig war von Bismarck schon 1869 außer Thätigkeit gesetzt, wenigstens in Bezug auf wichtige Fragen. Selbst dem Cultusminister v. Mühler wurden damals Aktenstücke, die sich auf das Vatikanische Concil bezogen, vorenthalten; es ging Alles durch das Auswärtige Amt, d. h. durch Bismarck und den Gesandten v. Arnim.

war, wiederholte Bismarck bekanntlich die alten Beschuldigungen der „Staatsfeindlichkeit“ gegen denselben, indem er hinzufügte, Krätzig sei „früher fürstlich Radziwill'scher Privatbeamter“ gewesen und dies im Staatsdienst wohl auch geblieben, d. h. als „Leibeigener“. Hierauf hatte, wie man sich erinnert, Fürst Ferdinand Radziwill, der älteste Sohn des mit Dr. Krätzig besonders befreundeten Fürsten Bogislav Radziwill, in der „Germania“ erklärt, Krätzig sei niemals Beamter seines Hauses gewesen, weder vor, noch während, noch nach seiner staatlichen Anstellung. Dieses Dementi konnte Jedem genügen; nicht aber Herrn Horst Kohl. Derselbe bezeichnet das Dementi als „Wortklauberei“; Krätzig sei von den Radziwills „abhängig“ gewesen und es sei anzunehmen, daß Bismarck „über das Vorleben Krätzigs genaue Erkundigungen eingezogen, ehe er sich so über ihn äußerte und seine Abhängigkeit von den Radziwills auch in seinen Vorträgen vor dem Kaiser betonte“. — Wir haben schon neulich (S. 128) bemerkt, daß dem Fürsten Bismarck hier eine Personal-Verwechselung unterlaufen war. Nicht Geheimrath Dr. Krätzig war Radziwill'scher Privatbeamter, sondern der noch lebende Legationsrath a. D. v. Kehler, der mit seinem Freunde Dr. Pilgram 1871 die „Germania“ gegründet hatte und welcher über 25 Jahre Mitglied des Reichstags und Landtags gewesen ist. Hatte übrigens Fürst Bismarck nicht an diesen gedacht, so hatte er vielleicht vernommen, daß Dr. Krätzig nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste General-Direktor des Grafen Schaffgotsch im schlesischen Riesengebirge geworden war. Vor seiner Anstellung in Berlin war Dr. Krätzig Staatsanwalt in Brieg in Schlesien sowie in Königsberg in Ostpreußen und hatte durch seine scharfen juridischen Distinktionen die Aufmerksamkeit der Berliner Centralbehörde erregt. Auch das können wir Herrn Horst Kohl mittheilen, daß Dr. Krätzig seine Entlassung aus dem Staatsdienst mit größerer Würde getragen hat, als Fürst Bismarck, obgleich der Sprung vom höchsten Be-

amten des preußischen Staates zum Cameraldirektor eines Grafen — welchen Posten K. annehmen mußte, weil seine Staatspension zu gering war — gewiß ein tiefer war. Selbst seinem persönlichen Feinde Bismarck gegenüber zeigte sich K. als edler Charakter. Es liegt uns ein Brief K.s aus dem Jahre 1883 an einen Centrumsabgeordneten vor, worin er den Reichskanzler in Schutz nimmt gegen gewisse Anklagen, welche damals von einzelnen Centrumsmitgliedern gegen denselben erhoben worden waren. Zu dieser moralischen Größe hätte sich ein Bismarck niemals emporschwingen können. Krätzig, der naturgemäß in der durch den „Culturkampf" hervorgerufenen Bewegung nicht in der Weise in den Vordergrund trat, wie die Redner der Centrumsfraktion, wird der Stolz der preußischen Katholiken auf Generationen hinaus bleiben und die vergifteten Pfeile, welche der noch 83jährige Bismarck in Unwissenheit und Verblendung auf sein Grab schleudert, prallen für jeden Eingeweihten nur auf den bedauernswerthen Schützen zurück.

Nicht glücklicher als in der Vertheidigung der Person Bismarcks ist H. K. in der Rechtfertigung seiner „culturkämpferischen" Maßregeln. Nachdem wir längst aktenmäßig wissen, daß Bismarck den „Culturkampf" schon 1852 vorbereitet, daß er längst vor Neu-Constituirung der Centrumsfraktion wieder 1870 sein 1852er Programm hervorgeholt, heißt es nur einen uralten Kohl wieder auffrischen, wenn H. Kohl kritiklos die Behauptungen Bismarcks uns wieder unterbreitet, daß der „Culturkampf" entstanden sei wegen der „Mobilmachung des Centrums", wegen der „Polen", wegen der „staatlichen Herrschaftsgelüste der römischen Curie" und was dergleichen Bismarckfabeln, über welche heute schon die Nationalliberalen öffentlich zu lachen anfangen, mehr sind. Schade um jede weitere Zeile darüber!

Horst Kohl nennt Bismarcks Memoiren „ein Geschichtswerk ersten Ranges", das kein Historiker des 19. Jahrhunderts fürderhin außer Acht lassen dürfe. — Sehr richtig.

Aber auf falscher Fährte wäre der Geschichtsschreiber, der aus den Memoiren Bismarcks die Geschichte dieses „Säcularmenschen" allein entnehmen wollte! Durchgängig liegt in ihnen die Tendenz, nur Bismarck Recht und dem Gegner Unrecht zu geben; zahlreich sind die Lücken, welche sie öffnen. Ein alter Grundsatz nicht blos der Juristen, sondern auch der Historiker sagt Audiatur et altera pars! Aber nicht nur die Gegner Bismarcks, selbst seine Freunde wollen noch vernommen sein. Ihre Werke, d. h. die von Busch, Hahn, Wagener, Poschinger, Simon ꝛc. müssen neben den gegnerischen Schriften das nothwendige Supplement zu den Memoiren und ihrem „Wegweiser" bilden — erst dann kann man ein annähernd vollständiges und objektives Bild Bismarcks gewinnen. Ja selbst zu Zeitungen und Zeitschriften wird der spätere Geschichtsforscher greifen müssen, um, soweit es überhaupt auf dieser Welt möglich ist, sein Thema erschöpfend zu behandeln.[1])

---

1) Im Aprilheft der „Deutschen Revue" veröffentlicht Professor von Schulte zu Bonn einen Artikel über seine „erste Besprechung mit Fürst Bismarck am 2. Januar 1873". Fast sämmtliche Tagesblätter, welche das Elaborat reproducirten, hielten dasselbe für eine wichtige „Enthüllung" und neue Bereicherung der „Culturkampfs"-Geschichte. Das Referat erschien bereits 1887 in von Schultes Buch über den „Altkatholicismus" und ist seitdem auch von der katholischen Presse verwerthet worden. Neu ist jetzt nur die Bezeichnung „Hundsfötte", welche Bismarck damals den deutschen Bischöfen beilegte, weil sie es ablehnten, nach Art der „altkatholischen" „deutschen Wissenschaft" Bismarck für Allah's Propheten zu halten. Aber schon bei jener Unterredung hatte der Kanzler erklärt, er halte die „Altkatholiken" für „die einzigen Katholiken", denen „eigentlich Alles gebührt". Professor von Schulte verschweigt sogar jetzt, was er in seinem Buche mittheilte, daß Bismarck *zuerst* den Vorschlag machte, einen „altkatholischen *Bischof*" zu creiren. Von diesem hoffte Bismarck bekanntlich, daß er eine deutsche Nationalkirche unter Vereinigung von Katholiken und Protestanten, deren höchstes

Herr H. K. spottet über die „gehorsamen Hofhistoriographen", welche Alles am Monarchen und nichts am leitenden Minister loben; er scheint gar nicht zu merken, daß er in seiner Art noch die Herren Schneider und Oncken, die Biographen Wilhelms I., übertrifft: er ist ein Historiograph vom Hofe **Bismarcks**, der seinen Helden so sehr über die Person von drei Kaisern und der verdientesten Staatsmänner stellt, daß thatsächlich kein Mensch, sondern ein Halbgott herausconstruirt wird. Er läßt Bismarck durchweg nur im Dienste des Vaterlandes sich aufreiben; daß hierzu aber eine volle persönliche Selbstlosigkeit, wahrhafte persönliche Noblesse, zu der es Bismarck niemals gebracht hat, erforderlich ist, wird dabei gänzlich übersehen. In der einen Herzenskammer Bismarcks schlug der Puls gewiß für des Vaterlandes Größe und Wohlergehen; in der anderen Kammer wurde aber auch bei vielen Staatsaktionen die Frage gestellt: Quid prodest ad me et ad familiam meam? Die Selbstsucht verläßt ihn an seinem Lebensabend noch so wenig, daß er die Fehler seiner Regierungsweise, die er bei anderen Gelegenheiten offen eingestanden, in den Memoiren selbst seinen Freunden (Dr. Falk, von Kleist-Retzow, u. s. w.) in die Schuhe schiebt, nur um den Ruhm eines **unfehlbaren** Staatsmanns für die Weltgeschichte zu retten.

Unter seinen historischen Vorbildern hat man bekanntlich genannt Pipin, die beiden Cromwells und Wallenstein. Horst Kohl nennt als fünften noch **Richelieu**. Von diesem hatte Bismarck auch selbst mit Vorliebe gesprochen. In der That gleichen sich beide in vielen Punkten.

Richelieu hatte die Größe Frankreichs vor Augen und diesem politischen Ziele unterstellte er selbst als Cardinal

---

Oberhaupt der Reichskanzler wäre, gründen würde. — Heute mag selbst von Schulte nicht mehr von diesem gouvernementalnationalliberal-freiconservativen und freimaurerischen Phantasiestück reden.

die religiösen Interessen. In Frankreich verfolgte er die Protestanten und in Deutschland begünstigte er sie zum Nachtheil der Katholiken. Abgesehen davon natürlich, daß Richelieu keine erbliche Ministerpräsidentschaft in Frankreich für seine Familie gründen konnte, so läßt sich doch eine Parallele zwischen dem ziehen, was er erstrebte und was Bismarck in den Memoiren sagt. „Jeder deutsche Fürst", erklärt der letztere (Memoiren I, 1), „der vor dem dreißigjährigen Kriege dem Kaiser widerstrebte, ärgerte mich; vom großen Kurfürsten an aber war ich parteiisch genug, antikaiserlich zu urtheilen und natürlich zu finden, daß der siebenjährige Krieg sich vorbereitete".

Das heißt mit anderen Worten: Bismarck stellte die politischen Interessen über die confessionellen. Die Kurfürsten von Sachsen und der Landgraf von Hessen, die sich gegen Karl V. auflehnten, hatten nicht seine Sympathien; als aber der brandenburgische Kurfürst das Fundament legte zu einem brandenburgisch-preußisch-deutschen Kaiserthum, als Friedrich II. durch den siebenjährigen Krieg es bereits zum Dualismus in Deutschland brachte, da hielt es Bismarck für seine Aufgabe, durch die Kriege von 1866 und 1870 die seit 1806 den Habsburgern entfallene deutsche Kaiserkrone an die Hohenzollern zu bringen.

Diesem Ziele mußten sich alle übrigen Interessen unterordnen: die Katholiken sollten verschwinden oder in ihrer kirchlichen Organisation wenigstens soweit Veränderungen sich unterziehen, daß eine innere Einigung Deutschlands durch Etablirung einer protestantisch-katholischen Nationalkirche herbeigeführt werden konnte. Auch die protestantische Orthodoxie, zu der der Kanzler persönlich sich bekannte, mußte diesem Zwecke Opfer bringen, und sie allein hatte sie wirklich gebracht; sie mußte sich, weil die von Bismarck mit den „Liberalen" behufs Einigung des Reichs geschlossene Allianz es so verlangte, das allgemeine Wahlrecht, das staatliche Schulaufsichtsgesetz, Civilehe, Abschaffung des Tauf-

zwanges, vor Allem den Einzug des „Liberalismus" in die akademischen Hörsäle der Theologie-Professoren gefallen lassen, — sämmtlich bleibende Reminiscenzen des sieben-jährigen Krieges, den man „Culturkampf" nennt.

Dem Katholicismus haben sie nichts geschadet; im Gegentheil, beim Friedensschluß waren die Katholiken stärker als vorher; der deutsche Protestantismus aber leidet continuirlich an den „Begünstigungen", die ihm Bismarck und — Richelieu haben zu Theil werden lassen.

P. M.

LXI.

Zur neueren Literatur über Buddha.

Kein Gebiet der orientalischen Linguistik und Culturgeschichte erfreut sich in unserem Zeitalter einer so vielseitigen Beachtung und intensiven Behandlung wie die Forschungen über den großen Weisen und Religionsstifter von Kapilavastu, „den Erleuchteten" (Buddha) und seine Lehre, der nach einer mittleren Schätzung von Rhysdavids rund 500 Mill. Menschen anhängen. Die Namen Fausböll, Bühler, Senart, Kern, Barth, Rhysdavids, Jacobi, E. Hardy, Deussen, Oldenberg u. a. bezeichnen die hervorragendsten Fachgelehrten, die in Deutschland, Frankreich, England, in den Niederlanden und sonst in Texteseditionen zur buddhistischen Literatur oder in zusammenhängenden Darstellungen wichtige Beiträge zur Aufhellung dieses umfangreichen, vielverzweigten Gebietes ein Wesentliches beigetragen haben. Durchblättert man die letzten Jahrgänge der Fachzeitschriften zur orientalischen Philologie und vergleichenden Religions-

wie Culturgeschichte, so findet man auch hier dem Kapitel Buddhismus einen breiten Raum gewährt. Wer ein kurzes, prägnantes Bild von dem kennen lernen will, was bisher auf dem Gebiete des indischen Buddhismus geleistet wurde, mag H. Kerns „Manual of Indian Buddhism“ zur Hand nehmen, das einen Theil des trefflichen „Grundrisses der indo-arischen Philologie und Alterthumskunde“ (Straßburg, Trübner, 1896) darstellt; gute Dienste zur Gesammtorientirung leistet auch das vor etwas mehr als Jahresfrist bereits in 3. Auflage erschienene Werk Oldenbergs „Buddha“, wenn auch einzelne seiner Ausführungen begründeten Einwendungen zugänglich sind. Der bekannte ehemalige Freiburger Professor Edmund Hardy, der uns im letzten Jahre in dem schlichten, aber gehaltreichen Büchlein, „Indische Religionsgeschichte“ (Göschens Sammlung) eine bündige Orientirung über die wichtigsten hier einschlägigen Fragen geboten hat, behandelt in seinem vor 8 Jahren publicirten „Buddhismus nach älteren Pâli-Werken“ (1. Band der „Darstellungen aus dem Gebiete der nichtchristlichen Religionsgeschichte“) den Gegenstand in einer Form, die in gleicher Weise geeignet ist den wissenschaftlich Gebildeten über dieses wichtige Feld religionsgeschichtlicher Studien aufzuklären wie jenen Studierenden Mittel und Wege zu zeigen, welche sich eingehender mit diesem Studium befassen wollen. Er hat darin auch auf den für die ganze Würdigung der Entwicklung des Buddhismus hochbedeutsamen, tiefgehenden Unterschied hingewiesen, der zwischen der Ueberlieferung im Norden und der im Süden, zwischen den zwei ganz verschiedenen Schriftmassen von canonischer Geltung vermuthlich schon seit der Zeit bald nach Christi Geburt obwaltet. Die Scheidung zwischen dem nördlichen und dem südlichen Buddhismus hält Hardy für so tiefreichend, daß auch die Statistik in der Angabe der Anhänger des Buddhismus sie durchaus nicht ignoriren dürfe; von einem „numerischen Uebergewichte des Buddhismus über das Christenthum könne

darnach weiter keine Rede sein". Nach seinen Darlegungen muß der südlichen, also der Pâli-Tradition der Vorrang eingeräumt werden, deren canonische Schriften, in der den indischen Volksdialekten nahestehenden Pâlisprache, auf Ceylon gefunden wurden, im Gegensatze zu der anderen, in der Gelehrtensprache des jüngeren Sanskrit, in Nepal (Nordindien) ungefähr gleichzeitig aufgedeckten Schriftmasse. Oldenberg vertritt denselben Standpunkt. Auf der ersteren erhebt sich das buddhistische Religionswesen jener in allen Beziehungen so merkwürdigen Insel Ceylon, auf welcher jüngst wieder großartige Architekturruinen durch H. W. Cave zu Anurâdhapura, Sigiri und Polonnaruwa ans Tageslicht gezogen wurden, sodann in den Gebieten von Birma, Pegu und Siam. Der gegenwärtige König gerade dieses letzteren Landes, der einzige Selbstherrscher, der dieser Buddhatradition anhängt, ist ein kenntnißreicher und eifriger Förderer der Pâliforschungen; im August 1897 überreichte ihm daher eine besondere Deputation der bedeutendsten orientalistischen Gelehrtengesellschaft Europas, der Royal Asiatic Society in London, eine Dankadresse. Einen besonderen Gönner hat in ihm auch die Pâli-Text-Society, die sich unter Sénarts Vorsitz eine große für die sprachliche wie für die religionsgeschichtliche Forschung gleich wichtige Aufgabe gestellt hat; die Krone ihres Unternehmens soll die von Fausböll in etwa acht Bänden beabsichtigte Herausgabe der „earliest Buddhist Literature" bilden.

Um indessen noch mit einem Satze auf Hardys „Buddhismus" zurückzukommen, so liegt ein Hauptverdienst des Buches darin, daß es sich auch bereits mit jener „neobuddhistischen" Strömung in Literatur und Lebensauffassung beschäftigt, die sich besonders in den letzten Jahrzehnten in verwunderlichster Weise in Asien und besonders in den ersten Culturländern Europas breit macht. Er hat in kurzen Zügen die fundamentalen, völlig unvermittelbaren Unterschiede zwischen Buddha und Christus, Buddhismus und Christenthum in

Ursprung, Lehre und historischer Wirkung auf die Folgezeit in sittlicher wie cultureller Richtung gekennzeichnet. Es verlohnt sich wohl auch hier einen kurzen Blick auf diese Entwicklung, wenigstens nach der bibliographischen Richtung, zu werfen. Unter dem Namen „Theosophismus" ging die Bewegung mit dem Endziel, den Buddhismus, so wie man ihn sich nun einmal zurecht gelegt hatte, in feindseliger Gegensätzlichkeit zum Christenthum als Weltreligion und Weltethik in die an allen Gliedern kränkelnde moderne, besonders die gebildete Gesellschaft einzuführen und als Pfropfreis zur religiösen Lebensverjüngung dem alt und schwach gewordenen Abendlande marktschreierisch zu empfehlen, zunächst vom englischen Indien aus. Oberst Olcott (in Madras) stellte sich 1875 an die Spitze des „Theosophismus" und mit einem eigenen Organ „The Theosophist", von dem schon viele Bände vorliegen, wurde der literarische Kampf eröffnet; seit zehn Jahren besitzt auch Ceylon sein neobuddhistisches Organ für theosophistische Zwecke „The Buddhist"; Morgen- und Abendland reichten sich bald die Hand, von den gleichen Triebfedern der Abwendung von allem Christenthum geleitet und angelockt durch den gleichzeitig damit sich mehr und mehr entwickelnden Hang zum „Occultismus", Aftermysticismus und Pessimismus in den Kreisen, die sich mit Vorliebe die gebildeten nennen. Theosophische Gesellschaften entstanden alsbald diesseits und jenseits des atlantischen Oceans. Madame H. P. Blavatsky, nach der Meinung einiger „eine Reinkarnation des vorher in G. Balsamo inkarnirten Cagliostro" war bei dieser Verpflanzung der ursprünglichen theosophischen Literatur von Indien ins Abendland in hervorragendem Grade betheiligt; „The Theosophical Publishing Society" in London, sodann die von einer der tonangebenden Kräfte, von Annie Besant im Vereine mit G. R. S. Mead, herausgegebene Monatsschrift „Lucifer" bieten pikante, dem allermodernsten Geschmack angepaßte Nahrung für das gebildete Publikum, das Englisch versteht, und dafür, daß ihr

Gehalt auch den Deutschen nicht verloren gehe, sorgen dann die „Theosophischen Schriften“ von Hübbe-Schleiden, Franz Hartmann, Jos. Klinger, Göring und zahlreiche Uebersetzungen der „kostbarsten“ Geistesprodukte, vor allem der Annie Besant. Schon vor 13 Jahren trat die von Hübbe-Schleiden begründete, dann von H. Göring herausgegebene Monatsschrift „Sphinx“ ans Tageslicht, die in ihren 22 Bänden bis 1896, wo sie von der „Metaphysischen Rundschau“ des Paul Zillmann abgelöst wurde, ein Reichliches für die Popularisirung des „Neobuddhismus“ geleistet hat. Eine jüngere Schwester stellt sich ihm in der Monatsschrift „die Lotusblüthen“ (herausgegeben von Dr. Franz Hartmann) so ziemlich ebenbürtig an die Seite. Die uns in die Hände gekommenen Bände dieser Zeitschriften lassen, sehr bezeichnender Weise, eine recht ausgiebige Benützung des Lesepublikums erkennen! Rudolf Seydel mußte in seinen beiden Werken, welche das Verhältniß der Evangelien zu der Buddhalegende zum Gegenstande haben, die gewaltthätigsten Verrenkungen hüben wie drüben vornehmen und die kühnsten Hypothesen sich construiren, um jene „buddhistisch-christliche Evangelienharmonie“ zusammenzuschmieden, auf die er nun einmal hinauskommen wollte, wie bereits Hardy dargethan hat.

Um die Sache einem noch weiter ausgedehnten Leserkreise zugänglich zu machen, mußten „Katechismen“ Dienste leisten, deren erster, von H. Olcott verfaßt, 1887 schon in erster Auflage der deutschen Uebersetzung mit 27000 Exemplaren auf dem Plan erschien; ein zweiter bald darauf in Braunschweig edirter erachtete die westlichen Arier bereits für reif zur Aufnahme und Erkenntniß des reinen Buddhismus, um mit ihm eine Geistesumwälzung in die Wege zu leiten; Subhadra Bickshu nennt sich sein Verfasser. Er trifft hiebei wohl ungefähr mit dem Gedanken des Philosophen des deutschen Pessimismus, E. v. Hartmann, zusammen, wenn dieser den Heiland der Zukunft von einer Synthese von Christus und Buddha erhofft. Ihm entgeht freilich

auch nicht, wie der Indifferentismus des Buddhismus auf alles höhere Leben und Culturstreben lähmend und ertödtend wirkt; auch Hecker bezeichnet in seinem Werke „Schopenhauer und die indische Philosophie" (1897) Stumpfheit als das buddhistische Ideal. Wie Schopenhauers und Hartmanns Philosophie den üppigen Nährboden für das Fortwuchern des schmerzerfüllten Neobuddhismus gerade in Deutschland bilden und wie hierin die „deutsche Gesellschaft für ethische Cultur" in hervorragendem Grade propagandistisch thätig ist, hat besonders P. Dahlmann in seinen trefflichen Aufsätzen in den Laacher Stimmen „Buddhismus und Pessimismus" und „Buddhismus und ethische Cultur" (1897) eingehend dargethan. Zehn Jahre vorher hatte bereits sein Ordensgenosse P. Pesch in derselben Zeitschrift mit den Abhandlungen über „Buddha und Christus" und über „die sittigenden Erfolge des Buddhismus" ein lautes Warnsignal gegen diese Bestrebungen gegeben.[1])

Es muß mit Befriedigung begrüßt werden, daß gerade auf katholischer Seite dieser ebenso umfänglichen wie gefährlichen Minirarbeit mit geschärften Waffen entgegengetreten wird. Die Leogesellschaft hat ihre erste „apologetische Studie" diesem zeitgemäßen Zwecke gewidmet, indem der Bonner Professor W. Ph. Englert im vorigen Jahre in seinem Buche „Christus und Buddha in ihrem himmlischen Vorleben" Hardys allgemeine Ausführungen in diesem wichtigen Specialkapitel in beachtenswerthester Weise ergänzte. Unter

---

1) Nur nebenbei sei erwähnt, daß „moderne" Pädagogen auch Hauptmomente der Culturentwicklung des Orients, besonders auch Indiens und Chinas in die allgemeine Volksbildung aufgenommen wissen wollen; man vergl. Jul. Baumann „Ueber Willens- und Charakterbildung" (S. 65); das Christenthum wird daneben gar nicht einmal genannt. — Wie selbst ins Reich der Musik der lockende Nirwana-Wahn schon Eingang gefunden, wurde vor Kurzem „Nicht-mehr-seins-Sehnsüchtigen" in München und Karlsruhe zu Gehör gebracht.

Heranziehung eines guten Theiles der neuesten Literatur hat er das besonders in Deutschland von verworrenen Köpfen zu wiederholtenmalen versuchte Kunststück über den Haufen geworfen, mit welchem die „auffallende Aehnlichkeit zwischen Buddha und Christus schon in ihrem himmlischen Vorleben und sodann in den Jahren ihrer Kindheit" nachgewiesen werden wollte. Wäre auch vielleicht eine etwas eingehendere kritische Würdigung der buddhistischen Quellen zu wünschen gewesen, so bleibt E.s Schrift doch unter allen Umständen ein überaus schätzbarer Beitrag zur Apologie unseres katholischen Christusglaubens gegenüber den Irrungen und Verwirrungen so mancher modernen Buddhaforscher. Gegen die oben angedeutete Seydel'sche Hypothese kämpft zwar auch R. Falke in seinem nicht lange vor Englerts Schrift erschienenen Buche „Buddha, Mohammed, Christus" (Gütersloh, Bertelsmann), allein sein Christus ist doch etwas eigenartig construirt, und wenn er den Dalai-Lama, den Kalifen und den Papst für „ähnliche Erscheinungen" erachtet, so erweist er sich dadurch als eine für uns Katholiken nicht sonderlich vertrauenerweckende Autorität.

Mitten in diese lebhafte literarische Bewegung tritt nun nochmals P. Dahlmann, den wir oben bereits namhaft machen konnten, mit einer zu einem stattlichen Buche vereinigten Serie von Vorträgen über Buddha,[1]) über welche auch an dieser Stelle berichtet werden soll. D.s „Mahâbhârata als Epos und als Rechtsbuch" (Berlin 1895) hatte einen durchschlagenden Erfolg und brachte ihm eine weitgehende Anerkennung aus den Fachkreisen ein. Wohl noch nie zuvor war das Riesenepos, mit seinen 100000 Çlokas (Doppelversen) die Iliade um das Vierzehnfache übertreffend, einer so eingehenden Betrachtung unterstellt worden, wie es von D. geschah. Auf den Spuren des leider für die indologischen

1) Dahlmann Jos., S. J., „Buddha. Ein Culturbild des Ostens." Berlin, Fel. L. Dames 1898. IX u. 223 S. 8°.

Studien viel zu früh hingeschiedenen Prof. Bühler, der soviel uns bekannt, sein Lehrer war, hat er den einheitlichen Charakter des Werkes als Religions- und Rechtsbuch und seine Existenz bereits für die frühe Epoche des 5. Jahrhunderts vor Christus nachweisen zu können geglaubt. Prof. Ludwig, einer der ersten Sanskritisten der Gegenwart, hat das Werk, das „einen universellen Standpunkt einnimmt", zum Ausgangspunkt einer besonderen Studie gemacht (Sitz.-Ber. der Kgl. Böhm. Ges. d. Wiss. 1896). Trotz der Ausstellungen, welche M. Winternitz an D.s Arbeit macht (Journ. of the As. Soc. 1897, S. 713 ff.), bleibt sie doch ein standard work, das neben der verdienstvollen Arbeit P. Baumgartners über das Râmâyana und die Râma-Literatur (vgl. Hist.-polit. Bl. Bd. CXV, S. 485 ff.) den glänzenden Beweis dafür liefert, daß die Gelehrten des Jesuitenordens auch auf diesem Gebiete „auf der Höhe stehen", und das den lebhaften Wunsch bei allen Fachkennern hervorruft, sein Verfasser möge recht bald zu einer zusammenfassenden historisch-philologischen Bearbeitung des Riesenepos schreiten. Schon das Jahr darauf beschenkte uns Dahlmann mit einer reifen Frucht seiner buddhistischen Forschungen „Nirvâna, eine Studie zur Vorgeschichte des Buddhismus", worin der Verf. eine seltene Beherrschung des weitverzweigten und vielverschlungenen Gebietes der gesammten indischen Philosophie bekundet. Seine Feststellungen über Hauptbegriffe des buddhistischen Systems und über das Verhältniß der Samkhya-Philosophie zu demselben haben, wenn auch in modificirter Form, Anerkennung und Eingang, z. B. auch in die neueste Bearbeitung von Oldenbergs „Buddha" gefunden.

So mit dem tüchtigsten Rüstzeug ausgestattet, ist D. an die neue große Aufgabe einer übersichtlichen Gesammtdarstellung des Buddhismus herangetreten, den er nicht bloß nach seiner religiös-philosophischen, sondern auch nach seiner allgemein culturellen Seite zu würdigen sucht. Der eigentlichen Behandlung ist eine Einleitung (S. 1—11) voraus-

geschickt. In kurzen Sätzen skizzirt er darin das Wenige, was als sichere Kunde über Buddhas Leben uns vorliegt, und schildert den Boden, auf welchem die Anfänge dieses merkwürdigen Baues sich erhoben, der heute in seiner Urheimat fast nur noch Trümmer aufweist, während seine Hallen weithin über die nichtarischen Völker von Tibet und Siam bis nach Japan sich ausgedehnt haben.[1])

1) Wenn er gleich Anfangs an die merkwürdigen Funde Dr. Führers erinnert, wornach nunmehr im Lumbini-Hain bei Kapilavastu in den nepalesischen Voralpen des Himâlaya, gekennzeichnet durch die Ueberreste einer von dem Buddhaverehrer König Açoka errichteten Säule, die Geburtsstätte Buddhas sichergestellt ist, so hätte hiebei wohl noch nachdrücklicher, als es in den Bemerkungen (S. 219) geschieht, das ausschlaggebende Verdienst L. A. Waddells an dieser Feststellung betont werden sollen, woran man nach Kenntnißnahme der Correspondenz im Journ. of the As. Soc. Jahrg. 1897 und 1898 nicht zweifeln kann. Weiter kann daran erinnert werden, wie mit Beginn des Jahres 1898 eine neue überraschende Kunde aus jener Gegend zu uns gedrungen ist, daß in einem Grabkegel (Stûpa) beim Dorfe Piprâhwâ, nahe der britisch-nepalischen Grenze, auf einem dem Engländer Peppé gehörigen Grundstücke ein steinerner Sarkophag, Gebeine und Asche, Gefäße aus Speckstein, Glas u. s. w., auch verschiedene Schmuckgegenstände und auf einer Vase eine merkwürdige Inschrift gefunden worden sei. Diese, aus der Zeit vor Açoka stammend, wird von V. A. Smith, Butler und Rhysdavids übereinstimmend dahin gedeutet, daß sie „the relic-shrine of divine Buddha" bezeichne, der von den mit ihm verwandten Sâkhyas zum Geschenk gemacht worden war (vgl. Journ. of the As. Soc. 1898, S. 387 ff., 457 ff.). Noch ein dritter Fund mag das Herz der Buddhaforscher und Buddhafreunde mit Freude erfüllt haben, der seit dem Erscheinen von Dahlmanns Buch bekannt geworden ist. Major Deane fand vor Jahresfrist, den Angaben des alten chinesischen Indienreisenden Huen-Thsang nachgehend, unweit des Dorfes Tiraty, am Rande des Swat-Thales auf einem Felsblock eingemeißelt zwei rohgearbeitete Pâdukâs, Fußstapfen, unter jeder eine einzeilige Inschrift von 11 Kharoshthî-Buchstaben, deren Charakter auf das erste Jahr-

Dahlmann erinnert an das Bild der Zerstörung, das an der Wiegenstätte des Propheten sich bietet, und leitet dann über zu jenem anderen noch tragischeren der Zerstörung des Buddhaglaubens in den indischen Landen (S. 8 ff.), wo der Buddhismus „von innen heraus abgestorben und wie ein morscher Stamm zusammengebrochen sei". Nach seiner Auffassung steht nun aber dieser innere Zerfall in direktem ursächlichem Zusammenhange mit dem Grundwesen des Buddhismus; Keim und Wurzel, Wachsen und Werden müssen in ihre Tiefen verfolgt werden, um diesen nach allen Richtungen höchst eigenartigen Entwicklungsgang verstehen und würdigen zu können. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob und inwieweit manche Kritiker Recht haben, welche dieser pessimistischen Grundauffassung des Buddhismus durch D. von vorneherein entgegentreten und nicht gerne zugeben, daß derselbe an innerer Erschöpfung und Auflösung zu Grunde gegangen sei. Auch Hardy glaubt hierin D. nicht ohne weiters beitreten zu können (Liter. Rundschau 1898 Nr. 10). Wir verfolgen kurz den Gang der Dahlmann'schen Darlegungen, die sich in drei Vorträge gliedern.

Der erste (S. 13—74) behandelt „Keim und Wurzel" des Buddhismus, wobei von den Wegen und Zielen der Philosophie von Buddha ausgegangen wird. Das Nirvâna, „das Erlöschen des Ich" in der vorbuddhistischen Philosophie, worin diese das Problem des Leidens zu lösen glaubte, gibt wesentlich auch dem buddhistischen Nirvâna sein Gepräge, und Gotama selbst als Buddha empfängt die Züge eines charakteristischen Bildes von dem Buddha-Ideale Yogin des Brahmanismus (S. 28). Der Frage, ob es ein Jenseits gebe oder nicht, weicht Buddha jedesmal mit der

hundert vor Christus hinweist. Bühler übersetzt sie (Anzeig. d. Kais. Akad. d. Wiss. in Wien für d. Jahr 1898 Nr. IV, erschienen 1899, S. 12 ff.): „Die Füße Buddhas, des Sâkhya-Asketen". Die betreffende Buddha-Legende ist allgemein bekannt.

Erklärung aus, „er habe niemals vorgegeben, darüber Aufklärung geben zu wollen, denn das Wissen von diesen Dingen diene nicht zum Frieden und nicht zur Erleuchtung; nur die Aufhebung alles Leidens sei zu erstreben". In der Abkehr von allen Systemen und Schulen erkennt Buddha die einzige Bürgschaft der zu erstrebenden Erlösung. Als „Loswerdung, Freiwerdung" erklären andere im Gegensatz zu D. den Ausdruck „nirvânam". Zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhange auch die neueste Arbeit Garbes, in welcher das Verhältniß der Sâmkhya und der Yoga-Philosophie näher dargelegt wird. Von dem so gekennzeichneten Ausgangspunkte aus werden sodann „die Wege und Ziele Buddhas" (S. 37—74) betrachtet. In innerem und äußerem Kampfe gewinnt Buddha endlich den rechten Weg des Heils. Mâra (wie Mṛityu vom gleichen Stamme wie mor-ior, mors) tritt als Versucher wiederholt an Buddha heran, schon bevor er sein öffentliches Lehramt antritt, und später wiederholt. Diese Versuchungsgeschichte spielt bei den Vergleichen mit Christus eine besondere Rolle; Mâras Bedeutung ist wohl mit seiner Lehre enger verwachsen, wonach alles „todbringend" ist, was den Menschen ans Leben fesselt. Negation aller Philosophie, Abkehr von allen philosophischen Systemen erklärt D. als die geschichtliche Eigenart der buddhistischen Reform (S. 73), ein Satz, der wohl auch nicht ohne Anfechtung bestehen kann. Im zweiten Vortrag wird uns „Wesen und Wachsthum" vorgeführt (S 75—161), wobei Materialismus und sophistische Skepsis in ihren Ursprüngen und Elementen, wie in ihren hauptsächlichsten praktischen Bethätigungen im Vordergrunde der Behandlung stehen. Die sophistische Skepsis des Buddhismus führt auf dem ethischen Gebiete zum mechanischen Determinismus: „Eine Sünde kann von niemand begangen werden", sagt der Sophist Kassapa Purâna; eine Verantwortung für gute und böse Thaten wird geleugnet (S. 115 ff.). Durch eine Reihe von Aussprüchen aus Uebersetzungen buddhistischer

Quellenwerke werden diese Sätze erhärtet. Unsere modernen Deterministen und Materialisten, vor deren Augen die Vertreter der Willensfreiheit und sittlichen Verantwortlichkeit als „metaphysisch angekränkelte" oder „unwissenschaftliche und rückläufige" Leute gelten, finden hier schon ganz beachtenswerthe „wissenschaftliche Stützen". In diesem Zusammenhange wird auch die „Seelenwanderung", die einen wesentlichen Theil des buddhistischen Systems bildet, behandelt (S. 138 ff.). Theorie und Praxis stehen sich freilich in dem Punkte der Tugendschätzung und Tugendübung im Buddhismus ganz gegensätzlich gegenüber (S. 154 ff.). Auch hier kommt D. wieder zu dem ungünstigen Schlußurtheil, der Grundgedanke des Buddhismus sei eine tiefe religiöse und sociale Unsittlichkeit, aus der sein Verfall und seine Auflösung in Indien keime. „Blüthe und Zerfall" sind der Gegenstand des letzten Vortrags (S. 163—216). Die äußere Prachtentwicklung, welche Architektur und Skulptur zur Zeit des Höhepunktes des Buddhismus in Indien zur Schau tragen, ist nach D. nicht das alleinige oder auch nur vorwiegende Produkt eben desselben, sondern sie hat ihren Boden und ursprünglichen Anstoß auf brahmanischem Gebiete. Die nebenbuhlerische, gleichzeitig entstandene Sekte der Jaina weist gleichzeitig, zum Theil sogar schon etwas früher eine reiche Stein- und Felsenarchitektonik und Ornamentik auf. Ihre Weiterbildung freilich wurde in entsprechender Weise vom Buddhismus bethätigt, der nach außen sich der Förderung mächtiger Gönner und nach innen eines tiefgehenden Einflusses bis in die weitesten Volkskreise erfreute. Spenden einzelner sind uns durch vielerlei Inschriften überliefert; zu den S. 169 von D. erwähnten könnte jetzt auch auf das Geschenk eines Quellbrunnen des Tranivajrana hingewiesen werden, das uns durch eine gleichzeitig mit der oben erwähnten Pâdukâs aufgefundene Steininschrift kundgethan ward. Der persönliche Charakter des Stifters und die ihn schon frühzeitig verherrlichend umgebende Legende,

so manche herz- und gemüthgewinnende Eigenschaften seiner Lehre, in welcher Milde und Barmherzigkeit der Grundton der sittlichen Vorschriften sind, bahnten den Weg in tausende und abertausende von Herzen, ohne daß er als „bahnbrechender Reformator des brahmanischen Indiens“ zu gelten hat; er steht nach D. durchaus auf brahmanischem Boden; groß geworden ist der Buddhismus durch die mehrfachen Errungenschaften seiner Zeit und er hat sich aufgelöst und ist zerfallen, weil er sich von den Grundlagen entfernte, auf denen diese Errungenschaften gewonnen worden waren. Diese Gedanken werden in den letzten Abschnitten historisch und philosophisch näher begründet. So wird es auch erklärlich gemacht, daß dem Buddhismus die Theilnahme an wahrhaft wissenschaftlichem Leben überhaupt unmöglich gemacht war, daß trotz eines äußerlich wortgewaltigen Schriftthums von einer gründlichen und vielseitigen Durcharbeitung der philosophischen Probleme nicht mehr die Rede sein kann (S. 198). Auch das so sorgfältig angebaute religiös-rechtliche Ideal der Brahmanenzeit schwindet im Buddhismus mehr und mehr, und zur Hebung des religiös-socialen Lebens überhaupt hat der Buddhismus nichts beigetragen. Wie auch der Rückgang in der Kunst, zunächst der Dichtkunst, worin Indien früher seinen höchsten Ruhm gesucht und gefunden, mit der Entwicklung des Buddhismus Hand in Hand ging, ist zum Schlusse noch angedeutet (S. 212). Da aus D.s Buch nicht ersichtlich ist, inwieweit er direkt aus Pâliquellen geschöpft hat, so kennen wir auch den Grund nicht, warum er das Pâli so minderwerthig hinstellt. Das Schlußurtheil über den Buddhismus ist ein sehr ungünstiges, wofür sich der Verfasser wohl nach verschiedenen Richtungen zu vertheidigen haben dürfte. Zwar ist derselbe als Kanal zu betrachten, durch welchen, wenn auch nicht in der ursprünglichen Form und Vollendung, arische Cultur nach außerindischen Ländern verpflanzt wurde, aber das inner-indische Geistesleben hat er nicht zu höherer Blüthe entfaltet, sondern

es vielmehr immer tiefer herabgedrückt, bis er selbst in der eigenen Heimat an dem Stumpfsinn und an der Gleichgiltigkeit gegen alles höhere Leben zu Grunde ging. Der Grundgedanke des Buddhismus ist der Erbfeind jedes höheren Geisteslebens . . . er ist selbst nur „das Siegeszeichen einer zerstörenden Macht, die Trophäe eines kraft- und farblosen Indifferentismus, der nicht entwickelnd und weiterbildend, sondern verneinend und austilgend in ein reiches Geistesleben eingegriffen hat" (S. 216).

Dem Texte ist eine größere Reihe von Anmerkungen angefügt, fast ausschließlich Literaturangaben enthaltend; sie wären vielleicht passender an den einschlägigen Stellen als Fußnoten angebracht worden. Was an dem Buche ernstlich vermißt wird, ist ein Personen- und Sachverzeichniß, das durch die „Inhaltsübersicht" in keiner Weise entbehrlich gemacht ist.

Es ist ein anschauliches, wenn auch düstergehaltenes Bild, das uns D. in seiner frischen, zum Theile glänzenden Darstellung vor Augen führt. Mit Geschick und Umsicht ist aus einer Fülle, wenn auch vorwiegend secundärer Quellen, das Material hiezu ausgewählt und gruppirt. Es wird nicht verkannt werden können, daß bei einer solchen Arbeit die Gefahr einer zuweitgehenden modernen Interpretation und paralleler Zusammenstellung moderner Begriffe mit originell-buddhistischen ziemlich naheliegt. Einer der besten Kenner des Buddhismus in seinem vollen Umfange und in seinen ersten Quellen, Rhysdavids, hat in seinem interessanten Aufsatz: „On the Will in Buddhism" neuerdings darauf aufmerksam gemacht (Journ. of the As. Soc. 1898, S. 47 ff.). Nicht auf allen Seiten ist D.s Buch in seiner Grundauffassung und in seinem Schlußergebnisse von der Kritik des In- und Auslandes beifällig aufgenommen worden, aber darin stimmen alle Kenner in ihrem Urtheile überein, daß es eine hochbedeutsame, von keiner Richtung zu ignorirende Leistung ist, die sich würdig an seine früheren

Arbeiten anreiht; wir fügen für unseren Theil noch hinzu, daß wir es mit steigendem Interesse durchstudiert haben — das Durchlesen genügt hier nicht! — und ihm einen recht weitgehenden Kreis von Benützern wünschen müssen. Es ist geeignet manches Wahngebild moderner unklarer Schwärmerei für Buddha und Buddhistisches zu zerstören und so auch nach dieser Richtung hin reichen Nutzen zu schaffen.

Eichstätt. Dr. G. Orterer.

LXII.

Der Klerus und die Alkoholfrage.

Die moderne Cultur schreitet von Fortschritt zu Fortschritt. Immer mehr werden die Natur und ihre Kräfte dem Menschen dienstbar. Das Leben des modernen Menschen nimmt zu an äußerer Behaglichkeit und Bequemlichkeit, die täglich sich vervollkommnenden Beförderungsmittel jeder Art verbreiten die Produkte aller Länder und Zonen, die Erzeugnisse des Kunstfleißes und der Industrie bis ins entlegenste Alpendörfchen. Der Lebensgenuß ist reicher, voller, intensiver als je: alle Alter und Geschlechter, Vornehme und Geringe, Reiche und Arme haben an ihm theil. Ist aber auch in gleichem Maße Glück und Zufriedenheit und Sittlichkeit gewachsen? fragt da jemand, dessen Blick nicht durch äußeren Schein bestochen wird. Man sollte es glauben. Und doch beweist schon die heute wieder von verschiedenen Ethikern lebhaft erörterte Frage, „ob die Cultur zur Verbesserung unserer Sitten und zur Erhöhung unseres Glücks beitrage“, daß

Culturfortschritt und Sittlichkeit und Glück nicht immer mit einander verbunden sind. Noch mehr erleuchtet die Schattenseiten moderner Cultur die zunehmende Zahl derer, die leichthin diesem Leben freiwillig ein Ende machen, erhellt sie der Ruf jener ungezählten Tausende, die unzufrieden den Umsturz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung drohend forderen. Besonders aber zeigen zwei Uebel, die am modernen Gesellschaftskörper nagen, die Unsittlichkeit und der Alkoholismus, wie äußere hohe Cultur und sittlicher Niedergang neben einander herlaufen. Ernste Männer aller Nationen weisen nachdrücklich und freimüthig auf diese Mängel moderner Cultur hin und fordern gebieterisch schleunige und energische Abhilfe. Diesen Bestrebungen zur Hebung der Sittlichkeit entsprang auf der einen Seite die Sittlichkeitsbewegung,[1]) auf der andern die Abstinenzbewegung. Sie hat schon ihre Geschichte in den verschiedenen Ländern. Ihre Träger sind vorzugsweise außerhalb der Kirche stehende Männer der Wissenschaft und besonders protestantische Kreise.

---

1) Von England ausgehend, in Norwegen, Dänemark aufgenommen, hat die Sittlichkeitsbewegung Gestalt gewonnen in dem 1875 begründeten „Britisch kontinentalen und allgemeinen Bund", in Frauenvereinen, die der Prostitution entgegenarbeiten, in Deutschland durch den „Bund vom Weißen Kreuz" seit 1890, im Verein „Jugendschutz" in Berlin. Die Literatur zu dieser Frage, auch ein gutes Stück socialer Frage, ist zahlreich. Wir nennen nur: Kornig, Die Hygiene der Keuschheit (1894. 4. Aufl.); Ribbing, Die sexuelle Hygiene und ihre ethischen Consequenzen (23.–25. Tausend); Herzen, Wissenschaft und Sittlichkeit (1897); Siebel, Der Bund des weißen Kreuzes (4.—7. Tausend); Henry Varley, Der Fluch der Mannheit (180. Tausend, deutsch v. Zwingmann. 9. Aufl. Leipzig 1897); Björnstjerne Björnson, Monogamie und Polygamie (1889). Die Sittlichkeitsbewegung wird, wie die Antialkoholbewegung von freigläubigen Männern der Wissenschaft und Protestanten gefördert, wodurch sie natürlich nichts in ihrem Werthe für die sociale Wohlfahrt verliert.

Auf katholischer Seite ist der Kampf gegen den Alkoholismus bisher nur vereinzelt systematisch geführt worden. Der Bischof von St. Paul in Minnesota ist in die Abstinenzbewegung eingetreten unter dem ausdrücklichen Beifall Leos XIII., Richard Owens, Bischof von Clogher in Irland, hat seinem Klerus das Wirken für die Totalabstinenz in einem besondern Erlasse empfohlen. Cardinal Manning, ein Abstinenzapostel und leuchtendes Vorbild praktischen Christenthums, hinterließ bei seinem Tode allein in London 28000 katholische Abstinenten. In Deutschland sind mir spezielle Vereinigungen katholischer Kreise zur Bekämpfung der Trunksucht und des Alkoholismus nicht bekannt, wohl aber bestehen solche in der Schweiz, in der katholischen Abstinentenliga. Seit lange ist als Vorkämpfer der Antialkoholbewegung bekannt der hochw. Bischof von St. Gallen, Augustinus Egger. Nachdem er bisher nur in Hirtenbriefen, die gewöhnlich nicht über die Grenzen der Diöcese hinausdringen,[1]) den Kampf gegen den Alkoholismus geführt hat, tritt er nun in einer eigenen Schrift: „Der Klerus und die Alkoholfrage"[2]) vor ein weiteres Publikum in der Absicht, auch katholische Kreise für den systematischen Kampf gegen die Verheerungen des Alkoholismus zu gewinnen. Die Wichtigkeit der Sache, die Inaugurirung der Antialkoholbewegung auf katholischer Seite durch einen Kirchenfürsten deutscher Zunge, die Tragweite dieses Vorgehens, rechtfertigen einen besonderen Hinweis auf das inhaltsreiche Schriftchen.

Die Schrift, eine weitere Ausfühung einer Ansprache,

---

1) Diese Hirtenbriefe der Bischöfe, gewöhnlich schwer zugänglich, sollten jährlich in einem Sammelbande vereinigt, z. B. von allen deutschen Bischöfen, dem Buchhandel in einer billigen Volksausgabe zugänglich gemacht werden.

2) 2. und 3. Aufl. Freiburg, Herder. 1899. SS. 40.

die Egger auf dem Congresse des eucharistischen Priestervereins in Konstanz 1898 gehalten hat, zerfällt in zwei ungleiche Theile, einen kürzeren ersten Theil, der den Alkoholismus, seine Wirkungen und Ursachen darlegt, und einen längeren zweiten Abschnitt, der die dem Priester zur Bekämpfung nöthigen Eigenschaften näher beschreibt. — Mit Baer, dem bekannten Sanitätsrath, Arzt am Gefängniß Plötzensee und Verfasser einer Schrift über Alkoholismus, bezeichnet Egger den Alkoholismus als „Inbegriff der körperlichen, geistigen und sittlichen Schäden, die infolge des übermäßigen Alkoholgenusses in der menschlichen Gesellschaft und insbesondere in einzelnen Klassen derselben entstehen". Die Wirkungen des Alkoholismus für das Nationalvermögen, die Gesundheit und die Sittlichkeit belegt Egger mit unabweisbaren Daten: Deutschland wendet jährlich 2½ Milliarden Mark für Alkohol auf; nach Ausweis der englischen Versicherungsgesellschaften treffen auf 26,20 Krankheitswochen der Mäßigen in der Abtheilung der Abstinenten nur 7,48, also fast 4mal weniger Krankheitswochen; in den 15 größeren Schweizerstädten wies die Statistik 1893 nach, daß der 9te Mann an den Folgen der Trunksucht gestorben sei. Spitäler, Armen- und Waisenhäuser, Anstalten für Verwahrloste, für Geisteskranke, für Epileptische zeigen die Verwüstungen des Alkohols. Der Alkohol bringt in Deutschland jährlich 150,000 Deutsche vor den Richter. Die Verwüstungen, welche der Alkohol durch Rückgang des christlichen Familienlebens, Lockerung der guten Sitten, Zerfall des religiösen Lebens anrichtet, lassen sich nicht statistisch aufzeichnen, liegen aber vor Augen. Dieses Alkoholelend nimmt noch fortwährend zu; in der Schweiz hat sich die Alkoholproduktion seit 1840 um mehr als das Dreißigfache gehoben (50,000 hl. Bier gegen 1,521,000 hl. 1894), in Deutschland ist der Alkoholverbrauch von 1886—92 um 800 Millionen Mark gestiegen und steigt fortwährend. Die Ursachen dieser Erscheinung findet Egger in der Gewinn-

sucht, die den Genuß als Spekulationsobjekt erwählt habe, und in der Genußsucht. Die Gewinnsucht ist unerschöpflich in der Herbeiführung von Anlässen und Gelegenheiten zum Alkoholgenuß, sie wird noch gefährlicher dadurch, daß Produktion und Verkauf des Alkohols immer mehr in die Hände des Großkapitals übergehen, das die Gewinnsucht im Großen organisirt. Die andere Quelle des Alkoholismus bildet die Genußsucht, die, früher nur vereinzelt vorhanden, heute eine allgemeine Krankheit geworden ist, so daß weniger der Einzelne als die Gesellschaft angeklagt werden muß, weil sie ein solches System der Verführung in ihrer Mitte duldet. Diese Genußsucht ist noch immer im Steigen und führt zu Zerfall und Untergang der Gesellschaft, wenn nicht sittliche Erneuerung eintritt. Diese ist aber unmöglich ohne energischen Kampf gegen den Alkoholismus. Dieser bildet den Mittelpunkt aller sittlichen Uebel der Gegenwart, er zerstört die christliche Familie, er entheiligt den Sonntag, der aus einem Tag des Herrn ein Tag des Alkohols geworden ist, er fördert die Sinnlichkeit und die Verweichlichung; kurz der Alkoholismus ist der Feind der christlichen Selbstbeherrschung, die üppigste Wurzel des leichtsinnigen Lebensgenusses. Manning hat recht zu sagen: „Wenn Sie nicht positive Anstrengungen machen, um dieses Uebel zu bekämpfen, so vernachlässigen Sie ein Leiden, welches das Herz der Gesellschaft verzehrt, das häusliche Glück unserer arbeitenden Massen vernichtet und vielleicht mehr Unglück anrichtet als irgend eine andere Ursache in diesem Zeitalter“ (S. 9). Wir möchten für eine folgende Auflage wünschen, daß der hochw. Verfasser in der Schilderung der Wirkungen des Alkohols und des Wachsthums des Alkoholismus noch mehr ins Einzelne gehe und besonders noch mehr statistische Angaben neuesten Datums, sowie auch Aussprüche hervorragender ärztlicher und juristischer Autoritäten über die schädlichen Folgen des Alkoholismus ins Feld führe, denn nur so können die thurmhohen Vorurtheile, welche den Alkoholismus halten, allmählich er-

schüttert werden. Auch hier gilt das Wort: „Das Wissen schärft das Gewissen“.

Ausführlicher gestaltet sich der zweite Theil unseres Schriftchens. Der Verfasser zählt drei Eigenschaften auf, welche der Priester als ein guter Kriegsmann Christi Jesu, in dem Kampfe gegen den Alkoholismus nöthig hat. Er braucht zuerst Klugheit, diese verlangt in erster Linie Belehrung über das Verderben des Alkoholismus. Der Klerus soll sich gründlich aus wissenschaftlichen Werken über die Alkoholfrage orientiren, populäre Vorträge veranstalten, Broschüren und Zeitschriften verbreiten, Vereine gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Trinkerasyle zur Rettung von Trinkern gründen, auf Verhinderung des Alkoholgenusses bei Kindern hinwirken, wo möglich selbst völlige Abstinenz üben und Opfer und Gebet für diese Sache darbringen. Denn der Kampf gegen den Alkoholismus sei der Kampf für Wiederherstellung des Gesetzes Christi von der Selbstverläugnung, der Kampf für die zeitliche Wohlfahrt des Volkes und das ewige Heil unzähliger unsterblicher Seelen. Das ist leicht gesagt, denkt mancher Leser, aber wie soll Abstinenz geübt werden, solange die Trinkgelegenheiten und Trinkgewohnheiten des heutigen gesellschaftlichen Lebens den Menschen tyrannisiren, solange noch auch in katholischen Kreisen das Trinken in mehr oder weniger poetischer Weise verherrlicht und geübt wird? Egger sieht klar genug, daß die Beseitigung der Trinkgewohnheiten noch im weiten Felde ist. Aber eines ist nach ihm heute schon möglich: der Kampf gegen die Trinksitten. An Stelle der unwürdigen und unsittlichen Trinksitten müssen vernünftige und christliche Sitten treten. Diese Sitten können nur durch Vereine geschaffen werden, welche ihren Mitgliedern bestimmte Verpflichtungen auferlegen. Da erhebt sich die Frage: Sollen die Mitglieder bloß zur Mäßigkeit oder zu völliger Abstinenz verpflichtet werden? Egger verkennt nicht den hohen Werth der Mäßigkeit im Alkoholgenuß und in jedem Genuß überhaupt. Aber

eine Rettung vom Alkoholismus kann er in der Mäßigkeit nicht sehen. Mäßigkeit sei ein relativer Begriff, wo fange die Unmäßigkeit an? Eine für alle bestimmte und geltende Regel der Mäßigkeit sei schwer zu finden, praktisch undurchführbar. Viele Beamte, als reife Männer noch mäßig, haben bei vermehrter Trinkgelegenheit diesen Schatz eingebüßt, manche früher mäßige Gemeinde sei größtentheils dem Alkoholismus verfallen, theilt Egger aus seiner eigenen Erfahrung mit. Auch rettet Mäßigkeit nur einzelne Personen, nicht aber die Gesammtheit von der Herrschaft des Alkoholismus. Es ist schwieriger, nur mäßig zu trinken, als gar nicht zu trinken. Um es kurz zu sagen, die Mäßigkeit hat sich bisher als Mittel zur Rettung des ganzen Volkes aus der Herrschaft des Alkoholismus nicht bewährt. Wo man den Kampf mit der Mäßigkeit begonnen hat, hat man die Sache entmuthigt aufgegeben oder eine schärfere Waffe gewählt, die einzig wirksame: die völlige Abstinenz. Egger, selbst Abstinent, spricht sich entschieden dafür aus. Er tritt an der Hand medicinischer Wissenschaft und unter Berufung auf Autoritäten wie Fick, Bunge, Baer und Manning dem Vorurtheil entgegen, als ob Alkohol Nährwerth habe oder Stärkungsmittel sei. Egger erklärt: „Soweit meine Erfahrungen reichen, hat noch jeder, der längere Zeit Abstinent war, bezeugt, daß er sich wohler fühle, leichter arbeite, erquickender schlafe, im Gemüthe aufgeräumter und munterer sei, überhaupt das Gefühl habe, als hätte er sich einen lästigen Gast vom Leibe geschafft". Wir können diese Beobachtung aus eigener Erfahrung bestätigen. Die Abstinenz hat aber nicht bloß für den Einzelnen diese wohlthätigen Folgen, sie befördert die Mäßigkeit auch bei anderen. Je mehr Abstinenten, desto mehr Mäßigkeit. Freilich Mäßigkeit predigen läßt man sich gefallen, von Abstinenz will man nichts wissen. Und doch wird die Abstinenz wenigstens nach und nach Anerkennung finden — davon ist Egger fest überzeugt.

Dazu ist allerdings nothwendig seitens des Klerus Opferwilligkeit. Der Seelsorger muß den verlorenen Schafen, den Trinkern, nachgehen; noch mehr ist es seine Pflicht zu sorgen, daß es keine verlorenen Schafe gibt. Dann muß er aber den Alkoholismus, den gefährlichsten Feind der Seelen, bekämpfen, ohne Rücksicht auf Wünsche des eigenen Ich's, der Eigenliebe, der Bequemlichkeit, der Sinnlichkeit und menschlicher Rücksichten. Der Klerus ist um so mehr zu diesem Kampf berufen, als manche außerkirchliche Kreise ihn in dieser Hinsicht durch ihre Thätigkeit und ihre Erfolge beschämen. Diesen Kampf verlangt das Gebot der Selbstverleugnung, ein christliches Gesetz. Den Alkoholismus bekämpfen heißt ein christliches und apostolisches Werk üben.

Die dritte Eigenschaft, die der Klerus in diesem Kampfe haben muß, ist der Muth. Trotz aller Größe des Alkoholverderbens darf man es nicht bei unnützen Klagen bewenden lassen. „Für die Kirche und ihre Diener ist dieser Kampf in der That ein Kampf um ihre höchsten Interessen, man könnte fast sagen um ihre Existenz. Was wird aus dem Sonntag, was wird aus der jungen Männerwelt, was wird aus der Familie, was wird aus der christlichen Selbstbeherrschung und dem ganzen praktischen Christenthum, wenn das Volk immer tiefer in den Sumpf des Alkoholismus hineinsinkt?" Darum muß der Kampf geführt werden, auch wenn er ganz erfolglos wäre, schon aus Pflichttreue. Der Kampf ist aber nicht aussichtslos. Gott hat die Völker heilbar geschaffen. Das gilt auch von der Pest des Alkoholismus. Die Verantwortung ist groß. Wer die Gesellschaft sich selbst überläßt, schädigt auch die Nachkommenschaft, wer die Gesellschaft rettet vom Alkoholismus, rettet auch die zukünftige Generation. „Unser Verhalten gegen diese völkerverderbende Seuche wird eingetragen werden in die Annalen des Reiches Gottes und, was noch wichtiger ist, in das Buch der Vergeltung".

Es sind wahrhaft apostolische, freimüthige Worte, die der St. Gallener Bischof, tief von dem Ernst und der Bedeutung des Alkoholverderbens ergriffen, hier zunächst an den Klerus richtet. Aber auch der Laie legt die gedankenreiche, vom Geiste praktischen Christenthums erfüllte Schrift nicht ohne ernste Gedanken aus der Hand. Wenn auch die Bekämpfung des Alkoholismus mit großen, fast unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, sie ist unbedingt nothwendig. Diese Ueberzeugung gewinnt der unbefangene Leser aus der Schrift Eggers. Der hochw. Verfasser würde den Werth seiner Schrift noch um ein bedeutendes erhöhen, wenn er für die folgenden Auflagen in einem Anhang ein bibliographisch exaktes Verzeichniß der wichtigsten Literatur über die Alkoholfrage, eine Liste der hauptsächlichsten Zeitschriften, welche der Bekämpfung des Alkoholismus dienen, und endlich eine nähere Schilderung der Vereine gegen den Alkoholmißbrauch, ihrer Einrichtungen, Statuten &c. beigeben wollte. Wir wünschen der Schrift viele Leser, insbesondere auch unter den katholischen Vereins- und Verbindungsstudenten und deren Philistern, die auch in dieser eminent sittlichen Frage die Fahne in erster Linie als künftige Führer des Volkes voranzutragen berufen sind.

Würzburg. Stölzle.

LXIII.

Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche.[1]

War die zweite Auflage der Realencyklopädie ein großer Fortschritt im Vergleich zu der ersten, dann kann die dritte mit noch größerem Recht als eine verbesserte und vermehrte gelten. Der Herausgeber und seine Mitarbeiter haben es sich zur besonderen Aufgabe gesetzt, den protestantischen Theologen einen Einblick in das Leben und Weben, die religiöse und wissenschaftliche Thätigkeit der Kirche aller Jahrhunderte zu gewähren. „Die zweite Auflage, so heißt es in der Vorrede zum ersten Band, war in mancher Beziehung lückenhaft .... über die Gegenreformation, die für das Verständniß der Lage des Protestantismus kaum von geringerer Wichtigkeit ist als die Reformation selbst, gab sie nur ungenügende Auskunft".

An gutem Willen hat es dem Herausgeber nicht gefehlt, daß aber gleichwohl die Behandlung des katholischen Mittelalters und der Gegenreformation noch viel zu wünschen übrig läßt, wollen wir durch einige Beispiele klar machen. Der wichtige Artikel „Canisius" enthält etwas über zwei Seiten. Eine Charakteristik der Thätigkeit dieses Mannes als Prediger, Pädagog, als Provinzial der deutschen Provinz und als Schriftsteller sucht man vergebens. Eine ausführlichere Biographie hätte sich zu einer Geschichte der ersten Niederlassung der Jesuiten gestalten lassen. Die überaus wichtige Biographie

1) Begründet von J. J. Herzog, in dritter verbesserter und vermehrter Auflage unter Mitwirkung vieler Theologen und Gelehrten herausgegeben von Albert Hauck. IV. Bd. Christiani—Dorothea. 812 S. V. Bd. Dorotheus—Felddiakonie. 800 S. Leipzig, Hinrichs 1897/98.

von Kröß ist gar nicht genannt, hätte wenigstens nachgetragen werden müssen. Der Artikel „Eck" ist ausführlicher, läßt aber doch viel zu wünschen übrig. Eck war, welches auch immer seine Fehler sein mögen, einer der größten Theologen, den die Reformationsperiode hervorgebracht hat, und Luther durch seine gründlichen theologischen Kenntnisse und seine scharfe Dialektik bei weitem überlegen. Erasmus hat seine Schwächen, er beging wie Cicero den großen Fehler, alles was ihm je durch die Seele ging, in seinen Briefen auszusprechen, und konnte der Versuchung zur Satire und zum feinen Spott über seine Gegner nicht widerstehen; daraus folgt jedoch keineswegs, wie Stähelin zu schließen scheint, daß ihm der tiefere Ernst, das Verlangen nach Reform nicht am Herzen gelegen habe. Kein Kenner seiner Schriften wird wohl bestreiten, daß er mehr als Luther und Melanchthon zusammen für das Studium der Kirchenväter geleistet hat. Ein Mann, der die Freundschaft eines Bischof Fisher und eines Sir Thomas sich bewahrte, hat sicher edle Eigenschaften besessen. Manche wichtige Punkte im Leben des Fürsten der Humanisten sind nicht einmal gestreift. Luther und Erasmus waren wie Pol und Gegenpol, beide fühlten sich enttäuscht, hatten Besseres von einander erwartet.

Um ihre eigene Geschichte kennen zu lernen, studirten die Ausländer noch vor etwa 30 Jahren deutsche Werke, weil sie in denselben reichere Aufschlüsse fanden, als bei ihren eigenen Geschichtschreibern. Dem ist nicht mehr so, die Arbeiten eines Pauli, Schäfer, Schirrmacher, Baumgarten &c. sind jetzt weit überholt; nur manche deutsche Gelehrte, unter ihnen auch manche Mitarbeiter der Realencyklopädie wollen das nicht sehen und citiren und gründen ihre Darstellung auf veraltete Werke. Im besten Fall schöpft man aus abgeleiteten Quellen wie Brosch Geschichte Englands &c., und ignorirt die neueren Monographien. Duplessis Mornay ist weder als Theolog noch als Staatsmann bedeutend und kann neben Budé gar nicht gestellt werden. Letzterer wird in einer Seite abgethan, ersterer dagegen erhält weit über zehn Seiten. Castellio, der große Humanist und der Stimmführer der toleranten Partei, hätte jedenfalls ausführlich behandelt werden müssen, dabei hätte sich Gelegenheit geboten, den Humanistenkreis in Lyon zu schildern. Statt den Haupt-

inhalt der Monographie Buissons wiederzugeben, bietet uns Schmidt einige triviale Bemerkungen. Buissons Werk ist nicht einmal genannt. Der deutsche Forscher kann, wenn er Tüchtiges leisten will, sich keineswegs auf die deutsche Literatur über den Gegenstand beschränken, sondern muß nothwendig die auswärtige Literatur heranziehen.

Für die Geschichte des Papstes Clemens XIV. sind die spanischen Darstellungen der Regierung Karls III. von Spanien durch Ferrer, Rio und Danvila y Collado unumgänglich nothwendig. Sie sind leider nicht benützt und so haben sich in den kurzen Artikel viele Fehler eingeschlichen. Ein schriftliches Versprechen, den Jesuitenorden aufzuheben, hat Clemens XIV. nicht gemacht, aber ebensowenig hat sein Zögern seinen Grund in dem Wunsch, den angegriffenen Orden zu erhalten. Das geht aus den Depeschen des spanischen Gesandten klar hervor. Der Papst wollte den Katholiken den Beweis liefern, daß er sich von den bourbon'schen Höfen nicht habe zwingen lassen, und von denselben gewisse Zugeständnisse erlangen, bevor er den ihnen verhaßten Orden aufhob. Daß Clemens XIV. beständig fürchtete, die Jesuiten möchten ihn vergiften und allerlei Vorsichtsmaßregeln traf, ist richtig; daß er vergiftet worden sei, ist durch die neueste Forschung als durchaus unbegründet zurückgewiesen. Voigt allein sieht hier ein unaufgehelltes Dunkel. Da wir gerade bei Spanien verweilen, so sei hier nur bemerkt, daß für den Artikel Carranza das berühmte Werk von Menendez de Pelayo nicht benützt ist, dessen Darstellung von der Benrath's in wesentlichen Punkten abweicht.

Friedrich ist ein Parteigänger, ihn mit der Abfassung des Artikels Döllinger zu betrauen, war von vorne herein verkehrt. Wir wollen keinen Stein auf Döllinger werfen, aber daß er je als der größte katholische Theologe gegolten, stellen wir in Abrede. Seine dogmatischen Kenntnisse waren beschränkt. Die Charakteristik Döllingers durch Lord Acton in English Historical Review ist der Friedrichs vorzuziehen. In den Artikeln Mirbts über Droste Vischering, Dunin, Emser Punktatoren, findet sich Richtiges mit Verkehrtem gemischt. Treitschke entschuldigt Clemens August, und greift den Erzbischof von

Posen aufs maßloseste an. Mirbt, der Treitschke seine Thatsachen entnimmt, kommt, soweit er sich nicht in Widersprüche verwickelt, zum entgegengesetzten Resultat.

Der Artikel Dominicus und Dominikaner steht keineswegs auf der Höhe seiner Aufgabe, die Literaturangaben sind ungenügend und confus, weder Lacordaire's noch Drane's Biographien sind wissenschaftliche Werke, die Analecta Sacri Ordinis Praedicatorum sind nicht genannt. Zur Frage, ob das Rosenkranzgebet vom hl. Dominikus eingeführt, wie sich derselbe in den gegen die Ketzer angestrengten Prozessen benommen habe, nimmt B. keine Stellung, seine Antworten sind ausweichend. Ihr General Jandel soll den Orden jesuitirt haben. „Wenn sie sich auch in der Theologie durchaus mit dem herrschenden jesuitischen Katholicismus befreundet haben, so haben sie doch eine kirchliche Eigenthümlichkeit noch heute erhalten". Nun, Verfasser muß doch wahrhaft ein „peregrinus" sein, wenn er von den theologischen Streitigkeiten zwischen Jesuiten und Dominikanern nichts gehört hat. Selbst in protestantische Literaturzeitungen dringt zuweilen der Schlachtlärm. Zur Beruhigung B.s bemerken wir, daß, wenn die Kirche die unbefleckte Empfängniß als Dogma erklärt hat, sie dadurch den hl. Thomas durchaus nicht verketzert. Siehe Morgott über Thomas' Lehre von der unbefleckten Empfängniß. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird: Zur Reformationszeit hatten die Predigerbrüder ihre Rolle ausgespielt. Wir verweisen nur auf ihre Wirksamkeit in Spanien und Irland, auf ihre Leistungen in der Seelsorge und ihre Verdienste in der Wissenschaft.

Ueber Cranmer urtheilt Kolde ganz richtig: Sein vielgerühmter Martyrertod, bei dessen Einzelnheiten man sich des Eindruckes des Gemachten und Theatralischen nicht erwehren mag, vermag den Totaleindruck kaum zu verbessern. Leider ist seine Thätigkeit unter Edward VI. und Maria der Katholischen nur gestreift. Seine Verdienste als Liturgiker um das Prayer Book sind nicht gewürdigt. Die Literaturangaben sind veraltet. Vor allem hätten Dixon und Pococke genannt werden müssen, ferner Gasquet, Bishop. Die neuesten Bände von Gairdners Calendars Henry VIII. bieten viel interessantes Material. Der Artikel Cromwell fußt auf Harrisons Monographie, die be-

kanntlich nur eine Popularisirung von Carlyle ist. Einen Mann, der die Anglikaner, die Katholiken, die Presbyterianer (die letzteren besonders in Schottland) unterdrückt, viele Quäker in's Gefängniß werfen läßt, kann doch nimmermehr als Vorkämpfer der Toleranz hingestellt werden, so oft er auch von Toleranz spricht. Cromwell hat zwar nicht so lange ohne Parlament regiert, wie Karl I., hat sich aber noch rücksichtsloser als sein Vorgänger über die Proteste und Vorstellungen der Parlamente hinweggesetzt und sie auseinander gejagt oder aufgelöst. Seine Willkürherrschaft unterscheidet sich nur wenig von der der Tudors und Stuarts. Die republikanische Partei, mit der sich Cromwell überwarf, hat eine Beschränkung des Königthums, eine Ausdehnung der Macht des Volkes, respektive der Parlamente angestrebt, wie sie jetzt verwirklicht ist. Cromwell ließ sich von conservativen Instinkten leiten. Ueber seine Politik brauchen wir kein Wort zu verlieren; sie war antinational und dynastisch; sie stärkte das übermächtige Frankreich und störte das europäische Gleichgewicht. Man kann sie nicht einmal antikatholisch nennen; denn dann hätte er einen Krieg mit Holland, der faktisch den Grund zum Verfall dieses Staates gelegt hat, vermeiden müssen. Die Fehler Kolde's rühren daher, daß er in Cromwell einen consequenten fanatischen Mann erblickt, der die Stärkung des Protestantismus vor allem im Auge hat, und nicht einen Opportunisten, der seinen Fanatismus wenigstens späterhin als Mittel zum Zweck verwendet.

Die Jansenisten erfreuen sich von jeher der besonderen Sympathie der protestantischen Schriftsteller. Wir haben dagegen nichts einzuwenden, können aber verlangen, daß die neuesten französischen Forschungen berücksichtigt werden. Gerade die neuesten französischen Forscher urtheilen über den Jansenismus und die Jansenisten weit weniger günstig, als der Deutsche Reuchlin. Wo hat der hl. Franz von Sales behauptet: „Unter 10,000, welche die Priesterweihe erhielten, ist kaum einer, der jene Gnade besitzt"? Einen solchen Rigorismus darf man dem Mildesten der Geisteslehrer doch nicht zutrauen. Im Artikel Ethik wird Pascals Darstellung der Moraltheologie der Jesuiten als musterhaft gepriesen. Im Artikel Escobar

liest man: „Die Ausführungen Pascals in den Lettres Provinciales sind durch das sorgfältige Nachprüfungsverfahren zahlreicher (!) französischer Theologen glänzend gerechtfertigt worden". Selbst Gazier, ein warmer Anwalt Pascals, gibt zu, daß Letzterer Texte verstümmelt, den Sinn verdreht, sich von blindem Hasse habe leiten lassen, und sucht ihn zu entschuldigen. Er macht freilich mit Unrecht geltend, Pascal habe in seinen Pensées sich aller bitteren Polemik enthalten. Daß Pascal kein Theologe gewesen, hat Dr. Urbain nachgewiesen und Stellen aus Arnauld angeführt. Manche seiner Verdrehungen erklären sich aus seiner Unwissenheit. Es wäre doch an der Zeit, die Lettres Provinciales für das, was sie sind, die Parteischrift eines witzigen und sarkastischen Laien zu nehmen.

Wir müssen es uns versagen auf die dogmatischen, liturgischen und exegetischen Artikel einzugehen, wir wollen nur noch einige Bemerkungen machen. Warum wird in dem Artikel Eucharistie nur der liturgische Theil behandelt, vom dogmatischen ganz abgesehen? Warum wird unter Ethik auf den Unterschied, den die katholischen Theologen zwischen Moralphilosophie (Ethik) und Moraltheologie machen, christliche Ethik, nicht hingewiesen? Warum werden katholische Werke wie Lehmkuhl, Aertnys, Sabetti &c. einfach übergangen? Das Kirchenlexikon sollte wenigstens eingesehen werden, bevor die einzelnen Mitarbeiter über katholische Dinge schreiben, die manchem wie spanische Dörfer vorkommen. Es liegt uns fern, das viele Gute, das sich in der dritten Auflage der Realencyklopädie findet, bestreiten zu wollen. Es ist seinem Ziele, ein bequemes Nachschlagebuch zu sein, in dem man sich schnell und leicht über alle theologischen Fragen orientiren kann, sehr nahe gekommen. Das Streben nach Objektivität und Unparteilichkeit ist nicht zu verkennen; dem verdienten Herausgeber zumal hat es sicherlich nicht an gutem Willen gefehlt. Katholiken haben Grund ihm dankbar zu sein, denn manche ungerechte und schroffe Urtheile der früheren Auflage sind entweder gemildert oder ganz weggefallen. Auch die katholische Literatur ist weit mehr berücksichtigt als früher. A—nn.

LXIV.

Aus Franz Reinhards Nachlaß.[1]

Der den Lesern dieser Blätter durch den Artikel „Katholische Laientheologen am Rhein" (Bd. 73, 1874) und verschiedene andere Beiträge bekannte Justizrath Franz Reinhard in Ehrenbreitstein, gestorben 1893,[2]) hat neben vielen anderen Handschriften auch geistliche Dichtungen hinterlassen, die von liebender Hand geordnet einen schönen, dem Gotteskind von Betlehem dargebrachten Blumenstrauß bieten. Mit großer Formgewandtheit verbindet der Verfasser das Sinnige und Tiefe, das uns in mittelalterlichen Dichtungen so sehr anspricht. Die Krippenlieder und die Marienlieder heimeln einen ganz an und verdienen Volkslieder zu werden. Einige Gedichte setzen ein eingehendes Studium voraus; der Herausgeber hat einigen derselben recht hübsche Anmerkungen beigegeben, die aus anderen Schriften des Verewigten geschöpft sind. Da der Verf. sich mit Vorliebe mit der Religion und Geschichte der alten Völker beschäftigt hat, so bietet gerade der erste Theil der Sammlung: „die Welt vor Christus, Licht in Israel" sehr viel Schönes und Neues. Die herrlichen Charaktere des alten Testamentes, in welchen die hl. Schrift selbst und nach ihr die heil. Väter Typen Christi erkannt haben, sind leider heutzutage weniger bekannt als früher, weil man in diesen Deutungen Phantasiegemälde zu erblicken glaubte. Es ist hier nicht der Ort, auf die Schönheiten einzelner Gedichte aufmerksam zu machen. Die meisten Leser werden wohl dem zweiten Theil: „Liederblüthen um die Krippe des Erlösers gestreut" und „Was das Jesuskindlein in die Welt gebracht hat", den Vorzug geben. Aus allen Gedichten spricht ein Herz beseelt von inniger Liebe zu Christus, ein Mann, der tiefe Gedanken über das hochheilige Geheimniß der Menschwerdung vorträgt. Mögen diese Lieder die Liebe zum Jesuskinde und seiner Mutter wecken.

---

1) Emanuel. Das Gotteskind von Bethlehem, der verheißene und ersehnte Erlöser. Von Franz Reinhard. Mit Illustrationen der Beuroner Kunstschule. 444 S. 16°. Heiligenstadt-Eichsfeld. Cordier 1899. (Preis geb. 6 M. 80 Pf.)

2) Vergl. den Nachruf in diesen Blättern Bd. 112, S. 76–80.

LXV.

Gedanken eines in Norddeutschland reisenden Schwaben.

(Schluß.)

V.

Die moderne Welt ist religionslos geworden, die moderne Gesellschaft ist Gott entfremdet, kümmert sich nicht um ihn, wandelt ihre Wege, ohne nach ihm zu fragen, ja ein gewisser Trotz gegen Gott macht sich bemerklich und nicht selten streift das moderne Leben an eine direkte Auflehnung gegen Gott an. Stolz und sinnlich sind die Menschen, die da wandeln, mit seltenen Ausnahmen. Das empfindet der religiöse Mensch tief, wenn er in den Strudel des modernen Lebens geräth.

Besonders stark empfindet er das in Berlin, viel mehr noch als in Paris. Man sieht zu deutlich, die Geschäfte und Vergnügungen nehmen den Menschen fast ausschließlich in Anspruch, das graue Einerlei des Geschäftes und das schäumende Gift der Vergnügungen füllt das Leben aus.

Und dann wenn die moderne Welt religionslos ist, die Wurzel davon liegt in der Reformation, die von den deutschen Ländern ausging. In Deutschland wird auch die Religionslosigkeit die höchsten Blüthen noch zeitigen. Die Entwickelung geht unaufhaltsam vorwärts und die Zerstörung von Glauben und Sitte nimmt unaufhaltsam ihren Fortgang.

Wohl weisen Protestanten mit schadenfreudigem Hohne auf die romanischen Länder hin und constatiren mit Ver-

genügen den Rückgang des Katholicismus. Daraus folge, meinen sie, unwiderleglich die Unmacht und die innere Hohlheit des katholischen Glaubens, der den inneren Zerfall Italiens, Frankreichs und Spaniens nicht aufhalte. Da habe sich, meinen sie, der Protestantismus ganz anders bewährt. Die Reformation sei eine Quelle des Segens geworden. Das sehe man an Deutschland, England und Nordamerika.

Aber diese Vergleiche sind alle verfrüht. Ueber dreihundert Jahren werden andere an unserer Stelle Vergleiche ziehen und Fragen stellen. Da kann man dann einigermaßen Antwort geben.

Soviel läßt sich schon jetzt sagen: weder ihr Glaube noch ihr Deutschthum gewährt den protestantischen Deutschen einen unbesieglichen Schutzwall gegen Verführung und Verderbniß, gegen Sittenlosigkeit. Wenn mich nicht alle Zeichen täuschen, ist Berlin nahe daran, das berüchtigte Babel an der Seine in der Genußsucht zu erreichen. Wohl ist in Paris das moralische, das Familienleben noch zersetzter, noch vergifteter, aber die „Sinnesfreude" tritt in Berlin so stark hervor, wie dort. Goethe und Heinrich Heine lebt noch und ihre Anhänger zählen nach Tausenden.

Doch was sage ich Goethe und Heine? Darüber ist man an der Spree weit hinaus. Nach den Literaturblüthen zu schließen, die dort aufsprießen, herrscht dort der Sumpf vor, es herrscht dort der brutalste Naturalismus, die Grau-in-Graumalerei.[1]) Nicht das Schöne, sondern das Häßliche wird gesucht. Die Graumalerei stimmt freilich prächtig zu Himmel und Erde in dieser Region. Nietzsche und seine Philosophie ist ein norddeutsches Gewächs. Dort fand diese Philosophie der Rücksichtslosigkeit, der Ausbeutung den festen

1) Vgl. die Studie über Gerhart Hauptmann und H. Sudermann in diesen Blättern. Bd. 122, S. 473 ff.

Boden. Man fühlt sich hier als Herrenmenschen, als geborenes Herrschervolk.

Tag für Tag, sagt ein Franzose, geht ein Stück der alten Ehrbarkeit verloren. Bei den Ausgrabungen von Pompeji fand man viele Leiber, die noch zu schlafen schienen. Der Körper hatte sich vollständig erhalten durch die Jahrhunderte, geschützt von der zerstörenden Luft durch eine Aschenschicht, aber kaum hatte man sie entdeckt, so sah man sie schwarz werden und in Staub zerfallen, der erste Lufthauch hatte sie vernichtet. Das gilt in gewissem Sinne auch von Deutschland. Von Berlin, meint Wyzewa,[1]) gehe ein tödtlicher Hauch aus, der mit einem Schlage die langsame Arbeit der Generationen auflöst. Auf dem Lande sieht es ohnehin traurig genug aus. Pastoren selbst beklagen den Mangel alter Zucht und Ordnung in bäuerlichen Kreisen.[2]) Die Unzucht gilt beinahe nicht mehr als Sünde. Der Rechtfertigungsglaube ist gegenüber den Bauern wirkungslos, was die Pastoren ebenfalls offen bekennen. Man dürfe wohl von Gnade, nicht aber von Verantwortung und Besserung predigen, sagen sie, so Gebhardt, Gerade, Gallwitz u. a.[3]) Die Folge davon ist leicht zu ziehen: die Sittenlosigkeit zerstört das Volksleben auf die Dauer, namentlich die raffinirte Sittenlosigkeit der Städte. Das ist der unabänderliche Gang der Dinge.

---

1) Chez les Allemands 145.

2) Man vergleiche die Berichte der Pastoren Wittenberg und Hückstädt über die geschlechtlich sittlichen Verhältnisse der evangelischen Landbewohner im Deutschen Reich (Leipzig, Werther 1895). Ebenso berichtete Kühne über Braunschweig, Buhler über Thüringen, Dithmar und Bahl über Hessen, Grashoff über Hannover, Häpp über Baiern; vgl. auch Wagner, Die Sittlichkeit auf dem Lande 1896.

3) Gebhardt, Zur bäuerlichen Glaubens- und Sittenlehre S. 3; Gerade, Meine Erlebnisse und Beobachtungen als Dorfpfarrer 1895; Gallwitz, Die heilige allgem. christl. Kirche, Göttingen 1895 S. 57. Vgl. Goyau, l'Allemagne religieuse 1898, p. 303.

Zuerst bemühen sich die Völker mit redlicher Anstrengung um Macht und Ansehen. Mit der Macht zieht der Reichthum und mit dem Reichthum der Luxus ein, der Luxus aber zerstört das gesunde Leben der Völker. Auf die Hybris folgt die Nemesis, das wußte schon der alte Herodot. Nur die Altklugheit unserer Zeit scheint es nicht zu wissen.

Treitschke sagt über Holland: „An den Holländern hat sich erfüllt, was eine der schönsten Wahrheiten der Geschichte ist, daß kein Volk der Erde auf die Dauer allzugroßen Reichthum verträgt; einem jeden Volke wird es schließlich zum Fluch, wenn sein Reichthum ein gewisses Maß überschreitet. Holland ist zuletzt in seinem eigenen Fette erstickt und so ging dieser Staat ebenso ruhmlos zu Grunde, wie gleichzeitig und aus ähnlichen Ursachen Venedig".

Die Deutschen sind auf dem besten Wege, reich zu werden, nachdem sie lange genug arm waren. Der Verkehr nimmt immer noch zu, die Bahnhöfe werden überall zu klein, die größeren Städte dehnen sich riesig aus. Deutschland ist ein Industrie- und Handelsstaat geworden und verdrängt England schon auf weiten Gebieten. Der Kampf Englands gegen die deutsche Industrie wird nicht viel helfen. Die Handelsstaaten lösen einander ab, es wird auch noch die Stunde schlagen, in der Englands Vorherrschaft aufhört. Aber auch die neugewonnene deutsche Macht wird ihr Ende finden, so gewiß, als auf die Blüthezeit des Mittelalters der Zerfall des 16. und 17. Jahrhunderts folgte. Der Verfall wird kommen, sonst gäbe es keine sittliche Weltordnung, kein Gesetz in der Geschichte.

Protestantische Blätter, wie die Grenzboten, prophezeien schon lange den Untergang Englands, sie weisen hin auf die vielen schwachen Seiten, auf die Blößen der englischen Macht, und diese Prophezeiung dürfte nicht ganz grundlos sein. Aber glauben sie denn, dasselbe Schicksal könnte einstens nicht auch Deutschland blühen? Als ehrliche, treue Deutschen wünschen wir das nicht, aber fürchten, der Weg,

den man geht, wird vielleicht bälder dahin führen, als bei anderen Völkern.

Deutschland hat schon jetzt seine starken Blößen: die Frivolität der besitzenden Klassen, die socialdemokratische Gesinnung der Nichtbesitzenden, Materialismus, Genußsucht hier und dort.

Daß eine Gefahr besteht, erkennt man wohl, aber man glaubt sie vor allem durch den Militarismus hintanhalten zu können. Daß der Militarismus nicht ausreicht, liegt auf der Hand; denn Militarismus bedeutet ebensoviel als Gewalt, Zwang. Auch die militärische Erziehung ist eine Zwangserziehung, darüber sollen uns schöne Phrasen nicht täuschen. Je raffinirter die Cultur wird, desto schwerer wird es, den militärischen, den patriotischen Geist zu erhalten. Man empfindet den Militärdienst mehr und mehr als unerträglichen Zwangsdienst, als Blutsteuer eines despotischen Staates.

Aber vielleicht vermag der Protestantismus die Gefahr zu beschwören. Alle Achtung vor der Macht der Religion! Ob aber die protestantische Religion ausreicht, bleibt doch zweifelhaft. Der Protestantismus ist gewiß noch nicht ganz machtlos, er ist noch lange nicht todt, er ist noch lange nicht erschöpft. Er hat sich in letzter Zeit sogar wieder gekräftigt, ist positiver geworden. An der Berliner Universität wirken mehr positive Kräfte als vor einem Jahrzehnt. Man hat sich besonnen und sieht wohl, daß man in der Negation Einhalt thun muß, sonst zerstört man die Grundlagen der neugeschaffenen Reichsherrlichkeit. Aber die bessere Erkenntniß ist eben zu schwach, der negative Zug zu stark.

Anstatt mit der katholischen Kirche ehrlichen Frieden zu halten und im Vereine mit ihr den Unglauben und den Materialismus zu bekämpfen, sucht der Protestantismus der katholischen Kirche Licht und Luft zu nehmen, den Boden abzugewinnen und den Bereich nicht etwa seiner Macht, sondern seiner Unmacht weiter auszudehnen. Da klagt man fortwährend über die römische Propaganda, über die Aus-

dehnung der römischen Macht, während man doch genau weiß, daß die Lage gerade umgekehrt ist. Während man den Frieden stört, klagt man über Friedensstörung der Römischen: es ist die alte Geschichte von Wolf und Lamm.

Möchte doch einmal die Erkenntniß aufdämmern, daß zusammengehört, was Glauben hat, daß die gegenseitige Bekämpfung die unglücklichste Politik ist. Wir wollen nicht behaupten, daß wir ohne Fehler sind, aber bei gegenseitiger Annäherung werden viele dieser Fehler von selbst wegfallen.

Daß die Deutschen in ihrer großen Masse zur wahren Erkenntniß kommen, ist freilich eine schwache Hoffnung. Aber eine gewisse Selbstbesinnung, eine Milderung der Einseitigkeiten ist wohl zu erhoffen, dafür gibt es manche Anzeichen. Es fiel mir schwer auf das Herz, als ich in der Berliner Universität herumlief und Vorlesungen hörte, daß die geistige Führung Deutschlands protestantisch ist. Die geistige Hegemonie, ich will nicht sagen die geistige Ueberlegenheit, des Protestantismus ist hier gewissermaßen greifbar. Diese Uebermacht war mir an sich nichts Unbekanntes. Die Literatur, mit der ich mich beschäftige, geht zumeist aus protestantischen Händen hervor. Meine Studien machte ich selbst an einer Universität, die überwiegend protestantisch ist, aber es gibt hier doch Gegengewichte, die in Berlin, der ersten Universität, fehlen. An jene Universität und ihre Vorlesungen wurde ich lebhaft erinnert. Ja auch das Aeußere in mancher norddeutschen Stadt versetzte mich lebhaft in schwäbische protestantische Städte. Marburg hat viel Aehnlichkeit mit Tübingen, man braucht sich den Tübinger Schloßberg nur höher und freier zu denken. Wenn ich nun so in Marburg, Nordhausen, Wittenberg u. s. f. umherlief, kam es mir oft vor, ich trete Reutlinger, Tübinger, Nagolder Pflaster; auch die Leute erinnerten mich daran, zumal wenn ich am Sonntag die Kirchengänger betrachtete. Sie hatten etwas Scheues, in in sich Verlorenes.

Hier scheidet ein Doppeltes, der Standesunterschied und

die Confession. Die Standesunterschiede werden aber noch verschärft durch Confessionsgegensätze. Die Confession richtet eine Scheidewand auf zwischen den deutschen Brüdern, sie verstehen sich nicht, sie kennen sich kaum. Unfreundlich, ja feindselig steht man sich gegenüber. Die deutsche Nation hat so edle Eigenschaften, als Deutscher bin ich stolz auf das deutsche Gemüth, auf die deutsche Wahrhaftigkeit. Warum aber läßt Gott die große Masse dieses Volkes, die große Masse meiner Brüder im Irrthum wandeln? Diese Fragen bedrückten Herz und Kopf und ich gestehe, ich vermochte sie nicht recht zu lösen. Ihre Lösung liegt in der Zukunft.

Vorläufig mag uns diese Thatsache zur Selbstbesinnung dienen. Ich bin nicht der Ansicht, daß man immer die Schuld der Verblendung auf Seiten des Gegners suchen müsse, und glaube, man dürfe sich wohl auch fragen, ob man nicht selbst abstoßend und einseitig sei.[1]) Es findet sich viel Wahrheitssinn auf Seite der Gegner und man stößt häufig auf ein ehrliches Forschen. Ich habe wenige Vorlesungen an der Berliner Universität gehört, aber ich ging von keiner fort, ohne ein Körnlein Wahrheit, ohne einen anregenden Gedanken mitzunehmen, ohne ein erfreuliches Zeichen bemerkt zu haben. Ich entdeckte manchen guten Keim, an manche Ausführungen schlossen sich frohe Hoffnungen an, daß wir uns doch noch kennen und schätzen lernen. Am wenigsten befriedigte mich verhältnißmäßig Harnack, er sprach zwar sehr bestechend und seine Rede war getragen von dem Bewußtsein der tiefsten wissenschaftlichen Gründlichkeit, wo nicht Unfehlbarkeit, aber was er mit ernstem, fast geisterhaftem Tone vortrug, diente nur zu sehr dazu, den Glauben aufzulösen. Aber wie es so häufig der Fall ist, die

1) Mit großer Beschämung — ich kann nicht anders sagen — las ich jüngst den Briefwechsel des edlen Droste v. Vischering und Stolbergs mit Perthes in dessen Leben I, S. 101 ff. Wie weit liegen jene Zeiten hinter uns!

nicht theologischen Lehrer zeigten sich positiver als die Theologen. Da war vor allem Gustav Schmoller, ein edler Mann, der die Orden pries. Wie man mir sagte, sei er den Katholiken sehr wohl gesinnt und das wolle etwas heißen bei dem großen Einflusse, den er an der Universität besitze. Sehr wohlthuend berührte einen an ihm die schwäbische Herzlichkeit. Da war Adolf Wagner mit ziemlich positiven Anschauungen, der schon oft für das Zusammengehen der Confessionen eintrat. Da war Paulsen, der die Disputirübungen der mittelalterlichen Universitäten rühmte, im übrigen es freilich auch nicht an scharfem Tadel fehlen ließ. Besonders interessant aber waren mir die Ausführungen von Hans Delbrück, dem Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher", über Arius und Athanasius. Ich traute meinen Ohren kaum, als ich hörte, wie Athanasius gerühmt und Arius verurtheilt wurde. Sind doch die Protestanten heute meistens Arianer und kann man unzähligemal bedauern hören, daß die Germanen nicht Arianer blieben! Hier aber wurde ich belehrt, der Arianismus sei ein Rückfall ins Heidenthum gewesen. Delbrück mußte sogar den kirchlichen Entscheidungen über die zwei Naturen in Christus ihre Berechtigung zuerkennen und vertheidigte so in gewissem Sinne jene Dogmen, die dem Denken die meiste Schwierigkeit bereiten. Delbrück folgte offenbar den Spuren Harnacks, er ging nicht weit hinaus über dessen Zugeständnisse, denn auch Harnack verwirft im Grunde Arius.[1]) Aber es klang doch alles positiver, entgegenkommender, historischer, als bei Harnack. Das war mein unzweifelhafter Eindruck, mag ich mich nun täuschen oder nicht. Noch im Anfang unseres Jahrhunderts, meinte Delbrück, haben diese Dogmenstreitigkeiten für Phantastereien gegolten, aber man sei darüber hinaus. Es ist das Verdienst Rankes, dessen Schüler Delbrück ist, im Anschluß an die Romantik eine mehr geschichtliche, objektive Betrachtung begründet zu

---

1) Dogmengeschichte 1888 II, 195, 205.

haben. Man fühlte aus Delbrücks und aus anderen Vorträgen deutlich: das Christenthum ist eben doch noch eine Macht, und auch die tiefste Gelehrsamkeit muß sich vor ihm beugen; das Christenthum ohne Mysterium ist aber etwas Schales.

Auch bei anderen Herren fielen gelegentlich treffende Bemerkungen. Nach Dilthey hielt die Kritik eine Schrift des Pythagoras, aus der Proklus vieles mittheilt, für unecht, bis Funde die Echtheit ergaben; wieder ein Beweis, wie irrthumsfähig die Kritik ist. Der Reformationshistoriker Lenz urtheilte: Montesquieu und Voltaire hätten gar nicht verstanden, was um sie vorging, hätten die Bewegungen der Zeit nicht beachtet, sie haben das Wesentliche der englischen Verfassung nicht verstanden. Da mußte man gleich unwillkürlich fragen: Geht es den Gelehrten nicht gar oft, nicht auch heute so? Alle Achtung vor der Wissenschaft, aber bloße Bücherweisheit thuts nicht. Man unterschätzt oder überschätzt gar vieles, was man blos aus Büchern kennt. Die persönliche Erfahrung muß berichtigend hinzukommen. So ging es mir mit dem norddeutschen Wesen, das ich noch ungenügend kannte und erst in näherer Berührung verstand.

Die preußische Macht darf uns nicht bange machen, es wäre nutzlos sich darüber zu grämen, daß Preußen die Vormacht hat. Die Süddeutschen, namentlich die süddeutschen Katholiken wären gewiß gerner mit Oesterreich als mit Preußen verbunden. Aber die Verbindung ist nun einmal geschehen und wird nicht bald wieder gelöst werden[1]; sie ist von Gott gewollt und muß auch ihr Gutes haben. In der That hat sie viel Gutes. Durch ihre Verbindung mit Preußen sind

1) Vgl. Band 122 dieser Blätter S. 907: „Der Westfälische und der Frankfurter Frieden." Mit den schönen Ausführungen des Verfassers bin ich ganz einverstanden.

die Katholiken gezwungen, sich zu rühren und zu regen, um sich als ebenbürtig zu bewähren.

Wir Katholiken sind machtlos geworden und wir leben von der Hoffnung, aber wie Freund Dr. F. Falk richtig sagte, Gott hat die Kirche machtlos werden lassen, damit man nicht sagen kann, sie verdanke ihr Dasein irdischen Machtmitteln. Gott hat Oesterreich, hat Spanien niederwerfen lassen, damit man nicht glauben kann, mit der Kirche sei es vorbei, wenn sie keine irdische Stütze mehr habe. In diesen Gedankenzusammenhang paßte ein Wort Delbrücks vortrefflich: er sagte nämlich, die Verbindung der Kirche mit der Macht sei ihr nicht zum Heile, durch das Staatskirchenthum kommen unselbständige, eitle Menschen empor, schwächliche Kräfte suchten Anlehnung am Staate, etwas Druck sei der Kirche heilsamer, die ecclesia pressa sei immer fruchtbar an großen Geistern gewesen.

Dies mag uns zum Troste dienen. Gerade der Druck, die Erniedrigung soll uns anspornen, das Beste zu leisten, Werke der Liebe und des Geistes zu schaffen. Man hat schon oft gesagt, daß die Charitas die Welt überwinde. Die Charitas allein thut es freilich nicht. Man muß auch an die Werke des Geistes denken.[1])

Ueber die „Rückständigkeit" der Katholiken ist schon genug gesprochen worden, man hat genug verhandelt über die Ursache dieser Rückständigkeit und über die Mittel sie zu heben. Mehr darüber zu verhandeln, kann man sich füglich ersparen. Nur möchte ich darauf hinweisen, daß diese „Rückständigkeit" eine ältere Erscheinung ist. Schon Frau von

---

1) Scientia, sed dico solida, sagt Papst Leo XIII., valde sacerdotibus nunc temporis est necessaria ad oppugnandos adversarios fidei . . . et non solum scientia theologica, sed et historica, physica. Ita necessaria, ut dicam nunc temporis praeferendum esse sacerdotem qui pollet scientia (sed solida) sacerdoti tantummodo devoto.

Staël sprach im Anfang des 19. Jahrhunderts davon.[1]) „In den Ländern, wo die katholische Religion allein herrscht", sagt sie, „wie Frankreich und Italien, hat man die Religion mit der Literatur und den schönen Künsten zu vereinigen gewußt, aber in Deutschland, wo die Protestanten sich der Universitäten und alles dessen bemächtigten, was mit den wissenschaftlichen Studien zusammenhängt, glaubten die Katholiken sich verpflichtet, sich eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen, was ihnen unmöglich machte, sich auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft auszuzeichnen".

Bald auf die Zeit, der diese Worte galten, folgte die glänzende Zeit der Romantik, wo katholisches Leben und katholisches Denken wieder geschätzt wurde. Hoffen wir, daß den Debatten über die katholische Rückständigkeit ein neues Erwachen, eine neue Romantik folge!

Gute Anzeichen sind vorhanden, die Geister regen und rühren sich. An den Universitäten schicken sich die Katholiken an, den ihnen gebührenden Antheil zu fordern. Besonders gefreut hat den Verfasser das muthige Auftreten des jüngeren Spahn als Privatdocent in Berlin. Spahn ist ein vielversprechendes Talent von originellem Gepräge, aufgewachsen und herangeschult in den modernen Werkstätten der Wissenschaften. Er besitzt eine bewundernswerthe Kunst psychologischer Vertiefung geschichtlicher Probleme und eine frische Kraft, die geschichtlichen Gestalten plastisch herauszuarbeiten. Möge es ihm gelingen, die katholische Wissenschaft würdig zu vertreten!

---

1) De l'Allemagne IV. part. 4.

LXVI.

Die Strafe der Pilgermörder in mittelalterlichen Legenden.

Der um die Geschichte der mittelalterlichen Literatur hochverdiente Grazer Professor Anton Schoenbach veröffentlichte jüngst unter dem Titel: „Studien zur Erzählungsliteratur des Mittelalters. Erster Theil: die Reuner Relationen“[1]) — eine am Ausgange des 12. Jahrhunderts geschriebene und wohl auch nicht viel früher verfaßte Erzählung von einem Königssohn, welcher auf einer Wallfahrt das Opfer eines Mörders wurde. Der Mörder hatte sich auch als Pilgrim ausgegeben und dem Königssohne angeschlossen. Das Geld des letzteren verführte ihn zum Morde. Mitten in dem hohen Gebirge, das sie zu überschreiten im Begriffe waren, führte der schlimme Reisegenosse seinen teuflischen Plan aus; er beraubte den krank gewordenen Königssohn und stürzte ihn in einen Abgrund hinab, „dessen Tiefe nichts leben ließ, was lebend hinabfiel“. „Der Herr aber that ein großes Wunder, das neu auf Erden war“. Der Mörder zog, erfreut über die reiche Beute, weiter. „Da

---

1) Sitzungsberichte der Kais. Akademie der Wissenschaften in Wien. Philosophisch-historische Klasse. Bd. CXXXIX. Auch in Sonderabdruck erschienen (Wien, Gerold 1898), nach welchem hier citirt wird. Die Abhandlung ist ein interessanter Beitrag zur Geschichte der eschatologischen Vorstellungen im Mittelalter.

tauchte der Leichnam des ermordeten Gefährten aus der Tiefe hervor; schnell wie ein Pfeil flog er hinter dem Mörder, sprang auf dessen Nacken, und der Todte umhalste den Lebenden mit seinen beiden Armen so fest, daß der Mörder ihn nicht los werden konnte".[1]) So muß der Mörder denn den Gemordeten mit sich fortschleppen. Er erkannte die Schwere seines Verbrechens und pilgerte nach Rom, um Lösung von Schuld und Strafe zu erhalten. Aber der Papst scheut sich, den zu absolviren, den Gott so sichtlich selbst gebunden hat. Er wirft aber, um ein himmlisches Zeichen zu erlangen, seinen Ring in den Tiber und verheißt dem Mörder die Lösung von der Schuld, wenn er ihm diesen selben Ring wiederbringe. Der unglückliche Mörder entschließt sich nun, mit der schrecklichen Last auf seinem Rücken, nach Jerusalem zu pilgern; er kommt an die Meeresküste; dort trifft er drei Fischer; er bittet sie um Almosen; sie geben ihm Fische und einer von ihnen weist ihn an, sie vorsichtig auszuweiden, „vielleicht" — spricht er — „findest du etwas, was dich tröstet und erfreut". Und er fand den Ring des Papstes. Vor freudigem Schreck fällt er in Ohnmacht; der Fischer richtet ihn auf, sagt ihm, daß er der Apostel Petrus und seine Genossen Paulus und Andreas seien, und heißt ihn, nach Rom zu gehen und dem Papste den Ring zu übergeben und zu sagen, daß Petrus ihm befehle, die verweigerte Absolution zu gewähren. Und wenn der Papst sich trotzdem weigere ihn zu absolviren, so solle

---

1) S. 63: ‚mirum plane cum isto et novum fecit Dominus super terram modo tali: spoliato . . . socio proiectoque quasi in tartarum ibat gratulabundus et laudans . . . processerat sic aliquantum quasi exoneratus et ecce cadaver illud enecati socii de profundis emergens velud iacta sagitta post socium cucurrit, eiusque collo insiliens utriuque brachiis defunctus vivum tam fortiter amplexus est, ut nulla ratione se posset absolvere.

er ihm Folgendes verkündigen: Er, der Papst, werde am zehnten Tage sterben; vor des Papstes Augen werde der Leichnam von ihm selbst, dem Mörder, heruntergleiten, und der büßende Mörder werde in demselben Augenblicke in Frieden zur ewigen Herrlichkeit eingehen. Der Mörder eilte hochbeglückt nach Rom, überreichte dem ob des Wunders erstaunten Papste den Ring und verkündigte ihm die Botschaft des hl. Petrus. Aber der Papst trug Bedenken zu absolviren: „wen Petrus nicht absolvirt hat, da er es doch konnte", sprach er, „den zu absolviren nehme ich mir nicht heraus". Plötzlich lösten sich die Arme der Leiche, wie lebendig glitt sie hinab und stand neben dem Büßer, der sich umwandte und im Friedenskuß mit seinem Opfer sich versöhnte. Zu Füßen des Papstes hauchte der Büßer seine Seele aus, die in die ewige Seligkeit hinüberging. Nach zehn Tagen folgte ihm der Papst nach.[1])

So die Erzählung, deren Schluß uns nicht weiter interessirt. Schönbach[2]) erinnert an einen Vorfall, welchen der Pariser Petrus Cantor erzählt,[3]) allerdings zu ganz anderem Zwecke. Er will nämlich zeigen, wie fehlsam die Ordalien seien. Ein englischer Pilger kehrt ohne seinen Gefährten aus Compostella zurück; man verdächtigt ihn des Mordes an letzterem; er wird gezwungen zu einem Gottesurtheil, unterliegt und wird gehängt. Kurze Zeit darauf kehrt sein Gefährte gesund zurück. Schönbach hält es nicht für unmöglich, „daß gerade dieses Vorkommniß den Anlaß zu der Mordgeschichte in der Reuner Relation gegeben" haben könnte. Indessen braucht man für den Bericht von dem Morde eines Gefährten kaum Vorgänge zu suchen; solche Verbrechen mochten in jener Zeit häufig genug sein. Die Hauptsache an der Erzählung ist die wunderbare Strafe,

---

1) S. 62–74.
2) S. 131.
3) Verbum abbreviatum bei Migne P. L. 205, 547.

welche die Leiche des Ermordeten selbst vollzieht, und dafür Vorgänge nachzuweisen, ist vor Allem von Interesse.

Mit großer Belesenheit verweist Schönbach [1]) auf Stellen in den Vitae Patrum, bei Gregor von Tours, Gregor dem Großen, Gervasius von Tilbury u. A.; aber die von all' diesen Autoren berichteten Thatsachen treffen, so viel Interesse sie sonst bieten, den Kern nicht, die Strafe des Mörders durch das Aufhocken des Ermordeten. Im Pratum spirituale erzählt ein büßender Jüngling dem ehrwürdigen Abbas Johannes, welcher ‚monasterii Gigantum pater' genannt wird, folgende schauerliche Geschichte: [2]) Die Tochter eines reichen Mannes wurde mit vielen Kostbarkeiten ins Grab gelegt. Das habe ihn gereizt, die Leiche zu berauben. Er habe es gethan; nachdem er die Leiche ganz entkleidet und selbst des untersten Gewandes beraubt, habe er fortgehen wollen. Da habe sich die Leiche erhoben und ihm die Größe seines Frevels vorgeführt. „Ich aber“ — erzählt er — „stammle erschrocken und furchtsam: ‚Laß mich los; ich werde das nicht mehr thun'. Sie erwiederte: ‚So wird es wahrlich nicht gehen. Du hast deinen Willen durchgesetzt und bist hier eingedrungen; aber du wirst nicht, wie du es willst, hinauskommen. Das Grab wird uns beiden gemeinsam sein. Glaube auch nicht, daß du in Bälde sterben werdest; denn du wirst durch viele Tage Qualen erleiden und dann als Verworfener deine böse Seele in schlimmem Ende aushauchen“. Er habe unter Thränen das Mädchen gebeten, ihn hinauszulassen; sie habe es endlich gethan unter der Bedingung, daß er Mönch werde. Das habe er versprochen. „Dann sprach das Mädchen zu mir: ‚Kleide mich an, wie du mich vorher gefunden hast'. Als ich sie angekleidet hatte, legte sie sich wieder nieder und starb“.

---

1) A. a. O. S. 135.

2) Vitae Patrum X, 78 bei Migne LXXIV, 157.

Die Erzählung erinnert an den Versuch der Schändung der todten Drusiana in der apokryphen Johannes-Legende des Pseudo-Abdias, wo der Verbrecher im Moment der beabsichtigten Ausführung seines Verbrechens von einer Schlange zu Tode verwundet wird.[1] Es handelt sich in beiden Fällen nur um die Verhinderung eines Verbrechens an Todten durch den Todten oder ein wunderbares Ereigniß.

Bei Gregor d. Gr.[2] wird ein Dieb, welcher Hammel aus einer der Kirche gehörigen Heerde gestohlen hat, mit der Beute am Grabe eines frommen, an dieser Kirche früher angestellten Geistlichen festgebannt, bis man ihn ergriffen hatte. Hier schützt der Todte das Eigenthum seiner ehemaligen Kirche. In den Wunderberichten Cäsars von Heisterbach[3] begegnen wir einem verbrecherischen Sohne, der wegen schlimmer Behandlung seiner Mutter durch viele Jahre eine Schlange um seinen Hals tragen mußte. Bei Gervasius von Tilbury[4] benutzen wohl Dämonen Menschen „pro vehiculo“, d. h. sie lassen sich auf ihnen reitend tragen, aber das steht in keinem causalen Zusammenhange mit der Schuld jener Menschen. Auch die Strafe eines Brudermörders bei Gregor von Tours[5] kann nicht als Seitenstück zu der Reuner Erzählung herangezogen werden. Denn der Mörder zieht mit eisernen Ringen gebunden von einem Gnadenort zum andern, bis er endlich am Grabe des hl. Johannes Reomaensis (Moutier-Saint-Jean) Vergebung und Befreiung findet.

Bei demselben fränkischen Geschichtsschreiber und Legendensammler finden sich zwei Erzählungen, in welchen der Ge-

1) Zahn, Acta Joannis. Erlangen 1880. S. 229 ff. u. Fabricius Codex apocryphus novi testamenti. Hamburg 1703. II, 571 ff.
2) Dialog. lib. III, 22 Migne 76, 273.
3) Dialog. miracul. VI, 22; ed. Strange. Colon. 1851. I, 374.
4) Otia imperialia III, 66 bei Leibnitz Scriptt. Brunsvicens. I, 982.
5) De gloria confess. c. 87 Migne P. L. 71, 894.

danke Ausdruck findet, daß das Objekt, an dem der Mensch sündigt, an der Hand des Sünders haften bleibt. Ein Knecht ist am Sonntag mit dem Ordnen einer Hecke beschäftigt. Zur Strafe für die Sonntagsschändung blieben seine Hände an dem Holze haften. Er macht sich mit Gewalt los; die rechte Hand aber bleibt zusammengepreßt, so daß die Nägel in die Handfläche eindringen. Vier Jahre muß der Arme das ertragen, bis er von dem hl. Martinus von Tours von seinem Leiden befreit wird. Aehnlich ging es dem Hofnarren des Königs Miro von Gallicien, welcher trotz des Verbotes des Königs von den Weintrauben, die dem hl. Martin gehörten, naschte. Hier blieb der Weinstock an der Hand haften und die Hand verkrümmte sich.[1]) Von solchen Wundergeschichten wissen die Legenden des frühen Mittelalters viel zu berichten. Am öftesten trifft diese Strafe die Sonn- und Feiertagsschänder. Dem Landmann bleiben die Hacke oder der Dreschflegel, einer Weberin das Schifflein in der sündigen Hand hängen.[2])

Alle diese Erzählungen beleuchten zwar die Mannigfaltigkeit der Legendenbildungen über die irdischen Strafen der Sünde, können aber nicht als Analogien für die seltsame Strafvollziehung an dem Mörder des Reuner Berichtes gelten. Wohl aber ist letzteres der Fall in der auch von Schönbach herangezogenen Vision des Alberich, die 1129 geschrieben ist.

Der Visionär sieht in der Hölle einen großen See, welcher mit Blut gefüllt ist. „Der Apostel (Petrus) erklärt

1) De miraculis s. Martini c. III, 29; IV, 7; bei Migne P. L. 71, 979, 994.

2) Vgl. Vita Sulpicii Pii I, 35; IV, 21 bei Mabillon Acta Sanctorum ord. s. Benedicti Paris. 1672 II, 177, 186; vit. Hermenlandi c. 23, daselbst III, 1. p. 400; vita Wandregisili c. 1, daselbst II, 547. Die Beispiele ließen sich leicht vermehren.

ihm, dies sei nicht Blut, sondern Feuer, welches die Mörder verbrenne. Der Mörder, der reuelos gestorben sei, trage drei Jahre lang einen Dämon in Gestalt des Getödteten an seiner Kehle. Dann werfe er denselben ab und werde unter Marter in den See getaucht".[1])

Darin findet Schönbach mit Recht ein Analogon zu der Reuner Erzählung: denn der Dämon vertritt den sich rächenden und den Mörder strafenden Ermordeten. Es liegen aber noch andere, dem Reuner Wunder fast gleiche mittelalterliche Erzählungen vor, welche Schönbach entgangen sind.

Beinahe aus derselben Zeit, aus welcher die Reuner Relationen stammen, berichtet Roger von Hoveden († zwischen 1201 und 1212) in seinem Chronikon Folgendes ‚de duobus Alemanis 1197 Jerusalem peregrinantibus‘:[2]) In dem Kreuzzug unter Kaiser Heinrich VI. sah man unter dem Fußvolk ein neues und unerhörtes Wunder.[3]) Zwei Alemanen, Nachbarn und Verwandte zugleich, hatten beschlossen, zusammen nach Jerusalem zu pilgern. Der Eine holte den Andern ab, nächtigte bei ihm und überzählte sich des Abends unvorsichtiger Weise vor seinen Gastfreunden seine Baarschaft. Da räth die Frau, von Habsucht gestachelt, den Nachbarn zu ermorden und sich seines Geldes zu bemächtigen. Der Mann folgte dem verbrecherischen

1) Die Visio Alberici steht in Dantes Werken (Padua 1822) vol II, 224—328; die obige Stelle ist der Abhandlung Fritzsche's ‚Die lateinischen Visionen des Mittelalters bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts‘ in den ‚Romanischen Forschungen‘ II, 246 ff. entnommen und steht S. 355. Seen von Blut, Feuer und Unrath als Stätte der Qual der Verdammten werden schon in der Petrus-Apocalypse geschildert. Vgl. Dietrich Nekyia. Leipzig 1893 S. 7—9.

2) Monum. Germ. SS. XVII, 175.

3) A. a. O. ‚In peregrinatione gentis eiusdem imperatoris contigit quoddam miraculum novum et a saeculo inauditum‘.

Rathe; als er aber den Leichnam in den nahen Fluß werfen wollte, blieb derselbe an seinem Halse so fest hängen, daß er ihn trotz aller Mühen nicht abwerfen konnte. Er kehrte in sein Haus zurück und hielt sich drei Tage verborgen. Dann suchte er bei seinem Bischofe Hilfe, der ihm befahl mit seiner Last nach Jerusalem zu pilgern, um dort büßend eines seligen Todes zu sterben. So zog denn der Büßer, den Todten an seinem Halse tragend, mit der Pilgerschaar an die heiligen Stätten, zum Lobe der Guten und zum Schrecken der Bösen.[1])

Mehr wie ein Zug erinnert in dieser Erzählung an die Reuner Relation; beide haben offenbar dieselbe Volkstradition vor sich gehabt. In beiden Fällen sind der Mörder und sein Opfer Wallfahrer, verführt Habsucht zum Mord, hockt die Leiche dem Mörder auf, wird der Mörder zur Sühne nach Jerusalem geschickt. Beide Berichterstatter sehen in der Strafe des Mörders ein großes, unerhörtes Wunder.

Die Volkstradition von solchen Strafen aber geht weit über die Zeit der Kreuzzüge zurück. Einen interessanten Beleg dafür finden wir in den 896 in Süddeutschland geschriebenen ‚Miracula Monheimensia sanctae Walburgis'. Verfasser derselben ist der Mönch Wolfhard von Herrieden.[2])

---

1) A. a. O. . . ., et imponens collo suo cadaver interfecti profectus est, ut illud in aquam proiceret; sed nullo modo potuit illud a se proicere et in diluculo domum rediens cum cadavere collo suo inherente per tres dies in absconso latuit. Sed cum diutius sustinere hoc non potuit, porrexit ad pontificem suum, ut eum consuleret, quid sibi super hoc esset agendum et precepit ei episcopus in virtute obediencie, ut ipse cadaver illud secum in terram herosolimitanam ferret, ut sic expiatis sordibus redderet animam suam celorum sedibus; et sic penitencia ductus processit cum aliis peregrinis portans in collo suo defunctum illum ad laudem bonorum et malorum terrorem'.

2) Die miracula sind vollständig abgedruckt in den Acta Sanctorum 25. Februar III, 531 ff. Darnach wird hier von mir citirt.

Derselbe erzählt: Im Jahre 895 herrschte eine große Hungersnoth. Hungernde Bettler zogen überall herum. Zweien solcher Bettler gesellte sich ein dritter Wanderer hinzu, welcher zum Grabe der hl. Walpurgis pilgerte. Die Bettler erklären sich sofort bereit mitzupilgern, klagen aber über Hunger. Da öffnet der fromme Pilger seinen Ranzen, und sie halten eine tüchtige Mahlzeit; dann legt der Pilgrim sich zum Schlafe nieder. Es war sein letzter. Denn die verruchten Bettler ermordeten den unschuldigen Pilgrim. Einer der Mörder trägt nun die Leiche in das Dickicht des Waldes und will sie dort abwerfen; aber er vermochte es nicht; denn die Arme der Leiche schlangen sich fest um den Hals des Mörders, der nun fortan die furchtbare Last zu tragen verurtheilt war.[1]) Mit dieser Bürde begegnete er eines Tages einem Manne, der den Unglücklichen seit langem kannte. Diesem erzählt der Verbrecher den Hergang und bittet um Hilfe. Erschreckt und gerührt von dem Elend will er ihm helfen, indem er mit einem Schwerte die Arme der Leiche durchzuhauen versucht, aber er bleibt mit seiner Hand, mit welcher er die Arme der Leiche packte, an der Leiche hängen und so hingen die drei Körper, wie zusammengeschweißt

---

Theilweise stehen sie bei Mabillon Act. Sanct. ordinis s. Benedicti III, 2 p. 287 (daraus auch bei Migne 129, 867), wo aber unsere Erzählung fehlt. Dagegen steht letztere in der Ausgabe, die Holder-Egger für die Monum. Germ. (Scriptt. XV, 1 p. 546 ff.) besorgte. Letzterer setzt die Hungersnoth, von welcher im Eingang die Rede ist, ins Jahr 895, die Abfassung der miracula folglich in das Jahr 896.

1) Acta Sanct. a. a. O.: ‚Tandem miser . . . invento, pro quo aestuabat locello, dum tensos, quos prius strinxerat artus, deponere conaretur, haesit, mox divina operante virtute, viventi corpori corpus exanime et rubea baiuli colla pallidos arctius excepere lacertos: sicque infelix ipsum, quod nullo exigente gestaverat prius, pretiosum ac si aliquid ferens, de loco ad locum vectitabat invitus‘.

aneinander. Der ‚unglückliche Losschneider‘ (infelix secator), welcher reumüthig beklagt, daß er es gewagt habe, mit frecher Hand an ein niemals erhörtes Geheimniß zu rühren (mysterium a saeculis inexpertum procaci manu tangere), wird durch die Fürsprache der hl. Walpurgis, welcher er gelobt, fortan fromm zu leben, befreit;[1]) aber der Mörder wandert mit seiner schrecklichen Last weiter. In seiner Verzweifelung will er mit seinem Opfer den Tod in den Fluthen des Rheines suchen; aber die Wellen des Rheines treiben den Unglücklichen wieder ans Land, „wie wenn er Unrath ausspie“ (ac si stercus evomuit). Das sieht ein Pilgrim, der zur hl. Walpurgis wallfahrtet, und erzählt es da unter Betheuerungen bei Gott und den Menschen, daß sein Bericht wahr sei. Wann der Mörder seines furchtbaren todten Genossen ledig geworden ist, wird nicht berichtet. Er versuchte wiederholt, zur Gnadenstätte der hl. Walpurgis zu gelangen, aber vergeblich. Er vermochte die geheiligten Räume des Klosters nicht zu betreten.[2])

Die Größe des Wunders und das Schreckhafte des Ereignisses bestimmen den Mönch Wolfhard, nochmals am Schlusse der Erzählung zu betonen, daß er alles dies von zuverlässigen Leuten (‚fidelibus mihi referentibus‘) gehört habe. Leute, die den Unglücklichen gesehen, hätten es er-

---

1) A. a. O. 531, 532: ‚arripiensque suum quem secum tulerat gladium haerentis brachia mortui a collo secare voluit vectitantis. Verum dum manus temeraria haerentis brachia peregrini contigit, haesit et ipse eodem, quem rapuerat, ut ita dicam, gladio teste, sicque tria corpora quasi forti bitumine conglutinata misere haerebant mutuo coniugata‘.

2) Daselbst: ‚Fertur idem miser, non miserabilis (i. e. cui misericordia non praestatur), Virginis praesidia saepius quaerere voluisse, ut veniam consequi mereretur. Verum nunquam ad eandem cellam pervenire potuisse, ut cunctis liquido clareat quantum in se iram Domini provocasset, quem nec saltem fines monasterii beatae virginis excipere dignarentur‘.

zählt; ob ihm selbst, dem Mönche, oder nur dritten Personen, geht aus dem Berichte nicht hervor. Denn auch von dem unvorsichtigen ‚secator' wird nur gesagt, daß er sein Begegniß mit dem Mörder erzählt, nicht aber, daß er es dem Berichterstatter mitgetheilt habe.[1]) Wolfhard fand eben das im Volke umhergehende Gerücht vor. Viele wollten den Unglücklichen gesehen haben und erzählten das wiederum vielen Leuten. Daher stand für Wolfhard fest, „daß wahr sei und nicht falsch, was der Bericht vieler Völker übermittelt". Er habe daher nicht Alte-Weiber-Märchen berichtet, auch nichts selbst erdacht, sondern nur niedergeschrieben, was er gehört habe.[2]) Diese wiederholten Versicherungen und die auffallende Begründung seiner Berechtigung, das Wunder zu erzählen, lassen annehmen, daß es auch damals schon Leute gab, welche die Erzählung bezweifelten.

Die große Masse der Menschen — Klerus und Mönche eingeschlossen — war wundersüchtig. Es konnte nicht leicht etwas Unwahrscheinliches und Sonderbares erzählt werden, was nicht seine gläubigen Hörer fand. Diese Wundersucht wurde in den Klöstern und im Klerus genährt durch die zahllosen Wundererzählungen, welche die kirchliche Literatur überlieferte. Ich erinnere an die Dialoge Papst Gregors des Großen und die Schriften des fränkischen Gregor von Tours, welche sich großen Ansehens erfreuten. Man

---

1) A. a. O.: . . ‚quadam die ipsi, qui hoc quod scribimus, postea retulit, monstruoso cum pondere obviavit'.

2) Daselbst: ‚Hunc multi cum iam dicta ponderis mole hactenus in vita florentes saepius non sine gemitu contemplati plurimis retulerunt. Unde constat, verum esse, non falsum, quod plurimorum pandit relatio populorum. Mihi autem nullus imputet exaranti crimenque velit impingere falsiloquii, quoniam nec ego excogitare praesumpsi nec anilia elatus verba compinxi; verum ita, ut supra taxavi, fidelibus mihi referentibus, schedula annotare curavi'.

lese, was später Cäsar von Heisterbach in seinem Dialogus miraculorum, Thomas von Cantimpré in dem ‚Bonum universale apum' und der um die Mitte des 12. Jahrhunderts in Prüfening lebende Benediktiner Botho in dem liber de miraculis sanctae Mariae[1]) den Lesern zumuthen, und man wird begreifen, warum in jenen Zeiten selbst das Abenteuerlichste gläubige Hörer fand. „In Cöln herrschte in Bezug auf Wundererscheinungen eine Leichtgläubigkeit, welche oft ans Fabelhafte grenzt: Es verging in der hl. Stadt der Ovinge kaum ein Tag ohne eine wunderbare Heilung, eine Geistererscheinung, eine Vision oder Weissagung; das Volk wurde von Tag zu Tag mit erneuter Furcht und Bewunderung erfüllt."[2]) Bei solchen Stimmungen und Neigungen darf es auch nicht Wunder nehmen, wenn auch die Erzählungen von dem Aufhocken der Gemordeten auf ihre Mörder Glauben fanden.

Die Wolfhard'sche Erzählung gleicht den späteren darin, daß das Opfer des Mörders auch ein Pilgrim ist, und daß die Leiche dem Mörder aufhockt und nicht abgeschüttelt werden kann. Während aber hier der Mörder unbegnadigt bleibt (‚non miserabilis'), hat die Neuner Relation einen versöhnenden Schluß, den auch die Kreuzzugserzählung in Aussicht stellt; das Gemeinsame aller drei Berichte ist die schreckliche Strafe des Mörders, vollzogen durch die Leiche des Gemordeten.

Wenn diese Strafe nur von Mördern berichtet wird, die an dem Leben und an der Habe frommer Pilger frevelten, so mag ein doppeltes Moment mitgewirkt haben. Der Pilger, welcher in heiliger Absicht zu Gnadenstätten zog, galt als ehrwürdig und geweiht; denn er wurde meist mit

---

1) Herausgegeben von Bernard Pez mit der Vita Agnetis Blannbeckin. Viennae 1731. S. 305—456.

2) Alex. Kaufmann, Cäsar von Heisterbach. 2. Aufl. S. 56. Köln 1862.

kirchlichem Segen aus seiner Heimat entlassen; sein Wanderstab und seine Pilgertasche wurden gesegnet, und er selbst stand unter dem besonderen Schutze der Kirche; bei seiner Heimkehr empfing ihn wiederum der Segen des Priesters. Demgemäß mußte auch die Ermordung eines Pilgers in den Augen des Volkes als ein besonders schweres Verbrechen gelten. Auch die weltliche Gewalt suchte die Pilger zu schützen. In einem Capitulare Pipins, des Sohnes Karls des Großen, vom Jahre 782 wurden die nach Rom wallfahrenden Pilger in den königlichen Schutz genommen.[1]) Noch kräftiger suchten die Päpste die Romfahrer (Romipetae) zu schirmen, indem sie alle jene, welche Rompilger belästigen oder plündern, mit dem Banne belegten.[2]) Ungleich schwerer war das Verbrechen des Mordes eines solchen Pilgers. Es ist indessen auffallend, daß die kirchliche Gesetzgebung und die Bußbücher sich nicht besonders mit der Bestrafung der Pilgermörder beschäftigen. Für das homicidium ex cupiditate setzen sie langjährige Kirchenbußen mit Fasten und Kasteiungen verbunden fest, auch Wallfahrten an die Gräber der Apostelfürsten oder anderer Heiliger. War der Gemordete ein poenitens, so mußte der Mörder überdies auch dessen Buße übernehmen und vollenden. Man schmiedete auch die Mörder, besonders Eltern- und Brudermörder, in Ketten bei dem Beginn ihrer Buß-Wallfahrt, die erst als beendet angesehen wurde, wenn die Ketten — durch eine unmittelbare Einwirkung Gottes, wie man glaubte — zersprangen.[3]) Das geschah gewöhnlich an den Gräbern von Heiligen.

---

1) Pertz, Mon. Germ. Leg. I, 42.

2) So das allgem. Concil im Lateran 1123, im Cap. 12 und 17; vgl. Hefele V², 380, 381.

3) Ueber diese Bußen und Wallfahrten vgl. Schmitz, Die Bußbücher und die Bußdisciplin der Kirche. Mainz 1883, Düsseldorf 1898, I, 154, 252, II, 317—409. Grimm, Deutsche Rechtsalterthümer. Göttingen 1881. S. 710, 737.

Bedeutsamer noch, als die kirchliche Qualität des Pilgers, ist für die Legendenbildung der Umstand, daß ein an einem fremden Pilgersmanne begangener Mord meist ungerächt von der irdischen Gerechtigkeit blieb. Nur seine Heimat vermißte den Gemordeten. Wie vielen Gefahren war er aber in fremden Landen und in unwirthlichen Gegenden ausgesetzt! Wenn er nicht heimkehrte, brauchte man darum noch nicht an Mord zu denken. Und wie hätte man nach dem Mörder fahnden können im fernen Lande? Wer kümmerte sich auch um den fremden Mann, den man erschlagen fand? Ermordete Pilger gehörten zu jenen Opfern, die unter den Menschen keinen Rächer des Verbrechens finden. Zur Sühne des Verbrechens muß Gott selbst eingreifen, und er thut es in dem grausigen Wunder, welches uns in den drei Erzählungen entgegentritt.

Die legendarische Darstellung der Strafe der Pilgermörder ist keine Erfindung phantasiereicher Erzähler. Was darüber berichtet wird, entstammt ohne Zweifel einer Volksüberlieferung, die in die frühen Zeiten der christlich-germanischen Cultur zurückgeht. Aus dieser Tradition schöpften — wie Wolfhard wiederholt betont — die Berichterstatter. Wie kam aber die Volksüberlieferung dazu, sich die Strafe jener Mörder in so entsetzlicher, sonst unbekannter Form vorzustellen?

Man wird zunächst versucht sein, die Quelle der Volkstradition in altgermanischen Rechtsbräuchen zu vermuthen. Vor dem germanischen Gerichte mußte der Leichnam des Gemordeten vorgewiesen werden. Aber nicht der Mörder trägt ihn dahin, sondern die klagenden Verwandten bringen ihn zur Stelle als ‚Schein, blickenden Schein, corpus delicti‘.[1] Die Mörder mußten wohl, wie oben erwähnt, als Strafe und Buße eiserne Ringe und Ketten tragen, aber nirgends

1) Grimm a. a. O. S. 627.

liest man, daß einem Mörder als Strafe oder Buße auferlegt worden sei, den Leichnam des Ermordeten, — sei es auch nur in effigie als Puppe — herumzutragen. Diebe, die man in flagranti ertappte, wurden mit dem gestohlenen tragbaren Gegenstande auf dem Rücken herum- und vor Gericht geführt,[1] verbrecherische Fürsten mußten zur Strafe Hunde, Adlige Pferde- und Esels-Sättel zum Schimpfe tragen,[2] nirgends aber tritt uns ein Rechtsbrauch entgegen, welcher zur Erfindung jener gräßlichen Strafe der Pilgermörder hätte Anlaß geben können.

Vielleicht bedeutet aber die Strafe der Legende nichts anderes, als die Hypostasirung des bösen Gewissens, des lebendigen Andenkens an die verbrecherische That? Der Gemordete folgt dem Mörder auf Schritt und Tritt; die Erinnerung quält den Verbrecher, stellt ihm die That in all' ihren grausamen Einzelheiten vor; er kann das Bild des Todten nicht los werden; der Gemordete ist sein quälender Begleiter. Aber eine Hypostasirung des bösen Gewissens setzt ein feineres moralisches Gefühl im Volke voraus, als wir für jene Zeit annehmen dürften. In den Jahrhunderten, in welchen Menschenleben so wenig galten, daß man sich auch mit Geldsühnen (Compositionen) für Todschlag und Mord abfinden konnte; in der Zeit, in welcher die christliche Anschauung über diese Verbrechen noch lange nicht zum Gemeingut der großen Masse geworden war und die weltliche Gesetzgebung durchsetzt hatte, konnte das Bewußtsein von der Größe der Verschuldung eines Mörders nur verhältnißmäßig gering sein. So mancher Verbrecher, an dessen Händen Menschenblut klebte, lief frei umher und war als solcher bekannt. Man wird daher jene Legende kaum aus der Idee des persönlich

---

1) Grimm a. a. O. S. 637.

2) Grimm a. a. O. S. 681, 715. Die Strafe hieß **Harmiscara**; s. Ducange, Gloss. u. d. W.

gewordenen Gewissens herleiten können. Es müssen andere Einflüsse mitgewirkt haben, um die den erzählten Legenden zu Grunde liegende Idee zu schaffen.

Diese Einflüsse bestehen, wie ich glaube, in antiken Traditionen. Solche Traditionen lebten in den mannigfaltigsten Gestaltungen unter den christlich-germanischen Völkern fort. Läßt sich doch ein guter Theil des alten deutschen Volksaberglaubens auf römisch-griechischen Ursprung zurückführen. Aus dem alten Gallien und auch auf andern Wegen kommen sie unter die christlich gewordenen germanischen Stämme diesseits des Rheines. So war es auch mit dem antiken Glauben, daß die Seele der Ermordeten, für welche kein irdischer Rächer erstand, selbst die rächende Strafe an dem Mörder vollziehe.

Findet der Gemordete keinen Rächer, so tritt nach der Anschauung der nachhomerischen griechischen Dichter und der nachhomerischen religiösen Ueberlieferung die Seele des Ermordeten selbst als Rächerin auf.[1]) Nach Plato[2]) zürnt die Seele dem Mörder und schreckt ihn. Sie heischt Rache und wird zum *δαίμων προςτρόπαιος* welcher Rache für den Todten nimmt. Die Erinys ist ursprünglich die eigene Seele des Ermordeten, wie auch die Keren (*κῆρες*) Seelen der Abgeschiedenen waren. Erst später wird sie zu einem von dem Todten verschiedenen Wesen, zu einem Höllengeiste, dessen Aufgabe es war, nicht bloß ungerächt gebliebene Morde, sondern jedes Unrecht zu rächen. Der Fluch (*ἀρά*) des Gemordeten ruft seine Erinys aus der Unterwelt; die *ἀρά* wirkt, wie die späteren *κατάδεσμος* und *βιαστικαί*

---

1) Vgl. darüber Rhode, Psyche, I³, 264 ff., Freiburg i. B. 1898, und die ausführlichen Darlegungen desselben in der im Rheinischen Museum Band 50, 1 ff. c. 1895 veröffentlichten Abhandlung „Paralipomena".

2) Leg. 9 f. Rhein. Mus. S. 14.

ἀπειλαί (Höllenzwang), welche die bösen Geister auf die Oberwelt zu kommen zwingen. Die Erinys der Gemordeten verfolgt den Mörder, hetzt ihn, treibt ihn zum Wahnsinn; wie ein Vampyr heftet sie sich an den Mörder und saugt ihm das Blut, das Leben aus. „Nicht als das Gewissen des Mörders treten die Erinyen in Erscheinung und in Thätigkeit, sondern anstatt des Gewissens.“[1])

Auf dem Hadesgemälde des Polygnotos in Delphi, welches Pausanias schildert, erscheint die Seele des Vaters selbst den Vatermörder würgend.[2]) Nach der Visio Alberici muß der Mörder einen Dämon in Gestalt des Gemordeten an seiner Kehle drei Jahre lang tragen. So tritt immer noch der Gedanke hervor, daß eigentlich der Todte selbst die Strafe vollzieht und die Rache an dem Mörder nimmt. Freilich wurde dieser Gedanke verdunkelt, als die Erinyen in der religiösen Anschauung der Alten als fast selbständige Rache-Dämonen galten. Ihre Beziehungen aber zu den Seelen der Gemordeten, die sie später vertraten, haben sie nie ganz verleugnet.

In eigenthümlicher Weise tritt die Betheiligung der Seelen der Gemordeten an der Strafe der Mörder in der aus der Mitte oder aus dem Ende des zweiten Jahrhunderts stammenden Petrus-Apokalypse hervor, deren Text sammt dem Evangelium Petri O. Gebhardt nach einer in Gizeh gefundenen Handschrift neu herausgegeben hat.[3]) Die eschatologische Partie der Apokalypse ist auch in Dieterichs ‚Nekyia‘ abgedruckt und übersetzt.[4]) Petrus wird von dem Herrn in die Hölle geführt und schaut dann die Strafen der Verdammten. Er sieht die Qualen der un-

1) Rhein. Museum 50, 9; die Nachweise S. 10 und 11.
2) Daselbst S. 16.
3) Leipzig 1893.
4) Leipzig 1893, S. 2–9.

gerechten, die Wittwen und Waisen bedrückenden Reichen, der Wucherer, die in einem von Eiter und Blut und brodelndem Schlamm angefüllten See standen. „Und die Mörder erblickte ich [Petrus] und ihre Mitschuldigen, die geworfen waren an einen engen Ort, der voll von bösem Gewürm; und sie wurden gebissen von jenen Thieren und mußten sich dort in jener Qual winden. Es bedrängten sie Würmer wie Wolken der Finsterniß. Und die Seelen der Gemordeten standen da und sahen auf die Qual jener Mörder und sprachen: ‚O Gott, gerecht ist dein Gericht‘.“

„Nahe an jenem Ort sah ich einen andern engen Ort, in dem das Blut und der Unrath derer, die bestraft wurden, herabfloß und dort wie ein See wurde. Und dort saßen Weiber; die hatten das Blut bis an den Hals, und ihnen gegenüber saßen viele Kinder, die da unzeitig geboren waren und weinten. Und von ihnen gingen Feuerstrahlen aus und trafen die Weiber über das Gesicht. Das waren die, welche unehelich empfangen und abgetrieben hatten“.[1])

Während die Gemordeten nur als Zeugen der Strafen ihrer Mörder erscheinen, allerdings auch aktiv sich durch den Lobspruch auf die göttliche Gerechtigkeit betheiligend, werden die vorzeitig und gewaltsam gestorbenen Kinder (ἄωροι)[2]) selbst zu Werkzeugen der Strafe ihrer verbrecherischen Mütter.

---

1) Dieterich S. 7.

2) Ἄωροι sind die Seelen derer, welche vorzeitig — sei es gewaltsam oder auf natürlichem Wege — gestorben sind. Sie finden solange keine Ruhe, bis die Zeit gekommen, in der sie der ursprünglichen Schicksalsbestimmung nach hätten sterben sollen. Bis dahin leben sie als Dämonen auf der Oberwelt. Vgl. Rhode Psyche II², 411. Sie schweifen im Schwarme der Hekate mit herum. Auch Tertullian spricht von den ἄωροι (de anima c. 56. Corpus script. eccl. lat. XX, 389 Vindob. 1890). Während die ἄωροι sonst als irrende Geister in der Oberwelt gedacht werden, ist diese Klasse derselben in die Hölle gesetzt, um das Strafamt an den Müttern auszuüben.

Denn von den Kindern gehen die Feuerstrahlen aus, welche die Weiber treffen. Die Seelen der Kinder rächen sich und strafen das an ihnen begangene Verbrechen selbst; sie sind die Erinyen, gemäß der ursprünglichen Bedeutung dieser rächenden Geister. Nur bei *diesen beiden* Klassen von Verdammten, bei den Mördern und bei den verbrecherischen Müttern wird die Gegenwart ihrer Opfer erwähnt. Auch das ist bezeichnend. Für die Morde, die *ohne* irdische Rache geblieben, schauen Beifall spendend die Seelen der Gemordeten die Strafe ihrer Mörder. Die Ἄωροι gar rächte Niemand auf Erden; darum rächen sie *selbst* ihren vorzeitigen Tod an ihren schuldigen Müttern in der Hölle.

So hat die antike Anschauung von der Selbstrache der Gemordeten ihren Weg in die alte christliche Literatur gefunden und ist auch in die mittelalterlichen Legenden gelangt. Sie lebte unter den christlich gewordenen Griechen und Römern fort wie auch andere die abgeschiedenen Seelen betreffenden Volksmeinungen. Ich erinnere nur an die Ansicht über die Geschicke der Seelen der gewaltsam ums Leben gekommenen, der βιαιοθάνατοι. In welchen Kanälen jene Idee in die mittelalterlichen Legenden gekommen ist, läßt sich nicht verfolgen; aber die Thatsache wird nicht in Abrede gestellt werden können. Wie deutlich bekundet sie sich in der Visio Alberici. Der Dämon, welcher den Mörder drei Jahre an der Kehle packt, hat die Gestalt des Ermordeten. Das ist die Verkörperung der rächenden und strafenden Seele der Alten. Von diesem Glauben bis zur Darstellung unserer Legenden ist nur ein kleiner Schritt, welcher der zum Realen geneigten Phantasie des Volkes nicht schwer war. Die strafende und rächende Seele verkörpert sich zur Leiche des Gemordeten, die sich wie die Erinys dem Mörder anhängt, die ihm aufhockt, die ihn quält mit ihrer Last und mit dem schrecklichen Andenken an die Mordthat.

Das ist in den Augen des Volkes ein *Gottesgericht*. Allen soll das Verbrechen des Mörders kund werden; darum

muß er sein lebloses Opfer herumtragen. Niemand darf den Lauf dieses Gerichtes stören, und wer es versucht, verfällt der gleichen Strafe, wie der „infelix secator“ in den Walpurgis-Wundern. Wo Gott durch den Ermordeten selbst an dem Mörder die Strafe vollziehen läßt, da vermag auch die Schlüsselgewalt der Kirche nichts. Der Papst will den Mörder des Königssohnes nicht lossprechen; der verbrecherische Kreuzfahrer wird nach Jerusalem geschickt, um durch Buße zu sühnen, was er begangen, und der Mörder des zur hl. Walpurgis wallenden Pilgers findet keine Verzeihung; auch die Gnadenstätte der berühmten, wunderthätigen Heiligen ist ihm verschlossen.

Gmunden. Adolf Franz.

LXVII.

Graf Karl Hohenwart.

Aus Wien, 1. Mai.

Oesterreich hat in dem Grafen Karl Siegmund von Hohenwart den größten Staatsmann begraben, den es seit Metternich besaß. Den größten Staatsmann! Ist das nicht zu viel gesagt? Ist das nicht etwa blos eine üppige Redeblume, einem theueren Todten auf den Katafalk gelegt? Sollte Wahrheit in dem Worte stecken, Wahrheit, die nicht mit den Grabkränzen welkt, sondern den grausamen Entkörperungsproceß zu überdauern vermag, den die Zeit vollzieht? Historische Wahrheit also?

Versuchen wir dieß festzustellen, indem wir die Bedeutung Hohenwarts als Staatsmann so vorurtheilsfrei und leiden-

schaftslos prüfen, als dieß dem Zeitgenossen gegenüber überhaupt möglich ist. Dazu ist vor Allem nöthig, daß wir nicht die politischen Erfolge oder Mißerfolge, sondern die staatsmännischen Ideen und Principien Hohenwarts zum Maßstabe seiner Bedeutung wählen. Denn was er erreichte, oder nicht erreichte, war nicht immer und nicht ganz sein Verdienst oder seine Schuld; nur in dem was er wollte, was er erstrebte, lag seine Eigenart und Bedeutung. Das mag als ein wunderlicher Maßstab erscheinen. Einen Staatsmann nach dem zu messen, was er anstrebte, und nicht nach dem allein, was er vollbrachte, das scheint ungewöhnlich, ungerecht und daher auch unzuläßig. Wer so denkt, vergißt, daß Graf Hohenwart ein österreichischer Staatsmann war, ein Politiker des constitutionellen Oesterreich, wie es sich aus den Impulsen des Jahres 1848 entwickelt hat, und nicht des vormärzlichen Oesterreich. Nur dieses hat staatsmännischer Thatkraft und Initiative freien Raum geboten, jenes niemals. Selbst ein Bismarck hätte sich aus dem Boden des constitutionellen Oesterreich nicht zur vollen Höhe seiner Leistungsfähigkeit entwickeln können, auch ein staatsmännisches Genie von seiner Triebkraft wäre in seinem Wollen und Streben behindert und gelähmt worden, es hätte sich verbraucht ohne auch nur einen Theil seiner Ideen zur That gemacht zu haben. Das ist eben der Fluch des nachmärzlichen Oesterreich, das ist seine constitutionelle Krankheit, daß sich die Umwerthung von staatsmännischen Plänen zu staatsmännischen Werken höchst mangelhaft und mühselig vollzieht. Deßhalb darf, deßhalb muß man in Oesterreich unterscheiden zwischen dem, was ein Staatsmann wollte und dem, was er vollbrachte, zwischen dem, was seiner Begabung entsprang, und dem, was die Verhältnisse daraus machten. Nur diese Art der Beurtheilung ist zuläßig, weil nur sie gerecht ist.

Als Graf Hohenwart am 4. Februar 1871 vom Statthalter in Oberösterreich zum österreichischen Ministerpräsidenten emporstieg, da fußte er mit seinen politischen Anschauungen

in der klaren Erkenntniß, daß Oesterreich durch das im Jahre 1867 begründete System des deutsch-liberalen Centralismus eine Vergewaltigung seiner historischen Eigenart erfahren hatte. Er wußte, daß es sich als unmöglich erweisen werde, den Staat in der Richtlinie der liberalen Doktrin und des centralistischen Verwaltungsprincipes organisch fortzuentwickeln und deßhalb wollte er Oesterreich die Möglichkeit einer solchen organischen Entwicklung dadurch wiedergeben, daß er die unzerstörbaren Elemente des Staatswesens, die historischen Individualitäten, zu entscheidender Geltung kommen ließ. Er gab Galizien die Selbstverwaltung, deren es sich heute erfreut, und war entschlossen eine gleiche Autonomie auch Böhmen zu gewähren. Die Initiative der Gesetzgebung sollte in die Landtage zurückverlegt und dadurch die freie Entwicklung und Erstarkung der Nationalitäten angebahnt werden. Statt des centralistischen Zwanges, der die historischen Individualitäten zu willenlosen und in ihrer Lebensbethätigung zum Absterben verurtheilten Gliedern des Staates machte, wollte er die Freiheit der Länder setzen; er wollte die nichtdeutschen Volksstämme, die nahezu zwei Drittheile der Bevölkerung bilden, nicht zu Zwangs-Oesterreichern, sondern zu freiwilligen und erst dadurch verläßlichen Angehörigen des österreichischen Kaiserstaates machen. Zum erstenmale seit der Schmerling'schen Februarverfassung kam ein österreichischer Staatsmann, der den Muth hatte dafür einzutreten, daß Oesterreich nur als ein lebenskräftiger Völkerstaat, nicht aber als ein in doktrinäre Principien eingeschnürter Verfassungsstaat, bestehen könne. Zum erstenmale wagte ein leitender Staatsmann die innere Unwahrheit des ganzen liberal-centralistischen Staatsprincips darzulegen und an die natürlichen Grundlagen der Machtstellung Oesterreichs und den katholischen und polyglotten Charakter seiner Bevölkerung zu mahnen. Und mit einer Willenskraft, wie sie vor ihm und nach ihm kein zweiter Staatsmann in Oesterreich aufwies, schritt Hohenwart an die Verwirklichung der

als richtig erkannten Grundgedanken. Es löste die Landtage, welche eine verfassungstreue, das heißt liberal-centralistische Mehrheit besaßen, auf und erreichte durch die Neuwahlen, daß das Abgeordnetenhaus eine Regierungsmajorität von 203 Stimmen, also die qualificirte Mehrheit für eine Verfassungsänderung besaß. Er veranlaßte ferner den Kaiser durch das Rescript vom 12. September 1871 die historischen Rechte des Königreichs Böhmen anzuerkennen und sich zur Bekräftigung dieser Anerkennung durch den Krönungseid bereit zu erklären. Dann trat der Ausschuß des böhmischen Landtages an die Berathung der 18 Fundamentalartikel heran und damit war der Punkt erreicht, an dem sich die Realisirung der Pläne Hohenwarts seinem Willen zu entziehen begann, der Punkt, an dem die klaren Intentionen des Staatsmannes vergeblich gegen fremde Einflüsse wie gegen politische Bornirtheit ankämpfen mußten.

Hätte sich Hohenwarts Wille unbehindert in That umsetzen können, dann wäre im Oktober 1871 die Entwicklung des Völkerstaates Oesterreich für geraume Zeit, für Jahrhunderte vielleicht, vorgezeichnet worden. Böhmen hätte seine Autonomie und seinen gekrönten König erhalten und hätte sich gleich Galizien als ein politisch saturirtes Staatselement erwiesen. Der böhmische Landtag wäre der legale Boden für den Ausgleich der nationalen Interessen der Czechen und der Deutschen im Gebiete der Wenzelskrone geworden und geblieben. Und voraussichtlich hätte sich dieser Ausgleich in gerechter und ruhiger Weise vollzogen, weil hier die beiden Volksstämme im Rahmen der Landesautonomie einerseits Bewegungsfreiheit genug, anderseits aber auch eine Begrenzung der nationalen Aspirationen gefunden hätten. Die Deutschen in Böhmen hätten gewußt, daß sie mit ihren nationalen Forderungen auf sich selbst gestellt seien und von den übrigen Deutschen in Oesterreich keinen Succurs zu erwarten hätten, — und die Czechen hätten gewußt, daß sie mit den deutschen Landsleuten unabänderlich in einer einzigen

Stube hausen und sich daher mit ihnen auch vertragen müßten. Die beiden Volksstämme hätten in der Gemeinsamkeit des werthvollen Besitzes der Landesautonomie viel mehr und viel zwingenderen Grund zur einträchtigen wirthschaftlichen Arbeit als zu unfruchtbarem politischen Zwist gefunden, es hätte sich ihnen, da sie die volle Freiheit der Selbstverwaltung besaßen, gar nicht der Mühe gelohnt, um Nichtigkeiten zu kriegen. Niemals wäre ein deutsch-böhmischer Nachtwächterkrieg entbrannt, niemals hätte es wüthenden Streit gegeben um eine Straßentafel oder einen Gerichtsschreiber, weil sich dem Ehrgeiz beider Volksstämme weit lohnendere Ziele eröffnet hätten. Und hätte es doch einmal Zank gegeben, dann wäre es ein häuslicher Zwist geblieben, man hätte sich in der Landstube ausgepoltert und ausgeglichen. Das Reich hätte nichts davon erfahren und es wäre ganz unmöglich gewesen, daß ein deutsch-böhmischer Conflikt jemals das Parlament, den Reichsrath, lähmend beeinflußt. Denn der Reichsrath wäre ja dann nur eine Versammlung der Delegirten aus den Kronländern zum Zwecke der Berathung gemeinsamer Dinge gewesen und diese Körperschaft hätte Klügeres zu thun gehabt, als einer böhmischen Sprachenverordnung wegen zu trutzen und zu maulen wie verzogene Kinder. Aber nicht Böhmen und Galizien allein, auch die deutschen Erbländer und die von Südslaven und Italienern bevölkerten Gebiete hätten sich mit Hilfe des Principes der Selbstverwaltung zu selbstbewußten und selbstthätigen Theilen des Reichsganzen entwickelt, und statt zu nationalen Eifersüchteleien wäre es zu einem culturellen Wettbewerb der einzelnen Provinzen gekommen. Niemals hätte ein Oesterreich, das aus solchen zum Selbstdenken und Selbstregieren erzogenen Theilen besteht, in eine beschämende und verderbliche Position gegenüber Ungarn gerathen können. Der Ausgleich mit Ungarn das wäre vielmehr jedesmal der Anlaß und der Boden zu einer vollständigen Einigung aller Volksstämme Oesterreichs geworden, und die Ungarn hätten einem Reichsrathe gegen-

über, wie er aus den Grundideen Hohenwarts hätte erstehen müssen, einen verzweifelt schweren Standpunkt gehabt. Denn dieser Reichsrath wäre sicherlich nie so eigensinnig und albern gewesen, um eines nationalen Froschmäusezwistes wegen, den Ungarn den offenen Staatssäckel hinzuhalten und sich in dieser angenehmen Stellung auch noch die Hände binden zu lassen. Die Rückwirkung eines die organische Entwicklung Oesterreichs verbürgenden Staatsprincipes auf Ungarn wäre aber auch in anderem Sinne eingetreten. In Oesterreich hätten sich die Nationalitäten frei und doch geborgen gefühlt und das hätte zweifellos in den nichtmagyarischen Nationalitäten der Stephanskrone den berechtigten Wunsch geweckt, ähnlicher Freiheit und Sicherheit theilhaftig zu werden. Dann ständen die Dinge heute wesentlich anders, als sie leider in der That stehen. Dann hätte Oesterreich keinen Nationalitätenhader mehr und stünde festgeschlossen da als organisch gesunder Völkerstaat, während Ungarn harte Mühe hätte, das terroristische Princip des magyarischen Nationalstaates gegen den Unwillen seiner Volksstämme zu schützen.

Von dem Untergrunde ihrer logischen Consequenzen hebt sich die Staatsklugheit Hohenwarts wie ein gewaltiger monumentaler Bau ab. Man braucht die Ideen Hohenwarts nur auszudenken und man gelangt unschwer zu der Erkenntniß, daß der Mann, der so Großes erkannte und erstrebte, sicherlich ein vollwerthiger Staatsmann war. Nicht an ihm lag es, daß die Verwerthung seiner Ideen in Thatsachen so jäh unterbrochen wurde. Die thörichte Ungenügsamkeit der Czechen war es, die zunächst daran Schuld trug, daß die in den Fundamentalartikeln niedergelegten Forderungen weit über das Maß dessen hinausgingen, was Hohenwart als gerechtfertigt und durchführbar bezeichnet hatte. Unter dem Eindrucke der staatsrechtlichen Erfolge Ungarns stehend, meinten die czechischen Führer eine Sonderstellung der Länder der Wenzelskrone ertrotzen zu können, die den Dualismus zum Trialismus ausweitete. Vergeblich mahnte und warnte

Hohenwart und schweren Herzens entschloß er sich endlich am 10. Oktober 1871 die Fundamentalartikel dem Kaiser zur Vorsanction zu unterbreiten. Damit war ihr Schicksal wie das Geschick des Cabinets Hohenwart entschieden. Denn nun setzten alle Faktoren, die ein Interesse daran hatten den liberalen Centralismus aufrechtzuerhalten, energisch ein. Beust, der ohne es zu ahnen, bereits dem Willen Andrassys gehorchte, legte dem Kaiser ein Denkschrift vor, welche die Unvereinbarkeit der Fundamentalartikel mit den Ausgleichsgesetzen vom Jahre 1867 nachwies, und dem Einfluß des bereits kräftig entwickelten Beamtenliberalismus kehrten sich auch die Kriegsminister Becke und Kuhn sowie die Mitglieder des Cabinets Hohenwart, die Minister Holzgethan und Scholl gegen die Postulate der Czechen. Das war wirksame Vorarbeit, geleistet im Interesse — Ungarns. Denn für Ungarn handelte es sich hier um eine Frage seiner Macht. Gelangte Oesterreich zu einer staatsrechtlichen Reform, welche den Schnürleib des Centralismus sprengte und den Ländern und Völkern eine freie organische Entwicklung sicherte, dann drohte dem auf brutalster Gewaltherrschaft basirten magyarischen Nationalstaate die Gefahr eines Erwachens und Erstarkens der ungarländischen Slaven, Rumänen und Deutschen und damit der innere Zerfall. Das mußte verhütet werden um jeden Preis. Und so unternahm denn der ungarische Ministerpräsident Graf Gyula Andrassy einen entschlossenen Sturmlauf gegen die Fundamentalartikel. Er wandte sich an den gekrönten König von Ungarn und stellte ihm die schwersten politischen Verwicklungen in sichere Aussicht, wenn die Forderungen der Czechen erfüllt werden sollten. Noch einmal versuchte Hohenwart die Aktion Andrassys und seiner bewußten und unbewußten Verbündeten dadurch zu vereiteln, daß er die Führer der Czechen, Clam-Martiniz und Rieger beschwor, einer Ermäßigung der Fundamentalartikel zuzustimmen. Umsonst. Die Czechen waren von Größenwahn und kindischem Trotz erfüllt, sie beharrten

auf dem unsinnigen „nedejme se“. So mußte kommen, was nicht abzuwenden war, der Kaiser lehnte die Vorsanction der Fundamentalartikel ab und Hohenwart reichte am 26. Oktober seine Demission ein. Der groß angelegte schicksalsschwere Versuch, Oesterreich der erstickenden Umklammerung durch den liberalen Centralismus und den magyarischen Terrorismus zu entreißen, war endgiltig gescheitert. Andrassy triumphirte vollständig. Er setzte nicht nur für Oesterreich das ihm genehme liberale Ministerium Auersperg-Lasser durch, sondern er stürzte auch den geckenhaften Beust, um selbst an dessen Stelle zu treten. Der König von Ungarn war damals wie immer vortrefflich berathen. Der Kaiser von Oesterreich war es nicht ....

Nach seinem Sturz war Hohenwart, so herb und schmerzlich die Enttäuschungen auch waren, die er erfahren hatte, keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß er nunmehr den Kampf für seine Ideen auf parlamentarischem Boden fortzusetzen habe. Schon im Oktober 1873, als zum erstenmale die von den Liberalen ersiegten direkten Wahlen in den Reichsrath vorgenommen wurden, trat er als Candidat auf und erhielt das Mandat der Krainburger Landgemeinden. Im Parlamente begründete er die anfangs recht unansehnliche Rechtspartei, die aber endlich doch zum Kernpunkt einer mächtigen Parteiencoalition wurde. Als Graf Taaffe im Jahre 1879 die Leitung der Staatsgeschäfte übernahm, da war es Hohenwart, der die „Rechte“ und ihr Executivcomité organisirte, und diese Schöpfung Hohenwarts hat ihn selbst überlebt. Die parlamentarische Rechte und ihr Executivcomité sind zur Institution geworden, die allen Stürmen getrotzt, zahlreiche Ministerien überlebt und sich als der Hort der Ideen Hohenwarts, als ein starkes Bollwerk des Völkerstaates Oesterreich erwiesen hat. Der völlige Niedergang des Liberalismus und das stetige Erstarken des autonomistischen Princips sind fast ausschließlich dem Bestande der parlamentarischen Organisation der Rechten zuzuschreiben.

Der Kampf um eine natürliche, organische Entwicklungsform Oesterreichs ist freilich auch jetzt, wo Graf Hohenwart für immer vom politischen Kampffelde verschwunden ist, noch immer unentschieden. Nach wie vor ringen der liberale Centralismus und der magyarische Chauvinismus um jeden Stein der staatsrechtlichen Zwingburg vom Jahre 1867. Aber daß dieser Kampf nicht längst völlig aussichtslos wurde, daß er vielmehr mit Ausdauer und zielbewußter Energie fortgeführt werden kann, das ist Hohenwarts Werk, das ist sein ureigenstes staatsmännisches Verdienst.

Der größte Staatsmann, den Oesterreich seit Metternich besaß! Das Wort ist keine Redeblume, die zerfällt und welkt wie ein Grabkranz, es birgt eine Wahrheit, die den grausamen Entkörperungsproceß der Zeit nicht zu scheuen hat, es wird einst als eine historische Wahrheit den Gedenkstein des Grafen Karl Siegmund von Hohenwart zieren.

LXVIII.

Der junge Eichendorff.[1]

So oft man auch die Romantik schon todt gesagt hat, sie will sich immer nicht in ihr Schicksal ergeben. All die stolzen Machtsprüche haben es nicht vermocht, sie aus der Welt zu schaffen. Von Zeit zu Zeit gibt sie vielmehr unleugbare Beweise, daß sie noch am Leben sei, und wir erfahren dann, wie stark und nachhaltig die romantische Dichtung trotz allem und allem annoch fortwirkt. „Wir wissen heute mehr denn je", sagte

---

1) Der junge Eichendorff. Ein Beitrag zur Geschichte der Romantik. Von Hermann Anders Krüger. Oppeln 1898. 172 S.

kürzlich ein vorurtheilsfreier Forscher, Prof. Anton Schönbach in Graz, „wie das Beste unserer neueren Literatur auf ihre Grundlage zurückgeht, und wie jetzt in der Gegenwart das alte romantische Wesen zu neuen Ehren gelangt“. (Oesterr. Literaturblatt 1897. Nr. 22.) Daß Brentano's Lieder und Märchen noch eine ansehnliche Gemeinde haben, ist eine Thatsache, auf die schon öfter hingewiesen wurde. Uhlands Volksthümlichkeit besteht auch heute noch unbestritten. Wie sehr vor allem Jos. von Eichendorff's Poesien im Volke noch lebendig sind, ist bei seinem Jubiläum, der Feier seines 100. Geburtstags im Jahre 1888, glänzend zu Tage getreten. Eine ganze Reihe von Schriften und zahllose Festartikel haben von seiner Bedeutung und der unvergänglichen Schönheit seiner Lieder vielstimmiges Zeugniß gegeben.[1])

Das Interesse für diesen Dichter, den man den letzten Ritter der Romantik genannt hat, lebt fort. Von der geheimnißvollen Macht, die er noch fortwährend ausübt, liefert die jüngste Untersuchung von H. A. Krüger, eine gründliche und liebevoll eindringende Arbeit, einen neuen Beleg. Das Buch bietet einen sehr schätzbaren Beitrag zur Biographie des liebenswürdigen Dichters, wie zur Geschichte der Romantik überhaupt.

Dr. Krüger hat sich zur Aufgabe gestellt, die Jugendentwicklung Eichendorffs bis zum Abschluß seines Romans „Ahnung und Gegenwart“, nach der biographischen wie nach der poetischen Seite, durchzuprüfen und an der Hand zum Theil unbenutzten Materials genauer darzulegen. Bei Eichendorff erscheint die Zweckmäßigkeit dieser Beschränkung auf eine abgegrenzte Periode nicht unbegründet. Die Erlebnisse seiner Jugend und ersten Wanderzeit sind für seine geistige Entwicklung entscheidend gewesen. „Eichendorff blieb als Dichter wie als Mensch im Wesentlichen das, was er in seiner Jugend geworden. Der lichte Zauberglanz, der über seinen herrlichen Jugendtagen gebreitet lag, schimmert uns überall aus seinen Werken wieder entgegen, von seinen ersten Florensliedern an bis zum letzten Epos ‚Lucius‘, seinem Schwanengesang“ (S. 2.)

---

1) Vgl. Histor.-polit. Blätter Bd. 101, S. 565 ff.

Die wichtigste Grundlage für Dr. Krügers Ausführungen bilden die bisher unveröffentlichten Jugendtagebücher Josephs von Eichendorff, die dem Verfasser in einer Abschrift von der Schwiegertochter des Dichters, Marie Freifrau von Eichendorff, zur Verfügung gestellt waren. Diese Tagebücher, von 1800 bis 1808 reichend, haben seiner Zeit auch seinem ältesten Sohne Hermann von Eichendorff, dem wir die erste Biographie des Dichters verdanken, vorgelegen, aber Pietät und Familienrücksichten mochten damals, nur wenige Jahre nach dem Tode des Vaters, noch das Maß der Benützung vielfach beschränken. Krüger hatte freiere Hand, doch bietet auch er keinen blanken Abdruck, und mit dem Frühjahr (3. April) 1808 bricht die Handschrift ab.

„Den 12. November 1800 fing ich dies Tagebuch an. Joseph, Baron von Eichendorff. Lubowitz". Mit diesen Worten eröffnet der junge Baron seine Aufzeichnungen, die er also in seinem 12. Jahre begann; kurze harmlose Einträge, anfänglich unbeholfen, mitunter nur Schlagworte. Bei aller Knappheit verrathen sie aber doch schon den Sinn für Naturbeobachtung und gestatten einen Einblick in eine schöne, sorglos fröhliche Kinderzeit im väterlichen Schlosse zu Lubowitz, deren ungestörtes Glück dem Dichter sonnenhell in der Erinnerung blieb und in vielen seiner Lieder nachklingt. Vielleicht war es der Hofmeister, ein Geistlicher und einsichtsvoller Pädagoge, mit Namen Heinke, der das Tagebuch angeregt hat. Von der Frühreife des Knaben spricht übrigens, daß er schon in seinem zehnten Lebensjahre ein mehraktiges Trauerspiel verfaßte, das der römischen Geschichte entnommen war und das den kindlichen Verfasser beim Niederschreiben und so oft er es von neuem überlas, bis zu Thränen rühren konnte.

Die erste Lubowitzer Zeit nahm 1801 ein Ende, als Joseph von Eichendorff mit seinem Bruder Wilhelm im Herbst des genannten Jahres in das Convikt nach Breslau gegeben wurde, um dort das katholische Gymnasium zu besuchen; auch dahin begleitete Herr Heinke die beiden Brüder. Ueber diese Periode bietet das Tagebuch schon ergiebigere Einträge, welche dem Autor unserer Schrift Anlaß geben, Einzelnes chronologisch richtig zu stellen, Anderes anschaulicher und farbiger zu illustriren.

Es herrschte im Breslauer Convikt ein ziemlich freies und lustiges Treiben mit einem stark studentischen Anstrich. Man ging ins Theater, Schauspiel wie Oper, und man spielte auch selbst Theater im Convikt, wobei Joseph öfters Frauenrollen übernahm. Dazu kamen häufige Musikaufführungen, Ausflüge und Familien-Einladungen, sowie die sogenannten Conditionen, d. h. die Erlaubniß, Abends gemeinsam Bier, Wein oder Punsch zu trinken. Es war übermüthig junges Volk beisammen, sorglos und lebensfroh, zu Zeiten ein wenig überschäumend, zu ausgelassenen Streichen und Abenteuern bereit. Dabei scheint aber doch im Ganzen ernstlich gearbeitet worden zu sein. Für die künstlerische Ausbildung, meint Krüger, sei die an Kunstgenüssen so überreiche Zeit sogar nicht ohne Bedeutung gewesen: „Der melodische Wohlklang, die leichte Sangbarkeit der Eichendorff'schen Lieder, die später einen Mendelssohn,[1]) einen Schumann geradezu begeisterte, haben vielleicht diesen musikalischen Jugendeindrücken ihren ersten Anstoß zu verdanken“ (S. 26). In Eichendorffs Tagebucheinträgen selbst ist „das deutliche Zunehmen der geistigen Urtheilskraft und des schriftstellerischen Darstellungsvermögens recht wohl zu verfolgen“ (28). Unter den Conviktsgenossen, mit denen beide Brüder ein jovial kameradschaftliches Verhältniß unterhielten, befand sich ein gewisser Werner, der dem in literarischem Wettkampf sich versuchenden jugendlichen Kreis durch sein ungewöhnliches poetisches Formtalent imponirte; ihm wird eine bisher fälschlich unter Eichendorffs Namen gehende Jugenddichtung „Italien“ von Dr. Krüger mit triftigem Grund (S. 30, 33, 109) zugesprochen. Das Originalmanuscript trägt auch die Ueberschrift: „Eine Dichtung von Werner“. Dieser dürfte ein Landsmann seines Namensvetters Zacharias Werner gewesen sein.

Einen schädlichen Einfluß scheint das leichtlebige, etwas zerstreuende Treiben auf Eichendorff nicht gehabt zu haben: „Die gute Erziehung von Haus aus, die mannigfachen regen

---

1) In der hiezu gehörigen Fußnote (S. 26) verwechselt Krüger Fanny Hensel mit der Dichterin Luise Hensel. Die Schwester Mendelssohns und Gattin des Malers W. Hensel hieß Fanny.

Familienbeziehungen, der stete Umgang mit dem tüchtigen Heinke und nicht zum mindesten der zähe Stahl seines eigenen früh und selbständig entwickelten Charakters ließen ihn diese etwas stürmische Schulperiode gut überstehen, ja mancherlei werthvolle geistige, namentlich auch künstlerische Anregung mit hinaus ins Leben nehmen" (S. 39). Im letzten Semester, Winter 1804/5, das für die Brüder gewissermaßen ein Uebergangsstadium vom Gymnasium zur Universität bildete, wurden neben den alten Klassikern die neueren Sprachen betrieben und dazu ein Colleg über neuere Philosophie gehört.

Im Frühling 1805 ging Joseph v. Eichendorff mit seinem Bruder zur Universität Halle ab, damals die bestbesuchte in Deutschland. Es herrschte dort ein reges geistiges Leben. Die neue patriotisch literarische Bewegung trieb in Halle ihre ersten Blüthen und wurde für die Geistesbildung E.s von grundlegender Bedeutung. Sein Tagebuch gibt Auskunft über die Vorlesungen, die in den drei Semestern an der Saale gehört wurden, und ein wenig auch über den Charakter der Professoren, die seinen Studiengang beeinflußten. Krüger weist in dieser Hinsicht Fr. Aug. Wolff die erste Stelle zu, aber es ist wohl nicht anzufechten, daß der junge Dichter einen weitaus mächtigeren Eindruck von der Persönlichkeit und hinreißenden Beredsamkeit des Naturphilosophen Heinrich Steffens empfing. Beliebt unter den Studenten waren Wanderungen und Ritte nach Leipzig und Lauchstädt. In Leipzig bewunderten sie Ifflands Spiel in Schillers Räubern; in Lauchstädt, dem Weimar'schen Sommertheater, sahen sie Götz von Berlichingen und andere Dramen von Göthe, sowie den Dichter selbst: „Se. Excellenz, Geh. Rath von Göthe, saß daneben mit seiner Dem. Vulpius in der Loge und blickte so herab auf das Entzücken, welches das Kind seines Geistes verbreitete" (S. 60), vermerkt Eichendorff in seinem Notizbuch. Daß namentlich die Lauchstädter Erlebnisse und Beobachtungen tiefer gehende Wirkung auf den angehenden Dichter übten, bekennt dieser selbst in den am Abend seines Lebens geschriebenen Erinnerungen („Erlebtes: Halle und Heidelberg").

In die Haller Studienzeit fällt eine achtzehntägige Ferienreise durch den Harz nach Hamburg und Lübeck, vom 10. bis

27. September 1805, die erste größere Reise der zwei freiherrlichen Studenten, die sie mit der vollen Frische und Wanderseligkeit der Jugend genossen. Die anschaulich lebendige Schilderung derselben nimmt denn auch im Tagebuch einen großen Raum ein. Aus diesem Tagebuch, das H. Keiter noch nicht kannte, geht hervor, daß des letzteren Bemerkung, „der Anblick des Meeres scheine an Eichendorffs idyllisch gestimmter Seele spurlos vorübergegangen zu sein“ (J. v. Eichendorffs Leben, 1887 S. 15), keineswegs zutrifft. Der Eindruck war im Gegentheil ein gewaltiger. Die Fahrt an die Elbemündung bei Hamburg (am 18. Sept.) nennt der junge Reisende „einen der schönsten Morgen seines Lebens“, die Fahrt von Lübeck nach Travemünde, an die Ostsee hinaus, „Krone und Gipfel“ seiner Reise. „Mit der gespanntesten Erwartung“, schreibt Eichendorff, „sahen wir dem Augenblick entgegen, wo wir das Meer zu Gesicht bekommen würden. Endlich lag das ungeheure Ganze vor unsern Augen und überraschte uns so fürchterlich schön, daß wir in unserm Innern erschracken. Unermeßlich erstreckten sich die grausigen Fluthen in unabsehbare Fernen. In schwindlicher Weite verfloß die Riesenwasserfläche mit den Wolken; Himmel und Wasser schienen ein unendliches Ganze zu bilden. Im Hintergrunde ruhten ungeheure Schiffe, wie an den Wolken aufgehangen. Trunken von dem himmlischen Anblick erreichten wir endlich Travemünde, ein an der Küste erbautes niedliches Städtchen, welches des Seebads wegen häufig von Fremden besucht wird. Gleich nach unserer Ankunft bestiegen wir im Hafen ein Boot und ließen uns bis auf die Lübecker Rhede, d. h. 1½ Meilen in die offene See hinausschiffen. Mit klopfendem Herzen verließen wir die enge Beschränkung des Hafens und segelten in das Unermeßliche hinein. Vergebens suchte unser Auge ein Ende, eine Grenze. Schauer erfüllten uns bei diesem Anblicke und wir sahen uns oft genöthigt, unsere Augen von dem herrlichen Schauspiel abzuwenden“. — Als sich später ein kleiner Sturm erhob, ließen sich die beiden Brüder nochmals auf die hohe See hinausrudern und „genossen das herrliche Schauspiel, die ungeheure Wassermasse in wogender Bewegung zu sehen“. Dann nahmen sie „Abschied von dem schönen Travemünde, das allein mit seinen Herrlichkeiten der ganzen

Reise werth war", und vom Meere, „dessen Anblick", wie der jugendliche Dichter begeistert schließt, „ewig meiner Seele vorschweben wird". (Bei Krüger S. 69—70.)

Den Rückweg nach Halle nahmen die Barone über Gadebusch, Schwerin, Perleberg, Havelberg, Magdeburg, meist zu Wagen, nur streckenweise zu Fuß, wie bei Perleberg: „Doch mit welcher Jämmerlichkeitsgeberde schaute uns die Welt an. Wir witterten gar bald, daß wir uns im Lande der Aufklärung befanden — Sandebnen und Aussicht auf Haidekraut. Wie oft dachten wir nicht ohne heimliche Schadenfreude an Göthes Musen und Grazien in der Mark".

Die gute Beobachtung, die Naturschilderung und Stimmungsmalerei des noch nicht achtzehnjährigen Reisenden lassen uns bereits die Art und Begabung des künftigen Romantikers erkennen, der nicht bloß ein volksthümlicher Lyriker, sondern auch ein ganz vorzüglicher Prosaschriftsteller, ja einer unserer besten Stilisten geworden. Gerade als Prosaist sprüht er, wie Krüger treffend sagt, „von lebendiger Mannigfaltigkeit, von geistreichen Antithesen und blühender Schilderung, von übersprudelndem Humor wie von pathetischem Schwung und ist vor allem ein wahrer Meister in seiner Ironie" (72).

In Halle verblieben die Brüder im Ganzen drei Semester. Die Aufzeichnungen über die der Ferienreise folgende Zeit sind spärlich und flüchtig. Doch ersieht man, daß sie an dem lustsamen, übermüthigen Treiben der Musensöhne, „das in Halle noch ein stark mittelalterliches Gepräge trug", mit vollem Behagen Theil genommen. Als sie endlich am 1. August 1806 die Saalestadt verließen, wurden sie von einer Schaar Freunde noch bis Bruckdorf begleitet. „Dort nahmen wir herzlichen Abschied von den traurigen Begleitern, brachten der Freiheit Halles noch ein vivat, mit etwas pereat für die Philister vermischt, und fuhren auf und davon" (73).

Nach einer wegen der kriegerischen Zeitläufe lang ausgedehnten, auf dem Lubowitzer Schlosse verbrachten Ferienzeit gingen die jungen Freiherrn zu Anfang Mai 1807, von ihrem Diener Schöpp begleitet, zur Fortsetzung ihrer Studien nach Heidelberg ab. Was für diese Hochschule den Ausschlag gab,

ist nicht ersichtlich, aber die Wahl war für den schlesischen Dichter von providentieller Bedeutung. In besonderem Ansehen stand damals allerdings die juristische Fakultät und als gefeierter Vertreter derselben Justus Thibaut; auch die beiden Schlesier hörten seine Vorlesungen fleißig. Aber ungleich mächtiger erwies sich bald die Anziehungskraft, die von Joseph Görres ausging. Der geniale Coblenzer Professor war das Jahr zuvor erst nach Heidelberg gekommen; mit seiner Ankunft und im feurigen Zusammenwirken mit den gleichgestimmten Freunden Achim von Arnim und Clemens Brentano hatte dort ein neues literarisches Leben begonnen. Es war die poetische Blüthezeit der schönen Musenstadt am Neckar, die, selbst „eine prächtige Romántik", jetzt der Hochsitz der Romantik wurde. Die Anregung, die Eichendorff von Görres und seinen Freunden empfing, wurde maßgebend für seinen ganzen geistigen Entwicklungsgang.

Görres' Bekanntschaft machten die beiden Brüder schon in den ersten Tagen, als sie — es war am 19. Mai — einer Vorlesung desselben über den Himmelsbau anwohnten. „Blaß, jung, wildbewachsen, feuriges Auge, fast wie Steffens, aber montonen Vortrag" — das war (laut Tagebuch) der erste, jedenfalls fesselnde Eindruck, denn nach dem Colleg ließen sie sich durch einen Bekannten, Julius aus Hamburg, dem Gelehrten vorstellen, unterhielten sich mit ihm über Steffens und die Franzosen und fanden ihn ungemein „wahr und witzig". Die Bekanntschaft wurde fortgesetzt durch regelmäßigen Besuch eines ästhetischen Collegs, das zu näherer persönlicher Berührung mit dem „einsiedlerischen Zauberer" führte.

Ueber diesen Verkehr enthält das Tagebuch nur wenige flüchtige Striche. Prächtig aber liest sich die Skizze in „Halle und Heidelberg", einem in späteren Jahren niedergeschriebenen Rückblick, worin Eichendorff seine Erinnerungen über Görres zusammenfaßt. „Es ist unglaublich", heißt es dort, „welche Gewalt dieser Mann, damals selbst noch jung und unberühmt, über alle Jugend, die irgend geistig mit ihm in Berührung kam, nach allen Richtungen hin ausübte. Und diese geheimnißvolle Gewalt lag lediglich in der Großartigkeit seines Charakters, in der wahrhaft brennenden Liebe zur Wahrheit und einem

unverwüstlichen Freiheitsgefühl, womit er die einmal erkannte Wahrheit gegen offene und verkappte Feinde und falsche Freunde rücksichtslos auf Tod und Leben vertheidigte; denn alles Halbe war ihm tödtlich verhaßt, ja unmöglich, er wollte die ganze Wahrheit. Wenn Gott noch in unserer Zeit Einzelne mit prophetischer Gabe begnadigt, so war Görres ein Prophet, in Bildern denkend und überall auf den höchsten Zinnen der wildbewegten Zeit weissagend, mahnend und züchtigend; auch darin den Propheten vergleichbar, daß das ‚Steiniget ihn!‘ häufig genug über ihn ausgerufen wurde . . . . Seine äußere Erscheinung erinnerte einigermaßen an Steffens und war doch wieder grundverschieden. Steffens hatte bei aller Tüchtigkeit etwas Theatralisches, während Görres, ohne es zu wollen oder auch nur zu wissen, schlicht und bis zum Extrem selbst die unschuldigsten Mittel des Effekts verschmähte. Sein durchaus freier Vortrag war monoton, fast wie fernes Meeresrauschen, schwellend und sinkend, aber durch dieses einförmige Gemurmel leuchteten zwei wunderbare Augen und zuckten Gedankenblitze beständig hin und her; es war wie ein prächtiges nächtliches Gewitter, hier verhüllte Abgründe, dort neue ungeahnte Landschaften plötzlich aufdeckend, und überall gewaltig weckend und zündend für's ganze Leben“.

Das akademische Studium in Heidelberg wurde, allen Notizen und Anzeichen nach, mit Lust und Ernst betrieben. Im Vordergrunde stand als Fachstudium Rechtswissenschaft (Thibaut und Martin), daneben Sprachstudien und Philosophie. Bei Görres hörten die Brüder Eichendorff im Sommersemester 1807 Aesthetik von 5—6 Uhr Abends, im Wintersemester darauf Philosophie, viermal wöchentlich, beide Collegien mit steigender Begeisterung: — „Göttliches Collegium, zahlreiches Auditorium“, notirt das Tagebuch im Juni 1807, und am Schluß des folgenden Semesters wiederum: „Am 29. März (1808) schloß Görres vor einem zahlreichen Auditorio (von Arnim) sein himmlisches Collegium herrlich“. Es erwahrte sich also, was Görres in der öffentlichen Ankündigung seiner Vorlesungen als Wunsch ausgesprochen: „daß es ihm gelingen möge, indem er vom Leben lebendig spricht, auch Leben im Lebensfähigen zu wecken“.

Die Begeisterung der Jünglinge für die Persönlichkeit des genialen Lehrers wurde noch gesteigert, als sie von demselben auch in seine Familie gezogen wurden und das Glück genossen, den sprühenden Abendunterhaltungen des Coblenzers und seiner Freunde Arnim und Brentano beizuwohnen. Dies war namentlich im letzten Semester der Fall, nachdem die beiden Schlesier von einer Ferientour nach Paris zurückgekommen waren. Sie traten damit in ein vertrauliches Verhältniß zu den Romantikern, das sich auch dadurch bethätigte, daß sie an der Sammlung für das „Wunderhorn“ und die „Deutschen Volksbücher“ sich betheiligen durften. Dr. Krüger bezweifelt dies zwar und will die Annahme einer solchen Betheiligung als „Fabeleien .(S. 92) abgewiesen wissen. Aber der Umstand, daß das Tagebuch darüber schweigt, ist kein genügender Beweis. Was wenigstens Görres' Deutsche Volksbücher betrifft, so läßt sich Eichendorffs Theilnahme an denselben ohne weiters durch die „Heidelberger Jahrbücher“ von 1808 (S. 409 ff.) erweisen, worauf schon Dr. R. Steig in der Deutschen Literaturzeitung vom 18. Februar 1899 aufmerksam gemacht hat. Görres bringt dort nämlich in einer Selbstanzeige nachträgliche Zusätze zu den Volksbüchern bei, darunter zu den Heymonskindern die Beschreibung zweier in der kaiserlichen Bibliothek in Paris aufbewahrten Ausgaben, und erklärt dabei S. 415: „Der Verfasser verdankt diese Notizen der Gefälligkeit seiner ehemaligen Zuhörer, der Herren Barone von Eichendorff aus Schlesien“. Diese hatten also von ihm den Auftrag übernommen, auf ihrer Pariser Fahrt darnach zu forschen. Hermann von Eichendorff, der Biograph seines Vaters, sagt, die Freundschaft Josephs von Eichendorff zu den drei großen Romantikern bildete „den Kern- und Mittelpunkt seines Lebens in Heidelberg“ — und diese Aufstellung, die sich auf die Kenntniß des ganzen literarischen Nachlasses und wohl auch auf die mündliche Familien-Tradition stützte, wird im Wesentlichen Recht behalten.

Die feurige Hingebung der Zuhörer für den akademischen Lehrer führte auch die Jünger selbst einander näher. Unter den Commilitonen, denen sich Eichendorff anschloß, sind besonders vier zu nennen: Julius, Strauß, Budde und Graf Löben. Mit Nikolaus Heinrich Julius, dem Sohn eines Hamburger

jüdischen Bankiers, der seit 1805 in Heidelberg Medicin studirte, war E. gleich am ersten Tage an der heitern Tafelrunde des „Prinzen Karl“ in Berührung gekommen und durch ihn auch mit Görres und Gries bekannt geworden. Aus den gleichen romantischen Bestrebungen erwuchs zwischen beiden Studenten bald eine rege Freundschaft. Auch Julius, der schon 1809 zur katholischen Kirche übertrat,[1]) bewahrte Heidelberg und dem gefeierten Görres seine Anhänglichkeit, und noch im J. 1810, als hanseatischer Arzt, versetzte er sich „gern und freudig in die schöne Zeit zurück“, wo er „in der Nähe des theuren ewig geliebten Lehrers, unter seinem erquickenden und ermuthigenden Einflusse, unbekümmert um das stets wache feindliche Princip, noch träumen, wähnen und schwelgen durfte im Genusse des Schönen und Guten“.[2]) Dr. Julius hat sich als geistvoller Mediciner und ungewöhnlich vielseitiger Schriftsteller einen Namen gemacht, nicht weniger aber durch seine humanitären Bemühungen allgemeine Hochachtung erworben als „einer der edelsten, reinsten, uneigennützigsten, aufopferndsten Charaktere, mit warmer Liebe der ganzen Menschheit, mit treuer Anhänglichkeit den einzelnen Freunden zugethan, ein eifriger katholischer Christ, dabei voll unendlicher Liebe gegen alle Personen“, wie es in dem Nachruf von Dr. Varrentrapp in der Süddeutschen Presse und darnach in der Allg. Deutschen Biogr. zu lesen ist. Auch Luise Hensel sagte von ihm: „er sei von Gottes- und Menschenliebe wahrhaft beseelt“ gewesen.

Strauß und Budde gehörten ebenfalls zu den von Görres bevorzugten Zuhörern, die er für seine Arbeiten und Sammlungen beschäftigte.[3]) Von Budde, über dessen Persönlichkeit

1) Nach einer Mittheilung von Luise Hensel an Schlüter war Clemens Brentano bei seiner Taufe in Würzburg gegenwärtig. Briefe an Schlüter (Paderborn 1878) S. 57.

2) So in einem Brief an Görres aus Hamburg, 23. Jan. 1810. Jos. v. Görres Ges. Briefe II. 69. Görres sandte ihm einige Monate später seine „Mythengeschichte der asiatischen Welt“ zu. Das Werk ist „Herrn Professor Creuzer und meinen ehemaligen Zuhörern in Heidelberg zugeeignet“.

3) In den „Familienbriefen“ S. 499 schreibt Görres an seine

Dr. Krüger nichts beizubringen hat, weiß ich nur anzuführen, daß er im J. 1814 Professor am Gymnasium in Düsseldorf wurde. Mehr bekannt ist Gerhard Friedrich Strauß, eines Pfarrers Sohn geb. 1786 zu Iserlohn, der erst Pfarrer in Elberfeld, dann Hofprediger in Berlin und Professor der praktischen Theologie wurde und als Oberconsistorialrath am 19. Juli 1869 daselbst sein Leben beschloß; er hat dies beschrieben in der Schrift: „Abendglockentöne, Erinnerungen eines alten Geistlichen aus seinem Leben" (Berlin 1868).

Am intimsten gestaltete sich das kameradschaftliche Verhältniß Eichendorffs zu dem Grafen Otto H. von Löben, als Dichter bekannt unter dem Namen Isidorus Orientalis, einem frühreifen formgewandten Verskünstler, der, um zwei Jahre älter als der Schlesier, um diese Zeit bereits seinen ersten Roman „Guido" herausgab. Von Löbens Dichtungen fühlte sich der Jüngere in schwärmerischer Weise angezogen, und die Gemeinsamkeit der poetischen Versuche schloß beide noch enger an einander. Das Tagebuch meldet von langen Spaziergängen, die zusammen gemacht werden; man liest, singt und spielt zusammen, läßt sich zusammen silhouettiren und am 29. März 1808 schickt Löben eine Anzahl Gedichte Eichendorffs an Fr. Ast in Landshut, der sie unter dem Pseudonym „Florens" in seiner „Zeitschrift für Wissenschaft und Kunst" veröffentlichte. Der Einfluß Löbens auf Eichendorffs Jugenddichtung ist unverkennbar; aber die Macht des poetischen Mentors währte nur solange, als der persönliche Verkehr dauerte. Schon im folgenden Jahre, nach der Rückkehr des Schlesiers in die Heimat, beginnt die Wendung zu Selbständigkeit, eine Scheidung der Geister, die später zu einem förmlichen Bruch führte. Bald fühlte sich Eichendorff so frei und im Ziele klar, daß er in seinem Roman „Ahnung und Gegenwart" das Ungesunde der mystischen Ueberschwenglichkeit Löbens zu verspotten vermag.

Schwiegermutter: „Strauß und Budde sitzen hinter Folianten und machen Excerpte für mich, so daß ich selbst etwas aufathmen kann". Er empfiehlt die in die Ferien Reisenden an Frau von Lassaulx in Coblenz zu freundlicher Aufnahme. (April 1808.) Ebenda S. 505.

Neben diesen mannigfach bildenden Elementen des persönlichen Umgangs in der Universitätsstadt kommt, bei dem lebendigen Naturgefühl Eichendorffs, schließlich auch das landschaftliche noch in Betracht, der Zauber der herrlichen Naturumgebung Heidelbergs. Nach der heimatlichen Idylle von Lubowitz, die ihm die schönsten Töne entlockt, hat nachweislich kein Ort tiefere Eindrücke in Gemüth und Phantasie des schlesischen Dichters hinterlassen, als die heitere Musenstadt am Neckar. Auch Löben läßt seinen „Guido“ sagen: „Eigentlich bin ich erst dort zum Dichter geworden“.

So erscheint es denn wohl berechtigt, wenn Dr. Krüger behauptet: „Eichendorffs innere Entwicklung machte in Heidelberg ihre entscheidendste Phase durch . . . Der unwiderstehliche Drang in seiner Brust, Mitstreber und Kampfgenosse zu werden in dem Ringen nach Verjüngung und Erneuerung der nationalen Dichtkunst, kam hier, wo eine reiche Natur und die ehrwürdigen Reste einer großen deutschen Vergangenheit nur günstig, ja begeisternd wirken mußten, zum lebhaften Selbstbewußtsein“ (103—104).

Die erste größere poetische Leistung nach der Heimkehr, das Werk, mit dem der Dichter seine Jugendperiode abschloß, war der Roman „Ahnung und Gegenwart“. Eichendorff hat den Roman gleich nach der Heidelberger Zeit (Herbst 1808) in der Ruhe und Stille des heimatlichen Schlosses, in dessen Bäumen nach seinem eigenen Ausdruck „ein Zauberbann schlummerte“, zu schreiben begonnen, mit Unterbrechungen fortgesetzt, aber wegen der ungünstigen Zeitlage erst nach den Befreiungskriegen zum Druck bringen können. In einem Briefe an Fouqué nennt er selbst den Roman „ein Stück seines innersten Lebens“, zugleich aber auch „ein Bild jener seltsamen gewitterschwülen Zeit der Erwartung, Sehnsucht und Schmerzen“, die dem Befreiungskampfe unmittelbar vorausging.

Krüger zergliedert Form und Inhalt der Dichtung, in der Persönliches und Eigenerlebtes mit buntem, zum Theil recht phantastischem und abenteuerlichem Beiwerk, aber auch mit fesselnden Schilderungen und schönen Reflexionen durchflochten ist, und untersucht dabei die Einwirkung der Vorbilder, der namhaftesten Erscheinungen der zeitgenössischen Romanliteratur.

kürzlich ein vorurtheilsfreier Forscher, Prof. Anton Schönbach in Graz, „wie das Beste unserer neueren Literatur auf ihre Grundlage zurückgeht, und wie jetzt in der Gegenwart das alte romantische Wesen zu neuen Ehren gelangt". (Oesterr. Literaturblatt 1897. Nr. 22.) Daß Brentano's Lieder und Märchen noch eine ansehnliche Gemeinde haben, ist eine Thatsache, auf die schon öfter hingewiesen wurde. Uhlands Volksthümlichkeit besteht auch heute noch unbestritten. Wie sehr vor allem Jos. von Eichendorff's Poesien im Volke noch lebendig sind, ist bei seinem Jubiläum, der Feier seines 100. Geburtstags im Jahre 1888, glänzend zu Tage getreten. Eine ganze Reihe von Schriften und zahllose Festartikel haben von seiner Bedeutung und der unvergänglichen Schönheit seiner Lieder vielstimmiges Zeugniß gegeben.[1])

Das Interesse für diesen Dichter, den man den letzten Ritter der Romantik genannt hat, lebt fort. Von der geheimnißvollen Macht, die er noch fortwährend ausübt, liefert die jüngste Untersuchung von H. A. Krüger, eine gründliche und liebevoll eindringende Arbeit, einen neuen Beleg. Das Buch bietet einen sehr schätzbaren Beitrag zur Biographie des liebenswürdigen Dichters, wie zur Geschichte der Romantik überhaupt.

Dr. Krüger hat sich zur Aufgabe gestellt, die Jugendentwicklung Eichendorffs bis zum Abschluß seines Romans „Ahnung und Gegenwart", nach der biographischen wie nach der poetischen Seite, durchzuprüfen und an der Hand zum Theil unbenutzten Materials genauer darzulegen. Bei Eichendorff erscheint die Zweckmäßigkeit dieser Beschränkung auf eine abgegrenzte Periode nicht unbegründet. Die Erlebnisse seiner Jugend und ersten Wanderzeit sind für seine geistige Entwicklung entscheidend gewesen. „Eichendorff blieb als Dichter wie als Mensch im Wesentlichen das, was er in seiner Jugend geworden. Der lichte Zauberglanz, der über seinen herrlichen Jugendtagen gebreitet lag, schimmert uns überall aus seinen Werken wieder entgegen, von seinen ersten Florensliedern an bis zum letzten Epos ‚Lucius', seinem Schwanengesang" (S. 2.)

1) Vgl. Histor. polit. Blätter Bd. 101, S. 565 ff.

Die wichtigste Grundlage für Dr. Krügers Ausführungen bilden die bisher unveröffentlichten Jugendtagebücher Josephs von Eichendorff, die dem Verfasser in einer Abschrift von der Schwiegertochter des Dichters, Marie Freifrau von Eichendorff, zur Verfügung gestellt waren. Diese Tagebücher, von 1800 bis 1808 reichend, haben seiner Zeit auch seinem ältesten Sohne Hermann von Eichendorff, dem wir die erste Biographie des Dichters verdanken, vorgelegen, aber Pietät und Familienrücksichten mochten damals, nur wenige Jahre nach dem Tode des Vaters, noch das Maß der Benützung vielfach beschränken. Krüger hatte freiere Hand, doch bietet auch er keinen blanken Abdruck, und mit dem Frühjahr (3. April) 1808 bricht die Handschrift ab.

„Den 12. November 1800 fing ich dies Tagebuch an, Joseph, Baron von Eichendorff, Lubowitz“. Mit diesen Worten eröffnet der junge Baron seine Aufzeichnungen, die er also in seinem 12. Jahre begann; kurze harmlose Einträge, anfänglich unbeholfen, mitunter nur Schlagworte. Bei aller Knappheit verrathen sie aber doch schon den Sinn für Naturbeobachtung und gestatten einen Einblick in eine schöne, sorglos fröhliche Kinderzeit im väterlichen Schlosse zu Lubowitz, deren ungestörtes Glück dem Dichter sonnenhell in der Erinnerung blieb und in vielen seiner Lieder nachklingt. Vielleicht war es der Hofmeister, ein Geistlicher und einsichtsvoller Pädagoge, mit Namen Heinke, der das Tagebuch angeregt hat. Von der Frühreife des Knaben spricht übrigens, daß er schon in seinem zehnten Lebensjahre ein mehraktiges Trauerspiel verfaßte, das der römischen Geschichte entnommen war und das den kindlichen Verfasser beim Niederschreiben und so oft er es von neuem überlas, bis zu Thränen rühren konnte.

Die erste Lubowitzer Zeit nahm 1801 ein Ende, als Joseph von Eichendorff mit seinem Bruder Wilhelm im Herbst des genannten Jahres in das Convikt nach Breslau gegeben wurde, um dort das katholische Gymnasium zu besuchen; auch dahin begleitete Herr Heinke die beiden Brüder. Ueber diese Periode bietet das Tagebuch schon ergiebigere Einträge, welche dem Autor unserer Schrift Anlaß geben, Einzelnes chronologisch richtig zu stellen, Anderes anschaulicher und farbiger zu illustriren.

Es herrschte im Breslauer Convikt ein ziemlich freies und lustiges Treiben mit einem stark studentischen Anstrich. Man ging ins Theater, Schauspiel wie Oper, und man spielte auch selbst Theater im Convikt, wobei Joseph öfters Frauenrollen übernahm. Dazu kamen häufige Musikaufführungen, Ausflüge und Familien-Einladungen, sowie die sogenannten Conditionen, d. h. die Erlaubniß, Abends gemeinsam Bier, Wein oder Punsch zu trinken. Es war übermüthig junges Volk beisammen, sorglos und lebensfroh, zu Zeiten ein wenig überschäumend, zu ausgelassenen Streichen und Abenteuern bereit. Dabei scheint aber doch im Ganzen ernstlich gearbeitet worden zu sein. Für die künstlerische Ausbildung, meint Krüger, sei die an Kunstgenüssen so überreiche Zeit sogar nicht ohne Bedeutung gewesen: „Der melodische Wohlklang, die leichte Sangbarkeit der Eichendorff'schen Lieder, die später einen Mendelssohn,[1]) einen Schumann geradezu begeisterte, haben vielleicht diesen musikalischen Jugendeindrücken ihren ersten Anstoß zu verdanken" (S. 26). In Eichendorffs Tagebucheinträgen selbst ist „das deutliche Zunehmen der geistigen Urtheilskraft und des schriftstellerischen Darstellungsvermögens recht wohl zu verfolgen" (28). Unter den Conviktsgenossen, mit denen beide Brüder ein jovial kameradschaftliches Verhältniß unterhielten, befand sich ein gewisser Werner, der dem in literarischem Wettkampf sich versuchenden jugendlichen Kreis durch sein ungewöhnliches poetisches Formtalent imponirte; ihm wird eine bisher fälschlich unter Eichendorffs Namen gehende Jugenddichtung „Italien" von Dr. Krüger mit triftigem Grund (S. 30, 33, 109) zugesprochen. Das Originalmanuscript trägt auch die Ueberschrift: „Eine Dichtung von Werner". Dieser dürfte ein Landsmann seines Namensvetters Zacharias Werner gewesen sein.

Einen schädlichen Einfluß scheint das leichtlebige, etwas zerstreuende Treiben auf Eichendorff nicht gehabt zu haben: „Die gute Erziehung von Haus aus, die mannigfachen regen

---

1) In der hiezu gehörigen Fußnote (S. 26) verwechselt Krüger Fanny Hensel mit der Dichterin Luise Hensel. Die Schwester Mendelssohns und Gattin des Malers W. Hensel hieß Fanny.

Familienbeziehungen, der stete Umgang mit dem tüchtigen Heinke und nicht zum mindesten der zähe Stahl seines eigenen früh und selbständig entwickelten Charakters ließen ihn diese etwas stürmische Schulperiode gut überstehen, ja mancherlei werthvolle geistige, namentlich auch künstlerische Anregung mit hinaus ins Leben nehmen" (S. 39). Im letzten Semester, Winter 1804/5, das für die Brüder gewissermaßen ein Uebergangsstadium vom Gymnasium zur Universität bildete, wurden neben den alten Klassikern die neueren Sprachen betrieben und dazu ein Colleg über neuere Philosophie gehört.

Im Frühling 1805 ging Joseph v. Eichendorff mit seinem Bruder zur Universität Halle ab, damals die bestbesuchte in Deutschland. Es herrschte dort ein reges geistiges Leben. Die neue patriotisch literarische Bewegung trieb in Halle ihre ersten Blüthen und wurde für die Geistesbildung E.s von grundlegender Bedeutung. Sein Tagebuch gibt Auskunft über die Vorlesungen, die in den drei Semestern an der Saale gehört wurden, und ein wenig auch über den Charakter der Professoren, die seinen Studiengang beeinflußten. Krüger weist in dieser Hinsicht Fr. Aug. Wolff die erste Stelle zu, aber es ist wohl nicht anzufechten, daß der junge Dichter einen weitaus mächtigeren Eindruck von der Persönlichkeit und hinreißenden Beredsamkeit des Naturphilosophen Heinrich Steffens empfing. Beliebt unter den Studenten waren Wanderungen und Ritte nach Leipzig und Lauchstädt. In Leipzig bewunderten sie Ifflands Spiel in Schillers Räubern; in Lauchstädt, dem Weimar'schen Sommertheater, sahen sie Götz von Berlichingen und andere Dramen von Göthe, sowie den Dichter selbst: „Se. Excellenz, Geh. Rath von Göthe, saß daneben mit seiner Dem. Vulpius in der Loge und blickte so herab auf das Entzücken, welches das Kind seines Geistes verbreitete" (S. 60), vermerkt Eichendorff in seinem Notizbuch. Daß namentlich die Lauchstädter Erlebnisse und Beobachtungen tiefer gehende Wirkung auf den angehenden Dichter übten, bekennt dieser selbst in den am Abend seines Lebens geschriebenen Erinnerungen („Erlebtes: Halle und Heidelberg").

In die Haller Studienzeit fällt eine achtzehntägige Ferienreise durch den Harz nach Hamburg und Lübeck, vom 10. bis

27. September 1805, die erste größere Reise der zwei freiherrlichen Studenten, die sie mit der vollen Frische und Wanderseligkeit der Jugend genossen. Die anschaulich lebendige Schilderung derselben nimmt denn auch im Tagebuch einen großen Raum ein. Aus diesem Tagebuch, das H. Keiter noch nicht kannte, geht hervor, daß des letzteren Bemerkung, „der Anblick des Meeres scheine an Eichendorffs idyllisch gestimmter Seele spurlos vorübergegangen zu sein“ (J. v. Eichendorffs Leben, 1887 S. 15), keineswegs zutrifft. Der Eindruck war im Gegentheil ein gewaltiger. Die Fahrt an die Elbemündung bei Hamburg (am 18. Sept.) nennt der junge Reisende „einen der schönsten Morgen seines Lebens“, die Fahrt von Lübeck nach Travemünde, an die Ostsee hinaus, „Krone und Gipfel“ seiner Reise. „Mit der gespanntesten Erwartung“, schreibt Eichendorff, „sahen wir dem Augenblick entgegen, wo wir das Meer zu Gesicht bekommen würden. Endlich lag das ungeheure Ganze vor unsern Augen und überraschte uns so fürchterlich schön, daß wir in unserm Innern erschracken. Unermeßlich erstreckten sich die grausigen Fluthen in unabsehbare Fernen. In schwindlicher Weite verfloß die Riesenwasserfläche mit den Wolken; Himmel und Wasser schienen ein unendliches Ganze zu bilden. Im Hintergrunde ruhten ungeheure Schiffe, wie an den Wolken aufgehangen. Trunken von dem himmlischen Anblick erreichten wir endlich Travemünde, ein an der Küste erbautes niedliches Städtchen, welches des Seebads wegen häufig von Fremden besucht wird. Gleich nach unserer Ankunft bestiegen wir im Hafen ein Boot und ließen uns bis auf die Lübecker Rhede, d. h. 1½ Meilen in die offene See hinausschiffen. Mit klopfendem Herzen verließen wir die enge Beschränkung des Hafens und segelten in das Unermeßliche hinein. Vergebens suchte unser Auge ein Ende, eine Grenze. Schauer erfüllten uns bei diesem Anblicke und wir sahen uns oft genöthigt, unsere Augen von dem herrlichen Schauspiel abzuwenden“. — Als sich später ein kleiner Sturm erhob, ließen sich die beiden Brüder nochmals auf die hohe See hinausrudern und „genossen das herrliche Schauspiel, die ungeheure Wassermasse in wogender Bewegung zu sehen“. Dann nahmen sie „Abschied von dem schönen Travemünde, das allein mit seinen Herrlichkeiten der ganzen

Reise werth war", und vom Meere, „dessen Anblick", wie der jugendliche Dichter begeistert schließt, „ewig meiner Seele vorschweben wird". (Bei Krüger S. 69—70.)

Den Rückweg nach Halle nahmen die Barone über Gadebusch, Schwerin, Perleberg, Havelberg, Magdeburg, meist zu Wagen, nur streckenweise zu Fuß, wie bei Perleberg: „Doch mit welcher Jämmerlichkeitsgeberde schaute uns die Welt an. Wir witterten gar bald, daß wir uns im Lande der Aufklärung befanden — Sandebnen und Aussicht auf Haidekraut. Wie oft dachten wir nicht ohne heimliche Schadenfreude an Göthes Musen und Grazien in der Mark".

Die gute Beobachtung, die Naturschilderung und Stimmungsmalerei des noch nicht achtzehnjährigen Reisenden lassen uns bereits die Art und Begabung des künftigen Romantikers erkennen, der nicht bloß ein volksthümlicher Lyriker, sondern auch ein ganz vorzüglicher Prosaschriftsteller, ja einer unserer besten Stilisten geworden. Gerade als Prosaist sprüht er, wie Krüger treffend sagt, „von lebendiger Mannigfaltigkeit, von geistreichen Antithesen und blühender Schilderung, von übersprudelndem Humor wie von pathetischem Schwung und ist vor allem ein wahrer Meister in seiner Ironie" (72).

In Halle verblieben die Brüder im Ganzen drei Semester. Die Aufzeichnungen über die der Ferienreise folgende Zeit sind spärlich und flüchtig. Doch ersieht man, daß sie an dem lustsamen, übermüthigen Treiben der Musensöhne, „das in Halle noch ein stark mittelalterliches Gepräge trug", mit vollem Behagen Theil genommen. Als sie endlich am 1. August 1806 die Saalestadt verließen, wurden sie von einer Schaar Freunde noch bis Bruckdorf begleitet. „Dort nahmen wir herzlichen Abschied von den traurigen Begleitern, brachten der Freiheit Halles noch ein vivat, mit etwas pereat für die Philister vermischt, und fuhren auf und davon" (73).

Nach einer wegen der kriegerischen Zeitläufe lang ausgedehnten, auf dem Lubowitzer Schlosse verbrachten Ferienzeit gingen die jungen Freiherrn zu Anfang Mai 1807, von ihrem Diener Schöpp begleitet, zur Fortsetzung ihrer Studien nach Heidelberg ab. Was für diese Hochschule den Ausschlag gab,

ist nicht ersichtlich, aber die Wahl war für den schlesischen Dichter von providentieller Bedeutung. In besonderem Ansehen stand damals allerdings die juristische Fakultät und als gefeierter Vertreter derselben Justus Thibaut; auch die beiden Schlesier hörten seine Vorlesungen fleißig. Aber ungleich mächtiger erwies sich bald die Anziehungskraft, die von Joseph Görres ausging. Der geniale Coblenzer Professor war das Jahr zuvor erst nach Heidelberg gekommen; mit seiner Ankunft und im feurigen Zusammenwirken mit den gleichgestimmten Freunden Achim von Arnim und Clemens Brentano hatte dort ein neues literarisches Leben begonnen. Es war die poetische Blüthezeit der schönen Musenstadt am Neckar, die, selbst „eine prächtige Romantik", jetzt der Hochsitz der Romantik wurde. Die Anregung, die Eichendorff von Görres und seinen Freunden empfing, wurde maßgebend für seinen ganzen geistigen Entwicklungsgang.

Görres' Bekanntschaft machten die beiden Brüder schon in den ersten Tagen, als sie — es war am 19. Mai — einer Vorlesung desselben über den Himmelsbau anwohnten. „Blaß, jung, wildbewachsen, feuriges Auge, fast wie Steffens, aber montonen Vortrag" — das war (laut Tagebuch) der erste, jedenfalls fesselnde Eindruck, denn nach dem Colleg ließen sie sich durch einen Bekannten, Julius aus Hamburg, dem Gelehrten vorstellen, unterhielten sich mit ihm über Steffens und die Franzosen und fanden ihn ungemein „wahr und witzig". Die Bekanntschaft wurde fortgesetzt durch regelmäßigen Besuch eines ästhetischen Collegs, das zu näherer persönlicher Berührung mit dem „einsiedlerischen Zauberer" führte.

Ueber diesen Verkehr enthält das Tagebuch nur wenige flüchtige Striche. Prächtig aber liest sich die Skizze in „Halle und Heidelberg", einem in späteren Jahren niedergeschriebenen Rückblick, worin Eichendorff seine Erinnerungen über Görres zusammenfaßt. „Es ist unglaublich", heißt es dort, „welche Gewalt dieser Mann, damals selbst noch jung und unberühmt, über alle Jugend, die irgend geistig mit ihm in Berührung kam, nach allen Richtungen hin ausübte. Und diese geheimnißvolle Gewalt lag lediglich in der Großartigkeit seines Charakters, in der wahrhaft brennenden Liebe zur Wahrheit und einem

unverwüstlichen Freiheitsgefühl, womit er die einmal erkannte Wahrheit gegen offene und verkappte Feinde und falsche Freunde rücksichtslos auf Tod und Leben vertheidigte; denn alles Halbe war ihm tödtlich verhaßt, ja unmöglich, er wollte die ganze Wahrheit. Wenn Gott noch in unserer Zeit Einzelne mit prophetischer Gabe begnadigt, so war Görres ein Prophet, in Bildern denkend und überall auf den höchsten Zinnen der wildbewegten Zeit weissagend, mahnend und züchtigend; auch darin den Propheten vergleichbar, daß das ‚Steiniget ihn!' häufig genug über ihn ausgerufen wurde .... Seine äußere Erscheinung erinnerte einigermaßen an Steffens und war doch wieder grundverschieden. Steffens hatte bei aller Tüchtigkeit etwas Theatralisches, während Görres, ohne es zu wollen oder auch nur zu wissen, schlicht und bis zum Extrem selbst die unschuldigsten Mittel des Effekts verschmähte. Sein durchaus freier Vortrag war monoton, fast wie fernes Meeresrauschen, schwellend und sinkend, aber durch dieses einförmige Gemurmel leuchteten zwei wunderbare Augen und zuckten Gedankenblitze beständig hin und her; es war wie ein prächtiges nächtliches Gewitter, hier verhüllte Abgründe, dort neue ungeahnte Landschaften plötzlich aufdeckend, und überall gewaltig weckend und zündend für's ganze Leben".

Das akademische Studium in Heidelberg wurde, allen Notizen und Anzeichen nach, mit Lust und Ernst betrieben. Im Vordergrunde stand als Fachstudium Rechtswissenschaft (Thibaut und Martin), daneben Sprachstudien und Philosophie. Bei Görres hörten die Brüder Eichendorff im Sommersemester 1807 Aesthetik von 5—6 Uhr Abends, im Wintersemester darauf Philosophie, viermal wöchentlich, beide Collegien mit steigender Begeisterung: — „Göttliches Collegium, zahlreiches Auditorium", notirt das Tagebuch im Juni 1807, und am Schluß des folgenden Semesters wiederum: „Am 29. März (1808) schloß Görres vor einem zahlreichen Auditorio (von Arnim) sein himmlisches Collegium herrlich". Es erwahrte sich also, was Görres in der öffentlichen Ankündigung seiner Vorlesungen als Wunsch ausgesprochen: „daß es ihm gelingen möge, indem er vom Leben lebendig spricht, auch Leben im Lebensfähigen zu wecken".

Die Begeisterung der Jünglinge für die Persönlichkeit des genialen Lehrers wurde noch gesteigert, als sie von demselben auch in seine Familie gezogen wurden und das Glück genossen, den sprühenden Abendunterhaltungen des Coblenzers und seiner Freunde Arnim und Brentano beizuwohnen. Dies war namentlich im letzten Semester der Fall, nachdem die beiden Schlesier von einer Ferientour nach Paris zurückgekommen waren. Sie traten damit in ein vertrauliches Verhältniß zu den Romantikern, das sich auch dadurch bethätigte, daß sie an der Sammlung für das „Wunderhorn" und die „Deutschen Volksbücher" sich betheiligen durften. Dr. Krüger bezweifelt dies zwar und will die Annahme einer solchen Betheiligung als „Fabeleien (S. 92) abgewiesen wissen. Aber der Umstand, daß das Tagebuch darüber schweigt, ist kein genügender Beweis. Was wenigstens Görres' Deutsche Volksbücher betrifft, so läßt sich Eichendorffs Theilnahme an denselben ohne weiters durch die „Heidelberger Jahrbücher" von 1808 (S. 409 ff.) erweisen, worauf schon Dr. R. Steig in der Deutschen Literaturzeitung vom 18. Februar 1899 aufmerksam gemacht hat. Görres bringt dort nämlich in einer Selbstanzeige nachträgliche Zusätze zu den Volksbüchern bei, darunter zu den Heymonskindern die Beschreibung zweier in der kaiserlichen Bibliothek in Paris aufbewahrten Ausgaben, und erklärt dabei S. 415: „Der Verfasser verdankt diese Notizen der Gefälligkeit seiner ehemaligen Zuhörer, der Herren Barone von Eichendorff aus Schlesien". Diese hatten also von ihm den Auftrag übernommen, auf ihrer Pariser Fahrt darnach zu forschen. Hermann von Eichendorff, der Biograph seines Vaters, sagt, die Freundschaft Josephs von Eichendorff zu den drei großen Romantikern bildete „den Kern- und Mittelpunkt seines Lebens in Heidelberg" — und diese Aufstellung, die sich auf die Kenntniß des ganzen literarischen Nachlasses und wohl auch auf die mündliche Familien-Tradition stützte, wird im Wesentlichen Recht behalten.

Die feurige Hingebung der Zuhörer für den akademischen Lehrer führte auch die Jünger selbst einander näher. Unter den Commilitonen, denen sich Eichendorff anschloß, sind besonders vier zu nennen: Julius, Strauß, Budde und Graf Löben. Mit Nikolaus Heinrich Julius, dem Sohn eines Hamburger

jüdischen Bankiers, der seit 1805 in Heidelberg Medicin studirte, war E. gleich am ersten Tage an der heitern Tafelrunde des „Prinzen Karl" in Berührung gekommen und durch ihn auch mit Görres und Gries bekannt geworden. Aus den gleichen romantischen Bestrebungen erwuchs zwischen beiden Studenten bald eine rege Freundschaft. Auch Julius, der schon 1809 zur katholischen Kirche übertrat,[1]) bewahrte Heidelberg und dem gefeierten Görres seine Anhänglichkeit, und noch im J. 1810, als hanseatischer Arzt, versetzte er sich „gern und freudig in die schöne Zeit zurück", wo er „in der Nähe des theuren ewig geliebten Lehrers, unter seinem erquickenden und ermuthigenden Einflusse, unbekümmert um das stets wache feindliche Princip, noch träumen, wähnen und schwelgen durfte im Genusse des Schönen und Guten".[2]) Dr. Julius hat sich als geistvoller Mediciner und ungewöhnlich vielseitiger Schriftsteller einen Namen gemacht, nicht weniger aber durch seine humanitären Bemühungen allgemeine Hochachtung erworben als „einer der edelsten, reinsten, uneigennützigsten, aufopferndsten Charaktere, mit warmer Liebe der ganzen Menschheit, mit treuer Anhänglichkeit den einzelnen Freunden zugethan, ein eifriger katholischer Christ, dabei voll unendlicher Liebe gegen alle Personen", wie es in dem Nachruf von Dr. Varrentrapp in der Süddeutschen Presse und darnach in der Allg. Deutschen Biogr. zu lesen ist. Auch Luise Hensel sagte von ihm: „er sei von Gottes- und Menschenliebe wahrhaft beseelt" gewesen.

Strauß und Budde gehörten ebenfalls zu den von Görres bevorzugten Zuhörern, die er für seine Arbeiten und Sammlungen beschäftigte.[3]) Von Budde, über dessen Persönlichkeit

1) Nach einer Mittheilung von Luise Hensel an Schlüter war Clemens Brentano bei seiner Taufe in Würzburg gegenwärtig. Briefe an Schlüter (Paderborn 1878) S. 57.

2) So in einem Brief an Görres aus Hamburg, 23. Jan. 1810. Jos. v. Görres Ges. Briefe II. 69. Görres sandte ihm einige Monate später seine „Mythengeschichte der asiatischen Welt" zu. Das Werk ist „Herrn Professor Creuzer und meinen ehemaligen Zuhörern in Heidelberg zugeeignet".

3) In den „Familienbriefen" S. 499 schreibt Görres an seine

Dr. Krüger nichts beizubringen hat, weiß ich nur anzuführen, daß er im J. 1814 Professor am Gymnasium in Düsseldorf wurde. Mehr bekannt ist Gerhard Friedrich Strauß, eines Pfarrers Sohn geb. 1786 zu Iserlohn, der erst Pfarrer in Elberfeld, dann Hofprediger in Berlin und Professor der praktischen Theologie wurde und als Oberconsistorialrath am 19. Juli 1869 daselbst sein Leben beschloß; er hat dies beschrieben in der Schrift: „Abendglockentöne, Erinnerungen eines alten Geistlichen aus seinem Leben" (Berlin 1868).

Am intimsten gestaltete sich das kameradschaftliche Verhältniß Eichendorffs zu dem Grafen Otto H. von Löben, als Dichter bekannt unter dem Namen Isidorus Orientalis, einem frühreifen formgewandten Verskünstler, der, um zwei Jahre älter als der Schlesier, um diese Zeit bereits seinen ersten Roman „Guido" herausgab. Von Löbens Dichtungen fühlte sich der Jüngere in schwärmerischer Weise angezogen, und die Gemeinsamkeit der poetischen Versuche schloß beide noch enger an einander. Das Tagebuch meldet von langen Spaziergängen, die zusammen gemacht werden; man liest, singt und spielt zusammen, läßt sich zusammen silhouettiren und am 29. März 1808 schickt Löben eine Anzahl Gedichte Eichendorffs an Fr. Ast in Landshut, der sie unter dem Pseudonym „Florens" in seiner „Zeitschrift für Wissenschaft und Kunst" veröffentlichte. Der Einfluß Löbens auf Eichendorffs Jugenddichtung ist unverkennbar; aber die Macht des poetischen Mentors währte nur solange, als der persönliche Verkehr dauerte. Schon im folgenden Jahre, nach der Rückkehr des Schlesiers in die Heimat, beginnt die Wendung zu Selbständigkeit, eine Scheidung der Geister, die später zu einem förmlichen Bruch führte. Bald fühlte sich Eichendorff so frei und im Ziele klar, daß er in seinem Roman „Ahnung und Gegenwart" das Ungesunde der mystischen Ueberschwenglichkeit Löbens zu verspotten vermag.

Schwiegermutter: „Strauß und Budde sitzen hinter Folianten und machen Excerpte für mich, so daß ich selbst etwas aufathmen kann". Er empfiehlt die in die Ferien Reisenden an Frau von Lassaulx in Coblenz zu freundlicher Aufnahme. (April 1808.) Ebenda S. 505.

Neben diesen mannigfach bildenden Elementen des persönlichen Umgangs in der Universitätsstadt kommt, bei dem lebendigen Naturgefühl Eichendorffs, schließlich auch das landschaftliche noch in Betracht, der Zauber der herrlichen Naturumgebung Heidelbergs. Nach der heimatlichen Idylle von Lubowitz, die ihm die schönsten Töne entlockt, hat nachweislich kein Ort tiefere Eindrücke in Gemüth und Phantasie des schlesischen Dichters hinterlassen, als die heitere Musenstadt am Neckar. Auch Löben läßt seinen „Guido" sagen: „Eigentlich bin ich erst dort zum Dichter geworden".

So erscheint es denn wohl berechtigt, wenn Dr. Krüger behauptet: „Eichendorffs innere Entwicklung machte in Heidelberg ihre entscheidendste Phase durch . . . Der unwiderstehliche Drang in seiner Brust, Mitstreber und Kampfgenosse zu werden in dem Ringen nach Verjüngung und Erneuerung der nationalen Dichtkunst, kam hier, wo eine reiche Natur und die ehrwürdigen Reste einer großen deutschen Vergangenheit nur günstig, ja begeisternd wirken mußten, zum lebhaften Selbstbewußtsein" (103—104).

Die erste größere poetische Leistung nach der Heimkehr, das Werk, mit dem der Dichter seine Jugendperiode abschloß, war der Roman „Ahnung und Gegenwart". Eichendorff hat den Roman gleich nach der Heidelberger Zeit (Herbst 1808) in der Ruhe und Stille des heimatlichen Schlosses, in dessen Bäumen nach seinem eigenen Ausdruck „ein Zauberbann schlummerte", zu schreiben begonnen, mit Unterbrechungen fortgesetzt, aber wegen der ungünstigen Zeitlage erst nach den Befreiungskriegen zum Druck bringen können. In einem Briefe an Fouqué nennt er selbst den Roman „ein Stück seines innersten Lebens", zugleich aber auch „ein Bild jener seltsamen gewitterschwülen Zeit der Erwartung, Sehnsucht und Schmerzen", die dem Befreiungskampfe unmittelbar vorausging.

Krüger zergliedert Form und Inhalt der Dichtung, in der Persönliches und Eigenerlebtes mit buntem, zum Theil recht phantastischem und abenteuerlichem Beiwerk, aber auch mit fesselnden Schilderungen und schönen Reflexionen durchflochten ist, und untersucht dabei die Einwirkung der Vorbilder, der namhaftesten Erscheinungen der zeitgenössischen Romanliteratur.

In die Augen springend sind die Parallelen und Anklänge an Wilhelm Meister, welcher die meisten novellistischen Versuche jener Periode stark beeinflußte, an Franz Sternbalds Wanderungen, an Brentanos Godwi, vornehmlich an „Florentin“ von Dorothea Schlegel, der wenigstens für das wichtige erste Buch von „Ahnung und Gegenwart“ das merkbare Vorbild abgab. Von Dorothea, die Eichendorffs Manuscript in Wien durchgesehen, stammt auch der Titel des Romans. „Ahnung und Gegenwart“ ist ein ächtes Kind der Romantik mit ihren Vorzügen und Schwächen, ein Bildungsroman von selbstbiographischem Charakter, in dem wir bereits den ganzen Eichendorff nach seiner ethischen und dichterischen Grundstimmung, mit dem das Ganze durchziehenden lyrischen Grundton, wie im Keime vor uns haben. Auch als Lyriker hat Eichendorff hier, wie die vielen das Werk durchrankenden Lieder erkennen lassen, bereits seinen eigenen Ton gefunden. Aus dieser Zeit stammen jene zum Theil in den Volksgesang übergegangenen Lieder wie: „In einem kühlen Grunde“, „Die Welt ruht still im Hafen“, „Schlafe, Liebchen, weils auf Erden“, „Vergangen ist der lichte Tag“, „Es weiß und räth es doch keiner“. Mit dem wundervollen Abschiedslied: „O Thäler weit, o Höhen! O schöner grüner Wald!“ schließt das erste Buch des Romans.

Das Dichterideal seiner frohen Jugendjahre hat Eichendorff auch auf seiner weiteren Laufbahn treu bewahrt und zu verwirklichen gestrebt. Ein jugendfrischer Zug, vertieft durch eine schlichte ungekünstelte Frömmigkeit, die den Blick empor nach dem Ewigen richtet, blieb seiner Dichtung durch das ganze Leben eigen.

„Natur und Gott“, sagt H. Keiter in seiner Biographie, „das ist der Kern seines Dichtens; versenkt in die eine erhebt sich sein Geist zu der Größe des Schöpfers, und in den Preis Gottes mischt sich die begeisterte Bewunderung seiner Werke“.

Sein innerstes Wesen liegt ausgesprochen in dem schönen „Morgengebet“:

O wunderbares, tiefes Schweigen,
Wie einsam ists noch auf der Welt!
Die Wälder nur sich leise neigen,
Als ging' der Herr durchs stille Feld.

Ich fühl' mich recht wie neu geschaffen,
Wo ist die Sorge nun und Noth?
Was mich noch gestern wollt' erschlaffen,
Ich schäm' mich deß im Morgenroth.

Die Welt mit ihrem Gram und Glücke
Will ich, ein Pilger, frohbereit
Betreten nur wie eine Brücke
Zu dir, Herr, übern Strom der Zeit.

Und buhlt mein Lied, auf Weltgunst lauernd,
Um schnöden Sold der Eitelkeit:
Zerschlag mein Saitenspiel und schauernd
Schweig ich vor dir in Ewigkeit.

Was Eichendorff gesungen, hat er als Mensch und Dichter wahr gemacht. Was er „still gelobt im Wald", hat er „draußen" ehrlich gehalten.

F. B.

LXIX.

Zeitläufe.

Europa in China und die Zukunft des „Himmlischen Reichs".[1])

Den 12. Mai 1899.

I.

Nachdem seit Monaten von finstern Wolken, die in Ostasien mit Friedensstörung drohten, die Rede war, hat der Mai nunmehr die Nachricht gebracht, daß zwischen der brittischen und der russischen Regierung eine Vereinbarung wegen

1) „Das (deutsche) Reich im neuen Dreibund für Ostasien und der Friedensvertrag von Simonoseki" s. „Histor.-polit. Blätter". 1895. Bd. 115. S. 185 ff. und Bd. 116 S. 62 ff.

der Eisenbahnbauten in China abgeschlossen sei. England habe die bisher festgehaltene Politik der „offenen Thür“ preisgegeben und sich auf die Politik der „Einflußsphären“ zurückgezogen. Das wäre nun allerdings nur ein Anfang in der östlichen Seite der orientalischen Frage. Aber es erinnert doch an die englische Wandlung in der westlichen Seite der orientalischen Weltfrage. Als gerade zu der Zeit, da es sich um den „russisch-chinesischen Geheimvertrag“ in Folge der Abschaffung des Vertrags von Simonoseki mit dem japanischen Sieger handelte, Lord Salisbury die Leitung des auswärtigen Amts in England übernahm, sagte sein Organ: „Sind die anderen direkt betheiligten Großmächte willens, den Sultan eventuell durch Gewalt zur Einsicht zu bringen, dann machen wir mit; sonst beschränken wir uns auf diplomatische Vorstellungen, fruchten diese nicht, so ziehen wir unsere Hand zurück, und überlassen den Sultan seinem Schicksal.“[1]) Jetzt steht auch das Schicksal Ostasiens auf dem Spiel.

Drei Kriege hatte China seit den vierziger Jahren des Jahrhunderts von Europa aus zu bestehen. Mit England wegen der Opiumeinfuhr im Jahre 1840, mit England und Frankreich gemeinsam 1856 und 1860. Aber in keinem dieser Kriege handelte es sich um Monopole oder Gebietserwerbungen, sondern nur darum, das chinesische Reich zu zwingen, seine Thüre dem Handel aller Nationen zu öffnen: „offene Thüren“, wie es nun in England heißt. Der Krieg von 1840 endete noch mit der Erwerbung eines Hafenplatzes für England, Hongkong, die beiden anderen, obgleich der Eine die Franzosen bis an die Mauern von Peking und zur Plünderung des kaiserlichen Sommerpalasts führte, endeten ohne jede Gebietsabtretung, obschon das ungeheure Reich wehrlos zu den Füßen der Sieger lag. Die Sicherung des freien

---

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 7. November 1895.

Handels, wenigstens an einigen Plätzen, war Alles, was der Handel, die Industrie und der Capitalismus der Mächte damals brauchten, die Integrität des chinesischen Reiches sollte nicht angetastet werden.

Wie haben sich in den vierzig Jahren die Verhältnisse geändert! Jetzt ist das Wort von der „Auftheilung China's" bereits gang und gäbe geworden. Rußland hat angefangen mit dem neuen Beispiel, sich immer weiter in Asien auszudehnen, in Centralasien ein Stück nach dem andern zu annektiren, und endlich im nördlichen China möglichst viel Land zu erwerben. Dazu kam ihm der Krieg mit Japan und die schmähliche Niederlage China's wie gerufen. Nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland standen ihm als willige Handlanger zu Gebote. Noch vor dem Bekanntwerden des gefürchteten russisch-chinesischen Geheimvertrags schrieb ein sogenannter „Intelligenter" aus Japan nach Wien:

„Wenn die fabelhafte Nachricht von einem russisch-chinesischen geheimen Abkommen vorübergehend da und dort die Gemüther aufgeregt hat, so ist dies den heutigen allgemeinen Verhältnissen zuzuschreiben, welche sehr geeignet sind, derartige Hirngespinnste hervorzurufen. Wahr ist es, daß die russische Politik im Kampfe um die Weltherrschaft gegen die Engländer jenem Ziele zusteuert, und vor Allem wahr ist der Umstand, daß augenblicklich die Chancen zu einem kühnen Vorgehen in Ost-Asien für Rußland besonders günstig stehen, weil es dort im festen Vertrauen auf die unbedingte Ergebenheit Frankreichs, sowie Dank der Unterstützung Deutschlands thatenbereit dasteht. Andererseits kommen noch verschiedene Momente in Betracht. Wie aus manchen chinesischen Zeitungen ersichtlich ist, haben die in China höchst einflußreichen Engländer merkwürdigerweise dort ihre Sympathien einigermaßen verscherzt; sie scheinen also die gewohnte Rolle des Vertrauten und Rathgebers in Peking ausgespielt zu haben. Daß das altersschwache China indessen einer Stütze bedarf, ist bekannt. So begehrenswerth und nothwendig ihm deßhalb eine freundschaftliche Unterstützung Rußlands besonders in der Noth in Folge des fatalen Krieges zu sein schien, so

hatte es sich doch angesichts der großen Gefahr für sein Territorium dagegen gesträubt, auf weitgehende Verbindlichkeiten gegenüber den Russen sich einzulassen. Hat doch ein altchinesischer Wanderredner vor Tausenden von Jahren vor einem ähnlichen Falle gewarnt: wer einen Tiger aus dem Vorderthor weggejagt hat, der solle nicht einen Wolf durch das Hinterthor hereinlassen! Es ist wirklich zu bedauern, daß es der chinesischen Diplomatie nicht gelang, eine innigere Annäherung an Deutschland anzubahnen, und diese Macht statt Rußlands als Nachfolgerin der Engländer zu gewinnen. Jedoch hat die Sache bekanntlich eine ganz andere Wendung genommen. Gerade in einem Momente, da China wie ein Rohr im Winde wankte und schwankte, trieben die zwei Mächte Deutschland und Frankreich es in die offenen Arme Rußlands, so daß schon damals Pessimisten fragten, ob diese allzukräftige Umarmung den kranken alten Mann nicht zu Tode drücken werde. Rußland werde zunächst, so sprachen manche Schwarzseher bei der Allarmnachricht aus Hongkong ihre Befürchtungen aus, im Reich der Mitte immer festeren Fuß fassen, und dann allmählig den Versuch machen, einerseits einzelne Stämme gegen einander aufzuhetzen, um dadurch den Coloß gänzlich zu zerbröckeln, und andererseits den Revanchegedanken gegen die verhaßten Japaner zu schüren, um auf diese Weise auch zugleich die Letzteren im Zaume zu halten; kurz, die Russen würden aus China in absehbarer Zeit ein neues Indien machen".[1])

Mit dem Geheimvertrag, durch welchen „das von den Japanern mit Gut und Blut theuer erkaufte, dem deutschen Reichslande an Größe gleichkommende Gebiet in russische Hände gespielt wurde", hatte es indeß seine Richtigkeit. Noch im kommenden Jahre ahnte die Bevölkerung in China nicht, welche Verluste ihm Rußland zumuthen würde. Ueber die trostlose Lage des Riesenreiches konnte man allerdings nicht im Zweifel seyn, wenn es damals auch im alten Europa noch ein Geheimniß war, daß auch Italien und möglicherweise selbst Oesterreich eine Niederlassung an den chinesischen Küsten anstreben, und schließlich Belgien und Dänemark nach

1) Aus Tokio s. Wiener „Neue freie Presse" v. 21. Nov. 1895.

der capitalistischen Beute im himmlischen Reiche schnappen würden.

„Im vorletzten Jahre sind wir durch die Japaner besiegt und unsrer ganzen großen Nordflotte beraubt worden. Die Staatskassen sind gänzlich leer. Die Liaotong-Halbinsel, die uns genommen war, haben wir zwar wieder zurückerhalten, aber nicht durch unsere eigene Kraft, sondern durch die Hülfe der fremden Mächte. Nun hat unsere Regierung den Russen erlaubt, die Eisenbahn durch die Mandschurei zu bauen. Unsere Schiffswerften in Wei-hai-wei können wir noch nicht wieder herstellen, weil sie von den Japanern besetzt gehalten werden, und die anderen Schiffswerften in Port-Arthur können wir nicht aus eigenen Mitteln wieder einrichten, sondern müssen den Russen und Franzosen die Erlaubniß dazu geben und ihnen noch dafür das Recht einräumen, mit ihren Kriegsschiffen dort vor Anker zu gehen. Unsere beiden Schlüssel zum Meerbusen von Petschili, Wei-hai-wei und Port-Arthur, sind demnach für jetzt beinahe ganz in fremden Händen, und kein einziger Mensch in unserem ungeheuren Reiche des Himmels hat bis jetzt versucht, diese Schlüssel wieder in unsere Gewalt zu bringen. Wenn die Eisenbahn in der Mandschurei fertig sein wird, so wird es für uns noch gefährlicher werden. Alles was wir zum Einkaufe für unsere Kriegsschiffe an Geld ausgeben, bringt nicht unserem Reiche einen Verdienst, sondern nur den Werkstätten und Fabriken im Auslande, und was wir bisher gekauft haben, ist zum größten Theil in die Hände der Japaner übergegangen. Es ist daher auch nicht so nöthig, unsere Flotte, wie vielmehr unser Heer zu verstärken, weil die Russen im Falle eines Angriffs nicht von der Seeseite, sondern von der Landseite herkommen werden. Und bei näherer, ruhiger Ueberlegung müssen wir uns noch dazu sagen, daß nicht bloß die Russen, sondern auch die Engländer, Deutschen, Franzosen, Nordamerikaner und jetzt, nach den jüngsten Kriegserfolgen ermuthigt, sogar auch die Japaner uns bedrängen, um von uns möglichst großen Vortheil zu erhalten“.[1])

---

1) Aus der Zeitung „Shim Pao“ zu Shanghai s. Münchener „Allg. Zeitung“ vom 22. September 1896.

Am 27. März v. Js. wurde endlich den russischen Botschaftern im Auslande telegraphisch mitgetheilt, daß in Peking mit dem Tsung-li-Yamen eine Uebereinkunft abgeschlossen worden sei, wonach Port Arthur und Talienwan, ebenso wie „die umliegenden Gebiete zur Nutznießung (pachtweise) von der chinesischen Regierung abgetreten worden" seien, mit der Bemerkung, daß der Hafen von Talienwan für fremde Mächte offen seyn werde. In England empfing man zum vorhinein den Eindruck, daß dieser Vertrag für dessen asiatische Politik „das größte Ereigniß seit einem Jahrhundert sei und daß das Czarenreich beinahe Unglaubliches erreicht habe." England habe noch bis zuletzt bei dem Kaiser alle Hebel angesetzt, um ihn von der Unterzeichnung des Vertrags abzuhalten, allein vergebens.

„Im vorigen Jahre war man bei dem bloßen Gedanken, daß Port Arthur in die Hände Rußlands kommen könnte, englischerseits entsetzt; jetzt hat China dem Zarenreich außer Port Arthur noch zwei andere recht gute Häfen zugestanden; und nicht nur das. Der neue Vertrag macht Rußland zum thatsächlichen Herrn der Mandschurei und der südöstlich angrenzenden chinesischen Provinzen bis gegen Peking hin; es überantwortet ihm das ganze Ländergebiet von der sibirisch-chinesischen Grenze bis zum Gelben Meer, d. h. es eröffnet der russischen Flotte den Zugang zum Chinesischen Meer und zum Großen Ocean. Diese russische Seemacht wird sich nach ganz kurzer Zeit auf ein russisches Eisenbahnnetz stützen können, welches von Wladiwostok und der weiter westlich sich erstreckenden sibirischen Grenze bis zu Port Arthur und dem Ocean sich hinzieht! Der Kaiser von China gewährt außerdem an Rußland durch den Vertrag das Recht russischer Militärstationen, in dem von russischen Bahnen durchquerten chinesischen Ländergebiet. Endlich wird die Beschränkung in der Ausnützung der Bergwerke, die bisher für die Ausländer unzugänglich waren, in der Mandschurei und den anliegenden Provinzen für russische Unterthanen aufgehoben; deßgleichen soll eine

Reorganisation des chinesischen Heeres durch russische Offiziere erfolgen!“ [1])

Nachdem der Vertrag vollzogen war, konnte England von dem „Sohn der Sonne“ in Peking nur das Eine erreichen, daß ihm die Schiffswerfte in Wei-hai-wei am Meerbusen von Petschili in Pacht überlassen wurde. Die russische Presse lachte dazu: Seit dem Ausbruch des Krieges zwischen China und Japan erschalle von Zeit zu Zeit der wilde Kriegschor von Hongkong bis London. Das russische Reich, das vom Pamirplateau bis zum Amur an China stoße, sei jetzt zum Herrn des Golfs von Petschili gemacht. Für den Handel und Verkehr Europa's mit China eröffne sich durch das Fortschreiten des Baues der sibirischen Eisenbahn eine großartige Perspektive, es sei ein Triumph Rußlands in Ostasien, zu dem England nur gute Miene machen könne. Bisher sei Europa in Asien als Unterdrücker und Ausbeuter erschienen, nicht mit Gewalt breche nun Rußland in das Leben der asiatischen Völker hinein, sondern um den „Raubabsichten Japans und des Westens vorzubeugen.“ [2]) Es ist der Mühe werth, sich zu orientiren, wie die Verhältnisse der Mächte in China unmittelbar vor dem russisch-chinesischen Vertrage standen:

„Für alle Welt war es klar, daß die Kabinette von Berlin, Paris und Petersburg sich beeilen würden, ihre Rechnung für den China erwiesenen Dienst in Peking zu präsentiren. In der That erlangte bald nach Abschluß des definitiven Friedensvertrages zwischen Japan und China die russische Regierung von dem Pekinger Hofe den Abschluß der 400 Millionen-Francs-Anleihe und das Zugeständniß der Weiterfünrung der sibirischen Bahn durch die Mandschurei von Onon nach Nikolskoje an der

---

1) Londoner Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung“ v. 16. Dezember 1896.

2) Petersburger Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung“ vom 31. März 1898.

Ussuribahn, wodurch China in finanzielle und politische Abhängigkeit von Rußland und auch von Frankreich gelangte, das sich an der Anleihe stark betheiligt hatte. Frankreich benützte die Gelegenheit, um territoriale Vortheile an der anamitisch-siamesischen Grenze am linken Mekongufer zu erlangen, wodurch Siam von China getrennt wurde. Außerdem erhielt Frankreich Zugeständnisse für die Ausbeutung der Bergwerke in den chinesischen Südprovinzen Yünnan, Kwangsi und Kwangtung, sowie Concessionen für den Bau mehrerer Eisenbahn-Anschlußlinien, welche Anam und Tonking mit diesen Provinzen verbinden sollen. Zuletzt holte sich Deutschland seinen Lohn durch die pachtweise Erwerbung der Bucht von Kiaotschau. Nur England, das in Folge der Cunktator-Politik Lord Salisbury's die Gelegenheit versäumt hatte, Vortheile zu erringen, und das siegreiche Japan, das durch die ostasiatische Tripel-Allianz um die Früchte seiner Erfolge gebracht wurde, sind bei diesem Wettbewerb leer ausgegangen. Das Londoner Kabinet suchte sich anläßlich des im Februar dieses Jahres erfolgten Abschlusses einer neuen chinesischen Anleihe schadlos zu halten, indem es die Eröffnung des Yang-tse-Kiang-Flusses für die Schiffahrt stipulirte. Hiemit war der Concurrenz der Mächte abermals ein neuer Impuls geboten. Rußland forderte in Peking einen 90 jährigen Pachtvertrag für Port-Arthur und Talien-wan und die Zustimmung der chinesischen Regierung zu der Fortsetzung der mandschurischen Eisenbahn von Petun bis nach Port-Arthur. Frankreich erhebt nämlich Ansprüche auf Compensationen in Süd-China, die wahrscheinlich den Bau südchinesischer Eisenbahnen durch französische Gesellschaften, die Eröffnung des Si-kiang (des Westflusses) für die allgemeine Schiffahrt und vielleicht auch die Abtretung der Insel Hainan, welche wegen ihrer Nachbarschaft zu Tonking für Frankreich von großem Werth ist, betreffen. Angesichts dieser Bestrebungen, eine allmählige Auftheilung China's anzubahnen, stehen England und Japan grollend beiseite. England dürfte sich wohl damit begnügen, wie gewöhnlich die Faust in der Tasche zu machen und die Gelegenheit abwarten, um sich ebenfalls gewisse Entschädigungen zu holen. Anders Japan, dessen unruhige Bevölkerung die ihr durch die Dreibundsmächte zugefügte Demüthigung der Revision

des Vertrages von Simonoseki nur schwer verwindet. Die Regierung des Mikado dürfte durch die öffentliche Meinung zu entschiedenen Maßnahmen gedrängt werden. Man meldet bereits aus Petersburg, daß nach Berichten aus Tokio die japanische Besatzung von Wei-hai-wei von 3000 auf 6000 Mann erhöht werden wird, und daß der Betrag von 115 Millionen Yen den Ministerien des Krieges und der Marine für Rüstungen zugewiesen worden ist. Japan trifft also kriegerische Vorbereitungen. Die Verwirklichung der Pläne Rußlands mit Bezug auf Port-Arthur und Talien-wan und der Bau der mandschurischen Eisenbahnen könnte somit nur auf den Widerstand Japans stoßen. Im Hinblick auf einen eventuellen Conflikt mit Japan sendet daher auch Rußland ansehnliche Truppenverstärkungen von Odessa nach Ost-Asien, zu deren Transport, da die Schiffe der freiwilligen Flotte nicht ausreichen, auch französische Dampfer gechartert wurden. Ein Widerstand China's gegen die Pachtforderung von Port-Arthur ist kaum zu erwarten, doch soll das Petersburger Kabinet für diesen Fall in Peking mit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Mandschurei gedroht haben. Diese Eventualität wird aber kaum eintreten, dagegen rückt eine ernste Conflagration zwischen Rußland und Japan, insbesondere wenn das letztere von England ermuntert werden sollte, immer mehr in den Bereich der Möglichkeit." [1])

Noch vor ein paar Wochen konnte man aus London hören: Rußland bewege sich nun als Herr im Lande China. „Das 400 Millionen-Reich vermochte noch eine gewisse Widerstandskraft zu zeigen. Heute ist die Lage verändert. Ganz Südsibirien ist mit starken russischen Garnisonen versehen, selbst die Mandschurei ist russisch, und binnen Kurzem werden Kosaken wohl auch am oberen Laufe des Yangtse erscheinen".[2]) Das wäre der gefährliche Reibungspunkt mit England gewesen. Anstatt dessen liegt nun das neue russisch-englische Abkommen vom 29. April vor. Dasselbe vertheilt die beiderseitigen

1) Wiener „Neue freie Presse" vom 10. März 1898.

2) Correspondenz der Münchener „Allgem. Zeitung" v. 31. März d. Js.

Einflußkreise bis nach Tibet in Centralasien, dem geheimnißvollen Lande des Dalai-Lama. Rußland behält ganz Nord-China, die ganze Mongolei und Mandschurei. Schon früher ist davon geredet worden: es dürfte zu einer Verlegung der alten Mandschu-Hauptstadt Peking nach dem südlichen Nanking kommen. Das sieht man jetzt mehr als je kommen; überhaupt erscheint das russisch-englische Abkommen als der vorläufige Plan zur Theilung des „Reiches der Mitte" zwischen den beiden und dann auch den übrigen betheiligten Mächten in Europa.[1])

Aus dem Abkommen der beiden Mächte wird auch angeführt: „Rußland erhält freie Hand in Korea, und hat diesen Umstand sofort durch die Pachtung dreier wichtiger Häfen offenbar gemacht". Die chinesische Vasallenschaft über das bodenlos zerrüttete Königthum Korea war eine Hauptursache des Krieges mit Japan. Nach langen Verhandlungen über den neuen Friedensvertrag nach dem Kriege wollte Rußland auf die Beeinflussung der Geschicke Korea's verzichtet haben, um eine Verständigung mit China zu erzielen, ohne auf Schwierigkeiten mit Japan zu stoßen. Jetzt ist der Vorbehalt aufgegeben. England hat das Gegentheil von dem gewählt, was Lord Beresford bei seiner Untersuchungsreise nach China empfahl, nämlich Bündniß mit Japan, und nun ist das von ihm vorausgesagte „größte Problem unseres Zeitalters" erst recht zur Thatsache geworden.

Unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges zwischen China und Japan hatte ein russischer Staatsmann einem englischen Berichterstatter anvertraut, daß Rußland schon längst ein stilles Verlangen trage, seine Herrschaft über das an Sibirien angrenzende Korea auszudehnen, und daß ihm der Krieg nicht gefalle, weil er einen friedlichen Heimfall Korea's an Rußland verhindere. „Wenn die sibirische Eisen-

---

1) S. Münchener „Allgem. Zeitung" vom 2. Mai d. Js.

bahn vollendet wäre, was aber erst im Jahre 1901 der Fall seyn wird, so hätte sich die Sache viel glatter vollzogen; da wären die russischen Truppen an die koreanische Grenze vorgeschoben, die Stationshäuser als Militärposten verwendet worden, und eines schönen Tages säße in Söul ein russischer Militärgouverneur, bevor noch in Peking oder Tokio eine Kanone in Bewegung gesetzt wäre".[1]) Dagegen trachtete Japan nach einem „Pufferstaat" zwischen China und Korea, um das himmlische Reich von der Grenze Korea's abzudrängen.[2]) Das war die Lage nach dem Siege Japans:

„Rußland besitzt in seinem Amurland eine Provinz, die zweifellos eine Zukunft hat. Die Fertigstellung der sibirischen Eisenbahn wird das Land fördern; aber zu voller Entfaltung kann nur es kommen, wenn es eisfreie Zugänge zum Ocean gewinnt. Der herrliche Hafen von Wladiwostok ist ziemlich ein Drittel des Jahres durch Eis gesperrt. Dem Mangel kann nur durch Erwerbung Korea's oder der Mandschurei, am besten beider Gebiete, abgeholfen werden. Daher hat Rußland auch sofort bei Ausbruch des chinesisch-japanischen Conflikts Korea als noli me tangere bezeichnet, und Japan hat dem Rechnung getragen, indem es sich begnügte, dem eroberten Korea die Unabhängigkeit zu vindiciren, und auf jeden Besitztitel seinerseits verzichtete. Aber nun will es sich in der Mandschurei festsetzen und gerade denjenigen Theil dieses Landes erwerben, der sein wesentlichstes Küstengebiet bildet. Es flankirt in Zukunft Korea von beiden Seiten, von Nordosten und Südwesten, zu Lande und zu Wasser".[3])

Nachdem nun England die gesammte Mandschurei für Rußland zugestanden hat, ist Japan geschlagen. Es hatte Korea im Kriege erobert, dann die Regierung übernommen, die Ruhe wieder herzustellen begonnen, auch mit Reformen es versucht, aber Rußland mischte sich immer wieder ein,

---

1) Wiener „Neue freie Presse" vom 29. Juli 1894.
2) Wiener „Neue freie Presse" vom 9. November 1894.
3) Leitartikel der Münchener „Allg. Zeitung" v. 28. April 1895.

drohte auch mit der Besetzung der koreanischen Häfen, bis zur Bezahlung der chinesischen Kriegsschuld. Da Frankreich mit Rußland verbündet und Deutschland im Geheimen der Entlohnung mit Kiautschu sicher war, so sagte sich Japan, daß es den Kürzeren ziehen würde und räumte die Halbinsel. Der Friedensvertrag hatte auch geboten, die Halbinsel Liaotung den Chinesen zurückzugeben, und nicht, um den Hafen von Port Arthur den Russen in die Hände zu spielen. Als diese Möglichkeit immer näher rückte, wendete sich Japan um Beistand an Deutschland, England und Nordamerika, aber vergebens. „Es ist erstaunlich, wie sehr das Ansehen Rußlands in den letzten sechs Monaten im fernen Orient gewachsen ist. Es scheint hier jetzt der alleinige Gebieter zu seyn. Englands Ansehen hat sehr gelitten. Bis jetzt hat im diplomatischen Schachspiel nur Rußland gewonnen“.[1])

Japan, unerhört rasch in die Culturhöhe heraufgewachsen, ist eine Macht in der neuen Welt geworden, deren Gewicht um so größer wird, je mehr Europa sich in China einmischt. Man hört jetzt schon sagen, wenn das Reich der vierhundert Millionen Menschen nicht ganz im Schlamm versinken und die Beute europäischer Börsenjäger, der „westlichen Teufel“, wie die Urchinesen sagen, werden soll, so komme es nur auf Japan an. Es ist sehr bezeichnend, daß schon das Gerücht aufgetaucht ist von dem Anstreben Japans zu einer Versöhnung mit China nicht nur zur gemeinsamen Abwehr der russischen Uebergriffe, sondern auch zur Reformirung des verlumpten Staats- und Volkswesens des „himmlischen Reichs“. Gerüstet ist das stolze Volk in Tokio auf jeden Fall; zur Zeit schaut es nur noch nach einem Verbündeten aus. „Die umfassenden Erweiterungen, welche Japan seiner Kriegsflotte angedeihen läßt, zeigen, daß es zielbewußt in die Zukunft

---

1) Englische Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung“ vom 14. Dezember 1895; vgl. „Kölnischen Volkszeitung“ vom 28. Oktober 1895.

schaut. Solange seine Flotte in den ostasiatischen Gewässern übermächtig bleibt, ist es in der Lage, jeden Augenblick mit einer schlagfertigen Armee von 100,000 Mann seinem Willen Nachdruck zu geben. Einer solchen Kraftentfaltung wäre selbst Rußland an jener entlegenen Küste nicht gewachsen. Aufgabe der japanischen Diplomatie muß es demnach seyn, zu verhindern, daß Rußland einen Kraftausgleich durch eine dritte Macht erhält, ohne daß sich gleichzeitig auch Japan ein Verbündeter an die Seite stellt".[1]) Auch in Rußland hat man sich über das Zukunftsbild wegen Japan von vorneherein keiner Täuschung hingegeben:

„Der Wunsch, sich früher oder später mit Rußland zu messen, ist bei den Japanern allgemein, und mit einem Hunderttausende starken, gut bewaffneten und disciplinirten Landheer und seiner bedeutenden Flotte kann das durch seine insulare Lage geschützte Reich der aufgehenden Sonne Rußlands fernen östlichen Küsten in der That außerordentlich viel Schaden zufügen. Wahrscheinlich wird Japan zum Angriff auf Rußland auch erst schreiten, wenn es eines Bundesgenossen sicher ist. Vor dem chinesisch-japanischen Kriege konnten wir in Europa mit der Ueberzeugung kämpfen, daß unsere östliche Front von keiner Gefahr bedroht sei, jetzt ist das anders geworden; bei jeder politischen Combination müssen wir daran denken, daß wir im Osten einen starken und wachsamen Feind haben, der sich unbedingt unseren Gegnern anschließen und einen Angriff auf unsere schutzlose östliche Grenze unternehmen wird".[2])

Das Alles hat nun aber die sibirische Eisenbahn gethan, und ermöglicht hat den Russen das gewaltige Unternehmen die Entwicklung des europäischen Capitalismus. Auch das jetzige Abkommen mit England wird auf das Bedürfniß zurückgeführt, daß Rußland für die riesenhafte Schöpfung

1) Japanische Correspondenz der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 13. November 1895.

2) Aus der Petersburger „Nedelja" s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 7. August 1895.

wieder Geld, sehr viel Geld brauche, und zwar von England, weil Deutschland erschöpft sei und Frankreich schon acht Milliarden hergeliehen habe, und zudem verschnupft sei. Bis zum Jahre 1858 hatte Rußland keinen Seehafen am Stillen Ocean, in welchem Jahre ihm das Gebiet von Wladiwostok von China abgetreten wurde. Was die sibirische Eisenbahn für die Entfernungen bedeutet, hat die eben angeführte Petersburger Zeitung berechnet: „An den Ufern des Stillen Ocean waren wir bisher die Schwächsten, schwächer sogar als China und Japan. In der Nähe von Korea war unsere Landmacht sowohl, wie unsere Marine sehr untergeordnet, und dieser ganze Landstrich war bisher von Rußland durch eine Entfernung getrennt, die weniger leicht passirbar ist, als zwei Oceane und einige Meere. Wir sind noch jetzt gezwungen, mit diesem unserem Grenzlande, das eine unmittelbare Fortsetzung unseres Reichs bildet, uns durch türkische, ägyptische, arabische, persische, indische, siamesische, chinesische, japanische und koreanische Meere hindurch in Verbindung zu setzen, um auf diesem Umwege Wladiwostok im dritten Theil der Zeit zu erreichen, die wir auf dem Landwege, durch unsere eigenen Besitzungen, brauchen. Schon allein dieser Umstand war es, der uns im Amurlande schwächer machte als unsre östlichen Nachbarn, von denen bisher Japan sowohl, wie auch China, vierzigmal schneller als wir eine Armee bei Wladiwostok zusammenziehen können".[1])

1) Aus der „Nedelja" s. Münchener „Allgem. Zeitung" vom 3. Mai 1895.

LXX.

Die orientalische Kirchenfrage.[1]

Die von Professor Ehrhard unter diesem Titel veröffentlichte Schrift, die weitere Ausführung eines von ihm am 28. November 1898 auf der Generalversammlung der Leo-Gesellschaft zu Wien gehaltenen Vortrages, verdient die volle Aufmerksamkeit aller gebildeten Katholiken, in Deutschland nicht weniger als in Oesterreich, wenn sich auch der Verfasser damit zunächst an die österreichischen Katholiken und besonders an die österreichischen Theologen wendet. Ehrhard behandelt sein Thema mit Wärme und idealem Schwung, nicht als eine akademische Frage, sondern als eine Herzenssache für den katholischen Gelehrten, und von großen, universalen Gesichtspunkten aus. Dabei beruht aber die Darstellung zugleich auf einer intimen Kenntniß der Geschichte der orientalischen Kirchen und besonders der theologischen Literatur der griechischen Kirche in alter wie späterer Zeit, in welcher sich kaum ein anderer von den jetzt lebenden deutschen Gelehrten mit Ehrhard wird messen können. Eine Geschichte der Kirchentrennung zu bieten, lag nicht in seiner Absicht, wohl aber sollten alle Gesichts-

1) Die orientalische Kirchenfrage und Oesterreichs Beruf in ihrer Lösung. Von Dr. Albert Ehrhard, Professor der Kirchengeschichte an der k. k. Universität in Wien. Wien und Stuttgart, Joseph Roth'sche Verlagshandlung. 1899. 76 S. 8°. (Preis M. 1,40.)

punkte in's Auge gefaßt werden, „die mit der orientalischen Kirchenfrage zusammen hängen" (S. 3). Dabei wird der Leser an der Hand des kundigen Führers nicht nur auf das beste über die schwebenden Fragen im Allgemeinen orientirt, sondern es werden auch in den Anmerkungen reichliche Hinweise auf die specielle historische und theologische Literatur gegeben.[1])

Der 1. Theil der Schrift behandelt „die geschichtlichen Verhältnisse, welche zur Entstehung der orientalischen Kirchenfrage führten und sie bis zur Gegenwart ungelöst fortbestehen ließen" (S. 6—23.) Nach einer begeisterten Schilderung der morgenländischen Kirche in der Zeit vor der Spaltung wird zunächst ein Ueberblick über die von der Gesammtkirche im Orient schon im 5. und 6. Jahrhundert sich abtrennenden heterodoxen „Nationalkirchen", über ihre traurige Geschichte und ihren gegenwärtigen Bestand gegeben; dann werden in objektiver Weise die Ursachen der Trennung der orthodoxen griechischen Kirche vom katholischen Abendlande erörtert. Dabei macht Ehrhard in seiner Gesammtbeurtheilung mit Entschiedenheit den folgenden Gesichtspunkt geltend, der, wie er einer unbefangenen historischen Betrachtung entspricht, so auch durch die geförderte Einsicht in die tieferen Gründe und treibenden Ursachen der Trennung den Weg bezeichnet, auf dem unter Vermeidung von Irrgängen die künftige Wiedervereinigung zunächst angebahnt werden kann (S. 18 f.): „Betrachtet man alle diese Ursachen (der Trennung), in ihrem Zusammenwirken, vergegenwärtigt man sich die ganze vorausgegangene Entwicklung, so kann man sich der Erkenntniß nicht erwehren, daß es sich damals mehr um eine Culturfrage als um eine Kirchenfrage gehandelt hat, und daß die Trennung beider Kirchen eine psychologisch und culturhistorisch unausbleibliche Erscheinung innerhalb der christlichen Culturgeschichte bildet. Die Verantwortlichkeit der Personen wird dadurch nicht aufgehoben; sie wird aber durch diese Erkennt-

1) S. 22, Z. 2 v. u. l. Kyriakos statt Kyriades; S. 24, Z. 18 v. u. l. Kalogeras statt Gregoras.

niß der Uebermacht, welche allgemeine Verhältnisse ausübten, vor dem Forum der Geschichte sehr gemildert. . . . Die peinliche Frage, auf welche Zeit der größere Antheil persönlicher Schuld an dem bedauernswerthen Resultate entfalle, ist von vornherein falsch gestellt; denn sie verkennt den eigentlichen Charakter der Vorgänge im 11. Jahrhundert als Abschlusses einer langen Entwicklung, die in letzter Linie nicht das Werk einzelner Personen, sondern einer Reihe von Culturfaktoren war, deren Neutralisirung eine Summe von geistiger Kraft und einen Höhegrad wahren Verständnisses für die Bedürfnisse der Kirche erfordert hätte, die damals weder im Oriente noch im Occidente vorhanden waren". Durch diese die Personen, welche die Spaltung zu einer dauernden machten, theilweise entlastende Auffassung wird das Traurige, das die Sache selbst in ihrem Charakter und in ihren Folgen hat, keineswegs beschönigt: Die Folgen der morgenländischen Kirchentrennung „erweisen sie als eines der unheilvollsten Ereignisse, welche die Kirche Gottes auf Erden je getroffen haben, unheilvoll sowohl für das Abend- als für das Morgenland" (S. 19).

Wie es sich nun für den katholischen Christen von selbst versteht, „daß dieser Zustand der Trennung und Zerklüftung den Absichten des Gründers der Kirche nicht entspricht, der eine einzige Kirche auf den Felsen gegründet, welchen die Pforten der Hölle nicht überwältigen werden, der als das Ziel seines gottmenschlichen Wirkens auf Erden die Vereinigung der zerstreuten Kinder Gottes zu einer Heerde unter einem Hirten bezeichnet hat, trotz der tiefen Risse, welche die Menschheit durchziehen" (S. 6), so wendet sich die Betrachtung im 2. Theile (24—45) den Aussichten für die Zukunft zu, zunächst der Betrachtung der „Lichtpunkte" in der Geschichte des Verhältnisses der Kirchen seit der Trennung und der „Hoffnungsgründe für eine glückliche Lösung der Frage in der Zukunft". Als jene Lichtpunkte erscheinen die Unionsversuche. Wenn freilich die im Mittelalter unternommenen Unionsversuche, auch diejenigen, die einen augenblicklichen Erfolg zu haben schienen, im Großen und Ganzen gescheitert sind, so folgt daraus keineswegs, daß eine Heilung des Risses überhaupt nicht mehr

möglich sei; vielmehr lautet das Urtheil der Geschichte über diese verfehlten Versuche (S. 29), sie mußten scheitern, „denn sie waren von vornherein mit Unfruchtbarkeit geschlagen, weil sie beiderseits unter dem Zeichen der Politik und der Diplomatie standen. Politik und Diplomatie haben sich aber noch nie als wahre Förderer des Christenthums und Freunde der Kirche erwiesen. Politische Rücksichten und Erwägungen konnten die Kraft der culturellen Ursachen nicht brechen, aus denen wir die Trennung entstehen sahen". Nur der universale Sinn, der dem Abendlande im Mittelalter wie den Orientalen fehlte, hätte in wirksamer Weise die tieferen Ursachen der Trennung überwinden können. „Unter diesen Verhältnissen erscheint der universale Sinn der meisten Träger des Papstthums als eine Thatsache, welche ihre Erklärung nicht in den sie umgebenden Culturfaktoren findet, sondern eine eigene innere Kraft verlangt, ihre gottgewollte Stellung und gottgegebene Mission" (S. 30).

Auch nach dem Falle Konstantinopels hörten diese universalen Bestrebungen des Papstthums nicht auf, und der gegewärtige Papst hat sie in zielbewußter Weise wieder aufgenommen, und zwar in der Weise, die allein einen wahren Erfolg versprechen kann: „Mit voller Klarheit und Bestimmtheit ist der wahre Charakter des Unionswerkes als eines rein kirchlichen und religiösen durch Leo XIII. ausgesprochen worden in seiner Encyklica an die Fürsten und Völker vom 20. Juni 1894, die darum auch in protestantischen Kreisen einen gewissen Eindruck hervorgerufen hat. Aus seinen Ausführungen geht mit Evidenz hervor, daß die Wiedervereinigung nicht von oben herab decretirt werden, sondern von innen heraus erwachsen soll, als die Frucht eigener Einsicht und persönlicher Entscheidung. Mit derselben Bestimmtheit läßt sich aus den neuesten Akten Leo's XIII. erkennen, daß ihm bei dem Unionswerke selbst der Grundsatz vorleuchtet: Der Orient den Orientalen. Damit ist die Frage auf die Höhe der modernen Cultur erhoben; damit sind die Mängel, welche aus einer andersgearteten Vergangenheit stammen, beseitigt. Das neueste Unionsprogramm dürfen wir

daher auch als den ersten Hoffnungsstrahl für die Zukunft bezeichnen. Er leuchtet uns aus dem alten Rom entgegen, und bildet den thatsächlichen Beweis dafür, daß der hehre Wächter auf der Hohenwarte der katholischen Kirche unsere Zeit versteht und die Bedürfnisse der Zukunft zu würdigen weiß" (S. 32 f.). —

Auch die alten Unionsversuche sind trotz der ungünstigen Verhältnisse nicht resultatlos geblieben; als ihre Frucht bestehen die unirten orientalischen Kirchen, die, wenn sie auch nur einen kleinen Theil der gesammten orientalischen Christenheit zur Zeit noch umfassen, doch eine große Bedeutung für den Gedanken der kirchlichen Einheit haben: „Uns erscheinen sie als die schmerzensreichen Vertreterinen des großen Gedankens der kirchlichen Unabhängigkeit von der Staatsgewalt, dem die christliche Welt ihre Culturgröße und ihre Erhabenheit über die antike Zeit verdankt; wir erkennen in ihnen den thatsächlichen Beweis für das allen christlichen Völkern innewohnende Bedürfniß nach Einigung und einmüthiger Arbeit im Besitze desselben Glaubens und einer über die Schranken der Nationalität hinausragenden, wahrhaft katholischen Liebe. Wir begrüßen sie als die Vorkämpferinen der Katholicität des Christenthums, jenes charakteristischen Vorzuges, ohne den das Christenthum aufhören würde, das einigende Band der in so viele Nationalitäten und Staatsgebilde zerfallenden Menschheit zu sein, die sich erst durch das Christenthum ihrer Einheit bewußt wurde. In ihrer Standhaftigkeit im Glauben und Anhänglichkeit an das Centrum der katholischen Einheit dürfen wir daher auch mit Fug und Recht ein zweites Hoffnungsmoment für die künftige Einigung aller christlichen Kirchen erblicken" (S. 35 f.).

Dazu kommt ferner als ein weiteres Hoffnungsmoment, das im Charakter der getrennten orientalischen Kirchen selbst gegeben ist, deren „zähes Festhalten an den wesentlichen Bestandtheilen des Christenthums, infolgedessen sie sich trotz der bekannten Abweichungen in Bezug auf Dogma, Cultus und Verfassung mit der römisch-katholischen Kirche in nächster Uebereinstimmung befinden, während sie ein Abgrund von den protestantischen Kirchen trennt" (S. 36). In diesem Festhalten

der griechischen Kirche an ihrem traditionellen Bestand, das sie gegenüber den verschiedenen feineren und gröberen Protestantisirungsversuchen bewährt hat (vgl. darüber Hefele's Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. I, S. 444—90), erkennt Ehrhard eine providentielle Erscheinung (S. 37); dadurch allein sind sie in ihrem Bestande erhalten worden bis auf unsere Tage.

Endlich scheint die ganze Culturentwickelung der Gegenwart (S. 38) den Drang zur Wiedervereinigung der Christenheit zu begünstigen. Das für unsere Zeit charakteristische Bestreben nach Annäherung der Völker aller Zonen und Himmelsrichtungen, wenn es auch zunächst durch materielle Interessen getragen ist, muß doch zuletzt den höchsten Interessen der Menschheit dienen; indem man sich in vielfachen Berührungen und Beziehungen näher kennen lernt, schwinden alte Vorurtheile und machen einer gerechteren gegenseitigen Würdigung Platz. Hier sind es nun allerdings sehr verschiedenartige Strömungen, deren Einfluß von Seiten des Westens die orientalischen Christen ausgesetzt sein können und thatsächlich ausgesetzt sind. Vielleicht betrachtet Ehrhard die Verhältnisse hier doch etwas zu optimistisch. Referent ist allerdings mit ihm überzeugt, daß in der Zukunft, ob der Zeitpunkt nun früher oder später eintritt, die orientalischen Kirchen zur katholischen Einheit zurückkehren werden; ob aber dieses Ziel auf dem Wege einer wenn vielleicht auch langsam, doch stetig fortschreitenden Annäherung erreicht werden wird, oder ob diese orientalischen Kirchen zuerst noch durch schwere und gefährliche Krisen hindurchgehen müssen, das entzieht sich menschlicher Voraussicht, insofern dabei verschiedene Faktoren mitwirken. Neben dem Ergebniß, daß man im Orient den abendländischen Katholicismus besser kennen und vorurtheilsfreier betrachten lernt,[1]) steht anderseits die Thatsache, daß in manchen Kreisen die alteingewurzelten Vorurtheile gegen die

1) Es sei hier besonders auf die neuen Schriften des durch seine liturgischen Publikationen sehr verdienten Propstes an der kaiserlich russischen Botschaftskirche in Berlin, A. v. Maltzew, hingewiesen.

lateinische Kirche noch ein zähes Leben fristen (daß dies selbst officiellen Kreisen noch bekannt ist, zeigt die 1895 erschienene synodale Antwort des Patriarchen Anthimos von Konstantinopel auf die Encyklica des Papstes; vgl. S. 44 f.), daß wenigstens einzelne Theologen lediglich durch den Eifer der Polemik gegen den „Papismus“ dazu gebracht werden, den Einflüssen des deutschen oder anglikanischen Protestantismus offen zu stehen, oder auch in freundschaftliche Beziehungen zu den Altkatholiken zu treten. Anderseits hat dann dieser Verkehr auf sie nothwendig wieder den Einfluß, in ihnen jene Abneigung noch zu nähren und zu steigern. Es gibt in der Gegenwart literarische Publikationen von Seiten griechischer Theologen, in denen die Abneigung gegen den Katholicismus sich bis zu eigentlich protestantisirenden Tendenzen steigert. Dazu kommt, daß seit dem Eindringen aller möglichen Erzeugnisse der abendländischen Literatur auch der seichteste Rationalismus unter den sogenannten Gebildeten vielfach um sich greift und dieselben dem kirchlichen Leben entfremdet; besonders scheint man diesem „Fortschritt“ im Königreich Griechenland zu huldigen. Wenn man alle diese Zeichen der Zeit nicht unterschätzt, so kann man auch davon den Eindruck erhalten, daß diesen durcheinander wirkenden Einflüssen gegenüber die orientalischen Kirchen sich selbst bald vor die Entscheidung gestellt sehen werden, ob sie, so lange es noch Zeit ist, aus dem Anschlusse an das Centrum der kirchlichen Einheit neue Kraft gewinnen und dadurch in ihrem historischen Bestande erhalten bleiben wollen, oder ob sie zuerst durch eigentliche Abfallsbewegungen zu Gunsten des Protestantismus oder des Unglaubens zur Einsicht gebracht werden müssen, was ihnen zum Heile dient.

Der 3. Abschnitt der Schrift (S. 46—76) handelt von dem Beruf Oesterreichs in der Mitarbeit an dem Unionswerk, welchen speciellen Beruf Oesterreichs Ehrhard aus einem dreifachen Umstande erschließt: aus seiner geographischen Lage als Vorposten des Katholicismus gegenüber dem Osten, aus seiner Geschichte als einer katholischen Macht, deren Stärke und Ruhm in diesem katholischen Charakter liegt, und aus seinen kirchlichen Verhältnissen, insoferne diese „das in Europa

einzige Schauspiel darbieten des friedlichen Zusammenlebens der katholischen Kirche mit der orientalischen, und zwar in ihrer doppelten Verzweigung als orthodox-orientalische und als mit Rom unirte Kirchen" (S. 49). Dadurch sind hier die nicht unirten Orientalen in den Stand gesetzt, die katholische Kirche aus eigener Anschauung kennen zu lernen. „Zugleich beweist aber die Existenz der unirten Orientalen ihren getrennten Brüdern, daß die Verbindung mit der römischen Kirche weder den Verzicht auf die geheiligten Cultus- und Verfassungseigenthümlichkeiten ihrer Ahnen verlangt, noch den Verlust ihrer Nationalität nach sich zieht, noch die Selbständigkeit ihres religiös-kirchlichen Lebens zerstört. Damit sind aber die drei Haupteinwände thatsächlich widerlegt, welche von Seiten der Orientalen immer wieder gegen die Union mit Rom geltend gemacht werden und das Unionswerk schon oft gehemmt haben" (S. 50 f.).

Aus diesen thatsächlichen Verhältnissen gewinnt Ehrhard die Hoffnung für die Zukunft (S. 51): „Die Vereinigung von drei Kirchengruppen, die sich in Lehre und Cultus, in ihren Institutionen und wesentlichen Aeußerungen des religiösen Lebens so nahe stehen, in demselben politischen Staatsverbande bildet an und für sich betrachtet ein Ferment religiösen Lebens, das früher oder später in Gährung kommen wird, so wenig es sich unter den heutigen, religiösen Bewegungen wenig günstigen Verhältnissen zu regen scheint. Wird aber diese religiös-kirchliche Bewegung einmal entstehen, dann kann, wenn sie rein religiös-kirchlich bleibt, ihr Ausgang nicht zweifelhaft sein: die orthodoxen Kirchen werden zur Ueberzeugung kommen, daß sie sich an die beiden andern anschließen müssen, wenn sie volle Arbeit im Dienste des Christenthums leisten wollen. Dann kann aber auch die Rückwirkung auf die große Masse der Anhänger der orientalischen Kirchen nicht ausbleiben: christliche Wahrheit und katholische, allumfassende Liebe werden sie vereinigen mit der abendländischen Kirche zur großen katholischen Kirche der Zukunft".

Das ist zugleich eine Antwort des katholischen Bewußtseins auf das wüste religionslose Geschrei, das sich gegenwärtig in

Oesterreich vernehmen läßt, dem gegenüber Ehrhard auch im Vorwort erklärt: „Mögen die augenblicklichen politischen und nationalen Verhältnisse Oesterreichs noch so betrübend sein, ich glaube an die Zukunft der großen katholischen Monarchie, so lange sie katholisch bleibt".[1]) — Er geht dann weiter über zu einer Auseinandersetzung über die Art und Weise, wie das katholische Oesterreich seinen Beruf in der orientalischen Frage erfüllen könne und solle (S. 51 ff.).

Die ganze Aufgabe betrachtet E. als eine dreifache: als eine theologische, eine kirchliche und eine allgemein christliche. Besonders eingehend verbreitet er sich über die Aufgabe der Theologen, wie er sie in erster Reihe den österreichischen Theologen zuweisen will, und gibt hier eine Fülle von höchst fruchtbaren Anregungen und Anleitungen. Im Zusammenhang dieser Darlegungen setzt er sich auch mit den Anschauungen protestantischer Theologen moderner Richtung auseinander, die, wie Krüger in Gießen („Die neueren Bemühungen um Wiedervereinigung der christlichen Kirchen," Leipzig 1897), mit vornehmer Geringschätzung auf den Gedanken der kirchlichen Einheit als einen überwundenen Standpunkt herabsehen, von ihrem rationalistischen Standpunkt aus natürlich mit Recht. Aber dieser Standpunkt mit der ihm entsprechenden Geschichtsauffassung ist ein falscher, während die christliche Geschichtsauffassung die Erwartung einer künftigen Wiedervereinigung der Christenheit verlangt, wie dieselbe im katholischen Bewußtsein tief begründet ist: „Müßten wir die Wiedervereinigung der Kirchen als ein Werk der Menschen erhoffen, dann wären allerdings die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung dieser Hoffnung

---

1) Auch in seiner Rede an die deutschen Studenten an den österreichischen Hochschulen („Der katholische Student und seine Ideale", Wien, Mayer & Comp 1899), auf die hier hingewiesen sei, nimmt Ehrhard Veranlassung, ein kräftiges Wort in dieser Sache zu sprechen (S. 51 ff.), das in dem wohlbegründeten Ausspruche gipfelt: „Oesterreich steht und fällt mit dem Katholicismus".

entgegenstellen, unüberwindlich; dann hätte man allen Grund, unsere Hoffnung als einen Wahn zu bezeichnen. Was aber weder die materielle Gewalt, noch die diplomatische Staatskunst, noch die menschliche Wissenschaft erreichen können, das erwarten wir von der Kraft des katholischen Geistes und des katholischen Gebetes, als Werk des Opfers, als Frucht des christlichen Lebens und der katholischen, weltumfassenden Liebe. Als solche muß sie früher oder später kommen, denn sie wird gebieterisch gefordert durch die Einheit, die Christus seiner Kirche verheißen hat, durch das letzte hohepriesterliche Gebet des Welterlösers selbst ... Diese Einheit soll aber nicht nur in den Jahrtausenden der Ewigkeit verwirklicht werden, sondern schon in dem Diesseits; denn Christus fügt hinzu: ‚Damit die Welt glaube, daß Du mich gesandt hast'" (S. 74 f.). —

Dies sind die leitenden Gedanken der gehaltreichen Schrift, die niemand aus der Hand legen wird ohne mannigfaltige Belehrung und Anregung empfangen zu haben. Wenn die katholische Wissenschaft die ihr hier vorgezeichnete Aufgabe in diesem Geiste fortführt, so wird dadurch in wirksamer Weise dem großen Zwecke gedient werden. Mit der Zeit werden dann auch die Theologen der getrennten orientalischen Kirche den Geschmack an einer bloß des Streites wegen betriebenen Polemik verlieren und werden es lernen, nicht nur vereinzelt, wie bis jetzt, sondern immer allgemeiner, die Fragen in einem gleichen wissenschaftlichen und den Frieden suchenden Geiste zu behandeln.

LXXI.

Der Kampf um die Seele.[1]

Der Titel dieses Buches paßt so sehr auf den Inhalt, daß kaum ein anderer, der noch passender wäre, hätte gewählt werden können. Es ist aber ein doppelter Kampf um die Seele, was dem Leser dieses Buches entgegentritt, nämlich ein Kampf gegen und ein Kampf für die Menschenseele. Der Autor führt nämlich in einer Reihe von 9 Vorträgen eine stattliche Anzahl von Philosophen und philosophischen Theorien vor, welche die Existenz einer substantiellen unsterblichen Menschenseele direkt oder indirekt bekämpfen, und insoferne haben wir in dem Buche die Darstellung eines Kampfes gegen die Seele. Der Autor aber weist alle Angriffe der Gegner der Menschenseele mit scharfer siegreicher Kritik und Dialektik zurück; er kämpft für die Menschenseele.

Es gibt bekanntlich Schachspieler, welche im Stande sind, es mit mehreren Gegnern gleichzeitig aufzunehmen und alle zusammen, einen nach dem andern, matt zu machen, und es mag interessant sein, den Verlauf eines solchen Schachspieles als Zuschauer zu verfolgen. Ein ähnliches, aber viel tieferes Interesse bietet das vorliegende Buch solchen Lesern, denen die geistigen

---

1) Vorträge über die brennenden Fragen der modernen Psychologie. Von Dr. Constantin Gutberlet. Mit bischöflicher Approbation. Mainz, Kirchheim. 8°. VII. 501. 1899. (7 Mk.)

Kämpfe der Gegenwart nicht ganz unbekannt oder gleichgültig sind. Wer immer noch von der Existenz einer geistigen substantiellen Menschenseele überzeugt ist, wird mit geistigem Genusse bei der Lektüre dieses Buches sehen, wie grundlos alle dagegen vorgebrachten Einwendungen sind und wie sie widerlegt werden. Aber auch solche Leser, die in ihrem Glauben an eine substantielle Menschenseele durch die moderne Wissenschaft erschüttert und zweifelhaft geworden, aber dem Unglauben und der Negation noch nicht ganz verfallen sind, könnten durch aufmerksame und lediglich aus Liebe zur Wahrheit angestellte Lektüre dieses Buches im Glauben an die Menschenseele wieder befestiget werden.

Fast in allen Geschichtswerken werden Kämpfe, Kriege und Schlachten erzählt und Tausende lesen diese Erzählungen mit größtem Interesse. Es gibt aber auch geistige Kämpfe und zu diesen gehört speciell der Kampf um die Seele, der gerade in neuester Zeit am heftigsten entbrannt ist. Dieser Kampf ist ein Theil, und zwar ein sehr bedeutender, der Geschichte der Philosophie am Ende des 19. Jahrhunderts. Diese geschichtliche Bedeutung des Kampfes um die Seele mag es rechtfertigen, daß das Buch, welches diesen Kampf darstellt, hier in einem specifisch historischen Organe besprochen wird.

Das Buch hat aber nicht bloß insofern, als es, wie der Titel besagt, „über die brennenden Fragen der modernen Psychologie" handelt und Licht verbreitet, ein aktuelles Interesse, sondern auch noch aus einem anderen Grunde. Man hat in neuester Zeit viel von einer Inferiorität der katholischen Wissenschaft gegenüber der akatholischen gesprochen. In dem vorliegenden Buche nun tritt ein katholischer Philosoph und Theolog einer ganzen Legion akatholischer Autoren, welche die Existenz einer substantiellen Seele und eines persönlichen Gottes bekämpfen, mit einer so umfassenden Literaturkenntniß und Schärfe der Logik gegenüber, daß es für Jeden, der das Buch ganz und vorurtheilslos durchliest, nicht zweifelhaft bleiben kann, auf welcher Seite die Superiorität in diesem speciellen Kampfe ist.

Die in den neun Vorträgen besprochenen psychologischen

Fragen oder Themate sind folgende: 1) Der gegenwärtige Stand der Psychologie. 2) Ist die Seele Thätigkeit oder Substanz? 3) Das Ich. 4) Der psychologische Parallelismus. 5. Ueber den Sitz der Seele. 6) Neues und Altes über das Gefühl. 7) Psychologische Religion. 8) Der Spiritismus, ein psychologisches Problem. 9) Der Determinismus ein materialistisches pantheistisches Vorurtheil.

Unsere Besprechung des Buches müßte einen allzu großen Umfang annehmen, wenn wir von jedem einzelnen Vortrage auch nur das Wesentlichste herausheben wollten. Wir müssen uns auf einige allgemeine und kurze Bemerkungen beschränken. Man kann in den neun Vorträgen zusammen und in jedem einzelnen zweierlei Momente unterscheiden, ein kritisch polemisches und ein positives. Das erstere besteht darin, daß die psychologischen und metaphysischen Irrthümer der modernen akatholischen Philosophie dargelegt und mit siegreicher Dialektik widerlegt werden, wobei der Autor eine Kenntniß der modernen philosophischen Literatur, die durch ihren Umfang Bewunderung erregt, bekundet.

Dieser kritisch polemische Bestandtheil der Vorträge ist auch ein nicht unbedeutender Beitrag zur Geschichte der Philosophie, besonders der neuern und neuesten Zeit. So enthält z. B. der dritte Vortrag, über das Ich, einen interessanten Exkurs über den Einfluß Kant's auf den spätern Entwicklungsgang der Philosophie, wobei der Autor wesentlich zu demselben Urtheil kommt, welches O. Willmann in seiner Geschichte des Idealismus über Kant gefällt hat.

An das kritisch-polemische Element schließen sich dann aber in diesen Vorträgen immer positive Auseinandersetzungen und Vertheidigungen wichtiger psychologischer und metaphysischer Wahrheiten an, so insbesondere die Vertheidigung der Substantialität der Menschenseele und der allgemeinen Geltung des Causalitätsgesetzes. In dem Vortrag über psychologische Religion wird im Gegensatz zu jener Auffassung, welche die Religion lediglich als eine subjektive Gefühlssache gelten lassen will, die Objektivität der Religion vertheidigt.

Die schon erwähnte Verbindung und Abwechslung kritischer und polemischer Auseinandersetzungen, die bisweilen auch mit Sarkasmus gewürzt sind, mit positiven Darlegungen und Begründungen verleiht der Darstellungsform dieser Vorträge einen dramatischen Reiz, so daß die Lektüre trotz des streng-wissenschaftlichen und zum Theil schwierigen Inhaltes nicht ermüdend, sondern anregend und spannend wirkt.[1])

Dillingen. Dr. Pfeifer.

---

1) Leider sind in dem mit schönem Drucke ausgestatteten Buche mehrere Druck- oder Schreibfehler, darunter auch einige sinnstörende stehen geblieben. Der Recensent erlaubt sich speciell folgende zu corrigiren:

1. S. 29 Zeile 1 von unten ist offenbar statt unmittelbar zu zu lesen „mittelbar“, denn auf der nächsten Seite wird die Erkenntnißweise der Psychologie im Gegensatz zu der der Naturwissenschaft als unmittelbare bezeichnet.
2. S. 34 Zeile 16 von unten lies statt: den zweiten „die zweite“.
3. S. 127 Zeile 2 von unten ist statt: Sittlichkeit ohne Moral zu lesen „Sittlichkeit ohne Religion“.
4. S. 197 Z. 1 von oben statt: Adoptionsverhältnisse „Adaptionsverhältnisse“.
5. S. 233 Zeile 17 von unten statt: nomaler „normaler“.
6. S. 343 Zeile 8 von oben statt: Deficile lies „Difficile“.
7. S. 474 Zeile 1 von oben statt: er zu lesen „es“.

LXXII.

Edward Bouverie Pusey (1800—1882).

Dritter und vierter Band der Biographie.

Von den beiden ersten Bänden der Biographie des berühmten Professors und Domherrn Pusey in Oxford war es mir 1894 vergönnt, den Lesern dieser Zeitschrift ausführliche Berichterstattungen zu liefern (Bd. 113, S. 386. S. 483). Unterdessen sind auch der dritte und vierte Band ans Licht getreten, womit das umfangreiche Werk, das in England und darüber hinaus allgemeine Anerkennung gefunden, seinen Abschluß empfangen hat.[1]) An die Stelle des eigentlichen Verfassers, Can. Liddon, den ein frühzeitiger Tod dahinraffte, traten die Herausgeber Johnston und Wilson,

---

1) Life of Edward Bouverie Pusey, Doctor of Divinity, Canon of Christ Church, Regius Professor of Hebrew in the University of Oxford by Henry Parry Liddon, D. D., D. C. L., L. L. D., late Canon and Chancellor of St. Paul's edited and prepared for Publication by the Rev. J. O. Johnston, M. A. Chaplain and theological Lecturer of All Saints, Oxford, and the Rev. Robert J. Wilson, D. D. Warden of Keble College, Hon. Fellow and formerly Tutor of Merton College. In four Volumes. Vol. III. With Portraits and Illustrations London. Longmans, Green and Co. 1894. 8°. pag. XI. 488.

Vol. IV. edited by Rev. W. C. E. Newbolt, M. A., Canon and Chancellor of St. Paul's. London. Longmans 1897. pag. XVI. 453. (Preis der beiden Bände 30 shill.)

deren Stellung zu der Bearbeitung der literarischen Hinterlassenschaft des Hauptverfassers schon früher gedacht wurde. Und diese beiden Oxford-Gelehrten wurden dann ersetzt durch den Domherrn Newbolt von St. Paul in London, welcher die Herausgabe des vierten Bandes im Geiste seiner Vorgänger besorgt hat. An und für sich betrachtet, konnte dieser Wechsel in der Leitung sich der Einheit des großen Werkes nicht glücklich erweisen. Dieser Mangel wurde aber mehr denn zur Genüge aufgewogen durch die doppelte Thatsache, daß die Pusey-Biographie sich vorwiegend auf seinem ausgedehnten Briefwechsel aufbaut, und daß sämmtliche Herausgeber als Schüler und Freunde Pusey's sich in dessen Gedankenkreis bewegen und die verbindenden Uebergänge zwischen den mitgetheilten lehrreichen Briefen ganz im Sinne Liddon's hergestellt haben.[1])

Der dritte Band umfaßt die Zeit von 1845 bis 1858, eine Periode des Kampfes, in welcher Pusey unermüdlich für die Erhaltung oder Wiederbelebung von kirchlichen Einrichtungen auf die Wahlstatt trat, die seit der Reformation entweder gänzlich verloren gegangen sind, oder aber nur ein Scheindasein in der anglikanischen Staatskirche gefristet haben. Dahin rechnen wir seine Bemühungen um die Errichtung weiblicher Genossenschaften, die Wiedereinführung der Ohrenbeichte und die Anerkennung der echten Lehre von der Eucharistie im Sinne der wirklichen Gegenwart Christi im Altarsakrament. In erster Linie wünschte Pusey damit die Staatskirche zu kräftigen. Wie der berühmte Dechant des St Paulsdoms in London und Dantekenner Richard Church,[2]) so hielt auch Pusey krampfhaft an dem

---

1) Spiritual Letters of Edward Bouverie Pusey. Edited by the Rev. J. O. Johnston and the Rev. W. C. E. Newbolt. London 1898. 12½ shill.

2) Ueber Church vergl. meine Abhandlungen im Katholik 1895. I, 441. 527. Ueber Church als Dantekenner handelt F. X. Kraus, Dante, sein Leben und sein Werk. Berlin 1897. S. 18. 384.

Grundsatz fest, in jener Kirche zu verharren, welcher die göttliche Vorsehung ihn durch den Empfang der Taufe zugewiesen. Daneben aber beherrschte ihn stets der Gedanke, romfreundliche Seelen vom Uebertritt zum Katholicismus dadurch zurückzuhalten, daß er ihnen die wirklichen Wohlthaten und Vorzüge der echten Kirche Christi im Anglikanismus, wie er ihn sich zurechtlegte, darzureichen sich erbot.

Wenn heute nicht wenige sogen. anglikanische Frauenklöster auf dem Gebiete der Charitas eine segensreiche Thätigkeit entfalten, dann muß das Verdienst, hier Bahn gebrochen zu haben, für Pusey in Anspruch genommen werden. Empfunden wurde das Bedürfniß weiblicher Genossenschaften bereits 1819. Indeß bot die Staatskirche keine Einrichtung dar, an die sich anknüpfen ließ. Die katholische Kirche aber hatte noch zehn Jahre sich zu gedulden, ehe Georg IV. am 13. März 1829 das Gesetz der Emancipation unterzeichnete und so ihr die Möglichkeit gewährte, die in ihr schlummerden Kräfte zu sammeln und auszuüben. In dem nämlichen Maße als der Katholicismus erstarkte und das charitative Leben an die Schöpfung von Frauenklöstern sich anlehnte, und anderseits die Ausbildung der Industrie Abhülfe des in ihrem Gefolge wandelnden Elends erheischte, drängte sich Pusey der Gedanke auf, seiner Kirche die Wohlthat von Frauenklöstern zuzuwenden. Wie Pusey sich die Sache zurechtlegte, darüber handelt der dritte Band. Ein in Paris den Studien obliegender Freund übersandte ihm Abschrift der Statuten der barmherzigen Schwestern vom hl. Vincenz von Paul, die alsbald durch Pusey eine solche Verstümmlung erfuhren, daß sie manchen Anglikanern zusagten, ohne aber ihren katholischen Ursprung zu verleugnen.

Ueber sein Ausmerzungs-Verfahren schrieb Pusey zu Quinquagesima 1848 an seinen Freund A. J. B. Hoche also: „Nichts befindet sich darin, was die englische Kirche entweder verwirft oder nur halb beschützt. Nicht einmal

Gebete für die Verstorbenen, oder Legenden, und noch weniger Erwähnung der Fürbitte der Heiligen sind darin enthalten ... und keine Stelle aus einem Kirchenvater kommt darin vor, welche ich nicht selbst in einer Predigt vor einem Bischof brauchen, und kein Gebet, das nicht jeder Bischof selber verwenden könnte. Nichts läßt sich auffinden, was Jemand dem anglikanischen Gebetbuch entfremden könnte".[1]) Jedermann erkennt, daß solche Halbheiten auf die Dauer nicht zu befriedigen vermochten. Schon die Thatsache, daß die Schwestern das kanonische Stundengebet verrichteten, mußte an das katholische Ordenswesen erinnern. In London, wo der anglikanische Pfarrer Dodsworth [2]) die neue Schwesterschaft leitete, ertönte der Ruf: Verkappte römische Katholiken. Wenn der Fanatismus in London noch zurückgedrängt wurde, so hatte Pusey das einem Comitee von Laien, worunter auch Mr. Gladstone, der nachmalige Ministerpräsident, sich befand, zu verdanken. Als Pusey jedoch die von Miß Sellon in Devonshire geleiteten charitativen Vereine unter seinen Schutz nahm, da kam es in diesem äußersten, dunkeln Winkel Englands, wo anglikanischer Fanatismus wie finstere Nacht über den Geistern lagerte, zu aufregenden Zeitungsfehden, denen die Untersuchungen des anglikanischen Bischofs von Exeter neue Nahrung gewährten.[3]) Die ganze Einrichtung war eine reine Privatangelegenheit Pusey's, von einer Mitwirkung der anglikanischen Kirchenbehörden tritt uns in der Biographie keine Spur entgegen.

Die Unregelmäßigkeiten, welche der Entstehung dieser Frauenklöster anhafteten, sind auch heute noch nicht abgestreift. Während das Ordensrecht in der katholischen Kirche bis in die kleinsten Details ausgebildet er-

1) Liddon III, 25.

2) Dictionary of National Biography 15 (1888) 177. William Dodsworth (1798—1861) wurde 1851 katholisch.

3) Liddon III, 26. 186.

scheint, herrscht bei den Anglikanern in diesem Punkt vollendete Unsicherheit. „Sie" (die anglikanischen Nonnen), schreibt ein hervorragender Kenner der Verhältnisse, „sehen und kennen wenig von ihrem Bischofe, ihren Kaplan wählen sie sich durchgehends selbst, sie besitzen Niederlassungen des Mutterhauses in andern Sprengeln ganz unabhängig von bischöflicher Controle, meistens thun die Schwesterschaften, was ihr geistlicher Leiter befiehlt. Denn wer soll den Wächter behüten?"[1]) In gutem Glauben befangen, halten sie ihre Versprechungen für Gelübde, üben nicht selten gar wunderliche Ascese und erblicken einen Theil ihres Berufes in der Befestigung der Kranken in der anglikanischen Kirche und in ernster Warnung vor Rom.

Hand in Hand mit diesen Bestrebungen gingen Pusey's Ansichten über die Nothwendigkeit der Seelenleitung durch sakramentale Beichte. Nach dieser Richtung erscheint der dritte Band um so lehrreicher, als der Streit über die Frage, ob die anglikanische Staatskirche das Sakrament der Buße besitze, im Sommer 1898 mit erneuter Heftigkeit entbrannt ist, wobei sogar die Bischöfe mehr denn einmal in die Arena des Kampfes hinabgestiegen sind. Das Institut der Ohrenbeichte auszurotten, lag den englischen Reformatoren ganz besonders am Herzen. Aber auch hier verleugnet die etablirte Kirche ihre Compromißnatur nicht. Ein Schattenbild von einer sakramentalen Beicht ist in ihrem officiellen Gebetbuch beibehalten für den Fall tödtlicher Krankheit. Spendung eines erquickenden Trostwortes, Erleichterung des eigenen Gewissens wurde damit bezweckt; was man entschieden ausschloß, war die Mittheilung der heiligmachenden Gnade und der Kindschaft Gottes, die nach anglikanischer Theologie mit dem bloßen Besitz des Glaubens unverlierbar verbunden ist.[2]) Mit diesem dürren Besitzstand wollte sich

1) Month 82 (1894) 321.
2) Tablet 92 (1898) 402.

Pusey nicht zufrieden geben. Ausführlich wird im dritten Bande berichtet über Pusey's berühmte Predigt im Dom zu Oxford am 1. Februar 1846 über Joh. 20, 21—23, in welcher er die Gewalt der Sündenvergebung für die Staatskirche beanspruchte. Das war ja alles recht ansprechend und christlich gesagt — aber wenig anglikanisch, wie die Presse sofort herausfühlte. „Die Predigt", schrieb Tags darauf die Times unter Bezugnahme auf eine früher in Oxford beanstandete Predigt Pusey's, „bezeugte die nämliche Hinneigung zu Lehren, welche die etablirte Staatskirche von England verworfen, enthält das gleiche Dunkel und die alten abstoßenden Räthsel".[1])

Nach Ausweis seines Briefwechsels mit dem damaligen anglikanischen Pfarrer John Keble, dem berühmten Dichter geistlicher Lieder, die noch heute verdientes Ansehen genießen, ist man vollkommen berechtigt, Pusey an den Spruch zu erinnern: Arzt, heile dich selbst. Zugeben darf man, daß er ernst, gewissenhaft, in gutem Glauben die Leitung seiner Pönitenten besorgt habe. Aber sonderbar ist es, daß Pusey nie ein Zweifel am Bestehen seiner Jurisdiktion erstanden, daß er nie eine solche von seinem Bischof begehrt, daß er regellos beliebig in allen möglichen Sprengeln als Beichtvater auftrat, und daß er selbst erst am 1. Dezember 1846 zum ersten Mal in seinem Leben beichtete.[2]) Bei Keble legte er die Beicht ab. Fraglich bleibt, ob Keble selbst je in seinem Leben gebeichtet, ob er je Beicht gehört, ob er Jurisdiktion besaß. Pusey's Auslassungen über seine eigene Sündhaftigkeit in seinem Briefe an Keble vom 26. September 1844 erinnern an die größten Heiligen der katholischen Kirche,[3]) die Bußübungen, denen er sich unterzog, sind abschreckend wegen ihrer Strenge, und dennoch mangelt dem ganzen Verfahren die objektive, von Oben kommende und durch die Kirche geleistete Gewähr. Wäre man nicht von

1) Liddon III, 66. 2) Liddon III, 103. 3) Liddon III, 96.

Pusey's gutem Glauben überzeugt, der Gedanke des Komischen müßte sich bei der Lektüre des Briefwechsels mit Keble mit unwiderstehlicher Macht geltend machen.

Während diese Worte zu Papier gelangen (September 1898), tobt in der anglikanischen Staatskirche der Beichtstreit mit neuer Macht. Hie Lord Halifax — hie Lord Grimthorpe, von denen jener mit seinem Anhange der Staatskirche das Bußsakrament zuspricht, während dieser es ihr aberkennt. Der Kampf hat solchen Umfang gewonnen, daß die Times im Monat August 1898 förmlich erdrückt wurde durch Briefe von Bischöfen, Domdechanten, Domherrn und Pfarrern, die ihr Gutachten über die Inanspruchnahme der sakramentalen Ohrenbeichte kundgaben. Einer der lehrreichsten Briefe ist derjenige des Bischofs von Gibraltar in der Times vom 5. September 1898, weil er die Stellung des anglikanischen Episkopats in dieser Frage auf Grund der Verhandlungen des geistlichen Parlaments und des sogenannten anglikanischen Concils [1]) vom Jahre 1888 darlegt.[2]) „Keine Verständigung ist möglich", schrieb Domherr Eyton der Times am 5. September 1898, „zwischen denjenigen, welche in dieser Frage sich zur Lehre der englischen Kirche bekennen und denen, welche die römische Lehre vom Bußsakrament glauben".[3]) Kurzum: Auch heute noch geht Pusey's Geist um in der Staatskirche, aber ihre treuesten Mitglieder bekämpfen energisch diesen Halbkatholicismus.

Man müßte staunen, wenn der dritte Band der Pusey-Biographie bei dieser Haltung ihres Helden nicht von harten Kämpfen desselben mit den anglikanischen Bischöfen zu melden wüßte. Manchen schweren Strauß hatte Pusey zu bestehen mit seinem Sprengelbischof, dem berühmten Samuel

1) Ueber dieses Concil handelt der Artikel von T. W. Allies: The Lambeth Conference in Dublin Review 103 (1888) 291.
2) Tablet 92 (1898) 419.
3) Tablet 92 (1898) 402.

Wilberforce von Oxford, welcher 1873 als Bischof von Winchester verschieden ist.[1]) „Nicht Bücher sondern Menschen zu behandeln, hat Gott mich berufen", lautete dessen Wahlspruch. In der That, an Menschenkenntniß hat er Pusey weit überragt, wie sehr man auch des Letzteren theologische Wissenschaft preisen mag. Ernste Worte richtete Wilberforce am 24. November 1845 an Pusey wegen seiner Briefe an den English Churchman, deren Inhalt mit den anglikanischen Bekenntnißschriften unvereinbar sei. Eine streitbar angelegte Natur, hat Pusey darauf den Bischof nicht zu versöhnen gesucht. Er reizte ihn jetzt erst recht durch scharfe Betonung römischer Lehren. Nur „abstrakt wollte ich die Richtigkeit jener Stellung behaupten, in welcher Viele sich befinden, und welche darin besteht, daß man sich nicht für verbunden erachtet, formell ausgesprochene Lehren preiszugeben". Um dem Bischof über seinen anglo-katholischen Standpunkt keinen Zweifel zu belassen, sucht Pusey die Richtigkeit seiner Theorie an einzelnen katholischen Lehren zu erhärten. „Praktisch", fährt er fort, „rathe ich ab, oder verbiete ich (wenn ich Autorität besitze) die Anrufung der Heiligen. Abstrakt dagegen sehe ich keinen Grund, weßhalb unsere Kirche dieselbe nicht in dem Sinne gestatten sollte, daß wir um deren Fürbitte anhalten sollten". Wilberforce kann man lediglich nur Recht geben, wenn er in seiner Antwort solche Aufstellungen als Irrthum bezeichnet, Pusey des Eigensinns und des Strebens beschuldigt, als Parteiführer aufzutreten und sich über die Bekenntnißschriften zu erheben, anstatt sich denselben zu unterwerfen.[2]) Zugleich ist aber nicht zu verkennen, daß der nämliche Bischof, der sonst gegen Andersdenkende eine erschreckende Weitherzigkeit an den Tag legte, gerade hier, wo es sich um eine katholisirende Richtung

1) A. R. Ashwell, Life of Samuel Wilberforce. 2. Ed. 3 vols. London 1883.

2) Liddon III, 36. 43. 47.

handelte, den denkbar strengsten Maßstab an einen Gelehrten anwandte, welcher ebensowenig wie Wilberforce selbst sich je mit dem Gedanken des Uebertrittes zum Katholicismus getragen hat.[1])

Was Pusey aber nicht that, besorgten seine Schüler in Leeds. In dieser namhaften Industriestadt hatte Pusey, dessen Freigebigkeit dem Umfang seiner materiellen Mittel die Wage hielt, die Heilandskirche (St. Saviour's) gegründet, in welcher 1847 katholische Gebräuche in bedenklichem Maße vollzogen wurden. Mit wahrer Berserkerwuth richtete der erste Geistliche der Stadt, Rev. Hook, seine Angriffe gegen den Oxforder Professor. „Eine Colonie von Papisten", berichtete er dem Bischof von Ripon, „ist hier entstanden", und Pusey selber empfing einen wahren Hagel von Vorwürfen ob seines Eindringens in eine anglikanische Domäne. „Als ein kirchlicher Kain wanderte er (Pusey) damals umher, mit dem Zeichen des Vicekanzlers (der Hochschule von Oxford) gebrandmarkt, während das Anathema von Exeter Hall [2]) auf seinem Haupte lastete".[3]) Was Pusey gar nicht verziehen wurde, das war der Uebertritt vieler Prediger der Heilandskirche zum Katholicismus. Auch Mannings Aeußerungen über die Vorgänge in Leeds haben Pusey die Augen nicht geöffnet. „Die direkte und sichere Tendenz", schrieb er an Pusey am 23. Januar 1847, „soweit sie noch besteht, zielt nach Rom. Da Sie die Stimmung der Leute genauer kennen, als ich, so wissen Sie, wie stark der Eindruck, welchen Rom mit seinen Ansprüchen auf sie hervorbringt". Schließlich kommt er auf die Untersuchung und Verbesserung zu sprechen, welcher man heutzutage die Reformation unterziehe, wobei er treffend be-

---

1) Month 82 (1894) 325.

2) Eines der angesehensten Versammlungslokale in London.

3) Month 82 (1894) 324.

merkt: „Das alles beweist mir, daß die Gewässer heute machtvoller denn je seit den Tagen Heinrich's VIII. die Grenzen der Kirche überschritten haben".[1])

Hat Pusey schon damals schwere Seelenkämpfe durchgemacht, dann erwarteten ihn neue Leiden aus Anlaß des Gorham-Falles und der Wiederaufrichtung der katholischen Hierarchie im Jahre 1850. Wegen Leugnung der Taufgnade durch den Bischof von Exeter verurtheilt, wurde der Geistliche Cornelius Gorham durch den königlichen Geheimen Rath freigesprochen und in seine Pfründe eingeführt. Welcher Unterschied zwischen der klaren Auffassung dieser Niederlage der Kirche seitens des Archidiakon Manning, und dem verschwommenen Halbdunkel, das Pusey's Seele umnachtet! Kann ich ferner Anglikaner bleiben, da nur die Kirche über Glaubensfragen zu richten befugt ist — das ist die Frage, welche sich Manning in einem Briefe an Pusey vorlegt. Pusey dagegen nimmt die Sache auf die leichte Schulter, findet sich mit der Thatsache ab und stellt in einem Briefe an Manning vom Januar 1850 die ungeschichtliche Behauptung auf, die königliche Suprematie falle zusammen mit derjenigen Gewalt, welche die englischen Könige in katholischen Zeiten der Kirche gegenüber ausgeübt hätten.[2]) Allerdings hat Pusey den sittlichen Muth gehabt, die von Manning und seinen Gesinnungsgenossen wider das Urtheil im Gorham-Prozeß erlassene Verwahrung zu unterzeichnen, was zu thun Gladstone sich weigerte, aus Furcht die Stellung eines Mitgliedes des Geheimen Rathes zu verlieren. Aber die Betheiligung an diesem Protest sinkt zur Bedeutungslosigkeit herab gegenüber den eben vernommenen Aeußerungen, die Pusey sich gestattet.

Auf Pusey's Bemühungen zur Wiederbelebung des Instituts der Synoden und zur Erhaltung des christ-

1) Liddon III, 135. 2) Liddon III, 209.

lichen Charakters der Hochschule von Oxford, auf seine Theilnahme an dem Streit über die Eucharistie, in welcher er, trotz alles Pochens auf die „reale Gegenwart", dennoch lediglich die theologisch, aber nicht minder philosophisch unhaltbare Impanationslehre Luthers in einem Buche von 722 Seiten vortrug, können wir hierorts nicht weiter eingehen. — Das vorletzte Kapitel mit der tragischen Schilderung des Heimgangs so vieler Theuern aus dem Kreise seiner Familie läßt uns Pusey im schönsten Lichte erscheinen.

Alles in Allem genommen ist der dritte Band geeignet, die Hochachtung vor Pusey im Geiste des Lesers zu steigern. Pusey führte das Leben eines Asceten in Gebet, in Armuth und strenger Zucht. Zur Linderung der darbenden Menschheit besaß er stets eine offene Hand, namentlich zur Zeit der großen irischen Hungersnoth, wo er nicht abließ der schwelgerischen Jugend in Oxford einfachere Lebenshaltung und ideale Ziele zu Gunsten Irlands einzuschärfen.

Hervorgehoben sei noch, daß die Herausgeber ein sehr brauchbares Verzeichniß der Oxford-Broschüren (Tracts for the Times) dankenswerth beigefügt haben.

(Ueber den 4. Band im nächsten Heft.)

Aachen. Alfons Bellesheim.

LXXIII.

Die geheime Correspondenz des Abbé de Salamon mit dem päpstl. Staatssekretär Zelada zur Revolutionszeit.[1]

Die offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem hl. Stuhl zur Zeit der großen französischen Revolution dauerten bis zum Frühjahr 1791. Bis zu dieser Zeit war Cardinal Bernis französischer Gesandter in Rom und Dugnani päpstlicher Nuntius in Paris. Trotzdem der hl. Vater sowohl als Souverain wie als Kirchenoberhaupt einen Schlag nach dem andern, eine Beschimpfung um die andere von Seite Frankreichs und seiner Nationalversammlung erlitten hatte, und schon vorher Grund genug gehabt hätte, die diplomatischen Beziehungen mit der französischen Regierung abzubrechen und den Nuntius abzurufen, der seit längerer Zeit nur noch ohnmächtiger Zuschauer und Zeuge dieser Beleidigungen war, hatte man in Rom doch bisher den vollständigen Bruch vermieden, man hatte zugewartet und gehofft, daß Frankreich sich wieder eines Besseren besinne. Die Umkehr kam leider noch nicht.

---

1) Correspondance secrète de l'Abbé de Salamon, chargé des affaires du Saint-Siège pendant la Révolution, avec le Cardinal de Zelada (1791—1792). Publiée par Le Vicomte de Richemont. Paris, Plon etc. 1898. XLIII, 549 p.

Im Gegentheil, es wurde von Monat zu Monat schlimmer, und der Bruch wurde unvermeidlich. Zuerst vollzog er sich rücksichtlich des französischen Gesandten in Rom. Cardinal Bernis weigerte sich, den von der Nationalversammlung für alle öffentlichen Beamten vorgeschriebenen Verfassungseid zu leisten und wurde deßhalb abberufen, am 22. März 1791. An seine Stelle wurde vom König auf Vorschlag des Ministers Montmorin der Graf de Ségur, vorheriger Gesandter in St. Petersburg, ernannt. Dieser leistete ohne Zögern den Eid, und schickte bereits seine Leute nach Rom voraus. Der Papst aber, von dem Sachverhalt benachrichtigt, weigerte sich ihn anzunehmen, und ließ dem König von Frankreich wissen, daß er keinen als Gesandten zulassen könne, der rückhaltlos (sans réserve) den Eid geleistet habe.

Hiemit hatte in Rom die diplomatische Vertretung des französischen Königs aufgehört. Das Gesandtschaftspersonal de Ségur's hielt sich zwar noch eine Zeitlang zum Leidwesen der dortigen Behörden und der Curie in Rom auf, hatte aber dort nichts zu schaffen, und der hl. Stuhl unterhielt, wie leicht begreiflich, mit demselben keinen amtlichen Verkehr. In Paris fühlte man sich hiedurch verletzt. Der Minister Montmorin theilte dem Nuntius Dugnani mit, daß der Papst, wenn er sich weigere, einen von der französischen Regierung ernannten Gesandten in Rom zuzulassen, auch selbst keinen diplomatischen Vertreter mehr in Paris behalten könne, die Würde der französischen Nation und die Seiner Majestät ließe das nicht zu. Der Nuntius blieb aber zunächst noch. Da jedoch gleichzeitig (4. Mai 1791) auch die odiöse und schmachvolle Scene vor dem Palais Royal sich ereignete, wo ein Gliedermann, den Papst vorstellend, mit dem Breve (vom 10. März desselben Jahres) in der Hand von der sogenannten patriotischen Gesellschaft unter dem ungebärdigen Beifall des Volkes zum Tode verurtheilt und verbrannt wurde, da brachte der Nuntius seinen Protest vor und verlangte Satisfaktion. Man gab ihm keine Antwort. Nach drei

Wochen erneuert Dugnani sein Verlangen. Der Minister replicirt diesmal in nichtssagender Weise, er wolle die Angelegenheit im Auge behalten. Nun, als man dem Nuntius auch noch bei einer Fahrt durch die Straßen von Paris den abgehauenen Kopf eines Gardisten in den Wagen warf, da erachtete er den Zeitpunkt zum Weggehen für gekommen. Er verlangte seine Pässe, um, wie er sagte, zur Kur nach Aix les Bains zu gehen, und reiste am 31. Mai nach Savoyen ab. Damit hatte der gegenseitige diplomatische Verkehr auch für Paris eigentlich sein Ende, und nur bis hieher reichen die offiziellen Dokumente der Nuntiatur.

Wie nun in der nächsten Folgezeit der nothwendige Verkehr zwischen Paris und Rom weiter bewerkstelligt wurde, und insbesondere, was dabei verhandelt worden ist, das entzog sich bisher der Kenntniß der Oeffentlichkeit. Die diesbezüglichen Dokumente lagen lange unentdeckt in den Vatikanischen Archiven (und weitere harren dort wohl jetzt noch der Entdeckung). Den eifrigen Nachforschungen des Grafen de Richemont ist es gelungen, dem geheimen Archiv des hl. Stuhles wenigstens einen Theil des lange gehüteten Geheimnisses zu entlocken und eine wichtige Serie von Schriftstücken ans Licht zu ziehen. Der strebsame Forscher hat sich damit um die Geschichtswissenschaft ein unzweifelhaftes Verdienst erworben. Wir beglückwünschen ihn herzlich zu dem glücklichen Funde.[1])

Ehe wir über die neu aufgefundene und veröffentlichte Correspondenz zwischen dem Abbé de Salamon und dem

---

1) Vicomte de Richemont ist unserem Interesse dadurch noch näher gerückt, daß er einen uns wohlbekannten und befreundeten deutschen Reichstagsabgeordneten zum Lehrer und Erzieher gehabt hat. Wenn wir uns auf Grund dieses Verhältnisses in dem Gedanken gefallen, daß auch Deutschland seinen Antheil an der schönen Entdeckung habe, so möge der französische Herausgeber diese Freude uns nicht verwehren und sie unserem Patriotismus zuguthalten.

päpstlichen Cardinalstaatssekretär nähere Mittheilungen geben, müssen wir zuvor noch ein Wort sagen über die auf den Abgang Dugnani's unmittelbar folgende Periode, d. h. die Zeit von Ende Mai bis Ende Juli des Jahres 1791, auf welche die herausgegebene Correspondenz, obwohl dieselbe erst mit dem 29. August 1791 anhebt, doch schon einiges Licht zurückwirft. Die folgenden Mittheilungen entnehmen wir größtentheils dem Brief Salamons an Zelada vom 5. September 1791 (Corresp. S. 18 ff.). Nach der Abreise des Nuntius blieb Quarantotti, der Auditor der Nuntiatur, noch im Paris zurück. Dieser hatte eigentlich jetzt, nachdem der Nuntius weggegangen, als dessen Unterbeamter keine amtliche Stellung mehr. Eine selbständige Stellung als Botschafter konnte er aber keinenfalls beanspruchen; war er doch nicht einmal bei Hof vorgestellt. Er scheint sich jedoch in der Rolle gefallen zu haben, auf eigene Faust und nach eigenem Gutdünken die päpstliche Vertretung weiter zu führen. Er konnte sich nicht in den Gedanken finden, daß der Bruch eingetreten sei und er auch fortzugehen habe. Er amtirte daher zunächst weiter. Er ging mehrmals zum Minister Montmorin und noch öfter zu Hennin, des Ministers premier commis. Dabei unterhandelte er mehr nach seinem eigenen Willen als nach den vorliegenden römischen Weisungen. Seine Zähigkeit in dem Bestreben, die diplomatischen Beziehungen mit der französischen Regierung noch fort zu erhalten, zeigte sich besonders bei folgendem Anlaß. Bei der Abreise des Königs, am 20. Juni 1791, hatte der Minister in Ausführung eines Dekrets der Nationalversammlung an alle Gesandtschaften eine Note gerichtet, in welcher ausgesprochen war, daß die Nationalversammlung mit den europäischen Höfen gute Beziehungen aufrecht erhalten wolle. Der Nuntiatur in Paris aber war keine solche Note zugegangen — begreiflicherweise, denn der Nuntius war ja nicht mehr da. Darauf beschwerte sich nun Quarantotti in einem Schreiben an Hennin darüber, daß man ihn vergessen habe.

Auf dieses hin schickte ihm Hennin, wohl sicher im Auftrag des Ministers, die gleiche Note zu, wie sie auch den übrigen diplomatischen Vertretern zugegangen war. Dieselbe lautete: „Die Nationalversammlung ermächtigt mich (d. h. den Minister) Ihnen zu melden, daß es der Wille der französischen Nation ist, mit dem Papst den Verkehr der Freundschaft und guten Einvernehmens fortzuführen, der bis jetzt bestanden hat. Ich zweifle nicht, mein Herr, daß Sie sich beeifern werden, diese freundschaftliche Entschließung dem römischen Hofe zu übermitteln". Das Vorgehen des Auditors in dieser Sache konnte dem Minister allerdings den Gedanken nahe legen, daß Quarantotti in Paris noch eine offizielle Mission zu erfüllen habe. Die römische Curie wollte aber Quarantotti nicht mehr länger so fungiren sehen. Dieser erhielt zweimal den Befehl, Paris zu verlassen. Er gehorchte, indem er am 1. August 1791 sich seine Pässe aushändigen ließ und nach Mailand abreiste, wohin sich mittlerweile auch der Nuntius Dugnani begeben hatte.

Diese Abberufung Quarantotti's nahm man in Paris schwer übel, wenigstens gab man sich diesen Anschein. Der Minister Montmorin beklagte sich in einer Note,[1]) daß die Curie Quarantotti weggenommen habe. Wie aus einem Schreiben des Cardinals Zelada vom 17. August 1791 ersichtlich ist (die Stelle ist von de Richemont auch mitgetheilt S. 18), nannte der Minister diesen Schritt einen offenen Bruch von Seiten Roms, für dessen Folgen er die Curie verantwortlich machen müsse; er meint ferner, der Schritt sei erfolgt aus Aerger über den mißlungenen Fluchtversuch des Königs oder sonst aus geheimen Absichten.

---

1) Diese Note wurde der Curie durch Bernard, den frühern Gesandtschaftssekretär Bernis', zugestellt; Bernard besorgte nach der Demission Bernis', freilich ohne offizielle Stellung und ohne von Rom als Geschäftsträger anerkannt zu sein, noch eine Zeit lang solche Aufträge.

In Wirklichkeit hatte Montmorin keinen Grund sich zu beschweren. Denn er hatte ja selbst früher, als de Ségur vom Papst abgelehnt worden war, erklärt, daß der Papst unter diesen Umständen auch keinen Geschäftsträger mehr in Paris behalten könne. Es war also nur geschehen, was er selbst vorher verlangt hatte. Wer konnte es auch in der That dem Papste verübeln, wenn derselbe nicht mehr länger einen offiziellen Vertreter als Augenzeugen der täglich sich mehrenden Unbilden gegen Rom und die Kirche in Paris halten wollte! Uebrigens erfahren wir aus unserer Correspondenz auch, daß dem Minister Montmorin diese heftige Note an die Curie nur durch das diplomatische Comité, dessen willenloses Werkzeug er war, diktirt worden ist, und daß jedenfalls der König selbst keinen Antheil daran hatte; letzterer wollte vielmehr auch ferner dem hl. Stuhl in Freundschaft ergeben bleiben. Der Minister erhielt auch von Rom auf indirektem Wege auf seine Note eine Antwort, aus welcher er die wahren Gründe des Abbruchs des diplomatischen Verkehrs entnehmen konnte. Jedenfalls ist sicher, daß von jetzt an (Anfang August 1791) kein offiziell beglaubigter diplomatischer Repräsentant des Papstes mehr in Paris war, wenn die Sache während des Verbleibens Quarantotti's je noch hätte als zweifelhaft erscheinen können. Das letzte Schreiben Quarantotti's, das zu den Nuntiaturakten gekommen ist, ist datirt vom 1. August 1791, während das letzte Schreiben des Nuntius das Datum vom 30. Mai desselben Jahres trägt.

Und doch war es jetzt gerade für die Curie besonders wichtig und nöthig, in Paris einen Vertrauensmann zu haben, der sie über den Gang der Ereignisse in zuverlässiger Weise auf dem Laufenden erhielt, und der anderseits die päpstlichen Weisungen an den französischen Episkopat und Klerus vermittelte. Es wäre verhängnißvoll gewesen, wenn der Papst in der schweren Krisis, welche die Kirche Frankreichs durchmachte, diese Kirche hätte sich selbst überlassen

müssen, wenn er kein Mittel gehabt hätte, auf Grund richtiger und genauer Kenntniß der Lage seine Stimme in Frankreich vernehmen zu lassen. Ein solcher Verkehr bestand nun in Wirklichkeit fort, auch nachdem die amtlich akkreditirten Diplomaten Paris verlassen hatten. War derselbe auch ein geheimer, so war er doch ein ganz reger und regelmäßiger, und die Berichterstattung an den Papst eine ganz vorzügliche. Der Mann, der durch das Vertrauen des Papstes und seines Staatssekretärs berufen wurde, in der Folgezeit den Nuntius zu ersetzen und die Curie von allen wichtigen Vorgängen zu unterrichten, sowie die päpstlichen Aufträge zu besorgen, war der Abbé de Salamon.

Das Andenken dieses merkwürdigen und verdienstvollen Mannes war selbst in Frankreich ziemlich erloschen, bis vor etwa 8 Jahren der Abbé Bridier dessen vorher ungedruckte Memoiren veröffentlichte.[1]) Dieselben sind seiner Zeit auch in den „Histor.-polit. Blättern" besprochen und gewürdigt worden (Bd. 107, S. 56—71). Die Veröffentlichung Bridier's wurde von den Geschichtsfreunden allgemein mit Freuden begrüßt. Hat sie doch einen ausgezeichneten, des Gedenkens der Geschichte wirklich würdigen Mann für immer der drohenden Vergessenheit entrissen. Die Memoiren boten in mehr als einer Hinsicht eine interessante Lektüre. Einmal schilderten sie die merkwürdigen und wechselvollen Schicksale, die Leiden und Gefahren Salamon's in einer romanhaft spannenden Darstellung; sodann boten sie auch culturhistorisches Interesse dar, gewährten interessante Einblicke in das Leben der damaligen Gesellschaft; endlich brachten sie neue

---

1) Msgr. de Salamon, Mémoires inédits de l'Internonce à Paris pendant la Révolution 1790—1801. Avant-propos, notes et pièces justificatives par l'Abbé Bridier. Paris, Plon etc. 1890. 2e édit. 1892. Deutsche Uebersetzung von M. Sierp, Münster, Regensberg 1891. Man vergl. auch Revue des questions historiques 1. Jan. 1891.

Kunde über nicht unwichtige historische Vorkommnisse. Freilich konnte man versucht sein, in der lebhaften Schilderung der Erlebnisse und Abenteuer des Helden eine gewisse legendarische Ausschmückung zu vermuthen. Wenn der Verfasser (Salamon) in diesen Memoiren mittheilte, daß er nach Abgang des Nuntius Dugnani vom Papst zum Internuntius in Paris ernannt worden sei und dieses Amt während der ganzen Dauer der Revolution bekleidet habe; wenn er davon redete, wie der Cardinalstaatssekretär Zelada ihm den bezüglichen Willen des Papstes kundgab, und weiter über ein eigenhändiges Schreiben des hl. Vaters selbst sich eingehend verbreitete, durch welches dieser ihm die neue Stellung übertrug; wenn er sodann die Audienz erwähnte und schilderte, die er bei dem König Ludwig XVI. hatte, und durch die er gleichsam, soweit es sich mit dem intimen Charakter seiner Stellung vertrug, beim König beglaubigt wurde: so klang das zwar alles durchaus glaubwürdig und niemand vermochte die Wahrheit und Richtigkeit dieser Angaben zu bestreiten. Aber wer wollte es der historischen Kritik verargen, wenn sie auch anderswo die Bestätigung des in den Memoiren Mitgetheilten sehen wollte, wenn sie namentlich nach anderweitigen Spuren des zwischen Salamon und dem päpstlichen Staatssekretär gepflogenen Briefwechsels verlangte? Solche fehlten aber bisher ganz. Die Historiker jener Zeit schienen von der wichtigen Stellung und Thätigkeit Salamon's nichts zu wissen. Angesichts der Tragweite der betreffenden Angaben war hienach das Verlangen der historischen Forschung kein unbilliges, um so weniger, wenn man in Betracht zog, welche Bewandtniß es mit der Herkunft der von Bridier publicirten Memoiren bezw. des betreffenden Manuscriptes hatte. Was Bridier herausgeben konnte, war ja nicht das von Salamon's eigener Hand italienisch geschriebene Original, sondern eine von fremder Hand geschriebene italienische Copie, die freilich am Schluß (dreimal, nämlich am Ende jedes der drei Bändchen) von der Hand desjenigen, der sich für den Verfasser

ausgab, beglaubigt waren mit den Worten: Certifié conforme à l'original, und der Unterschrift: Louis de Salamon, évêque d'Orthozie. Die Originalhandschrift war verloren gegangen. Die Abschrift hatte der Herausgeber in Rom aufgetrieben, wo sie sich in einer verarmten adeligen Familie vererbt hatte, deren Ahnen — so hieß es — mit Salamon befreundet gewesen waren und sie von ihm zum Geschenk erhalten hatten. Kurz das alles, mitsammt dem ganzen Inhalt der Memoiren, konnte recht gut wahr sein. Aber eine authentische Bestätigung war sehr zu wünschen. Wir begreifen darum recht gut, daß dem Abbé Bridier alles daran lag, die Correspondenz zwischen Salamon und Zelada aufzufinden und so diejenigen, die geneigt waren seinen „Internuntius" als eine legendarische Persönlichkeit anzusehen, der strengen Geschichtlichkeit zu überweisen. Obwol Bridier zu diesem Zwecke nichts unversucht ließ und keine Mühe scheute, war es ihm doch nicht vergönnt den Fund zu machen. Was aber ihm nicht gelang, das glückte vor Kurzem dem Vicomte de Richemont. Damit ist nun auch Bridier's Herzenswunsch erfüllt. Durch die schöne neue Entdeckung wird nicht nur das in den Memoiren Erzählte vollauf bestätigt, sondern der Werth der letzteren selbst noch wesentlich erhöht. Denn der Werth der Denkwürdigkeiten bemißt sich ja doch nach der Bedeutung des Mannes, der sie schreibt. Aus der vorliegenden Correspondenz sehen wir aber deutlich, welch' wichtige Rolle Salamon spielte, welch' große Dinge Pius VI. und sein Staatssekretär auf ihn hielten, und wie sie ihm in ganz seltenem Maße als Entgelt für seine ausgezeichneten und treuen Dienste ihr Vertrauen und ihr Wohlwollen schenkten und ihre Dankbarkeit bezeugten.

Graf de Richemont theilt uns des nähern mit, wie er bei sorgfältiger Durchforschung der Dokumente jenes Zeitabschnittes im geheimen Archiv des römischen Stuhles die glückliche Entdeckung gemacht hat. Er fand zuerst den Fascikel mit den Briefen Salamon's in fortlaufender Reihen-

folge (unter: Francia 582. Lettere dell' ab. Salamon all' Emo card. de Zelada, segretario di stato, dal 29 agosto 1791 al 21 maggio 1792, n°s 61—100), dann die dazu gehörigen Antwortschreiben des Cardinalstaatssekretärs im Concept (Francia 583. Minute di lettere scritte dalla Segreteria di stato all' Salamon, dal 5 gen. 1791 al 5 giug. 1793.) Die Relationen Salamon's sind geschrieben auf Papierbogen von großem Format (20 cm × 27 cm), in schöner, weiter Handschrift, (aus Vorsicht) nur selten unterzeichnet, aber immer mit Datum versehen und numerirt. Regelmäßig alle acht Tage schrieb Salamon seinen Bericht, den der Cardinal ebenso regelmäßig beantwortet. So ist die Correspondenz, soweit sie veröffentlicht ist, eine beiderseitige und lückenlose. Wie man sieht, reichen die aufgefundenen Briefe Zelada's zeitlich, sowohl rückwärts als vorwärts, weiter als die Briefe Salamon's. Der Herausgeber wollte aber, von einzelnen interessanten Mittheilungen abgesehen, die Correspondenz nur soweit veröffentlichen, als Schreiben und Gegenschreiben vorliegt, d. h. vom 29. August 1791 bis zum 6. Juni 1792 (und dazu noch ein Schreiben des Cardinals vom 28. September 1792, mit dem diese erste Correspondenz-Periode überhaupt abschließt), da die weiteren Schreiben Zelada's „nur ein unwesentliches Interesse bieten für den, der das Gegenstück nicht hat". Außerdem sind auch die wichtigeren derjenigen Schriftstücke angefügt, die Salamon dem Cardinal beilegte, sowie noch ein paar andere Dokumente. Eine warm geschriebene „Introduction" orientirt über die Zeitlage und bringt überhaupt bei, was das Verständniß und die Würdigung der Correspondenz als Geschichtsquelle fördern kann. Sie gibt zugleich Zeugniß davon, daß der Herausgeber in jenen alten Schriften nicht bloß mit den kritischen Augen des Forschers gelesen hat, sondern noch in ein intimeres, gemüthlicheres Verhältniß zu ihnen getreten ist. Ihm ist offenbar der Abbé Salamon über der Lektüre seiner Briefe ein schätzenswerther guter

Freund geworden, für den er auch bei andern Sympathien wecken möchte. Sehr praktisch ist das am Schluß beigegebene Verzeichniß der in der Correspondenz vorkommenden Personennamen. Aus der Reichhaltigkeit desselben kann man auch abnehmen, über wie viele Persönlichkeiten man in der Correspondenz Notizen, Charakterzeichnungen, Urtheile rc. erwarten darf. Ferner enthält das Buch noch das Porträt Salamon's und ein Facsimile seiner Handschrift.

Um die Leser mit der Persönlichkeit unseres päpstlichen Correspondenten etwas näher bekannt zu machen, wollen wir wenigstens die wichtigsten Daten und Umstände seines Lebens kurz hier anführen. Louis Siffrein de Salamon wurde im Jahre 1759 geboren zu Carpentras in der Grafschaft Venaissin, war also von Geburt päpstlicher Unterthan und ein Landsmann Maury's, mit welch' letzterem er später eifrig thätig war, um dem Papst das bedrohte Enklave zu erhalten. Seine Studien machte er im Oratorianer-Colleg zu Lyon und auf der Hochschule von Avignon. Hier studierte er außer Theologie noch vorwiegend Rechtswissenschaft und erwarb sich in letzterem Fach mit 20 Jahren den Doktorgrad. In diesem Alter wurde er auch vom Papst zum Auditor der Rota (päpstlicher Gerichtshof) in Avignon ernannt. Im Alter von 22 Jahren mit päpstlicher Dispens zum Priester geweiht, wurde er Dekan des Kapitels St. Peter in Avignon. Diese Ehren hielten ihn jedoch nicht länger im päpstlichen Gebiet zurück. Schon 1785 finden wir ihn in Paris, wo er sich die Stelle eines Conseiller-clerc am Pariser Parlament gekauft hatte. Er war also jetzt Mitglied des ersten Gerichtshofes des Reiches. Hier spielte eben der berüchtigte Halsbandproceß und Salamon hatte sich auch damit zu befassen. Bei Aufhebung der Parlamente wurde er Mitglied der Vakanzkammer und that sich hier durch überaus fleißige Thätigkeit und Geschäftsgewandtheit hervor. Seine schönen Fähigkeiten und Eigenschaften, namentlich auch seine Ergebenheit gegen den hl. Vater, in dem er von Jugend an

auch seinen weltlichen Souverain verehrte, müssen das Augenmerk des Cardinalstaatssekretärs auf ihn gelenkt haben. Die Curie wollte den fähigen und tüchtigen Mann in ihre Dienste ziehen. Wie aus Briefen hervorgeht, die bei Bridier (326 ff.) und de Richemont (XV) mitgetheilt bezw. angeführt sind, stand Salamon seit dem Jahre 1786 in Briefwechsel mit dem Cardinal Zelada. Die Correspondenz wurde anfangs in größeren Zeitabständen geführt; später wurde sie häufiger. Anfang 1791 ist sie schon eine wöchentliche. Aus einem Schreiben des Cardinals vom 9. Februar 1791 (Corresp. XV.) erfahren wir, mit welchem Interesse man schon damals die Briefe Salamon's erwartete und las. „Der erste Brief, sagt Zelada, nach dem ich (bei Ankunft der französischen Post) suche, ist der Ihrige; . . . es ist der einzige, mit dem ich mich alsogleich befaßt habe . . . ich werde ihn sofort dem hl. Vater übergeben“. Der hl. Vater selbst aber „versäumte nie, die Briefe Salamon's ganz vollständig zu lesen“. Beide Correspondenten schrieben sich französisch. Salamon beherrschte aber diese Sprache besser als der Cardinal; in des letzteren Briefen finden sich nicht selten Unebenheiten des Stils. Da Salamon, wie schon erwähnt, seine Memoiren später italienisch abfaßte, so ist daraus zu schließen, daß er ebenso gut auch diese Sprache beherrschte, was sich bei ihm als früherem päpstlichen Unterthan wohl begreift.

Bald sollten sich die Ereignisse so gestalten, daß die Berichterstattung Salamon's nicht mehr bloß neben den offiziellen Nuntiaturberichten einherlaufen, sondern die letzteren vollständig ersetzen sollte. Am 25. Mai 1761, also kurz vor der Abreise Dugnani's erhielt Salamon von Zelada ein Schreiben, durch das er gewissermaßen in seine neue Stellung eingewiesen wurde (de Richemont S. XVI). „Sie sehen, schreibt der Cardinal, daß wir sehr nahe daran sind, keine offizielle Person (aucune personne avouée) mehr hier zu haben, und somit werden Sie uns in diesem Falle demnächst immer nützlicher und nothwendiger werden. Der Papst ist

überzeugt, daß Sie es in einer solchen Eventualität nicht fehlen lassen werden, Ihren Eifer und Ihre Thätigkeit zu verdoppeln, um uns genau über die Angelegenheiten auf dem Laufenden zu erhalten und uns über alles Nachricht zu geben (und zwar richtig und genau), was uns von Werth und zu wissen nöthig sein kann, damit wir Licht haben für unsere Schritte in so unglücklichen Zeiten. Es geschieht auf ausdrücklichen Befehl des hl. Vaters, daß ich Ihnen seine Wünsche mittheile, und ich bin lebhaft überzeugt, dies wird für Sie genügen, um sein Vertrauen vollkommen zu rechtfertigen". Aber der Papst sandte Salamon, wie wir aus den Memoiren wissen, auch noch ein eigenhändiges, sechs Seiten langes Schreiben, in welchem er ihn mit warmen Worten für die bisherigen Dienste belobte und für die nächste Zukunft ihm Weisungen ertheilte. De Richemont konnte den Text dieses päpstlichen Schreibens nicht auffinden. Dasselbe ist aber über jeden Zweifel sicher; es findet seine Bestätigung auch in manchen Stellen der Correspondenz Zelada's. Salamon war ganz glücklich über den ehrenvollen Auftrag und einen solchen Beweis päpstlichen Vertrauens. Er war jetzt „entschlossen, eher den Tod zu erleiden als dem Papst den Dienst zu versagen". Hierauf erhielt der Auditor Quarantotti zugleich mit seiner Abberufungsordre den Befehl, die Akten der Nuntiatur, die er nicht mit fortnehme, zu dem Abbé Salamon überführen zu lassen, und dieser wurde ersucht, fürderhin die Zusendung der Zeitungen und Zeitschriften an die Curie zu besorgen, wie dies bisher durch die Nuntiatur geschehen war, und außerdem auch die interessantesten der erscheinenden Publikationen, Tagesbroschüren rc. nach Rom zu schicken.

So war alles wohl vorbereitet, und Salamon konnte nun, sobald der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Abgang Quarantotti's definitiv vollzogen war, sofort in seine Stellung als „Internuntius" eintreten. Dieser Titel ist in den Memoiren gebraucht und mit dem-

selben wurde Salamon bisher gewöhnlich bezeichnet. De Richemont ist der Meinung, daß diese Bezeichnung eigentlich doch nur die Funktionen auszudrücken vermöge, die Salamon zu besorgen hatte, daß damit aber seine wirkliche Stellung nicht ganz genau und richtig charakterisirt sei. Denn einmal habe es überhaupt bei der Pariser Nuntiatur, ihrem diplomatischen Rang gemäß, keinen Internuntius geben können, sodann sei eigentlich Dugnani immer noch offizieller Inhaber der Nuntiatur gewesen, da er nur abwesend, nicht aber von seinem Posten abberufen war. Unser Herausgeber glaubt, daß man die eigenthümliche Stellung Salamon's am richtigsten ausdrücke mit „chargé des affaires“, wie derselbe auch selbst sich einmal in einem Briefe nennt. Diese Bezeichnung wäre auch wohl zu unterscheiden von „chargé d'affaires“. Letzterer Titel wäre nach de Richemont wieder nicht zutreffend, da er auch eine offizielle Stellung bezeichnet, Salamon aber nicht dem offiziellen Diplomatenstand angehörte. Nennen wir ihn also etwa geheimen Geschäftsträger des hl. Stuhles. Seine Stellung war eine nicht-offizielle, eine geheime. So wollte man es in Rom. Man glaubte, daß er auf diese Weise ersprießlichere Dienste zu leisten vermöge. Salamon meinte zwar selbst einmal in einem Briefe an Zelada, es könnte nur von Nutzen sein, wenn wenigstens die französischen Bischöfe und Erzbischöfe von seiner wirklichen Stellung zum hl. Stuhl bessere Kenntniß hätten; dann würden sie auf seine Vorstellungen besser hören und achten. Diese Herren, alle viel älter als er, und nicht gewohnt, beim second ordre Widerstand zu finden, lassen sich von ihm nicht so leicht etwas sagen; wenn es doch geschehe, so verdanke er dies seiner Stellung als conseiller beim Parlament. So sei es ihm zwar öfter gelungen, sie umzustimmen; manchmal rede er aber auch umsonst. Er würde darum im Interesse der Sache wünschen, daß man durch den Cardinal Bernis, der mit dem Erzbischof von Aix in Correspondenz stand, diesem bedeuten ließe, es sei „manchmal gut und nothwendig, seine

(Salamon's) Bemerkungen in Erwägung zu nehmen". Zelada ging aber auf dieses Ansinnen nicht ein. Er findet es für die Sache besser, wenn Salamon ohne öffentlich bekannte, ohne offizielle Stellung sei. Denn wenn man seine wirkliche Stellung nicht kenne, oder sich den Schein gebe sie nicht zu kennen, so stehe er ganz frei da und könne, ohne irgendwoher beeinflußt zu werden, ganz frei dem Papst seine Ansicht mittheilen (Corresp. S. 162 f. u. 170). Wenn aber Salamon's Stellung eine geheime war, so ist damit, wie schon aus dem Bisherigen entnommen werden kann, nicht gesagt, daß niemand davon wußte. Viele wußten offenbar mehr oder weniger davon, gaben sich aber den Anschein nichts zu wissen. Hatte sich doch Salamon, sichtlich um mit mehr Rückhalt und besserem Erfolg sein neues Amt bekleiden zu können, eifrig bemüht, beim König eine Audienz zu erlangen. Dieselbe wurde ihm gewährt und wie Salamon in den Memoiren erzählt, wurde er dabei von Ludwig XVI. wie ein Bevollmächtigter des Papstes empfangen. Die Audienz fand jedenfalls vor dem Zeitpunkt statt, mit welchem die neu veröffentlichte Correspondenz beginnt, — sonst müßte darin nothwendig von ihr die Rede sein — also vor dem 29. August 1791, doch wahrscheinlich nicht lange vor diesem Datum.

Von jetzt an schickte Salamon regelmäßig jede Woche dem päpstlichen Staatssekretär seinen ausführlichen Bericht, und versäumte nicht, jedesmal an Zeitungen, Broschüren, selbst Bildern und Carikaturen beizulegen, was für Rom besonderes Interesse hatte. Das letzte Schreiben von seiner Hand, das sich in dem entdeckten Fascikel fand, ist datirt vom 21. Mai 1792. Er correspondirte aber jedenfalls ununterbrochen weiter bis Ende August dieses Jahres. Am 10. August erfolgte der Sturm auf die Tuilerien. Die Priester durften sich jetzt nicht mehr im geistlichen Kleide in Paris zeigen. Auch Salamon zog Laienkleider an. Am 27. August Nachts, nachdem er noch vorher seine gewöhnliche Postsendung nach Rom expedirt hatte, wurde er verhaftet. Die Akten der

Nuntiatur wurden beschlagnahmt. Seine eigene römische Correspondenz aber entging den Häschern. Salamon fand Mittel, den Cardinal von seiner Lage zu benachrichtigen. Dieser antwortete dem Gefangenen darauf in einem Schreiben vom 28. September 1792, dem letzten der Serie, das italienisch geschrieben, ohne Aufschrift und ohne Unterschrift ist und fast nur in Andeutungen sich bewegt. Es schließt mit der herzlichen Ermahnung: „Sorgen Sie doch recht sehr, sich zu erhalten, sowohl für sich selbst als für uns".

Bezüglich der Gefahren und Leiden, die Salamon in der folgenden Zeit zu bestehen hatte, verweisen wir auf seine Memoiren, bezw. auf die früher in dieser Zeitschrift daraus gegebenen Mittheilungen. Wie durch ein Wunder entging er dem Tode. Wir wollen nur noch bemerken, daß man aus den Memoiren auch Kenntniß erhalten hat von Unterhandlungen, die im Jahr 1796 vom Direktorium mit Rom angeknüpft wurden zum Zweck des Abschlusses eines Concordates. Dieselben verliefen resultatlos; wie bekannt, kam das Concordat nicht zur Ausführung. An den betreffenden Conferenzen nahm wahrscheinlich auch Salamon theil, an der Seite des päpstlichen Specialgesandten Pieracchi. Hinsichtlich der Rolle, die ihm dabei zuzuweisen sein dürfte, weisen wir hier auf einen Artikel de Richemont's im „Correspondant" (10. September 1897): „La première rencontre du Pape et de la République française". — Nochmals kam eine schwere Prüfung über ihn. Er wurde auf Befehl des Direktoriums gefangen genommen, welches ihm den Prozeß machte, weil er mit einer feindlichen Macht (dem Papst) Correspondenz unterhalten habe. Auf dieses Verbrechen war Todesstrafe gesetzt. Es war nämlich Salamon's Courrier, den er mit einer wichtigen Depesche nach Rom entsandt hatte, an der Grenze arretirt und die Depesche aufgefangen worden. Salamon hatte sich vor dem Assisenhof zu Paris zu verantworten. Am 26. Januar 1797 wurde er endlich freigesprochen — die Gefangenschaft hatte 94 Tage gedauert. Dieses überaus

leidensvolle Kapitel seines Lebens ist in den Memoiren ergreifend geschildert. De Richemont theilt uns auch den Auszug der Gerichtsakten über die Freisprechung mit (S. 514). Nach seiner Freisprechung nimmt Salamon seine Thätigkeit als Vertrauensmann und Correspondent der Curie wieder auf. Wie lange er sie noch fortgesetzt, läßt sich nicht sicher bestimmen.

Unter dem folgenden Papst Pius VII. und seinem Staatssekretär Consalvi fand er weniger Verwendung im diplomatischen Dienste. An den Verhandlungen mit Napoleon über das Concordat nahm er keinen Antheil. Dagegen wurde er vom Cardinallegaten Caprara 1801 mit Neuorganisation der Diöcese Rouen betraut. Nachher begab er sich nach Rom, wo er 1806 zum Bischof von Orthosia i. p. i. geweiht wurde. Unter dem Kaiserthum war er in Frankreich nicht recht in Gnaden, wie auch er sich mit demselben nicht befreunden konnte. Die Restauration rückte ihn wieder mehr in den Vordergrund. Doch dauerte es in Folge der Ungunst verschiedener Umstände noch ziemlich lange, bis ihm weitere äußere Ehren zutheil wurden. 1822 erhielt er ein wirkliches Bisthum, in St. Flour (Kirchenprovinz Bourges). Hier lebte er nun ganz seinem Berufe, und wendete besonders den Seminarien und Congregationen seine hirtliche Sorge zu. Daselbst starb er auch, am 11. Juni 1829, der verdienstvolle und merkwürdige Mann, der so vielen Wechsel geschaut und so furchtbare Umwälzungen miterlebt, der mehr als einmal in seinem Leben die Schrecken des Todes verkostet, der so viel gearbeitet hat im Dienste der Kirche, und in schwerer Zeit, vom Vertrauen des Papstes gestützt, den ganzen Verkehr zwischen Frankreich und Rom so gut wie allein getragen hat. Ein schweigendes und, wie wir hören, nicht einmal äußerlich kenntliches Grab birgt seine Ueberreste. Kein Gedenkstein redet von ihm in seiner Bischofsstadt.

Im Leben hat er soviel geredet mit hohen und höchsten Persönlichkeiten, ist in lebendigem Verkehr gestanden mit

soviélen der einflußreichsten Männer seiner Zeit, hat selbst so eifrig und wirksam mitgeredet in Fragen, die seinem Herzen wichtig und theuer waren. Und nachdem er nun solange im Grabe sich ausgeschwiegen, fängt er aufs neue mit uns zu reden an — durch seine Briefe. Was für Geheimnisse mag er uns Nachgeborenen noch zu sagen haben?

Wenn man davon hört, daß über die Periode der großen Revolution neue Dokumente, Briefe, Memoiren u. dergl. ans Tageslicht gefördert werden, so mag bei vielen der erste Gedanke der sein: Was wird man da auch noch Neues erfahren, was man nicht schon wüßte! Welche Enthüllungen wird man da noch erwarten dürfen! Gibt es ja doch kaum eine Periode der Geschichte, in welche schon so gründlich hineingeleuchtet worden ist mit der Fackel der Forschung, und über welche so zahlreiche und gute Quellenwerke, Aufzeichnungen 2c. vorhanden sind, wie gerade über die französische Geschichte vom Ende des letzten und vom Anfang dieses Jahrhunderts. Auf dem Gemälde, das diese Epoche darstellt, haben ja doch schon alle hervorragenden Figuren nicht bloß ihre bestimmte Stellung und Gruppirung, an der nichts mehr zu ändern ist, sondern auch schon ihre fixirten Physionomien, ihre bestimmten Züge, an denen sie jedem kennbar sind. Da wird es sich höchstens etwa noch um etwas mehr Licht oder Schatten handeln können. Wenn so, wie man sieht, die Hoffnungen, die man an eine neue Publikation über die fragliche Zeit knüpft, allgemein ziemlich bescheiden sind, so wird man nur umso angenehmer überrascht, wenn durch eine solche dem Bilde doch noch neue bedeutsame Striche, wirklich werthvolle Linien hinzugefügt werden, oder wenn nur da und dort die Beleuchtung eine besser abgetönte, eine interessantere wird, mit anderen Worten, wenn man über wichtige Vorgänge wirklich noch Neues und Wissenswerthes erfährt, über Personen beachtenswerthe Urtheile aus dem Munde von Zeitgenossen vernimmt, über schwer zu beurtheilende Verhältnisse, über kritische Situationen Aufschlüsse

bekommt, die zum besseren Verständniß verhelfen. Das trifft bei der vorliegenden Veröffentlichung zu. Aufzeichnungen, die den Ereignissen gleichzeitig sind, die gewissermaßen den ganzen Verlauf und die Entwicklung der Ereignisse vor uns reproduciren mit all den subjektiven Hoffnungen und Befürchtungen, Vorahnungen und Täuschungen, sind immer interessant. Bei einem Mann aber, der wie ein geheimer Internuntius fortgesetzt für den Papst seine Berichte fertigt und für diesen die einzige zuverlässige Quelle der Nachrichten bildet, der darum von Woche zu Woche exakt und gewissenhaft über alles Wichtige berichtet, das sich neu ereignet hat und dem Papst von Interesse sein muß, der überdies seiner Berichterstattung zugleich den Stempel der eigenen ausgeprägten Persönlichkeit aufdrückt, dürfen wir mehr erwarten als vom Nächstbesten. Dazu kommt, daß Salamon wirklich das war, was man heutzutag einen gewandten, thätigen und findigen Reporter nennt. Ueberall ist er, wo es etwas auszukundschaften gibt. In der Nationalversammlung, in den Salons der Aristokraten, bei den Führern der Parteien, bei dem Volk auf den Straßen, überall holt er sich seine Informationen und belauscht die Stimmung. Er besucht die Bischöfe, „trinkt die Chokolade mit den Theologen", um sich mit ihnen über wichtige Fragen zu besprechen. Selbst bei Gegnern weiß er sich die Wege offen zu halten, ohne seine eigene Ueberzeugung preiszugeben. Auch sie können ja ihm, seinen Absichten und seiner Berichterstattung Dienste leisten. Ein Beispiel. Der frühere Hofprediger und nachherige constitutionelle Bischof Torné vom Departement Cher (Bourges) wird von Salamon hart beurtheilt, er zeichnet ihn als einen Mann ohne Religion und sittliche Grundsätze, er nennt ihn einen Schismatiker. Da dieser Torné aber „ein Mann von distinguirtem Geist" und „ein sehr fähiger Kopf" ist, so fragt Salamon beim Cardinal an, ob er nicht doch im Geheimen sich desselben bedienen und ihn zum Handeln veranlassen dürfe, um für Avignon etwas zu ge-

winnen. Der Cardinal antwortet ihm gleich darauf im Namen des Papstes, daß dies nicht angehe, die Ehre vor Gott, vor der Kirche und allen Gutgesinnten verbietet es (Corresp. S. 115 und 129). Aus den Memoiren erfahren wir nun, daß Salamon gerade durch Torné, der ihn in sein Haus aufnahm, im September 1792 dem Gemetzel entrann. Vielleicht dürfen wir hieraus schließen, daß Salamon doch nicht jede (private) Beziehung zu Torné abgebrochen, jedenfalls aber, daß er diesen fähigen und einflußreichen Mann sich nicht zum persönlichen Gegner gemacht hatte. Daß Salamon in allen Kreisen sich Zutritt zu verschaffen wußte, das befähigte ihn in seltenem Maße zu dem Amt eines informateur officieux, wie auch die Vielseitigkeit der Quellen seinen Berichten einen eigenen Werth und Reiz verleiht. Dabei ist er unermüdlich thätig. Nichts ist ihm zu viel, keine Mühe und kein Opfer, selbst keine Gefahr scheut er. Tag und Nacht sozusagen arbeitet er im Dienste seines päpstlichen Auftraggebers. Es ist nichts Seltenes, daß er bis Nachts 2 Uhr an seinen langen Berichten schreibt, nachdem er den Tag zur Information ausgenützt, oder daß er mitten in der Nacht seinen Schreibtisch verläßt, um in der Stadt noch etwas zu erkunden, oder zu gleich vorgerückter Nachtzeit alle List gebraucht, um seine römische Postsendung, unbeachtet von der Schildwache, irgendwo abseits in den Schalter zu werfen. Wir erfahren in der Correspondenz von wahren Kunststücken von Findigkeit, der es nur noch seine Ergebenheit und Opferwilligkeit gleich zu thun vermag.

Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn Papst und Cardinal einen solchen Correspondenten schätzen und von seinen Diensten hochbefriedigt sind. Es ist darum etwas ganz Gewöhnliches, daß Zelada im wärmsten Ton sowohl für sich als im Namen des Papstes den verbindlichsten Dank ausdrückt für die ausgezeichnete Bedienung und den bewiesenen Eifer. „Es ist unmöglich, Sie nicht zu lieben“,

schreibt der Cardinal einmal. Und dieses Thema freundlichster Dankesbezeigung kehrt in seinen Antwortschreiben in zahlreichen Variationen wieder. Nachdem der Cardinal erfahren hat, wie dank den geschickten und eifrigen Bemühungen Salamon's die Bulle vom 19. März 1792 glücklich nach Frankreich hineingekommen und bereits gedruckt und verbreitet ist, beginnt er das Antwortschreiben vom 25. April folgendermaßen: „Es wäre mir unmöglich, Ihnen, mein Herr, die hohe Freude (le ravissement) des hl. Vaters auszudrücken beim Lesen des ersten Blattes Ihrer Nr. 94. Der Papst war in einer wahrhaft großen Sorge, sowohl wegen der Wichtigkeit der Ihnen unter dem 21. März anvertrauten Commission, als auch wegen der Folgen und Gefahren, welche sie Ihnen bereiten konnte. Seine Befriedigung nun entspricht ganz den verschiedenen Gefühlen, die seine große Seele bewegten. Sie haben sich damit ein neues, wirkliches und glänzendes Verdienst erworben. Ich rede in seinem ausdrücklichen Auftrag und in seinem eigenen Namen, wenn ich Ihnen danke, Ihnen das größte Lob spende und versichern kann, daß er Ihnen dies nicht vergessen wird. Was mich selbst betrifft, so müßte ich zu weitschweifig werden, wollte ich Ihnen alles ausdrücken, was ich für Sie empfinde. Ihre rührige Thätigkeit, Ihr Muth, Ihr Eifer setzen mich in Erstaunen und ich sehe, daß es leichter ist Sie zu bewundern als nachzuahmen“.

(Schluß folgt.)

LXXIV.

Deutschthum und Lutherthum.

Als Kaiser Wilhelm II. zum ersten Male (1898) Mainz besuchte, erinnerte der Bürgermeister bei dem Empfange sehr passend an die große Rolle, welche die altberühmte Stadt im alten Reich gespielt, die jetzt auch um so mehr sich des neuen Reiches freue. Der Kaiser sagte in seiner Antwort, das alte Reich habe nicht bestehen können, weil es nicht national gewesen. Nun hat aber das alte Reich, selbst wenn wir erst mit Karl dem Großen beginnen, tausend Jahre bestanden, also länger als gar manche andere berühmte Reiche, von denen die Weltgeschichte erzählt. Wir könnten dabei mit vollem Rechte noch weiter zurückgreifen, mit Chlodwig beginnen, dem 496 in Reims getauften, ersten christlichen Franken- d. h. deutschen König. Die Franken waren Deutsche, dies wird selbst von den heutigen Franzosen nicht bestritten, welche auf diese Vorfahren sehr stolz sind, und mit vollem Recht.

Die Franken saßen anfänglich auf dem rechten Ufer des Rheines, haben sich allmählig des größten Theiles des Beckens dieses Stromes bemächtigt, das Mainbecken bevölkert und diesen Ländern ihr Gepräge aufgedrückt, das sich bis heute erhalten hat. Ihre Sprache war deutsch, die Sonderheiten und Eigenart der fränkischen Mundart sind noch heute weithin zu erkennen. Noch besser, bis ins zehnte, elfte Jahrhundert war der Ausdruck fränkische Sprache viel gebräuchlicher als deutsche Sprache. Die deutsche Nationalstiftung in Rom heißt auch heute noch Scola francorum. Unter den Königen merovingischen Namens breiteten sich die Franken im nördlichen und mittleren Gallien, sowie in

Belgien aus, stifteten dort Reiche, verschmolzen sich allmälig mit den Eingeborenen gallischen Stammes, blieben aber bis zur Revolution gewissermaßen der herrschende Stamm. Die Könige wie auch die meisten Adeligen waren fränkischer Abkunft, was sich heute vielfach, besonders an den Namen nachweisen läßt.

Die Franken waren durch das reiche, von den Römern schon gesittete Gallien angezogen, welches ihnen größere Mittel bot, als das damals großentheils noch unangebaute Deutschland. Es zeugt ungemein für sie, daß die Franken, obwohl nur eine kleine Minderheit, sich die Gallier so leicht unterwerfen und mit ihnen befreunden konnten. Die Kirche, welcher die Gallier großen Theils schon angehörten, war das Bindeglied. Die Bischöfe waren die Berather, Führer, Helfer der Könige und überhaupt der Franken, trugen daher wesentlich zu der Staatenbildung, der politischen Gestaltung bei. Ihre deutsche Heimat haben dabei die Franken nie aufgegeben. Sie beherrschten stets den Rhein, das mittlere und südliche Deutschland, unterwarfen, befreundeten sich Alemannen, Bayern, Thüringer, bezwangen die Friesen. Karl Martell begann die Unterwerfung der Sachsen.

Die Ausdehnung des Reiches, dann auch die Stammesverschiedenheiten führten zur Theilung in das mehr gallische Neustrien und das überwiegend germanische, rein fränkisch gebliebene Austrasien. Und es war ein Ostfranke, ein Austrasier, Karl der Große, welcher alle fränkischen Reiche wieder vereinigte. Er gebot nun über ungewöhnliche Machtmittel, führte daher die von den früheren Frankenherrschern begonnene Unterwerfung der Sachsen durch. Dies war eines der folgenreichsten, ersprießlichsten Werke, die je ein Eroberer zustande gebracht. Denn hiedurch geschah der wichtigste Schritt zur Bildung des deutschen Reiches und der deutschen Nationalität. Die Kirche wirkte ausgiebig mit, der hl. Bonifatius hatte Karl dem Großen schon kräftig vorgearbeitet. Der Kaiser gründete Bisthümer (Bremen, Minden, Münster, Hildesheim, Hamburg u. s. w.), Klöster, Schulen, arbeitete selbst an der Ausbildung der deutschen Sprache mit. Die Sachsen begriffen auch sehr wohl, worum es sich handelte, wurden gute Christen, vertrugen sich mit den Franken und andern deutschen Stämmen. Nach

Aussterben der deutschen Karolinger kam ein sächsisches Geschlecht auf den Kaiserthron. Die Franken, Alemannen, Bayern, stellten dann nach einander die Kaiser, so daß alle Stämme abwechselnd den Kaiserthron besetzt hielten, was gar sehr zu ihrer Annäherung und Einigung beitrug. Gewiß so national als nur etwas sein kann. Die Bischöfe wirkten ganz besonders mit bei den Kaiserwahlen wie bei der Reichsregierung. Sie wirkten sehr national, indem sie das Reich mehr zusammen hielten, als die vielfach sehr eigensüchtigen, nur auf ihre Hausmacht bedachten Fürsten. Schon sehr frühe, nach dem Tode Ludwig des Kindes (911) wollten die Herzoge keinen Kaiser mehr, weil sie nach Unabhängigkeit strebten. Es waren die Bischöfe, welche die Wahl eines neuen Kaisergeschlechtes (des sächsischen) durchsetzten, wobei sie von den Grafen und Baronen unterstützt wurden. Die Bischöfe sind stets eine besondere Stütze des Kaisers, des Reiches, somit der deutschen Nationalität geblieben.

Das alte Reich war so national, als überhaupt ein Reich nur sein konnte. Es schuf mit Hilfe der Kirche die deutsche Nation durch Vereinigung der deutschen Stämme miteinander. Wenn national die ungerechte, gewaltsame Niederdrückung und Ausrottung anderer Nationalitäten bedeutet, dann war das alte Reich nicht national. Wenn das Wort aber Hochhaltung, Ausbildung und Ausdehnung der eigenen Nationalität durch Recht und Gerechtigkeit bedeutet, so war das alte Reich gewiß national im höchsten Grad. Mit Hilfe der Kirche vereinigte das Reich nicht blos alle deutschen Stämme zu einer Nation, es bildete auch deren gemeinsame Sprache und Befähigungen in ihrer Eigenart aus.

Das alte Reich breitete, immer mit Hilfe der Kirche, die deutsche Nation weiter aus, verschaffte ihr die erste Stellung in Europa, in der Christenheit. Es vereinigte, nach Gewinnung der Sachsen, die Länder jenseits der Elbe mit Deutschland, brachte durch Besiedelung und Verbreitung des Christenthums die deutsche Sprache im heutigen Ostelbien zur Herrschaft, breitete sie noch weiter aus, bis in Schleswig und die baltischen Länder. Durch das alte Reich wurde das Christenthum in Ungarn, Böhmen, Polen und anderen überwiegend slavischen

Ländern verbreitet und befestigt. Die Herrscher dieser Länder unterwarfen sich der Oberhoheit des römisch-deutschen Kaisers, oder lehnten sich doch an das Reich an, begünstigten deutsche Sprache und Einwanderung.

Das alte Reich war also im höchsten Sinne national, oder es gibt überhaupt nichts Nationales mehr, das Wort ist nur noch leerer Schall, eine Spitzmarke für Partei- und allerlei andere Zwecke. Freilich das alte Reich war katholisch, unter kräftigster Mitwirkung, ja auf Antrieb der Kirche und des Papstes entstanden und durch die Jahrhunderte, trotz Noth und Bedrängnissen aller Art, aufrechterhalten und gefördert worden. Gerade der Kirche hatte Deutschland es zu verdanken, daß seine Eigenart, seine Geistesgaben ausgebildet wurden. Die deutsche Kunst, das deutsche Geistesleben, die deutsche Sprache, tragen ganz das Gepräge, welches sie dem eigenen, von der Kirche geläuterten Geiste verdanken. Die alten Helden- und Volkssagen erlangen im christlichen Gewande ihre Veredlung, ihre höchste Ausbildung und Weihe. Deutschland theilt das Geistes- und Kunstleben aller christlichen Völker, nimmt Vieles von ihnen auf, aber es behauptet seine Eigenart, seine Sonderstellung und Selbständigkeit.

Wenn je eine nationale Einheit durch die Kirche geschaffen wurde, so war es das alte Reich, das sich stets besonderer Fürsorge seitens der Päpste erfreute, von ihnen mit Vorrechten ausgestattet, zur Schirm- und Schutzmacht der Kirche erhoben worden war. Den großen Kaisern ist viel zu verdanken, aber auch den Bischöfen, die meist besser, thatkräftiger zu ihnen standen, als die Fürsten. Dank dem Papst, dank der Kirche war das alte Reich die erste, einzige Großmacht Europas, der Welt. Daß es leider nicht ohne Spannungen, Entzweiungen zwischen Papst und Kaiser abging, ist bei der Unvollkommenheit auf Erden nicht zu vermeiden gewesen. Aber die Schuld hieran war doch wohl auch auf Seite der weltlichen Gewalt, welche oft genug den Bischöfen, Priestern, Klöstern arg zusetzte, statt sie zu schützen.

Wenn die romanischen Bestandtheile des Reiches, Arelat, Provence, Hochburgund 2c. früh sich abzulösen begannen, so konnte das vom nationalen Standpunkt wenigstens nicht beklagt

werden. Ihre lateinische Bevölkerung stand im scharfen Gegensatz zu dem Deutschthum. Um so machtvoller dehnte sich das Reich nach Osten aus und pflanzte dort das Deutschthum ein. Bis zum Anfang des sechszehnten Jahrhunderts war es deshalb immer nur nationaler geworden.

Das alte Reich stand um diese Zeit in jeder Hinsicht auf einer sehr bedeutenden Höhe. Freilich, der Reichsverband war, bei dem beständigen Streben der erblich gewordenen Fürsten nach Sonderrechten und Unabhängigkeit, schon ziemlich locker geworden. Aber es hatte in Karl V. einen thatkräftigen, bedeutenden Mann zum Kaiser, welcher wohl im Stande gewesen wäre, weiteres Unheil zu verhüten und wiederum einen besseren Zusammenschluß zu erzielen. Da rief Luther in seinen Hetzschriften die Fürsten und den Adel zur Empörung gegen den Kaiser auf. Er sprach ihnen nicht nur die Kirchengüter, sondern auch die bischöfliche Gewalt zu, was ja ihr Streben nach Unabhängigkeit nur fördern konnte.

Mit der religiösen Spaltung begann der Rückgang, die Verkleinerung des Reiches. Die erste That der neugläubigen Fürsten war ein Hochverrath; sie verbanden sich mit dem Erbfeind, lieferten ihm die lothringischen Bisthümer und andere aus. Karl V. begriff sofort die Tragweite dieses Beginnens, setzte all seine Macht ein, um wenigstens Metz, den Schlüssel der Niederlande, die Schutzwehr des Elsasses zu retten. Es gelang ihm nicht, wie ihm überhaupt aus verschiedenen Ursachen und durch schlechte, ja verrätherische Deutsche, manche seiner besten Unternehmungen nicht geglückt sind. Das Erste, was die sieben niederländischen Provinzen thaten, als sie protestantisch wurden, bestand darin, daß sie auch vom Kaiser und Reich abfielen, zu Bundesgenossen und Werkzeugen Frankreichs gegen Deutschland wurden. Der Großmeister des Deutschen Ordens stellte sich, nachdem er von Kirche und Kaiser abgefallen, auf Rath Luthers unter die Oberhoheit Polens, das ihn mit Preußen als Herzog belehnte. Dänen und Schweden fielen, im Solde und als Bundesgenossen Frankreichs, in Deutschland ein, angeblich um den Protestanten zu helfen, in Wirklichkeit um zu erobern, Deutschland zu verkleinern und auszurauben.

Die von Hus in Böhmen angefachte Bewegung war gegen

die Kirche und gegen die Deutschen gerichtet, welche Christenthum und Gesittung in das Land gebracht und durch ihre vorragende Stellung den Zusammenhang mit Deutschland gesichert hatte. Die Magyaren, welche von der Kirche abfielen und Calviner wurden, bahnten den Türken den Weg bis vor Wien, das nicht am wenigsten durch Hilfe des Papstes gerettet wurde. Die Calviner sind heute noch die schlimmsten Feinde des Deutschthums in Ungarn. Beim Ueberblick der deutschen Geschichte kann man sich der Wehmuth nicht erwehren, daß manche tüchtige, thatkräftige Kaiser, wie z. B. Karl V. und Ferdinand II., sich aufreiben mußten, um nur Einiges zu retten, statt ihre ganze Kraft auf Hebung und Stärkung des Reiches zu verwenden.

Gewisse Geschichtsschreiber schieben alle Schuld auf die Kaiser, können es denselben nicht verzeihen, daß sie katholisch geblieben, den Besitzstand der Kirche, die Gewissensfreiheit und Rechte aller Reichsangehörigen zu vertheidigen gesucht. Sie rechnen den Kaisern und Katholiken die sogenannte Gegenreformation als das schlimmste Unrecht, als das größte Verbrechen an. Aber gleichzeitig preisen sie die von Kirche und Kaiser abgefallenen Fürsten, weil dieselben das protestantische Bekenntniß mit Gewalt eingeführt, die Katholiken verfolgt, die Kirchengüter und Stiftungen weggenommen haben.

Seit dem westfälischen Frieden, dem unheilvollsten, den jemals Deutschland über sich ergehen lassen mußte, wurde dasjenige, was vom alten nationalen Reich übrig geblieben, fast nur durch den Kaiser und die geistlichen Fürstenthümer einigermaßen zusammengehalten. Die protestantischen Fürsten hielten zusammen (Corpus evangelicorum) gegen die katholischen und den Kaiser, suchten sich fortwährend auf Kosten der Katholiken auszudehnen und zu bereichern. Das Ausland fand stets Verbündete unter den einzelnen Fürsten. Der Kaiser war nicht mehr stark genug, dem undeutschen antinationalen Treiben der Fürsten zu steuern, oder er war durch Türken, Franzosen, Holländer, Schweden beschäftigt, brach gelegt. Selbst das schmähliche Vorgehen Ludwigs XIV. hatte nicht vermocht, das deutsche Nationalbewußtsein wieder zu wecken. Der Erbfeind fand vielmehr immer Bundesgenossen unter den deutschen Fürsten.

Der dreißigjährige Krieg hatte Deutschland nicht blos zerstückelt und verkleinert, sondern auch seinen Wohlstand, sein geistiges Leben, seine Kunst, seinen vorher so hoch gestiegenen Handel und Gewerbefleiß lahmgelegt. Vom westfälischen Frieden, theilweise schon früher, bis zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts ist Deutschland geistig unfruchtbar, eine Wüste, bleibt in seiner wirthschaftlichen Entwicklung mindestens um ein Jahrhundert gegen Frankreich und England zurück. Wegen seiner Zerrissenheit und Ohnmacht ging es bei der Vertheilung der neuen Welt leer aus. Was würde vom 16. Jahrhundert ab die Hansa geleistet haben, wenn sie ein starkes einiges Reich, einen mächtigen Kaiser hinter sich gehabt!

Das deutsche Nationalbewußtsein ist erst durch die schweren Schicksalschläge wieder erwacht, von welchen unser Vaterland in Folge des französischen Umsturzes und der Kriege Napoleons I. betroffen wurde. Nachdem der Wiener Frieden den deutschen Ländern wiederum einigen Zusammenhang verschafft hatte, haben die protestantischen Fürsten am eifrigsten das Nationalbewußtsein bekämpft. Der einzige nationalbewußte deutsche Fürst vor 1848 war der König Ludwig I. von Bayern. Im Uebrigen war Deutschland kaum viel mehr als ein geographischer Begriff. Das deutsche Nationalbewußtsein erstarkte, trotz der Fürsten, dank der Literatur, der Zeitschriften jeder Art.

Hätte Oesterreich die ihm durchaus günstige romantische Bewegung zu fördern und zu benutzen verstanden, so würde es einen überwiegenden Einfluß in ganz Deutschland errungen haben. Da es sich aber geistig und wirthschaftlich möglichst von dem übrigen Deutschland abschloß, lockerte es auch seine politische Stellung zu demselben. Preußen benützte diesen ungeheueren Fehler, indem es, schon vor 1848, die geistige und politische Bewegung, die Strebungen des Volkes in die eigenen Bahnen leitete. Da das katholische Oesterreich unthätig blieb, erlangte das protestantische Preußen den Vorsprung, beutete das Nationalbewußtsein zu seinem Vortheil aus, wobei es schließlich durch die Politik Napoleons III. unterstützt wurde.

Uebrigens darf man auch Oesterreich keine zu starken Vorwürfe machen. Die Einigung Deutschlands unter seiner Führung

würde ebenso durch die Nachbarn bekämpft worden sein, als vor dreihundert Jahren; denn durch solche Einigung wäre ein Hundertmillionen-Reich entstanden. Und die guten Nachbarn würden in Deutschland selbst, ganz wie damals, ihre Helfer und Verbündeten gefunden haben. Das Wagniß, die Schwierigkeiten waren für Oesterreich ungemein groß, da Rußland auch seine slavischen Völker gegen es aufhetzen konnte. 1830, also kaum fünfzehn Jahre nach dem Wiener Frieden, hatten sich Frankreich und Rußland verbunden, um den Rhein wegzunehmen, anderseits die russische Grenze bis zur Oder vorzuschieben. Der Sturz Karls X. vereitelte den Plan. Vielleicht hätte der Versuch seiner Ausführung auch eine Wohlthat für Deutschland werden können, indem Oesterreich und Preußen sich nicht blos zur Abwehr verständigt, sondern möglicherweise auch eine dauernde engere Verbindung unter sich und mit dem übrigen Deutschland hätten schließen können.

Heute, dreißig Jahre nach dem großen Einigungskampfe, dürfen wir die Dinge schon mehr übersichtlich, vom geschichtlichen Standpunkt, betrachten. Dann erkennen wir, daß die Einigung unter Preußen, die Abtrennung Oesterreichs, ganz ähnlich der Trennung des östlichen von dem westlichen Frankenreiche durch den Vertrag von Verdun, in einer längeren geschichtlichen Entwicklung, in einer Menge Umstände und Verhältnisse begründet ist. Man kann sagen: es hat Alles ineinandergegriffen und es ist schließlich (wenn auch anders als Manche gedacht) die Einigung gelungen, dank dem großen Wurf 1870. Es ist gelungen, weil die Einigung in den Gemüthern vorbereitet, durch eine eigenthümliche Verkettung der Umstände begünstigt war. Aber, hat der Protestantismus hiebei ein größeres Verdienst, ist er nationaler als die alte Kirche, welche die deutsche Nation geschaffen und so glorreich gemacht hat, daß das neue Reich wird froh sein dürfen, wenn es das alte erreicht? Katholiken und Protestanten haben zusammen gekämpft und ohne den guten Willen Bayerns wäre Vieles, vielleicht Alles, gefährdet gewesen. Wenn das neue Reich zustande gekommen, so ist es, weil Alle mitgewirkt haben. Für die innere Einigung und Festigung des Reiches haben die Katholiken, dank dem Centrum, gewiß ihren Antheil beigetragen.

indem sie eine Stütze des Rechts und der Gerechtigkeit für Alle, für die Einzelnen wie für das Ganze, geworden sind. Die Katholiken bilden im neuen Reich die stärkste religiöse, geistig-sittliche Gemeinschaft. Denn die Protestanten können nicht als ein Ganzes betrachtet werden; sie werden hauptsächlich nur durch den Gegensatz zur Kirche zusammengehalten.

Fassen wir kurz zusammen. Das alte Reich, die deutsche Nationalität ist wesentlich durch die Kirche geschaffen, ausgebildet worden. Ein Hauptanstoß der Zerrüttung und Zerreißung des alten Reiches ist von dem Protestantismus, von Luther ausgegangen. Wenn von der Kirchenspaltung bis in unsere Zeit noch ein nothdürftiger Zusammenhang Deutschlands erhalten geblieben, so ist es hauptsächlich der Kirche und dem Kaiser zu verdanken gewesen. Die völlige Zertrümmerung des alten Reiches ist durch fremden Eingriff verursacht worden; bei der Rettung Deutschlands zu Anfang dieses Jahrhunderts haben die Katholiken ebenso viel geleistet als die Protestanten, dabei noch die Zeche bezahlen müssen, indem man ihnen ihre Kirchengüter abnahm, die geistlichen Fürstenthümer zerstörte und deren Länder fast ganz protestantischen Fürsten zuwandte. Bei der Herstellung des neuen Reiches haben die Katholiken ihren vollgemessenen Theil beigetragen. Seither sind sie eine bewährte Stütze der heutigen Zustände.

Inwieweit sollen die Protestanten deutscher, nationaler sein als die Katholiken? Weil sie im neuen Reich die Mehrzahl bilden, der Kaiser protestantisch ist? Wenn die Protestanten sich ein besonderes Verdienst ob der Neuherstellung des Reiches zuschreiben, so ist es eben nur, weil für sie die Weltgeschichte mit Luther beginnt, sie sich die Zersplitterung des alten Reiches als ein besonderes Verdienst anrechnen. Vom deutsch-nationalen Standpunkt aus ist es aber unmöglich, hierin ein nationales Verdienst zu erblicken. Höchstens kann zugegeben werden, daß die Protestanten durch ihre Anstrengungen zur Herstellung des neuen Reiches die Schuld wenigstens theilweise gesühnt haben, die sie bei der Zerstörung des alten Reiches auf sich geladen.

Nur durch völlige Verkennung, Verläugnung der Geschichte, durch Verdrehung der Verhältnisse und Thatsachen kann be-

hauptet werden, daß der Protestantismus ein besonderes Verdienst um die deutsche Nationalität sich erworben habe, kann man sagen: deutsch ist lutherisch sein.

Es ist gewiß höchst sonderbar, daß ein solcher Ruf in Oesterreich, in Wien ertönen konnte, welches es nicht am wenigsten dem Papst zu verdanken hat, wenn es noch eine deutsche Stadt, die Hauptstadt eines mächtigen Reiches ist. Eine Mitschuld an dieser Verirrung trägt die österreichische Regierung, indem sie die Wirksamkeit der Kirche lahmgelegt, den Geschichtsunterricht in protestantischer und liberaler Auffassung ertheilen läßt, die Schule einer kirchenfeindlichen Lehrerschaft ausgeliefert hat. Der Protestantismus ist wahrlich in Oesterreich ebensowenig national als in Deutschland, wenigstens ist er nicht nationaler als der Katholicismus. Oesterreich ist mit dem Katholicismus verwachsen, groß geworden, welcher sich stets auf die Deutschen stützte, diese förderte, der Verbreitung der deutschen Sprache Vorschub leistete. Die Päpste haben ganz besonders die Bildung, die Zusammenfügung des Reiches der Habsburger begünstigt, dafür gesorgt, daß, nachdem der Kaiser Ungarn dem Türkenjoche entrissen hatte, das ungarische Reich dauernd an die Habsburger kam. Die Lutherischen haben in den Erblanden, die Calviner in Ungarn an dem Sturze der Habsburger, an der Zerreißung ihres Reiches gearbeitet. Wenn die protestantische Bewegung nicht unterdrückt worden wäre, würden die Erblande nicht beisammen geblieben und das Deutschthum durch deren Zerreißung gewiß schwer geschädigt worden sein.

Das „Los von Rom“ ist nur der Wiederhall, die Nachahmung der Bestrebungen der Calviner Ungarns, dieses Land vom Kaiserreich abzutrennen. Los von Rom ist gleichbedeutend mit Los von Oesterreich, mit der Vernichtung Oesterreichs, des habsburgischen Reiches. Dieses ist aber, man mag sagen was man wolle, stets eine Säule des Deutschthums gewesen. Hierin wird nichts dadurch geändert, daß in den letzten Jahrzehnten einzelne Fehler und Mißgriffe von der Regierung mögen begangen worden sein. Aber, haben die Liberalen nicht den schlimmsten Fehler, ja, einen offenbaren Verrath an der Sache des Deutschthums in Oesterreich begangen, indem sie die

Katholiken bis aufs Messer bekämpften, dieselben dadurch zwangen, sich mit den Conservativen und Katholiken anderer Nationalitäten zu verbinden, um ihre Stellung und Rechte einigermaßen wahren zu können? Die Führer der „Los von Rom"-Bewegung haben die Gegensätze innerhalb der Deutschen Oesterreichs geschürt, hervorgerufen. Sie fachten die Parteileidenschaften an, vertieften die Gegensätze, spalteten also die Deutschen unter sich, wodurch eine schwere Schädigung des Deutschthums entstand. Wäre es ihnen wirklich um das Deutschthum zu thun, so würden sie sich beeilen, eine Verständigung aller Deutschen Cisleithaniens herbeizuführen. Hiedurch würde, da ja die Deutschen die Mehrheit bilden, eine starke politische Macht geschaffen, welche Achtung gebieten, ja manche andere nationale Gruppen, denen berechtigte Zugeständnisse gemacht würden, zum Anschluß, zur Verständigung hätte bewegen können. Jedenfalls würde ein solcher Zusammenschluß der Deutschen Cisleithaniens auch seine Wirkung in Transleithanien nicht verfehlen. Den Anmaßungen der Magyaren wäre ein tüchtiges Gegengewicht geboten, besonders da ja auch die Deutschen und die anderen Völker der Stefanskrone sich durch eine solche cisleithanische Machtstellung gehalten und gehoben fühlen müßten. Dies wäre doch etwas ganz anderes, als das wüste, hirnlose Geschrei nach Trennung von Rom, welches nur neuen Zwist hervorrufen kann. Die Urheber dieses Geschreies sind nicht blos schlechte Deutsche und Oesterreicher, sondern auch schlechte Politiker.

Oder sollte es ihnen wirklich ernst sein, mit ihrer auf verschiedene Weise bekundeten Sehnsucht nach dem neuen Deutschen Reich? Der Gedanke einer Auftheilung Oesterreichs kann nur von Leuten gefaßt werden, welche keine Lehren aus der Geschichte gezogen, dabei ganz von den heutigen Verhältnissen absehen. Frankreich, Rußland und Italien würden als Miterben auftreten, in den Czechen — welche sich ja ganz als Verbündete Rußlands und Frankreichs gebärden — und andern Völkern Oesterreichs Bundesgenossen, Werkzeuge finden. Jedenfalls würde auch immer noch ein Kaiser da sein, der sich mit seinem Heer und der getreuen Mehrheit seiner Unterthanen wehren dürfte. Der Wirrwarr und die Zerrüttung könnten

groß werden. In Deutschland aber weiß man doch, daß die Auftheilung Oesterreichs ihm den Rhein kosten, dabei die Russen nach Konstantinopel, selbst nach Prag und Budapest führen könnte. Deßhalb ist für das neue Reich, für das Deutschthum, die Erhaltung eines katholischen Oesterreich eine Lebensfrage. Ein unauflösliches, ein Erbbündniß — wie solches schon im Reichstag verkündet worden — mit Oesterreich würde allen Gelüsten Rußlands, Frankreichs und Jung-Italiens von vornherein jegliche Aussicht abschneiden. Kurz, die Rom- und Oesterreich-feindliche Mache der Schönerer, Wolff und Genossen kann in Deutschland nur als ein Fehler, nur mit Achselzucken betrachtet werden. Die Russen in Konstantinopel, die Franzosen blos wiederum in Straßburg, dies wäre für Neudeutschland ein Schlag, welcher durch Erwerbung einiger Stücke Oesterreichs nicht ausgeglichen werden würde, besonders aber auch ein Schlag für das Deutschthum im Allgemeinen. In Oesterreich-Ungarn sind die Deutschen immer noch reichlich doppelt so zahlreich als die stärksten andern Nationalitäten. Jedem Gebildeten, jedem Geschäftsmann, jedem Reisenden, ja jedem Handwerker ist die deutsche Sprache unentbehrlich, weßhalb auch — trotz aller Hetze — immer noch einige Millionen Ungarn, Czechen, Polen, Slaven, Rumänen u. s. w. zugleich auch deutsch verstehen. Trotz aller Bemühungen wird keine dieser Sprachen jemals zu höherer Bedeutung gelangen, sich eine namhafte Literatur schaffen, über ihr jetziges Gebiet hinaus sich verbreiten können. Selbst Zwang und Nöthigung jeder Art, wie sie namentlich von Magyaren und Czechen geübt werden, können nur beschränkte vorübergehende Erfolge herbeiführen. Die deutsche Sprache bleibt unentbehrlich, muß daher un Verbreitung gewinnen, einen gewissen Vorsprung behaupten. Sie wird mit der Zeit, ohne Zwang, ganz die Oberhand gewinnen, die Herrschaft unbestritten besitzen. Gerade die blinde Wuth, mit welcher gewisse Nationalitäten die deutsche Sprache bekämpfen, ist der beste Beweis für deren Ueberlegenheit und Nothwendigkeit, für die aus den Verhältnissen hervorgehende steigende Verbreitung derselben. Die Erlernung des Deutschen erspart den Czechen, Ungarn, Polen &c. die Erlernung aller übrigen Sprachen des Reiches.

In Deutschland, wo der Protestantismus die Mehrheit bildet und von den Regierungen besonders gefördert wird, wäre es eine Unwahrheit, eine die glorreiche Vergangenheit verläugnende, deßhalb antinationale Anmaßung und eine Verunglimpfung der Katholiken, den Satz aufzustellen: deutsch sein heiße lutherisch sein. In Cisleithanien, wo die Lutherischen nur eine verschwindende Minderheit bilden, ist ein solches Auftreten noch unerhörter, eine Empörung gegen die Geschichte und gegen den Kaiser. Durch Erhaltung des Katholicismus ist ein gemeinsamer Boden für das ganze Reich bewahrt worden. Die „Los-von-Rom"-Rufer arbeiten an dessen Zerstörung, bringen neuen Streit und Zwist hervor. Sie wollen Oesterreich um drei Jahrhunderte zurückschrauben, neuen Bürgerkrieg anfachen, vorbereiten. Sie verfolgen politische, österreich-feindliche Zwecke unter religiösem Vorwand. Ein paar Hundert, und selbst ein paar Tausend Protestanten mehr in Oesterreich sind an sich ohne Belang. Aber ihr Abfall von der Kirche ist vor Allem auch ein Abfall von Oesterreich.

Die Katholiken rüsten sich zur Abwehr. Die beste Abwehr besteht jedenfalls darin, daß sie Freiheit für die Kirche, ihre Lehre und Liebesthätigkeit erkämpfen, die Schule wieder christlich machen.

LXXV.

Das neunzehnte Jahrhundert in Bildnissen.

Das zur Neige gehende Jahrhundert zeitigt manches literarische Unternehmen, welches in mehr oder minder eingehender Weise sich die Aufgabe stellt, auf die mannigfachen geschichtlichen Ereignisse und culturellen Errungenschaften, die eben das 19. Säkulum in außerordentlichem Grade erfüllen, geziemend Rückschau zu nehmen. Solchem Zwecke hat auch ein groß angelegtes Werk zu dienen, von dem uns zur Zeit ein Drittheil der auf 75 Lieferungen berechneten Gesammtausgabe vorliegt.[1]) In der Ausstattung der heutigen hochentwickelten künstlerischen Technik glänzend entsprechend, mit großer Umsicht geleitet, zeigt das bisher Gebotene ein Unternehmen, das in seiner Art sicherlich auch dem ablaufenden Jahrhundert zur Ehre gereicht.

Unter mancherlei Mühen sind aus Staats- und Privatbesitz die bestvorhandenen Bildnisse der berühmten Personen des Jahrhunderts zusammengetragen, um in trefflichen Wiedergaben vorgeführt zu werden. Viele tüchtige Kräfte sind außerdem aufgeboten, um in längeren oder kürzeren biographischen Mittheilungen und culturhistorischen Erörterungen der mächtigen

---

1) Das neunzehnte Jahrhundert in Bildnissen. Herausgegeben von Karl Werkmeister. (Großfolio.) Photographische Gesellschaft in Berlin. — Die uns vorliegenden Lieferungen (1—25) bieten 200 Bildnisse mit reichlicher Textbeilage von zahlreichen Mitarbeitern. (Preis jeder Lieferung 1 M. 50 Pf.)

Bildersammlung eine werthvolle Unterlage zu verleihen. Wie sich's für ein deutsches Unternehmen geziemt, ist das Werk glücklich mit den kerndeutschen Gestalten der Gebrüder Grimm eingeleitet, denen in stattlicher Reihe all' die Persönlichkeiten sich anschließen, welche im höheren Culturleben Hervorragendes geleistet und sich dadurch das Interesse und vielfach auch den Dank von Mit- und Nachwelt dauernd erworben haben. Kein Zweig des großen Schaffens- und Geisteslebens scheint in dem Werke außer Acht gelassen, keine Berufssparte, die in dem weiten Rahmen einschlägig, zurückgedrängt oder übersehen zu werden. Friedlich und nachbarlich sind hier Manche aneinander-gereiht, die im Leben auf dem Gebiete des Denkens als Gegen-sätze sich erwiesen, und manchmal werden wir an das Goethe'sche Wort „es irrt der Mensch, so lang er strebt", gemahnt, wenn wir in all das Ringen und Streben hineinschauen, welches in den Männergestalten sich verkörpert, die uns hier vor-geführt sind.

Ueberblicken wir die Bilderreihe, so wird uns außerdem klar, daß in der Geschichte menschlicher Geistesthätigkeit die Anatomen-Frage, ob brachy- ob dolichocephal, kein Recht hat, eine besondere Rolle zu spielen. Kurz- und Langköpfe sehen wir hier gleichwerthig auf den Höhen der Intelligenz thronen. Das durch ein großes Gesetz bedingte nothwendige Zusammen-wirken und Sichergänzen der Nationen für die allgemeine Ent-wickelung kann wohl keine bessere Illustration erhalten, als es in den vorliegenden Bildniß-Blättern geschieht. Wenn es bisher meist germanische und romanische Persönlichkeiten sind, an deren verdiente Thätigkeit wir gemahnt werden, so vermochte doch bereits der eine oder andere Slave sich einzustellen, um deutlich erkennen zu lassen, wie auch diese dritte Racengruppe sich immer mehr anschickt, in die Arena des internationalen Ringens ihre Vertreter zu entsenden.

Was beim ersten Blick auf das vorliegende Werk etwas befremdet, ist die von jeder chronologischen oder sonstig syste-matischen Anlage entfernte Aneinanderreihung der verschiedensten Persönlichkeiten. Für Vorführung der Porträts ist dieses ja ziemlich belanglos; für die textlichen Beigaben wäre es aber entschieden günstiger gewesen, an den wirklichen Entwicklungs-

gang in den Culturfächern strenger festzuhalten, um nicht den Nachfolger vor dem Vorgänger auftreten zu lassen. Die Herausgeber werden für ihre Anlage wohl Gründe gehabt haben. Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß in diesem kaleidoskopischen Durcheinandergewoge von Männern der Wissenschaft, Kunst und Technik, des Staats- und Kriegswesens, die immense Vielgestaltigkeit der geistigen Thätigkeitsformen, die Unterschiede und Gegensätze innerhalb derselben, höchst frappant zur Kundgebung gelangen. In diesem Schaukeln auf den bewegten Wellen des höheren Culturlebens liegt unleugbar ein gewisser Reiz, indem man, bald hinabgelenkt in die ernsten Tiefen der exakten Forschung und des spekulativen Denkens, bald hinaufgehoben in die Lichtfluthen des künstlerischen Schaffens, so recht das Herrliche und Erhabene der menschlichen Begabung und Geistesmannigfaltigkeit zu fühlen bekömmt. — Immerhin zeigt sich in dem Werke nicht allzu selten eine Männergruppe zusammengestellt, die durch mächtige Bande verknüpft sich erweist, wie z. B. Alex. von Humboldt, Cuvier und der eigenartige französische Astronom Arago, der sich für die Niederungen der Tagespolitik ebenso warm zu interessiren vermochte, wie für die im Universum kreisenden Welten. Auch zwischen Karl Ritter, der von der Geographie zur Geschichtswissenschaft die Brücke schlug, dem Geologen L. v. Buch, dem wir die erste geognostische Karte Deutschlands danken, und dem gestählten Polarfahrer Nordenskjöld zieht sich der sichere Faden der Zusammengehörigkeit, — aber noch auf derselben Blattseite des Textes, welche an das eisige, von dem kühnen Nordlandssohn durchforschte Polargebiet erinnert, werden wir jählings zurückgelenkt in die warme Sphäre deutscher Romantik, wie sie in L. Tieck ihre ausgeprägteste Verkörperung gefunden hat. Der Gegensatz von Tieck und dem sich anreihenden Ludwig Börne ist in seiner Art nicht minder groß, und wohlthuend berührt es, die Dissonanz durch den biederen F. Raimund gelöst zu sehen, dessen ächt süddeutsches Wesen in gesunden, melodramatischen Bühnenschöpfungen dem Volke wahrhaft werthvolle Gaben zu bieten verstanden hat. — Wir haben hier nur beispielsweise eine der vorgeführten Gruppen näherer Erwähnung unterzogen, um an

ihr anzudeuten, daß, wo man auch immer in die vorliegenden Blätter hineingreift, des Interessanten sicherlich genug zu finden ist.

Was den begleitenden Text betrifft, so verdient seine stilistische Vorzüglichkeit durchgehends vollste Anerkennung; ebenso löblich ist das bei den meisten Mitarbeitern wahrnehmbare Bestreben, möglichst objektiv die einschlägigen Berichte zu gestalten. Man fühlt sofort, daß gewandte, berufene Federn in die große Arbeit entsprechend sich getheilt haben. Wenn auch vielfach in knappem Rahmen gehalten, erscheint die Charakteristik der meisten vorgeführten Persönlichkeiten eine treffliche. In einigen Fällen, besonders dort, wo philosophische Lehrmeinungen und deren Vertreter zur Behandlung kommen, dünkt uns die streng objektive Darstellungsform allerdings nicht immer genügend gewahrt, indem der eine oder andere der Herren Mitarbeiter etwas allzu deutlich seine eigene Stellungnahme zu markiren sucht. Es ist daher erklärlich, daß es nicht an Sätzen fehlt, die bedingungslos zu unterschreiben, unsere positive Welt- und Geschichtsanschauung nicht gestattet. Bei der großartigen Anlage des Werkes und der Mannigfaltigkeit seiner textlichen Vorführungen ist ja die Schwierigkeit nicht zu verkennen, ganz ohne jeden Anstoß durch die Welt zu kommen. Immerhin sind der von uns berührten heiklen Punkte verhältnißmäßig wenige, und auch diese dürften durch die sonstigen Vorzüge des Gebotenen größtentheils als aufgewogen zu erachten sein. So sind vor allem die bildenden Künstler, Dichter und Tondichter, zunächst der gewaltige Beethoven, dem ein größerer Abschnitt mit reichlichem Porträtmaterial gewidmet ist, die berühmten Staatsmänner: Metternich, Talleyrand, Canning u. a., die hervorragenden Forscher, Erfinder und Techniker, an denen das 19. Jahrhundert so ungewöhnlich reich ist, in wahrhaft ausgezeichneter Weise zur Darstellung gebracht.

Bei Betrachtung der vorgeführten vielen Bildnisse ergibt sich wohl hin und wieder insoferne eine kleine Enttäuschung, als die gemachten Vorstellungen von den Gesichtszügen dieses oder jenes berühmten Mannes mit dem wirklichen Bilde nicht recht in Uebereinstimmung gelangen wollen. Eine so sehr

drastische Enttäuschung, wie wir sie vor Jahren beim Besuche der Walhalla vor der Büste Kant's erfuhren, ist uns jedoch aus den bisher gebotenen Bildnissen nicht zugeflossen. Im Ganzen und Großen erweist es sich doch als ziemlich richtig, daß das menschliche Antlitz der Ausdruck des innewohnenden Geistes sei. Wie die Züge Overbecks den innigfrommen Maler, so zeigen jene Lenau's deutlich den krankhaft erregten Dichter; Byrons Gesicht durchzucken förmlich alle die unheimlichen Blitze seiner leidenschaftlichen Seele, und die Gesichtsformen des französischen Romanciers Balzac lassen wohl bei Niemanden die Vermuthung aufkommen, daß sie einem Idealisten angehören. Es gilt auch von der Natur, was auf dem Gebiete der Kunst beachtenswerth erscheint: nicht die etwaigen Grade der formalen Schönheit bedingen die Ausdrucksweise des Innern. Bekanntlich ist im seelischen Ausdrucke die in der Formengebung meist ungenügende Kunst mittelalterlicher Meister nicht selten den formvollendeten Gestaltungen der Antike überlegen. Ebensowenig hindern demnach minder schöne menschliche Gesichtszüge die Bekundung eines hochentwickelten edlen Gemüths- und Geisteslebens. Das unschöne Antlitz Pestalozzi's zeigt den Menschenfreund ebenso deutlich an, als die anziehenden männlichen Züge Pasteur's es thun. Man sagt nicht umsonst, daß manchem Menschen die Seele förmlich auf das Gesicht geschrieben sei. Wenn wir z. B. das von Emilie Linder vorzüglich gemalte Bildniß Clemens Brentano's betrachten, so glauben wir aus der hohen Stirne und den darüber leicht sich kräuselnden Haaren unschwer ersehen zu können, wie die Gedanken und Gemüthsbewegungen dieses genialen Mannes oft so leicht sich kräuseln und trüben konnten. Nicht minder deutlich zeigen die kraftvollen Züge Josephs von Görres, welche Maler Settegast übermittelt hat, den gewaltigen Geisteshelden, aus dessen offenen, klar blickenden Augen wahrhaft Geist und Scharfblick eines Sehers uns entgegenstrahlen.

Auch unter rein kunstgeschichtlichen Gesichtspunkten ist das Berliner Werk von hervorragender Bedeutung. Gestattet es doch einen tiefen Einblick in die Eigenart der Bildnißmalerei des Jahrhunderts, in die geistige und technische Entwickelung der Porträtdarstellung überhaupt. Die anspruchsloseste, aber

für den Kunstkenner höchst anziehende Form solcher Darstellungen ist sicher in den Handzeichnungen geboten, von denen das Werk in gediegenen Reproduktionen mehrere werthvolle Blätter bietet. Jene liebevoll gewissenhafte Zeichnungsart, in der uns z. B. Wilhelm Grimm gezeigt wird, ist in der modernen Kunst leider vielfach verloren gegangen. Mit den einfachen Mitteln des Stiftes wurde früher nicht selten das innerste Wesen des Darzustellenden zu vollendetem Ausdrucke gebracht. So leuchtet das Wohlwollen und die Gemüthlichkeit, welche den großen Bildhauer Thorwaldsen beseelten, förmlich aus der schlichten, von C. Vogel gefertigten Zeichnung. In solch' gediegener Weise sind uns auch die Bildnisse E. Rietschel's, F. Schubert's und R. Schumann's geboten; als eines der prächtigsten Blätter dürfte die Zeichnung Arnault's erkannt werden, welche den edelgeformten Kopf A. Tennyson's zur Anschauung bringt.

Daß in unserem Jahrhundert der neuerstandenen Lithographie eine große Rolle zufiel, ist bekannt. Seit etlichen Decennien erscheint diese Kunsttechnik allerdings wieder weit zurückgedrängt; was aber mittelst der Lithographie im Porträtfache Herrliches geleistet worden ist, wird uns in der vorliegenden Bildnißsammlung gar deutlich vor das Auge gerückt. Man fühlt sich wahrlich veranlaßt, von der Lithographie zu sagen, daß auch sie den Besten ihrer Zeit genuggethan habe. Von einzelnen schülerhaften Gaben, wie sie das Porträt des ungarischen Revolutionsdichters Petöfi zeigt, abgesehen, begegnen wir vielfach den werthvollsten lithographischen Meisterleistungen. Wie Vorzügliches die Franzosen in diesem Punkte geleistet haben, bezeugen die Bildnisse von Lamartine, Cuvier, V. Cousin und Victor Hugo, welche dem Künstler Maurin zu danken sind. Auch Desmaisons hat in seinem Bilde des Componisten Auber, Grevedon in seinen Porträts von Boieldieu und Rossini Prächtiges geleistet; daß der letztere mehr an einen behäbigen Börsianer als an einen großen Musiker erinnert, ist wohl nicht auf Conto des Zeichners zu setzen. Von deutschen Lithographen hat Kriehuber in den Bildnissen Grillparzer's, Bauernfeld's und Raimund's die Vorzüge seines künstlerischen und technischen Könnens zu

außerordentlicher Geltung gebracht, nicht minder Meister Wildt, dessen Porträts von Spontini und E. M. Arndt als wahre Perlen der Lithographie bezeichnet werden müssen. Mit Genugthuung sehen wir daher auch das Bildniß Senefelder's, des Vaters der Lithographie, in der von ihm gefundenen Technik, von dem biederen Münchener Künstler Quaglio liebevoll gezeichnet, der Sammlung einverleibt.

Der geschmeidigen Lithographie steht als eine überaus mühsame, schwierige Darstellungsform jene des Kupfer- oder Stahlstiches gegenüber. Aber gerade in dieser Technik ist seit etlichen Jahrhunderten für Reproduktionszwecke — auch auf dem Gebiete des Porträts — außerordentlich viel geschaffen worden. In unseren Tagen, in der Periode der eiligen und hastenden Arbeit, werden die Künstler, welche mit dem Stichel arbeiten, immer seltener; dafür kommt häufiger die ungleich leichter zu handhabende Radirnadel in Anwendung, wie sie auch der unglückliche K. Stauffer-Bern für das Bildniß Gustav Freytag's zu gebrauchen wußte. — Von Reproduktionen nach gediegenen Stahlstichen, die theils nach Zeichnungen, theils nach Gemälden genommen sind, bieten die bisherigen Lieferungen der Bildnißsammlung ebenfalls eine achtbare Zahl. Ein Meisterwerk darunter dünkt uns das von Reynolds gestochene Porträt Walter Scott's, sowie das elegante Bild Talleyrand's, dessen feinen Lippen man es wirklich ansehen kann, daß sie hin und wieder eine Sprache gebrauchten, welche die Gedanken zu verhüllen verstand. Die strengen Züge Guizot's, die wohlgeschulten Mienen der Rachel-Felix sind uns nicht minder geschickt in Nachbildung von Stichen geboten. Von deutschen Kupferstechern hat uns J. Raab den mit unheimlichen Reinecke-Augen in die Welt schauenden Wilhelm Kaulbach, der fleißige Keller den vielthätigen K. Immermann vorgeführt. Daß sich von E. Geibel kein besseres Bildniß finden ließ, als das nach einer schülerhaften Zeichnung im Stiche gebotene, ist im Andenken des Dichters zu bedauern.

Bekanntlich hat zur werthvollsten Herstellung von Porträts stets die Oelmalerei gedient; es ist daher erklärlich, daß auch in der uns vorliegenden Sammlung der Löwenantheil den

Nachbildungen von Oelgemälden zufallen mußte. Nun kann man sich fragen, wie weit es den Künstlern immer gelungen, die Formen des lebenden Originals auf die todte Leinwand zu übertragen. Die uns vorgeführten Bildnisse stammen glücklicherweise zumeist von Künstlern, die gerade für das Fach der Porträtdarstellung die größte Befähigung und Hingabe zu entfalten vermocht haben. So ist es kein geringer Genuß, Bildnisse zu schauen, wie sie Adolph Henning von F. Overbeck und Christ. Rauch uns vorführt. Ebenbürtige Leistungen wußten die Maler Th. Phillips, Kornbeck, Jensen und vor allem auch F. Krüger in seinem herrlichen Gemälde K. v. Savigny's zu schaffen. Mancher andere wackere Künstler hat sich durch die Gestalten, die er porträtirt, selbst der Vergessenheit für immer entrückt und außerdem dauernd den Dank ganzer Nationen sich zu verdienen gewußt. Solches dürfen wir wohl von dem Maler Gebauer sagen, dem es vergönnt war, die meisten der großen Männer und Helden der Befreiungskriege, wie die Hardenberg, Gneisenau, Scharnhorst, York u. a. im Bilde festzuhalten. Verdiente Gelehrte zu porträtiren war auch dem Maler K. Begas beschieden, dessen Bildnisse von Ritter und Schelling ein überaus tüchtiges Erfassen und Können bekunden. Unzweifelhaft gehört zu den glücklichen Künstlern, die ob ihrer Aufgaben und deren vorzüglicher Lösung zu den genanntesten Porträtmalern gezählt werden, auch F. v. Lenbach. Die in den bisher erschienenen Lieferungen gebrachten Bildnisse von Werner Siemens, M. v. Schwind, F. Liszt und Döllinger bieten dafür allein schon hinlänglichen Beweis, — gerne hätten wir neben dem achtbaren Porträte Mommsens von L. Knaus noch die Wiedergabe des vorzüglich gemalten Kopfes Mommsens gesehen, wie ihn Lenbach vor etlichen Jahren im Münchener Glaspalaste zur Ausstellung gebracht hatte.[1]) — Daß außerdem die englische Porträtkunst hoher Vollendung sich rühmen kann, bezeugt vor allem das Bildniß Ch. Dickens von der Hand Maclise's; die elegante Technik, welche wie in einem Brennpunkte die volle Lichtfülle auf dem dargebotenen

1) S. Histor.-polit. Blätter Bd. 120, S. 913.

Antlitze zu concentriren weiß, ist bewundernswerth. — Eine kunstgeschichtlich besonders werthvolle Abtheilung der Bildnißsammlung bilden die Selbstporträts berühmter Künstler. Das eigene Ich möglichst gründlich zu geben, muß wohl das Bestreben aller Maler gewesen sein, die den Versuch gemacht, eigenhändig ihr Bildniß der Mit- und Nachwelt vorzuführen. Daß es besonders französischen Meistern geglückt ist, ihr Conterfei in eigenartig fesselnder Weise zu zeigen, künden die Blätter, welche uns den Hauptvertreter des Classicismus, David, die ernsten Züge Ingres' und Delacroix's sowie jene des um die religiöse Kunst Frankreichs hochverdienten Paul Delaroche zur Kenntniß bringen. — Von Meistern, die Deutschland angehören, schätzen wir ganz besonders das Selbstporträt Vautier's, des hervorragenden Genremalers, der die leid- und freudvollen Erscheinungen des Alltaglebens in seinen Werken in einer Weise zu geben wußte, daß dieselben ob der ihnen innewohnenden Wahrheit außerordentlich zu fesseln, ob des sie durchwehenden reinen künstlerischen Hauches wohl allzeit zu entzücken vermögen.

Einen verhältnißmäßig geringen Bruchtheil nehmen unter den bisher erschienenen Bildnissen die direkt nach dem Leben genommenen photographischen Wiedergaben ein. Wenn dieselben unter streng kunstgeschichtlichem Gesichtspunkte wenig ins Gewicht fallen, so schätzen wir sie zunächst deßhalb hoch, weil sie die unzweifelhaft verlässigste äußere Nachbildung der uns vorgeführten Personen darbieten. Die herrliche, von der photographischen Gesellschaft in Berlin besorgte Aufnahme des großen Strategen Moltke dünkt uns überdies durch die Art ihrer Vorführung in eine Sphäre gehoben, welche auch dem Photographen theilweisen Anspruch auf Künstlerthätigkeit zuzusichern vermag. Manch' berühmter und vielgenannter Mann, wie E. Renan, Michelet, v. Helmholtz, Lister, K. Vogt, Darwin ist nach photographischer Aufnahme gegeben. Daß auch E. Häckel in dieser Technik seine Darstellung gefunden hat, ist gut; sein Bildniß ist dadurch dem allenfallsigen Verdachte der Ungenauigkeit besser entrückt, als die von ihm gebotenen Illustrationen zur Geschichte der embryonischen Entwickelung, denen bekanntlich der schwere Vorwurf nicht erspart

geblieben ist, daß sie durch künstlerische Auf- und Abrundung in wissenschaftlicher Hinsicht allzusehr entwerthet worden seien.

Noch steht — der umfassenden Anlage des Werkes gemäß — die Vorführung von vierhundert Persönlichkeiten in Aussicht, deren Bedeutung und Verdienste geeignet erscheinen, dem cultur-historischen Range des 19. Jahrhunderts ein besonders kraft-volles Relief zu verleihen. Mehrfache Gründe veranlassen uns, der Weiterentwicklung des stattlichen Werkes reges Interesse entgegenzubringen. Das Wahl- und Richteramt, welches den Herausgebern zufällt, ist sicherlich kein unwichtiges; man hat alle Ursache, ihnen für das weitere Gelingen der großen Auf-gabe salomonische Weisheit und Unparteilichkeit aus auf-richtigem Herzen zu wünschen. Noch ist Raum und Gelegenheit in Fülle, solch weises, gerechtes Walten mannhaft nach jeder Seite zu dokumentiren. — Mehrmals schon sind wir in den bisher erschienenen Textblättern dem Hinweis begegnet, daß, speciell im Gebiete der Naturwissenschaften, als die beiden größten Erweiterungen des Humboldt'schen Kosmosbildes die Spektralanalyse und die Darwin'sche Lehre von der natürlichen Entwickelung der Lebewesen zu erachten seien. Nachdem uns bereits Darwin und seine Paladine in Bild und Wort vor-geführt worden sind, haben wir die wohlberechtigte Hoffnung, zur besonderen Genugthuung in Bälde auch einen — Jesuiten, den hochverdienten P. Secchi, der illustren Gesellschaft der größten Forscher und Gelehrten des 19. Jahrhunderts ein-verleibt zu sehen.

München. Max Fürst.

LXXVI.

Zeitläufe.

Europa in China und die Zukunft des „Himmlischen Reichs".

Den 24. Mai 1899.

II.

China wird auch im Inneren auf absehbare Zeit nicht mehr zur Ruhe kommen. Erst im vorigen Monat ist die Nachricht eingetroffen, daß die sogenannten Dunganen (auch Tungusen genannt), Muhamedaner im chinesischen Turkestan, die grüne Fahne des Propheten aufgepflanzt und den heiligen Krieg erklärt haben. Vor wenigen Jahren hatte dieselbe Erhebung stattgefunden.[1]) Diese Erscheinung im Nordwesten des Reichs hat ihre besondere Bedeutung. Die gegenwärtige Dynastie in China, die Mandschu, stammt nämlich von den Dunganen ab. Ihre Fürsten waren mit einem Theil der Volksstämme in China eingebrochen, vertrieben die Dynastie der „Ming", der ursprünglichen Herrscher im „himmlischen Reiche", eroberten 1644 Peking und nach langem blutigen Kampfe ganz China. Mit der chinesischen Sprache und Lebensart hatten sie sich auf religiöser Grundlage allmählig assimilirt.

---

1) „Die Christen-Massacres in China und die Missionen; die antidynastischen Geheimbünde." S. „Histor.-polit. Blätter" 1895. Band 116. S. 604 ff.

Die dynastische Frage, ob die alten Ming, das heißt das alte Chinesenthum, wiederkehren oder die neuen Mandschu verbleiben sollen, spielt bei allen diesen Bewegungen in China eine große Rolle. Als es sich vor fünf Jahren um die Linien handelte, auf welchen die Eisenbahn aus der Mandschurei nach Süden abgezweigt werden sollte, verlautete aus St. Petersburg: „Gegen diese Linien hat aber die chinesische Regierung schließlich doch erhebliche Bedenken gehegt, da von ihnen die große Mauer durchbrochen werden und sie in das heilige Gebiet von Mukden, der Grabstätte der Kaiser aus der Mandschu-Dynastie, führen würden. Dies würde aber eine Entweihung der jedem Chinesen heiligsten Stätte bedeuten, für die regierende Dynastie unheilbringend seyn, und möglicherweise auch zu den schwersten Exzessen gegen die Christen im ganzen Reiche geführt haben.“ [1]) Nun scheint aber doch die russische Bahn über Mukden unweit der Grenze von Korea, wo die Gräber der früheren Mandschu-Herrscher liegen, nach der Hafenstadt Niu-Tschuan zu gehen. [2]) Ueber das Stammland der Mandschu hat, bevor es noch den Russen zufiel, ein englischer Kapitän aus eigener Anschauung berichtet:

„Die Mandschurei besitzt riesigen Reichthum, wahrscheinlich ebenso großen, wie der Transvaal. Was ist ganz Mittel-Afrika von Uganda bis Khartum gegen die Mandschurei? Die mehrere Millionen zählenden Einwohner sind die fleißigsten Ackerbauer auf der ganzen Welt. Obgleich das Klima zwischen großer Hitze im Sommer und großer Kälte im Winter schwankt, so ist die Sommerhitze doch nicht drückend. Obwohl Rußland 1860 einen Theil der Mandschurei mit Wladiwostok und der Possiet-Bucht annektirte, mißt die Küstenlinie der jetzigen Mandschurei dennoch 600 englische Meilen. Das Land besitzt

---

1) Correspondenz der Berliner „Kreuzzeitung“ vom 4. Juli 1895.
2) Aus London s. Münchner „Allg. Zeitung“ v. 10. December 1896. Vgl. Wiener „Neue freie Presse“ vom 9. März 1898.

große schiffbare Flüsse, die tief aus dem Innern kommen. Es hat prächtige Fichten-, Eichen- und Ulmenwälder und wunderbare Weizen-, Hirse-, Gersten-, Reis- und Hanffelder. Im Weißen Gebirge entspringen drei Flüsse, auf denen die großen Bauholzflöße still nach der See hinabgleiten. Die Mandschurei wird, wenn die politischen Hindernisse beseitigt sind, im Holzhandel bald mit Britisch-Kolumbien konkurriren können. Es wächst in der Mandschurei eine ungeheure Menge Bohnen und das daraus gepreßte Oel wird nach dem Westen ausgeführt. Es ist eine Fülle von Transport-Thieren vorhanden. An Erzen kommen Gold-, Kupfer- und Eisen-Erze vor. Auch Kohlen Lager sind vorhanden. Daß man von dem Mineralreichthum der Mandschurei bisher so wenig gehört hat, findet darin seine Ursache, daß die chinesische Regierung Privatpersonen das Schürfen fast nie gestattet. Die Bevölkerung ist kräftig gebaut, fleißig und sparsam. Ihre Wahrheitsliebe ist im allgemeinen nicht groß. In Geschäftsangelegenheiten aber halten sie ihr Wort".[1])

Als vor zwei Jahren der russisch-chinesische Vertrag dem Tsung-li-Yamen zur Vorlage kam, rief Prinz Kung, der Vorsitzende des Staatsraths, aus: „Fort damit, wir wollen dieses Aktenstück nicht sehen! Ebenso war der Kaiser von China selbst und seine ganze Familie dagegen, in der Mandschurei, also in demjenigen Landestheil, welcher das Stammland der herrschenden Dynastie ist, einer fremden Regierung so ungeheuerliche Rechte einzuräumen".[2]) Erst nach Monaten gelang es, namentlich die Kaiserin Wittwe einzuschüchtern. Im Palast konnte man nicht vergessen, daß der Taiping-Aufstand im Jahre 1852 den Umsturz der Mandschu-Herrschaft zum Ziele hatte und in den ständigen Geheimvereinen Millionen von Mitgliedern unausgesetzt darauf hinarbeiten. Als im folgenden Jahre wieder der Aufstand von Kuangsi entbrannte, berichtete eine englische Stimme: „Wir würden, wenn die Rebellen

---

1) Aus London s. Berliner „Kreuzzeitung" vom 15. März 1898.
2) Aus London s. Münchener „Allg. Zeitung" v. 11. Februar 1897.

noch ein paar durchschlagende Erfolge erzielen, dem Zusammensturz der Mandschu-Dynastie und somit der völligen Auftheilung China's um einen sehr bedeutenden Schritt näher gerückt seyn".[1]) Ein halbes Jahr später wurde aus Peking berichtet:

„Jetzt erwacht nun auf einmal der alte historische Gegensatz zwischen Chinesen und Mandschuren, der Jahrhunderte lang geschlummert hat. Die liberalen Bestrebungen der jungen chinesischen Generation finden ihre erbittertsten Gegner in den alt-mandschurischen Elementen des Hofes, welche so reaktionär gesinnt sind, wie dies Leuten vom alten Adel zukommt. Die mandschurischen Hof-Junker und die Tataren-Generale wollen nichts von Reformen wissen. Die Kaiserin Wittwe, welche vor der Mündigkeit des jetzigen Kaisers die Regentschaft geführt hat, ist die Seele dieser reaktionären Partei. So ist denn jetzt wieder einmal Chinesenthum und Mandschurenthum in scharfen Antagonismus gerathen; und wie vor Jahrhunderten, repräsentiren auch heut in diesem Streite die Chinesen die höhere Cultur, die Mandschuren aber den Militarismus mit aller seiner Bornirtheit und Brutalität. Die jungen chinesischen ‚intellectuels' sind in dieser Weise dazu geführt worden, eine Agitation gegen das mandschurische Herrscherhaus zu beginnen. Diese Agitation hat bereits in einem bedenklichen Maße auf das Volk übergegriffen, das in China für dynastische Fragen sich noch am ehesten einsetzt. Insgeheim schleicht heut der Gedanke, eine nationale chinesische Dynastie auf den Thron zu erheben, durch das ganze Reich. Der Boden, auf dem das gegenwärtige Kaiserhaus steht, ist allmählig recht schwankend geworden, und in diplomatischen Kreisen in Peking wird auch die Ansicht laut, daß die Dynastie in Zukunft ihren Sturz wahrscheinlich nur dadurch wird vermeiden können, daß sie das Ausland zu Hilfe ruft".[2])

---

1) Londoner Correspondenz f. Münchener „Allg. Zeitung" vom 25. Juli 1898.

2) Correspondenz der „Wochenschrift der Frankfurter Zeitung" vom 19. November 1898.

Inzwischen hatte die sogenannte Palastrevolution in Peking alle Welt überrascht. Die Kaiserin-Wittwe und frühere Vormünderin ihres nun 27jährigen kinderlosen Adoptivsohnes, des Kaisers, hatte denselben ohne weiteres beiseite gesetzt und die Herrschergewalt auf sich genommen. Der Kaiser war in seinem „Jung-Chinesenthum“ allerdings so weit gegangen, daß er die Erlassung einer Verordnung vorbereitete, welche allen Mandarinen anbefehlen sollte, die Zöpfe abzuschneiden und europäische Kleider zu tragen; er selbst legte europäische Kleider an. Ueberdieß hatte er auch den früheren japanesischen Premierminister, den großen Reformer Marquis Ito, empfangen; dagegen wurde der berühmte Li-Hung-Tschang, jetzt Russenfreund, entlassen, von der Kaiserin aber wieder berufen. Der bekannte Instruktor der chinesischen Armee General von Hanneken aus Preußen erzählte von der alten Dame:

„Die ebenso kluge, wie energische Frau hat bereits drei Kaiser überdauert, und sie besitzt eine Widerstandskraft, die nicht so leicht zu brechen ist. Es wäre durchaus verfehlt, anzunehmen, daß die Kaiserin, weil sie sich jetzt einzelnen Reformedikten des Kaisers widersetzt hat, grundsätzlich eine Feindin von Reformen ist. Die Kaiserin weiß den Werth und die Nothwendigkeit von Reformen für China sehr wohl zu schätzen, sie weiß aber auch, daß solche Reformen nicht im Schnellzugstempo vorgenommen und durchgeführt werden können, und darum glaubte sie, dem jugendlichen ‚Himmelsstürmer‘ die Zügel anlegen zu müssen. Aber das ist Alles nur Nebensache gegenüber dem Hauptzweck, den die Kaiserin-Wittwe verfolgt, der das Leitmotiv all ihres Dichtens und Trachtens und die eigentliche Ursache ihres gegenwärtigen Eingreifens in die Ereignisse bildet. Das ist das Streben nach der Erhaltung der Mandschu-Dynastie, die im Volke vielfach angefeindet wird, und gegen die sich schon so viele Revolutionen erhoben haben. Diesem ihrem Lebenszwecke opfert die Kaiserin-Wittwe Alles, und hierin kennt sie keine Rücksichten“.[1])

1) Bericht der Berliner „Germania“ vom 4. Oktober 1898.

Allerdings scheint sie mit einer Schreckenszeit begonnen zu haben, die im sich Geheimen abspielte. Der einflußreichste Günstling des Kaisers war ein junger Beamter von den sogenannten „Literaten" aus der Cantonesen-Partei, Kang-Yu-Wei, der Sohn eines Vicekönigs. Er wurde mit sechs Collegen zum Tode verurtheilt, es gelang ihm aber zu entkommen und auf einem englischen Kanonenboot sich zu retten. Mit einer Reihe anderer Flüchtigen von den verurtheilten Reformern war er in Britisch-Columbia angekommen. Vor Kurzem ist ein Bericht über seine Erklärungen erschienen, worin er die Corruption der alten chinesischen Mandarinen und „die Abkommen jener chinesischen Soldaten, welche ihre angestammte Dynastie verriethen und zu den einbrechenden Mandschu's übergingen", für alles Unheil China's verantwortlich machte.[1]) Nach seinen Angaben zu schließen, dürfte er der Verfasser des Erlasses gewesen seyn, welchen der Kaiser unmittelbar vor seinem Sturze an die Mandarinen richtete:

„Unser Beamtenthum hält noch immer fest an den alten und veralteten Ueberlieferungen. Die Unhaltbarkeit eines solchen Systems ist augenscheinlich. In dieser kritischen Zeit müssen wir das Festhalten an den veralteten Ueberlieferungen völlig aufgeben, auf allen Gebieten Reformen einführen und eine Aera des Fortschrittes, der Bildung und der Aufklärung eröffnen. Ohne die Cultur des Westens und ohne die Entdeckungen der Neuzeit kann China auf Erfolg nicht rechnen. Der blinde Conservatismus, welcher sich diesen Neuerungen entgegenstellt, muß deßhalb ausgerottet werden, denn nur dieser Conservatismus bildet das Unglück China's. Das Beamtenthum muß deßhalb Alles anwenden, um den Fortschritt und die Aufklärung zum Siege zu führen. Zu diesem Zwecke muß das Beamtenthum sich von den unnützen und verrosteten Ueber-

1) Aus den „Colombia Times" s. Münchener „Allg. Zeitung" vom 13. Mai d. Js.

lieferungen und Sitten der Ahnen gänzlich lossagen und die der Cultur des Westens feindseligen Strömungen mit allen Mitteln bekämpfen".[1])

Der Kaiser selbst soll noch seinen Freund Kung heimlich gewarnt haben, damit er sich rette und ferner sich erhalte, um die Unterstützung derjenigen zu gewinnen, die ein Interesse an der Wohlfahrt des Landes hätten.[2]) In der That ist der Rückblick auf die Geschichte des „himmlischen Reichs" seit der Zeit, wo die Mandschu's aus ihrer Hauptstadt Seganfu in die Ebenen von Tschili herabmarschirten, nicht erfreulich. Jüngst erschien zu Shanghai die Schrift eines gelehrten Mandarinen über „China's Erfolge seit 30 Jahren". Dieselbe befaßt sich namentlich mit der Armee. „Die Soldaten desertiren täglich haufenweise; die Generale beschäftigen sich nur damit, das Land auszusaugen und Streit zu suchen, bald an der Grenze mit den ihrer Erpressungen überdrüssig gewordenen Völkerschaften, bald unter sich. Sind sie damit fertig, so saugen sie das eigene Volk aus bis auf das Blut und treiben es damit zum Aufstand. Kaufen wir Kriegsschiffe oder Waffen vom Auslande, so besorgen das bestechliche Mandarine und gaunerhafte Großkaufleute, welche alle zusammen das Land betrügen. So werden Heer und Marine zu größeren Uebeln, als wenn sie gar nicht da wären".[3]) Gerade so hat sich vier Jahre früher ein englischer Beobachter ausgesprochen: „Die chinesischen Generale sind ein Stück Alterthum. Man kann kaum glauben, daß es so etwas in unserem Zeitalter noch geben kann. Dem Wesen nach sind sie eigentlich Armee-Unternehmer. Wie die bürgerlichen Man-

---

1) Aus der Petersburger „Wjedomosti" s. Wiener „Neue freie Presse" vom 22. September 1898.

2) Aus den Londoner „Times" s. Wiener „Reichspost" v. 27. September 1898.

3) Correspondenz der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 12. März d. Js.

darinen kaufen sie ihre Posten als Capitalanlage. Der General bezieht eine bestimmte Pauschsumme von der Regierung, und damit hat er alle Ausgaben für das Bataillon oder Lager zu bestreiten. Seine Ersparnisse hängen nur von seinem Gewissen ab, ob er die Präsenzlisten fälscht oder seine Mannschaften betrügt".[1]) Bemerkenswerth ist das Wort: „wie bei den bürgerlichen Mandarinen"; über ihre Mißwirthschaft existirt eine reiche Literatur.[2]) Zu Beginn des chinesisch-japanischen Kriegs schrieb eine englische Correspondenz nach London:

„Der Berichterstatter war eben aus Japan in China angelangt und entsetzte sich über die chinesische Zerfahrenheit im Gegensatz zur geschäftigen japanischen Ruhe. Hier die Verwirrung eines aufgestörten Ameisenbaues, dort die allen Schiffsreisenden bekannte unbemerkbare Thätigkeit eines großen Oceandampfers. In Japan sind auch die kleinsten Einzelheiten vorhergesehen; Alles arbeitet vollkommen, wie die Maschinen in einer Gewehrfabrik; Jeder kennt und thut seine Pflicht, ohne Ueberstürzung, ohne Reibung. In China fehlt Alles, Truppen, Intendantur, Feldtelegraph und Krankendienst. Das Land wimmelt zwar von Soldaten und an Sold wird nichts gespart, aber das Heer an sich ist Lug und Trug. Die Aushebungen stehen nur auf dem Papier, und die Gehaltsbezüge der Soldaten wandern in die Taschen der höheren Offiziere, so daß jene sich auf Räubereien zu verlegen haben".[3])

Vor einigen Wochen hat die Kaiserin beschlossen, den obersten Staatsrath durch neue Mitglieder aufzubessern. Von diesem sogenannten Tsung-li-Yamen pflegte die Kantonesen-Partei zu sagen: er bestehe aus Greisen, die weder stehen

1) Aus den „Times" s. Berliner „Kreuzzeitung" vom 30. Dezember 1894.

2) S. Berliner „Vorwärts" vom 8. April 1898.

3) Aus den „Times" s. Wiener „Neue freie Presse" vom 12. Oktober 1894.

noch gehen können. Fast gleichzeitig wurde aber der neuernannte Gouverneur von Hupey in schimpflicher Weise für immer entlassen, weil er Vorschläge zur Reform des chinesischen Justizwesens veröffentlicht hatte. Er hatte unter Anderem geltend gemacht: „Das Volk würde bei einer humaneren Behandlung sich weniger veranlaßt fühlen, zu den Christenmissionen überzutreten und dort Schutz zu suchen".[1]) Daraus geht deutlich genug hervor, daß die Reformer den Missionen ebensowenig geneigt sind wie die übrigen Mandarinen.

„Die europäischen Missionen bereiten der Centralregierung in Peking schwere Sorgen. Die mit den Bekehrungsversuchen ohnehin wenig zufriedenen Volksmassen in den Provinzen des gewaltigen Reiches lassen sich von den einheimischen ‚Intellectuellen', den wissenschaftlich gebildeten und diplomirten Mandarinen, und vielfach auch von den in Masse bestehenden geheimen Gesellschaften bald hier, bald dort zu Gewaltthaten gegen die christlichen Missionsstationen und ihre Insaßen hinreißen. Die provinziellen Autoritäten sind in der Regel nicht gewillt oder auch wirklich außer stande, den dann unausleiblichen Forderungen der betreffenden Schutzmacht auf Bestrafung der Schuldigen und Gewährung ausgiebiger Entschädigung nachzukommen, worauf dann über kurz oder lang das Tsungli-Yamen in Peking angerufen und haftbar gemacht wird. Mehr als Eine europäische Macht hat unter dem Vorgeben, sich für die Angriffe auf Missionen Genugthuung verschaffen zu müssen, von der kaiserlichen Regierung Sonderrechte territorialer oder anderer Art erzwungen".[2])

Gerade zu jener Zeit hatten wieder die Gesandten von Frankreich, England und des Deutschen Reichs in Peking Beschwerde zu führen wegen Angriffen auf ihre Missionäre.

---

1) Aus Peking in der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 28. März d. Js.

2) Correspondenz der Münchener „Allgem. Zeitung" v. 9. Dezember 1898.

Frankreich hatte vor vier Jahren bereits Kämpfe mit den „Schwarzflaggen" zu bestehen, und vor Kurzem stellte es wieder Entschädigungsklage in Peking mit dem Verlangen um Gewährung eines Minenrechtes. England führt jetzt förmlich Krieg in Kaulung gegen die Rebellen, und die Deutschen aus Kiaotschu hatten vor zwei Jahren mit der feindlichen Bevölkerung im Grenzlande zu kämpfen. Die neuen Unruhen in Südshantung werden ihnen wohl wieder eine Besitzerweiterung eintragen. Die Provinz ist dreimal so groß wie Rheinland und Westfalen.

Die Ursache dieser Erscheinungen ist aber der sprichwörtlich gewordene „Fremdenhaß" der Chinesen, sowohl der herrschenden Classen, als des gemeinen Volkes, der neuen Dynastie, wie der alten Mandschuren. Neuerlich ist in Kreisen des Handels und der Industrie europäischer Ansiedler unter Führung des amerikanischen Missionärs Reid ein „internationales Institut" in Peking gegründet worden, welches den Zweck hat, die herrschenden Classen mit europäischer Cultur und europäischer Wissenschaft bekannt zu machen. Mit „religiösen Dingen" befaßt sich aber die Anstalt nicht.

Der Berliner „Protestanten-Verein" hat auch eine Mission in Shanghai. Als der Vorstand derselben, Dr. Faber, von dem Verein beauftragt wurde, sich auch in Kiaotschu zu beschäftigen, schrieb das Blatt des Hofpredigers a. D. Stöcker: „Wo Herr Dr. Groth mitwirkt, der in öffentlicher Volksversammlung die christlichen Glaubenssätze für alte ausgebrannte Oefen erklärt, da können wir für das Kreuz keine Siege erhoffen".[1]) Die Aeußerung erinnert lebhaft an den Brief, den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen am 29. August 1850 an seinen Vertrauten, den Gesandten

1) Aus dem Berliner „Protestant" s. Berliner „Kreuzzeitung" vom 4. März 1898. — Vgl. Berliner „Germania" vom 27. Februar 1898.

von Bunsen, schrieb, als es sich um die Gründung der Gützlaff'schen Mission in China handelte:

„Glückt dem Gützlaff sein Werben von geistlichen Missionaren für China, kann er, was Gott allein weiß, mit bedeutenden Kräften an die Verkündung des Evangelii dort im Lande gehen, so ist für mich — für andere leider ! ! ! gar nicht — die Hauptfrage: ‚Was soll sich (bekennt sich der HErr zur Sache) aus dem Unternehmen für China in christlicher Hinsicht dann gestalten. Will man das Schicksal Hundert tausender und vielleicht bald von Millionen Bekehrter dem sogenannten Zufall überlassen? oder es der römischen oder der englischen Kirche überlassen, die Bekehrten durch neue Missionen oder vielmehr durch Missions-Jagdpartien für sich einzufangen? Oder will man das gleichsam von hundert Sekten begonnene Werk, durch den Mangel jeglichen einigenden Bandes in 10,000 Sekten zersplittern lassen?‘ Diese Frage ist eine verzweifelt ernste und dürfte zur gräulichen Unehre der Protestanten ausfallen. Ich weiß wohl, daß ich bei dem agonisirenden Zustande der kopf- und schwanzlosen deutsch-evangelischen Kirche gar nichts thun kann, als rathen, bitten, flehen, warnen".

„Dann, was das Etabliren der evangelischen Kirche betrifft, ist meiner heiligsten Ueberzeugung nach das geistlich-taktisch-strategische Vorgehen, Eindringen ins Land durch Ansetzung (Agglomeration) unzähliger kleiner Kirchen in apostolischem Sinne des Wortes. Es versteht sich von selbst, daß jede dieser ‚anzusetzenden‘ Kirchen ihren Bischof haben muß, aber wiederum natürlich in apostolischem Sinne, nicht mit 8000 Thalern Revenuen, nicht im Lande spekulirende, sondern einer Kirche vorstehende. Ich fühle, theuerster Freund, daß man mir sagen kann: ‚was Schwernoth geht Dich das an?‘ "

„Antwort — Ich bin ein Christ und nota bene ein evangelischer nicht dem Namen nach, sondern mit Leib und Seele. Die Ehre wie die Unehre des evangelischen Bekenntnisses ist nun einmal für mich meine Unehre, meine Ehre! Ich sehe aber, gewitzigt durch 100 Exempel, neue kolossale Blamage, wenn das eine, was der evangelischen Kirche noth

thut, auch dort, bei dem in jeder Hinsicht großen und heiligen Unternehmen wieder ! ! ! ! ! ! aus den Augen gesetzt wird und Dinge geschehen wie die, welche den Emir Beschir zwischen amerikanischen Baptisten und englischen Priestern in einem Tage dazu brachten — römisch-katholisch zu werden ! ! !".[1])

Der Einsender des Briefes an das Blatt bemerkt dazu: „An dem vom König so schön geschilderten Zustande hat sich heute noch nichts geändert. Immer noch werden von den verschiedensten Nationalitäten, Kirchen und Missionsgesellschaften ‚Missions-Jagdpartien' auf Chinesen veranstaltet, sodaß sich die Chinesen selbst lustig machen über die verschiedenartigen Formen, in denen ihnen der christliche Gott angeboten wird. Und immer noch sind die Jagdpartien so gut wie ohne jede Beute. Das himmlische Reich der Mitte wird auf 357 Millionen Einwohner geschätzt; davon sind, oder wurden wenigstens als solche gezählt, römisch-katholisch eine Million und evangelisch $^1/_{10}$ Million. Die restirenden 356 Millionen Chinesen sind nach wie vor Buddhisten, Taoisten, Anhänger des Confutse, Mohammedaner oder religionslos. Auch die Befürchtung des preußischen Königs, daß die römisch-katholische Mission die Oberhand behalten werde, hat sich bestätigt, wie die obigen Zahlen lehren. In unseren Tagen aber sind auch katholische Missionare den Evangelischen lieb und werth, besonders wenn sie meuchlings ermordet werden. Dann sind sie gut zu gebrauchen, um als Entgelt neues Land zu erwerben und schwunghafte Handelsbeziehungen anzuknüpfen."[2])

In Rußland hat man noch vor dem Abkommen mit England in stolzer Ruhe auf die westeuropäische Culturarbeit in China herabgeschaut. Die „Nowoje Wremja" deutete an, daß jetzt eine neue Aera in Ostasien beginnen werde. Bis

1) Wörtlich abgedruckt in der eigenthümlichen Schreibweise des Königs.
2) Aus dem Berliner „Vorwärts" vom 11. Januar 1898.

jetzt sei Europa in Asien erschienen als Unterdrücker und Ausbeuter. Es sei daher nicht zu verwundern, daß der Name der Europäer in Asien verhaßt sei. Rußland sei der Träger einer andern Auffassung. Nicht mit Gewalt breche es in das Leben der asiatischen Völker ein, und nicht zur Ausbeutung und Knechtung, sondern als Mitarbeiter auf dem Felde friedlicher Arbeit. Rußland sei der Bannerträger christlicher Cultur und der Gesittung überhaupt auf der Grundlage der Humanität und Gerechtigkeit, unter Achtung der Persönlichkeit und der Menschenrechte. Fürst Uchtomski, des Zaren Freund, ist noch aufrichtiger; er behandelt den „faulen Westen" in seinen St. Petersburger „Wjedomosti" als eine Art Gesindel, „dessen Raubabsichten Rußland nunmehr mit aller Kraft entgegen treten müsse".[1]) Ob es wohl dazu sein eigenes Christenthum braucht?

Man verbricht sich jetzt den Kopf über das Dekret aus dem kaiserlichen Palast in Peking vom 15. März d. Js., welches an den Papst unter dem altgebräuchlichen Titel des „Kaisers der Religion" gerichtet ist und die Stellung des katholischen Klerus zu den chinesischen Behörden regelt. Vielleicht sind damit die einzigen Sendboten gemeint, welche nach China gehen, ohne zu Landerwerb, industriellen und Handelsgeschäften behülflich seyn zu sollen.

---

1) Aus der „Kölnischen Volkszeitung" vom 3. April d. Js.

LXXVII.

Die stärkste Goldquelle der Welt.

Im Jahre 1877 hat der Geologe Eduard Süß, „eine Autorität von Weltruf" auf diesem Gebiete, in einem Werke[1]) von großem Umfange die Prophezeiung wissenschaftlich zu begründen versucht, daß es mit den für Menschenhand erreichbaren Goldablagerungen zu Ende gehe. Das aus dem Bergbau bisher gewonnene Gold verhält sich nach Süß zu dem aus alluvialen Ablagerungen herstammenden wie 1 : 9 (S. 333), das leicht erreichbare Alluvialgold sei erschöpft, der Bergbau werde mit der Tiefe immer weniger lohnend, neue Goldlager würden kaum mehr entdeckt oder nur in Regionen, wo weiße Arbeiter nicht bestehen könnten, kurz und gut, der Augenblick werde kommen, „wo sich die Goldproduktion auf eine so geringe Menge beschränken werde, daß sie in dem Sinne der Beurtheilung der Währungsfrage als erloschen betrachtet werden muß" (S. 507).

Das war 1877. Ad. Soetbeer und L. Bamberger, später Dr. Ruhland[2]) und Dr. Heim[3]) in ausführlicherer Weise,

---

1) Die Zukunft des Goldes.

2) Die Zukunft des Goldes. Von Dr. Ruhland mit Anhang von Dr. Heim. Tübingen 1891.

3) Eine Vorfrage zur Währungsfrage. Von Dr. Georg Heim. Berlin 1893. Herausgegeben v. d. Volkswirthschaftl. Ges.

traten den Thesen des Wiener Gelehrten entgegen. Ruhland und Heim führten den Beweis, daß gerade der Bergbau mehr Gold geliefert habe und liefern werde, wie die Ausbeute des Schwemmlandes, daß die Pyriten (Gold in schwefeligen, arsenigen Kiesen) der lohnenden Ausbeute keine Grenzen ziehen, daß immer wieder neue Goldablagerungen erschlossen werden würden. Dr. Heim stellte namentlich von Südafrika einen wesentlichen Goldzufluß für die nächsten Jahrzehnte in Aussicht.

Ein Rückblick auf die letzten 22 Jahre, seit dem Jahre 1876, da Süß seine Theorie niedergeschrieben hat, entscheidet nun sicher zu Ungunsten desselben. Nach den Zusammenstellungen des amerikanischen Münzdirektors[1]) betrug die Weltproduktion an Gold:

	Kilos		Kilos
1876 . . .	166956	1887 . .	159155
1877 . . .	179445	1888 . . .	165880
1878 . . .	185847	1889 . . .	182308
1879 . .	167307	1890 . . .	181271
1880 . . .	163515	1891 . . .	196586
1881 . . .	158864	1892 . . .	220113
1882 . . .	148475	1893 . . .	234006
1883 . . .	144545	1894 . . .	272607
1884 . .	146151	1895 . . .	299885
1885 . . .	154500	1896 . . .	305379
1886 . . .	161540	1897 . . .	357364

Die Gesammtgoldausbeute in den Jahren 1856—1860 betrug 1,008,748 Kilos. Das war die fruchtbarste Periode seit Entdeckung Amerika's (1493), die Hochsaison der Goldfunde in Californien und Australien, die Zeit der ergiebigsten Schwemmlandausbeute.

Die fünf Jahre 1893—1897 brachten eine Ausbeute von

---

1) Annual Report of the Director of the Mint, Washington 1891—1897.

1,470,231 Kilos, welche fast ausschließlich aus dem Bergbau gewonnen wurden.

Wir haben also die Epoche des Goldes, die „goldene Zeit“ im wahren Sinne des Wortes, und erleben das Gegentheil von dem, was Süß prophezeit hat. Noch nie wurden solche Mengen Goldes dem Verkehr zugeführt, wie in den 90er Jahren.

Woher die wachsende Goldproduktion stammt, wird durch die Statistik klar. Die vier Hauptproduktionsländer: Vereinigte Staaten, Australien, Rußland, Afrika hatten 1893—1897 folgende Ausbeute:

	1890 Kilos	1891 Kilos	1892 Kilos	1893 Kilos
Ver. Staaten	1. 49421	1. 49917	1. 50970	1. 54100
Australien	2. 44851	2. 47245	2. 49240	2. 53698
Rußland	3. 38345	3. 36310	3. 43369	4. 37325
Afrika	4. 18762	4. 26656	4. 37325	3. 44096

	1894 Kilos	1895 Kilos	1896 Kilos	1897 Kilos
Ver. Staaten	3. 59434	1. 70132	1. 79880	2. 86312
Australien	1. 62836	2. 67406	2. 67984	3. 83786
Rußland	4. 36313	4. 43476	4. 32404	4. 34977
Afrika	2. 60595	3 67301	3. 67080	1. 87732

Im Jahre 1887 figurirte Afrika das erste Mal im Berichte des Münzdirektors mit 2888 Kilos. 1897 marschirt es bereits an der Spitze aller Gold producirenden Länder und nach dem uns eben durch die Liebenswürdigkeit des Staats-Mijningenieur von Transvaal zugekommenen Berichte der Goldminen Transvaal's pro 1898 hat es sich auch pro 1898 an der Spitze gehalten. Es wurde um £ 16,240,630 Gold, davon nur £ 4847 aus Schwemmland, gewonnen. Die durchschnittliche Feinheit des Transvaalgoldes beträgt 0,847 $^1/_2$. Die Ausbeute berechnet sich also pro 1898 auf 122,930 Kilos; sie hat sich seit 1894 verdoppelt. Seit Entdeckung und Erschließung des Witwatersrand, des Hauptminengebietes, hat

Transvaal £ 70,228,603 i. e. mehr als 1400 Mill. Mk. in eitel Gold producirt.

Daß in Südafrika noch manches Goldnest auszunehmen ist, beweist in dem Minenberichte die Produktionsangabe für den erst kurz erschlossenen Minenbezirk Pelgrimsrust, der mit £ 406,647 aufgeführt ist. Die Aufbereitung der Pyriten, deren Auftreten früher der Rentabilität eine Grenze zogen, macht heute keine Schwierigkeiten mehr. Am meisten ist nach dem amtlichen Berichte das „Hanid-Zink“ und „Elektrolytische Verfahren“ eingeführt.

Wie Transvaal hat auch Nordamerika pro 1898 wieder eine Produktionsmehrung. Wenn auch die amtlichen Ziffern noch nicht vorliegen, so kann die Weltproduktion pro 1898 auf über 410,000 Kilos geschätzt werden. Dank der Ergiebigkeit des Bergbaues in Transvaal, welches die stärkste Goldquelle der Welt nach dem Urtheil vieler Sachverständigen auf Jahrzehnte bleiben wird, scheint der Augenblick noch sehr fern, wo, um mit Bismarck zu reden, die Golddecke zu kurz oder „die Goldproduktion im Sinne der Beurtheilung der Währungsfrage als erloschen betrachtet werden muß“. (Süß.)

Dr. oec. publ. Georg Heim.

LXXVIII.

Aus der neueren Literatur Tirols.

„Und hätt' ich auch tausend Lande,
Mir wär nur in einem wohl,
Mich knüpfen so starke Bande
An dich, an dich Tirol!"

Br. Willram.

Man mag dies stolze Wort dem Tirolersänger verzeihen; er liebt eben sein Land, wie jeder Tiroler, und daß es echte Liebe sei, können die zerrissenen Kriegsfahnen zeigen, die mit des Landes Söhnen im Kriegssturm gestanden und von deren Blute auch getränkt sind. Land und Volk verdient es, daß nicht nur seine ruhmreiche Geschichte aufgezeichnet werde, sondern das gesammte Denken und Fühlen, Singen und Sagen dieser Bergessöhne verdient aufgezeichnet und in alle Welt hinausgetragen zu werden. Dieses Werk förderte nicht an letzter Stelle die katholisch-politische Preßvereins-Buchhandlung von Brixen, welche vor Kurzem einige namhafte Bücher herausgab, deren Besprechung die folgenden Zeilen gewidmet sein sollen.

Einen tiefen Einblick in das Darstellungsvermögen und die Auffassungsgabe des tiroler Volkes bieten uns Heyl's „Volkssagen, Bräuche und Meinungen aus Tirol" (8⁰. 847 S. fl. 4 = M. 8.) Es ist das ein „wahrer Jungbrunnen der Poesie", wie ein Kritiker sagt, und die Adern dieser herrlichen Quelle saugen ihren Stoff aus jeder Schichte des Volkes,

umspannen ganz Deutschtirol und reichen oft noch mit ihren feinsten Fasern hinab bis ins Gestein des heidnischen Alterthums. Mythologe, Dialektforscher, Culturhistoriker und Dichter werden das Werk mit gleichem Genusse lesen, mit gleich reichlichem Erfolge benützen können. Und der Lehrer und Erzieher hat hier ein Buch, dessen Inhalt er ohne Bedenken seinen Schülern vortragen, ja ihnen das Buch selbst in die Hände geben kann.

Will man Tirols Heldengestalten sehen, P. Ferd. von Scala zaubert sie uns in seiner Tragödie „Peter Mayr, der Wirth an der Mahr" vor Augen (gr. 8°. 48 S. 40 Kr. = 80 Pf.). Besonders die Bühnen katholischer Vereine sollten sich bestreben, dieses tragische Schauspiel, welches zeigt, daß Vaterlands- und Dynastentreue nur auf dem Boden der Religion wurzelt, recht den weiten Volkskreisen bekannt zu machen. Eine Zeit, in welcher Männer gediehen, die ihr Leben um keine Lüge erkauften, sie kann mit Fug und Recht ein wirksames Gegenbild abgeben zur Zeit der Lüge und des Truges.

Will man Tirols Kunstsinn bewundern, so kann man an der Hand eines kundigen Führers, des Dombeneficiaten Walchegger, den „Kreuzgang am Dom zu Brixen" (gr. 8°. 128 S. fl. 1,50 = M. 3) durchwandeln, in dem Produkte des religiösen Kunstsinnes vom 12. bis 16. Jahrhundert im bunten Wechsel und doch so harmonischer Einheit sich finden. Der Verfasser hat nach unermüdlichem eigenen Forschen uns dieses gemalte Erzählen der alten Künstler trefflich übersetzt, und 12 vorzüglich gelungene Lichtdruckabbildungen erleichtern noch mehr unser Verständniß.

Will einer das Tiroler Volk von jetzt kennen, der lese das prachtvoll ausgestattete Buch von Dr. S. Waitz „Tirol im Jubeljahr seines Bundes mit dem göttlichen Herzen Jesu", worüber in diesen Blättern (Bd. 121 S. 900—905) ausführlich berichtet wurde. Bringt uns Heyl ein Bild von den Tiroler Bräuchen, sein Dichten, seine Sagen, so hier Waitz sein Beten, das religiöse Durchdrungensein seines jetzigen Volksthums — wieder einen wohlthuenden Gegensatz in unserer kühlkalten Jetztzeit.

Will man endlich zwei der jüngsten Tiroler Poeten vernehmen, so greife man zu zwei Büchlein: „Aus den Tiroler Bergen" (18°. 288 S. 50 Kr. = M. 1) heißt das eine, „Kiesel und Krystall" (18°. 180 S. geb. fl. 1,50 = M. 3) das andere. Reimmichl ist der Verfasser des ersten, der sich damit in die vordersten Reihen der katholischen Erzähler gestellt hat. Er, dem Volke entstammend und als Seelsorger mitten unter dem Volke lebend, hat Gelegenheit und weiß das Denken und Fühlen des Volkes zu betrachten. Der vorzüglichen Beobachtungsgabe gesellt sich ein ebenso gutes Darstellungsvermögen, so daß wir wirklich in diesen lustig und leidigen Geschichten sehen, hören und begreifen, wie das tiroler Volk weint und lacht, denkt und spricht, arbeitet und kämpft. Eines fehlt darin, die brennrothe Farbe, womit man die Sünde zeichnet, kein Mangel also, sondern ein Vortheil, der dieses köstliche Büchlein noch kostbarer und damit den Werken Roseggers den Rang streitig macht.[1])

Will man das melodische Singen „einer flügge gewordenen Alpenlerche" hören, man hört sie aus dem Büchlein „Kiesel und Krystall" entgegenklingen. „Ein echter Lyriker, ein wahrhaft gottbegnadeter Priestersänger, ein patriotischer Romantiker im besten Sinne, ein Troubadour der höchsten und reinsten Minne, ein volksthümlicher und volksfreundlicher Dichter: all das ist Bruder Willram, der neben Bruder Norbert, Professor Seeber, neben einem Domanig, Ehegasser, Heyl u. a. m. den hocherfreulichen Beweis erbringt, daß die Musen und Grazien dem Heimatland eines Leuthold von Säben, eines Walther von der Vogelweide und eines Oswald von Wolkenstein auch heute noch weidlich gewogen sind", so schrieb ein Kritiker in der „katholischen Warte". Heemstede brachte in

---

1) Wie wir einer Notiz der Wiener „Reichspost" (vom 28. Mai 1899) entnehmen, ist Reimmichel ein Deckname für Sebastian Rieger, Cooperator in Gries am Brenner. Wir haben die originellen Schildereien dieses gemüth- und humorvollen tirolischen Volksschriftstellers mit wahrem Genuß gelesen und empfehlen sie allen Freunden ächter kernhafter Volkspoesie A. d. Red.

den „Dichterstimmen“ (1897. 8.) eine kurze Biographie. Uns beschäftigt hier das Büchlein selbst, das in kurzer Zeit zwei Auflagen erlebte.[1]) In 7 Gruppen: Wanderlust und Frühlingssänge, Herbsteswehn und Winterszeit, Todeshauch und Trauerklänge, Was die liebe Stunde leiht, Religion und Heimatliebe, Stimmen aus dem Zeitgetriebe, Was ich sang der Himmelsmaid — finden wir da wahre Perlen echter Lyrik; dem Inhalte nach ein reiner, ungekünstelter und deßhalb einfacher Ausdruck des Gemüths, alles so innig und zart und dann wieder begeistert und feurig. Die Sprache ist tadellos, rythmisch fließend, die Reime klangvoll und rein, reiche Abwechselung bietet die Strophenform.

So hätten wir nun ein Stück Tirol und einen Theil seiner neueren Literatur etwas beschrieben. Noch eines: Bruder Willram, Reimmichl, Dr. Waitz und Ferd. v. Scala sind gute Freunde untereinander, alle wieder in lieber Kameradschaft mit dem etwas älteren Heyl. Das mag wohl auch ein Grund mit gewesen sein, warum es alle so trefflich verstanden, tiroler Art zu schildern.

Den Schluß bilde eine Strophe aus Willram's zweitem poetischen Werke:

Tirolerherz, ein fröhlich Herz,
Voll Mutterwitz und Lieder;
Es mag nicht lange traurig sein,
Dann singt und lacht es wieder.

Brixen. Dr. Neßler.

---

1) Die zweite Auflage nennt den wirklichen Namen des Dichters: Anton Müller (Bruder Willram). A. d. Red.

LXXIX.

Die geheime Correspondenz des Abbé de Salamon mit dem päpstl. Staatssekretär Zelada zur Revolutionszeit.

(Schluß.)

Was nun den eigentlichen Inhalt der Correspondenz anlangt, so ist derselbe so reichhaltig und vielseitig, daß es nicht möglich ist, ihn hier auch nur zu skizziren. Dieselbe befaßt sich, abgesehen von dem einer Nuntiatur eigenen besonderen Geschäftsverkehr, kurzgefaßt mit der ganzen Politik, mit allen bedeutenderen Ereignissen und Vorkommnissen, namentlich mit den Verhandlungen und Beschlüssen der Nationalversammlung. Im Vordergrund des Interesses stehen natürlich beständig die religiösen und kirchenpolitischen Fragen. Zeitlich umfaßt der Briefwechsel das Ende der constituirenden Versammlung und den größten Theil der Legislative. Nur auf die kirchenpolitischen Verhältnisse Frankreichs in jener Periode wollen wir etwas näher eingehen und sehen, wie dieselben durch die Correspondenz beleuchtet werden und welchen Antheil Salamon selbst an ihrer Gestaltung nahm. Vergegenwärtigen wir uns kurz die Zeitlage.

Die Nationalversammlung hatte die Civilconstitution des Klerus beschlossen und der König hatte nach langem Zögern, endlich dem Drängen nachgebend, die Sanktion ertheilt. In Rom nahm man diesem Gesetze gegenüber eine durchaus ablehnende Haltung ein und wurde in dieser Auf-

fassung bestärkt durch die große Mehrheit des französischen Episkopates. Der Erzbischof Boisgelin von Aix verfaßte eine Denkschrift „Exposition des principes sur la constitution civile du clergé“, in welcher auseinandergesetzt war, daß die Nationalversammlung kein Recht habe zu solch einseitiger Verfügung kirchlicher Veränderungen. 110 Bischöfe schlossen sich dem Protest an. Bald ging die Nationalversammlung weiter. Sie beschloß (27. Nov. 1790), daß alle Geistlichen, die in öffentlichem Kirchendienst stehen, bei Verlust ihrer Aemter den Bürgereid auf die neue Verfassung zu schwören hätten. Wiederum war der König in der größten Gewissensbedrängniß. Es widerstrebte ihm, zu diesem Artikel seine Zustimmung zu geben. Wie schon beim ersten Beschluß, wandte er sich um Hilfe und Entgegenkommen nach Rom. Und während die Mehrzahl der Bischöfe von Nachgiebigkeit nichts wissen wollte und dem hl. Vater jedes Entgegenkommen widerrieth, übernahm es diesmal der Erzbischof von Aix, der Verfasser obiger Protestschrift, im Auftrag des Königs an den Papst das Gesuch zu richten, daß er der neuen Ordnung Concessionen machen möge. Von Rom lief die Antwort nicht so rasch ein. Der Papst setzte eine Commission von Cardinälen ein, welche die Angelegenheit genauer prüfen sollte. Die Nationalversammlung aber drängte. Sie wollte das Dekret vom König bestätigt sehen und nicht erst die Genehmigung Roms abwarten. Der König, außerdem durch die Drohungen des vor den Tuilerien sich zusammenrottenden Volkes bestürmt, gab endlich nach und unterzeichnete das Dekret (26. Dezember 1790). Die Umstände, der ausgeübte Druck, der fast wie Zwang erscheinen konnte, mochten den Schritt in etwa entschuldigen. Nun ging es an die Eidleistung. Ein Theil des Klerus und nur einige wenige Bischöfe fügten sich der neuen Ordnung, die große Mehrzahl des Episkopates und der Geistlichkeit verweigerte den Eid. Immerhin trat hiemit eine Spaltung ein, die sich auch auf die Laien übertrug. Dieselbe ver-

schärfte sich durch die in der nächsten Zeit erfolgende Besetzung der Kirchenstellen mit constitutionellen Bischöfen und Priestern. Es gab nun thatsächlich zwei Kirchen, und in jeder Stadt und fast in jedem Dorfe machte sich die Scheidung fühlbar. Dabei bestand die Ungleichheit, daß die eine Partei, wenn sie auch in der Minderzahl war, sich der Anerkennung und Begünstigung seitens des Staates erfreute; die andere Partei, bestehend aus der großen Mehrheit der treuen Katholiken, war höchstens geduldet und lag im Conflikt mit der neuen Verfassung.

Da traf nun im Frühjahr 1791 in zwei Schreiben [1]) die Entscheidung des apostolischen Stuhles ein. Sie ist gegenüber dem Gesetz der Civilconstitution wieder eine völlig ablehnende. Der Papst setzt auseinander, aus welchen Gründen es ihm unmöglich sei, die vom König ihm angesonnenen Concessionen zu machen. Er verwirft die Civilconstitution, weil sie mit Dogma und Verfassung der katholischen Kirche im Widerspruch stehe, zum Schisma und zur Vernichtung der katholischen Religion führe. Die Eidleistenden sollen suspendirt sein, wenn sie nicht innerhalb 40 Tagen widerrufen. Die Wahlen der constitutionellen Bischöfe werden für unrechtmäßig und nichtig, die Weihen der Gewählten für unerlaubt und sakrilegisch erklärt. Diejenigen, welche die Weihen ertheilt, dabei assistirt oder mitgewirkt haben, werden suspendirt. Den unrechtmäßig Gewählten und unerlaubter Weise Geweihten wird unter Strafe der Suspension jede Amtshandlung verboten. — Die päpstliche Entscheidung hatte zur Folge, daß der Episkopat nach seiner überwiegenden Mehrheit im Widerstand gegen die neue Ordnung befestigt wurde. Viele Geistliche, die den Eid geleistet hatten, wider-

---

1) Schreiben vom 10. März an die 30 französischen Bischöfe, welche die vorerwähnte „Exposition des principes" übersandt hatten, und Breve vom 13. April (Charitas) an die Cardinäle, Bischöfe, Capitel, Klerus und Volk von Frankreich.

riesen jetzt. Die Gegner aber wurden dadurch noch mehr erbittert. Gleich am Tage nach dem Bekanntwerden des Breve folgte die oben berührte beschimpfende Scene vor dem Palais Royal, wo der Papst mit der Bulle in imagine zum Tode verurtheilt und verbrannt wurde. Bald schritt man mit harten Strafen ein gegen Bischöfe und Geistliche und selbst gegen Laien.

Längst gelüstete die Nationalversammlung nach den päpstlichen Staaten Avignon und Venaissin. Nun ging man auch mit Erfolg daran die Annexion durchzuführen.[1]) Die Frage steht im Anfang unserer Correspondenz eben im Vordergrund. Durch Beschluß der Nationalversammlung vom 14. September wurden die Staaten Frankreich einverleibt. Salamon hatte im Verein mit seinem Landsmann Maury alles aufgeboten, was in seinen Kräften lag, um das Befürchtete zu verhindern. In der dem verhängnißvollen Ausgang der Angelegenheit vorausgehenden Woche entfaltet er eine überaus rührige Thätigkeit. Er sagt selber, es nehme ihn Wunder, daß er fertig gebracht, was er in dieser Woche unternommen habe. Aber „die gute Sache hat ihm Kräfte verliehen". Aus dem Brief, den er am 12. September an Zelada schreibt, spricht noch die Hoffnung, daß die gute Sache siegen und daß seine Schritte Frucht haben werden. Er kann diesen Brief erst Nachts 11 Uhr beginnen. Er kam eben zurück von einem Besuch beim Bischof Clermont-Tonnerre. An der Spitze von einem Dutzend Avignonesen ist er zu diesem Prälaten gegangen und hat ihn dringend ersucht und überredet, daß er in der Versammlung auftrete und das gute Recht des Papstes auf Avignon vertheidige. Vorher hat Salamon dafür gesorgt, daß eine Denkschrift veröffentlicht wurde, welche über die wirkliche Lage in den päpstlichen Besitzungen und namentlich über das Treiben der „médiateurs" eine wahrheitsgetreue und pikante Dar-

1) Vgl. v. Funk im Artikel „Revolution" Kirchenlexikon X² 1129 ff.

stellung gab, und hat an deren Abfassung selbst thätigen Antheil genommen. Sodann hat er die Führer der Nationalversammlung aufgesucht: zwar „mit großem Widerstreben, schreibt er, aber die Liebe zu meinem Heimatlande und die Anhänglichkeit an meinen Souverän trugen den Sieg davon". Er geht zu Barnave („ich bei Barnave!"), der ihn ganz gut aufnimmt, zu Chapelier, Lameth, Freteau, d'Esprémenil, um sich mit diesen einflußreichen Männern zu unterreden, sie zu bereden und zu gewinnen. Er klagt dem Cardinal auch, daß er über die Vorgänge in seiner Heimat nicht gut genug unterrichtet werde und infolge dessen nicht mit wirksamen Beweisen vor die Gegner hintreten könne. Bekanntlich nahmen ja die Revolutionäre zum Vorwand, daß jene Staaten selbst französisch werden wollen, und beriefen sich auf eine „freiwillige" Erklärung derselben. „Jedermann sagt, Carpentras ist ja selbst gegen den Papst. Da kann ich wohl sagen: das ist nicht wahr. Aber man verlangt Beweise von mir und ich habe nicht einmal einen einzigen Brief, der von Carpentras datirt wäre".

Papst und Cardinal können dem Eifer und der Intelligenz, die Salamon in dieser „unglücklichen Angelegenheit Avignons" an den Tag legt, ihre dankbare Bewunderung nicht versagen. „Fürwahr, schreibt Zelada im nächsten Brief, wenn die Versammlung die Annexion beschließt, so wird man nicht sagen können, es sei geschehen, weil niemand in Paris für uns gearbeitet hätte. . . . Da wir keine Waffengewalt gebrauchen konnten, so waren unsere besten Hilfsmittel, einen Maury auf der Rednerbühne zu haben und einen Mann wie Sie in der Stadt". Schon am 14. September hat er mit schmerzlicher Enttäuschung von der unglücklichen Sitzung zu berichten, welche den Raub Avignon's (ce brigandage) zum Beschluß erhob. Durch Schreiben Zelada's vom 26. Oktober erhält dann Salamon den Auftrag, die an alle europäischen Mächte gerichtete Protestnote des Papstes dem König und der Königin von Frankreich zu übermitteln

(S. 78). Ueber die Ausführung dieser Mission und über die wohlwollende Aufnahme der päpstlichen Denkschrift seitens der Majestäten erstattet er wieder Bericht (S. 151 u. 160).

Die neue mit dem 1. Oktober 1791 in Thätigkeit tretende Versammlung, die „gesetzgebende", brachte keine Besserung der Lage. Im Gegentheil, sie verschärfte bald die schon von ihrer Vorgängerin eingeleitete Verfolgung gegen die Geistlichkeit. Das Dekret vom 29. Oktober 1791 bestimmte, daß binnen acht Tagen jeder nicht beeidigte Geistliche vor der Municipalität seines Wohnortes den Bürgereid, wie er im 5. Artikel des II. Abschnitts der Verfassung vorgeschrieben, ablege und daß diejenigen, welche ihn verweigern, vom Staat kein Gehalt und keine Pension mehr erhalten, und überdies als der Empörung wider das Gesetz verdächtig angesehen und durch besondere Bewachung den Behörden unterstellt werden; weiter daß sie, wenn irgendwo wegen der Religion Unruhen entstehen, durch die Verwaltungsbehörden provisorisch von ihrem Aufenthaltsort weggewiesen, und im Fall des Ungehorsams gegen die Verfügung, vor Gericht gezogen und mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden können. Jeder Geistliche, welcher der Aufreizung gegen das Gesetz oder die verfassungsmäßigen Gewalten überwiesen wurde, sollte auf zwei Jahre eingekerkert werden ꝛc.[1])

Salamon schreibt über dieses Gesetz an Zelada: „Dieser Ausdruck ‚Bürgereid' ist unendlich perfid; denn er wird besonders viele Kanoniker mit fortreißen, insofern viele sagen: das ist nicht mehr der gleiche Eid wie der vom vorigen 27. November. Ich habe schon so urtheilen hören und ich war darüber entsetzt" (S. 163). Es konnte nämlich den Anschein haben, als handle es sich bloß um die Beschwörung der durch das Gesetz „für die öffentliche Sicherheit" festgesetzten Ordnung. In Wirklichkeit war aber auch die

1) Vergl. v. Funk a. a. O. 1139.

Civilconstitution des Klerus in der zu beschwörenden Ordnung einbegriffen. Da war nun Gefahr, daß manche sich täuschen ließen und durch die trügerische Fassung einerseits, wie durch die harten Strafen, welche die Weigerung nach sich zog, anderseits zu dem Urtheil bestimmt wurden: diesen Eid kann man am Ende wohl leisten. Salamon durchschaut sofort das Perfide an diesem Gesetz und er thut sein Möglichstes, Aufklärung zu schaffen und die Annahme seitens des Klerus zu verhüten. Er nimmt Rückprache mit Bischöfen und Theologen. Er veranlaßt die Abfassung einer Adresse an den König, damit dieser den Beschluß nicht sanktionire; — (wie bekannt, verweigerte der König auch wirklich die Genehmigung). Er wirkt darauf hin, daß die Sorbonne sich über die Sache ausspreche: dieselbe versammelte sich zu geheimer Sitzung und entschied, daß man den Eid nicht leisten könne. Auch der Ausschuß der Bischöfe sprach sich einstimmig dahin aus, daß der Eid nicht abgelegt werden könne und daß die Bischöfe ihn nicht ablegen würden. Auch hier hat Salamon sein Bemühen aufgewendet; er sagt es aber dem Erzbischof von Aix zum Lobe nach, daß derselbe „keinen Augenblick geschwankt habe". Außerdem brachte Salamon es dahin, daß mehrere Generalvikare Rundschreiben an ihre Diöcesen richteten, um die Eidleistung zu verhindern (S. 164).

So war denn die große Mehrheit des Klerus in dieser Frage bald einig und entschieden. An diesem Erfolg hatte Salamon selbst offenbar ein hervorragendes Verdienst. War man aber auch darin einig, daß man den ungerechten Gesetzen sich nicht unterwerfen könne, daß man ihnen Widerstand leisten müsse, so war damit doch nicht in allen die Lage berührenden Fragen Einmüthigkeit vorhanden. Es fragte sich jetzt noch: welche Form soll man dem Widerstand geben? Wie soll man gegen die neue Ordnung vorgehen? Welche Maßregeln sind zu ergreifen gegen die, welche den Eid geleistet haben, gegen die Abgefallenen und gegen die Ein-

dringlinge? Das waren nicht so leicht zu lösende Punkte und auch bei den kirchlich Gesinnten bestanden hierüber verschiedene Auffassungen. Es kam zu Erörterungen, die in unserer Correspondenz recht deutlich sich wiederspiegeln; und wir rechnen diese Mittheilungen, die uns in die inneren Differenzen des in der Hauptsache einigen Episkopats Blicke eröffnen, zu den interessantesten Partien des Briefwechsels.

Es gab eine mildere und eine strengere Richtung, oder von anderem Gesichtspunkte angesehen, eine mehr römisch gesinnte und eine mehr gallikanisch denkende Partei. Daß auch die letztere treu kirchlich gesinnt sein wollte, will Salamon selbst nicht bestreiten. „Ich muß den beiden Parteien das feierliche Zeugniß geben, daß sie alle entschlossen sind — sie haben es mir versichert — ehrerbietig (avec respect) die Bescheide Seiner Heiligkeit aufzunehmen, wie sie immer lauten mögen“ (S. 138). Die strengere Richtung war der Ansicht, man müsse sofort scharfe kirchliche Maßregeln gegen die Abgefallenen ergreifen und könne nur so größeres Unheil verhüten. Die Anhänger dieser Partei lagen dem Papste an, er möge nicht zögern mit der Exkommunikation gegen die Eidleister und Eindringlinge vorzugehen. Dieser Auffassung neigte auch Salamon selbst stark zu. Wenn er auch versichert, daß er seine Ansicht dem Urtheile Roms unterwerfen und nach diesem regeln will, so empfiehlt er der Curie doch fortwährend strenges und entschiedenes Einschreiten. So räth er (S. 135 ff.) scharfe Bestrafung selbst gegen diejenigen, welche Widerruf geleistet haben. Denn der Widerruf erfolge manchmal bloß deßwegen, weil die Civilconstitution des Klerus immer mehr in Mißkredit verfalle. Als Strafe möchte er da die alte in Abgang gekommene Degradation vorschlagen. Das Volk, das auf so eindrucksvolle Weise irre geleitet worden sei, brauche auch eindringliche Mittel, um wieder zum rechten Glauben zurückgeführt zu werden. Nur drastische Mittel, exemplarische Strafen könnten noch Eindruck machen. Die andere Partei hielt ein

solches Vorgehen nicht für gut und zweckmäßig. Zwar war es auch ihr klar, daß die Kirche zu dem Gebahren der Abgefallenen nicht stillschweigen dürfe. Doch schien ihr die päpstliche Exkommunikation nicht das rechte Mittel. Die Anhänger dieser Richtung wollten entweder die weltliche Gewalt immer noch schonen oder doch nicht auf jede Möglichkeit verzichten, mit derselben noch eine Verständigung zu erzielen; sodann waren sie namentlich auch um die sogen. gallikanischen Freiheiten besorgt: sie hätten einen Modus wählen mögen, der einerseits zwar die kirchlichen Grundsätze den Abgefallenen gegenüber zur Geltung gebracht, zugleich aber auch die gallikanischen Vorrechte dem Papst gegenüber gewahrt hätte. Diese eben gezeichnete Denkweise war namentlich vertreten durch den Ausschuß der Bischöfe. Das sogen. geistliche Comité hatte sich zwar mit dem Schluß der constituirenden Versammlung aufgelöst. Aber die Bischöfe, die dazu gehört hatten, blieben doch auch ferner als geschäftsführende Commission beisammen, um in Paris „ein Centrum der Correspondenz und der Einheit“ darzustellen (S. 75). Haupt und Seele dieser Commission war der Erzbischof Boisgelin von Aix.

Unserer Correspondenz zufolge wären aber im Lande die mehr gallikanisch gesinnten, die von einer „neuen Philosophie und vom Geiste des Jahrhunderts“ angesteckten Bischöfe durchaus in der Minderheit gewesen. Salamon hebt ausdrücklich hervor, daß nur eine geringe Zahl so denke und daß es ein bedauerlicher Irrthum wäre, wenn man in Rom das als den allgemeinen Willen des französischen Episkopates betrachten würde, was nur die Willensmeinung einzelner in Paris anwesender Bischöfe sei. Eine ganze Menge der angesehensten und durch ihre Sitze hervorragendsten Bischöfe theile diese Anschauungen nicht (S. 106). Die Comité-Bischöfe aber suchten auch ihrerseits ihre Ansichten in Rom zu rechtfertigen und als die richtigen darzustellen. Der Erzbischof von Aix stand mit dem Cardinal Bernis in

Rom in reger Corresondenz (vergl. S. 163), und Salamon besorgt eben, auf diese Weise könnte die Curie, einseitig informirt, über die Lage und über die wirklichen Gesinnungen der französischen Bischöfe ein schiefes Urtheil gewinnen. Der Herr Cardinal de Bernis, schreibt unser Berichterstatter, könne selbst irre geführt werden; denn indem er nur durch einen Kanal seine Informationen beziehe, werde seine Auffassung nothwendig eine einseitige. Nach mehr als 25 jähriger Abwesenheit könne diese Eminenz den wahren Stand der Dinge aus dem Auge verloren haben. Mehr als ein Drittel des französischen Episkopates habe sich inzwischen erneuert, seit Bernis in Rom sei. Man müsse sich wohl hüten, alles anzunehmen, was vom Comité stamme. Er selbst (Salamon) befinde sich an Ort und Stelle, habe mit allen Kreisen Fühlung und Verkehr („je suis infiniment répandu"), komme mit den angesehensten Bischöfen und Geistlichen zusammen, müsse also die Dinge kennen (S. 106). In einem andern Schreiben, in dem er die Nothwendigkeit exemplarischer Bestrafung der Abgefallenen begründet, fügt er die Bemerkung an: wenn auch — was er für wahrscheinlich halte — von anderer Seite und zwar von sehr angesehenen Prälaten mildere Vorschläge an den Papst gelangen, so könne auch er auf „erleuchtete Theologen und auf viele nicht weniger hoch zu achtende Prälaten" sich berufen.

Wie schon bemerkt, war Erzbischof Boisgelin der Leiter des Comités. Wiewohl Salamon von diesem Kirchenfürsten in seinen Anschauungen manchmal ziemlich stark abweicht, so hat er doch von dessen geistigen Fähigkeiten und Einfluß eine hohe Meinung. Die beiden Männer schätzen sich gegenseitig und suchen einander auf. So bekommt Salamon auch Kenntniß von dem, was in jenem Comité verhandelt wird. Am 10. Oktober berichtet er dem Cardinal über eine Unterredung, die er mit Boisgelin gehabt (S. 81 f.). Boisgelin weiß wohl, daß manche den Papst zum Erlaß einer Exkommunikationsbulle gegen die Abtrünnigen drängen, verhehlt aber

nicht, daß er selbst nicht dieser Ansicht sei. Auch er räumt zwar ein, daß es sehr gefährlich wäre, länger Stillschweigen zu beobachten in einem Augenblick, da die Civilkonstitution des Klerus festen Bestand anzunehmen scheine. Aber er wünscht einen anderen Modus des Einschreitens. Salamon fühlt aus dem Gespräche wohl heraus, worauf das Comité hinzielt: es möchte, mit Umgehung des Papstes, ein rein französisch kirchliches Verfahren gegen die Abtrünnigen einleiten. „Euere Eminenz sehen, fährt der Bericht weiter, daß dieser Plan eine Fortsetzung ist von jener (gallikanischen) Klausel, mit der die Bischöfe, die in der Nationalversammlung waren, geleitet durch die Erzbischöfe von Aix und Arles (das Breve vom 13. April), angenommen haben. Diese Prälaten waren nur etwa 25, und ich weiß, daß gegen hundert die Breven des Papstes einfachhin und unverändert angenommen haben". Salamon bittet nun den Cardinal, ihm mittheilen zu wollen, was man in Rom darüber denke, damit er auf die Entschließungen des Comités entsprechend einwirken könne.

Die Antwort des Cardinals hierauf, datirt vom 2. Nov., ist sehr wichtig (S. 90 ff.). Der Staatssekretär gibt den Hauptinhalt ausdrücklich als die Anschauung des Papstes, und in einem späteren Schreiben hebt er nochmals besonders hervor, daß darin eine Aeußerung des hl. Vaters selbst vorliege (S. 129: „c'est le Pape lui-même qui vous parle dans cet article"). Daß wir eine direkte päpstliche Kundgebung vor uns haben, findet auch darin seine Bestätigung, daß der Text der betreffenden Note auf einem besonderen Blatte, italienisch geschrieben, sich vorgefunden hat. Der Herausgeber vermuthet gewiß richtig, wenn er anmerkt: „Man darf wohl in diesem Dokumente die Formulirung selbst erblicken, die dem hl. Vater unterbreitet wurde." Die Bedeutung dieses Schriftstückes liegt darum auf der Hand. Es ist darin in Betreff unserer Frage Folgendes ausgeführt:

Mehrere französische Bischöfe wollen, daß der Papst die Exkommunikationsbulle erlasse gegen die Eindringlinge und

Eidleister unter den Bischöfen, der größere Theil jedoch rathe nicht zu diesem Aeußersten. Der Papst stimmt ganz diesen letzteren zu, denn es wäre sonst nicht möglich, die Person des Königs zu schonen, nachdem dieser die unselige Constitution sanktionirt hat. Nun werde von den Bischöfen die Nothwendigkeit betont, nicht weiter stillzuschweigen, sondern einzuschreiten. Wenn man aber gegen die wenigen rechtmäßigen Bischöfe, die den Eid geleistet haben, vorgehen wolle nach der Klausel: „mit Wahrung der Formen, die durch das kanonische Recht des Königreichs für solche Arten von Proceduren festgesetzt sind," nur um einen Artikel der vermeintlichen gallikanischen Freiheiten zu bewahren, so wäre dies ganz augenscheinlich über alles widerspruchsvoll und schlecht angebracht. Die Bischöfe sollten sich erinnern, daß sie gebunden seien, an den hl. Stuhl zu rekurriren. Alles, was der Papst gethan, habe er gethan auf ihr ausdrücklichstes Ansuchen. Das einzuschlagende Verfahren könne hienach keine andere Basis haben als das Breve des Papstes. Fragliche Klausel würde die Bischöfe mit sich selbst in Widerspruch bringen. Denn sie würden damit offen dem Breve entsagen, würden den Anschein annehmen, alles aus sich selber zu thun, während sie doch selber gestehen müßten, daß in der gegenwärtigen Zeitlage die Umstände es ihnen verbieten, sich zu einem Concil zu versammeln. Man sei in Rom weit entfernt, zu verlangen, daß die Bischöfe formell auf ihre behaupteten Freiheiten verzichten. Aber der gesunde Sinn und die der Religion drohende Gefahr fordern, daß man jetzt von diesen Freiheiten schweige und nicht dem hl. Stuhl eine Auktorität und Gewalt entgegensetze, die unmöglich anerkannt werden könne, aus dem unwiderleglichen Grunde, weil niemand abgesetzt werden könne durch den, der ihn nicht eingesetzt habe. Sollten jedoch die Bischöfe jene Klausel wirklich aufnehmen, so würde sich der Papst genöthigt sehen, dieselben laut und feierlich zu verwerfen.

Eine französische Zeitung hatte die Nachricht verbreitet:

der Papst habe sich entschlossen, zwölf Bischöfe aus Frankreich kommen zu lassen, um die kanonische Absetzung zu verfügen über die Bischöfe von Sens, Orleans, Vivier und Autun, die den Eid geleistet hatten. Hierauf Bezug nehmend schreibt Zelada: Es sei doch eine gröbliche und offene Beleidigung gegen den hl. Vater, so etwas öffentlich auszusagen; als ob dieser die Mitwirkung der Nationalbischöfe nöthig habe, um diejenigen abzusetzen, die dem Schisma verfallen seien. Das sei bis jetzt unerhört und fast unbegreiflich.

Einen authentischen weiteren Beleg dafür, wie die strenge Partei die Lage auffaßte und über die Bischöfe des Comités und besonders über Boisgelin urtheilte, haben wir in einem Brief des Generalvikars Bonnaud von Lyon. Dieser wird von Salamon gerühmt als ein ausgezeichneter Theologe und als ein sehr erleuchteter, angesehener und einflußreicher Mann, der faktisch die Diöcese Lyon verwalte. Bonnaud ist auch der Verfasser des nachher erschienenen Werkes Réclamation pour l'Eglise gallicane contre l'invasion des biens ecclésiastiques etc, dessen Veröffentlichung das Comité der Bischöfe zu hindern suchte. Salamon nennt es ein „ausgezeichnetes Werk", in dem man die „reine Sprache der allgemeinen Concilien und der Gelehrten" finde. Dieser Bonnaud nun schrieb an Salamon einen ganz vertraulichen Brief, von dem der letztere nur einen diskreten Gebrauch machen möge. Salamon aber findet den Inhalt dieses Schreibens wichtig genug, um es sofort seinem Bericht an Zelada beizulegen; jedoch mit der Bitte an Seine Eminenz, nicht weiter davon zu reden, da ihm das Schreiben in freundschaftlichem Vertrauen gesendet worden sei, um ihn aufzuklären und zum Besten der Kirche. Auf diese Weise ist uns der interessante Brief, der eben wegen seines vertraulichen Charakters eine ganz offene und unverblümte Sprache führt, erhalten worden. Er verblieb bei der Correspondenz Salamons und wurde von Richemont im betreffenden Fascikel gefunden und mit veröffentlicht. Indem wir auf denselben ganz besonders auf-

merksam machen (er findet sich bei den pièces annexées S. 481 ff.), wollen wir hier wenigstens einige Gedanken daraus hervorheben.

Bonnaud findet es sehr befremdlich, daß von den 30 Bischöfen der Nationalversammlung 5 bis 6 sich als die Repräsentanten des gesammten französischen Episkopates aufwarfen, ohne dazu bevollmächtigt zu sein. In der Nationalversammlung säßen von den 130 Bischöfen des Reiches 30 Bischöfe als Deputirte; die übrigen 100 hätten jenen 30 lediglich keine Vollmacht und keinen Auftrag zur Vertretung der gallikanischen Kirche ertheilt. Wie komme es da, daß einige wenige Bischöfe sich als besondere Commission zur Leitung aller anfallenden Geschäfte der Kirche Frankreichs constituiren? Der Zweck wäre an sich ein guter; aber diese Commission habe vom Gesammtepiskopat keine Vollmacht und könne ihn ohne dessen Zustimmung nicht vertreten. Wie komme es aber vollends, daß Einer von diesen Commissionsbischöfen sich als den Bevollmächtigten und Interpreten des gesammten Episkopats aufspiele? Dieser Eine (nämlich der Erzbischof Boisgelin) beherrsche alles im Comité. Derselbe stehe mit Recht in dem Rufe, durchtränkt zu sein von den Miasmen der neuen Philosophie. Alle wahrhaft katholisch Gesinnten unter dem französischen Klerus seufzen im Geheimen über das, was von diesem „Philosophen“ ausgehe. Großer Unwille habe sich geregt über den Ton, Stil und Inhalt des Briefes, den dieser Prälat im Namen der Bischöfe der Nationalversammlung als Antwort auf das päpstliche Breve vom 10. März geschrieben; ebenso darüber, daß der gleiche die Veröffentlichung der Breven vom 10. März u. 13. April verzögert habe. Derselbe habe auch die lächerliche Klausel ersonnen für die Annahme des Breves vom 13. April, und die 30 von ihm beherrschten Bischöfe seien so schwach gewesen, die Klausel anzunehmen, während doch der orthodoxe Klerus allgemein für eine einfache verunklausulirte Annahme des Breves gewesen sei. Ein Advokatensystem! Man sei

eifersüchtig besorgt um die vermeintlichen „Freiheiten", — als ob es im gegenwärtigen Augenblicke, da die Kirche Frankreichs in einem Abgrunde sich befinde, darauf ankäme, an jenen Freiheiten herumzumäkeln. — Um die Manöver einer solchen unkirchlichen Philosophie unschädlich zu machen, schlägt Bonnaud zwei Mittel vor. Erstens möchte Se. Heiligkeit alle Breven und Schreiben, die für die Kirche Frankreichs bestimmt seien, nicht an die unter Leitung Boisgelins stehende Commission gehen lassen, die ja vom Episkopat nicht anerkannt sei, sondern an Salamon, der sie dann direkt an die 18 Metropoliten des Reiches zu versenden hätte. Dann fallen alle die Unzuträglichkeiten weg; die Veröffentlichung werde nicht mehr verzögert und die päpstlichen Kundgebungen hätten auch nicht mehr die Censur Boisgelins zu passiren. Zweitens möchte der hl. Vater die gegen die „Eindringlinge" unter den Bischöfen angedrohte Exkommunikation jetzt zur Ausführung bringen. So große Schäden erheischen auch solche äußerste Heilmittel. Zum wenigsten sollten die Bischöfe von Autun (Talleyrand), Lydda (Gobel) und Babylon (Miroudot) exkommunicirt werden, als diejenigen, welche dem traurigen Schisma das Thor geöffnet haben. Wenn mit der Exkommunikation nicht Ernst gemacht werde, so würden die rechtmäßigen Bischöfe bloßgestellt, von denen mehrere die Usurpatoren damit bedroht haben.

Diesem harten Urtheil Bonnauds fügt Salamon, der sonst selber, wenigstens über den Erzbischof Boisgelin, sich weit schonender äußert, doch die Bemerkung bei: Er könne versichern, daß eine Menge von Generalvikaren sowie der größte Theil der Bischöfe ebenso denken (S. 110 f.).

Das Comité der Bischöfe arbeitete seinerseits eine Denkschrift an den hl. Vater aus, um ihm die kirchliche Lage darzulegen. Salamon versäumt nicht, den Zutritt, den er bei diesen Bischöfen und namentlich beim Leiter des Comités hat, zu benützen, um auf die Fassung der Denkschrift Einfluß zu nehmen. Er ruht auch nicht, bis die Stellen, die in Rom

am meisten anstoßen müßten, abgeändert sind und besonders die gallikanische Klausel betreffs des einzuschlagenden Verfahrens weggelassen wird. Seinen rastlosen Bemühungen war es zu danken, daß das Memorandum eine Form erhielt, mit der man in Rom zufrieden sein konnte (vgl. S. 162).

So war also der hl. Vater von dem Stand der Dinge in Frankreich gut unterrichtet und wohl in der Lage, auf Grund genauer Kenntniß der verschiedenen Ansichten, Wünsche und Vorschläge seine Entscheidung zu treffen. Wie gewissenhaft und klug er dabei zu Werke ging, wie er die verschiedenen Auffassungen und Anträge gegen einander abwog, in letzter und höchster Instanz aber auf das hörte, was Pflicht und Gewissen ihm zum Heil von Religion und Kirche geboten, zeigt eine Stelle aus dem Briefe des Cardinals vom 16. Nov. 1791: „Seien Sie überzeugt, schreibt Zelada, daß der Papst, ehe er überhaupt einen Schritt thut, zuvörderst reiflich die Dinge in sich selbst abwägt, um zu sehen, was dem Besten der Religion und Kirche frommt. Sodann legt er die Anträge, die ihm von den verschiedenen Seiten zugehen, in die Wagschale, um zu erkennen, welches der allgemeine Wille ist, der aber immer den Pflichten sich unterordnen muß, die ihm sein oberstes Hirtenamt auferlegt. Da haben Sie das Geheimniß unseres Verhaltens. Das ist alles, was die menschliche Klugheit schwachen Sterblichen gestattet, die sich im Uebrigen auf die göttliche Güte verlassen, auf daß dieselbe so reine Intentionen gnädig segnen wolle" (S. 129).

Im Anfang des Jahres 1792 wußte oder ahnte man in Paris, daß eine päpstliche Bulle gegen die Constitutionellen im Werke sei. Es wurden darum Vorkehrungen getroffen, daß die Bulle nicht hereinkommen könnte. „Die Sendlinge des Aufsichtscomités, schreibt Salamon (S. 284), werden auf der Post aufpassen und nach den Packeten fahnden, die ihnen verdächtig vorkommen". Salamon gibt nun dem Cardinal an, auf welche Weise die erwartete Sendung am

besten und unbehelligt an ihn gelangen könnte. Man möge das Packet zunächst an den päpstlichen Agenten Girard in Lyon senden, der es dann nach Paris weiter expediren solle, und zwar nicht an ihn (Salamon) selbst, sondern am besten an die Adresse der députés des Ardennes, zu Handen eines Ritters de Blignières, durch welchen er es dann leicht bekomme. Wenn der Poststempel von Lyon auf dem Packet sei, werde es nicht weiter beachtet werden. Würde man die Bulle von Rom aus direkt nur an das Comité der Bischöfe (bezw. den Cardinal de la Rochefoucauld, dessen Haupt) versenden, so sei Gefahr, daß dieselbe noch eine Zeitlang zurückgehalten und commentirt werde, wie man es dort mit den früheren Breven gemacht habe. Es liege aber viel daran, daß die Bulle, wenn sie einmal eintreffe, sofort veröffentlicht werde. Man möge darum jedenfalls einige Exemplare (durch die bezeichnete Adresse) an ihn — Salamon — senden, damit er gleich für die Veröffentlichung sorgen und die Bulle solchen Bischöfen mittheilen könne, von denen er wisse, daß sie sie sofort in ihren Diöcesen bekannt machen.

Es ging in Paris auch das Gerücht um, daß der Abbé Maury, der sich zu dieser Zeit in Rom aufhielt, beim Papst großen Einfluß habe auf die Entscheidung über die kirchlichen Angelegenheiten Frankreichs, ja sogar daß ihm die Redaktion der erwarteten päpstlichen Bulle übertragen sei. Unser Berichterstatter gibt dem Cardinal hievon Kenntniß und verhehlt ihm nicht die ernsten Befürchtungen, die gutgesinnte und sehr hochstehende Personen, Prälaten und andere in Frankreich daran knüpfen. Bei aller Anerkennung für die Verdienste und Fähigkeiten Maury's halte man ihn doch nicht für den rechten Mann hiezu; und es könnte der Bulle sehr schaden, wenn Uebelwollende spöttisch Maury als ihren intellektuellen Urheber bezeichneten (S. 307 f.).

In dieser Hinsicht kann aber der Staatssekretär die besorgten Geister vollkommen beruhigen, und sein nächstes Schreiben (vom 7. März 1792, S. 310 ff.) ist ganz diesem

Zwecke gewidmet. Es sei vor Kurzem wegen der französischen Angelegenheiten eine Congregation zusammengetreten, ausschließlich aus Cardinälen bestehend; niemand anders sei dazu beigezogen worden. Die Cardinäle, die hierüber den Papst berietheu, seien dieselben, die seit dem Anfang der französischen Wirren sich mit diesen Angelegenheiten zu befassen hatten. Der Papst nehme sonst von niemanden Rath an. Nachdem die Congregation dem hl. Vater ihre Anschauung vorgelegt, habe dieser ganz allein und mit eigener Hand an den für Frankreich bestimmten Schriftstücken gearbeitet. Trotzdem die Umgebung für seine Gesundheit besorgt gewesen wäre, und von so lange andauernder und angestrengter Arbeit eine Verschlimmerung befürchtet hätte, so sei der Papst doch durchaus nicht zu bestimmen gewesen, sich dabei irgendwie helfen zu lassen. Alles von Anfang bis Ende habe er selbst und ganz allein gethan, so daß man buchstäblich sagen könne, es stehe kein Wort in dem fraglichen Schreiben, das nicht von ihm selbst ausgedacht und eigenhändig zu Papier gebracht worden wäre. Eben habe der hl. Vater die Arbeit beendigt, aber niemand kenne sie noch; veröffentlichen werde er sie, wenn er es für angemessen halte. Allerdings habe der Papst die Absicht, die Bulle (vor der Absendung nach Frankreich) durch Maury in genaues Französisch übertragen zu lassen. Hievon abgesehen aber, sei Maury nie und nirgends beigezogen worden.

Endlich (am 21. März 1792) sandte der Cardinal-Staatssekretär die Schreiben des Papstes nach Frankreich ab. Es war erstens die Bulle, ein Mahn- und Drohschreiben gegen die Constitutionellen, datirt vom 19. März, zweitens ein Vollmachtsbrief an die französischen Bischöfe. Zelada machte zwei Sendungen. Er schickte etliche Exemplare direkt an Salamon, sodann eine größere Zahl, darunter die für die Erzbischöfe bestimmten officiellen Pergamentbullen, in einem größeren Packet an die von Salamon bezeichnete Adresse, d. h. zunächst an Girard in Lyon, welcher dasselbe

nach Paris an die Deputirten der Ardennen (Chevalier de Blignières) senden mußte. Letztere Sendung war wie ein Waarencollis verpackt. In Rom war man in großer Sorge, ob alles gut und auch ohne gewöhnliche Gefahr für Salamon ankommen werde. Die direkte Sendung kam am 6. April richtig in die Hände des Abbé Salamon. Es war der Charfreitag. Ein merkwürdiges Zusammentreffen! Die Bulle des Papstes, die den Schuldigen die Excommunikation androhte, kam nach Paris herein an dem heiligen Tage, der dort in jenem Jahre so schrecklich entweiht und zu Gewaltmaßregeln gegen die Kirche Christi mißbraucht wurde. An diesem Charfreitag spielten in Paris die Theater, was, wie unser Berichterstatter bemerkt, man vielleicht noch nie gesehen hatte seit dem Beginn der Monarchie. Am gleichen Tage wurden in der gesetzgebenden Versammlung die religiösen Congregationen für den Unterricht und die Nächstenliebe, die bisher noch verschont geblieben waren, aufgehoben und auf Antrag des oben erwähnten constitutionellen Bischofs Torné das Tragen des geistlichen Kleides verboten.

Sofort nach Empfang der Bulle beeilt sich Salamon, sie drucken zu lassen und für ihre Verbreitung zu sorgen. Das war mit nicht geringer Gefahr verbunden. Denn ein Dekret der Nationalversammlung bedrohte jeden Drucker, Colporteur und Verbreiter päpstlicher Breven mit schweren Strafen. Innerhalb 24 Stunden waren schon zwei Drucke veranstaltet, und bereits am Ostermontag kann Salamon mit hoher Befriedigung dem Cardinal melden, daß schon mehr als 20,000 Exemplare in der Hauptstadt verbreitet seien und daß „jeder eines haben wolle“ (S. 382). Diese Mittheilungen sind deßhalb von besonderem Werth, weil schon Zweifel darüber ausgesprochen worden sind, ob dieses päpstliche Schreiben auch gleich anfangs in größerem Maßstab öffentlich bekannt geworden sei. Es wurde, wie Salamon in einem späteren Briefe mittheilt (S. 422), auch in den Provinzen

massenhaft (avec profusion) verbreitet, wenn auch allerdings, was er sehr bedauert, nicht durch die Bischöfe selber.

Inzwischen — am Ostersonntag — war auch das schwere Packet mit den offiziellen Ausfertigungen der Bulle in Paris eingetroffen. Wie Salamon in den glücklichen Besitz dieser wichtigen Sendung gelangte, schildert er dem Cardinal in ganz interessanter und anschaulicher Weise. Versehen mit dem Anzeigeschein Girards begibt er sich nach dem Hôtel des diligences, wo die Lyoner Frachtpost schon angekommen ist. Er findet dort eine Menge Menschen und eine Masse von Packeten. Schon bangt ihm, es möchte ihm nicht gelingen, seines Packetes habhaft zu werden, weil er unter den letzten anlangt und dazu das geistliche Kleid trägt. Aber er verliert die Fassung nicht. Er tritt vor und ruft mit lauter Stimme: „ich möchte ein Packet abholen an die députés des Ardennes". Das Wort thut seine Wirkung. Er kann sich bei dieser Gelegenheit überzeugen, wie die Nationalversammlung und ihre Mitglieder bei allen Beamten im Respekt stehen. Kaum hat er die Adresse genannt, für die er etwas abholen will, so macht man ihm gleich Platz, der Direktor kommt, den Hut in der Hand haltend, um sich verbindlich nach seinem Begehren zu erkundigen. Man schiebt andere beiseite, wirft die Ballen durcheinander, um das Gewünschte zu suchen. Man findet es alsbald. Salamon schreibt seinen Namen ins Register und geht mit seinem Packet unter dem Arme schnell weg, um den Wagen zu besteigen und heimzufahren. Sofort besorgt er die weitere Expedition. Zwei Stunden später, noch am Ostersonntag Abend, sind den Erzbischöfen ihre Bullen zugestellt. Salamon glaubt sich sagen zu dürfen, daß er diesen Auftrag zur Zufriedenheit der Curie ausgeführt hat, und er schließt diesen Bericht mit der Bemerkung: „Man würde nicht wenig lachen in Europa, wenn man wüßte, daß die Breven des Papstes durch den Kanal der Nationalversammlung und unter der Adresse ihrer Mit-

glieder nach Frankreich und selbst nach Paris hineingekommen sind".

Ueber den Inhalt dieser Bulle, die auf so merkwürdige Weise in Frankreich Eingang und Verbreitung fand, wollen wir hier nur noch bemerken, daß der Papst in derselben die Mitte hielt zwischen den extremen Wünschen der Parteien. Er gab weder dem Drängen derer nach, welche sofortige Exkommunikation verlangt hatten, noch vergab er den Rechten der Kirche etwas. Salamon bewundert in der Bulle die tiefe Gelehrsamkeit des hl. Vaters: nichts sei vergessen; auch die Feinde könnten nicht umhin, die darin waltende Milde und Mäßigung anzuerkennen; das Schreiben enthalte große Schönheiten und ergreifende Partien. Der Papst spricht noch nicht unmittelbar die Exkommunikation aus über die Constitutionellen, sondern ermahnt sie nochmals zur Umkehr. Noch eine Frist wird ihnen gewährt, dies sollte die letzte sein: wenn sie während derselben nicht widerrufen, sollten sie der Exkommunikation verfallen.

Noch eine andere, nicht unwichtige Mission, mit der Salamon betraut wurde, wollen wir kurz erwähnen. Es war ein päpstlicher Auftrag gegenüber dem Cardinal Loménie de Brienne, Erzbischof von Sens. Dieser hatte auf die Drohung des Papstes mit Entziehung der Cardinalswürde demselben den Cardinalshut zurückgeschickt. Pius VI. nahm die Abdankung an. Damit aber der Erzbischof von Sens niemals Unkenntniß über die päpstliche Acceptation vorgeben könnte, ließ ihm der Papst eine Urkunde darüber ausstellen, daß die Demission angenommen und Loménie anmit der Würde des Cardinalates entkleidet sei. Der Papst wollte weiter eine authentische Bescheinigung darüber haben, daß diese Urkunde in die Hände Loménie's gelangt sei. Salamon wurde nun damit beauftragt, sowohl die Urkunde dem Erzbischof von Sens sicher zuzustellen, als auch sich dafür eine beweisgiltige Empfangsbescheinigung zu verschaffen und diese nach Rom zu senden. Letztere war nicht so leicht und einfach

zu bekommen. Salamon aber entledigte sich der Aufgabe mit anerkennenswerthem Geschick.

Das Wenige, was wir aus dem Inhalt dieser historisch werthvollen und vielfach so anziehenden Correspondenz hervorgehoben haben, mag genügen, um eine Vorstellung zu geben von der wichtigen Stellung, die Salamon, dieser interessante und verdienstvolle Mann, in schwieriger Zeit einnahm, und von den bedeutenden und delikaten Missionen, die ihm anvertraut wurden. Das Buch de Richemonts wird den Freunden der Geschichte eine willkommene Gabe sein, für die Specialforschung aber über die Revolution und namentlich über die religiösen und kirchenpolitischen Zustände während derselben eine schätzenswerthe und ergiebige Quelle.

E. D.

LXXX.

Edward Bouverie Pusey (1800—1882).

(Schluß-Artikel.)

Die Herausgabe des vierten, das Werk abschließenden Bandes erfolgte im September 1897, dank der hingebenden Mitarbeit des Domherrn Newbolt, welcher, wie Pusey und Liddon, auf anglo-katholischem Standpunkt sich bewegt. In diesem Bande entstammt der Feder Liddon's bloß das warm geschriebene Schlußkapitel mit den vielen rührenden Zügen aus Pusey's letzter Krankheit, die er mit dem Ernste eines Mannes und der Demuth eines Christen ertragen hat. Der übrige Inhalt ist das Werk der Herausgeber, welche mit diesem Bande den Katholiken einen besonders hervorragenden Dienst geleistet haben. Von ausnehmend großer

Wichtigkeit sind Pusey's Beziehungen zu Cardinal Newman. Aus dem Briefwechsel mit Pusey zu schöpfen haben die Vollstrecker des Testaments des verstorbenen Cardinals den Herausgebern gestattet. Mehrfach ist Pusey in der Zeit von 1860 bis 1882, mit welcher dieser vierte Band sich befaßt, zu dem Stiftspropst von Döllinger in München in Beziehungen getreten, von welchem Aeußerungen zur Mittheilung gelangen, die uns heute kaum mehr überraschen dürften. Dazu kommt Pusey's Polemik gegen Manning, und endlich sein Kampf gegen die im Schooße der anglikanischen Kirche erstandenen auflösenden Bestrebungen, denen er sich als Apologet des Christenthums stets opferbereit und selbstlos entgegengeworfen hat. Gleich hier sei auch hingewiesen auf das von dem zweiten Bibliothekar der Bodleiana in Oxford, Falconer Madan, angefertigte, fünfzig Seiten umfassende Verzeichniß sämmtlicher literarischen Arbeiten Pusey's. Abgesehen davon, daß dasselbe einen willkommenen Blick in die herkulische Thätigkeit des Verstorbenen erlaubt, besitzt es den Werth eines sehr bedeutenden Beitrags zur Katalogisirung der neuern theologischen Werke Englands, welcher dem Forscher wichtige Dienste zu leisten bestimmt ist.

Am 16. November 1882 tagte in der Wohnung des heutigen Ministerpräsidenten Marquis von Salisbury zu London eine Versammlung zur Stiftung eines dem Andenken Pusey's in Oxford zu errichtenden Collegs. Der Marquis, einer der wärmsten Bewunderer Pusey's, betonte in einer Ansprache zwei Seiten in der literarischen Thätigkeit Pusey's: er sei Controversist, aber vor allem Apologet des Christenthums gewesen. „Gerade mit seinen Bemühungen (im Kampfe gegen den Geist weitverbreiteten Unglaubens) wird, meiner Ansicht nach, der Name Pusey's dauernd verknüpft bleiben".[1]) Der theologische Liberalismus, welcher in den berüchtigten Essays and Reviews 1860 sich

1) Liddon IV, 391.

erstmals hervorwagte, fand an Pusey einen entschiedenen Gegner. In zwei Predigten begründete er die Evidences of Christianity und kritisirte das Urtheil des königlichen Geheimen Rathes, welches zwei Verfasser der Essays von der Anklage der Häresie freisprach und damit zugleich einräumte, daß die Leugnung der Aechtheit einzelner Bücher der Bibel und die Verstümmelung des Begriffes der Inspiration von der Kirche nicht ausschließe. Wie wenig Pusey's Bemühungen gefruchtet, beweist die Thatsache, daß Dr. Temple, einer der Hauptmitarbeiter an den Essays, heute den Erzstuhl von Canterbury innehat, also Oberhaupt der anglikanischen Kirche ist. In einem geistvollen Artikel des Tablet vom 17. September 1898 über „die Theologie der anglikanischen Bischöfe" lesen wir die kaum glaubliche Nachricht: „Die theologische Welt innerhalb wie außerhalb Englands hat kaum ihre Besinnung wiederzugewinnen vermocht, nach der bestürzenden Entscheidung des Erzbischofs von Canterbury, des Hauptes des anglikanischen Bekenntnisses, gemäß welcher der Wein in der Eucharistie uneingeschränkt mit Wasser vermischt werden darf".[1])

Bei alledem offenbart Pusey auch hier wieder eine beklagenswerthe Halbheit. Ein auf seine Bitten über das Urtheil in Sachen der Essays von zwei hohen richterlichen Beamten, Sir James Coleridge und Sir Hugh Cairns, verfaßtes Gutachten führte aus, jenes Urtheil enthalte keineswegs eine Leugnung der Inspiration der Bibel. Pusey ließ das Gutachten sammt einer in heftigem Tone sich bewegenden Vorrede erscheinen, um sich gegen die Angriffe der Katholiken zu decken. Dennoch aber von der Vergewaltigung der christlichen Wahrheit durch den Geheimen Rath überzeugt, forderte er in dem nämlichen Athemzuge Abschaffung desselben und Bestellung kirchlicher Gerichtshöfe. Sie hindern Con-

---

1) Tablet 92 (1898) 442.

versionen — bemerkten die Katholiken. Romanisirung der Staatskirche — das war die Anklage der Anglikaner gegen Pusey.[1])

Der Schrift des Erzbischofs Manning „England und Christenthum", welche „das Wirken des hl. Geistes in der Kirche von England" zugab,[2]) setzte Pusey sein Eirenicon 1865 entgegen. Er versuchte den Beweis für die Zugehörigkeit der anglikanischen Kirche zu der einen wahren Kirche Christi, behauptete ferner, Roms formale Lehre stehe den 39 Artikeln der Hochkirche sehr nahe, wogegen die Ausgestaltung der römischen Lehre in der Praxis, zumal auf dem Gebiete der Devotion, die eigentliche Schranke zwischen den beiden Kirchen bilde. Zur Erhärtung seiner Behauptungen hatte Pusey aus vergilbten Andachtsbüchern eine Reihe verdächtig klingender Stellen zusammengetragen und mit hämischen, seiner Stellung und seines Ansehens unwürdigen Bemerkungen versehen. Auf diese Weise ließ sich eine Vereinigung der Kirchen, das Ideal Pusey's, unmöglich erreichen.[3])

Von Anglikanern belobt fand das Eirenicon die entschiedenste Zurückweisung bei den englischen Katholiken. Namentlich derjenige Mann, auf dessen Urtheil Pusey das größte Gewicht legte und von dem er eine zustimmende Erklärung erwartet hat, der Oratorianer John Henry Newman, lehnte dasselbe vornehm, aber fest ab. „Bei dem, was ich gesagt, bleibe ich", schrieb er am 10. November 1865, „daß es nämlich eine lediglich doktrinäre Anschauung ist, sich einer Kirche anschließen zu wollen, ohne ihr praktisches System anzunehmen, wie es in den für das Volk bestimmten Katechismen und Andachtsbüchern bestimmt ist".[4]) Anders dagegen der Stiftspropst von Döllinger. In seinem

1) Liddon IV, 38—69.
2) A. Bellesheim, H. E. Manning. Mainz 1892. S. 55.
3) Liddon IV, 96.
4) Liddon IV, 127.

Briefe aus München 30. Mai 1866 nennt er das Eirenicon „trefflich“ und bemerkt außerdem: „Bei der Lektüre Ihres Eirenicon bin ich überzeugt, daß wir in unsern religiösen Ueberzeugungen innerlich geeinigt sind, obwohl wir äußerlich zwei getrennten Kirchen angehören“.[1]) Erinnern diese Worte nicht deutlich an Döllingers Leichenrede auf König Maximilian II. von Bayern und an Schellings Unionsideen? Ganz in Uebereinstimmung mit dieser Geistesrichtung schrieb Döllinger am 5. Oktober 1868 an den ebenfalls von ungesunden Unionsideen erfüllten schottischen Bischof Forbes: „Die Erklärung jenes Artikels,[2]) welcher besagt, daß ‚die Kirche Roms (offenbar jene Einzelkirche) geirrt hat‘, wird dann keine wirkliche Schwierigkeit darbieten; denn es ist historisch sicher, was kein mit der Kirchengeschichte vertrauter Mann leugnen kann, daß die Kirche Roms (nämlich die Päpste und ihre römischen Berather) geirrt haben, indem sie die Absetzungsgewalt als Glaubenssatz erklärten und wie Eugen (IV) falsche Definitionen der Sakramente, ihrer Materie und Form u. s. w. vorschrieben. Ich wünschte, unser Freund Pusey hätte jene Steine des Anstoßes schärfer betont, denn die ultramontane Partei (namentlich in Frankreich und England) weigert sich, den Balken in ihrem Auge zu sehen und redet beständig, als wäre sie unverwundbar und unbemakelt, und als ob die orientalische und die anglikanische Kirche mit reuigem Herzen mea culpa sprechen und jedem Irrthum in der Theorie und Mißbrauch in der Praxis bedingungslos sich unterwerfen müßte“.[3])

Zum Bischof Forbes hatte Döllinger schon seit 1860 Beziehungen unterhalten. Der ehemalige schottische Prediger, jetzige Jesuitenpater Humphrey in London, ein inniger Freund von Bischof Forbes, berichtet in seinen

1) Liddon IV, 118.
2) Gemeint ist Artikel 19 der 39 Artikel der Hochkirche.
3) Liddon IV, 147

„Erinnerungen an den schottischen Episkopalismus“ auf Grund einer mündlichen Mittheilung des Bischofs eine sehr befremdende Aeußerung Döllingers aus den sechziger Jahren gegenüber einem mit beiden Männern befreundeten englischen Staatsmann. Sie beginnt mit den Worten: „Döllinger, ihr (der römischen Kirche) bester Geschichtschreiber und größter Theologe, ermuthigt nicht den Uebertritt einzelner Personen aus der englischen Kirche nach Rom. Einem gemeinsamen Freunde, einem wohlbekannten Staatsmann, sagte er, es gebe drei Klassen von englischen Geistlichen, die katholisch würden“. Diese seien: „1. hochgebildete Männer, wie Newman, mit einer verborgenen Neigung zum Unglauben. Sie fühlten, daß es zur Erhaltung ihres Glaubens nothwendig, sich unter Schloß und Riegel zu legen; . . . nach Rom zu gehen, sei für sie eine Nothwendigkeit. 2. Materialistisch angehauchte Anglikaner, auf welche die Pracht der Ceremonien ihre Anziehungskraft ausübe. 3. Endlich Anglikaner, deren Charakter eher concupiscibel als irascibel sei, weil sie das bonum sine arduo erstrebten. Sie wünschten die Krone ohne das Kreuz und fänden in der römischen Kirche den geistigen Luxus, für den sie in der englischen Kirche zu kämpfen und zu leiden hätten“.[1])

Wiedervereinigung der Kirchen, das war ein Plan Pusey's, mit welchem sich ein großer Theil des vierten Bandes befaßt. Zuerst sondirte Pusey das Terrain in Frankreich. Im Oktober 1865 besuchte er in Paris den Erzbischof Darboy, welcher sein Vorhaben, auf Grund des Tridentinum Katholiken und Anglikaner zu einigen, belobte und dabei mit ebenso großer Ueberraschung wie Freude von Pusey vernahm, „daß wir den Primat billigen“, und welcher „unsere bischöfliche Succession und die Gnade unserer Sakramente

1) Recollections of Scottish Episcopalianism. By Father Humphrey S. J. London 1896. pag. 16. Vergl. darüber meine Besprechung im Literar. Handweiser Nr. 637.

anerkannte". Vorausgesetzt, daß diese Mittheilung auf Richtigkeit beruht, dann erscheint die Theologie Darboy's, an der Bulle Leo's XIII. ‚Apostolicae curae' vom 13. Sept. 1896 geprüft, in keinem besonders günstigen Lichte.

Mit dem Herannahen des allgemeinen Concils vom Vatikan 1869 regten sich die Unionsideen mit steigender Macht bei Pusey. Erzbischof Darboy lieh in einem Briefe an Pusey am 21. März 1868 der Hoffnung Ausdruck, eine römische Congregation werde Pusey's Vorschläge in Erwägung ziehen. Newman dagegen, mit römischen Dingen besser vertraut, belehrte Pusey darüber, daß es nicht Einzelpersonen, sondern Würdenträgern und Pfarrern en masse zukomme, beim Concil Anträge auf Union einzureichen.[1])

Zwar nahm Pusey damals Anstoß an der Thatsache, daß Pius IX. an die Morgenländer, nicht aber an die Anglikaner eine Einladung zum Concil erlassen. Das hinderte ihn aber nicht an der Abfassung eines zweiten Eirenicon, welches 1869 erschien und seine hochgradige Verblendung aufs neue bezeugte.

„Man ist der Ansicht", schrieb ihm ein so gemäßigter Mann wie Newman am 4. Juli 1869, „daß Sie in der That nicht den Frieden erstreben, sondern vielmehr die Anglikaner über ihr Verhalten zum römischen Stuhl belehren, . . . mit einem Worte, dem Streit huldigen, nicht Frieden stiften."[2]) Mittelbar durch seinen Freund Bischof Forbes leitete Pusey die Unionsverhandlungen mit dem Bollandisten Victor de Buck S. J. Durch seinen Ordensgeneral im Mai 1869 nach Rom berufen, verfaßte de Buck für Cardinal Bilio, Sekretär der Congregation des S. Uffizio, eine Denkschrift über seine Verhandlungen mit Bischof Dupanloup und Forbes, die ohne jedwedes Ergebniß blieben, da Pusey nur auf Grund einer förmlichen Einladung beim Concil zu erscheinen geneigt war,

1) Liddon IV, 155.
2) Liddon IV, 165.

und die Cardinäle der Inquisition am 17. Nov. 1869 beschloßen, de Buck solle durch seinen Ordensgeneral ersucht werden, von weiteren Verhandlungen Abstand zu nehmen.[1])

Jetzt erschien Pusey's drittes Eirenicon in Form eines Briefes an Newman unter dem Titel: „Ist gesunde Wiedervereinigung möglich? Ein zweiter Brief an Dr. Newman." Maßvoll im Ton und entgegenkommend in der Form, suchte die Schrift Roms Ansprüche zu entkräften, und, was wieder äußerst bezeichnend für Pusey's zweideutigen Standpunkt ist, zu gleicher Zeit die Einwürfe der Anglikaner wider die Union zu lösen.[2]) Zu den interessantesten Theilen des vierten Bandes zählt der damalige Briefwechsel zwischen Newman und Pusey, worin sie über die Vorgänge beim Concil ihre Gedanken austauschen. Von panischem Schrecken über die Berufung des Erzbischofs Manning in die dogmatische Commission erfüllt, sieht Pusey wehmüthig seine Pläne zur Wiedervereinigung der Kirchen scheitern. Und nach dem 18. Juli 1870 beherrscht ihn der Irrthum, als habe die katholische Kirche ihre Verfassung geändert. Seiner Stellung zu den Altkatholiken haben die Herausgeber nicht weniger als ein ganzes Kapitel gewidmet, aus welchem erhellt, daß er die neue Bewegung für noch nicht hinlänglich geklärt erachtete. In einem Briefe an Liddon aus Reichenhall 13. Sept. 1872 lieh er der Befürchtung Ausdruck, die neue Bewegung möchte der Anerkennung der Katholicität der anglikanischen Kirche und ihrer Vereinigung mit dem Morgenlande schaden.[3]) Doch folgte er mit lebendigem Interesse den Unionsverhandlungen in Bonn 1874 und 1875, sandte die Vorrede zu der von seinem Sohne gelieferten Uebersetzung des Commentars des hl. Cyrillus von Alexandrien zu den acht ersten Kapiteln des Johannes-Evangeliums, bekämpfte aber mit echtem Mannes-

1) Liddon IV, 187.
2) Liddon IV, 183.
3) Liddon IV, 292.

muthe und seltener Gelehrsamkeit die von Döllinger in schwächlicher Nachgiebigkei gegen die schismatischen Orientalen befürwortete Streichung des Filioque aus dem Glaubensbekenntnisse. Für seine diesen Gegenstand behandelnden Artikel in der Times hat Newman ihm am 10. Januar 1876 seinen Dank ausgesprochen (Liddon IV, 299).

Pusey's Stellung zur Universität Oxford ist von einem doppelten Gesichtspunkte zu betrachten. Der bloße Gedanke, daß Katholiken sich hier eine höhere, mit ihrer Weltanschauung verträgliche Bildung holen könnten, bedeckte ihn mit Todtenblässe. Kaum war der Plan in die Oeffentlichkeit gedrungen, Newman habe in Oxford eine Hufe Landes zur Errichtung eines katholischen Collegs erworben, als Pusey in einem Brief an Copeland vom 1. Nov. 1864 die angeblich entsetzlichen Gefahren schilderte, welche der Hochkirche drohen würden. Mit seinem kranken Geistesauge erblickt er darin „eine Kriegserklärung wider die hochkirchliche Partei. Denn hier gibt es fast keine Katholiken. Sie (die Anstalt) kann lediglich den Zweck anstreben, unsere Studenten zu gewinnen." [1]) Diese Worte entfließen der Feder des nämlichen Mannes, der felsenfest auf dem Fundamente seiner Kirche zu stehen, der Rom als Zweig der allgemeinen christlichen Kirche aufzufassen und Union mit den Katholiken anzustreben vorgab. Nichteinmal Newmans Erklärung, er beabsichtige lediglich den Bau eines Hauses für seine religiöse Genossenschaft, keineswegs aber die Errichtung eines Collegs für studierende Jünglinge, war im Stande, die mit der Gewalt einer Idiosynkrasie ihn beherrschenden Ahnungen zu bannen. Vielleicht hatte Pusey seine Hand dabei im Spiele, als die Behörden der Hochschule Newman das Anerbieten machten, sein Anwesen durch Kauf zu erwerben. Der Letztere war edel genug oder, reden wir genauer, übermäßig entgegenkommend, auf den Vorschlag einzugehen, während er

1) Liddon IV, 103.

nur zwei Acres Land sich vorbehielt. Und selbst diese hat er dann an die Universität abgetreten, als der katholische Episkopat Newmans Vorhaben seine Billigung versagte.[1])

Den Katholiken die Ansiedelung an der Hochkirche versagend, mußte der engherzige Mann jetzt Zeuge werden, wie die Universität ihres anglikanischen Charakters entkleidet und vollständiger Säkularisation überliefert wurde. Diese Neuerung erfolgte auf dem Wege der Gesetzgebung, zu welcher Sir Coleridge den Anstoß gab. Der Bekenntnißzwang zur Erlangung der Ehren und Einkünfte der Hochschule war jetzt beseitigt. Nachdem der Apostolische Stuhl das frühere Verbot des Besuches der beiden protestantischen Landesuniversitäten durch katholische Jünglinge für einzelne Fälle beseitigt, haben seit Jahresfrist katholische Studenten unter der Leitung von Benediktinern und Jesuiten sich in Oxford und Cambridge niedergelassen und sammt ihren Lehrern schöne Erfolge errungen. Zu diesen sind zu rechnen die Vorträge des Jesuiten Joseph Rickaby an studierende Jünglinge in Oxford [2]) und die von seinem Ordensbruder Sydney Smith und dem Benediktiner T. A. Burge verfaßten Anleitungen zur Erklärung ausgewählter Bibeltexte für die Prüfungen an der Universität.[3]) Für Cambridge kommen in Betracht die beachtenswerthe Erklärung des Lukas-Evangeliums von Msgr. Ward, Präsident des St. Edmund-Collegs, sowie die in den Texts and Studies des Professors J. A. Robinson in Cambridge aufgenommene gelehrte Abhandlung des Benediktiners Cuthbert Butler: The Lausiac History of Palladius.[4])

1) Liddon IV, 104.

2) Month 90 (1897) 547: Oxford Conferences. Lent and Summer Terms 1897. By Joseph Rickaby S. J.

3) Scripture Manuals for catholic Schools, arranged with a View to the Oxford and Cambridge local Examinations. Edited by the Rev. Sydney F. Smith S. J. London 1897.

4) Tablet 92 (1898) 411. Butlers Abhandlung in Robinson, Texts and Studies, vol. 6, Nr. 1. Ueber Palladius vgl. Bardenhewer, Patrologie, S. 354.

Unmöglich können wir hier der zahlreichen Controversen gedenken, in welche Pusey verwickelt wurde. Nur einige seien erwähnt. Am Kampfe um unverkürzte Beibehaltung des athanasianischen Glaubensbekenntnisses hat er sich lebhaft betheiligt und ist dem durch und durch presbyterianisch gesinnten Erzbischof Tait von Canterbury, welcher Beseitigung der damnatorischen Klauseln anstrebte, mannhaft entgegengetreten. „Wagt man", so schrieb er am 19. Okt. 1871 an Bischof Wilberforce von Winchester, „einen Angriff auf das athanasianische Glaubensbekenntniß, dann bleibt mir kein anderer Ausweg, als meine kirchliche Pfründe zu verlassen und den Kampf für die englische Kirche einzustellen. Sie würde nicht mehr die nämliche Kirche sein, wie diejenige, für welche ich gestritten" — eine leere Drohung, nachdem Pusey wiederholt Zeuge weit verhängnißvollerer Niederlagen seiner Kirche, als die hier befürchtete, geworden und dennoch Anglikaner geblieben war.[1]) Was Pusey damals vereitelt hat, ist aber 1897 zur Thatsache geworden. Neben so vielen anderen, vom anglikanischen Publikum schmerzlich aufgenommenen Beschlüssen des pananglikanischen Concils in London 1897[2]) ist auch jener zu verzeichnen, gemäß welchem eine neue Uebersetzung des Athanasianum unter Abschwächung der damnatorischen Klauseln anzufertigen sei. Wenn nicht alle Zeichen der Zeit trügen, dann ist damit der erste Schritt zur vollständigen Beseitigung dieses Glaubensformulars gethan.[3])

Tief verbittert wurde Pusey das Jahr 1877 durch einen neuen Beichtstreit, zu dem er selbst Veranlassung geboten. Seine für Anglikaner zugestutzte Bearbeitung des Handbuches für Beichtväter von Abbé Gaume wurde Gegenstand scharfer

1) Liddon IV, 233.
2) Month 90 (1897) 265: The Lambeth Encyclical.
3) Conference of Bishops of the Anglican Communion. Holden at Lambeth Palace in 1897. London 1897. Vgl. meine Besprechung im Literarischen Handweiser Nr. 671.

Angriffe im Hause der Lords im Juni 1877, während das pananglikanische Concil 1878[1]) einen Tadel wider diejenigen aussprach, „welche zu habitueller Beicht bei einem Priester ermuthigen“. Pusey fühlte sich durch diesen Tadel tief getroffen und gab seinem Unmuth darüber Ausdruck in einem (September 1878) an den Erzbischof Tait von Canterbury gerichteten Briefe, der mit der wenig verbindlichen Bemerkung schloß: „Unsere Bischöfe scheinen durch unseren zum Presbyterianismus neigenden Erzbischof gelähmt zu sein.... Ich erachte mich zu der Hoffnung berechtigt, daß ich einige zarte Seelen vom Austritt aus unserer Kirche abgehalten, aus welcher Erzbischof Tait sie vertrieben haben würde“.[2]) Hier enthüllt Pusey uns seine ganze Politik: Uebertritte nach Rom hemmen, im Uebrigen aber mit den Zuständen in der Hochkirche, welche er je länger desto bitterer beklagte, sich verständnißinnig abfinden — das war der Kreis, den zu überschreiten ihm nicht gelungen ist.

Hat Pusey sich in gutem Glauben befunden? Pusey's Freund und Biograph, Domherr Liddon, hegte die Ueberzeugung, daß es so sei, während Newman ihn an seine Pflicht erinnern ließ, endlich jenen Schritt zu thun, den man in katholischen Kreisen seit den Tagen der Oxford-Bewegung von ihm erwartet hatte. Nur mit Rührung liest man Newman's Brief an Liddon vom 31. März 1878, den er gleich nach Eintreffen der Nachricht abfaßte, Pusey sei in schwere Krankheit gefallen: „Sie werden, das weiß ich, meine Ehrlichkeit und Reinheit der Absicht anerkennen, wie ich das auch Ihnen gegenüber thue. Wenn sein (Pusey's) Zustand es erlaubt, so möchte ich wünschen, daß meinem theuersten Pusey, den ich länger als fünfzig Jahre geliebt und bewundert habe, gesagt würde, daß die katholische Kirche

1) Vergl. diese Zeitschrift Bd. 82, S. 265.
2) Liddon IV, 315.

ihn feierlich als ihr Kind beansprucht, und ich möchte ihn dann fragen, ob er nicht geneigt sei, dieses ihr Recht anzuerkennen. Schriebe ich an einen gewöhnlichen Anglikaner, dann würde ich von Ihnen folgenden Bescheid erwarten: ‚Wenn ich ihm Ihre Bitte vortrage, dann wird er sicher seiner Treue gegen die englische Kirche Ausdruck leihen, und Sie würden sich ebenso getäuscht finden, wie ich selber'. Das dürfte die Antwort eines Controversisten sein, indeß werden Sie mich besser verstehen. Würde er ein einfaches Bekenntniß seines Vertrauens zu der anglikanischen Kirche, als eines Theiles der katholischen Kirche, machen, dann würde ich daraus den Trost schöpfen, daß er in einfachem gutem Glauben hinschiede. Unmöglich kann ich ihn sterben lassen, wenn es so Gottes Wille ist, mit der schweren Verantwortlichkeit einer solchen Berufung an ihn auf meiner Seele, wie ich sie jetzt einlege. Und da ich das selbst nicht besorgen kann, so muß ich diese Verantwortlichkeit auf Jemanden werfen, der ihm so nahe steht, wie Sie. Das thue ich hiermit". [1])

Am 1. April 1878 erfolgte Liddon's Antwort nach seiner Rückkehr von Pusey's Krankenbett. Sie ist genau so ausgefallen, wie nach der Stimmung der Geister zu erwarten stand. „Ich sagte ihm (Pusey), Sie hätten sich nach ihm erkundigt, und er beauftragte mich, Ihnen ein ‚freundliches Wort' zu senden. Er hat auch nicht einmal den Schatten eines Zweifels an der Folgerichtigkeit seiner Stellung zu dem geoffenbarten Willen Gottes. Erst zwei Tage vor seiner Krankheit (bemerkte er mir heute) ‚beruhigte' er eine Person, welche mit Bezug auf die römische Frage ängstlich war, und am letzten Samstag, als er bettlägerig und zu krank war, um Besuche zu empfangen, sandte er eine andere Person zu dem nämlichen Zwecke zu Dr. King. Erst in

1) Liddon IV, 307.

der vorigen Woche bemerkte er mir . . ., wie unvereinbar die Geschichte der afrikanischen Kirche unter St. Cyprian und St. Augustin mit den modernen Ansprüchen Rom's sei. Wie Sie glauben wollen, erwähne ich diese Dinge lediglich zu dem Zwecke, um zu beweisen, wie sehr sein Geist über die Hauptfrage beruhigt ist, wenngleich er natürlich lebhaft die Uebel beklagt, welche aus der Sprache und der Handlungsweise der lebendigen Autoritäten der anglikanischen Kirche hervorgehen. Als vor vier Jahren Angriffe auf das athanasianische Symbolum erfolgten, entschloß er sich, seine Stelle niederzulegen, wenn dasselbe außer Gebrauch käme; aber er hatte, soviel ich weiß, durchaus nicht die Absicht, auszuscheiden. Neulich äußerte er sich stets, als ob die Definition der Unbefleckten Empfängniß und das Vatikanische Concil diesen Schritt unmöglich gemacht. Bitte, verzeihen Sie diese meine Ausführlichkeit. Aber Sie werden selbst einräumen, daß seine klaren und kräftigen Ueberzeugungen nur mit seiner Zugehörigkeit zur englischen Kirche vereinbar sind. Doch ließ ihn seine lebendige Empfindung der fundamentalen Einheit, welche den ganzen Körper Christi durchwaltet, in zarter und hochachtungsvoller Sprache, und ohne die übliche Härte anglikanischer Controversisten, von Rom reden".[1])

Pusey's letzte Stunde hatte 1878 noch nicht geschlagen. Er erholte sich aus schwerer Krankheit und gewann sein altes Feuer derart wieder, daß er noch eine Lanze für die Ewigkeit der Höllenstrafen einlegen konnte. Der heutige Dombechant Farrar von Canterbury hatte diese bestritten in einer Reihe von Predigten unter dem Titel „Ewige Hoffnung". Ihnen setzte Pusey seine Schrift entgegen: „Was lehrt der Glaube über die ewige Strafe?" Liddon theilt (IV, 350) zwölf Sätze mit, in welche Pusey den Inhalt seines Buches zu-

1) Liddon IV, 308.

sammendrängt. Sie sind der Philosophie, wie auch dem Bereich des Glaubens entnommen. Die Stelle in dem letzten Satze: „Die Strafe der Sinne anlangend, so hat die Kirche nirgends als Glaubenssatz gelehrt, ... daß sie mehr bedeute, als den Vorwurf des Gewissens", dürfte nicht correkt sein. Einen Nachklang haben diese und ähnliche Auffassungen in den bekannten Artikeln des katholischen Biologen St. George Mivart gefunden. Sie gipfeln in dem folgenschweren Satze: In der Hölle lebt man ganz comfortabel. Die katholischen Theologen Englands haben diese schriftwidrige und moralfeindliche Lehre zurückgewiesen[1] und die Congregation der Inquisition in Rom Mivart's betreffenden Schriften im Index eine Stelle angewiesen. Als glaubenstreuer Katholik hat Mivart sich diesem Spruch alsbald unterworfen. Die anglikanischen Kirchenbehörden dagegen sind gegen Farrar's Buch ebensowenig, wie gegen soviele andere Irrthümer, die im Schooße des Establishment sich bewegen, eingeschritten. Heute hat Farrar's Irrthum in weiten Kreisen Bürgerrecht erworben.

Die Ereignisse, zu welchen Pusey in den drei letzten Jahren seines Lebens (1880—82) Stellung nahm, lassen sich kurz zusammenfassen. Die Verfolgung der Kirche in Frankreich, insbesondere die Vertreibung der Jesuiten, erregte sein Mitleid. Anstatt aber der Bitte um Betheiligung an einer Sympathieadresse zu willfahren, hat er in einem Briefe an C. L. Wood vom 2. Juli 1880 seinen antirömischen Gefühlen Ausdruck geliehen.[2]) Die von Willkürlichkeiten strotzende revidirte offizielle Ausgabe der englischen Bibel erregte sein Mißfallen im höchsten Grade. Andächtig vermochte er nicht darin zu lesen. „Meine einzige Hoffnung ist", schrieb er am 1. Okt. 1891, „daß die Revision ‚revidirt' werden und daß sich dann weniger Abneigung gegen Worte

1) Month 78 (1893) 208: Is the Fire of Hell a material Fire?
2) Liddon IV, 362.

kundgeben wird, welche der Ausdruck von Lehren sind".[1]) Puseys Hoffnung dürfte kaum Erfüllung gewinnen. Die steigende Herrschaft der „höheren Bibelkritik" ebenso in England wie in Deutschland läßt im Gegentheil stark befürchten, bei einer neuen Revision werde man noch radikaler zu Werke gehen und die am Rande durch ein Kreuz als dem Tode verfallen bezeichneten Stellen gänzlich entfernen. Ebenso unsympathisch berührte ihn die Schrift „Erinnerungen, insbesondere an Oriel-Colleg und die Oxford-Bewegung" von Thomas Mozley, einem Schwager Newmans. Dagegen lebte er förmlich auf, als der Präsident des Oriel-Collegs das eben fertiggestellte Bildniß des berühmtesten Fellow von Oriel, John Henry Cardinal Newman, zu Pusey ans Krankenbett sandte. „Dank für Ihre Güte", schrieb er am 12. Febr. 1882, „die mich in den Stand setzte, das Bild meines alten Freundes zu schauen. Seine Augen besitzen noch die alte Süßigkeit, die tiefen Furchen in den Wangen bezeugen Sorge und Kummer seit den alten Tagen, in denen wir gemeinsam Raths pflogen. Ach! das arme Oxford, das ihn nicht behalten wollte!"[2])

Allmälig dämmerte Pusey der Abend des Lebens herauf. Bis in die letzten Wochen war er seelsorglich thätig als Beichtvater der anglikanischen Nonnen im Hospital von Ascot, in dessen Nähe er ein kleines Landhaus bewohnte. Hier ist er nach Empfang des Abendmahles, als letztes Wort „Mein Gott" aussprechend, am Samstag den 16. Sept. 1882, Nachmittags bald nach drei Uhr, 82 Jahre und 24 Tage alt, verschieden. Seine Leiche wurde nach Oxford überführt und hier im Schiffe des Christusdomes beigesetzt. Seine Ruhestatt wird durch eine weiße Marmorplatte gedeckt, welcher die von Pusey verfaßte lateinische Inschrift eingegraben. Sie athmet Pusey's tiefgläubige Gesinnung, enthält ein offenes Bekenntniß an

---

1) Liddon IV, 369.
2) Liddon IV, 372.

die Hauptwahrheiten und Thatsachen des Christenthums und ist geeignet, jedes reine Gemüth sympathisch zu berühren. „Wenn irgend Jemand, dann war es Pusey, dem das Andenken an den Tod stets vor der Seele schwebte. Die Vergänglichkeit der Welt, sowie die wechsellose Liebe und Größe Gottes — das waren die Träger seines Lebens.“ [1]) Dieselben Gesinnungen athmet sein letzter Wille vom 19. Nov. 1875, in welchem er seinem Glauben an den menschgewordenen Gottessohn und dessen Kirche Ausdruck leiht. „Alle diejenigen,“ konnte der Dechant der St. Paulskirche in London, Richard Church, in einem Nachrufe in Oxford mit Recht bemerken, „welche für die Kirche, für Christi Religion besorgt sind, ja sogar jene, wage ich zu behaupten, welche vielfach anders dachten als er, werden ihn in die Zahl jener Männer einreihen, die in schweren, kummervollen Zeiten durch Eifer, Thatkraft und Opfer, für Gott, Wahrheit und Heiligkeit zeugten. In ihm werden sie erblicken eine Persönlichkeit, deren Streben dahin ging, aus der Religion eine lebendige und machtvolle Kraft über die Gewissen und in den Fragen des Lebens zu schaffen, nicht bloß durch Kenntniß, Gelehrsamkeit, Weisheit und Gaben der Ueberredung, sondern noch weit mehr durch unbegrenzte Frömmigkeit, durch die Macht eines geheiligten, unerschütterlichen Willens.“ [2])

Kein mit der englischen Kirchengeschichte unseres Jahrhunderts vertrauter Katholik kann Pusey's Grab im Dome zu Oxford besuchen ohne tiefe Rührung und ohne Dankbarkeit. Ein mit unfehlbarer Macht wirkender Instinkt hat die englische Volksseele gedrängt, der Oxford-Bewegung den Namen ‚Puseyismus‘ beizulegen. In der That ist es Pusey zu danken, daß die zersprengten Reste katholischer Wahrheit und katholischer Einrichtungen aus dem Schutt hervorgezogen und dem Anglikanismus wieder zum Bewußtsein gebracht worden. Nicht Sache des subjektiven Gefühls, sondern heilige Hinter-

1) Liddon IV, 377. 2) ibid. 390.

lage unter der Obhut gottbestellter Wächter war für ihn die christliche Religion. Für die Vertheidigung dieses Satzes hat Pusey im Verein mit Newman Zeitlebens seine Kräfte eingesetzt. In katholischen Kreisen hat das Urtheil über Pusey stets hart gelautet. Man konnte es nicht begreifen, daß ein Mann, der in manchen Augenblicken Rom so nahe getreten, nicht den Muth besaß, den entscheidenden Schritt zu thun. Männer indeß, welche Pusey nahe standen, bezeugen, daß ihm bei allem Umfang der Gelehrsamkeit jene Schärfe des Denkens mangelte, welche aus sicheren Obersätzen auch die nothwendigen Folgerungen zieht. „Ein Mann, der nie einen Schluß gesehen", so hat ihn einmal ein Oxford Convertit geschildert.[1]) Seine vierbändige Biographie erbringt aber außerdem den Beweis, daß er dem Katholicismus nie näher gekommen, daß er in seinem anglikanischen Bekenntniß in gutem Glauben gelebt hat. Tiefe Gottesfurcht, reine Gottes- und Menschenliebe, unbegrenzte Freigebigkeit haben ihm seinen ewigen Lohn gesichert. Das Geheimniß ergründen zu wollen, weßhalb ein solcher Mann nicht auch äußerlich zur wahren Kirche Christi gehört habe, ist eine Aufgabe, die menschliche Kräfte überragt.

Aachen. Alfons Bellesheim.

---

1) Month 90 (1897), 562.

LXXXI.

Amerika und Spanien.

Ohne Aufsehen zu erregen, haben die Vereinigten Staaten im Laufe dieses Jahrhunderts ihr ursprüngliches Gebiet nicht nur abgerundet, sondern auch erweitert, wie schon ein Blick auf die Landkarte zeigt. Von außerordentlichem Glücke begünstigt, gelang es den Amerikanern, diese eroberten Staaten sich anzugliedern und enge zu verbinden und durch zahlreiche Colonien, die sie aussandten, bei denselben ihre Sprache und ihre Gewohnheiten einzubürgern, ihnen das amerikanische Gepräge zu verleihen. Cuba und den Philippinen gegenüber, welche in einem ebenso kurzen als erfolgreichen Feldzug gewonnen wurden, haben die Anerikaner ein viel schwereres Problem zu lösen, eine Bevölkerung zu amalgamiren, welche ihre eigene Sprache und ihren fest ausgeprägten Charakter besitzt und überdieß von großem Mißtrauen gegen ihre vermeintlichen Befreier erfüllt ist. Als die tonangebende Partei im Lande den Präsidenten zu einer Kriegserklärung gegen Spanien zwang, da hatte sie die Massen durch den Vorwand mit sich fortgerissen, die Rechte, die Freiheit, das Eigenthum der grausam unterdrückten Cubaner gegen die Spanier zu beschützen; heute aber wird in den best unterrichteten Kreisen Amerikas zugegeben, daß die Aufständischen Marodeure und Räuber gewesen, die durch Sengen und Brennen und Gewaltthaten

sich selbst bei den Eingeborenen verhaßt machten (cf. Nineteenth Century, Juni 1899).

Die Spanier suchten Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, konnten aber der Eingeborenen, die ihre Ortskenntniß benützten, nicht habhaft werden. Dank der Unterstützung, welche diese rohen Banden von amerikanischen Privatleuten erhielten, gelang es nicht den Aufstand zu unterdrücken. Ob diese zügellosen Gesellen, seitdem sie unter amerikanischem Schutze stehen, von ihrem Handwerke lassen und die Künste des Friedens pflegen werden, läßt sich vorerst nicht bestimmen. Es ist höchst wahrscheinlich, daß Cuba für die Vereinigten Staaten ebenso ein Schmerzenskind sein wird, wie es für Spanien gewesen.

Beim Ausbruch des Krieges hatte man wohl erwartet, daß die Vereinigten Staaten sich mit der Vertreibung der Spanier aus Cuba begnügen und sich des Angriffes auf andere Theile der spanischen Monarchie enthalten würden. Es kam indeß ganz anders; die Staaten schlossen einen Bund mit den Aufständischen in den Philippinen und zwangen die besiegten Spanier, die Inseln, welche den Amerikanern sehr erwünscht waren, abzutreten. Die Aufständischen waren nicht gesonnen, diesen verhältnißmäßig milden und schwachen Herrscher für einen harten und thatkräftigen auszutauschen, und setzten sich zur Wehr. Wie auch immer die Würfel des Krieges fallen mögen, es ist vorauszusehen, daß eine, ja mehrere entscheidende Niederlagen der Eingeborenen den Krieg nicht beenden werden, sofern Amerika sich nicht entschließt, den Tagalen Freiheit und Selbstverwaltung zu gewähren und die schweren Kriegskosten zu erlassen.

Die Spanier und mit ihnen das übrige Europa hatten gehofft, daß England sich ins Mittel legen und durch sein Veto den Krieg entweder ganz verbieten oder auf Cuba beschränken würde. Die anderen europäischen Staaten hätten sich England angeschlossen und Amerika ein „quos ego“ zugerufen. Die englischen Politiker versäumten die günstige

Gelegenheit und erklärten sich so unzweideutig zu Gunsten der Vereinigten Staaten, daß Spanien isolirt blieb. Sie hofften durch diesen großen Liebesdienst die Amerikaner zu Gegendiensten zu verpflichten, den Weg zu einem engeren Schutz- und Trutzbündniß zu bahnen. Die schlauen Yankees machten sich die Stimmung Englands zu Nutze und stimmten in den Chorus ein, daß Engländer und Amerikaner nicht bloß Brüder seien, sondern die gleichen Interessen hätten, und ließen die Friedenspfeife herumgehen. Warum sollten sie die süßen Träume ihrer natürlichen Gegner, der Engländer, stören und beim Spiel sich in die Karten schauen lassen; warum ihnen sagen: wenn Cuba annektirt ist, kommt Canada an die Reihe!

Individuen sind wohl dankbar für empfangene Wohlthaten, nicht aber Nationen, wie England gar bald gewahr werden sollte, denn seine Werbungen um amerikanische Freundschaft und ein Bündniß wurden recht kühl aufgenommen; der Plan, alle europäischen Mächte vorerst aus Nordamerika zu vertreiben, wurde wieder eifrig erörtert. Staatsmänner wie Chamberlain, welche von einem engeren Bündniß des Größeren Britanniens mit dem Mutterland sich große Vortheile versprechen, verfehlten nicht die Canadier auf die Gefahr, von den Vereinigten Staaten absorbirt zu werden, aufmerksam zu machen. Die Anlegung von Befestigungen der Plätze, welche die Amerikaner beim Ausbruch des Krieges allenfalls angreifen würden, offenbarte den Amerikanern die wirkliche Gesinnung Englands. „Wie können wir", sagte ein Amerikaner dem bekannten Schriftsteller Goldwin Smith, „den Engländer als Bruder in unsere Arme schließen, wenn uns überall an der Grenze Feuerschlünde gegenüberstehen, wenn wir hören, daß man unsere Nachbarn vor uns warnt?"

Goldwin Smith (Contemporary Review 1899 May) verurtheilt in scharfen Ausdrücken die englischen Diplomaten, welche die Yankees zur Vermehrung ihrer Flotte und ihres

Landheeres angetrieben haben, und hebt hervor, daß die Seeherrschaft in Amerika für England verloren sei und daß der Verlust der Seeherrschaft erhebliche Nachtheile des Handels veranlassen würde. Nachdem England so große Zugeständnisse gemacht hat, muß es auf Eifersucht und Mißtrauen gefaßt sein, wenn es den Plänen Amerikas entgegentritt. Weit entfernt durch die Hinneigung zu Amerika seine Lage zu bessern, hat England sie nur verschlimmert; denn es kann Amerika keinen Preis für sein Bündniß bieten, außer Canada, und Canada preiszugeben kann kein englischer Staatsmann wagen.

Die Engländer trösten sich mit dem Gedanken, daß die Deutschen für sie die Kastanien aus dem Feuer holen und Amerika angreifen würden. Das ist durchaus unwahrscheinlich, denn die Deutschen haben die Concurrenz Amerikas weit weniger zu fürchten als England, und können den Neutralen spielen. Die Zahl der Deutschen in Amerika ist viel zu groß, als daß die amerikanische Regierung es wagen könnte, ohne die dringendsten Gründe einen Krieg gegen Deutschland zu unternehmen, dagegen würde ein Krieg gegen England weit populärer sein. Wenn Neuengland, so versichert uns Goldwin Smith, mehr Sympathie für England an den Tag legt als früher, wenn das irische Element weniger antipathisch und weniger einflußreich ist, so folgt daraus noch keineswegs, daß die Engländer auf die Freundschaft der Amerikaner rechnen können. Der Westen ist feindselig gesinnt und betrachtet die englischen Fortschritte mit großer Eifersucht.

England, das ist sicher, wird einen Krieg mit den Vereinigten Staaten fast um jeden Preis zu verhindern suchen und sich in der Erwartung eines Umschwungs in der öffentlichen Meinung vieles gefallen lassen; aber wer bürgt ihm dafür, daß der einmal geweckte Ehrgeiz und die Eroberungslust eine vorübergehende Erscheinung sein werde? Sollten die Demokraten im Jahre 1904 ans Ruder kommen, dann

könnten sie genöthigt sein, Canada anzugreifen, wenn sie die Eroberungen auf den Philippinen aufgeben wollten.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß die gegenwärtige Regierung die Philippinen an eine andere Macht abtreten oder recht bald die Tagalen als selbständige Macht anerkennen wird; denn das wäre doch ein gar zu offenes Geständniß der eigenen Niederlage. Der Krieg wird sich voraussichtlich in die Länge ziehen und die Kluft zwischen den Siegern und den Besiegten erweitern. Der Krieg ist in gewisser Beziehung eine Wohlthat für die Eingeborenen, denn die Militärverwaltung erfreut sich des besten Rufes und wird denselben nicht durch Gewaltthaten, Bestechlichkeit und Unterschleif beflecken; die Civilverwaltung, welche nach Wiederherstellung von Ordnung und Friede die Militärbeamten ablösen wird, hat in den Vereinigten Staaten selbst vielfach Anlaß zu Beschwerden gegeben. Werden die Beamten, welche Amerika in die entfernten Philippinen schickt, sich strengster Rechtlichkeit und Unparteilichkeit befleißigen, wenn sie gerichtliche Untersuchung weit weniger zu fürchten haben, als im eigenen Land, oder wird der Präsident seine tüchtigsten und erprobtesten Officiale nach den Philippinen und nach Cuba entsenden? Wird er die Streber, die Glücksritter, die ihm bei der Wahl große Dienste geleistet haben, abschütteln können, wird es ihm gelingen die Kaufleute, die Spekulanten, die Gastwirthe in Schranken zu halten, welche in dem neu erworbenen Land sich schnell bereichern wollen? Werden diese Leute nicht großen Anstoß geben und den Führern der Tagalen, welche nothgedrungen die Waffen strecken mußten, dieselben wieder in die Hand drücken? Die Tagalen werden, das ist klar, ihre neuen Herrscher nicht minder streng beurtheilen als ihre alten, und den amerikanischen Nationalstolz geradeso unerträglich finden, wie den spanischen. Einwanderung von amerikanischen Familien Colonisation im großen Maßstab ist für die Philippinen kaum durchführbar, weil die Entfernung von Amerika zu

groß ist, weil der Rückhalt fehlt, den das Mutterland den Pionieren des Westens von Amerika gewährte. Das wunderbare Glück, das Amerika aus so manchen Verlegenheiten gezogen, mag ihm auch auf den Philippinen günstig sein, aber auch beim besten Willen kann die Eifersucht der europäischen Mächte nicht vermieden werden.

Seitdem Spanien alle seine Colonien, selbst die Carolinen, aufgegeben hat, kann es für England sowohl als für die Vereinigten Staaten ein mächtiger Nebenbuhler, das Haupt der Staaten des lateinischen Amerika werden. Der Besitz seiner Colonien ist bisher das Haupthinderniß der engeren Verbindung gewesen; seitdem es sie verloren, ist es in weit günstigerer Lage. Spanien kann sein Heer und seine Flotte reduciren, Ersparnisse eintreten lassen, eine Masse von Sinekuren abschaffen, alle die Unterthanen gleichmäßiger besteuern, Bestechungen und Unterschleif leichter unterdrücken als zuvor. Die schweren Prüfungen werden den frivolen Geist, der unter den höheren Ständen herrscht, zurückdrängen und sie lehren, es ernst mit ihrer Aufgabe zu nehmen.

Spanien hat schwerere Krisen bestanden als die gegenwärtige, unter Karl II., unter Philipp V., zur Zeit, als Napoleon einen großen Theil Spaniens erobert hatte. Seine Colonien hatten in den letzten Jahrzehnten wohl Individuen bereichert, die Nation aber arm gemacht. Schon seit dem Kriege mit Cuba hat Spanien angefangen Tabak zu pflanzen, der herrlich gedeiht. Spanien ist von den amerikanischen Produkten weit unabhängiger als irgend ein Land Europas, wenn es seinem arbeitsamen und fleißigen Landvolk erlaubt, das Land zu bebauen, eine rationelle Bewirthschaftung einführt und alte Mißbräuche beseitigt. Wir haben Grund zu wissen, daß das Land tüchtige Männer besitzt, man gebe ihnen nur die nöthige Freiheit und sie werden das Land retten.

An den unvermeidlichen Niedergang der lateinischen Nationen wollen und können wir so lange nicht glauben, so

lange die Krankheitssymptome, die man in Spanien, Portugal, Italien und den südamerikanischen Staaten findet, sich auch bei den germanischen Rassen zeigen. Um bei Amerika stehen zu bleiben, so finden sich alle die Uebel einer entsittlichenden und entnervenden Civilisation daselbst in noch höherem Maße als in Spanien. Die Herrschaft der Boß, die Ausbeutung der Armen, die Zurückdrängung der kleinen Kaufleute, der freien Handwerker durch die Ringe, Trusts, die Anhäufung von unermeßlichem Vermögen, von Liegenschaften sowohl als Kapitalien in der Hand einiger Weniger, die um ihre Reichthümer schneller zu vermehren, zu Intriguen und Machinationen ihre Zuflucht nehmen, die sie selbst nicht zu entschuldigen wagen, sind wahrlich kein Beweis für die Gesundheit des staatlichen Organismus. Es ist zu hoffen, daß manche Spanier, die aus Cuba und den anderen Colonien nach dem Mutterland zurückkehren, den Unternehmungsgeist und das praktische Geschick, das sie bewährt haben, auch in der alten Heimat bethätigen und den Sauerteig bilden werden, der die etwas träge Masse durchsäuert und den Fremden, welche den Handel Spaniens in ihren Händen haben, Concurrenz machen werden. Das Motto: Spanien für die Spanier, wir müssen wieder Herren im eigenen Lande werden — wird zweifelsohne neues Leben wecken und wenn alle vereint auf dasselbe Ziel lossteuern, zur Verjüngung Spaniens führen.

LXXXII.

G. Hüffers Korveier Studien.[1]

Wer den regen Streit kennt, welcher sich seit den Tagen L. Ranke's über Entstehung und Abfassung der karolingischen Reichsannalen entsponnen hat, wer weiß, welchen lebhaften Meinungsaustausch jener berüchtigte Salzer Frieden von 803 noch in den achtziger Jahren hervorrief, bis er endlich in unseren Tagen nur mehr im alten Eisenwerk der Fälschung seine Rolle zu spielen schien,[2]) der hat sofort die beiden springenden Punkte erfaßt, welche sich aus vorliegenden quellenkritischen Untersuchungen bei näherer Betrachtung wie von selbst ergeben.

In gedrungener, überaus lebensvoller Darstellung werden uns zwei hochbedeutsame Männer aus karolingischer Zeit vorgeführt, welche beide etwa um das Jahr 847 in die junge Corbeia nova in Sachsen als Mönche eintraten und dort ihr Leben beschlossen. Ihre Namen sind Gerold und Agius, ersterer ein aus Godelheim bei Korvei gebürtiger Adaling, früher Hofkaplan und archidiaconus s. palatii Ludwig des Frommen, letzterer, nach Hüffer's ansprechendem Beweise, sein treu ihm ergebener Schüler, der dem Lehrer nicht bloß durch mehrere Schriften, sondern vor allem in jenem zierlichen Epitaph

1) Quellenkritische Untersuchungen zur Karolinger Geschichte. Von Prof. Dr. G. Hüffer in München. Münster i. W. 1898. Aschendorff'sche Buchhandlung.

2) Vgl. noch neuestens E. Mühlbacher, Deutsche Geschichte unter den Karolingern. Stuttgart 1896. S. 142 f.

auf dessen Grabessteine ein würdiges Denkmal seiner Verehrung und Dankbarkeit gesetzt hat. Unter dem Gesichtspunkte ihrer beiden Persönlichkeiten gelangt der weit und breit verzweigte Stoff zu einer harmonischen Einheit, und findet zugleich der Titel des Buches seine gute Erklärung.

Was nun Gerold betrifft, so war ihm bisher zwar von einzelnen Forschern eine umfangreiche literarische Thätigkeit zugesprochen; M. Meyer hatte in den seiner Inauguraldissertation (Zur älteren Geschichte Korveys und Höxters. Paderborn 1893) angehängten Thesen den früheren Archidiakon Ludwigs des Frommen sogar als den Verfasser der sogenannten Annales Einhardi, jener gewissermaßen amtlichen, bis zum Beginn des Jahres 802 reichenden Umarbeitung der Reichsannalen, bezeichnet. Allein es fehlte diesen Andeutungen bisher jede nähere Begründung, und auch F. Kurze stand noch jüngst in seiner kritischen Neuedition der Annales regni Francorum der Frage der Autorschaft sehr unbestimmt gegenüber. Vgl. Neues Archiv für ältere deutsche Geschichtskunde, Bd. 21, S. 77 f. Zum erstenmale tritt H. mit festen Sätzen auf den Plan und sucht auf Grund von Sprache und Inhalt Gerold als wirklichen Verfasser zu erweisen.

Die Einhard-Annalen — so schließt er mit Recht — sind am Hofe Ludwigs des Frommen geschrieben. Nur dort, höchstens vielleicht noch in Tours, wird sich diejenige große Zahl von antiken Schriften vereinigt gefunden haben, welche der Autor zur formalen Ausschmückung seiner Darstellung benutzt hat. Die Einhard-Annalen sind weiter auch von einem Sachsen geschrieben. Sie ersetzen bei den sächsischen Orts- und Personennamen regelmäßig die oberdeutschen Formen der alten Reichsannalen durch die niederdeutschen. Ihr Verfasser bringt sodann den sächsischen Dingen, im Gegensatz zu manchen andern, vielerorts eine überraschende Aufmerksamkeit entgegen, indem er den Bericht seiner Vorlage über Karls Sachsenkriege theils durch Notizen anderer Quellen, theils und vornehmlich durch eigene Zuthaten ergänzt, präcisirt und abändert. Ganz insbesondere aber zeigt er eine in diesem Umfange höchst auffällige Bekanntschaft mit den Oertlichkeiten des Sachsenlandes. Das Schlußglied endlich in der ganzen Beweiskette findet H. in einer

besonderen topographischen Bemerkung zum Jahre 797. Karl verbrachte damals den Winter sammt dem ganzen Hoflager in einem Standquartiere an der Weser, welches nach seiner ganzen Lage eine seltene Aehnlichkeit mit Heristal, einer seiner Lieblingspfalzen, zeigte. Deshalb gebot der König, nach ihr jetzt diesen Lagerplatz in Sachsen zu nennen. So berichten die ursprünglichen Reichsannalen und die Einhard-Annalen nach ihnen; aber letztere fügen hinzu, trotzdem zur Zeit ihres Verfassers Herstelle längst in Vergessenheit versunken war, daß der Ort auch jetzt noch diesen Namen trage. Aus dieser überraschenden Kenntniß von dem Fortleben des vor drei Jahrzehnten gegebenen Namens in dem verlornen Weserdorfe will H. schließen, daß der Schriftsteller am Kaiserhofe Ludwigs in der Nähe zu Hause war; thatsächlich lag ja Godelheim, der Vätersitz Gerolds, nicht weit davon.

Jedermann sieht, daß namentlich das Schlußglied der ganzen Beweiskette von keineswegs unüberwindlicher Festigkeit ist; aber es ist nicht zu leugnen, die einzelnen Glieder, je fester in einander gefügt, leihen wohl auch den schwächeren um so größere Kraft, und so können mit gutem Grunde die Annales Einhardi nunmehr als Annales Geroldi gelten.

Damit ist die literarische Bedeutung des ehemaligen Hofkaplans jedoch nicht erschöpft. Abgesehen davon, daß er als Vorsteher der Klosterschule wohl reichliche Gelegenheit fand, sein vielseitiges Wissen für seine Schüler recht fruchtbar zu machen, verdanken wir ihm nichts Geringeres als den Codex Laurentianus, pluteus 68, 1, welcher uns die ersten Bücher der Annalen des Tacitus allein erhalten hat, sowie eine Handschrift der Laurentiana, plut. 47, 36, die einzige, welche heute noch alle neun Bücher der Briefe des jüngeren Plinius bietet. Beide gehen thatsächlich auf Korvei zurück und gehören, wie neuerdings allgemein anerkannt wird, in's 9. Jahrhundert. Sie haben sich wohl unter jener großen Zahl von Handschriften gefunden, welche Gerold nebst anderen werthvollen Gaben vom Kaiserhofe mit in sein Kloster gebracht hatte.

Damit endet der erste Theil. In dem zweiten, ungleich größeren (S. 17—227) geht H. zunächst von der Vita Hathumodae aus, welche bekanntlich Agius in so anziehender,

inniger Sprache geschrieben hat. (M. G. SS. IV, 165 ff. und der Dialog M. G. Poet. III, 369 ff.) Hathumod, die erlauchte Tochter Liudolfs, des Ahnherrn der sächsischen Kaiser, war erste Aebtissin von Gandersheim († 874), und Agius galt bisher als ihr leiblicher Bruder. Wenn nun H. letzterer Annahme mit großer Entschiedenheit entgegentritt und im weiteren Verlaufe der Abhandlung dessen Geburtsstätte nach Paderborn verlegt, so muß ich gestehen, daß seine Ausführungen mich nicht überzeugen konnten. Aus der lebendigen Schilderung einer Oertlichkeit sofort auf einen engeren Zusammenhang des Dichters mit derselben folgern zu wollen, erscheint doch etwas kühn. Und was das nähere Verhältniß zu Hathumod betrifft, so läßt sich, wie schon von Pertz betont, fürwahr nicht recht erklären, wie ein Mönch, der nicht durch engste Familienbande verknüpft, mit diesem zarten und sinnigen Gemüthe von einer geistlich befreundeten Nonne hätte reden können. Vgl. vers. 75 ff., 515 f., 649 f. des Dialoges und c. 19 der Vita. Auch würde die so genaue Kenntnis der intimsten Familienverhältnisse und namentlich diese seltenste Unmittelbarkeit, mit der er ihrer Eltern gedenkt, kaum eine genügende Erklärung finden. Vgl. vers. 543 ff. Daß dabei der Bruder von seiner frühzeitig dem Kloster übergebenen und klösterlich abgeschiedenen Schwester, der „sacra femina“, dennoch recht wohl sagen konnte: vitam ejus, ut nostis, magna ex parte noveramus, halte ich für nicht so auffällig.

Hiemit erledigt sich zum Theile wohl auch die andere Frage, ob nämlich Agius vielleicht leiblicher Arzt des Frauenklosters war. Dagegen sprechen vor allem mehrere Stellen des Dialoges, so vers. 520 ff., 531 ff. Namentlich aber weisen die Worte der Vita: nam in ipso statim suae aegrotationis initio nobis, dissimulato tamen suae infirmitatis nuntio, ut omnimodis veniremus, mandavit einer ungezwungenen Auslegung gemäß deutlich darauf hin, daß der Grund, warum sie ihn in gesunden wie in kranken Tagen rief („et sana supra modum excoluerit et jam infirma immani desiderio videre cupiverit“), ein anderer war als der ärztliche. Anderseits sprechen wohl nicht nothwendig für die ärztliche Qualität die Worte: Si quando aliter in dolore ad aliquid

gustandum adduci non poterat, hac arte sibi persuasum, si aut a nobis transmissum aut a nobis paratum diceretur; sie können ebenso gut den großen Einfluß überhaupt bezeichnen, den Agius auf seine Schwester übte. Vgl. et quantum potuit, coram nobis manducavit.

Soviel über die Persönlichkeit des Biographen der Hathumod. Seine schriftstellerische Bedeutung hatte schon seit langem den Gedanken rege gemacht, ob derselbe nicht noch andere Schriften verfaßt habe. Ohne Rückhalt schließt sich H. der Vermuthung von Pertz (M. G. SS. IV, 166) und Traube (Poet. III, 370 f.) an, wonach Agius auch jene metrischen fünf Bücher über das Leben Karls des Großen geschrieben, deren unbekannten Autor man als den Poeta Saxo bezeichnete. Ja H. geht noch weiter: der Biograph Hathumods ist nicht nur der Poeta Saxo, er schrieb auch die vita et translatio s. Liborii.

Mit minutiösem Fleiße hat der Verfasser die einzelnen Stellen zusammengetragen, welche an sich schon auf einen engen, zum Theil nicht gerade durch landläufige oder phrasenhafte Wendungen erklärbaren Zusammenhang der drei Schriften unter einander schließen lassen. Andrerseits muß man die in ihnen begegnende gleichartige Benutzung von 14 fremden Schriftwerken aus antiker wie karolingischer Zeit anerkennen, und mit besonderer Genugthuung lese ich unter den Entlehnungen jenes praeesse et prodesse, das geflügelte Wort Augustins, womit er zunächst die ersprießliche Thätigkeit eines Bischofs kennzeichnen wollte, und welches dann bei karolingischen Schriftstellern auch sonst so häufig in den verschiedensten Anwendungen wiederkehrt. Vgl. J. A. Ketterer, Karl der Große und die Kirche. München 1898. S. 125 f. In dem Hinweis endlich auf denselben Geist und dasselbe ausgeprägte sächsische Stammesgefühl, welches uns aus allen drei Schriften entgegentritt, findet die Autorschaft des Agius ihre höchste innere Beglaubigung, und „damit tritt eine menschlich anziehende und literarisch bedeutsame Persönlichkeit aus dem Dunkel langer Vergessenheit wieder hervor. Ein Mann von klarem Verstande und reichem Gemüth, hochsinnig und treuherzig und von kernhafter Frömmigkeit, ein Schriftsteller voll Gestaltungskraft, Takt und Feuer, ein rechter Sachse und ein wahrer Poet: so redet er zu uns

durch die Werke seiner Hand und gewinnt unsere Theilnahme".

Die weitere Quellenanalyse, welche nunmehr folgt und von der großen Genauigkeit und feinen Beobachtungsgabe des Forschers wie von seiner warmen Antheilnahme für die heimischen Gaue beredtes Zeugniß gibt, führt nun zu dem wichtigsten, aber auch strittigsten Punkte der ganzen Untersuchung, zur Reichsversammlung von Salz im Jahre 803.

Vor versammelten Edlen des Sachsenvolkes, erzählt der Poet, sei hier der Krieg zwischen Franken und Sachsen durch den festen Bund eines ewigen Friedens beschlossen worden.

Bekanntlich gab diese ausführliche Mittheilung lange Zeit Anlaß zu dem Glauben, daß im Jahre 803 zu Salz in der That ein förmlicher und feierlicher Friedensschluß zwischen Karl und dem Sachsenvolke zustande gekommen sei. Erst die neuere Forschung kam von diesem Glauben immer mehr zurück, indem sie vor allem die geringe Autorität der zwischen 887—891 abgefaßten Gesta dem Stillschweigen der wichtigsten Ueberlieferungen gegenüber hervorhob. Zwar beruft sich bei seinem Berichte über Hergang und Bedingungen des Friedensschlusses der Poet ausdrücklich auf Einhards Vita Caroli. Aber es steht sehr in Frage, auf wie weit das Citat überhaupt zu erstrecken ist, und selbst wenn Einhard absonderlicher Weise den Friedensort verschwiegen, das Datum sogar verfehlt, — seine Worte lassen wohl sehr gut die gewöhnliche Deutung zu, daß nämlich Karl, nachdem er stets von Anfang an die erwähnten Unterwerfungsbedingungen gestellt, die Sachsen sie aber trotz wiederholter Annahme stets wieder gebrochen hatten, dem Kriege auf jene hin ein Ende gemacht.

Gegen eine förmliche und feierliche Beendigung des Sachsenkrieges sprechen aber auch ganz gewichtige sachliche Gründe, die wohl schwer eine Widerlegung finden dürften. Das scheint übrigens H. selbst zuzugeben, wenn er richtig bemerkt, daß der Friede nicht die Gestalt eines förmlichen Vertrages mit gegenseitiger Verbriefung besessen haben könne, sich vielmehr nach Lage der Dinge im wesentlichen als volle Unterwerfung der Sachsen darstellt, nur gemildert durch verschiedene Zugeständnisse, wie sie der Kaiser ohne Einbuße an Sieger- und Herrscherrechten machen konnte. Unzureichend erscheint mir

namentlich die Vermittlung in dem Widerspruche, daß Karl nach dem feierlichen Frieden mit dem ganzen Sachsenvolke gleich im nächsten Jahre den Krieg mit großer Machtentfaltung begann und trotz der verbürgten Freiheit viele Tausende gewaltsam fortführte. Gerade die nördlichen Stammesgenossen der Sachsen, die Nordalbinger (vgl. Annal. regn. Franc. ad ann. 795, 798, 802) hatten neben den Wigmodiern dem Könige in den letzten Jahren des Krieges fast ausschließlich zu schaffen gemacht; es wäre darum höchst sonderbar, wenn nicht gerade sie in den allgemeinen Frieden wären miteinbegriffen gewesen.

Wenn so auch der Salzer Friede an innerer Wahrscheinlichkeit nicht viel gewonnen hat, so muß es doch unser ganzes Interesse um so mehr erwecken, zu erfahren, woher denn der Poet seine Nachricht geschöpft habe; denn mit Recht nimmt auch H. an, daß Einhard nicht die alleinige Quelle desselben war.

Bekanntlich findet sich die Mittheilung vom Sachsenfrieden noch in einigen anderen Annalen, unter denen die von Quedlinburg, um das Jahr 1000 entstanden, die ältesten sind. Ebenso ist sie zu lesen in den uns überkommenen Stiftungs- und Grenzdokumenten der sächsischen Sprengel Bremen und Verden. Besteht nun ein Zusammenhang und welcher? — das ist die wichtige Frage, mit der sich die Forschung seit den Tagen B. Simsons immer wieder beschäftigen mußte, und zu deren Lösung H. das Seinige in wahrhaft origineller Weise beigetragen hat. Nach ihm sind alle betreffenden Nachrichten der uns erhaltenen Annalenwerke aus einer Halberstädter Bisthumschronik vom Ende des zehnten Jahrhunderts geflossen. Warum hier Thietmars lediglich zusammenfassender Bericht nicht miteinbegriffen sein sollte, scheint mir aus der kurzen Bemerkung S. 218 A. 1 nicht erwiesen. Was sodann die beiden Diplome betrifft, so ist nicht bloß die Fälschung in ihrer heutigen Form und ihre gegenseitige Abhängigkeit von der Forschung rückhaltlos anerkannt, sondern auch für die Priorität von Bremen bereits von Tangl, die Urkunden Karls d. Gr. für Bremen und Verden, Mittheilg. für österr. Geschichtsf. Bd. 18, S. 53 ff., ein durchschlagendes Argument erbracht worden. Dagegen soll nach H. die evidente, nahe, bis zu völliger Gleichheit mehrerer Stellen

gesteigerte Verwandtschaft derselben mit der Halberstädter Chronik lediglich in ihrer gleichartigen Natur beruhen, letztere ja auch nichts anderes als ein ausführliches Regest des Halberstädter Circumskriptionsdiploms enthalten. Bestätigt aber nicht vielleicht gerade dieses gemeinsame Zusammengehen, größtentheils sogar in den nämlichen Wendungen, erst recht die Vermuthung, daß die so gewonnenen drei Urkunden sammt dem im gefälschten Ludwigsdiplom, allerdings in erheblicher Verkürzung überlieferten Osnabrücker Diplom alle auf eine gemeinsame Quelle sich zurückleiten lassen, vielleicht sogar auf die nämliche Quelle, welche auch dem Poeta Saxo vorgelegen ist? Nach H. wäre es für letzteren der den beiden ersten Sachsenkapitularien nächstverwandte, in Kapitularienform gehaltene Friedenstext, welcher höchst wahrscheinlich der in Salz als Friedensconcession an die Sachsen erlassenen Lex Saxonum als Prolog etwa nach dem Muster des salischen Gesetzes vorangestellt war.

Diesem Punkte zuzustimmen trage ich Bedenken. Nach dem Berichte der fränkischen Annalen ließ Karl auf dem Reichstage zu Aachen v. J. 802 sämmtliche in seinem Reiche geltenden Volksrechte verlesen, erläutern, verbessern und in dieser emendirten Gestalt aufzeichnen. Um diesen Aachener Tag werden sich also diese Gesetze der Zeit nach gruppiren. Wenn aber dies, dann scheint mir der Prolog in seiner wesentlichen Beziehung auf den Frieden sehr unzureichend motivirt, ja als Ausdruck einer Friedensconcession nach der ganzen Lage der Verhältnisse sehr unwahrscheinlich. Ganz abgesehen davon, fehlen derartige Prologe auch bei anderen gleichzeitigen Volksrechten, und G. Seeliger, die Kapitularien der Karolinger, München 1893, S. 28 findet darin sogar eine systematische Absichtlichkeit der fränkischen Herrscher.

Viel ansprechender wäre darum die Vermuthung, ob nicht die beiden Kapitularien von 782 und 797 als Vorlage gedient haben. Die Verwandtschaft ist ersichtlich eine äußerst nahe, in der Sache wie im Ausdruck. Ein Theil der in ihnen behandelten Fragen kehrt fast in den nämlichen Wendungen beim Poeten wieder, und selbst die Gewährung des Sachsenrechtes ließe sich aus ihnen wenigstens construiren. Aber gleich-

wohl möchte ich mit H. eine direkte Benutzung von Seiten des Dichters in Abrede stellen.

Gerade die specifischen Kernpunkte, die hier in Frage kommen, der Erlaß des Zinses, die Freiheitsehren, Zeit und Ort des Friedens finden sich nur bei Agius. Gerade sie finden sich aber auch in den beiden andern bereits erwähnten Quellenreihen, den Annalenwerken und den Diplomen, so daß wir mit Grund auf eine andere, ihnen allen gemeinsame, uns allerdings unbekannte Quelle schließen dürfen.

Unleugbar würden, ihre Echtheit vorausgesetzt, die mit dem Frieden von Salz erlassenen Circumscriptionsbullen für die sächsischen Bisthümer eine ganz hervorragende kirchliche Bedeutung der Aktion von 803 erschließen; sie wären die öffentlich-rechtliche Fixirung des Zustandes, wie er sich seit dem Regierungsantritte Karls des Großen entwickelt hatte, und würden nur aufs neue zeigen, wie von Anfang an Christianisirung und Unterwerfung stets Hand in Hand gegangen waren.

Diese Erwägung führt den Verfasser zu einer weiteren, ebenso interessanten wie schwierigen Untersuchung über die kirchliche Organisirung Sachsens bis zum Salzer Frieden. Unbeirrt von dem bisherigen Forschungsresultate, auch nicht eingeschüchtert durch die Spärlichkeit und Unsicherheit der Quellenberichte, überall seinen eigenen, selbständigen Weg verfolgend, geht H. an eine nochmalige eingehende Kritik und findet in der Ueberlieferung weit mehr wetterbeständiges Material, als bisher angenommen wurde.

Die einzelnen Entwicklungsetappen, wie er sie ansetzt, sind: 775 Stiftung des ersten Bisthums in Sachsen in Osnabrück: auf dem Reichstage zu Paderborn, Sommer 777, sodann allgemeine kirchliche Organisirung des Landes durch Zerlegung des Missionsgebietes in die acht Bisthumssprengel der späteren Zeit. Nach dem Tode Sturms, dem sie größtentheils zur Leitung übergeben waren, geschieht, Sommer 780, eine Neuregelung zu Lippspringe, dergemäß die einzelnen Sprengel meist anderen Reichsstiftern zur Missionirung zugewiesen wurden, indeß Osnabrück und Bremen bereits selbständige Oberhirten erhielten. Nach den Wirren von 782—85 folgen über sieben Jahre Friedenszeit und damit festere Consolidirung der kirchlichen Verhältnisse. Wie in Bremen, so wird um diese Zeit

auch in den anderen Bisthümern Verden, Osnabrück, Minden und Münster die selbständige Entwicklung eingeleitet worden sein. Dagegen weist das letzte Decennium des Sachsenkrieges im Ganzen einen geringen äußeren Fortgang, bei mehreren Sprengeln sogar einen entschiedenen Rückschritt des Missionswerkes auf. Dem gegenüber steht, soweit ersichtlich, nur ein größerer Gewinn: die Einrichtung des Bisthums Halberstadt. Im Jahre 803 erfolgte endlich eine definitive Grenzumschreibung für alle Bisthümer in einer gleichzeitigen Gesammtaktion auf dem Friedenstage zu Salz, vielleicht auch die hierarchische Einordnung in den Verband der Kirchenprovinzen Mainz und Köln.

Das ist der Hauptsache nach der Inhalt dieses reichen, namentlich auch für den Lokalhistoriker sehr bemerkenswerthen Paragraphen.

Leider können wir auf das Einzelne nicht näher eingehen, da wir den Rahmen einer Besprechung ohnehin bereits überschritten haben. Aber einige Bemerkungen seien dennoch gestattet.

Den vielen formellen und sachlichen Schwierigkeiten, welche sich gegen eine so frühzeitige Constituirung und Abgrenzung der sächsischen Bisthümer erheben, sucht H. zum großen Theile dadurch zu begegnen, daß er nach dem Vorgange D. Meyer's (Mittheilg. des hist. Vereines zu Osnabrück, Bd. 8, S. 346 f.) irgend einen Wesensunterschied zwischen dem Missionsbisthum und dem Bisthum schlechthin leugnet. Ich meine, die Mittelalterlichen waren in dem Punkte anderer Ansicht.

Ganz im kirchenrechtlichen Sinne erwähnt das Bremer und Verdener Diplom zuerst die feste Abgrenzung des Sprengels und zwar in einer so genauen Weise, wie sie für das achte Jahrhundert etwas unwahrscheinlich ist (vgl. Helmolt, Entwicklung der Grenzlinie a. d. Grenzsaume im alten Deutschland, Hist. Jahrb. Bd. 17, S. 257 f.), sodann die Dotation mit der Fixirung des Sitzes und im Anschlusse daran die Ernennung und Weihe des ersten Bischofs. Aehnlich verhält es sich mit dem Osnabrücker Ludwigs-Diplom. Aehnlich haben sich die Quedlinburger Annalen die Halberstädter Bisthumschronik zurechtgelegt. Nirgends ist da von einem durch die unentwickelten Zustände und den Mangel an leitenden Männern bedingten „Provisorium“, von einer allenfallsigen „Neuregelung“ und schließlich nothwendig gewordenen „endgiltigen“ Grenzumschreibung die Rede.

Aber auch die wenigen zuverlässigen Quellen, welche überhaupt einen näheren Einblick in die ältesten kirchlichen Zustände Sachsens gewähren, zeigen deutlich, wie sich die Mission von kleinen Anfängen an entwickelte und erst allmählig in den einzelnen Sprengeln zum förmlichen Bisthum überging. Zwar wird noch bei Lebzeiten Sturms († 779) die Eintheilung in bischöfliche Distrikte gemeldet, aber aus dem ganzen Zusammenhang geht hervor, daß damit bloß Missionsdistrikte gemeint sind, die zum größten Theile dem Abte Sturm von Fulda und nach dessen Tod verschiedenen fränkischen Geistlichen übertragen wurden. Im nämlichen Sinne berichten zum Jahre 780 die Annales Mosellani (SS. XVI, 497) und Annal Lauresham. (SS. I, 31), daß damals Sachsen „an Bischöfe, Priester und Aebte zur Predigt und Taufe" vergeben worden sei, und die vita s. Willehadi c. 8 (SS. II, 383) gibt sogar den Grund für die anfängliche Verzögerung einer selbständigen Organisirung an: es war der Widerwille, den die Sachsen gegen ordnungsmäßige Bischöfe hatten, in denen sie lediglich Beamte des fränkischen Königs neben den Grafen erblickten. Vgl. Vita s. Lindgeri I. c. 20 (SS. II, 411): et rex Karolus—Liutgerum pastorem in occidentali parte Saxonum constituit. — Cupiebat igitur in coepto evangelizandi opere multis subvenire gentibus, sed tamen pontificalem gradum humiliter declinare. So erst wird es auch erklärlich, warum Papst Hadrian noch im Jahre 786 in seiner Antwort an Karl bezüglich der glaubensabtrünnigen Sachsen (M. G. Epist. III, 609) nur von Priestern spricht, die jenen Gegenden ihre pastorale Sorgfalt zuwenden; wird erklärlich, warum die fränkischen Annalisten wohl von einzelnen Entwicklungsstufen der Missionirung Sachsens kurze Andeutungen geben, mit keinem Worte aber einer Bisthumsgründung weitere Erwähnung thun; erklärlich endlich, wie der Mangel an wirklichem Quellenmateriale namentlich in den späteren hitzigen Zehentstreitigkeiten leicht zu Fälschungen Anlaß gab, welche uns gerade durch diese gründliche, mit aller Gelehrsamkeit geführte Untersuchung Hüffer's in ihrem Schicksale am meisten betroffen erscheinen.

München J. A. Ketterer.

LXXXIII.

Zeitläufe.

Ueber die Conferenz in Haag und den „ewigen Frieden".

Den 12. Juni 1899.

Ende August hat der russische Czar seinen überraschenden Aufruf an die Mächte erlassen, Schritte zu thun, um den Schrecken der künftigen Kriege vorzubeugen und einer Lage ein Ende zu machen, deren Fortdauer die Völker auch wirthschaftlich unterdrücken würde.[1]) Man hätte meinen können, das czarische Manifest wäre aus dem Briefe abgeschrieben, welchen Papst Leo XIII. unter dem 20. Juni 1894 mit der Aufforderung zur endlichen Einstellung der kriegerischen Rüstungen ergehen ließ. Aber der Heilige Vater hatte sich „an alle Fürsten und Völker" Europas gewendet. Der Czar dagegen betonte schon vier Jahre später, daß dieses Europa sich nicht nur von dem ewigen Bruderkrieg unter sich abzukehren, sondern auch außereuropäischen Aufgaben und damit der Weltpolitik zuzuwenden habe.

Diesen Gedanken verkörpert die Haager Conferenz. In ihr stellt sich die „Neue Welt" vor, in der das alte Europa in den Hintergrund tritt. Mag bei der Versammlung wenig oder gar nichts Greifbares herauskommen, dabei bleibt es, daß eine neue Welt in ihr zur Abstimmung kommt. Nicht nur Amerika hat seine traditionelle Absonderung in ihr aufgegeben, sondern auch Asien ist in ihr vertreten; abgesehen von der Türkei, haben China, Japan, Persien, Siam ihre Vertreter hingesendet, wenn auch mehr oder minder als bloße

1) „Das Conferenz-Neujahr 1899" s. „Histor.-polit. Blätter", Band 123, S. 1 ff.

Statisten. Man muß sagen, daß ein solches Zusammentreffen keine andere Macht als das jetzt weltbeherrschende Rußland hätte zu Stande bringen können. Soweit sind wir gekommen in dem alten Europa, und wer trägt die Schuld?

Bezüglich der Zwecke der Conferenz ging die Idee des Czaren zuerst auf „allgemeine Abrüstung“. Aber alsbald wurde an der Newa Wasser in den Wein geschüttet. Schon am 30. Dezember bemerkte ein Rundschreiben des auswärtigen Ministers: „Trotz der großen Strömung der öffentlichen Meinung für die Ideen eines allgemeinen Friedens hat der politische Horizont sichtlich einen andern Anblick bekommen. In letzter Stunde sind mehrere Mächte zu neuen Rüstungen geschritten, und im Hinblick auf diese Unsicherheit der Lage könnte man dahin gebracht werden, sich zu fragen, ob die Mächte den gegenwärtigen Moment für geeignet halten möchten, um an eine internationale Besprechung der im Rundschreiben vom 12. August entwickelten Ideen hervorzutreten“.[1]) Indeß begnügte sich doch ein weiteres Rundschreiben des Grafen Murawiew mit der Streichung des Wortes „Abrüstung“: es sollte bloß über einen einstweiligen Stillstand in der Vermehrung der Streitkräfte und nach Ablauf dieser Periode über die Verminderung berathen werden.[2])

Der Czar gestand damit ein: die Conferenz könne nur dann eine Friedensconferenz werden, wenn sie zur Zeit keine Abrüstungsconferenz werden wolle. Am Anfang des Jahres hatte „ein Engländer, ein Mann, welcher aufrichtig und herzlich den Erfolg des Friedensmanifests des Czaren wünscht“, zwei Monate lang das europäische Rußland bereist. Er hatte in Heer und Flotte nirgends die leiseste Hoffnung auf das Gelingen der Friedenspläne bemerkt; überall von der türkischen Grenze bis Wladiwostok überschritt die Zahl der aus-

1) Berliner „Germania“ vom 26. Januar d. Js.
2) Münchener „Allgem. Zeitung“ vom 12. Januar d. Js.

gehobenen Mannschaften die höchste Ziffer irgend eines vor=hergegangenen Jahres.[1]) „Am wenigsten", schrieb das con=servative Hauptblatt in Berlin, „hat gerade Rußland selber die Abrüstung für möglich gehalten; in aller Eile ist dort vielmehr noch vor Thores Schluß, d. h. vor Eröffnung der Conferenz, die Neubewaffnung der Feldartillerie mit Schnell=feuer=Geschützen befohlen worden".[2])

Am eifrigsten folgte den Rüstungen der Russen die Türkei nach. Sie war einst die große „Frage des Jahr=hunderts", jetzt soll auch die zu den russischen Akten gelegt werden. Einstweilen aber thut der Sultan, als ob er sich gegen das ganze alte Europa vertheidigen müsse. Kürzlich hat er ein Irade erlassen, das gerade jetzt die Bildung von 496 neuen Ersatzbataillonen verfügte, wodurch zuzüglich der schon geschaffenen 170 neuen Bataillone die Zahl der Ver=stärkung der türkischen Kriegsmacht auf 666 Bataillone wächst. Zudem hat die Pforte ihren Bevollmächtigten bei der Conferenz befohlen, sich auf keine die armenische, mace=donische oder sonstwie die Türkei berührende Frage ein=zulassen, sondern vorkommenden Falls unter Protest die Sitzung zu verlassen.[3])

Dasselbe Berliner Blatt sagt: „Die Haager Conferenz wird weder eine Abrüstungs=, noch eine Friedensconferenz seyn; wozu der hochtragende Name? Man nenne ihn Huma=nitäts-Congreß".[4]) Aber nicht einmal das wäre der Sache entsprechend. Denn im Titel der Humanität handelte es sich nicht nur um die Erfindung mörderischer Schußwaffen und Sprengbomben=Torpedos über und unter See, sondern die hervorragendste aller Humanitätsfragen betrifft die unter=drückten Völkerschaften unter der Barbarei des näheren Orients.

1) Aus den „Times" s. Wiener „Neue freie Presse" vom 12. Januar d. Js.

2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 12. April d. Js.

3) Berliner „Kreuzzeitung" vom 26. Mai d. Js.

4) Berliner „Kreuzzeitung" vom 10. Mai d. Js.

Das preußische Deutschthum hat freilich dafür von jeher „kein Interesse" gehabt, um so mehr aber für gewisse andere Nationalitäten aus der Freiheit des Mittelalters. Aus Anlaß des Trinkspruchs des Kaisers in Wiesbaden zum czarischen Geburtstag spricht sich das Berliner conservative Hauptblatt sehr deutlich aus:

„Wir nehmen von der Erklärung Akt, daß Kaiser Wilhelm alle Zeit mit Wort und That ein Hüter des allgemeinen Friedens gewesen ist. Aber wir wissen auch, daß er es nur sein konnte, weil das deutsche Heer in so imponirender Stärke dasteht, und daß uns diese Friedensbürgschaft unter keinen Umständen gemindert werden wird. Hat doch die bedauerliche Thatsache, daß unsere Rüstung zur See nicht ausreicht, uns der Gefahr eines Krieges noch jüngst sehr nahe gebracht. Eine Minderung unserer territorialen Machtstellung aber würde sofort dieselben Gefahren in verstärktem Maße heraufbeschwören. Kurz, die Grenzen, bis zu welchen Deutschland den humanen Absichten der Conferenz entgegenkommen kann, ziehen sich von selbst; es darf keine Combination geschaffen werden, die unsere nationale Sicherheit gefährdet, und keine Form von Schiedsgerichten eingeführt werden, durch welche der nationalen Ehre zu nahe getreten werden kann. Endlich dürfen der natürlichen Entwickelung eines großen Volkes keine Schranken gezogen werden, die es zum Stillstande verurtheilen. Von den vier großen Nationalitäten, deren Cultur und Macht die Erde beherrscht: der deutschen, englischen, russischen und französischen, hat Deutschland am wenigsten für die kommenden Generationen vorsorgen können. Die Conferenz wird daher späteren Entwickelungen nicht präjudiziren dürfen". [1])

Es ist kein Zweifel, daß die Idee des Czaren vom 12. August v. Js. nirgends so peinlich in die Quere gekommen ist, wie in Berlin. Daraus erklärt sich auch der am 30. Dezember angekündigte Rückzug des czarischen Planes. Kurz darauf hat namentlich wieder die Rede Kaiser Wilhelms an die Brandenburger von dem „Schwert und Schild des

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 24. Mai d. Js.

deutschen Michels" die russische Presse beunruhigt: „Von welchen Wolken spricht er, an wen sind seine Warnungen gerichtet, in denen er sowohl Europa, als die fernen Meere erwähnt?" [1]) In der Wiesbadener Rede hat der Kaiser zwar gesagt: gemäß der altbewährten Traditionen seines Hauses seien von dem Czaren und ihm übereinstimmende Befehle an die beiderseitigen Vertreter bei der Conferenz ergangen. Aber selbst das alte Bismarck=Blatt bemerkte: dem sei bloß der Wunsch beigefügt gewesen, daß der Erfolg der Berathungen im Haag den Kaiser von Rußland befriedigen möge. [2])

Eine eigenthümliche Beleuchtung fällt auf dieses Uebereinstimmen dadurch, daß der deutsche Kaiser den Münchener Professor Herrn von Stengel zum zweiten Delegirten neben dem greisen Botschafter Grafen Münster, also nicht bloß als Fachgelehrten, nach dem Haag ernannte. Von dem Herrn Baron war eine Broschüre „Zum ewigen Frieden" herausgegeben und eben noch hatte er eine zweite Auflage dieses Werkes erscheinen lassen. Es steht nicht fest, ob der Czar sie selber gelesen hat, jedenfalls ist sie durch die russische Censur verboten worden. Auch die Czarin soll sehr unangenehm berührt gewesen seyn, daß gerade in ihrer deutschen Heimath der ideale Gedanke ihres Gatten ein so unfreundliches Echo gefunden habe. Die Petersburger „Nowosti" nannten die Wahl des bayerischen Juristen eine beispiellose Taktlosigkeit, für die jede Erklärung fehle; wenn die deutsche Regierung einen öffentlichen Skandal im Haag provociren wollte, so hätte sie es nicht besser treffen können. [3])

„In seiner Broschüre bekämpft Herr v. Stengel die Friedensbewegung als antinational. Er verhöhnt übrigens auch die Friedensbestrebungen, indem er sagt: ‚Die Forderungen der Friedensfreunde sind zum Theil wenigstens so utopistisch und

---

1) Aus St. Petersburg in der Münchener „Allgem. Zeitung" vom 10. Februar d. Js.

2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 21. Mai d. Js.

3) Berliner „Germania" vom 24. Mai d. Js.

einzelne Mitglieder der Friedensgesellschaften sind so phantastische, selbst komische Personen, daß man sich nicht wundern kann, wenn manche Zeitungen die ganze Bewegung sowohl, wie hervorragende Vertreter derselben lediglich von der humoristischen Seite genommen haben. Allein die Idee des ewigen Völkerfriedens hat doch auch ihre ernste Seite und verdiente jederzeit eine ernste Erörterung. So lange die Friedensliebe lediglich von Privatpersonen in Privatgesellschaften vertreten wurde, konnte man sich wohl noch über deren Bestrebungen als Phantastereien hinwegsetzen. Nachdem sich jedoch in jüngster Zeit zur großen Ueberraschung der ganzen civilisirten Welt der absolute Herrscher aller Reussen zum Vertreter dieser Idee aufgeworfen hat, mußte die ganze Frage ein anderes Aussehen bekommen'.

„Das ist die Tendenz der Ausführungen des Baron Stengel, welcher an die zweite Auflage noch einen Nachtrag fügt, um folgende Anschauung zu vertreten: ‚Würde man sich in Deutschland stets zuerst fragen, was dem Vaterlande frommt, und sich dann erst den Luxus kosmopolitischer Träumerei und Duselei gestatten, dann hätte man an Stelle der Friedensbewegung eine Bewegung in's Werk gesetzt, um den Reichstag zu veranlassen, in der Frage der Stärkung der deutschen Wehrmacht jede kleinliche Rücksicht beiseite zu setzen, mit Einem Worte die deutsche Flotte zu stärken, wie es im Flottengesetze vorgeschlagen ist'". [1])

Zum Preis des Krieges führt der Herr Bevollmächtigte zur Friedensconferenz nicht nur dessen Unumgänglichkeit auf dem Wege zur Culturentwicklung und zur Civilisation an, sondern er beruft sich auch auf die Heilige Schrift, welche die Kriege keineswegs untersage. „Das Alte Testament kann man geradezu als waffenklirrend bezeichnen; die Bibel steht sonach ganz im Einklang mit der Auffassung, daß der Krieg ein Bestandtheil der göttlichen Weltordnung sei." Das Wort von dieser göttlichen Weltordnung ist seit Moltke's Zeiten in Preußen nicht unbekannt, und warum sollte der dort in

1) Aus dem Haag s. Wiener „Neue freie Presse" v. 24. Mai d. Js.

üppigster Blüthe stehende Militarismus von dem Verfasser der Broschüre zum „ewigen Frieden“ sich nicht gesagt haben: das ist mein Mann zur Conferenz im Haag?

Der Czar ist in seinen Bestrebungen für den Weltfrieden namentlich durch zwei Personen gefördert worden, mit denen er auch in persönlichem Verkehr stand. Der Eine, ein als Publicist und Weltreisender bekannter Mann, der Engländer W. J. Stead, hat sich auch im Haag gezeigt. Der Andere hat ein colossales Werk „über den zukünftigen Krieg in seiner technischen, volkswirthschaftlichen und politischen Bedeutung“ gesammelt und geschrieben, das in sechs Bänden und in drei Sprachen erscheinen wird. Der Verfasser ist ein russificirter Pole, Staatsrath von Bloch, der in Eisenbahn-Geschäften millionenreich geworden ist und den Titel Excellenz erworben hat. In einem Briefe an die bekannte Friedenspredigerin Bertha von Suttner aus Oesterreich schreibt er: „Ich halte es für die Pflicht der Regierungen, sich von der unermeßlichen Gefahr des Krieges zu überzeugen, der unter allen Umständen so namenloses Elend über sie selbst und die ihnen anvertraute Menschheit bringen muß. Wenn die Regierungen sich davon überzeugt haben, dann bleibt kein anderer Weg, als mit den Rüstungen Halt zu machen, welche die Volks- kraft und -Wohlfahrt erschöpfen, also zunächst die allgemeine Wehrpflicht, die Quelle des allgemeinen Rüstungsfiebers, zu vermindern und einzuschränken, und die Entscheidung von Streitfragen internationalen Schiedsgerichten zu überlassen“.[1]) Aus den Ziffern und Zahlen des Bloch'schen Werkes sind unmittelbar nach dem ersten russischen Abrüstungsvorschlag folgende Angaben veröffentlicht worden:

„In fünfundzwanzig Jahren, von 1870 bis 1895 hat sich das Gesammtbudget Europa's verdoppelt: von 11 auf 22 Milliarden. Davon nahm schon 1893 das Militärbudget 5 Milliarden jährlich in Anspruch; auf die Staaten der Tripel-Allianz kamen hiervon 1700 Millionen, auf Frankreich

1) Wiener „Neue freie Presse“ vom 13. Mai d. Js.

und Rußland ebensoviel, auf England 820 Millionen, auf die übrigen Staaten, die Türkei ausgeschlossen, 580 Millionen. Seither ist das Kriegsbudget noch beträchtlich gestiegen, namentlich in Folge der großen Rüstungen zur See. Zum Kriegsbudget muß man aber auch noch die Verzinsung der Schulden rechnen, weil diese zum großen Theile durch Kriege verursacht wurden. Mit dieser Verzinsung zusammen verschlingt das Kriegsbudget Europa's durchschnittlich mehr als den dritten Theil der gesammten Staatseinnahmen. Für einzelne Staaten ist dieses Verhältniß besser, für andere wieder schlechter. Wie sehr die Culturaufgaben unter dieser Last leiden, das zeigt am Besten ein Blick auf das Verhältniß z. B. der Ausgaben des Kriegsbudgets zu den Ausgaben für Erziehung und Unterricht. Dieses Verhältniß betrug 1891 für Deutschland 735 zu 60 Mill., für Oesterreich-Ungarn 258 zu 25 Mill., für Italien 346 zu 16 Mill., für Frankreich 603 zu 83 Mill., für Rußland 836 zu 69 Mill., für England 624 zu 94 Mill., für Spanien 140 zu 6 Millionen. Bei Deutschland, Frankreich, Rußland, England und Spanien sind die Ausgaben für die Universitäten nicht inbegriffen. Seit 1891 hat sich das Verhältniß dieser Ziffern noch wesentlich verschlechtert, da die einzelnen Staaten seither wohl viel für ihre Heere und Flotten, aber sehr wenig für Erziehung und Unterricht gethan haben. Die sieben genannten Staaten verausgabten also schon 1891 zusammen rund 3500 Millionen für Kriegszwecke und nur rund 350 Millionen für Schulzwecke. Für die geistige Hebung und Förderung des Volkes wird also nur der zehnte Theil dessen aufgewendet, was man für die äußere Sicherheit braucht. Das ist die furchtbare Illustration zu dem klassischen Ausspruch: Propter vivendum vivendi perdere causas!"[1])

Also die „allgemeine Wehrpflicht, die Quelle des allgemeinen Rüstungsfiebers": daran ist der ursprüngliche Vorschlag des Czaren gescheitert. Es erübrigt im Grunde nur mehr die Hoffnung auf eine Lösung des Schiedsgerichts-Räthsels.

1) Aus St. Petersburg f. „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung" vom 3. September 1898.

LXXXIV.

Die Wandgemälde im Kreuzgange des Emausklosters in Prag.[1]

Der um die Forschungen zur Kunstgeschichte Böhmens hochverdiente Gelehrte der Prager Universität, dessen Ruf weit über die Grenzen Oesterreichs hinaus geht, hat in seiner neuesten Arbeit über die Wandgemälde im Kreuzgange des Emausklosters[2]) in Prag ein Werk von ganz eminenter kunsthistorischer Bedeutung geschaffen. Böhmens Hauptstadt besitzt in dem Emauskloster eine aus der Glanzzeit Karls IV.[3])

---

1) Die Wandgemälde im Kreuzgange des Emausklosters in Prag von Dr. Joseph Neuwirth, o. ö. Professor der Kunstgeschichte an der deutschen Universität Prag. Mit 34 Tafeln und 13 Abbildungen im Texte. Prag, Calve (Koch.) 1898.

Genanntes vornehm ausgestattetes Werk bildet den dritten Band der „Forschungen zur Kunstgeschichte Böhmens", veröffentlicht von der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen. Ueber die früheren Bände wurde in Bd. 119, S. 756 u. Bd. 120, S. 75 dieser Blätter berichtet.

2) Das Kloster erhielt den Namen Emaus von dem Tage der Einweihung von Kirche und Kloster, der auf den Ostermontag 1372 fiel, an dem im Evangelium der Messe die Begebenheit der nach Emaus gehenden Jünger gelesen wird.

3) Im J. 1348 legte Karl IV. mit Zustimmung des Papstes Clemens VI. den Grundstein zum Kloster- und Kirchenbau und führte slavische Benediktiner aus Dalmatien, Kroatien, Bosnien und Serbien ein. Diese hielten die römische Liturgie in slavischer Sprache, bis 1419 die Hussitenstürme der slavischen Liturgie ein Ende machten. 170 Jahre trieben die religiösen Neuerer ihr Unwesen im Kloster, wo sie ihr Consistorium errichtet hatten. Rudolf II. führte 1589 den ersten katholischen Abt wieder ein, und Ferdinand III. übergab das Kloster den schwarzen Benediktinern vom Berge Montserrat in Spanien. 1880 ging Emaus an die aus Preußen vertriebenen Benediktiner von Beuron über. Eine kurze Geschichte und Beschreibung des Klosters und der Kirche Emaus wird in Bälde vom Schreiber dieses Artikels erscheinen.

stammenden Anlage. Mehr als die im Ganzen schlichte Monumentalität der Architektur seiner Kirche und des Kreuzganges haben seit Jahrzehnten die alten Gemälde, welche die Kreuzgangswände in ihrer ganzen Ausdehnung zieren, das Interesse kunstgeschichtlicher Forschung an sich gefesselt. Trotz der schweren Beschädigungen und Entstellungen vieler Bilder, ist man sich doch allezeit bewußt geblieben, daß dieser Wandbilderschmuck eines der großartigsten Werke ist, mit welchem die Kunst des 14. Jahrhunderts ein Kloster diesseits der Alpen geziert hat. Der geistreiche Verfasser ist der erste, welcher auf alle Einzelnheiten des Wandschmuckes seine Betrachtung ausdehnt. Keiner war auch so sehr dazu befähigt und berufen, diese Arbeit zu schaffen als N., der durch die Veröffentlichung der Karlsteiner Wandgemälde und Tafelbilder [1]) die solidesten Vorstudien zur wissenschaftlichen Bearbeitung der Kreuzgangbilder im Prager Emauskloster gelegt hat. [2]) Fällt doch ihre Entstehung in die für Böhmens Kunstleben so hochwichtige Epoche der Karlsteiner Bilder, deren Ausführung augenscheinlich auch auf die Emauswandbilder nicht ohne Rückwirkung blieb.

Der erste der 4 Abschnitte gibt uns in Kürze die Entstehungsgeschichte des Klosters, wobei N. aus seinen kunstgeschichtlichen Untersuchungen nicht unwichtige historische Notizen für den Beginn des Baues, die Einführung der Mönche u. s. w. zu Tage fördert, um dann sofort zur Geschichte der Wandmalereien überzugehen.

Da nicht wie bei der Karlsteiner Kreuzkapelle eine Urkunde den Meisternamen und Anhaltspunkte für die genauere Bestimmung der Herstellungszeit der Emauser Kreuzgangbilder überliefert, versucht Neuwirth die nähere Abgrenzung der Entstehungszeit auf die Betrachtung der Tracht und des sonstigen Beiwerkes in den Bildern selbst und auf die Vergleichung der dabei hervorgehobenen Einzelnheiten mit verläßlich bestimmbaren

1) Neuwirth, Dr. Jos., Mittelalterliche Wandgemälde und Tafelbilder der Burg Karlstein in Böhmen. Prag, Calve. 1896. Vgl. Histor.-polit. Blätter Bd. 119, S. 756.

2) Eine sehr sachlich gehaltene, anerkennende Bemerkung über Neuwirth's Werk brachten Anfangs März d. Js. die Národní Listy, ohne jedoch den Namen des gelehrten Verfassers zu nennen.

Denkmälern böhmischer Kunst aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zu stützen. Die ritterliche und die bürgerliche Tracht der Männer, die Bekleidungsweise der Frauen, bei denen noch nirgends die nach der Limburger Chronik um 1390 in Deutschland sich rasch verbreitende „böhmische Gugel" begegnet, die Darstellung der Könige und Königinen, Gestühlaufbau, Architektur, Glas- und Kelterform verweisen die Ausführung der Wandgemälde des Emaus-Kreuzganges noch in das dritte Viertel des 14. Jahrhunderts; sie darf nach 1348 und spätestens bis 1372 angesetzt werden.

Der zweite Abschnitt der Arbeit befaßt sich mit der Bildbeschreibung. Die leichtere Orientirung in den derselben geltenden Angaben sollen in dem Grundrisse des Kreuzganges die Zahlenangabe der Bildervertheilung und ein Schema der Anordnung der Bilderfolge ermöglichen. Die Gesammtzahl der Gemälde beträgt 79; davon sind acht nahezu ganz, sechs zur Hälfte zerstört, drei stark beschädigt und jene im Ostflügel größtentheils auf vollständig neuem Bewurfe übermalt. Die zuletzt genannten Darstellungen fielen bereits beinahe gänzlicher Vernichtung anheim.

Beim Ausbrechen einiger Thüren gingen mehrere Scenen, beziehungsweise wesentliche Theile derselben zu Grunde. 50 Darstellungen fallen auf den Stoffkreis des alten, 33 auf jenen des neuen Testamentes; nur eine einzige spätere gilt den Ordens- und besonderen Klosterpatronen. Mit Ausnahme der Südflügelbilder, in welchen ein Schwanken der Anordnung nicht zu verkennen ist, bleibt die Bildervertheilung im Allgemeinen an den Grundsatz gebunden, daß jeder Bildfläche drei Darstellungen zufallen, deren obere einen Vorgang aus dem neuen Testament behandelt, indeß die beiden der unteren Bilderreihe zwei entsprechende Parallelscenen aus dem alten Testamente bieten. In den breiter angelegten Nordflügeljochen verdoppelt sich die Bilderzahl der einzelnen Gewölbeabtheilungen; nur ausnahmsweise rückt hier eine alttestamentliche Begebenheit in die obere Reihe, während die Parallelen des neuen Testamentes die Gleichmäßigkeit der Anordnungsgepflogenheit der unteren durchbrechen.

Es kann nicht Aufgabe einer mit beschränktem Raume

rechnenden Anzeige sein, alle Einzelnheiten der von der Erschaffung Evas ausgehenden Bildbeschreibung aufzuzählen, welche sich bemüht, aus dem Darstellungsinhalte und aus den seiner Erläuterung dienenden Inschriften eine möglichst erschöpfende Erklärung eines jeden Gemäldes zu gewinnen, das Unberechtigte alter Deutungen nachzuweisen und abzulehnen, zugleich aber aus den mitunter nicht gerade bedeutenden Bild- und Inschriftresten neue verläßliche Ergebnisse aufzustellen. In diese Kategorien fällt z. B. die Erklärung der Bilder des dritten Südflügeljoches, wo die Vertreibung aus dem Paradiese und die drei Kreuze auf Golgatha mit zwei Befreiungsscenen in Beziehung gesetzt sind. Bei der Vision des Kaisers Octavianus Augustus in Gegenwart der tiburtinischen Sibylle ist von N. aufs eingehendste die Unhaltbarkeit der bisher geltenden Behauptung abgethan, daß die beiden Personen als Karl IV. und seine Gemahlin Blanca gedeutet werden müßten und das zwischen dieselben gestellte Gebäude als eine Abbildung der Emauser Kirche zu betrachten wäre. Die darüber hinlaufende Inschrift ermöglicht es, hier den Friedenstempel in Rom nachzuweisen, der nach der Legende in der Nacht der Geburt Christi zusammenstürzte. Von der nächsten Bildergruppe gerechnet setzt die regelmäßige Anordnung der Gemälde ein. Sie hebt mit der Verkündigung Mariä an und bietet im Westflügel Geburt, Beschneidung, Anbetung Christi durch die hl. drei Könige, Darstellung im Tempel, bethlehemitischen Kindermord, Flucht nach Aegypten, Taufe und Versuchung Christi mit entsprechenden Parallelscenen des alten Testamentes. Im Nordflügel schließen sich an die Hochzeit zu Cana, die Auferweckung des Jünglings zu Naim, die dem Mannaregen gegenüber gestellten wunderbaren Speisungen des Volkes durch den Herrn, die Steinigung Christi durch die Juden, der Besuch bei Maria und Martha, die Begegnungen mit der Samariterin und Maria Magdalena sowie der Einzug Christi in Jerusalem. Die Paralleldarstellungen des Anfüllens der Krüge der Wittwe von Sarepta mit Oel durch Elisäus und der Wassergesundmachung durch denselben Propheten sind zum erstenmale durch den gelehrten Forscher sicher gestellt, und Christus in der Kelter nach dem symbolischen Bildinhalte entsprechend gewürdigt.

Von den Scenen des Ostflügels, in welchem der Verrath des Judas, die Verspottung, Geißelung, Kreuztragung und Auferstehung Christi auf neuem Bewurfe ausgeführt wurden, gehören nur die Himmelfahrt Christi und die Ausgießung des hl. Geistes mit den stark übermalten Parallelen dem 14. Jahrhundert an. Die Wanderung der Jünger nach Emaus ist eine spätere, bereits dem volksthümlichen Klosternamen Rechnung tragende Zugabe, die noch vor dem Ausbruche der Hussitenkriege entstanden sein muß.

Der dritte Abschnitt gilt dem Nachweise der Darstellungsgedanken der Emauser Kreuzgangbilder, ihrer Quellen und ihrer Beziehungen zu gleichzeitigen oder gleichartigen Schöpfungen böhmischer Malerei. In wenigen Denkmalen spätmittelalterlicher Kunst sind die einzelnen Gruppen der Bildervertheilung so scharf abgrenzbar und doch wieder so leicht und naturgemäß miteinander verbunden, wie in den Emausbildern. Jedem Kreuzgangsflügel eignet ein selbständiger Anordnungsgedanke, indeß die Eckjoche den Abschluß des einen und den Uebergang zum anderen übernehmen. Dem Südflügel ist die Vorbereitung auf die Ankunft des Herrn zugefallen, dem Westflügel die Kindheit Jesu bis zu seinem mit der Taufe und Versuchung anhebenden Eintritt in das öffentliche Leben, dem Nordflügel die von Wundern begleitete Thätigkeit des Heilandes im öffentlichen Leben bis zum Einzuge in Jerusalem, der äußerlich den Höhepunkt der Beliebtheit des Erlösers beim Volke darstellt, und dem Ostflügel das Leiden und die Verherrlichung Christi bis zur Herabkunft des hl. Geistes.

Die Wandgemälde im Kreuzgange des Klosters Emaus sind somit eine in allen Einzelheiten wohldurchdachte und geradezu organisch streng gegliederte Bilderreihe, welche ein künstlerisch wirksames Ganze bildet und in den einzelnen Theilen für sich vollkommen verständlich bleibt. Aufs eingehendste werden die Darstellungen im Zusammenhange mit den Bilderreihen der sog. Biblia pauperum und des derselben so überaus nahestehenden Speculum humanae salvationis geprüft, für welchen Zweck besonders in Böhmen oder in den Nachbarländern erhaltene Exemplare dieser Werke Berücksichtigung finden. Der Bilderreichthum der Concordantia caritatis des Abtes Ulrich

von Lilienfeld, jener der berühmten Wiener Wenzelsbibel und der 1402 vom Kuttenberger Münzmeister Konrad von Wechta erworbenen Bibel im Museum Plantin-Moretus zu Antwerpen liefert werthvolle Vergleichungsbelege. Außerdem ist auf Wand- und Tafelbilder des 14. Jahrhunderts, die sich noch in Böhmen erhalten haben und vereinzelt gleiche Scenen bieten, entsprechend Bezug genommen. Aus allem ergibt sich, daß der so reiche Darstellungsinhalt der Emauser Wandgemälde aus jener ungemein ergiebigen Quelle fließt, welche die Malerei des späten Mittelalters überhaupt ganz außerordentlich befruchtete. Die Bildergruppen enthalten manche ganz originelle Zusammenstellungen und verrathen überall den theologisch vortrefflich geschulten Berather der ausführenden Künstler, denen die Einzelheiten der Anordnung von dem Auftraggeber genau vorgeschrieben waren. Von ganz besonderem Interesse bleibt der an Gegenüberstellung der Abbildungen überprüfbare Nachweis, daß einzelne Scenen der Wiener Wenzelsbibel, z. B. die Beschneidung Abrahams, das Gebet Gedeons vor dem Vliese, geradezu nach den betreffenden Darstellungen im Emauser Kreuzgange ausgeführt wurden, und auch die Antwerpener Bibel von 1402 ähnliche Beziehungen darbietet. Im Zusammenhang mit anderen gleichartigen Thatsachen derselben Periode wird das nicht zu unterschätzende Ergebniß gewonnen, daß in Böhmen während der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts und am Beginne des 15. Jahrhunderts Schöpfungen der Monumentalmalerei die Leistungen der Buchmalerei beeinflußt haben; denn im Allgemeinen glaubt man, das Verhältniß beider Kunstzweige sei das umgekehrte gewesen, und die Darstellungen der Buchmalerei seien in der Regel für die Monumentalmalerei als vorbildlich betrachtet worden. Jedenfalls muß im Hinblicke auf die Thatsache des an den Emausbildern erweisbaren Zusammenhanges die Wechselbeziehung zwischen Wand- und Buchmalerei um die Wende des 14. und 15. Jahrhunderts etwas näher überprüft werden, da ein solcher Fall, wie er an den Emauser Kreuzgangbildern und böhmischen Bilderhandschriften zu Tage tritt, niemals als ganz vereinzelt betrachtet werden kann, sondern ab und zu eine Analogie auch anderwärts gehabt haben muß. So vermag das lokale Erträgniß vielleicht ein verwendbarer Finger-

zeig für neue methodische Gesichtspunkte kunsthistorischer Forschung zu werden. Bei der nahen Berührung mancher Darstellungen der Emauser Wandbilder mit Scenen des Speculum humanae salvationis hatte der Gedanke Berechtigung, sich auf Grund des Bilderreichthums dieser Quelle eine Vorstellung davon machen zu wollen, wie einst die im Ostflügel unter neuem Bewurf verschwundenen alten Bilder aufgefaßt und ausgeführt gewesen sein könnten, falls sie zum Speculum humanae salvationis in einem gleichen Verhältniß wie der erhaltenen Wandgemälde standen. Daher sind auch einer interessanten Bilderhandschrift des Heilsspiegels im böhmischen Museum in Prag zahlreiche Scenen entlehnt, welche eine solche Vorstellung vermitteln sollen, da einzelne Darstellungen eine gewisse Annäherung an die Emauser Wandgemälde erkennen lassen. Mehrere Einzelheiten, die dem berühmten liber viaticus des Leitomischler Bischofs Johann von Neumarkt im böhmischen Museum entlehnt sind und als Initialen oder Schlußvignetten geschmackvoll verwendet wurden, dienen gleichfalls bestimmten Vergleichs- und Untersuchungszwecken. So ist von dem geistreichen Verfasser der Boden genau umgrenzt, auf welchem der Gedankeninhalt des Bildercyklus im Emauskreuzgange ruht, und das ganze Quellgebiet bloßgelegt, das ihn befruchtet.

Dem vierten Abschnitt ist die Ausführung über die Meister der Wandgemälde, ihre Antheile und ihre Art vorbehalten, die bei dem Mangel jeder urkundlichen Nachricht sich nahezu ausschließlich auf stilkritische Vergleichung stützen muß. Dieselbe ergibt, daß die Arbeit vier verschiedenen Händen zuzutheilen ist. A und B arbeiteten nur im Südflügel, ersterer am Bildfelde III, letzterer die Gemälde der Bildfläche IV und V; vom Bildfelde VI an setzt C ein und bleibt bis XII im Westflügel thätig, indeß D die Flächen XIV—XVIII und XXIV zufallen. Bei den zwei ersten Meistern ist die Abhängigkeit von der Auffassung und Formensprache Italiens ganz unverkennbar; die beiden anderen Meister, welche in weit bedeutenderem Umfange beschäftigt wurden, nähern sich vereinzelt schon den bekannten Typen des böhmischen Hofkünstlers Theodorich von Prag, der als Maler Karls IV. die kunstgeschichtlich überaus kostbare Kreuzkapelle der Burg Karlstein mit Werken

seines Pinsels reich geschmückt hat. Aber selbst bei diesen Künstlern kann ein stark südländischer Einfluß nicht bestritten werden. Leider lassen sich in Folge der mehrmaligen Uebermalung der Emauser Wandbilder keine feinen Paletteunterschiede für die Charakterisirung der verschiedenen Meister gewinnen.

Als gesichertes Ergebniß kann nur die Thatsache gelten, daß die Ausführung des so umfangreichen Bildercyklus in erster Linie Italienern zuzurechnen ist, daneben aber auch jene Richtung zum Worte kommt, welche die Ausschmückung der Karlsteiner Kreuzkapelle besorgte. Die Kunst des Südens reichte hier jener einer tonangebenden Richtung des Nordens die Hand, bestimmte aber in erster Linie den Charakter und künstlerischen Werth des auf dieser Vereinigung beruhenden Werkes.

Den Abschluß der ganzen vortrefflichen Arbeit bildet die Würdigung eines noch heute im Emauskloster ausgezeichnet gut erhaltenen Denkmales aus der Zeit Karls IV., an welchem man die Darstellungsgabe und Farbenbehandlung eines wahrscheinlich bei der Ausführung der Kreuzgangbilder betheiligten Meisters noch genau erkennen kann; es ist dies ein Tafelbild mit der Kreuzigung, das nach Trachteigenthümlichkeiten der Kriegertruppe noch in die Tage des Klosterstifters verlegt werden muß. Trotz Annäherung an die Kreuzigungsdarstellungen in der Karlsteiner Katharinenkapelle und trotz mancher Anklänge an das aus der Karlsteiner Kreuzkapelle nach Wien gebrachte Kreuzigungsbild Meister Theodorichs bewahrt die Emauser Kreuzigungstafel in ihrer Mittelstellung zwischen der Art des Thomas von Modena und Theodorichs von Prag ihren bestimmten Eigenwerth, in welchem der italienische Einfluß so stark die Oberhand behauptet, daß dieses Werk keineswegs dem Meister Theodorich selbst zugesprochen werden kann, wenn es auch seiner Auffassung in manchen Einzelheiten nicht ferne steht, was es wohl erklärt, daß man bei oberflächlicher Betrachtung nicht abgeneigt war, das Emauser Kreuzigungsbild als eine Arbeit Theodorichs auszugeben.

So zählt der Bilderschatz des Prager Emausklosters aus dem 14. Jahrhundert zu den werthvollsten Denkmalen aus dem goldenen Zeitalter mittelalterlicher und kirchlicher Kunst in Böhmen; er steht unmittelbar neben den so wichtigen Karlsteiner

Bilderschätzen und an der Schwelle eines neuen mit allen Mitteln der Malerei wirkenden Stiles, den widrige Verhältnisse und schwere Stürme der nächsten Jahrzehnte im Lande selbst nicht zu weiterer Entwicklung, geschweige denn zur Blüthe gelangen ließen. Für Böhmens fernere Kunstentwicklung trugen hier die hoffnungsfrischen Ansätze bedeutender Gestaltungskraft nahezu nur taube Blüthen.

Prag. L. Helmling O. S. B.

LXXXV.

Johannes Graf von Bocholtz-Asseburg.

(1833–1898.)

Am 18. August 1898 starb plötzlich in Folge eines Schlaganfalles zu Godelheim in Westfalen der durch seine literarische Thätigkeit weit über die Grenzen seiner Heimatprovinz bekannte Graf Johannes von Bocholtz-Asseburg.

Er entstammte einem alten durch Geschichte und Sage berühmten Adelsgeschlechte. Nach dem Verluste der Asseburg, die im Jahre 1258 von den Herzögen von Braunschweig in Besitz genommen wurde, siedelte ein Sprößling des Geschlechts nach Westfalen in das Stift Paderborn über, wo er auf der Hinnenburg bei Brakel eine zweite Heimat der Familie begründete. Im vorigen Jahrhundert war dieser Besitz in den Händen des Freiherrn Hermann Werner von der Asseburg, dem seine Gattin nur Töchter geschenkt hatte, von denen die eine, Therese, an den Freiherrn Theodor Werner von Bocholtz verheirathet war. Auf deren Sohn, wie der mütterliche Großvater Hermann Werner geheißen, gingen nun durch Familienvertrag und testamentarische Bestimmung die Asseburgischen Güter über. Er fügte Namen und Wappen der Asseburg dem väterlichen hinzu und wurde später, unterm 16. Juli 1803, als Graf von Bocholtz-Asseburg in den Grafenstand erhoben. In seiner Jugend hatte er noch dem alten Domstift-Münsterischen Domkapitel als weltliches Mitglied angehört. Im Jahre 1810 vermählte er sich mit Franziska Freiin von Haxthausen aus dem Hause Bökendorf, die vorher Stiftsdame im adeligen freiweltlichen Damenstifte Freckenhorst gewesen war und am 12. Dez. 1879 im 87. Lebensjahre gestorben ist. Der jüngste Sohn dieser Ehe war von acht Kindern der vorerwähnte Graf Johannes, geboren am 31. August 1833 auf der Hinnenburg.

Die erste Ausbildung wurde dem Grafen Johannes im elterlichen Hause von Hauslehrern zu Theil. Mit dreizehn

Jahren bezog er die Rheinische Ritterakademie zu Bedburg, die er nach bestandener Maturitätsprüfung im Herbste 1852 wieder verließ. Im Mai 1853 ging er nach Ungarn, wo er beim 6. Kürassier-Regiment Graf Walmoden eintrat. Im Anfang des folgenden Jahres zum Unterlieutenant befördert, verließ er den Dienst im März 1856, ging aber angesichts des italienischen Krieges im Frühjahr 1859 zum zweiten Male nach Oesterreich. Hier stellte er sich wieder seinem früheren Regimente, das damals unter dem Befehle des Fürsten Alfred Windischgrätz in Aspern bei Wien stand, und nahm mit dem Regimente an dem Zuge durch die Karpathen und nach Galizien Theil, kehrte jedoch nach erfolgtem Frieden im Herbste des genannten Jahres wieder in die Heimat zurück.

Unterm 4. Juli 1862 wurde er vom Kaiser Franz Joseph zum k. und k. Kämmerer ernannt, im folgenden Jahre auch in die Zahl der Ehrenritter des souveränen Malteserordens aufgenommen.

Am 28. Mai 1872 vermählte er sich zu Münster mit Ferdinandine Freiin von Fürstenberg aus dem Hause Borbeck; Kinder sind diesem Ehebunde nicht erwachsen. Verschiedene Reisen nach Oesterreich, Frankreich, England und Italien abgerechnet, nahm er von nun an bis zu seinem Tode seinen ständigen Wohnsitz zu Godelheim im Kreise Höxter.

Mit nie rastendem Fleiße widmete er sich jetzt den Studien seiner Fachwissenschaften, insbesondere den historischen. Die Geschichte seiner Familie stand im Vordergrunde oder vielmehr Mittelpunkte seiner Forschungen. Bei der Bedeutung, welche diese in der Geschichte des Mittelalters gehabt hat, und bei der Gründlichkeit, mit der er seine Studien betrieb, sind diese seine Arbeiten nicht bloß den westfälischen Geschlechtern, sondern auch weiteren Kreisen zu wesentlichem Nutzen geworden.

Das Ergebniß seiner Forschungen legte er nieder im Asseburger Urkundenbuche. Nach wohlerwogenem, mit Männern wie Julius Ficker und Eduard Winkelmann berathenem Plane angelegt, gründlich vorbereitet und mit unermüdlichem Fleiß ausgeführt, hat dieses Werk in allen Fachkreisen verdiente Anerkennung gefunden. Der erste Band erschien im Jahre 1876 und behandelt die Zeit von 984—1300; der zweite, 1887 herausgegeben, umfaßt das Jahrhundert von 1300 bis 1400. Der dritte Theil, der die Urkunden von 1400 bis 1500 und Nachträge aus früherer Zeit enthalten sollte, war druckfertig und schon bis zum 10. Bogen abgesetzt, als er dieser seiner Lebensaufgabe unerwartet entrissen wurde.

Neben diesen Arbeiten zur Familiengeschichte widmete er seine Thätigkeit in ausgedehnter Weise dem Westfälischen Urkundenbuche, dessen vierter Theil (Bisthum Paderborn 1200—

1300) eine wesentliche Bereicherung gerade durch den Verstorbenen erhalten. Seine einflußreichen Beziehungen ermöglichten es, manches Archiv zu öffnen, das sonst verschlossen geblieben.

Wie er dienstbereit und hülfreich war bei allen wissenschaftlichen Bestrebungen, so unterließ er namentlich nicht, die verwandten Familien bei seinen Forschungen in den verschiedensten Archiven mitzuberücksichtigen. Dem Westfälischen Geschichts- und Alterthumsvereine zu Paderborn, welcher ihn zu seinen Ehrenmitgliedern zählte, war er ein treuer Mitarbeiter.

Die ausgedehnten lokalgeschichtlichen Untersuchungen seines Heimatgebietes hat er in seinen „Beiträgen zur Geschichte der Ortschaften und Sitze des Corveyer Landes", die im 54. Bande der Westfäl. Zeitschrift erschienen, nicht lange vor seinem Tode niedergelegt.

In der „Zeitschrift für christliche Kunst" schrieb er Jahrgang 1888 über „Meister Anton Eisenhut und seinen Nachfolger Otto Meier" und Jahrgang 1895 über das „Frühgothische Lektionarium in der St. Nikolaikirche zu Höxter".[1]) Unter dem Pseudonym Bernard Ellis veröffentlichte er 1885 die Schrift: „Aus England. Aphoristische Skizzen über Land und Leute".

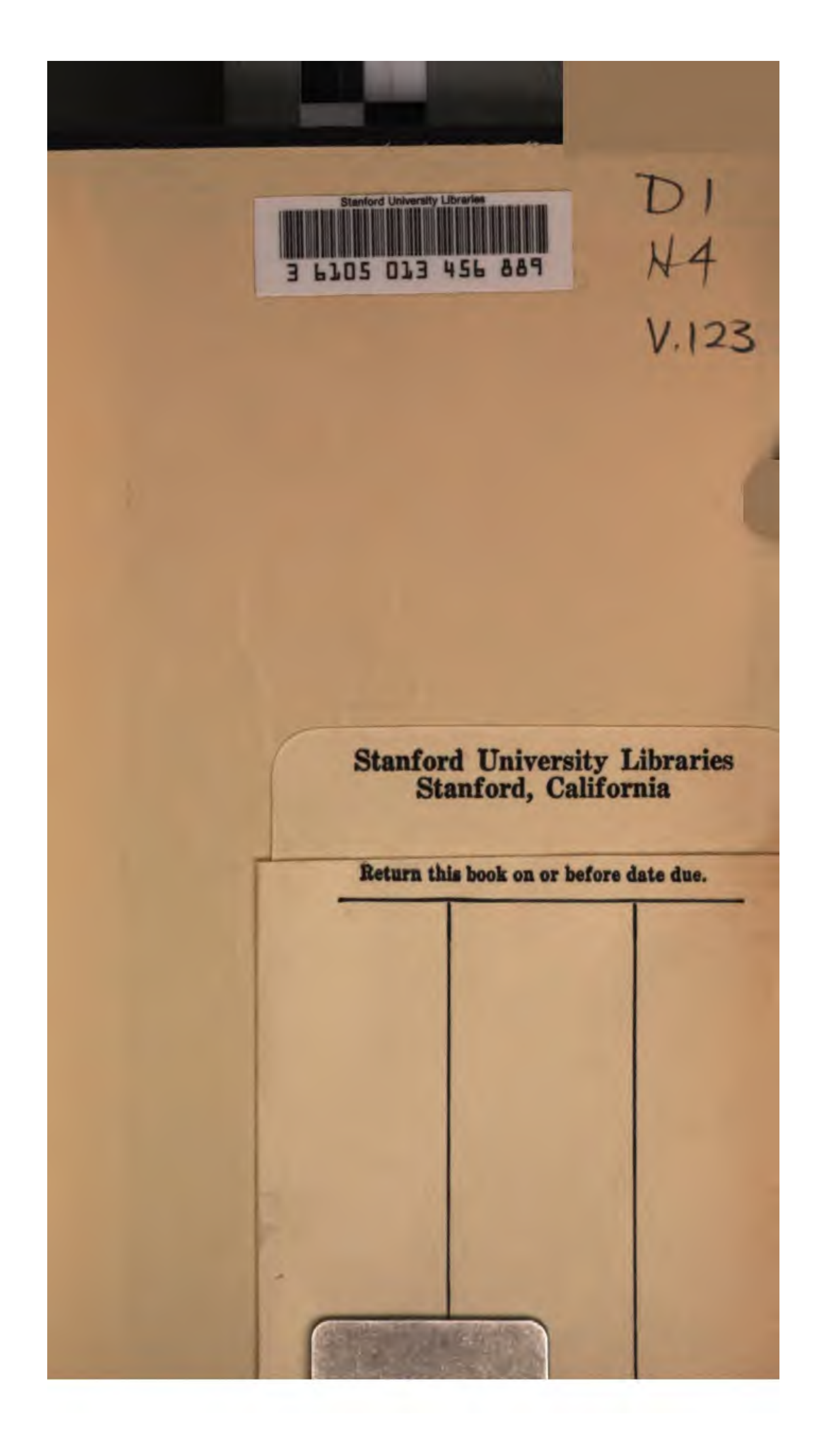
Er gedachte eine Arbeit über Odilie von Fürstenberg zu publiciren und hatte schon damit begonnen, aber sie blieb unvollendet. Auch plante er, wie er in der Vorrede zum Asseburger Urkundenbuche mittheilt, den hier gesammelten Stoff zu einer ausführlichen Geschichte auszugestalten. Aber diese, sowie so manche wissenschaftlichen Pläne, sind mit dem Verstorbenen zu Grabe getragen. Aber unvergessen bleibt bei allen, die ihn kannten, das Bild seiner vornehmen und liebenswürdigen Persönlichkeit, sowie das Andenken an sein rastloses Schaffen für die Erforschung der Westfälischen Geschichte. Auch muß hervorgehoben werden sein religiöser Gesinnungseifer, den er stets offen bekundete.

Auf der Hinnenburg, dem Schlosse seiner Väter, umrauscht von den westfälischen Eichen, wurde er, der treue Westfale, im großen Trauergefolge am 22. August 1898 in der Familiengruft zur ewigen Ruhe gebettet.

Kirchborchen bei Paderborn. Pfarrer Dr. Mertens.

1) Auch den Histor.-pol. Blättern hat er als thätiger Freund mehrere Beiträge geliefert. Erwähnenswerth ist besonders sein Charakterbild: „Der Cato auf der Hinnenburg" (Bd. 110, S. 104—110), worin er dem 1892 hochbetagt aus dem Leben geschiedenen Grafen Diedrich Busso von Bocholtz-Asseburg, einer ehrenfesten, markigen westfälischen Edelmannsgestalt von originellstem Gepräge, ein kleines, aber schönes Denkmal widmete. A. d. Red.





Stanford University Libraries
3 6105 013 456 889
D1
H4
V.123
Stanford University Libraries
Stanford, California
Return this book on or before date due.

